

# Weltentwicklungsbericht 1991

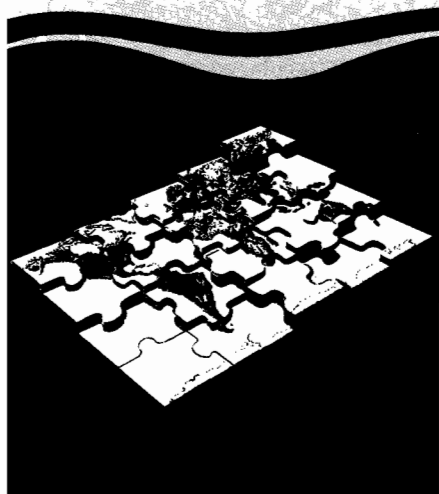
## Entwicklung als Herausforderung



FILE COPY

KENNZAHLEN DER WELTENTWICKLUNG

8/91



# *Weltentwicklungsbericht 1991*

## *Entwicklung als Herausforderung*

*Weltbank*  
*Washington, D.C., USA*

Die englische Originalfassung dieses Berichts publizierte  
die Weltbank unter dem Titel *World Development Report 1991*  
bei Oxford University Press

Copyright © 1991 Internationale Bank  
für Wiederaufbau und Entwicklung/WELTBANK  
1818 H Street, N. W., Washington, D.C. 20433 U.S.A.

Erste Auflage, August 1991

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation darf ohne vorherige  
Genehmigung der Weltbank weder vollständig noch auszugsweise  
reproduziert, auf Datenträgern erfaßt oder in jeglicher Form oder  
Art übertragen werden, sei es elektronisch, mechanisch, durch  
Fotokopie, Tonbandaufzeichnung oder auf andere Weise.

Mit den Bezeichnungen, Gruppierungen, Grenzen und Farben, die  
in den Karten des *Weltentwicklungsberichts* verwendet werden, ver-  
binden die Weltbank und die ihr angeschlossenen Institute keinerlei Urteil  
über den rechtlichen oder sonstigen Status irgendwelcher Territorien  
und ebensowenig irgendeine Bekräftigung oder Anerkennung  
irgendwelcher Grenzen.

ISBN 0-8213-1800-4

Die Kongreßbücherei der Vereinigten Staaten hat die englische Ausgabe  
dieser Veröffentlichungsreihe wie folgt katalogisiert:

World development report. 1978 –  
[New York] Oxford University Press.  
v. 27 cm. annual.

Published for The World Bank.

1. Underdeveloped areas – Periodicals. 2. Economic development –  
Periodicals. I. International Bank for Reconstruction and Development.

HC59.7.W659

330.9'172'4

78-67086

Für die Weltbank vertrieben von:

UNO-Verlag  
Poppelsdorfer Allee 55  
D-5300 Bonn 1

Verlag Fritz Knapp  
Postfach 111151  
D-6000 Frankfurt 1

Gerold & Co.  
Graben 31  
A-1011 Wien

Librairie Payot  
6, rue Grenus  
CH-1211 Genève 11

# Vorwort

Der *Weltentwicklungsbericht 1991*, der vierzehnte im Rahmen der jährlichen Berichterstattung, faßt die Lehren aus der mehr als vierzigjährigen Erfahrung mit Entwicklungsfragen zusammen und interpretiert sie. Der Bericht zielt darauf ab, zusammen mit dem letztjährigen Bericht über die Armut und dem Bericht des kommenden Jahres über die Umwelt, einen umfassenden Überblick über die auf der Tagesordnung stehenden Entwicklungsthemen zu geben.

Die neunziger Jahre begannen mit dramatischen Veränderungen. Viele Länder in Osteuropa und anderen Teilen der Welt leiteten ehrgeizige Reformen ihres wirtschaftlichen und politischen Systems ein. In diesen Reformen spiegeln sich die gesammelten Erkenntnisse über die Wirtschaftspolitik sowie grundlegende Veränderungen des politischen Umfelds wider. Nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten versuchen die Menschen, der Armut und der Unterdrückung zu entkommen, um über ihr eigenes Schicksal bestimmen zu können und für sich selbst und ihre Familien ein besseres Leben zu erlangen. Vor dem Hintergrund dieser Übergangsentwicklungen verknüpft der diesjährige Bericht die historischen Auseinandersetzungen, welche die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger bei ihren Entschlüssen in der Vergangenheit leiteten, mit den Lehren, die aus den Erfahrungen gezogen werden können, und mit sich entwickelnden Vorstellungen darüber, wie man in Zukunft am besten voranschreiten sollte.


Eine der wertvollsten Lehren bezieht sich auf das Zusammenspiel von Staat und Markt bei der Beschleunigung des Entwicklungsprozesses. Die Erfahrung zeigt, daß sich Erfolge bei der Förderung des Wirtschaftswachstums und bei der Verringerung

der Armut am ehesten einstellen, wenn die Regierungen die Marktmechanismen ergänzen und vervollständigen; dramatische Fehlschläge resultieren aus einem Konflikt zwischen Markt und Staat. Der Bericht beschreibt einen marktfreundlichen Ansatz, der dadurch gekennzeichnet ist, daß die Regierungen gut funktionierende Märkte zulassen und sich mit ihren Eingriffen auf Gebiete konzentrieren, in denen sich die Marktmechanismen als unzureichend erwiesen haben.

Der Bericht betrachtet vier Hauptaspekte der Beziehung von Staat und Markt. Erstens erfordern Investitionen in die Menschen einen leistungsfähigen Staat. Märkte allein stellen im allgemeinen nicht sicher, daß die Menschen, vor allem die ärmsten, eine angemessene Bildung, Gesundheitsfürsorge, Ernährung und einen adäquaten Zugang zur Familienplanung erhalten. Zweitens ist für eine blühende Unternehmenslandschaft ein entsprechendes Klima erforderlich – eines, das gekennzeichnet ist durch Wettbewerb, eine ausreichende Infrastruktur und adäquate Institutionen. Der Wettbewerb fördert Innovationen, die Verbreitung von Technologien und den effizienten Einsatz der Ressourcen. Drittens erfordert eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung die Integration der Länder in die Weltwirtschaft. Die Öffnung gegenüber dem internationalen Strom von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Arbeit, Technologien und Ideen beschleunigt das wirtschaftliche Wachstum. Viertens ist ein stabiles gesamtwirtschaftliches Fundament ganz wesentlich für anhaltende Fortschritte. Die Wiederherstellung des Vertrauens im privaten Sektor ist jetzt eine der größten Herausforderungen für eine Reihe von Ländern mit einer langen Geschichte gesamtwirtschaftlicher Instabilität.

Wie stehen die Aussichten für eine rasche Entwicklung in den kommenden Jahren? Der Bericht stellt fest, daß günstige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung eine ganz erhebliche Rolle spielen. Der Einfluß der wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den Industrieländern auf den Entwicklungsprozeß nimmt zu, indem sich eine größere Zahl von Entwicklungsländern nach außen orientiert und die Welt zunehmend interdependent wird. Vor allem unterstreicht der Bericht aber, daß die Zukunft der Entwicklungsländer in ihren eigenen Händen liegt. In der Binnenwirtschaftspolitik und bei den einheimischen Institutionen liegt der Schlüssel für eine erfolgreiche Entwicklung. Mit durchgreifenden und nachhaltigen Reformen im Inland, so das Fazit des Berichts, kann der Entwicklungsprozeß erheblich beschleunigt werden – um Millionen von Menschen bis zum Ende dieses Jahrzehnts von der Armut zu befreien.

Wie die früheren Berichte enthält auch der *Weltentwicklungsbericht 1991* die Kennzahlen der Weltentwicklung, die ausgewählte Sozial- und Wirtschaftsstatistiken für 124 Länder bieten. Der Bericht ist eine Untersuchung des Mitarbeiterstabes der Weltbank, und die hier vertretenen Ansichten stimmen nicht notwendigerweise mit den Auffassungen des Exekutivdirektoriums oder der von ihm vertretenen Regierungen überein.



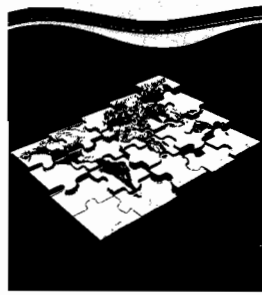
Barber B. Conable  
Präsident  
der Weltbank

31. Mai 1991

Dieser Bericht wurde unter Leitung von Vinod Thomas von einer Arbeitsgruppe verfaßt, der Surjit S. Bhalla, Rui Coutinho, Shahrokh Fardoust, Ann E. Harrison, Daniel Kaufmann, Elizabeth M. King, Kenneth K. Meyers, Peter A. Petri und N. Roberto Zaghera angehörten. T. N. Srinivasan, Mark Rosenzweig und Francisco Sagasti arbeiteten eng mit dieser Gruppe zusammen und leisteten umfassende Beratung. Die Gruppe wurde unterstützt von Sushenjit Bandyopadhyay, Fernando J. Batista, Marianne Fay, Jon Isham, Kali Kondury, Stefan Krieger und Yan Wang. Stanley Fischer spielte in den ersten Stufen zur Vorbereitung dieses Berichts eine wichtige Rolle. Die Arbeit wurde unter der allgemeinen Leitung von Lawrence H. Summers durchgeführt.

Viele andere Personen innerhalb und außerhalb der Bank gaben hilfreiche Kommentare ab und lieferten Beiträge (vgl. Anmerkungen zu den verwendeten Quellen). Die Abteilung für internationale Wirtschaft erstellte die in Kapitel 1 enthaltenen Zahlenangaben und Vorausschätzungen sowie den statistischen Anhang. Sie ist auch verantwortlich für die Kennzahlen der Weltentwicklung. Zum Produktionspersonal des Berichts gehörten Kathryn Kline Dahl, Connie Eysenck, Alfred F. Imhoff, Hugh Nees, Kathy Rosen, Walton Rosenquist und Brian J. Svikhart. Die Kartenzeichnungen stammen von Jeffrey N. Lecksell, Gregory George Prakas und Eric M. Saks. Bibliographische Unterstützung erfolgte durch Iris Anderson und Jane Keneshea. Die technischen Mitarbeiter wurden geleitet von Rhoda Blade-Charest, zu ihnen gehörten Laitan Alli, Trinidad S. Angeles und Lupita Mattheisen. Der Chefredakteur war Clive Crook.

Der Rat und die Unterstützung von Professor Bela Balassa (1928–1991) werden voller Respekt anerkannt. Seine Beiträge zu diesem und den vergangenen *Weltentwicklungsberichten* waren für das Verständnis des Entwicklungsprozesses von hohem Wert. Die Kernmannschaft gedenkt in tiefer Zuneigung David A. Renelt (1964–1991), der an diesem Bericht mitwirkte.



# Inhaltsverzeichnis

**Kurzwörter und Abkürzungen**    *XI*

**Definitionen und statistische Anmerkungen**    *XII*

**Überblick:**    *1*

- Die Weltwirtschaft im Übergang    *2*
- Wege zur Entwicklung    *4*
- Elemente eines marktfreundlichen Ansatzes    *6*
- Die Rolle des Staates neu überdacht    *10*
- Verdringliche Aufgaben    *12*

**1 Die Weltwirtschaft im Wandel**    *15*

- Die historische Sicht    *16*
- Die Rahmenbedingungen für Entwicklung    *18*
- Aussichten für die weltwirtschaftliche Entwicklung    *25*
- Quantitative weltwirtschaftliche Szenarien für die neunziger Jahre    *32*

**2 Wege zur Entwicklung**    *37*

- Entwicklungstheorie und -politik im Wandel    *38*
- Die Bestimmungsfaktoren des Einkommenswachstums    *49*
- Komponenten der Gesamtentwicklung    *55*
- Der Weg nach vorne    *58*

**3 Investitionen in die Menschen**    *61*

- Wohlfahrt und Wachstum    *62*
- Herausforderungen bei der Entwicklung der menschlichen Ressourcen    *71*
- Die Rolle des Staates    *76*

**4 Das Umfeld der Unternehmen**    *83*

- Freies Unternehmertum    *84*
- Unternehmertum in der Landwirtschaft    *85*
- Stärkung der Unternehmerrolle in der Industrie    *92*
- Empirische Belege zur Produktivität von Investitionsprojekten    *97*

## **5 Integration in die Weltwirtschaft 105**

- Wege des Technologietransfers 106
- Wanderung von Arbeitskräften und ausländische Direktinvestitionen 111
- Außenhandelspolitik und Wirtschaftswachstum 115
- Bedingungen für eine erfolgreiche Außenhandelsreform 121
- Die weltweiten Rahmenbedingungen für den Außenhandel 125

## **6 Die gesamtwirtschaftlichen Grundlagen 131**

- Maßnahmen zur Förderung von Stabilität und Wachstum 132
- Konjunkturelle Hochs und Tiefs 134
- Von der Stabilisierung zum Wachstum 136
- Das Vorgehen im Reformprozeß 139
- Investitionen und Ersparnis 142
- Die weltwirtschaftlichen Bedingungen 148

## **7 Die Rolle des Staates neu überdacht 155**

- Die politische Ökonomie des Entwicklungsprozesses 155
- Gegenmittel: Demokratie und Institutionen? 160
- Gerechtigkeit und Umverteilung 165
- Reform des öffentlichen Sektors 168

## **8 Vordringliche Aufgaben 179**

- Aufgaben für weltweites Handeln 181
- Spezifische Maßnahmen, die greifen 183
- Eine globale Herausforderung 190

## **Technische Anmerkungen 193**

## **Anmerkungen zu den verwendeten Quellen 203**

## **Kennzahlen der Weltentwicklung 233**

### **Sonderbeiträge**

- 1.1 Innovationen, die die Welt veränderten 18
- 1.2 Die sowjetische Wirtschaftskrise 24
- 1.3 Das Entwicklungsklima in den neunziger Jahren 26
- 1.4 Wie gut haben frühere *Weltentwicklungsberichte* das Wachstum in den achtziger Jahren vorausgeschätzt? 34
- 2.1 Skandinavische Entwicklungsmodelle 43
- 2.2 Was bildet den Hintergrund für das japanische Wirtschaftswunder? 47
- 2.3 Die Gesamtfaktorproduktivität und das Wirtschaftswachstum 50
- 2.4 Quantitative Daten als Information der Wirtschaftspolitik – Wie hilfreich sind sie? 53
- 2.5 Der Beitrag der Entwicklungshilfe 57
- 2.6 Nichtwirtschaftliche Komponenten der Entwicklung: die Freiheitsrechte 59

## **VI**

3.1	Ernährung und Lebenserwartung	62
3.2	Die Ausbildung der Frauen – ein Schlüssel zur Entwicklung	64
3.3	Der Ausbildungsboom im Japan der Meiji-Ära	67
3.4	Bevölkerung, Landwirtschaft und Umwelt in Afrika südlich der Sahara	70
3.5	Aids in den Entwicklungsländern	73
3.6	Die Rolle der internationalen Hilfe in den Sozialbereichen	80
4.1	Eine andere Art des Unternehmertums: Gurdev Khush züchtet Superreis am Internationalen Institut für Reiserforschung	89
4.2	Landwirtschaftsberatung und die Initiative für Agrardienste in Afrika	90
4.3	Staatliche Vermarktungseinrichtungen und Erzeugerpreise: Wie der Wettbewerb und die Anreize für die Bauern beeinträchtigt werden	92
4.4	Die Erträge einer Reform der Regulierung: Indien und Indonesien	94
4.5	Steuerreform	97
4.6	Falsche Anreize lassen private Projekte oft scheitern	100
4.7	Partizipation erhöht die Effizienz von Projekten und kommt den Armen zugute	101
5.1	Aufschwung der Exporte: Zwei geglückte Beispiele	107
5.2	Protektionismus in Industrieländern: Ein historischer Abriss	117
5.3	Außenhandelspolitik und Wachstum: Die vorliegenden Erkenntnisse	119
5.4	Sollte der Staat in den Außenhandel eingreifen oder nicht?	122
5.5	Rohstoffpreisschwankungen	127
6.1	Zur Einschätzung des Effekts von Anpassungsprogrammen auf die wirtschaftliche Entwicklung	138
6.2	Das Tempo der Reform	142
6.3	Die Bestimmungsgründe der Ersparnis privater Haushalte in Japan	147
6.4	Kapitalflucht	150
6.5	Das Schuldenabkommen mit Mexiko von 1990	153
7.1	Kampf gegen die Korruption	160
7.2	Populistische Experimente	161
7.3	Der Beitrag institutioneller Innovationen zum Entwicklungsprozeß	163
7.4	Prioritätenbildung für die institutionelle Entwicklung: Leichter gesagt als getan	164
7.5	Die Politik der Eingliederung von Minderheiten: Malaysia und Sri Lanka	167
7.6	Krieg und Entwicklung	171
7.7	Von einer zentralverwalteten Volkswirtschaft zu einer Marktwirtschaft	176
8.1	Allen Wirtschaftspolitikern zur Kenntnis: Sieben Lektionen über Reformen	184

## Schaubilder

1	Pro-Kopf-Einkommen: ausgewählte Länder im Jahr 1988 verglichen mit den Vereinigten Staaten, 1830 bis 1988	2
2	Lebenserwartung bei der Geburt: ausgewählte Länder im Jahr 1985 verglichen mit Japan, 1900 bis 1985	3

3	Wirtschaftspolitische Verzerrungen, Ausbildungsniveau und Wachstum des BIP, sechzig Entwicklungsländer, 1965 bis 1987	6
4	Wirkungszusammenhänge einer marktfreundlichen Entwicklungsstrategie	7
5	Ertragsraten von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten bei unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen	9
1.1	Zeiträume, in denen sich die Pro-Kopf-Produktion verdoppelte, ausgewählte Länder	15
1.2	Zunahme der Lebenserwartung, ausgewählte Länder und Zeiträume	16
1.3	Wachstum der Pro-Kopf-Produktion in den OECD- und Entwicklungsländern sowie bedeutende Weltereignisse, 1918 bis 1988	20
1.4	Exportanteil im BIP, ausgewählte Ländergruppen, 1900 bis 1986	21
1.5	Schätzungen für das BIP-Wachstum, 1965 bis 1989	22
2.1	Die sektorale Verteilung der Arbeitskräfte, Entwicklungsländer mit niedrigem und mittlerem Einkommen, 1965 und 1980	38
2.2	Pro-Kopf-Einkommen, ausgewählte Länder, 1960 und 1988	44
2.3	Geschätzte jährliche Zunahme der realen Ausfuhren, ausgewählte Ländergruppen, 1965 bis 1989	44
2.4	Durchschnittliches jährliches Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens und der Produktivität, ausgewählte Länder, 1960 bis 1987	55
2.5	Ausbildungsniveau der Frauen und Rückgang der Säuglingssterblichkeit, ausgewählte Länder, 1960 bis 1987	58
3.1	Männliche Lebenserwartung bei der Geburt, ausgewählte Länder, 1855 bis 1985	61
3.2	Alphabetenquote der Erwachsenen, ausgewählte Länder, 1850 bis 1985	65
3.3	Ausbildungsniveau von Unternehmern in fünf Entwicklungsländern	68
3.4	Bevölkerungswachstum nach Regionen, 1850 bis 2025	69
3.5	Häufigkeit von Todesursachen, um 1985	72
4.1	Ertragsraten von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten bei unterschiedlichen Aufgeldern für Devisen, 1968 bis 1989	99
4.2	Ertragsraten von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten bei unterschiedlichem Restriktionsgrad im Außenhandel, 1977 bis 1988	99
4.3	Der Anteil der öffentlichen Investitionen an den Gesamtinvestitionen und die Ertragsraten von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten, 1968 bis 1989	102
5.1	Jährlicher Netto-Kapitalfluß in Entwicklungsländer, 1970 bis 1988	114
5.2	Außenwirtschaftliche Öffnung und Produktivitätswachstum: Partielle Korrelationen für Entwicklungsländer, 1960 bis 1988	120
5.3	Anteil der insgesamt von nichttarifären Maßnahmen betroffenen Importe, 1966 bis 1986	125
5.4	Der Kernbereich der nichttarifären Maßnahmen gegenüber Industrie- und Entwicklungsländern, 1986	126
6.1	Leistungsbilanzsaldo und Saldo des Staatshaushalts in Korea und Marokko, verschiedene Jahre	132
6.2	Inflationsraten und Saldo des Staatshaushalts in Sri Lanka und Tansania, verschiedene Jahre	133
6.3	Wachstum des BIP und private Investitionen in Chile und der Türkei, 1970 bis 1988	136

- 6.4 Unterschiedliche Strukturen der privaten und staatlichen Investitionen in vier Ländern, 1970 bis 1988 145
- 6.5 Nettomittelzufluß und Nettotransfers in Entwicklungsländer, 1980 bis 1989 152
- 7.1 Nationalstaaten nach Regierungsformen, 1850 bis 1987 156
- 7.2 Ungleichheit in der Einkommensverteilung und Wachstum des BIP in ausgewählten Ländern, 1965 bis 1989 166
- 8.1 Jährliche Veränderungen des BIP pro Kopf in den OECD- und Entwicklungsländern, 1965 bis 1990 182

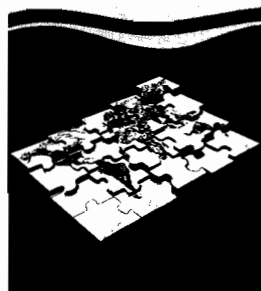
## Texttabellen

- 1 Wachstum des realen BIP pro Kopf, 1965 bis 2000 3
- 1.1 Historische Trends des BIP pro Kopf 17
- 1.2 Weltweite Ersparnis und Investitionen 28
- 1.3 Gesamte langfristige Nettomittelzuflüsse in die Entwicklungsländer, 1980 bis 1995 29
- 1.4 Das weltwirtschaftliche Umfeld in den neunziger Jahren: ein Vergleich zwischen Kennziffern aus jüngster Zeit und Projektionen 32
- 1.5 Wachstumsraten des realen BIP und des realen BIP pro Kopf in Volkswirtschaften mit niedrigem und mittlerem Einkommen, 1965 bis 2000 36
- 2.1 Die Produktivitätszunahme in der Landwirtschaft und das Wachstum der nichtlandwirtschaftlichen Sektoren, 1960 bis 1988 39
- 2.2 Das Wachstum des BIP, des Faktoreinsatzes und der Gesamtfaktorproduktivität (GFP) 51
- 2.3 Prozentualer Anteil des zusätzlichen Faktoreinsatzes am Produktionswachstum, ausgewählte Regionen der Weltwirtschaft, 1960 bis 1987 54
- 2.4 Wechselwirkung zwischen Wirtschaftspolitik und Ausbildung sowie Investitionen, 1965 bis 1987 56
- 3.1 Die wirtschaftliche Belastung durch Krankheiten von Erwachsenen, ausgewählte Länder und Jahre 63
- 3.2 Die Auswirkungen eines zusätzlichen Schuljahres auf die Lohneinkommen und die landwirtschaftliche Betriebsleistung, ausgewählte Länder und Jahre 66
- 3.3 Staatsausgaben für Erziehung und Gesundheit in Prozent des BIP, 1975, 1980 und 1985 78
- 3.4 Der Anteil des Staates an den gesamten Ausgaben für Erziehung und Gesundheit 79
- 4.1 Jährliche prozentuale Wachstumsraten von Realeinkommen, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität in der Industrie, ausgewählte Volkswirtschaften und Zeiträume 96
- 4.2 Wirtschaftspolitik und durchschnittliche interne Zinssätze von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten, 1968 bis 1989 98
- 4.3 Durchschnittliche interne Zinssätze von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten bei unterschiedlichem Devisenaufgeld vor und nach dem Projekt, 1968 bis 1989 103
- 5.1 Der relative Erfolg ausländischer Firmen in der Industrie, ausgewählte Länder und Jahre 113
- 5.2 Investitionen, Wachstum und Netto-Kapitalzuflüsse, 1970 bis 1989 115
- 5.3 Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse in Entwicklungsländern, 1987 118
- 5.4 Binnenhandel einer Handelsunion in Prozent der Gesamtexporte, 1960 bis 1987 128
- 6.1 Investition und Ersparnis, 1965 bis 1989 144
- 6.2 Indikatoren für die Auslandsschulden der Entwicklungsländer, 1970 bis 1989 151

7.1	Irreguläre Machtwechsel: Durchschnittliche Häufigkeit pro Land, 1948 bis 1982	156
7.2	Der Erfolg von Ländern mit unterschiedlichen politischen Systemen bei der Durchführung von Anpassungsprogrammen des IWF	162
7.3	Der Erfolg von Ländern mit unterschiedlichen politischen Systemen bei der Verhinderung einer beschleunigten Inflation	162
7.4	Prozentualer Anteil der Staatsausgaben am BSP oder BIP, Industrieländer, 1880 bis 1985	169
7.5	Prozentualer Anteil der Staatsausgaben und des Staatsverbrauchs am BSP oder BIP, Industrie- und Entwicklungsländer, 1972 und 1986	169
7.6	Staatliche Militärausgaben im Vergleich zu staatlichen Ausgaben in sozialen Bereichen, 1986	172
8.1	Veränderungen der Wachstumsraten des BIP im Vergleich zum Regelfall, 1990 bis 2000	190

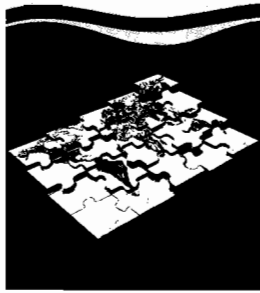
## Tabellen des statistischen Anhangs

A.1	Bevölkerung (Stand zur Jahresmitte) und durchschnittliches jährliches Wachstum	221
A.2	BSP, Bevölkerung, BSP pro Kopf und Wachstum des BSP pro Kopf	222
A.3	Zusammensetzung des BIP	222
A.4	Verbrauch, Investition und Ersparnis	224
A.5	Investitionen, Ersparnis und Leistungsbilanzsaldo (ohne öffentliche Übertragungen)	225
A.6	BIP und Wachstumsraten	226
A.7	Produktionsstruktur	226
A.8	BIP nach Wachstumsraten einzelner Wirtschaftssektoren	227
A.9	Wachstum des Exportvolumens	227
A.10	Veränderung der Exportpreise und der Terms of Trade	229
A.11	Wachstum der langfristigen Schulden der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	230
A.12	Zusammensetzung der ausstehenden Schulden	231



## *Kurzwörter und Abkürzungen*

<b>ADI</b>	Ausländische Direktinvestitionen	<b>LIBOR</b>	Londoner Interbanken-Angebotssatz (London interbank offered rate)
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt	<b>NIEs</b>	Schwellenländer (Newly industrializing economies)
<b>BSP</b>	Bruttosozialprodukt	<b>NSO</b>	Nichtstaatliche Organisationen
<b>DAC</b>	Ausschuß für Entwicklungshilfe der OECD (Development Assistance Committee of the OECD)	<b>ÖEH</b>	Öffentliche Entwicklungshilfe
<b>EG</b>	Europäische Gemeinschaft; ihr gehören an: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien	<b>OECD</b>	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development); ihr gehören an: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz, Spanien, die Türkei und die Vereinigten Staaten
<b>GATT</b>	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade)	<b>UNDP</b>	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme)
<b>GFP</b>	Gesamtfaktorproduktivität	<b>Unesco</b>	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization)
<b>G7</b>	Siebenergruppe; ihr gehören an: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die Vereinigten Staaten	<b>UNICEF</b>	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund)
<b>IBRD</b>	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – Weltbank (International Bank for Reconstruction and Development)	<b>WHO</b>	Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization)
<b>IDA</b>	Internationale Entwicklungsorganisation (International Development Association)		
<b>IFC</b>	International Finanz-Corporation		
<b>IWF</b>	Internationaler Währungsfonds		
<b>IZ</b>	Interner Zinsfuß		
<b>KKP</b>	Kaufkraftparität		



## Definitionen und statistische Anmerkungen

### Anmerkung zur Datenauswahl

Die in diesem *Weltentwicklungsbericht* verwendeten Daten erstrecken sich über eine Reihe von Zeiträumen und stammen von über 100 Ländern (sowohl Industrieländern als auch Entwicklungsländern). Das Hauptkriterium für die Verwendung der Daten war deren Verfügbarkeit; je nach Kapitel wurden auch andere Kriterien zugrunde gelegt. Hinsichtlich der Einzelheiten vergleiche die Technischen Anmerkungen im Anschluß an den Hauptteil.

### Ländergruppen

Für operationale und analytische Zwecke verwendet die Weltbank das Bruttonationalprodukt (BSP) pro Kopf als Hauptkriterium für die Einstufung einzelner Länder. Jedes Land wird einer der folgenden Gruppen zugewiesen: Länder mit niedrigem Einkommen, Länder mit mittlerem Einkommen (unterteilt in solche der unteren und der oberen Kategorie) und Länder mit hohem Einkommen. Zusätzlich zur Klassifizierung nach Einkommen werden andere analytische Gruppen gebildet, basierend auf Regionen, Exporten und dem Stand der Auslandsschulden.

In dieser Ausgabe des *Weltentwicklungsberichts* und in dessen statistischem Anhang, den Kennzahlen der Weltentwicklung wurden geringfügige Änderungen in der Länderklassifizierung vorgenommen. Diese Änderungen sind: (a) Die Gruppe der „Nichtberichtenden Nicht-Mitgliedsländer“

heißt jetzt „Übrige Länder“ und besteht nur aus Albanien, Kuba, der Demokratischen Volksrepublik Korea und der Union der Sowjetischen Sozialistischen Republiken (UdSSR); (b) der Ausdruck „Gesamte berichtende Länder“ wurde ersetzt durch die Bezeichnung „Welt“. Darauf hinzuweisen ist, daß sich die Definition der „Ölexporteur“ geändert hat (vgl. die unten definierten analytischen Gruppen). Dieser Bericht verwendet, wie bereits die früheren Ausgaben, zur Klassifizierung der Länder die neuesten Schätzungen über das BSP pro Kopf. Die ländermäßige Zusammensetzung jeder Einkommensgruppe kann daher von Ausgabe zu Ausgabe variieren. Wenn die Zusammensetzung für die jeweilige Ausgabe festgelegt ist, basieren alle historischen Angaben auf der gleichen Ländergruppierung. Die in diesem Bericht verwendeten Ländergruppen sind folgendermaßen definiert:

- *Länder mit niedrigem Einkommen* sind jene, deren BSP pro Kopf im Jahr 1989 580 Dollar oder weniger betrug.
- *Länder mit mittlerem Einkommen* sind jene, deren BSP pro Kopf im Jahr 1989 mehr als 580 Dollar, aber weniger als 6.000 Dollar betrug; des weiteren wird unterschieden zwischen der unteren und oberen Kategorie der Länder mit mittlerem Einkommen, wobei die Trennungslinie bei einem BSP pro Kopf von 2.335 Dollar im Jahr 1989 gezogen wurde.
- *Länder mit hohem Einkommen* sind jene, deren BSP pro Kopf im Jahr 1989 6.000 Dollar oder mehr betrug.

Manchmal werden Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen als „Entwicklungsländer“

bezeichnen. Die Verwendung dieses Ausdrucks ist zweckmäßig; es wird nicht beabsichtigt zu unterstellen, daß alle Volkswirtschaften dieser Gruppe ähnliche Entwicklungen durchlaufen oder daß andere Volkswirtschaften ein bevorzugtes oder endgültiges Entwicklungsstadium erreicht hätten. Die Gruppierung nach Einkommen spiegelt nicht notwendigerweise den Entwicklungsstand wider. (In den Kennzahlen der Weltentwicklung wurden die Länder mit hohem Einkommen, die von den Vereinten Nationen oder von ihren eigenen Behörden als Entwicklungsländer eingestuft wurden, mit dem Symbol † gekennzeichnet.) Die Verwendung des Ausdrucks „Länder“ in bezug auf Volkswirtschaften beinhaltet kein Urteil der Weltbank über den rechtlichen oder anderweitigen Gebietsstatus.

- „*Übrige Länder*“ sind Albanien, Kuba, die Demokratische Volksrepublik Korea und die Union der Sowjetischen Sozialistischen Republiken. In den Haupttabellen der Kennzahlen der Weltentwicklung werden für diese Gruppe nur aggregierte Zahlen ausgewiesen; der Sonderbeitrag A.2 in den Technischen Erläuterungen zu den Kennzahlen der Weltentwicklung enthält jedoch wichtige Indikatoren für jedes dieser Länder.

- Die „*Welt*“ umfaßt alle Länder, einschließlich der Länder mit weniger als 1 Million Einwohner, die in den Haupttabellen nicht einzeln ausgewiesen werden. Hinsichtlich der Aggregationsmethoden, die verwendet wurden, um die gleiche Ländergruppe über den Zeitablauf hinaus beizubehalten, siehe die Technischen Erläuterungen zu den Kennzahlen der Weltentwicklung.

### Gruppierungen zu analytischen Zwecken

Neben den geographisch abgegrenzten Ländergruppen werden zu analytischen Zwecken verschiedene sich überschneidende Gruppen verwendet, wobei die Klassifizierung sich hauptsächlich nach den Exporten oder den Auslandsschulden richtet. Die Volkswirtschaften dieser Gruppen mit einer Bevölkerungszahl von über 1 Million sind im folgenden aufgeführt. Länder mit einer geringeren Bevölkerungszahl als 1 Million werden zwar nicht einzeln aufgeführt, sind aber in den Gesamtangaben für die Gruppen enthalten.

- *Ölexporteur*e sind Länder, deren Exporte von Erdöl und Erdgas (einschließlich der Reexporte) mindestens 50 Prozent der Waren- und Dienstleistungsausfuhr ausmachen, nämlich: Algerien, Angola, Bahrain, Brunei, Gibraltar, Irak, Islamische

Republik Iran, Katar, Volksrepublik Kongo, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Trinidad und Tobago, Venezuela und Vereinigte Arabische Emirate. Obgleich die UdSSR das zugrundeliegende Kriterium erfüllt, ist sie aufgrund der Datenlage nicht in dieser Gruppe vertreten.

- *Länder mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen* (in den Kennzahlen der Weltentwicklung findet sich die abgekürzte Gruppenbezeichnung „Länder mit gravierenden Schuldenproblemen“) sind zwanzig Länder, von denen angenommen wird, daß sie in ernsthafte Schuldendienstschwierigkeiten geraten sind. Hierunter fallen Länder, in denen drei der vier Schlüsselrelationen ein kritisches Niveau überschreiten: Schuldenstand zu BSP (50 Prozent), Schuldenstand zu Exporten von Waren und allen Dienstleistungen (275 Prozent), aufgelaufener Schuldendienst zu Exporten (30 Prozent) und aufgelaufene Zinsverpflichtungen zu Exporten (20 Prozent). Die zwanzig Länder sind: Arabische Republik Ägypten, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Ecuador, Honduras, die Volksrepublik Kongo, Marokko, Mexiko, Nicaragua, Peru, die Philippinen, Polen, Senegal, Ungarn, Uruguay und Venezuela.

- *OECD-Länder*, eine Untergruppe der „Länder mit hohem Einkommen“, sind die Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ohne Griechenland, Portugal und die Türkei, die zu den Ländern mit mittlerem Einkommen zählen.

### Geographische Regionen (Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen)

- *Afrika südlich der Sahara* besteht aus allen Ländern südlich der Sahara ohne Südafrika.

- *Europa, der Nahe Osten und Nordafrika* umfaßt die europäischen Länder mit mittlerem Einkommen (Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Polen, Portugal, Rumänien, die Tschechoslowakei, die Türkei und Ungarn) und alle Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens sowie Afghanistan. Für einige Analysen des *Weltentwicklungsberichts* wird Osteuropa (Jugoslawien, Polen, Rumänien und Ungarn) als eigene Ländergruppe behandelt.

- Zu *Ostasien* gehören alle Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen Ost- und Südasiens und des Pazifiks, die östlich Chinas und Thailands liegen, einschließlich dieser beiden Länder.

- Zu *Südasiens* gehören Bangladesch, Bhutan, Indien, Myanmar, Nepal, Pakistan und Sri Lanka.
- Zu *Lateinamerika und der Karibik* gehören alle amerikanischen und karibischen Länder südlich der Vereinigten Staaten.

#### Angaben zu den Daten

- *Dollar* sind US-Dollar zu jeweiligen Preisen, falls nicht anders angegeben.
- Sämtliche *Zuwachsraten* basieren auf realen Größen und wurden, falls nicht anders angegeben, anhand der Methode kleinster quadratischer Abweichungen errechnet. Hinsichtlich der Einzelheiten dieser Methode kleinster quadratischer Abweichungen siehe die Technischen Erläuterungen zu den Kennzahlen der Weltentwicklung.
- Das *Zeichen /* bei Jahresangaben, wie „1988/1989“, bedeutet, daß der Zeitraum weniger als zwei Jahre umfassen kann, jedoch zwei Kalenderjahre berührt und sich auf ein Wirtschaftsjahr, ein Berichtsjahr oder ein Fiskaljahr bezieht.

• Das *Zeichen ..* in Tabellen bedeutet „nicht verfügbar“.

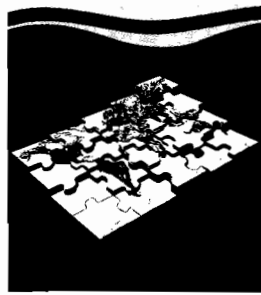
• Das *Zeichen –* in Tabellen bedeutet „nicht zutreffend“.

• Die *Zahlen 0* oder *0,0* in Tabellen und Schaubildern bedeuten „Null oder weniger als die Hälfte der jeweiligen Einheit“, sowie „nicht genauer bekannt“.

Der Stichtag für alle Angaben in den Kennzahlen der Weltentwicklung ist der 30. April 1991.

Die Zahlen, die im vorliegenden Bericht für Vergangenheitswerte ausgewiesen werden, können von früheren Berichten abweichen, da sie, sobald bessere Angaben und Daten verfügbar sind, laufend aktualisiert werden, aufgrund des Übergangs auf ein neues Basisjahr bei realen Preisangaben und aufgrund von Veränderungen in der Länderzusammensetzung bei den Einkommens- und analytischen Gruppen.

Die *wirtschaftlichen und demographischen Begriffe* sind in den Technischen Erläuterungen zu den Kennzahlen der Weltentwicklung definiert.



## Überblick

Die Entwicklung ist die wichtigste Herausforderung, mit der die Menschheit konfrontiert ist. Trotz der enormen Möglichkeiten, die die technischen Umwälzungen des zwanzigsten Jahrhunderts geschaffen haben, muß über eine Milliarde Menschen, ein Fünftel der Weltbevölkerung, mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen – ein Lebensstandard, den Westeuropa und die Vereinigten Staaten bereits vor zweihundert Jahren erreicht hatten.

Die Aufgabe der Entwicklung, so gewaltig sie auch erscheinen mag, ist keineswegs aussichtslos. Während der letzten vierzig Jahre sind viele Entwicklungsländer mit beeindruckendem Tempo vorangeschritten. Viele haben bemerkenswerte Fortschritte im Gesundheits- und Erziehungswesen erzielt. Manche erlebten einen Anstieg der Durchschnittseinkommen um mehr als das Fünffache – ein Fortschritt, der in der Geschichte einzigartig ist. Selbst wenn uns sonst sichere Erkenntnisse fehlten, würden wir heute wissen, daß eine rasche und anhaltende Entwicklung kein unerfüllbarer Traum, sondern eine erreichbare Realität ist.

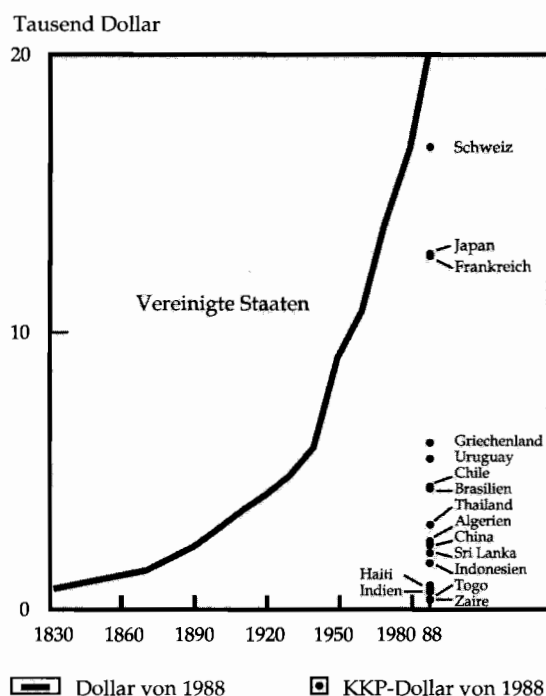
Gleichwohl haben viele Länder schlecht abgeschnitten – und manche erlebten während der letzten dreißig Jahre sogar einen Rückgang ihres Lebensstandards. Deswegen bleibt die Armut ein gewaltiges Problem, haben doch Millionen von Menschen bisher noch keinen nennenswerten wirtschaftlichen Fortschritt erfahren. Der scharfe Gegensatz zwischen Erfolg und Mißerfolg ist der Ausgangspunkt für den *Weltentwicklungsbericht 1991*. Warum haben die einzelnen Länder so unterschiedliche Erfahrungen gemacht? Was müssen die Entwicklungsländer unternehmen, damit die Produktivität und die Wohlfahrt ihrer Menschen im nächsten Jahrzehnt rasch steigen? Was kann die internationa-

le Gemeinschaft zur Ankurbelung der Entwicklung und Linderung der Armut tun? Antworten auf diese Fragen sind um so dringlicher, als sich der Zuwachs des weltweiten Arbeitsangebots in den nächsten fünfundzwanzig Jahren zu fast 95 Prozent auf die Entwicklungsländer konzentrieren wird.

Die Prozesse, die die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben, sind noch keineswegs vollständig bekannt. Vieles können wir aber aus der Erfahrung lernen. Die Geschichte zeigt zuallererst, daß die Wirtschaftspolitik und die Institutionen eine entscheidende Rolle spielen. Diese Tatsache ist ermutigend, bedeutet sie doch, daß diejenigen Länder wirtschaftlich aufblühen können, welche bisher an dieser Aufgabe scheiterten. Aber sie stellt auch eine Herausforderung dar, da sie sowohl die Regierungen (nicht nur in den Entwicklungsländern) als auch die multilateralen Institutionen zwingt, den Faktoren, die die Entwicklung gefördert haben, Rechnung zu tragen und ihnen zur Wirkung zu verhelfen.

Ein zentrales Problem der Entwicklung, und das Hauptthema dieses Berichts, ist das Zusammenspiel von Staat und Markt. Dabei geht es nicht um die Entscheidung zwischen Interventionismus und Laissez-faire – eine populäre aber falsche Alternative. Wettbewerb auf den Märkten ist nach bisherigem Kenntnisstand das beste Prinzip, um eine effiziente Organisation der Herstellung und der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten. Wettbewerb im Inland und mit dem Ausland sorgt für die Anreize, die Unternehmergeist und technischen Fortschritt stimulieren. Die Märkte können aber nicht in einem Vakuum operieren – sie benötigen ein rechtliches und regulierendes Rahmenwerk, das nur der Staat schaffen kann. In vielen anderen Bereichen erweisen sich die Märkte

**Schaubild 1 Pro-Kopf-Einkommen: ausgewählte Länder im Jahr 1988 verglichen mit den Vereinigten Staaten, 1830 bis 1988**



Anmerkung: Die Auswahl der Länder erfolgte entsprechend der Verfügbarkeit von Daten.  
 Quellen: Für die Vereinigten Staaten: Daten der Weltbank und Maddison, Hintergrundpapier; für die anderen Länder: Summers und Heston 1991.

oft als unzureichend oder versagen völlig. Dies ist der Grund dafür, daß der Staat zum Beispiel Infrastrukturinvestitionen tätigen und die Versorgung der Armen mit unentbehrlichen Dienstleistungen sicherstellen muß. Eine einfache Alternative „Staat oder Markt“ gibt es somit nicht; vielmehr haben beide eine wichtige und unverzichtbare Rolle.

Eine „marktfreundliche“ Entwicklungsstrategie gewinnt immer mehr Anhänger. Der diesjährige Bericht beschreibt die einzelnen Elemente dieser Strategie und ihre Realisierung unter den unterschiedlichen Bedingungen der Länder. Er geht aber noch weiter, indem er betont, daß staatliches und privates Handeln einander ergänzen. Wenn die Märkte gut funktionieren und nicht durch staatliche Eingriffe gestört werden, können beträchtliche wirtschaftliche Gewinne erzielt werden. Wenn die Märkte versagen und der Staat in Antwort darauf vorsichtig und umsichtig interveniert, ergibt sich ein weiterer Gewinn. Kommt beides zusammen, so

kann – wie die Erfahrung zeigt – ein noch größerer Gesamtgewinn erzielt werden. Wenn Regierungen und Märkte am gleichen Strang gezogen haben, erreichten sie spektakuläre Erfolge, haben sie aber gegeneinander gearbeitet, waren die Ergebnisse katastrophal.

## Die Weltwirtschaft im Übergang

Der technische Fortschritt in diesem Jahrhundert hat es ermöglicht, daß die Länder ihre Ressourcen weitaus produktiver einsetzen als je zuvor. Als unmittelbares Resultat haben sich die Lebensbedingungen unvergleichlich verbessert, und zwar nicht nur in den Industrieländern, sondern auch in den meisten Entwicklungsländern. Das Tempo des Fortschritts scheint mit der Zeit zugenommen zu haben. Vor zweihundert Jahren benötigte Großbritannien noch sechs Jahrzehnte, um sein Pro-Kopf-Einkommen zu verdoppeln. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben viele Entwicklungsländer diese Leistung in einem Drittel dieser Zeit vollbracht.

Die realen Einkommensunterschiede zwischen den Industrieländern und manchen Entwicklungsländern, vor allem in Ostasien, sind seit dem Zweiten Weltkrieg dramatisch zusammengeschrunpft. Aber die Kluft zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern in anderen Regionen hat sich vergrößert. Die achtziger Jahre waren für die meisten Länder ein schwieriges Jahrzehnt – obwohl das Pro-Kopf-Einkommen in China und Indien, den bevölkerungsreichsten Ländern, und in Asien insgesamt erheblich anstieg. Im vergangenen Vierteljahrhundert hat das Pro-Kopf-Einkommen in Ländern wie Argentinien, Jamaika, Nigeria und Peru kaum zugenommen – in Nicaragua, Sambia, Uganda und Zaire ist es sogar gesunken. Viele arme Staaten haben ein Pro-Kopf-Einkommen, das beträchtlich niedriger ist als das der Vereinigten Staaten zu Beginn des 19. Jahrhunderts (Schaubild 1). Die Unterschiede in der Säuglingssterblichkeit und der Lebenserwartung zwischen Reich und Arm haben sich jedoch viel rascher verringert – dank der Ausbreitung der medizinischen Technik, hygienischerer Lebensbedingungen, einer besseren Ernährung und Erziehung sowie aufgrund der natürlichen Grenzen einer weiteren Verbesserung dieser Indikatoren (Schaubild 2).

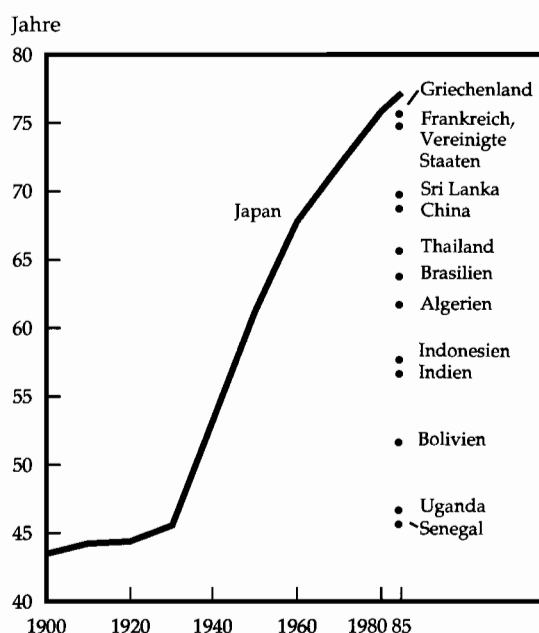
Die entscheidende Frage für die Zukunft ist, ob es die nationale und internationale Politik erlauben, das durch den technischen Fortschritt geschaffene Potential auszunutzen. Eine anhaltende Entwick-

lung setzt zuallererst Frieden voraus. Der Krieg im Nahen Osten und seine Folgen haben eine Wolke der Ungewißheit über die Region gelegt. Ethnische Kämpfe, Bürgerkriege und internationale Konflikte – sowie Naturkatastrophen – zerstören weiterhin in vielen Teilen der Welt die fragilen Grundlagen der Entwicklung. Nach vorsichtigen Schätzungen waren Kriege seit 1950 für 20 Millionen Tote verantwortlich, wovon 12 Millionen auf Bürgerkriege in Entwicklungsländern zurückzuführen waren. Bewaffnete Konflikte – und nicht eine zu geringe Agrarproduktion oder Armut – waren in den letzten Jahren bei weitem die wichtigste Ursache für Hungersnöte in Entwicklungsländern.

Eine rasche Entwicklung erfordert auch eine fortschreitende internationale Verflechtung der Volkswirtschaften. Die Schranken, die die nationalen Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte voneinander trennten, sind zunehmend abgebaut worden. Der Welthandel ist seit 1950 um über 6 Prozent pro Jahr gewachsen, eineinhalbmal so rasch wie die Produktion. Die weltweite Integration von Handel, Investitionen, Faktorströmen, Technologie und Kommunikation hat die Volkswirtschaften aneinander gebunden. Es bleibt aber abzuwarten, ob dieser Trend anhält.

Unzweifelhaft ergeben sich für die Entwicklungsländer Risiken, wenn sie zunehmend externen Einflüssen ausgesetzt sind. Hohe Staatsdefizite in den Industrieländern, ein potentiell hohes internationales Zinsniveau, die Schwäche des Finanzsektors in den Vereinigten Staaten, die Verschlechterung einiger Teilbereiche des Finanzsystems in Japan und verschleppte und ergebnislose Verhandlungen in der Uruguay-Runde des GATT werden eine Belastung sein. Die weltweite Integration der Märkte für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit bringt aber auch enorme Vorteile mit sich. Sie fördert den

**Schaubild 2 Lebenserwartung bei der Geburt: ausgewählte Länder im Jahr 1985 verglichen mit Japan, 1900 bis 1985**



Anmerkung: Die Auswahl der Länder erfolgte entsprechend der Verfügbarkeit von Daten.  
Quellen: Daten der Weltbank; United Nations 1991.

Wettbewerb und die Effizienz und ermöglicht den ärmeren Ländern den Zugang zu den grundlegenden Erkenntnissen der Medizin, der Naturwissenschaft und der Technik.

Eine erfolgreiche Entwicklung ist von den weltweiten Bedingungen und vor allem von der heimischen Wirtschaftspolitik abhängig. In jüngster Zeit nahmen die osteuropäischen Länder ehrgeizige wirtschaftliche Reformprogramme in Angriff. Die

**Tabelle 1 Wachstum des realen BIP pro Kopf, 1965 bis 2000**  
(durchschnittliche jährliche Wachstumsrate, soweit nicht anders angegeben)

Ländergruppe	Bevölkerung 1989 (Millionen)	1965–73	1973–80	1980–89	Projektionen 1990–2000 <sup>a</sup>
Industrieländer	773	3,7	2,3	2,3	1,8–2,5
Entwicklungsländer	4.053	3,9	2,5	1,6	2,2–2,9
Afrika südlich der Sahara	480	2,1	0,4	–1,2	0,3–0,5
Ostasien	1.552	5,3	4,9	6,2	4,2–5,3
Südasien	1.131	1,2	1,7	3,0	2,1–2,6
Europa, Naher Osten und Nordafrika	433	5,8	1,9	0,4	1,4–1,8
Lateinamerika und die Karibik	421	3,8	2,5	–0,4	1,3–2,0
Entwicklungsländer, gewichtet mit den Bevölkerungszahlen <sup>b</sup>	4.053	3,0	2,4	2,9	2,7–3,2

a. Projektionen auf der Basis von zwei Hauptszenarios (Basisszenario und ungünstiges Szenario), die in Kapitel 1 erörtert werden.

b. Für die Zusammenfassung der BIP-Werte der Länder wurden die Bevölkerungsanteile als Gewichte verwendet.

Quelle: Daten der Weltbank und World Bank 1991 a.

Sowjetunion kämpfte mit den Schwierigkeiten des ökonomischen und politischen Transformationsprozesses. Eine Reihe von Entwicklungsländern begann, ihre Politik nach dem Vorbild anderer Länder zu reformieren. Die Demokratisierungswelle erfaßte sowohl Osteuropa als auch manche Entwicklungsländer.

Der Stab der Weltbank hat eine Prognose für die Weltwirtschaft in den neunziger Jahren erstellt. Wenn es keine größeren negativen Schockeinflüsse gibt und im allgemeinen eine vernünftige Politik verfolgt wird, könnten die realen Pro-Kopf-Einkommen in den Industrieländern um etwa 2,5 Prozent pro Jahr wachsen (Tabelle 1). Dieses Ergebnis könnte bei einer Inflationsrate von 3 bis 4 Prozent und einem Realzins von etwa 3 Prozent erreicht werden. Unter der Annahme, daß der Welthandel um mehr als 5 Prozent pro Jahr wächst, und wenn die jüngsten Reformen fortgeführt und konsolidiert werden, könnten die realen Pro-Kopf-Einkommen in den Entwicklungsländern um ungefähr 3 Prozent pro Jahr wachsen. Günstigere bzw. ungünstigere weltwirtschaftliche Bedingungen könnten dieses Ergebnis um 0,5 bis 1,0 Prozentpunkte verbessern bzw. verschlechtern. Extremere Szenarien (z. B. eine erheblich niedrigere Wachstumsrate in den Industrieländern) wären vielleicht plausibel, sind aber nicht wahrscheinlich, insbesondere nicht während eines Zeitraums von der Länge eines Jahrzehnts.

Länderstudien, die diese Projektionen unterstützen, kommen zu dem Ergebnis, daß das langfristige Einkommenswachstum in den Entwicklungsländern mit durchgreifenderen und umfassenderen Reformen um 1,5 bis 2,0 Prozentpunkte gesteigert werden kann – was im Durchschnitt doppelt so viel wäre wie die durch günstigere externe Bedingungen erzielbare Wachstumssteigerung. Wie diese Reformen im Detail aussehen sollten, ist das Thema des Hauptteils dieses Berichts. Diese Projektionen enthalten aber zugleich eine Warnung: Wenn die jüngsten Reformen zurückgenommen werden, könnte aus dem Fortschritt leicht ein Rückschritt werden.

## Wege zur Entwicklung

Im engsten Sinne besteht die Herausforderung der Entwicklung darin, die Lebensqualität zu verbessern. Speziell in den ärmsten Ländern der Welt verlangt eine bessere Lebensqualität höhere Einkommen – aber sie beinhaltet noch mehr. Sie umfaßt – als eigenständige Ziele – ein besseres Erziehungs-

system, einen höheren Gesundheits- und Ernährungsstandard, eine Verringerung der Armut, eine saubere Umwelt, größere Chancengleichheit, eine größere individuelle Freiheit und ein reicheres kulturelles Leben. Dieser Bericht beschäftigt sich vor allem mit der ökonomischen Entwicklung, die bereits ein umfassender Begriff ist. Jede Definition des wirtschaftlichen Fortschritts im engeren Sinn muß zumindest über das Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen hinausgehen und die Reduzierung der Armut, eine größere soziale Gerechtigkeit, die Verbesserung des Erziehungssystems, des Gesundheitswesens und der Ernährung sowie den Schutz der Umwelt beinhalten.

Während der vergangenen vier Jahrzehnte haben sich die Ansichten über die Entwicklung wiederholt geändert. Die Erkenntnisfortschritte folgten keiner geraden Linie vom Dunkeln in das Licht. Statt dessen gab es Erfolge und Mißerfolge und eine allmähliche Akkumulation von Wissen und Erkenntnis. In manchen Bereichen ergab sich ein befriedigendes Verständnis, aber viele Fragen bleiben noch strittig und unbeantwortet.

Früher dachte man, daß Klima, Kultur und natürliche Ressourcen die Schlüssel der ökonomischen Entwicklung darstellen. Eine rasche Industrialisierung, die durch die offene oder versteckte Besteuerung der Landwirtschaft finanziert wird, war viele Jahre lang die am meisten favorisierte Entwicklungsstrategie. Von der Weltwirtschaftskrise bis in die sechziger Jahre bevorzugten die meisten Entwicklungspolitiker die Importsubstitution in Verbindung mit der Förderung von jungen Industrien. Diese Auffassung wurde damals von den Institutionen der Entwicklungshilfe und den Banken geteilt und die daraus folgende Entwicklungsstrategie gefördert.

Diese Ansichten haben der Prüfung durch die Geschichte nicht standgehalten. Erfahrungen von Entwicklungs- wie von Industrieländern untermauern den um sich greifenden Konsens, daß man dem Staat möglichst nicht die Aufgabe einer Detailsteuerung der Entwicklung übertragen sollte. Steuern, die die Landwirtschaft diskriminieren, haben sich fast immer als Steuern auf das Wachstum herausgestellt. Die Abschottung hinter Handelsbarrieren hat sich als kostspielig erwiesen. Die Einschränkung des Wettbewerbs und die gezielte oder unbeabsichtigte Manipulation der Preise haben sich oft als kontraproduktiv erwiesen.

Nachdem man die Bedeutung von Offenheit und Wettbewerb realisiert hatte, wuchs die Überzeugung, daß diese beide Faktoren allein noch nicht

ausreichen. Das stärkste Fundament für eine anhaltende Entwicklung stellt eine sinnvolle Investition in die Menschen dar. Die angemessene Rolle für den Staat besteht nicht nur darin, einzuspringen, wenn die Märkte nicht richtig funktionieren. Der Staat gestaltet vielmehr den Kern der Entwicklung, indem er die Eigentumsrechte definiert und schützt, ein effektives Rechts- und Rechtsprechtungswesen sowie Regulierungssystem schafft, die Effizienz des öffentlichen Dienstes verbessert und die Umwelt schützt. Persönliche und politische Freiheitsrechte sind – entgegen einer früher populären Ansicht – vereinbar mit ökonomischem Wachstum.

Das Wachstum der Produktion kann nach einer einfachen Rechnung durch das Wachstum von Kapital und Arbeit und die Veränderungen in der Produktivität dieser Faktoren erklärt werden. Die Produktivität ist in den Entwicklungsländern sehr viel langsamer als in den Industrieländern gewachsen. In den annähernd siebzig Ländern, die für diesen Bericht untersucht wurden, waren Veränderungen des Kapitaleinsatzes für einen großen Teil der Veränderungen der Produktion verantwortlich. Doch das Produktivitätswachstum bleibt die Schlüsselgröße für die Erklärung der Wachstumsunterschiede zwischen den Ländern.

Eine wachsende Produktivität ist der Motor der Entwicklung. Aber was treibt die Produktivität voran? Die Antwort darauf ist der technische Fortschritt, der wiederum von der Geschichte, der Kultur, der Erziehung, den Institutionen und der Öffnungspolitik in Entwicklungs- und Industrieländern beeinflusst wird. Die Technologie wird verbreitet durch Investitionen in physisches und Humankapital sowie durch den internationalen Handel. Überzeugende Beweise zeigen, daß die Produktivität in einem Zusammenhang mit den Investitionen in Humankapital und der Qualität der ökonomischen Umwelt steht – und insbesondere von dem Ausmaß der Marktverzerrungen abhängt.

Der vorliegende Bericht untersucht unterschiedliche Arten von Marktverzerrungen, wie z.B. das Devisenaußergeld auf dem Parallelmarkt und die Handelsrestriktionen. Unter den untersuchten Ländern gab es weitaus mehr Länder mit gravierenden Preisverzerrungen als solche mit nur moderaten oder leichten Störungen. Die meisten der Länder mit stark verzerrten Preisen schnitten hinsichtlich Wachstum und Produktivität schlecht ab. Am anderen Ende des Spektrums entwickelten sich die wenigen Länder mit einem relativ unverzerrten Preissystem recht gut. Zwischen diesen Extremen sind die Resultate nicht eindeutig: einige Länder waren

erfolgreich, andere hatten weniger gute Resultate. Unter sonst gleichen Umständen fördert im allgemeinen ein relativ unverzerrtes Preissystem das Wachstum mehr als ein stark verzerrtes System. Eine Reihe von Anhaltspunkten deutet außerdem darauf hin, welche Gewinne durch eine Reduzierung der Marktinterventionen erzielt werden können. Zum Beispiel folgte auf unterschiedlich intensive Reformen in Chile, China, Ghana, Indien, Indonesien, der Republik Korea, Mexiko, Marokko und der Türkei während der achtziger Jahre im allgemeinen eine Verbesserung der Wirtschaftsleistung.

Auf den ersten Blick mag es den Anschein haben, daß eine solche Auffassung teilweise im Widerspruch steht zu den bemerkenswerten Erfolgen der ostasiatischen Volkswirtschaften oder den Erfolgen Japans in früheren Jahren. Weshalb waren in diesen Ländern Staatseingriffe wie der Protektionismus zugunsten junger Industrien und Kreditsubventionen erfolgreich, statt fehlzuschlagen? Erstens hielten diese Staaten ihre Interventionen durch Auslandskonkurrenz und heimischen Wettbewerb in Schach. Dies bedeutete, daß die Eingriffe angemessen, pragmatisch und flexibel ausgeführt werden mußten; bei Mißerfolg wurden die Interventionen meist wieder zurückgenommen. Statt sich dem Wettbewerb auf dem Markt zu widersetzen, versuchte der Staat, ihn zu antizipieren – und wenn sich die Maßnahmen als falsch erwiesen, reagierte man schnell, um den Schaden zu beseitigen. Zweitens achteten diese Staaten im großen und ganzen darauf, durch ihre Eingriffe die relativen Preise nicht übermäßig zu verzerren. Im Handel gelang es ihnen, die indirekte Diskriminierung des Exports, die gewöhnlich ein Nebenprodukt des Protektionismus ist, zu neutralisieren. Drittens waren ihre Eingriffe maßvoller als in den meisten anderen Entwicklungsländern. In dieser Beziehung widerlegen diese Volkswirtschaften damit einen umfassenden Dirigismus ebenso überzeugend wie das Laissez-faire.

In mehrerer Hinsicht sind Staatseingriffe unverzichtbar für die Entwicklung. Welche Bedingungen müssen dann gegeben sein, damit Staatseingriffe mehr helfen als hemmen? Ökonomische Theorie und praktische Erfahrung deuten darauf hin, daß staatliche Eingriffe hilfreich sein können, wenn sie marktfreundlich sind. Dies bedeutet:

- *Vorsichtiges Intervenieren.* Die Märkte sollen in Ruhe gelassen werden, solange ein Eingriff nicht erwiesenermaßen von Nutzen ist. Bestimmte staatliche Aktivitäten, die die Bereitstellung von öffent-

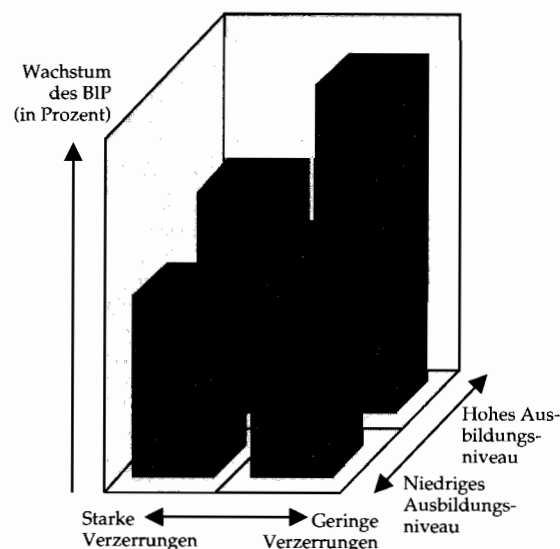
lichen Gütern beinhalten, bestehen diesen Test im Prinzip schnell, da der private Sektor diese Güter gewöhnlich nicht anbietet: Ausgaben für die elementare Schulbildung, die Infrastruktur, die Linderung der Armut, die Geburtenkontrolle und den Schutz der Umwelt. Bestimmte andere staatliche Aktivitäten bestehen diesen Test gewöhnlich nicht. Zum Beispiel ist es in der Regel ein Fehler, wenn der Staat physische Güter in eigener Regie herstellt oder die heimische Produktion eines Gutes schützt, das billiger importiert werden könnte und dessen heimische Produktion nur wenige anderweitige Vorteile bringt.

- *Anwendung von Kontroll- und Ausgleichsmechanismen.* Staatliche Eingriffe müssen sich laufend im internationalen und heimischen Wettbewerb bewähren. Die Republik Korea gab zum Beispiel ihre Unterstützung für die Großchemie auf, als die Entwicklung der Märkte zeigte, daß diese Politik fehlschlug.

- *Offenes Intervenieren.* Die Eingriffe sollten einfach, transparent und an Regeln gebunden sein, statt nach staatlichem Ermessen zu erfolgen. Zum Beispiel sollten Zölle quantitativen Kontrollen vorgezogen werden.

Eine der ermutigendsten Lehren, die wir aus den Erfahrungen mit der Entwicklung ziehen können, ist der Synergieeffekt einer gesunden Wirtschaftspolitik und marktfreundlicher Maßnahmen des Staates. Die vorliegende Analyse deutet zum Beispiel darauf hin, daß unterschiedliche Arten von Investitionen (in die Menschen, in das Sachkapital und in die Infrastruktur) und die Qualität der Politik in einer Wechselwirkung stehen (Schaubild 3). Die Erfahrungen von über sechzig Entwicklungsländern im Zeitraum von 1965 bis 1987 zeigen, daß in den Ländern, deren wirtschaftliche Strukturen durch Staatseingriffe verzerrt waren und die außerdem ein niedriges Ausbildungsniveau aufwiesen, das Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt um 3,1 Prozent pro Jahr gewachsen ist. Jene Länder, die entweder über ein höheres Ausbildungsniveau verfügten oder weniger Verzerrungen aufgrund von Staatseingriffen aufwiesen, waren mit einem jährlichen Wachstum von 3,8 Prozent erfolgreicher. Doch die Länder, die nach beiden Kriterien besser abschnitten – also Länder mit einem höheren Ausbildungsniveau und weniger Verzerrungen –, wuchsen um 5,5 Prozent pro Jahr. Ebenso scheinen sich die Wirtschaftspolitik und ein wachsender Kapitalstock zu ergänzen. Dieser Befund sagt für sich genommen noch nichts über den Kausalzusammenhang aus, aber er deutet darauf hin, daß die

**Schaubild 3 Wirtschaftspolitische Verzerrungen, Ausbildungsniveau und Wachstum des BIP, sechzig Entwicklungsländer, 1965 bis 1987**



Anmerkung: Starke Verzerrungen liegen bei einem Aufgeld von mehr als 30 Prozent des offiziellen Devisenkurses vor, geringe Verzerrungen bei einem Aufgeld bis zu 30 Prozent. Das Ausbildungsniveau wird gemessen anhand der durchschnittlichen Dauer des Schulbesuchs in Jahren (ohne Berücksichtigung von Ausbildungszeiten, die auf den Besuch weiterführender Schulen folgen) der Bevölkerung zwischen fünfzehn und vierundsechzig Jahren. Ein hohes Ausbildungsniveau ist definiert als ein Schulbesuch von mehr als 3,5 Jahren, ein niedriges Ausbildungsniveau als ein Schulbesuch bis zu 3,5 Jahren. Wegen der Berechnung der Daten vgl. Tabelle 2.4.

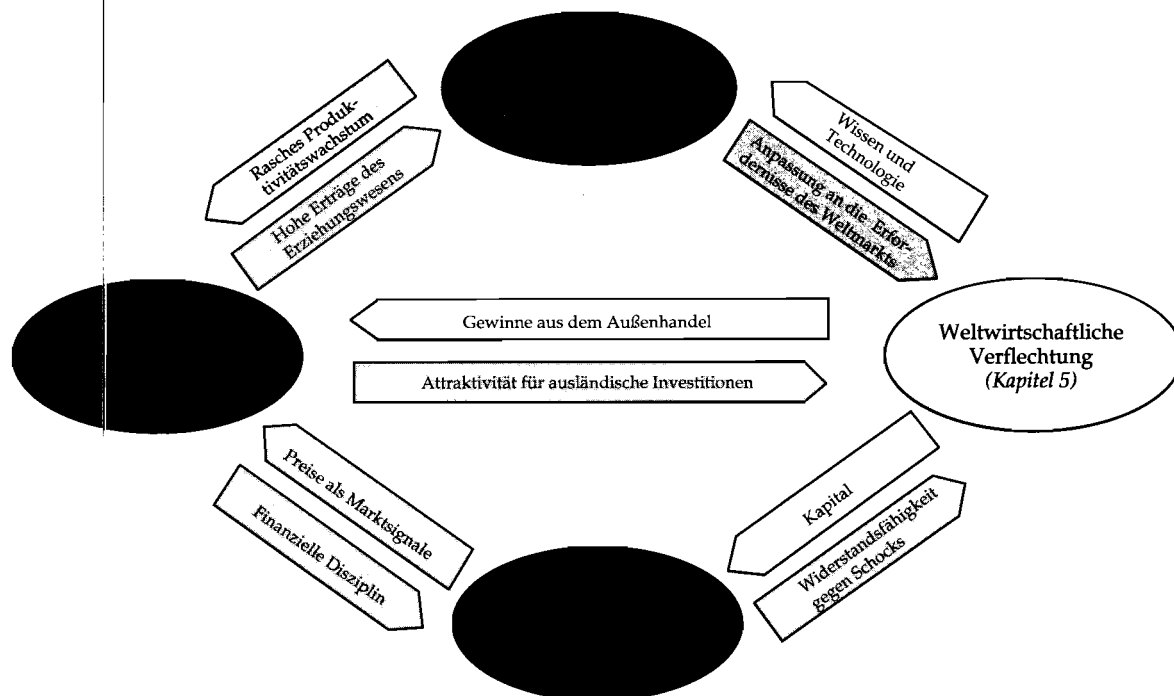
Quellen: International Currency Analysis, Inc., verschiedene Jahre; Daten der Weltbank.

Resultate ausgesprochen gut sein können, wenn von mehreren Fronten aus vorangeschritten wird.

### Elemente eines marktfreundlichen Ansatzes

Der Bericht betrachtet die Beziehung zwischen Staat und Markt unter vier allgemeinen Aspekten: Investitionen in die Menschen, die Binnenwirtschaft, die Außenwirtschaft und die gesamtwirtschaftliche Politik. Diese Bereiche hängen eng zusammen. Eine relativ unverzerrte heimische Wirtschaft belohnt diejenigen, welche in ihr Humankapital investieren, großzügiger als eine verzerrte Wirtschaft. Zur gleichen Zeit erhöht ein funktionierendes Erziehungssystem die Produktivität der heimischen Wirtschaft, indem es die Aneignung neuer Technologien beschleunigt. Um ein anderes Beispiel zu nennen: Das heimische Preissystem wird durch stabile gesamtwirtschaftliche Verhältnisse vom Schleier der Inflation befreit. Einzelwirtschaftliche Effizienz wieder-

**Schaubild 4 Wirkungszusammenhänge einer marktfreundlichen Entwicklungsstrategie**



um macht es einfacher, die Inflationsrate niedrig zu halten: Gibt es weniger nicht lebensfähige Unternehmen, dann besteht eine geringere Notwendigkeit für Subventionen, die das Staatsdefizit aufblähen. Aktivitäten auf all diesen vier Gebieten sind für sich genommen sinnvoll. Aber aufgrund der Wechselwirkungen zwischen ihnen, werden die Resultate ungleich besser ausfallen, wenn auf allen Gebieten gleichzeitig Anstrengungen unternommen werden (siehe Schaubild 4).

#### *Investitionen in die Menschen*

Der volkswirtschaftliche Ertrag von öffentlichen und privaten Investitionen in die Menschen ist oft außergewöhnlich hoch. Im allgemeinen kann man sich nicht darauf verlassen, daß die Märkte in den Entwicklungsländern für die Bevölkerung – vor allem für die Ärmsten – eine angemessene Ausbildung (speziell elementare Schulbildung) und Gesundheitsversorgung, eine ausreichende Ernährung und Familienplanungsdienste bereitstellen. Ein rasches Bevölkerungswachstum ist ein ernstes Problem in Ländern wie Bangladesch und in einigen

anderen Teilen der Welt, wie zum Beispiel der Sahel-Zone. Normalerweise reduziert sich das Bevölkerungswachstum, wenn das Ausbildungsniveau und das Einkommen der Menschen steigen und es zur Abwanderung in die Städte kommt. Deshalb müssen viele Länder mehr Mittel in das Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie in die Familienplanung investieren, wenn sie die Fruchtbarkeit reduzieren und das Bevölkerungswachstum bremsen wollen. Effektive Familienplanungsprogramme haben die Menschen über die privaten und sozialen Kosten einer hohen Fruchtbarkeit informiert, die Paare dazu ermutigt, die Kinderzahl zu reduzieren, und geholfen, die Nachfrage nach Verhütungsmitteln zu befriedigen. Familienplanungsprogramme sind in jenen Ländern am wirksamsten gewesen, die zugleich auch Maßnahmen ergriffen, um die Ausbildung der Frauen zu verbessern und ihre Beschäftigungschancen im modernen Sektor zu erhöhen.

Viele Staaten investieren bei weitem zu wenig in das Humankapital. In Brasilien und Pakistan hat das rasche Wachstum die sozialen Kennzahlen nur wenig beeinflußt, während sich diese Indikatoren in Chile und Jamaika selbst in Zeiten schwachen Wachstums verbesserten. In der Gruppe der Länder

mit niedrigem Einkommen weisen Guinea und Sri Lanka das gleiche Pro-Kopf-Einkommen auf, doch ist die Lebenserwartung in Sri Lanka um zwei Drittel höher. Unter den Ländern mit mittlerem Einkommen verfügen Brasilien und Uruguay über ein ähnliches Pro-Kopf-Einkommen, doch ist die Säuglingssterblichkeit in Uruguay um zwei Drittel niedriger. Es gibt Schätzungen, wonach in Schanghai die Säuglingssterblichkeit niedriger und die Lebenserwartung höher ist als in New York.

Neben der Quantität müssen die Staaten auch die Qualität ihrer Investitionen in die Menschen verbessern. Sachinvestitionen werden nur allzuoft ohne ausreichende Budgetierung der laufenden Folgekosten vorgenommen, was dann zu einer unwirtschaftlichen Unterauslastung führt. Oft ist die Zielgruppenorientierung von Ausgabenprogrammen ungenügend, so daß ein großer Teil der Mittel versickert. Die starke Subventionierung der höheren Bildung muß zugunsten zusätzlicher Ausgaben für die Grundschulbildung, deren Erträge relativ höher sind, eingeschränkt werden. Es gibt auch gute Gründe für eine ähnliche Ausgabenverlagerung von den aufwendigen Systemen der stationären Behandlung hin zur medizinischen Grundversorgung.

Außerdem muß stärker dafür Sorge getragen werden, daß die staatlichen Programme auch tatsächlich diejenigen erreichen, denen sie zugute kommen sollen. Beispiele für gut gestaltete und gezielte soziale Projekte sind ein Programm zur Erhöhung der Einschulung an Grundschulen in Peru, die Errichtung medizinischer Zentren für die Landbevölkerung im indischen Bundesstaat Kerala, Anstrengungen zur Reduzierung der Säuglingssterblichkeit in Malaysia sowie Gesundheitsprogramme zur Erhöhung der Lebenserwartung in Chile, China und Costa Rica. Es bestehen viele sinnvolle Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor. Durch die Beteiligung des privaten Sektors können Leistungen effektiver bereitgestellt werden, wie die Beispiele des Erziehungswesens in Kenia, auf den Philippinen und Simbabwe sowie der Gesundheitsversorgung in Ruanda und Zaire zeigen.

### *Das Umfeld der Unternehmen*

Konkurrenz auf den Inlands- und Auslandsmärkten hat sehr oft die Innovation, die Ausbreitung von Techniken und den effizienten Einsatz von Ressourcen gefördert. Japan, die Republik Korea, Singapur,

die Vereinigten Staaten und die erfolgreichsten Volkswirtschaften Europas haben ihre hohe Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt dadurch errungen, daß sie sich der Strenge des Wettbewerbs aussetzten. Dagegen haben Systeme der Konzessionierung der Industrie, Beschränkungen des Marktzugangs und Marktausscheidens, ein ungeeignetes Konkurs- und Arbeitsrecht, ungenügende Eigentümerrechte und Preiskontrollen – all dies schwächt die Wettbewerbskräfte – den technologischen Wandel und das Produktivitätswachstum gehemmt.

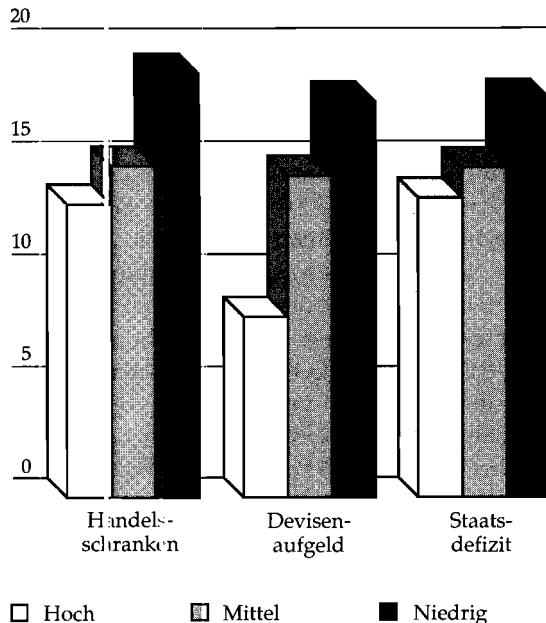
Beispiele für eine solche restriktive Politik zu unterschiedlichen Zeiten sind: die argentinische Politik der Begünstigung bestehender Unternehmen bei neuen industriellen Investitionen; die Beschränkungen des Marktzugangs und Marktausscheidens in vielen afrikanischen Ländern sowie China, Indien und Osteuropa; die zum Teil abgeschotteten nationalen Märkte der europäischen Computerindustrie; die umfassende Preisregulierung in Brasilien, Ägypten und Indonesien; Kapazitätsbeschränkungen in Indien und Pakistan; sowie die Staatsbeteiligung an ausgewählten Industrien in fast allen Entwicklungsländern. Wurden Reformen zur Beseitigung dieser Hindernisse unternommen – wie in Ghana, Indien, Indonesien und seit kurzem in vielen anderen Ländern –, haben sie sich auszahlt.

Eine effiziente heimische Volkswirtschaft erfordert außerdem die Bereitstellung öffentlicher Güter von entsprechend hoher Qualität. Dazu gehören als Grundlage ein Regelwerk zur Sicherung des Wettbewerbs und Rechtsnormen sowie Eigentumsrechte, die sowohl klar definiert sind, als auch gewissenhaft geschützt werden. Eine effiziente Wirtschaft erfordert auch Investitionen in die Infrastruktur, wie Bewässerungssysteme und Zubringerstraßen, deren hoher Nutzen erwiesen ist. So können zum Beispiel Forschung und Entwicklung im Agrarbereich außerordentlich hohe Erträge abwerfen: Man denke nur an Mais in Peru, Kautschuk in Malaysia, Weizen in Chile und Pakistan sowie Baumwolle in Brasilien.

Die heimische Wirtschaftspolitik sollte den Unternehmen Preissignale geben und sie in die Lage versetzen (durch Investitionen in die Infrastruktur und den Aufbau von Institutionen), auf diese Signale zu reagieren. Eine gründliche Untersuchung der Investitionsprojekte der Weltbank in Entwicklungsländern bestätigt, daß Marktanreize sehr wirksam sind. Bei einer Wirtschaftspolitik, die kaum Preisverzerrungen verursacht, erzielten Projekte im staatlichen wie im privaten Sektor durchweg höhere

### Schaubild 5 Ertragsraten von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten bei unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen

Interner Zinssatz (in Prozent)



Anmerkung: Der Auswertung lagen 1.200 Projekte im öffentlichen und privaten Sektor zugrunde. Ein hohes Devisenaufgeld beträgt über 200 Prozent, ein mittleres 20 bis 200 Prozent, ein niedriges weniger als 20 Prozent. Ein hohes Staatsdefizit entspricht mehr als 8 Prozent des BSP, ein mittleres 4 bis 8 Prozent, ein niedriges weniger als 4 Prozent. Wegen der Handelsschranken vgl. die Technischen Anmerkungen zu Kapitel 4 am Ende des Haupttextes.  
Quelle: Daten der Weltbank.

Ertragsraten als bei einer zu starken Verzerrungen führender Politik (Schaubild 5). Eine erhebliche Verbesserung der Politik ist mit einer Zunahme der Ertragsrate von Projekten um 5 bis 10 Prozentpunkte bzw. einer relativen Ertragssteigerung um durchschnittlich 50 bis 100 Prozent verbunden. Es ist auch evident, daß der Aufbau von Institutionen sowie Infrastrukturinvestitionen einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Projekterträge leisten. Dies bestätigt wieder, daß eine gute Wirtschaftspolitik und sinnvolle Investitionen (einschließlich einer externen Finanzierung) sich gegenseitig ergänzen.

#### Integration mit der Weltwirtschaft

Immer wenn sich die internationalen Ströme von Gütern, Dienstleistungen, Kapital, Arbeit und Technologie rasch ausweiteten, hat die Wirtschaft rasche

Fortschritte gemacht. Die Offenheit für Handel, Investitionen und Ideen war und ist ausschlaggebend dafür, daß die heimischen Produzenten zur Entwicklung neuer und besserer Produkte und zur Kostensenkung durch Einführung neuer Verfahren angehalten werden. Ein hoher Außenschutz der heimischen Wirtschaft hat dagegen an vielen Orten die Entwicklung um Jahrzehnte verzögert. Die Auswirkungen der Importkonkurrenz auf die Unternehmen, zum Beispiel in Chile und der Türkei, und die Wirkung einer verstärkten Konkurrenz im Exportgeschäft auf die Unternehmen in Brasilien, Japan und der Republik Korea sind Belege für den entscheidenden Beitrag, den die Außenwirtschaft zur Effizienz leistet.

Der internationale Technologietransfer erfolgt in unterschiedlichen Formen: durch Auslandsinvestitionen, Ausbildung im Ausland, technische Hilfe, Lizenzgewährung für patentierte Verfahren, den Wissenstransfer infolge von Wanderungen von Arbeitskräften und des Kennenlernens ausländischer Gütermärkte sowie durch die Technologie, die in den Einfuhren von Kapital, Ausrüstungen und Vorprodukten enthalten ist. Zu einer Politik, die diesen Transfer unterstützt, gehört eine größere Offenheit für Investitionen und für den Handel mit Gütern und Dienstleistungen. Nichttarifäre Hemmnisse, die besonders verzerrend wirken, müssen abgebaut und Zölle reduziert werden, und zwar in vielen Fällen beträchtlich.

Die Regierungen haben ebenfalls eine positivere Rolle zu spielen. Um die Vorteile des Technologietransfers ausschöpfen zu können, sind eine angemessene Erziehung und Berufsausbildung erforderlich. Wie in Japan und der Republik Korea können staatliche Stellen und industrielle Verbände zusammenarbeiten, um technologische Informationen zu sammeln und zu verarbeiten und um die Entwicklung von Qualitätskontrollen im Export zu fördern.

Die Regierungen der Industrieländer haben eine Verpflichtung – wenn nicht gegenüber den Entwicklungsländern, so doch gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung –, den Exporteuren in den Entwicklungsländern den Zugang zu ihren Märkten zu gewähren. Ohne diesen Marktzugang könnten die Reformen in den Entwicklungsländern vergeblich gewesen sein. Seit einigen Jahrzehnten reduzieren die Industrieländer ihre Zölle; in den achtziger Jahren aber wurden die nichttarifären Handelshemmnisse fortwährend erhöht. Zwischen 1966 und 1986 verdoppelte sich nach Schätzungen der Anteil der Importe der zur Organisation für Wirtschaft-

liche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gehörenden Länder, der von nichttarifären Handelsmaßnahmen betroffen ist. Im Jahr 1986 unterlagen allein mehr als 20 Prozent der Importe aus Entwicklungsländern besonders restriktiven Maßnahmen. Der Übergang zum Freihandel innerhalb einzelner Regionen – wie im Binnenmarktprogramm 1992 der Europäischen Gemeinschaft, dem Freihandelsabkommen von 1989 zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada und dem vorgeschlagenen Freihandelsabkommen zwischen Kanada, Mexiko und den Vereinigten Staaten – ist für alle Beteiligten von Vorteil. Doch bleibt abzuwarten, ob die regionalen Handelsblöcke das Ziel eines offeneren Welthandelssystems unterstützen oder es behindern werden. Auf jeden Fall ist eine erneuerte Verpflichtung auf das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) zusammen mit einer größeren Bereitschaft aller Länder zur einseitigen Handelsliberalisierung wünschenswert.

#### *Die gesamtwirtschaftlichen Grundlagen*

Die Aufrechterhaltung eines stabilen gesamtwirtschaftlichen Umfelds wird als eines der wichtigsten öffentlichen Güter angesehen, das der Staat bereitstellen kann. Die Erfahrung zeigt, daß eine übermäßige Ausweitung der Staatsausgaben oft zu großen Defiziten, einer exzessiven Verschuldung oder monetären Expansion und zu Problemen im Finanzsektor führte, worauf alsbald Inflation, eine chronische Überbewertung der eigenen Währung und ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit folgten. Eine übermäßige Verschuldung kann außerdem zu heimischen und externen Schuldenproblemen sowie zu einer Verdrängung von privaten Investitionen führen. In Ländern mit einer traditionell instabilen Gesamtwirtschaft, wie Argentinien, Bolivien, Côte d'Ivoire und Ghana, ist die Wiederherstellung des Vertrauens des privaten Sektors heute die Grundlage aller Bemühungen, das Wachstum wieder in Gang zu bringen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Zerrüttung der Staatsfinanzen und die Instabilität des Finanzsektors wurden manchmal ohne Zutun der Regierungen durch außenwirtschaftliche Ereignisse – oder interne Schocks wie Bürgerkriege und Naturkatastrophen – ausgelöst. Doch haben die Regierungen durchaus die Wahl, wie sie auf solche Schocks reagieren wollen. In Côte d'Ivoire, Mexiko, Kenia und Nigeria wurden im Gefolge eines temporären Wirtschaftsaufschwungs die Staatsausgaben in untragbarer Weise ausgeweitet. Anderen Län-

dern dagegen – wie Botsuana, Chile, Indonesien, Kolumbien, der Republik Korea, Malaysia, Mauritius und Thailand – gelang es, ihre gesamtwirtschaftliche Politik und ihre Volkswirtschaft auf Kurs zu halten, und dementsprechend verbesserte sich ihre Wirtschaftsleistung ganz allgemein.

Eine Regierung kann eine solide Finanzpolitik aufrechterhalten, wenn sie genau auf die ökonomische Aufgabenverteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft achtet. Der vorliegende Bericht vertritt den Standpunkt, daß dies in jedem Fall wünschenswert ist. Der Staat kann die beiden Ziele der einzelwirtschaftlichen Effizienz und der gesamtwirtschaftlichen Stabilität zur gleichen Zeit erreichen, wenn er seine Ausgabenprioritäten ständig neu abwägt, eine Steuerreform durchführt, den Finanzsektor reformiert, Staatsbetriebe privatisiert und Gebühren zur Deckung der Kosten mancher staatlicher Leistungen verlangt.

Die Entwicklungsländer sind auch von der gesamtwirtschaftlichen Politik der Industrieländer betroffen, insbesondere wenn diese Länder das weltweite Angebot an Ersparnissen relativ zur Nachfrage nach Sparkapital vermindern und die realen Zinssätze hochtreiben. Ein angemessenes Angebot von Auslandskapital (zu konzessionären und nichtkonzessionären Bedingungen) ist unabdingbar – es bedarf somit großer Anstrengungen der Weltbank und anderer multilateraler Institutionen, ebenso wie der bilateralen Geber. Der Rückgang der freiwilligen privaten Kreditgewährung an die Entwicklungsländer muß umgekehrt werden. Die Schuldenkrise bleibt ein Hindernis für das Wachstum. Ihre Überwindung erfordert: die Durchführung von umfassenden Anpassungsprogrammen und eine Rückkehr zu einer normalen Kreditwürdigkeit; die Ausdehnung des Länderkreises, der von einer Reduzierung der kommerziellen Schulden und des Schuldendienstes begünstigt wird; zusätzliche Umschuldungen zu konzessionären Bedingungen für die ärmsten Schuldnerländer; die Gewährung zusätzlicher Schuldenerlasse und die Vertiefung der Konzessionalität von anderen Maßnahmen zur Schuldenerleichterung seitens offizieller bilateraler Gläubiger; und schließlich eine Zunahme der Direktinvestitionen und der Kapitalzuflüsse mit Beteiligungscharakter.

#### **Die Rolle des Staates neu überdacht**

Der Entwicklungsansatz, der anscheinend am zuverlässigsten funktioniert hat und die größten Aus-

sichten eröffnet, legt eine Neubewertung der Rollen von Markt und Staat nahe. Einfach gesagt, sollte der Staat dort weniger eingreifen, wo die Märkte zufriedenstellend funktionieren oder ihre Funktionsfähigkeit hergestellt werden kann. Die Privatisierung eines Großteils der staatlichen Unternehmen würde in vielen Ländern helfen. Der Staat sollte die Voraussetzung für einen florierenden heimischen und internationalen Wettbewerb schaffen. Zur gleichen Zeit sollte er mehr in den Bereichen tun, die nicht allein den Marktkräften überlassen werden können. Dies verlangt vor allem Investitionen in das Erziehungs- und das Gesundheitswesen, in die Ernährung, die Familienplanung und die Linderung der Armut; den Aufbau einer sozialen, physischen, administrativen, regulatorischen und rechtlichen Infrastruktur von besserer Qualität; die Mobilisierung von Ressourcen zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben; und die Schaffung eines stabilen gesamtwirtschaftlichen Fundaments, ohne das nur wenig erreicht werden kann.

Staatliche Eingriffe zum Schutz der Umwelt sind notwendig für eine anhaltende Entwicklung. Die Industrieländer wie auch die Entwicklungsländer stehen vor ersten Problemen der Umweltverschlechterung. Neben der Wasser- und Luftverschmutzung sind die Vernichtung von Wäldern, der Raubbau am Boden, die Erschöpfung ländlicher Wasserreservoirs und die Überweidung eine Gefahr für eine anhaltende Entwicklung. Sachgerechte Gegenmaßnahmen sind eine richtige Preissetzung für Ressourcen, klare Eigentumsrechte und die Definierung des Eigentums an den Ressourcen, Umweltsteuern und -kontrollen sowie die Investition in alternative Produktionsrichtungen. Die Erfahrungen vieler Länder deuten darauf hin, daß marktwirtschaftliche Reformen auch zum Umweltschutz beitragen können. Dazu sind aber spezifische Umweltmaßnahmen notwendig. Es ist besonders wichtig, den kostengünstigsten Weg zur Abwehr von Umweltschäden zu finden.

Was könnte einer Neuabgrenzung der Rollen von Staat und Markt im Wege stehen? Werden die sozialen und politischen Strukturen sie erlauben? Lassen sich notwendige Reformen von Regierungen, die ihrem Volk verantwortlich sind und die Bürger- und Menschenrechte verteidigen, leichter oder schwerer als in anderen Systemen durchführen? Es wurde oft behauptet, daß die demokratische Staatsform die wirtschaftliche Entwicklung erschwert. Reformen gehen fast immer zu Lasten bestimmter Besitzstände und die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung ist in der Regel mit

einem zumindest temporären Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden. Daher heißt es, daß nur autoritäre Regierungen die unangenehmen Entscheidungen treffen können.

Dies ist offensichtlich falsch. Zwar läßt sich aus den Erfahrungen einer großen Zahl von Ländern nicht ableiten, daß die Freiheitsrechte der Individuen als solche das Wachstum fördern, doch stützen diese Erfahrungen in keiner Weise die These, daß die Freiheitsrechte das Wachstum hemmen. Auch die Vorstellung, daß autoritäre Regierungen durchschnittlich größere Chancen für ein rasches Wachstum bieten, wird von der Empirie nicht bestätigt. Betrachtet man neben dem Wachstum die anderen Elemente der wirtschaftlichen Entwicklung, so sind die Lehren aus der Erfahrung sogar weniger zweideutig: Politische Freiheit und Bürgerrechte – wie eine freie Presse und ungehinderte Information – scheinen in einer großen Gruppe von Ländern mit einem Fortschritt im Gesundheits- und Erziehungswesen einherzugehen.

Die Wechselwirkungen zwischen dem politischen System und der Wirtschaftspolitik sind komplex. Offensichtlich kommen wirtschaftspolitische Entscheidungen nicht in einem Vakuum zustande. Alle Regierungen – von den repressivsten Regimen abgesehen – müssen sich ein gewisses Maß an öffentlicher Unterstützung für ihr Handeln bewahren. Oft wird diese Zustimmung mit einer Reihe schädlicher wirtschaftspolitischer Eingriffe (wie zum Beispiel hohe Zölle, Überbewertung der Währung, Konzessionierungsvorschriften für die Wirtschaft) oder auch durch Korruption und verschwenderische Staatsausgaben erkaufte. Die Militärausgaben sind in vielen Industrieländern ebenso wie in vielen Entwicklungsländern weiterhin hoch. In Angola, im Irak, in der Republik Korea, im Tschad, in Uganda und in Zaire sind die Militärausgaben höher als die Summe der Ausgaben für das Erziehungs- und das Gesundheitswesen. Unsichere autoritäre Regierungen tendierten mindestens ebenso wie demokratische Regierungen dazu, diesen Weg einzuschlagen. Am Ende eines solchen Weges steht nur zu oft eine ökonomische und politische Krise, die die Entwicklung um Jahre zurückwirft.

Viele Länder litten unter dem Teufelskreis von schädlichen Markteingriffen, die Besitzstände verfestigen sowie zur Vorteilssuche und zur Inbesitznahme des Staates durch Interessengruppen führen. Die Regierungen greifen manchmal in die Märkte ein, um die politische Stabilität zu erhalten oder um anderen politischen Zwängen Rechnung zu tragen. Allzu häufig jedoch führt die Kombination von

ausufernden Verzerrungen mit einem räuberischen Staat zu einer entwicklungspolitischen Katastrophe. Diesen Kreislauf zu unterbrechen, erfordert politischen Willen und eine Verpflichtung der Politik auf das Ziel der Entwicklung. Die Verwirklichung der in diesem Bericht betrachteten Wirtschaftsreformen ist eine Möglichkeit, den politischen Hindernissen der Entwicklung zu begegnen.

Die Reform muß auch die Institutionen einbeziehen. Die Errichtung eines funktionierenden Rechts- und Gerichtswesens und die Gewährleistung verlässlicher Eigentumsrechte sind unverzichtbare Ergänzungen der wirtschaftspolitischen Reformen. Zur Reform des öffentlichen Sektors – eine vorrangige Aufgabe in vielen Ländern – gehören die Straffung des öffentlichen Dienstes, die Rationalisierung der Staatsausgaben und die Umstrukturierung und Privatisierung der staatlichen Unternehmen. Verwandte Reformen wirtschaftlicher Art sind ein verbessertes Angebot öffentlicher Güter, der Aufbau einer funktionsfähigen Bankenaufsicht und gesetzliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Finanzsektors. Eine Stärkung dieser Institutionen erhöht die Qualität der Regierungstätigkeit, stärkt die entwicklungspolitische Leistungsfähigkeit des Staates und befähigt die Gesellschaft dazu, Ausgleichs- und Kontrollmechanismen zu schaffen.

Die Erfahrung zeigt auch, daß eine relativ ausgewogene Einkommens- und Vermögensverteilung eine breitere politische Unterstützung für schwierige Reformen schafft. Hier ist jedoch Vorsicht angebracht. Eine Umverteilung durch Preisverzerrungen (wie z. B. Kreditsubventionen) kann schädlich sein, und die Vorteile kommen oft den weniger Bedürftigen zugute. Viele der in diesem Bericht empfohlenen Reformen würden die Einkommensverteilung zugunsten der Armen verschieben. Der Abbau von Schutzmaßnahmen im Außenhandel stimuliert im allgemeinen die Exporte und führt zu steigenden Einkommen der Armen, weil dadurch arbeitsintensive Produktionen gefördert werden. In die gleiche Richtung wirken auch höhere Ausgaben für die Grundschulen und die Gesundheitsvorsorge, die Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte und die Förderung der Arbeitsmobilität. Manche Entwicklungsländer konnten durch eine Reform ihres stark regressiven Steuersystems für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Auch eine Bodenreform kann vorteilhaft sein, wie zum Beispiel in China, Japan und der Republik Korea, wenngleich ihre Durchführbarkeit in vielen anderen Ländern bezweifelt wurde. Eine gezielte Subventionierung von Grundnahrungsmitteln zugunsten der

Armen kann notwendig sein. In allen Ländern sind durchdachte soziale Sicherungssysteme für die Personen notwendig, die von den kurzfristigen Kosten der Reformen am härtesten betroffen sind.

Das Tempo und die Abfolge wirtschaftspolitischer Reformen waren oft entscheidend für den Erfolg. Doch sind Verallgemeinerungen riskant. Die zügige Durchführung von Reformen kann dazu beitragen, daß der Widerstand von Interessengruppen gegen die Maßnahmen neutralisiert wird. Ein schrittweises Vorgehen läßt mehr Zeit, den Problemen der Betroffenen Rechnung zu tragen. Doch Länder wie Ghana, Indonesien, die Republik Korea, Mexiko und die Türkei scheinen zu zeigen, daß umfassende Reformpakete – mit zumindest einigen mutigen Schritten zu Beginn des Programmes – eine größere Erfolgchance haben. Umfassende Reformen können eine schwere Prüfung für die administrativen Fähigkeiten der Regierung sein. Manchmal wird argumentiert, daß ein zu hohes Reformtempo die Arbeitslosigkeit erhöhen kann, die Einkommensverteilung unerwünscht verschiebt und den Raubbau an natürlichen Ressourcen fördert. Doch kann das Unterlassen von Reformen mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sein, wie Argentinien, Côte d'Ivoire, Peru und die Länder Osteuropas in den achtziger Jahren erfahren mußten. Zügige und umfassende Reformen, verbunden mit gezielten Maßnahmen zur Reduzierung der Armut und zum Schutz der Umwelt, sind in der Regel der richtige Weg, um voranzukommen.

### **Vordringliche Aufgaben**

Die gegenwärtige Abkühlung der Konjunktur in vielen Industrieländern und eine erneute ökonomische Unsicherheit haben die weltweiten Entwicklungsaussichten eingetrübt. Die Entwicklung ist eine ungeheure Herausforderung: Viele der ärmsten Länder werden über Jahrzehnte ein rasches Wachstum brauchen, um die Armut zurückdrängen zu können. Die Prioritäten und Handlungszwänge bilden ein breites Spektrum zwischen den Ländern, die auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen stehen. Doch sind die Chancen für eine rasche Entwicklung heutzutage größer als je zuvor. Die internationale Verflechtung durch den Handel und den Fluß von Informationen, Investitionen und Technologie ist heute enger als vor vierzig Jahren. In der Medizin, den Naturwissenschaften und der Technik wurden überall große Fortschritte gemacht, und die Vorteile sind weltweit verfügbar.

Und die Politiker verstehen die entwicklungspolitischen Optionen besser als je zuvor.

Damit diese Chance genutzt wird, müssen die Industrieländer, die Entwicklungsländer und die Institutionen der Entwicklungshilfe und -finanzierung zur Tat schreiten. Von den *Industrieländern* werden gefordert:

- Abbau der Handelsbeschränkungen. Die Uruguay-Runde der Handelsgespräche darf nicht scheitern. Die nichttarifären Handelshemmnisse müssen beseitigt werden. Die Entwicklungsländer könnten durch einen unbeschränkten Zugang zu den Märkten der Industrieländer zusätzliche Exporterlöse in Höhe von 55 Mrd Dollar erzielen – ebensoviel wie sie an Entwicklungshilfe erhalten.

- Reformen der gesamtwirtschaftlichen Politik. Verringerte Staatsdefizite, gefestigte Finanzsysteme, stabile Wechselkurse, niedrige und stabile Zinssätze sowie ein stetiges nichtinflationäres Wachstum würden das Entwicklungsklima im Rest der Welt verwandeln.

Die *Industrieländer* und die *multilateralen Institutionen* einschließlich der Weltbank können die Entwicklungsaussichten verbessern, indem sie die Quantität und Qualität der externen Finanzhilfen steigern. Von ihnen werden gefordert:

- Zusätzliche finanzielle Unterstützung. Mehr Auslandskapital – sowohl konzessionär als auch nichtkonzessionär – würde die Entwicklungsanstrengungen beträchtlich unterstützen. Viele Entwicklungsländer kämpfen weiterhin mit der Last hoher Auslandsschulden. Weitere Schuldenerleichterungen für die Länder mit mittlerem und niedrigem Einkommen sind notwendig.

- Unterstützung wirtschaftspolitischer Reformen. Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel wird weit effektiver sein, wenn damit eine solide nationale Politik unterstützt wird. Die Erfahrung zeigt, daß Kreditgeber und Kreditnehmer in gleicher Weise profitieren, wenn sie dafür sorgen, daß Investitionen und eine marktfreundliche Politik Hand in Hand gehen.

- Förderung eines tragbaren Wachstums. Die Weltgemeinschaft steht vor der großen Aufgabe, durch gemeinsames Handeln die globale Umwelt zu schützen, und Maßnahmen zu unterstützen, die der Umweltverschlechterung in den Entwicklungsländern Einhalt gebieten.

In erster Linie aber haben es die Entwicklungsländer selbst in der Hand, wie ihre Entwicklungsperspektiven aussehen. Durch eigene Reformen können sie sicherstellen, daß sie die Vorteile günstiger externer Bindungen realisieren. Von den *Ent-*

*wicklungsländern* werden gefordert:

- Investitionen in die Menschen. Die Regierungen müssen mehr Geld – und zwar effektiver – für elementare Schulbildung, medizinische Grundversorgung, Ernährung und Familienplanung ausgeben. Dies erfordert neue Aufgabenprioritäten, eine größere Effizienz, eine gezieltere Verwendung der Gelder und in manchen Fällen eine Mobilisierung zusätzlicher Mittel.

- Verbesserung des Umfelds der Unternehmen. Die Regierungen müssen ihre Eingriffe in die Preisbildung im industriellen und landwirtschaftlichen Sektor reduzieren, die Beschränkungen des Marktzutritts und -ausscheidens abbauen und sich statt dessen auf die Bereitstellung angemessener Infrastruktur und Institutionen konzentrieren.

- Öffnung der Wirtschaft für den Außenhandel und ausländische Investitionen. Hierfür sind ein weitgehender Abbau der nichttarifären Behinderungen des Außenhandels und der Investitionen, spürbare Zollsenkungen und eine eindeutige Abkehr von diskretionären Lenkungsmaßnahmen notwendig.

- Korrekturen der gesamtwirtschaftlichen Politik. Die gesamtwirtschaftliche Politik muß ein niedriges Staatsdefizit und eine geringe Inflationsrate gewährleisten. Angemessene marktmäßige Spar- und Investitionsanreize sind notwendig, damit die heimischen Ressourcen ihre notwendige Rolle bei der Entwicklungsfinanzierung spielen können.

Auf jedem dieser Gebiete besteht die Herausforderung für die Politiker darin, die Synergieeffekte von Staat und Markt auszunutzen. Sie können die Aussichten für die ökonomische Entwicklung verändern, indem sie die Staatseingriffe dort zurücknehmen, wo es sinnvoll ist (z. B. in der Produktion), und dort verstärken, wo es notwendig ist (z. B. im Umweltschutz), indem sie Institutionen und Befähigungen stärken, die soziale Gerechtigkeit fördern, ohne Marktverzerrungen hervorzurufen, und für ein System von Kontrollen und Ausgleichsmechanismen im Staatswesen sorgen.

Eine erfolgreiche Entwicklung ist in der Tat die dringlichste aller Herausforderungen, vor denen die Menschheit gegenwärtig steht. Auch wenn unser Wissen über den Entwicklungsprozeß noch unvollständig ist, so sind doch in den letzten vierzig Jahren genügend Erfahrungen gesammelt worden, um den richtigen Weg zu erkennen. Eine Strategie, bei der der Staat den Wettbewerb und die Marktkräfte unterstützt, statt sie auszuschalten, bietet die besten Chancen für die Bewältigung der Herausforderung der Entwicklung.





## Die Weltwirtschaft im Wandel

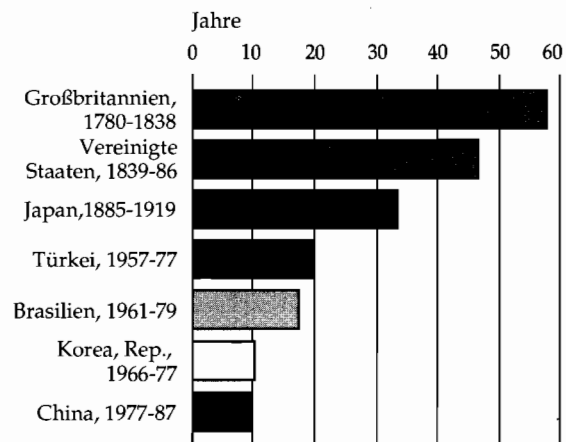
In der Weltwirtschaft vollziehen sich einschneidende Veränderungen. Mehr als ein Dutzend Länder hat unlängst wichtige Wirtschaftsreformen eingeleitet. Die Demokratiebewegung hat Osteuropa erfaßt und greift auf die Entwicklungsländer über. Die Europäische Gemeinschaft hat sich weiter auf die politische und wirtschaftliche Union zubewegt. Sind diese Ereignisse Grund zu Optimismus, so sind es andere nicht. Der Krieg im Nahen Osten, wachsende Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Umgestaltung in der Sowjetunion und ein sich abschwächendes Weltwirtschaftswachstum stellten Rückschläge dar.

Dieser Bericht wird zeigen, daß es bei der wirtschaftlichen Entwicklung in jedem Land am meisten auf dessen eigene Entscheidungen in der Wirtschaftspolitik und der industriellen Entwicklung ankommt. Die weltwirtschaftlichen Bedingungen sind jedoch wichtig. Während sich der Rest dieses Berichtes weitgehend damit befaßt, was die Länder selbst tun können, um ihre Leistung zu verbessern, untersucht dieses Kapitel den globalen Zusammenhang, in den solche Maßnahmen einzuordnen sein werden.

Das weltwirtschaftliche Umfeld wird in mancher Hinsicht für die Entwicklung im kommenden Jahrzehnt ungünstig sein. Das Zinsniveau dürfte hoch bleiben, und das Wirtschaftswachstum wird wahrscheinlich weltweit niedrig sein. Weder ist ein baldiges Ende der Schuldenkrise in Sicht noch gibt es irgendeine nennenswerte Wiederbelebung der Kapitalströme von Nord nach Süd. Das Erfordernis, die Umwelt zu schützen, stellt eine zusätzliche Herausforderung dar. Dennoch gibt es für den Entwicklungsprozeß auch günstige Anzeichen. In Osteuropa werden durchgreifende Reformen unter-

nommen. Ghana, Indonesien, Mexiko und andere Länder bemühen sich, ihre früheren Reformprogramme durchzuhalten; Peru, Tansania und Vietnam beispielsweise haben neue Reformen in Angriff genommen. Wenn mehr Länder das gleiche tun – und wenn ihre Vorgehensweise Unterstützung findet in einer größeren Offenheit des internationalen Handels und Finanzwesens – ist in der Tat rascher Fortschritt möglich.

**Schaubild 1.1 Zeiträume, in denen sich die Pro-Kopf-Produktion verdoppelte, ausgewählte Länder**



Anmerkung: Wegen der Begründung für die Auswahl der Zeiträume vgl. die Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes.  
Quellen: Für Großbritannien, Crafts 1981; für Japan, Maddison 1989; für die übrigen Länder, Daten der Weltbank.

## Die historische Sicht

Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß sich Länder rasch entwickeln können und daß sich in der Tat in vielen Ländern das Tempo der Veränderung beschleunigt hat. Sie zeigt gleichzeitig, daß sich viele Länder, wenn überhaupt, sehr langsam entwickelt haben. Der Schlüssel zum Verstehen des Entwicklungsprozesses liegt offensichtlich in der Frage, weshalb die historischen Erfahrungen so unterschiedlich gewesen sind.

Die Zeitspanne, die für substantielle Änderungen in der Lebensqualität erforderlich ist, hat sich im Verlauf der Jahrhunderte ständig verkürzt (Schaubild 1.1). Beginnend im Jahre 1780 benötigte Großbritannien achtundfünfzig Jahre, um seine Pro-Kopf-Produktion zu verdoppeln. Die Vereinigten Staaten benötigten ab 1839 siebenundvierzig Jahre. Japan schaffte es ab 1880 in nur vierunddreißig Jahren. Nach dem Zweiten Weltkrieg verdoppelten viele Länder ihre Pro-Kopf-Erzeugung noch rascher als Japan: Brasilien beispielsweise in achtzehn Jahren, Indonesien in siebzehn Jahren, die Republik Korea in elf Jahren und China in zehn Jahren. Diese Geschwindigkeitsänderung deutet darauf hin, daß die industrielle Revolution über einen längeren Zeitraum an Tempo gewonnen hat, während das Aufholen ein zunehmend rascherer Prozeß gewesen ist.

Das Tempo des Fortschritts hat sich nicht nur beim Einkommen und materiellen Verbrauch beschleunigt, sondern auch bei anderen Aspekten des Wohlstands. Viele Entwicklungsländer haben in bemerkenswert kurzer Zeit die Lebenserwartung der Industrieländer erreicht (Schaubild 1.2). Diese Veränderungen spiegeln Verbesserungen der Ernährung, der Wohnbedingungen und des Zugangs zu medizinischer Versorgung wider. Letztere wiederum waren möglich dank steigender Nahrungsmittelherzeugung und -verteilung, der Zunahme der Haushaltseinkommen, medizinischer Fortschritte, öffentlicher Investitionen in sauberes Trinkwasser und eine hygienische Entsorgung und, in jüngerer Zeit, dank der Entwicklung von Systemen der Gesundheitsfürsorge.

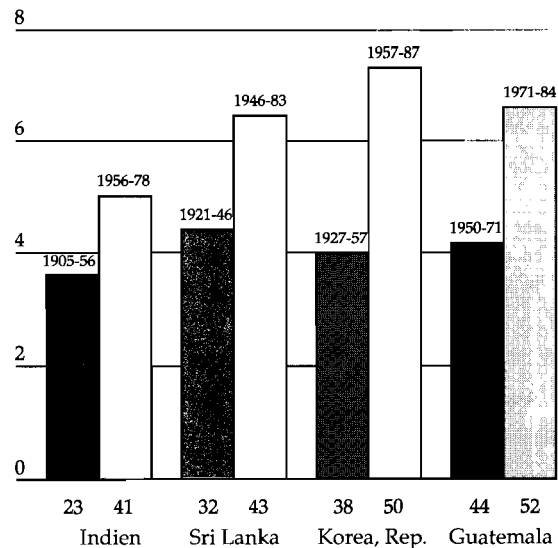
Angetrieben hat diese ökonomische Fortentwicklung mehr als irgendein anderer einzelner Faktor der technische Fortschritt. Innovationen haben in der Landwirtschaft, Industrie und im Dienstleistungssektor zu großen Fortschritten geführt. Hungersnöte sind aus Westeuropa seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, aus Osteuropa seit den dreißiger Jahren und aus Asien seit den siebziger Jahren

dieses Jahrhunderts verbannt. In Afrika bleibt die Herausforderung vernichtender Hungersnöte bestehen. Im Laufe der Zeit haben sich die Länder bei einigen Aspekten der Leistungsfähigkeit tendenziell stärker angenähert als bei anderen. Einen ausgeprägten Trend zur Konvergenz hat es bei den Indikatoren der Volksgesundheit gegeben. In vielen Ländern ist ein starker Rückgang der Säuglingssterblichkeit erreicht worden – auch in solchen mit sehr niedrigem Einkommen. Die Länder, die jetzt als Entwicklungsländer klassifiziert werden, weisen eine bessere Volksgesundheit auf als die Industrieländer früher bei vergleichbarem Einkommensniveau. Das gleiche gilt für die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können, wenngleich weniger ausgeprägt. Beim Pro-Kopf-Einkommen dagegen fiel die Annäherung enttäuschend gering aus.

Trotz des dramatischen Fortschritts in einigen Ländern sind die Unterschiede des Pro-Kopf-Einkommens zwischen den Ländern und Regionen gewaltig. Tabelle 1.1 zeigt die großen Fortschritte, die bei der Steigerung des Einkommens in der Welt erreicht worden sind. Sie zeigt aber auch die großen

**Schaubild 1.2 Zunahme der Lebenserwartung, ausgewählte Länder und Zeiträume**

Zunahme in Jahren im Durchschnitt pro Jahrzehnt



Anmerkung: Die Zahlen unterhalb jeder Säule geben die Lebenserwartung bei der Geburt zu Beginn des Zeitraums an. Wegen der Begründung für die Auswahl der Zeiträume vgl. die Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes.

Quellen: Angaben vor 1978, Gwatkin 1978; spätere Angaben für alle Länder außer Indien, WHO 1989; für Indien, Vereinte Nationen 1989.

**Tabelle 1.1 Historische Trends des BIP pro Kopf**

(Internationale Dollar von 1980)

Region oder Ländergruppe	1830	1913	1950	1973	1989	Wachstumsrate	
						1913–50	1950–89
Asien	375 (40)	510 (23)	487 (15)	1.215 (16)	2.812 (28)	-0,1	3,6
Lateinamerika	..	1.092 (49)	1.729 (52)	2.969 (40)	3.164 (31)	1,2	1,2
Afrika südlich der Sahara	..	..	348 (11)	558 (8)	513 (5)	..	0,8
Europa, Naher Osten und Nordafrika	..	..	940 (29)	2.017 (27)	2.576 (26)	..	2,0
Osteuropa	600 (64)	1.263 (57)	2.128 (65)	4.658 (63)	5.618 (56)	1,4	2,0
Entwicklungsländer	..	701 (32)	839 (25)	1.599 (22)	2.796 (28)	..	2,7
OECD-Mitgliedsländer	935	2.220	3.298	7.396	10.104	1,1	2,3

Anmerkung: Die ausgewiesenen Daten sind einfache Durchschnitte des BIP pro Kopf. Zahlen in Klammern sind regionale BIP-Daten pro Kopf in Prozent des BIP der OECD-Länder. Die regionalen Gruppen umfassen nicht die Länder mit hohem Einkommen. Ungarn ist in der Gruppe Osteuropa enthalten, nicht in der Gruppe Europa, Naher Osten und Nordafrika.

Quellen: Für 1830 bis 1965, Maddison, Hintergrundpapier. Angaben für 1950 bis 1965 für Afrika und den Nahen Osten basieren auf OECD-Daten; Angaben für die Jahre nach 1965 basieren auf Wachstumsraten aus der Weltbank-Datenbasis. Referenzwerte sind die Schätzwerte in internationalen Dollar für das Jahr 1980 aus Maddison, Hintergrundpapier, soweit verfügbar, ansonsten die Angaben aus Summers und Heston 1984.

Einkommensunterschiede und den mangelnden Fortschritt in vielen Teilen der Welt.

Die Wirtschaftstheorie legt den Schluß nahe, daß sich Produktivität und Pro-Kopf-Einkommen der Länder im Zeitablauf annähern, und zwar unter der Voraussetzung, daß die jetzigen Entwicklungsländer Zugang zu den von den Industrieländern eingeführten neuen Technologien erhielten (vgl. Kapitel 2). Es gibt Hinweise darauf, daß dies in den Industrieländern geschehen ist. Von kriegsbedingten Unterbrechungen abgesehen, haben sich im Verlaufe des vergangenen Jahrhunderts die Unterschiede in ihrem Pro-Kopf-Einkommen ständig verringert. Diese Annäherung begann mit der industriellen Revolution. Im neunzehnten Jahrhundert begannen sich Australien, Kanada, Japan, die Vereinigten Staaten und Westeuropa zu industrialisieren und beschleunigt zu wachsen. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts folgten einige andere Nationen. Aber die meisten Länder der Welt haben bis 1945 keine großen Fortschritte aufgewiesen.

Asien, die am meisten bevölkerte Region der Welt, hat unlängst begonnen aufzuholen – in einigen Fällen mit spektakulären Wachstumsraten. Afrika südlich der Sahara erlebte dagegen seit 1973 einen Rückgang seines realen Pro-Kopf-Einkommens. Im Jahr 1950 machte das Pro-Kopf-Einkommen der Region 11 Prozent des Durchschnitts in den Industrieländern aus; jetzt beträgt es 5 Prozent.

Lateinamerika ist ebenfalls zurückgefallen, insbesondere seit 1980. Es bestehen auch Disparitäten innerhalb von Ländergruppen. Zwischen den weniger fortgeschrittenen Volkswirtschaften nehmen sie insgesamt zu, und zwar insbesondere in Ost- und Südasiens.

Außerordentlicher Fortschritt ist selbst dann möglich, wenn Länder zum Scheitern verurteilt scheinen. Vor dreiundvierzig Jahren enthielt ein einflußreicher Regierungsbericht in einem wichtigen Entwicklungsland die Feststellung, daß die Arbeitskräfte zur Zeit schwere Arbeit in der Produktion mieden und leichte, handelsähnliche Tätigkeiten suchten. Der Bericht zeigte auf, daß die Arbeitsproduktivität gesunken sei, die Löhne zu hoch lägen und die Unternehmen ineffizient seien und stark subventioniert würden. Das Land habe sich praktisch aus dem Weltmarkt herausmanövriert und stünde einer ernsthaften Bedrohung durch die Konkurrenz der angehenden Industrieländer China und Indien gegenüber. Das Land sei überbevölkert, und zwar in zunehmendem Ausmaß. Dies wäre die letzte Gelegenheit, so schloß der Premierminister im Juli 1947, herauszufinden, ob sein Land in der Lage sein würde, auf eigenen Füßen zu stehen, oder ob es zu einer dauernden Last für den Rest der Welt werden würde. Das Land war Japan. Die zentrale Frage dieses Berichts ist, warum Länder wie Japan so spektakuläre Erfolge erzielten, während andere versagten.

## Sonderbeitrag 1.1 Innovationen, die die Welt veränderten

Während der vergangenen zweihundert Jahre hat eine Reihe wichtiger wissenschaftlicher und technischer Fortschritte den Gang der Entwicklung dramatisch verändert.

### Gesundheit und Medizin

Im neunzehnten Jahrhundert war die verbesserte Ernährung der Menschen der Hauptfaktor für die Zunahme der Lebenserwartung und die Verringerung der Säuglingssterblichkeit. In unserem Jahrhundert kam der Fortschritt von den medizinischen Wissenschaften. Jenners Pockenimpfstoff (1790) ebnete den Weg für die Schutzimpfungen gegen Cholera, Typhus und Milzbrand. Pasteur wies den Zusammenhang zwischen Mikroben und Immunität nach (1880). Ein halbes Jahrhundert später folgten Flemings Entdeckung des Penizillins (1929), dessen klinische Anwendung (1941) und die Entwicklung anderer Antibiotika. Im Ergebnis ging die Morbidität bei Tuberkulose beispielsweise in den Vereinigten Staaten von 79 je 100.000 im Jahr 1939 auf 9 im Jahr 1988 zurück. Umfassende Impfprogramme haben zu der dramatischen Reduzierung der Säuglingssterblichkeit beigetragen, die in den Ländern mit niedrigem Einkommen schätzungsweise von 124 je 1.000 Lebendgeburten im Jahr 1965 auf 72 im Jahr 1985 gesunken ist.

### Nahrungsmittelerzeugung

Eine ständige Zunahme der Nahrungsmittelproduktion im neunzehnten Jahrhundert, gefolgt von einem dramatischeren Wachstum im zwanzigsten Jahrhundert, ermöglichte einige bemerkenswerte Verbesserungen der Ernährung der Menschen. Die Grüne Revolution in den sechziger und siebziger Jahren dieses Jahrhunderts war möglich, weil ertragreiche Hybridzüchtungen von Weizen und Mais, zwergwüchsigem Reis und Kunstdünger sowie Pestizide eingeführt wurden. Indien verdoppelte

nach Einführung dieser Verbesserungen in den Jahren 1966–67 seine durchschnittlichen Weizenenerträge innerhalb weniger Jahre. In China, wo Landreformen für zusätzliche Flexibilität bei der Bewirtschaftung sorgten, machten es neue Getreidesorten und Agrartechniken möglich, 22 Prozent der Weltbevölkerung von 7 Prozent des Weltagrarlandes zu versorgen.

### Verkehr, Energie und Kommunikation

Die industrielle Revolution in Europa begann mit Erfindungen, die den Produktionsfaktor Arbeit mit Maschinen und neuen Energiequellen stärkten. Nach Saverys Dampfmaschine (1698) und Newcomens verbesserter Maschine (1712) führten Watts effizientere Maschinen (1770 und 1796) zu einer weitverbreiteten Nutzung der Dampfkraft. Förderung und Transport von Kohle wuchsen rasch. Als nächstes folgten Verbesserungen bei der Ölraffinierung (in den fünfziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts), dann ein Verfahren für Ölbohrungen. Der Verbrennungsmotor (1876) und die Technologien der Stromerzeugung und -übertragung (1886) waren Teil des gleichen Fortschritts, der alte Industrien umwandelte und neue entstehen ließ. Gleichzeitig kam es zu einer Revolution des Verkehrswesens durch das Dampfschiff und die Lokomotive (in den dreißiger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts), das Automobil (1885) und das Flugzeug (1903). Häfen, Autostraßen, Eisenbahnen und Flugplätze brachten den Handel zu den abgelegensten Orten.

Der Telegraf (1844), das Telefon (1876), die drahtlose Telegraphie (1895) und das Fernsehen (1925) veränderten die Interaktionsweise der Menschen. Mit Hilfe des Elektronenrechners (1924), der Nachrichtensatelliten (1960) und der Glasfaseroptik (1977) werden Informationen nun mit atemberaubender Geschwindigkeit übermittelt und verarbeitet, und dies zu tragbaren Kosten.

## Die Rahmenbedingungen für Entwicklung

Der Schlüssel zur globalen Entwicklung war die Verbreitung des technischen Fortschritts. Neue Technologien haben die produktivere Nutzung der Ressourcen ermöglicht und führten zu Einkommenssteigerung und Verbesserung des Lebensstandards. Wissenschaftliche und medizinische Innovationen haben sich in den vergangenen zwei Jahrhunderten in atemberaubenden Tempo eingestellt (Sonderbeitrag 1.1).

Die effiziente Anwendung neuer Technologien hat häufig die Anpassung und Erneuerung wirtschaftlicher Institutionen und gelegentlich auch politischer und sozialer Institutionen erfordert. Neue Verkehrsmittel erweiterten die Märkte und

erhöhten so die Arbeitsteilung, was – wie bereits Adam Smith beobachtete – zu größerer Spezialisierung führte: Güter und Arbeit wurden gegen Geld getauscht, statt gegen Güter und so fort. Heutzutage ist die Schaffung und Stärkung von marktwirtschaftlichen Institutionen die größte Aufgabe für die früheren sozialistischen Staaten Europas und für viele Entwicklungsländer.

### Weltweite Integration

Für die Ausbreitung der Technologie war der Außenhandel entscheidend. Die Länder haben sich üblicherweise bei Integration in die Weltwirtschaft rascher entwickelt als in Isolation, obwohl in

einigen Fällen der Protektionismus das Wachstum angeregt hat. Historisch betrachtet haben Handelskriege die globale Entwicklung verzögert.

Die Weltwirtschaftskrise und ihre Nachwirkungen sind vielleicht das deutlichste Beispiel dafür. Der Zusammenbruch des Handelssystems nach dem Ersten Weltkrieg löste die Weltwirtschaftskrise nicht aus, trug aber zu ihrer Tiefe, Ausbreitung und Dauer bei. Der Börsenkrach vom Oktober 1929 verursachte einen Einbruch der Nachfrage und des Außenhandels. Nachdem es im Jahr 1929 nicht gelungen war, auf kooperativer Grundlage ein Handelsübereinkommen abzuschließen, erhöhten die Vereinigten Staaten mit dem Smoot-Hawley Act im Jahr 1930 die Zölle. Amerikas Handelspartner übten Vergeltung. Der Welthandel schrumpfte um zwei Drittel – von 3 Milliarden Dollar im Oktober 1929 auf 1 Milliarde Dollar im Juli 1932. Ein Teil des Rückgangs war ein Ergebnis der Depression, aber die handelsfeindlichen Aktionen verursachten einen Schaden, dessen Behebung Jahrzehnte dauerte.

Die Verschlechterung des Außenhandelsklimas im Jahr 1929 war einer langanhaltenden Periode der Marktintegration unter Friedensbedingungen gefolgt. Großbritannien hatte das neunzehnte Jahrhundert mit einem schwerfälligen System von Zöllen und Zollgesetzen begonnen, die sich über fünfhundert Jahre akkumuliert hatten. Der Übergang zum Freihandel war nicht leicht. Hohe Abgaben auf Getreideimporte (die Getreidegesetze) bescherten den Grundbesitzern relativen Wohlstand, während die Verbraucher hohe Preise zahlten und die exportorientierte Industrie benachteiligt wurde. Im Jahr 1845, als in Irland die Kartoffelernte ausfiel, kam es zu einer Hungersnot. Diese Katastrophe bahnte den Weg für die Aufhebung der Getreidegesetze, und Großbritannien bewegte sich in Richtung auf ein freieres Handelsregime. Andere Länder folgten. Die Ausweitung der Agrarmärkte verminderte den protektionistischen Druck, und der Zeitraum von 1848 bis 1873 wurde in ganz Europa zu einer Periode freieren Außenhandels.

Dieser Prozeß der internationalen Integration wurde durch die Integration innerhalb der Länder verstärkt. Entscheidend waren Innovationen im Verkehrswesen. Die beschleunigte Marktintegration, im Verein mit neuen industriellen Verfahren, führte zu raschen Produktivitätszuwächsen.

Obwohl dieser Wandel in Richtung internationaler Integration zweifellos die Entwicklung beflügelte, setzte er die Länder auch externen Wirtschaftsschocks aus, und damit gelegentlichen Rückschlä-

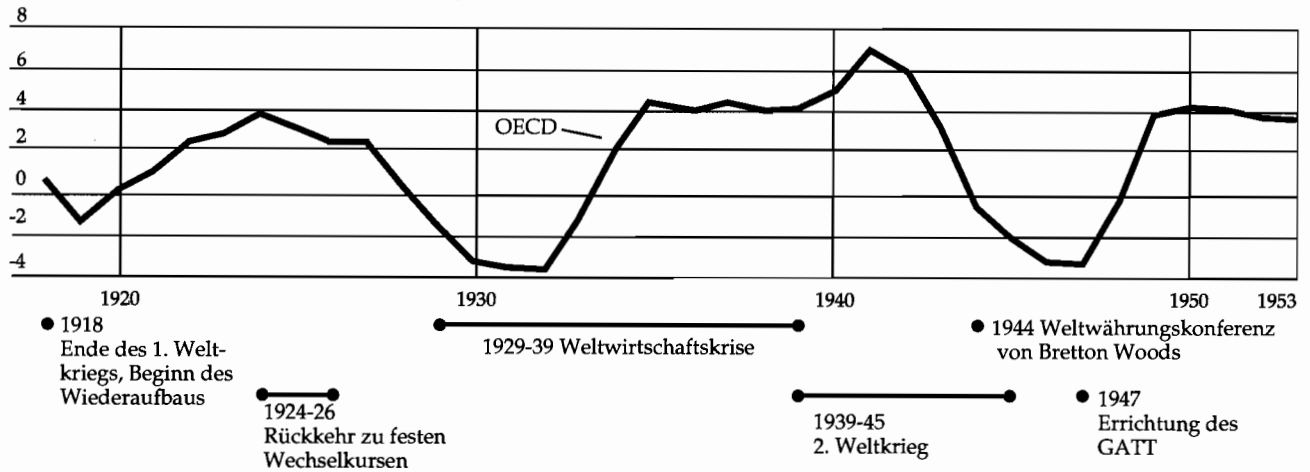
gen. Ein dramatischer Fall der Schiffsfrachtraten scheint den Rückgang von Gewinnen und Löhnen verursacht zu haben; doch sanken die Löhne weniger stark, so daß die Arbeitskosten real betrachtet stiegen. Billiges Getreide gelangte aus Nordamerika, Argentinien, Australien und der Ukraine nach Europa. Viele Länder erhöhten ihre Zölle, und zwar sowohl für Industrieprodukte als auch für Nahrungsmittel. Im Jahr 1913 betrug der durchschnittliche Zolltarif für Industrieerzeugnisse in Frankreich 20 Prozent, in Italien 18 Prozent und in Deutschland 13 Prozent. Inzwischen hatte jedoch der erste große Boom im Welthandel viele sich entwickelnde Rohstoffexporteure mit sich gezogen. Argentinien war so rasch gewachsen, daß in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts sein Pro-Kopf-Einkommen 80 Prozent dessen Großbritanniens betrug.

Ende des neunzehnten Jahrhunderts ist der Außenhandel durch einen Strom von Auslandskrediten von Europa in die neu besiedelten Länder der gemäßigten Zonen und in das zaristische Rußland finanziert worden. Technologische Durchbrüche in der Chemie, der Elektrotechnik und beim Automobil – manchmal als zweite industrielle Revolution bezeichnet – führten zu neuen Produkten, die auf den Einfuhrmärkten gefragt waren. Die britische Auslandskreditgewährung erreichte im Jahr 1913 die Hälfte der nationalen Ersparnis und 5 Prozent des Nationaleinkommens. Der Erste Weltkrieg kostete Kontinentaleuropa einen großen Teil seiner produktiven Arbeitskräfte und seines physischen Kapitals (Schaubild 1.3). Die Agrarproduktion hatte während des Krieges außerhalb Europas beträchtlich expandiert. Die allmähliche Erholung der europäischen Landwirtschaft führte deshalb nach 1925 zu sinkenden Preisen. Nach dem Börsenkrach im Oktober 1929 brachen die Preise zusammen. Der Zeitraum von 1918 bis 1925 war durch große Instabilität der Wechselkurse, Zölle, Handelsabkommen und sonstigen Regulierungen gekennzeichnet.

Die Weltwirtschaftskrise und der Zweite Weltkrieg zerrütteten die Weltwirtschaft und erschütterten das Vertrauen der Entwicklungsländer, insbesondere in Lateinamerika, in den Außenhandel als Triebkraft des Wirtschaftswachstums. Die Notwendigkeit internationaler Abkommen im Bereich des Außenhandels und der Währungen war größer als je zuvor. Die Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten und Assoziierten Nationen in Bretton Woods im Juli 1944 ging an die Schaffung „einer Welt, in der Länder nicht ihre Augen vor den

### Schaubild 1.3 Wachstum der Pro-Kopf-Produktion in den OECD- und Entwicklungsländern sowie bedeutende Weltereignisse, 1918 bis 1988

Wachstum der Pro-Kopf-Produktion (Prozent; gleitender Fünfjahresdurchschnitt)



Quellen: Wegen der Weltereignisse vgl. Pollard 1990; wegen der Daten vgl. die Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes.

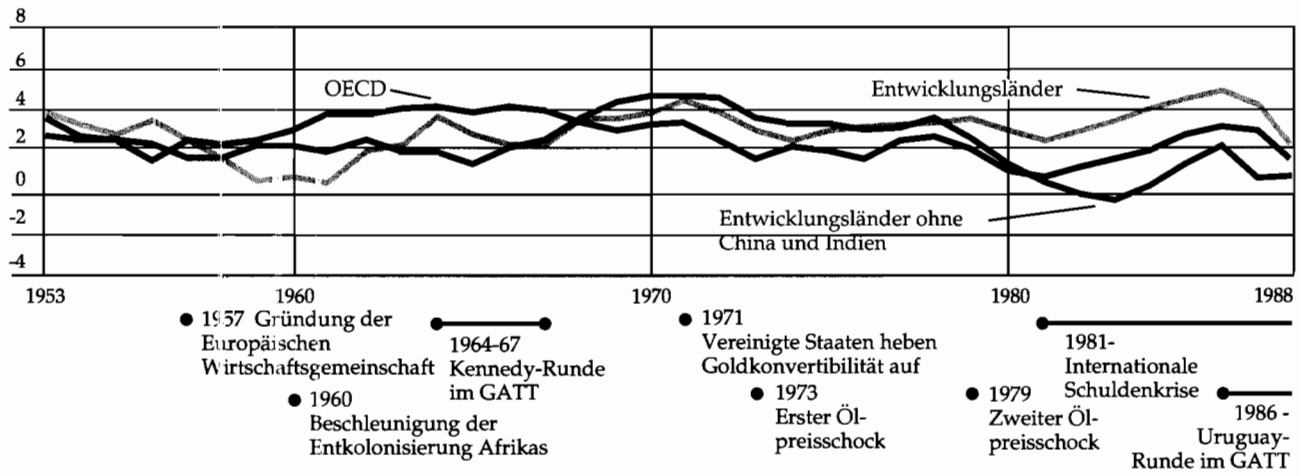
Rückwirkungen ihrer Politik auf andere verschließen würden“ (Robinson 1975). Die Konferenz führte zu neuen Regeln und Institutionen für die internationalen Währungs- und Wechselkursbeziehungen (im Rahmen des Internationalen Währungsfonds), für langfristige Kapitalströme zum Wiederaufbau und zur Entwicklung (im Rahmen des Weltbank) und für den Welthandel (schließlich niedergelegt im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen, GATT). Noch bevor diese Institutionen voll arbeitsfähig waren, unterstützte der Marshallplan den Nachkriegswiederaufbau in Westeuropa; Produktivitätsmissionen wurden von den Vereinigten Staaten nach Europa und Japan entsandt, um zur Entwicklung der Handelsbeziehungen und zur Ausbreitung technischen Wissens beizutragen.

Die Sowjetunion entschied sich, dem Bretton-Woods-System fernzubleiben und gründete ein paralleles internationales System. Die osteuropäischen Nationen verstaatlichten ihre Volkswirtschaften und übernahmen das zentrale Planungssystem sowjetischen Typs. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde gegründet, um ihre Wirtschaftsaktivitäten zu koordinieren.

Der Marshallplan förderte die Gründung der Europäischen Zahlungsunion, die die institutionelle Basis für den Freihandel innerhalb Westeuropas schuf. Das GATT ebnete den Weg zu umfassenderen multilateralen Handelsvereinbarungen. Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

(EWG) im Jahr 1957, die Gründung der OECD sowie aufeinanderfolgende GATT-Runden wirkten alle in die gleiche Richtung. In Europa und Japan stiegen die Investitionen auf Rekordniveau, als diese Länder technisch zu den Vereinigten Staaten aufzuschließen suchten. Das Wirtschaftswachstum war zwischen dem Zweiten Weltkrieg und den frühen siebziger Jahren stärker als je zuvor. Die Entwicklungsländer, viele von ihnen neu entstandene Nationen, beteiligten sich an diesem wachsenden Weltwirtschaftssystem, jedoch mit unterschiedlichem Engagement. Ostasien engagierte sich im Außenhandel mit Enthusiasmus; Südasien, Afrika und Lateinamerika waren zögerlicher.

Nachdem das Weltwirtschaftssystem nahezu drei Jahrzehnte lang das beispiellose Wachstum des Außenhandels und der weltweiten Verflechtung begünstigt hatte (Schaubild 1.4), änderten sich in den siebziger Jahren die Rahmenbedingungen. Feste Wechselkurse ließen sich nicht länger aufrechterhalten, und die Vereinigten Staaten hoben im Jahr 1971 die Goldkonvertibilität des Dollars auf. Im Jahr 1973 gingen die wichtigsten EWG-Regierungen zum Floating über. Der Schock, der von dem Beschluß der Mitglieder der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), die Ölpreise zu erhöhen, ausgelöst wurde, störte den Außenhandel und die Kapitalbewegungen. Das Handelssystem geriet unter starken Druck. Protektionistische Tendenzen kamen auf, die immer noch die nach 1945



etablierte liberale Handelsordnung bedrohen.

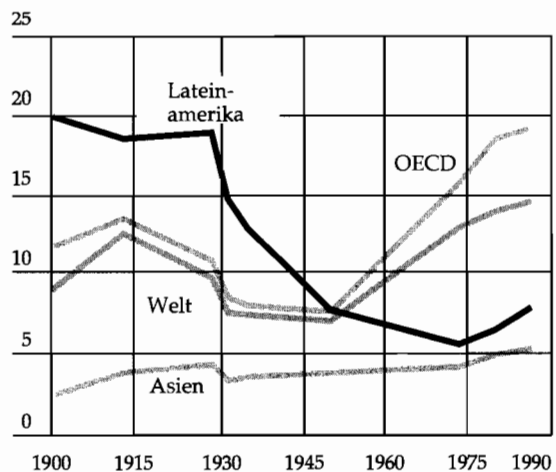
Dies bildet den Hintergrund, vor dem die Regierungen der Entwicklungsländer ihre handelspolitischen Entscheidungen zu treffen haben. Gegenwärtig leben mehr als vier Milliarden Menschen oder fast 80 Prozent der Weltbevölkerung in Entwicklungsländern. Ihr Anteil an der Weltproduktion beträgt weniger als 20 Prozent, und ihr Anteil am Welthandel liegt bei 17 Prozent. Als Gruppe haben diese Volkswirtschaften noch einen langen Weg vor sich, bevor sie voll in die Weltwirtschaft integriert sind.

#### *Die weltwirtschaftlichen Auswirkungen von Schocks*

Trotz des Wiederauflebens des Protektionismus seit den siebziger Jahren ist die Weltwirtschaft nach wie vor in hohem Maße integriert. Dies setzt, wie die Geschichte gezeigt hat, die Länder externen Schocks aus. Die Schocks der siebziger und achtziger Jahre sind schwerwiegend gewesen. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, starke Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und anderen Rohstoffen sowie sprunghaft verteuerte Ölpreise in den Jahren 1973/74 und 1979/80 beeinflussten nahezu jede Volkswirtschaft. Im Gefolge des zweiten Ölpreisschocks verfolgten die Vereinigten Staaten zu Beginn der achtziger Jahre eine Kombination von Geld- und Fiskalpolitik, die die Zinsen weltweit in

die Höhe trieb. Für die ölimportierenden Entwicklungsländer war das Ausmaß der Schocks der siebziger Jahre unterschiedlich, aber in den meisten machte es weniger als 10 Prozent des BIP aus. In den achtziger Jahren verstärkten sich jedoch die Terms

**Schaubild 1.4 Exportanteil am BIP, ausgewählte Ländergruppen, 1900 bis 1986**  
(in Prozent)



Anmerkung: Der Exportanteil am BIP kann als Indikator der Verflechtung betrachtet werden. Die BIP-Angaben lauten auf internationale Dollars, die Exporte auf US-Dollars.  
Quelle: Maddison 1989.

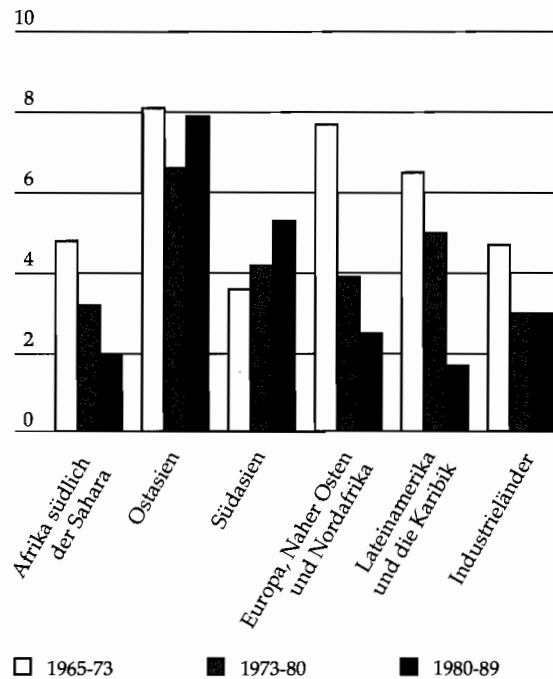
of Trade- und Zinseffekte. In den afrikanischen Ländern südlich der Sahara und in Lateinamerika betrugen diese Effekte insgesamt schätzungsweise mehr als 10 Prozent des BIP – dies war mehr als in anderen Entwicklungsregionen.

Zwar trug die Wirtschaftspolitik in den Industrieländern nach dem Ölpreisschock 1973/74 zum raschen Wiederaufschwung aus der Rezession bei, doch führte sie im weiteren Verlauf des Jahrzehnts auch zu hohen Inflationsraten. Viele Industrieländer betrieben eine akkommodierende Geldpolitik, die in den siebziger Jahren niedrige und in einigen Ländern sogar negative Realzinsen mit sich brachte. Das Recycling der Überschüsse der Ölexporteure hatte große internationale Kapitalbewegungen zur Folge. Aber der Aufschwung kam mit dem zweiten Ölpreisschock 1979/80 und dem Umschalten auf eine scharf restriktive Geldpolitik in den großen Industrieländern zu einem abrupten Ende. Zwischen den späten siebziger und den frühen achtziger Jahren stieg der reale Dollar-Interbanken-Zinssatz in London (LIBOR) von -1 Prozent auf 6 Prozent, gingen Wachstum und Handel stark zurück und sanken die Preise für Öl und andere Rohstoffe. Exporteure dieser Produkte sowie Länder, die von Gastarbeiterüberweisungen aus diesen Exportländern abhingen, erlitten Rückschläge. Bei der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik gab es zwischen den großen Industrieländern wenig Zusammenarbeit.

In den siebziger Jahren, als viele Entwicklungsländer Kredite aufnahmen, um ihren Verbrauch zu steigern, in fragwürdige Projekte zu investieren und die Einfuhr von Öl zu finanzieren (das dann durch Subventionen verbilligt wurde) baute sich ein Schuldenproblem auf, das weltweit übertragen wurde. Das Volumen der internationalen Bankkredite stieg während des Jahrzehnts um beinahe 800 Prozent auf rund 800 Milliarden Dollar. Die meisten kommerziellen Kreditgeber an Entwicklungsländer unternahmen wenig, um die Verwendung der Kredite zu prüfen, und verließen sich statt dessen auf Staatsgarantien. Die Produktivität der Investitionen in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen dürfte von den sechziger zu den siebziger Jahren um ein Drittel gefallen sein. Ihre Auslandsschulden wuchsen von 63 Mrd Dollar im Jahr 1970 auf 562 Mrd Dollar in 1980.

Die Schuldenkrise trat ein, als die Weltrezession, die hohen Realzinsen sowie die Terms of Trade-Schocks der frühen achtziger Jahre für stark verschuldete Länder akute Schuldendienstprobleme auslösten. Die von den Entwicklungsländern aufzubringenden Zinszahlungen stiegen im Zeitraum

**Schaubild 1.5 Schätzungen für das BIP-Wachstum, 1965 bis 1989**  
(in Prozent)



Anmerkung: Die BIP-Schätzungen sind reale Größen, berechnet nach der Methode der kleinsten Quadrate.  
Quelle: Daten der Weltbank.

1980 bis 1983 um 40 Prozent auf 64 Mrd Dollar. Dies entsprach rund 3,2 Prozent ihres BSP, verglichen mit weniger als 1 Prozent nur wenige Jahre zuvor. 1982 erklärte Mexiko ein Schuldenmoratorium. Viele andere Länder waren zu Umschuldungsvereinbarungen mit staatlichen Kreditgebern und Geschäftsbanken gezwungen. Im Jahr 1982 haben die Geschäftsbanken ihre freiwillige Kreditgewährung an die meisten Entwicklungsländer praktisch eingestellt. Die aggregierten Nettofinanztransfers zu den Entwicklungsländern (Auszahlungen langfristiger Kredite abzüglich gesamter Schuldendienst) kehrten sich von einem Nettozufluß von 36 Mrd Dollar im Jahr 1981 zu einem Nettoabfluß von 30 Mrd Dollar im Jahr 1989 um. In den hoch verschuldeten Ländern gingen die Investitionen stark zurück; dies schwächte die Erholung, als sich später das internationale Umfeld verbesserte. In den achtziger Jahren verlangsamte sich das Wachstum des realen BIP in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara, in Lateinamerika, im Nahen Osten, in Nordafrika sowie in Osteuropa (Schaubild 1.5).

In den Industrieländern beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Der Abbau von Regulierungen und niedrigere Steuern, im Verein mit dem Ölpreiserückgang von 1986, expansiver Geldpolitik sowie intensiverer wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit führten zu erhöhter Wirtschaftsaktivität. Niedrige Inflationsraten, moderate Lohnzuwächse und hohe Unternehmensgewinne begünstigten insbesondere in Japan und Europa die Privatinvestitionen. Eine Reihe von Entwicklungsländern wies zu dieser Zeit eine starke Außenhandelsverflechtung bei Industrieprodukten sowie ein vergleichsweise stabiles gesamtwirtschaftliches Klima auf. Diese Länder konnten vom Aufschwung der Industrieländer profitieren und steigerten ihre Wachstumsraten.

Die stärkere Integration in den achtziger Jahren führte dazu, daß Außenhandel und Kapitalbewegungen rascher wuchsen als die Produktion. Doch war dies abermals ein durch Schocks geprägtes Jahrzehnt, wodurch die Anpassungsaufgabe für die meisten Entwicklungsländer um so schwieriger wurde. Die Wechselkurse wiesen starke Ausschläge auf, und die internationalen Zinssätze schwankten erratisch. Die US-Leistungsbilanz schlug von einem Überschuß von 7 Mrd Dollar im Jahr 1981 zu einem Defizit von 162 Mrd Dollar im Jahr 1986 um, das allmählich auf 110 Mrd Dollar in 1989 zurückging. (Die Vereinigten Staaten nahmen 1989 rund 23 Prozent der Industriegüterexporte der Entwicklungsländer auf, das war mehr als deren Ausfuhren nach Japan, Deutschland und Frankreich zusammen.) In den vergangenen Jahren hat dieses Defizit schätzungsweise durchschnittlich 4 bis 5 Prozent der Welteinnahmen absorbiert. Inzwischen führte der Schuldenüberhang und der starke Rückgang der Kapitalzuflüsse zu den Entwicklungsländern dazu, daß das zusammengefaßte Leistungsbilanzdefizit dieser Länder von rund 70 Mrd Dollar im Jahr 1980 auf 50 Mrd Dollar im Jahr 1989 abnahm.

#### *Erfolgchancen in einer integrierten Welt*

Auch angesichts der negativen externen Schocks der vergangenen zwanzig Jahre entwickelten sich einige Volkswirtschaften bemerkenswert gut – namentlich diejenigen in Ostasien. Die meisten hatten jedoch zu kämpfen, insbesondere während des vergangenen Jahrzehnts. Häufig war dies nicht auf mangelnde Anstrengungen zurückzuführen. Viele Entwicklungsländer modifizierten ihre Wirtschaftspolitik, als sich zu Beginn der achtziger Jahre ihre

Schuldenprobleme häuften. Der Anpassungsbedarf wuchs im Jahr 1982 mit der tiefen Rezession in den Industrieländern und dem Rückgang der realen Rohstoffpreise. Viele Regierungen kürzten ihre Haushaltsdefizite, änderten bestimmte relative Preise (die realen Wechselkurse, die Realzinsen und die internen Terms of Trade zwischen Landwirtschaft und Industrie) und nahmen eine Umgestaltung der Staatstätigkeit vor. Einige Länder ersetzten auch mengenmäßige Handelsbeschränkungen durch Zölle und reformierten ihre Zolltarife. Die Zahlungsbilanzdefizite nahmen kräftig ab. Trotz erheblicher Fortschritte blieben jedoch die Haushaltsungleichgewichte bestehen. Defizite wurden vielfach durch die Kürzung öffentlicher Investitionen statt durch Eindämmung der laufenden Ausgaben oder durch Steuerreformen zur Einnahmenerhöhung abgebaut.

Das neue Wirtschaftsklima hat auch die Industrieländer vor Herausforderungen gestellt. Strukturelle Starrheiten, Energiepreiskontrollen, falsche Wechselkurse und Handelshemmnisse verhinderten in den siebziger und frühen achtziger Jahren die Anpassung und verzögerten den Wiederaufschwung. Dann begann die Wirtschaftspolitik ihren Kurs zu ändern. Die gesamtwirtschaftliche Steuerung konzentrierte sich auf den Kampf gegen die Inflation (wenngleich die Geldpolitik stärker akkommodierend wurde, als der Inflationsdruck in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nachließ). Die Finanzpolitik und die Regulierung der Wirtschaft betonten die angebotsseitigen Anreize; die Steuern auf Privateinkommen und Unternehmensgewinne wurden gesenkt. Die meisten Länder begannen, die Rolle des öffentlichen Sektors zu reduzieren. Zu den wichtigsten strukturellen Reformen gehörten die Privatisierung von Staatsunternehmen und die Liberalisierung der Güter-, Arbeits- und Finanzmärkte.

Während der achtziger Jahre stand die Rückständigkeit der Kommandowirtschaften in einem scharfen Kontrast zu dem raschen technischen Fortschritt in den marktorientierten Volkswirtschaften Asiens und des Westens. In der Sowjetunion (Schaubild 1.2) und in anderen Ostblock-Volkswirtschaften verschlechterte sich die ökonomische Leistung. Einige Länder, vor allem die ehemalige Deutsche Demokratische Republik und Polen, haben besonders mutige Reformen unternommen. Die Wirtschaftslage ist in fast allen diesen Volkswirtschaften besorgniserregend, und die Projektionen deuten darauf hin, daß der Tiefpunkt des Niedergangs noch bevorsteht.

## Sonderbeitrag 1.2 Die sowjetische Wirtschaftskrise

Nachdem Michail Gorbatschow 1985 an die Macht gelangt war und lautstark Alarm geschlagen hatte, gebrauchte er bei seiner Forderung nach Reformen immer wieder drei Begriffe: Perestroika (Umgestaltung), Uskurenje (Wachstumsbeschleunigung) und Glasnost (Offenheit). Die Volkswirtschaft sei in Schwierigkeiten, und Korrekturmaßnahmen seien zu lange hinausgezögert worden. Er wies darauf hin, daß die Sowjetunion mehr Schuhe und viel mehr Stahl produziere als die Vereinigten Staaten, daß aber die Qualität der Schuhe schlecht und die Verwendung des Stahls unwirtschaftlich sei.

Handelte es sich hier um eine kurzfristige Krise, oder war sie tiefer verwurzelt? Ersteres sicherlich nicht, wie Präsident Gorbatschow unlängst erklärte: „Wenn wir heute über eine radikale Umgestaltung der Wirtschaftssteuerung sprechen, ist es entscheidend, sich der realen Situation in unserem Land in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren zu erinnern. Zu dieser Zeit waren die Wachstumsraten so tief gesunken, daß sie praktisch eine Stagnation anzeigten.“ Ein starker Rückgang der Industrieproduktion sei von einer Erschöpfung der natürlichen Ressourcen in den bewohnten Regionen und von einer zunehmenden Überalterung der Anlagen und Ausrüstungen begleitet worden. Die Sterbeziffern und Säuglingssterblichkeitsraten stiegen an.

Zwischen 1985 und 1987 wurde die Perestroika eingeleitet, um die Industrie umzurüsten und zu modernisieren und die Qualitätskontrolle zu verbessern. Zu den begleitenden Maßnahmen gehörte die Stärkung der Initiative der Arbeitskräfte und eine verschärfte Rechenschaftspflicht der Bürokratie. Trotz einiger anfänglicher Erfolge sprachen die Reformen jedoch nicht die grundlegenden Probleme des Systems an.

Uskurenje erwies sich als trügerisch. Die reale Produktion stagnierte, und das Haushaltsdefizit stieg von 2,5 Prozent des BIP auf 8,5 Prozent.

Der Fehlschlag des Programms spornte in den Jahren 1987 und 1988 zu ernsthafteren Reformanstrengungen an. Das System der Materialzuteilung wurde abgeschafft. Die Preise konnten innerhalb bestimmter Grenzen frei vereinbart werden. Die finanzielle Disziplin wurde verschärft. Genossenschaftsbetriebe wurden ermutigt und private Familienbetriebe legalisiert. Der Außenhandel wurde dezentralisiert, und zusammen mit einem System differenzierter Wechselkurse und begrenzter Devisenauctionen wurde die Möglichkeit zur Einbehaltung von Deviseneinnahmen geschaffen.

Da die Maßnahmen schrittweise in Kraft gesetzt wurden, bewirkten sie gerade das Gegenteil des Beabsichtigten. Die Importe aus Hartwährungsländern wuchsen kräftig, während sich die Industriegüterexporte kaum veränderten. Die erhöhte Unternehmensautonomie wurde durch das System der Staatsaufträge eingeschränkt, das den größten Teil der Industrieproduktion erfaßte. Der Abbau des traditionellen Planungssystems begann, aber das unflexible und verzerrte offizielle Preissystem sowie die staatlichen Verteilungsstellen blieben weitgehend unangetastet. Während der späten achtziger Jahre nahmen der Kapitalstock und das Arbeitskräfteangebot durchweg ab.

Im Jahr 1990 ging die materielle Nettoproduktion – offiziellen Schätzungen zufolge – um 4 Prozent zurück, und die Inflationsrate betrug 12 Prozent. Das traditionelle System zentraler Planung war weitgehend zusammengebrochen, aber ein funktionierendes marktwirtschaftliches System war noch nicht an seine Stelle getreten.

Die Umformung der Sowjetwirtschaft wird schwierig sein. Sie erfordert viele der in diesem Bericht diskutierten Maßnahmen: Stabilisierung der Gesamtwirtschaft, Preisreformen verbunden mit stärkerem Wettbewerb durch heimische und ausländische Konkurrenz und die Reformierung der Eigentumsrechte und der staatlichen Institutionen.

### *Jüngste Entwicklungen*

Eine siebenjährige Expansion der Weltwirtschaft ist 1990 fast zum Stillstand gekommen. In einer Reihe großer Industrieländer wurden Anzeichen einer sich abschwächenden Wirtschaftsaktivität offenkundig, als die Geldpolitik in Reaktion auf ein Produktionsniveau nahe der Kapazitätsgrenzen und auf steigende Inflationsraten gestrafft wurde. Die Abschwächung erfaßte immer mehr Länder und beschleunigte sich mit dem Ausbruch der Golfkrise im August 1990. Zunehmende Unsicherheit wirkte sich ungünstig auf das Vertrauen der Verbraucher und der Wirtschaft aus, was seinerseits zu einem deutlich niedrigeren Wachstum der Verbrauchsausgaben und der gewerblichen Investitionen in den

Industrieländern führte. Die finanziellen Anforderungen der Vereinigung Deutschlands und der kriegsbedingte Wiederaufbau im Nahen Osten führten dazu, daß die kurzfristigen Zinssätze in Deutschland und Japan trotz des Konjunkturrückgangs im Jahr 1990 und Anfang 1991 stiegen. Das Wachstum des realen BIP schwächte sich 1990 in den Industrieländern auf rund 2,6 Prozent ab, verglichen mit 3,3 Prozent im Jahr 1989 und 4,5 Prozent in 1988.

Kanada, Großbritannien und die Vereinigten Staaten befanden sich in einer Rezession. Auch in anderen Teilen Westeuropas verlangsamte sich das Wachstum. In Japan sind die Aktienkurse um rund 50 Prozent gefallen, und die Qualität der Portfolios der Geschäftsbanken in Japan und den Vereinigten

Staaten hat sich verschlechtert. Obwohl die Volkswirtschaften der Industrieländer wahrscheinlich nur einen kurzen und flachen Abschwung durchlaufen, ist nur ein allmählicher Wiederaufschwung zu erwarten. In verschiedenen großen Volkswirtschaften werden die finanziellen Probleme des privaten Sektors weiterhin das Wachstum behindern. In den Industrieländern ist 1991 eine Produktionsausweitung von weniger als 2 Prozent zu erwarten.

In den Entwicklungsländern ging das reale BSP-Wachstum von 4,3 Prozent im Jahr 1988 auf 2,9 Prozent in 1989 und auf nur 2,2 Prozent in 1990 zurück, die niedrigste Rate seit 1982. Die Hauptgründe waren – neben anhaltender gesamtwirtschaftlicher Instabilität und unzulänglicher heimischer Wirtschaftspolitik – sinkende Rohstoffpreise für Nichtölprodukte, hohe internationale Zinssätze (ausgenommen den US-Dollar) und ein geringeres Wachstum des Welthandels.

Nach dem Einmarsch Iraks in Kuwait im August 1990 und dem nachfolgenden Embargo der VN auf Ölexporte Iraks und Kuwaits stiegen die Ölpreise von weniger als 20 Dollar pro Barrel (Rohöl der Qualität Brent) im Juli auf 35 bis 40 Dollar im August. Nach dem Ende des Krieges und der Befreiung Kuwaits waren die Ölpreise Anfang 1991 auf rund 20 Dollar je Barrel zurückgegangen. Wenn sich die Preise auf diesem Niveau halten, werden die Auswirkungen des Ölpreisschocks von 1990 in den Volkswirtschaften der Industrieländer gering und von kurzer Dauer sein. Für die Industrieländer als Gruppe beläuft sich die Verschlechterung der Terms of Trade durch den Ölpreisschock von 1990 schätzungsweise auf ein Drittel derjenigen von 1973–74 und auf nur ein Sechstel derjenigen von 1979–80.

Im Gegensatz dazu waren die Konsequenzen für Osteuropa einschneidend, da diese Länder begonnen haben, das Öl in harter Währung zu bezahlen. Für die ölexportierenden Entwicklungsländer als Gruppe ist die Auswirkung des gestiegenen Ölpreises auf die Leistungsbilanz auf 7 Prozent ihrer zusammengefaßten Exporte zu schätzen. Außerdem hatten die Arabische Republik Ägypten, Jordanien und die Türkei intensive Wirtschaftsbeziehungen zum Irak und Kuwait unterhalten. Diese und andere Länder – Bangladesch, Indien, Marokko, Pakistan, die Philippinen, Sri Lanka und Sudan – müssen höhere Zinsen für ihren Schuldendienst zahlen und haben Handels- und Dienstleistungsgeschäfte sowie Gastarbeiterüberweisungen eingebüßt. Die Einnahmen aus dem Tourismus

sind ebenfalls kräftig gesunken.

Die Produktion ging im Nahen Osten, Osteuropa und Lateinamerika (wegen einer tiefen Rezession in Brasilien) stark zurück. Auch in Afrika südlich der Sahara schwächte sich das Wachstum ab. In den Ländern, die Reformen eingeleitet haben und auf die sich das Sonderprogramm zur Unterstützung Afrikas erstreckt, wuchs jedoch die Produktion rascher als die Bevölkerung. In Asien beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum wegen der verbesserten Wirtschaftsleistung Chinas und einiger Schwellenländer (NIE) in der Region auf 3,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Entwicklungsländer. Für 1991 wird in den Entwicklungsländern ein etwas höheres Produktionswachstum von rund 3 Prozent erwartet. Dennoch verschlechterte sich Anfang 1991 die Lage in vielen Ländern noch weiter – insbesondere in denen, die vom Golfkrieg am stärksten betroffen waren.

### **Aussichten für die weltwirtschaftliche Entwicklung**

Für das weltwirtschaftliche Entwicklungsklima werden in den kommenden Jahren viele Faktoren eine wichtige Rolle spielen: das Wachstum des Welthandels, die von den Industrieländern verfolgte Wirtschaftspolitik, die Bedingungen auf den internationalen Kapitalmärkten und so fort. In jedem Fall ist die Unsicherheit groß (Sonderbeitrag 1.3). Um ein Bild von den Wachstumsaussichten in den Entwicklungsländern zu gewinnen, ist jeder dieser externen Faktoren abzuschätzen (entweder explizit oder implizit). Auch ohne jede Kenntnis der Zukunftsaussichten ist klar, daß ökonomische Flexibilität immer von Vorteil sein wird. Länder, die sich allen möglichen Bedingungen leicht anpassen können, werden wahrscheinlich am besten abschneiden.

### *Welthandel*

Die Uruguay-Runde der im Jahr 1986 begonnenen GATT-Gespräche wurde 1991 fortgeführt. Diese Gespräche sind die ersten, die die Entwicklungsländer als wichtige Teilnehmer einbeziehen. Wenn die Uruguay-Runde Erfolg hat, wird dies für Industrie- und Entwicklungsländer zu besserem Marktzugang führen, zu weltweit niedrigeren Zöllen, zu beträchtlichen Kürzungen der Agrarsubventionen, zu mehr Disziplin bei der Gewährung von Industriesubven-

### Sonderbeitrag 1.3 Das Entwicklungsklima in den neunziger Jahren

	Pessimistisch	Optimistisch
<i>Welthandel</i>	Die GATT-Verhandlungen scheitern; die einseitigen handelspolitischen Maßnahmen großer Industrieländer führen zu Handelskriegen; der Außenhandel geht insgesamt zurück, innerhalb regionaler Blöcke jedoch weniger.	Die GATT-Verhandlungen machen echte Fortschritte; regionale GATT-konforme Abkommen führen zu einer beträchtlichen Verstärkung der Integration in Europa, Asien und der westlichen Hemisphäre; der Welthandel expandiert rasch.
<i>Kapitalbewegungen</i>	Die internationalen Kapitalmärkte sind übervorsichtig, und die Erholung des Kapitalimports der Entwicklungsländer bleibt aus.	Der Kapitalimport der Entwicklungsländer kommt wieder in Gang; das größere Vertrauen regt ausländische Direktinvestitionen an.
<i>Weltfinanzmärkte</i>	In Japan und den Vereinigten Staaten brechen wichtige Finanzinstitute zusammen, was zu hohen Risikoprämien, niedrigen Investitionen, einer anhaltenden wirtschaftlichen Abschwächung und möglicherweise höheren Inflationsraten führt; die Schuldenkrise erschwert weiterhin das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern.	Wichtige Finanzinstitute überstehen die Schwierigkeiten; Reformen im Finanzsektor und Regulierungsänderungen reduzieren die Systemrisiken; die wirtschaftliche Erholung erfolgt rasch; die Brady-Initiative und ihr nachfolgende Maßnahmen verringern die Schuldenlasten der Entwicklungsländer.
<i>Wirtschaftspolitik der Industrieländer</i>	Die Zusammenarbeit zwischen den großen Industrieländern scheitert; sie verfolgen eine unzureichende Wirtschaftspolitik, und das Ergebnis sind finanzielle Instabilität und geringes Wachstum.	Die Wirtschaftspolitik der großen Industrieländer stabilisiert die Finanzmärkte und führt zu anhaltendem Wachstum.
<i>Sicherheit</i>	Der Rückzug der Supermächte führt zu regionalen Krisen und ethnischen Konflikten innerhalb der Länder und zwischen ihnen; die Rüstungswettläufe lenken wirtschaftliche Ressourcen um; Terrorismus, Drogen und Armut untergraben die innere Sicherheit.	Das Ende des kalten Krieges vermindert die Spannungen zwischen den Supermächten; neue internationale Sicherheitssysteme werden im Rahmen der gestärkten Vereinigten Nationen entwickelt.
<i>Technologie</i>	Die für wettbewerbsfähige Produkte erforderlichen Technologien werden immer anspruchsvoller und arbeitssparender; der Transfer von Technologie wird durch protektionistische Maßnahmen und Unternehmensstrategien beschränkt; die von billigen Arbeitskräften und vorhandenen Rohstoffen herrührenden Vorteile der Entwicklungsländer verringern sich.	Neue Technologien verbessern Gesundheit und Produktivität (insbesondere in der Landwirtschaft); multinationale Unternehmen entwickeln umfassendere globale Produktionsnetzwerke; Computer verringern die Vorteile großer Märkte; für Länder mit angemessenem Humankapital erleichtern bessere Kommunikationsmittel das Aufholen beim Produktivitätsfortschritt.
<i>Energie</i>	Wegen anhaltender politischer und sozialer Instabilität im Nahen Osten, der weiterhin der Hauptanbieter von Öl ist, bleiben die Ölpreise instabil.	Neue politische Übereinkommen im Nahen Osten zusammen mit einem konstruktiven Dialog zwischen Ölproduzenten und -verbrauchern haben eine ungewöhnliche Stabilität des realen Ölpreises zur Folge.
<i>Umwelt</i>	Die Umweltschäden häufen sich – mit entsprechenden ökonomischen Rückwirkungen; die weltweiten Ressourcen schwinden; die Häufigkeit lokaler Umweltkatastrophen nimmt zu.	Die Umweltschäden erweisen sich als weniger kostspielig und weniger dringlich als vorhergesagt; durch eine neue nationale und internationale Umweltpolitik erfolgen angemessene Schritte zum Schutz knapper Ressourcen.

tionen und zu einer Ausdehnung der multilateralen Abkommen auf Dienstleistungen, handelsbezogene Investitionsregeln und geistiges Eigentum. Das schwierigste dieser Gebiete ist die Landwirtschaft. Zwischen den Verhandlungspositionen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft

gibt es große Unterschiede hinsichtlich Umfang und Geschwindigkeit des Abbaus der Ausfuhrsubventionen, der heimischen Preisstützung und der Einfuhrhemmnisse. Außerhalb des Agrarbereichs wurden jedoch Fortschritte erzielt, insbesondere bei Textilien und Bekleidung, Dienstleistungen, Zoll-

senkungen, handelsbezogenen Investitionsregeln und geistigen Eigentumsrechten sowie bei der Beilegung von Streitigkeiten. Ein erfolgreiches Ergebnis der Gespräche ist für das Welthandelssystem entscheidend. Ein befriedigendes Übereinkommen wird die Aussichten für die Entwicklungsländer wesentlich verbessern.

**EUROPÄISCHE INTEGRATION.** Mit der Beseitigung der nationalen Hemmnisse für den freien Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Arbeit und Kapital könnte die Europäische Gemeinschaft zum größten Binnenmarkt der Welt werden. Nach Angaben der Europäischen Kommission könnte allein als Ergebnis der Integration das zusammengefaßte BIP der Region im Zeitraum von fünf bis sieben Jahren um 4,5 bis 7 Prozent ansteigen. Das Projekt 1992 schließt auch Schritte zur monetären Integration ein, die zu einer gemeinsamen Währung für Europa führen könnten. Zusammen mit den Auswirkungen der Marktintegration könnte dies das langfristige Wachstum in Westeuropa um rund 1 Prozentpunkt pro Jahr erhöhen.

**DER AUSTIEG OSTASIENS.** Von 1965 bis 1988 steigerten die ostasiatischen Volkswirtschaften ihren Anteil am Welt-BIP von 5 Prozent auf 20 Prozent und den Anteil am weltweiten Export von Industrieprodukten von 10 auf 23 Prozent. Japan hat sich zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt entwickelt, während eine Reihe von Entwicklungsländern in der Region zu den Volkswirtschaften mit hohem Einkommen aufgeschlossen haben. Ende der achtziger Jahre entfiel auf die vier NIEs Ostasiens die Hälfte der Industriegüterexporte der Entwicklungsländer. Die finanzielle Kraft der Region ist in gleicher Weise gewachsen. Auf regionalem Niveau entwickelten sich engere Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der Vereinigung der südostasiatischen Nationen. Eine neue Asiatisch-pazifische Gruppe für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, die gewisse Ähnlichkeit mit der OECD hat, begann jährliche Treffen auf Ministerebene; zu ihren Mitgliedern zählen Japan, die Vereinigten Staaten und zehn andere pazifische Nationen.

**ZUSAMMENARBEIT IN DER WESTLICHEN HEMISPHERE.** Mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada erklärten die Vereinigten Staaten eine „Enterprises for the Americas Initiative“, um die Handelsbeziehungen innerhalb des amerikanischen Kontinents zu verbessern. Mexiko und die Vereinigten Staaten

dürften in beschleunigte Verhandlungen über eine Freihandelszone eintreten; eine solche Vereinbarung würde die erste dieser Art zwischen Ländern mit so großen Einkommensunterschieden sein.

Inwieweit signalisieren all diese Entwicklungen ein Scheitern des offenen Handelssystems der Nachkriegsjahre? Wie werden die Handelsaussichten vieler Länder mit niedrigem Einkommen beeinflusst werden? Die Antwort ist unklar. Einige der jüngsten Handelsinitiativen haben einen starken regionalen Bezug, doch keine von ihnen hat bisher eine Erhöhung der Außenschranken mit sich gebracht. Das Endergebnis wird davon abhängen, ob der durch regionale Integration zusätzlich geschaffene Handel gewichtiger sein wird als der dadurch abgelenkte Handel. Wenn die Uruguay-Runde scheitert, ist das Risiko, daß sich die regionalen Gruppierungen nach innen orientieren, weit größer.

#### *Internationale Kapitalbewegungen und Finanzierungen*

In den achtziger Jahren floß das internationale Kapital hauptsächlich zwischen den Industrieländern. Einige große Industrieländer, darunter die Vereinigten Staaten, wurden zu Nettokapitalimporteuren, das heißt, ihre Inlandsinvestitionen überstiegen ihre inländische Ersparnis (Tabelle 1.2). Die Entwicklungsländer wurden von den internationalen Kreditgebern und Investoren umgangen, und zwar hauptsächlich wegen ihrer hohen Auslandsschulden und der Verschlechterung ihrer ökonomischen und politischen Situation. Im Verlauf des Jahrzehnts schlugen die aggregierten Nettomitteltransfers in diese Länder von einem positiven zu einem negativen Saldo um. Die Relation zwischen Investitionen und Produktion der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen sank in den achtziger Jahren und hat sich nicht erholt.

**SPAR-INVESTITIONSSALDEN.** Die Struktur der Spar-Investitionssalden der großen Ländergruppen dürfte mittelfristig kaum von dem generellen Trend abweichen, der sich in den vergangenen Jahren herausgebildet hat. Ein schrumpfendes US-Leistungsbilanzdefizit und höhere Öleinnahmen der ölexportierenden Länder dürften durch höhere Importe, Wiederaufbaukosten und Militärausgaben in der Golfregion ausgeglichen werden. Geringere private und öffentliche Ersparnisse in Japan sowie sinkende Leistungsbilanzüberschüsse in den asiati-

**Tabelle 1.2 Weltweite Ersparnis und Investitionen***(in Prozent des Welt-BIP, sofern nichts anderes angegeben)*

Kategorie und Ländergruppe	1970–73	1974–80	1981–85	1986–88	Niveau von 1988 (Mrd Dollar)
<i>Nationale Bruttoersparnis</i>					
OECD-Mitgliedsländer mit hohem Einkommen (Vereinigte Staaten)	16,5 (5,2)	16,2 (4,8)	14,6 (4,9)	16,3 (3,8)	2.997 (664)
Anderer Länder mit hohem Einkommen <sup>a</sup>	0,8	1,3	1,2	1,0	175
Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	4,1	6,1	6,3	5,0	875
Gesamte Welt <sup>b</sup>	21,4	23,6	22,1	22,3	4.048
<i>Inländische Bruttoinvestitionen</i>					
OECD-Mitgliedsländer mit hohem Einkommen (Vereinigte Staaten)	16,0 (5,0)	16,1 (4,6)	14,5 (5,0)	16,2 (4,4)	2.981 (740)
Anderer Länder mit hohem Einkommen <sup>a</sup>	0,7	0,9	1,0	0,8	151
Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	4,6	6,0	5,6	4,5	781
Gesamte Welt <sup>b</sup>	21,2	23,0	21,1	21,5	3.913

a. Als Rest ermittelt; Länder mit hohem Einkommen abzüglich OECD.

b. Weltersparnis und -investitionen weichen wegen Diskrepanzen in den Weltleistungsbilanzen voneinander ab.

Quelle: Daten der Weltbank.

schen Schwellenländern (infolge der Wechselkursaufwertung und des langsameren Welthandelswachstums) werden ebenfalls dazu beitragen, die Ungleichgewichte der achtziger Jahre abzubauen. Der Leistungsbilanzüberschuß Deutschlands wird mit dem vereinigungsbedingten Anstieg der Investitionsnachfrage abnehmen. Und die Nachfrage nach internationalen Krediten und Investitionen seitens Osteuropas und des Nahen Ostens könnte gerade dann zunehmen, wenn sich die Industrieländer von der Abschwächung der Jahre 1990–91 erholen. All dies bedeutet, daß das internationale Zinsniveau mittelfristig wahrscheinlich hoch bleiben wird.

Das Leistungsbilanzdefizit vieler Entwicklungsländer dürfte daher nur sehr moderat steigen, und zwar von 51 Mrd Dollar oder 1,8 Prozent des BSP im Jahr 1989 auf rund 70 Mrd Dollar in 1995 und 90 Mrd Dollar im Jahr 2000, was einem Durchschnitt von 1,5 bis 2,0 Prozent des BSP in den neunziger Jahren entspricht. Während Schuldentilgungen die Zinszahlungen auf die bestehenden Auslandsschulden vermindern, werden neue Nettozuflüsse zu einem Anstieg der Zinszahlungen führen. Auch die Ausgaben für Faktorleistungen werden steigen, da die höheren Bestände an ausländischen Direktinvestitionen zu zusätzlichen Gewinnüberweisungen führen werden. Mitte der neunziger Jahre könnten die stark verschuldeten Entwicklungsländer immer noch mehr Güter und Nichtfaktorleistungen exportieren, als sie importieren, obwohl sich der Saldo beträchtlich verringern dürfte. Die gegenwärtige Struktur der Nettokapitalbewegungen – die hinsichtlich der Relationen zwischen öffentlichen Kapitalströmen, Direktinvestitionen und privaten Krediten derjenigen der sechziger Jahre ähnelt – könnte

bis weit in die neunziger Jahre vorherrschen. Ein hohes internationales Zinsniveau könnte zusammen mit einer nur mäßigen Zunahme der Kapitalzuflüsse zu den Entwicklungsländern in den nächsten Jahren zu einer Verlangsamung der Entwicklung führen. Die Basisprojektionen sagen jedoch eine Beschleunigung des Wachstums der Entwicklungsländer gegenüber den achtziger Jahren voraus, und zwar aufgrund der Annahme einer steigenden inländischen Ersparnis und einer größeren Effizienz der Investitionen (Tabelle 1.3).

AUSLANDSSCHULDEN. Die internationale Strategie zur Bewältigung der mehr als 1,3 Billionen Dollar ausstehender Schulden der Entwicklungsländer (diese Zahl schließt die Schulden Osteuropas ein) erreichte in den Jahren 1988 und 1989 einen Wendepunkt. Der Schwerpunkt verschob sich von der Umschuldung zur Verringerung der Schulden und des Schuldendienstes. Mittels Schuldentrückkäufen, Zinsermäßigungen, Tausch von Schulden zu einem Abschlag gegen neue gesicherte Schulden und weiterer Maßnahmen hat die Brady-Initiative zur Verringerung der kommerziellen Schulden und des Schuldendienstes bereits die Auslandsschulden in Costa Rica, Mexiko und den Philippinen um 9,5 Mrd Dollar vermindert. Neue Schuldenreduktion und Umschuldungsmechanismen für die öffentlichen Schulden der Länder mit niedrigem Einkommen, die auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Toronto im Juni 1988 vereinbart wurden, wurden bis jetzt in neunzehn Ländern angewendet. Diese betreffen 5,8 Mrd Dollar oder 11 Prozent der bilateralen öffentlichen Schulden. Trotz dieser neuen Strategie beeinträchtigt die Schuldenkrise weiterhin die Aussichten für viele der sechszig- vierzig stark verschuldeten Länder (vgl. Kapitel 8).

**ENTWICKLUNGSHILFE.** Die öffentliche Entwicklungshilfe (ÖEH) zu hochkonzessionären Bedingungen, die rund 90 Prozent sämtlicher Zuschüsse und Nettokreditvergaben aus öffentlichen Quellen repräsentiert, stellt die Hauptform des Ressourcetransfers zu den ärmsten Ländern dar. Im Jahr 1989 entfielen darauf nahezu zwei Drittel der neuen Mittelzuflüsse zu Ländern mit niedrigem Einkommen und vier Fünftel der Zuflüsse zu den ärmsten Ländern. In Afrika südlich der Sahara betrugen im Jahr 1989 die Nettozuflüsse von öffentlicher Entwicklungshilfe 8 Prozent des BSP oder 28 Dollar pro Kopf (Kennzahlen der Weltentwicklung, Tabelle 20).

Das Volumen der von den Mitgliedsländern des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECD (DAC) bilateral und über multilaterale Kanäle gewährten Entwicklungshilfe stieg in den achtziger Jahren real betrachtet um durchschnittlich rund 3 Prozent pro Jahr. Das entsprach dem Wachstum ihrer Volkswirtschaften. Im Jahr 1989 reichte die Bandbreite der Relation Entwicklungshilfe/BSP von 0,15 für die Vereinigten Staaten über 0,32 für Japan und 0,78 für Frankreich bis 0,94 für Dänemark und die Niederlande (Kennzahlen der Weltentwicklung, Tabelle 19). Zwar erhöhten einige DAC-Länder (Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen, Schweden und Schweiz) ihre Entwicklungshilfe relativ zum BSP, doch ging bei einigen großen Geberländern (Deutschland, Großbritannien und Vereinigte Staaten) diese Relation zurück. Im Ergebnis blieb die Relation Entwicklungshilfe/BSP in den achtziger Jahren mit 0,35 Prozent konstant. Im weiteren Verlauf des Jahrzehnts, als viele Entwicklungsländer in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten, trat jedoch als Ziel in den Vordergrund, die Entwicklungshilfe wirksamer zu gestalten. Man wurde sich zunehmend der Tatsache bewußt, daß

dem Staat bei der Förderung des Wirtschaftswachstums Grenzen gesetzt sind. Dies führte bei den Regierungen der Geberländer wie der Entwicklungsländer dazu, daß die Rolle des Privatsektors anerkannt und die Bedeutung einer besseren heimischen Wirtschaftspolitik betont wurde. Mehr und mehr werden die Geberländer bei der Aufstellung ihrer Entwicklungshilfebudgets die Effizienz berücksichtigen. Dabei ist ein angemessenes Volumen der Entwicklungshilfe unerlässlich.

**AUSLÄNDISCHE DIREKTINVESTITIONEN.** Die Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen (ADI) werden in Reaktion auf die wirtschaftspolitischen Reformen wahrscheinlich zunehmen. Sie werden sich jedoch vermutlich weiterhin auf die wirtschaftlich integrierten Länder mit mittlerem Einkommen mit gut entwickelter Infrastruktur konzentrieren. Im Jahr 1989 stammten rund 70 Prozent der Zuflüsse von ADI in Entwicklungsländern aus Japan (18 Prozent), Großbritannien (20 Prozent) und den Vereinigten Staaten (32 Prozent). Auf nur zwanzig Entwicklungsländer, hauptsächlich in Asien und Lateinamerika, entfielen zwischen 1981 und 1990 90 Prozent der Nettozuflüsse. Der wirtschaftliche Wiederaufbau in Osteuropa und der UdSSR wird den Wettbewerb um ADI steigern. Gleichwohl kann für die kleineren, sich reformierenden Entwicklungsländer auch eine moderate Zunahme der Zuflüsse von ADI eine erkennbare Wirkung auf das Wachstum haben.

**FINANZINSTITUTIONEN.** Die finanzielle Lage einiger der größten Banken und Versicherungsgesellschaften der Vereinigten Staaten und Japans ist durch steigende Zinssätze, sinkende Aktienkurse und Immobilienpreise sowie schlechte Anlagegeschäfte geschwächt worden. Wie im Basel-Akkord

**Tabelle 1.3 Gesamte langfristige Nettomittelzuflüsse in die Entwicklungsländer, 1980 bis 1995**

Komponente	Betrag (Mrd Dollar)				Anteil (in Prozent)		
	1980	1986	1989	1995 <sup>a</sup>	1980	1989	1995 <sup>a</sup>
Nettozuflüsse <sup>b</sup>	82,8	51,2	63,3	103	100,0	100,0	100,0
Öffentliche Zuschüsse	12,5	14,0	18,6	25	15,1	29,4	24,3
Öffentliche Kredite (netto)	20,1	19,6	18,0	31	24,3	28,4	30,1
Bilateral	12,2	6,3	6,1	10	14,7	9,6	9,7
Multilateral	7,9	13,3	11,9	21	9,5	18,8	20,4
Private Zuflüsse	50,2	17,6	26,7	47	60,6	42,2	45,6
Private Kredite	41,1	8,1	4,3	12	49,6	6,8	11,6
Ausländische Direktinvestitionen	9,1	9,5	22,4	35	11,0	35,3	34,0

a. Projektionen.

b. Ohne IWF Kredite.

Quelle: Weltbank 1990c.

vereinbart, ist ab Dezember 1992 für sämtliche internationale Banken eine Kapitalunterlegung der risikobehafteten Aktiva von 8 Prozent anzuwenden. Während diese Institute sich um die Aufnahme von Kapital bemühen, schränken sie ihre Kreditvergabe ein. Japan und die Vereinigten Staaten scheinen entschlossen, das Problem unter Kontrolle zu bringen, indem sie die Einlagenversicherung stärken und zusammengebrochene Institute umstrukturieren. Aber die Kreditmärkte, die bereits durch die Finanzierungsanforderungen für Osteuropa und den Nahen Osten belastet werden, sind zwangsläufig davon betroffen. Der Aufwärtsdruck auf die Zinssätze wird auf mittlere Sicht bestehen bleiben.

**WIRTSCHAFTSPOLITIK DER OECD-LÄNDER.** Die gesamtwirtschaftliche Politik der Industrieländer beeinflusst das außenwirtschaftliche Klima für die Entwicklungsländer in unterschiedlicher Weise. Am wichtigsten ist vermutlich, daß die Industrieländer durch die Förderung eines stetigen und nichtinflationären Wachstums ihrer Volkswirtschaften die Aussichten für die Exporte der Entwicklungsländer verbessern können.

Die Wirtschaftspolitik der Industrieländer beeinflusst auch die Nachfrage nach und das Angebot an weltweiter Ersparnis und somit das Weltzinsniveau. Umgekehrt hat die finanzielle Verflechtung die Formulierung der nationalen Wirtschaftspolitik stark verkompliziert. Divergierende oder inkonsistente Wirtschaftspolitiken waren häufig der Hauptgrund für die Volatilität auf den Finanzmärkten. Um dem zu begegnen, hat die Siebenergruppe der Industrieländer (G7) in den vergangenen Jahren ein höheres Maß an wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit erreicht, der man einige der gleichgewichtsfördernden Anpassungen wichtiger Wechselkurse seit 1985 zugute halten kann. Aber die Koordination der Zinspolitik und der Interventionen an den Devisenmärkten dürfte nicht immer ausreichend sein, und gelegentlich könnte sie sogar kontraproduktiv sein. Der Austausch von Informationen über allgemeinere Aspekte der Wirtschaftspolitik, insbesondere über projektierte Haushaltsungleichgewichte, würde hilfreich sein.

### *Eine unsichere Welt*

Das globale Handels- und Finanzsystem ist der augenfälligste und bekannteste Aspekt des ökonomischen Klimas, in dem sich die Entwicklungsländer zu behaupten haben werden. Aber es gibt eine

Vielzahl anderer Ungewißheiten. In jedem einzelnen Fall lassen sich unschwer Ergebnisse vorstellen, die die Bemühungen um Entwicklung in hohem Maße begünstigen könnten – und andere, die sie lähmen könnten.

**SICHERHEIT.** Die politischen Ost-West-Spannungen haben nachgelassen. Allein schon das Ende des kalten Krieges sollte die Aussichten für das weltwirtschaftliche Wachstum verbessern. Doch bietet sich nun auch eine Gelegenheit für beträchtliche Kürzungen der Militärausgaben der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Neue Verträge und sich wandelnde Allianzen führen zu einem raschen Abbau der konventionellen Streitkräfte in Europa. Bis 1994 wird der Waffenbestand der früheren Warschauer-Pakt-Staaten auf höchstens ein Drittel seines Niveaus von 1988 abgebaut sein. Ersparnisse in den westlichen Militärbudgets könnten die Regierungen davon überzeugen, daß sie ihre früheren Zusagen auf Erhöhung der Hilfe an die Entwicklungsländer nun erfüllen können. Doch wird die Hilfe der Sowjetunion an ihr befreundete Entwicklungsländer sicherlich massiv gekürzt werden. Die akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Sowjetunion haben bereits schwerwiegende Unterbrechungen ihres Handels mit Entwicklungsländern, wie etwa Indien, verursacht. Es ist ein politischer Zusammenbruch vorstellbar, der eine Flut von Flüchtlingen in die Länder Osteuropas senden könnte, die bereits mit den gewaltigen Problemen des wirtschaftlichen Übergangs konfrontiert sind.

In den Industrieländern wie den Entwicklungsländern betragen die Militärausgaben rund 5 Prozent des BSP. Während aber in den Industrieländern die Militärausgaben etwa die Hälfte der Gesamtausgaben für das Gesundheits- und Erziehungswesen ausmachen, sind diese beiden Ausgabenposten in den Entwicklungsländern etwa gleich hoch. Hohe Militärausgaben haben in den Entwicklungsländern zweifellos knappe Ressourcen gebunden und wahrscheinlich das Wachstum verringert. Einerseits wird es nun weniger durch die Ideologien des kalten Krieges bedingte Konflikte geben. Andererseits könnte aber das nachlassende Engagement der Supermächte einige Entwicklungsländer dazu ermuntern, eine größere Militärmacht aufzubauen und sich ihrer zu bedienen. Mehr Staaten könnten ihre Gebietsansprüche durchzusetzen versuchen. Ethnische Spannungen innerhalb der Länder könnten solche Tendenzen verschärfen, ebenso wie neue Auseinandersetzungen über regionale Ressourcen wie etwa Wasser und Öl.

**POLITISCHE ERWÄGUNGEN.** In den achtziger Jahren waren in vielen Teilen der Welt politische Reformen und ein Wandel zugunsten stärkerer Partizipation am politischen Prozeß zu beobachten. In Veröffentlichungen der letzten Zeit haben Wissenschaftler und Politiker die Bedeutung persönlicher Freiheitsrechte und pluralistischer Regierungsformen betont, und zwar nicht nur als Werte aus eigenem Recht, sondern auch als Faktoren, die mit der Entwicklung assoziiert sind. Wie begründet solche Argumente auch immer sein mögen, Fairneß und Pluralismus erhalten bei den Überlegungen der Geberländer über die Wirksamkeit und Prioritäten von Entwicklungshilfe ein immer größeres Gewicht.

**FORTSCHRITTE DER TECHNOLOGIE.** Da die meisten Innovationen in den Industrieländern ihren Ursprung haben und die Forschung dazu tendiert, sich auf Probleme von lokaler Bedeutung zu konzentrieren, dürfte der technische Fortschritt systematisch die Produzenten und Konsumenten in den Industrieländern begünstigen. Untersuchungen von Industriezweigen deuten darauf hin, daß neue Techniken den Wettbewerbsnachteil des verarbeitenden Gewerbes in den Industrieländern vermindert haben dürften. Einige Firmen in traditionell arbeitsintensiven Branchen (beispielsweise Textilien, Bekleidung und Schuhwaren) nehmen die Produktion in Hochlohnländern wieder auf.

Obwohl sich die Unterschiede zwischen Niedrig- und Hochlohnproduzenten in einigen Industriezweigen vermindert haben dürften, brachten Fortschritte im Kommunikations- und Verkehrswesen Vorteile für Produktionsketten, die Standorte in Industrieländern und Entwicklungsländern miteinander verbinden. Die Montage und andere arbeitsintensive Prozesse können effizient dort angesiedelt werden, wo die Löhne niedrig sind. Neue Trends in der Automation, Mehrzweckfabriken sowie Produktgestaltung nach dem Baukastenprinzip verringern die ökonomische Mindestgröße der Produktionseinheiten. Dies erleichtert die Errichtung von Produktionsstätten in kleineren spezialisierten Märkten.

Neue Techniken bieten die Möglichkeit vollkommen neuer Produkte und Verfahren, darunter auch solcher, die das Leben der Ärmsten der Welt dramatisch verbessern könnten. Frühere Durchbrüche in der Medizin und der Agrargenetik haben sich gerade in dieser Weise ausgewirkt; Fortschritte in der Biotechnik könnten bald die Produktivität der Landwirte in den Entwicklungsländern steigern.

Gleichzeitig könnten jedoch Fortschritte in der Werkstoffforschung die in Entwicklungsländern hergestellten Rohstoffe ersetzen. Innovationen könnten die Nachfrage nach Mineralöl, Futtermitteln und Metallen reduzieren und den Bedarf an Einsatzstoffen zugunsten allgemein verfügbarer Materialien verschieben.

**ENERGIEAUSBLICK.** In den neunziger Jahren wird ein Anstieg der weltweiten Energienachfrage um rund 2 Prozent pro Jahr erwartet. Am stärksten wird die Nachfrage in den Entwicklungsländern zunehmen, wo die anhaltende Verstädterung die Nachfrage nach Öl für den Haushaltsverbrauch und für die Stromerzeugung erhöhen wird. Die Zunahme der Nachfrage nach Öl in den Industrieländern wird hauptsächlich durch dessen Einsatz in Kraftfahrzeugen und anderen Verkehrsträgern bedingt sein. Der Absatz von Naturgas als wichtiger Energiequelle wird weiter expandieren – insbesondere in den Entwicklungsländern und der UdSSR, wo Sicherheits- und Umwelterwägungen zu einem Anteilsverlust der Atomenergie führen werden.

Auf kurze Sicht werden die Ölpreise durch Sicherheitsfragen und andere Probleme in der Golfregion sowie den Einfluß der OPEC bestimmt werden. Mittelfristig gesehen wird die Ölproduktion aus Nicht-OPEC-Quellen Mitte der neunziger Jahre den Höhepunkt erreichen. Die Golfregion wird weiterhin der Hauptanbieter von Öl bleiben; ihr Anteil an der Weltölproduktion wird sogar von 36 Prozent im Jahr 1989 auf 43 Prozent im Jahr 2000 steigen. Mittelfristig ist eine moderate Erhöhung des realen Ölpreises wahrscheinlich. In einigen Ländern könnten die Inlandspreise rascher steigen, wenn Umweltprobleme zu höheren Energiesteuern führen. Zwischen den inländischen Energiepreisen der verschiedenen Länder bestehen extreme Unterschiede. Im Jahr 1989 machten die Benzinpreise in den Vereinigten Staaten und einer Reihe von Entwicklungsländern nur einen Bruchteil derjenigen in Westeuropa aus.

**UMWELTSCHÄDEN.** Der weitverbreitete Mißbrauch von Ressourcen reicht vom Raubbau an Fischbeständen, Boden und Wäldern bis zur lokalen und grenzüberschreitenden Verschmutzung der Umwelt. Untersuchungen in Deutschland, den Niederlanden und den Vereinigten Staaten kamen zu dem Ergebnis, daß die ökologischen Schäden durch die Verschmutzung von Luft und Wasser sowie die Lärmbelastung jährlich zwischen 0,5 und 2,5 Prozent des BSP ausmachen. Dies ist mehr als die

geschätzten Kosten einer Kontrolle der Umweltverschmutzung. Der Schaden (einschließlich des durch die Klimaveränderung verursachten) dürfte in den Entwicklungsländern größer sein. Die jährlichen Kosten der Waldvernichtung belaufen sich in Äthiopien auf schätzungsweise 6 bis 9 Prozent des BSP und in Burkina Faso auf 5,7 Prozent des BIP. Die geschätzten Kosten einer substantiellen Eindämmung der Umweltverschmutzung sind im allgemeinen weit niedriger und betragen in den Industrieländern typischerweise rd. 1 bis 2 Prozent des BSP.

Langfristiges Wachstum und Erhaltung der Umwelt brauchen sich nicht gegenseitig auszuschließen, auch wenn wirkungsvolle Umweltmaßnahmen kurzfristig das Wirtschaftswachstum nach üblicher Berechnungsweise reduzieren können. Solche Maßnahmen sind dennoch sinnvoll. Sie würden die wirtschaftliche Wohlfahrt erhöhen und wären weit wirkungsvoller als Strategien, die ausdrücklich auf die Begrenzung des Wirtschaftswachstums abzielen. Einige schädliche Aktivitäten lassen sich jedoch nicht überwachen. Und in anderen Fällen ist eine direkte technische Lösung aus politischen Gründen ausgeschlossen; Beispiele hierfür sind der Schutz der Ozeane und der Atmosphäre.

Die Erfahrungen hinsichtlich der Vereinbarkeit einer größeren Rücksichtnahme auf die Umwelt mit anhaltendem Wirtschaftswachstum sind begrenzt, aber ermutigend. Die Industrieländer reduzierten ihre Energienachfrage pro Dollar des BSP von 1970 bis 1987 um 23 Prozent. Kontrollen haben viele

Arten der Umweltverschmutzung erfolgreich reduziert, und zwar mit nur geringen Einbußen – wenn überhaupt – am konventionell gemessenen Wirtschaftswachstum. So wurden die Emissionen von Schwefeloxiden (pro Dollar des BSP) in fast allen Industrieländern um mehr als die Hälfte zurückgeführt. Aber es bleibt noch eine Menge zu tun. In den Vereinigten Staaten, wo die Energiepreise niedrig sind, liegt der Pro-Kopf-Verbrauch doppelt so hoch wie in Japan. Die Verringerung der Energienachfrage wird sowohl eine Verlagerung zu energieeffizienten Produktionen als auch Energieeinsparungen durch höhere Preise erfordern. Es steht außer Zweifel, daß größere Anstrengungen zum Schutz der Umwelt geboten sind, doch in welchem Umfang sie erfolgen, ist unsicher und wird wahrscheinlich unsicher bleiben. Dies ist daher eine weitere Unbekannte in dem Umfeld, mit dem die Entwicklungsländer während der kommenden Jahre konfrontiert sein werden.

### Quantitative weltwirtschaftliche Szenarien für die neunziger Jahre

Langfristige Projektionen unterliegen ernstzunehmenden Beschränkungen. Das gilt besonders jetzt angesichts der vielen Unsicherheiten in der Weltwirtschaft. Deshalb sind die im *Weltentwicklungsbericht* veröffentlichten Projektionen in den vergangenen Jahren vorsichtiger geworden (Sonderbeitrag

**Tabelle 1.4 Das weltwirtschaftliche Umfeld in den neunziger Jahren: ein Vergleich zwischen Kennziffern aus jüngster Zeit und Projektionen**

(durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent, sofern nicht anders angegeben)

Kennziffer	Trend 1965–89	Projektionen für die neunziger Jahre							
		Jüngste Entwicklung		Weltbank Basis- szenario	Weltbank ungünstiges Szenario	IWF Basis- szenario	Projekt LINK	WEFA- Gruppe	DRI
		1980–89	1990	1990–2000	1990–2000	1991–96	1991–95	1991–95	1991–95
OECD-Mitglieder mit hohem Einkommen									
Reales BIP	3,1	3,1	2,6	2,9	2,2	3,1	2,8	3,2	3,1
Inflationsrate <sup>a</sup>	6,6	3,8	3,7	3,6	4,3	3,4	3,4	4,4	3,3
Zinsniveau (in Prozent)									
Nominal <sup>b</sup>	8,6	10,2	8,4	7,4	9,6	..	7,7 <sup>c</sup>	8,6	7,9 <sup>c</sup>
Real <sup>d</sup>	3,1	5,8	4,3	3,4	5,1	3,9	4,0 <sup>c</sup>	4,3	4,9 <sup>c</sup>
Welthandel <sup>e</sup>	4,1	4,1	5,0	5,8	4,5	..	5,6	4,3	..
Realer Ölpreis <sup>f</sup>	9,3	–10,1	22,2	–0,6	0,9	–3,0	0,9	0,8	–2,0

a. Für Weltbank- und IWF-Projektionen BIP-Deflatoren in heimischen Währungen; für die übrigen Projektionen wird die Inflationsrate durch den Preisdeflator des Verbrauchs gemessen.

b. Sechs-Monats-LIBOR für Dollareinlagen.

c. Amerikanischer Dreimonats-Schatzwechselsatz; der reale Zinssatz ist der mit dem BSP-Deflator der USA deflationierte Schatzwechselsatz; die DRI-Projektionen betreffen die Rendite langfristiger Staatsanleihen, deflationiert mit dem BSP-Deflator der USA.

d. LIBOR deflationiert mit der US-Inflationsrate (der prozentualen Veränderung des BSP-Deflators).

e. Volumen der Welthandels.

f. Durchschnittlicher Ölpreis der OPEC, deflationiert mit den Durchschnittswerten der von Industrieländern exportierten Industrieprodukte; beim Projekt LINK ist es der Durchschnittspreis saudiarabischer Exporte, deflationiert mit dem BSP-Deflator.

Quellen: Daten der Weltbank; IWF 1991; WEFA-Gruppe 1991; DRI/McGraw-Hill 1990; Projekt LINK 1991.

1.4). Die hier präsentierten zwei Hauptszenarien spiegeln einige der Zweifel hinsichtlich des weltwirtschaftlichen Hintergrunds wider. Das Basisszenario unterstellt gemäßigt günstige externe Bedingungen, und das ungünstige Szenario nimmt gemäßigt ungünstige Bedingungen an (Tabelle 1.4). (Extreme Szenarien, die ein sehr hohes oder sehr niedriges Wachstum der Weltwirtschaft während eines Jahrzehnts ergeben, werden – auch wenn sie plausibel sind – als unwahrscheinlich betrachtet.) Das ungünstige Szenario enthält keine größeren abträglichen Ergebnisse – wie eine Finanzkrise, ein jäher Anstieg der Energiepreise oder ein Handelskrieg. Das Basisszenario geht davon aus, daß viele Entwicklungsländer moderate Fortschritte bei den inländischen Wirtschaftsreformen machen werden. Variationen dieses Basisszenarios werden ebenfalls betrachtet, wobei das externe Umfeld als gegeben angenommen wird und unterschiedliche Annahmen über die heimische Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer untersucht werden (Kapitel 8). Es überrascht nicht, daß sehr gute Wirtschaftspolitik zu beträchtlich höheren Wachstumsraten führt, während wirtschaftspolitische Rückfälle ein weit geringeres Wachstum als im Basisszenario ergeben.

Das Basisszenario geht von folgenden Annahmen aus: Der durchschnittliche Ölpreis wird real betrachtet einem leicht steigenden Trend folgen. Die Vereinigten Staaten werden ihr strukturelles Haushaltsdefizit verringern. Die Rezession in den Vereinigten Staaten und einigen anderen Industrieländern wird schwach und kurzlebig sein. Das Wachstum in Europa und Japan wird nach einer kurzen leichten Abschwächung relativ stark bleiben, da die wirtschaftspolitischen Reformen zu einem raschen Produktivitätsanstieg führen. Die realen Zinssätze werden auf mittlere Sicht hoch bleiben. Bei der Uruguay-Runde werden in zentralen Verhandlungsbereichen, jedoch nicht im Agrarsektor, substantielle Fortschritte erzielt. Das Projekt 1992 wird für Europa langfristig eine beträchtliche Wachstumsdividende abwerfen. Die Nettokapitalzuflüsse zu den Entwicklungsländern werden allmählich zunehmen. Die meisten Entwicklungsländer werden mit den wirtschaftspolitischen Reformen fortfahren.

Die Annahmen des ungünstigen Szenarios unterscheiden sich davon wie folgt: Der Ölpreis wird etwas höher liegen. Die Uruguay-Runde wird sich ergebnislos hinziehen und keinen mittelfristigen Nutzen in Form einer Handelsausweitung hervorbringen. Die Probleme im Finanzsektor der Vereinigten Staaten und Japans werden die Risikoprä-

mien stärker als im Basisszenario in die Höhe treiben. Im Verein mit einer ausgeprägteren Wahrnehmung von finanziellen Risiken und Unsicherheiten wird dies die privaten Investitionen in den G7-Ländern dämpfen und zu einem schwächeren Produktivitätswachstum führen. Die Nettokapitalzuflüsse zu den Entwicklungsländern werden langsamer zunehmen, wobei die privaten Zuflüsse unbedeutend bleiben. Die meisten Entwicklungsländer werden weiterhin Wirtschaftsreformen durchführen, aber in einem gegenüber dem Basisszenario reduzierten Tempo.

Es ist offensichtlich, daß ganz andere Ergebnisse möglich sind. Die GATT-Gespräche könnten in allen Verhandlungsbereichen, einschließlich der Landwirtschaft, Erfolg haben. Der Welthandel könnte dann ab Mitte der neunziger Jahre um 7 Prozent oder mehr pro Jahr expandieren, das wäre rascher als in den vergangenen Jahren (aber immer noch weniger als die durchschnittlich 9 Prozent pro Jahr während der sechziger Jahre). Die Beseitigung der Restriktionen des Welttextilabkommens und der Abbau von Agrarsubventionen in den Industrieländern könnten für die Entwicklungsländer beträchtliche Gewinne bedeuten. Alternativ hierzu könnte der Impuls für rascheres Wachstum von einer stärkeren Expansion des intraregionalen Handels in der westlichen Hemisphäre, in Europa und im Pazifischen Becken herrühren. Da viele durch ausländische Direktinvestitionen errichtete Firmen handelsintensiv sind, könnte die jüngste Beschleunigung dieser Investitionen später ein weiteres Handelswachstum auslösen.

Wenn jedoch das Projekt 1992 in Europa zu mehr Protektionismus führt und andere Regionen Vergeltungsmaßnahmen ergreifen, könnte das Wachstum der Weltproduktion abnehmen. Die Verluste durch einen Handelskrieg könnten sich im Vergleich zu einer auf Liberalisierung basierenden Projektion auf 3 bis 4 Prozent der Weltproduktion belaufen. Die Importbeschränkungen der Industrieländer verringern das BSP der Entwicklungsländer um 3 bis 4 Prozent; für wichtige Exporteure von Industrieprodukten ist der Schaden größer.

#### *Alternative Projektionen*

Das Basisszenario deutet darauf hin, daß das Wachstum in einigen Entwicklungsregionen während der nächsten Jahre enttäuschend sein könnte. Die durchschnittliche Produktionszunahme von 4,9 Prozent pro Jahr verbirgt große Unterschiede zwi-

schen den Regionen (Tabelle 1.5). Hohe Realzinsen in den Industrieländern werden sämtliche Entwicklungsländer treffen; das Anhalten der negativen Mitteltransfers wird das Wachstum in den hochver-

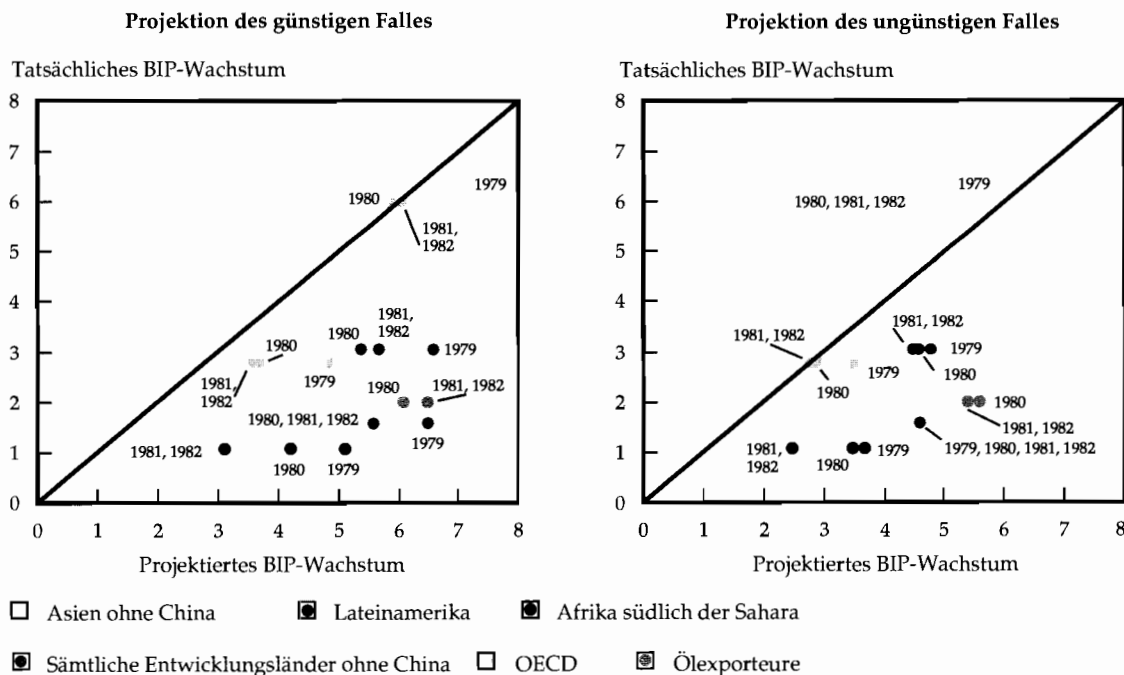
schuldeten Entwicklungsländern drosseln. Aber einige der Länder, die in den achtziger Jahren schlecht abschnitten, führen nun wichtige wirtschaftspolitische Reformen durch; mittelfristig soll-

#### Sonderbeitrag 1.4 Wie gut haben frühere Weltentwicklungsberichte das Wachstum in den achtziger Jahren vorausgeschätzt?

Vor einem Jahrzehnt waren die Weltentwicklungsberichte – und die Voraussagen der übrigen internationalen Gemeinschaft – hinsichtlich des Wachstums in den achtziger Jahren durchweg zu hoffnungsvoll. Das in den Berichten vorgestellte günstige Szenario – mit soliden Wirtschaftspolitiken und einer allseitigen Rückkehr zu den guten Leistungen der Jahre 1960 bis 1978 – erwies sich als bei weitem zu optimistisch. Das ungünstige Szenario lag viel dichter an den Ergebnissen von Industrie- wie Entwicklungsländern.

Die in den Berichten zwischen 1979 und 1982 für die achtziger Jahre vorgenommenen Projektionen lassen zwei Trends erkennen (vgl. Schaubild 1.4 A). Erstens wurden die Projektionen des günstigen und ungünstigen Szenarios für die achtziger Jahre nach unten revidiert, als die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession geriet. Die Revisionen für die afrikanischen Länder südlich der Sahara waren recht beträchtlich, was hauptsächlich die starke Verschlechterung der dortigen Wirtschaftslage widerspiegelte. Zweitens waren

**Schaubild 1.4 A Langfristige Weltbank-Projektionen des durchschnittlichen BIP-Wachstums für die achtziger Jahre im Vergleich mit den Ergebnissen**  
(in Prozent)



*Anmerkung:* Die Jahre beziehen sich auf die Ausgabe des Weltentwicklungsberichts, in dem die Projektion veröffentlicht wurde. Wenn die Ergebnisse den Projektionen entsprochen hätten, würden die Daten auf der Diagonalen liegen. Punkte unterhalb der Linie bedeuten optimistische, Punkte oberhalb pessimistische Projektionen. Wegen weiterer Informationen über die Projektionen und Ergebnisse vgl. die Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes.  
*Quelle:* Daten der Weltbank.

ten mehr Länder ihre Pro-Kopf-Wachstumsraten deutlich steigern. Länder, die bisher versäumt haben, Wirtschaftsreformen einzuleiten, werden wahrscheinlich weiter zurückfallen.

selbst die Projektionen des ungünstigen Szenarios für Lateinamerika und die ölexportierenden Länder zu optimistisch, für Asien jedoch etwas zu pessimistisch.

Wie kam es zu diesen Fehlern? Der Welthandel wuchs in den achtziger Jahren um 4,7 Prozent pro Jahr und nicht um 5,7 Prozent, wie im günstigen Falle angenommen. Bei den Realzinsen, die 1979 bis 1981 hoch waren, wurde ein rascher Rückgang erwartet (der nicht eintrat), und für die Entwicklungsländer wurden große Kapitalzuflüsse erwartet (die nicht eintraten). Desgleichen sahen die Projektionen den starken Rückgang der Ölpreise nicht voraus.

Der Bericht für 1982 nahm an, daß im Jahr 1990 (im ungünstigen Falle) die gesamte Auslandsfinanzierung der Gruppe der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen 147 Mrd Dollar betragen würde – wovon 19,5 Mrd Dollar durch ausländische Direktinvestitionen, 54,5 Mrd Dollar durch öffentliche Entwicklungshilfe und 74 Mrd Dollar durch kommerzielle Zuflüsse aufkommen sollten. Statt dessen betrug die geschätzte Auslandsfinanzierung (ohne China) im Jahr 1990 63 Mrd Dollar, das waren 43 Prozent des angenommenen Niveaus. Und die ÖEH belief sich nur auf etwa 0,35 Prozent des BSP der OECD-Länder, statt auf die ein Jahrzehnt zuvor zum Ziel genommenen 0,7 Prozent.

Diese Annahmen über die Kapitalzuflüsse zu den Entwicklungsländern in den achtziger Jahren basierten auf einer optimistischen Projektion der weltweiten Ersparnis für das Jahr 1990. Für die OECD wurde ein Leistungsbilanzüberschuß im Jahr 1990 von 55 Mrd Dollar erwartet, und die Ölexporteure mit hohem Einkommen sollten während der ganzen achtziger Jahre zusammengekommen einen hohen Überschuß erzielen. Statt dessen wies die OECD 1990 ein Defizit von 90 Mrd Dollar auf, während die großen ölexportierenden Entwicklungsländer in den achtziger Jahren die meiste Zeit im Defizit waren und erst unlängst einen geringen Überschuß erzielten. Obwohl die früheren Berichte die potentielle Schärfe der Schuldenkrise erkannten, sahen sie den großen negativen Ressourcentransfer von den Entwicklungsländern seit Mitte der achtziger Jahre nicht voraus.

Am wichtigsten war vielleicht, daß viele Annahmen über die inländischen Wirtschaftspolitiken, die den Projektionen der Entwicklungsländer zugrunde lagen, nicht eintraten. Eine Ursache der schlechten Wirtschaftsentwicklung Lateinamerikas in den frühen achtziger Jahren war beispielsweise die Unzulänglichkeit der heimischen Wirtschaftspolitik, die zu großen Haushaltsdefiziten führte. Im Gegensatz dazu brachte die solidere heimische Wirtschaftspolitik der asiatischen Länder in den achtziger Jahren ihre Wirtschaftsleistung ziemlich nahe an das günstige Szenario.

Die Berichte weisen mit Bedacht darauf hin, daß ihre Projektionen nicht als „präzise Vorausschätzungen für die Zukunft“ betrachtet werden dürfen. Dennoch werden diese Projektionen häufig als Hinweis darauf verstanden, daß die Weltbank in der Lage ist, die Wachstumsentwicklung der Mitgliedsländer vorauszu sehen.

Das Durchschnittswachstum des Pro-Kopf-Einkommens in den stark verschuldeten Ländern mit mittlerem Einkommen könnte auf 2,0 Prozent pro Jahr steigen, verglichen mit durchschnittlich – 0,5 Prozent pro Jahr in den achtziger Jahren. Die Projektion geht davon aus, daß auf mittlere Sicht verschiedene Länder dieser Gruppe wieder Nettomittelzuflüsse erhalten, obwohl die Nettotransfers für die Gruppe insgesamt einige Zeit lang negativ bleiben werden. Einige der großen Volkswirtschaften, die umfassende Reformen eingeleitet haben (Brasilien, Mexiko und Venezuela), könnten in der Lage sein, ab Mitte der neunziger Jahre deutlich höhere Wachstumsraten als projiziert zu erreichen.

Die asiatischen NIEs dürften deutlich rascher wachsen als der Durchschnitt der Entwicklungsländer, wenngleich langsamer als in den achtziger Jahren. Bis zum Jahr 2000 dürften einige der heutigen NIEs zu den Industrieländern aufgeschlossen haben. Unter der Annahme, daß sie eine erfolgversprechende inländische Wirtschaftspolitik betreiben, ist für China und Indien ebenfalls ein rascheres Wachstum als beim Durchschnitt der Entwicklungsländer zu erwarten.

Die wirtschaftliche Situation in vielen armen Ländern könnte jedoch prekär bleiben. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Afrika südlich der Sahara wird in der ersten Hälfte der neunziger Jahre vermutlich um weniger als 1 Prozent pro Jahr wachsen, später etwas rascher. Noch im Jahr 2000 wird das Durchschnittseinkommen in Afrika niedriger als im Jahr 1980 sein. In etwa dreißig Ländern, die wichtige Reformen durchführen, verbessert sich jedoch die Qualität der Investitionsprojekte, steht externe finanzielle Unterstützung zur Verfügung und sind sowohl das Produktionswachstum als auch die Investitionen höher als im Durchschnitt der afrikanischen Länder südlich der Sahara. Einige dieser Länder könnten auch vom Projekt 1992 indirekt profitieren, und zwar wegen der erwarteten höheren Rohstoffnachfrage aus Europa.

Die Wachstumsaussichten in Osteuropa hängen entscheidend davon ab, wie gut die Regierungen den Übergang zur Marktwirtschaft bewältigen. Die Basisprojektionen zeigen auf kurze bis mittlere Sicht ein schwaches Wachstum, nach der Mitte der neunziger Jahre aber ein deutlich rascheres Wachstumstempo. Die Aussichten für die großen Ölproduzenten in Nordafrika und im Nahen Osten sind nicht nur vom Erfolg ihrer Wirtschaftsreformen abhängig, sondern auch von den Ölpreisen. Nach der Basisprojektion könnten diese Länder mit einem

**Tabelle 1.5 Wachstumsraten des realen BIP und des realen BIP pro Kopf in Volkswirtschaften mit niedrigem und mittlerem Einkommen, 1965 bis 2000**

(jährliche Veränderung in Prozent, sofern nicht anders angegeben)

Region oder Ländergruppe	BIP, 1989 (Mrd \$)	Bevölkerung, 1989 (Mio)	Wachstum des realen BIP			Wachstum des realen BIP pro Kopf		
			Trend, 1965–89	Projektion für die neunziger Jahre		Trend, 1965–89	Projektion für die neunziger Jahre	
				Basis- szenario	Ungünstiges Szenario		Basis- szenario	Ungünstiges Szenario
Volkswirtschaften mit niedrigem und mittlerem Einkommen insgesamt	3.303	4.053	4,7	4,9	4,1	2,5	2,9	2,2
<i>Region</i>								
Afrika südlich der Sahara	171	480	3,2	3,6	3,5	0,4	0,5	0,3
Ohne Nigeria	142	367	3,3	3,6	3,1	0,4	0,4	0,0
<i>Asien</i>								
Ostasien	895	1.552	7,2	6,7	5,6	5,2	5,3	4,2
Südostasien	351	1.131	4,2	4,7	4,2	1,8	2,6	2,1
Europa, Naher Osten und Nordafrika	828	433	4,2	3,6	3,2	2,2	1,8	1,4
Lateinamerika und die Karibik	964	421	4,3	3,8	3,1	1,8	2,0	1,3
<i>Einkommensgruppe</i>								
Volkswirtschaften mit niedrigem Einkommen	996	2.948	5,1	5,5	4,8	2,9	3,5	2,9
Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen	2.308	1.105	4,5	4,5	3,7	2,5	2,6	1,9

Anmerkung: Wegen der Gruppensummen vergl. die Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes.

Quelle: Daten der Weltbank.

moderaten Tempo von 3,5 bis 4,0 Prozent pro Jahr wachsen.

Im *ungünstigen Szenario* ist das Durchschnittswachstum der Industrieländer in den neunziger Jahren um 0,7 Prozentpunkte niedriger. Für die Realzinsen wird ein starker Anstieg angenommen (Tabelle 1.4). Das Produktionswachstum in den Entwicklungsländern liegt in Ostasien um etwa 1,1 Prozentpunkte niedriger, in Lateinamerika um 0,7 Prozentpunkte und in Südostasien und Afrika südlich der Sahara (ohne Nigeria) um 0,5 Prozentpunkte. Ölimporteure schneiden schlechter ab, als diese Durchschnittsraten anzeigen, weil im ungünstigen Szenario die Ölpreise hoch sind. Für die Entwicklungsländer insgesamt entspricht das durchschnittliche BIP-Wachstum etwa demjenigen der achtziger Jahre.

Extremere Szenarien – obwohl plausibel – sind wenig wahrscheinlich. In einem Szenario des „ungünstigen Falles“, gekennzeichnet durch große Turbulenzen im Handels- und Finanzsystem und sehr instabile Ölpreise, könnte aber in den neunziger Jahren das Wachstum in den Industrieländern im Vergleich zum Basisszenario um durchschnittlich 1,7 Prozentpunkte und in den Entwicklungsländern um 2,0 Prozentpunkte niedriger ausfallen. Alternativ hierzu könnte das Szenario eines „günstigen Falles“ in den Industrieländern ein um 1,1 Prozentpunkte höheres Wachstum als im Basisszenario ergeben und in den Entwicklungsländern zu einem

um 1,6 Prozentpunkte höheren Durchschnittswachstum führen.

*Inländische Reformen oder externe Bedingungen:  
Was ist von größerer Bedeutung?*

Die Projektionen in Tabelle 1.5 gehen davon aus, daß sich nur das internationale Umfeld ändert. Sie berücksichtigen nicht die Auswirkung von wirtschaftspolitischen und institutionellen Änderungen in den Entwicklungsländern. Welchen Unterschied könnten Reformen ausmachen? Diese Frage durch quantitative Analyse – im Gegensatz zur qualitativen – zu beantworten, ist äußerst schwierig. Die in Kapitel 8 präsentierten Schätzungen, die auf Arbeiten der Länderspezialisten der Weltbank basieren, zeigen, daß die weltwirtschaftlichen Bedingungen wichtig sind, daß aber Wirtschaftspolitik und Institutionen des jeweiligen Landes einen noch bedeutenderen Faktor für das langfristige Wachstum darstellen. Schätzungen für vierzig Länder deuten darauf hin, daß durch eine bessere heimische Wirtschaftspolitik das BIP-Wachstum im Durchschnitt doppelt so stark zunehmen könnte wie durch günstigere externe Bedingungen. Welches sind die geeigneten Wirtschaftspolitiken und Institutionen? Die Beantwortung dieser Frage durch qualitative Analyse ist die Aufgabe der übrigen Teile dieses Berichts.



## Wege zur Entwicklung

Wirtschaftliche Entwicklung ist in diesem Bericht definiert als eine dauerhafte Steigerung des Lebensstandards, der den materiellen Verbrauch, Erziehung, Gesundheit und Umweltschutz umfaßt. Entwicklung in einem umfassenderen Sinne schließt andere wichtige und verwandte Aspekte ebenfalls ein, namentlich größere Chancengleichheit sowie politische und bürgerliche Freiheitsrechte. Das Gesamtziel von Entwicklung besteht deshalb darin, die wirtschaftlichen, politischen und bürgerlichen Rechte aller Menschen zu stärken, und zwar unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Ethnie, Religion, Rasse, Region und Nation. Dieses Ziel hat sich seit den frühen fünfziger Jahren, als sich die meisten Entwicklungsländer vom Kolonialismus befreiten, nicht substantiell geändert.

Das entwicklungspolitische Denken hat sich während der vergangenen vierzig Jahre grundlegend verändert. Der Wandel ist zwar keineswegs vollständig, und es gibt auch keine allgemeine Übereinstimmung darüber, was für ein Land notwendig ist, damit es sich entwickelt. Der frühere Glaube an die Fähigkeit des Staates, die Entwicklung zu steuern, ist jedoch einem größeren Vertrauen in die Marktkräfte gewichen. Binnenwirtschaftlich orientierte Strategien werden mehr und mehr durch außenorientierte Strategien ersetzt. Eine diskriminierende Besteuerung der Landwirtschaft zur Finanzierung der Industrie ist nicht länger die Norm.

In den vergangenen Jahren haben viele Länder marktorientierte Reformen durchgeführt. Mit diesen Änderungen ging die wachsende Erkenntnis einher, daß Entwicklung ein multidimensionaler Prozeß ist, bei dem Preisreformen, Investitionen

und die Schaffung von Institutionen sich ergänzen. Erfolg hängt davon ab, in vielen Bereichen das Richtige zu tun.

Eine Reihe von Ländern haben sich in der Nachkriegszeit rasch entwickelt. Zumeist weisen sie zwei gemeinsame Merkmale auf: Sie investierten in die Ausbildung von Männern und Frauen und in das Sachkapital, und sie erreichten mit diesen Investitionen eine hohe Produktivität, indem sie den Märkten, dem Wettbewerb und dem Außenhandel eine führende Rolle einräumten. Neue Ideen, der technische Fortschritt und der Zwang zu Effizienz wurden so von ihren Volkswirtschaften gefördert.

Ausmaß und Effizienz des staatlichen Engagements in der Wirtschaft waren von entscheidender Bedeutung. Eine Lehre aus der Erfahrung besteht darin, daß es für den Staat besser ist, sich auf Gebiete zu konzentrieren, wo er den Privatsektor ergänzt und unterstützt (beispielsweise durch Bereitstellung von Informationen, Infrastruktur, Gesundheitsdiensten, Forschung und Erziehung) statt auf Gebiete, wo er den Privatsektor verdrängt (beispielsweise durch die Produktion von Zement und Stahl oder das Betreiben von Fluglinien und Hotels). Eine zweite Lektion besteht darin, daß die Qualität staatlicher Maßnahmen ebenso wichtig ist wie ihre Quantität. Eine große Zahl wirtschaftlicher, sozialpolitischer und historischer Faktoren beeinflussen die Staatsführung. Die Geschichte zeigt, daß bürgerliche und politische Freiheitsrechte – Ziele an sich – die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu behindern brauchen. Beim Erreichen verschiedener Entwicklungsziele scheinen bürgerliche und politische Freiheitsrechte hilfreich zu sein.

Wirtschaftswissenschaftler haben üblicherweise die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens als eine brauchbare Näherungsgröße für andere Merkmale der Entwicklung betrachtet. Aber die Unzulänglichkeit des Einkommenswachstums als Indikator besteht darin, daß es die realen Veränderungen des Wohlstands von großen Teilen der armen Bevölkerung verdecken kann. Verbesserungen bei der Befriedigung des Grundbedarfs an Ernährung, Erziehung, Gesundheitsfürsorge, Chancengleichheit, Bürgerrechten und Umweltschutz werden durch die statistischen Maße des Einkommenswachstums nicht erfaßt.

Die Politiker in den meisten Entwicklungsländern sind sich seit langem bewußt, daß zur Entwicklung mehr gehört als ein rasches Einkommenswachstum. Sie haben sich jedoch häufig unterschiedliche Prioritäten gesetzt. Beispielsweise gingen Indiens Wirtschaftspläne davon aus, daß das Einkommenswachstum von sich aus viele Arme nicht erreichen würde. Großer Nachdruck wurde daher auf Maßnahmen zur direkten Bekämpfung der Armut gelegt. Ein anderer Schwerpunkt zeigt sich in den entwicklungspolitischen Dokumenten Malaysias: „Unter praktischen Gesichtspunkten ist daher ein rasches Wirtschaftswachstum des Landes eine notwendige Bedingung für den Erfolg der Neuen Ökonomischen Politik. Nur durch ein derartiges Wachstum können die Ziele der NEP erreicht werden, ohne daß irgendeine Gruppe der malaysischen Gesellschaft Einbußen erleidet oder ein Gefühl der Benachteiligung empfindet“ (Malaysia 1973).

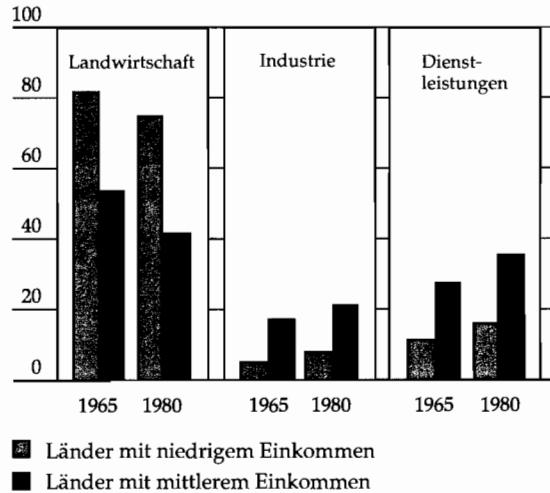
Obwohl verschiedene Kulturen den einzelnen Elementen einer umfassend definierten Entwicklung unterschiedlichen Wert beimessen, werden meistens Verbesserungen in jeder Richtung angestrebt. Viele der Indikatoren, die bei der Messung des Fortschritts benutzt werden (Säuglingssterblichkeit, Einschulungsquoten, gleiche Erziehung nach Geschlechtern, Indizes der politischen Freiheit und so weiter), hängen mit dem Pro-Kopf-Einkommen zusammen. Doch ist die Korrelation unvollkommen. Alle diese Faktoren müssen unabhängig vom Wirtschaftswachstum beurteilt werden.

### Strukturelle Umgestaltung

Die Entwicklung ging fast immer mit einem Wandel der sektoralen Zusammensetzung der Produktion einher. Der Anteil des Agrarsektors an Produktion

**Schaubild 2.1 Die sektorale Verteilung der Arbeitskräfte, Entwicklungsländer mit niedrigem und mittlerem Einkommen, 1965 und 1980**

Prozent der Arbeitskräfte



Quelle: Daten der Weltbank.

und Beschäftigung – der im Anfangsstadium typischerweise hoch ist – beginnt zu sinken und derjenige der Industrie zu steigen. In den Ländern mit niedrigem Einkommen erhöhte sich der Anteil des Industriesektors am BIP von 27 Prozent im Jahr 1965 auf 34 Prozent im Jahr 1988, während der Anteil des Agrarsektors von 42 Prozent auf 31 Prozent zurückging. Die Beschäftigung weist ähnliche Verschiebungen der sektoralen Anteile auf (Schaubild 2.1), wenngleich in vielen Entwicklungsländern die Landwirtschaft der größte Arbeitgeber bleibt. Das nächste Stadium in dieser sektoralen Entwicklung ist üblicherweise die Verschiebung in Richtung Dienstleistungen.

Ebenso wie in den Industrieländern wurde das Bevölkerungswachstum in den Ländern, die heute als Entwicklungsländer klassifiziert werden, zunächst von der rasch sinkenden Sterblichkeit als Ergebnis besserer Lebensbedingungen angetrieben. Obwohl steigende Einkommen und sinkende Sterblichkeit Anreize für geringere Fruchtbarkeit und niedrigeres Bevölkerungswachstum schaffen, vollzieht sich dieser demographische Übergang nicht immer in geordneten Bahnen. Die Bevölkerung wächst in den Entwicklungsländern um rund 2 Prozent pro Jahr, das ist mehr als doppelt soviel wie

in den Industrieländern. Diese Rate hat in den achtziger Jahren gegenüber den vorangegangenen beiden Jahrzehnten etwas abgenommen, wobei es jedoch wichtige regionale Unterschiede gab: Ostasien erlebte einen starken Rückgang, Afrika südlich der Sahara einen Anstieg.

Ein rasches Agrarwachstum war im allgemeinen mit erfolgreicher Industrialisierung und dauerhaften Zuwächsen bei der Gesamtproduktion und der Produktivität verbunden. Das Wachstum von Produktion und Produktivität ist üblicherweise dort niedriger, wo das Agrarwachstum gering ist. Von achtundsechzig Entwicklungsländern, über die die Weltbank verlässliche Daten besitzt, wiesen dreißig Länder in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren Agrarzuwachsrate von mehr als 3 Prozent pro Jahr auf. In allen dreißig Ländern betrug die Wachstumsrate des BIP mindestens 2,5 Prozent, und zwei Drittel der Länder, deren Agrarsektor rasch wuchs, erzielten ebenfalls ein sehr hohes Wirtschaftswachstum (von über 5 Prozent).

Für die Zunahme der Agrarproduktion war üblicherweise das Wachstum der landwirtschaftlichen Erträge entscheidend. Daher sind höhere Erträge ebenfalls mit dem Wachstum der Gesamtproduktion positiv korreliert (Tabelle 2.1). Der technische Fortschritt ist einer der Faktoren, die die Produktivität von Boden und Arbeitskräften gesteigert haben und eine geringere Zahl landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die Lage versetzten, die inländische

und ausländische Nachfrage nach Agrarerzeugnissen zu befriedigen. Um den Entwicklungsprozeß zu beschleunigen, haben einige Länder zur Förderung der Industrie die Landwirtschaft versteckt oder offen besteuert. Dies hat im allgemeinen nicht funktioniert. Statt dessen haben sich Maßnahmen, die mit einer steigenden Agrarproduktivität konsistent waren, als ein stärkeres Fundament der Industrialisierung erwiesen (Kapitel 4).

Sinkende Kosten in verschiedenen Industriezweigen haben die Länder in die Lage versetzt, ihre Produktionsstrukturen zu diversifizieren, neue Produktionen aufzunehmen und an den Weltmärkten erfolgreich zu konkurrieren. Rasch wachsende städtische Zentren sind üblicherweise ein Teil dieses Entwicklungsmusters. In den Industrieländern leben nahezu 80 Prozent der Menschen in Stadtregionen. In den Entwicklungsländern hat sich der Anteil der städtischen Bevölkerung in den vergangenen dreißig Jahren auf über 40 Prozent verdoppelt. Staatliche Maßnahmen haben diesen Wandel direkt oder indirekt beeinflusst. Übermäßiger Schutz der Industrie, Importsubstitution sowie die einseitige Begünstigung der städtischen Bevölkerung durch das Preissystem, die Steuern und Subventionen haben häufig eine ineffiziente Struktur der Produktion und der Verstädterung begünstigt. In vielen Ländern ist der Druck auf die städtische Infrastruktur gestiegen, ohne daß damit irgendein wirtschaftlicher Nutzen verbunden wäre.

**Tabelle 2.1 Die Produktivitätszunahme in der Landwirtschaft und das Wachstum der nichtlandwirtschaftlichen Sektoren, 1960 bis 1988**

Zunahme der landwirtschaftlichen Erträge pro Hektar	Durchschnittliche nichtlandwirtschaftliche Wachstumsrate					
	Mehr als 4 Prozent		2 bis 4 Prozent		Unter 2 Prozent	
Mehr als 2,5 Prozent	Ägypten, Arab. Rep. China Kamerun Korea, Rep.	Mexiko Pakistan Panama Syrien, Arab. Rep. Türkei	Burundi Costa Rica Kolumbien	Jugoslawien Nicaragua Philippinen Ungarn	Liberia	
1 bis 2,5 Prozent	Brasilien Côte d'Ivoire Kongo	Indonesien Thailand	Bangladesch El Salvador Griechenland Indien Mali	Malawi Marokko Mauretanien Sri Lanka Togo	Sambia	
Unter 1 Prozent	Ruanda		Äthiopien Argentinien Bolivien Nigeria	Peru Sudan Senegal Simbabwe	Ghana Zentralafrikanische Republik	Tansania Uganda Zaire

Anmerkung: Die nichtlandwirtschaftliche Wachstumsrate ist als gewogener Durchschnitt der Wachstumsraten der Industrie und des Dienstleistungssektors errechnet, wobei die jeweiligen Anteile am BIP die Gewichte bilden. Die Berechnungen basieren auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder, für die Daten verfügbar sind und bei denen der ursprüngliche Anteil der Landwirtschaft am BIP in den sechziger Jahren mehr als 10 Prozent betrug.  
Quelle: Daten der Weltbank.

Als viele Entwicklungsländer die Unabhängigkeit erlangten, strebten ihre Führer eine sowohl politische als auch wirtschaftliche Entwicklung an. Ihr politisches Ziel war nationale Einheit und Identität. Ihr wichtigstes ökonomisches Ziel war die rasche strukturelle Umgestaltung rückständiger Agrarwirtschaften in moderne Industriegesellschaften.

Das vorherrschende Denkmuster dieser Zeit identifizierte vier Hauptproblembereiche der Entwicklung und empfahl Maßnahmen zu ihrer Lösung:

- **Sachkapital.** Ein wirtschaftspolitisches Ziel war die Steigerung von Ersparnis und Investitionen und somit die rasche Akkumulation von Kapital.

- **Landwirtschaft.** Der Agrarsektor wurde als Quelle von Ressourcen für industrielle Investitionen betrachtet. Maßnahmen zum Schutz der Industrie verschlechterten die Terms of Trade für die Landwirtschaft.

- **Außenhandel.** Die Politiker waren der Meinung, daß die Einfuhrsubstitution für den Entwicklungsprozeß erforderlich sei. Außerdem wurde befürchtet, daß die Integration in die Weltwirtschaft den Entwicklungsprozeß destabilisieren könnte. Die Antwort waren üblicherweise Einfuhrbeschränkungen.

- **Marktversagen.** Man nahm an, daß in den Anfangsstadien der Entwicklung auf Märkte kein Verlaß sei und daß der Staat in der Lage sei, den Entwicklungsprozeß zu steuern.

Die wichtigsten Entwicklungsinstitutionen (die Vereinten Nationen und ihre Organisationen einschließlich der Weltbank, sowie verschiedene bilaterale Entwicklungshilfeeinrichtungen, die zum Bereich der Öffentlichen Entwicklungshilfe gehören) unterstützten diese Ansichten mit mehr oder weniger großem Enthusiasmus. Bis zu den frühen achtziger Jahren hatte sich das vorherrschende Denkmuster gewandelt.

**KAPITALBILDUNG.** Ein Mangel an Sachkapital, insbesondere an Infrastruktur, galt ursprünglich als der entscheidende Engpaß der Entwicklung (Mandelbaum 1945, Rosenstein-Rodan 1943, Nurske 1952, Lewis 1954/1955). Die inländische Kapitalbildung war das wichtigste Anliegen. Ein führender Entwicklungsökonom drückte dies wie folgt aus: „Das zentrale Problem der Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung ist das Verstehen des Prozesses, durch den eine Gesellschaft, die zuvor 4 oder 5 Prozent oder weniger ihres Einkommens sparte, sich von selbst in eine Volkswirtschaft verwandelt,

in der die freiwillige Ersparnis 12 bis 15 Prozent des Nationaleinkommens oder mehr beträgt“ (Lewis 1954).

Ein einflußreiches Modell betonte auch den Devisenengpaß – das ist die Schwierigkeit, benötigte Importe durch Exporte zu finanzieren (Chenery und Bruno 1962, Little 1982, Bacha 1984). Von diesem sogenannten Zwei-Lücken-Modell (der Wachstumsbeschränkungen infolge unzureichender inländischer Ersparnis und Devisenmangels) ließen sich die ausländischen Institutionen der Entwicklungshilfe und -finanzierung bei der Abschätzung der zusätzlichen Ressourcen leiten, die die Entwicklungsländer zur Finanzierung von Importen und Investitionen benötigen würden.

Später wurde der Beitrag des Humankapitals zum Entwicklungsprozeß betont. Die Rolle des Humankapitals wurde besonders deutlich durch die Erfahrungen der ostasiatischen Volkswirtschaften. Sie investierten in hohem Maße in Erziehung und Ausbildung. Untersuchungen über die Produktivität der Erziehung erhellten den Zusammenhang zwischen Humankapital und Entwicklung (Schultz 1961, Becker 1964). In allen diesen Arbeiten erscheint die Akkumulation von Humankapital als eine der bedeutendsten Antriebskräfte der Entwicklung.

**ANREIZE FÜR LANDWIRTSCHAFT UND INDUSTRIE.** Die Förderung der Industrie bedeutete häufig, daß die Landwirtschaft vernachlässigt – oder gar geschädigt – wurde. Zwei Annahmen schienen die Ressourcenübertragung vom Agrarsektor zur Industrie durch eine versteckte oder offene Besteuerung zu rechtfertigen. Zum einen nahm man an, daß ein reichliches Angebot arbeitsloser oder unterbeschäftigter landwirtschaftlicher Arbeitskräfte vorhanden war. Zum anderen meinte man, daß die Landwirte auf Preisänderungen nicht reagierten. Aus beiden Annahmen folgte, daß die Besteuerung des Agrarsektors nur zu einem geringen Rückgang der Agrarerzeugung führen würde. „Würden diese überschüssigen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abgezogen und von anderen Beschäftigungen absorbiert, wäre die Agrarerzeugung nicht beeinträchtigt, während die gesamte zusätzliche Produktion für die Volkswirtschaft einen Nettoeinkommenszuwachs bedeutete. Die ökonomische Begründung einer Industrialisierung von dicht bevölkerten rückständigen Ländern beruht auf diesem Massenphänomen der versteckten landwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit“ (Mandelbaum 1945). Im Lauf der Zeit wurden jedoch die schädlichen Auswirkungen

von Maßnahmen, die die Landwirtschaft diskriminieren, immer mehr erkannt.

**AUSSENHANDEL.** Jahrelang war es herrschende Lehre, daß der Außenhandel nur einen geringen und möglicherweise abträglichen Einfluß auf die Entwicklung hat. Das rückläufige Wachstum des Welthandels – von 3,5 Prozent pro Jahr im Zeitraum 1850 bis 1913 sank es auf 0,5 Prozent pro Jahr im Zeitraum 1913 bis 1948 – sowie die Verschlechterung der *terms of Trade* bei Rohstoffen schienen zu bedeuten, daß auf den Außenhandel als Wachstumsquelle kein Verlaß war (Prebisch 1959, Singer 1949). Eine auf Importsubstitution beruhende Strategie würde der heimischen Industrie Wachstumschancen bieten, knappes Auslandskapital einsparen, die Auslandsabhängigkeit vermindern und die eigene Staatlichkeit stärken. Auch wenn die inländischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb versagen würden, garantierte ihnen doch der Außenschutz einen Inlandsmarkt, auf dem sie wachsen könnten, später wären sie dann konkurrenzfähig. Die Kosten der Fehlleitung von Ressourcen, die durch diesen Protektionismus zugunsten junger Industrien entstehen, wurden als minimal angesehen; hätten sich die jungen Industrien erst einmal voll entwickelt, wäre ein rascher Prozeß des „Lernens durch Praxis“ zu erwarten, der die Volkswirtschaft auf einen günstigen Wachstumskurs führen würde.

In vielen Ländern wurde die Diskriminierung der Exporte durch den Wunsch verstärkt, die Selbstversorgung bei Nahrungsmitteln zu erreichen, die häufig höchste Priorität genoß. Nur wenige Wirtschaftswissenschaftler erkannten von Anfang an die Rolle der Außenhandelsliberalisierung für den Entwicklungsprozeß (vgl. Haberler 1959), aber mit der wachsenden Zahl von Fallstudien verbreitete sich diese Erkenntnis (Balassa und Mitarbeiter 1971; Krueger 1978).

**DIE ROLLE DES STAATES.** Der Erfolg der staatlichen Planung beim Erreichen einer raschen Industrialisierung in der Sowjetunion (gemäß damaligem Verständnis), beeinflusste in den fünfziger Jahren die Entwicklungspolitik in hohem Maße. Sein erklärtermaßen egalitärer Charakter fand ebenfalls Anklang. Die ungeheuren menschlichen Kosten dieses Übergangsprozesses wurden erst viel später offenbar. Außerdem sahen die Entwicklungspolitiker im wirtschaftlichen Zusammenbruch, der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, den Ausdruck eines umfassenden Marktversagens. Die nachfolgende Erholung schrieb man staatlichen

Eingriffen zu (eine Sicht, die durch die keynesianische Revolution in der Wirtschaftswissenschaft unterstützt wurde). Die staatliche Verteilung knapper Ressourcen und die Rationierung lebenswichtiger Verbrauchsgüter während des Zweiten Weltkriegs schienen die Effizienz von Staatseingriffen zu bestätigen.

In den meisten Entwicklungsländern begünstigten die heimischen Bedingungen ebenfalls eine herausragende Rolle des Staates. Das Analphabetentum war weit verbreitet, und viele Politiker glaubten, die Entwicklung müsse von „den Besten und den Gescheitesten“ gesteuert werden. Die Idee, daß der Staat die „Kommandohöhen“ der Wirtschaft besetzen solle, begann ebenfalls Anklang zu finden. Bald war der Staat neben der Umverteilung von Vermögen und Einkommen, der Linderung der Armut und der Befriedigung von Grundbedürfnissen direkt in die Produktion von Gütern für Investitionen und Verbrauch eingeschaltet.

Selbst in den fünfziger Jahren warfen manche Beobachter die Frage auf, ob der Staat kompetent genug sei, all dies zu tun. „Die angemessene Erfüllung dieser Funktionen übersteigt die Ressourcen der Regierungen sämtlicher unterentwickelter Länder ... Wir sind mit der paradoxen Situation konfrontiert, daß sich Regierungen ambitionösen Aufgaben widmen, während sie nicht in der Lage sind, auch nur die elementaren und notwendigen Regierungsfunktionen auszufüllen“ (Bauer 1958). Der wirtschaftspolitische Ansatz des gleichgewichtigen Wachstums „erfordert in hohem Maße gerade jene Fähigkeiten, die wir in den unterentwickelten Ländern als wahrscheinlich sehr begrenzt verfügbar identifiziert haben“ (Hirschmann 1958). Aber auch die Skeptiker unterstützten das Engagement des Staates in der Produktion. Vom Staat wurde erwartet, das Wachstum in Gang zu bringen, indem er Anreize und Handlungszwänge schuf, um dann bereit zu sein, „auf diesen Druck in einer Vielzahl von Bereichen zu reagieren und ihn abzumildern“ (Hirschmann 1958). Andere gingen weiter: „Anscheinend sieht in den fortgeschrittenen Ländern niemand einen anderen als den sozialistischen Ausweg aus den Schwierigkeiten, die sich in den unterentwickelten Ländern türmen, sowenig man diesen als Lösung der Wirtschaftsprobleme im eigenen Land ansehen mag“ (Myrdal 1956).

#### *Wachstumstheorien*

Die klassische Wirtschaftstheorie erwartete eine stationäre Pro-Kopf-Produktion, da die Profitrate

bei abnehmenden Produktivitätszuwächsen sinken würde. Zur neoklassischen Tradition gehört ebenfalls die Idee des sinkenden Grenzertrags der Produktionsfaktoren, wonach dauerhaftes Wachstum nur durch exogenen technischen Fortschritt möglich sei (Solow 1957). Wenn die Länder Zugang zur gleichen Technologie haben, wäre daher zu erwarten, daß sich die Wachstumsraten der einzelnen Länder annähern. Die jüngste Entwicklung der Industrieländer unterstützt die Konvergenzthese.

Die Wachstumsraten der Entwicklungsländer sind jedoch auseinandergefallen (Kapitel 1). Auf den ersten Blick scheint dies im Widerspruch zu der erwarteten Konvergenz zu stehen. In der Praxis jedoch vollzog sich der Wandel der Technik ungleichmäßig und wurde den meisten Entwicklungsländern aufgrund von Einfuhrbeschränkungen und anderen Restriktionen auch nicht von außen zuge tragen. Außerdem können die nationalen Wachstumsraten auch bei Zugang sämtlicher Volkswirtschaften zur gleichen Technik differieren, wenn das Humankapital und die Anreize zur Übernahme neuer Techniken von Land zu Land verschieden sind. Die „neuen“ Wachstumstheorien gehen davon aus, daß der technische Fortschritt endogen ist und daß Ausbildung und Wissen zu positiven externen Effekten oder steigenden Erträgen führen (Romer 1986; Lucas 1988).

Folglich kann ein großer Wachstumsschub in einer Volkswirtschaft, die gegenüber ausländischer Technologie offen ist, zu großen Gewinnen führen – eine Idee, die schon frühzeitig in allgemeiner Form aufkam. Das Cambridge-Modell der vierziger und fünfziger Jahre ging davon aus, daß die Produktion proportional zum Einsatz reproduzierbarer Faktoren, bzw. von Kapital, wachsen würde. Rosenstein-Rodan (1943) postulierte den großen Sprung, durch den eine Volkswirtschaft von sich aus auf einen Pfad anhaltender Industrialisierung und raschen Wachstums gelangt. Rostow (1960) nahm einen Aufstieg aus einem stationären Zustand zum Pro-Kopf-Wachstum an.

Daher kann eine Investitionspolitik, die mit externen Effekten verbundene Aktivitäten fördert (Verbesserung der Ausbildung) oder zu steigenden Erträgen führt (Verbesserungen der physischen Infrastruktur) günstig für das Wirtschaftswachstum sein. Wichtig sind auch komplementäre Maßnahmen, die die Wissensverbreitung fördern und den freien Marktzugang und -austritt von Firmen erlauben – sowie die Freizügigkeit von Menschen, Kapital und Technologie.

## *Zusammenhänge im Entwicklungsprozeß*

Ausbildung, Technologie und Offenheit nach außen stehen in einer komplexen Beziehung zur Entwicklung. Sie setzen Volkswirtschaften in die Lage, nicht nur auf Preissignale zu reagieren, sondern auch auf neue Ideen. Diese Verbindung zwischen Wissen und Wachstum war in Ostasien in den vergangenen vierzig Jahren sowie in Skandinavien insbesondere zwischen 1860 und 1950 wichtig (Sonderbeitrag 2.1). In der Literatur ist dieser Zusammenhang schon frühzeitig erkannt worden. „Es reicht nicht, daß das Wissen zunehmen soll; es soll auch verbreitet und in der Praxis angewandt werden. Das Ausmaß, in dem Wissen aufgenommen wird, ist teils von der Aufgeschlossenheit der Menschen für neue Ideen abhängig, teils davon, inwieweit Institutionen die Aufnahme und Anwendung neuer Ideen profitabel machen ... Neue Ideen werden am raschesten von jenen Gesellschaften akzeptiert, in denen die Menschen an eine Vielfalt von Meinungen oder an Veränderung gewöhnt sind ... Im Gegensatz dazu dürfte ein Land, das isoliert, homogen, stolz und autoritär ist, neue Ideen, mit denen es konfrontiert wird, nicht so rasch aufnehmen“ (Lewis 1955).

Die Grüne Revolution in der Landwirtschaft, die vor allem in der Verbreitung von neuen ertragreichen Weizen- und Reissorten bestand, stellt ein Beispiel für das Zusammenspiel zwischen neuer Technologie und Ausbildung dar. Die neuen Sorten wurden von Wissenschaftlern in Mexiko und auf den Philippinen mit Unterstützung der Rockefeller Foundation entwickelt. Um Zugang zu diesen Technologien zu gewinnen, mußten die heimischen Volkswirtschaften aufnahmefähig sein. Um sie zu absorbieren, anzupassen, zu verbessern und zu verarbeiten, mußten die heimische Forschung und die örtlichen Verfahren ausgebaut werden. Die Länder in Südasien erledigten diese Aufgabe recht gut, und die Agrarerträge verdoppelten und verdreifachten sich dort. Wohlstand und die Fähigkeit, Risiko zu tragen, waren wichtig, aber der entscheidende Faktor bei der Aneignung der Technologie war die Fähigkeit der Landwirte, die neuen Informationen zu nutzen.

Öffnung nach außen fördert den Technologietransfer von Industrieländern zu Entwicklungsländern; Ausbildung fördert die Aneignung, Anpassung und Verbreitung von Technologie. Unterschiede in der Intensität der Technologieaneignung und des Wirtschaftswachstums zwischen den Ländern sind zu großen Teilen das Ergebnis von Unterschieden in der Ausbildung. „Die weltweite Ausbreitung

## Sonderbeitrag 2.1 Skandinavische Entwicklungsmodelle

Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden ist es gelungen, Privateigentum und marktwirtschaftlichen Wettbewerb mit Staatseingriffen zu verbinden – um eine egalitäre Einkommensverteilung zu gewährleisten, eine Absicherung gegen Einkommensverluste infolge von Arbeitsunfähigkeit zu schaffen und um dem Marktversagen entgegenzusteuern. Diese Bereiche der Staatsfähigkeit, die vor dem Zweiten Weltkrieg von begrenzter Bedeutung waren, weiteten sich seitdem rasch aus. Die hohen Ausgaben des Wohlfahrtsstaates setzten die hohen Einkommen der Nachkriegszeit voraus.

### Die frühen Jahre: von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg

Die Industrialisierung der skandinavischen Länder begann um die Mitte und gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Gesicherte Eigentumsrechte und Reformen des Außenhandels waren wichtige Voraussetzungen für das Wachstum. Die Regierungen ließen den Marktkräften im allgemeinen freien Lauf, und die finanziellen Institutionen und die Eigentumsverhältnisse konnten sich weitgehend unbeeinflusst durch Staatseingriffe entwickeln.

Als die Industrialisierung im letzten Jahrhundert begann, konnte bereits ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung lesen und schreiben. Der allgemeinen Schulbildung, auch derjenigen der Frauen, wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt, ebenso wie der technischen und kommerziellen Ausbildung an Gewerbeschulen und Universitäten. Der Staat konzentrierte sich darauf, die Infrastruktur für den Entwicklungsprozeß zu schaffen, wozu die rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen und das Verkehrswesen gehörten.

### Die späten Jahre: nach dem Zweiten Weltkrieg

Skandinavien wird zu Recht für das erreichte hohe Niveau des Wohlfahrtsstaates gerühmt. Manche Aspekte des Wohlfahrtsstaates waren jedoch mit Kosten verbunden, die man durch eine andere Politik hätte vermeiden können. Erstens wurden die Finanzmärkte nach dem Krieg einer massiven Regulierung unterworfen, um die Kosten des Kapitals niedrig zu halten. Dies begrenzte jedoch das Kapitalangebot für kleinere Firmen und Unternehmer. Auch wurde die Einführung von Finanzinnovationen aus dem Ausland behindert. (Diese Märkte wurden während der achtziger Jahre liberalisiert.)

Zweitens hat die Vollbeschäftigungspolitik und der immer größer werdende Anteil des Staatssektors an der Beschäftigung langfristig die Disziplinierung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik durch die Marktkräfte merklich geschwächt. Das Resultat waren hohe Arbeitskosten und niedrigere Gewinne und Investitionen. Die Privatisierung bestimmter öffentlicher Dienstleistungen – die nun erwogen wird – könnte die Disziplin am Arbeitsmarkt stärken.

Drittens hemmen die hohen Grenzsteuersätze, denen die meisten Arbeitnehmer unterliegen, die wirtschaftliche Dynamik. In Schweden reagiert man darauf mit einem Steuerreformprogramm, das die Verzerrungen der individuellen Entscheidung zwischen Arbeit und Freizeit abmildern und die Schattenwirtschaft eindämmen soll.

Die pragmatische Bereitschaft, Konflikte zu vermeiden und politische und wirtschaftliche Konsenslösungen zu suchen, hat den Entwicklungsprozeß der skandinavischen Länder zweifellos entscheidend beeinflusst. Zwar muß es eine offene Frage bleiben, ob das Suchen nach Konsens einen wesentlichen Beitrag zum Wachstum geleistet hat, doch hat es die skandinavische Variante des Zusammenwirkens von privater und staatlicher Aktivität geprägt.

des modernen Wirtschaftswachstums hing hauptsächlich von der Verbreitung des Wissens über neue Produktionstechniken ab, ... je besser die einschlägige Ausbildung der Bevölkerung eines Landes ist, um so leichter läßt sich neues technisches Wissen meistern“ (Easterlin 1981). Ebenso wichtig ist die Freiheit von Individuen und Firmen, ausländische Technologien aufzunehmen, von ausländischen Ideen zu lernen und ausländische Güter zu erwerben. Je offener eine Volkswirtschaft ist, um so größer sind die Erträge aus Erziehung und Investitionen in das Sachkapital.

Eine andere wichtige Beziehung besteht zwischen der gesamtwirtschaftlichen Stabilität und dem Erfolg einzelwirtschaftlicher Maßnahmen. Länder

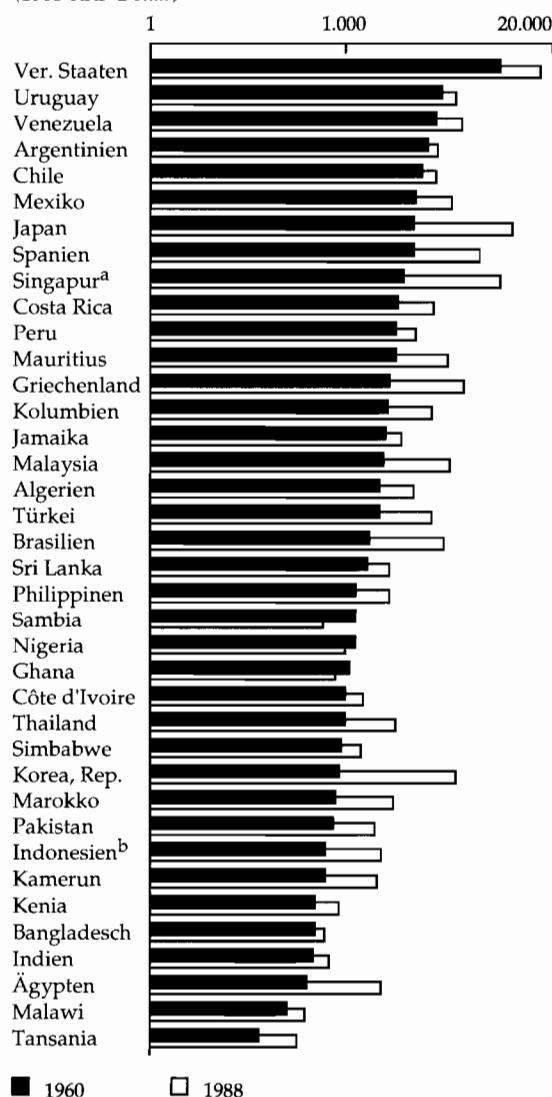
mit niedriger Inflation und tragbaren Außenwirtschaftssalden waren beim Erreichen eines dauerhaften Wachstums weit erfolgreicher.

Schließlich scheinen sich menschliche Entwicklung und Linderung der Armut einerseits und Wirtschaftswachstum andererseits gegenseitig zu verstärken. Menschliche Entwicklung und Linderung der Armut waren aus Sicht von Entwicklungspolitikern und Planern immer Ziele der Entwicklung. Ihre Methoden waren jedoch unterschiedlich und reichten von Staatseingriffen bis zu Marktlösungen. Elemente von beidem sind erforderlich: eine marktorientierte Politik zur Stützung des Wachstums in Verbindung mit gezielten Sozialprogrammen.

In der Nachkriegszeit haben sich Einkommen und Wohlstand beträchtlich verbessert. In den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen ist die Produktion seit 1965 mit einer durchschnittlichen Jahresrate von fast 5 Prozent gewachsen, wobei das Pro-Kopf-Einkommen um 2,5 Prozent zunahm. Der

**Schaubild 2.2 Pro-Kopf-Einkommen, ausgewählte Länder, 1960 und 1988**

(1985 KKP Dollar)



Anmerkung: Um den Vergleich zwischen Ländern mit hohem und niedrigem Pro-Kopf-Einkommen zu erleichtern, wird ein logarithmischer Maßstab angewendet. Die Länder wurden auf der Basis verfügbarer Daten so ausgewählt, daß sich eine ausgewogene Auswahl hinsichtlich Bevölkerungszahl und regionaler Verteilung ergibt.  
a. Die Angaben beziehen sich auf 1960 und 1985.  
b. Die Angaben beziehen sich auf 1962 und 1988.  
Quelle: Summers und Heston 1991.

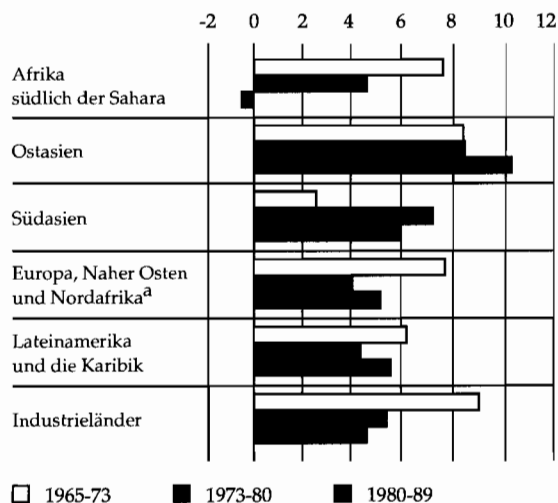
soziale Fortschritt war ebenfalls stark. Die Einschulungsquote an weiterführenden Schulen hat sich seit 1965 auf rund 40 Prozent nahezu verdoppelt. Die Säuglingssterblichkeit scheint beträchtlich gesunken zu sein, und zwar von gesch tzten 124 Todesfällen je Tausend Geburten im Jahr 1965 auf 72 im Jahr 1988.

Nicht alle Länder haben die gleichen Erfolge erzielt. Die BIP-Wachstumsraten haben von Region zu Region beträchtlich variiert. In Ostasien sind die Einkommen durchweg gestiegen; auch in Südasien verbesserte sich die Leistung, jedoch langsamer und ungleichmäßiger. In anderen Regionen verschlechterte sich das Einkommenswachstum. Seit 1960 ist das reale Pro-Kopf-Einkommen in Japan, der Republik Korea und Singapur sprunghaft gestiegen; in Argentinien, Jamaika und Peru stagnierte es, und in Ghana, Nigeria und Sambia ging es zurück (Schaubild 2.2).

Die Spar- und Investitionsquoten sind in vielen Ländern gestiegen. Indien sparte in den siebziger und achtziger Jahren durchweg mehr als 20 Prozent seines Einkommens. Im Jahr 1988 sparte Brasilien 28 Prozent seines Einkommens, China 37 Prozent, Côte d'Ivoire 22 Prozent und Kenia 22 Prozent. Relativ zum Einkommen betrugen die Investitionen im Jahr

**Schaubild 2.3 Gesch tzte jährliche Zunahme der realen Ausführen, ausgewählte Ländergruppen, 1965 bis 1989**

(in Prozent)



a. Ohne Iran und Irak.  
Quelle: Daten der Weltbank.

1988 in den Entwicklungsländern durchschnittlich 26 Prozent. Aber auch hier waren die Unterschiede zwischen den Ländern erheblich. Die Investitionsquote betrug in Bolivien, Sudan und Zaire rund 4 Prozent und in der Republik Korea, in Portugal und Venezuela rund 30 Prozent.

Das Wachstum des Außenhandels war in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen insgesamt kräftig; im Zeitraum 1965 bis 1989 expandierten die Exporte um nahezu 5,3 Prozent. Brasilien, China, Korea und die Türkei zählten zu den stärksten Exporteuren. Viele Länder aber schnitten schlecht ab, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, wo die realen Exporte in den achtziger Jahren stark absanken (Schaubild 2.3). In den Entwicklungsländern insgesamt erhöhte sich in diesem Zeitraum der Anteil der Exporte an der Produktion von rund 13 auf 23 Prozent – ein von Ostasien dominierter Trend, wo der Anteil von 8 auf 30 Prozent stieg.

Das Engagement des Staates in der Wirtschaft war ebenfalls sehr unterschiedlich. Der Anteil der vom Staat Beschäftigten im nichtlandwirtschaftlichen Sektor wird für das Jahr 1980 für Benin, Ghana, Indien, Sambia und Tansania auf mehr als 70 Prozent geschätzt und für Argentinien, Guatemala und Korea auf weniger als 25 Prozent (Heller und Tait 1984). In manchen Ländern belief sich der Staatsverbrauch auf durchschnittlich mehr als 15 Prozent der Produktion, was impliziert, daß die Löhne der im öffentlichen Dienst Beschäftigten mehr als ein Drittel der nichtlandwirtschaftlichen Produktion absorbiert haben dürften.

#### *Ländererfahrungen im Querschnitt*

Aus den Erfahrungen der einzelnen Volkswirtschaften läßt sich viel über die Wirksamkeit unterschiedlicher Entwicklungsstrategien lernen. Die folgenden Abschnitte beleuchten den jüngsten Entwicklungsverlauf in China, Indien, Nigeria, Brasilien, Argentinien, Malaysia, Sri Lanka, Korea und anderen ostasiatischen Schwellenländern sowie in den OECD-Ländern. Die Frage der regionalen Einkommensunterschiede innerhalb der Volkswirtschaften wird ebenfalls aufgeworfen.

• *China.* Von 1950 bis 1978 war die chinesische Wirtschaft weitgehend zentral geplant. Die Defekte eines so stark zentralisierten Verwaltungssystems traten trotz des Fortschritts bei der Infrastruktur und der Ressourcenmobilisierung deutlich zutage: „es unterstellt Produktionsunternehmen den Ver-

waltungsorganen ... ist mit übermäßiger, von oben kommandierter Planung verbunden und ist zu starr“ (Hsu 1982). 1978 wurden dann strukturelle Reformen durchgeführt. Die bemerkenswertesten waren Agrarreformen, die Preis- und Eigentumsanreize für die Landwirte schufen. Die realen Agrarpreise stiegen um 50 Prozent, und die Wachstumsrate in der Landwirtschaft erhöhte sich von 2,5 Prozent im Zeitraum 1965 bis 1978 auf 7,2 Prozent von 1978 bis 1988.

• *Indien.* Der Staat schaltete sich aktiv in den Produktionsprozeß ein und regulierte „Umfang, Technik und Standort aller Investitionsprojekte von einiger Bedeutung ..., eine chaotische Anreizstruktur und die Entfesselung einer hemmungslosen Jagd nach Monopolrenten waren die unvermeidlichen Folgen“ (Srinivasan 1990). Dieses umfassende Engagement des Staates war in den sechziger und siebziger Jahren von gesamtwirtschaftlicher Stabilität begleitet, doch das Wirtschaftswachstum blieb gleichwohl gering. Im Zeitraum 1960 bis 1979 belief sich das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens auf durchschnittlich 1 Prozent pro Jahr. Die absolute Armut ging von rund 55 Prozent zu Beginn der sechziger Jahre nur auf 45 Prozent Mitte der achtziger Jahre zurück. Seit den späten siebziger Jahren wurden einige Industriezweige dereguliert. Der Wechselkurs, dessen realer Wert gegenüber dem Dollar 1955 und 1980 der gleiche war, wurde real abgewertet. Diese Teilreformen trugen in den achtziger Jahren zu einer Beschleunigung des Pro-Kopf-Wachstums auf rund 3 Prozent bei.

• *Nigeria.* Eine aufschlußreiche Kennziffer für dieses Ölexportland ist sein Sozialprodukt, dessen Pro-Kopf-Wachstum im Zeitraum 1960 bis 1973 durchschnittlich 1,1 Prozent pro Jahr betrug, nach der Ölpreiserhöhung des Jahres 1973 um 2,8 Prozent pro Jahr zurückging. Für diesen Rückgang waren vor allem die öffentlichen Ausgaben verantwortlich. Zwischen 1973 und 1981 verdreifachte sich die Zahl der beim Staat Beschäftigten von 0,5 auf 1,5 Millionen. Die Regierungsausgaben stiegen zwischen 1972 und 1974 um das Fünffache und machten fast 80 Prozent der gesamten Öleinnahmen aus. Die öffentlichen Investitionen erhöhten sich von 5 Prozent des BIP im Jahr 1974 auf 17 Prozent in 1977 und beliefen sich damit auf mehr als die Hälfte der gesamten Investitionen in diesem Jahr. Im öffentlichen Haushalt wurden Überschüsse von Defiziten abgelöst, die sich von 1975 bis 1978 auf durchschnittlich 24 Prozent der erzielten Einnahmen beliefen (Bevan, Collier und Gunning, erscheint demnächst).

- *Brasilien.* Das Land wird häufig als ein Beispiel für den Erfolg einer gelungenen Einfuhrsubstitutionspolitik angeführt. Nahezu drei Jahrzehnte lang (zwischen 1960 und 1987) betrug seine durchschnittliche Wachstumsrate eindrucksvolle 6,6 Prozent pro Jahr. An den Jahren des „Wirtschaftswunders“ von 1967 bis 1979 ist jedoch aufschlußreich, daß das rasche Wachstum von Wirtschaftsreformen eingeleitet und begleitet wurde. Vor 1967 wurden klassische Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen (restriktive Kreditpolitik und Haushaltsbeschränkungen), um die Inflation einzudämmen. Im Jahr 1967 reduzierte ein neuer Zollltarif den Außenschutz für die inländische Industrie von 58 auf 30 Prozent. Im Jahr 1968 wurde das multiple Wechselkurssystem durch ein System laufender Wechselkursanpassungen (crawling peg) abgelöst. Diese Maßnahmen führten zwischen 1964 und 1980 zu einem starken Anstieg des Exportvolumens um mehr als 10 Prozent pro Jahr und zu einer jährlichen Wachstumsrate von 9,4 Prozent (Maddison und Mitarbeiter, erscheint demnächst).

- *Argentinien.* Zu Beginn dieses Jahrhunderts entsprach das Pro-Kopf-Einkommen Argentiniens etwa dem von Australien und Kanada. Aber seit den vierziger Jahren litt das Land unter chronischer gesamtwirtschaftlicher Instabilität und geringem Wachstum. Inflation und wiederholte Fehlschläge bei der Stabilisierung des finanziellen Umfelds beeinträchtigten die inländische Ersparnisbildung und die Investitionen. Mangels gesamtwirtschaftlicher Stabilität hatte Argentinien Schwierigkeiten, sich an die Terms of Trade-Schocks anzupassen – ein Problem, das durch den hohen Grad an Protektionismus verschärft wurde. Diese ständigen gesamtwirtschaftlichen Fehlschläge erklären weitgehend den Rückgang der argentinischen Wachstumsrate, die von durchschnittlich 4 Prozent pro Jahr im Zeitraum 1960 bis 1973 auf 0,8 Prozent im Zeitraum 1973 bis 1987 gefallen ist.

- *Malaysia und Sri Lanka.* Im Jahr 1960 waren diese zwei Länder hinsichtlich Pro-Kopf-Einkommen, Ausbildungsniveau, Säuglingssterblichkeit, ethnischer Vielfalt und ökonomischer Strukturen sehr ähnlich. Seitdem haben sie unterschiedliche Entwicklungsstrategien verfolgt. Sri Lanka blieb auch nach den Reformen von 1978 weniger offen als Malaysia. Auch war die Besteuerung der Landwirtschaft in Malaysia niedriger: Die Besteuerung der Kautschukexporte betrug durchschnittlich weniger als 30 Prozent, verglichen mit mehr als 60 Prozent in Sri Lanka. Im Zeitraum 1960 bis 1978 wuchs Malaysia mit einer Rate von 7,0 Prozent und Sri Lanka mit

4,4 Prozent. Das Produktivitätswachstum betrug in Malaysia durchschnittlich 1,5 Prozent, in Sri Lanka 0 Prozent. Zwischen 1960 und 1988 sanken die Säuglingssterbeziffern von schätzungsweise 70 pro Tausend in beiden Ländern auf rund 15 in Malaysia und rund 30 in Sri Lanka. Der Anteil der Armen an der Bevölkerung wurde in Malaysia schätzungsweise von 37 Prozent im Jahr 1973 auf 15 Prozent im Jahr 1987 verringert; in Sri Lanka sank er zwischen 1963 und 1981 von 37 auf 27 Prozent.

- *Republik Korea.* Zweifellos ist diese Volkswirtschaft ein Beispiel für eine spektakulär rasche Entwicklung. Aber die Analytiker sind hinsichtlich der Ursachen verschiedener Meinung. Die Wachstumsraten beliefen sich im Zeitraum 1960 bis 1987 in Korea auf 9,0 Prozent. Die Sozialindikatoren haben sich ebenfalls rasch verbessert. In den sechziger Jahren setzte Korea seine Politik der Einfuhrsubstitution fort. Gleichzeitig wurde eine starke Ausfuhr-expansion in Gang gesetzt. Nach wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den späten siebziger Jahren verfolgte Korea in den achtziger Jahren einen zunehmend liberalen Kurs. Im Zeitraum 1960 bis 1987 betrug das jährliche Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität (GFP) in Korea schätzungsweise 1,7 Prozent. Die Einkommensverteilung nahm sich im Vergleich zu der anderer Entwicklungsländer sehr vorteilhaft aus, obwohl sie sich vermutlich verschlechtert hat.

- *Andere ostasiatische Länder.* Die Volkswirtschaften Hongkongs und Singapurs haben ebenfalls beneidenswerte Erfolge erzielt. Desgleichen Taiwan (China), das im Zeitraum 1960 bis 1987 um jährlich 9,5 Prozent wuchs. Dieses Land öffnete sich früh nach außen und leitete in den Jahren 1958 bis 1959 eine neue Wirtschaftspolitik ein, mit der es sich „von der Einfuhrsubstitutions-Strategie abwandte und die Wirtschaft in Richtung Weltmarkt umorientierte“ (Myers 1990). Die Einkommensverteilung hat sich verbessert und stellt sich im Vergleich zu anderen Ländern günstig dar.

Die Regierung Singapurs war beträchtlich interventionistischer als die Regierung Hongkongs. Im Zeitraum 1960 bis 1987 betrug die Wachstumsrate in Singapur 8,8 Prozent und in Hongkong 8,6 Prozent, während die Produktivität in Singapur um 1,7 Prozent und in Hongkong um 3,1 Prozent zunahm.

Die asiatischen Volkswirtschaften haben sich über lange Jahre hin außerordentlich gut entwickelt. Obwohl sie sich in vielen wichtigen Aspekten unterscheiden, haben sie verschiedene Merkmale gemeinsam: das hohe und steigende Ausbildungs-

## Sonderbeitrag 2.2 Was bildet den Hintergrund für das japanische Wirtschaftswunder?

Außergewöhnliche Investitionen in die Menschen, das Sachkapital und die Technik werden im allgemeinen als Hauptursachen für Japans Erfolg angesehen, wie dies an anderer Stelle dieses Berichts ausgeführt wird. Die institutionellen und politischen Bedingungen, die das Klima für diese großen Investitionen und deren Produktivität schufen, sind immer noch ein Diskussionsthema.

### Die Bürokratie?

Von einigen wird das japanische Wirtschaftswunder als das Resultat der Lenkung der Produktions- und Investitionsentscheidungen der Unternehmen durch die Beamten des Ministeriums für Außenhandel und Industrie (MITI) angesehen. Spätestens seit den dreißiger Jahren hat die Bürokratie in Japan auf die Entscheidungen der Industrie Einfluß genommen. Die Bürokratie hat den Firmen den Zugang zu Kapital und ausländischer Technik erleichtert. Sie gewährte Subventionen, Schutz durch Handelsschranken und Steuervergünstigungen. Sie stellte Pläne zur Verteilung der Produktion auf und sanktionierte Kartelle. Als Industrieberater, die ihre Klienten zur Befolgung ihrer Ratschläge anhalten können, sind die Beamten des MITI mit der Industrie eng verbunden.

### Das Ausmaß der Staatseingriffe?

Welchen Indikator man auch heranzieht – die Höhe der Staatsausgaben oder der Steuern, die staatsbedingten Ungleichgewichte der Gesamtwirtschaft, die Preiskontrollen, die Rolle der staatseigenen Unternehmen in der Industrie, die Beschränkungen privatwirtschaftlicher Tätigkeiten –, der Staatseinfluß in der japanischen Wirt-

schaft ist gering. Von den fast eine halbe Million Industrieunternehmen Japans waren zudem in den fünfziger Jahren die meisten kleine und mittlere Betriebe, auf die die Hälfte der gesamten Wertschöpfung der Industrie entfiel (60 Prozent in den späten siebziger Jahren).

### Die Institutionen?

Die traditionellen Auffassungen von Rechten und angemessenem Verhalten beeinflussten die Art und Weise, wie Konflikte gelöst wurden – und damit die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Großfirmen und Subunternehmern, sowie zwischen staatlichen Stellen und Produzenten und deren Verbänden. So ermöglichten Verhaltensnormen gegenüber Autoritätspersonen, die einen freien Informationsfluß zwischen Arbeitern und ihren Vorgesetzten erleichtern, und ein auf Konsensbildung gerichtetes Vorgehen bei der Lösung von Konflikten, eine verbesserte Qualitätskontrolle in der Massenfertigung.

### Alle drei Faktoren

Jede dieser Erklärungen erfaßt vermutlich einen Aspekt der Realität. Doch lassen sich aus einer „institutionellen“ Erklärung des japanischen Erfolgs kaum Erkenntnisse ableiten, die auf andere Länder anwendbar sind – ausgenommen die Feststellung, daß die Bürokratie nicht versuchte, gegen Marktentwicklungen anzukämpfen. Statt dessen versuchte sie, solche Trends vorwegzunehmen, und zog sich zurück, wenn sie sich geirrt hatte. Der Markt wirkte als disziplinierender Faktor.

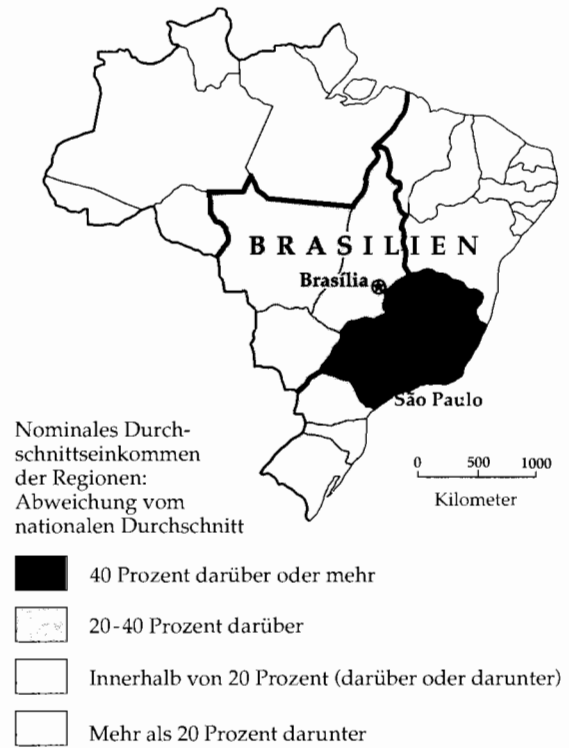
niveau sowie die Außenorientierung. Doch werfen diese Volkswirtschaften wichtige Fragen bezüglich der angemessenen Rollenverteilung von Staat und Markt auf. Hongkong verfolgte einen weitgehend marktwirtschaftlichen Kurs. Die anderen Volkswirtschaften waren vergleichsweise interventionistisch orientiert. Japan und Korea betrieben eine Politik des Außenschutzes für junge Industrien und der Kreditsubventionierung. Warum war in diesen Fällen der Interventionismus erfolgreich, während er andernorts häufig versagte? Einige Wirtschaftswissenschaftler argumentieren, daß die Markteingriffe Erfolg hatten, weil die Märkte gleichwohl freier als in anderen Ländern waren. Einige gehen soweit zu behaupten, daß die Interventionen die ostasiatischen Volkswirtschaften behindert und sie sich ohne diese Eingriffe noch besser entwickelt hätten. Andere Wirtschaftswissenschaftler meinen, die Lösung des Rätsels sei, daß kompetent interve-

niert wurde. Das aber führt zur Kernfrage: Was ist der Unterschied zwischen kompetenten und inkompetenten Markteingriffen?

Die Frage bleibt umstritten, doch finden drei Thesen heute recht breite Unterstützung. Erstens waren die Eingriffe des Staates in diesen Ländern dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt und marktmäßigen Kontrollmechanismen unterworfen. Diese Länder schalteten die Disziplin der Marktkräfte nicht aus. Wenn Schutzmaßnahmen fehlschlügen, wurden sie sogleich beseitigt – ein schwieriges und höchst unübliches Unterfangen. Zweitens waren die Regierungen sorgsam darauf bedacht, die Benachteiligung der Exporte, die üblicherweise ein Merkmal des Protektionismus ist, auszugleichen. Mit anderen Worten, ihre Handelsregime blieben in hohem Maße außenorientiert. Drittens waren die Markteingriffe in diesen ostasiatischen Ländern, insgesamt gesehen, moderater als in den meisten

anderen Entwicklungsländern. Diese und andere institutionelle Merkmale scheinen die ostasiatischen Volkswirtschaften einschließlich Japan von anderen zu unterscheiden (vgl. Sonderbeitrag 2.2). Eingriffe in Außenhandel und Industrie werden in Kapitel 5 weiter erörtert.

- **OECD-Länder.** Während der vergangenen drei Dekaden haben die OECD-Länder ein solides Wachstum von durchschnittlich rund 3 Prozent pro Jahr erzielt, und zwar mit geringeren Unterschieden von Land zu Land als zwischen den Entwicklungsländern (Harberger 1984). Das höchste Wachstumstempo unter den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wies Japan auf, seine Produktion stieg zwischen 1965 und 1980 um jährlich 6,5 Prozent. Zwei Besonderheiten seiner Entwicklung sind bemerkenswert: erstens der rasche technische Fortschritt, der durch eine starke Außenorientierung gefördert wurde; zweitens ein Anstieg der Sparquote, der durch eine moderate Finanzpolitik unterstützt wurde. Der öffentliche Haushalt wies häufig Überschüsse auf.



Anmerkung: Die regionalen Schätzungen enthalten auch das Einkommen aus der Erdölproduktion, das in Indonesien und Nigeria besonders wichtig ist.  
Quellen: Einkommensangaben für Indonesien vom Biro Pusat Statistik 1989; Angaben für Nigeria von der Weltbank; Angaben für Brasilien von IGBE 1987; Angaben für die Vereinigten Staaten vom U.S. Department of Commerce, Bureau of the Census 1990.

Dies regte Ersparnis und Investitionen an und schuf Möglichkeiten für Steuersenkungen. Deutschlands Nachkriegswachstum (3,5 Prozent im Zeitraum 1965 bis 1980) war exportorientiert, bei niedrigen Inflationsraten und einem realistischen Wechselkurs, der die internationale Wettbewerbsfähigkeit sicherte. Im großen und ganzen unterstützten die Organisationen der Arbeitnehmer die wachstumsorientierte Politik des Staates. Die Kostendegression, das Lernen durch die Praxis und die Umstrukturierung der Industrie führten zu raschen Produktivitätsfortschritten. In Großbritannien war in den sechziger und siebziger Jahren das Wirtschaftswachstum langsamer, und zwar aufgrund hoher Inflation, gestörter Beziehungen der Tarifpartner, eines überbewerteten Wechselkurses, häufiger Zahlungsbilanzprobleme, niedriger Unternehmensgewinne und zu geringer Investitionen. Während der achtziger Jahre verbesserte sich das Wachstum.

- *Regionale Einkommensunterschiede innerhalb der Länder.* Angaben über das Durchschnittseinkommen von Ländern verdecken regionale Einkommensunterschiede, insbesondere in den großen Ländern. Das nominale Pro-Kopf-Einkommen, bzw. die Produktion pro Kopf, variiert in einigen großen Ländern wie Brasilien, China, Indien, Indonesien und Nigeria von Region zu Region beträchtlich (vgl. hierzu die nebenstehenden Landkarten). Bei Zugrundelegung der Ausgaben oder *realer* Größen – nach Korrektur der regionalen Preisunterschiede – dürften die Unterschiede geringer sein (siehe weiter unten). Innerhalb Chinas war 1987 das nominale Pro-Kopf-Einkommen in der Ostregion (wo 29 Prozent der Bevölkerung leben) schätzungsweise 50 Prozent höher als in der Südregion (mit 43 Prozent der Bevölkerung). In der Westregion Indiens (mit 14 Prozent der Bevölkerung) lag in den Jahren 1986 und 1987 das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen rund 60 Prozent höher als in der Ostregion (mit 22 Prozent der Bevölkerung). In Indonesien war 1988 die Pro-Kopf-Produktion auf Sumatra (mit 20 Prozent der Bevölkerung) schätzungsweise 36 Prozent höher als auf Java (mit 60 Prozent der Bevölkerung). Den verfügbaren Daten zufolge wird der Unterschied praktisch beseitigt, wenn das Einkommen aus der Ölförderung ausgeschaltet oder die Ausgaben verglichen werden. Innerhalb Nigerias wies die Ostregion 1981 ein schätzungsweise um 70 Prozent höheres Pro-Kopf-Einkommen (einschließlich Öleinnahmen) als die Nordregion auf.

Allerdings werden die Unterschiede im Nominal-einkommen überzeichnet, da in den wohlhabenderen Regionen die Lebenshaltungskosten typischer-

weise höher liegen. Daten, die eine Berücksichtigung unterschiedlicher Lebenshaltungskosten erlauben, sind jedoch kaum verfügbar. Wo solche Anpassungen möglich waren, wie im Fall Brasiliens, verringern sich (real betrachtet) die Unterschiede in der Tat. Im Jahr 1980 wies die Südostregion Brasiliens (mit rund 40 Prozent der Bevölkerung) ein geschätztes nominales Pro-Kopf-Einkommen auf, das mehr als dreimal so hoch war wie in der Nordostregion (mit 30 Prozent der Bevölkerung). Einer Schätzung für 1975 zufolge war *real betrachtet* das Einkommen in der Südostregion zweimal – statt dreimal – so hoch wie in der Nordostregion.

Die Industrieländer weisen nominal betrachtet geringere regionale Unterschiede auf. In den Vereinigten Staaten wies 1988 die Region „Mittelatlantik“ (mit 15 Prozent der Bevölkerung) ein 16 Prozent höheres nominales Pro-Kopf-Einkommen auf als die Region „Südatlantik“ (17 Prozent der Bevölkerung). Nach Schätzungen zu urteilen, haben sich die Unterschiede in den vergangenen drei Jahrzehnten verringert. In den Entwicklungsländern stoßen jedoch angemessene Trendvergleiche der regionalen Einkommensdiskrepanzen wegen mangelnder Daten auf Grenzen; soweit Angaben vorliegen, ist ein Rückgang der regionalen Ungleichheiten nicht eindeutig erkennbar.

Die Erfahrungen der verschiedenen Länder, so suggestiv sie auch sein mögen, müssen noch sorgfältiger analysiert werden, wenn daraus systematische Ergebnisse abgeleitet werden sollen. Eine größere Zahl von Ländern ist mittels ökonomischer Methoden, die eine konsistente Behandlung sicherstellen, miteinander zu vergleichen. Dann könnte es möglich sein, daraus die Faktoren abzuleiten, die die Entwicklung antreiben.

### **Die Bestimmungsfaktoren des Einkommenswachstums**

Vorreiter für vergleichende Untersuchungen waren die Internationale Arbeitsorganisation in den frühen siebziger Jahren (Meier und Seers 1984), die Außenhandelsuntersuchungen von Little, Skitovsky und Scott (1970) und die unter Schirmherrschaft des National Bureau of Economic Research durchgeführten Studien (Bhagwati 1978, Krueger 1978). Seitdem erschienen in rascher Folge weitere Untersuchungen. Dazu gehören jüngste Arbeiten der Weltbank (wobei fünf große Mehrländerstudien annähernd sechzig Länder erfaßten), anderer Organisationen der Vereinten Nationen und des World

### Sonderbeitrag 2.3 Die Gesamtfaktorproduktivität und das Wirtschaftswachstum

Ein wichtiger Fortschritt der Wirtschaftswissenschaft während der letzten fünfzig Jahre war die Identifizierung und Bestimmung der Gesamtfaktorproduktivität, die die Veränderung der Produktion je Einheit der eingesetzten Kombination aller Produktionsfaktoren mißt. Früher stand dagegen bei der Analyse der Produktivität zumeist das Wachstum der Arbeitsproduktivität oder – seltener – der durchschnittlichen Kapitalproduktivität im Vordergrund.

Zur Erläuterung sei auf folgende Diskrepanzen verwiesen: Während der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wuchs die Produktion in den Vereinigten Staaten jährlich um etwa 3 Prozent. Der Kapitalbestand der Vereinigten Staaten wuchs ebenfalls um 3 Prozent pro Jahr, während das Arbeitsvolumen (gemessen in Arbeitsstunden) nur um 1 Prozent pro Jahr zunahm. Von der eingesetzten Kombination aus Kapital und Arbeit entfiel etwa ein Drittel auf das Kapital und zwei Drittel auf die Arbeit. Der gesamte Faktoreinsatz wuchs somit jährlich um rund 1,7 Prozent, nämlich um  $\frac{2}{3} \times 1$  Prozent plus  $\frac{1}{3} \times 3$  Prozent. Auf die Gesamtfaktorproduktivität, also die Restgröße, entfiel damit ein jährliches Wachstum von 1,3 Prozent, nämlich 3 Prozent (Wachstum der Produktion) abzüglich 1,7 Prozent (Wachstum der eingesetzten Produktionsfaktoren).

Die früheren Berechnungen der Gesamtfaktorproduktivität für verschiedene Länder führten zu der – damals überraschenden – Schlußfolgerung, daß etwa die Hälfte des Produktionswachstums der Restgröße zuzurechnen war, die man alsbald als „technischen Fortschritt“ bezeichnete. Was steht hinter der Restgröße? Technische Verbesserungen haben zweifellos einen gewissen Anteil am Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität. Doch den Hauptbeitrag leistet die Qualität der Arbeit. Wenn zusätzliche Arbeitskräfte leistungsfähiger sind als die vorhandenen, werden sie die Produktion stärker erhö-

hen als es dem gegebenen Anteil der Arbeit am Gesamtprodukt entspricht. Der zusätzliche Produktionsbeitrag, der aus der Qualitätsverbesserung der Arbeit resultiert, schlägt sich in der Restgröße nieder.

Schaltet man die steigende Qualität der Arbeitskräfte rechnerisch aus, so läßt sich die Restgröße eher mit dem technischen Fortschritt – in einer sehr weiten Abgrenzung – gleichsetzen. Zum technischen Fortschritt gehören so offenkundige Innovationen wie die Baumwollpflückmaschine, die Luftbereifung, der Taschenrechner, der Personalcomputer, der Gabelstapler und der Containerverkehr.

Zum technischen Fortschritt rechnen aber auch zahllose Möglichkeiten der Einsparung von Realkosten. Solche Kosten können sinken, wenn die Arbeitsdisziplin einer Belegschaft durch einen strengeren Betriebsleiter gesteigert wird – oder wenn die Arbeiter mehr leisten, nachdem ein allzu strenger Betriebsleiter entlassen wurde. Eine Montagestraße mag allein schon durch eine Begradigung produktiver gemacht werden – oder ein landwirtschaftlicher Betrieb durch Verwendung eines anderen Düngers. Die Produktivität kann beispielsweise auch durch Aufstellen eines Fernkopierers, die Schließung unrentabler Niederlassungen oder den Kauf von langlebigen Lastwagenreifen gesteigert werden.

Um die Determinanten der Restgröße besser beurteilen zu können, muß das Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität im Detail untersucht werden – Produkt für Produkt, Branche für Branche und Sektor für Sektor. Selbst durch eine ins einzelne gehende Untersuchung lassen sich nicht alle Quellen von Kosteneinsparungen ausmachen, sicherlich aber die wichtigsten. Nur auf diese Weise können die zahllosen Facetten des Produktivitätswachstums offengelegt werden, die sich hinter der Restgröße verbergen.

Institute for Development Economics Research (Weltinstitut für entwicklungsökonomische Forschung).

Zwei Hauptergebnisse dieser Forschungsrichtung lauten wie folgt: Erstens kann die dauerhafte Entwicklung in vielen Ländern, namentlich in den skandinavischen Ländern nach 1870 und den ostasiatischen Volkswirtschaften nach dem Zweiten Weltkrieg, weitgehend durch den Stand der Ausbildung (und die damit verbundene Qualität der Institutionen) sowie durch Maßnahmen zur Förderung der Außenorientierung und des Wettbewerbs erklärt werden. Außenorientierung treibt Wachstum und Produktivität an. Die Importsubstitutionspolitik brachte allgemein enttäuschende Ergebnisse. Geschützte junge Industrien sind selten erwachsen geworden, während die vom Protektionismus aus-

gehende Benachteiligung des Exports dessen Wachstum erschwert hat. Zudem hat diese Politik die Anreize für die Agrarproduktion beeinträchtigt. Zweitens waren tiefgreifende und anhaltende gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte schädlich für Investitionen und Wachstum. Private Investitionen werden gestört, weil öffentliche Kreditaufnahmen und Schulden sie verdrängen und die Investoren bezüglich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung verunsichern.

Ein anderes Verfahren, den Wachstumsprozeß zu analysieren, besteht darin, den Beitrag abzuschätzen, den Kapital und Arbeit für das Wachstum leisten. Empirische Muster der Ländernerfahrungen können durch vergleichende Untersuchungen großer Ländergruppen und durch ökonometrische Analysen der daraus abgeleiteten Daten überprüft

werden. Ein Resultat gilt für Industrieländer wie für Entwicklungsländer: Die Summe der Beiträge der Produktionsfaktoren reicht nicht aus, um das Wachstum vollständig zu erklären. Auf das sogenannte Residuum in der geschätzten Produktionsfunktion oder die Gesamtfaktorproduktivität, entfällt der Rest. Die Restgröße mißt die Effizienz, mit der die Produktionsfaktoren genutzt werden (Sonderbeitrag 2.3).

Die empirische Literatur über die Determinanten des Wirtschaftswachstums in den Industrieländern ist umfangreich (Denison 1962; Jorgensen und Griliches 1967; Maddison 1981). Ähnliche Arbeiten für Entwicklungsländer sind jedoch wegen unzureichender Daten weniger vergleichbar. Angaben über die Produktionsfaktoren sind im allgemeinen nicht verfügbar. Schätzungen des Bestandes an Human- und Sachkapital sind für diese Art von Untersuchungen unverzichtbar.

Für diesen Bericht wurde ein konsistenter Datenkranz für Produktion, Kapitalstock, Arbeitsangebot, landwirtschaftliche Nutzfläche und Ausbildungsjahre der Erwerbsbevölkerung erstellt. Für das BIP-Wachstum wurden Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet. Ihre Begrenzungen sind zu berücksichtigen (Sonderbeitrag 2.4). Für achtundsechzig Länder wurden Schätzungen des Sachkapitals und des Humankapitals erstellt. Zwar sind in der Gruppe einige der jetzigen Länder mit hohem Einkommen vertreten (Japan, Griechenland, Spanien und Portugal), doch beeinträchtigt ihre Einbeziehung keines der Ergebnisse. Von den anderen Ländern entfallen siebenundzwanzig auf

Afrika, fünfzehn auf Lateinamerika, neun auf Ostasien, acht auf Europa, den Nahen Osten und Nordafrika und vier auf Südasien.

#### *Der Beitrag von Kapital und Arbeit*

Für die Auswahl der herangezogenen Entwicklungsländer beträgt die geschätzte Kapitalelastizität der Produktion im Zeitraum 1960 bis 1987 rund 0,4; d.h. für jede Zunahme des Kapitaleinsatzes um 1 Prozent steigt die Produktion um rund 0,4 Prozent. Unter der Annahme vollständiger Konkurrenz auf den Güter- und Faktormärkten spiegelt diese Elastizität den Anteil des Kapitals am Einkommen der Volkswirtschaft wider. In den Industrieländern ist dieser Anteil in der Tat auf 0,25 bis 0,4 Prozent geschätzt worden. Die geschätzte Arbeitselastizität der Produktion liegt bei rund 0,45 Prozent. Diese Elastizität ist etwas niedriger als in den Industrieländern. Schätzungen für die Vereinigten Staaten ergeben einen Wert zwischen 0,6 und 0,75 Prozent. Das deutlich niedrigere Ausbildungsniveau in den Entwicklungsländern erklärt wahrscheinlich den Großteil dieser Differenz.

#### *Der Beitrag der Ausbildung*

Viele Untersuchungen belegen die hohen Erträge von Investitionen in das Erziehungswesen. In früheren Wachstumsuntersuchungen wurde der Ausbildungsstand näherungsweise durch Alphabeten-

**Tabelle 2.2 Das Wachstum des BIP, des Faktoreinsatzes und der Gesamtfaktorproduktivität (GFP)**  
(in Prozent)

Region, Ländergruppe oder Land	BIP			Kapital			Arbeit			GFP		
	1960-73	1973-87 <sup>a</sup>	1960-87 <sup>a</sup>	1960-73	1973-87 <sup>a</sup>	1960-87 <sup>a</sup>	1960-73	1973-87 <sup>a</sup>	1960-87 <sup>a</sup>	1960-73	1973-87 <sup>a</sup>	1960-87 <sup>a</sup>
<i>Entwicklungsländer:</i>												
Afrika	4,0	2,6	3,3	6,3	6,3	6,3	2,1	2,3	2,2	0,7	-0,7	0,0
Ostasien	7,5	6,5	6,8	9,8	10,7	10,2	2,8	2,6	2,6	2,6	1,3	1,9
Europa, Naher Osten und Nordafrika	5,8	4,2	5,0	7,7	7,5	7,6	1,4	1,9	1,7	2,2	0,6	1,4
Lateinamerika	5,1	2,3	3,6	7,4	5,6	6,3	2,5	2,8	2,6	1,3	-1,1	0,0
Südasien	3,8	5,0	4,4	8,0	7,2	7,7	1,8	2,3	2,1	0,0	1,2	0,6
Achtundsechzig Länder	5,1	3,5	4,2	7,4	7,1	7,2	2,2	2,4	2,3	1,3	-0,2	0,6
<i>Industrieländer</i>												
Deutschland <sup>b</sup>	4,3	1,8	3,1	5,3	3,0	4,2	-0,3	-0,9	-0,6	1,9	0,9	1,4
Frankreich	5,5	2,1	3,9	5,7	3,8	4,8	0,4	-1,0	-0,2	2,3	0,9	1,7
Großbritannien	3,3	1,3	2,4	3,6	2,6	3,1	0,1	-0,5	-0,2	1,7	0,6	1,2
Vereinigte Staaten	3,7	2,2	3,0	3,8	2,8	3,4	1,8	1,9	1,8	1,0	-0,1	0,5

Anmerkung: Schätzungen für die Entwicklungsländer basieren auf einer Auswahl von achtundsechzig Ländern; vgl. die Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes.

a. Für Industrieländer bis 1985.

b. Bundesrepublik Deutschland vor der Wiedervereinigung mit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

Quellen: Daten der Weltbank; Boskin und Lau 1990.

quoten oder durch Einschulungsquoten an Grundschulen ermittelt. Untersuchungen, die für diesen Bericht vorgenommen wurden, deuten darauf hin, daß eine Steigerung der durchschnittlichen Ausbildungsdauer der Arbeitskräfte um ein Jahr das BIP um 9 Prozent erhöht. Dies gilt für die ersten drei Jahre der Ausbildung; das heißt drei Ausbildungsjahre steigern das BIP um 27 Prozent gegenüber einer Situation ohne Ausbildung. Der Zuwachs bei einem zusätzlichen Jahr Schulbesuch verringert sich dann auf rund 4 Prozent pro Jahr – oder auf insgesamt 12 Prozent für die nächsten drei Jahre. Diese Ergebnisse sind mit früheren Untersuchungen konsistent.

Nach 1973 sind die Wachstumsraten fast überall gesunken (Tabelle 2.2). Zwei mögliche Ursachen wurden untersucht: eine langsamere Zunahme des Faktoreinsatzes, insbesondere von Kapital, und ein langsames Wachstum der Effizienz, mit der die Produktionsfaktoren eingesetzt wurden. Ein langsames Wachstum des Kapitalstocks scheint nicht dafür verantwortlich zu sein. Er wuchs vor und nach 1973 um durchschnittlich etwas mehr als 7 Prozent pro Jahr. Selbst in Afrika betrug die Kapitalbildungsrate in beiden Zeiträumen 6,3 Prozent pro Jahr.

Unter gewissen technischen Vorbehalten kann gesagt werden, daß das Wachstum der Faktorproduktivität gesunken sein muß, wenn die Zunahme des Faktoreinsatzes in der zweiten Periode weitgehend unverändert war und das Produktionswachstum abnahm. Die Daten stützen diese Auffassung, und zwar ganz eindeutig (Tabelle 2.3). Änderungen der Produktivitätszunahme spiegeln Veränderungen in der Ressourcenallokation, der Technik und der dynamischen komparativen Vorteile wider. Eine geringere Steigerung der Gesamtfaktorproduktivität (GFP) deutet auf einen abnehmenden technischen Fortschritt, auf geringere Verbesserungen der Effizienz des Faktoreinsatzes oder auf beides hin.

Seit 1960 ist in den meisten Entwicklungsländern nur ein verhältnismäßig geringer Teil des Produktionswachstums auf die Erhöhung der Produktivität entfallen. Die Ausnahme bildet Ostasien, wo der Anteil über 25 Prozent beträgt. Für die Industrieländer war die Produktivitätsverbesserung viel wichtiger. Eine jüngste Untersuchung der Vereinigten Staaten deutet darauf hin, daß der technische Fortschritt seit 1945 allein mehr als 50 Prozent der Produktionssteigerung erklärt und auf die Zunahme des Arbeitseinsatzes 27 Prozent entfallen (Boskin und Lau 1990). Eine andere Studie kommt zu

folgendem Schluß: „Ein Hauptunterschied (zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern) scheint zu sein, daß das Wirtschaftswachstum der ersteren überwiegend der Akkumulation von Produktionsfaktoren zuzuschreiben ist, statt der steigenden Effizienz ihres Einsatzes“ (Chenery und Srinivasan 1988).

Die geringe Rolle, die das Produktivitätswachstum im Durchschnitt in den Entwicklungsländern spielt, ist wahrscheinlich nicht durch niedrigere Raten des technischen Fortschritts zu erklären. In Ostasien erhöhte sich im Zeitraum 1960 bis 1973 die Produktivität um 2,6 Prozent pro Jahr und damit etwa im gleichen Maße wie in den Industrieländern. Die Bedeutung des Produktivitätswachstums zeigt sich, trotz seines geringen Anteils, in der Tatsache, daß Produktivitätsdifferenzen mehr als die Hälfte der Unterschiede in den Wachstumsraten der Länder erklären. Die Wirtschaftspolitik trägt in hohem Maße zu diesen Differenzen bei, wie dieser Bericht erläutern wird.

Zwischen dem Produktivitätszuwachs und dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum besteht ein enger positiver Zusammenhang (Schaubild 2.4). Das gilt für unterschiedliche Regionen und Zeiträume. Im Zeitraum 1973 bis 1987 entspricht die durchschnittliche Abnahme der Wachstumsraten (um rund 1,5 Prozent) genau dem Rückgang des GFP-Wachstums (Tabelle 2.2). Historische Daten für Japan stützen ebenfalls diesen engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Produktivitätszuwachs (Ohkawa und Rosovski 1973). In Zeiten raschen Wachstums, wie in den Jahren 1912 bis 1918 oder 1931 bis 1938 nahm die GFP ebenfalls zu (um 2,1 Prozent pro Jahr im erstgenannten Zeitraum bzw. um 3,8 Prozent pro Jahr im zweiten Zeitraum). In Zeiten verlangsamten Wachstums stagnierte oder sank die Produktivität (sie fiel um 0,2 Prozent im Zeitraum 1918 bis 1931). In der Periode 1960 bis 1973 wuchs die Produktion um 9,2 Prozent und die Produktivität um 3,4 Prozent. Im Zeitraum 1973 bis 1987 nahm die Produktion um 3,7 Prozent und die Produktivität um 0,8 Prozent zu.

#### *Der Beitrag der heimischen Politik*

Die Politik kann sowohl die Quantität der Produktionsfaktoren als auch ihre Produktivität beeinflussen. Eine Politik der Einfuhrsubstitution beispielsweise könnte die Investitionen erhöhen, aber die Effizienz und den technischen Fortschritt und damit die Produktivität senken. Es kann behauptet wer-

## Sonderbeitrag 2.4 Quantitative Daten als Information der Wirtschaftspolitik – Wie hilfreich sind sie?

Die Nachfrage nach Wirtschaftsdaten für Zwecke der Wirtschaftspolitik hat sich intensiviert, seit Simon Kuznets in den zwanziger Jahren die Grundlagen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schuf. Durch Keynes' gesamtwirtschaftliche Modelle und Leontiefs Input-Output-Analyse kam es zu einer rapiden Vermehrung der quantitativen Daten, der analytischen Instrumente und der rechentechnischen Kapazitäten. Doch hat die quantitative Wirtschaftsanalyse immer noch mit gravierenden Daten- und Meßproblemen zu kämpfen.

### Fragwürdige Datenqualität

In vielen Ländern beruhen die Schätzwerte der Agrarproduktion nicht auf verlässlichen Schätzungen der Anbaufläche und der Erträge. Schätzungen der Industrieproduktion liegt eine unvollständige Erfassung der Unternehmen zugrunde, die in den meisten Fällen die Kleinbetriebe außer acht läßt. Kennziffern wie nationale Ersparnis, Investitionen und Verbrauch werden indirekt ermittelt, und zwar als Differenz zwischen zwei anderen Größen, die selbst fehlerbehaftet sind.

Die Daten über die Alphabetenquote, den Schulbesuch, die Armut und das Ernährungsniveau weisen bedenkliche Lücken auf. Verlässliche Schätzwerte der Lebenserwartung bei der Geburt – auf Grundlage neuerer Volkszählungen – und der Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitskennziffern sind für die achtziger Jahre nur für dreißig Länder verfügbar (Tabelle 2.4 A). Nur siebenundzwanzig Länder verfügen über Zeitreihen, die mehr als eine Periode umfassen. Dementsprechend beruhen die meisten der verfügbaren Schätzungen auf Annahmen über die Sterblichkeit.

### Mangelnde Vergleichbarkeit

Die Messung des BIP wirft große Probleme der Vergleichbarkeit zwischen den Ländern und im Zeitablauf auf. Zu den Hauptschwierigkeiten gehören Preisveränderungen aufgrund von Qualitätsänderungen, Verschiebungen der relativen Preise, die Wahl der Basisperiode und der Umfang der Erfassung wirtschaftlicher Aktivitäten.

Die übliche Verwendung amtlicher Wechselkurse führt in Zeiten der Wechselkursvolatilität zu Verzerrungen. Die Kaufkraftparität (KKP) ergibt in der Regel eine zutreffendere Messung des Einkommens; dabei wird der Wert eines bestimmten Waren- und Dienstleistungskorbes auf dem heimischen Markt, ausgedrückt in Inlandswährung, mit dem Wert desselben Korbes in Auslandswährung verglichen.

Der Eigenverbrauch und die Produktion der Subsistenzwirtschaft werden oft nicht ausreichend erfaßt, falls sie überhaupt gemessen werden. Selbst wenn eine Zurechnung erfolgt, ist die Bewertung solcher Güterströme alles andere

als zufriedenstellend. Gespaltene Wechselkurse, die durch Devisenrationierung oder andere Maßnahmen durchgesetzt werden, verzerren die BIP-Werte, weil die angewendeten Preise nicht die echten Werte widerspiegeln. Parallel- oder Schwarzmärkte regen zur Steuerhinterziehung an; diese Aktivitäten werden vom BIP nicht in ihrem vollen Umfang erfaßt. Wenn der Anteil solcher Aktivitäten am statistisch ermittelten BIP sich im Zeitablauf verändert, sind die anhand des ausgewiesenen BIP geschätzten Wachstumsraten fehlerhaft.

Externe Effekte, die mit dem Raubbau an Ressourcen und der Umweltverschlechterung verbunden sind, werfen ein weiteres schwieriges Erfassungsproblem auf. Wenn eine Volkswirtschaft auf Kosten ihrer Umwelt lebt und die Marktpreise den Umweltverbrauch nicht in seinem vollen Ausmaß widerspiegeln, führt die konventionelle Berechnung des BIP dazu, die Fähigkeit der Volkswirtschaft zur Aufrechterhaltung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen zu überschätzen.

### Fragile wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Kann aus einem beobachteten positiven Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsleistung abgeleitet werden, daß die Wirtschaftsleistung auf die Maßnahmen der Politik reagiert? Ökonometrische Kausalitätstests lassen sich oft mit den verfügbaren Daten nicht durchführen – ganz abgesehen von den komplexen Problemen der Interpretation solcher Tests oder der Ableitung statistischer Schlußfolgerungen. Wirtschaftspolitische Aussagen, die auf der Analyse eines dürrigen Datenmaterials beruhen, können eine gefährliche Schlagseite aufweisen. Letzten Endes ist es eine Beurteilungsfrage, ob eine beobachtete Beziehung zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsleistung kausaler Natur ist oder nur daraus resultiert, daß beide dem Einfluß einer dritten Gruppe von nichtbeobachteten (oder latenten) Variablen unterliegen.

### Konsequenzen für die Analyse

Diese Warnungen sollen nicht dazu führen, daß auf die quantitative Analyse verzichtet wird. Sie befreien auch nicht von der Verantwortung, wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen aufgrund solcher Analysen zu formulieren. Es gibt keine ernstzunehmende Alternative zur empirischen Analyse als Basis für die Politik. Bewertungen werden auch in Zukunft notwendig sein, und Erkenntnisse aufgrund analytischer Darstellungen der Wirtschaftsgeschichte werden mit ökonometrischer Analyse einfallreich zu verknüpfen sein. Der vorliegende Bericht ist das Ergebnis derartiger Bemühungen. Zwar können seine Schlußfolgerungen keine Endgültigkeit beanspruchen, doch reflektieren sie eine sorgfältige Würdigung des verfügbaren Materials.

**Tabelle 2.4 A Die Verfügbarkeit relativ verlässlicher Daten über soziale Indikatoren in Entwicklungsländern**  
(Zahl der Länder oder Gebiete)

Region, Gesamtzahl der Länder	Daten über die Lebenserwartung bei der Geburt				Daten über die Säuglingssterblichkeit				Daten über die Sterblichkeit bis zum Ende des 5. Lebensjahres			
	Ins-gesamt	Vor 1975	1975–79	1980–	Ins-gesamt	Vor 1975	1975–79	1980–	Ins-gesamt	Vor 1975	1975–79	1980–
Afrika, 50	16	9	4	3	36	11	10	15	35	12	10	13
Lateinamerika, 27	24	5	3	16	26	1	3	22	26	2	4	20
Asien und Ozeanien, 40	20	1	8	11	27	3	9	15	27	3	10	14
Insgesamt, 117	60	15	15	30	89	15	22	52	88	17	24	47

Quelle: United Nations 1990c.

**Tabelle 2.3 Prozentualer Anteil des zusätzlichen Faktoreinsatzes am Produktionswachstum, ausgewählte Regionen der Weltwirtschaft, 1960 bis 1987**

Region oder Ländergruppe und Zeitraum	Kapital	Arbeit	GFP
1960–73			
Afrika	59	22	17
Ostasien	50	16	35
Europa, Naher Osten und Nordafrika	51	10	38
Lateinamerika	55	20	25
Südasien	81	20	0
Insgesamt	56	18	26
1973–87			
Afrika	92	37	–27
Ostasien	62	17	20
Europa, Naher Osten und Nordafrika	68	19	14
Lateinamerika	94	51	–48
Südasien	55	19	24
Insgesamt	76	28	–6
1960–87			
Afrika	73	28	0
Ostasien	57	16	28
Europa, Naher Osten und Nordafrika	58	14	28
Lateinamerika	67	30	0
Südasien	67	20	14
Insgesamt	65	23	14
Ausgewählte Industrieländer, 1960–85			
Deutschland <sup>a</sup>	23	–10	87
Frankreich	27	–5	78
Großbritannien	27	–5	78
Japan	36	5	59
Vereinigte Staaten	23	27	50

Anmerkung: Wegen der Länderklassifikationen und der Schätzverfahren vgl. die Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes.

a. Die Bundesrepublik Deutschland vor der Wiedervereinigung mit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

Quellen: Für die Entwicklungsländer: Daten der Weltbank. Für die Industrieländer: Boskin und Lau 1990.

den, daß ein Einfuhrzoll nur einmalig auf die Effizienz wirkt und die Rate des technischen Fortschritts nicht beeinflußt. Andererseits gibt es das Argument, daß Zölle die Übernahme neuer Technologien erschweren und daher das Produktivitätswachstum verlangsamen. Die Theorie ist hier also nicht eindeutig. Ergebnisse von Länderstudien lassen die Aspekte der Politik erkennen, die die Produktivität beeinflussen; diese werden in den Kapiteln 3 und 7 näher erörtert. Drei allgemeine Erkenntnisse, die unmittelbar einleuchten, werden hier erwähnt.

Erstens der Beitrag zusätzlicher Ausbildung zur Steigerung der Gesamtproduktion und der Produktivität, der bereits erwähnt wurde. Zusätzlich zu diesem Effekt scheint das Ausbildungsniveau der Bevölkerung als solches (im Gegensatz zu qualita-

tiven Veränderungen der Ausbildung) ebenfalls wichtig zu sein. Eine Steigerung des anfänglichen Ausbildungsniveaus um drei Jahre ist mit einer Zunahme der jährlichen Wachstumsrate um 0,4 Prozent verbunden (oder einer zusätzlichen Produktion von 11 Prozent während eines Zeitraums von siebenundzwanzig Jahren).

Zweitens hängen außenwirtschaftliche Öffnung und internationaler Wettbewerb mit dem Produktivitätswachstum zusammen. Dies gilt für die verschiedenen in diesem Bericht verwendeten Offenheitsmaße einschließlich der beiden in diesem Kapitel verwendeten Indikatoren: die Anpassung der inländischen Preise von Außenhandelsgütern an die Weltmarktpreise und die Veränderungen der Außenhandelsanteile. Die eingehenderen Erörterungen in den Kapiteln 4 und 5 bestätigen diesen positiven Zusammenhang zwischen außenwirtschaftlicher Öffnung und internationalem Wettbewerb einerseits und Wachstum andererseits. Andere Untersuchungen sind zu ähnlichen Ergebnissen gelangt.

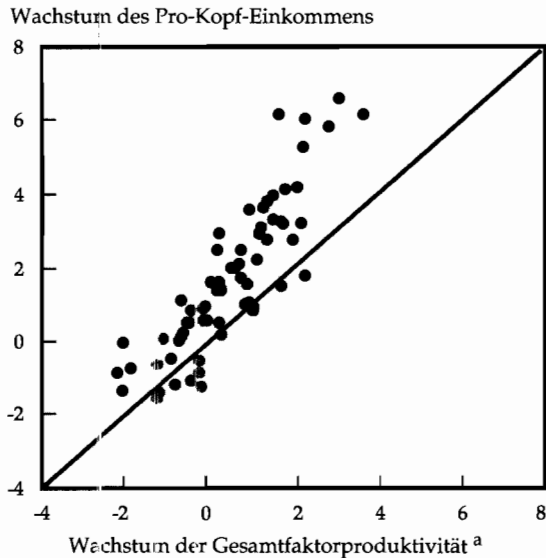
Drittens vermindert gesamtwirtschaftliche Instabilität den Ertrag von Investitionen und das Produktionswachstum, worauf Länderuntersuchungen hindeuteten (vgl. Kapitel 4 und 6). Eine in den Länderquervergleichen benutzte Näherungsgröße, nämlich das Devisenaufgeld, ergibt eine allerdings nur schwache Stützung dieses Zusammenhangs. Schließlich deuten die Daten darauf hin, daß ein Anstieg des Anteils des Staatsverbrauchs am BIP in der Folgezeit zu einem Rückgang des Produktivitätswachstums führt. Dies ist mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen konsistent (Barro, erscheint demnächst).

Das empirische Material spricht dafür, daß eine gute Politik – von der angenommen wird, daß sie sich in den verschiedenen Indikatoren widerspiegelt – und Investitionen in das Sach- und Humankapital sich einander ergänzen. Sowohl eine bessere Politik als auch eine bessere Ausbildung tragen zum Wirtschaftswachstum bei. Außerdem scheinen sie in einer Wechselwirkung zu stehen. Somit beeinflussen eine bessere Politik und eine Steigerung des Ausbildungsniveaus das Wachstum zusammen stärker als jede Komponente für sich betrachtet (Tabelle 2.4). Ähnliche Resultate ergeben sich für Veränderungen des Ausbildungsniveaus und für die Investitionen.

Diese Ergebnisse scheinen gegenüber alternativen Ländergruppierungen und Politikindikatoren recht robust zu sein. Möglicherweise sind aber die betrachteten Variablen als Einflußgrößen einer gün-

**Schaubild 2.4 Durchschnittliches jährliches Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens und der Produktivität, ausgewählte Länder, 1960 bis 1987**

(in Prozent)



a. Die nicht erklärte Restgröße des BIP-Wachstums nach Berücksichtigung des Zuwachses der herkömmlichen Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, Boden).

Quelle: Daten der Weltbank.

stigen Entwicklung nicht unabhängig voneinander; die Kausalität wurde nicht erwiesen, und bei der Analyse nicht berücksichtigte Variablen könnten die Ergebnisse beeinflussen. Doch deutet das Material darauf hin, daß gleichzeitige Anstrengungen zur Verbesserung der Politik und zur Vermehrung des Human- und Sachkapitals außerordentlich ertragreich sein können.

*Die Auswirkungen außenwirtschaftlicher Faktoren*

Die Terms of Trade der Entwicklungsländer, das Wachstum in den OECD-Ländern, das internationale Zinsniveau und die Kapitalbewegungen sind nur einige der außenwirtschaftlichen Faktoren, die die Entwicklung beeinflussen können. Die Bedeutung dieser Faktoren für die Gesamtperspektive der Entwicklung werden in diesem Bericht vielfach erörtert (vgl. Kapitel 1, 5, 6 und 8; vgl. auch Dell und Lawrence 1980). Können sie aber die *Unterschiede* der Leistung zwischen den einzelnen Ländern erklären? Eine Untersuchung von dreiunddreißig Entwicklungsländern kam zu dem Ergebnis, daß zwischen den Unterschieden der Wachstumsraten und

dem Ausmaß externer Schocks kein statistischer Zusammenhang besteht (Mitra und Mitarbeiter 1991).

Kapitalbewegungen sind ein anderer außenwirtschaftlicher Faktor, der die Entwicklung beeinflusst. Konzessionäre Entwicklungshilfe ist für Länder mit niedrigem Einkommen eine wichtige Finanzierungsquelle, und ihr Volumen ist für diese Länder bedeutsam. Gleichzeitig spielt die Effizienz der Verwendung der Entwicklungshilfe eine Rolle, und Verbesserungen der Qualität wie der Quantität der Entwicklungshilfe sind erforderlich. Die Effizienz wiederum ist von der Politik der Geber und der Empfänger in gleicher Weise abhängig (Sonderbeitrag 2.5). Ein schlüssiges Gesamturteil über die Effizienz von Entwicklungshilfe liegt nicht vor, aber Länderstudien vermitteln vier wichtige Lehren, die die Effizienz der Entwicklungshilfe stärken können. Erstens dient Entwicklungshilfe häufig einer Mehrzahl von Zielen. Wenn sie primär von politischen Erwägungen bestimmt wird, ist besonders darauf zu achten, daß ihre wirtschaftlichen Auswirkungen befriedigend sind. Zweitens kann ausländische Unterstützung sowohl eine gute als auch eine schlechte Politik des Empfängerlandes verstärken; entscheidend ist aber letztlich, daß eine gute Politik Unterstützung findet. Drittens hängt die Kapazität eines Landes zur Absorption von Entwicklungshilfe von seinen menschlichen, finanziellen und administrativen Fähigkeiten ab. Die Stärkung dieser Fähigkeiten muß Vorrang haben. Viertens tragen Stabilität der Mittelaufbringung und Transparenz der Konditionen der Entwicklungshilfe zu einer besseren Verwendung durch die Empfänger bei.

**Komponenten der Gesamtentwicklung**

Die Befriedigung von Grundbedürfnissen ist ein wichtiger Baustein der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Regierungen vieler Entwicklungsländer haben diesem Ziel Vorrang eingeräumt. Der erste Premierminister Indiens stellte bei der Einführung des dritten Fünfjahresplans im Jahr 1960 fest: „Es wird berichtet, daß während der ersten beiden Fünfjahrespläne das Volkseinkommen um 42 Prozent und das Pro-Kopf-Einkommen um 20 Prozent gestiegen ist. Eine legitime Frage ist, wo sich dieser Zuwachs niedergeschlagen hat ... Ich kann feststellen, daß die Leute besser ernährt und besser gekleidet sind, sie bauen ihre Häuser aus Ziegeln ... Aber manche Menschen haben wohl kaum davon profitiert“ (Indien 1964). Die Befriedigung von Grundbe-

**Tabelle 2.4 Wechselwirkung zwischen Wirtschaftspolitik und Ausbildung sowie Investitionen, 1965 bis 1987**

Variable mit Wechselwirkung	Durchschnittliches BIP-Wachstum	Durchschnittliches GFP-Wachstum	Wahrscheinlichkeit eines BIP-Wachstums über dem Medianwert	Wahrscheinlichkeit eines GFP-Wachstums über dem Medianwert
<i>Wirtschaftspolitische „Verzerrung“<sup>a</sup> und Ausbildung<sup>b</sup></i>				
Geringe Verzerrung und hohes Ausbildungsniveau	5,5	1,40	63,7	53,9
Geringe Verzerrung und niedriges Ausbildungsniveau	3,8	0,25	52,0	49,9*
Starke Verzerrung und hohes Ausbildungsniveau	3,8	0,00	35,7	38,1
Starke Verzerrung und niedriges Ausbildungsniveau	3,1	-0,40	42,0	46,0*
<i>Wirtschaftspolitische „Verzerrung“<sup>a</sup> und Ausbildungsänderung<sup>c</sup></i>				
Geringe Verzerrung und starke Zunahme der Ausbildung	5,3	1,30	57,0	54,3
Geringe Verzerrung und geringe Zunahme der Ausbildung	4,0	0,40	55,1	48,8*
Starke Verzerrung und starke Zunahme der Ausbildung	3,5	-0,16	35,0	39,7
Starke Verzerrung und geringe Zunahme der Ausbildung	3,4	-0,19	39,2	44,7*
<i>Wirtschaftspolitische „Verzerrung“<sup>a</sup> und Investitionen<sup>d</sup></i>				
Geringe Verzerrung und hohe Investitionen	5,2	0,91	73,6	56,5
Geringe Verzerrung und niedrige Investitionen	3,5	0,75	35,6	46,4*
Starke Verzerrung und hohe Investitionen	4,6	0,07	53,8	44,0
Starke Verzerrung und niedrige Investitionen	2,6	-0,36	26,7	41,2*

Anmerkung: Sämtliche Ergebnisse sind auf einem Niveau von 5 Prozent signifikant, sofern sie nicht mit einem Sternchen (\*) markiert sind.

a. Starke Verzerrungen liegen bei einem Aufgeld von mehr als 30 Prozent des offiziellen Devisenkurses vor, geringe Verzerrungen bei einem Aufgeld bis zu 30 Prozent. Vgl. die Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes.

b. Das Ausbildungsniveau wird gemessen anhand der durchschnittlichen Dauer des Schulbesuchs in Jahren (ohne Berücksichtigung von Ausbildungszeiten, die auf den Besuch weiterführender Schulen folgen) der Bevölkerung zwischen fünfzehn und vierundsechzig Jahren. Ein hohes Ausbildungsniveau ist definiert als ein Schulbesuch von mehr als 3,5 Jahren, ein niedriges Ausbildungsniveau als ein Schulbesuch bis zu 3,5 Jahren.

c. Anstieg um fünf Jahre (oberhalb oder unterhalb des Medianwertes).

d. Investitionsrate als Anteil am BIP (oberhalb oder unterhalb des Medianwertes).

Quellen: Devisenaufgeld: International Currency Analysis, Inc., verschiedene Jahre. Alle anderen Variablen: Daten der Weltbank.

dürfnissen erfordert sowohl Wirtschaftswachstum als auch eine Palette von Sozialprogrammen, die auf die Empfänger zugeschnitten sind.

Verschiedene Untersuchungen auf Basis von Haushaltsdaten zeigen, daß Sozialausgaben die Wohlfahrt privater Haushalte beträchtlich verbessern können. Doch haben nur wenige Studien die Auswirkungen von Sozialausgaben unter Benutzung gesamtwirtschaftlicher Daten untersucht. Es wäre besonders hilfreich zu wissen, ob Sozialausgaben oder gesamtwirtschaftliche Einkommenssteigerungen das effizientere Mittel zur Verbesserung der sozialen Wohlfahrt darstellen. Typischerweise werden verschiedene Kennzahlen zur Messung der Wohlfahrt benutzt: Lebenserwartung, Säuglingssterblichkeit und Einschulungsquoten – keine von ihnen ist frei von Nachteilen.

Daten über öffentliche Ausgaben, Einkommenswachstum und den Ausbildungsstand erwachsener Frauen wurden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Säuglingssterblichkeit und die Einschulungsquoten an weiterführenden Schulen geprüft. Diese Länderquervergleiche brachten unterschiedliche Ergebnisse (Kapitel 3). Empirische Belege in diesem Bericht und anderen Untersuchungen weisen auf die Bedeutung von sorgfältig geplanten

Sozialprogrammen für den Entwicklungsprozeß hin. Eine größere Effizienz bei der Bereitstellung sozialer Leistungen und genauere Ausrichtung auf die Zielgruppen sind wiederkehrende Themen (Sen und Drèze 1990).

Recht eindeutig sind die Ergebnisse hinsichtlich der Bedeutung der Ausbildung von Frauen. Das Ausbildungsniveau erwachsener Frauen ist bei weitem die wichtigste Variable, die Veränderungen der Säuglingssterblichkeit und der Einschulungsquoten an weiterführenden Schulen erklärt (vgl. Schaubild 2.5). Ein zusätzliches Ausbildungsjahr der Frauen ist mit einem Rückgang der Säuglingssterblichkeit um 2 Prozentpunkte verbunden. Untersuchungen auf Basis von Haushaltsdaten ergaben noch größere Reduktionen um 5 bis 10 Prozentpunkte.

Wie eingangs dargelegt, wird Entwicklung in einem umfassenden Sinn nicht nur durch ökonomische Variablen definiert: außerökonomische Faktoren, die die Lebensqualität steigern, gehören ebenfalls dazu. Einige außerökonomische Variablen sind mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbunden, obwohl sich Kausalbeziehungen im allgemeinen schwer herstellen lassen. So stehen einige der oben erörterten wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren in einem positiven Zusammenhang mit außer-

## Sonderbeitrag 2.5 Der Beitrag der Entwicklungshilfe

### Wann Entwicklungshilfe unwirksam sein kann

In manchen Fällen erlaubt Entwicklungshilfe, daß Länder eine Reform ihrer gesamtwirtschaftlichen Politik und die Mobilisierung heimischer Ressourcen aufschieben. Ausländische Entwicklungsorganisationen setzten ihre Hilfe an Tansania fort, als das Land mit einer katastrophalen Agrarpolitik und unbrauchbaren Institutionen experimentierte. Pakistan wurde durch die jederzeitige Verfügbarkeit von Auslandshilfe – die ihm vor allem aus politischen Gründen gewährt wurde – in die Lage versetzt, eine Reform seiner Staatsfinanzen aufzuschieben. Manchmal kann die Hilfe Interessengruppen stützen, die ein ausgeprägtes Eigeninteresse an bestimmten wirtschaftspolitischen Verzerrungen haben und deswegen die Reform der Politik erschweren.

Die Hilfe kann zeitweise die inländische Ersparnis, den Außenhandel, ausländische Direktinvestitionen und kommerzielle Mittelzuflüsse als Hauptquellen der Investitionen und der technischen Entwicklung ersetzen. Eine Reihe von Ländern ließ es zu, daß die Nahrungsmittelhilfe die Agrarpreise drückte. Sie schoben außerdem entscheidende Investitionen in die ländliche Infrastruktur auf und kümmerten sich nicht um den notwendigen Aufbau von Institutionen im Agrarsektor.

Manchmal wird der Fluß der Entwicklungshilfe in Abhängigkeit von den politischen und strategischen Zielen der bilateralen Geber gestoppt oder wieder in Gang gesetzt, was den Mittelzufluß unkalkulierbar macht. Solche Schwankungen der Mittelverfügbarkeit können zu Unterbrechungen von Entwicklungsprogrammen führen, wie dies in Ägypten, Indien und Pakistan der Fall war.

Wenn die Einrichtungen der bilateralen Hilfe unkoordiniert handeln und miteinander konkurrieren, können sie inkompatible Technik sowie widersprüchliche Projekte und Ratschläge vermitteln. Diese Problematik der bilateralen Hilfe resultiert zum Teil aus der verbreiteten Praxis, die Hilfe an den Einkauf von Ausrüstungen, Transportleistungen und technischer Beratung im jeweiligen Geberland zu binden, was den Nettomitteltransfer beträchtlich vermindert. So war im Fall Pakistans der Transport der aus Hilfsleistungen finanzierten Ausrüstungen (auf den häufig ein erheblicher Teil der gesamten Projektkosten entfällt) durch die von den Entwicklungseinrichtungen bestimmten Schifffahrtslinien um 50 bis 115 Prozent teurer als bei Inanspruchnahme der billigsten Transportmöglichkeit.

Wechselnde wirtschaftspolitische Ratschläge seitens der finanzierenden Institutionen können die Hilfe für die Entwicklungsländer verteuern. Viele Empfängerländer, denen der Abbau der Schutzmaßnahmen für die Industrie und der staatlichen Vermarktungsstellen empfohlen wird, beklagen sich darüber, daß ihnen ebendiese Strategien in den sechziger und siebziger Jahren, als Importsubstitution und Regulierung im Trend lagen, von den Entwicklungshilfeinstitutionen empfohlen worden waren. Diese Institutionen können sich rasch an den Wandel der Auffassungen über die Entwicklungshilfe anpassen, während die Nehmerländer aufgrund ihrer leistungsschwachen Administration mehr Zeit zur Umstellung brauchen.

### Wann Entwicklungshilfe wirksam ist

Entwicklungshilfe stärkt die Glaubwürdigkeit von Wirtschaftsreformen, indem sie die Planung von Reformprogrammen unterstützt und die Kosten der Reformen reduziert. Die Strukturanpassungsdarlehen haben in vielen Ländern, die sich der Reform verschrieben haben, den Reformprozeß in Gang gebracht und seine Fortführung unterstützt, so in Chile, Mexiko und der Türkei. In der Republik Korea trugen die Infrastruktur- und Erziehungsprojekte der fünfziger Jahre zu dem wirtschaftlichen Aufschwung bei, der auf die Reformen der frühen sechziger Jahre folgte. Humanitäre Anliegen sind ein anderes unangreifbares Argument zugunsten der Hilfe.

Die Entwicklungshilfe stellt externe Mittel für Investitionen zur Verfügung und finanziert Projekte, die mit kommerziellen Mitteln nicht durchführbar wären, weil ein Schuldenüberhang besteht oder die Ausreifungszeit des Projekts zu lang ist. Durch die Verhandlungen über die Hilfe erhalten die Industrieländer auch Informationen über die Reformen in den Entwicklungsländern. Dieses Wissen erleichtert den Zugang der Entwicklungsländer zu Auslandskapital und ausländischen Direktinvestitionen und hilft ihnen, wie im Fall Koreas, Malaysias und Thailands, sich als kommerzielle Kreditnehmer zu qualifizieren.

Die Unterstützung von Projekten leistet einen Beitrag zum Ausbau dringend benötigter Infrastruktur – wie Straßen, Eisenbahnen, Häfen und Kraftwerke. Sie schafft auch Expertenwissen in der Evaluierung, der Überwachung und der Durchführung von Projekten. Die Hilfe leistet auch einen Beitrag zur Ausbildung von Personal und zum Aufbau von Institutionen (beispielsweise in Korea, Pakistan, Thailand, Kolumbien und Mexiko). Darüber hinaus sind Informationen über beispielhafte Verfahrensweisen – wie über die Grameen Bank in Bangladesch, den Fonds für soziale Notlagen in Bolivien und das Food Stamp Scheme (Lebensmittel-Zuteilungsprogramm) in Jamaika – für die Empfängerländer nützlich, um ihre Verfahren an die jeweiligen Rahmenbedingungen anzupassen und Fehler zu vermeiden.

Politik, Institutionen und Verwaltungskapazität des Nehmerlandes sind ebenfalls entscheidend für den Erfolg projektgebundener Hilfe. Ein ausgezeichnetes Beispiel für den Beitrag dieser Faktoren zur Effektivität der Projekthilfe ist die Grüne Revolution der sechziger Jahre in Südasien. An ihrem Erfolg waren sowohl Technologietransfer, Forschung und Infrastruktur, die durch Entwicklungshilfe finanziert worden waren, als auch die positive Reaktion der heimischen Institutionen beteiligt.

Die Entwicklungshilfe kann eine bessere Wirtschafts- und Sozialpolitik unterstützen. Die Hilfsorganisationen und Finanzierungsinstitutionen im Ausland schenken den Auswirkungen von Projekten auf die Umwelt und die sozialen Bedingungen immer größere Aufmerksamkeit. Die Betonung der entwicklungspolitischen Aspekte hat auch zu erfolgreichen Programmen der Armutsbekämpfung geführt, beispielsweise in Bolivien, Côte d'Ivoire und Malaysia. In Pakistan veranlaßte der bedenklich geringe Fortschritt im Erziehungs- und Gesundheitswesen eine verstärkte Kreditgewährung zur Entwicklung des Humankapitals, um die Bemühungen zur Linderung der Armut zu ergänzen.

ökonomischen Komponenten der Entwicklung, wie etwa den bürgerlichen und politischen Freiheitsrechten (Sonderbeitrag 2.6).

Die soziale Gerechtigkeit besitzt als solche ihren eigenen Stellenwert. Sie hat zwei Aspekte: die Einkommensverteilung und das Auftreten von Armut. Zwischen Wirtschaftswachstum und Veränderungen der Einkommensverteilung gibt es weder in der einen noch der anderen Richtung einen eindeutigen Zusammenhang (vgl. Kapitel 7). Wirtschaftswachstum ist jedoch eng verbunden mit einer Verringerung der Armut. Eine Studie über zwanzig Entwicklungsländer ergab, daß in allen Ländern außer einem das Wachstum mit einem Rückgang der absoluten Armut verbunden war (wobei das betreffende Land ein negatives Pro-Kopf-Wachstum während des betrachteten Zeitraums aufwies). Lal und Myint (in Vorbereitung) finden in ihren detaillierten Länderstudien den gleichen Effekt. Der *Weltentwicklungsbericht 1990* erbrachte ebenfalls überzeugende Belege dafür, daß Wachstum die absolute Armut verringert.

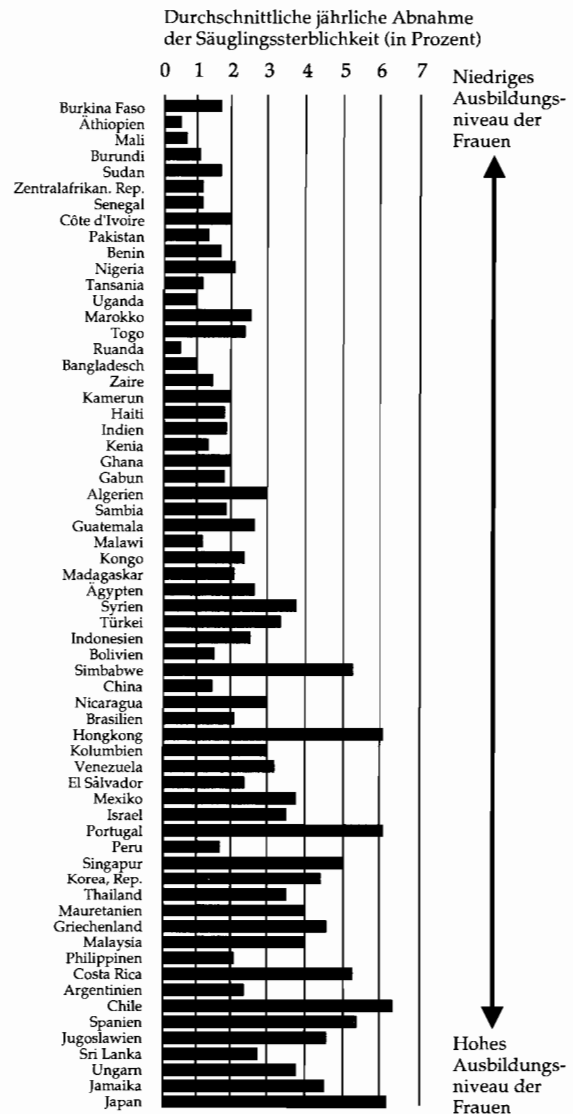
### Der Weg nach vorne

Die vielleicht deutlichste Lektion aus der Arbeit an Entwicklungsproblemen während der vergangenen dreißig Jahre besteht darin, daß sich Pragmatismus und Aufgeschlossenheit auszahlen. Ideen, die einst die herrschende Lehre bildeten und Regierungen und multilaterale Institutionen bei der Formulierung ihrer Entwicklungspolitik leiteten, sind nun weitgehend ad acta gelegt. Neue Auffassungen legen den Akzent auf die Signalfunktion der Preise, auf Außenhandel und Wettbewerb als Übertragungswege des technischen Fortschritts und auf effektive Staatstätigkeit als ein knappes Gut, das haushälterisch eingesetzt werden sollte, und zwar nur dort, wo es am meisten gebraucht wird.

In Fragen der Entwicklung können Verallgemeinerungen ebenso voreilig sein wie ein starres Festhalten an Theorien. Quantitative Belege, wie sie in diesem Kapitel erörtert wurden, liefern Hinweise auf Zusammenhänge, aber auch nicht mehr. Ein Zaubermittel gegen ökonomische Rückständigkeit existiert nicht. Es gibt nicht nur einen Weg zum Erfolg – und sei es nur, weil es viele unterschiedliche Arten des Erfolgs gibt. Und Erfolg muß anhand der verschiedenen Dimensionen der Entwicklung, nicht nur im Hinblick auf das Einkommenswachstum, bewertet werden.

Die vier Schwellenländer Ostasiens sind die am

**Schaubild 2.5 Ausbildungsniveau der Frauen und Rückgang der Säuglingssterblichkeit, ausgewählte Länder, 1960 bis 1987**



Anmerkung: Die Länder sind in aufsteigender Rangfolge nach dem Ausbildungsniveau der Frauen aufgeführt; dieses ist definiert als durchschnittlicher Schulbesuch in Jahren (ohne den auf weiterführende Schulen folgenden) der Frauen im Alter von fünfzehn bis vierundsechzig Jahren. Wegen des Schätzverfahrens vgl. die Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes. Quelle: Daten der Weltbank.

schnellsten wachsenden Volkswirtschaften unter den achtundsechzig analysierten Ländern. Die besten Ergebnisse bei der Säuglingssterblichkeit weist Chile, zusammen mit Japan, auf. Jamaika und Japan schneiden am besten beim Erziehungswesen ab (wenn auch Costa Rica und Venezuela hinsichtlich der Gleichbehandlung der Geschlechter bes-

## Sonderbeitrag 2.6 Nichtwirtschaftliche Komponenten der Entwicklung: die Freiheitsrechte

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung und den Freiheitsrechten – einer der nichtwirtschaftlichen Komponenten des allgemeinen Entwicklungsprozesses? Eine Möglichkeit besteht darin, daß eine freie Presse und eine freizügige Debatte in der Öffentlichkeit Handlungen der Regierung oder des privaten Sektors aufdecken, die sonst vielleicht die Entwicklung gebremst hätten. Die Pressefreiheit und ein wachsendes Informationsangebot regen oft den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt an. Indiens freier Presse kann man mit Fug und Recht die Verhinderung von Hungersnöten zugute halten, da sie die Regierung zu raschem Handeln gezwungen hat. Es läßt sich aber auch behaupten, daß es in einem freiheitlichen System im allgemeinen für die Regierung schwieriger ist, harte aber notwendige Entscheidungen zu treffen. Diese letztere Auffassung wird oft vertreten, um zu erklären, weshalb ein Land wie die Republik Korea (mit ihrem „wohlmeinenden“ autoritären Regime) erfolgreicher ist als ein Land wie Indien (wo möglicherweise ein Zusammenhang zwischen Freiheitsrechten und Mängeln der Politik bestand).

Um diese Zusammenhänge näher zu untersuchen, wurden Angaben über die politischen und bürgerlichen Freiheitsrechte aus *Freedom in the World* (Gastil 1989) entnommen. Diese Erhebung ist seit 1973 jährlich – mit Ausnahme eines einzigen Jahres – durchgeführt worden. Anhand von dreißig Einzeltests werden die Länder in dieser Erhebung nach zwei Kriterien klassifiziert: Das eine Kriterium bilden die politischen Rechte, die definiert sind als „Rechte zur relevanten Beteiligung am politischen Prozeß“; das andere Kriterium sind die bürgerlichen Freiheitsrechte, also „das Recht der freien Meinungsäußerung, das Organisations- und Demonstrationsrecht sowie die Rechte der individuellen Selbstbestimmung, wie die Freiheit der Religion, der Erziehung und des Reisens und andere subjektive Rechte“. Der sich daraus ergebende Index ist hochkorreliert mit einem anderen Index, der von Humana (UNDP 1991) ermittelt wird. Solche Maßzahlen sind notwendigerweise grobe Indikatoren, die sichere Schlußfolgerungen nicht zulassen. Doch sind die Resultate interessant: Es gibt eine enge Beziehung zwischen Einkommenswachstum, Ausbildungsniveau und dem Rückgang der Säuglingssterblichkeit; zwischen dem Ausbildungsniveau der Frauen, sowie dessen Veränderungen, und dem Rückgang der Säuglingssterblichkeit; zwischen den politischen und bürgerlichen Freiheitsrechten einerseits und dem Fortschritt bei der Ausbildung von Männern und Frauen sowie dem Rückgang der Säuglingssterblichkeit andererseits (Tabelle 2.6 A).

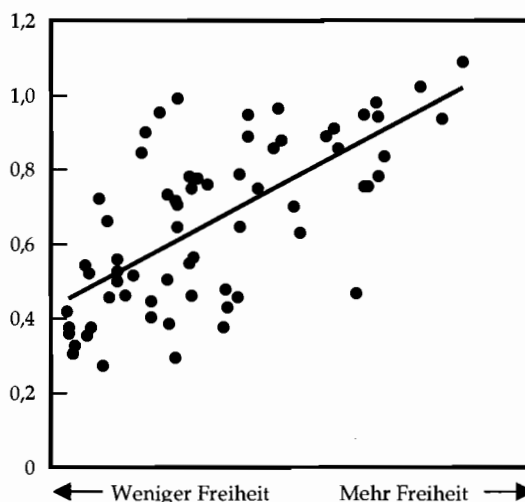
Es ging zu weit, aus den Ergebnissen der Regressionsanalyse abzuleiten, daß die Freiheitsrechte einen Beitrag zum Wachstum leisten, doch belegen diese Resultate, daß die Freiheitsrechte das Wachstum nicht beeinträchtigen. Manche Studien ergeben, daß der Zusammenhang zwischen Freiheitsrechten und Wachstum unklar ist (Grier und Tullock 1989). Dasgupta (1990) berichtet von einem eindeutigen Zusammenhang für die Jahre 1970 bis 1980, mit dem Ergebnis, daß „politische und bürgerliche Rechte positiv und

signifikant korreliert sind mit dem realen Volkseinkommen pro Kopf und dessen Wachstum.“ Auch Scully (1988) berichtet von einer positiven Wirkung.

Schaltet man den Einfluß des Einkommenswachstums und regionaler Faktoren aus, so scheint ein ausgeprägter positiver Zusammenhang zu bestehen zwischen den Freiheitsrechten und den Indikatoren einer steigenden Wohlfahrt, wie dem Ausbildungsniveau der Frauen, dem gesamten Ausbildungsniveau und dem Rückgang der Säuglingssterblichkeit (Schaubild 2.6 A). Diese Ergebnisse zeigen zwar nicht den Ursache-Wirkungs-Zusammenhang auf, doch lassen sie darauf schließen, daß zwischen diesen wichtigen Komponenten einer umfassenden Entwicklung eine enge Verbindung besteht.

**Schaubild 2.6 A Der Zusammenhang zwischen politischen und bürgerlichen Freiheitsrechten und der Ausbildung der Frauen, ausgewählte Länder, 1973 bis 1986**

Das Verhältnis des Ausbildungsniveaus von Frauen zu dem von Männern



Anmerkung: Die Angaben sind Periodendurchschnitte für eine Gruppe von siebenundsechzig Ländern; Angaben für 1974 waren nicht verfügbar. Das Ausbildungsniveau ist definiert als durchschnittlicher Schulbesuch in Jahren (ohne den auf weiterführende Schulen folgenden) der Bevölkerung im Alter von fünfzehn bis vierundsechzig Jahren. Wegen des Schätzverfahrens vgl. die Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes.

Quellen: Wegen der Angaben über politische und bürgerliche Freiheitsrechte vgl. Gastil 1987; die Angaben über die Ausbildung stammen von der Weltbank.

**Tabelle 2.6 A Korrelationsmatrix von Indikatoren der umfassend definierten Entwicklung, 1973 bis 1987**

Indikator	1	2	3	4	5	6	7	8
1. Wachstum	1,00	0,30	0,12*	0,23	0,31	0,42	0,37	0,19*
2. Rückgang der Säuglingssterblichkeit <sup>a</sup>		1,00	0,27	0,41	0,29	0,67	0,71	0,59
3. Änderung des Ausbildungsniveaus			1,00	0,92	-0,18*	0,30	0,25	0,32*
4. Änderung des Ausbildungsniveaus der Frauen				1,00	0,22	0,52	0,48	0,28
5. Änderung der Ausbildungslücke zwischen Frauen und Männern					1,00	0,55	0,56	0,39
6. Ausbildungsniveau						1,00	0,98	0,57
7. Ausbildungsniveau der Frauen							1,00	0,63
8. Politische und bürgerliche Freiheitsrechte								1,00

Anmerkung: Die Zahlen sind Periodendurchschnitte; die Angaben beziehen sich auf eine Auswahl von achtundsechzig Ländern. Sämtliche Korrelationskoeffizienten sind mindestens auf einem Niveau von 10 Prozent statistisch signifikant, ausgenommen die mit Sternchen (\*) versehenen.

a. Wegen unzureichender Datenqualität beziehen sich diese Angaben nur auf den Zeitraum 1973 bis 1984.

Quellen: Politische und bürgerliche Freiheitsrechte: Gastil 1989. Übrige Indikatoren: Daten der Weltbank.

sere Ergebnisse aufweisen). Costa Rica und Japan rangieren bei den politischen und bürgerlichen Freiheitsrechten an erster Stelle. Einige Länder mit den schlechtesten ökonomischen Ergebnissen schnitten auch in einigen außerökonomischen Bereichen schlecht ab.

Die statistischen Untersuchungen zeigen daher, daß zwischen den verschiedenen Indikatoren der Entwicklung Zusammenhänge bestehen, die in einigen Fällen enger sind als in anderen. Aber es gibt immer Ausnahmen. Werden die Kennzahlen in eine Rangfolge gebracht, dann befinden sich Algerien, Brasilien, Gabun im obersten Drittel der Einkommens-Rangliste, aber nur etwa in der Mitte der Rangliste der Säuglingssterblichkeit und der Ausbildung. Pakistan schneidet beim Einkommenswachstum ebenfalls gut ab, jedoch wesentlich

schlechter bei der Gleichbehandlung der Geschlechter im Erziehungswesen. Pragmatisch und vorurteilsfrei betrachtet, scheint der Schluß berechtigt, daß das Einkommenswachstum als Maßstab der Wohlfahrt überbetont wurde, daß aber das Einkommenswachstum üblicherweise auch nicht gegen den Erfolg in anderen Bereichen spricht.

Die Herausforderung der Staaten besteht darin, die allgemeinen Lehren aus dem Entwicklungsprozeß in eine wirksame Entwicklungspolitik umzusetzen. Um zu diesem Ziel beizutragen, werden in den nächsten vier Kapiteln dieses Berichts verschiedene Politikbereiche im einzelnen untersucht: Humankapital, Binnenmarkt, Außenhandel und gesamtwirtschaftliche Politik. In jedem einzelnen Fall fragt der Bericht: Was haben die Regierungen getan und was scheint am besten funktioniert zu haben?



## Investitionen in die Menschen

*Wenn du einen Plan für ein Jahr hast, pflanze ein Samenkorn. Für zehn Jahre pflanze einen Baum. Für hundert Jahre lehre die Menschen. Wenn du eine Saat einmal aussäet, wirst du einmal ernten. Wenn du die Menschen lehrst, wirst du hundertmal ernten.*

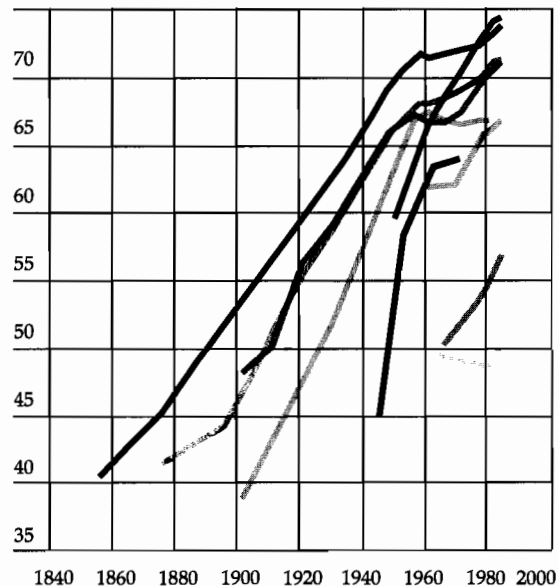
– K'UAN-TZU, 551–479 v. Chr.

In den vergangenen hundert Jahren ist die Wohlfahrt der Menschen – das Endziel jeder Entwicklung – gewaltig verbessert worden. Dieser Fortschritt ging in der Regel mit wirtschaftlichem Wachstum einher. Aber auch dort, wo das Wachstum hinterhinkte, ist die Lebensqualität gestiegen. Die Regierungen übernahmen dabei eine führende Rolle. Öffentliche Ausgaben für Schulhäuser und Lehrbücher, gesundes Trinkwasser und Abwasserbeseitigung, Ernährungs- und Impfprogramme sowie Familienplanungszentren sind von entscheidender Bedeutung gewesen, insbesondere für die Armen dieser Welt. Der Bedarf der Zukunft erfordert jedoch eine bessere Einstellung auf die Zielgruppen, neue und effizientere Methoden der Verteilung, weniger regressiv wirkende Subventionen und eine engere Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor bei der Versorgung mit bestimmten Dienstleistungen.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wie den achtziger Jahren, lassen sich schwierige Entscheidungen nicht vermeiden, und kurzfristige Wachstumsgewinne müssen gegen langfristige Beeinträchtigungen der menschlichen Entwicklung und der Lebensqualität abgewogen werden. Eine Lehre

**Schaubild 3.1 Männliche Lebenserwartung bei der Geburt, ausgewählte Länder, 1855 bis 1985**

Jahre  
75  
70  
65  
60  
55  
50  
45  
40  
35



Argentinien    Bangladesch    Chile  
Tschechoslowakei    Ägypten  
England und Wales    Frankreich    Japan  
Sri Lanka    Schweden    Vereinigte Staaten

*Anmerkung:* Die Auswahl der Länder erfolgte entsprechend der Verfügbarkeit langfristiger Zeitreihen über die Lebenserwartung auf Basis von Volkszählungen und Sterbetafeln anstelle von Extrapolationen.

*Quellen:* United Nations 1982a; Daten der Weltbank.

### Sonderbeitrag 3.1 Ernährung und Lebenserwartung

In den Vereinigten Staaten ist die altersbereinigte Sterbeziffer von 40 je Tausend im Jahr 1700 auf 5 je Tausend im Jahr 1980 gesunken. Während derselben Zeitspanne ging die Sterbeziffer in Großbritannien von 28 auf 7 je Tausend zurück. Die Lebenserwartung eines in den Vereinigten Staaten geborenen Weißen im Alter von 10 Jahren stieg im Zeitraum 1700 bis 1925 von etwa 50 auf 57 Jahre an, während ein Engländer männlichen Geschlechts, ausgehend von einer niedrigeren Lebenserwartung von 39 Jahren, im Jahr 1925 eine von 54 erreichte. Die Ursachen dieser Veränderungen sind nach wie vor umstritten. Eine verbreitete Auffassung schrieb sie dem medizinischen Fortschritt und dem Ausbau des Krankenhauswesens zu. Vieles deutet darauf hin, daß die Bekämpfung von Krankheiten für die Steigerung der Lebenserwartung bedeutsam war. Nach Meinung anderer war die Verbesserung der Ernährung der entscheidende Faktor; danach ist der Rückgang der Sterblichkeit der Landbevölkerung vor 1920 hauptsächlich dem steigenden Lebensstandard auf dem Land zuzuschreiben.

Neuere Untersuchungen haben das Ernährungsargument bekräftigt. Bei nationalen Bevölkerungen in Nordamerika und Europa zeigte sich eine starke Korrelation zwischen der durchschnittlichen Körpergröße der Erwachsenen und der Lebenserwartung. Es stellte sich heraus, daß die Amerikaner bereits zur Mitte des achtzehnten Jahrhunderts heutige Körpergrößen erreichten und eine Lebenserwartung aufwiesen, die die allgemeine Bevölkerung Englands und selbst der britische Hochadel erst im ersten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts erreichten. Als eine Ursache für diese Unterschiede wird der höhere durchschnittliche Fleischkonsum der Amerikaner genannt, der bereits zur Mitte des achtzehnten Jahrhunderts gegeben war.

Die Untersuchungen ergaben, daß Verbesserungen des Ernährungsniveaus für nicht weniger als vier Zehntel des säkularen Rückgangs der Sterblichkeit verantwortlich waren, wobei der Effekt fast vollständig die Säuglingssterblichkeit betraf. Daten für acht europäische Länder aus der Zeit von 1880 bis 1970 zeigen, daß eine Zunahme der Körpergröße um 1 Prozent mit einem 5prozentigen Rückgang der unbereinigten Sterbeziffern und einem dreimal so starken Rückgang der Säuglingssterblichkeit verbunden war. Die Reduktion der Säuglingssterblichkeit ließ sich zu 39 Prozent der Zunahme der Körpergröße zurechnen, während der Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens für 27 Prozent verantwortlich war und die restlichen 33 Prozent nichtidentifizierte Einflüsse widerspiegeln. Durch die Verwendung eines Index der Körpermasse, zusätzlich zur Körpergröße der Erwachsenen, als weiterer Indikator für den Ernährungsstandard läßt sich offenbar der Rückgang der Sterblichkeit in England, Frankreich und Schweden zwischen 1775 und 1875 zum größten Teil und der zwischen 1875 und 1975 eingetretene Rückgang etwa zur Hälfte erklären.

Die Beseitigung der chronischen Unterernährung muß nicht allein eine gestiegene Agrarproduktion widerspiegeln. Hungersnöte gab es auch in Zeiten reicher Ernten; sie waren nicht das Resultat von Naturkatastrophen oder unzulänglicher Agrartechnik, sondern Folge drastischer Kaufkraftseinbußen bei einem Teil der Bevölkerung sowie des Versagens des Verteilungssystems für Lebensmittel. Die Erfahrungen Englands während der Jahre 1600 bis 1640 zeigten, daß Hungersnöte auch durch sachgerechte staatliche Eingriffe in die Lagerhaltung und Preisbildung von Nahrungsmitteln in Knappheitsphasen, in Verbindung mit Fortschritten in der Agrartechnik, abgewendet werden konnten.

aus der Vergangenheit ist, daß Volkswirtschaften – wie die Japans und der Republik Korea –, die sich der Erziehung und Ausbildung verschrieben, sowohl in der Entwicklung der menschlichen Ressourcen als auch beim Wirtschaftswachstum rasch voranschritten. Es gilt allerdings auch, daß Investitionen in das Erziehungswesen noch keine Garantie für ein rascheres Wachstum sind. Wenn eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben wird, können die Investitionen in die Menschen entwertet werden. Die Philippinen boten in den fünfziger Jahren ein vielversprechendes Bild; ihr Pro-Kopf-Einkommen und ihre Alphabetenquote waren fast so hoch wie die von Korea. Heutzutage sind sie hinter die anderen Volkswirtschaften Südostasiens zurückgefallen – ein Resultat einer hochprotektionistischen Industriepolitik und der langfristigen Herrschaft eines

autoritären Regimes, das Auslandskredite vergeudete und das heimische Unternehmertum untergrub.

### Wohlfahrt und Wachstum

Im Jahr 1890 schrieb Alfred Marshall: „Gesundheit und Energie, und zwar physische, geistige und moralische, ... sind die Grundlage des industriellen Wohlstands; und umgekehrt besteht die hauptsächliche Bedeutung des materiellen Wohlstands darin, daß sein vernünftiger Gebrauch die physische, geistige und moralische Gesundheit und Energie des Menschengeschlechts steigert.“ Die historische Erfahrung der Völker beweist die Richtigkeit dieses Satzes.

Verbesserungen der Ernährung und der Wohnverhältnisse sowie eine wirksamere Eindämmung ansteckender Krankheiten haben überall die Lebensqualität gesteigert. Durch die Hebung der Volksgesundheit haben diese Fortschritte die geistige Wachheit und die Lernfähigkeit der Menschen erhöht und ihre Kapazität zur Lebensbewältigung und zum Lebensgenuß erweitert. Durch die Verlängerung der Lebenserwartung wurden Investitionen in Wissen und Fertigkeiten noch lohnender. Schließlich wirken die Vorteile einer guten Gesundheit weit in die Zukunft hinein: Die Gesundheit der Mutter beeinflusst entscheidend die frühe physische und geistige Entwicklung ihrer Kinder.

Von 1880 bis 1985 stieg die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt für das männliche Geschlecht in den Industrieländern um fünfundzwanzig bis dreißig Jahre (Schaubild 3.1 und Sonderbeitrag 3.1); die Lebenserwartung des weiblichen Geschlechts nahm sogar noch stärker zu. Ähnliche Steigerungen der Lebenserwartung wurden seit den vierziger Jahren innerhalb kürzerer Fristen und auf niedrigerem Einkommensniveau in manchen Entwicklungsländern erreicht. In Japan nahm die durchschnittliche männliche Lebenserwartung im Zeitraum 1950 bis 1985 von rund 60 Jahren auf 75 Jahre zu und überschritt damit das Niveau anderer Industrieländer; in Sri Lanka stieg sie im Zeitraum 1945 bis 1971 von 45 Jahren auf 64 Jahre. Zu diesen Fortschritten haben viele Faktoren beigetragen. So schätzt die UNICEF (1991), daß die

Impfungen von Kindern in Entwicklungsländern während der vergangenen zehn Jahre 1,6 Millionen Fälle von Kinderlähmung verhindert haben. Der Anteil der Haushalte in Entwicklungsländern, die über einen Zugang zu sauberem Trinkwasser verfügen (was für die Eindämmung von Infektionskrankheiten entscheidend ist), ist von durchschnittlich 48 Prozent im Jahr 1975 auf 57 Prozent im Jahr 1985 gestiegen. Die Verbesserungen der Lebenserwartung fielen jedoch in den Entwicklungsländern unterschiedlich aus: In den ärmsten Ländern liegt die Lebenserwartung (gemessen an derjenigen der Fünfzehnjährigen) noch um ganze zwanzig Jahre niedriger als in anderen Entwicklungsländern. Etwa 25 Millionen Kinder und Heranwachsende sterben in den Entwicklungsländern jedes Jahr – die meisten an vermeidbaren Todesursachen. Etwa 1,5 Milliarden Menschen entbehren immer noch einer medizinischen Grundversorgung (UNDP 1991).

Eine bessere Gesundheit ist ein Wert an sich. Doch bringt sie auch beträchtliche wirtschaftliche Vorteile, indem sie Ressourcen freisetzt, die für andere entwicklungspolitische Ziele eingesetzt werden können. Ein besserer Gesundheits- und Ernährungszustand erhöht die Produktivität der Arbeitskräfte, reduziert die Zahl der Krankheitstage und verlängert das potentielle Erwerbsleben. Das in den vierziger und fünfziger Jahren in Sri Lanka durchgeführte Programm zur Ausrottung der Malaria führte durch die Verringerung von Morbidität und Debilität zu einem 10prozentigen Einkommensanstieg. In Sierra Leone ließ eine 10prozentige Steigerung der Kalorienzufuhr von Landarbeitern, die

**Tabelle 3.1 Die wirtschaftliche Belastung durch Krankheiten von Erwachsenen, ausgewählte Länder und Jahre**

<i>Länder und Jahr</i>	<i>Krankheitstage (im letzten Monat)<sup>a</sup></i>	<i>Abwesenheitstage (im letzten Monat)<sup>a</sup></i>	<i>Potentieller Einkommensverlust (in Prozent des Normalverdienstes)<sup>b</sup></i>
Ghana, 1988/89	3,6	1,3	6,4
Côte d'Ivoire, 1987	2,6	1,3	6,4
Mauretanien, 1988	2,1	1,6	6,5
Indonesien, 1978	1,0	0,6	2,5
Philippinen (Bicol-Gebiet), 1978	0,9	0,6	2,5
Bolivien (Stadtregionen), 1990	..	1,2	4,4
Peru, 1985/86	4,5	0,9	3,1
Jamaika, 1989	1,2	0,5	2,1
Vereinigte Staaten, 1988 <sup>c</sup>	..	0,3	1,5

Anmerkung: Die Länder wurden anhand der Datenverfügbarkeit ausgewählt.

a. Diese Zahlen wurden für die acht Entwicklungsländer berechnet, indem die Wahrscheinlichkeit des Krankseins (oder des Fehlens am Arbeitsplatz) mit der Zahl der Krankheitstage (oder der krankheitsbedingten Abwesenheitstage) im Monat vor der Erhebung multipliziert wurde.

b. Der potentielle Einkommensverlust entspricht der wahrscheinlichen Zahl der Abwesenheitstage ausgedrückt in Prozent der üblichen in der Statistik erfaßten Arbeitstage.

c. Die Angaben für die Vereinigten Staaten betreffen die Zahl der Tage mit krankheitsbedingter Tätigkeitseinschränkung in der Bevölkerung zwischen achtzehn und vierundvierzig Jahren.

Quellen: Für die Vereinigten Staaten: U.S. Department of Health and Human Services 1989. Für die anderen Länder: Haushaltsbefragungen; vgl. den Abschnitt über Krankheiten der Erwachsenen in den Technischen Anmerkungen zu Kapitel 3 am Ende des Hauptteils.

täglich 1.500 Kalorien aufnehmen, deren Produktion um 5 Prozent zunehmen. Ähnliche Resultate wurden in Kenia bei Arbeitern im Straßenbau mit einer täglichen Kalorienaufnahme von 2.000 Kalorien festgestellt.

Erhebungen in Haushalten von neun Ländern deuten darauf hin, daß die wirtschaftlichen Auswir-

kungen von Krankheiten beträchtlich sein können. In Peru sind bei einer durchschnittlichen erwachsenen Arbeitskraft 4,5 Krankheitstage pro Monat zu erwarten, wodurch etwa ein Arbeitstag verlorengeht; in Ghana lauten die entsprechenden Zahlen 3,6 bzw. 1,3 Tage (Tabelle 3.1). In den Vereinigten Staaten verlieren Arbeitskräfte im Alter von acht-

### Sonderbeitrag 3.2 Die Ausbildung der Frauen – ein Schlüssel zur Entwicklung

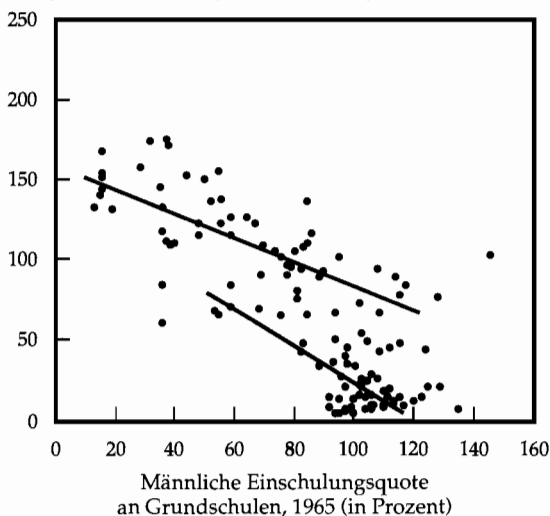
Wenn Schulen für Mädchen und Frauen besser zugänglich werden, vervielfachen sich die Vorteile der Erziehung. Man betrachte das Streudiagramm in Schaubild 3.2A, das die männlichen Einschulungsquoten an Grundschulen im Jahr 1965 den Daten für die Säuglingssterblichkeit und die Fruchtbarkeit im Jahr 1985 gegenüberstellt. Das Punktemuster bestätigt den erwarteten negativen Zusammenhang zwischen der Ausbildung einerseits und der Säuglingssterblichkeit bzw. Fruchtbarkeit andererseits; dies deutet darauf hin, daß die Anhebung des Ausbildungsniveaus eines Landes (hier gemessen durch die männliche Einschulungsquote an Grundschulen) die Gesundheit und die Lebenserwartung der Kinder verbessern und zu einer Reduzierung der Kinderzahl anregen kann. In der Gruppe der Länder mit einem starken Rückstand in der Ausbildung der Frauen (repräsentiert durch die obere Trendlinie in den beiden Diagrammen) – wo die Einschulungsquote der Mädchen höchstens drei Viertel derjenigen der Jungen entspricht –

sind dagegen die Säuglingssterblichkeit und die zusammengefaßten Geburtenziffern für alle Werte der männlichen Einschulungsquoten höher. Länder, die im Jahr 1965 eine praktisch 100prozentige Einschulung der Jungen erreicht hatten, während die Einschulungsquoten der Mädchen weit darunter lagen, wiesen im Jahr 1985 etwa doppelt so hohe Werte der Säuglingssterblichkeit und der Fruchtbarkeit auf wie Länder mit einem geringeren Ausbildungsrückstand der Frauen.

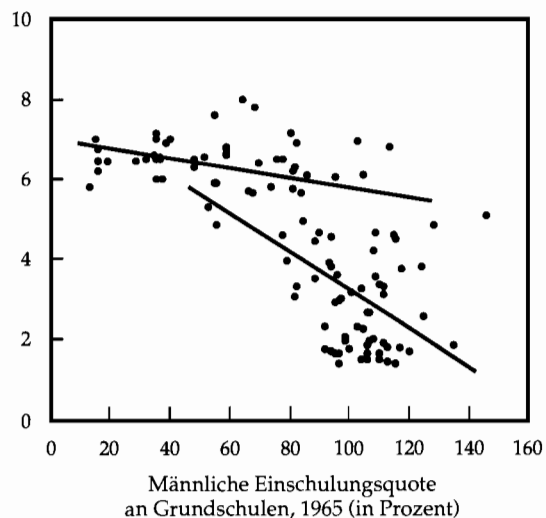
Dies illustriert einen Zusammenhang, der von anderen Untersuchungen bestätigt wurde: Wird versäumt, das Ausbildungsniveau der Frauen dem der Männer anzunähern, geht dies zu Lasten der volkswirtschaftlichen Erträge einer Anhebung des männlichen Ausbildungsniveaus. Wenn die Kosten einer Steigerung der Einschulungsquote bei Annäherung an die 100-Prozent-Grenze zunehmen, kann es rationeller sein, die zusätzlichen Mittel für die Mädchen auszugeben, deren Einschulungsquote niedriger ist als die der Jungen.

**Schaubild 3.2A Die Auswirkungen der geschlechtsbedingten Ausbildungslücke auf die Säuglingssterblichkeit und die zusammengefaßte Geburtenziffer, 1985**

Säuglingssterbeziffer je 1.000 Lebendgeburten, 1985



Zusammengefaßte Geburtenziffer, 1985 (Zahl der Kinder)



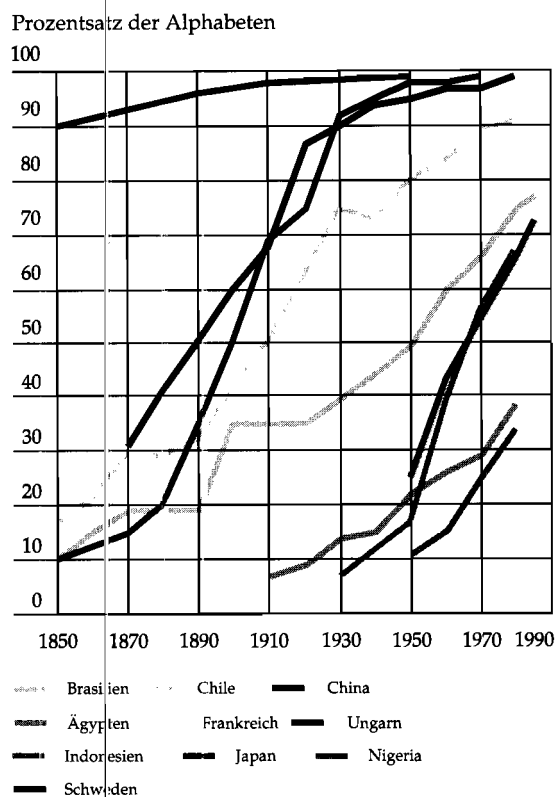
● Länder mit großer Ausbildungslücke

● Länder mit kleiner Ausbildungslücke

Anmerkung: Das Schaubild beruht auf der Annahme, daß die Einschulungsquote an Grundschulen nach Ablauf von zwanzig Jahren die Säuglingssterblichkeit beeinflusst. Die geschlechtsbedingte Ausbildungslücke wird gemessen durch die Relation der weiblichen Einschulungsquote an Grundschulen zur entsprechenden männlichen Quote.

Quelle: King und Hill, erscheint demnächst.

**Schaubild 3.2 Alphabetenquote der Erwachsenen, ausgewählte Länder, 1850 bis 1985**



Anmerkung: Die Auswahl der Länder erfolgte entsprechend der Verfügbarkeit von Alphabetenquoten auf Volkszählungsbasis, ausgenommen Japan, für das geschätzte Angaben für die Jahre 1850 bis 1920 mitberücksichtigt wurden. Da die Alphabetenquote der Erwachsenen von Land zu Land und innerhalb eines Landes von Jahr zu Jahr unterschiedlich definiert sein kann, sollten diese Daten mit Vorsicht verwendet werden.  
Quellen: Valhansen 1979; Daten der Weltbank und der Vereinten Nationen.

zehn bis vierundvierzig Jahren im Durchschnitt ein Viertel eines Arbeitstages pro Monat.

Der potentielle Einkommensverlust durch Krankheit beträgt in acht Entwicklungsländern durchschnittlich 2,1 bis 6,5 Prozent der Jahreseinkommen. Eine Verbesserung des Gesundheitszustands würde das BIP entsprechend steigern. Zwar erfordert die Vorbeugung gegen Krankheiten offensichtlich den Einsatz von Ressourcen, doch deuten diese Zahlen darauf hin, daß die Vorbeugung selbst bei einer auf den ökonomischen Aspekt beschränkten Betrachtung beträchtliche Erträge bringen kann, von dem Gewinn für die Menschen ganz abgesehen. Eine Komplikation entsteht dadurch, daß diese Schätzungen auf der Annahme beruhen, daß andere Angehörige des Haushalts den Ausfall nicht durch Mehrarbeit aufzufangen. Doch der potentielle Einkommensverlust erfaßt nur einen Teil des gesamten Verlustes an Volkseinkommen. Zu den Gesamtkosten der Krankheit gehören auch der Wert der ausgefallenen Arbeit im Haushalt (wie Kinderbetreuung und Essenszubereitung), entgangene Einkommen anderer Mitglieder des Haushalts, die Behandlungskosten usw. Alles in allem sprechen die rein ökonomischen Argumente eindeutig für wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit.

Gesundheit und Ernährung wirken auch langfristig auf das Produktivitäts- und Einkommensniveau, da sie die Aufnahmefähigkeit und Lernmotivation eines Kindes beeinflussen. Krankheiten und Unterernährung im Kindesalter können die geistige Entwicklung verzögern, schlechter Allgemeinzustand und zeitweiser Hunger können die Konzentrationsfähigkeit von Kindern beeinträchtigen und sie vom Schulbesuch abhalten. Bei Kindern in Nepal erwies sich die Körpergröße relativ zum Alter – ein Indikator der bisherigen Ernährungsweise – als der nach dem Familieneinkommen wichtigste Erklärungsfaktor für die schulische Einstufung und den erreichten Kenntnisstand. Auf den Philippinen ließen sich aus Daten über das Körpergewicht relativ zur Körpergröße von städtischen Schulkindern Rückschlüsse auf deren Abschneiden bei mathematischen Tests ziehen. Auf diese Weise wird schließlich auch die Produktivität der Erwachsenen beeinflusst. Untersuchungen, die in Südindien und auf den Philippinen durchgeführt wurden, legen den Schluß nahe, daß auf längere Sicht die Ernährung einen beträchtlichen positiven Einfluß auf das erzielte Einkommen ausübt.

**Ausbildung**

Ausbildung erhöht die Fähigkeit der Menschen, Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten, und vertieft dadurch das Verstehen der eigenen Person und der Welt, bereichert sie geistig durch die Erweiterung ihres Horizonts und verbessert die Qualität ihrer Entscheidungen als Konsumenten, Produzenten und Staatsbürger. Durch Ausbildung wird ihre Produktivität gesteigert und ihr Potential vergrößert, einen höheren Lebensstandard zu erreichen, so daß sie ihre eigenen Bedürfnisse und die ihrer Familie besser befriedigen können. Durch die Stärkung des Selbstvertrauens der Menschen und ihrer kreativen und innovativen Fähigkeiten vervielfacht die Ausbildung ihre Erfolgchancen im persönlichen Bereich und in der Gesellschaft.

Betrachten wir die empirische Evidenz über die Vorteile der Ausbildung von Frauen (Sonderbeitrag 3.2). Frauen mit besserer Ausbildung, die besser informiert sind über den Nutzen gesundheitlicher Vorsorge und persönlicher Hygiene, sind in der Regel weniger betroffen, wenn Gesundheitsfürsorge auf örtlicher Ebene nicht verfügbar ist, und tendieren dazu, die Gesundheitsfürsorge überdurchschnittlich zu beanspruchen, wenn sie angeboten wird. Untersuchungen in Nigeria und auf den Philippinen deuten darauf hin, daß das Ausbildungsniveau der Mutter einen so wichtigen Bestimmungsfaktor für die Kindersterblichkeit darstellt, daß es eine fehlende ärztliche Versorgung in der Gemeinde ausgleichen kann (Barrera 1990; Caldwell 1979). Andere Studien ergaben, daß Paare um so eher Empfängnisverhütung betreiben, je besser die Frauen ausgebildet sind.

In den heutigen Industrieländern beherrschte vor hundertfünfzig Jahren ein höherer Prozentsatz der Bevölkerung das Lesen und Schreiben als heutzutage in vielen afrikanischen und asiatischen Entwicklungsländern (Schaubild 3.2). In manchen Entwicklungsländern sind jedoch die Alphabetenquoten ebenfalls rasch gestiegen. Zwei herausragende Beispiele sind Chile, das auf einem niedrigeren Einkommensniveau eine Alphabetenquote erreichte, die derjenigen von Industrieländern gleichkam, und Indonesien, wo die Alphabetenquote der Erwachsenen von knapp 17 Prozent im Jahr

1950 auf 67 Prozent im Jahr 1980 stieg. Weltweit haben Regierungen eine umfassende Alphabetisierung der Bevölkerung zu einem vorrangigen Ziel erklärt.

Der Rückgang des Analphabetentums in den Entwicklungsländern während der letzten drei Jahrzehnte spiegelt hauptsächlich die zunehmende organisierte Schulbildung wider. Selbst in Ländern mit niedrigem Einkommen haben die Einschulungen an Grundschulen rascher zugenommen als die Bevölkerung im entsprechenden Alter, und die Brutto-Einschulungsquoten an Grundschulen (ausgenommen China und Indien) stiegen im Zeitraum 1960 bis 1987 von 38 Prozent auf 76 Prozent. Doch fielen die Fortschritte in den einzelnen Ländern unterschiedlich aus. Über eine Milliarde Erwachsene in den Entwicklungsländern sind immer noch Analphabeten (UNDP 1991). Manche Länder in Afrika südlich der Sahara weisen extrem niedrige Einschulungsquoten auf – so besuchten in Äthiopien, Burkina Faso, Guinea, Mali, Niger und Somalia im Jahr 1987 nur jeweils 20 bis 40 Prozent der Kinder die Grundschule –, und in anderen Ländern, die zuvor gute Fortschritte gemacht hatten, stagnierten oder sanken die Einschulungsquoten während der achtziger Jahre. Beispielsweise fiel die Brutto-Einschulungsquote an Grundschulen im Zeitraum 1980 bis 1987 in Tansania von 93 auf 66 Prozent und in Zaire von 94 auf 76 Prozent. Zudem gibt es innerhalb einzelner Länder ausgeprägte

**Tabelle 3.2 Die Auswirkungen eines zusätzlichen Schuljahrs auf die Lohneinkommen und die landwirtschaftliche Betriebsleistung, ausgewählte Länder und Jahre**

Land und Jahr	Prozentualer Lohnanstieg		Prozentuale Zunahme der Betriebsleistung in der Landwirtschaft	Quellen
	Männer	Frauen		
Côte d'Ivoire, 1987		12 G 21 W		van der Gaag und Vijverberg 1987
Ghana, 1988/89		5		Glewwe 1990
Korea, Republik, 1976, 1974		6	2	Lee 1981, Jamison und Lau 1982
Indonesien, 1986	8	12 W		Behrmann und Deolalikar 1988
Frankreich, 1987		11		Riboud 1985
Peru, 1986	13	12 G	3	King 1989, Jacoby 1989
	8	8 W		
Malaysia, 1987	16	18	5	Jamison und Lau 1982, Daten der Weltbank
Nicaragua (Stadtbevölkerung), 1985	10	13		Behrmann und Blau 1985
Philippinen, 1980		18		Griffin 1987
Spanien, 1979		10		Hernandez-Iglesias und Riboud 1985
Thailand, 1986; 1973	17	13 G	3	Schultz, erscheint demnächst;
	7	25 W		Jamison und Lau 1982
Vereinigte Staaten, 1967				Smith 1979
Weißer	6	7		
Schwarze	5	11		

G: Grundschule.

W: Weiterführende Schule.

Anmerkung: Bei der Schätzung dieser Resultate wurden andere Einflußfaktoren wie die berufliche Erfahrung und sonstige individuelle Merkmale ausgeschaltet. In den meisten Fällen wurden die geschätzten Effekte auch um statistische Verzerrungen bereinigt, die dadurch entstanden, daß nur Stichproben von Lohnempfängern betrachtet wurden. Die Schätzungen für Côte d'Ivoire, Ghana und Korea beziehen sich auf kombinierte Stichproben von Männern und Frauen.

### Sonderbeitrag 3.3 Der Ausbildungsboom im Japan der Meiji-Ära

Länder, die sich seit langem um die Ausbildung ihrer Bevölkerung bemühen, verfügen heute über die am weitesten fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Ein einschlägiges Beispiel sind die Veränderungen der Politik, die in Japan mit der Meiji-Restauration des Jahres 1868 verbunden waren. Mehr als zwei Jahrhunderte war Japan von der weltweiten technischen Entwicklung abgeschnitten gewesen und war weitgehend landwirtschaftlich und feudal geprägt. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts geriet Japan unter starken Druck seitens europäischer und amerikanischer Handelsinteressen, seine Häfen zu öffnen, und fühlte sich generell herausgefordert, auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet mit dem Westen gleichzuziehen. Durch eine Revolution kam eine neue technokratisch orientierte Regierung an die Macht. Die Initiativen der Regierung zum Zweck des Technologieimports sind heute schon legendär: Man schickte Missionen ins Ausland, um sich naturwissenschaftliche, technische und administrative Kenntnisse zu verschaffen; Maschinen wurden importiert; zahllose ausländische Berater wurden eingestellt; Modellfabriken für die Textilindustrie, die Glasindustrie, die Zementproduktion und den Werkzeugmaschinenbau wurden errichtet. Die Gehälter der ausländischen Angestellten, die die importierten neuen Maschinen betreuten, machten in

den Jahren 1870 bis 1885 durchschnittlich 42 Prozent des gesamten Jahresbudgets des Industrieministeriums aus. Ingenieure und Techniker stellten 40 Prozent aller vom Staat und der Privatwirtschaft beschäftigten Ausländer.

Weniger bekannt, aber vermutlich wichtiger für den langfristigen Erfolg Japans, ist die radikale Umgestaltung des Erziehungswesens, die damals stattfand. Zu Beginn der Meiji-Ära konnten nur 15 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben, doch im Jahr 1872 waren bereits die allgemeine Schulpflicht eingeführt und die Grundlagen für ein System weiterführender Schulen geschaffen worden. Nach sorgfältigen Untersuchungen wurde das Schulwesen nach dem Vorbild des französischen Systems von Schulbezirken aufgebaut, während man bei den Hochschulen dem Vorbild der Vereinigten Staaten folgte. Die Einschulungsquote an Grundschulen stieg von weniger als 30 Prozent im Jahr 1873 auf über 90 Prozent im Jahr 1907. Von 1885 bis 1915 wuchs die Zahl der weiterführenden Schulen um das Zehnfache. Aus Japan wurde eine der am besten ausgebildeten und am stärksten erziehungsbewußten Nationen der Welt. Dieser Erfolg setzte ein hohes Engagement voraus. Japan verwendete durchweg einen größeren Teil seines realen Inlandsprodukts für das Erziehungswesen als irgendein anderes europäisches oder asiatisches Land.

Disparitäten. Von den Frauen in Asien beherrscht nur jede zweite das Lesen und Schreiben, in Afrika südlich der Sahara nur jede dritte. Nach wie vor bestehen auch große Disparitäten zwischen den dominierenden Bevölkerungsgruppen und den Minderheiten sowie zwischen Stadt- und Landbevölkerung.

Auch der Fortschritt im Erziehungswesen sollte in erster Linie um seiner selbst willen angestrebt werden. Doch ist es eine empirisch gesicherte Erkenntnis, daß die Ausbildung das Wirtschaftswachstum fördert und damit andere Ziele der Entwicklung erreichbar macht. Eine Verlängerung der Schulzeit um ein Jahr kann für sich genommen das Arbeitseinkommen um mehr als 10 Prozent steigern (Tabelle 3.2). Ein zusätzliches Schuljahr hat die Agrarproduktion in der Republik Korea um knapp 2 Prozent und in Malaysia um 5 Prozent erhöht. In städtischen Familienbetrieben in Peru scheinen die Einkommen sogar stärker von der Ausbildung als von der Ausstattung mit Sachkapital abhängig zu sein.

Die Ausbildung beeinflußt Produktivität und Wachstum auf verschiedenen Wegen. Eine besser ausgebildete Person verarbeitet neue Informationen rascher und wendet neue Produktionsmittel und

Verfahren effektiver an. Bei der Einführung eines neuen Produktes oder Verfahrens müssen viele neue Kenntnisse über seine Funktionsweise und Anwendungsmöglichkeiten unter den jeweiligen Umständen und Rahmenbedingungen erworben werden. In dem durch Dynamik und Unsicherheit geprägten Umfeld des technischen Wandels sind besser ausgebildete Arbeitskräfte deutlich im Vorteil. Peruanische Bauern, die die Schule ein Jahr länger besucht hatten als andere, wendeten moderne Agrartechniken mit einer um 45 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit an. Thailändische Bauern, die vier Jahre lang die Schule besucht hatten, setzten neue chemische Betriebsstoffe dreimal so häufig ein wie Bauern mit einer Schulzeit zwischen einem und drei Jahren.

Die rasche Industrialisierung Japans nach der Meiji-Restauration wurde durch eine energische Aneignung technischer Fertigkeiten vorangetrieben, die wiederum auf einer bereits hohen Alphabetenquote und einem starken Engagement im Bildungswesen, insbesondere der Ingenieurausbildung, beruhte (Sonderbeitrag 3.3). In Korea beschleunigte die verhältnismäßig solide Basis an Humankapital in den frühen sechziger Jahren den eigenen Industrialisierungsprozeß. Der Aufbau die-

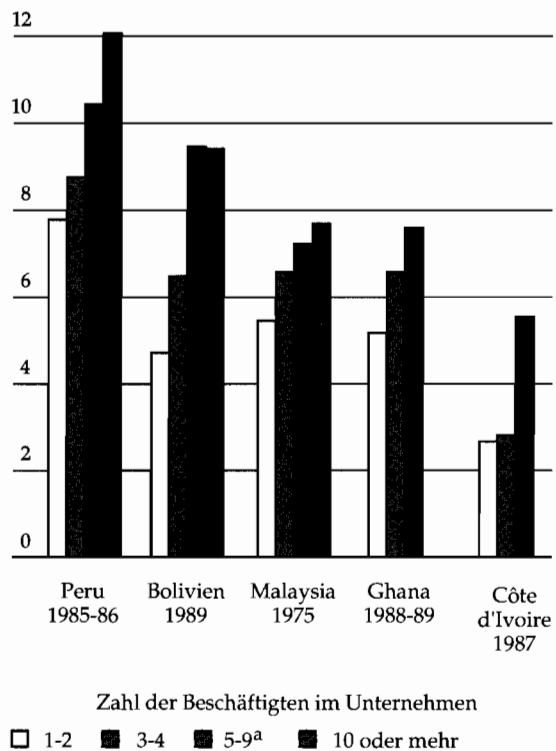
ses Humankapitals begann im Zeitraum 1910 bis 1945 mit weitverbreiteter Ausbildung am Arbeitsplatz und technischer Hilfe aus dem Ausland. Während der späten vierziger und der fünfziger Jahre wurden bedeutende Bildungsprogramme aufgelegt, in deren Mittelpunkt die allgemeine Grundschulbildung und die Alphabetisierung der Erwachsenen standen. Auch die Hochschulen wurden ausgebaut und viele Studenten zur fachlichen und wissenschaftlichen Ausbildung in Ausland gesandt (Pack und Westphal 1986).

Im Gegensatz zu einer verbreiteten Auffassung scheint Ausbildung das Unternehmertum mindestens so stark zu fördern wie kulturelle Einflüsse – so wichtig diese manchmal auch gewesen sind. Rechtliche Beschränkungen des Grundbesitzes zwangen die Juden im Europa des Mittelalters, Handel zu treiben; auch kulturelle Tabus lassen oft Betätigungsfelder für ethnische Minderheiten entstehen (so wird das Gerbereiwesen in Nordindien von eingewanderten Hakka-Chinesen dominiert, da die Gerberei von den Hindus der höheren Kasten als unrein angesehen wird; Basu, erscheint demnächst). Allgemeiner betrachtet, beruht das Unternehmertum jedoch auf bestimmten Fertigkeiten und nicht auf kultureller Tradition. Deshalb dürfte das Unternehmertum einen der wichtigsten Transmissionsmechanismen darstellen, durch die Ausbildung die wirtschaftliche Produktivität steigert.

In der Marktwirtschaft sind die Unternehmer das Bindeglied zwischen Innovation und Produktion. Sie erkennen neue wirtschaftliche Chancen, gehen Risiken ein und ändern ihre Produktions- und Distributionsverfahren. Die unternehmerische Begabung wird als eine Kombination von maßvoller Risikobereitschaft, persönlicher Verantwortung, langfristiger Planung und Organisationstalent beschrieben. Ausbildung fördert alle vier Komponenten. Eine Untersuchung von Unternehmern im nördlichen Thailand ergab, daß 40 Prozent einen Universitätsabschluß aufwiesen. In Malaysia verfügen in größeren Firmen die Unternehmer über eine bessere Ausbildung als die in kleineren, selbst wenn man den Einfluß der ethnischen Zugehörigkeit und des Familienvermögens ausschaltet. In Bolivien, Côte d'Ivoire, Ghana und Peru sind die Unternehmer – definiert als alle Eigentümer von nichtlandwirtschaftlichen Betrieben mit mindestens einem abhängig Beschäftigten – nicht besser ausgebildet als die Arbeitnehmer; doch ebenso wie in Malaysia besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Firmengröße und dem Ausbildungsniveau des Unternehmers (Schaubild 3.3).

**Schaubild 3.3 Ausbildungsniveau von Unternehmern in fünf Entwicklungsländern**

Durchschnittliche Dauer des Schulbesuchs in Jahren

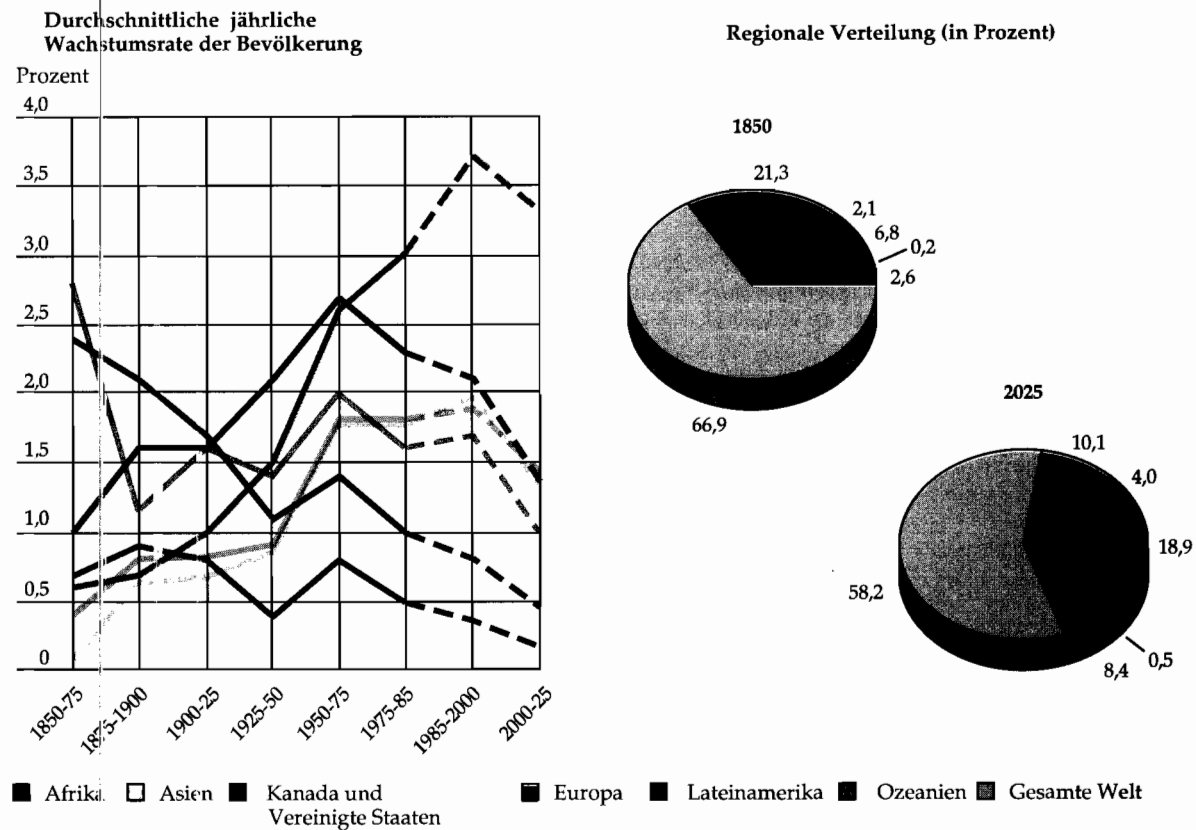


a. Bei Côte d'Ivoire und Ghana enthält diese Kategorie alle Unternehmen mit fünf oder mehr Beschäftigten.  
 Quelle: Aus Haushaltsbefragungen abgeleitet; vgl. die Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes.

### Bevölkerung

Der Rückgang der Sterblichkeitsziffern von etwa dreißig je Tausend im Jahr 1945 auf etwa zehn je Tausend im Jahr 1988 – ein Rückgang, der stärker ausfiel als die gleichzeitige Verringerung der Fruchtbarkeit – hat in den Entwicklungsländern ein rasches Bevölkerungswachstum ausgelöst. Seit 1950 hat sich die Weltbevölkerung verdoppelt, und der Anteil der Weltbevölkerung, der auf die ärmsten Entwicklungsländer entfällt, stieg von zwei Dritteln im Jahr 1950 auf drei Viertel im Jahr 1985. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Bevölkerung in den Entwicklungsländern erhöhte sich im Zeitraum 1950 bis 1975 auf über 2 Prozent (Schau-

**Schaubild 3.4 Bevölkerungswachstum nach Regionen, 1850 bis 2025**



Anmerkung: Bei allen Angaben für Zeiträume nach 1985 handelt es sich um Projektionen.  
 Quellen: McEvedy und Jones 1978; Bulatao und andere 1990.

bild 3.4). In Lateinamerika hat sich seitdem das Wachstum verlangsamt und in Asien hat es sich – insgesamt gesehen – stabilisiert, doch wird die Bevölkerungsexpansion in Afrika während der nächsten zwei Jahrzehnte weiter zunehmen, auch wenn es in Botswana, Kenia und Simbabwe erste Anzeichen für einen Rückgang der Fruchtbarkeit gibt.

Das rasche Bevölkerungswachstum gibt Anlaß zu ernstzunehmenden Besorgnissen hinsichtlich der Wachstumsaussichten, der Lebenschancen und der Umwelt in den Entwicklungsländern. Zwar stellt das Bevölkerungswachstum nicht in allen Ländern eine Gefahr dar, doch ist es für viele Entwicklungsländer ein zentrales Problem. So entsteht in manchen Ländern durch die hohe Fruchtbarkeit bei gleichzeitiger Armut ein Teufelskreis, der die Lebensqualität – ja sogar das Überleben – der Bevölkerung, insbesondere der Kinder, bedroht. Durch Unterernährung und Krankheit führt die Armut zu einer erhöhten Säuglings- und Kinder-

sterblichkeit, was die Eltern wiederum zu einer höheren Kinderzahl verleitet, um sicherzugehen, daß einige davon überleben. Zugleich ist eine hohe Geburtenhäufigkeit erwiesenermaßen mit erhöhter Säuglings- und Müttersterblichkeit verbunden.

Zwar differieren die Sterbeziffern zwischen den Ländern immer noch beträchtlich, doch sind die Unterschiede im Bevölkerungswachstum hauptsächlich durch unterschiedliche Fruchtbarkeitsziffern bedingt. Die Fruchtbarkeit reflektiert Entscheidungen der Individuen, was die Frage aufwirft, wie es dazu kommen kann, daß solche Entscheidungen für die Gesellschaft als ganzes nachteilig sind. Weshalb sollten die volkswirtschaftlichen Kosten und Erträge von Kindern von deren privaten Kosten und Erträgen abweichen? Es wird oft argumentiert, daß ein rasches Bevölkerungswachstum die Entwicklung fördere, weil sich durch eine große Bevölkerung Kosteneinsparungen aufgrund der Größen-degression in der Produktion erzielen lassen. Die

### Sonderbeitrag 3.4 Bevölkerung, Landwirtschaft und Umwelt in Afrika südlich der Sahara

Rasches Bevölkerungswachstum, Stagnation der Landwirtschaft und Umweltverschlechterung sind eng miteinander verbunden und verstärken sich gegenseitig. Bis in die jüngste Zeit herrschte allgemein die Auffassung, daß die Kontrolle des Bevölkerungswachstums in Afrika südlich der Sahara nicht vordringlich sei, da dort die Bevölkerungsdichte niedrig und Boden reichlich vorhanden ist. Bevölkerungsdichte und Bodenverfügbarkeit sind jedoch in der Region von Land zu Land sehr unterschiedlich. Länder, in denen pro Kopf der Bevölkerung relativ wenig landwirtschaftlich nutzbarer Boden verfügbar ist und wo die Bevölkerung rasch wächst, wie Äthiopien, Burundi, Ghana, Kenia, Nigeria, Ruanda und Togo, erleben eine wirtschaftliche und ökologische Krise, die durch Stagnation der Landwirtschaft, Entwaldung, Bodenverschlechterung und Versteppung gekennzeichnet ist. Die pro Kopf verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche sank von 0,5 Hektar im Jahr 1965 auf 0,3 Hektar im Jahr 1987. Das traditionelle System des Fruchtwechsels ist gefährdet, da der Boden knapper geworden ist und die Brachzeiten immer kürzer werden. In Kenia, Lesotho, Liberia, Mauretanien und Ruanda reichen die Brachzeiten nicht mehr aus, um die Bodenfruchtbarkeit zu regenerieren, und die Ernteerträge sind dementsprechend gesunken. Die Menschen sind gezwungen, auf Grenzböden in halbtrockenen Gebieten und in den tropischen Regenwäldern abzuwandern, um dort neue Bauernhöfe zu errichten, so daß der Bevölkerungsdruck nicht nur zur Bodenverschlechterung, sondern auch zur Entwaldung, Versteppung und zum Rückgang der Agrarproduktion führt.

Der Bedarf an Brennholz und Weideflächen hat den ökologischen Druck verschärft. Brennholz deckt etwa 80 Prozent des Energiebedarfs von Afrika südlich der Sahara ab, und sein Angebot ist sehr knapp. Wegen der zunehmenden Brennholzknappheit müssen die Bauern Tierdung und Ernterückstände verbrennen, statt sie zur Anreicherung des Bodens verwenden zu können. Angesichts eines Rinderbestandes von schätzungsweise 160 Millionen Stück in Afrika ist die Überweidung ein akutes Problem. Mehr als ein Viertel der Landfläche von 750 Millionen Hektar in Afrika südlich der Sahara ist in mittlerem bis hohem Grad versteppt. Das landwirtschaftliche Potential dieser Gebiete dürfte auf Jahre hinaus verloren sein.

Landwirtschaftliche Stagnation und Umweltverschlechterung beeinflussen ihrerseits das Bevölkerungswachstum. Eine hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit, die durch Ernährungskrisen und Fehlernährung verursacht wird, motiviert Männer und Frauen dazu, mehr Kinder zu haben, um unter anderem sicherzustellen, daß einige überleben, die die Eltern im Alter unterstützen können. Mit durchschnittlich 6,6 Kindern je Frau, gegenüber 4 in anderen Entwicklungsländern, weist die Bevölkerung der Region eine hohe Fruchtbarkeit auf. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, sind Maßnahmen in folgenden Bereichen dringend erforderlich: Familienplanung, umweltverträgliche Steigerung der Agrarproduktion, Bekämpfung der Unterernährung und Armut sowie Reduzierung der Säuglings- und Kindersterblichkeit.

Beseitigung von Außenhandelsschranken ermöglicht es aber, diese Vorteile unabhängig von der Bevölkerungsgröße des jeweiligen Landes zu realisieren. Die kleinen Schwellenländer in Asien zeigen, welche Vorteile der Außenhandel in dieser Hinsicht bringt. Singapur, dessen Bevölkerung 2,7 Millionen Menschen zählt, exportiert jährlich Industrieprodukte im Wert von 35 Mrd Dollar – etwa doppelt so viel wie Brasilien mit einer Bevölkerung von 147 Millionen.

Die Folgen des Bevölkerungswachstums für die natürliche Umwelt sind eine weitere Ursache für Divergenzen zwischen privaten und volkswirtschaftlichen Kosten (Sonderbeitrag 3.4). Der Bevölkerungsdruck kann die Nachfrage nach Agrarprodukten erhöhen und damit Raubbau an Grenzböden und anderen natürlichen Ressourcen auslösen. In Brasilien wurden in den achtziger Jahren jährlich zwischen 0,5 und 2,3 Prozent des Waldbestandes vernichtet, in Bolivien waren es 0,4 Prozent. Die umfangreiche Entwaldung in Nepal wird als Ur-  
sache für Bodenerosion und Überschwemmungen in

Bangladesch und Indien angesehen. Viele Gebiete Afrikas südlich der Sahara weisen zwar noch große Flächen von potentiell kultivierbarem Boden und eine relativ niedrige Bevölkerungsdichte auf, doch führt das Vordringen einer rasch wachsenden Bevölkerung in die tropischen Regenwälder bereits zu Umweltproblemen. In Côte d'Ivoire sollen jährlich zwischen 6 und 16 Prozent des Waldes vernichtet werden, so daß die Wälder dort in weniger als zwanzig Jahren verschwinden könnten.

Maßnahmen zur Verlangsamung des Bevölkerungswachstums würden dazu beitragen, die langfristige Bedrohung der natürlichen Umwelt durch die Aufheizung der Erdatmosphäre und andere Umweltprobleme abzuschwächen. Doch diese Gefahren spiegeln auch andere Einflüsse auf die Umwelt wider, wie den verbreiteten Einsatz umweltbelastender Techniken, eine unzulängliche Verwaltung von Ressourcen im Gemeineigentum, ein Bodenrecht, das langfristige Ansprüche auf

Bodennutzung nicht absichert, und staatliche Eingriffe, die die Preise von nichterneuerbaren Ressourcen verzerren. Weltweit müssen die Regierungen diese Probleme als vorrangig ansehen.

Bevölkerungswachstum kann ein Versagen des Marktes auch in anderen Fällen als dem Raubbau an Ressourcen verschärfen. Ein Beispiel ist das Ballungsproblem in Stadtregionen. Auch hier muß die Begrenzung des Bevölkerungswachstums von anderen Maßnahmen begleitet werden – Verbesserung der Stadtplanung, der ländlichen Entwicklung, der Verkehrslenkung usw. Die allgemeine Schulbildung fördert die Motivation der Menschen, die Zahl ihrer Kinder zu beschränken und die Lebensqualität ihrer Kinder zu verbessern; damit ist sie eine der wirksamsten Maßnahmen der Bevölkerungspolitik.

### **Herausforderungen bei der Entwicklung der menschlichen Ressourcen**

Die Aufgaben im Bereich der menschlichen Entwicklung sind von Land zu Land ganz unterschiedlich. In Ägypten sind die vordringlichsten Probleme nicht die gleichen wie in Thailand oder der Türkei – auch wenn alle drei Staaten zu den Ländern mit mittlerem Einkommen gehören, bei etwa gleich großer Bevölkerung. Trotz aller Unterschiede sind den meisten Ländern die folgenden Ziele gemeinsam: Eindämmung des Bevölkerungswachstums, Verbesserung von Gesundheit und Ernährung, Erwerb von technischem Leistungsvermögen und Bekämpfung der Armut.

#### *Eindämmung des Bevölkerungswachstums*

Die Familienplanung wurde seitens der Entwicklungshilfeorganisationen und der Finanzierungseinrichtungen als Mittel zur Steuerung des Wachstums der Gesamtbevölkerung gefördert. Dieser Ansatz wurde von manchen Regierungen akzeptiert. Andere Staaten lehnten jedoch die Bevölkerungskontrolle als eigenständige Zielsetzung ab und sehen in den Familienplanungsprogrammen statt dessen ein Mittel, um den Menschen (insbesondere den Frauen) mehr Wahlmöglichkeiten zu verschaffen, um die Gesundheit von Müttern und Kindern zu verbessern oder um die Armut zu verringern.

Verstädterung und Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern wirken beide tendenziell auf

eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums hin. Sie erschweren bzw. verteuern die Betreuung einer großen Kinderschar, und sie motivieren die Eltern dazu, mehr für die Ausbildung jedes einzelnen Kindes aufzuwenden, statt für die Versorgung einer größeren Familie. Länder mit hohem Einkommen weisen im allgemeinen eine niedrige Fruchtbarkeit und ein hohes Ausbildungs- und Gesundheitsniveau auf, während in Ländern mit niedrigem Einkommen die Fruchtbarkeit hoch und das Ausbildungs- und Gesundheitsniveau niedrig ist. Indische Bauernfamilien, die in Regionen mit überdurchschnittlichem Wachstum lebten und mit den neuen Agrartechniken der Grünen Revolution vertraut waren, hatten weniger Kinder und schickten diese deutlich länger auf die Schule als Familien in anderen Regionen.

Ein steigendes Einkommen ist jedoch weder eine notwendige noch eine hinreichende Voraussetzung für die Kontrolle des Bevölkerungswachstums. Familienplanungsprogramme können durchaus wirksam sein. Die Durchführung solcher Programme hat in Ländern mit niedrigem Einkommen, wie Indonesien und Sri Lanka, erheblich zum Rückgang der Fruchtbarkeit beigetragen. Thailand hat mit Erfolg das Wachstum seiner Bevölkerung von 3,1 Prozent in den sechziger Jahren auf 1,9 Prozent im Zeitraum 1980 bis 1989 reduziert, und die zusammengefaßte Geburtenziffer sank von 6,3 Kindern im Jahr 1965 auf 2,5 Kinder im Jahr 1989. Familienplanung kann außerdem die Überlebenschancen der Kinder günstig beeinflussen, indem sie die Gesundheit der Mütter verbessert und mehr Mittel für das einzelne Kind verfügbar macht. Untersuchungen ergaben, daß eine Verdoppelung der staatlichen Pro-Kopf-Ausgaben für Familienplanungsprogramme in Stadtregionen Kolumbiens die Säuglingssterblichkeit um 3 Prozent verringern würde und daß eine 20prozentige Zunahme der Zahl der Dörfer mit einer Familienplanungsstation in Indien die Säuglingssterblichkeit um mehr als 4 Prozent senken würde.

In Afrika südlich der Sahara ist die Empfängnisverhütung am wenigsten verbreitet, und zugleich sind dort die Fruchtbarkeitsziffern am höchsten. Die bereits anschwellenden Kosten der Grundversorgung im Gesundheits- und Schulwesen – Dienstleistungen, die nicht nur aufrechterhalten, sondern erheblich verbessert werden müssen – gebieten es zwingend, Anstrengungen zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums in dieser Region zu unternehmen. Über die Bestimmungsgründe des Bevölkerungswachstums in Afrika ist jedoch zu wenig

bekannt. Die geringe Verbreitung der Empfängnisverhütung wird der Unwissenheit der Frauen zugeschrieben: Nur etwa die Hälfte der afrikanischen Frauen haben von einer Verhütungsmethode erfahren, verglichen mit 85 bis 95 Prozent der Frauen in anderen Regionen. Doch ist es empirisch belegt, daß die Frauen in Afrika im Durchschnitt größere Familien – zwischen sechs und neun Kindern – wünschen als Frauen in anderen Regionen. Dies läßt den Schluß zu, daß selbst ein größeres Angebot an Informationen und Familienplanungsdiensten zunächst wenig bewirken dürfte. Jüngste Umfragen deuten jedoch darauf hin, daß ein zunehmender Prozentsatz der Frauen keine weiteren Kinder wünscht. Nach dem Weltfruchtbarkeitsbericht wünschten in den siebziger Jahren nur 16 Prozent der Frauen in Kenia keine weiteren Kinder; im Jahr 1989 äußerten sich – nach Angaben des jüngsten Demographic and Health Survey – 49 Prozent in diesem Sinne. Der gleiche Trend tritt in anderen Ländern zutage. Dies könnte darauf hindeuten, daß die Bevölkerungsentwicklung in der Region einen Wendepunkt erreicht hat; doch ist es für ein definitives Urteil noch zu früh.

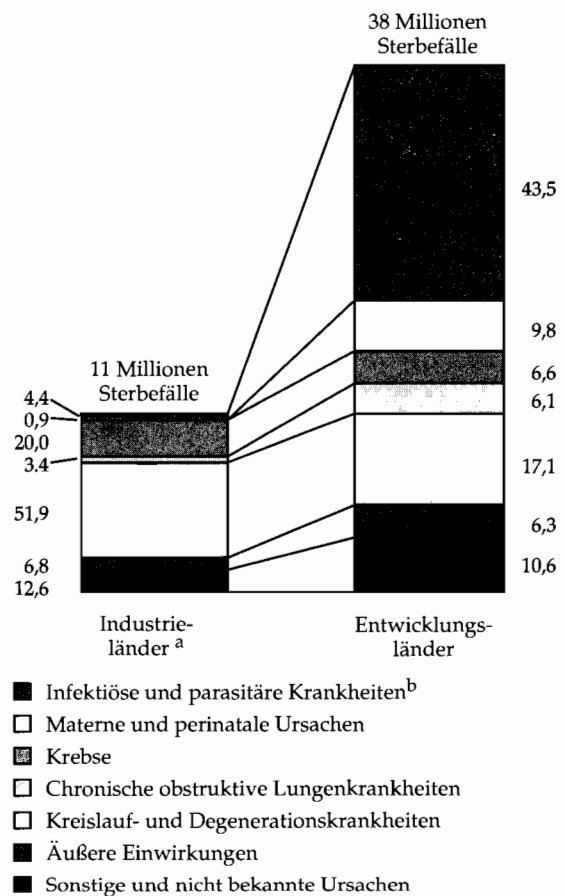
#### Verbesserung von Gesundheit und Ernährung

In diesem Bericht fanden bisher die Säuglingssterblichkeit und die Lebenserwartung bei der Geburt als soziale Indikatoren die stärkste Beachtung. Dafür war unter anderem die Verfügbarkeit von Daten ausschlaggebend. Dies darf jedoch nicht ablenken von den chronischen Entbehrungen und dem Siechtum während der Lebenszeit von Kindern und Erwachsenen. Hier stellen sich zwei dringliche Aufgaben: ein Ernährungsangebot, das das geistige und physische Wohlbefinden von Kindern und Erwachsenen verbessert, und eine wirksamere Bekämpfung und Behandlung von Krankheiten.

Von Unterernährung und Mangelernährung aufgrund fehlender Vitamine und Spurenelemente sind die über 1 Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern betroffen, die in Armut leben. Eine Unterversorgung mit Vitaminen und Spurenelementen ist bei Säuglingen und Kindern vor der Adoleszenz mit Wachstumsstörungen, geistiger Unterentwicklung und Lernschwäche verbunden. Bei Erwachsenen führt sie zu einer erhöhten Anfälligkeit gegen Krankheiten und mindert die Arbeitsleistung. Für diese Problem sind vorbeugende und heilende Ansätze erprobt worden, wobei es von den jeweiligen Umständen abhängt, welche Methode

**Schaubild 3.5 Häufigkeit von Todesursachen, um 1985**

(in Prozent)



Anmerkung: Die Angaben betreffen 1985 oder das nächste verfügbare Jahr, je nach Verfügbarkeit von Länderangaben.

a. Einschließlich Osteuropa und UdSSR.

b. Zu den infektiösen und parasitären Krankheiten in den Entwicklungsländern gehören Durchfallkrankheiten (13,2 Prozent), Tuberkulose (7,4 Prozent), akute Erkrankungen der Atemwege (19,5 Prozent) und sonstige Krankheiten (3,4 Prozent).

Quelle: Lopez, erscheint demnächst.

am geeignetsten ist. Ein Erfahrungssatz ist jedoch, daß die Vermittlung von Wissen über die Ernährung eine wichtige Rolle spielt. Die fehlende Wissensvermittlung ist ein Hauptgrund dafür, daß Programme zur Anreicherung der Ernährung in manchen Ländern Lateinamerikas fehlschlagen. Zweitens hat die Erfahrung gezeigt, daß Initiativen auf dem Gebiet der Ernährung von den unterschiedlichsten Institutionen durchgeführt werden können. So können Schulen zur Verabreichung von Spurenelementen und Vitaminen an Kinder ebenso wie an die gesamte örtliche Bevölkerung benutzt werden.

Die richtigen Methoden zur Behandlung und Eindämmung von Krankheiten werden von Fall zu Fall unterschiedlich sein. Ansteckende und parasitäre Krankheiten sind in den Entwicklungsländern insgesamt betrachtet für fast die Hälfte aller Sterbefälle verantwortlich, die nahezu ausschließlich Kinder unter fünf Jahren betreffen; in den Industrieländern bilden Kreislauferkrankungen und dege-

nerative Krankheiten in mehr als der Hälfte aller Fälle die Todesursache (Schaubild 3.5). Wenn eine neuartige Krankheit wie Aids auftritt, können sich diese Strukturen jedoch drastisch verändern (Sonderbeitrag 3.5).

Die epidemiologischen Profile sind in den Entwicklungsländern sehr verschieden – und zwar wegen der unterschiedlichen Anstrengungen der

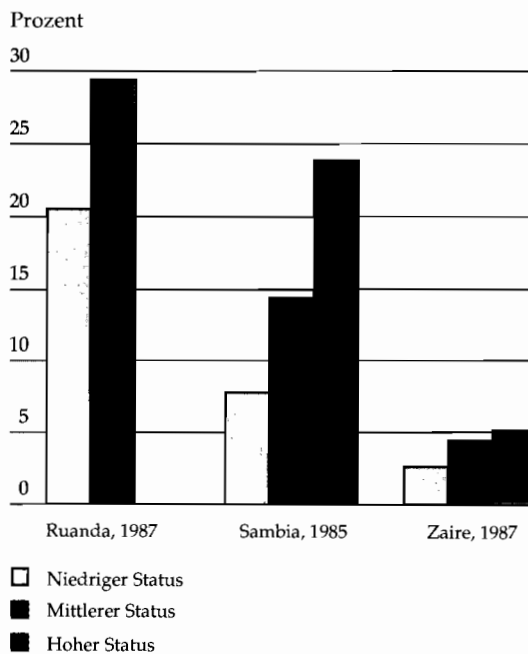
### Sonderbeitrag 3.5 Aids in den Entwicklungsländern

Aids (Acquired immune deficiency syndrome) ist eine zum Tod führende Krankheit, die bei einem Erwachsenen im Durchschnitt acht bis zehn Jahre nach der Infektion mit dem Immunschwäche-Virus des Menschen (human immunodeficiency virus, HIV) akut wird. Seit 1985 ist die kumulative Zahl der HIV-infizierten Personen weltweit von 2,5 Millionen auf 8 bis 10 Millionen gestiegen, in Afrika allein nahm sie von 1,5 Millionen auf etwa 5,5 Millionen zu. Bis zum Jahr 2000 werden nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation weltweit 25 bis 30 Millionen Menschen mit dem HIV infiziert sein. Der Anteil der Entwicklungsländer an den HIV-Infizierten ist von 50 Prozent im Jahr 1985 auf heute 66 Prozent gestiegen; er wird für das Jahr 2000 auf 75 Prozent und für das Jahr 2010 auf 80 bis 90 Prozent prognostiziert. In verschiedenen großen Städten Afrikas und selbst in manchen ländlichen Gebieten beträgt die Infektionsquote der erwachsenen Bevölkerung bereits 25 Prozent; es wird erwartet, daß der Anteil der HIV-Infizierten innerhalb der nächsten zehn Jahre in anderen Städten auf dieses Niveau steigt. Da eine Zunahme der Infektionsquote der Bevölkerung um 10 Prozent die jährliche Sterblichkeit um mindestens 5 je Tausend erhöht, steigt die bereits hohe Sterblichkeit der Erwachsenen in diesen Gebieten auf das Drei- oder Vierfache. Außerhalb Afrikas scheint die Zahl der Infizierten in Asien am raschesten zuzunehmen.

Diese menschliche Tragödie kann für Afrikas Bevölkerung, seine Volkswirtschaften und seine bereits jetzt unzulänglichen Gesundheitssysteme zu einer möglicherweise untragbaren Belastung werden. Es handelt sich um eine menschliche und wirtschaftliche Katastrophe von niederschmetternden Dimensionen. Die Infektion überfällt die Menschen in ihrem besten Alter, außerdem bis zu einem Drittel aller Kinder, die von infizierten Müttern zur Welt gebracht werden. Es wird erwartet, daß allein in Afrika die Zahl der infizierten Kinder bis zum Jahr 1992 auf 1 Million gestiegen sein wird, und noch viel mehr Kinder werden zu Waisen geworden sein. Im Gegensatz zur Malaria und anderen Ursachen einer erhöhten Erwachsenensterblichkeit in den Entwicklungsländern verschont Aids die Elite nicht. In manchen afrikanischen Städten sind die relativ gut ausgebildeten und produktiveren Arbeitskräfte überdurchschnittlich häufig infiziert (Schaubild 3.5 A). Die Seuche dürfte sich deshalb auf Jahre hinaus – möglicherweise erheblich – auf das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens und die Lebensqualität auswirken. Zudem werden Aids-Patienten, sofern es ihnen gelingt, in Krankenhäusern aufgenom-

men zu werden, dort Plätze belegen, die für andere Patienten mit heilbaren Krankheiten nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie werden lange Krankenhausaufenthalte und teure Medikamente brauchen und die Zeit von Fachkräften beanspruchen. In manchen Hauptstädten Zentralafrikas machen die Aids-Fälle heute über 50 Prozent der Neuaufnahmen in Krankenhäusern aus. Die direkten Behandlungskosten werden ebenfalls als recht hoch veranschlagt; je nach Art der Behandlung sollen sie in Zaire zwischen 78 und 932 Prozent des BSP pro Kopf und in Tansania zwischen 36 und 218 Prozent des BSP pro Kopf betragen.

**Schaubild 3.5A HIV-Infektionsquote und sozio-ökonomischer Status ausgewählter Gruppen der Stadtbevölkerung, Afrika südlich der Sahara**



**Anmerkung:** HIV = Immunschwäche-Virus des Menschen (human immunodeficiency virus). Wegen der Definition des sozioökonomischen Status und der angewandten Auswahlkriterien vgl. den Abschnitt über AIDS in den Technischen Anmerkungen zu Kapitel 3 am Ende des Haupttextes.  
**Quellen:** Bugingo und andere 1987; Melbye, Nseselani und Bayley 1986; Ndilu 1988.

Regierungen bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten, der unterschiedlichen Fruchtbarkeit und zahlreicher anderer Faktoren, die die Krankheitsrisiken beeinflussen. So haben sich die Verhältnisse in Brasilien, China und der Republik Korea immer mehr denen von wohlhabenden industrialisierten Ländern angeglichen. In Brasilien gingen die rasche Verstädterung und Industrialisierung in den siebziger Jahren mit einer steigenden Zahl von Verkehrstoten und Arbeitsunfällen einher; die Herz- und Gefäßkrankheiten wurden zur wichtigsten Todesursache, die im Landesdurchschnitt für ein Drittel aller Sterbefälle – und in Stadtregionen für einen noch höheren Prozentsatz – verantwortlich ist. In China ist die Bevölkerung einer schlimmen Umweltbelastung durch die Industrie ausgesetzt. In einigen Landesteilen liegt die Belastung durch Blei und Staub beim Sechzig- bis Achtzigfachen des zulässigen Grenzwertes, die Quecksilberkonzentration in der Luft beträgt das Zwölfwache des Grenzwertes, und die Lärmbelästigung ist so stark, daß sie bei Arbeitern zum Verlust des Gehörs führte. Auch in Korea haben das rasche Wachstum der Industrie und die Verstädterung die Lebensweise verändert und das epidemiologische Profil verschoben. In den achtziger Jahren waren Krebs, Herzkrankheiten und Schlaganfall sowie Verletzungen durch Unfälle und Gewalteinwirkung die wichtigsten Todesursachen; insgesamt waren sie im Jahr 1987 für 60 Prozent aller Todesfälle verantwortlich.

Auf welche Weise läßt sich die Gesundheitsfürsorge in den Entwicklungsländern am wirkungsvollsten verbessern? Insbesondere stellt sich die Frage, wieviel für vorbeugende statt für heilende Maßnahmen ausgegeben werden soll. Nach Schätzungen von WHO und UNICEF könnten fast 43 Prozent der 14,6 Millionen jährlichen Todesfälle von Kindern durch Impfungen (bei einem durchschnittlichen Aufwand von 13 Dollar je Kind) oder kostengünstige Eingriffe wie eine orale Rehydratationstherapie (für 2 bis 3 Dollar pro Kind und Jahr) abgewendet werden. Eine neue Untersuchung der Weltbank (Jamison und Mosley, erscheint demnächst) stellte eine Rangfolge verschiedener Maßnahmen nach ihrer Wirtschaftlichkeit auf (gemessen an den Kosten, die ein zusätzliches Lebensjahr in Gesundheit verursacht). Eine Schlußfolgerung lautet, daß Programme zur Immunisierung gegen Masern und zur Verringerung der perinatalen Sterblichkeit ein sehr günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen. Werden solche Maßnahmen angewendet, so kostet ein zusätzliches in Gesund-

heit verbrachtes Lebensjahr nur 5 Dollar. Das angemessene Verhältnis zwischen vorbeugender und heilender Gesundheitsfürsorge ist aber nicht nur von den Kosten, sondern auch von der Reichweite der Programme abhängig. Die gesundheitliche Aufklärung und die Vorbeugung gegen Krankheiten werden im allgemeinen zugunsten aufwendiger Behandlungen vernachlässigt, die relativ wenig Personen erreichen und oft unwirksam sind, wie dies bei vielen Krebsarten der Fall ist. Immunisierungsprogramme verdienen in Ländern mit niedrigem Einkommen immer noch Vorrang. Familienplanungsprogramme, Ernährungsberatungs- und -ergänzungsprogramme sowie perinatale Gesundheitsfürsorge sind ebenfalls sehr kostengünstig. Wenn dieser Bedarf jedoch einmal gedeckt ist, erscheint der Vorrang der vorbeugenden Maßnahmen gegenüber den heilenden nicht mehr so eindeutig. Beispielsweise wiesen Programme zur Behandlung der Tuberkulose ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis auf.

#### *Erwerb von technischem Leistungsvermögen*

Erwerb und Steigerung des technischen Leistungsvermögens – der Fähigkeit der Menschen, neue und vorhandene Techniken anzuwenden – sind für das Wirtschaftswachstum unerlässlich. Eine bedeutende technische Veränderung der Arbeitswelt war in jüngster Zeit der Einsatz von Computern, und zwar auch an Arbeitsplätzen, die üblicherweise als weniger anspruchsvoll galten. Dies hat tiefgreifende Konsequenzen für den Ausbildungsbedarf. Anstelle des Lernens aufgrund visueller Beobachtung wird ein Lernen anhand von Symbolen erforderlich, sowie die Fähigkeit, Probleme in einem dynamischen Umfeld zu lösen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, könnte der Staat auf zwei Gebieten tätig werden: zum einen durch den Ausbau und die qualitative Verbesserung der Grund- und Sekundarschulen, zum anderen durch eine gezielte Förderung des Angebots an und der Nachfrage nach spezialisierter technischer Ausbildung.

Von zahlreichen Entwicklungsländern wird erwartet, daß sie bis zum Jahr 2000 eine allgemeine Grundschulausbildung erreichen werden. Eine solche Steigerung der Einschulungsquote wird sich jedoch nur dann lohnen, wenn zugleich die Qualität der Grundschulausbildung verbessert wird. Ein hoher Prozentsatz der Schüler, die in den Ländern mit niedrigem Einkommen die Grundschule abschließen, genügt nicht den nationalen oder inter-

nationalen Leistungsnormen in Mathematik, Naturwissenschaften und im Lesen. Auch die Industrieländer müssen ihre Ausbildungssysteme laufend verbessern und erneuern, da der rasche technische Wandel Versäumnisse beim Lernen immer kostspieliger macht. Die nach Meinung vieler Beobachter gesunkene Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Vereinigten Staaten wurde dem Qualitätsverlust in der technischen Ausbildung der Schüler relativ zu der anderer Industrieländer zugeschrieben. Eine 1986 durchgeführte Befragung von Erwachsenen im Alter zwischen 21 und 25 Jahren ergab, daß bei 20 Prozent die Lesefähigkeit unter dem Standard der achten Klasse lag, obgleich viele Arbeitsanweisungen eine Lesefähigkeit voraussetzen, die dem Niveau der zehnten bis zwölften Klasse entspricht. Zwar war nur 1 Prozent der Befragten nicht in der Lage, einfache Rechenoperationen durchzuführen, doch scheiterten 35 Prozent an Fragen, die eine Lösung einfacher quantitativer Probleme erforderten.

Wie muß das Ausbildungswesen – von der elementaren Schulbildung abgesehen – beschaffen sein, damit es eine Grundlage für ein rasches Wirtschaftswachstum bildet? In Entwicklungsländern der unteren Kategorie der mittleren Einkommensgruppe, wo Arbeiter bereits elektronische Bauteile für den Weltmarkt montieren, wird sich das Anforderungsprofil rasch verändern, wenn die Handels- und Beschäftigungsstrukturen sich wandeln und die technische Entwicklung voranschreitet. Unternehmerische Fähigkeiten und fortgeschrittene technische Kenntnisse werden eine entscheidende Voraussetzung für die Wahrnehmung neuer Beschäftigungschancen und die Nutzung neuer Techniken sein. Die neu industrialisierten exportorientierten Länder werden einen anderen Bedarf haben – insbesondere brauchen sie einen eigenständigen technischen Innovationsprozeß, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Dafür werden Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig sein, und zugleich müssen diese Länder einen noch höheren Standard in der allgemeinen Ausbildung erreichen. Zwischen dem Ziel einer größeren Breite in der Ausbildung von Naturwissenschaftlern und Technikern und dem Ziel einer Spezialisierung auf bestimmte Gebiete kann ein Konflikt auftreten. Insbesondere dort, wo es nur eine kleine Zahl von Naturwissenschaftlern und Technikern gibt, kann eine Spezialisierung verfrüht sein. Naturwissenschaftliche Forschung ist auf lange Sicht ebenfalls wichtig, doch muß sie in einem engen Bezug zur Praxis in den Fabriken stehen,

wenn sie die Produktivität unmittelbar und merklich steigern soll.

Schätzungen der volkswirtschaftlichen Erträge von Investitionen im Ausbildungswesen zeigen, daß die stärksten Argumente für die staatliche Förderung der Grundschulausbildung in Ländern mit niedrigem Einkommen sprechen – eine solche Förderung trägt sowohl zur sozialen Gerechtigkeit als auch zur Steigerung der Produktivität bei. Diese Ergebnisse bedeuten nicht, daß Investitionen in die höhere Bildung unwichtig sind. Eine Schicht allgemein und beruflich gebildeter Menschen kann die Führungskräfte stellen, die in der Landwirtschaft, der aufstrebenden Industrie und im Staatsdienst benötigt werden. Der öffentliche Aufwand für solche Investitionen kann jedoch zu hoch sein, insbesondere wenn dadurch Mittel von der Grundschulausbildung und anderen elementaren sozialen Dienstleistungen, für die staatliche Unterstützung unerlässlich ist, abgezogen werden. Die Regierungen werden in Zukunft kritischer prüfen müssen, welche Stufen des Erziehungs- und Ausbildungswesens sie verbessern, welche Kosten sie übernehmen (beispielsweise die für Lehrmaterial statt der Kosten für Unterkunft und Verpflegung) und welche Personen subventioniert werden sollen.

### *Bekämpfung der Armut*

Gegenwärtig leben mehr als 1 Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern in Armut. Der *Weltentwicklungsbericht 1990* kam zu dem Schluß, daß diese Zahl durch eine Strategie verringert werden könnte, die ein arbeitsintensives Wirtschaftswachstum mit effizienten Sozialprogrammen verbindet. Wirtschaftswachstum ist notwendig, um die Armut einzudämmen, doch zeigt die Erfahrung, daß es nicht wirksam genug ist. Sozialausgaben für die Gesundheitsfürsorge und das Schulwesen vergrößern die Chancen der Armen, doch dürften sie ebenfalls noch nicht ausreichend sein. Selbst in Ländern, wo sich die grundlegenden sozialen Kennzahlen verbessert haben, bleiben Teile der Bevölkerung relativ unterversorgt. Im Nordosten Brasiliens erleben mehr als 10 Prozent der Neugeborenen ihren ersten Geburtstag nicht, womit die Säuglingssterblichkeit höher ist als in manchen Ländern Afrikas und Asiens. In Peru ist die Säuglingssterblichkeit in den Andenprovinzen mindestens fünfmal so hoch wie in Lima. In Bangladesch, Bhutan, Nepal und Pakistan ist der weibliche Teil der Bevölkerung von besonderen Gesundheitsproble-

men betroffen. Mädchen weisen in diesen Ländern eine geringere Lebenserwartung bei der Geburt auf als Jungen, während in anderen Ländern mit niedrigem Einkommen das weibliche Geschlecht länger lebt als das männliche. Diese Länder unterscheiden sich von den anderen dadurch, daß die Eltern für ihre Söhne mehr Geld ausgeben als für ihre Töchter.

Soziale Sicherungssysteme sind notwendig, um die am stärksten gefährdeten Gruppen zu schützen, nämlich die Arbeitslosen, die Behinderten, die Alten und (in vielen Fällen) die Frauen; sie alle werden von staatlichen Programmen nicht erreicht, die auf die Erwerbstätigen zugeschnitten sind. Auch für die Armen, die von schwierigen Wirtschaftslagen am härtesten getroffen werden, ist ein soziales Netz nötig. Die Sicherstellung der Ernährung durch Nahrungsmittelsubventionen, Verteilung von Lebensmitteln oder ergänzende Ernährungsprogramme deckt einen essentiellen Bedarf ab, vorausgesetzt, daß die Maßnahmen auf die Zielgruppen abgestimmt sind. Sorgfältig geplante Programme zur Einkommensstützung für Alte und Behinderte sorgen für eine Absicherung von Menschen, die durch andere Maßnahmen schwer zu erreichen sind. Staatliche Beschäftigungsprogramme, wie sie in Südasien angewendet wurden, tragen zum Aufbau und zur Erhaltung von Infrastruktur bei, von der die Armen profitieren können, und sichern zugleich ihr Einkommen in Phasen der Arbeitslosigkeit ab.

## Die Rolle des Staates

Im Jahr 1817 verkündete die Königin von Travancore im heutigen indischen Bundesstaat Kerala, daß „der Staat die gesamten Kosten der Erziehung seiner Bevölkerung übernehmen soll, damit sie alle in gleicher Weise an der Aufklärung teilhaben können und durch die Ausbreitung der Bildung zu tüchtigeren Untertanen und Staatsdienern werden“. Die meisten Regierungen würden der Forderung zustimmen, daß der Staat eine führende Rolle nicht nur im Erziehungswesen, sondern bei den sozialen Diensten im allgemeinen zu spielen hat. Neben der Quantität der öffentlichen Ausgaben ist auch deren Qualität bedeutsam. Wie erfolgreich war der Staat auf diesen Gebieten während der letzten Jahrzehnte?

Für den vorliegenden Bericht wurden die Zusammenhänge zwischen Einkommenswachstum und Staatsausgaben einerseits und den sozialen Indikatoren andererseits unter Verwendung von gepool-

ten Zeitreihendaten verschiedener Länder untersucht. Daß die Ergebnisse einer solchen Untersuchung im Hinblick auf die Qualität der Daten und deren Aggregation gewissen Einschränkungen unterliegen, ist unbestritten. Mit diesem Vorbehalt zeigte die Untersuchung, daß in den Industrieländern das Einkommenswachstum, und nicht die Staatsausgaben, die Verbesserungen bei der Säuglingssterblichkeit und der Einschulungsquote an weiterführenden Schulen erklärt. Dieses Ergebnis ist keine Überraschung. Diese Länder hatten bereits 1960 bei beiden Indikatoren ein hohes Niveau erreicht; die seitdem eingetretenen Umschichtungen in ihren Ausgaben für soziale Leistungen dienten anderen Zielsetzungen. Die Ergebnisse für die Entwicklungsländer fielen jedoch unterschiedlich aus. Nach einem Modellansatz reduziert ein 10prozentiger Anstieg der Gesundheitsausgaben die Säuglingssterblichkeit um 0,8 Prozent, und ein 10prozentiger Einkommenszuwachs reduziert sie um 1,1 Prozent. Bei Verwendung eines anderen Ansatzes ist jedoch nur der Einkommenseffekt signifikant. Eine 10prozentige Zunahme der privaten Einkommen ist dann mit einer Abnahme der Säuglingssterblichkeit um 0,5 Prozent verbunden. Ähnlich unterschiedliche Resultate ergaben sich für den Besuch weiterführender Schulen (vgl. den Abschnitt über die Staatsausgaben in den Technischen Anmerkungen zu Kapitel 3 am Ende des Hauptteils).

In Ländern mit hoher Säuglingssterblichkeit würde eine Steigerung der Pro-Kopf-Staatsausgaben für das Gesundheitswesen um einen Dollar die Säuglingssterblichkeit um 16 pro Tausend reduzieren, wenn die Staatsausgaben doppelt so effektiv wären. Zu berücksichtigen ist dabei, daß in diesen Ländern die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben für das Gesundheitswesen viel geringer sind als in den Ländern mit niedriger Säuglingssterblichkeit (etwa 1 Dollar pro Kopf, verglichen mit etwa 20 Dollar). Eine hoher prozentualer Zuwachs entspricht somit einem bescheidenen Betrag an zusätzlichen Ausgaben – allerdings mit beträchtlichen Wirkungen auf die Sterblichkeit.

Es gibt viele gut geplante und gezielte Programme, die funktioniert haben – ohne das Staatsbudget in jedem Fall stark zu belasten. Im Gesundheitsbereich hat die Beseitigung der Unterernährung und eine größere Verfügbarkeit von medizinischen Einrichtungen die Sterblichkeit verringert. In Chile fiel die Säuglingssterblichkeit von 120 je Tausend in den sechziger Jahren auf 19 im Jahr 1989, und der Prozentsatz der unterernährten Kinder sank von 37

auf 7,5 Prozent. Zu diesem kontinuierlichen Fortschritt trugen Ernährungsprogramme für Kinder und Schwangere ebenso bei wie die Verbesserung der Infrastruktur im Bereich der elementaren Gesundheitsfürsorge. In China wurde die Säuglingssterblichkeit beträchtlich verringert, und zwar von einem geschätzten Stand von 265 je Tausend im Jahr 1950 auf 44 im Jahr 1981 (Ahmad und Wang 1991), eine Reduktion, die auf eine breit angelegte staatsfinanzierte Strategie der Vorbeugung gegen Krankheiten in Verbindung mit einer erreichbaren und bezahlbaren medizinischen Grundversorgung sowie auf das Einkommenswachstum zurückzuführen ist. Die Beobachtung, daß im indischen Bundesstaat Kerala die Sterblichkeitsziffern niedriger sind als in dem ebenso dicht besiedelten Westbengalen ließ sich durch die Unterschiede der Pro-Kopf-Einkommen, der Verteilung von Einkommen und Vermögen und des Ausmaßes der Industrialisierung und Verstädterung nicht erklären. Ursächlich dafür ist offenbar die größere Dichte und intensivere Nutzung von medizinischen Einrichtungen in den ländlichen Gebieten von Kerala. Eine andere Untersuchung ergab, daß 73 Prozent des Rückgangs der Säuglingssterblichkeit in Costa Rica im Zeitraum 1972 bis 1980 erklärt werden konnten durch das größere Angebot an medizinischer Grundversorgung (wie ländliche und örtliche Gesundheitsprogramme und Impfaktionen) und an sekundären Gesundheitseinrichtungen (wie Kliniken), wenn man den Einfluß des Einkommenswachstums ausschaltete.

In ähnlicher Weise erfolgreich war im Bereich der Ausbildung ein Umschulungsprogramm, durch das in Mexiko während der achtziger Jahre die beruflichen Fähigkeiten von Zehntausenden von Arbeitern verbessert, ihre Produktivität gesteigert und die Armut gelindert wurde. Bei den seit den fünfziger Jahren unternommenen Anstrengungen Perus, die Einschulungsquote an Grundschulen zu steigern, spielte der Bau zusätzlicher Schulen in ländlichen Gebieten sowie die Vergrößerung des Angebots von Schulbüchern durch staatliche Programme eine Schlüsselrolle. Auf diese Weise wurde die Diskrepanz der Zugangsmöglichkeiten zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung verringert.

Dort, wo zusätzliche Staatsausgaben gerechtfertigt sind, müssen sie gezielter erfolgen. Das Ausgabeverhalten des Staates ist nicht immer effizient oder sozial ausgewogen. Viele Länder wenden einen überhöhten Anteil ihrer Erziehungsausgaben für die höhere Bildung auf; davon profitieren Studenten aus den höheren Einkommensschichten am

meisten. In Chile, Costa Rica, der Dominikanischen Republik und Uruguay kamen den 20 Prozent Haushalten mit dem höchsten Einkommen mehr als die Hälfte aller staatlichen Subventionen für die höhere Bildung zugute, während die untersten 20 Prozent weniger als ein Zehntel erhielten. In Bangladesch, Indien, Nepal und Papua-Neuguinea erhielten die 10 Prozent mit der besten Ausbildung mehr als die Hälfte der gesamten Erziehungsausgaben des Staates; in Bangladesch – dem negativen Extremfall – erhält das obere Zehntel einen Anteil von 72 Prozent am gesamten Erziehungsbudget.

Im Gesundheitswesen führt die Betonung der kostenintensiven Krankenhausbehandlung und anderer aufwendiger Arten der heilenden Versorgung anstelle der kostengünstigen vorbeugenden Gesundheitsfürsorge dazu, daß sich die grundlegenden gesundheitspolitischen Kennzahlen in geringerem Maß verbessern. In Brasilien wird ein hoher Anteil – 78 Prozent im Jahr 1986 – der gesamten Gesundheitsausgaben für die Krankenhausbehandlung aufgewandt, verglichen mit den Ausgaben für Impfungen, Betreuung von Schwangeren und Bekämpfung ansteckender Krankheiten. In Côte d'Ivoire ist die Säuglingssterblichkeit höher als in anderen Ländern der Region, die ein ähnliches oder niedrigeres Einkommensniveau und geringere Gesundheitsausgaben aufweisen. Dies wurde ebenfalls auf die Betonung der stationären Behandlung zurückgeführt, die den ländlichen Einrichtungen der medizinischen Grundversorgung Mittel entzieht, so daß es dort an Personal, notwendigen Sachmitteln und oftmals auch an der Beaufsichtigung fehlt.

Die Erfahrung zeigt außerdem, daß viele Programme unwirksam waren. Trotz der bemerkenswerten Zunahme der Einschulungsquoten erreichte ein großer Prozentsatz der Schüler nicht das notwendige Leistungsminimum im Lesen, Schreiben und Rechnen. Dafür werden häufig die schlechte Ausbildung der Lehrer und der Mangel an Lernmaterial verantwortlich gemacht. In Indonesien ergab eine Untersuchung, daß die Grundschullehrer im Durchschnitt nur 45 Prozent des naturwissenschaftlichen Lehrstoffs beherrschten und viele Lehrbücher überholt waren. In manchen Ländern werden die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen zu wenig beansprucht, und zwar auch in Gegenden mit hoher Sterblichkeit und Morbidität. Der Niedergang der ambulanten Versorgung in Ghana wurde auf den Mangel an unentbehrlichen Medikamenten und anderem medizinischen Material sowie auf die

**Tabelle 3.3 Staatsausgaben für Erziehung und Gesundheit in Prozent des BIP, 1975, 1980 und 1985**

Region oder Ländergruppe	Erziehung			Zahl der Länder mit sinkenden Ausgaben 1980 bis 1985 <sup>a</sup>	Gesundheit			Zahl der Länder mit sinkenden Ausgaben 1980 bis 1985 <sup>a</sup>
	1975	1980	1985		1975	1980	1985	
Industrieländer	6,0	5,9	5,5	12 (21)	3,3	3,4	4,0	8 (18)
Zentral- und Westasien	3,9	4,1	4,4	4 (13)	1,1	1,1	1,4	5 (8)
Südasiens	2,0	2,4	3,1	0 (4)	0,7	0,8	0,7	2 (4)
Ostasien	2,8	2,9	3,1	0 (9)	0,9	0,9	1,0	2 (6)
Nordafrika	6,0	5,7	6,9	1 (5)	1,5	1,5	1,4	2 (3)
Afrika südlich der Sahara	4,2	4,6	5,0	13 (23)	1,1	1,3	1,2	6 (10)
Lateinamerika und die Karibik	4,2	4,6	4,4	13 (24)	1,7	2,3	2,2	5 (13)
Osteuropa	4,9	4,8	4,7	4 (7)	..	0,9	1,1	1 (2)
Alle Länder				47 (106)				31 (64)

Anmerkung: Die Zahl der Länder, deren Daten für 1975, 1980 und 1985 vorliegen, ist in Klammern angegeben. Aus Gründen der Vergleichbarkeit zwischen den Ländern wurden nur Angaben aus konsolidierten Haushaltsrechnungen verwendet; Länder, die nur die Ausgaben der Zentralregierung melden, sind nicht berücksichtigt. Für die Jahre vor 1975 liegen Angaben über die Sozialausgaben nur von einer viel kleineren Zahl von Ländern vor, so daß keine Daten gezeigt werden.

a. Zahl der Länder, in denen die Ausgaben für Erziehung (Gesundheit) in Prozent des BIP zwischen 1980 und 1985 sanken.

Quellen: Daten des IWF und der Unesco.

durch sinkende Reallöhne bedingte Demotivierung des Personals zurückgeführt. Sachinvestitionen im Bereich der Sozialdienste büßen oft ihre Wirkung ein, weil die Gelder für den notwendigen laufenden Aufwand fehlen. Der Staat scheint in vielen Fällen nicht in der Lage zu sein, Leistungsstandards vorzugeben, die Qualität zu überwachen und Programme auf Zielgruppen auszurichten.

### Mittelbeschaffung

Sozialprogramme sind im vergangenen Jahrzehnt finanziell in arge Bedrängnis geraten. In den regionalen Durchschnittswerten kommt diese Entwicklung nicht zum Ausdruck; sie zeigen einen steigenden oder zumindest konstanten Anteil der Ausgaben für Erziehung und Gesundheit am BIP während des Zeitraums 1975 bis 1985 (Tabelle 3.3). In etwa der Hälfte aller Länder, für die solche Daten verfügbar sind, sind jedoch die Staatsausgaben für Erziehung und Gesundheit in Prozent des BIP von 1980 bis 1985 gesunken. In wenigen Ländern, die über neuere Ausgabendaten verfügen, war der Rückgang nach 1985 noch stärker. In vielen Fällen wird dies auch eine Einschränkung des Leistungsangebots bedeutet haben – doch gab es Ausnahmen. So wurden in Chile während der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Anpassungsphase die Gesundheitsausgaben gekürzt, doch stiegen die realen Pro-Kopf-Ausgaben für die medizinische Grundversorgung und die Ernährung.

Es ist oft sinnvoll, bestimmte Sozialprogramme gegen kurzfristige wirtschaftliche Zwänge abzusichern, um langfristige Investitionen in die soziale Wohlfahrt zu erhalten. Doch braucht sich die

Rolle des Staates nicht auf die Finanzierung und Bereitstellung zu beschränken. Indem der Staat Leistungsstandards aufstellt und durchsetzt und anderweitig auf den privaten Sektor Einfluß nimmt, kann der Staat auch in Zeiten angespannter Finanzen eine größere Rolle spielen. Für manche vom Staat angebotene Dienstleistungen dürfte die Erhebung von Nutzergebühren zweckmäßig sein. Andere Leistungen können oft vom privaten Sektor angeboten werden, auch wenn der Staat für eine Absicherung der Armen sorgen muß. Durch solche Maßnahmen können knappe öffentliche Mittel gespart und gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen gesteigert werden.

ALTERNATIVE WEGE DER FINANZIERUNG. Die meisten Entwicklungsländer verfügen bereits über ein privates Gesundheitswesen, in dem die Leistungen bezahlt werden müssen; deshalb sollte es möglich sein, Elemente der Kostendeckung in das staatliche Gesundheitswesen einzubauen. Auf den Staat entfiel immer ein beträchtlicher Teil der Gesamtausgaben für soziale Leistungen, insbesondere für das Erziehungswesen, doch haben auch die privaten Haushalte einen Teil der Kosten getragen (Tabelle 3.4). In der Republik Korea zum Beispiel sind die staatlichen Gesundheitsausgaben relativ zum BIP gestiegen, doch ist die Rolle des Staates immer noch gering, verglichen mit der des privaten Sektors. Der Staat kümmert sich vor allem um die vorbeugende Versorgung der Landbevölkerung und der Armen. Mit wachsender Versicherungsdichte und zunehmenden Aufwendungen der Unternehmen für die Gesundheit der Arbeitnehmer sind die Benutzergebühren gestiegen. Simbabwe hat seit 1980 im Gesundheitswesen, insbesondere in ländlichen Ge-

bieten, eindrucksvolle Fortschritte erzielt, und zwar durch eine Steigerung der staatlichen Ausgaben wie auch durch eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis. Unter den verschiedenen Finanzierungsquellen deckte der private Sektor im Jahr 1988 35 Prozent der Gesamtkosten ab (im Jahr 1985 waren es – nach Angaben der Vereinten Nationen – 50 Prozent); dieser Beitrag setzt sich zusammen aus den Leistungen der privaten Versicherungen, den von der Wirtschaft getragenen Kosten und den Eigenleistungen der Privaten. Die Vielfalt der Leistungsträger und der Finanzierungsquellen machte es der Regierung leichter, das Leistungsangebot trotz der ungünstigen Wirtschaftslage aufrechtzuerhalten (Sonderbeitrag 3.6).

Neben der Gebührenerhebung gibt es zahlreiche andere Finanzierungsoptionen. Krankenversicherungssysteme können eine nützliche Rolle spielen. Zwar dürfte gegenwärtig in den meisten Entwicklungsländern eine allgemeine Krankenversicherung nicht erreichbar sein, doch läßt sich eine begrenzte Absicherung realisieren. Brasilien, Korea und Mexiko sind Beispiele dafür, daß der Anteil der krankenversicherten Personen an der Bevölkerung schrittweise erhöht werden kann – in Brasilien und Mexiko stieg er innerhalb von 15 bis 20 Jahren von einem Drittel oder weniger auf nahezu 100 Prozent, in Korea von weniger als einem Zehntel im Jahr 1977 auf 47 Prozent im Jahr 1986. Viele andere Entwicklungsländer erproben private Krankenversicherungssysteme als ein Mittel, um die künftige Nachfrage nach medizinischen Leistungen, insbesondere nach teuren Heilbehandlungen, abzudecken. Es gibt jedoch Bedenken im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit (weil diese Systeme in der Regel zunächst den Beschäftigten des formellen Sektors zugute kommen) und wegen des Risikos eines zu raschen Kostenanstiegs (weil es für die Verbraucher und die Anbieter medizinischer Leistungen zu wenig Anreize zum Sparen gibt).

Im Erziehungswesen haben eine Reihe von Ländern auf der Grundschulebene die Beteiligung der örtlichen Gemeinschaft und die Unterstützung durch die Eltern gefördert. Die Erfahrungen Koreas bei der Propagierung der Grundschulbildung während der fünfziger Jahre zeigen, daß dies nicht zu sozialen Unbilligkeiten führen muß. Schüler und Eltern brachten 71 Prozent der Kosten des Baus und des Betriebs der Schulen, des Lernmaterials und des Transports auf, während die Zentralregierung und die Gemeinden für die Gehälter der Lehrkräfte und die restlichen Kosten aufkamen. Als die Zentralregierung später einen größeren Teil des Aufwands

**Tabelle 3.4 Der Anteil des Staates an den gesamten Ausgaben für Erziehung und Gesundheit**

(in Prozent)

Land und Jahr	Erziehung	Gesundheit
<i>Länder mit niedrigem Einkommen</i>		
Tansania, 1975	..	57,0
Indien, 1980	45,4	20,2
Ghana, 1975	..	60,2
Sri Lanka, 1988	73,1	44,5
Sudan, 1980	..	17,2
Sierra Leone, 1985	..	40,5
Durchschnitt	..	39,9
<i>Länder mit mittlerem Einkommen</i>		
Simbabwe, 1985	69,0	50,2
Honduras, 1985	..	21,2
Thailand, 1988	..	13,6
Ecuador, 1985	..	24,1
Kolumbien, 1985	73,0	20,3
Peru, 1985	..	27,4
Jordanien, 1985	57,5	27,0
Fiji, 1985	..	67,4
Malta, 1988	94,1	60,3
Venezuela, 1980	..	44,4
Korea, Republik, 1988	..	4,2
Griechenland, 1985	88,0	44,6
Iran, Islamische Republik, 1975	..	43,3
Durchschnitt	..	34,5
<i>Durchschnitt für sechzehn Länder mit hohem Einkommen, Mitte der 80er Jahre<sup>a</sup></i>		
	88,5	58,2

Anmerkung: Die Länder wurden entsprechend der Verfügbarkeit von Daten ausgewählt. Die Angaben beziehen sich auf 1975 oder das letzte verfügbare Jahr.

a. Zu Vergleichszwecken angegeben.

Quelle: United Nations 1990b.

finanzierte, trugen die Gemeinden weiterhin etwa ein Viertel der Kosten des örtlichen Schulwesens. Simbawes Erfolg beim Ausbau seines Erziehungswesens in den achtziger Jahren beruhte auf einer engen Zusammenarbeit von Staat und Privaten. Staatliche Schulen wurden von örtlichen Gruppen und Elternvereinen errichtet, während die Regierung für Instandhaltung und Reparaturen, Personalkosten, Lehrmaterial und Betriebskosten aufkam. Andere Schulen wurden von nichtstaatlichen Organisationen oder Gemeindeverbänden errichtet und unterhalten, während die Zentralregierung für jeden Schüler einen Zuschuß zahlte und bis zu einem Viertel der gesamten Baukosten übernahm.

NICHTSTAATLICHE TRÄGERSCHAFT SOZIALER LEISTUNGEN. Es sollte immer die Frage gestellt werden, ob der Staat in der Lage ist, seine Sozialprogramme durchzuführen. In manchen Fällen können umfangreiche und komplexe Programme die Planungs- und Verwaltungskapazitäten überfordern. Der Rückgriff auf nichtstaatliche Organisationen, und zwar gemeinnützige wie auch gewinn-

### Sonderbeitrag 3.6 Die Rolle der internationalen Hilfe in den Sozialbereichen

Während der achtziger Jahre fiel der Anteil der Aufwendungen für Erziehung und Gesundheit an der bilateralen Hilfe für Entwicklungsländer von 18 Prozent auf 16,3 Prozent, und bei der multilateralen Hilfe sank er von 14 Prozent im Jahr 1985 auf 12 Prozent im Jahr 1988. Fast 10 Prozent der bilateralen Entwicklungshilfe und 5 Prozent der multilateralen Hilfe waren für das Erziehungswesen bestimmt, was im Durchschnitt einem jährlichen Mittelfluß von 4,3 Mrd Dollar entsprach. Zwischen 5 und 6 Prozent der bilateralen Entwicklungshilfe und 8 bis 9 Prozent der multilateralen Hilfe wurden für Gesundheits- und Familienplanungsprogramme ausgegeben, was im Durchschnitt einen Jahresbetrag von 2,7 Mrd Dollar ausmachte (Tabelle 3.6 A).

Die Daten deuten darauf hin, daß die Hilfe nicht für vordringliche Aufgaben eingesetzt wurde. Über 95 Prozent der Hilfe im Bereich des Erziehungswesens zielte auf die weiterführenden Schulen und Universitäten statt auf die Grundschulen. Von der Hilfe für den Grundschulbereich diente zudem nur der kleinere Teil zur Beschaffung von zusätzlichem Lehrmaterial und zur Ausbildung von Lehrkräften – zwei entscheidende Ressourcen im Grundschulwesen, die erfahrungsgemäß die besten Kosten-Nutzen-Relationen aufweisen. In den Ländern mit niedrigem Einkommen lag der Schwerpunkt auf der quantitativen Ausweitung; für Bauten, Mobiliar und Geräte wurden 57,8 Prozent der Hilfe

verwendet. Nur 1,5 Prozent der gesamten Entwicklungshilfe werden für die medizinische Grundversorgung und nur 1,3 Prozent für die Familienplanung bereitgestellt.

**Tabelle 3.6 A Internationale Hilfe für die Sozialbereiche, 1980 bis 1988**

(in Prozent)

Quelle und Art der Hilfe	1980–81 <sup>a</sup>	1983–84	1985–86	1987	1988
<i>Bilateral<sup>b</sup></i>					
Erziehung	12,7	11,9	10,9	10,6	11,0
Gesundheit und Familienplanung	5,5	5,1	5,3	5,2	5,3
Insgesamt	18,2	17,0	16,2	15,8	16,3
<i>Multilateral<sup>c</sup></i>					
Erziehung	..	..	5,0	4,3	4,3
Gesundheit und Familienplanung	..	..	8,9	7,8	7,8
Insgesamt	..	..	13,9	12,1	12,1

a. Für 1982 sind keine Daten verfügbar.

b. Zur bilateralen Hilfe, die etwa drei Viertel der gesamten Hilfe im Zeitraum 1980 bis 1988 ausmacht, rechnet die Hilfe der Mitgliedsländer des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECD: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und Vereinigte Staaten.

c. Zur multilateralen Hilfe rechnet die Hilfe internationaler Organisationen wie der Europäischen Gemeinschaft, der Weltbank und verschiedener anderer Unterorganisationen der V.N.

Quelle: OECD 1980 bis 1989.

orientierte, als Leistungsträger trägt dazu bei, das Angebot an sachgerechten Erziehungs- und Gesundheitsdiensten zu verbreitern. Private gemeinnützige Leistungsträger sind in der Regel kleiner und in ihrer Planung und Budgetierung beweglicher, während die Regierung, deren Handlungsspielraum durch das öffentliche Dienstrecht und die Gewerkschaften beschränkt wird, sich schwerer tut, ineffiziente Programme zu ändern. Die Zulassung privater Organisationen als Leistungsträger von umstrittenen Programmen – wie der Familienplanung in manchen lateinamerikanischen Ländern – erlaubt es der Regierung, Distanz zu bewahren und gleichzeitig für die Verfügbarkeit der Leistungen zu sorgen.

Eine Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor erscheint besonders dann angebracht, wenn die nichtstaatlichen Leistungsträger über Erfahrung verfügen und effizient arbeiten und der Staat sein Leistungsangebot nicht rasch genug ausweiten kann, um der Nachfrage zu entsprechen. In Ruanda erhalten die kirchlichen Missionsstationen, in denen traditionell der größte Teil der Gesundheitsfürsorge geleistet wird, von der

Regierung 86 Prozent ihrer Personalkosten erstattet; diese Missionen stellen weiterhin 40 Prozent der Leistungen im Gesundheitswesen zur Verfügung. Auch in Sambia und Simbabwe übernehmen die Regierungen einen beträchtlichen Teil der Ausgaben der Missionen für Gesundheitsdienste. Wie bei anderen Gütern und Leistungen ist der Wettbewerb zwischen den gewinnorientierten Anbietern sozialer Leistungen eine wichtige Voraussetzung für die Effizienz des Leistungsangebots. Staatliche Subventionen für die gewinnorientierten Anbieter (ob in der Form von Steuervergünstigungen oder Importerleichterungen) werden am zweckmäßigsten an die Qualität des Leistungsangebots gebunden.

Die zunehmende Verbreitung von Lese-, Schreib- und Rechenkenntnissen sowie technischen Fertigkeiten wurde nicht nur durch das organisierte Schulwesen, sondern auch auf vielen anderen Wegen erreicht. Deren Spektrum reicht von dörflichen Alphabetisierungsprojekten bis zu nationalen Kampagnen, von landwirtschaftlichen Beratungsdiensten bis zur Ausbildung am Arbeitsplatz und zur technischen Hilfe. Alle diese Bereiche eignen sich

für die Eigeninitiative der örtlichen Gemeinschaft oder ein Leistungsangebot durch den privaten Sektor. Es gibt hier bereits Erfahrungen, die für den Ausbau des technischen Leistungsvermögens wegweisend sind. In Japan und Deutschland wurden erfolgreiche Ausbildungssysteme entwickelt, die von den Unternehmen auf freiwilliger Basis unterhalten werden – in der Erkenntnis, daß die Ausbildung am Arbeitsplatz in Zeiten eines raschen technischen Wandels besonders wichtig ist. In verschiedenen Entwicklungsländern wurden private Unternehmen ebenfalls aktiv, doch waren die Anreize zugunsten der Ausbildung am Arbeitsplatz vom Staat bestimmt. In Brasilien können Firmen, die ein eigenes Ausbildungsprogramm entwickeln, Abzüge von einer Lohnsummensteuer vornehmen; dieses Programm diente seit den späten fünfziger Jahren dazu, ein landesweites System der Lehrlingsausbildung zu entwickeln und zu unterhalten. Es heißt, daß Brasilien dadurch in der Lage war, sowohl dem Bedarf der Unternehmen als auch seinen nationalen Ausbildungszielen nachzukommen. In Nigeria sollte eine Abgabe von 1 Prozent auf die Lohnsumme, die 1971 eingeführt wurde, ebenfalls die Unternehmen zu einem größeren Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen veranlassen. Eine entsprechende Reaktion der Unternehmen ließ jedoch auf sich warten. Die Abgabe dient nunmehr der Finanzierung von Zentren für die Berufsausbildung.

DIE ROLLE DES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN UMFELDS. Die Entwicklung menschlicher Ressourcen ist nicht allein von der Politik der Ministerien für Gesundheit und Erziehung abhängig. Andere unterstützende Maßnahmen sind ebenfalls wichtig. Verbesserte Beschäftigungschancen für Frauen und ein Angebot von Kindertagesstätten sind ein Anreiz für die Frauen, die Schule länger zu besuchen. Familienplanungsprogramme waren in jenen Ländern am erfolgreichsten, wo die Ausbildungs- und Erwerbschancen der Frauen verbessert wurden. Sauberes Wasser und eine verbesserte Entsorgung sind wichtige Faktoren bei der Eindämmung ansteckender Krankheiten. Umweltschutzvorschriften, die die Luftverschmutzung und die Verseuchung durch giftige Chemikalien beschränken, bringen nachhaltige gesundheitliche Vorteile.

Schließlich ist das Wirtschaftswachstum entscheidend. Länder mit hohen Wachstumsraten zwischen 1975 und 1985 weisen eine Säuglingssterblichkeit auf, die 15 Prozent niedriger ist als in Ländern mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate

von weniger als 5 Prozent. Die allgemeine Ausrichtung der Wirtschaftspolitik beeinflußt ebenfalls die Produktivität der Investitionen im Sozialbereich. Der Erfolg der Investitionsprojekte der Weltbank in den Sozialsektoren hängt nicht nur von der Projektplanung und den institutionellen Verhältnissen ab, sondern auch vom allgemeinen wirtschaftspolitischen Umfeld. Eine Politik, die Innovationen und Investitionen fördert und die Nachfrage nach Arbeitskräften mit besserer Schul- und Berufsbildung steigert, bietet die entscheidenden Voraussetzungen für die Entwicklung. In Indien waren die volkswirtschaftlichen Erträge der Investitionen im Schulwesen in jenen Regionen höher, wo die modernen ertragreichen Getreidesorten der Grünen Revolution eingeführt werden konnten, und in diesen Regionen stiegen auch die Investitionen im Schulwesen. In den Vereinigten Staaten stellten Firmen mit einem modernen Kapitalbestand, insbesondere in den hochtechnologischen Industriezweigen, Arbeitskräfte mit besserer Schulbildung ein und gaben mehr Geld für die innerbetriebliche Ausbildung aus.

Ein verschlechtertes gesamtwirtschaftliches Umfeld (hohe Inflationsraten und Zinssätze, die die Investitionen beeinträchtigen) und eine restriktive Arbeitsmarktpolitik schaden der Innovationstätigkeit und dem Unternehmertum (vgl. Kapitel 4). In den osteuropäischen Ländern ist das Ausbildungsniveau in der Regel höher als in Entwicklungsländern mit ähnlichem Einkommensniveau. Die erstarrten Arbeitsmärkte und die Nivellierung der Einkommen führten jedoch zu einem ineffizienten Einsatz der Arbeitskräfte und einer Vergeudung von Investitionen in das Humankapital. Das überkommene System der Ausbildung und Erziehung kann den neuen Anforderungen nicht gerecht werden. In Ungarn erhalten die Lehrlinge eine eng begrenzte berufliche Ausbildung, die ihnen überholte Fertigkeiten vermittelt, während es offenkundig an Menschen mangelt, die über eine Ausbildung in der Unternehmensführung, im Handel oder in den Produktionsverfahren der Hochtechnologie verfügen.

Eine größere Mobilität am heimischen Arbeitsmarkt, herbeigeführt durch bessere Einkommenschancen für die am besten ausgebildeten und qualifizierten Techniker und Naturwissenschaftler, fördert den effizienten Transfer von Technologie und Fachkenntnissen und dämmt die „Abwanderung der Intelligenz“ ein. Gesetze, die in China und der Sowjetunion unter dem alten System die Mobilität der Arbeitskräfte einschränkten, sind noch immer in

Kraft. In beiden Ländern sind kompromißlose marktwirtschaftliche Reformen dringend notwendig. Die Unternehmen brauchen mehr Kompetenzen im Bereich der Lohnstruktur, der Personalentwicklung sowie der Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften. Wenn das neue Arbeitsvertragsrecht, das 1986 in China geschaffen wurde, auf die festangestellten Arbeitskräfte ausgedehnt würde, könnte dies die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verwandeln und die Produktivität auf ein höheres Niveau heben. Durch die Arbeitsämter haben in China seit 1988 mehr als 6 Millionen Personen neue Arbeitsplätze gefunden; dies wird die Arbeitsmobilität steigern und zu einer verbesserten Allokation erworbener Kenntnisse und Fertigkeiten führen. Ein landesweites Sozialversicherungssystem, das die Arbeitskräfte nicht an einen bestimmten Arbeitsplatz bindet, wird die Mobilität weiter fördern.

### *Investitionen in die Menschen*

Die wirtschaftliche Entwicklung erfordert ein sorgfältiges Abwägen zwischen der Rolle des Staates und des privaten Sektors in einer Vielzahl von Politikbereichen. Bei den sozialen Ausgaben bestehen große – und weithin nicht genutzte – Möglichkeiten für eine erfolgreiche Partnerschaft zwischen staatlichen und privaten Leistungsträgern. In höherem Maß als in sonstigen Politikbereichen – von der gesamtwirtschaftlichen Politik abgesehen – fällt aber dem Staat auf diesem Gebiet gewöhnlich die Führungsrolle zu. Die Regierungen müssen diese Aufgabe ohne Wenn und Aber annehmen und ihr höchste Priorität geben. Die Erfahrung zeigt, daß massive Investitionen in die Menschen nicht nur unter humanitären Aspekten, sondern auch in nüchterner wirtschaftlicher Sicht sinnvoll sind.



## *Das Umfeld der Unternehmen*

Ein nachhaltiges Wachstum erfordert mehr als nur eine hohe Kapitalbildung. Es erfordert, daß dieses Kapital produktiv genutzt wird, was wiederum die richtigen Marktanreize, die richtigen Institutionen und die richtigen unterstützenden Investitionen voraussetzt – drei Schlüsselemente der Produktivität.

Zuallererst sind angemessene Marktanreize notwendig. Die Korrektur falscher Preissignale und die Schaffung eines Klimas, das den Unternehmen eine Reaktion auf diese Signale erlaubt, kann die Ertragsrate von Investitionen um die Hälfte steigern – und sie sogar verdoppeln, wenn die Verzerrungen besonders ausgeprägt waren (wie die statistischen Untersuchungen weiter unten in diesem Kapitel zeigen werden). Dieser Unterschied in der Produktivität der Investitionen kann sich in einem zusätzlichen jährlichen Wachstum des BIP pro Kopf um 1 bis 2 Prozentpunkte niederschlagen. Er kann dazu beitragen, daß sich eine stagnierende Volkswirtschaft in eine lebhaft expandierende verwandelt.

Marktanreize allein genügen jedoch nicht. Wenn die Bauern und die Unternehmer auf sachgerechte Signale reagieren sollen, brauchen sie den Zugang zu Informationen und Märkten und müssen in der Lage sein, ihre Transaktionen zu akzeptablen Kosten abwickeln zu können. Diese Voraussetzungen sind häufig nicht gegeben, was manchmal auf fehlgeleitete Staatseingriffe zurückzuführen ist. Es liegt aber nicht immer an unzumutbaren Eingriffen; häufig führt das Fehlen von öffentlichen Institutionen und Investitionen dazu, daß die Märkte auf Dauer versagen. Die Märkte für Güter, Vorleistungen, Arbeit und Kapital müssen besser integriert werden, und zwar vom Land zur Stadt

und von der Stadt zum Auslandsmarkt. Oft ist auch die Informationsübermittlung unzulänglich, selbst wenn die Preise die richtigen Signale geben. Den Unternehmen muß eine angemessene Infrastruktur zur Verfügung stehen, und sie müssen Zugang zu Forschungs- und Beratungsdiensten haben; diese fördern die Marktintegration und tragen zur Ausbreitung neuer Technologien bei. Die Unternehmen brauchen auch gesetzliche und vertragliche Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit – und zwar solche, die die Eigentumsrechte schützen, Transaktionen erleichtern, den konkurrierenden Marktkräften die Bestimmung von Löhnen und Preisen ermöglichen und den Marktzutritt sowie das Ausscheiden von Firmen erlauben.

Der öffentliche Sektor kann entscheidend zur Reduzierung der Transaktionskosten der Bauern und der Unternehmen beitragen, indem er die Betriebe durch Investitionen und Institutionen unterstützt. Wenn dies geschieht, steigt die volkswirtschaftliche Ertragsrate von Projekten. Staatliche Investitionen und Institutionen sind notwendig, um den Wettbewerb zu fördern. Diesem Ziel ist auch näherzukommen durch eine stärkere Beteiligung des privaten Sektors am Angebot von Gütern und Diensten, die üblicherweise vom öffentlichen Sektor bereitgestellt werden: Energie und Telekommunikation, Kredite für Klein- und Agrarbetriebe, Forschung und Entwicklung sowie landwirtschaftliche Beratung. Eine sachgerechte Politik, zweckmäßige Institutionen und nützliche öffentliche Investitionen sind unverzichtbar. Doch der Schlüssel zur raschen Entwicklung ist der Unternehmer. Der Staat muß den Unternehmen dienen, seien sie groß oder klein, und darf sie nicht dominieren.

## Freies Unternehmertum

Irene Dufu, eine Krankenschwester in Ghana, die zur Geschäftsfrau wurde, ist ein Beispiel dafür, wie in einer zunehmend von Konkurrenz bestimmten Wirtschaft der Zugang zu Finanzierungsmitteln den Unternehmertegeist wecken kann. Sie ließ ihre Fischereigesellschaft – Cactus Enterprise Ltd. – im Jahr 1978 in Tema, Ghana, eintragen, nachdem sie den Betrieb zwei Jahre zuvor informell aufgenommen hatte. Sie begann mit einem kleinen Holzboot und zwölf Mann; heute beschäftigt sie fünfundsechzig Fischer auf drei Booten. Ihr Umsatz im Jahr 1989 betrug 1,2 Mio Dollar.

Wie gelangte Mrs. Dufu zum Erfolg? Als sie noch als Oberschwester am Militärhospital in Accra tätig war, wandte sich eine Gruppe von Fischern an sie, die aus einem Dorf stammte, wo ihr Vater als Dorfoorsteher gedient hatte. Diese Fischer wünschten einen Kredit, um neue Boote zu kaufen. Da sie Analphabeten waren und nicht über Sicherheiten verfügten, hatten die Banken sie abgewiesen. Mrs. Dufu nahm zugunsten der Fischer einen Kredit auf, wobei sie ihr Haus als Sicherheit verwendete. Die Fischer zahlten den Kredit in sechs Monaten zurück. Dies veranlaßte Mrs. Dufu, über einen beruflichen Wechsel nachzudenken. Die Gehälter bei der Armee und in den staatlichen Unternehmen hielten mit den rasch steigenden Lebenshaltungskosten nicht Schritt, und sie mußte für drei Kinder sorgen. Viele erfolgreiche Handelsunternehmen und Omnibusgesellschaften in Ghana gehören Frauen. Was sprach dagegen, selber in die Fischerei und Vermarktung einzusteigen? Mit der von der Armee gezahlten Abfindung finanzierte sie einen Lastwagen, der als Sicherheit für einen Kredit diente, mit dem sie ein gebrauchtes hölzernes Fischereiboat erwarb. Dann heuerte sie einen Kapitän an, der eine gute Nase für das Aufspüren von Fischeschwärmen hatte, und eine Mannschaft, die bereit war, Wochen auf See zu verbringen.

Sie stellte fest, daß sie mit der staatlichen Fischereigesellschaft konkurrieren konnte, indem sie billiger verkaufte, und gleichwohl gute Gewinne machte. Daraufhin kaufte sie ein billiges reparaturbedürftiges Thunfisch-Boot, womit sie sich den Markt für Thunfisch in Dosen erschloß, den sie an eine Firma in den Vereinigten Staaten lieferte. Seit der Liberalisierung des Devisenmarktes in Ghana im Jahr 1987 war Mrs. Dufu in der Lage, ein Devisenkonto zu unterhalten, was ihr die Geldbeschaffung für Kauf und Reparatur der beiden gebrauchten Boote erleichterte. Auf die Überholung der Maschine des einen Bootes wird sie jedoch noch warten müssen. Die Banken in Ghana geben der Kreditgewährung an den Staat Priorität: Nur 10 Prozent der gesamten Kreditgewährung kam 1989 dem privaten

Sektor zugute. Trotz der Kreditbeschränkungen trägt Mrs. Dufu aber zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Ghanas bei.

Yoon Soo Chu ist ein Beispiel dafür, was aus einem bescheidenen Anfang, harter Arbeit und einer Reihe von produktiven Fehlschlägen entstehen kann, wenn das wirtschaftspolitische und institutionelle Umfeld günstig ist. Im Jahr 1977 bekamen Chu und sein kleines Team von Ingenieuren eine Ecke von 15 Quadratfuß in einem alten Labor der Elektronik-Abteilung eines koreanischen Mischkonzerns zugewiesen. Es schien ein absurdes Unterfangen, daß ein winziges und spartanisch ausgerüstetes Labor in Korea die gigantischen amerikanischen und japanischen Gesellschaften herausfordern sollte. Doch Chu wußte auch, daß seine Vorgesetzten Mikrowellenherde produzieren wollten. Als bald hatte er sich die weltbesten Modelle beschafft und suchte sich die jeweils besten Komponenten für seinen Prototyp aus. Nach einem Jahr verfügte Chu über einen testfertigen Prototyp. Als er ihn einschaltete, begann der Kunststoff im Innenraum zu schmelzen. Chu verbrachte viele weitere 80-Stunden-Wochen, bis er ein neues Modell entwickelt hatte. Diesmal schmolz der Mikrowellenerzeuger. Die Japaner und Amerikaner verkauften über 4 Millionen Mikrowellenherde im Jahr, und Chu verfügte nicht einmal über einen funktionsfähigen Prototyp.

Bis Juni 1978 hatte er eine neue Version fertiggestellt. Nichts schmolz mehr. Chus Vorgesetzte im Mischkonzern genehmigten eine provisorische Fertigungsstraße. Bald wurden täglich drei Herde produziert. Vier Jahre später überstieg die jährliche Produktion 200.000 Stück, und bis zu den späten achtziger Jahren wuchs sie auf über 1 Million Stück. Auf dem US-Markt entscheidet sich heute mindestens jeder fünfte Käufer für einen der von Mr. Chu entworfenen und auf jener Montagestraße produzierten Mikrowellenherde. Für diesen verblüffenden Erfolg sind die Betonung der Qualitätskontrolle durch den Mischkonzern und seine eingehende Marktkennntnis ausschlaggebend. Chu und seine Ingenieurskollegen sind oft im Ausland unterwegs, um sich zusätzliche Kenntnisse im Bereich Produktentwicklung und Marketing anzueignen. Wie in Korea üblich, arbeiten sie hart: elf Stunden am Tag, siebenundzwanzig Tage im Monat – Manager und Arbeiter in gleicher Weise.

Die Familie Patel in Tansania gründete die Firma Afro Cooling, um PKW-Kühler herzustellen. Sie kaufte die Technologie von einer Firma in Indien, die seit fünfundzwanzig Jahren Kühler produzierte und das Verfahren an die dortigen Bedingungen angepaßt hatte. Die Produktion wurde 1979 mit Hilfe von zwölf ausländischen Experten aufgenommen, die bis 1983 blieben. Seit diesem Jahr, in dem die Handelsreformen einsetzten, hat die Produktion von Afro Cooling ständig zugenommen. Die

*Firma arbeitet rationell; sie verwendet arbeitsintensive Verfahren und einfache Ausrüstungen, doch legt sie großen Wert auf eine strenge Qualitätskontrolle. Manager und Facharbeiter haben sich die Technologie eines arbeitsintensiven Produkts des Gerätebaus zu eigen gemacht und sie angepaßt. Sie betrieben für ihr Produkt ein aggressives Marketing auf dem Inlands- und Auslandsmarkt – selbst in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs und einer widrigen Wirtschaftspolitik. Trotz der jüngsten Einfuhr liberalisierung beherrschen sie weiterhin den heimischen Markt für Kühler. Sie haben diversifiziert, indem sie industrielle Kühlanlagen und Wärmeaustauscher in ihr Programm aufnahmen. Fast die Hälfte ihrer Produktion geht in den Export.*

Unter ganz verschiedenen Rahmenbedingungen sind Duff, Chu und die Patels Beispiele für die Stärken des Unternehmertums: die Fähigkeit, eine neue und oft riskante Chance wahrzunehmen, sich anzupassen, innovativ zu sein und zu wachsen. Zahllose andere Fälle sind weniger ermutigend.

*Die Morogoro Shoe Company, ein halbstaatliches Unternehmen in Tansania, nahm 1980 ihren Betrieb mit finanzieller Unterstützung durch die Weltbank auf. Sie sollte zu einer der größten Schuhfabriken der Welt werden und über 80 Prozent ihrer Produktion exportieren. Die Fabrik war jedoch schlecht konzipiert und mangelhaft gebaut; sie hatte von Anfang an mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Kapazitätsauslastung betrug im Durchschnitt weniger als 4 Prozent. Kein einziges Paar Schuhe wurde je exportiert. Das Management des Unternehmens war unzulänglich, das Design der Produkte schlecht und die Qualitätskontrolle nicht existent. Auf Basis von Weltmarktpreisen erwirtschaftet es eine negative Wertschöpfung. Mitte der achtziger Jahre war die Aufrechterhaltung der Existenz des Unternehmens mit volkswirtschaftlichen Kosten von einer halben Million Dollar pro Jahr verbunden – nicht gerechnet Zinsen und Tilgung auf das investierte Kapital von 40 Mio Dollar.*

Diese gegensätzlichen Beispiele lassen die Bedingungen für Erfolg oder Mißerfolg sichtbar werden. Obwohl sie nur illustrativer Art sind (und der Ergänzung durch die unten vorgetragene Analyse bedürfen), weisen diese Fälle auf folgendes hin: Der Erfolg setzt richtungsweisende Signale voraus, die die Unternehmer zur Aufnahme von produktiven und profitablen Aktivitäten anreizen. Die Unternehmer müssen dann fähig sein, auf diese Signale zu reagieren. Dazu brauchen sie Fertigkeiten – weshalb die Ausbildung so wichtig ist. Doch brauchen sie auch den Zugang zu Informationen und Märkten, die Kenntnis über die zweckmäßigen Techniken und erprobte Verfahren sowie Zugang zu Krediten, Vorprodukten und Abnehmern ihrer Produkte.

Die Morogoro Shoe Company ist kein Einzelfall – ganz gewiß nicht. Auf allen Kontinenten lassen sich „wertvernichtende“ Unternehmen finden; das Spektrum reicht von polnischen Werften bis zu chinesischen Autofabriken. Sie sind im öffentlichen Sektor ebenso wie im privaten Sektor zu finden. Für Morogoro Shoe stellte der Zugang zu den potentiellen Märkten und zur Investitionsfinanzierung kein Problem dar, doch waren die anderen Erfolgsvoraussetzungen nicht gegeben. Massive Handelsbeschränkungen, eine verzerrte Preisstruktur und ein überbewerteter Wechselkurs machten den Exportanreiz und damit das Streben nach Wettbewerbsfähigkeit zunichte. Das Ergebnis ist extrem, doch nicht ungewöhnlich. Wie in Kapitel 2 ausgeführt, spiegeln die volkswirtschaftlichen Erfahrungen verschiedener Länder die von solchen Einzelfällen vermittelten Lektionen wider. Ein respektables Investitionsniveau war für sich genommen noch kein Garant eines hohen BIP-Wachstums, denn Investitionen müssen auch produktiv sein.

### Unternehmertum in der Landwirtschaft

Die Erfahrung lehrt, daß eine hohe Produktivität der Landwirtschaft für Industrialisierung und Wachstum besonders bedeutsam ist – und daß sie erreichbar ist. Wenn die Industrialisierung in Gang gekommen ist, sind die Industriebetriebe in hohem Maß auf die ländliche Nachfrage nach ihren Produkten angewiesen, sie benötigen landwirtschaftliche Rohstoffe für die Verarbeitung und Agrarexporte, die Devisen bringen. Eine offensive Industrialisierung zu Lasten der Landwirtschaft hat oftmals die Produktionsanreize in der Landwirtschaft untergraben, und zwar vor allem durch die indirekte und direkte Besteuerung des Agrarsektors. Einem solchen Vorgehen lag häufig die irrige Auffassung zugrunde, daß die Landwirtschaft – im Gegensatz zur Industrie – nur über ein geringes Potential für Produktivitätssteigerung und technischen Fortschritt verfügt. In Verbindung mit einer pessimistischen Einschätzung der Exportmöglichkeiten von Agrarprodukten führte dies dazu, daß die Schaffung der notwendigen Anreize und Institutionen im Agrarsektor vernachlässigt wurde.

Falsche Wechselkurs-, Handels- und Preispolitiken wirkten sich verheerend auf die Landwirtschaft aus: Die Marktsignale werden so verzerrt, daß die Bauern nur einen Bruchteil des Wertes (bzw. des Preises frei Grenze) der produzierten Güter erhalten (häufig zwischen 25 und 50 Prozent), während die

Vorleistungen und die von ihnen verbrauchten Güter knapper und teurer werden.

Die Wirtschaftspolitik außerhalb des Agrarsektors – etwa die Handels- und Industriepolitik – wirkte auf die Bauern häufig wie eine Besteuerung und hemmte das landwirtschaftliche Wachstum mindestens ebenso sehr wie die sektorspezifische Preis- und Steuerpolitik. Einfuhrbeschränkungen und hohe Schutzzölle zugunsten der Industrie verknappen und verteuern die Einsatzmittel der Landwirtschaft. Sie erhöhen auch die Preise der von der städtischen Industrie produzierten Güter und von Importwaren, die auf dem Land verbraucht werden. Zudem geht ein überbewerteter Wechselkurs, der die Erzeugerpreise für Agrarprodukte verringert, meist mit einer restriktiven Handelspolitik einher. Überhöhte Staatsausgaben (die oft Subventionen an die Industrie einschließen) tragen zusätzlich zur Überbewertung der Währung bei, belasten die Agrareinkommen mit einer Inflationssteuer und entziehen der Landwirtschaft Ressourcen. Noch schlimmer kommt es, wenn die eigentliche Agrarpolitik, etwa eine Niedrigpreispolitik zur Versorgung der Stadtbevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln, die negativen Anreize aufgrund der Politik im nichtlandwirtschaftlichen Sektor verstärkt.

Was bedeutet all dies für den bedrängten Bauern? Eine neue Untersuchung von achtzehn Entwicklungsländern läßt das Ausmaß der Verzerrungen zu Lasten der Landwirtschaft und ihre negativen Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Leistung zutage treten. Die größten Einbußen in der Landwirtschaft – gemessen an der Differenz zwischen dem tatsächlichen und dem potentiellen Agrarwachstum – ergaben sich bei den „extrem diskriminierenden“ Ländern innerhalb der Auswahl, nämlich Côte d'Ivoire, Ghana und Sambia. Durch seine Politik belastete der Staat in diesen Ländern die Bauern mit einer versteckten Abgabe von über 50 Prozent, wodurch die Erzeugerpreise in fünfundzwanzig Jahren um mehr als die Hälfte reduziert wurden. Zehn andere Länder, die „durchschnittlich diskriminierten“, erhoben von der Landwirtschaft eine versteckte Abgabe von durchschnittlich gut 35 Prozent. Auch diese Länder hatten große Verluste an landwirtschaftlicher Wertschöpfung zu verzeichnen. In Ländern mit einer leichten Diskriminierung bzw. einer neutralen Politik, nämlich in Brasilien, Chile, der Republik Korea, Malaysia und Portugal, gab es dagegen nur geringe oder überhaupt keine Einbußen.

Eine umfangreiche empirische Literatur bestätigt, daß die Bauern auf die staatliche Politik sehr

deutlich reagieren: Bei guten Aussichten für die Betriebseinkommen verhalten sie sich innovativ, übernehmen neue Techniken, verbessern vorhandene Verfahren und steigern die Produktion. Bei der Beurteilung der bäuerlichen Reaktion auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen müssen jedoch sämtliche Faktoren, die den Betriebsgewinn beeinflussen, in Betracht gezogen werden – nicht allein die Preispolitik. Zudem muß zwischen den Auswirkungen auf einzelne Agrarprodukte und dem Gesamteffekt auf die Agrarproduktion differenziert werden.

Die produktbezogene Angebotsreaktion auf verbesserte Preisanreize kann sehr stark ausfallen, und zwar selbst auf kurze Frist. In der Milchproduktion können die Bauern fast unmittelbar auf höhere Erzeugerpreise reagieren; sie brauchen dazu nur die Zusammensetzung des Futters zu verändern. Bei einjährigen Pflanzen kann die Reaktion besonders ausgeprägt sein: In Tansania verdoppelte sich die Baumwollproduktion innerhalb Jahresfrist, als die Erzeugerpreise im Wirtschaftsjahr 1986/87 beträchtlich angehoben wurden. Auch die Produktion landwirtschaftlicher Exporterzeugnisse kann kurzfristig auf Preis- und Wechselkursveränderungen beträchtlich reagieren, ganz ähnlich wie das Angebot einzelner Agrarprodukte. Schätzungen ergaben sogar, daß die Agrarexporte auf Preisanreize stärker reagieren als die gesamten Warenexporte.

Wenn die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sehr ungünstig sind und zu einer beträchtlichen Unterbeschäftigung von Produktionsfaktoren führen, kann selbst die gesamte Agrarproduktion kurzfristig in eindrucksvoller Weise auf verbesserte Preise reagieren. In Ghana erhielten die Bauern vor den Reformen der frühen achtziger Jahre so niedrige Preise für ihren Kakao, daß sie die Früchte am Baum verfaulen ließen; verbesserte Preise führten zu starken Erntesteigerungen, die die gesamte Agrarproduktion erhöhten.

Wenn jedoch die freien Kapazitäten in der Landwirtschaft nicht so groß sind, hält sich die ganz kurzfristige Reaktion des gesamten Agrarangebots – im Gegensatz zur Reaktion einzelner Produkte – oft in Grenzen, auch wenn sie grundsätzlich positiv ist. Die gesamte Produktion kann nur wachsen durch Abbau von Ineffizienz, Einsatz zusätzlicher Ressourcen in der Landwirtschaft oder Anwendung neuer Techniken. Die Verbesserung etablierter Verfahren, die Einführung neuer Techniken und der zusätzliche Einsatz von Arbeit, Kapital und Boden erfordern jedoch Zeit. Im Lauf der Zeit wandern Arbeitskräfte zu, und die Bauern können ihre

Anbauprogramme anpassen, zusätzliche Produktionsfaktoren einsetzen und die Verfahren verbessern. Fünf bis zehn Jahre nach einer einmaligen Zunahme der Agrarpreise kann die gesamte Agrarproduktion beträchtlich steigen – oft um einen Prozentsatz, der demjenigen der Preiserhöhung entspricht, oder sogar stärker.

Die Durchführung eines umfassenden Pakets von Reformen betreffend den Wechselkurs, die Agrarpreise und die Staatsausgaben kann die gesamte Agrarproduktion beträchtlich steigen lassen. Ein Vergleich der Wirtschaftsleistung der Länder in Afrika südlich der Sahara, die Reformen durchführten, mit jenen Ländern, die auf Reformen verzichteten, zeigt, daß sich zwischen den beiden Gruppen in den frühen achtziger Jahren, als die Reformen einsetzten, zunächst geringe Unterschiede herauszubilden begannen. Diese Differenzen wurden im Lauf der Zeit größer, bis die landwirtschaftliche Wachstumsrate in den späten achtziger Jahren bei den Reformländern um mehr als 2,5 Prozentpunkte höher lag – was die Reagibilität der Landwirtschaft Afrikas auf wirtschaftspolitische Änderungen deutlich macht.

Um die Reaktion der Bauern auf veränderte Anreize zu verstärken und aufrechtzuerhalten, sind ergänzende Institutionen und Investitionen notwendig. Die Bauern brauchen Kenntnisse über verbesserte Bewirtschaftungsverfahren, damit sie rationeller wirtschaften und die verfügbaren Produktionsmittel besser einsetzen können. Sie müssen auch mit neuen Agrartechniken vertraut gemacht werden und Zugang zu Märkten, Lagerkapazitäten, Krediten und Einsatzmitteln erhalten. Schließlich ist die Landwirtschaft von Natur aus mit Risiken behaftet, wozu das Wetter, Schädlinge, Pflanzenkrankheiten, Schwankungen in der Verfügbarkeit von Einsatzmitteln und die Volatilität von Preisen beitragen. Der Staat kann den Bauern helfen, indem er für Forschung und Beratung, gesicherte Rechte an Grund und Boden, eine bessere Ausbildung und physische Infrastruktur wie Straßen und Bewässerungsanlagen sorgt.

Diese komplementären Faktoren sind nicht ganz unabhängig von der Wirtschafts- und Agrarpolitik. Eine zweckdienliche Preispolitik fördert die Weiterentwicklung der Institutionen und die Investitionen, und zwar im öffentlichen wie im privaten Sektor. Wenn die Preise stimmen und entsprechende agrarklimatische Bedingungen gegeben sind, fragen die Bauern zusätzliche Infrastruktur, Beratungsdienste und Kreditfazilitäten nach, die Forschungsinstitute verstärken ihre Bemühungen um

die Entwicklung und Anpassung von Sorten, die den Bauern höchsten Nutzen bringen, und private Händler und Geldverleiher breiten sich aus. Die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen wird zum Teil von Gemeinschaften der Bauern selbst und von anderen privaten Unternehmen befriedigt, zum Teil durch staatliche Entscheidungen zugunsten öffentlicher Programme in den Bereichen, wo mit einer besonders ausgeprägten Angebotsreaktion gerechnet wird. Wenn aber der öffentliche Sektor seine ergänzende Rolle stärker wahrnimmt und die Nachfrage nach staatlichen Dienstleistungen antizipiert, kann schließlich die Angebotsreaktion stärker ausfallen und früher eintreten.

Die Erfahrung Chinas zeigt, wie wirksam das Zusammenspiel von Preisanreizen und einem flankierenden institutionellen Rahmen sein kann. Seit den fünfziger Jahren wurde dort ein umfangreiches Programm zur Pflanzenzüchtung betrieben; die Zahl der landwirtschaftlichen Beratungsstellen stieg von einigen hundert auf über 17.000 im Jahr 1979. Doch die Produktion beschleunigte sich erst nach 1979, als die Preise beträchtlich angehoben und das „System der Familien-Verantwortlichkeit“ eingeführt wurde. Dieses System verschaffte den Familien die Verfügungsgewalt über den von ihnen genutzten Boden und beließ ihnen ihren Nettoertrag. Das Wachstum der Agrarproduktion nahm von etwa 3 Prozent pro Jahr im Zeitraum 1965 bis 1980 auf mehr als 6 Prozent im Zeitraum 1980 bis 1988 zu.

#### *Investitionen in die Forschung und Beratung*

Die landwirtschaftliche Forschung und Beratung sind in vieler Hinsicht öffentliche Güter; dementsprechend spielt der Staat als ihr Förderer seit langem eine anerkannte Rolle. So können Forschungsergebnisse, die einen neuartigen Fruchtwechsel ermöglichen, von jedem Landwirt genutzt werden, ohne daß ihre Verfügbarkeit für andere verringert würde (es handelt sich somit um ein „kollektiv“ nutzbares oder öffentliches Gut). Zudem wäre es für den privaten Sektor schwierig und kostspielig, Landwirte, die für diese Forschung nichts bezahlen, vom Gebrauch der neuen Informationen auszuschließen. Privaten Wissenschaftlern fällt es somit schwer, sich einen ausreichenden Anteil an den Erträgen zu sichern, damit ihre Investition lohnend wird. Sobald neue Techniken entwickelt und einsetzbar sind, müssen die Landwirte außerdem damit vertraut gemacht werden und gezeigt bekommen, wie sie damit ein Maxi-

mum an Ertrag erzielen. Dies ist die Aufgabe der Beratungsdienste. Die Erfahrung zeigt, daß beide Formen der landwirtschaftlichen Investition sich auszahlen können.

**FORSCHUNG.** Das Zusammenwirken der internationalen und der landeseigenen Agrarforschung ist entscheidend für die Entwicklung und Anpassung von neuen Verfahren und Sorten, die sich für den Pflanzenbau und die agrarklimatischen Bedingungen der Entwicklungsländer eignen. Investitionen in die Forschung und Entwicklung (F&E) in der Landwirtschaft können sehr hohe Erträge bringen – oft zwischen 30 und 60 Prozent, wie viele pflanzen-spezifische Untersuchungen zeigen. Beispiele dafür sind die Forschungen über Mais in Peru, Kautschuk in Malaysia und Weizen in Chile und Pakistan. Derart hohe Ertragsraten deuten darauf hin, daß immer noch zu wenig in diese Aktivitäten investiert wird – trotz der beträchtlichen Steigerung der Ausgaben und des wissenschaftlichen Einsatzes während der vergangenen dreißig Jahre.

Die private F&E hat in den letzten Jahren zugenommen, doch machte sie in den wenigsten Fällen mehr als 10 Prozent der staatlichen Ausgaben für die Agrarforschung aus. Dies hängt nicht allein damit zusammen, daß die Aneignung der Erträge schwierig ist. Die private F&E unterliegt häufig staatlichen Restriktionen und Regulierungen. So ließ Pakistan früher private Gesellschaften in der Pflanzenzuchtforschung nicht zu. Beschränkungen beim Einkauf von pflanzlichem und tierischem Protoplasma, von Ausrüstungen und wissenschaftlichem Know-how im Ausland haben private Bemühungen in manchen Ländern zusätzlich erschwert. Indien beschränkte die Einfuhr von Parentalgenerationen kommerzieller Geflügelarten, um die heimische Kükenzüchtung und -erzeugung anzuregen; die Philippinen dagegen förderten den Technologietransfer von privaten Unternehmen durch Steuervergünstigungen für F&E. Das Ergebnis war, daß Hybridgeflügel mit hoher Futtermittelverwertung auf den Philippinen rascher eingeführt wurde als in Indien.

In manchen Anwendungsbereichen gibt es Anreize für private Forschung, wenn die Resultate sich in Produkten niederschlagen, deren Eigentümerrechte von Natur aus oder durch Patente geschützt sind. In der biologischen und physikalischen Grundlagenforschung sind die Anreize für den privaten Sektor jedoch schwach, und das gilt auch für die generische und angewandte Forschung, wenn die Ergebnisse nicht patentiert oder durch Urheberrechte geschützt werden können.

Innovative Landwirte, wohlhabende wie arme, experimentieren mit neuen Techniken und widmen oft einen kleinen Teil ihrer Anbaufläche informellen Versuchen mit einer neuen Technik. Sie führen jedoch selten methodische Untersuchungen durch, da ihr Betrieb regelmäßig zu klein ist, um mehr als nur einen kleinen Teil der potentiellen Vorteile aus der eigenen Forschung hereinzuholen. Selbst ein privates Unternehmen im Bereich der Agrartechnik (beispielsweise ein Saatgutproduzent) kann zu klein sein, um sich einen nennenswerten Teil der Erträge aus der eigenen Forschung anzueignen. Es wird sich statt dessen verbesserter Sorten bedienen, die aus der staatlichen Forschung stammen, sei sie aus nationalen oder aus internationalen Quellen finanziert (Sonderbeitrag 4.1).

Die biotechnische Forschung hat in den Entwicklungsländern noch kaum begonnen. Sie verspricht, die Widerstandsfähigkeit von Pflanzen und Tieren gegen Belastungen und Schädlinge zu verbessern, die Effizienz der Verwertung von Nährstoffen durch Pflanzen und Tiere zu steigern und die gegenwärtigen biologischen Begrenzungen weiterer Ertragssteigerungen zu lockern. Ebenso wichtig ist, daß sie den Bedarf an Agrarchemikalien verringern könnte, was der Umwelt zugute käme. Während der Wirkungsbereich der Grünen Revolution begrenzt war (denn sie betraf nur einige Pflanzen, die auf Bewässerung ansprachen), kann die Revolution der Biotechnik die gesamte Landbevölkerung erreichen. Damit bietet sie Hoffnung für alle Kontinente.

Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß als Resultat des biotechnischen Fortschritts manche Rohstoffe, die die Entwicklungsländer heute für den Export produzieren, von neuen Produkten aus Industrieländern verdrängt werden und sich ganz neue Strukturen der Agrarproduktion und des Agrarhandels herausbilden. Die Vorteile der biotechnischen Forschung für die Entwicklungsländer dürften gleichwohl höher ausfallen als diese Kosten, insbesondere wenn die Länder sich an veränderte Rahmenbedingungen flexibel anpassen, und wenn die Entwicklungsländer an den neuen Techniken, die in den Industrieländern entwickelt werden, Anteil haben. In Ländern mit niedrigem Einkommen, wie denen in Afrika, werden Verbesserungen der naturwissenschaftlichen Ausbildung und der landwirtschaftlichen Ausbildungsprogramme notwendig sein, um die Anpassung und Ausbreitung der neuen Techniken zu unterstützen. Es wird jedoch noch einige Zeit vergehen, bis neue Sorten, die auf den Bedarf der Entwicklungsländer zugeschnitten sind,

verfügbar sein werden: bis zu fünf Jahre bei Kartoffel und Reis (Sonderbeitrag 4.1), fünf bis zehn Jahre bei Banane, Maniok und Kaffee, und mehr als zehn Jahre bei Kokosnuß, Ölpalme und Weizen.

**BERATUNG.** Staatliche Beratungsdienste können erfolgreich sein. Eine Untersuchung von fast fünfzig staatlichen Beratungsprogrammen in den Entwicklungsländern ergab bei den meisten eine signifikante positive Wirkung. Doch gab es bei staatlichen Programmen auch Mißerfolge. Der Erfolg setzt in der Regel eine Reihe ergänzender agrarpolitischer Maßnahmen voraus – ganz abgesehen davon, daß die Beratungsdienste über ein Angebot neuer Techniken und besserer Praktiken verfügen müssen. Häufig gelang es den Beratungsdiensten nicht, neue Techniken anzubieten, oder sie verbreiteten Verfahren ohne Berücksichtigung der spezifischen agrarklimatischen Bedingungen und der jeweiligen Ressourcenbeschränkungen, denen die verschiedenen Bewirtschaftungssysteme oder Gebiete ausgesetzt sind. So wurden etwa durch die Beratung kostspieliger Kunstdüngereinsatz und arbeitssparende Verfahren auch in Gebieten mit einem Arbeitskräfteüberschuß und niedrigen Erträgen verbreitet.

Ebenso bedeutsam für eine erfolgreiche Beratungsarbeit ist die politische Unterstützung, das Engagement der Führungskräfte und die Sicherung des Geldbedarfs. In Budgetkrisen werden die Beratungskräfte zwar oft weiterbeschäftigt, erhalten

aber keine Gelder für ihre Reisespesen. Die Qualität der ländlichen Infrastruktur ist wichtig, und dies gilt auch für die Kenntnisse und Erfahrungen des Beratungspersonals, das oft über die zweckmäßigen Verfahren weniger Bescheid weiß als die Landwirte.

Die Beteiligung der Bauern, insbesondere an der Programmentwicklung und dem Informationsrückfluß, erhöht die Erfolgchancen eines Beratungsprogrammes beträchtlich. Die Zusammenarbeit mit den Landwirten ist ein Element des Ausbildungs- und Visitationssystems (A&V) der landwirtschaftlichen Beratung. Bei diesem Ansatz wird versucht, das Beratungsangebot (wobei die professionelle Qualität der Berater betont wird, die hauptamtlich unter einheitlicher Leitung tätig sind) und den Informationsrückfluß (durch regelmäßige Besuche bei den Landwirten, wobei die Beratungskräfte einen großen Teil ihrer Zeit auf deren Feldern verbringen) in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Dieses System war nicht durchweg erfolgreich, zum Teil, weil der Rückkoppelung über die Landwirte nicht genügend Gewicht beigemessen wurde, doch scheint das A&V-System unter ganz unterschiedlichen Bedingungen die Produktion gesteigert zu haben. In manchen afrikanischen Ländern hat das A&V-System, auch wenn es nicht problemlos ist, dort, wo die Beratungstätigkeit früher durch Doppelarbeit und fehlende Orientierung geprägt war, ein besseres Management und mehr Disziplin

#### **Sonderbeitrag 4.1 Eine andere Art des Unternehmertums: Gurdev Khush züchtet Superreis am Internationalen Institut für Reisforschung**

In Asien ist Reis die Hauptkalorienquelle für 2,7 Milliarden Menschen. Es war eine entscheidende Leistung der Grünen Revolution, daß die Reiserzeugung in den letzten fünfundzwanzig Jahren rascher zugenommen hat als die Bevölkerung Asiens. Während dieser Zeit hat sich der reale Reispreis halbiert, und die von so vielen Beobachtern vorausgesagten Hungerkatastrophen sind ausgeblieben. Die erste Hohertrags-Reissorte für die Tropen, IR8, wurde im Jahr 1966 vom Internationalen Institut für Reisforschung auf den Philippinen zur Verfügung gestellt. IR8, die Kreuzung einer zwergwüchsigen chinesischen Reispflanze mit einer indonesischen Sorte, war eine Reispflanze mit neuartigem Aufbau. Seitdem wurden verbesserte Sorten, wie IR36, entwickelt, die bis zu drei Ernten im Jahr ermöglichen. Die letztgenannte Sorte ist gegenwärtig die weltweit am häufigsten angebaute Pflanzenvarietät. Gurdev Khush, der Chef der Pflanzenzüchtung beim IRRI und Züchter von IR36, meint, daß sich die Reisproduktion mit den

vorhandenen Verfahren während des nächsten Jahrzehnts um 25 bis 30 Prozent steigern ließe.

Um aber den wachsenden Bedarf des nächsten Jahrhunderts zu decken, züchten Khush und seine Kollegen bereits einen neuen Superreis, der viel mehr Menschen von weniger Land ernähren soll. Dieser Reis wird ganz anders aussehen als die heute verfügbaren Sorten: Er wird einen robusteren Halm, dunkelgrüne Blätter und kräftigere Wurzeln besitzen und gegenüber einer Vielzahl von Krankheiten und Schädlingen genetisch widerstandsfähig sein. Die Bauern werden einen höheren Ertrag erzielen, indem sie ihn direkt aussäen, statt Sämlinge einzupflanzen, was den Reisanbau heute so mühsam macht. Es wird erwartet, daß dieser Reis bei jeder Ernte 13 bis 15 Tonnen je Hektar ergibt, verglichen mit einem maximalen Ertrag der heute verfügbaren Sorten von 8 bis 9 Tonnen. Die Biotechnik dürfte den Schlüssel zur Entwicklung dieser neuen Sorte bereithalten.

#### Sonderbeitrag 4.2 Landwirtschaftsberatung und die Initiative für Agrardienste in Afrika

Die Nahrungsmittelproduktion in Afrika wird von 1990 bis 2020 jährlich um mindestens 4 Prozent zunehmen müssen, um den wachsenden Bedarf der Bevölkerung Afrikas zu decken. Zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Leistung startete die Weltbank im Jahr 1988 eine Initiative für Agrardienste in Afrika, die zur Entwicklung und Vorbereitung neuer Agrartechniken und einer besseren Nutzung vorhandener Verfahren beitragen soll – unter Anpassung an die jeweiligen Anbaubedingungen. Beispielsweise würde die Verbreitung eines Verfahrens, das ein intensives Unkrautjäten erfordert, nur dort empfohlen, wo Arbeitskräfte ausreichend vorhanden sind.

Die Initiative konzentriert sich auf die Errichtung von nationalen Beratungsdiensten nach dem A&V-Modell und auf die Verbesserung der Forschung, der Infrastruktur und

des Angebots von Krediten und Betriebsmitteln. Die Verbesserung der Wirtschaftspolitik ist eine entscheidende Komponente. Die Initiative stellt Mittel zur Verfügung, unter anderem für die Entsendung von Fachkräften unterhalb der Führungsebene nach Afrika. Sie unterscheidet sich von früheren Programmen, weil sie alle landwirtschaftlichen Dienstleistungen umfaßt und das Leistungsmanagement durch einheimische Kräfte statt durch Ausländer erfolgt. Dementsprechend wird großer Wert auf die Schulung der Führungskräfte und die Arbeit mit den Bauern gelegt. Außerdem sieht die Initiative vor, daß die Rolle der Bauernvereinigungen und des Privatsektors im Leistungsmanagement sowie bei der Versorgung mit Beratungsleistungen und anderen Hilfsdiensten ausgebaut wird.

gebracht. Externe Organisationen wie die Weltbank haben sich zunehmend diesem strukturierten Ansatz verschrieben (Sonderbeitrag 4.2).

Der private Sektor wird zuwenig als Träger von Beratungsdiensten genutzt. Die Erfahrungen von Kaffeeplantagen in Kolumbien und Viehzüchtern in Argentinien zeigen, daß in der kommerziellen Landwirtschaft regionale oder produktorientierte Vereinigungen, die Kosten und Nutzen der Beratung auf ihre Mitglieder verteilen, gute Arbeit leisten können. In Kenia wird der Veterinärdienst vom Staat und den privaten Landwirten gemeinsam getragen. Oft leisten Händler, Saatgutanbieter und die Verarbeitungsindustrie Beratungsdienste. In Thailand sorgte ein privater Agrarkonzern für eine gesteigerte Qualität und Quantität der von ihm zur Verarbeitung angekauften Agrarprodukte, indem er eigene Beratungsdienste für Landwirte einrichtete. Die Firma stellte zunächst Absolventen von Landwirtschaftsschulen für den Beratungsaußendienst ein. Als dieser Ansatz fehlschlug, griff man auf Landwirte zurück, die für eine nebenberufliche Beratung anderer Landwirte bezahlt wurden. Das Programm ist nunmehr erfolgreich. Ein großer multinationaler Lebensmittelkonzern hat in Costa Rica einen eigenen Beratungsdienst errichtet; dadurch wurden bessere Verfahren des Ananasanbaus mit Erfolg verbreitet. Solche Beispiele zeigen, daß der private Sektor im Beratungswesen eine größere Rolle spielen kann, wenn die Beschränkungen der Privatinitiative in Handel, Vermarktung und Produktion abgebaut werden und die Kommerzialisierung der Landwirtschaft zunimmt.

#### Kredit und Vermarktung

Der private Sektor kann auch Agrarkredite anbieten:

*Banco del Desarrollo in Santiago, Chile, ist eine Synthese aus einer gewinnorientierten Kreditgenossenschaft und einer kirchlich getragenen nichtstaatlichen Organisation (NSO). Die Bank bietet traditionell Verbraucherkredite, Kredite für die Kleinindustrie und Agrarkredite für Familien mit niedrigem Einkommen an. Seit dem Spätjahr 1989 werden auch Kredite von durchschnittlich 50 Dollar für Kleinstunternehmen in der Lebensmittelherstellung, in der Textilwirtschaft und im Dienstleistungssektor im Rahmen eines Pilotprojektes angeboten. Die Zinssätze orientieren sich an den Refinanzierungskosten. Die Empfänger der Gelder werden üblicherweise nicht als kreditwürdig betrachtet, doch Banco del Desarrollo löst dieses Problem, indem die Kreditnehmer zu Gruppen von vier oder fünf zusammengefaßt werden, die gegenseitig selbstschuldnerische Bürgschaften für die Verbindlichkeiten abgeben. Die Gruppe sorgt damit indirekt für die Bonitätsbeurteilung und die Kreditüberwachung. Ein Jahr nach Aufnahme dieser Geschäfte waren nur 3,5 Prozent der Kredite notleidend.*

Banco del Desarrollo ist nicht die einzige Institution, die die Kreditgewährung an die Armen mit finanzieller Disziplin verbindet. Vor ihrer Verstaatlichung im Jahr 1969 war die Syndicate Bank in Indien ein Vorreiter bei der Kreditgewährung an kleine Gewerbetreibende, wie Gemüseverkäufer am Straßenrand. Heutzutage sind es die Grameen Bank in Bangladesch, ADEMI in der Dominikanischen

Republik und BKK und Kupedes in Indonesien, die mit Erfolg die Bauern und andere kleine Selbständige erreichen und dabei selbst solvent bleiben. Doch sind solche Institutionen selten.

Bankinstitute verlangen gewöhnlich Sicherheiten, etwa Ausrüstungen, Boden oder selbst Viehbestände. Da aber arme Haushalte in der Regel nicht über solche Vermögenswerte verfügen, ist ihnen der Zugang zum formellen Kredit versperrt. Informelle Kredite von Geldverleihern können sehr teuer sein, die realen Zinssätze übersteigen oft 80 Prozent. Kredite sind knapp und teuer, wenn den Geldgebern Informationen über die Kreditnehmer fehlen und die Durchsetzung des Rückzahlungsanspruchs schwierig ist. Die Beschaffung von Informationen über Kreditnehmer kann kostspielig sein. Im ländlichen Pakistan wenden die Geldverleiher bei jedem Kreditinteressenten im Durchschnitt einen Tag zur Informationsbeschaffung auf, wobei sie jeden zweiten Interessenten ablehnen.

Der arme Bauer kann informellen Kredit auch aus einer Reihe anderer Quellen erhalten: von der Familie, von Freunden, Händlern und Kreditvereinen. Kreditvereine auf Gegenseitigkeit sind in ländlichen Gebieten sehr verbreitet; sie bilden eine Hauptquelle für Kredite in Asien und Afrika, wo starke soziale Sanktionen – die bis zur Ausstoßung aus der Gemeinschaft gehen – zur Durchsetzung der Rückzahlung beitragen. Im nördlichen Nigeria und in vielen Gebieten Chinas gibt es aktive Kreditmärkte, auf denen keine Sicherheiten verlangt werden. Für Informationen und Rückzahlung sorgen verwandtschaftliche Beziehungen und die Sanktionen der Dorfgemeinschaft. Da die Kreditgeber aber in einem geographisch begrenzten Gebiet arbeiten und die Kreditnachfrage saisonal schwankt, können solche Arrangements versagen. So brachen in Thailand die dörflichen Kreditmärkte während einer landesweiten Dürreperiode zusammen.

Diese privaten Kreditinstitutionen sind offensichtlich in ihrer Funktion begrenzt und unvollkommen. Dies könnte staatliches Eingreifen rechtfertigen: Der Staat, so wird argumentiert, ist in der Lage, das Marktversagen zu überwinden, da er die Rückzahlung durchsetzen kann. Das mag sich in der Theorie so verhalten, selten aber in der Praxis. Die Regierungen stellen oft fest, daß die Durchsetzung der Kreditverträge eine politische Unmöglichkeit ist. In Indien werben Politiker mit dem Versprechen um Wählerstimmen, nach ihrer Wahl solche Schulden streichen zu lassen. Daneben gibt es eine Vielzahl anderer Probleme. Der Staat zeigte sich bei der

Sammlung und Bewertung von Informationen bei weitem nicht so geschickt wie Kreditgeber, die die Gemeinschaft gut kennen. Billige staatliche Kredite haben in ländlichen Gebieten zumeist die armen Bauern nicht erreicht. Staatliche Kreditprogramme sind oft alsbald in finanzielle Schwierigkeiten geraten; häufig sind sie zusammengebrochen oder wurden zu einer Belastung für den Staatshaushalt.

Worin besteht somit die Rolle des Staates? Zunächst sind eine stabile Gesamtwirtschaft und ein neutrales, nicht verzerrendes ordnungspolitisches Rahmenwerk die Grundvoraussetzungen für die Entwicklung des Finanzsektors. Das Entstehen eines unabhängigen, solventen und wettbewerbsorientierten Bankensektors, der markträumende Zinssätze autonom bestimmen kann und dessen Ausleihpolitik nicht über Gebühr durch Pressionen des öffentlichen Sektors oder von Politikern beeinflusst wird, verbessert die Mobilisierung und Allokation von Krediten. Häufig kann auch die gesamtwirtschaftliche Allokation dadurch verbessert werden, daß die Banken einer kleinen Zahl unproduktiver staatlicher Großbetriebe Mittel zugunsten effizienter privater Aktivitäten, auch der Agrarbetriebe, entziehen.

Selbst ein gesunder Finanzsektor wird aber nicht immer ein ausreichendes Kreditangebot für die Kleinbauern gewährleisten. Zur Steigerung des Angebots kann der Staat die Entwicklung der institutionellen Grundlagen des Kreditwesens und von Kreditmärkten fördern. So können Modifikationen des Vertragsrechts die Kreditvergabe durch die Händler erleichtern, indem ihnen erlaubt wird, fällige Rückzahlungen mit dem Ankaufswert der Ernte zu verrechnen. Durch eine Verbesserung der Rechtsstellung des Bodeneigentümers werden in manchen Agrarregionen zusätzliche Sicherheiten verfügbar. Öffentliche Ausgaben für die ländliche Infrastruktur fördern den Wettbewerb auf dem Kreditmarkt (und auf anderen Märkten). Wenn die Kenntnisse der Armen im Lesen, Schreiben und Rechnen verbessert werden, erhöht sich ihre Kreditwürdigkeit.

Dies illustriert einen wichtigen Sachverhalt: Ein effizienter Eingriff in einen Markt trägt oft zum besseren Funktionieren eines anderen Marktes bei. Die landwirtschaftliche Risikopolitik ist ein anderes Beispiel. Staatliche Ernteversicherungen und Preisstabilisierungsprogramme haben weder die Risiken wirksam reduziert noch die Armen erreicht und erwiesen sich zudem als kostspielig. Der Staat kann die Entlastung der Landwirte von Risiken dadurch besser erreichen, daß er die Marktkräfte wirken läßt

### Sonderbeitrag 4.3 Staatliche Vermarktungseinrichtungen und Erzeugerpreise: Wie der Wettbewerb und die Anreize für die Bauern beeinträchtigt werden

In vielen Ländern wurden während der Kolonialzeit Staatsunternehmen im Agrarsektor errichtet, um die kleinbäuerliche Produktion zu lenken und die Bauern in Europa vor der Konkurrenz zu schützen. In den letzten drei Jahrzehnten haben sich diese Unternehmen ausgebreitet und monopolisieren nun zahlreiche Märkte für landwirtschaftliche Produkte, Betriebsmittel, Dienstleistungen und den Handel. Die Agrarpreise werden üblicherweise von den Staatsunternehmen selbst oder vom Gesetzgeber weit unter dem Weltmarktniveau festgelegt. Oft gilt ein einheitlicher Preis für das gesamte Land während des ganzen Jahres. Die Aufrechterhaltung eines im Jahresverlauf konstanten Preises, ohne Rücksicht auf Erntezeiten oder die Höhe der Vorräte, hält den privaten Sektor von der Vorratshaltung und dem Bau eigener Lagereinrichtungen ab. Ein Einheitspreis während des Jahres hat zur Folge, daß außerhalb der Erntesaison der Verbrauch angeregt und die Erzeugung gedämpft wird, wenn die Kosten des Angebots (bestehend aus den Anbaukosten sowie den Lagerkosten für eine längere Frist) am höchsten sind. Und wenn die Produzenten im ganzen Land denselben Preis erhalten, wird gewöhnlich die Erzeugung in der Nähe der Verbrauchs- oder Verschiffungszentren beeinträchtigt.

Landwirtschaftliche Vermarktungsstellen wurden auch von der Korruption heimgesucht: Gelder gehen „verloren“ und Waren „versickern“ im Parallelmarkt.

Verfehlte Ernteschätzungen, überhöhte Vorratsbildung und Verkäufe zur falschen Zeit haben oft gerade jene Märkte destabilisiert, die diese Institutionen stabilisieren sollten. Und politische Einflüsse haben zur personellen Überbesetzung und zur Vergeudung von Mitteln geführt. All diese Mängel machten die Staatsunternehmen im Agrarsektor zu einer schweren Last für die Staatsfinanzen (Tabelle 4.3 A).

**Tabelle 4.3 A Verluste durch staatliche Vermarktung von Agrarprodukten, ausgewählte Länder und Zeiträume**

Land und Zeitraum	Produkte	Zuschüsse in Prozent der laufenden Staats- ausgaben	Zuschüsse und Kredite in Prozent des BSP
China, 1988	Getreide	10,5	2,0
Indien, 1984–85	Getreide	4,6	0,5
Gambia, 1982–87	Erdnüsse	10,8	2,8
Mali, 1982–85	Getreide	8,8	1,3
Mexiko, 1982–85	Milch, Getreide, Ölsaaten	3,5	..
Sambia, 1980–86	Mais, Kunstdünger, Baumwolle	4,0	3,2
Simbabwe, 1983–87	Alle Produkte	5,6	4,6
Tansania, 1980–81	Alle Produkte	12,4	1,7

Quelle: Knudsen und andere 1991.

und die Herausbildung privater Arrangements, und zwar sowohl auf dem Inlandsmarkt als auch im Außenhandel, erleichtert, etwa indem er privaten Händlern, der Mühlenindustrie und Vereinigungen von Landwirten den Zugang zu den internationalen Warenterminbörsen verschafft. Für die Risikominderung ebenso wichtig sind Investitionen in die Infrastruktur, nämlich in öffentliche Versorgungsbetriebe, Lagerhäuser und Bewässerungssysteme. In Indien beispielsweise hat die unregelmäßige Stromversorgung von Bewässerungsanlagen häufig die landwirtschaftliche Produktivität beeinträchtigt. Wenn die Effizienz der staatlichen Elektrizitätswerke gesteigert werden könnte, wäre eine Risikoquelle für die Landwirte beseitigt.

Wenn die Landwirte neue Techniken anwenden und produktiver wirtschaften sollen, müssen sie Zugang zu größeren Märkten erhalten. Der Staat muß auch hierzu seinen Beitrag leisten. Ein entscheidender Faktor ist wieder die Infrastruktur, ebenso wie ein wirtschaftspolitisches und regulatorisches Umfeld, das einen florierenden Privatsektor erlaubt. Ähnlich wie bei der Versorgung mit Krediten

und Versicherungsleistungen hat aber ein direktes staatliches Engagement in der Vermarktung oft zu Mißerfolgen geführt. Staatliche Monopole für Agrarprodukte haben die Landwirte oft zu schlecht und zu spät bezahlt, um ihren eigenen unwirtschaftlichen Betrieb zu finanzieren und die städtischen Konsumenten zu subventionieren. Dies hatte in vielen Fällen katastrophale Folgen für den Staatshaushalt, die landwirtschaftlichen Einkommen und die Agrarproduktion (Sonderbeitrag 4.3).

### Stärkung der Unternehmerrolle in der Industrie

Industrieunternehmen fällt es in mancher Hinsicht leichter, mit ihrem wirtschaftlichen Umfeld zurechtzukommen, als landwirtschaftlichen Betrieben. In der Regel sind sie größer, weniger zahlreich und räumlich stärker konzentriert, so daß ihre Transaktionskosten nicht so hoch sind. Sie sind unkontrollierbaren Risiken, wie dem Wetter, weniger ausgesetzt. Und oft besitzen sie mehr Aktiva, was die Beschaffung von Krediten erleichtert. Insgesamt

gesehen bedeutet dies, daß die Industriefirmen über bessere Voraussetzungen als die Agrarbetriebe verfügen, um Investitionen in Informationen und Technologie vorzunehmen und sich deren Erträge anzueignen. In anderer Hinsicht weisen Fabriken und Agrarbetriebe jedoch viele Gemeinsamkeiten auf. Fabriken benötigen gleichfalls Infrastruktur (Straßen, Häfen, Wasser- und Stromversorgung). Für sehr kleine Unternehmen kann die Kreditaufnahme schwierig sein. Vor allem aber sind Firmen gegenüber schädlichen Regulierungsmaßnahmen nicht weniger empfindlich.

*Im Jahr 1978 wurde eine größere Erweiterung der Kunstdüngerfabrik im indischen Sindri konzipiert, wodurch dort täglich 2.000 Tonnen Ammoniak und Harnstoff hergestellt werden sollten. Aufgrund staatlicher Vorschriften mußte das Unternehmen einen hohen Prozentsatz der Anlagen für den neuen Betriebsteil aus heimischer Produktion kaufen, darunter Turbokompressoren, die im Inland bis dahin nicht hergestellt worden waren. Die Anlagen funktionierten nicht und mußten umgebaut werden; danach fielen sie ständig aus. Stromproduzenten mit Konzessionen zur örtlichen Alleinverteilung konnten keine verlässliche Versorgung gewährleisten. Als Schwierigkeiten mit der Eisenbahn zu Engpässen bei der Ölversorgung der Fabrik führten, verweigerte die Regierung die Genehmigung von Brennstoffeinfuhren zur Deckung dieses Bedarfs. Die Umstellung auf andere Brennstoffe ließ die Produktionskosten auf mehr als das Doppelte steigen. Durch gewerkschaftlichen Druck kam es zu einer chronischen personellen Überbesetzung. Von den insgesamt 8.000 Arbeitskräften des Werkes waren nur 4.400 unmittelbar in der Produktion tätig. Während der ersten eineinhalb Jahre nach Betriebsaufnahme arbeitete das neue Werk acht Monate lang mit einem Drittel der Kapazität und war während zehn Monaten geschlossen. Es erwirtschaftete eine negative Kapitalverzinsung.*

*Im Gegensatz dazu erlaubte es ein wettbewerbsorientiertes Umfeld, daß Tomás Gómez in Chile erfolgreich war. Er begann in den späten siebziger Jahren mit einem sehr kleinen Betrieb, der in zwei Räumen in Santiago Lederschuhe herstellte. In der heimischen Schuhindustrie herrschte ein scharfer Wettbewerb, und das Unternehmen war zu Effizienz gezwungen, wenn es überleben wollte; doch ein überbewerteter Wechselkurs und hohe Zollsätze auf konkurrierende Produkte behinderten den Export. Nach der Liberalisierung des Außenhandels in den frühen achtziger Jahren besuchten potentielle ausländische Importeure Chile und erteilten dem Unternehmen Aufträge. Herr Gómez bestimmte 20 Prozent seiner Produktion für den Export. Heute exportiert er 80 Prozent seiner Produktion von insgesamt 2,5 Mio Dollar im Jahr,*

*was fast einem Zehntel der gesamten Schuhexporte des Landes entspricht. Er beschäftigt 350 Arbeitskräfte in einer großen und modernen Fabrik.*

### *Regulierung der Industrie*

Für eine Reihe von Regulierungen im Bereich der Industrie gibt es triftige Gründe. Vorschriften zum Schutz der Gesundheit, der Umwelt, der Arbeitssicherheit und ebenso Gesetze zum Schutz von Verbrauchern und Produzenten gegen Wettbewerbsbeschränkungen und Mißbrauch wirtschaftlicher Macht gehören zu den gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, die jede Wirtschaft benötigt. Nur zu oft aber haben die Regierungen in den Entwicklungsländern bei der Aufgabe versagt, für solche Vorschriften und ihre Durchsetzung zu sorgen. Statt dessen haben sie rein wirtschaftliche Aspekte des Firmenverhaltens reguliert, dadurch den Wettbewerb beeinträchtigt und oft hohe Kosten in Form von Produktions- und Einkommenseinbußen verursacht.

Im regulatorischen Arsenal für die Lenkung des Binnenmarktes standen folgende Instrumente zur „Bekämpfung des Wettbewerbs“ im Vordergrund: (a) Beschränkungen des Marktzugangs, wie Betriebs- und Kapazitätskonzessionierung, Ausschließlichkeitsregelungen und andere Maßnahmen zur Reservierung von Märkten, die häufig der Förderung von Staatsunternehmen oder dem Schutz mächtiger Interessenten dienen; (b) Beschränkungen des Marktausscheidens, wie eine ungenügende Durchsetzung oder das Fehlen einschlägiger Gesetze; (c) Preiskontrollen, die vorgeblich dem Schutz der Verbraucher dienen sollen; (d) Einkaufs- oder Vertriebsbindungen, durch die der Kauf oder Verkauf gewisser Güter auf bestimmte Firmen beschränkt wird, die an zentrale Richtlinien und Prioritäten gebunden sind; sowie (e) eine administrativ gelenkte Zuteilung von wichtigen Ressourcen, wie Krediten und auch physischen Produktionsmitteln.

Beschränkungen des Marktzugangs und des Marktausscheidens können enormen Schaden anrichten. In Argentinien hielten hohe Subventionen, die seit langem etablierte Firmen begünstigten, neue Unternehmen vom Marktzugang ab. Die Konzentration in der Industrie nahm zu, während kleinere Firmen Marktanteile einbüßten. Hürden des Marktausscheidens, etwa die Unmöglichkeit, Firmen zu verklagen oder ihre Liquidation zu erzwingen – wie dies bei den Staatsbetrieben in Afrika, China und

Osteuropa die Regel ist –, begünstigen ineffiziente und verlustbringende Firmen und halten damit ebenfalls vom Marktzugang ab. Dies beeinträchtigt außerdem die Einführung neuer Techniken, da ineffiziente Fertigungsstraßen und veraltete Fabriken weiterbetrieben werden können.

Nicht immer profitieren große und expandierende Unternehmen von der staatlichen Politik. Das Entstehen effizienter Großunternehmen, die in Ländern wie Brasilien und der Republik Korea eine wichtige Vermittlerrolle im Technologietransfer und bei der Modernisierung der Industrie spielen, wurde in anderen Entwicklungsländern durch regulatorische Beschränkungen unterbunden. Dort, wo der Staat eine Verteilung der Kapazitäten in der Industrie vornahm, einzelne Industriezweige den Staatsunternehmen vorbehielt und über die Standorte der Fabriken entschied, verzichteten die Firmen auf Wachstum und damit auf die Vorteile der Größendegression und der vertieften Spezialisie-

rung (Sonderbeitrag 4.4). In Pakistan verhindert die staatliche Kapazitätslenkung, daß die Firmen eine effiziente Betriebsgröße erreichen. In der Baumwollspinnerei wird durch die staatliche Konzessionierung die Durchschnittsgröße der Betriebe auf 15.000 Spindeln begrenzt, während die optimale Betriebsgröße bei fast der doppelten Spindelzahl liegt.

Schwieriger abzuschätzen, doch gleichermaßen schädlich sind die zusätzlichen Transaktionskosten, die ein Dickicht von Vorschriften verursacht. Für Großbetriebe besteht die hemmende Wirkung einer restriktiven Regulierungs- und Binnenmarktpolitik nicht so sehr in der unmittelbaren Einschränkung des Ressourcenangebots, sondern in dem unproduktiven Verwaltungsaufwand, der mit dem Rationierungs- und Konzessionierungssystem einhergeht. Darüber hinaus können Großunternehmen in einem durch restriktive Handelspraktiken geprägten Umfeld von der Manipulation des Regulierungssystems selbst profitieren, statt durch

#### **Sonderbeitrag 4.4 Die Erträge einer Reform der Regulierung: Indien und Indonesien**

Indiens Industrialisierungsstrategie beruhte auf der Importsubstitution und einem ungewöhnlich umfassenden und restriktiven System der Regulierung des Inlandsmarktes. In elf Wirtschaftszweigen, die etwa 50 Prozent der Industrieproduktion Indiens repräsentieren, führte diese Strategie zu folgenden Ergebnissen: (a) Wenige Großfirmen spielen eine dominierende Rolle, während die mittleren Unternehmen verdrängt wurden. (b) Die durchschnittliche Betriebsgröße ist bei den meisten Produkten geringer als die wirtschaftliche. (c) Die geschützten Firmen haben die Märkte „im Griff“ und erzielen Monopolrenten: So betrugen die Nettogewinne vor Steuern in Indiens Industrie im Jahr 1982 durchschnittlich 20,8 Prozent der Wertschöpfung, verglichen mit 3,5 Prozent in der Republik Korea im Jahr 1981. (d) Die Innovationsneigung ist gering. Von 1966 bis 1980 sank die Gesamtfaktorproduktivität in diesen Wirtschaftszweigen um über 1 Prozent pro Jahr.

Es überrascht nicht, daß Indiens internationale Wettbewerbsfähigkeit dadurch beeinträchtigt wurde. Sein Anteil am gesamten Export von Industrieprodukten durch die Entwicklungsländer ist gesunken, und der Anteil seiner Industrie am BIP ist seit 1978 nicht mehr gestiegen. Andere Folgen lassen sich schwerer quantifizieren: Die Transaktionskosten sind hoch, und Ressourcen werden durch die ausufernde Bürokratie, unproduktives Streben nach Monopolrenten sowie Unsicherheit und Zeitverluste gebunden.

Auch in Indonesien wurde der private Sektor durch Regulierungen behindert. Bis 1988 wurden Investitionen von Einheimischen und Ausländern auf bestimmte Bereiche beschränkt; es gab Kapazitätsbeschränkungen

und Begrenzungen der Anzahl genehmigter Projekte. Vor der Betriebsaufnahme benötigten selbst anerkannte einheimische Firmen Import- und Exportkonzessionen, eine Konzession für die Betätigung auf dem Inlandsmarkt, Grundstücksrechte, eine Gewerbezulassung, Lagerhaltungs- und Standortbewilligungen. Für all dies wurden oft zwei Jahre benötigt. Mitte der achtziger Jahre sank die Gesamtfaktorproduktivität um 2,5 Prozent.

In Indien erwiesen sich die jüngsten partiellen Reformen als erfolgreich. Seit der Mitte der achtziger Jahre wurde die Konzessionierungspflicht für die Industrie gelockert, ebenso wie manche Einfuhrkontrollen bei bestimmten Rohstoffen und Vorprodukten. Zwar waren die Veränderungen begrenzt, doch wirkten sie sich gleichwohl günstig aus. Der Wettbewerb hat die Gewinne der Großunternehmen reduziert (die 100 größten Firmen verzeichneten einen Gewinnrückgang um 24,3 Prozent von 1986 auf 1987, obwohl ihre Umsätze um 9 Prozent stiegen), und viele kleinere Unternehmen wurden gegründet.

In Indonesien waren die Reformen umfassender: Ausländische Investoren dürfen nunmehr Unternehmen in den Vorrangsektoren erwerben, sofern mindestens 20 Prozent des Kapitals im Inlandsbesitz bleiben, und die Vorschriften über Investitionen von Inländern wurden deutlich gelockert. Die privaten Investitionen nahmen 1989 zu, die Gesamtfaktorproduktivität ist in den letzten Jahren wieder gewachsen, und die durchschnittliche Rendite von Investitionen stieg von 13 Prozent im Zeitraum 1982 bis 1985 auf 22 Prozent im Zeitraum 1986 bis 1988.

Innovation, Einführung neuer Techniken und effiziente Produktion, wie sie von der Disziplin von Wettbewerbsmärkten – im In- und Ausland – verlangt würden, Gewinne zu erzielen.

Binnen- und außenwirtschaftliche Restriktionen bestehen oft Seite an Seite und verstärken sich gegenseitig in ihrer schädlichen Wirkung auf den technischen Fortschritt und die Produktivität der Industrie. Die Vernachlässigung der Reform der Binnenmarktregulierung – die oft eine Reform der Institutionen erfordert – hatte jedoch in vielen Ländern zur Folge, daß die Deregulierung im Inneren nicht immer mit der außenwirtschaftlichen Öffnung Schritt hielt. So kommt es, daß wettbewerbshemmende Regulierungsmaßnahmen in Volkswirtschaften, die sich dem Außenhandel geöffnet haben, fortbestehen, etwa in einigen afrikanischen Ländern. Ihre außenwirtschaftlichen Liberalisierungsprogramme ließen ausgefeilte Konzessionierungsvorschriften, Restriktionen des Binnenmarktes und Regulierungssysteme unangetastet, was den Wettbewerb beeinträchtigt und die Reaktion auf die Liberalisierung abschwächt. Trotz einer stärkeren Öffnung für den Außenhandel hat die Investitionstätigkeit in Malawi nur begrenzt reagiert, da regulatorische Schranken nach wie vor den Zugang zu Schlüsselindustrien, wie der Textilwirtschaft, blockieren.

#### *Regulierung des Arbeitsmarktes*

Die staatliche Regulierung des Arbeitsmarktes dient gewöhnlich dem Schutz der individuellen Wohlfahrt, nicht der Einflußnahme auf die Struktur der industriellen Entwicklung. Beschränkungen der Kinderarbeit, der Arbeitszeit und der Gesundheits- und Sicherheitsrisiken am Arbeitsplatz entsprechen alle dieser Zielsetzung. Mit dem gleichen Ziel vor Augen regulieren viele Regierungen jedoch auch die Lohnbildung und die Sicherheit des Arbeitsplatzes – und diese Maßnahmen haben oft den perversen Effekt, Einkommen und Beschäftigung zu verringern, auch wenn sie in bester Absicht erfolgen.

Mindestlohnbestimmungen und Lohnindexierung verteuern die Beschäftigung von Arbeitskräften. Sie veranlassen die Unternehmen dazu, eine Kombination von Produktionsfaktoren zu wählen, bei der weniger Arbeit und mehr Kapital eingesetzt wird. Dies kann zu Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung führen. Zugleich schadet die unangebrachte Erhöhung der Kapitalintensität der Produktivität der Volkswirtschaft.

Die konkreten Auswirkungen sind von Fall zu Fall verschieden. Manche Länder in Afrika und Asien setzen ihre Arbeitsmarktvorschriften selten durch, und zwar meistens, weil dies zu kostspielig wäre. Nur die mehr im Blickfeld der Öffentlichkeit stehenden Firmen – jene, die eine große Zahl von Arbeitskräften beschäftigen – müssen sich u. U. an die Vorschriften halten, während es kleinen und mittleren Unternehmen leicht fällt, den Regulierungen zum eigenen Vorteil auszuweichen. Dagegen scheint die Arbeitsmarktregulierung in großen Teilen Lateinamerikas (so in Uruguay und – bis vor kurzem – in Chile und Kolumbien) die Ressourcenallokation und die Beschäftigung direkt beeinflußt zu haben, da der moderne Sektor vor allem aus großen und sichtbaren Unternehmen besteht. In Chile führte eine schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage zusammen mit Rigiditäten des Arbeitsmarktes, wie Mindestlöhnen und fehlender Lohnflexibilität im geschützten formellen Sektor, in den frühen achtziger Jahren zu einer offenen Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent.

In den meisten Volkswirtschaften gibt es einen verbindlichen Mindestlohn. Doch ist er in vielen Entwicklungsländern während der achtziger Jahre real betrachtet beträchtlich gesunken. Nur wenn die Gewerkschaften im geschützten formellen Sektor erhebliche Macht besitzen, dürften Verzerrungen und Ungerechtigkeiten in der Lohnstruktur fortbestehen. In Brasilien wurde die Lohnindexierung zur Aufrechterhaltung der Reallöhne im formellen Sektor genutzt, was die Strukturanpassung und die Ressourcenallokation beeinträchtigte und zu Einkommensdisparitäten beitrug.

Vorschriften über die Beschäftigung, wie Kündigungsschutzgesetze, können den Zusammenhang zwischen Lohn und Leistung gefährden und außerdem die Unternehmer dazu veranlassen, weniger Arbeitskräfte auf Dauer einzustellen. In Senegal führen restriktive Kündigungsschutzbestimmungen praktisch zu einer Beschäftigungsgarantie; viele Arbeitskräfte sind dementsprechend wenig motiviert, und die Firmen hüten sich, die Beschäftigung zu erhöhen. In China hat die Arbeitsmarktregulierung zu einem hohen Beschäftigungsniveau in den Städten beigetragen und damit die sozialpolitischen Zielsetzungen erfüllt, doch war dies mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Zwar waren die Reformen, insgesamt gesehen, nützlich, doch ist es den Arbeitskräften immer noch nicht erlaubt, sich frei zu bewegen und Arbeitsplätze zu suchen, wo ihre Fertigkeiten am meisten gebraucht und am höchsten entlohnt werden. In den Staats-

**Tabelle 4.1 Jährliche prozentuale Wachstumsraten von Realeinkommen, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität in der Industrie, ausgewählte Volkswirtschaften und Zeiträume**

Volkswirtschaft und Zeitraum	Einkommen	Beschäftigung	Produktivität
Brasilien, 1965–85	1,7	4,6	4,7
Japan, 1950–70	5,4	4,6	6,9
Jugoslawien, 1965–85	1,3	4,2	1,9
Kolumbien, 1966–84	0,8	3,1	2,1
Korea, Rep., 1966–84	8,1	8,2	7,3
Portugal, 1966–84	0,7	2,1	0,9
Türkei, 1966–84	3,0	5,0	2,1
Taiwan (China), 1966–85	6,4	6,7	7,0

Quelle: Lindauer 1989.

unternehmen gibt es eine beträchtliche personelle Überbesetzung, und ineffiziente Unternehmen werden nicht liquidiert, weil dem Konkursrecht keine Geltung verschafft wird. Dies beeinträchtigt die Allokation des Faktors Arbeit zusätzlich. Letztlich wird die Schaffung produktiver Beschäftigungsmöglichkeiten durch die Arbeitsmarktbestimmungen gebremst, die ursprünglich den Arbeitnehmern zum Vorteil gereichen sollten.

Die auf ein Minimum beschränkte Arbeitsmarktregulierung in der Republik Korea und anderen Volkswirtschaften Ostasiens hat das rasche Wachstum der Beschäftigung und der Reallöhne nicht behindert. Die Arbeitszeiten in der koreanischen Industrie, einschließlich der oft obligatorischen Überstunden, sind die längsten der Welt. Doch seit der Mitte der sechziger Jahre stiegen Löhne und Beschäftigung in der Industrie um mehr als 8 Prozent pro Jahr – rascher als in irgendeiner anderen Volkswirtschaft (Tabelle 4.1).

Die Politik der Regierung gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst kann erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft haben, und zwar teils schon wegen der Größe des öffentlichen Sektors in vielen Entwicklungsländern, teils wegen der Wichtigkeit der vom öffentlichen Dienst erbrachten Leistungen. In Ghana wuchs die Zahl der Staatsbediensteten von 1975 bis 1982 jährlich um 15 Prozent, obwohl das reale Pro-Kopf-BSP fiel, wodurch die Mittel zur Aufrechterhaltung des Reallohnlevels und zur Finanzierung anderer laufender Ausgaben geringer wurden. In der Tat haben die Regierungen in vielen afrikanischen und manchen asiatischen und lateinamerikanischen Ländern versucht, die Beschäftigung im öffentlichen Dienst angesichts wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten aufrechtzuerhalten. Das Ergebnis war in der Regel ein scharfer Verfall der Realeinkommen der Staatsbediensteten. Die Mittelknappheit hat

dazu geführt, daß die Regierungen weniger hochqualifiziertes Personal einsetzten und bei den Sachmitteln sparten. Daher die Landwirtschaftsberater, denen das Benzin für ihre Fahrzeuge fehlt; daher die Korridore voll müßiger Boten und Teejungen, und so fort. Die niedrigen Gehälter führten zu verbreitetem Absentismus, zur Kleinkorruption, zur Schwarzarbeit und einem allgemeinen Verfall von Moral und Disziplin. All dies wirkt sich schließlich auch negativ auf die Produktivität des privaten Sektors aus, weil die Qualität der sozialen und physischen Infrastruktur und anderer öffentlicher Dienstleistungen nachläßt.

### *Besteuerung und Produktivität*

Zur Finanzierung seiner Ausgaben muß der Staat die Haushalte und Unternehmen besteuern. Steuern sind aber mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Die Besteuerung von Waren oder Ausgaben (etwa durch eine Umsatzsteuer) mindert die Arbeitsanreize; Steuerbefreiungen oder eine unterschiedliche Besteuerung verschiedener Güterkategorien verzerren auch die Anreize zum Investieren und zur Produktion bestimmter Güter. Eine hohe Besteuerung des Endproduktes einer Unternehmung reduziert den betriebswirtschaftlichen Ertrag des Investors beträchtlich, so daß sich der Investor oft für ein anderes Projekt entscheidet oder überhaupt nicht investiert.

Es ist schwierig, den gesamtwirtschaftlichen Effizienzverlust abzuschätzen, der von der gesamten inländischen Besteuerung verursacht wird. Doch steht fest, daß eine sehr ungleiche und diskriminierende Besteuerung extremen Schaden verursachen kann. In vielen Entwicklungsländern verfügt der Staat nicht über die administrative Kapazität, um das Steuersystem auf eine breite Schicht von Steuerzahlern anzuwenden. Um einen bestimmten Einnahmebetrag zu erzielen, müssen deshalb die Steuersätze höher sein. Damit steigt die negative Anreizwirkung auf die Besteuernten, und die schädliche Diskrepanz zwischen den Besteuernten und Nichtbesteuernten wächst. In Sri Lanka beispielsweise sind expandierende Unternehmen, die sich in Gesellschaften mit beschränkter Haftung umwandeln, mit einer sprunghaft steigenden Steuerbelastung konfrontiert. Dies führt dazu, daß kleine und mittlere Unternehmen sich weniger um Wachstum bemühen, und die Entwicklung von großen, dynamischen Firmen nationalen Ursprungs gehemmt wird.

#### Sonderbeitrag 4.5 Steuerreform

Steuern dienen der Beschaffung von Einnahmen zur Finanzierung von Staatsausgaben und beeinflussen die Ersparnis, die Investitionsentscheidungen und die Produktionsstruktur. Das Niveau der Einnahmen ist ein Bestimmungsfaktor dafür, ob ein Land in der Lage ist, die staatliche Kapitalbildung zu finanzieren, seine Infrastruktur zu erhalten und für ein angemessenes Angebot von Dienstleistungen im Gesundheits- und Erziehungswesen zu sorgen. Im allgemeinen entfällt jeweils ein Drittel der Einnahmen auf Einkommensteuern, Außenhandelsabgaben und indirekte Steuern auf Güter und Dienste (Umsatz- und Verbrauchsteuern). Zwar ist die Struktur der Besteuerung von Land zu Land unterschiedlich, doch liegt die Relation der Steuern zum BIP in den Entwicklungsländern überwiegend zwischen 10 und 20 Prozent, womit die Steuerquote etwa halb so hoch ist wie in den Industrieländern, während die Ausgabenquote zwischen 20 und 30 Prozent beträgt – und somit viel näher bei derjenigen der Industrieländer liegt. Viele Steuersysteme in den Entwicklungsländern sind bei der Beschaffung von Einnahmen wenig erfolgreich und führen zu großen Verzerrungen in der Wirtschaft. Eine schwache Steuerverwaltung ermöglicht eine verbreitete Steuerhinterziehung, was auch zur Verschärfung von Einkommensdiskrepanzen beiträgt.

Das Ziel der Steuerreform ist die Steigerung der Einnahmen bei gleichzeitigem Abbau von steuerinduzierten Verzerrungen. Bei den Steuerreformen der jüngsten Zeit standen im Vordergrund: Erzielung angemessener Einnahmen, horizontale Steuergerechtigkeit, Einfachheit und Neutralität der Besteuerung sowie Anpassung

des Steuersystems an die Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Eine vorrangige Zielsetzung war die Verbreiterung der Steuerbasis, damit eine Vereinfachung der Steuerstruktur und eine Reduzierung der Steuersätze möglich wurde und auf diese Weise die steuerbedingten Verzerrungen sowie die Hinterziehung eingeschränkt werden konnten. Bei den Steuern auf Güter und Dienstleistungen bedingt die Verbreiterung der Steuerbasis eine Gewichtsverlagerung von den Außenhandelsabgaben hin zur Besteuerung des Konsums, etwa durch eine Mehrwertsteuer, deren Regelsatz zwischen 10 und 20 Prozent liegen sollte. Bei den Einkommensteuern lassen sich diese Ziele erreichen, indem Freibeträge und Steuervergünstigungen gekürzt und die Spitzensätze auf 30 bis 50 Prozent gesenkt werden. Außerdem können selektive Verbrauchsteuern auf Luxusgüter und nicht lebensnotwendige Produkte gleichzeitig die Einnahmen erhöhen und die Progressivität des Steuersystems steigern, und zwar ohne wesentliche Effizienzverluste.

Eine umfassende Steuerreform kann funktionieren. In Jamaika, Malawi und Mexiko haben Steuerreformen die Anwendung selektiver Steuervergünstigungen begrenzt und zugleich die Einnahmen durch eine Verbreiterung der Steuerbasis – anstelle einer Erhöhung der Steuersätze – gesteigert. In Ländern wie Indonesien erwies sich eine Mehrwertsteuer als wirksames Mittel, um zusätzliche Einnahmen zu beschaffen und Verzerrungen abzubauen. Durch die Ablösung einer Umsatzsteuer mit Kumulativwirkung hat die Mehrwertsteuer die Mehrfachbelastung von Endprodukten und die indirekte Besteuerung von Exporten und Investitionen beseitigt.

Die Erfahrungen der letzten Jahre legen jedoch den Schluß nahe, daß die steuerbedingten Verzerrungen sich reduzieren lassen und daß das Bündel von Besteuerungszielen – Einnahmebeschaffung, volkswirtschaftliche Effizienz, Gerechtigkeit und rationelle Erhebung – erreichbar ist, und zwar durch einen umfassenden Reformansatz bei Zöllen und Steuern. Zollsenkungen zwecks Förderung der volkswirtschaftlichen Effizienz lassen sich eher durchführen, wenn gleichzeitig die heimische Steuerbasis zur Aufrechterhaltung des Einnahmenniveaus verbreitert wird. Verbesserungen in der Steuerverwaltung, Kürzungen von Steuervorteilen für die relativ Bessergestellten und Vereinfachung der Steuerstruktur sind die Schlüsselemente von Steuerreformen, die sowohl die Einnahmen erhöhen als auch die Effizienz verbessern. Entwicklungsländer wie Indonesien, Kolumbien, Korea, Malawi, Mexiko und die Türkei haben ihre Steuersysteme mittels eines umfassenden Reformansatzes modernisiert (Sonderbeitrag 4.5).

#### Empirische Belege zur Produktivität von Investitionsprojekten

Ein wirtschaftspolitisches Umfeld, das das Unternehmertum fördert – indem es Preissignale sichtbar macht und die Reaktion darauf ermöglicht – kann die Produktivität von Investitionen radikal verbessern. Die Erfahrungen der Weltbank und der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) als Kreditgeber für öffentliche und private Investitionsprojekte belegen dies.

Weltbank- und IFC-Projekte werden nach ihrer Fertigstellung mit den gängigen Methoden der Kosten-Nutzen-Analyse evaluiert. Für 1.200 solcher Projekte aus den letzten zwei Jahrzehnten wurden interne Zinssätze (IZ), die den volkswirtschaftlichen Ertrag des Projekts (oder seine Produktivität) messen, mit verschiedenen Indikatoren für Marktverzerrungen verglichen. (Eine Erläuterung der Berechnungsweise der IZ und der analytischen Methoden, die in diesem Abschnitt verwendet wurden,

enthält der Kapitel 4 betreffende Teil der Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes.)

Die Indikatoren für Verzerrungen betreffen z. B. den Außenhandel (wie hoch sind die Zölle und wie verbreitet sind nichttarifäre Handelshemmnisse?), den Wechselkurs (wie hoch ist das Aufgeld für Devisen am Parallelmarkt?), das Zinsniveau (sind die realen Zinssätze negativ oder positiv?) und die Belastung der Finanzmärkte durch den öffentlichen Sektor (wie groß ist das staatliche Budgetdefizit?). Welchen Indikator man auch heranzieht, immer zeigt sich, daß die IZ bei unverzerrten Märkten am höchsten und bei verzerrten Märkten am niedrigsten sind. In einem verzerrungsfreien wirtschaftspolitischen Umfeld können Projekte im Durchschnitt einen mindestens 5 Prozentpunkte höheren IZ aufweisen als in einem durch Verzerrungen geprägten Umfeld (Tabelle 4.2). Mit anderen Worten, eine verzerrungsfreie Politik erhöht die Produktivität von Projekten mit wenigen Ausnahmen mindestens um die Hälfte. Dies hat eindrucksvolle Konsequenzen für das Wachstum: Ein Anstieg des IZ um 5 Prozentpunkte würde eine nachhaltige Zunahme der jährlichen Wachstumsrate des BIP pro Kopf um mehr als 1 Prozentpunkt bedeuten.

Im großen und ganzen sind diese Ergebnisse unabhängig davon, welche Indikatoren für Marktverzerrungen und welche volkswirtschaftlichen Sektoren man betrachtet. Das Aufgeld für Devisen

am Parallelmarkt erfaßt Verzerrungen, die nicht nur durch die Wechselkurspolitik verursacht sind, sondern auch durch andere Maßnahmen, die die Devisennachfrage am Parallelmarkt beeinflussen, wie Handelsbeschränkungen, Steuern und Regulierungen, Beschränkungen des Kapitalverkehrs sowie gesamtwirtschaftliche und politische Instabilität. Dieser Indikator weist eine hohe Korrelation zu den IZ der Projekte auf. Dort, wo der offizielle Wechselkurs etwa dem Gleichgewichtskurs entspricht – dies ist annäherungsweise der Fall, wenn es auf dem Parallelmarkt praktisch kein Aufgeld gibt –, übersteigt der durchschnittliche IZ für Projekte im öffentlichen Sektor 18 Prozent. Dort, wo das Aufgeld über 200 Prozent beträgt, liegt der IZ unter 9 Prozent. In der Landwirtschaft, der Industrie und im Bereich der nichthandelbaren Produkte (Verkehrswesen, Wohnungswirtschaft, öffentliche Versorgung und Energiewirtschaft) ist der zusammengefaßte durchschnittliche IZ der im öffentlichen wie im privaten Sektor durchgeführten Projekte bei einem geringen Devisenaufgeld jeweils um 5 bis 13 Prozentpunkte größer als im Fall eines hohen Aufgelds (Schaubild 4.1). Projekte im Sektor der nichthandelbaren Güter sind offenbar nicht weniger anfällig für ein ungünstiges wirtschaftliches Umfeld als andere Projekte.

Die Handelsbeschränkungen wurden mittels eines jährlichen Index tarifärer und nichttarifärer

**Tabelle 4.2 Wirtschaftspolitik und durchschnittliche interne Zinssätze von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten, 1968 bis 1989**

(in Prozent)

Index der Politikverzerrung	Alle Projekte	Alle staatlichen Projekte	Staatliche Agrarprojekte	Staatliche Industrieprojekte	Staatliche Projekte im Bereich der nichthandelbaren Güter	Alle privaten Projekte
<i>Handelsrestriktionen</i>						
Hoch	13,2	13,6	12,1	ZK	14,6	9,5
Moderat	15,0	15,4	15,4	ZK	16,0	10,7
Gering	19,0	19,3	14,3	ZK	24,3	17,1
<i>Devisenaufgeld</i>						
Hoch (200 oder mehr)	8,2	7,2	3,2	ZK	11,5	ZK
Moderat (20 bis 200)	14,4	14,9	11,9	13,7	17,2	10,3
Gering (weniger als 20)	17,7	18,0	16,6	16,6	19,3	15,2
<i>Realzins</i>						
Negativ	15,0	15,4	12,7	12,7	17,9	11,0
Positiv	17,3	17,5	17,0	17,8	17,9	15,6
<i>Staatsdefizit<sup>a</sup></i>						
Hoch (8 oder mehr)	13,4	13,7	11,7	10,3	16,6	10,7
Moderat (4 bis 8)	14,8	15,1	12,2	21,0	16,8	12,2
Gering (weniger als 4)	17,8	18,1	18,6	14,1	18,2	14,3

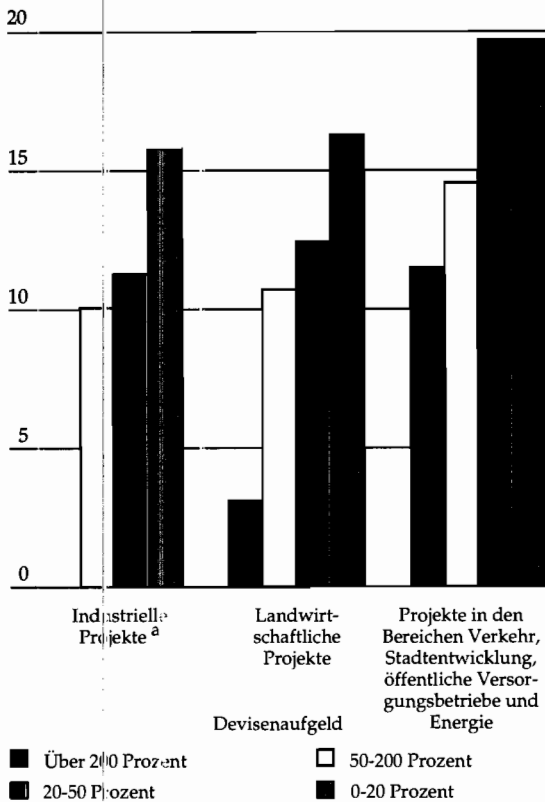
Anmerkung: ZK, zu kleine Zahl von Beobachtungen (weniger als 10), um statistische Schlüsse zu ziehen.

a. Prozent des BIP.

Quelle: Daten der Weltbank.

**Schaubild 4.1 Ertragsraten von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten bei unterschiedlichen Aufgeldern für Devisen, 1968 bis 1989**

Interner Zinssatz (in Prozent)



Anmerkung: Der Berechnung lagen 1.200 Projekte im öffentlichen und privaten Sektor zugrunde.  
a. Für Projekte, die bei einem Devisenaufgeld von über 200 Prozent durchgeführt wurden, lagen zu wenig Daten vor.  
Quelle: Daten der Weltbank.

Handelshemmnisse in zweiunddreißig Ländern gemessen. Die Struktur der Ergebnisse ist hier etwa die gleiche wie oben; sie gilt für Projekte im öffentlichen Sektor ebenso wie für solche im privaten Sektor (Schaubild 4.2). Private Projekte können sehr leicht schiefgehen, wenn wirtschaftspolitische Verzerrungen vorliegen (Sonderbeitrag 4.6). Werden Budgetdefizite oder Zinssätze als Indikatoren für Verzerrungen verwendet, ergeben sich ähnliche Schlußfolgerungen, wenngleich die Auswirkungen auf die IZ nicht so groß sind.

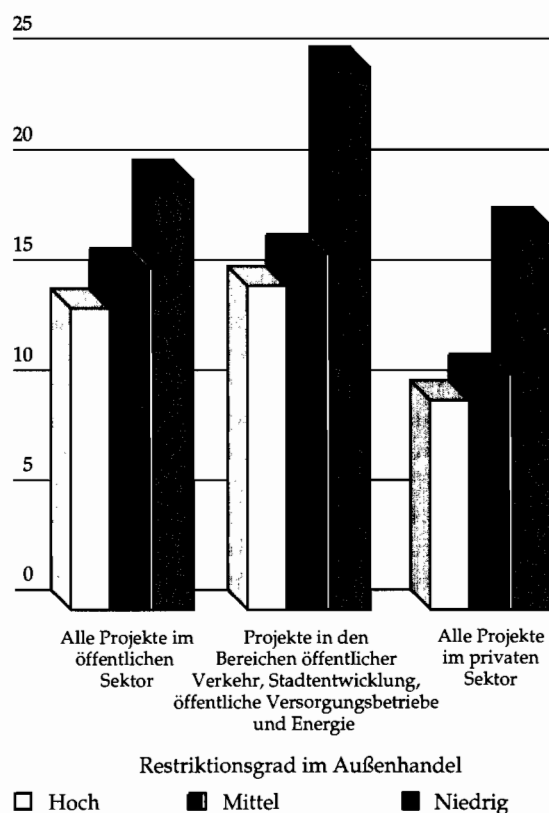
Zum Erfolg gehört aber mehr als ein günstiges Umfeld. Die tansanischen Unternehmen Afro Cooling und Morogoro Shoe sind Beispiele dafür, daß Firmen selbst unter denselben wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen innerhalb eines Landes

ganz unterschiedlich abschneiden können. Die Analyse der Weltbank- und IFC-finanzierten Investitionsprojekte zeigt selbst innerhalb ein und desselben Landes eine große Variationsbreite der IZ, die von negativen bis zu hohen positiven Werten – von über 50 Prozent – reichen kann. Nur ein Teil dieser Unterschiede läßt sich dem wirtschaftlichen Umfeld zurechnen.

Die Hintergrundstudien, die für diesen Bericht durchgeführt wurden, erlauben konkretere Aussagen. Unter relativ unverzerrten Rahmenbedingungen, wie sie durch ein niedriges Devisenaufgeld indiziert werden, beträgt die Wahrscheinlichkeit, daß ein Projekt ein extremer Mißerfolg wird (d.h. einen negativen IZ aufweist) weniger als 10 Prozent,

**Schaubild 4.2 Ertragsraten von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten bei unterschiedlichem Restriktionsgrad im Außenhandel, 1977 bis 1988**

Interner Zinssatz (in Prozent)



Anmerkung: Wegen der Definition des Restriktionsgrads im Außenhandel vgl. die Technischen Anmerkungen am Ende des Haupttextes. Der Berechnung lagen 530 Projekte im öffentlichen und privaten Sektor zugrunde.  
Quellen: Daten der Weltbank; Halevi, Thomas und Stanton, Hintergrundpapier.

#### Sonderbeitrag 4.6 Falsche Anreize lassen private Projekte oft scheitern

Ungeeignete Marktanreize und fehlende komplementäre Investitionen und Institutionen machen private Projekte tendenziell unwirtschaftlich. Während der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurden Millionen von Dollar in eine private Fleischfabrik in einem Entwicklungsland investiert. Der Betrieb war auf die Verarbeitung von 40.000 Rindern pro Jahr ausgelegt und sollte 80 Prozent des produzierten Gefrierfleisches exportieren. Die Exportnachfrage blieb jedoch aus, da der Exportpreis aufgrund der überbewerteten Währung zu hoch war. Exportsteuern und eine Kontrolle der Großhandelspreise im Inlandsabsatz minderten den Ertrag des Unternehmens zusätzlich. Auf der anderen Seite mußte die Firma für ihre Vorleistungen Marktpreise zahlen, die keinen

Kontrollen unterlagen. Das Unternehmen wollte die Preiskontrollen auf der Großhandelsstufe durch Gründung eigener Verkaufsstellen umgehen, doch erhielt es die notwendigen Konzessionen nicht. Unzulängliche öffentliche Dienstleistungen machten die Sache noch schlimmer: Die staatliche Elektrizitätsgesellschaft war nicht in der Lage, die benötigte Leistung sicherzustellen. Das Unternehmen schaffte ein Notstromaggregat an, doch gelang es nicht, genug Dieselöl zu beschaffen, weil die Verwaltung zuwenig Devisen zuteilte. Die Zahl der zur Verarbeitung angekauften Rinder erreichte zu keiner Zeit 10 Prozent der Kapazität, und die Firma machte durchweg Verluste, bis sie in den frühen achtziger Jahren aufgab.

während bei stärkeren Verzerrungen die Wahrscheinlichkeit eines Fehlschlags fast dreimal so hoch ist. Umgekehrt ist in einem unverzerrten Umfeld die Wahrscheinlichkeit für ein sehr erfolgreiches Projekt (mit einem IZ von 20 Prozent oder mehr) doppelt so hoch wie in einem stärker verzerrten Umfeld. Aber selbst bei einer verzerrungsfreien Politik ist ein bloß befriedigendes Abschneiden eines Projekts (ein IZ von 10 Prozent oder mehr) nicht gewährleistet, da dieses Ergebnis eine Wahrscheinlichkeit von 70 Prozent hat. Dies wirft die Frage auf, weshalb viele Projekte auch bei verzerrungsfreier Politik unbefriedigend sind.

Ein Grund dafür ist, daß die Indikatoren, die die Qualität des wirtschaftlichen Umfelds messen, bestenfalls nur einzelne Aspekte betreffen. Die vier Indikatoren, die bei den Untersuchungen verwendet wurden, erfassen selbst in ihrer Gesamtheit weder die Qualität der wirtschaftlichen Institutionen (wie das rechtliche und regulatorische Rahmenwerk) noch die Qualität ergänzender öffentlicher Investitionen. Der möglicherweise wichtigste Grund für die Steuerung der IZ – selbst nach Berücksichtigung des wirtschaftlichen Klimas – dürfte aber ganz einfach darin bestehen, daß es immer Unternehmen gibt, die erfolgreicher sind als andere: Der Erfolg beruht auf unternehmensspezifischen Faktoren wie Kenntnissen, Engagement, Zielstrebigkeit, Risikobereitschaft, einer Dosis Fortüne und einer Fähigkeit, aus Fehlern zu lernen – siehe Chu in Korea.

#### *Die Bedeutung des Aufbaus von Institutionen*

Die Erfahrungen der Weltbank mit Investitionsprojekten weisen auch darauf hin, wie wichtig Insti-

tutionen sind – nämlich das Kontraktrecht (wozu beispielsweise das Recht des Bodenbesitzes und Bestimmungen über Marktzugang und Marktausscheiden gehören), die Eigentumsrechte, die Verhaltensnormen und die Organisationsstrukturen auf Projektebene. Die Durchführung eines Investitionsprojekts bedeutet oft selbst schon einen Aufbau von Institutionen. Jedes Projekt hat seine eigenen institutionellen Ziele, wie bessere Managementverfahren, höhere technische Standards und sachgerechte Buchführungsmethoden.

Allzu häufig fehlt es jedoch an kompetenten Managern, technischen Kenntnissen und einer ausreichenden Buchführung. Eine Überprüfung von siebenhundert Projekten der Weltbank in den späten achtziger Jahren ergab, daß nur ein Drittel das institutionelle Ziel einer Stärkung der projektbezogenen Organisationen und Dienststellen im wesentlichen erreicht hatte; fast ein Viertel der Projekte zeigte in dieser Hinsicht nur geringfügige Ergebnisse. Die Schwächen der durchführenden Dienststellen waren bei Landwirtschaftsprojekten in Afrika von besonderer Bedeutung, und dies vor allem bei komplexen Vorhaben wie integrierten ländlichen Entwicklungsprogrammen. Diese Schwächen sind – neben anderen Faktoren – eine Erklärung für das schlechte Abschneiden einer Vielzahl solcher Projekte.

Die Daten belegen, daß die Produktivität von Investitionen viel höher ist, wenn die institutionellen Ziele eines Projekts erreicht werden. Vor der Durchführung betrug der *erwartete* IZ für die untersuchten Projekte im öffentlichen Sektor im Durchschnitt 22 Prozent. Für Projekte, deren institutionelle Ziele erreicht worden waren, ergab sich *nach* der Durchführung ein IZ von über 20 Prozent – ein

#### **Sonderbeitrag 4.7 Partizipation erhöht die Effizienz von Projekten und kommt den Armen zugute**

Im Jahr 1968 begann eine Gemeinschaft von 2.000 Personen in Malawi mit der Arbeit an einem neuartigen Wasserversorgungssystem. Die Mitglieder der Gemeinschaft übernahmen die Planung, den Bau und den Betrieb ihrer eigenen Wasserversorgung. Die Arbeitskräfte für das Projekt wurden vor Ort angeworben, aus traditionellen Dorfgemeinschaften formierten sich die Wasserausschüsse, und die staatliche Unterstützung hielt sich in Grenzen. Praktisch alle der 6.000 im ganzen Land installierten Standrohre sind heute noch funktionsfähig. Mehr als eine Million Malawier haben eine verlässliche und bequeme Versorgung mit Wasser hoher Qualität durch ein System, das sie selbst errichtet haben, das ihnen gehört und von ihnen unterhalten wird.

Eine Untersuchung von ländlichen und städtischen Entwicklungsprojekten in einem Zeitraum von dreißig Jahren ergab einen engen Zusammenhang zwischen dem Projekterfolg und dem Ausmaß der Partizipation. Eine Überprüfung von fünfundzwanzig Agrarprojekten der Weltbank, die fünf bis zehn Jahre nach ihrer Fertigstellung evaluiert wurden, zeigte die Partizipation als einen wesentlichen Bestimmungsfaktor für den Projekterfolg und dessen Nachhaltigkeit. Bei einem Weltbank-Projekt formierten sich peruanische Bauern in San Lorenzo zu zweiunddreißig örtlichen Gruppen und übernahmen mit Erfolg alle Aufgaben in einem Bewässerungsprojekt, das von der Zentralregierung konzipiert und verwaltet worden war. Im Verlauf eines Zehnjahreszeitraums

ging die Nationale Bewässerungsverwaltung der Philippinen von einem hierarchisch aufgebauten Verwaltungssystem zu einer Organisationsform über, die sich vor allem auf die Beteiligung der Bauern vor Ort bei der Planung, dem Betrieb und der Unterhaltung lokaler Bewässerungssysteme stützte. Die Kanäle und Anlagen funktionierten besser, die Reiserträge waren um 20 Prozent höher und die bewässerte Fläche um 35 Prozent größer als bei einer Kontrollgruppe ohne Partizipation.

Auch die landwirtschaftliche Beratung, die ländliche Infrastruktur, die Stadtsanierung und die sozialen Bereiche profitieren von der Einbeziehung der örtlichen Gemeinschaft. In Kenia brachte ein landwirtschaftliches Beratungssystem, das auf der Partizipation örtlicher Bäuerinnenvereinigungen basierte, eine Verdoppelung der Zahl der erreichten Landwirte und förderte die Übernahme neuer Verfahren. In einer gebirgigen Provinz von Nepal organisierten örtliche Gemeinschaften erfolgreich den Bau von zweiundsechzig Hängebrücken. Allerdings bringt die Partizipation nicht bei allen Projekten hohe Erträge. Großprojekte in der Infrastruktur und Dammbauten können vom Sachverstand und der Betreuung durch örtliche Gruppen nicht profitieren. Gleichwohl ist die öffentliche Erörterung und Bewertung solcher Projekte durch die direkt betroffenen Gemeinschaften hilfreich, da sie auf potentielle Umweltschäden und wirtschaftliche Verwerfungen aufmerksam macht.

Wert, der nahe dem erwarteten lag. Im scharfen Gegensatz dazu standen Projekte, bei denen die institutionellen Ziele nicht erreicht worden waren; in diesen Fällen betrugen die nach Durchführung geschätzten IZ im Durchschnitt weniger als 10 Prozent.

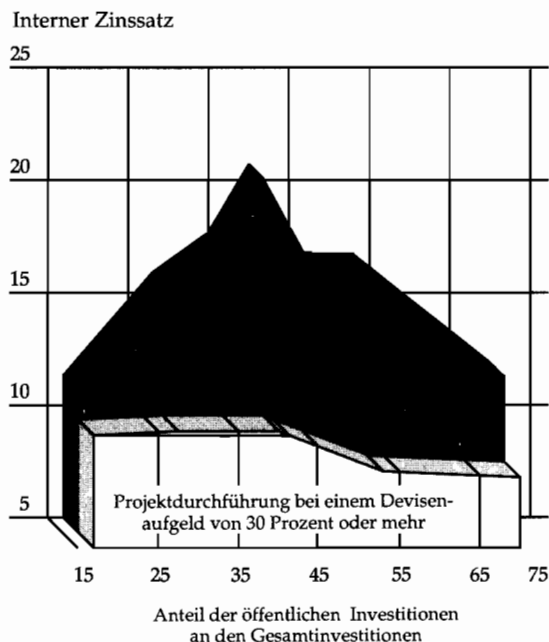
Die Schwierigkeit, qualifiziertes Personal einzustellen und zu behalten, wirkt sich erheblich auf die Leistung der durchführenden Organisationen aus. Dieses Problem ist wiederum in vielen Fällen das Resultat der Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik. Viele Maßnahmen in diesen Bereichen sind für die Firmen von außen vorgegeben, wie etwa Beschränkungen bei der Einstellung von Fachpersonal im Gefolge von Finanzierungsschwierigkeiten im Staatshaushalt oder Kündigungsschutzbestimmungen, die die Entlassung unproduktiver Arbeitskräfte erschweren. Für andere Probleme sind die staatlichen Organisationen selbst verantwortlich – etwa eine nicht leistungsgerechte Bezahlung oder mangelnde Budgetierung von Betriebs- und Erhaltungskosten. In manchen Fällen hat der private Sektor auf solche Fehlleistungen mit eigenen innovativen Ansätzen

reagiert. Dabei zeigten sich die Vorteile einer Einbeziehung der Bevölkerung vor Ort – durch NSO und örtliche Gruppen – in die Planung und Durchführung von Projekten. Die Beteiligung der örtlichen Gemeinschaft erwies sich in einer Vielzahl unterschiedlicher Situationen als ein erfolgreiches Mittel zur Verbesserung der Projektwirksamkeit und Förderung des institutionellen Aufbaus. Ein typisches Beispiel dafür sind die Wasserversorgungsprojekte in Malawi (Sonderbeitrag 4.7).

#### *Unterstützende staatliche Infrastrukturinvestitionen*

Investitionen in die Infrastruktur tragen bei zur Kostensenkung, Marktintegration und Informationsausbreitung. Auf diese Weise erhöhen sie die Produktivität der Unternehmer. In Nigeria beispielsweise führen die Mängel der Infrastruktur zu hohen Kosten in der Industrie. Eine Unternehmensbefragung ergab, daß Firmen mit mehr als fünfzig Beschäftigten durchweg über einen eigenen Stromgenerator verfügen, obwohl sie an das öffentliche

**Schaubild 4.3 Der Anteil der öffentlichen Investitionen an den Gesamtinvestitionen und die Ertragsraten von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten, 1968 bis 1989 (in Prozent)**



Anmerkung: Der Berechnung lagen 650 Projekte im öffentlichen und privaten Sektor zugrunde.  
Quelle: Daten der Weltbank.

Stromnetz angeschlossen waren; alles in allem hatte jede einzelne Firma im Durchschnitt 130.000 Dollar in die eigene Stromversorgung investiert. Diese Unternehmen investieren wegen der Unzuverlässigkeit der Wasserversorgung auch in eigene Tiefbrunnen und setzen Boten auf Motorrädern oder Funksprechgeräte ein, weil das Telefonsystem und die Post nicht funktionieren. Die Kosten solcher privater Anlagen betrugen bei den Firmen zwischen 10 und 25 Prozent des Gesamtwerts der Ausrüstungen. Dies mindert offensichtlich die Produktivität jeder einzelnen Firma – doch die Auswirkungen können darüber hinausgehen. Eine schwache Infrastruktur kann die Struktur des Entwicklungsprozesses im jeweiligen Land verändern. In Thailand z. B. haben das schlechte Verkehrssystem und das Fehlen einer Infrastruktur für Technologie, Informationen und Wirtschaftsdienste dazu geführt, daß sich die Städte von regionaler Bedeutung nicht entwickelten und das industrielle Wachstum gehemmt wurde.

Die Infrastruktur ist zumindest teilweise ein öffentliches Gut. Ihre Teilbarkeit ist gering, so daß sich Nichtzahler von ihrer Nutzung nur schwer ausschließen lassen, und sie weist häufig Größenvorteile auf, die zu natürlichen Monopolen führen. Der private Sektor wird deshalb nur im Ausnahmefall solche Dienste in ausreichendem Umfang anbieten, und für die Entwicklung ist somit die Produktion und Darbietung einer Vielzahl infrastruktureller Dienstleistungen durch den Staat notwendig.

Die Untersuchung der IZ von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten belegt die Wichtigkeit staatlicher Investitionen. Die Produktivität landwirtschaftlicher und industrieller Projekte nimmt bei einem steigenden Anteil der staatlichen Investitionen am BIP beträchtlich zu – allerdings nur bis zu einem gewissen Punkt. Im Durchschnitt steigt der IZ um mehr als 6 Prozent, wenn der Anteil der staatlichen Investitionen am BIP von 5 auf 10 Prozent wächst; doch bei einem weiter zunehmenden Anteil der staatlichen Investitionen steigt der IZ zunächst immer weniger und beginnt schließlich abzunehmen.

Obwohl es schwierig ist, länderspezifische Wendepunkte in der Beziehung zwischen staatlichen Investitionen und den IZ auszumachen, legen die Daten den Schluß nahe, daß ein ausgewogenes Verhältnis wichtig ist. Dies zeigt sich auch, wenn die relative Bedeutung von staatlichen und privaten Investitionen als Bestimmungsfaktor untersucht wird, indem der Anteil der staatlichen Investitionen an den Gesamtinvestitionen (anstelle des BIP-Anteils) mit dem IZ der Projekte verglichen wird. Unter der Voraussetzung eines günstigen wirtschaftspolitischen Klimas – gemessen durch ein niedriges Devisenaufgeld – ergibt sich: Projekte in den Sektoren der handelbaren Güter werfen einen signifikant höheren IZ ab, wenn der Anteil der staatlichen Investitionen an den Gesamtinvestitionen weder sehr niedrig noch sehr hoch ist (Schaubild 4.3). Bemerkenswerterweise ist im Fall eines schlechten wirtschaftspolitischen Klimas der IZ dieser Projekte durchweg sehr gering, und zwar unabhängig vom Gewicht der staatlichen Investitionen. Mit anderen Worten, die Untersuchungsergebnisse deuten darauf hin, daß es zwischen der Wirtschaftspolitik und den komplementären staatlichen Investitionen ausgeprägte Synergieeffekte gibt: Eine Ausweitung der staatlichen Investitionen bringt nur dann einen substantiellen Effekt, wenn die Wirtschaftspolitik auf richtigem Kurs ist, und umgekehrt wirkt sich eine Reform der Politik wesentlich günstiger aus, wenn zugleich ein ausgewogenes staat-

liches Investitionsprogramm zum Zuge kommt.

Eine Aufschlüsselung von Weltbank-Projekten nach Wirtschaftszweigen innerhalb der Hauptsektoren zeigt, daß Investitionen im Verkehrswesen hoch produktiv sind. Unter günstigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen betrugen die IZ von staatlichen Verkehrsprojekten im Durchschnitt über 25 Prozent, womit sie die durchschnittlichen Ertragsraten anderer staatlicher oder privater Projekte beträchtlich überstiegen.

Die überzeugende Evidenz zugunsten staatlicher Investitionen bedeutet jedoch nicht, daß eine stärkere private Beteiligung ausgeschlossen ist. Sorgfältig überwachte private Monopole können effiziente Träger von Infrastruktur sein. Neuere Beispiele für eine erfolgreiche Bereitstellung von Infrastruktur durch den privaten Sektor finden sich in Afrika, etwa die privaten Betreiber von Buslinien in Ghana oder private Wasserversorgungs- und Müllabfuhrbetriebe in Togo. In der Energieversorgung von Thailand ebenso wie in der Telekommunikation von Chile, der Tschechoslowakei, der Türkei und Ungarn funktioniert die Beteiligung Privater ohne Schwierigkeiten. In der Energieversorgung und der Telekommunikation hat in der Tat die private Aktivität in jüngster Zeit stark zugenommen. Der technische Fortschritt hat die Größenordnung wirtschaftlicher Investitionen in diesen Sektoren verringert und ihren monopolistischen Charakter erheblich vermindert, insbesondere in der Telekommunikation. Damit können nun konkurrierende Unternehmen Dienstleistungen für dieselbe Bevölkerung erbringen.

#### *Wirtschaftspolitische Implikationen*

Die Qualität der Politik kann die Produktivität von Investitionsprojekten entscheidend beeinflussen. Wie schnell wird sich aber die Produktivität von Investitionen im Gefolge einer Reform der Politik verändern? Selbst radikale Reformmaßnahmen werden die IZ nicht von heute auf morgen erhöhen. Manche Vorteile sollten sich alsbald einstellen; so können sich stärkere Preisanreize rasch auf die jährlichen Ernteerträge und damit auch auf den Ertrag bestehender Bewässerungssysteme auswirken. Bei anderen Projekten wird die Notwendigkeit einer Umstrukturierung – oder eines Neubeginns – manche Vorteile erst mit Verzögerung eintreten lassen.

Insgesamt betrachtet, wird somit eine Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen ihre Zeit

**Tabelle 4.3 Durchschnittliche interne Zinssätze von Weltbank- und IFC-finanzierten Projekten bei unterschiedlichem Devisenaufgeld vor und nach dem Projekt, 1968 bis 1989**

(in Prozent)

Aufgeld vor Projektbeginn <sup>a</sup>	IZ bei unterschiedlichem Aufgeld nach Projektfertigstellung <sup>b</sup>	
	Über 30	Unter 30
Über 30	11,7	17,8
Unter 30	13,2	17,7

Anmerkung: Die Zahl in jedem Tabellenfeld ist der durchschnittliche IZ von Projekten im staatlichen und privaten Sektor.

a. Durchschnittliches Devisenaufgeld im Jahr der Projektbewertung, die etwa ein Jahr vor dem Projektbeginn erfolgt.

b. Dreijahresdurchschnitt des Devisenaufgelds zum ungefähren Zeitpunkt der Projektfertigstellung.

Quelle: Daten der Weltbank.

brauchen. Doch sollten innerhalb weniger Jahre beträchtliche Vorteile sichtbar werden. Die Erfahrungen mit Weltbank- und IFC-Projekten legen den Schluß nahe, daß eine Verbesserung der Rahmenbedingungen innerhalb der Zeit, die zur Fertigstellung eines neuen Projektes benötigt wird, ansehnliche Erträge abwirft.

In Tabelle 4.3 werden die IZ der Projekte in Abhängigkeit vom wirtschaftspolitischen Umfeld vor Projektbeginn bzw. nach Fertigstellung miteinander verglichen. Projekte, die in einem ungünstigen Umfeld geplant worden waren, aber in einem verzerrungsfreien Umfeld fertiggestellt wurden, weisen einen durchschnittlichen IZ von fast 18 Prozent auf. Dieser Wert ist ebenso hoch wie der durchschnittliche IZ der in einem verzerrungsfreien Umfeld initiierten und fertiggestellten Projekte. Mit anderen Worten, es ist niemals zu spät für eine Korrektur wirtschaftspolitischer Verzerrungen. Bei Projekten dagegen, die in einem verzerrungsfreien Umfeld identifiziert und geplant worden waren, aber unter verzerrten Rahmenbedingungen fertiggestellt wurden – wenn also während der Durchführung des Projektes die Marktverzerrungen zugenommen haben – sind die Ertragsraten viel niedriger.

In Tabelle 4.3 wird das Devisenaufgeld am Parallelmarkt als Indikator für das Ausmaß der Verzerrungen verwendet. Eine Verbesserung des wirtschaftspolitischen Umfelds selbst in diesem begrenzten Aspekt erfordert im allgemeinen nicht nur eine Änderung der Wechselkurspolitik, sondern auch Anpassungen anderer Politikbereiche. Allgemeiner gesehen bedeutet eine bessere Wirtschaftspolitik, daß auch jene Verzerrungen abgebaut werden, die die drei anderen oben erläuterten Indikatoren (Handelsbeschränkungen, Zinssätze und

gesamtwirtschaftliche Stabilität) messen sollen. Die folgenden zwei Kapitel sind diesen Themen gewidmet. Kapitel 5 betrachtet im Detail die Bedeutung der Offenheit gegenüber dem Weltmarkt, Kapitel 6 behandelt die gesamtwirtschaftliche Politik und den finanziellen Sektor.

Die Argumente, die für eine handelspolitische Öffnung und eine solide gesamtwirtschaftliche Politik sprechen, finden zunehmende Anerkennung. Die Notwendigkeit einer Liberalisierung der Binnenwirtschaft – einer Reform unkluger Regulierungs- und Lizenzierungssysteme – wird darüber manchmal vergessen. Richtigerweise müßte sie aber betont werden, denn eine wettbewerbsorientierte Binnenwirtschaft ist unerlässlich. Eine Umgestaltung des regulatorischen Rahmens, die den Aufbau von Institutionen und eine Reform des Rechtswesens erfordert, ist oft mit größeren technischen Schwierigkeiten und heiklen politischen Fragen verbunden. Gleichwohl ist sie unverzichtbar. Für Arbeitskräfte, Unternehmer und Kapital sollten der Zugang zu den wirtschaftlichen Aktivitäten und das Ausscheiden aus solchen ohne Hindernisse möglich sein. Institutionen, die gesicherte Eigentumsrechte begründen und rechtliche Maßnahmen ermöglichen, sollten gestärkt werden, damit die Unternehmer ihr Risiko steuern können, Zugang zu Krediten erhalten und ihre Transaktionskosten reduzieren können. Institutionen, die den Erwerb von Kenntnissen und den Zugang zur Technologie fördern, sind ebenfalls von größter Bedeutung.

Ein förderliches Wirtschaftsklima, das durch den Ausbau von Institutionen und Investitionen ergänzt

wird, wird nicht immer das Marktversagen verhindern. Doch kann man vom Staat nicht erwarten, daß er mit allen denkbaren Fällen des Marktversagens – etwa bei der Kreditversorgung von Kleinbetrieben oder der Ernteversicherung – fertig wird. Der Staat sollte seine Grenzen erkennen und die private Produktion oder Trägerschaft öffentlicher Güter und Dienstleistungen fördern, und er sollte außerdem NSO sowie die örtlichen Nutznießer von Dienstleistungen und Investitionen an deren Planung und Durchführung beteiligen.

Daraus ergeben sich auch Konsequenzen für die Hilfsorganisationen im allgemeinen und die Weltbank im besonderen. Erstens lohnt es sich, Investitionen des öffentlichen Sektors und institutionelle Unterstützung auf Bereiche zu beschränken, die zur Stärkung des Wettbewerbs und des Privatsektors beitragen, statt diesen zu verdrängen. Zweitens sollten die Institutionen der Entwicklungshilfe und -finanzierung die Beteiligung privater Organisationen und örtlicher Gemeinschaften an den Entscheidungen über das Angebot öffentlicher Dienstleistungen fördern. Drittens dürfte die Hilfe viel wirksamer sein, wenn sie Projekten dient, die in einem wettbewerbsorientierten und marktfreundlichen Umfeld stattfinden. Und schließlich gilt, daß sich ein Engagement der ausländischen Entwicklungsinstitutionen zugunsten einer Verbesserung des wirtschaftspolitischen Umfelds bezahlt macht. Die vielleicht wirkungsvollste Rechtfertigung für die Unterstützung von Strukturreformen besteht darin, daß sie die Produktivität von Investitionen erhöhen, und zwar von staatlichen wie privaten.



## *Integration in die Weltwirtschaft*

Wirtschaftliche Öffnung – der freie Fluß von Waren, Kapital, Personen und Wissen – führt zu einem Transfer von Technologie und schafft weltweites wirtschaftliches Wachstum. Vor zweihundert Jahren trugen die Einfuhr von Maschinen und die Auswanderung von Facharbeitern dazu bei, die industrielle Revolution von Großbritannien nach Europa zu bringen. Japan und die Vereinigten Staaten haben beide sehr erfolgreich vorhandene Technologie übernommen und Verbindungen zu entwickelteren Industrieländern genutzt, um zu Hauptakteuren auf den Weltmärkten zu werden. In den letzten vierzig Jahren erzielte Ostasien durch die Expansion des Außenhandels ein schnelles Wachstum.

Die Beziehungen zwischen wirtschaftlicher Öffnung und technologischem Wandel sind zweiseitiger Natur. Zum einen steigert erhöhter weltweiter Wettbewerb die Nachfrage nach neuer Technologie. Zum anderen wird für Länder, die sich im Industrialisierungsprozeß befinden, das Angebot an neuer Technologie weitgehend durch den Grad ihrer Integration in die Weltwirtschaft bestimmt. Neue Produkte und Produktionsverfahren werden durch importierte Vorleistungen und Kapitalgüter weitergegeben, sie werden direkt durch Lizenzverträge verkauft und durch ausländische Direktinvestitionen oder Exportverträge mit ausländischen Käufern übertragen. Ein marktfreundlicher Ansatz erfordert aber auch staatliches Handeln, um die Produzenten dabei zu unterstützen, neue Technologien zu beherrschen. Der Staat muß die Ausbildungsgrundlagen gewährleisten, die zur Entwicklung technischer Fähigkeiten entscheidend sind; er muß den Wettbewerb fördern, die Anstrengungen zur

Qualitätskontrolle koordinieren und die geistigen Eigentumsrechte schützen.

Der Austausch von Kapital und Facharbeitern ist unter den Nationen weiterhin ein wichtiger Übertragungsmechanismus für den Technologietransfer. Die ostasiatischen Länder haben mit Erfolg Technologie aufgenommen, indem sie Studenten ins Ausland schickten, die Verbindungen zu Bürgern im Ausland nutzten und den Austausch mit Forschungszentren förderten. Ausländische Direktinvestitionen (ADI) haben zum Technologietransfer beigetragen und stimulierten in Ländern wie Brasilien und Mexiko das Exportwachstum. Die Gewinne aus ausländischen Investitionen hängen jedoch entscheidend vom politischen Umfeld ab. Die ADI in einem geschützten Sektor werden wahrscheinlich Nettoverluste statt Wohlfahrtsgewinne produzieren.

Durch Verstärkung des Wettbewerbs und erweiterten Zugang zur Technologie schafft der Außenhandel Vorteile, die sogar die Gewinne aus einer verbesserten Allokation der Ressourcen übertreffen dürften. Fast alle Industrie- und Entwicklungsländer haben dennoch dem Außenhandel Beschränkungen auferlegt, um die Industrie zu fördern und die Einnahmen zu erhöhen. Rückblickend kann man feststellen, daß diese Zielsetzungen besser auf anderen Wegen hätten erreicht werden können. Dort, wo Schutzmaßnahmen mit einer schnellen Entwicklung einhergingen, wie in Ostasien, wurde der Wettbewerb auf den aus- und inländischen Märkten aufrechterhalten. Diese Länder hielten die Anreize für den technologischen Wandel dadurch aufrecht, daß sie den Exporterfolg als Maßstab für die Leistungsfähigkeit nutzten. Auch waren die Außen-

handelsinterventionen eher gemäßigt und zeitlich befristet, wodurch kostspielige Verzerrungen als Folge des Protektionismus minimiert wurden.

### Wege des Technologietransfers

Technologie ist das Wissen, das zu verbesserten Maschinen, Produkten und Produktionsverfahren führt. Steigerungen dieses Wissens verringern die realen Produktionskosten und bewirken die Einführung neuer Produkte. Technologie umfaßt auch das im unternehmerischen Know-how gebundene Wissen. Kapitel 2 zeigt, daß das Produktivitätswachstum, der beste Indikator für den technologischen Wandel, in den ostasiatischen Ländern nicht weniger als 30 Prozent des BIP-Wachstums ausmachte.

Die Integration in das weltweite Handelssystem beeinflusst den technologischen Wandel auf zwei Wegen. Erstens verbessert sie das *Angebot* an neuer Technologie. Zweitens erhöht sich die *Nachfrage* nach neuer Technologie.

#### Angebotswirkungen

Technologie ist enthalten in importierten Vorleistungen und Kapitalgütern, sie wird direkt durch Lizenzverträge verkauft und durch ausländische Direktinvestitionen, durch den Austausch von Arbeitskräften oder durch Kontakte mit ausländischen Käufern übertragen. Durch alle diese Kanäle erhöht die wirtschaftliche Öffnung das Angebot an neuen Produkten und Produktionsverfahren.

AUSSENHANDEL. Technologie ist in zahlreichen Arten von importierten Vorleistungen gebunden – das reicht von Investitionsgütern und schlüsselfertigen Fabrikanlagen bis zu hochentwickelten Komponenten für die Montage von elektronischen Teilen. Eine Erklärung für den beobachteten Zusammenhang zwischen hohen Außenhandelsanteilen und BIP-Wachstum ist die Tatsache, daß ein gesteigerter Handel es den Ländern ermöglicht, Investitionsgüter zu importieren. Ein Vergleich des Technologieimports aus dem Ausland von Argentinien, Brasilien, Indien, der Republik Korea und Mexiko in den sechziger und siebziger Jahren zeigt, daß Korea sich intensiv auf die Einfuhr von Technologie stützte, die in den Produkten selbst gebunden war. Im Jahr 1985 verbesserte Indien den Zugang zu importierten Investitionsgütern und Komponenten für den elektronischen Sektor und lockerte die Restrik-

tionen bezüglich der Gründung und Schließung von Unternehmen. Seitdem sind für einige Produkte die Preise ab Werk um nicht weniger als 60 Prozent gefallen, und die Ausfuhren von elektronischen Produkten haben zugenommen.

Die zweite Quelle des Technologietransfers durch Außenhandel bildet der Export (Sonderbeitrag 5.1). Das Engagement auf internationalen Märkten hält die Exporteure über neue Erzeugnisse auf dem laufenden, und ausländische Käufer bilden eine wichtige Informationsquelle, die für weitere Fortschritte in der Technologie genutzt werden kann. In einer Untersuchung aus den siebziger Jahren, die 113 koreanische Exportfirmen umfaßte, stuften 20 Prozent der Firmen die Kontakte mit ausländischen Käufern und Lieferanten als wichtig ein; nur 8 Prozent betrachteten Lizenzen und technische Abkommen als wichtig. Durch Kontakte mit ausländischen Käufern erhielten Firmen Blaupausen und Produktbeschreibungen, Informationen über Produktionstechniken und technische Einzelinformationen über Konkurrenzprodukte sowie eine Rückkoppelung über Konstruktionsunterlagen, die Qualität und die technische Funktionsfähigkeit der Exportgüter. Die umfassende Einschaltung ausländischer Handelsgesellschaften zur Vermittlung von Handelsvereinbarungen zwischen chinesischen Unternehmen und den Weltmärkten verringerte den Zugang der chinesischen Exporteure zu kostenfreier technischer Hilfe. Die jüngsten Reformen haben jedoch die direkte Einbindung der Industrieunternehmen in den Außenhandel stark vergrößert und sollten den Technologietransfer erleichtern.

ERWERB VON TECHNOLOGIE DURCH LIZENZNAHME. Besorgnisse bezüglich der Monopolmacht von Technologieanbietern führten in Verbindung mit Zahlungsbilanzproblemen dazu, daß viele Entwicklungsländer den Zufluß von ungebundener Technologie in den sechziger und siebziger Jahren kontrollierten und Zahlungen von Lizenzgebühren begrenzten. In Indien haben Beschränkungen hinsichtlich der erlaubten Höhe und der Zeitdauer für Lizenzzahlungen die Lieferanten veranlaßt, Pauschalzahlungen zu bevorzugen. Durch die Verhinderung langfristiger Beziehungen zwischen Lieferanten und Käufern infolge dieser Zahlungsform, fühlten sich jedoch die Anbieter für einen erfolgreichen Technologietransfer weniger verantwortlich. Andere Länder waren bestrebt, die Zahlungen für Technologieimporte dadurch zu begrenzen, daß sie den Zugang auf einzelne Firmen beschränkten, was wiederum den Wettbewerb schwächte. Im Gegen-

satz dazu verstärkte Japans Ministerium für internationalen Handel und Industrie (MITI) den Wettbewerb der Firmen untereinander, indem es sicherstellte, daß ausländische Technologien einer Anzahl von inländischen Firmen zugänglich waren.

Handelsbeziehungen und die Lizenzierung ausländischer Technologien ermöglichen es den Ländern, die Kosten der Nachahmung vorhandener Technologien zu vermeiden. Restriktive Maßnahmen beim Technologieimport haben in Brasilien, China und Indien häufig zu intensiven wirtschaftlichen Aktivitäten geführt, die durch stärkere Nutzung vorhandener, im Ausland entwickelter Technologien hätten beschleunigt werden können.

### *Die Nachfrage nach Technologie*

In einem wettbewerbsintensiveren Umfeld reagieren die Unternehmen auf internationale Konkurrenz mit verstärkten Anstrengungen zur Kostenminimierung. Dies kann schlicht und einfach zur besseren Nutzung vorhandener Technologie führen oder zu dem Bemühen, neue Technologien zu erwerben und anzupassen. In der Türkei, die in den achtziger Jahren den Außenhandel liberalisiert und ihren Finanzsektor reformiert hat, beschleunigte der Privatsektor den Technologieimport – gebunden in den eingeführten Maschinen und durch Lizenzen oder technische Vereinbarungen erhältlich – sowie

#### **Sonderbeitrag 5.1 Aufschwung der Exporte: Zwei geglückte Beispiele**

Die beiden unten beschriebenen Beispiele deuten darauf hin, daß ein erfolgreicher Gang auf die Exportmärkte davon abhängt, daß Informationen verfügbar sind, die wirtschaftlichen Anreize stimmen und zugleich unternehmerische Kräfte im Inland wirken.

##### **Bekleidungsexporte in Bali, Indonesien**

Die Devisenerlöse der Bekleidungsindustrie Balis stiegen von unter 3 Mio Dollar im Jahr 1975 auf über 65 Mio Dollar 1987. Der Industriezweig entwickelte sich Anfang der siebziger Jahre aus Geschäften der örtlichen Betriebe und von Auslands-Balinesen mit Touristen. Die Auslands-Balinesen finanzierten ihre Reisen dadurch, daß sie mit Koffern voller Kleider nach Hause zurückkehrten. Sie verfügten im allgemeinen über geringe Geschäftserfahrungen, brachten wenig aber billiges Kapital ein, besaßen Auslandskontakte und internationale Mobilität. Mehrere dieser frühen Gemeinschaftsunternehmen fanden schnell Nachahmer, als sich ihre Rentabilität herausstellte.

Im Jahr 1981 führte eine konjunkturelle Abschwächung dazu, daß viele heimische Produzenten ihre informellen Beziehungen zu örtlichen Auslands-Balinesen überdachten und sich besser qualifizierten ausländischen Partnern zuwandten, die von Balis neuer Reputation als profitabilem Produktionsstandort angezogen wurden. 1986 verfügte Bali über einen relativ guten Ruf als Ausstatter von Fachgeschäften, so daß viele ausländische Käufer bereit waren, Bekleidung zu marktüblichen Bedingungen zu kaufen. Eine striktere Anwendung bestehender Einwanderungsgesetze, die die Beschäftigung von Ausländern regeln, scheint aber dazu beigetragen zu haben, daß die Qualitätsverbesserung der Bekleidungsexporte vorübergehend nicht mehr so rasch voranschreitet.

##### **Reisexporte in Vietnam**

Mitte der achtziger Jahre war Vietnam ein Nettoimporteur von Reis und erbat im Laufe des Jahrzehnts mehrmals internationale Nahrungsmittelhilfe, um eine Hungersnot abzuwenden. Im Jahr 1989 war das Land zum drittgrößten Reisexporteur geworden, nach den Vereinigten Staaten und Thailand. Der Außenhandel mit Reis verzeichnete einen Umschwung, und zwar von Netto-Einfuhren in Höhe von 280.000 Tonnen im Jahr 1988 zu Netto-Ausfuhren von fast 1,5 Mio Tonnen 1989, womit er ein Drittel der gesamten Hartwährungsexporte ausmachte.

Diese Wende zum Erfolg war nicht das Ergebnis einer gravierenden Wetteränderung. Vielmehr ließ eine Anzahl verflochtener wirtschaftspolitischer Reformen Vietnam von einem Netto-Importeur zu einem Netto-Exporteur von Reis werden. In den Jahren 1988 und 1989 wurde die Kollektivierung in der Landwirtschaft aufgehoben, und der Reisanbau wurde wieder in Familienbetrieben durchgeführt. Die Preiskontrollen wurden beseitigt, und eine starke reale Abwertung der Währung im Jahr 1989 verstärkte die finanziellen Exportanreize. Schließlich wurden die Handelsinstitutionen umorganisiert, um im Import- und Exportgeschäft die Staatsmonopole zu beseitigen, wodurch die zumeist staatlichen Handelsgesellschaften dem Wettbewerb ausgesetzt wurden.

Aus diesen zwei Fallstudien sind relativ unterschiedliche Lehren zu ziehen. Traditionelle Reformen (Aufhebung der Preiskontrollen, Privatisierung und Abwertung) ließen Vietnam von einem Netto-Importeur zu einem Netto-Exporteur von Reis werden. In Bali gaben der Zugang zu Informationen über internationale Märkte, technisches Management sowie Kapital den entscheidenden Anstoß.

den Kauf von Konstruktionsunterlagen und Know-how.

Durch die Verzerrung der relativen Preise hat der Protektionismus oft zur kostenaufwendigen Übernahme kapitalintensiver Techniken in Ländern mit einem Überschuß an Arbeitskräften geführt. In Côte d'Ivoire wurde in den sechziger Jahren der Textilbereich hauptsächlich durch ausländische Direktinvestitionen entwickelt, die durch Befreiungen von der Einkommensteuer und von Importabgaben, durch Zinssubventionen, hohe Zölle und durch restriktive Erteilung von Importlizenzen angelockt worden sind. Kreditsubventionen führten durch die Senkung der Kapitalkosten zu stärker kapitalintensiven Fabrikanlagen. Der Rückgriff der Firmen auf eine hochentwickelte Technologie, der eine hohe Ausländerbeschäftigung erforderlich machte, steigerte auch ihre Lohnkosten. Diese hohen Produktionskosten wurden in einem abgeschotteten Markt auf die Verbraucher überwältzt. Im Gegensatz dazu entwickelte sich in Japan die Textilindustrie als ein stark arbeitsintensiver Sektor, wobei man importierte Gebrauchtmachines verwendete, die, um Kapital durch Arbeit zu ersetzen, modifiziert wurden. In Japan und der Republik Korea wurde für die Textilproduktion erst dann eine kapitalintensive Technologie eingesetzt, als sich die relativen Preise änderten und Arbeit der Knappheitsfaktor wurde.

Eine Zollstruktur mit Stufentarif kann ebenfalls die Wahl der Technologie beeinflussen. Auf den Philippinen, wie in vielen anderen Ländern, sind die Importabgaben um so höher, je weiter verarbeitet das Produkt ist. Dies förderte den Betrieb von Montage- und Versandunternehmen, die stark auf importierte Materialien und Ausrüstungsgüter angewiesen sind. Es ist typisch, daß die Regierungen darauf mit Bestimmungen über den Inlandsanteil am Produktionswert reagieren, wobei sie fordern, daß Endprodukte einen bestimmten Anteil von im Inland hergestellten Komponenten enthalten. Regelungen über den Inlandsanteil werden häufig pauschal angewandt, ohne Rücksicht auf komparative Vorteile, womit die Wettbewerbsfähigkeit der Erzeugnisse aus Montagewerken weiter verringert wird.

Der Exportwettbewerb, ebenso wie der Importwettbewerb, zwingt die Unternehmen auch, die neuesten technologischen Entwicklungen einzusetzen. Eine der Automobil-Zuliefererfirmen Brasiliens, Metal Leve, ging 1965 auf den internationalen Markt, um freie Kapazitäten auszunutzen und um fiskalische und finanzielle Anreize in Anspruch zu nehmen. Die unternehmerischen Fähigkeiten der

Firmenleitung und der Gang auf die internationalen Märkte bewirkten einen dynamischen Prozeß des technologischen Wandels und der wachsenden Exportanteile, der durch die ausländische Nachfrage nach hoher Qualität forciert wurde. Exportieren verstärkt auch die Neigung, neue Technologie zu übernehmen, indem die Erträge aus Innovationen durch erweiterte Marktchancen gesteigert werden. In der Computerindustrie müssen beispielsweise die Unternehmen von Anfang an auf die Weltmärkte abzielen, damit sich ihre Investitionen rentieren.

### *Staatliche Technologiepolitik*

Eine der zweifelfreiesten Lehren, die aus den japanischen und ostasiatischen Erfahrungen gezogen werden kann, liegt in dem Wert einer Strategie, die auf die Einfuhr und den Ausbau vorhandener ausländischer Technologie setzt. Länder, die sich auf importierte Technologie stützen, haben im allgemeinen sehr starke interne Anstrengungen unternommen, Technologie zu verbreiten und zu entwickeln. Diese Fähigkeit, importierte Technologie auszuwählen, weiterzugeben und fortzuentwickeln – manchmal als technologisches Leistungspotential bezeichnet – wird nicht nur durch die wirtschaftliche Öffnung, sondern auch durch politisches Handeln in verschiedenen anderen Bereichen bestimmt. Hierzu gehört das Erziehungswesen (im einzelnen in Kapitel 3 erörtert). Darüber hinaus der inländische Wettbewerb (auch in Kapitel 4 diskutiert), das gesamtwirtschaftliche Umfeld (im einzelnen in Kapitel 6 erörtert), Informationsdienste, Normen und Standards, geistiges Eigentum sowie Forschung und Entwicklung

INLÄNDISCHER WETTBEWERB. Innovationen und die Ausbreitung der Technologie werden durch inländischen Wettbewerb gefördert, besonders wenn der heimische Markt groß ist. Eine Untersuchung über die Vereinigten Staaten zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts zeigte, daß mit der Ausdehnung schiffbarer inländischer Wasserstraßen die Patenterteilungen anstiegen. Der Zugang zu größeren Märkten und erhöhter regionaler Wettbewerb steigerten das Innovationstempo. Eine neuere Studie über erfolgreiche Industrien in sechs europäischen Ländern, Japan, Korea, Singapur und den Vereinigten Staaten, kam zu dem Ergebnis, daß heimischer Wettbewerb eine Schlüsselgröße für den internationalen Erfolg war (Porter 1989). In Japan

wies nahezu jeder Sektor, der zu einem wichtigen Exporteur auf den Weltmärkten wurde, zahlreiche heimische Konkurrenten auf – die Werkzeugmaschinenindustrie zählt allein mehr als 100 Hersteller. Inländische Konkurrenz ist sogar in Industriezweigen mit beträchtlichem Anteil an Massenproduktion wichtig (Beispiele sind die chemische Industrie in Deutschland, die Pkw- und Lkw-Industrie in Schweden und die pharmazeutische Industrie in der Schweiz).

Hemmnisse für den inländischen Wettbewerb – Beschränkungen bei der Lizenzerteilung, die den Marktzugang begrenzen, preispolitische Maßnahmen und Konkurs- oder Arbeitsgesetze, die das Ausscheiden aus dem Markt regeln – behindern oft, zusammen mit Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen, den technologischen Wandel (siehe Kapitel 4). In Indiens Kunstdüngerssektor, wo der Wettbewerb durch staatliche Marktzugangskontrollen und durch preispolitische Maßnahmen, welche die Überwälzung höherer Kosten ermöglichen, praktisch ausgeschaltet worden ist, überleben ältere Anlagen mit obsoleten Produktionsverfahren, obwohl die Kapazitäten weniger als 30 Prozent ausgelastet sind. In Europas Computerindustrie wurden geschützte heimische Märkte „nationalen Renommierunternehmen“ überlassen, die nie außerhalb ihrer abgeschirmten Märkte aktiv wurden.

Unter marktfreundlicheren Maßnahmen des Staates kann man aber mehr verstehen als nur die Beseitigung von Hindernissen für den inländischen Wettbewerb. Der Staat könnte gezwungen sein, Bestimmungen gegen Kartellbildungen anzuwenden, um sicher zu stellen, daß Produzenten und Händler keine geheimen Absprachen treffen oder Monopolstellungen mißbrauchen. Die Importkonkurrenz ist im allgemeinen ein wirksames Mittel gegen Geheimabsprachen von Anbietern, sie könnte jedoch dann nicht ausreichen, wenn der Importhandel Monopolmacht besitzt oder die Güter nicht handelbar sind. In den Vereinigten Staaten betrafen alle jüngeren Wettbewerbsverstöße nichthandelbare Güter wie den Lastwagentransport und zahnärztliche Dienstleistungen. Ein mangelhaft konzipiertes Kartellrecht kann freilich „überwunden“ werden durch die starken Interessen, die es eigentlich regulieren sollte – wie sich im Falle Indiens zeigt. Eine einfache Kartellgesetzgebung, die nur Preisabsprachen und andere eindeutig restriktive Praktiken verbietet, stellt einen guten Ansatz dar. Maßnahmen, die darüber hinausgehen – wie die Einschränkung von Fusionen oder Gemeinschaftsunternehmen – mögen zwar den Wettbewerb steigern, könn-

ten jedoch die Wirtschaftlichkeit beeinträchtigen, wenn die Massenfabrikation von Bedeutung ist.

DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMEN. Der gesamtwirtschaftliche Rahmen bestimmt durch seinen Einfluß auf die Zinsen, die Wechselkurse und die Verfügbarkeit von Devisen das Tempo und die Auswahl des Technologietransfers. In der Republik Korea und in Japan gingen hohe nationale Sparquoten und eine hohe Kapitalbildung mit einer schnellen Verbreitung von Technologie einher, womit die Kapitalkosten sanken und der Umschlag des Kapitalstocks sich beschleunigte. Untersuchungen wiesen für die Industrieländer einen engen Zusammenhang zwischen Ausstattungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum nach; Kapitel 2 zeigte, daß seit 1960 ein schnell wachsender Kapitalstock in den Entwicklungsländern zu einem beträchtlichen Teil zum BIP-Wachstum beigetragen hat.

Ein instabiles gesamtwirtschaftliches Umfeld hat im allgemeinen eine Devisenbewirtschaftung zur Folge, die zum Beispiel zu Beschränkungen bei der Zahlung von Lizenzgebühren führt. Insbesondere in den weniger industrialisierten Ländern, wo ein hoher Anteil der Technologie entweder in Form von Kapitalgüterimporten oder Lizenzen transferiert wird, stellen Devisenbeschränkungen wahrscheinlich eine entscheidende Hürde für die technologische Entwicklung dar.

Eine überbewertete Währung kann ebenfalls den Prozeß der Technologieauswahl ungünstig beeinflussen, indem die Kosten für importierte Maschinen gesenkt werden und die Struktur der Entwicklung in Richtung auf kapitalintensives Wachstum verzerrt wird. Wenn die Kapitalkosten entweder zu hoch sind (wie in Indien, das Kapitalgüterimporte mit hohen Zöllen belastet) oder zu niedrig (wie in Ghana, den Philippinen und in den fünfziger Jahren in Tansania), werden unter den örtlichen Bedingungen das Tempo des Technologietransfers und der Nutzen aus dem Technologieimport sinken.

INFORMATIONSDIENSTE. Staatliche Stellen und Industrieverbände können durch die Koordinierung des Informationsaustausches unter den Technologieimporteuren einen wertvollen Beitrag leisten; dies fördert auch die Standardisierung von Produktteilen und Geräten. Die Information von Exporteuren von Industrieprodukten durch staatliche Stellen war aber nur zum Teil erfolgreich. Exporteure benötigen detaillierte Angaben über Produktionsbesonderheiten und Vermarktungsmöglichkeiten – Sachwissen, das dem öffentlichen Sektor in

der Regel fehlt. Um die Wirksamkeit öffentlicher Informationsdienstleistungen zu steigern, könnten diese verkauft werden. Damit würden die Anbieter gezwungen, Informationen zu finden, für die zu zahlen sich lohnt. Derartige Dienstleistungen müssen auch nach Erfolgskriterien beurteilt werden. Beispielsweise könnten Dienstleistungen zur Förderung des Exports von Industrieerzeugnissen anhand der Veränderungen der Exportanteile bewertet werden. In den ostasiatischen Ländern hatten Ämter zur Außenhandelsförderung erst Erfolg, nachdem private Anbieter, private Gesellschaften und kleine Stäbe von Staatsangestellten, die sich mit der Außenhandelsförderung befaßten, über einen langen Zeitraum Erfahrungen gesammelt hatten. Der Staat sollte den Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Anbietern von Informationen dadurch fördern, daß er Beschränkungen hinsichtlich des Zugangs von privaten und ausländischen Anbietern von Beratungsdiensten beseitigt.

**NORMEN UND STANDARDS.** Ein ausgebautes zentrales System von Maßstäben, Normen, Standards, Tests und Qualitätskontrollen trägt in einer Wirtschaft zur Verbesserung und Verbreitung der Technologie bei. In so unterschiedlichen Ländern wie der Republik Korea und der Türkei haben Institute für Tests und Qualitätskontrollen zu den Exporterfolgen beigetragen und Anreize dafür geschaffen, in die Verbesserung der Qualität zu investieren. Die Erfahrungen sprechen jedoch für drei wichtige Überlegungen. Erstens werden Dienste für Qualitätskontrollen nur angeboten, wenn ein starker Wettbewerb herrscht, so daß unterlegene Produkte nicht problemlos verkauft werden können. Zweitens sollte der Zugang zu diesem Bereich nicht auf öffentliche Organisationen beschränkt werden. Diese Dienstleistungen werden in zahlreichen Entwicklungsländern von heimischen und ausländischen Firmen erfolgreich bereitgestellt. Drittens sollten die Standards eines Landes mit internationalen Regelungen übereinstimmen. Sonst können länderspezifische Standards zu einer Form des Protektionismus werden. Außerdem tragen gemeinsame Standards dazu bei, Monopole zu verhindern. Die Industrieländer können eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Technologie spielen, indem sie für „offene“ Standards eintreten, die es Unternehmen ermöglichen, ohne eine spezielle Ausrüstung oder Genehmigung Produkte zu kombinieren oder Maschinen miteinander zu koppeln. Korea hat „offene“ Standards bei Personal Computern benutzt, um seine Exporte in Gang zu bringen.

**GEISTIGES EIGENTUM.** Die meisten Entwicklungsländer – vor allem die am wenigsten industrialisierten – stützen sich auf die Anpassung und Weiterentwicklung der in den Industrieländern entwickelten Produkte und Produktionsverfahren. Folglich wirkte sich der steigende Patentschutz nach Ansicht der Entwicklungsländer mehr zugunsten der ausländischen Gesellschaften aus als zugunsten der heimischen Industrie. Patentschutz kann die Entwicklung innovativer Technik durch inländische Firmen und den Transfer vorhandener Technologie aus Industrieländern fördern. Er kann aber auch die Kosten für den Einsatz neu patentierter Technologie erhöhen. Für die Schwellenländer jedoch – die jetzt in verschiedenen Sektoren den letzten Stand der Technik erreichen – können die aus einem größeren Schutz des geistigen Eigentums zu erzielenden Gewinne bald wichtig werden. Historisch gesehen verstärkten die Industrieländer ihren Schutz geistigen Eigentums im Laufe ihrer Entwicklung. Auch Entwicklungsländer können ihre Einstellung schnell ändern. Eine Resolution der Welternährungsorganisation (FAO), die verfügte, daß genetisches Material allen Ländern unentgeltlich zur Verfügung stehen solle, wurde durch die Entwicklungsländer im Jahr 1983 unterstützt. Im Jahr 1985 wünschten viele dieser Länder jedoch, neue Saatgutsorten, die sie entwickelt hatten, zu schützen. Sie schlossen sich den Vereinigten Staaten bei deren Vorbehalten gegen den FAO-Vorschlag an, der abgelehnt wurde.

Ein besserer Schutz geistigen Eigentums wird schnell aus einem weiteren Grund zu einem zentralen Problem. Der sich ändernde Charakter der Technologie erschwert es, sich an neue Entwicklungen dadurch anzupassen, daß man importierte Produkte nachahmt – was viele Firmen veranlaßt, Lizenzierungsabkommen abzuschließen. Industrieländer, die eine nicht genehmigte Nachahmung ihrer Produkte als eine Art von Außenhandelseinbuße ansehen, drängen in den Entwicklungsländern auf besseren Patent- und Markenschutz. Indem man dieses Problem in bilaterale Handelsvereinbarungen als Druckmittel einbrachte, einschließlich der Androhung potentieller Vergeltungsmaßnahmen im Außenhandel, haben die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft (EG) dazu beigetragen, die Patentgesetzgebung in Korea und Mexiko zu verschärfen.

Durch das GATT und die Weltorganisation für geistiges Eigentum ausgehandelte multilaterale Vereinbarungen wären jedoch fallweisen bilateralen Bemühungen vorzuziehen. Dies würde einen

umfassenderen internationalen Ansatz bieten und die Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen im Außenhandel verringern. Der Schutz geistigen Eigentums ist am umstrittensten in Bereichen, in denen die Entwicklungsländer von der Forschung in den Industrieländern profitieren würden, wie bei der Verhütung tropischer Krankheiten. Die Forschung in den Entwicklungsländern basiert oft auf der Weiterentwicklung vorhandener Methoden und Verfahren, die auch geschützt werden könnten. Der Zugang zu Lizenzen für ausländische Innovationen könnte auch aktiv gefördert werden. Die Industrie in den Entwicklungsländern könnte versuchen, restriktive Klauseln in ihren internationalen Lizenzabkommen zu begrenzen, wie solche, die Exporte unterbinden.

**FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG.** In der Landwirtschaft lag die Rendite bei der öffentlich geförderten Agrarforschung in der Regel zwischen 30 und 60 Prozent (siehe Kapitel 4). Die Erträge der öffentlich geförderten Forschung in der Industrie waren wahrscheinlich nicht so hoch. Untersuchungen lassen darauf schließen, daß der Erfolg Japans bei der Entwicklung neuer Technologien mehr auf die Verbesserung der Anreize für die Privatindustrie als auf die Ausweitung staatlich subventionierter Programme zurückzuführen ist.

Die Regierungen in den Entwicklungsländern geben oft einen Großteil der für den Technologietransfer verfügbaren Mittel an nationale Forschungs- und Entwicklungsinstitute. In vielen Fällen, wie in Indien und Thailand, entfalteten sie wenig Wirkung. Vor allem in Ländern mit niedrigem Einkommen könnte ein großer Teil der Forschung und Entwicklung besser dafür verwendet werden, technologische Entwicklungen im Ausland anzupassen und zu verfolgen. Staatlich geförderte FuE-Zentren werden aber wahrscheinlich mehr den Interessen des Mitarbeiterstabes an der Grundlagenforschung nachgehen. Die Republik Korea hat die Rechenschaftspflicht solcher Zentren ihren Nutzern gegenüber erhöht, indem sie sie zwang, den Anteil der Einnahmen aus Privatverträgen auszuweiten.

**TECHNOLOGIETRANSFER: EINE BEWERTUNG.** Ist die wirtschaftliche Öffnung auf allen Entwicklungsebenen gleichermaßen von Bedeutung? In Afrika behinderte ein starker Schutz der Industrie und der vorrangige Aufbau öffentlicher Unternehmen den Wettbewerb und führte zu niedrigem Produktivitätswachstum. Länder aller Einkommenskategorien

könnten die Nachfrage nach neuen Technologien auslösen, indem sie den Wettbewerb fördern und einen Bildungsstand herbeiführen, der nötig ist, um Veränderungen auf den Märkten aufzunehmen. Es besteht ein dringender Bedarf an einem Grundschul- und weiterführenden Schulwesen auf breiter Grundlage, verbunden mit berufsbezogenen Ausbildungsprogrammen. Im Jahr 1986 besuchten in den Ländern südlich der Sahara nur 20 Prozent der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter (13 Prozent bei Frauen) weiterführende Schulen. Trotz stark subventionierter Hochschulausbildung hat Afrika Defizite an Fachleuten auf dem Gebiet der Wissenschaft, des Ingenieurwesens, der Wirtschaftsprüfung sowie im anspruchsvolleren Rechnungswesen und Management. Länder mit niedrigem Einkommen sollten auch geschäftliche Verbindungen mit Firmen fördern, die auf dem Gebiet der Anpassung der Technologie und der Vermarktung Erfahrung gesammelt haben. Der jüngste Exporterfolg von Mauritius im Bekleidungsbereich kann auf eine Kombination aus günstiger Wirtschaftspolitik, gut ausgebildeten Arbeitskräften und einem starken Zufluß von Direktinvestitionen aus Hongkong zurückgeführt werden.

Die jüngste Beschleunigung des technologischen Wandels in traditionellen und in neuen Bereichen, wie der Mikroelektronik, der Telekommunikation und der Biotechnik, schafft eine zunehmend komplexe, wettbewerbsorientierte Welt, in der die Übernahme und Anpassung neuer Technologie noch wichtiger wird. Eine erfolgreiche Politik wird sowohl den wirkungsvollsten Einsatz bestehender Technik als auch deren schnelle Verbreitung mit Hilfe des inländischen und ausländischen Wettbewerbs fördern. Der Staat kann das technologische Leistungspotential am besten durch Ausbildung, die Förderung des inländischen und ausländischen Wettbewerbs sowie durch die verstärkte Entwicklung von Informationsdiensten und Qualitätskontrollen verbessern.

### **Wanderung von Arbeitskräften und ausländische Direktinvestitionen**

Die internationalen Bewegungen von Kapital und Arbeit beeinflussen das Wachstum und die Wohlfahrt auf zwei Wegen. Erstens können ausländische Kapitalzuflüsse die inländischen Investitionen finanzieren und zur Anpassung der Volkswirtschaften an vorübergehende Störungen beitragen. (Öffentliche und kommerzielle Zuflüsse werden in den

Kapiteln 4 und 6 erörtert; dieses Kapitel befaßt sich in erster Linie mit dem Potential an Auslandsinvestitionen als einer neuen Quelle für zusätzliches Kapital, im Lichte des schwindenden Angebots an kommerziellen Zuflüssen.) Zweitens sind ausländische Investitionen und Arbeitskräftewanderungen potentiell wichtige Kanäle für den Technologietransfer. Der Nutzen von ausländischen Investitionen hängt aber von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ab. Höhere ausländische Investitionen in einem geschützten Inlandsmarkt könnten die Entwicklung eher behindern als fördern.

### *Wanderung von Arbeitskräften*

Die Wanderung von Arbeitskräften, die Übernahme von Fachkräften und zurückkehrende Arbeiter aus dem Ausland tragen allesamt zur Ausbreitung von Technologie bei. Nachdem in Großbritannien die gesetzlichen Hürden gegen die Abwanderung von Facharbeitern (1825) und die Ausfuhr von Maschinen (1842) beseitigt worden waren, trugen britische Unternehmer und Arbeiter dazu bei, in Europa und anderswo Eisenbahnen und Kohlebergwerke zu errichten. In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg erhielt eine große Zahl ausländischer Studenten eine wissenschaftliche und ingenieurtechnische Ausbildung in den Vereinigten Staaten und kehrte dann zurück, um ihr Wissen anzuwenden und weiterzugeben. In Pakistan wurde von einem Einwanderer aus Kaschmir/Indien, der das Geschäft mit Sportausrüstung in Deutschland gelernt hatte, eine Heimindustrie aufgebaut, die Fußbälle für den Export produziert.

Die Arbeitsmobilität bietet noch andere Vorteile, abgesehen vom Technologietransfer, der mit der Wanderung von Arbeitskräften verbunden ist. Sie ist ein weiteres Mittel, um die weltweite Ungleichheit der Einkommen zu verringern. In verschiedenen Industrieländern, so in Norwegen und Schweden, wurde der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft von hoher Arbeitslosigkeit begleitet. Die Auswanderung half, den Bevölkerungsdruck in diesen Ländern zu lindern: Zwischen 1865 und 1920 wanderten 25 Prozent der schwedischen Bevölkerung in die Vereinigten Staaten aus. Höhere Arbeitsmobilität könnte auch die Wohlfahrt in den Regionen mit Arbeitskräftemangel steigern. Das Potential zur Steigerung des Außenhandels im Rahmen regionaler Integrationspläne, wie sie etwa von der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) und der Zentralafrikanischen Zoll- und Wirtschafts-

union (UDEAC) vorgebracht wurden, ist wahrscheinlich nur begrenzt vorhanden. Derartige Pläne könnten jedoch die Arbeitslosigkeit oder den Mangel an Facharbeitern in den Mitgliedsländern lindern, wenn sie eine größere Arbeitsmobilität zuließen.

Eine gelockerte Ein- und Auswanderungspolitik in den Industrie- und Entwicklungsländern würde wahrscheinlich zu weltweiten Wohlfahrtsgewinnen führen. Einen Kostenpunkt bildet jedoch der Verlust von ausgebildeten und hochqualifizierten Leuten, die in die Industrieländer abwandern – der Abfluß von Intelligenz. In Bangladesch war der Anteil an beruflich Ausgebildeten, die ins Ausland emigrierten, so groß, daß er zu Engpässen in einigen Berufsgruppen beigetragen haben soll. Nach Abschluß ihrer Ausbildung blieben zwischen 1962 und 1976 63 Prozent der Studenten aus der Republik Korea, 49 Prozent aus Jordanien und 33 Prozent aus Griechenland in den Vereinigten Staaten.

Die Nettoverluste durch Abwanderung von Fachkräften können durch andere Faktoren verringert werden. Die Heimatüberweisungen (netto) von Gastarbeitern in Frankreich, Deutschland, Kuwait, Saudi-Arabien und einigen anderen Ländern sind oft hoch. Gastarbeiter senden zwischen 10 und 50 Prozent ihres Verdienstes in ihre Heimatländer. Außerdem dürften ausgewanderte Arbeitskräfte zur Verbreitung neuer Ideen und Technologien beitragen, entweder, wenn sie nach Hause zurückkehren oder einfach durch die Erleichterung des Informationsaustausches. Insgesamt sind die Nettoverluste durch die Auswanderung von Facharbeitern nicht eindeutig. Die Regierungen können diese Kosten dadurch mildern, daß sie Subventionen für diejenigen streichen, die sich eine höhere Ausbildung leisten können oder die wahrscheinlich ins Ausland abwandern. Der Staat könnte auch verlangen, die Einkommen der abgewanderten Fachkräfte zu besteuern, insbesondere, wenn sie Bürger ihrer Heimatländer bleiben.

### *Technologischer Wandel und ausländische Direktinvestitionen*

Nach 1945 waren ausländische Direktinvestitionen ein Hauptübermittler von Know-how zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Fallstudien für Hongkong und Mexiko zeigen, daß die Anwesenheit ausländischer Firmen die Verbreitung der Technologie erhöht und die Leistungsfähigkeit örtlicher Firmen verbessert hat. In Brasilien stammt ein

Großteil des Exports von Industrieerzeugnissen von Firmen mit Auslandsbeteiligung. Ergebnisse aus Côte d'Ivoire und Venezuela lassen darauf schließen, daß Industrieunternehmen in Auslandsbesitz eine höhere Produktivität aufweisen und daß Gemeinschaftsunternehmen einen größeren Teil der Gesamtproduktion exportieren als Firmen in Besitz von Inländern (Tabelle 5.1). Dies gilt auch, wenn man die Kapitalintensität und Unternehmensgröße berücksichtigt. Es erscheint einleuchtend, daß eine ausländische Präsenz die Produktivität von Firmen erhöhen könnte, die völlig in inländischem Besitz verbleiben. Für die drei in Tabelle 5.1 aufgeführten Länder ist der Beweis hierfür aber nicht schlüssig zu führen.

Die Verbreitung von Fertigkeiten auf dem Gebiet des Managements und der Vermarktung ist wahrscheinlich ebenso wichtig wie der Transfer von Produkt- und Verfahrenstechniken. In Bali, Indonesien, und Taiwan, China, bewirkten ausländische Investitionen positive Nebeneffekte, indem sie die Informationskosten für den Gang auf die Weltmärkte ersparten. Da ausländische Unternehmen bereits über Vermarktungskanäle, Know-how und Produktionserfahrung verfügen, haben einige Gastländer internationale Exportunternehmen aktiv ermutigt, Produktionsanlagen in ihren Ländern zu errichten. Zu den Ländern, die die Verbindungen ausländischer Firmen zu den Weltmärkten genutzt haben, gehören Irland, Malta, Mauritius und Singapur.

Ungeachtet ihrer erheblichen Bedeutung für die Verbreitung der Technologie dürften ausländische

Direktinvestitionen in einem Gastland mit starken Verwerfungen in der Wirtschaftspolitik wahrscheinlich Nettoverluste statt Wohlfahrtsgewinne bewirken. Wie schon oben in diesem Kapitel erwähnt, führten in Côte d'Ivoire selektive Schutzmaßnahmen und Subventionen für multinationale Textilfirmen zu einer unwirtschaftlichen Produktion. Eine andere Studie kam zu dem Ergebnis, daß infolge der Einfuhrbeschränkungen mehr als ein Drittel der ausländischen Investitionsprojekte für das Gastland negative Renditen erzielte. Wie Tabelle 5.1 zeigt, erwirtschafteten Firmen in ausländischem Mehrheitsbesitz weniger Devisen als Joint-venture-Unternehmen oder heimische Firmen. In allen drei Ländern war ein Großteil des industriellen Sektors geschützt, so daß ausländische wie heimische Firmen sich auf den inländischen Markt konzentrierten. Außerdem erließen sowohl Marokko (für Phosphate) als auch Venezuela (für Erdöl und Aluminium) Beschränkungen für ausländische Investitionen in Sektoren mit hohen Exporterlösen. Nach der Außenhandelsreform, die in Marokko im Jahr 1984 einsetzte, stiegen jedoch die Produktivität und die Exportumsätze bei den Auslandsfirmen schneller als bei ihren entsprechenden inländischen Konkurrenten (Tabelle 5.1).

Die Gastländer können die möglichen Gewinne aus Direktinvestitionen des Auslands maximieren, wenn eine gleichmäßig wirkende Investitionsgesetzgebung, ein niedriges Protektionismusriveau und möglichst geringe Befreiungen von der Einkommensteuer oder Kreditsubventionen an aus-

**Tabelle 5.1 Der relative Erfolg ausländischer Firmen in der Industrie, ausgewählte Länder und Jahre**

Land	Produktion je Arbeiter in ausländischen Firmen im Vergleich zu derjenigen in inländischen Firmen <sup>a</sup>		Nettodevisenerlöse als Anteil am Umsatz (in Prozent) <sup>b</sup>		
	Firmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung	Firmen mit ausländischer Minderheitsbeteiligung	Firmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung	Firmen mit ausländischer Minderheitsbeteiligung	Inländische Firmen
<i>Côte d'Ivoire</i>					
1976	4,2	3,8	3	37	-8
1987	2,2	2,1	8	28	18
<i>Venezuela</i>					
1976	0,9	1,4	..	..	..
1988	1,3	1,2	-13	36	-11
<i>Marokko</i>					
1985	0,7	0,6	14	13	21
1986	0,7	0,6	17	16	21
1987	0,9	0,8	18	17	24
1988	0,8	0,7	22	16	28

Anmerkung: Alle Durchschnitte mit den Firmenumsätzen gewichtet. Ausländische Firmen sind definiert als Firmen mit einem Auslandsbesitz an den Aktiva von mindestens 5 Prozent.

a. Verhältnis der Produktivität einer Auslandsfirma zur Produktivität einer Inlandsfirma (Produktion je Arbeiter).

b. Entspricht den Exporten minus den importierten Vorleistungen, dividiert durch die Umsätze. Für Marokko entspricht es den Exporten, dividiert durch die Umsätze, weil über die importierten Vorleistungen keine Daten vorhanden sind.

Quelle: Daten der Weltbank.

ländische Firmen gegeben sind. Steuern, die die Gewinnabführung an die ausländische Muttergesellschaft beschränken, schrecken Direktinvestitionen ebenfalls ab. Um die Möglichkeit einzuschränken, daß multinationale Unternehmen ihre Informationsvorteile ausnutzen und höhere Preise fordern, können die Gastländer den Wettbewerb zwischen den Auslandsfirmen fördern und an keinen ausländischen Investor Sonderprivilegien vergeben. In der Türkei hat beispielsweise die Liberalisierung der Auslandsinvestitionen zu einem Wettbewerb zwischen heimischen Joint-venture-Unternehmen und Lizenznehmern um die Belegung des nationalen Automobilsektors geführt. Es ist am besten, wenn heimische und ausländische Firmen den gleichen Steuerbestimmungen unterworfen werden: Ein niedrigerer und einheitlicher Steuersatz ist einem Tarif vorzuziehen, der multinationale Unternehmen begünstigt oder benachteiligt.

Ausländische Investoren dürften wahrscheinlich auch ein eindeutiges Aufsichtssystem bevorzugen. Eine Weltbankstudie über vierundvierzig inter-

ationale Bergwerksgesellschaften kam zu dem Ergebnis, daß die Mehrzahl der untersuchten Gesellschaften lieber im Rahmen einer eindeutig bestimmten Investitions- und Unternehmenssteuergesetzgebung arbeitete als individuelle Verträge über Steuerbefreiungen oder Subventionen auszuhandeln. Die drei Länder, die für Bergbauinvestitionen als am attraktivsten bezeichnet wurden – Botsuana, Chile und Papua-Neuguinea – haben nach Entwicklungsländer-Maßstäben recht hohe Steuersätze.

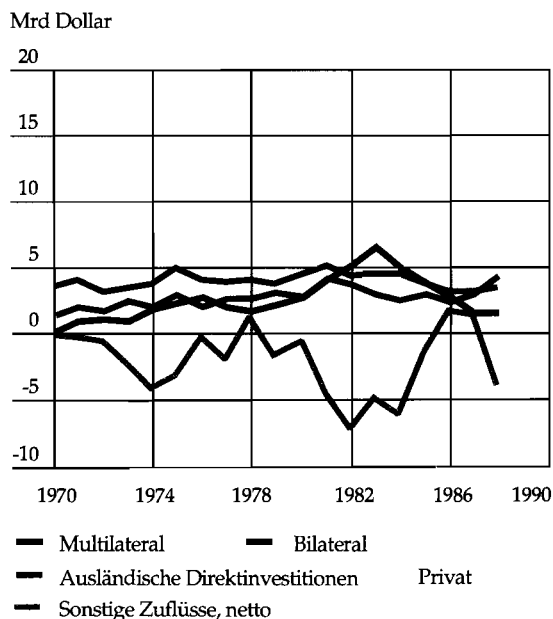
#### *Gesamtzufluß an ausländischen Direktinvestitionen und Wachstum*

Der für Entwicklungsländer verschlechterte Zugang zu kommerziellen Bankkrediten hat die Attraktivität der ausländischen Direktinvestitionen erhöht. Im Jahr 1988 haben die ADI als Quelle des Auslandskapitals für Entwicklungsländer andere Kapitalbewegungen übertroffen (Schaubild 5.1; vgl. auch Tabelle 1.3).

Zwar wuchsen die ADI mit niedrigerer Rate als kommerzielle Kreditzuflüsse, nämlich real gerechnet von 1970 bis 1989 um durchschnittlich 6 Prozent jährlich, doch schwankten sie wesentlich weniger als private Zuflüsse. Nach einem stetigen Aufwärtstrend in den siebziger Jahren fielen die ADI von 1981 bis 1986 zurück, erreichten aber 1988 wieder das Niveau von 1981. Hinter dem Gesamtbild verbergen sich jedoch beträchtliche Unterschiede bezüglich des Wachstums dieser Zuflüsse in die verschiedenen Regionen. In realen Größen gerechnet, stiegen die ADI in Asien zwischen 1970 und 1989 um 12 Prozent pro Jahr, verglichen mit 3 Prozent in Lateinamerika und einem Rückgang in Afrika.

Abgesehen von möglichen Gewinnen durch den Technologietransfer, schaffen die ADI Beschäftigung, wobei sie in einigen Ländern, wie in Singapur, nicht weniger als 60 Prozent der industriellen Beschäftigung bereitstellen. Da sich die ADI in den Entwicklungsländern weiter auf den Dienstleistungsbereich verlagern, dürfte ihr günstiger Einfluß auf die Beschäftigung zunehmen. Die ADI verlagern auch die Risikolast einer Investition von inländischen auf ausländische Investoren. Rückzahlungen sind an die Rentabilität der zugrundeliegenden Investition geknüpft, während bei der Kreditfinanzierung die aufgenommenen Mittel ungeachtet des Projekterfolges bedient werden müssen. Tabelle 5.2 zeigt, daß ADI den einzigen Kapitalzufluß darstellen, der im Zeitraum 1970 bis 1989 deutlich mit einem höheren BIP-Wachstum korre-

**Schaubild 5.1 Jährlicher Netto-Kapitalzufluß in Entwicklungsländer, 1970 bis 1988**



Anmerkung: Auf Basis einer Auswahl von fünfundfünfzig Entwicklungsländern. Ohne Singapur, Taiwan, China und ohne Länder, die nicht in der Lage sind, zu Marktkonditionen Kredite aufzunehmen. Die Kapitalzuflüsse sind zu konstanten Preisen von 1970 berechnet.  
Quelle: Daten der Weltbank.

**Tabelle 5.2 Investitionen, Wachstum und Netto-Kapitalzuflüsse, 1970 bis 1989**

(in Prozent des BIP)

Periode und Art der Korrelation	Öffentliche Zuflüsse/BIP <sup>a</sup>	Ausländische Direktinvestitionen/BIP	Private Zuflüsse/BIP
<i>Zwischen inländischen Investitionen/BIP und Kapitalzuflüssen</i>			
1970–75	0,14	0,50*	0,45*
1975–82	0,13	0,26*	0,26*
1982–89	0,10	0,24	0,24
1970–89	0,16	0,39*	0,31*
<i>Zwischen BIP-Wachstum und Kapitalzuflüssen</i>			
1970–75	0,34*	0,52*	0,21
1975–82	0,17	0,24	0,23
1982–89	–0,07	0,15	–0,05
1970–89	0,16	0,33*	–0,02

\* Statistisch signifikant (Signifikanzniveau 5 Prozent).

Anmerkung: Alle gezeigten Werte sind Periodendurchschnitte für sechzig Länder.

a. Öffentliche Zuflüsse umfassen bilaterale und multilaterale Zuflüsse.

Quelle: Schuldenberichte der Weltbank.

liert war, obwohl die Richtung des Kausalzusammenhanges nicht klar ist. Wenn es gilt, daß ADI das Wachstum fördern sollen, ist das Umgekehrte ebenso zutreffend.

Die Aussichten für einen verstärkten Strom von ADI in die Entwicklungsländer sind für die neunziger Jahre ungewiß. Eine Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß der Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Auslandsinvestitionen in den achtziger Jahren von schätzungsweise 26 auf 21 Prozent zurückging. Außerdem sind die ADI in den Entwicklungsländern stark konzentriert: In den achtziger Jahren zogen fünfzehn Länder 75 Prozent aller Investitionen auf sich. ADI können nicht als Ersatz für kommerzielle Kredite oder öffentliche Mittelzuflüsse angesehen werden; sie sind bestenfalls eine Ergänzung. Der Zufluß und die Wirksamkeit von ADI wird durch adäquate inländische und öffentliche Finanzierungen durch Organisationen wie die Weltbank gefördert, die den Ausbau der Infrastruktur, der Gesundheitsfürsorge und des Erziehungswesens unterstützen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß ausländische Direktinvestitionen eine potentiell wichtige Kapitalquelle zur Ergänzung inländischer Investitionen, den Transfer von Technologie und die Schaffung von Arbeitsplätzen darstellen. Der Beleg für einen Technologietransfer durch ADI ist jedoch nicht zweifelsfrei zu erbringen. Inwieweit ausländische Investitionen zum Wachstum beitragen, hängt weitgehend von der Effizienz der Wirtschaftspolitik des Empfängerlandes ab. Der Spielraum für wachsende Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländer wird auch durch die Wirtschaftspolitik der Industrieländer bestimmt

werden. Die regionale Integration hat Europa für ausländische Investitionen noch attraktiver gemacht, was die Zuflüsse in die Entwicklungsländer dämpfen wird. Im allgemeinen lenkt ein steigender Protektionismus in den Industrieländern die ADI von anderen Zielgebieten ab und läßt Entwicklungsländer als Standorte für exportorientierte Auslandsinvestitionen weniger attraktiv erscheinen.

### Außenhandelspolitik und Wirtschaftswachstum

Wenn Entwicklungsländer eine offene Außenhandelsordnung errichten, ziehen sie aus den richtigen Gründen ADI an sich: Die ausländischen Investoren erkennen die Chance, internationale wettbewerbsfähige Unternehmungen aufzubauen. Die Vorteile eines liberalen Außenhandels gehen aber weit darüber hinaus. Außenhandelsrestriktionen verzerren die Allokation der Investitionen und fördern die Einflußnahme durch Privatinteressen und durch den Staat. Die Verbraucher zahlen die Kosten der restriktiven Außenhandelspolitik, während die geschützten Sektoren profitieren. Für die Vereinigten Staaten schätzte eine Studie, daß sich die Kosten der Importbeschränkungen für japanische Automobile für die Verbraucher auf 93.000 bis 250.000 Dollar für jeden geretteten Arbeitsplatz beliefen.

Ein unterschiedlicher Protektionsgrad in einzelnen Bereichen kann zu erheblichen Verzerrungen führen, auch wenn das durchschnittliche Protektionsniveau niedrig ist. Aus geschützten Sektoren stammende Käufer von Vorleistungen – wie Automobilproduzenten, die in Brasilien, Indien oder Pakistan Stahl aus inländischer Produktion kaufen

müssen – sind auf den Weltmärkten benachteiligt. In den Vereinigten Staaten beklagen die Hersteller von Personal-Computern, daß die Zölle auf Einzelteile ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verringern. Wenn aber die Wirtschaftspolitiker statt dessen die Endprodukte mit Schutzzöllen sichern und den zollfreien Import von Vorprodukten gestatten würden, dann wäre der sogenannte effektive Schutz für diese Produkte oft viel höher, als es die offizielle Höhe der Zölle anzeigt.

Hohe Zölle provozieren oft willkürliche Eingriffe: In vielen Ländern sind die offiziellen Schutzmaßnahmen hoch, aber die tatsächlichen Zolleinnahmen sind niedrig. Brasiliens gesetzliches, importgewichtetes Zollniveau lag 1985 für den Privatsektor bei 40 Prozent, doch die gesamten Zolleinnahmen betrugen nur 6 Prozent des Einfuhrvolumens. Ausnahmeregelungen (einschließlich solcher für Unternehmen des öffentlichen Sektors) erklären einen erheblichen Teil der Diskrepanz. In vielen Ländern werden derartige Ausnahmen *ad hoc* gewährt, womit Politiker ein wirkungsvolles Instrument zur Erzielung rechtswidriger Gewinne erhalten.

Ein freizügigerer Außenhandel ist sogar noch wünschenswerter, wenn die Inlandsmärkte von nur wenigen Firmen beherrscht werden. In Pakistan, wo der Inlandsmarkt zu klein ist, um einer größeren Zahl von Fahrradherstellern ein Auskommen zu ermöglichen, könnten die Importe den Wettbewerb anregen, um die Produktqualität zu verbessern und niedrigere Preise durchzusetzen. Die in so unterschiedlichen Ländern wie Chile, Côte d'Ivoire, Kolumbien, Marokko und Venezuela zu verzeichnenden Gewinnmargen deuten darauf hin, daß Importe ein wichtiger Wettbewerbsfaktor sind. In Märkten, die aus Wirtschaftlichkeitsgründen ein hohes Produktionsvolumen erfordern, führt der Außenhandel zur Stabilisierung und Spezialisierung der Produktion. Unter den Bedingungen eines freien Außenhandels wäre Venezuela nicht in der Lage, fünfzehn Automobil-Montagewerke zu unterhalten.

Durch die Beeinflussung der Art des Faktoreinsatzes und der Produktionsverfahren könnten durch den Außenhandel Gewinne entstehen, die deutlich über den kurzfristigen Nutzen einer verbesserten Ressourcenallokation hinausgehen (Grossmann und Helpman, erscheint demnächst). Der Rückgriff auf Vorleistungen höherer Qualität dürfte die Produktivität verbessern und das Produktionswachstum beschleunigen. Exporteure und Importeure lernen neue Produkte und Produktionsverfahren kennen, die aus der internationalen Weiter-

entwicklung der Technologie hervorgehen. Größere Märkte, die für aufgewendete Forschungsanstrengungen höhere Erträge bieten und den Wettbewerb verstärken, motivieren die Produzenten zur Entwicklung oder Anpassung neuer Technologien. Es wird jedoch manchmal behauptet, daß Monopolgewinne notwendig seien, um den Produzenten ein Äquivalent zu bieten für Investitionen in die Forschung und für die Anpassung importierter Technik an die heimischen Bedingungen. Wenn die inländischen Investoren nicht in der Lage sind, die vollen Erträge aus der Innovation oder Anpassung zu vereinnahmen, werden sie zu wenig in die Technologie investieren. In der Industrie erfordern jedoch viele Anstrengungen zur Anwendung und Verbreitung technischen Wissens einen unternehmensinternen Sachverstand und von daher könnten die Unternehmen die entsprechenden Erträge in vollem Umfang realisieren. Zu welchen Schlußfolgerungen kommt man aufgrund der historischen Erfahrungen hinsichtlich der Beziehungen zwischen protektionistischen Systemen und dem technologischen Wandel? Die Antwort scheint zu sein, daß wirtschaftliche Öffnung im allgemeinen ein schnelleres Wachstum gefördert hat.

#### *Über den Einfluß des Außenhandels*

Die Industrieländer haben sich im Laufe ihrer Entwicklung in geringerem Umfang auf protektionistische Maßnahmen gestützt, als es die meisten Entwicklungsländer heutzutage tun. Seit Anfang des neunzehnten Jahrhunderts beliefen sich die Zölle in den Industrieländern im Durchschnitt auf weniger als 25 Prozent (Sonderbeitrag 5.2). Im Jahr 1987 lag der durchschnittliche Zollsatz in den Entwicklungsländern bei mehr als 30 Prozent und dies nach einem Jahrzehnt ausgedehnter Reformen (UNCTAD 1987). Der Zollschutz in Südasien ist mehr als doppelt so hoch wie im historischen Durchschnitt der Industrieländer.

Die Industrieländer griffen während der Industrialisierung nur selten auf nichttarifäre Maßnahmen zurück, obwohl sich dies in jüngster Zeit geändert hat – Belege hierfür sind die Zunahme freiwilliger Exportvereinbarungen für Automobile und Stahl sowie das Welttextilabkommen (WTA). Dagegen unterlagen 1987 bei zweiundachtzig ausgewählten Entwicklungsländern 28 Prozent aller Importe nichttarifären Handelshemmnissen (Tabelle 5.3). Insgesamt betrachtet liegt der Schluß nahe, daß das Wachstum der Industrieländer mit etwas

geringeren Zöllen und beträchtlich weniger nicht-tarifären Hemmnissen einherging, als sie heute von den Entwicklungsländern verwendet werden.

Untersuchungen, die die kurzfristigen (statischen) Vorteile eines Übergangs zu einem liberaleren Außenhandel messen, kommen zu dem Ergebnis, daß die Zugewinne von unter 1 Prozent bis zu

nicht weniger als 6 Prozent des BIP reichen. Die Zugewinne sind noch größer, wenn die heimischen Märkte von nur wenigen Produzenten beherrscht werden oder wenn es Kosteneinsparungen durch Massenproduktion gibt. Diese Untersuchungen messen jedoch nur Veränderungen zu einem bestimmten Zeitpunkt; sie sind nicht darauf zuge-

## Sonderbeitrag 5.2 Protektionismus in Industrieländern: Ein historischer Abriss

Jahrhunderte vor der Industriellen Revolution hatten die Länder schon gelernt, die Inlandsmärkte zu schützen. Bereits im dreizehnten Jahrhundert erließ England eine Reihe von Gesetzen, welche die Kleidung, die getragen werden durfte, hinsichtlich Art und Herkunft Beschränkungen unterwarfen. Obwohl einige Bestimmungen eine soziale Zielsetzung hatten – um soziale Klassen durch ihre Kleidung zu kennzeichnen – hatten andere eine eindeutig ökonomische Basis. Zusätzlich zu gesetzlichen Regelungen gegen die Einfuhr französischer Produkte schützten die Briten ihre Produzenten auch gegen Länder wie Indien. Britischen Erzeugern gelang es im siebzehnten Jahrhundert, ein Gesetz durchzubringen, das den Import oder das Tragen von Seide und Kattun aus China, Indien und Persien verbot. Beschränkungen hinsichtlich der Einfuhr von Kattun gaben der englischen Kattundruck-, Seide- und Wäscheindustrie Auftrieb.

Ein Vergleich des Schutzniveaus in den Industrieländern in den letzten zweihundert Jahren mit dem Protek-

tionsniveau der Entwicklungsländer heute (Tabelle 5.2A) zeigt jedoch, daß das durchschnittliche Protektionsniveau in den Industrieländern nie die Höhe erreichte, die gegenwärtig in den Entwicklungsländern zu finden ist. Im Jahr 1820 belief sich der durchschnittliche Zollsatz für Industrieprodukte in sieben Ländern auf 22 Prozent. Wenngleich die Industrieländer vor dem Rückgang der Transportkosten von einem höheren natürlichen Schutz profitierten, lag der durchschnittliche Zollsatz in zwölf Industrieländern von 1820 bis 1980 zwischen 11 und 32 Prozent. Beispielsweise waren in Japan bis 1899 niedrige Zölle durch Verträge mit dem Ausland festgelegt. Als diese Verpflichtungen aufgehoben wurden, stiegen die Zollsätze bis 1911 nur in seltenen Fällen über 10 bis 15 Prozent. Sogar nach 1911 lag das gesamte Zollniveau nie über 20 Prozent. Im Gegensatz dazu beläuft sich der Durchschnittszoll für Industrieprodukte in den Entwicklungsländern auf 34 Prozent (Tabelle 5.3).

**Tabelle 5.2 A Zollsätze in Industrieländern, 1820 bis 1987**

(ungefähre durchschnittliche Prozentsätze)

Warengut und Land oder Region	1820	1875	1913	1925	1930 <sup>a</sup>	1950	1987
<i>Industrielerzeugnisse</i>							
Belgien	7	9–10	9	15	14	11	7
Dänemark	30	15–20	14	10	..	3	..
Deutschland	10	4–6	13	20	21	26	7
Frankreich	..	12–15	20	21	30	18	7
Großbritannien	50	0	..	5	..	23	7
Italien	..	8–10	18	22	46	25	7
Niederlande	7	3–5	4	7	..	11	7
Österreich	..	15–20	18	16	24	18	9
Schweden	..	3–5	20	16	21	9	5
Schweiz	10	4–6	9	14	19	..	3
Spanien	..	15–20	41	41	63	..	..
Vereinigte Staaten	40	40–50	25	37	48	14	7
Durchschnitt	22	11–14	17	19	32	16	7
<i>Alle Waren</i>							
Japan	..	4	20	13	19	4	8
Kanada	..	14	17	14	13	9	6
Vereinigte Staaten	45 <sup>b</sup>	41	40	38	45	13	6
Durchschnitt	..	6	23	21	23	11	7

a. Für Industrielerzeugnisse bezieht sich der Durchschnitt auf 1931 statt auf 1930.

b. Die Angaben beziehen sich auf 1821 statt auf 1820.

Quellen: Für 1829 und 1875 (durchschnittliche Zollsätze), Bairoch 1976. Für 1987, Angaben des GATT, berichtet in Kelly und andere 1988. Für andere Jahre: für die Vereinigten Staaten (Verhältnis der Zolleinnahmen zu den zollpflichtigen Importen), U.S. Department of Commerce 1975; für Japan (Verhältnis der Zolleinnahmen zu den zollpflichtigen Importen) Ohkawa, Shinohara und Umemura 1979; für Kanada und Australien (Verhältnis der Zolleinnahmen zu den zollpflichtigen Importen), Michell 1983; für 1913 und 1925 (durchschnittliche offizielle Zollsätze), der Völkerbund 1927.

**Tabelle 5.3 Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse in Entwicklungsländern, 1987**

Region	Industrie- erzeugnisse		Alle Waren	
	Zölle	NTH	Zölle	NTH
Ostasien	22	20	21	22
Südasiien	81	47	77	48
Europa, Naher Osten und Nordafrika	26	31	24	32
Afrika südlich der Sahara	30	30	33	30
Lateinamerika und die Karibik	34	20	33	21
Durchschnitt	34	27	32	28

Anmerkung: NTH = nichttarifäre Handelshemmnisse. Die Daten sind ungewogene Durchschnittszölle.

Quelle: UNCTAD 1987, auf der Basis von Quellenangaben aus zweiundachtzig einzelnen Ländern. Für die Republik Korea, Schätzungen der Weltbank.

schnitten, die potentiellen Verbindungen zwischen außenhandelspolitischen Maßnahmen und längerfristigem Wachstum zu analysieren.

Die Mehrzahl der Untersuchungen, die BIP-Wachstum und außenhandelspolitische Öffnung analysierten, fanden einen positiven Zusammenhang (Sonderbeitrag 5.3). Schaubild 5.2 zeigt auch, daß zwischen Produktivitätswachstum einerseits sowie Außenhandel und Wechselkurspolitik andererseits ein positiver Zusammenhang besteht, wobei man sich auf sieben unterschiedliche Maße für den Grad der wirtschaftlichen Öffnung stützte. Die Gesamtergebnisse deuten darauf hin, daß die langfristigen Gewinne aus steigendem Wettbewerb und der Übertragung von Technologie wahrscheinlich viel größer sind als die kurzfristigen Vorteile.

Ein bestimmtes Maß an Skeptizismus ist jedoch aus zwei Gründen angebracht. Erstens untersuchen die meisten Studien den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und den Außenhandelsvolumina, d. h. sie stellen nicht auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen ab; zum Teil geschieht dies, weil die Messung der „Politik“ schwierige Probleme aufwirft. Einige ostasiatische Länder haben hohe Außenhandelsanteile am BSP mit Hilfe handelspolitischer Interventionen erreicht. Gleichwohl haben neuere Untersuchungen versucht, die Wirkungen handelspolitischer Maßnahmen zu erfassen, wobei man sich auf Informationen über Zölle, Kontingente und relative Preise stützte. Diese Untersuchungen zeigen einen nach wie vor positiven Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Öffnung und Wachstum.

Zweitens ist es schwierig, die beobachtete Korrelation zwischen außenhandelspolitischen Maßnahmen und Wachstum zu interpretieren. Wirtschafts-

politische Maßnahmen, die mit dem Außenhandel nicht in direktem Zusammenhang stehen (makroökonomische Politik, Maßnahmen zur Förderung des inländischen Wettbewerbs und so weiter) können sowohl für bessere Exportergebnisse als auch für höheres BIP-Wachstum verantwortlich sein. Außerdem ist es schwierig, die Richtung des kausalen Zusammenhangs zwischen Handelspolitik und Wachstum zu bestimmen.

### *Intervention und Wachstum*

Die Untersuchungsergebnisse stützen zwei generelle Schlußfolgerungen. Erstens gibt es einen allgemeinen statistischen Zusammenhang zwischen weniger Interventionen oder geringeren Preisverzerrungen einerseits und höherem Produktivitätswachstum andererseits. Zweitens bestehen beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der Erfahrungen einzelner Länder – hieraus ergibt sich in Schaubild 5.2 die Streuung der Punkte um den allgemeinen Trend. Zum Teil hängt dies damit zusammen, daß die wirtschaftliche Öffnung nur ein Faktor zur Erklärung des Produktivitätswachstums ist; dieser Bericht dokumentiert auch die Bedeutung der Herstellung von gesamtwirtschaftlicher Stabilität, der Bereitstellung von sozialen Leistungen und der Förderung eines produktiven Klimas für Unternehmen. Es ist jedoch auch richtig, daß Länder wie Korea hohe Zuwachsraten beim Export in Verbindung mit gezieltem Protektionismus erreichten. Warum ist im Durchschnitt eine interventionistische Politik risikoreicher? Warum gibt es Ausnahmen?

Rein praktisch gesehen sind staatliche Eingriffe in den Außenhandel aus mehreren Gründen risikoreich. Die Länder unterschätzen oft, wie schwierig es sein kann, außenhandelsbedingte Verzerrungen zu korrigieren. Ein Zollrückvergütungssystem, das den Exporteuren die für eingeführte Vorleistungen gezahlten Zölle erstattet, ist die zweitbeste Maßnahme zur Bekämpfung der protektionsbedingten Verzerrungen. Um wirklich gleichmäßige Anreize zur Produktion für die Inlands- und Auslandsmärkte sicherzustellen, müssen die Exporteure auch für alle Zölle auf ihre Erzeugnisse (die die Produktionsanreize zugunsten des Inlandmarktes verschieben) und für die Überbewertung der Währung infolge der Schutzmaßnahmen einen Ausgleich erhalten. Eine Untersuchung über lateinamerikanische Länder kam zu dem Ergebnis, daß Exportsubventionen nur einen kleinen Teil der Verzerrung zu Lasten des Exports ausgleichen, die durch Zölle und falsche

Wechselkurse entsteht. Außerdem werden Länder, die Exportsubventionen gewähren, für Vergeltungsmaßnahmen anfällig.

In vielen Ländern wurden die Gewinne, die womöglich durch die Korrektur von Marktmängeln entstehen können, von den Kosten übertroffen, die durch Fehler in der praktischen Durchführung aufliefen. In Argentinien und Côte d'Ivoire bemühte

man sich verstärkt, Verzerrungen auf dem Gebiet des Außenhandels und der Wechselkurse durch eine Gewährung von Exportkrediten auszugleichen, was aber nur von kurzer Dauer war. Subventionen schafften Finanzierungsprobleme, und sie fließen oft begünstigten Gruppen oder Sektoren zu. In Costa Rica beliefen sich 1990 die Subventionen für nichttraditionelle Ausfuhren auf 5 Prozent der

### Sonderbeitrag 5.3 Außenhandelspolitik und Wachstum: Die vorliegenden Erkenntnisse

In diesem Kapitel bezieht sich die Offenheit einer Volkswirtschaft nicht nur auf den freien Zugang zu Gütern, sondern auch zu Dienstleistungen, Technologie, ausländischen Investitionen und Kapital. Neutralität der Außenhandelspolitik bedeutet, daß die Anreize zur Einsparung einer Deviseneinheit mittels Imports substitution ebenso hoch sind wie die zum Erwerb einer Deviseneinheit durch den Export. Preisvergleiche zwischen Gütern, die auf den Inlands- und Auslandsmärkten verkauft werden, sind ein möglicher Maßstab für die Messung der Neutralität. Wenn auf den Inlandsmärkten Wettbewerb herrscht, erfassen Preisvergleiche den Einfluß handels- und wechselkurspolitischer Maßnahmen, die die Inlandspreise beeinflussen: Zölle, Kontingente, unterschiedliche Wechselkurse für Importe und Exporte sowie Subventionen. Informationen über relative Preise stehen jedoch oft nicht zur Verfügung, so daß statt dessen zahlreiche andere Indikatoren benutzt werden (siehe beispielsweise Barro, erscheint demnächst).

Der einfachste Maßstab zur Bestimmung der Außenhandelsorientierung basiert auf tatsächlichen Handelsströmen, wie Einfuhr plus Ausfuhr als Anteil am BIP. (Einen Überblick über die Literatur zur Offenheit einer Volkswirtschaft und des Wachstums bieten die Hintergrundpapiere von Dollar, Harrison und Jen.) Die Mehrzahl dieser Meßgrößen läßt eine positive Korrelation mit dem BIP-Wachstum erkennen, auch unter Berücksichtigung anderer Einflußgrößen. Leider stellen sie bestenfalls nur ansatzweise einen Indikator für die *Außenhandelspolitik* dar. Andere Faktoren, wie die Größe des Landes oder ausländische Kapitalimporte, beeinflussen ebenfalls den Außenhandel: Zum Beispiel haben große Länder tendenziell geringere Außenhandelsanteile. Eine Verbesserung gegenüber diesem Ansatz besteht darin, die Abweichung der tatsächlichen von den erwarteten Handelsströmen zu messen, wobei man sich auf Variablen wie die Größe eines Landes stützt (Balassa 1985, Syrquin und Chenery 1989).

Administrative Daten, wie Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse, sind in einem Gesamtindex nur schwer zusammenzufassen. Die größten Probleme verursachen dabei die Kennziffern über die Ausdehnung von nichttarifären Handelshemmnissen. Da eine solche

Kennziffer den Prozentsatz der von Handelshemmnissen erfaßten Importe mißt, würden extrem wirksame Hemmnisse, die nahezu alle Importe einer bestimmten Kategorie verhindern, nur ein geringes Gewicht im Index erhalten. Die meisten Untersuchungen, die auf dieser direkten Messung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen fußen, kommen zu dem Ergebnis, daß zwischen Außenhandel und Wachstum eine positive Beziehung besteht (beispielsweise Heitger 1986).

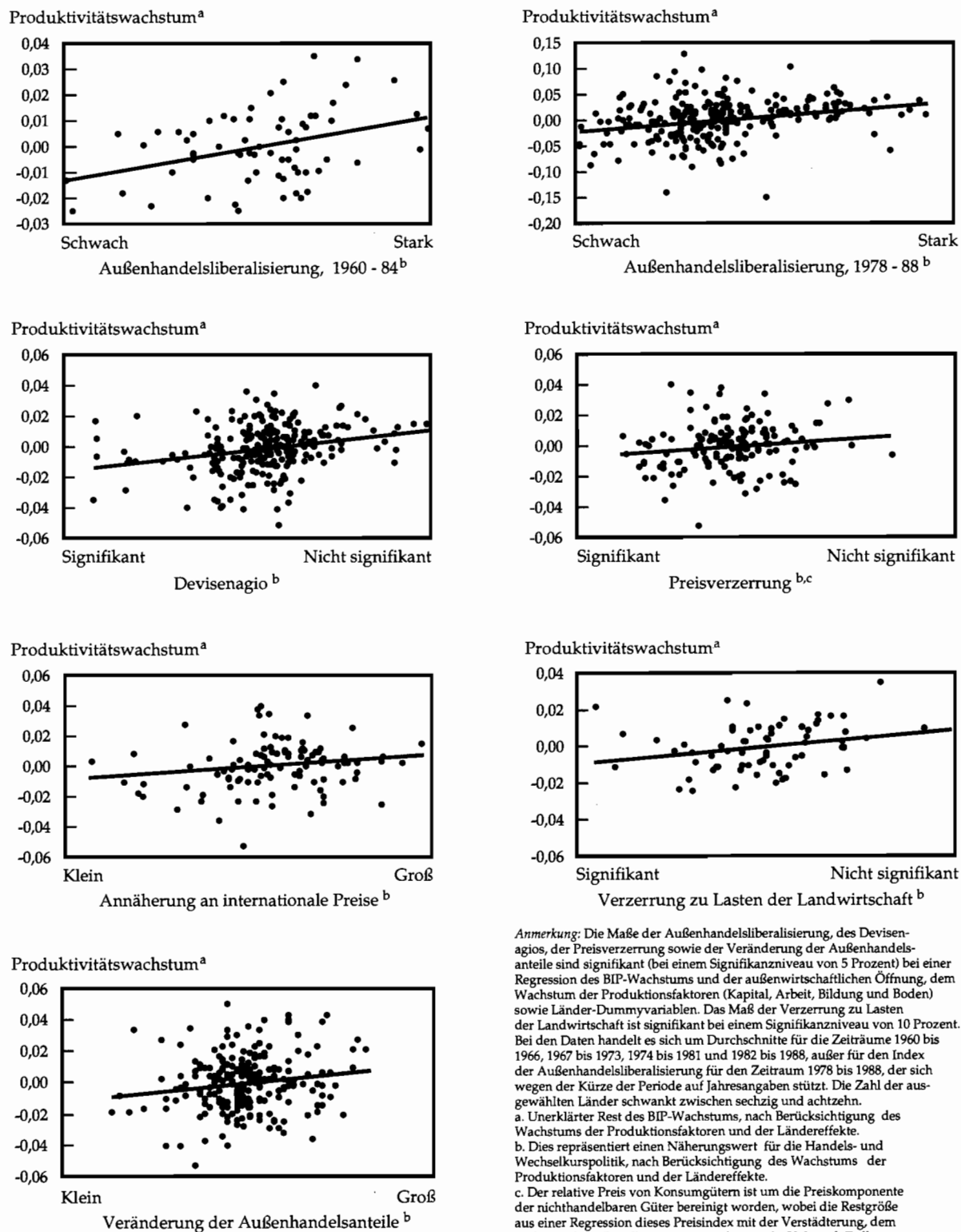
Auch mikroökonomische Untersuchungen haben in der Regel eine positive Beziehung zwischen höheren Exporten und Produktivitätswachstum festgestellt. Allerdings ist die Beziehung zwischen Importen und Produktivitätswachstum manchmal positiv und manchmal negativ. (Für die in den letzten zwei Sätzen zusammengefaßten Arbeiten vgl. sowohl Nishimizu und Page 1990 als auch Tybout 1991). Empirischen Arbeiten gelang es bisher nicht, die erwarteten, langfristigen Positiveffekte von Importen auf das Produktivitätswachstum von der Tatsache zu isolieren, daß Importe zunächst in Sektoren mit geringer Produktivität gelenkt werden, in denen ein Land keinen internationalen Wettbewerbsvorteil besitzt.

Eine weitere Schwierigkeit bei der Messung der Effekte außenhandelspolitischer Maßnahmen auf das Wachstum besteht darin, daß die Handelspolitik selbst eine Funktion anderer Variablen sein kann, auch des Wachstums. Untersuchungen, welche die kausale Beziehung zwischen BIP-Wachstum und Wachstum der Exporte oder Importe bestimmen wollten, kamen zu unterschiedlichen Ergebnissen (beispielsweise Hsiao 1987, Jung und Marshall 1985).

Die Mehrzahl der derzeit verfügbaren Forschungsergebnisse zeigt eine positive Beziehung zwischen außenwirtschaftlicher Öffnung – soweit sie meßbar ist – und Wirtschaftswachstum. Die auftretenden Probleme bei der Identifizierung des allein auf die *Außenhandelspolitik* zurückzuführenden Einflusses sowie bei der Frage nach der Kausalitätsbeziehung deuten jedoch darauf hin, daß die Debatte noch nicht völlig abgeschlossen ist. Weitere Anstrengungen scheinen erforderlich, um detaillierte Daten über Kontingente und Zölle in Entwicklungsländern zu sammeln.

## Schaubild 5.2 Außenwirtschaftliche Öffnung und Produktivitätswachstum: Partielle Korrelationen für Entwicklungsländer, 1960 bis 1988

(Prozent)



Anmerkung: Die Maße der Außenhandelsliberalisierung, des Devisenagios, der Preisverzerrung sowie der Veränderung der Außenhandelsanteile sind signifikant (bei einem Signifikanzniveau von 5 Prozent) bei einer Regression des BIP-Wachstums und der außenwirtschaftlichen Öffnung, dem Wachstum der Produktionsfaktoren (Kapital, Arbeit, Bildung und Boden) sowie Länder-Dummyvariablen. Das Maß der Verzerrung zu Lasten der Landwirtschaft ist signifikant bei einem Signifikanzniveau von 10 Prozent. Bei den Daten handelt es sich um Durchschnitte für die Zeiträume 1960 bis 1966, 1967 bis 1973, 1974 bis 1981 und 1982 bis 1988, außer für den Index der Außenhandelsliberalisierung für den Zeitraum 1978 bis 1988, der sich wegen der Kürze der Periode auf Jahresangaben stützt. Die Zahl der ausgewählten Länder schwankt zwischen sechzig und achtzehn.

a. Unerklärter Rest des BIP-Wachstums, nach Berücksichtigung des Wachstums der Produktionsfaktoren und der Ländereffekte.

b. Dies repräsentiert einen Näherungswert für die Handels- und Wechselkurspolitik, nach Berücksichtigung des Wachstums der Produktionsfaktoren und der Ländereffekte.

c. Der relative Preis von Konsumgütern ist um die Preiskomponente der nichthandelbaren Güter bereinigt worden, wobei die Restgröße aus einer Regression dieses Preisindex mit der Verstärkung, dem Boden und der Bevölkerung verwendet wurde. Vgl. auch Dollar (erscheint demnächst).

Quelle: Siehe Technische Anmerkungen am Ende des Haupttextteils.

Gesamtausgaben der Zentralregierung; 80 Prozent dieser Subventionen konzentrierten sich auf weniger als 20 Firmen. Auch Korea, das Kredite und Subventionen an erfolgreiche Exportresultate knüpfte, machte Fehler: Der Versuch, in den siebziger Jahren durch ausgedehnte Subventionen eine Schwerindustrie aufzubauen, war bestenfalls ein Teilerfolg. Oft wurden Maßnahmen, die als kurzfristige Hilfen konzipiert waren, um heimischen Industriezweigen eine Wachstums- oder Umstrukturierungschance zu geben, niemals aufgehoben. Die Hauptargumente für und wider Interventionen sind in Sonderbeitrag 5.4 noch einmal zusammengefaßt.

Was zeichnet die Länder aus, die in den Außenhandel eingriffen und dennoch in der Lage waren, schnell zu wachsen? Erstens gewährleisteten die erfolgreichen interventionistischen Staaten, daß die Anreize für den technologischen Wandel bestehen blieben, indem sie den internationalen und heimischen Wettbewerb aufrechterhielten und als Gegenleistung für Kreditsubventionen, Importschutz oder Beschränkungen des heimischen Marktzugangs Erfolgeanforderungen stellten. In Japan und Korea waren Subventionen und Schutzmaßnahmen strikt an Exporterfolge innerhalb einer festgelegten Periode geknüpft. Unternehmen, die sich nicht gut entwickelten, ließ man in Konkurs gehen. In der japanischen Kunstfaserindustrie verhalf MITI einigen Unternehmen zu Lizenzen aus verschiedenen nationalen Quellen, um damit neue Marktzugänge zu gewährleisten – was zu Überkapazitäten und ruinösem Wettbewerb führte.

Erfolgreiche Interventionen zeichnen sich auch durch ein flexibles, sehr pragmatisches Vorgehen aus. Entscheidend ist die Fähigkeit, die Sonderbehandlung dann zu beenden, wenn die Interventionen fehlschlagen. Im Jahr 1980 änderte Korea schnell seine in den siebziger Jahren verfolgte Politik umfangreicher Unterstützung – mittels Protektionismus und Subventionen – für die Entwicklung der Schwerindustrie. Im Gegensatz dazu haben viele Entwicklungsländer kränkelnde Unternehmen des Staatssektors anhaltend subventioniert und das Ausscheiden erfolgloser Unternehmen verhindert.

Zweitens waren ihre Interventionen in dem Sinne moderat, daß sie nicht zu großen Preisverzerrungen führten. Botsuana, Kanada und Malaysia stützten sich auf relativ niedrige Zölle und vermieden nichtpreisliche Maßnahmen, wie Quoten, um die Produktion zu diversifizieren. Messungen der effektiven Protektion deuten für Korea darauf hin, daß es

nie zu einer erheblichen Verzerrung der relativen Preise der Produktion für den heimischen Markt kam (Westphal 1990). Zum Teil wurden die Preisverzerrungen in einigen Ländern Ostasiens durch die Ausrichtung auf die Weltmärkte in engen Grenzen gehalten. Ihre Einbindung in die Weltmärkte bot von der außenwirtschaftlichen Seite her einer interventionistischen Politik Einhalt und bestimmte die Maßnahmen bezüglich der Wechselkurse, des Außenschutzes und der Subventionen.

Praktisch ist es nur wenigen Ländern gelungen, durch den Schutz junger Industriezweige lebensfähige, international wettbewerbsfähige Industrien aufzubauen. Die Kosten staatlicher Fehlschläge sind am häufigsten vom Agrarsektor und von den Verbrauchern getragen worden, die höhere Preise für Produkte minderer Qualität zahlen. Wenn Regierungen intervenieren, sollen die Leitprinzipien lauten: (a) Wettbewerb schaffen durch eine beschleunigte Außenorientierung und durch inländische Konkurrenz, (b) Intervention am Ursprung der Störung (beispielsweise sollte das Erziehungswesen subventioniert werden, statt protektionistische Maßnahmen anzuwenden, wenn das Problem ein Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften ist) und (c) nur intervenieren durch vorab festgelegte, zeitlich befristete Maßnahmen, die keine Suche nach ökonomischen Renten fördern. Regierungen, die sich für Schutzmaßnahmen im Außenhandel entschließen, sollten niedrige Zölle statt nichttarifärer Handelshemmnisse, wie Kontingente oder Preiskontrollen, verwenden.

### **Bedingungen für eine erfolgreiche Außenhandelsreform**

In den letzten Jahren hat eine wachsende Zahl von Entwicklungsländern Programme für Außenhandelsreformen auf den Weg gebracht. Dort, wo diese Programme durchgehalten wurden, waren sie im allgemeinen erfolgreich – das heißt, sowohl der Außenhandel als auch die Gesamtproduktion scheinen im Ergebnis gestiegen zu sein. In vielen Fällen sind die Programme aber nur teilweise durchgehalten worden, und oft sind sie gänzlich gescheitert. Inwieweit können die Länder und die internationale Gemeinschaft (die auch ein Interesse an diesen Reformen hat) die Chancen für einen Erfolg der Handelsliberalisierung verbessern?

Eine Untersuchung von sechsunddreißig Außenhandelsreformen in neunzehn Entwicklungsländern und im Zeitraum von 1945 bis 1984 belegt, daß

## Sonderbeitrag 5.4 Sollte der Staat in den Außenhandel eingreifen oder nicht?

### Argumente für Interventionen

• Selektive Staatseingriffe haben bei zwei beeindruckenden Erfolgsbeispielen der wirtschaftlichen Entwicklung eine wichtige Rolle gespielt: bei Japan und der Republik Korea. Beide Länder setzten Steuern und Subventionen, die Kreditlenkung, Restriktionen für Gründungen und Auflösungen von Firmen sowie Schutzmaßnahmen im Außenhandel ein, um die inländische Industrie zu fördern. In anderen Ländern, darunter in den ressourcenreichen Ländern Kanada, Malaysia und Botsuana, unterstützten moderate Interventionen die Diversifizierung der Exportbasis und trugen zum Aufbau neuer Industriezweige bei (Lewis 1988). In Kanada schützten mäßige Zölle (10 bis 30 Prozent) die Industrie zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts. Die Regierung erließ jedoch keine Kontingente oder Devisenkontrollen, noch versuchte sie, den Niedergang unwirtschaftlicher Industrien zu verhindern. Im Jahr 1988 machten Industrieprodukte mehr als 50 Prozent des Gesamtexports aus. Auch Malaysia hat mäßigen Zollschutz gewährt, aber es hat in begrenztem Ausmaß zu Devisenkontrollen und Importlizenzierungen gegriffen. Der Anteil der Industrieprodukte am Export stieg von 6 Prozent im Jahr 1965 auf 46 Prozent 1988. In Botsuana, das weltweit eine der höchsten BIP-Wachstumsraten der Nachkriegszeit aufweist, übertraf der Wert der Industriegüterexporte Mitte der achtziger Jahre den der Rindfleischexporte. Bei der Unabhängigkeit resultierten nahezu die gesamten Exporterlöse Botsuanas aus der Rindfleischausfuhr. Zwar war ein tüchtiges Management im Bergbausektor für den Erfolg von großer Bedeutung, doch förderte ein moderater Einsatz von Importrestriktionen sowohl die Industrieproduktion als auch die Erzeugung im Gartenbau, wobei die Schutzmaßnahmen davon abhängig waren, daß die Produktion zu Preisen erfolgte, die den Importpreisen entsprachen.

• Ein langfristiger Rückgang der Terms of Trade für Rohstoffe (ohne Brennstoffe), in Verbindung mit einer unelastischeren Nachfrage nach einigen dieser Produkte, läßt darauf schließen, daß Länder ihre Exporterlöse

durchaus steigern können, indem sie stärker in die Verarbeitung gehen. In der Vergangenheit waren staatliche Interventionen manchmal notwendig, weil den Produzenten die Information oder das Fachwissen fehlte, das für die Aufnahme einer industriellen Produktion nötig ist (so beispielsweise in Brasilien, der Republik Korea und der Türkei).

• Zahlreiche Unzulänglichkeiten des Marktes, vom Mangel an Informationen bis zu unvollkommenen Kapitalmärkten, könnten eine Industriepolitik rechtfertigen. Hohe Renditen für Innovationen in der Industrie und Landwirtschaft deuten darauf hin, daß private Marktteilnehmer in Forschung und Entwicklung zu wenig investieren. Für die Industrie gibt es wenig Erfahrungswerte, verschiedene Untersuchungen über die industrielle Entwicklung von Computern und Computertomographen in den Vereinigten Staaten lassen aber darauf schließen, daß die Vorteile, die die Verbraucher aus Innovationen ziehen konnten, die Kosten für die Forschung weit übertrafen. Ein oft genanntes Versäumnis in der Industrie betrifft den Vorgang des Lernens durch praktisches Handeln. Im Prinzip könnte der Staat Subventionen an Stelle von protektionistischen Maßnahmen einsetzen, um inländische Unternehmen dabei zu unterstützen, durch praktisches Handeln zu lernen oder in Märkte mit hohen Erschließungskosten einzutreten. Praktisch hat sich der Protektionismus als populäreres Instrument erwiesen, weil er verwaltungsmäßig und fiskalisch praktikabler zu handhaben ist.

• Ein neueres Argument für Außenhandelsinterventionen fordert den Einsatz handelspolitischer Maßnahmen als strategisches Instrument, um inländischen Firmen einen Platz auf den internationalen Märkten zu erobern (Helpman und Krugman 1989; Brandner und Spencer 1985). Wenn auf den Weltmärkten große Oligopole konkurrieren, könnten die Regierungen gewillt sein, nationale Unternehmen zu subventionieren, damit die Oligopolgewinne diesen zufließen. In ähnlicher Weise könnte ein Staat versuchen, das Eindringen nationaler Firmen in solche internationalen Märkte zu subventio-

nur fünfzehn der Reformen vollständig durchgeführt wurden, neun teilweise durchgeführt werden konnten und zwölf scheiterten (Papageorgiou, Michaely und Choksi 1990). Eine Untersuchung der Handelsreformen, welche in den achtziger Jahren im Zusammenhang mit einer Darlehensgewährung der Weltbank ergriffen worden waren, kam zu dem Ergebnis, daß viele Länder eine Neuordnung ihrer Wechselkursparitäten durchführten und Verzerrungen zu Lasten der Exporteure abbauten sowie Kontingente durch Zölle ablösten. Nur wenige der untersuchten Länder verringerten jedoch ihre Zölle

erheblich. Die Ergebnisse deuten darauf hin, daß es sinnvoll ist, quantitative Beschränkungen schnell auslaufen zu lassen und Zölle auf vertretbar niedrige und gleichmäßige Niveaus zu senken, etwa auf eine Marge von 15 bis 25 Prozent. Die Erfahrung spricht für eine substantielle und umfassende Reform innerhalb von ungefähr fünf Jahren, wobei das Schwergewicht und die entscheidenden Maßnahmen im ersten Jahr erfolgen sollten.

Trotz dieser Schwierigkeiten bei der Durchführung der Reform und ihrer Aufrechterhaltung nach erfolgter Einführung, wiesen die sich liberalisieren-

nieren, auf denen die Massenproduktion dominiert und die daher nicht mehr als eine Handvoll Marktteilnehmer zulassen.

#### Argumente gegen Interventionen

- Die hohen Kosten von Interventionen in der Außenhandelspolitik sind durch zahlreiche Untersuchungen belegt (Balassa und andere 1971; Bhagwati 1978). Sogar in der Republik Korea waren einige hervorstechende Projekte auf dem Gebiete der Importsubstitution kostspielige Fehlschläge. Der „große Schub“ zur Entwicklung der Schwerindustrie im Zeitraum 1973 bis 1979 trug zur realen Aufwertung der Währung, zum Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und zu Verwerfungen auf den Finanzmärkten bei (Collins 1990). Das BSP-Wachstum in Korea ging 1980 auf -4,8 Prozent zurück. Nach Abwertung, Aufhebung der Preis- und Importkontrollen und einer Steuerreform erreichte es im Zeitraum 1981/82 wieder 6 Prozent. Wo Interventionen erfolgreich gewesen sind, deuten die Forschungsergebnisse darauf hin, daß die Länder sich besser stellen, wenn die Interventionen hinsichtlich der Wirtschaftsanreize neutral wirken. Der Erfolg hängt auch von einer zeitlichen Befristung der Interventionen ab. Die meisten Länder verfügen aber nicht über das Verwaltungspotential, um alle erforderlichen Informationen zu sammeln, damit neutrale Anreize durch die Interventionen gewährleistet werden. Auch dürften geschützte Sektoren weiter um protektionistische Maßnahmen zugunsten junger Industriezweige kämpfen, selbst wenn diese schon lange etabliert sind. Europa und Japan sind Beispiele dafür, vor welchen Problemen Industrieländer stehen, wenn sie versuchen, den Schutz der Landwirtschaft zu beseitigen.

- Versuche zum Aufbau einer diversifizierten Produktionsstruktur, nämlich einer Verlagerung von der Rohstoffgewinnung hin zur weiterverarbeitenden Industrie, hatten oft hohe Protektionsniveaus für die industriellen Sektoren zur Folge. In diesem Entwicklungsprozeß ruinierten viele Länder ihre landwirtschaftliche Basis.

- In der Praxis sind außenhandelspolitische Eingriffe im allgemeinen kein wünschenswertes Instrument zur Förderung der inländischen Industrie. Zwar können Schutzmaßnahmen das Lernen durch praktisches Handeln fördern – indem sie die Produktion stimulieren – und mehr Arbeitskräfte in den geschützten Sektor ziehen, doch werden die relativen Preise zugunsten der Produktion für die Inlandsmärkte verzerrt. Um die Verzerrung zu Lasten des Exports zu kompensieren, sind zusätzliche Maßnahmen notwendig, was oft in ein Labyrinth von Interventionen mündet.

- Die Förderung von „strategischen“ Subventionen, nämlich, daß sie nationalen Unternehmen aus Entwicklungsländern helfen, auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig zu sein, steht auf schwachen Beinen (Bhagwati 1989). Abgesehen von einzelnen Sonderfällen – wie der brasilianischen Luftfahrtindustrie – erringen die Produzenten viel eher eine oligopolistische Machtstellung im Inland als auf den internationalen Märkten. Dies läßt protektionistische Maßnahmen noch kostspieliger werden als im Falle vollkommener Konkurrenz. Wenn andere Länder Vergeltungsmaßnahmen ergreifen, indem sie ihrerseits die nationalen Firmen subventionieren, dürften sich alle schlechter stellen. Untersuchungen über die Gewinne aus der Unterstützung nationaler Unternehmen beim Gang auf die Weltmärkte haben gezeigt, daß diese Gewinne gering sind oder gar nicht existieren (Grossman 1989). Eine Untersuchung über die brasilianische Luftfahrtindustrie fand keine Wohlfahrtsgewinne als Folge der Exportsubventionierung, teilweise deshalb, weil auch andere Länder den Gang ihrer Industrien auf den Weltmarkt subventionierten (Baldwin und Flam 1989). In einer Studie über die globale Konkurrenz zwischen einem großen Flugzeugbauer aus den USA und einem aus Europa wurde geschätzt, daß die staatlichen Subventionen den Vereinigten Staaten beträchtliche Wohlfahrtsverluste brachten und (wenn überhaupt) in Europa geringe Wohlfahrtsgewinne zu verzeichnen waren (Baldwin und Krugman 1987).

den Länder bessere Ergebnisse auf als andere. Eine Untersuchung über Entwicklungsländer in den achtziger Jahren belegt, daß, ceteris paribus, Länder mit Außenhandelsreformen einen höheren jährlichen Anstieg des BIP-Wachstum aufwiesen (Thomas und Nash, erscheint demnächst). Die Wachstumsraten der Reformländer waren sogar auch dann höher, wenn andere Effekte berücksichtigt wurden, wie Auslandsfinanzierung, Veränderungen der Terms of Trade, Bewegungen der realen Wechselkurse und schnelleres Wachstum in den OECD-Ländern.

#### Einzelwirtschaftliche Aspekte

Erfolgreiche Reformen haben im allgemeinen das Ausmaß der mengenmäßigen Beschränkungen und die Höhe und Streubreite der Zölle verringert. Mengenmäßige Beschränkungen können auf verschiedenen Wegen abgebaut werden. Wo es Produktkontingente gibt, können die Quotenobergrenzen allmählich erhöht werden, bis die Kontingente überflüssig sind; diese Methode wurde von Australien, der EG und Neuseeland verwendet. Wo man Importlizenzen verlangt, kann die Lizenzierung

abgebaut werden, indem man die Zahl der lizenzpflichtigen Produkte verringert, die Lizenzen übertragbar macht und zu „Negativlisten“ übergeht, welche die unbeschränkte Einfuhr aller nicht auf der Liste erfaßten Erzeugnisse gestatten.

Zölle könnten entweder durch eine durchgängig proportionale Kürzung aller Zollsätze reduziert werden oder durch Kappung des Spitzensatzes auf ein angestrebtes Niveau, das allmählich gesenkt wird. Eine ungleichmäßige Zollstruktur dürfte im Prinzip zu größeren Einnahmen führen, wenn die Güter mit der unelastischsten Nachfrage mit den höheren Zollsätzen belegt werden. Ein derartiges System zu entwickeln, erfordert allerdings Unmengen an Information und könnte auch die Einkommensverteilung ungünstig beeinflussen. Von gleicher Bedeutung ist, daß eine ungleichmäßige Zollstruktur den Druck von Interessengruppen provoziert, die administrativen Probleme erhöht und das Gefühl einer ungleichen Behandlung erzeugt. Die beste, praktikable Politik – nach einem System ohne Zölle – besteht in der Errichtung einer einheitlichen Zollstruktur mit relativ niedrigen Sätzen und einem Zollrückvergütungssystem für Exporteure.

Reformen, die den Wettbewerb auf den inländischen Märkten verstärken, sind von entscheidender Bedeutung (siehe hierzu die Ausführungen in Kapitel 4). Beschränkungen des Marktzuganges oder des Ausscheidens aus dem Markt, Preis- und Produktionskontrollen oder Regulierungen, die den Wettbewerb im Bereich der nichthandelbaren Güter einschränken, können die erwartete Angebotsreaktion auf die Außenhandelsreformen dämpfen. In Mexiko konnten die Unternehmen aufgrund der Marktzugangsbeschränkungen nicht entsprechend auf die neuen Anreize reagieren. Bis in die jüngste Zeit haben die Regulierungen im Transportsektor der Vereinigten Staaten die Kosten für den Warentransport zu den Häfen oder an die Grenzen des Landes beträchtlich erhöht. Regulierungsvorschriften (wie Konkursgesetze und institutionelle oder politische Zwänge), die das Ausscheiden zahlungsunfähiger Gesellschaften untersagten, verhinderten ebenfalls, daß Handelsreformen zu einer Verbesserung in der Produktionsstruktur führten. Behinderungen beim Ausscheiden aus dem Markt erklären zum Teil, warum frühere Versuche zur Außenhandelsliberalisierung in Polen und Jugoslawien gescheitert sind. Derartige Fälle bekräftigen eine der Hauptaussagen dieses Berichts: Erfolge in einem Teilbereich der Reform erfordern ergänzende Anstrengungen auf anderen Gebieten.

### *Der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang*

Dieser Kernpunkt ist mit gleichem, wenn nicht mit größerem Nachdruck auf die gesamtwirtschaftliche Politik anzuwenden. Große staatliche Finanzdefizite und die Finanzierung dieser Defizite durch die Notenbank verschlechtern das außenwirtschaftliche Gleichgewicht und erzeugen Inflation, was häufig zum Verlust von Währungsreserven führt. Wenn man die Anpassung des nominalen Wechselkurses nicht zuläßt, zwingt Devisenmangel die Regierungen oft, zu Lizenzvergaben, höherem Protektionismus und Außenhandelsbeschränkungen zurückzukehren.

Obwohl Zölle eine viel verzerrendere Maßnahme der Einnahmenerhöhung darstellen als Umsatzsteuern oder Mehrwertsteuern, führen verwaltungsmäßige Mängel in vielen Ländern dazu, daß man sich stark auf die Außenhandelsbesteuerung als Einnahmequelle stützt.

Der Effekt einer Liberalisierung auf die Einnahmen hängt vom Gesamtpaket der Maßnahmen ab. Der Staat muß die potentiellen Effekte der Reform auf seine Einnahmen abschätzen. Ein Übergang von mengenmäßigen Restriktionen auf Zölle ist in nahezu jeder finanzwirtschaftlichen Situation möglich. Zollsenkungen müssen jedoch von Maßnahmen zur Umwandlung der verbliebenen Kontingente in Zölle begleitet werden, zusammen mit einer Verringerung der Ausnahmeregelungen bei Zöllen. Rückgänge bei den Zolleinnahmen müssen womöglich – wenn die Ausgaben nicht gesenkt werden können – durch andere Maßnahmen ausgeglichen werden. Die Reformländer haben die Steuerverwaltung und Steuervereinnahmung verbessert (in Ghana, Pakistan und Thailand), sie haben die Steuersätze und den Umfang der Erfassung bei Umsatz- und Verbrauchsteuern erhöht (in Malawi, Mauritius, Mexiko und den Philippinen), sie führten eine Mehrwertsteuer ein (in Jamaika, Marokko und der Türkei) oder sie erhöhten die Preise für Erzeugnisse des öffentlichen Sektors und für staatliche Dienstleistungen.

Die Wahl des Zeitpunktes für kompensierende Maßnahmen auf der Einnahmenseite ist von entscheidender Bedeutung. Obwohl die Außenhandelsreform sowohl in Mexiko als auch in Marokko zu einem Rückgang der Einnahmen aus der Außenhandelsbesteuerung führte, dämpfte Mexiko den Verlust durch höhere Einnahmen aus einer Mehrwertsteuer, die vor der Reform eingeführt worden war. Marokko jedoch machte einen Teil seiner 1984 in Kraft gesetzten Zollreformen rückgängig, als

Durchführungsprobleme bei der neuen Mehrwertsteuer und der Verfall der Weltmarktpreise für Phosphate seine Einnahmenprobleme verschärfen.

Eine Untersuchung der Weltbank über neunzehn Länder, die ihren Außenhandel reformierten, kam zu dem Ergebnis, daß ein Anstieg des realen Wechselkurses oft einherging mit dem Zusammenbruch einer Reformphase. Der Versuch, Außenhandelsreformen bei stark überbewerteter Währung durchzuführen, wird die Zahlungsbilanzprobleme verschärfen und wahrscheinlich die Reformbemühungen untergraben. Sind die Importkontrollen gelockert, führt dagegen eine reale Abwertung zu Preissteigerungen bei handelbaren Gütern und fördert damit die Produktion für den Export bzw. dämpft vorübergehend den Konkurrenzdruck auf die Erzeuger von Gütern, die im Importwettbewerb stehen. (Die Bedeutung der makroökonomischen Politik für die Entwicklung wird im einzelnen in Kapitel 6 erörtert.)

#### *Politisch-ökonomische Erwägungen*

Auch die bestkonzipierte Außenhandelsreform kann aus Gründen fehlschlagen, die nicht rein ökonomischer Natur sind. Diejenigen, die sich als Verlierer einer Außenhandelsreform sehen, sind im allgemeinen besser organisiert und politisch einflußreicher als diejenigen, die davon profitieren würden, wie im großen und ganzen die Verbraucher oder die agrarwirtschaftlichen Interessen der Landbevölkerung. Reformen bedrohen auch die Besitzstände innerhalb der Regierung; dies reicht von geschützten Staatsbetrieben über die Außenhandelsverwaltung, die ökonomische Renten aus dem status quo beziehen, bis hin zu Politikern, die versuchen, Unterstützung zu finden. Indem man das Tempo und den zeitlichen Ablauf der Reformen optimiert, kann man solche Schwierigkeiten überwinden helfen. (Kapitel 7 kommt auf diese Probleme bei den Reformtechniken zurück.)

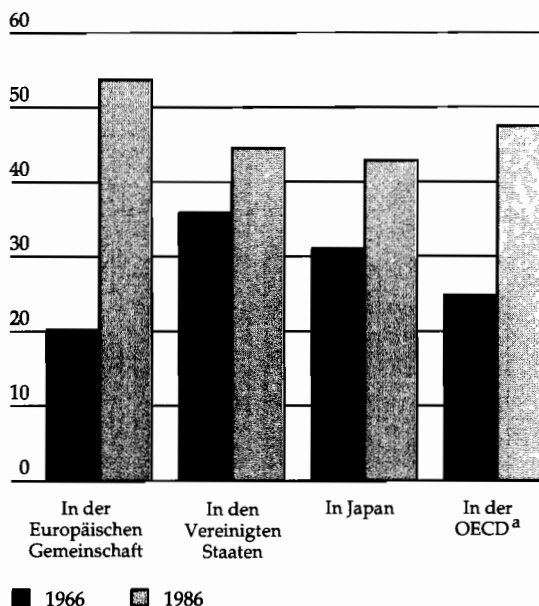
### **Die weltweiten Rahmenbedingungen für den Außenhandel**

#### *Protektionismus der Industrieländer*

Außenhandelsreformen in den Entwicklungsländern würden sehr wahrscheinlich schneller voranschreiten, wenn Außenhandelserfolge nicht bestraft

**Schaubild 5.3 Anteil der insgesamt von nichttarifären Maßnahmen betroffenen Importe, 1966 bis 1986**

Prozentsatz des von nichttarifären Maßnahmen betroffenen Außenhandels



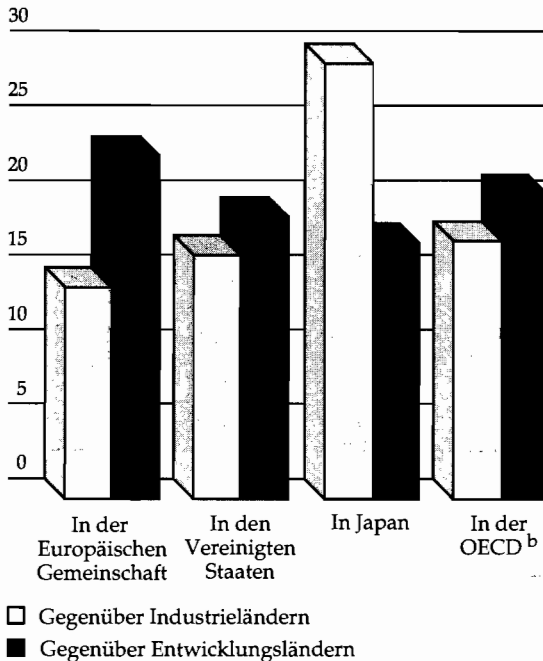
a. Ohne Daten für Australien, Island, Kanada, Neuseeland, Österreich und Schweden.

Quellen: Laird und Yeats 1990b; Walter 1972.

würden. In den letzten Jahrzehnten sind die Durchschnittszölle in den Industriestaaten auf weniger als 6 Prozent gesenkt worden. Die Anwendung anderer protektionistischer Maßnahmen, wie Kontingente, Subventionen, freiwillige Exportbeschränkungen sowie Gegenmaßnahmen und Anti-Dumping-Maßnahmen, hat jedoch seit den sechziger Jahren alarmierend zugenommen. Der erhöhte Außenschutz ist weitgehend auf den stärkeren Wettbewerb auf den Weltmärkten zurückzuführen und wurde verschärft durch die Unfähigkeit des GATT, die nichttarifären Hemmnisse zu kontrollieren. Von 1966 bis 1986 stieg der Anteil der Importe, der von den nichttarifären Maßnahmen insgesamt betroffen wird, in den Vereinigten Staaten um mehr als 20 Prozent, in Japan um fast 40 Prozent und in der EG um 160 Prozent (Schaubild 5.3). Im Jahr 1986 wurden 21 Prozent der Importe aus Entwicklungsländern in die OECD-Länder vom sogenannten „harten Kern“ der nichttarifären Handelshemmnisse erfaßt: von Kontingenten, freiwilligen Export-

### Schaubild 5.4 Der Kernbereich der nichttarifären Maßnahmen gegenüber Industrie- und Entwicklungsländern, 1986

Prozentsatz des von nichttarifären Maßnahmen betroffenen Außenhandels<sup>a</sup>



a. Berechnet mit Handelsgewichten von 1981. Der Kernbereich der nichttarifären Maßnahmen umfasst Kontingente, freiwillige Exportbeschränkungen, das Welttextilabkommen und sonstige hochrestriktive Maßnahmen.

b. Ohne Daten für Australien, Island, Kanada, Neuseeland, Österreich und Schweden.

Quelle: Laird und Yeats 1990a.

beschränkungen, dem Welttextilabkommen und anderen stark restriktiven Maßnahmen (Schaubild 5.4). Hierin enthalten sind nicht einmal andere Restriktionen, wie die Zurückhaltung in der Preispolitik oder gesundheits- und sicherheitspolitische Regulierungen. Würde man diese Maßnahmen einschließen, könnte der Anteil des in Industrieländern von nichttarifären Hemmnissen betroffenen Handels den 28 Prozent des Handels gleichkommen, der in den Entwicklungsländern im Jahr 1987 von nichttarifären Handelshemmnissen insgesamt erfaßt wurde.

Die Subventionen für die Landwirtschaft stiegen in den Vereinigten Staaten zwischen 1980 und 1985 um 80 Prozent, in Kanada um 60 Prozent und in Japan um 21 Prozent, gleichzeitig hat sich die Zahl der Gegenmaßnahmen und Anti-Dumping-Fälle,

die von Australien, Kanada, der EG und den Vereinigten Staaten angestrebt wurden, mehr als verdoppelt. Neue Ergebnisse deuten darauf hin, daß Untersuchungen eines Dumping- und Subventionsverdachts als Drohmittel gegen ausländische Importe verwendet werden, auch wenn man nicht zu Gegenmaßnahmen und Anti-Dumping-Zöllen greift. Seit Mitte der achtziger Jahre haben die Industrieländer nahezu nichts unternommen, um die aufgelaufenen Schutzmaßnahmen abzubauen. Der in den letzten 30 Jahren steigende Rückgriff der Industrieländer auf derartige Maßnahmen schafft einen störenden Präzedenzfall für Vergeltungsmaßnahmen und für die Einführung ähnlicher Schritte in den Entwicklungsländern.

Laird und Yeats (1987) schätzten die Kosten für die Entwicklungsländer, gemessen als entgangene Exporte und in Dollar von 1990, im Jahr 1980 auf 55 Mrd Dollar – was nahezu dem Wert der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe in jenem Jahr entspricht. Maßnahmen der Entwicklungsländer zur Reformierung ihrer Außenhandelspolitik müssen mit gleichstarken Anstrengungen zum Abbau der Schutzmaßnahmen in den Industrieländern einhergehen. Allerdings sollten die Entwicklungsländer in ihren eigenen Reformbemühungen nicht einfach wegen des steigenden Protektionismus in den Industriestaaten nachlassen. Die vier ostasiatischen Schwellenländer waren in der Lage, ihren Anteil am gesamten Welthandel und am Export von Industrieprodukten zwischen 1965 und 1989 um mehr als das Achtfache zu erhöhen, und zwar ungeachtet der zunehmenden Abschottung der Industrieländer. Die übrigen Entwicklungsländer haben nach wie vor beträchtlichen Spielraum für erhöhten Handel mit Industrieprodukten. Im Jahr 1988 entfielen auf sie nur 5 Prozent der Industriexporte. Können auch die rohstoffexportierenden Länder weiterhin von den Chancen profitieren, die der Außenhandel bietet, trotz sich verschlechternder Terms of Trade für Rohstoffe?

#### Schwankungen der Rohstoffpreise

Die in Sonderbeitrag 5.5 aufgeführten Entwicklungen zeigen im Verlauf dieses Jahrhunderts einen relativ geringen Rückgang der Rohstoffpreise im Verhältnis zu den Preisen für Industrieerzeugnisse. Gleichwohl werfen die fallenden Rohstoffpreise seit den siebziger Jahren und die Volatilität auf diesen Märkten für die rohstoffherzeugenden Länder mit niedrigem Einkommen ernste Probleme auf. Die

Lösung des Problems ist nicht leicht. Wenn die Länder einen großen Teil des Weltexports erzeugen (wie bei Kaffee oder Kakao) oder wenn wachsende

Exportvolumina einiger Ausfuhrländer die Preise drücken, dann könnte der Versuch gemacht werden, die Produktion durch Exportsteuern zu kon-

### Sonderbeitrag 5.5 Rohstoffpreisschwankungen

Kann auch ein Land vom Außenhandel profitieren, wenn ein großer Teil seiner Exporte aus Rohstoffen besteht? In den fünfziger Jahren vertraten Raoul Prebisch und Hans Singer die These, daß die Außenhandelsgewinne der Entwicklungsländer sinken würden, da die Preise für Rohstoffexporte relativ zu den Preisen für Industriegüterimporte fallen. Die Prebisch-Singer-Hypothese lieferte eine Begründung für eine auf Importsubstitution ausgerichtete Industrialisierung. Das Ergebnis überzeugt nicht.

Zwischen 1900 und 1986 sanken die Terms of Trade für Rohstoffe (ohne Brennstoffe) um durchschnittlich 0,6 Prozent pro Jahr (Schaubild 5.5A). Wenn man jedoch eine andere Periode wählt, ist der Rückgang viel geringer. Zwischen 1920 und 1986 sanken die Terms of Trade um weniger als 0,3 Prozent pro Jahr. Außerdem dürften diese Zahlen den Rückgang vermutlich überzeichnen, weil sie Qualitätsverbesserungen bei Industriegütern vernachlässigen.

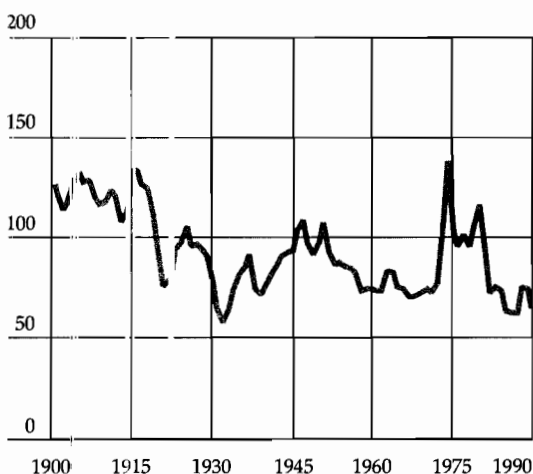
Viele Entwicklungsländer haben ihre Exporte diversifiziert: Der Anteil der Industriegüter am Export der Entwicklungsländer (ohne Brennstoffe gerechnet) stieg von 15 Prozent 1963 auf 62 Prozent im Jahr 1987 (Balassa,

Hintergrundpapier). Außerdem haben kleine Nationen, die Rohstoffe wie Kaffee und Kakao exportieren, wahrscheinlich von einer Verbesserung der Terms of Trade profitiert, da die Importpreise für Getreide gesunken sind. Folglich sind wahrscheinlich die Terms of Trade der Entwicklungsländer viel weniger gefallen als die Rohstoffpreise (ohne Brennstoffe).

Preisänderungen berücksichtigen auch nicht den kompensierenden Effekt des Anstiegs der Außenhandelsvolumina. Trotz des deutlichen Rückgangs der relativen Preise für Rohstoffe (ohne Brennstoffe) seit 1973 blieben die Rohstofferlöse, in Relation zu den Erlösen aus Industriegüterexporten, relativ konstant. Die Exportmengen der Entwicklungsländer haben sich in diesem Zeitraum nahezu verdoppelt, womit sie die sinkenden Terms of Trade kompensierten (Schaubild 5.5B). Wegen unterschiedlicher binnenwirtschaftlicher Maßnahmen hatten einige Länder sehr viel weniger Erfolg als andere: Die Erlöse aus dem Export von Rohstoffen (ohne Brennstoffe) sanken in Südasien um 50 Prozent und stiegen in Ostasien um fast den gleichen Prozentsatz.

**Schaubild 5.5A Rohstoffe (ohne Brennstoffe) versus Industrieprodukte: relativer Preisindex, 1900 bis 1990**

Index (1977 bis 1979 = 100)

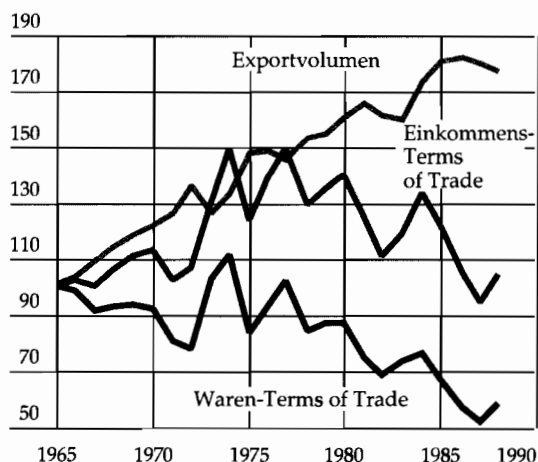


Anmerkung: Der verwendete Erzeugerpreisindex ist der Großhandelspreisindex der USA.

Quellen: Daten der Weltbank; Grilli und Yang 1988.

**Schaubild 5.5B Entwicklung der Exporte und der Terms of Trade der Entwicklungsländer, 1965 bis 1988**

Index (1965 = 100)



Anmerkung: Die Waren-Terms of Trade sind die gewogenen Durchschnittswerte des Exports für Rohstoffe, deflationiert mit den gewogenen Durchschnittswerten des Imports jeder Region. Die Waren-Terms of Trade, multipliziert mit den aktuellen Exportvolumina, ergeben die Einkommens-Terms of Trade. Die Angaben basieren auf einer Auswahl von neunzig Entwicklungsländern.

Quelle: Daten der Weltbank.

trollieren. In der Praxis haben jedoch Versuche zur Stabilisierung internationaler oder inländischer Erzeugerpreise nicht viel Erfolg gehabt. In vielen Fällen ist die implizite Besteuerung der Landwirtschaft wegen einer Kombination aus Exportsteuern und den Schutzmaßnahmen zugunsten des verarbeitenden Gewerbes zu hoch. Obwohl neue finanzielle Instrumente zur Absicherung von Rohstoffpreissrisiken die Erwartungen erfüllen, war ihre Anwendung begrenzt, weil viele arme Länder aufgrund unakzeptabler Ausfallrisiken für eine kommerzielle Finanzierung nicht in Frage kommen.

Aber sowohl die Entwicklungs- als auch die Industrieländer können auf wirtschaftspolitische Maßnahmen zurückgreifen, die erheblich bessere Resultate zeitigen (siehe auch Sonderbeitrag 5.4). In einigen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen führte in den siebziger Jahren eine falsche Wirtschaftspolitik zu Marktanteilsverlusten und größerer Abhängigkeit von ein paar wenigen Rohstoffexporten. Industrieländer, die sich gegenüber stärker verarbeiteten Gütern mit umfassenderen Schutzmaßnahmen abschotten, behindern die Entwicklung heimischer Verarbeitungskapazitäten in den Entwicklungsländern.

### Regionale Handelsblöcke

Die Einigung Europas im Jahr 1992, das Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada von 1989 sowie die vorgeschlagene Einbeziehung Mexikos in das amerikanisch-kanadische Abkommen könnten eine neue Ära regionaler Handelsblöcke ankündigen. Obwohl solche Blöcke einen Schritt in Richtung auf einen weltweiten Freihandel bilden könnten, bleibt abzuwarten, ob

sie das Ziel eines offeneren Welthandelssystems unterstützen oder behindern werden.

Im Prinzip führt die Bildung eines Handelsblocks zu Nettogewinnen für seine Mitglieder, wenn Güter, die im Inland hergestellt wurden, jetzt aus Partnerländern mit niedrigeren Kosten importiert werden. Andere mögliche Quellen zusätzlicher Vorteile sind Kostensenkungen durch Massenproduktion und erhöhter Wettbewerb durch größere Märkte, vor allem in Ländern mit entstehenden jungen Industrien und niedriger Inlandsnachfrage. Ein Handelsblock kann aber auch zu Verlusten führen, wenn Mitgliedsländer preisgünstigere Güter von außerhalb des Blocks durch teurere Güter ersetzen, die von anderen Mitgliedsländern erzeugt werden. Aber selbst, wenn regionale Handelsblöcke so konstruiert werden können, daß sie für ihre Mitglieder Nettogewinne abwerfen, werden diese Gewinne vom Nutzen einseitiger Außenhandelsreformen übertroffen.

Die geschichtlichen Daten deuten darauf hin (Tabelle 5.4), daß alle regionalen Blöcke, mit Ausnahme der EG, in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg keinen großen Anteil am Welthandel errungen haben. Warum? In zahlreichen Fällen (CARICOM und der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt in Mittelamerika; UDEAC in Afrika) haben intraregionale Konflikte es erschwert, den internen Handel zu liberalisieren. In vielen Handelsblöcken, wie dem Andenpakt, haben die Teilnehmerstaaten versucht, die Produktion durch Aufteilung spezifischer Märkte auf ausgewählte Erzeuger zu rationalisieren, statt es dem Wettbewerbsprozeß zu überlassen, die Allokation der Produktion zu bestimmen. Diese ausgewählten Erzeuger waren nicht notwendigerweise die leistungsfähigsten, noch waren die Zölle gegenüber der übrigen Welt

**Tabelle 5.4 Binnenhandel einer Handelsunion in Prozent der Gesamtexporte, 1960 bis 1987**

Wirtschaftsunion	1960	1970	1976	1980	1983	1987
Europäische Gemeinschaft <sup>a</sup>	34,6	48,9	..	52,8	52,4	58,8
ASEAN-Staaten	21,7	14,7	13,9	17,8	23,1	17,7
Zentralafrikanische Zoll- und Wirtschaftsunion	1,6	3,4	3,9	4,1	2,0	0,9
Zentralamerikanischer Gemeinsamer Markt	7,5	26,8	21,6	22,0	21,8	11,9
Karibische Gemeinschaft	4,5	7,3	6,7	6,4	9,3	6,3
Lateinamerikanischer Integrationsverband <sup>b</sup>	7,7	10,2	12,8	13,5	10,2	11,3
Andengruppe	0,7	2,3	4,2	3,5	4,3	3,2
Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft	2,0	9,1	6,7	6,9	11,6	7,7
Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten	1,2	2,1	3,1	3,9	4,1	5,5
Wirtschaftsgemeinschaft der Länder des Großen Sees	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2	..
Mano River Union	0,0	0,1	0,2	0,1	0,1	..
Regionale Zusammenarbeit für Entwicklung <sup>c</sup>	..	1,0	0,8	5,3	8,5	5,2

a. Umfaßt die ursprünglichen sechs Länder bis 1970 und neun Länder nach 1980.

b. Bis 1980, Lateinamerikanische Freihandelszone.

c. Nach 1985, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Quelle: Lächler 1989.

niedrig genug, um für Auslandskonkurrenz zu sorgen. Folglich waren die aus der Rationalisierung der Produktion oder dem gestiegenen Wettbewerb erwarteten Vorteile begrenzt. Handelsblöcke der Entwicklungsländer haben oft gegenüber Nichtmitgliedern hohe Zölle oder Kontingente erlassen, womit die Wahrscheinlichkeit zunahm, daß die Netto-Verluste aus dem Handelsblock höher waren als die Gewinne. Außerdem waren die Handelsmöglichkeiten und die wettbewerbsfördernden Effekte begrenzt durch die im Weltmaßstab vergleichsweise geringe Größe der regionalen Märkte (die EG ausgenommen). Schließlich wurden in regionalen Handelsblöcken oft ähnliche Produkte erzeugt, wodurch die Chancen zur Nutzung unterschiedlicher Fähigkeiten und Ressourcenausstattungen eingeschränkt wurden.

Versprechen Handelsabkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern mehr Erfolg? Größere Märkte und stärkere Unterschiede in der Produktionsstruktur könnten im Prinzip zu höheren Gewinnen der Teilnehmerländer führen. Jedoch könnte eine derartige Strategie auch das GATT und das multilaterale Handelssystem untergraben und damit den Anreiz für die Partner innerhalb eines solchen Blocks verringern, sich in Richtung auf weltweiten Freihandel zu orientieren. Andere Länder könnten in Reaktion auf die Bildung derartiger Blöcke ihre eigenen Handelsblockbeziehungen aufbauen. Ein solches System verstärkt wahrscheinlich die gegenwärtigen protektionistischen Tendenzen und könnte ein Schlag gegen die Bemühungen der Entwicklungsländer um Außenhandelsreformen sein.

Einseitige Außenhandelsliberalisierung und multilaterale Anstrengungen zur Liberalisierung des Welthandels sind der Bildung von Handelsblöcken vorzuziehen; allerdings können Schritte eingeleitet werden, um den Nutzen solcher Handelsunionen zu maximieren. Erstens sollten sich die Mitglieder auf multilaterale Reformen festlegen und dem GATT verpflichten. Die EG-Länder beispielsweise beteiligten sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem ähnlichen Engagement an multilateralen Verhandlungen wie andere Industrieländer (die Landwirtschaft ausgenommen). Zweitens sollten die Außenzölle von regionalen Handelsblöcken

gesenkt oder auf die des liberalsten Mitgliedslandes begrenzt werden; zwischenzeitlich sollten interne Anstrengungen sich auf die Liberalisierung des Handels und den Ausschluß von Versuchen zur Allokation der Produktion konzentrieren. Drittens sollten die Teilnehmerstaaten sich durch einseitige Reformen weiterhin in Richtung Freihandel bewegen. Reformen zu verschieben, um ein Übereinkommen mit anderen Mitgliedern des Handelsblocks zu erzielen, wird die Kosten solcher Vereinbarungen deutlich erhöhen.

#### *Über den Außenhandel zu größerem Wachstum*

Die Außenhandelsöffnung hat die Allokation der Ressourcen verbessert, den Wettbewerb und die Produktspezialisierung gesteigert und einen breiten Weg für den Technologietransfer geschaffen. Ironischerweise haben ein größerer Wettbewerb und eine stärker integrierte Welt auch dazu geführt, daß das Welthandelssystem sich gegenwärtig an einem kritischen Punkt befindet. In den neunziger Jahren ist die Welt mit zwei wichtigen Handels Herausforderungen konfrontiert. Erstens müssen die regionalen Handelsvereinbarungen sorgfältig gehandhabt werden, um sicherzustellen, daß multilaterale Verpflichtungen gestärkt und nicht etwa außer acht gelassen werden. Zweitens, und noch dringender, müssen die Handelsgespräche im Rahmen der Uruguay-Runde zu neuem Leben erweckt werden. Wie schwierig es auch sein mag, alle Teilnehmer müssen zu einer Übereinkunft finden, um die Agrarmärkte zu öffnen, das GATT auf die Abschaffung mengenmäßiger Restriktionen (bei Automobilen, Stahl und Textilien) auszuweiten und um die Anwendung sogenannter „fairer“ Handelsgesetze (Anti-Dumping- und Subventionsmaßnahmen) zu beschränken. Hierbei können die Entwicklungsländer eine Schlüsselrolle spielen; in ihrem eigenen Interesse sollten sie auf freien Außenhandel drängen und weiterhin ihre eigenen Handelssysteme reformieren. Die heutigen Industrieländer wurden durch Handel wohlhabend. Keine Anstrengung sollte ausbleiben, um sicherzustellen, daß die Entwicklungsländer diesem selben Pfad zum Fortschritt folgen können.





## *Die gesamtwirtschaftlichen Grundlagen*

Die Erfahrungen aus den siebziger und achtziger Jahren deuten darauf hin, daß gesamtwirtschaftliche Stabilität für ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum unerläßlich ist. Eine solide Finanz- und Geldpolitik schafft ein günstiges Klima für private Investitionen und fördert damit die Produktivität. Die vorangegangenen Kapitel haben dargelegt, daß gesamtwirtschaftliche Stabilität sicherlich nicht aus sich selbst heraus zu wirtschaftlicher Entwicklung führt – aber ohne sie dürften alle sonstigen Anstrengungen umsonst sein.

Die Länder werden häufig von außen- oder binnenwirtschaftlichen makroökonomischen Störungen getroffen. Wenn das Wachstum aufrechterhalten werden soll, ist es entscheidend, daß schnell eine flexible Anpassung an die von diesen Störungen verursachten fiskalischen und monetären Probleme erfolgt. Eine unzureichende Anpassung kann zu hoher Inflation, einer überbewerteten Währung und zu einer Zahlungsbilanzkrise führen. Dieses wiederum führt zu niedriger Investitionstätigkeit und langsamem Wachstum. Die Unterschiede werden offenkundig, wenn man die Erfahrungen der Länder Ostasiens in den siebziger und achtziger Jahren mit denen Lateinamerikas im vergangenen Jahrzehnt vergleicht. Für ein Land, das beträchtliche binnen- und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte aufweist, ist eine glaubwürdige Verringerung des Staatsdefizits zur Reduzierung der Inflation nahezu immer erforderlich, und ein angemessener Wechselkurs ist nötig, um das Leistungsbilanzdefizit zu verringern.

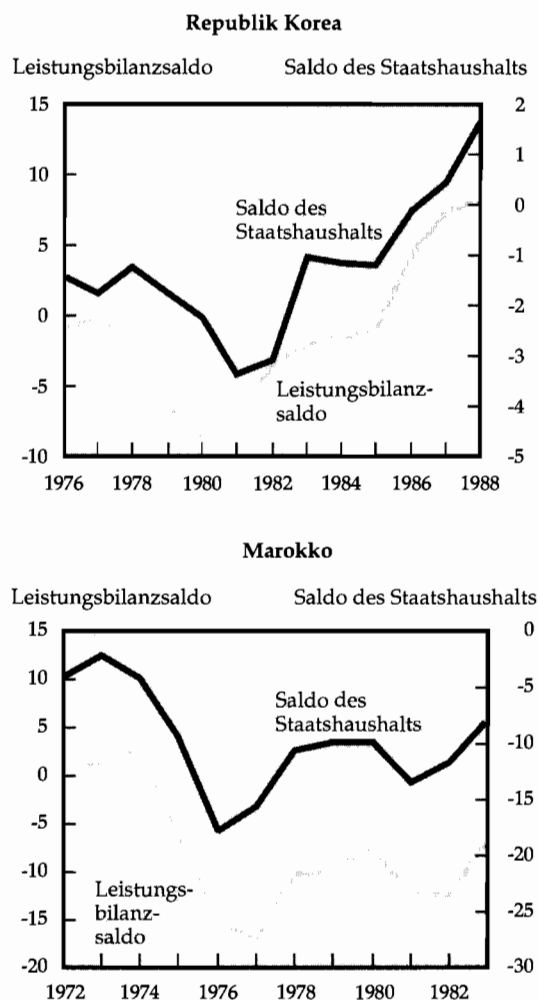
Diese makroökonomischen Rezepte dürften einleuchtend sein, sie aber in die Praxis umzusetzen, ist

selten einfach. Das Tempo und die Abfolge der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungsmaßnahmen sind schwierige Probleme eigener Art. Die Aufgabe ist um so anspruchsvoller, als die gesamtwirtschaftliche Reform lediglich Teil eines umfassenderen wirtschaftlichen Reformprogramms ist – wie es diesem Bericht zufolge normalerweise sein sollte. Möglicherweise auftretende Konflikte zwischen verschiedenen Programmen müssen minimiert werden, und sich ergänzende Effekte verschiedener Programme sollten sinnvoll genutzt werden. (Die rein ökonomischen Aspekte der Programmplanung werden später in diesem Kapitel angesprochen werden. Einige der durch Reformen aufgeworfenen politischen Probleme und deren mögliche Überwindung werden in Kapitel 7 untersucht.)

In vielen Entwicklungsländern erfordert das langfristige Wachstum ein höheres Investitionsniveau. Länder mit unzureichendem Zugriff auf das Angebot an ausländischer Ersparnis werden es schwer haben, diese Investitionen zu finanzieren. Sie müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, um die inländische Ersparnisbildung zu fördern. Eine stabile gesamtwirtschaftliche Lage kann hier sehr hilfreich sein; sie dürfte sowohl das Sparen als auch das Investieren fördern. Die an anderer Stelle in diesem Bericht vorgeschlagenen mikroökonomischen Reformen sollten dann dazu beitragen, daß diese größeren Investitionsvolumina produktiver genutzt werden.

Eine gute makroökonomische Politik wird es auch erleichtern, ausländische Ersparnisse anzulocken. Jedoch wird die Auslandsverschuldung in vielen Ländern ein Wachstumshindernis bleiben.

**Schaubild 6.1 Leistungsbilanzsaldo und Saldo des Staatshaushalts in Korea und Marokko, verschiedene Jahre**  
(in Prozent des BIP)



Quellen: Daten der Weltbank und des IWF.

Eine drückende Schuldendienstlast nimmt vorweg Ressourcen in Anspruch, die sonst für inländische Investitionen genutzt werden könnten; sie wirkt auch als Leistungshemmnis für Investitionen, weil sie die Unternehmen hinsichtlich einer zukünftigen Abwertung der Währung und höherer Steuerniveaus verunsichert. Eine Reduzierung der Schulden und des Schuldendienstes, in Verbindung mit den erforderlichen wirtschaftspolitischen Änderungen, kann den Reformprozeß reibungsloser ablaufen lassen, die Glaubwürdigkeit des Programms bei den privaten Investoren erhöhen und zur fiskalischen Anpassung beitragen.

## Maßnahmen zur Förderung von Stabilität und Wachstum

Die negativen makroökonomischen Schocks zu Beginn der achtziger Jahre führten zu einem drastischen Rückgang der Wachstumsraten, und viele Länder haben sich seitdem nur langsam erholt. Dies führte dazu, daß in letzter Zeit der Beziehung zwischen gesamtwirtschaftlicher Politik und Wachstum viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Erkenntnis lautet, daß ein dauerhaftes Wachstum eine tragfähige Wirtschaftspolitik erfordert – und zwar eine Politik, die nicht zu einer Beschleunigung der Inflation oder zu unfinanzierbaren Leistungsbilanzdefiziten führt. Gesamtwirtschaftliche Stabilität muß höchste Priorität genießen.

### Finanzpolitik und Geldpolitik

Eine umsichtige Finanzpolitik ist die Grundlage der gesamtwirtschaftlichen Stabilität. Steuern und Staatsausgaben beeinflussen die Verteilung der Ressourcen, und Haushaltsdefizite haben sowohl Einfluß auf die Zahlungsbilanz (Schaubild 6.1) als auch, je nach Finanzierung der Defizite, auf die Inflationsrate (Schaubild 6.2). Die Geldpolitik in den Entwicklungsländern folgt weitgehend der Finanzpolitik. In vielen Ländern begrenzt das Fehlen gut funktionierender Kapitalmärkte die Instrumente der Geldpolitik auf Kreditkontrollen, Zinsobergrenzen und Veränderungen der Mindestreservanforderungen. Der Unabhängigkeitsgrad der Zentralbank dürfte den Kurs der Geldpolitik beeinflussen: Geldschöpfung stellt in vielen Fällen die verbleibende Finanzierungsquelle dar; wenn daher die Zentralbank verpflichtet ist, ein hohes Defizit zu finanzieren, dürfte sie nicht in der Lage sein, eine restriktive Geldpolitik mit dem Ziel der Inflationsbekämpfung durchzusetzen.

Ausschlaggebend ist die Art und Weise der Defizitfinanzierung. Wird das Defizit dadurch finanziert, daß mehr Geld gedruckt wird, als die Öffentlichkeit zu halten bereit ist, werden die Preise steigen. Die Inflation kann insofern eine Verringerung des privaten Vermögens zur Folge haben, als der Wert der Finanzaktiva ausgehöhlt wird – dies ist das Wesen der sogenannten Inflationssteuer. Dieser Effekt ist aber wahrscheinlich nur kurzfristiger Natur und dürfte verschwinden, wenn sich die Inflationserwartungen verstärken; je länger die Inflation anhält, um so weniger werden die Wirt-

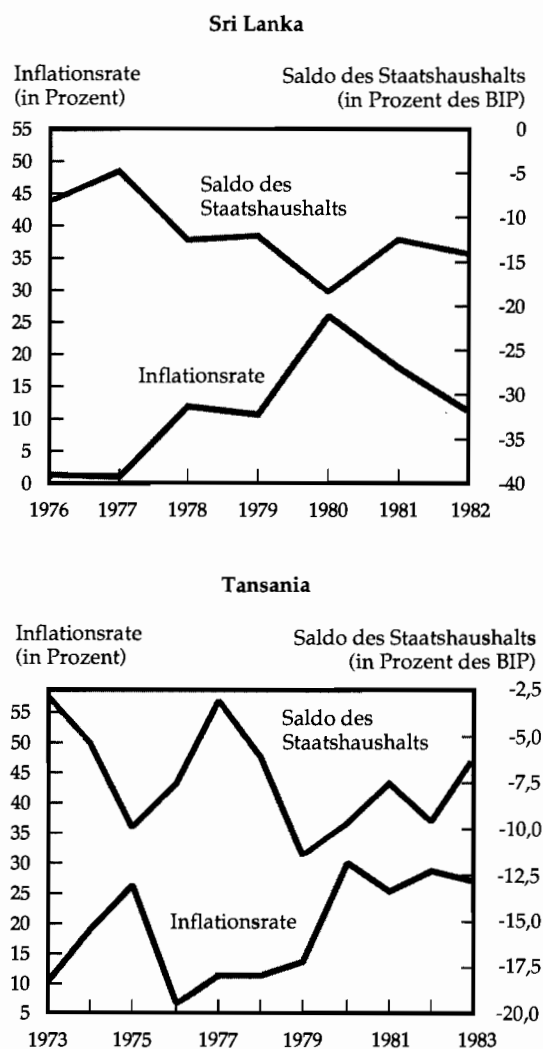
schaftssubjekte bereit sein, die unverzinslichen Aktiva zu halten, auf die die „Steuer“ erhoben wird. Außerdem wird das Defizit sich ausweiten, sofern die realen Steuereinnahmen im Laufe der Inflation wegen verzögerter Steuervereinnahmung ebenfalls sinken; das wird eine höhere Geldschöpfung zur Folge haben und eine noch höhere Inflation. Ab einem gewissen Punkt dürfte eine hohe Inflation deshalb in Wirklichkeit die Inflationssteuer reduzieren. Dies scheint sich in Ghana, Malawi und Zaire in den Zeiträumen 1973/1978 und 1978/1983 ereignet zu haben, ebenso wie in Chile in den Jahren 1963/1973 und 1973/1978.

Wenn Haushaltsdefizite durch eine überzogene Kreditaufnahme im Inland finanziert werden, können sie zu höheren Zinsen führen, die den privaten Sektor vom Kapitalmarkt verdrängen (crowding out). Einer starken Akkumulation inländischer Schulden sind Grenzen gesetzt; ab einem bestimmten Punkt wird das Publikum nicht mehr bereit sein, mehr Schuldtitel zu halten, oder es wird höhere Zinsen fordern, womit die Kosten des Schuldendienstes weiter steigen, wie es in Argentinien und Brasilien der Fall war. Letzten Endes müssen die Defizite durch Ausgabenkürzungen oder durch höhere Steuern reduziert werden. Ansonsten ist eine inflationäre Finanzierung des Defizits unvermeidbar.

### *Inflation und Wachstum*

Es gab Länder mit unterschiedlichen Inflationsraten, denen es gleichermaßen gelang, lange Wachstumsperioden zu erreichen. Eine hohe und instabile Inflation – und eine hohe Inflation ist in der Regel instabil – wird aber wahrscheinlich das Wachstum verringern, und zwar durch die Schaffung eines instabilen wirtschaftlichen Klimas, durch Verzerrungen der relativen Preise und die Verschwendung von Ressourcen. Inflation erfordert häufige Preisanpassungen. Diese verwischen tendenziell die Informationsfunktion, die in den relativen Preisen enthalten ist. Die unternehmerischen Anstrengungen werden von den Produktions- und Investitionsentscheidungen abgelenkt und auf kurzfristige finanzielle Aspekte ausgerichtet. Verzerrungen bei strategischen Preisen, wie den Realzinsen und dem realen Wechselkurs, werden wahrscheinlich ebenfalls das Wachstum behindern. Korrektive Preisänderungen (notwendige Preiserhöhungen, um eine Veränderung der relativen Preise zu erreichen, die für die Anpassung an eine realwirtschaftliche Stö-

**Schaubild 6.2 Inflationsraten und Saldo des Staatshaushalts in Sri Lanka und Tansania, verschiedene Jahre**



Quellen: Daten der Weltbank und des IWF.

rung erforderlich sind) lassen sich um so wirkungsvoller erzielen, wenn die Inflation niedrig ist und es erwartet wird, daß sie dies auch bleibt.

Die Inflation dürfte auch die Einkommensverteilung beeinträchtigen, da sie die Gruppen mit niedrigem Einkommen (die tendenziell einen größeren Teil ihres Vermögens in Form liquider Guthaben halten) stärker trifft als andere Gruppen. Hohe Inflationsraten können auch zu einer unproduktiven Ausweitung des Finanzsystems führen, wie es in Argentinien, Brasilien und bis in die jüngere Zeit in Israel der Fall war. Die Nachfrage nach Dienst-

leistungen im Finanzbereich nimmt in dem Maße zu, wie das Publikum versucht, den Realwert seines Vermögens zu schützen. Das Bankwesen expandiert, wobei es versucht, den Teil der Inflationssteuer an sich zu ziehen, der auf zinslose Guthaben entfällt. In Brasilien verdoppelte sich zwischen 1975 und 1987 der Anteil des Finanzsektors am BIP, was eine Verschwendung von Ressourcen darstellt, die durch eine Nachfrage nach Dienstleistungen verursacht wurde, welche allein wegen der hohen Inflation existierte.

### *Wechselkurspolitik*

Ein wettbewerbsfähiger realer Wechselkurs ist erforderlich, um die Ausweitung des Exportsektors zu fördern und das Entstehen von Zahlungsbilanzungleichgewichten zu verhindern, die zu dem Ruf nach Importbeschränkungen führen könnten. Länder, die es zugelassen haben, daß ihre Währung real weit überbewertet wurde, haben sowohl eine Verlangsamung der Ausfuhrexpansion als auch Kapitalflucht hinnehmen müssen. Überbewertete Währungen hemmen das Wachstum und haben zum Niedergang des Agrarsektors sowie zur Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Position vieler afrikanischer Länder beigetragen.

Der gleichgewichtige reale Wechselkurs ist nicht für alle Zeiten fixiert; er ist abhängig von den Terms of Trade, den Realzinsen im Ausland, den Perspektiven für den Kapitalverkehr, der Höhe der Importzölle, dem Ausmaß der Kapitalmarktkontrollen und der Struktur der Staatsausgaben. Die Korrektur außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte erfordert im allgemeinen eine Anpassung des Wechselkurses in Richtung auf sein Gleichgewichtsniveau, um die Ressourcen in den Bereich der handelbaren Güter umzulenken und die Ausgaben zu senken. Kurzfristig ist der größte Teil jeder nominalen Abwertung auch eine reale Abwertung. Wenn diese anhalten soll, muß die reale Abwertung durch antiinflationäre Maßnahmen unterstützt werden, was in vielen Fällen niedrigere Haushaltsdefizite einschließt. Die Erfahrung zeigt, daß eine reale Abwertung ziemlich schnell ausgehöhlt wird, wenn man die Finanz- und Geldpolitik lax betreibt oder eine weitverbreitete Preisindexierung vorherrscht.

Ein fester Wechselkurs ist manchmal zur Eindämmung der Inflation benutzt worden, wobei er als nominaler Anker für die heimische Politik diente und die Entschlossenheit der Regierung demonstrieren sollte, für eine niedrige Inflation einzu-

treten. In diesem Fall hat die Wechselkurspolitik Priorität; die anderen Politikbereiche sollten sich zu ihrer Unterstützung anpassen.

Ist dieses Vorgehen erfolgreich? Das Argument, das für einige Länder in Lateinamerika vorgebracht wird, lautet, daß dieser Ansatz die Glaubwürdigkeit der Regierung in ihrem Engagement für eine Verringerung der Inflation stärkt. Wie jedoch die Erfahrungen im Falle Argentiniens, Brasiliens und Israels zeigen, kann der feste Wechselkurs nur aufrechterhalten werden, wenn die makroökonomischen Grundlagen stimmen (das heißt, wenn das Haushaltsdefizit reduziert worden ist). Indien, Pakistan und Thailand haben über lange Zeit hinweg einen festen Wechselkurs aufrechterhalten; dies scheint jedoch eher ein Nebeneffekt der niedrigen Inflation als ein Mittel zu deren Erreichung gewesen zu sein. Die Inflation blieb auch weiterhin relativ niedrig, nachdem diese Länder die Wechselkursfixierung aufgegeben hatten.

### **Konjunkturelle Hochs und Tiefs**

Kein Land befindet sich jemals in einem stabilen Gleichgewicht. Die Volkswirtschaften müssen sich stets an binnen- und außenwirtschaftliche Störungen anpassen. Die vergangenen zwei Jahrzehnte waren außergewöhnlich turbulent. Zwei Ölpreisschocks und eine Schuldenkrise haben die Weltwirtschaft erschüttert, und heftige Rohstoffpreisschwankungen hatten enorme Auswirkungen auf die wichtigsten Lieferländer. Für einige von ihnen waren diese Schocks günstig, für andere ungünstig. Die Länder haben hierauf unterschiedlich reagiert. Nach günstigen Veränderungen ihrer Terms of Trade verfolgten viele Länder eine auf Dauer nicht durchzuhaltende Politik, die sie mit den unvorhergesehenen Gewinnen aus den günstigen Schocks oder durch Auslandsverschuldung finanzierten. In anderen Ländern war der Ursprung des Booms binnenwirtschaftlicher Natur, beispielsweise eine Steigerung der Staatsausgaben. Der kurzfristige Effekt derartiger konjunktureller Hochs hing davon ab, wie sich die zusätzlichen Ausgaben auf handelbare und nichthandelbare Güter verteilen, während der mittelfristige Effekt davon beeinflußt wurde, ob die zusätzlichen Ausgaben in den Verbrauch oder in Investitionen flossen.

Phasen konjunktureller Hochs und Tiefs zeigen, daß es wichtig ist, eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die keine großen gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte entstehen läßt; sie zeigen weiter-

hin, wie wichtig eine schnelle Anpassung und eine vorsichtige Reaktion auf Änderungen der Terms of Trade ist. Es besteht ein bedeutender Unterschied zwischen Terms of Trade-Schocks, die eine dauerhafte Veränderung des Wohlstandes bewirken und solchen, bei denen dies nicht der Fall ist. Die unvorhergesehenen Gewinne vorübergehender Schwankungen der Terms of Trade sollten gespart werden. Es ist jedoch schwierig, a priori zu bestimmen, ob ein Schock dauerhafter oder vorübergehender Natur sein wird. Die Klugheit gebietet, alle günstigen Schocks als vorübergehend zu behandeln, zumindest bis man klarer sieht.

#### *Außenwirtschaftliche Hochs*

Günstige Veränderungen der Terms of Trade bewirkten eine beträchtliche Steigerung der Staatsausgaben, so beispielsweise in Mexiko und Nigeria, und heizten in Côte d'Ivoire und Marokko inländische Boomphasen an, die bereits im Gange waren. Mexiko verzeichnete ein schnelles Wachstum, nachdem die Staatsausgaben im Gefolge der Entdeckung großer Ölvorkommen im Jahr 1977 und des zweiten Ölpreisschocks gesteigert worden waren. Das Haushaltsdefizit verdoppelte sich und erreichte 1982 17,2 Prozent des BIP; außerdem wuchsen die Auslandsschulden rapide, womit der Boden für die Schuldenkrise in jenem Jahr bereitet wurde. Nigerias Reaktion auf die unerwarteten Gewinne aus dem Ölexport war eine Steigerung der Staatsausgaben, die über die Erhöhung der Einnahmen hinausging; das sich ergebende Haushaltsdefizit wurde durch Auslandsverschuldung und Inflationssteuer finanziert. Die Reaktion auf den zweiten Ölpreisschock war ähnlich (hohe Budgetdefizite und eine anhaltend überbewertete Währung), mit der Ausnahme, daß das Schwergewicht der staatlichen Ausgaben stärker auf den Verbrauch verlagert wurde.

Der Investitionsboom in Côte d'Ivoire begann mit einer Reihe von Zuckerprojekten; Erhöhungen der Weltmarktpreise für Kaffee verstärkten die Expansion. Zwischen 1974 und 1978 stieg der Anteil der Investitionen am BIP um 10 Prozentpunkte. Aber auch nachdem eine Verschlechterung der Terms of Trade einsetzte, hielt die Expansion der Investitionstätigkeit an, die durch Verschuldung im In- und Ausland finanziert wurde, und die Schulden erhöhten sich rapide. Die Wirtschaft Marokkos erlitt im Jahr 1974 zwei tiefgehende Schocks, als der Weltmarktpreis für Phosphate sich verfünffachte und die Militärausgaben wegen des Westsahara-

Konflikts stark stiegen. Im Zeitraum von 1974 bis 1977 erhöhte ein ehrgeiziges Investitionsprogramm, das durch Auslandsverschuldung finanziert wurde, den Anteil der Investitionen am BIP um 11 Prozentpunkte. Das Budgetdefizit verdreifachte sich auf 11,7 Prozent des BIP; allerdings dämpfte eine restriktive Geldpolitik den inflationären Effekt dieser Maßnahmen.

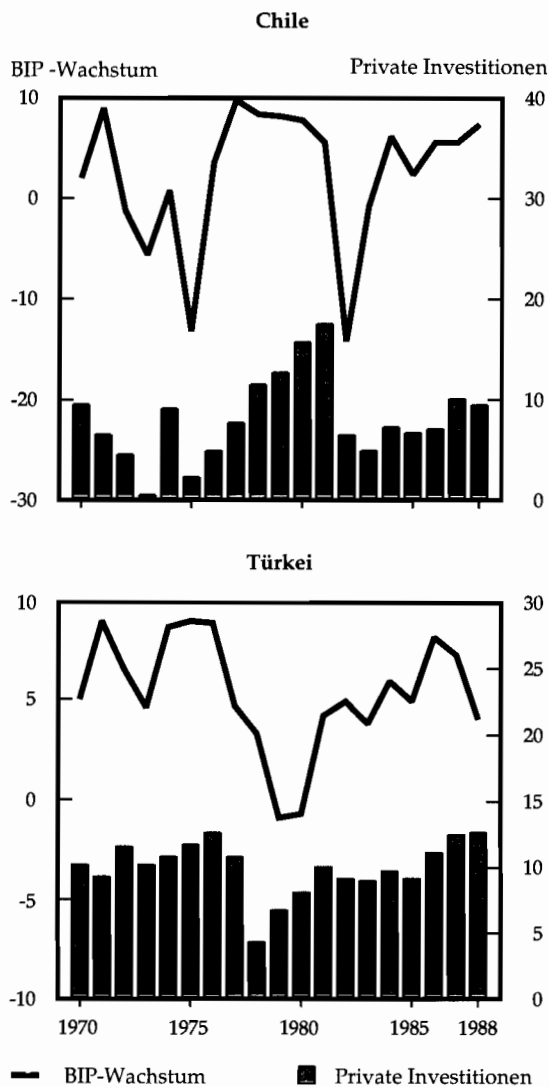
Ein Rohstoffboom führt zur Ausgabenerhöhung, läßt die Preise nichthandelbarer Güter relativ zu denen handelbarer Güter steigen und verlagert Kapital und Arbeit in den expandierenden Sektor. Die Währung wertet sich real auf und übt damit auf den nicht-boomenden Sektor der handelbaren Güter einen Druck aus, der zu dem als „holländische Krankheit“ bezeichneten Phänomen führt. Wenn der Boom vorübergehender Natur ist, kann eine Abwertung notwendig sein. Beispielsweise wertete Indonesien die Rupie im November 1978 ab, um eine reale Aufwertung der Währung zu vermeiden. Dies verhinderte einen Einbruch im Agrarsektor und trug dazu bei, den Anteil Indonesiens am Weltagrarentport zu steigern. Nigeria hat es dagegen unterlassen, die Aufwertung seiner Währung im Zeitraum 1974 bis 1984 durch kompensierende Maßnahmen auszugleichen; auf dem Devisenschwarzmarkt wurde ein hohes Aufgeld verlangt, und die Devisen wurden rationiert. Der Ölpreisboom schädigte, in Verbindung mit unzureichenden absatz- und preispolitischen Maßnahmen, den Landwirtschaftssektor, wodurch ein scharfer Rückgang bei der Produktion von traditionellen, vermarkteten Agrarerzeugnissen und eine starke Abwanderung in die Städte ausgelöst wurde.

#### *Binnenwirtschaftliche Hochs*

Binnenwirtschaftliche Hochs sind in der Regel das Ergebnis übermäßiger Staatsausgaben, wie es in Brasilien in den siebziger Jahren der Fall war, oder sie resultieren aus einem starken Anstieg der Ausgaben des privaten Sektors, als Reaktion auf wirtschaftspolitische Veränderungen, wie in den Jahren 1980/1981 in Chile. Ein leichter Rückgriff auf ausländische Finanzmittel stützte den Ausgabenanstieg, doch verursachte eine überzogene Verschuldung später eine Zahlungsbilanzkrise. Zwischen den beiden Ölpreisschocks erhöhte Brasilien seine öffentlichen Investitionen beträchtlich, vor allem in den staatlichen Unternehmen.

Länder wie Kolumbien wiesen einen verhaltenere inländischen Boom auf, waren aber nicht von

**Schaubild 6.3 Wachstum des BIP und private Investitionen in Chile und der Türkei, 1970 bis 1988**  
(in Prozent)



Quellen: Daten der Weltbank; Pfeffermann und Madarassy 1989.

Stellen eine vorsichtige Verschuldungspolitik betrieben und weil die Reaktion auf makroökonomische Ungleichgewichte rasch einsetzte. Die aus solchen Fällen zu ziehende Lehre lautet, daß die Länder versuchen sollten, ihre Ausgaben in einem angemessenen Verhältnis zu ihren dauerhaften Einnahmen zu halten.

#### Konjunkturelle Tiefs

Die günstigen Zeiten endeten im allgemeinen mit einem Umschwung in der Entwicklung der Terms of Trade oder mit einer Unterbrechung der Auslandsfinanzierung. Mehrere Länder erlitten eine harte Landung. In Mexiko endete im Jahr 1982 die Prosperitätsphase abrupt mit niedrigeren Ölpreisen, höheren Zinsen und massiver Kapitalflucht. Mexikos Gläubiger weigerten sich, die kurzfristigen Schulden des Landes revolvingend zu verlängern, und das Land stellte die Zinszahlungen ein. Die folgenden vier Jahre waren von hoher Inflation und einem Rückgang der Pro-Kopf-Einkommen um 10 Prozent geprägt. Die Türkei verlor ihren Zugang zu ausländischen Finanzmärkten im Jahr 1977. In den darauffolgenden drei Jahren stagnierte das BIP, die Investitionen und der Verbrauch sanken, die Arbeitslosigkeit stieg stark, und die Inflation erreichte 100 Prozent. Beim konjunkturellen Rückschlag Chiles im Jahr 1982 fiel das BIP um 14 Prozent (Schaubild 6.3).

Diese Beispiele zeigen, wie hoch die Kosten einer auf Dauer nicht tragfähigen Wirtschaftspolitik sein können. Das ist der Grund, weshalb es weitaus besser ist, aufkommende gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte nach Möglichkeit stets zu antizipieren, statt auf sie zu reagieren; der Übergang zu einem tragfähigen Wachstumspfad wird dann weitaus weniger schmerzlich sein. Die finanzpolitische Anpassung kann maßvoller ausfallen, wodurch es leichter ist, Investitionen in die Infrastruktur und in das Erziehungs- und Gesundheitswesen vor Einschnitten zu bewahren.

#### Von der Stabilisierung zum Wachstum

In den achtziger Jahren leiteten viele Länder Stabilisierungsprogramme und strukturelle Reformen ein. Stabilisierungsmaßnahmen setzen meistens an der Nachfrageseite an, um die Inflation und die Leistungsbilanzdefizite zu reduzieren (wenngleich sie auch Auswirkungen auf die Angebotsseite

Schuldenkrisen betroffen, weil sie sich im Ausland zurückhaltender oder zu niedrigeren Zinsen verschuldeten. Dem Ende des kolumbianischen Kaffeebooms in den siebziger Jahren folgte ein starker Anstieg der öffentlichen Investitionen, besonders im Energiesektor, was das Leistungsbilanzdefizit bis 1983 auf 10,8 Prozent des BIP steigen ließ. Kolumbien vermied eine Schuldenkrise, weil seine Schulden zunächst niedrig waren, die staatlichen

haben). Strukturpolitische Maßnahmen richten sich auf die Angebotsseite; sie zielen auf die wirtschaftliche Nutzung der Ressourcen ab und konzentrieren sich auf Reformen in bestimmten Sektoren – vor allem im Außenhandel, im Finanzwesen und in der Industrie. Es ist möglich, strukturelle Reformen während des Stabilisierungsprozesses zurückzustellen, doch gilt dies kaum für den umgekehrten Fall: Strukturelle Reformen werden wahrscheinlich kaum erfolgreich sein, wenn ihnen nicht eine Stabilisierung vorausgeht oder sie begleitet. In ähnlicher Weise kann eine Stabilisierung ohne strukturelle Reformen kaum tragfähig sein.

#### *Anpassung und finanzpolitische Reform*

Anpassungsprogramme, die üblicherweise vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der Weltbank unterstützt werden, richten sich auf binnen- und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte sowie, in unterschiedlichem Ausmaß, auf Leistungsanreize und institutionelle Probleme. Kurzfristig kann die Stabilisierung das Produktionswachstum verringern. Die Vorteile brauchen, ebenso wie die Gewinne aus strukturellen Reformen, längere Zeit, um sichtbar zu werden. Verschiedene Untersuchungen fanden eine starke Beziehung zwischen Anpassungsprogrammen und Zahlungsbilanzverbesserungen, die Effekte auf das Wirtschaftswachstum waren allerdings weniger eindeutig. Eine Studie entdeckte einen negativen Wachstumseffekt, und zwar unmittelbar nach Beginn eines Programms; für Länder jedoch, in denen Programme seit drei oder mehr Jahren in Kraft waren, stellten mehrere Studien der Weltbank einen positiven Wachstumseffekt fest (Sonderbeitrag 6.1).

Anpassungsprogramme umfassen sehr oft Maßnahmen zur Reduzierung des Haushaltsdefizits. Einige Länder haben ihre Kerndefizite (welche die Zinsausgaben nicht enthalten) um nicht weniger als 10 Prozent des BIP gekürzt. Die Struktur des Defizitabbaus schwankt von Fall zu Fall. Ghana, Jamaika und Mexiko beispielsweise verringerten sowohl die laufenden als auch die investiven Ausgaben; Côte d'Ivoire und Indonesien reduzierten hauptsächlich die Ausgaben für Investitionen, Marokko kürzte vor allem die laufenden Ausgaben. In vielen Ländern war makroökonomische Stabilität ein verschwommenes Ziel. In Brasilien und Argentinien stellte sich die Unfähigkeit, das Haushaltsdefizit zu verringern, als Hauptursache für das Fehl-

schlagen mehrerer Stabilisierungsversuche heraus.

Finanzpolitische Reformen haben oft schwierige Zielkonflikte zur Folge. Eine Kürzung der investiven Ausgaben dürfte weniger politischen Widerstand auslösen als die Reduzierung der laufenden Ausgaben (vor allem der Löhne und Subventionen). Die Streichung unwirtschaftlicher Investitionsprojekte ist sinnvoll, aber die Verringerung produktiver Investitionen, zum Beispiel im Bereich der Infrastruktur und des Erziehungswesens, wird wahrscheinlich das langfristige Wachstum negativ beeinflussen. Alle Ausgabenarten sollten einer Prüfung unterzogen werden; der Verzicht auf einige Programme, insbesondere bei den Militärausgaben, wird weit weniger schaden als der Verzicht auf andere. Auf der Aufkommenseite muß eine Steuerreform in Betracht kommen. Ausnahmeregelungen, ineffiziente Steuererhebungen, eine schmale Steuerbasis und eine geringe Steuermoral bedeuten, daß hohe Steuersätze erforderlich sind, um relativ niedrige Einnahmen zu erzielen. In Pakistan ist beispielsweise der Landwirtschaftssektor (ein Fünftel des BIP) völlig von direkten Einkommenssteuern befreit; außerdem gibt es viele Ausnahmeregelungen für die Industrie.

Der Anpassungsprozeß vieler Länder wurde durch die staatliche Schuldenlast zusätzlich erschwert. Trotz des oft gleichmäßigen Anstiegs der inländischen und ausländischen öffentlichen Schulden waren die zugrunde liegenden Vorgänge unterschiedlicher Natur. Die Inlandsschulden expandierten im Zusammenhang mit dem Übergang von der Kreditaufnahme im Ausland zur Kreditaufnahme im Inland; die öffentlichen Auslandsschulden stiegen, als staatliche Garantien auf öffentliche Unternehmen ausgeweitet und private Kredite, Tilgungen und Zinszahlungen umgeschuldet wurden. Diese Verlagerung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland auf den staatlichen Sektor schwächte die finanzpolitische Situation weiter. In der Türkei trugen anhaltende Defizite und der Übergang zur kostspieligeren Kreditaufnahme im Inland dazu bei, daß die öffentlichen Schulden von rund 12 Prozent des BIP in den Jahren 1980/81 auf 30 Prozent in den Jahren 1987/88 stiegen. Es gibt noch ein weiteres Dilemma: Wenn die Auslandsschulden staatliche Verbindlichkeiten darstellen, kann eine Abwertung in Konflikt geraten mit der finanzpolitischen Anpassung. In der Türkei verbesserte eine reale Abwertung der Währung zwar die Leistungsbilanzposition, sie erhöhte aber in inländischer Währung gerechnet die Zinszahlungen und somit das Haushaltsdefizit.

Die Arbeitsmärkte spielen für das Ergebnis der Anpassung eine wichtige Rolle. Eine Flexibilität der Reallöhne nach unten wird die Auswirkungen von Maßnahmen zur Dämpfung der inländischen Absorption auf Produktion und Beschäftigung abfedern. Die Erfahrungen zeigen, daß die Reallöhne in der Tat flexibel sind. In Bolivien, Chile und Ghana gingen die Reallöhne während des Anpassungsprozesses beträchtlich zurück. Wenn allerdings die Arbeitsmärkte einen unproportional hohen Anteil der Anpassungslast tragen, können sinkende Reallöhne einen übermäßig starken Rückgang der Gesamtnachfrage zur Folge haben, was wiederum die Belebung der Produktion gefährden könnte. Mitte der achtziger Jahre trugen in Malaysia die Änderungen des Wechselkurses, der Zinsen und

der Rohstoffpreise zur Dämpfung der Anpassungseffekte auf die Reallöhne und die Beschäftigung bei. Dies führte dazu, daß die folgende konjunkturelle Erholung schneller eintrat.

Die Aufmerksamkeit hat sich in jüngerer Zeit auf die kurzfristigen Auswirkungen der Anpassung auf die Armen konzentriert. Eine finanzpolitische Konsolidierung beinhaltet oft Kürzungen der Regierungsprogramme und einen vorübergehenden Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die einzelnen Bevölkerungsgruppen werden durch die finanzpolitischen Einsparungen in unterschiedlicher Weise betroffen. Die Bedürfnisse der dauerhaft in Armut Lebenden und der neu Verarmten (die ihren Arbeitsplatz als Ergebnis der Anpassung verloren haben) sind nicht gleich; ebenso wenig sind es die Bedürfnisse der Haushalte in der Stadt und auf dem Land. Spezielle Programme können, wie in Bolivien und Ghana,

### **Sonderbeitrag 6.1 Zur Einschätzung des Effekts von Anpassungsprogrammen auf die wirtschaftliche Entwicklung**

Seit Anfang der achtziger Jahre haben viele Entwicklungsländer wirtschaftliche Anpassungsprogramme eingeleitet. Diese Programme, die üblicherweise vom IWF und der Weltbank unterstützt werden, sind auf die Überwindung binnen- und außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte ausgerichtet sowie – in unterschiedlichem Ausmaß – auf die Veränderung wirtschaftlicher Anreize und Institutionen.

Waren diese Programme erfolgreich? Diese Frage läßt sich nicht einfach beantworten. Veränderungen der externen Einflußgrößen können während des Verlaufs eines Anpassungsprogramms den Erfolg beeinflussen. Auch ohne derartige Veränderungen dürfte es schwierig sein zu sagen, wie die Wirtschaft sich entwickelt hätte, wenn das Programm nicht durchgeführt worden wäre. Und allein die Tatsache, daß ein Programm vom IWF oder von der Weltbank unterstützt wird, bedeutet nicht notwendigerweise, daß wirtschaftspolitische Reformen auch durchgesetzt worden sind.

Anpassungsprogramme umfassen in der Regel sowohl Stabilisierungsmaßnahmen als auch strukturelle Reformen. Kurzfristig kann die Stabilisierung das Produktionswachstum senken. Die Effizienzgewinne und das Produktionswachstum, die von strukturellen Reformen erwartet werden, brauchen typischerweise viel mehr Zeit.

Mehrere Untersuchungen der Effekte von Anpassungsprogrammen verglichen die Entwicklung vor und nach einem IWF-Programm, allerdings ohne Berücksichtigung des Einflusses externer Größen oder ohne die Resultate eines hypothetischen Szenarios (ohne ein derartiges Programm) abzuschätzen. Diese Studien wiesen Verbesserungen in der Zahlungsbilanz nach, doch die

Ergebnisse hinsichtlich des Wachstums und der Inflation waren nicht eindeutig.

Andere Untersuchungen der Anpassungseffekte verglichen die Entwicklung in Ländern mit Anpassungsprogrammen mit der in einer Gruppe von Ländern ohne solche Programme. Diese Studien kamen zu dem Ergebnis, daß in den Zahlungsbilanzen der Programmländer Verbesserungen gegenüber der Vergleichsgruppe festzustellen waren, aber keine eindeutigen Ergebnisse hinsichtlich des Wachstums vorlagen. Eine andere Untersuchung fand moderate Verbesserungen der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Nachteil dieses Ansatzes ist, daß die Ländergruppe, die an einem Programm teilnimmt oder ein Darlehen empfängt, keine echte Zufallsauswahl aus der Gesamtheit der Länder darstellen muß, solange nicht beide Gruppen die gleichen Ausgangsbedingungen aufweisen.

Der dritte Ansatz besteht darin, ein hypothetisches Szenario (ohne entsprechende Programm-Maßnahmen) zu entwerfen, wobei man von den historischen Erfahrungen des Landes mit ähnlichen gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten ausgeht. Studien dieser Art identifizierten einen starken Zusammenhang zwischen dem Programm oder Darlehen und den Verbesserungen in der Zahlungsbilanz, sie fanden einen negativen Effekt auf die Investitionen, aber kaum einen Wachstumseffekt. Khan (1990) kam zu dem Ergebnis, daß der Wachstumseffekt unmittelbar nach dem Programm negativ ist. Untersuchungen der Weltbank stellten einen positiven Effekt auf das Wachstum fest, allerdings nur für Länder, die zu einem früheren Zeitpunkt Darlehen empfangen hatten (Länder, bei denen seit Beginn der Reform drei oder mehr Jahre vergangen waren).

vorübergehend wirksame Maßnahmen zum Schutz der am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen umfassen. Dies ist ein eigenständiges Ziel von hohem Wert, aber es kann auch dazu beitragen, die politische Unterstützung für die Anpassung zu festigen.

Die Fakten sprechen bei Ländern, die konsequente Anpassungsprogramme durchführten, nicht für eine eindeutige Beziehung zwischen Anpassung und Beschäftigungsänderungen oder Veränderungen der sozialen Indikatoren. Der soziale Effekt neuer wirtschaftspolitischer Maßnahmen dürfte erst nach einem Zeitraum in Erscheinung treten, der länger ist als die relativ kurze Zeit, auf die die meisten Untersuchungen abstellten. Eine Betrachtung der trendmäßigen Entwicklung der sozialen Indikatoren zeigt, daß die meisten Länder in den achtziger Jahren Fortschritte erzielten, obwohl die Fortschritte in denjenigen Ländern am langsamsten ausfielen, wo die Indikatoren anfangs am ungünstigsten waren. Der Mangel an aussagefähigen Daten und die Schwierigkeit, jene Entwicklung vorzuschätzen, die ohne Anpassung eingetreten wäre, läßt die meisten Bewertungen der Anpassungseffekte nicht schlüssig erscheinen.

### **Das Vorgehen im Reformprozeß**

Das Ausmaß der in den Entwicklungsländern erforderlichen Wirtschaftsreformen ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Einige Länder müssen dringend die Preise und wirtschaftlichen Anreize vernünftig umstrukturieren; andere müssen staatseigene Unternehmen privatisieren oder in das Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie in die Infrastruktur investieren. Überall müssen derartige Maßnahmen mit gesamtwirtschaftlicher Stabilität unterlegt werden. Die Erfahrung zeigt, daß der sicherste Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung darin besteht, die Wirtschaftspolitik in all diesen Punkten zu verbessern. Aber wie sollen derartig unterschiedliche Elemente kombiniert werden? In welcher Reihenfolge sollen Reformen in Angriff genommen werden, und wie schnell? Es gibt nur wenige feste Regeln, aus der Erfahrung lassen sich aber einige generelle Prinzipien ableiten.

Reformen ergreifen heißt, mit Zielkonflikten zwischen einzelnen Maßnahmen fertig zu werden – das sogenannte Problem konkurrierender wirtschaftspolitischer Mittel. Zum Beispiel erfordert eine Reform des finanziellen Sektors häufig eine Umstrukturierung notleidender Finanzinstitute;

kurzfristig kann dies die Staatsausgaben erhöhen und die Kürzung des Haushaltsdefizits erschweren. Die Einführung positiver Realzinsen wird die Last der Kreditsubventionierung verringern, aber die Kosten für die Bedienung der inländischen Schulden erhöhen. Niedrigere Zölle können zunächst die staatlichen Einnahmen verringern (wie es in Mexiko und Marokko der Fall war), während der Übergang von mengenmäßigen Beschränkungen zu Zöllen sie im allgemeinen erhöhen wird (wie in Indonesien und Peru); der Nettoeffekt könnte ein größeres Haushaltsdefizit sein. Diese gegenläufigen Effekte erschweren den Regierungen die Ausführung von Programmen, die in ihrer Gesamtheit zu positiven Ergebnissen zu führen scheinen. Es ist aber ausschlaggebend, daß sich Programme nicht nur rechnerisch lohnen, sondern sie müssen sich letztlich auch als lohnend erweisen.

Viele Reformprogramme haben gegenläufige Effekte und Zielkonflikte erfolgreich in den Griff bekommen. Reformen sind aber auch gescheitert. In Tansania wurden 1977, im Gefolge eines vorangegangenen Kaffeebooms, die Importkontrollen und die Devisenbewirtschaftung abgeschafft, ohne ausgleichende Reformmaßnahmen auf dem Gebiet der Wechselkurse und der makroökonomischen Politik. Innerhalb weniger Monate geriet die Leistungsbilanz stark ins Defizit, und das Land verlor den Großteil seiner Devisenreserven. Die Reformen wurden wieder abgeschafft, und der außenwirtschaftliche Sektor unterlag stärkeren Restriktionen als zuvor. Sambia führte 1985 ein ehrgeiziges Programm zur Kürzung öffentlicher Ausgaben, Versteigerung von Devisen und Reduzierung der Subventionen für städtische Konsumenten ein, und zwar gegen erheblichen internen politischen Widerstand innerhalb der Regierung. Ein Jahr später ging jedoch der Preis für Kupfer, das wichtigste Exportgut, kräftig zurück, während sich die fiskalische und monetäre Lage des Landes verschlechterte. Die Verbrauchersubventionen für einige Hauptnahrungsmittel wurden über Nacht abgeschafft, und bei anderen Nahrungsmitteln waren keine Vorräte vorhanden. Unruhen in den Städten waren die Folge, und die Regierung, die von der politischen Unterstützung der Stadtbevölkerung stark abhängig war, hob die Reformprogramme wieder auf.

### *Glaubwürdigkeit*

Wenn eine Reform erfolgreich sein soll, muß die Investitionstätigkeit reagieren. Entscheidend sind

die Erwartungen. Der private Sektor mag es vorziehen, abzuwarten und zu sehen, wie die Regierung ihr Engagement für die neue Politik unter Beweis stellt. Dies aber kann in einen Teufelskreis münden; denn dauert es zu lange, um das Vertrauen wiederherzustellen und die Investitionen in Gang zu bringen, kann das Programm allein aus diesem Grund fehlschlagen. Sind die Reformen aber glaubwürdig, werden zusätzliche Mitteltransfers aus dem Ausland das Vertrauen steigern und sogar einen noch größeren Investitionsaufschwung auslösen, als durch das Programm erwartet wurde.

Die Glaubwürdigkeit kann erhöht werden, wenn zunächst einmal gesamtwirtschaftliche Stabilität erreicht wird. Dadurch könnte das Problem konkurrierender wirtschaftspolitischer Mittel eingegrenzt werden. In Ländern mit zahlreichen fehlgeschlagenen Programmen kann der private Sektor aber selbst in diesem Fall ausgesprochen skeptisch auf die wagemutigen, neuen Initiativen der Regierung reagieren. Je länger ein Land schon Erfahrungen mit hoher Inflation und erfolglosen Sanierungsversuchen gemacht hat, desto schwieriger ist die Aufgabe – als Beweis können Argentinien und Brasilien dienen, im Vergleich zu Chile und Mexiko. Oft bleibt der Regierung keine andere Wahl, als ihre Reputation wieder zurückzugewinnen und diese dann sorgfältig zu verteidigen. Unter diesem Aspekt ist es wichtig, nicht zu viel zu versprechen. Es kann auch erforderlich sein, wirtschaftspolitisch zu „überziehen“ (wie es Polen wohl bei der Abwertung seiner Währung im Januar 1990 tat), um zu zeigen, daß es die Reformer diesmal wirklich ernst meinen.

### *Gesamtwirtschaftliche Stabilität*

Eine niedrige Inflationsrate ist nicht nur deshalb entscheidend, weil sie das Reformprogramm glaubwürdiger macht, sondern auch, weil ansonsten die anderen Elemente des Programms direkt gefährdet werden. Gesamtwirtschaftliche Instabilität trug beispielsweise zum Mißlingen zahlreicher Außenhandelsreformen bei. Eine Reform der Außenhandelsordnung erfordert in der Regel eine reale Abwertung der Währung, und zwar als Reaktion auf die Auswirkungen von Zollsenkungen und niedrigeren nichttarifären Handelshemmnissen. Eine expansive Finanzpolitik trägt jedoch zu einer Höherbewertung der Währung bei und verstärkt den Druck in Richtung auf eine Umkehr der Reform. Expansive monetäre und finanzpolitische Maßnahmen stellen

für sich gesehen die größte Bedrohung für Außenhandelsreformen dar.

Mit gesamtwirtschaftlicher Stabilität steigt auch die Wahrscheinlichkeit für eine erfolgreiche Reform des Finanzsektors, und damit wird die Entwicklung der Kapitalmärkte gefördert, was die private Investitionstätigkeit anregen kann. Das Ziel einer Reform des Finanzsektors ist es, die Ersparnisse zu erhöhen und diese wirkungsvoller einzusetzen. In vielen Fällen beinhaltet dies die Beseitigung von Zinsobergrenzen, um positive Realzinsen zu erreichen, sowie die Aufhebung von Regulierungsvorschriften, die auf die Höhe und Verteilung der Bankkredite Einfluß nehmen. Enge Verbindungen zu den internationalen Finanzmärkten erfordern ein Zinsniveau im Inland, das im Vergleich zu den Weltmarktzinsen hoch genug ist, um die Finanzaktiva der Investoren im Lande zu binden. Damit dies funktioniert, müssen gesamtwirtschaftliche Stabilität und eine strenge Bankenaufsicht zusammenwirken. Ansonsten können Inflationserwartungen, Währungsabwertung und staatliche Verschuldung die Realzinssätze zu hoch treiben, womit zum Anstieg des Staatsdefizits und zu einer weiteren gesamtwirtschaftlichen Instabilität beigetragen wird. Übertrieben hohe Zinsen und eine unzureichende Bankenaufsicht (vor allem bei vorhandener Einlagenversicherung) können zu Zahlungsverzug und Instabilität auf den Kreditmärkten führen. In Argentinien, Chile, den Philippinen, der Türkei und Uruguay führte eine hastige Zinsfreigabe bei bestehender gesamtwirtschaftlicher Instabilität und unzureichender Bankenaufsicht zu Finanzungskrisen, die die Volkswirtschaften dieser Länder schwer schädigten.

### *Wahl des Zeitpunktes*

Für die Wahl des Zeitpunktes von Reformen sind politische Überlegungen anzustellen: Neue Regierungen befinden sich in einer starken Position, um Reformen in die Wege zu leiten: Sie sind weniger verpflichtet, den Status quo zu verteidigen, und ihre Anhänger und Gegner dürften noch nicht gut organisiert sein. Auch wirtschaftliche Krisen verbessern die Voraussetzungen für Reformen, da sie Koalitionen stärken, die für Reformen eintreten und dazu beitragen, Sonderinteressen zurückzustellen. (Diese Fragen werden ausführlicher in Kapitel 7 erörtert.) Wirtschaftliche und politische Krisensituationen sind Gelegenheiten für radikale Veränderungen. In Indonesien entwickelten die

Reformer ihr Liberalisierungsprogramm (einschließlich Schätzungen über das erforderliche Protektionsniveau) lange vor der Krise des Jahres 1983. Als man dann vor der Wahl stand, es in die Tat umzusetzen, waren die Hausaufgaben schon gemacht.

### *Geschwindigkeit*

Sollten Reformen schrittweise durchgeführt werden oder in Form einer „Schocktherapie“? Einige Grundregeln werden in Sonderbeitrag 6.2 herausgearbeitet. Ein schrittweises Vorgehen kann manchmal gerechtfertigt sein, wenn die Reformen besonders großen wirtschaftlichen Unsicherheiten ausgesetzt sind. Außerdem brauchen einige Reformen ihrem Wesen nach mehr Zeit als andere: Preisreformen können schnell durchgeführt werden, aber der Aufbau neuer Institutionen (wie eine Vertragsgesetzgebung) braucht seine Zeit. Viele schrittweise durchgeführten Reformen waren erfolgreich.

Einige schrittweise Reformen (beispielsweise in Japan, der Republik Korea und Thailand) dürften erfolgreich gewesen sein, weil sie in relativ starken und stabilen Volkswirtschaften durchgeführt wurden. Im allgemeinen sprechen analytische Gründe deutlich für ein schnelles Vorgehen. Häufig scheinen Irrtümer über die Geschwindigkeit einer Reform vorteilhaft zu sein, denn ein unverzügliches Handeln bringt die Vorteile einer Reform schneller zum Tragen. Ein schnelles Vorgehen ist auch dann sinnvoll, wenn die politische Chance für eine Reform wahrscheinlich nicht lange vorhält. Ein schrittweises Vorgehen dürfte in Volkswirtschaften, die sich in akuten Krisensituationen befinden, oder für Regierungen mit eingeschränkter Glaubwürdigkeit nicht sinnvoll sein.

### *Umfang*

Umfassende Reformpakete können die Verstärkungseffekte nutzen, die in diesem Bericht immer wieder betont wurden, und sie versprechen daher den größten Nutzen. Die Gefahren partieller Reformen sind nur allzu offensichtlich. Die Stabilisierungspolitik verursachte bei fehlenden Maßnahmen zur Investitionsförderung eine Stagnation (in den achtziger Jahren in Bolivien und auf den Philippinen). Die Außenhandelsliberalisierung scheiterte in Volkswirtschaften mit verzerrten Faktormärkten, bei gesamtwirtschaftlicher Instabilität und ungeeigneter Wechselkurspolitik (in den sechziger Jahren in

Argentinien, Brasilien und Sri Lanka; in den siebziger Jahren in Peru, auf den Philippinen, in Portugal, der Türkei und Uruguay). Die inländische Deregulierung oder Privatisierung führte bei fehlenden Handelsreformen, um die inländische Marktmacht einzudämmen, zu Monopolstellungen (in den achtziger Jahren in Polen und Togo). Die Reform des Finanzsektors schlug wegen hoher Inflation fehl (in den siebziger Jahren in Argentinien, zu Anfang der achtziger Jahre in Israel und in der Türkei). In all diesen Fällen wären wahrscheinlich breiter angelegte Programme, die miteinander verbundene Mängel bekämpft hätten, erfolgreicher gewesen.

### *Abfolge der Maßnahmen*

Um diese Vorteile zu erreichen, könnte es so scheinen, als sollten Reformen simultan durchgeführt werden. Häufig ist dies in der Tat wünschenswert. Eine Liberalisierung der Importe erhöht beispielsweise die Leistungsfähigkeit inländischer Produzenten. Die Neuverteilung der Ressourcen kann jedoch durch Kontrollen und andere Starrheiten auf den Finanzmärkten oder anderswo behindert werden. In diesem Fall sollte eine Deregulierung mit etwa dem gleichen Tempo voranschreiten wie die Außenhandelsreform, damit das Programm die Produktion erhöht, statt Arbeitslosigkeit und finanzielle Spekulationen zu fördern. In gleicher Weise kann die Einführung inländischer Reformen ohne eine Liberalisierung der Importpolitik dazu führen, daß eher noch mehr Ressourcen in stark geschützte Sektoren fehlgeleitet werden.

Weil es nicht praktikabel sein dürfte, Reformen simultan durchzuführen, ist über eine Abfolge der Maßnahmen nachzudenken. Eine wirkungsvolle zeitliche Abfolge der Maßnahmen verlangt in der Regel energische erste Schritte gegen die kostspieligsten Verzerrungen, wobei dafür zu sorgen ist, daß Hin- und Herverlagerungen von Ressourcen vermieden werden. Dies legt folgendes Verlaufsmuster der Reformmaßnahmen nahe. Am Beginn steht die makroökonomische Stabilisierung, die strukturellen Reformen entweder vorausgehen kann oder sie begleitet. Viele Varianten struktureller Reformen (beispielsweise die Ablösung mengenmäßiger Importbeschränkungen durch Zölle) ergänzen eine Stabilisierungspolitik. Als nächstes folgt die Liberalisierung der Produktmärkte, einschließlich der Reformen zur Deregulierung der Märkte. Es wäre vorteilhaft, inländische Reformen nicht so lange zu verzögern, bis eine Außenhandelsreform durchge-

## Sonderbeitrag 6.2 Das Tempo der Reform

### Begründung für ein schrittweises Vorgehen

- Ein schrittweises Vorgehen bei der Durchführung einer Reform bedeutet hier, daß die Reform über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren gestreckt wird. Indonesien, die Republik Korea, Marokko, Mauritius und die Türkei haben diesen gradualistischen Ansatz gewählt. Auch die Handelsliberalisierung durch das GATT war ein stetiger, aber gradueller Prozeß.

- In einer Volkswirtschaft mit Preis- und Lohnrigiditäten oder anderen strukturellen Verzerrungen, die eine optimale Anpassung verhindern, kann eine Schocktherapie zu Fehlentwicklungen führen. Wenn der wirtschaftspolitische Umschwung abrupt erfolgt, können möglicherweise lebensfähige Unternehmen zusammenbrechen und potentiell produktive Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze verlieren. Bei derart verzerrten Rahmenbedingungen dürfte eine schrittweise Änderung der Wirtschaftspolitik die Gesamtkosten der Anpassung dadurch verringern, daß sie zeitlich gestreckt wird. Wenn Marktunvollkommenheiten die privaten Wirtschaftssubjekte daran hindern, das geeignetste Anpassungstempo zu bestimmen, können graduelle Wirtschaftsreformen den gleichen Effekt haben, da die Wirtschaftssubjekte in die Lage versetzt werden, die Anpassungskosten zeitlich zu strecken.

- Ein schrittweises Vorgehen gestattet es, einen mittleren Anpassungsweg zu gehen. Da die Reformen unter verzerrten wirtschaftlichen Bedingungen erfolgen, bestehen beträchtliche Unsicherheiten über das Ergebnis einer jeden Reform. Strukturelle Reformen, so ehrgeizig sie auch sein mögen, werden nicht alle Marktmängel und Verzerrungen beseitigen. Unerwartete Wechselwirkungen zwischen Reformen und verbleibenden Marktmängeln könnten zu enttäuschenden Resultaten führen.

- Ein schrittweises Vorgehen schafft Raum für politische Feinsteuerung. Die politischen Entscheidungsträger

haben Zeit, sich ein Bild über voraussichtliche Gewinner und Verlierer zu verschaffen und oppositionellen Kräften zuvorzukommen. Politische Entscheidungsträger können die potentiellen Gegner dadurch neutralisieren, daß sie ihnen etwas von dem geben, was sie von der Reform erhoffen, und sie können die Verlierer durch vorübergehende Transferzahlungen besänftigen, um ihnen über die Übergangsphase hinwegzuhelfen.

- Ein schrittweises Vorgehen dürfte als Reformansatz vorzuziehen sein, wenn es einen erheblichen verwaltemäßigen Engpaß gibt oder wenn neue Institutionen errichtet werden müssen. Wenn beispielsweise die Kapitalmärkte nicht gut funktionieren, könnte eine plötzliche Privatisierung eine Unterbewertung und eine suboptimale Allokation von Vermögenswerten zur Folge haben.

### Begründung für eine Schocktherapie

- Eine Schocktherapie bedeutet, daß die Reformen schnell in einem kurzen Zeitraum von weniger als zwei Jahren durchgeführt werden. Bolivien, Ghana, Mexiko und Polen leiteten Reformen ein, um beträchtliche Verzerrungen innerhalb einer kurzen Periode zu beseitigen. Chile führte die meisten Reformen schnell durch, und Mexiko liberalisierte den Außenhandel schnell.

- Wenn die Reformen die Wohlfahrt steigern, besteht die optimale Wirtschaftspolitik darin, die Programme unverzüglich durchzuführen, so daß der Wohlfahrtsgewinn so schnell wie möglich anfällt. Es mag sein, daß die Anpassungskosten im zeitlichen Verlauf der Durchführung einer Reform überproportional steigen. Obwohl es dann für den Privatsektor sinnvoll ist, die *Anpassung* zeitlich zu strecken, folgt daraus nicht, daß auch die *wirtschaftspolitische Reform* selbst schrittweise eingeführt werden muß. In der Tat dürften die Kosten für eine

führt worden ist. Auf dem Gebiet der Liberalisierung des außenwirtschaftlichen Sektors geht die Reform des Warenverkehrs am besten der Reform des Kapitalverkehrs voraus. Die Finanzmärkte passen sich schneller an als die Gütermärkte, daher kann eine verfrühte Deregulierung des Kapitalverkehrs die Spekulation fördern und zu finanzieller Instabilität führen.

Es wäre nur recht und billig, dies als eine perfektionistische Empfehlung zu kritisieren. Politische Überlegungen und eine Vielzahl anderer Faktoren, ökonomischer wie auch nichtökonomischer Art, stehen mit der Reformplanung der Regierung im Widerstreit. Aber im großen und ganzen vermeidet dieser Reformansatz viele Widrigkeiten, die die

Länder in den vergangenen zwanzig Jahren vom Kurs abgebracht haben.

## Investitionen und Ersparnis

Umfassende wirtschaftliche Reformprogramme sind für viele Länder der Schlüssel, um Ersparnis und Investition sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht zu steigern. In den achtziger Jahren sanken in den Ländern mit mittlerem Einkommen Ersparnis und Investition. Die Bruttoinvestitionen, die sich im Zeitraum 1974 bis 1980 auf durchschnittlich rund 26 Prozent des BIP beliefen, gingen um 3 Prozentpunkte zurück. Zwei Drittel

Umstrukturierung von Arbeit und Kapital oft niedriger sein, wenn diese zeitlich gestreckt wird. Die Arbeitnehmer haben Zeit, sich neue Fähigkeiten anzueignen, das Kapital kann man sich abnützen lassen, und Fabriken können umgebaut oder modernisiert werden.

- Befürchtungen hinsichtlich der Anpassungskosten sollten auf das Tempo einer Reform nur Einfluß haben, wenn der private Sektor durch Ineffizienzen daran gehindert wird, die Anpassung mit gesamtgesellschaftlich optimalem Schrittempo vorzunehmen. Diese Ineffizienzen können in beide Richtungen wirken. Sofern den Reformen die Glaubwürdigkeit fehlt oder die Kapitalmärkte schlecht funktionieren, kann die Anpassung aus gesellschaftlicher Sicht zu langsam sein – womit sich eine noch drastischere Reform als sonst erforderlichlich begründen läßt.

- Schnelles Handeln kann die politische Tragfähigkeit einer Reform verbessern, sofern es verhindert, daß spezielle Interessengruppen konzentriert gegen Veränderungen antreten, die im allgemeinen Interesse sind. Kühne Reformen sind besonders dann erforderlich, wenn einer Regierung die Glaubwürdigkeit fehlt. In Ländern, in denen die Politik sich schwankend verhielt und Reformen kamen und gingen, dürften die privaten Wirtschaftssubjekte auf die neuerliche Ankündigung eines weiteren Reformpakets zögerlich reagieren – besonders, wenn es schrittweise durchgeführt werden soll. Eine in sich schlüssige Reform kann dazu beitragen, die Erwartungen über die Entschlossenheit der Regierung wieder zu stärken und so zu ihrem Erfolg beitragen.

- Eine Anpassung erfolgt in der Regel in einer krisenhaften Situation. Die Regierungen sind gut beraten, das umfassende, vielleicht nur kurzfristig vorhandene Mandat für eine Reform, das infolge der Krise geboten wird, durch eine zügige Durchführung des Reformprogramms auszunutzen.

des Rückgangs der Gesamtersparnis waren auf niedrigere ausländische Ersparnisse zurückzuführen. Die Investitionen blieben in Ländern mit niedrigem Einkommen (mit Ausnahme von China und Indien) weitgehend stabil, weil höhere ausländische Ersparnisse die niedrigere Ersparnis im Inland ausglich (Tabelle 6.1). Der Investitionsrückgang spiegelt teilweise den Rückgang der öffentlichen Investitionen wider, der in vielen Ländern unvermeidlich war, wo in der Regel gegen Ende der siebziger Jahre eine auf Dauer nicht tragbare Expansion der öffentlichen Investitionen stattgefunden hatte.

Während der letzten zwei Jahrzehnte schwankten sowohl das Gesamtniveau der Investitionen als

auch der Anteil der privaten und staatlichen Investitionen beträchtlich, und zwar nach Ländern wie auch im Zeitverlauf. Beispielsweise steht die relative Stabilität der staatlichen und privaten Investitionen und das hohe Niveau der letzteren in der Republik Korea in deutlichem Gegensatz zu den nachlassenden Tendenzen und den niedrigen privaten Investitionen in Argentinien, zu den stark schwankenden privaten Investitionen in Jamaika und zu dem drastischen Umschwung in der Struktur der Investitionen in Côte d'Ivoire (Schaubild 6.4). Derartig starke Unterschiede im Investitionsverhalten werfen die Frage auf nach den Bestimmungsfaktoren der privaten Investitionen und danach, welche Rolle die staatliche Politik bei deren Förderung spielt.

### *Umfang und Qualität der Investitionen*

Länder, die die Inflation niedrig und die Realzinsen in Grenzen gehalten haben, und die einen ausreichenden Kreditfluß in den privaten Sektor gewährleisteten, hatten mit größerer Wahrscheinlichkeit hohe Investitionsniveaus, gemessen als Anteil am BIP. Eine umfangreiche Auslandsverschuldung und eine sehr unstete Wirtschaftspolitik, die die Schwankungen der Produktion und der realen Wechselkurse verstärkt, schrecken private Investitionen ab. Und soweit öffentliche und private Investitionen voneinander abhängen, haben Kürzungen der öffentlichen Investitionen auch zum Rückgang der privaten Investitionen beigetragen.

FINANZIELLE BEDINGUNGEN. Statistisch gesehen erklären die Unterschiede in den makroökonomischen Bedingungen zwischen den einzelnen Ländern ziemlich gut die Unterschiede bei der Investitionstätigkeit. Dies ist vermutlich deshalb der Fall, weil Produktionsschwankungen die Investoren vorsichtig werden lassen und eher zur Zurückstellung von Projekten führen. Inflation erhöht das Risiko langfristiger Projekte und verzerrt die Informationsfunktion der relativen Preise und kann daher auch die privaten Investitionen dämpfen. Gesamtwirtschaftliche Stabilität stärkt das Vertrauen und fördert dadurch die private Investitionstätigkeit.

Gesamtwirtschaftliche Maßnahmen wirken auf die Investitionen auch ein durch die Beeinflussung des für den privaten Sektor verfügbaren Kreditvolumens. Die Untersuchungsergebnisse stützen die Hypothese, daß die Kreditströme einen positiven und statistisch signifikanten Einfluß auf private Investitionen haben. Weil für viele Entwicklungs-

**Tabelle 6.1 Investition und Ersparnis, 1965 bis 1989**  
(in Prozent des BIP)

Ländergruppe	Inländische Bruttoinvestitionen			Ausländische Ersparnis <sup>a</sup>			Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis <sup>b</sup>		
	1965–73	1974–80	1981–89	1965–73	1974–80	1981–89	1965–73	1974–80	1981–89
<i>Länder mit niedrigem Einkommen</i>	19,6	24,4	26,4	1,2	1,1	3,4	18,4	23,3	23,0
China	24,8	31,0	34,9	–0,3	–0,1	5,5	25,2	31,1	34,4
Indien	17,1	21,3	23,9	1,7	1,1	3,6	15,3	20,3	20,4
Indonesien	13,7	23,6	29,5	2,6	–3,0	2,7	11,1	26,7	26,9
Kenia	21,0	24,1	23,7	4,4	8,9	7,1	16,6	15,2	16,6
Nigeria	14,1	22,2	12,0	4,3	–1,3	2,7	9,7	23,5	9,3
<i>Länder mit niedrigem Einkommen, ohne China und Indien</i>	14,1	19,6	19,1	2,8	2,3	6,2	11,3	17,2	12,9
<i>Länder mit mittlerem Einkommen</i>	21,6	26,4	23,2	3,0	5,3	3,4	18,1	21,0	19,7
Brasilien	20,5	23,8	19,8	1,9	4,6	1,8	18,5	19,2	18,0
Republik Korea	23,3	30,0	29,8	8,2	7,1	0,8	15,1	22,9	29,0
Marokko	14,3	26,0	24,4	2,7	14,5	13,0	11,7	11,5	11,4
Malaysia	21,2	27,3	30,7	–1,5	–1,2	3,3	22,7	28,5	27,4
Philippinen	20,5	29,3	20,1	1,4	5,4	2,4	19,0	23,9	17,7
Thailand	23,9	26,6	25,8	2,4	5,1	4,2	21,5	21,5	21,6

a. Inländische Bruttoinvestitionen minus gesamtwirtschaftlicher Bruttoersparnis.

b. Ohne ausländische Transferzahlungen.

Quelle: Daten der Weltbank.

länder Zinsobergrenzen ein wichtiges Instrument der Geldpolitik darstellen, wird eher das Kreditvolumen als der Kreditzins zur relevanten Variablen für Investitionsentscheidungen. Eine restriktivere Geldpolitik oder eine Änderung der Kreditstruktur zugunsten des öffentlichen Sektors verringern die private Investitionstätigkeit. Sind Bankkredite eine Hauptfinanzierungsquelle, was oft der Fall ist, so macht eine niedrigere staatliche Kreditaufnahme Mittel für private Investitionen frei.

Im allgemeinen verfügten Länder mit einer positiven realen Kreditbereitstellung für den privaten Sektor, wie Indonesien, Kolumbien, Korea und Thailand, auch über stabile Investitionsniveaus. In Ländern, wo die Bereitstellung von Kredit für den privaten Sektor negativ war, nahmen die Investitionen tendenziell ab. Auch ohne eine weitverbreitete Kreditrationierung sind nicht alle Unternehmen in der Lage, soviel Mittel aufzunehmen, wie sie wünschen. Dies trifft besonders zu, wenn ausreichende Sicherheiten sowie ein effizientes System zur Regelung von Streitigkeiten fehlen, und wenn die Kreditzuteilung eher an die Reputation eines Unternehmens gebunden ist als an die Rendite des Projekts. In Ägypten, wo die Investitionsentscheidungen auch von der Verfügbarkeit über Kredit abhängen, scheint die staatliche Verschuldung weniger bekannte Firmen vom Markt verdrängt zu haben, nicht aber die mit etablierter Reputation.

Die Ergebnisse von Ländervergleichen deuten auch darauf hin, daß hohe Realzinsen die privaten Investitionen verringern. Die Investitionsentscheidungen

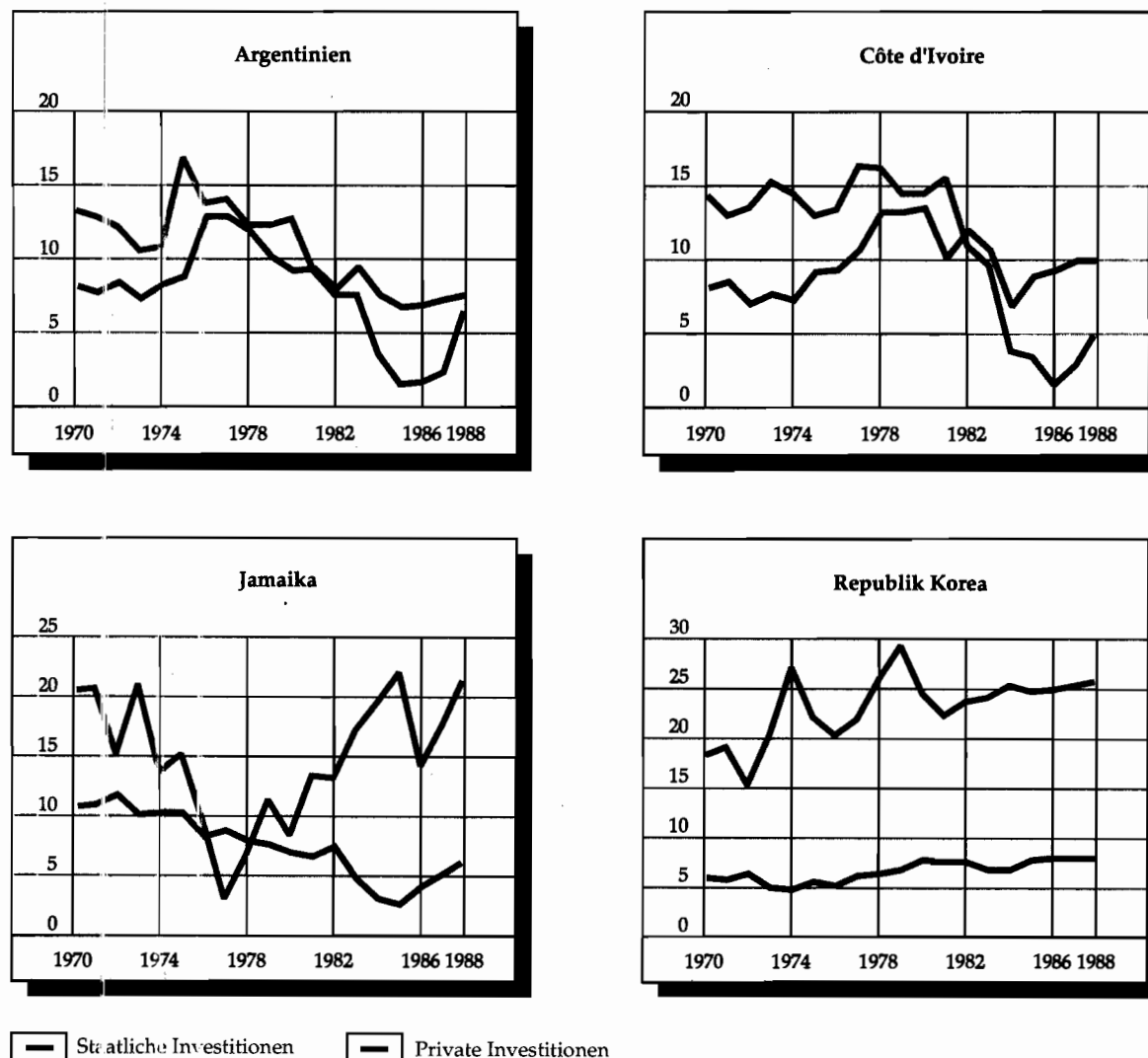
hängen vom internen Zinsfuß der Investition (der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals) und den Kapitalkosten ab. Die Kapitalkosten sind teilweise abhängig von der Mischfinanzierung aus Anleihen, Eigenkapital und Bankkrediten. Weil die Kreditaufnahme bei Banken eine Hauptfinanzierungsquelle darstellt, wird eine Erhöhung dieser Kosten im Verhältnis zur Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals die Investitionstätigkeit reduzieren. Dieser Zinseffekt ist wahrscheinlich stärker ausgeprägt in Ländern, die über gut entwickelte Finanzmärkte verfügen und die zur Steuerung der Geldmenge eher Offenmarktoperationen als Kreditplafonds benutzen.

Im Prinzip hat eine reale Abwertung der Währung auf die Investitionstätigkeit einen ambivalenten Einfluß. Einerseits können die erhöhten Kosten für importierte Vorprodukte und Kapitalgüter die Investitionsaktivität dämpfen, ebenso wie eine Verringerung des realen Kreditvolumens infolge des Preisanstiegs nach einer Abwertung. Andererseits kann eine reale Abwertung aber auch die Investitionstätigkeit fördern, nämlich durch eine erhöhte Rentabilität im Bereich der handelbaren Güter und manchmal durch ein steigendes Devisenangebot, was zur Bezahlung zusätzlicher Kapitalgüterimporte verwendet werden kann.

Eine Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß eine reale Abwertung die Investitionen in der Praxis kurzfristig dämpfen kann, insbesondere wenn sie die Produktion drosselt. (In diesem Fall würden die Investitionen sinken, es sei denn, die gesamte Last

**Schaubild 6.4 Unterschiedliche Strukturen der privaten und staatlichen Investitionen in vier Ländern, 1970 bis 1988**

(in Prozent des BIP)



Quelle: Daten der Weltbank.

der Anpassung an die Veränderung der relativen Preise trafe den privaten und staatlichen Verbrauch.) Mittelfristig jedoch und unter der Annahme, daß die reale Abwertung anhält, werden die Investitionen wahrscheinlich steigen, was zum Teil auf die anhaltende Verbesserung der Rentabilität von Exporten zurückzuführen ist. In Chile und Indonesien fielen die Investitionen kurzfristig in Reaktion auf starke reale Abwertungen, sie erholten sich jedoch mittelfristig, als der Bereich der handel-

baren Güter expandierte. Die konjunkturelle Erholung brauchte in Chile rund fünf und in Indonesien drei Jahre. Die negativen Effekte einer Abwertung können in Ländern mit niedrigem Einkommen länger anhalten, weil die Reaktion des Angebots langsamer erfolgt.

Die Untersuchungsergebnisse legen nahe, daß Länder mit hoher Schuldenlast niedrigere Investitionsquoten aufweisen. Mit hoher Verschuldung wird eher eine Kreditrationierung des Auslands

erwartet, oder es werden hohe Risikoprämien veranschlagt, was die privaten Investitionen drosselt. Der Schuldenüberhang wirkt auch wie eine implizite Steuer; er hemmt die Investitionstätigkeit, weil unterstellt wird, daß früher oder später eine Kombination aus höheren Steuern, Abwertung und niedrigerer Inlandsnachfrage erforderlich sein wird, um den notwendigen Ressourcentransfer ins Ausland zu bewerkstelligen.

STAATLICHE UND PRIVATE INVESTITIONEN. Verschiedenen Ländern ist eine finanzpolitische Anpassung gelungen, wobei sie teilweise staatliche Investitionen drosselten oder investive Ausgaben zurückstellten. Kürzungen im Bereich der Gesundheitsfürsorge, des Erziehungswesens und bei Infrastrukturprogrammen können mittelfristig die privaten Investitionen dämpfen und das Wachstum verlangsamen. Staatliche Investitionen können aber die private Kapitalbildung verringern, wenn sie knappe Ressourcen für sich in Anspruch nehmen oder wenn deren Produktion direkt mit privaten Produkten konkurriert. Die Ergänzungs- und Verdrängungseffekte öffentlicher Investitionen sind nicht unvereinbar. Kurzfristig kann die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur zu Zinssteigerungen führen oder den Kredit für den privaten Sektor verknappen und somit private Investitionen verdrängen. Mittelfristig kann dies jedoch die Produktivität und die private Investitionstätigkeit steigern. Die Resultate hinsichtlich des Nettoeffekts sind nicht schlüssig, hauptsächlich wegen mangelnder Daten. Einige neuere Untersuchungen lassen jedoch darauf schließen, daß staatliche und private Investitionen in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen. Andere vergleichende Länderstudien lassen vermuten, daß Investitionen in die Infrastruktur (im Gegensatz beispielsweise zu Investitionen in staatseigenen Unternehmen oder in militärische Ausrüstungen) mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit private Investitionen fördern.

Das ist plausibel. Untersuchungen in verschiedenen Ländern zeigen, daß der Betriebsaufwand von Unternehmen steigt und die Investitionen sinken, wenn die Infrastruktur unzureichend ist. Staatliche Investitionen in die Infrastruktur scheinen beispielsweise in Ägypten private Investitionen gefördert zu haben. In Korea scheinen öffentliche Investitionen sowohl kurz- als auch langfristig einen positiven Effekt auf private Investitionen auszuüben. Eine Folgerung aus diesen Resultaten lautet, daß investive Ausgaben für die Infrastruktur in Perioden einer finanzpolitischen Anpassung aufrechterhalten wer-

den sollten; sie dürften mehr als andere Bereiche öffentlicher Investitionen die privaten Investitionen ergänzen und steigern.

#### DIE STRUKTUR DER PRIVATEN INVESTITIONEN.

Private Investitionen bestehen aus Investitionen in Ausrüstungen und in Bauten. Zwischen beiden dürfte ein gewisses Maß an Komplementarität bestehen, aber im Grenzfall dürften sie unterschiedliche Beiträge zum Wachstum leisten. Ausrüstungsinvestitionen (hauptsächlich Maschinen) scheinen in engerer Verbindung zum Produktivitätswachstum zu stehen als die sonstigen Investitionen. Eine Benachteiligung der Kapitalgüter (durch hohe Zölle oder Steuer) wird deren Preis erhöhen und den Anteil der Ausrüstungsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen verringern. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil in neuen Ausrüstungsgütern wahrscheinlich neue Technologien gebunden sind und sie wichtige externe Effekte mit sich bringen.

#### *Die Bestimmungsfaktoren der Ersparnis*

Privatpersonen sparen, um ihren Verbrauch im zeitlichen Verlauf zu verstetigen. Ihre Sparquote hängt ab vom laufenden Einkommen, vom erwarteten Lebenseinkommen und von den erwarteten Erträgen aus ihren Ersparnissen. Das Sparverhalten ändert sich im Laufe der Lebenszeit des Sparerers, wobei der Höhepunkt in den Hauptverdienstjahren eines Erwerbstätigen liegt. Je größer der Teil des Einkommens ist, den die Beschäftigten auf dem Höhepunkt ihres Erwerbslebens erzielen, desto höher ist die gesamte Sparquote. Auch demographische Faktoren beeinflussen die Ersparnis: Je niedriger die Rate der Nichterwerbstätigen ist (der Anteil der Bevölkerung unter fünfzehn und über fünfundsechzig Jahre), desto höher ist die Sparquote. Schneller wachsende Volkswirtschaften haben tendenziell auch höhere Sparquoten, weil der Unterschied zwischen dem Lebenseinkommen eines aktiv Beschäftigten und dem eines Rentners groß ist und weil die gesamte Sparquote näher bei der Sparquote der aktiv Beschäftigten liegt. Schnelleres Wachstum ist der beste Weg zur Erhöhung der Ersparnis. Diese Faktoren scheinen die hohe Sparquote in Japan zu erklären (Sonderbeitrag 6.3).

In vielen Entwicklungsländern trägt die Landwirtschaft zu einem erheblichen Teil zum Haushaltseinkommen bei. Die Landwirtschaft – und das aus ihr bezogene Einkommen – unterliegen beträchtlichen Risiken, die sich auf andere wirt-

### Sonderbeitrag 6.3 Die Bestimmungsgründe der Ersparnis privater Haushalte in Japan

Die Ersparnis der privaten Haushalte in Japan ist höher als in den meisten anderen Ländern. Im Zeitraum 1970 bis 1986 belief sie sich auf 23 Prozent des Haushaltseinkommens, im Vergleich zu 14,3 Prozent in den Vereinigten Staaten, 10,4 Prozent in Großbritannien und 7,8 Prozent in Schweden.

Teilweise lassen sich die Unterschiede durch konzeptionelle Verschiedenheiten erklären. Die zur Berechnung der Sparquoten in den Vereinigten Staaten und Japan verwendeten Methoden unterscheiden sich in drei Hauptpunkten. Erstens werden Abschreibungen in Japan zu den Anschaffungskosten vorgenommen, in den Vereinigten Staaten aber zu Wiederbeschaffungskosten. Zweitens sind die Kapitalübertragungen in Japan sowohl in der Ersparnis als auch im verfügbaren Einkommen nicht enthalten, wohl aber in den Vereinigten Staaten. Drittens werden die von den Haushalten an Unternehmen oder Ausländer gezahlten Zinsen beim persönlichen Einkommen in Japan nicht berücksichtigt, während dies in den Vereinigten Staaten der Fall ist. Eine um diese Faktoren vorgenommene Bereinigung würde die Ersparnis der japanischen Haushalte um 3 bis 4 Prozentpunkte verringern. Andere Unterschiede, die den Ländervergleich beeinträchtigen, betreffen die Behandlung von dauerhaften Konsumgütern, privaten Renten- und Lebensversicherungen sowie von Sozialversicherungsfonds. Aber auch nach allen derartigen Bereinigungen bleibt die japanische Ersparnis hoch.

Verschiedene Erklärungen sind vorgebracht worden: (a) Kulturelle Faktoren, wie das konfuzianische Erbe, ein hohes Maß an Risikoscheue, schwach entwickelte soziale Neideffekte und die weitverbreiteten Transferzahlungen zwischen den Generationen; (b) demographische und sozioökonomische Faktoren, wie die Altersstruktur der Bevölkerung, die Einkommensverteilung und die hohe Erwerbstätigenquote der alten Menschen; (c) institutionelle Faktoren wie das Gratifikationssystem und die fehlende Verfügbarkeit von Konsumentenkrediten; (d) staatliche Maßnahmen, wie Steuervergünstigungen für Ersparnisse (bis vor kurzem) und ein niedriges Niveau der Sozialversicherungsleistungen sowie (e) wirtschaftliche Faktoren, wie hohe Wachstumsraten und hohe und steigende Grundstücks- und Wohnungsbaupreise.

Ein Überblick über die Fachliteratur, die sich mit dem Sparen in Japan beschäftigt, läßt darauf schließen, daß der niedrige Anteil der alten Leute, die Wachstumsrate des Landes und das Gratifikationssystem jeweils 2 bis 3 Prozentpunkte der Differenz zwischen der japanischen Sparquote und der anderer Länder erklären kann. Andere Faktoren, die in der Vergangenheit zu der hohen Sparquote beigetragen haben könnten (wie Tradition, Steuervergünstigungen für Ersparnisse, das unterentwickelte Sozialversicherungssystem, die Großfamilie und die fehlende Verfügbarkeit von Konsumentenkrediten) werden weniger wichtig. Da Japans demographische Struktur sich derjenigen anderer Länder angleicht, wird die Ersparnis seiner Haushalte wahrscheinlich sinken.

schaftliche Bereiche, die eng mit der Landwirtschaft verbunden sind, ausbreiten können. Gleichzeitig können mangelhaft funktionierende Finanzmärkte die Haushalte davon abhalten, sich im Vorgriff auf zukünftige Einkommen zu verschulden. Dies alles läßt die Sparquote auf Erwartungsänderungen hinsichtlich der zukünftigen Einkommen stärker reagieren; und je unsicherer die Zukunft ist, desto größer wird die Nachfrage nach Ersparnissen als „Puffer“ sein.

Die vorliegenden Erkenntnisse zeigen, daß eine starke Korrelation zwischen Wachstumsraten und Sparquoten besteht. Beispielsweise erklären die Veränderungen der Wachstumsrate den Großteil der Schwankungen der Sparquote in der Republik Korea. Als die Wirtschaft stark expandierte, stieg Koreas gesamtwirtschaftliche Sparquote von unter 10 Prozent des BSP Mitte der sechziger Jahre auf 32,8 Prozent im Jahr 1986. Auch die Variabilität der Zuwachsraten des Einkommens steht in Verbindung mit den Schwankungen der Ersparnis. Indonesien und Myanmar hatten in den sechziger Jahren schwankende und manchmal negative

reale Wachstumsraten und niedrige und schwankende Sparquoten. Als sich in den letzten Jahren jedoch die realen Wachstumsraten stabilisierten, wiesen beide Länder eine schnelle Erhöhung der Sparquoten auf.

**DIE ROLLE DES FINANZSEKTORS.** Weil nur wenige Entwicklungsländer über einen leichten Zugang zu ausländischen Ersparnissen verfügen, muß der Großteil des Investitionswachstums im Inland finanziert werden. Der Finanzsektor kann eine wichtige Rolle dabei spielen, indem er die Transformation von Ersparnis in Investition wirksamer gestaltet. Untersuchungsergebnisse deuten darauf hin, daß Verzerrungen in diesem Sektor, die negative Realzinsen zur Folge haben, mit niedrigem Wachstum einhergehen. Negative Realzinsen dürften die volkswirtschaftliche Ersparnis reduzieren, die für Investitionen zur Verfügung stehenden Ersparnisse verringern und ihre Verteilung auf die unterschiedlichen Investitionsmöglichkeiten verzerren. Sofern eine Finanzreform ordentlich durchgeführt wird, führt sie in der Regel zu leicht

positiven Realzinsen. Der Nettoeffekt höherer Realzinsen ist im Prinzip zweideutig. Die empirischen Resultate deuten darauf hin, daß ein Anstieg der Realzinsen einen zwar geringen, aber positiven Effekt auf die Ersparnis hat. Positive Realzinsen dürften auch den Teil der Ersparnis erhöhen, der durch das Finanzsystem geleitet wird. Sofern dieses System hinreichend leistungsfähig ist, ist dies auch wünschenswert.

Die staatliche Wirtschaftspolitik kann kurzfristig nur wenig tun, um die demographischen und kulturellen Faktoren, welche die private Ersparnis bestimmen, zu beeinflussen. Fehlen ausländische Kapitalzuflüsse, so kann der notwendige Anstieg der Ersparnis zur Finanzierung höherer Investitionen nur mittels einer höheren staatlichen Ersparnis erreicht werden – das heißt, die staatlichen Defizite müssen sinken.

**STAATLICHE ERSPARNIS.** Der Einfluß einer höheren staatlichen Ersparnis auf die private Ersparnis hängt davon ab, wie diese Erhöhung erreicht wird – durch niedrigere Ausgaben oder durch höhere Steuern. Eine Untersuchung der Weltbank über eine Reihe von Entwicklungsländern fand heraus, daß weniger als die Hälfte der durch eine Kürzung des Staatsverbrauchs gestiegenen staatlichen Ersparnis durch niedrigeres privates Sparen kompensiert werden wird; im Falle einer Steuererhöhung wird ein etwas größerer Teil der gestiegenen staatlichen Ersparnis kompensiert werden. Dauerhafte Veränderungen in der Besteuerung und bei den Ausgaben haben einen geringeren Einfluß auf die private Ersparnis als zeitlich begrenzte Maßnahmen, weil die meisten Haushalte ihr Sparen wahrscheinlich eher anpassen als ihren Verbrauch, sofern sie glauben, daß die Maßnahmen vorübergehender Natur sind. Eine Verringerung der staatlichen Defizite scheint der beste Weg zu sein, um die volkswirtschaftliche Ersparnis zu erhöhen.

### **Die weltwirtschaftlichen Bedingungen**

Die Weltrezession der Jahre 1980 bis 1983 und der Anstieg des weltweiten Zinsniveaus zeigten, welchen großen Einfluß gesamtwirtschaftliche Entwicklungen in den Industrieländern auf die Entwicklungsländer haben können. Die Exporteure von Industrieerzeugnissen unter den Entwicklungsländern scheinen von Wachstumsschwankungen in den Industrieländern am stärksten betroffen zu werden –

mehr als die Länder, die hauptsächlich Grundstoffe exportieren. Auch profitierten asiatische und lateinamerikanische Länder mit engen Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten stärker von der dortigen Expansion der Importnachfrage in den Jahren 1983/84 als viele afrikanische Länder, die engere Verbindungen zu den europäischen Märkten aufwiesen.

Die Bedeutung der Finanzmärkte für die Übertragung der Effekte von wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den Industrieländern nahm mit der Integration der Weltmärkte und den wachsenden Auslandsschulden der Entwicklungsländer zu. Als in den Jahren nach 1979/80 die Zinsen stärker schwankten, mußten mehrere lateinamerikanische Länder mit einem hohen Anteil an variabel verzinslichen Schulden einen scharfen Anstieg der Schuldendienstzahlungen hinnehmen. Die sich ergebenden Zahlungsbilanzprobleme wurden durch die Auswirkungen der Weltrezession und die verringerte Verfügbarkeit von Auslandsfinanzierungen weiter verschärft.

Wie wichtig sind außenwirtschaftliche Faktoren für die Entwicklungsländer? Simulationsrechnungen der Weltbank lassen darauf schließen, daß – bei Konstanz der anderen Faktoren – ein Anstieg des OECD-Wachstums um 1 Prozentpunkt das Wachstum der Entwicklungsländer langfristig um 0,7 Prozentpunkte steigern könnte. Umgekehrt könnte eine Erhöhung des LIBOR-Satzes um 1 Prozentpunkt das Wachstum um 0,2 Prozentpunkte reduzieren. Ein Anstieg des OECD-Wachstums um 1 Prozent dürfte schätzungsweise auch zu einer Steigerung des Exports der Entwicklungsländer um 0,2 Prozent führen. Diese Effekte sind jedoch von Land zu Land verschieden, und zwar in Abhängigkeit von den Handelsstrukturen und der Struktur der Auslandsschulden.

Die Bedeutung der außenwirtschaftlichen Faktoren muß unterstrichen werden. Kurzfristig können ungünstige außenwirtschaftliche Schocks, höhere Zinsen, ein Rückgang der Terms of Trade oder unzureichende ausländische Kapitalzuflüsse die Durchführung eines jeden gut geplanten Anpassungsprogramms zum Scheitern bringen. Langfristig könnte eine starke Weltwirtschaft die Einführung wirtschaftlicher Reformen fördern. Dies würde die inländische Leistungsfähigkeit steigern und sicherstellen, daß die Länder voll von der anhaltenden Expansion der Weltmärkte profitieren könnten. Obwohl die Qualität des wirtschaftlichen Managements das ist, was am meisten zählt, sind die weltwirtschaftlichen Bedingungen für

die Entwicklung der Perspektiven der Entwicklungsländer wichtig.

#### *Ausländische Ressourcen und Wachstum*

Durch ausländische Ressourcen können die Entwicklungsländer ihre Wachstumsrate erhöhen, und zwar entweder durch die Finanzierung zusätzlicher Investitionen oder eine reibungslosere Anpassung an externe Störungen. Ausländische Finanzierungsmittel könnten im Prinzip einem Land aus der Falle niedrigen Wachstums heraushelfen, indem sie es ihm ermöglichen, trotz struktureller oder politischer Hemmnisse, die eine Erhöhung der inländischen Ersparnis verhindern, „auf Wachstumskurs zu gehen“. Konzessionäre Hilfe gestattet es den Ländern, die Armut zu lindern und das langfristige Wachstum zu steigern. Die Industrieländer sind mit dafür verantwortlich, daß die Kapitalzuflüsse dafür eingesetzt werden, die Entwicklung zu fördern, statt sie zu behindern. Damit die konzessionären Mittel wirkungsvoll sind, müssen die internationalen Hilfs- und Finanzinstitutionen ihre Programme koordinieren und Projekte entwickeln, die sorgfältig auf die Bedürfnisse und die administrativen Möglichkeiten der unterstützten Länder abgestimmt sind. Diese Institutionen müssen auch mit Praktiken wie der Lieferbindung der Entwicklungshilfe Schluß machen.

Die Schuldenkrise illustriert die Kosten fehlgeleiteter Kapitalimporte. Die Erträge ausländischer Kapitalzuflüsse und die Fähigkeit zur Tilgung von Auslandskrediten hängen von der Wirtschaftlichkeit der betreffenden Investitionen ab, und diese wiederum wird von der Wirtschaftspolitik des jeweiligen Landes bestimmt. In vielen Ländern wurden die Investitionen in den siebziger Jahren in Vorhaben des öffentlichen Sektors gelenkt, wo die Rendite niedrig war. Insbesondere gegen Ende der siebziger Jahre und zu Beginn der achtziger Jahre verwendeten einige Entwicklungsländer ausländische Finanzierungsmittel, um Konsumniveaus aufrechtzuerhalten, die angesichts des Rückgangs der Exporterlöse oder der Veränderungen der Terms of Trade nicht mehr tragbar waren. In anderen Fällen finanzierte die Auslandsverschuldung, vor dem Hintergrund eines makroökonomischen Mißmanagements, die Kapitalflucht (Sonderbeitrag 6.4).

Ein beträchtlicher Teil des Auslandskapitals dürfte verwendet worden sein, um den Verbrauch statt die Investitionen zu finanzieren, womit die langfristige Wirkung der Kapitalzuflüsse auf das Wachs-

tum verringert wurde. Zwar wird immer ein Teil der Mittelzuflüsse für Verbrauchssteigerungen umgeleitet werden, auch ohne inländische strukturelle Verzerrungen, doch geht aus einer neueren Untersuchung hervor, daß in einigen Ländern der Anteil der ausländischen Transfers, die in den Konsum flossen, außergewöhnlich hoch war. Die zusätzlichen Verbrauchsausgaben, die auf einen zusätzlichen Dollar aus Auslandskrediten entfielen, beliefen sich in den sechziger und siebziger Jahren in Bolivien auf 88 Cent und in Kolumbien auf 99 Cent. In der Republik Korea jedoch, wo die inländische Sparquote von 6 Prozent zu Anfang der sechziger Jahre auf 30 Prozent Mitte der achtziger Jahre stieg, wurden die ausländischen Ersparnisse weitgehend in den Investitionsbereich gelenkt. Viele Studien belegen aber, daß ausländische Kapitalimporte – vor allem vor Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre – mit einem steigenden Anteil der inländischen Investitionen am BIP einhergingen.

Trotz der Kosten des Einsatzes von Kapitalimporten aus dem Ausland zur Verzögerung der Anpassung an dauerhafte Störungen, war der Zugang zu Auslandskapital für einige Länder dennoch von entscheidender Bedeutung, um kurzfristige Schocks erfolgreich in den Griff zu bekommen. Korea (nach der Wirtschaftskrise von 1980), die Türkei (in den Jahren 1980 bis 1982) und Indonesien (Mitte der sechziger Jahre) flossen gleichermaßen Auslandsmittel während der Durchführung der Anpassungsprozesse zu. Weil alle drei Länder ihre Wirtschaftsprobleme vor Eintritt der Schuldenkrise von 1982 angingen, hatten sie den enormen Vorteil, während der Anpassungsperiode über einen kontinuierlichen Zugang zu Auslandskapital und über günstige Darlehenskonditionen verfügen zu können.

Um die Anpassung an Störungen zu erleichtern, führte die Weltbank im Jahr 1980 Anpassungsdarlehen ein. Diese Darlehen, auf die gegen Ende der achtziger Jahre rund 25 Prozent der gesamten Darlehensgewährung der Weltbank entfielen, sollten Zahlungsbilanzhilfen gewähren, um eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung sowie langfristige strukturelle Reformen im Außenhandel, auf dem Inlandsmarkt, den Arbeitsmärkten, den Finanzmärkten und bei der Gestaltung des öffentlichen Sektors zu unterstützen. Da durch die Darlehen höhere Ausgaben möglich sind, als dies sonst der Fall gewesen wäre, sollten die kurzfristigen Anpassungskosten auf dem Gebiet der Produktion, der Beschäftigung und des Verbrauchs gedämpft werden. Die Ergebnisse deuten darauf hin, daß derartige Kredite den Ländern eine relativ erfolg-

#### Sonderbeitrag 6.4 Kapitalflucht

Kapitalflucht ist ein schwer zu erfassender Tatbestand. Statistisch gesehen ist sie schwierig von den normalen Kapitalströmen zu unterscheiden, die aus Handelsbeziehungen und der wachsenden internationalen Integration der Kapitalmärkte herrühren. Einige Autoren definieren sie als Kapital, das ein Land in Reaktion auf die Wahrnehmung abnormaler Risiken im Inland verläßt. Kapitalflucht ist auch als der Teil der Auslandsaktiva definiert worden, der keine in der Zahlungsbilanz statistisch erfaßten Kapitalerträge liefert. Alternativ kann Kapitalflucht als gesamter Kapitalabfluß definiert werden, weil jeder Abfluß einen gewissen Verlust für die inländische Wirtschaft bedeutet. So definiert, kann Kapitalflucht als Bestand an Auslandsaktiva im Besitz von Inländern oder als kurzfristiger Netto-Kapitalexport des privaten Nichtbankensektors (heißes Geld) gemessen werden. Der Restposten der Zahlungsbilanz wird üblicherweise in diese Abgrenzung einbezogen, und zwar unter der Annahme, daß ein großer Teil der Kapitalflucht aus illegalen Transaktionen besteht, die nur in dieser Position in Erscheinung treten. Wenn Kapitalflucht in Form einer Unterfakturierung der Ausfuhrwerte und Überfakturierung der Einfuhrwerte auftritt, wird sie in den Zahlungsbilanzpositionen nicht erfaßt werden. Keine dieser Definitionen ist völlig zufriedenstellend, und alle bringen Meßprobleme mit sich. Im günstigsten Fall liefern sie nur eine Bandbreite von Schätzwerten.

Das Ausmaß der Kapitalflucht schwankte beträchtlich. Für den Zeitraum 1980 bis 1984 wurde sie für Argentinien auf rund 16 bis 17 Mrd Dollar geschätzt, für Mexiko auf 40 Mrd Dollar und für Venezuela auf 27 Mrd Dollar. In einigen Jahren entsprach die Kapitalflucht in Argentinien und Venezuela der Hälfte der Ersparnis dieser Länder. In Brasilien war die Kapitalflucht verhältnismäßig gering, sie scheint jedoch Ende der achtziger Jahre gestiegen zu sein.

Wie immer man Kapitalflucht definiert oder mißt, sie ist vor allem ein Symptom für gesamtwirtschaftliches Fehlverhalten – das in vielen Fällen durch politische

Instabilität verstärkt wird. Da die Investoren wählen zwischen der Anlage in inländischen Finanzaktiva, der Inflationssicherung (durch Anlagen in dauerhaften Verbrauchsgütern oder in Land) und der Anlage in Auslandsaktiva, treffen sie ihre Entscheidungen auf der Grundlage der inländischen Inflationsraten und Zinssätze, der Zinsen im Ausland und der erwarteten Abwertung der Währung. Wenn Anleger eine Abwertung befürchten, werden sie ihre Mittel ins Ausland verlagern, um einen Kapitalverlust zu vermeiden. In ähnlicher Weise werden hohe Inflationsraten und repressive finanzpolitische Maßnahmen, die die Realzinsen zu niedrig halten, die Inländer dazu ermutigen, im Ausland oder in die Vorratshaltung zu investieren.

Da die Kapitalflucht im allgemeinen in einer Periode schwacher Kapitalzuflüsse aus dem Ausland stattfindet, lastet sie einer Volkswirtschaft erhebliche Kosten auf. Als Symptom für ein gesamtwirtschaftliches Fehlverhalten erhöht sie auch die inländische Instabilität – und zwar sowohl die finanzielle (weil die Abflüsse von Fluchtgeldern die Verfolgung inländischer wirtschaftlicher Zielsetzungen erschweren) als auch die politische (weil die politische Legitimität der Anstrengungen zur Bedienung der Auslandsschuld geschwächt wird). Die Kapitalflucht schadet auch dem heimischen Wachstum dadurch, daß Ersparnisse aus dem Land abfließen. Sie läßt die Steuerbasis schrumpfen, was die staatlichen Einkünfte verringert und einen größeren Teil der Last auf die Bürger mit niedrigem Einkommen abwälzt. Und sie trägt zum Schuldenproblem bei, indem sie die Kosten der Kreditaufnahme erhöht (die mit dem aufgenommenen Betrag steigen) und die verfügbaren Mittel zur Tilgung der Schulden verringert.

Eine Rückkehr der Kapitalfluchtgelder erfordert die Wiederherstellung des Vertrauens in die Wirtschaft und in die Regierung durch eine Belebung des Wachstums und die Durchsetzung einer tragfähigen Wirtschaftspolitik. Leider ist es für eine Regierung viel leichter, die Glaubwürdigkeit zu verlieren, als sie wiederzugewinnen.

reiche Verbesserung ihrer Zahlungsbilanzposition ermöglichten und sich eine Mehrheit der Empfängerländer an vereinbarte wirtschaftspolitische Reformen hielt. Zwar sind die Ergebnisse nicht beweiskräftig, doch scheinen Länder, die frühzeitig Darlehen aufgenommen haben, eher einen positiven Wachstumseffekt aufzuweisen (vgl. Sonderbeitrag 6.1). In vielen Ländern hat sich jedoch der Anteil der Investitionen am BIP nicht erhöht.

#### *Die Hinterlassenschaft der Schulden*

Die Periode ausgiebiger Zuflüsse finanzieller Ressourcen in die Entwicklungsländer endete abrupt

im Jahr 1982, und es kam zur Schuldenkrise. Mit Einsetzen der Krise wurden erhöhte private Mittelzuflüsse hauptsächlich dazu verwendet, die Anforderungen an den Schuldendienst der Schuldnerländer zu erfüllen, und für Investitionen und für die Sicherung des Wachstums war nur wenig zusätzliches Kapital verfügbar. Als die Krise die achtziger Jahre hindurch anhielt, mußten viele Schuldnerländer eine Umkehr des Ressourcentransfers (Tabelle 6.2), niedrigere Investitionen und niedrigeres Wachstum sowie eine höhere Inflation hinnehmen. Zur Krise beigetragen hat ein komplexes Gemisch von wirtschaftspolitischen Irrtümern (hohe Staatsdefizite, Überbewertung der Währung und eine strukturelle Verzerrung zu Lasten des Exports),

**Tabelle 6.2 Indikatoren für die Auslandsschulden der Entwicklungsländer, 1970 bis 1989***(durchschnittlicher Prozentsatz der Periode)*

Ländergruppe	Gesamte Auslandsschulden <sup>a</sup>			Zinszahlungen <sup>b</sup>			Nettotransfers <sup>a</sup>		
	1970-75	1976-82	1983-89	1970-75	1976-82	1983-89	1970-75	1976-82	1983-89
Länder mit niedrigem Einkommen	10,2	14,8	28,5	2,9	4,3	9,8	1,1	1,2	0,7
Länder mit niedrigem Einkommen, ohne China und Indien	20,5	28,5	60,7	2,9	5,3	11,8	2,7	2,4	1,0
Länder mit mittlerem Einkommen	18,6	34,6	54,9	5,1	11,0	15,4	1,9	1,9	-2,7
Argentinien	20,1	46,1	80,3	14,1	17,9	41,6	-0,3	2,7	-5,4
Brasilien	16,3	28,2	42,0	12,1	28,5	30,3	3,3	0,8	-2,5
Marokko	18,6	55,1	109,5	2,8	13,0	17,1	1,8	6,8	-1,7
Philippinen	20,7	45,8	79,2	4,2	14,1	20,5	1,2	1,8	-3,4

Anmerkung: Die Angaben sind Jahresdurchschnitte der betreffenden Periode; die Länderdurchschnitte sind mit den BSP-Anteilen von 1981 gewichtet.

a. Als Anteil des BSP.

b. Als Anteil der gesamten Exporterlöse.

Quelle: Daten der Weltbank.

außenwirtschaftlichen Störungen (starker Anstieg des weltweiten Zinsniveaus, fallende Rohstoffpreise und weltweite Rezession) sowie die zu expansionistische Verschuldungspolitik in den Jahren 1979 bis 1981.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden die Nettotransfers in die Entwicklungsländer negativ (Schaubild 6.5). Die rückständigen Tilgungs- und Zinszahlungen (eine Form der impliziten Finanzierung) erreichten 1989 rund 6,9 Prozent der Schulden der Entwicklungsländer. Die Leistungsbilanzdefizite sanken von 3 Prozent des BSP im Jahr 1980 auf unter 1 Prozent im Zeitraum 1987 bis 1989, da die Entwicklungsländer begannen, mehr Waren und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen) zu exportieren, als sie selbst empfangen. Die ausländischen Direktinvestitionen übertrafen das zu Beginn der achtziger Jahre erreichte Niveau beträchtlich, wobei teilweise ein Tausch von Schulden gegen Eigenkapital eine Rolle spielte. Der Großteil der Ausweitung der ADI konzentrierte sich auf Ostasien: Auf China, Indonesien, Korea, Malaysia und Thailand entfiel rund ein Viertel der Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern. Jegliche Steigerung der ADI in anderen Ländern dürfte von deren politischer und makroökonomischer Stabilität und den steuerlichen Bestimmungen sowie den gesetzlichen Regelungen über den Gewinntransfer abhängen.

Der Großteil der Verschuldung der Länder mit niedrigem Einkommen besteht, bilateral oder multilateral, gegenüber öffentlichen Gläubigern; auch ein erheblicher Teil des Bestandes an privaten Exportkrediten ist staatlich garantiert. Ende 1989 entsprach die Verschuldung der Länder mit niedrigem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen ihrem aggregierten BSP. Öffentliche Gläubiger haben Schuldenerlassen zugestimmt

und Umschuldungen durchgeführt, und sie haben neue Mittel zu stark konzessionären Bedingungen gewährt. Ansonsten hätten diese Schuldnerländer mehr als die Hälfte ihrer Exporterlöse für den Schuldendienst aufwenden müssen; tatsächlich wurde weniger als die Hälfte der fälligen Beträge gezahlt. Die Schuldenerleichterungen konzentrierten sich auf öffentliche Schulden. Bilaterale Kreditgeber haben ihre Forderungen im Rahmen der Vereinbarungen des Pariser Clubs umgeschuldet, wobei sie stark konzessionäre Konditionen boten – die sogenannten Toronto-Konditionen. Im Rahmen dieser Konditionen haben bilaterale öffentliche Kreditgeber, die Darlehen zu nichtkonzessionären Bedingungen gewährt haben, die Wahl zwischen dem Verzicht auf ein Drittel des konsolidierten Betrages, der Gewährung der längeren Rückzahlungsfristen, wie sie für konzessionäre Schulden angewendet werden (fünfundzwanzig Jahre Laufzeit und vierzehn tilgungsfreie Jahre), oder der Senkung des Zinssatzes. Für die betroffenen Schuldner dürften eine weitere Reduzierung der Schulden und des Schuldendienstes erforderlich sein, wenn sie höhere Investitionen und ein höheres Wachstum erreichen sollen.

Im Rahmen der Brady-Initiative haben öffentliche Gläubiger angeboten, für kommerzielle Schulden eine Reduzierung der Schulden und des Schuldendienstes für diejenigen Länder zu unterstützen, die Anpassungsprogramme durchführen und Maßnahmen ergreifen, um ausländische Direktinvestitionen und die Rückholung von Fluchtkapital zu fördern. Schuldenreduzierungen finden durch Schuldentrückkauf statt – den Austausch einer alten Schuld gegen neue Anleihen in nominal gleicher Höhe mit niedrigerem Zins oder den Austausch von Altschulden gegen teilweise dinglich gesicherte Anleihen mit niedrigerem Nominalwert.

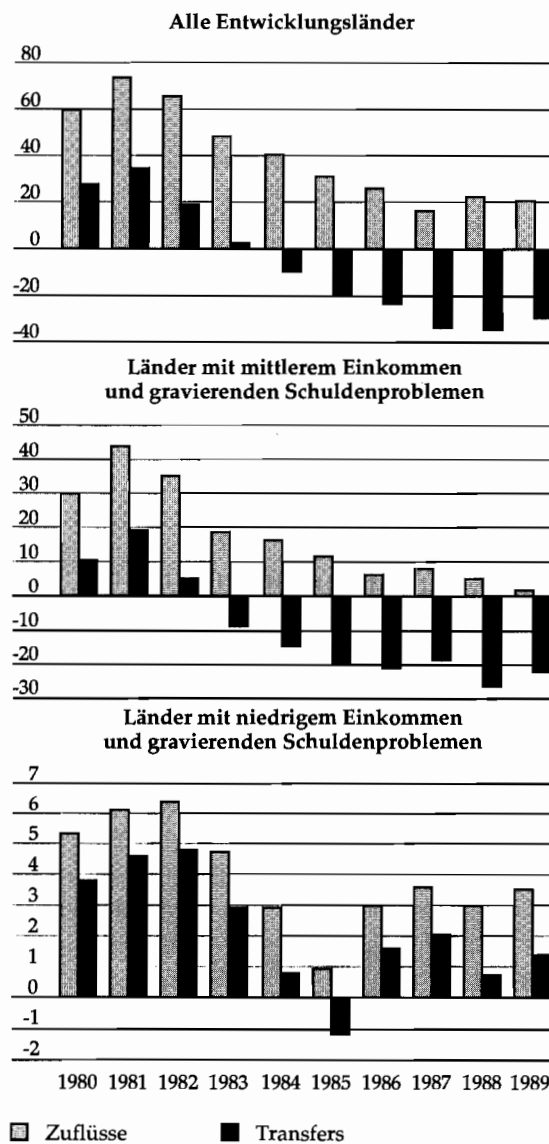
Mehrere Länder haben den Tausch von Schulden gegen Eigenkapital (debt-equity swaps) eingesetzt, um ihre Auslandsschulden zu reduzieren und ausländische Direktinvestitionen zu fördern, wobei Chile im Jahr 1985 den Anfang machte. Wenn der Rückkauf der Schulden durch den Verkauf von Aktien staatlicher Unternehmen finanziert wird, tritt kein fiskalischer Effekt auf; der Staat ist bereits

im Besitz des Aktivums. Wenn aber eine öffentliche Schuld gegen private Aktiva getauscht wird, muß der Staat Geld aufwenden, um die privaten Aktiva zu erwerben. Hier kommt es auf die Vorgehensweise an. Argentinien, Brasilien und Mexiko stellten 1989 ihre formellen Swap-Programme ein, zum Teil wegen der Besorgnisse über die inflationären Effekte; diese sind besonders stark, wenn die Zentralbank Geld druckt, um die Schuld zurückzukaufen. Einige neue Swap-Programme sind mit Privatisierungsanstrengungen verknüpft; beispielsweise mit der Privatisierung der Telefongesellschaft und der staatlichen Fluglinie in Argentinien. Mexikos neues Swap-Programm ist auf staatseigene Unternehmen, auf Infrastrukturprojekte und sonstige Entwicklungsprojekte beschränkt. Auch andere Varianten von Schulden-Swaps sind angewendet worden: der Tausch von Schulden gegen einen liberalen Außenhandel im Falle von Peru und Jugoslawien und der Tausch von Schulden gegen die Schonung der Umwelt sowie gegen erhöhte Gesundheitsfürsorge in anderen Ländern.

Bis 1990 wurden neue Schuldenvereinbarungen auf der Grundlage der Brady-Initiative mit Costa Rica, Mexiko und den Philippinen abgeschlossen, und Verhandlungen fanden mit Marokko, Uruguay und Venezuela statt. Zusätzlich zu ihren direkten ökonomischen Auswirkungen haben diese Vereinbarungen auch die Erwartungen günstig beeinflußt. Nach der Meldung vom Juli 1989 über eine Vereinbarung mit Mexiko sanken die Realzinsen beträchtlich, und die Kapitalzuflüsse stiegen (Sonderbeitrag 6.5). Die Brady-Initiative führte auch zu einem erheblichen Anstieg des Preises für Schuldtitel auf dem Sekundärmarkt. Dieser Preis stabilisierte sich bereits nach der Ankündigung der Initiative im März 1989 und begann danach im Falle der vier Länder, für die ein Brady-Plan vorlag, zu steigen. Für andere Länder, in denen sich weiterhin rückständige Schuldendienstzahlungen kumulierten, wie in Argentinien und Brasilien, setzte sich der Preisrückgang fort. Sofern die anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen angemessen sind, kann eine Schuldenerleichterung den zündenden Funken für die wirtschaftliche Erholung liefern und die Anreize für eine Reform verbessern. Die jüngste Erfahrung Perus zeigt deutlich, daß die Einstellung der Schuldendienstzahlungen das Stabilisierungsproblem nicht löst, und die Erfahrungen Argentiniens und Brasiliens demonstrieren, daß die Verringerung des staatlichen Finanzierungsdefizits der entscheidende Punkt bleibt. Das Scheitern Argentiniens und Brasiliens bei der Suche nach einer

**Schaubild 6.5 Nettomittelzufluß und Nettotransfers in Entwicklungsländer, 1980 bis 1989**

(Mrd Dollar)



Anmerkung: Die Daten gelten für alle Entwicklungsländer, die ihre Transaktionen an die Weltbank melden, und beziehen sich auf die langfristigen Schulden (ohne IWF-Kredite).  
Quelle: Weltbank 1990c.

### Sonderbeitrag 6.5 Das Schuldenabkommen mit Mexiko von 1990

Seit der Schuldenkrise von 1982 hat Mexiko Umschuldungen und neue Kreditvereinbarungen in den Jahren 1983/84 und 1986/87 abgeschlossen. Diese Abkommen, die mit umfassenden Verhandlungen verbunden waren, vermochten es nicht, auf mittlere Frist eine Erleichterung auf der außenwirtschaftlichen Seite zustande zu bringen. Im Jahr 1985 führte Mexiko wichtige Reformen im Außenhandel und im Finanzsektor ein, privatisierte viele staats eigene Unternehmen und paßte die Regulierungen auf dem Gebiet der ausländischen Direktinvestitionen an. Trotz dieser Anstrengungen verdunkelte die Auslandsverschuldung weiterhin den Horizont. Hohe Abflüsse ins Ausland bewirkten Unsicherheiten bezüglich des zukünftigen Wechselkurses und der Steuerpolitik. Um eine Kapitalflucht zu verhindern, mußte Mexiko auf seine Inlandsschulden sehr hohe Realzinsen zahlen, was sein Haushaltsdefizit erhöhte und die in den letzten Jahren durchgeführten beträchtlichen finanzpolitischen Reformen bedrohte. Eine mittelfristige Schuldenerleichterung schien der fehlende Faktor für den Erfolg der Reformanstrengungen zu sein.

Im März 1990 schlossen Mexiko und seine kommerziellen Gläubiger eine Vereinbarung über die Umstrukturierung der Schulden ab. Die Banken konnten zwischen einer Auswahl von Optionen wählen, nämlich zwischen der Gewährung neuer Mittel und zwei Möglichkeiten für eine Reduzierung der Schulden und des Schuldendienstes: Einem Tausch abdiskontierter Anleihen gegen ausstehende Schulden oder einem Tausch von Anleihen ohne jeglichen Abschlag (Nennwert-

Anleihen), aber zu einem festen Zinssatz gegen ausstehende Schulden. Etwa 13 Prozent der Gläubiger wählten die Option der Zuführung neuer Mittel, 40 Prozent wählten die abdiskontierten Anleihen (auf 65 Prozent des Nennwertes) und 47 Prozent wählten die Nennwert-Anleihen mit einem Zins von 6,25 Prozent. Die Anleihen sollen in einer einzigen Rate Ende des Jahres 2019 getilgt werden. Ihre Kapitalsumme ist durch die Verpfändung von Null-Koupon-Anleihen des amerikanischen Schatzamtes gesichert, und die Zinszahlungen sind für achtzehn Monate gesichert. Die Deckungsmittel stammten aus den Reserven des Landes und Krediten des IWF, der Weltbank und Japans. Die betroffenen Banken waren berechtigt, an einem neuen Programm für den Tausch von Schulden gegen Eigenkapital teilzunehmen, das mit der Privatisierung staatlicher Unternehmen verknüpft war.

Das Abkommen über die Umstrukturierung der Schulden soll Mexikos Netto-Transferzahlungen ins Ausland im Zeitraum 1989 bis 1994 um etwa 4 Mrd Dollar jährlich reduzieren. Rund die Hälfte der Verringerung ergibt sich aus der Umstrukturierung der Tilgungszahlungen. Diese Reduzierungen werden Mexikos finanzwirtschaftliche Lage verbessern und sollten einen günstigen Effekt auf das Wachstum haben. Das Abkommen hat auch die Erwartungen geändert, indem es die Unsicherheit über den zukünftigen Wechselkurs und die Steuerpolitik verringerte. Nach der Ankündigung des Abkommens im Juli 1989 sind die Realzinsen beträchtlich gesunken, und die Kapitalimporte nahmen wieder zu.

Schuldenregelung vertiefte die Skepsis über die Erfolgchancen ihrer Stabilisierungsanstrengungen. Die Erfahrungen von Chile, Mexiko und Venezuela zeigen, wie Umschuldungsverhandlungen die inländische Politik dadurch unterstützen können, daß sie das allgemeine Vertrauen stärken und die Rückkehr von Fluchtgeldern fördern.

Ungeachtet aller Fortschritte bedroht die Schuldenkrise auch weiterhin die Entwicklung. Zur Konsolidierung und Beschleunigung der Fortschritte könnten Faktoren beitragen wie die Durchführung nachhaltiger, glaubwürdiger Anpassungsprogramme in hochverschuldeten Ländern, die Ausweitung der Reduzierung kommerzieller Schulden und des Schuldendienstes auf einen größeren Länderkreis, mehr Umschuldungen zu konzessionären Bedingungen für die ärmsten Schuldnerländer sowie eine Reduzierung der ausstehenden Verschuldung gegenüber bilateralen Stellen. Die private Kreditgewährung wird wahrscheinlich nur mäßig zuneh-

men, da die Geschäftsbanken ihre Kapitalverhältnisse sanieren. Doch könnte eine zusätzliche private Finanzierung in Form einer Rückkehr von Fluchtgeldern stattfinden, etwa durch Maßnahmen wie eine projekt- und außenhandelsgebundene Finanzierung, durch ausländische Direktinvestitionen, durch Gemeinschaftsunternehmen sowie durch eine Anleihe- und Aktienemission im Ausland. Die öffentlichen Mittelzuflüsse dürften wahrscheinlich etwas schneller steigen als das Volkseinkommen der Industrieländer, wobei die multilateralen Organisationen weiterhin als Bindeglied zwischen den internationalen Kapitalmärkten und vielen Entwicklungsländern fungieren werden. Ob die Nettotransfers zunehmen, sei es in Form neuer Kreditgewährungen oder in Form einer Schuldenreduzierung, wird voraussichtlich davon abhängen, ob die Länder Maßnahmen zur Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität und Erhöhung ihrer Kreditwürdigkeit ergreifen.





## *Die Rolle des Staates neu überdacht*

---

*„Die wichtigsten Agenda des Staates betreffen nicht die Tätigkeiten, die bereits von Privatpersonen geleistet werden, sondern jene Funktionen, die über den Wirkungskreis des Individuums hinausgehen, jene Entscheidungen, die niemand trifft, wenn der Staat sie nicht trifft.“*

– JOHN MAYNARD KEYNES,  
„Das Ende des Laissez-faire“

Die Liste von Reformen, die sich aus diesem Bericht ergibt, verlangt von den Regierungen, daß sie in bestimmten Bereichen weniger und in anderen stärker eingreifen. Der Staat muß die Märkte dort zur Entfaltung kommen lassen, wo sie funktionieren, und unverzüglich dort wirksam eingreifen, wo sie versagen. In vielen Ländern erfordert dies eine stärkere Marktorientierung und einen strafferen und leistungsfähigeren öffentlichen Sektor. Die geschichtliche Erfahrung legt nahe, daß dies der sicherste Weg zu schnellerem Produktivitätswachstum, steigenden Einkommen und anhaltender wirtschaftlicher Entwicklung ist.

Nimmt man die jüngeren Aktivitäten zum Maßstab, so sind viele Regierungen in Industrie- und Entwicklungsländern zu dieser Sichtweise übergegangen. Die Wirtschaftspolitik läßt sich aber nicht unter labormäßigen Verhältnissen durchführen; sie muß so gestaltet werden, daß sie in der realen Welt bestehen kann. Die Reformer sehen sich einer Vielzahl von politischen Beschränkungen ihres Handlungsspielraums ausgesetzt. In vielen Entwicklungsländern stellten die politischen Kosten ein Reformhemmnis dar, seien es die tatsächlich angefallenen, seien es die potentiell möglichen.

Politische Instabilitäten und andere politische Erwägungen erklären zu einem guten Teil, warum vor allem viele Entwicklungsländer zu ihrem eigenen Nachteil die tatsächlich betriebene Politik ergriffen hatten; und sie unterstreichen die Schwierigkeiten, denen sich viele Länder bei einem raschen Kurswechsel gegenübersehen. Daher ist die Frage wichtig, ob eine ausreichende und breite Unterstützung für die Art der empfohlenen Reformen geschaffen werden kann. Es wurde zum Beispiel oft das Argument vorgebracht, daß Demokratie und strukturelle Anpassung nicht miteinander in Einklang stehen. Entspricht dies der Wahrheit?

Die Regierungen verfolgen auch andere Ziele, als das des schnelleren wirtschaftlichen Wachstums. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist eines dieser Ziele. Die meisten gehen davon aus, daß es richtig ist, die Einkommensverteilung zu ändern, um den Armen zu helfen oder mehr Gerechtigkeit herzustellen. Wie läßt sich dies am besten erreichen? Dienen solche Maßnahmen dem Ziel eines schnelleren Wachstums oder stellen sie ein weiteres Hemmnis dar? Und im Hinblick auf eine engere wirtschaftliche Betrachtung läßt sich fragen, wie sich die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors verbessern läßt? Diese Fragen stellen sich auch, wenn man die Rolle des Staates im Entwicklungsprozeß überdenken will.

### **Die politische Ökonomie des Entwicklungsprozesses**

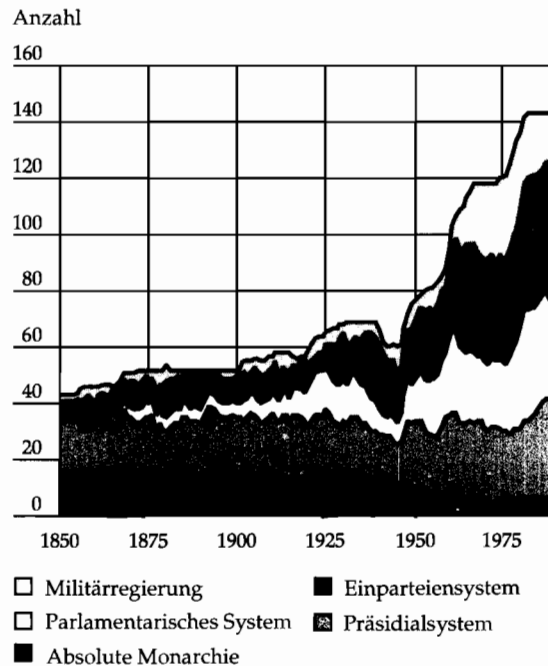
Politische Instabilitäten gehören in vielen Ländern zum Alltag. In den letzten vierzig Jahren gab es eine Vielzahl von Rassen- und Stammeskonflikten,

regionalen Auseinandersetzungen und Guerrillakriegen. In vielen lateinamerikanischen Ländern kam es zu Staatsstreich (mit Ausnahme von Mexico, Costa Rica und einigen wenigen Nationen auf den Karibischen Inseln), ebenso wie in zahlreichen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens (zum Beispiel in Ägypten, Algerien, Irak, der Islamischen Republik Iran, dem Libanon, Libyen, der Syrischen Arabischen Republik und der Türkei), sowie in vielen Teilen Asiens und Afrikas südlich der Sahara. Seit 1948 gab es zumindest alle fünf Jahre einen versuchten Staatsstreich je Entwicklungsland (Tabelle 7.1).

Politische Stabilität bedeutet aber mehr als nur die Vermeidung von Staatsstreich. Separatistische Bewegungen, regionale Rivalitäten, ethnische Spannungen und andere, manchmal gewalttätige soziale Konflikte können selbst die stabilste Regierung belasten. Repressive Regierungen sind in der Lage, eine scheinbare Stabilität aufrechtzuerhalten, selbst wenn sie keinerlei Unterstützung der breiten Bevölkerungsschichten genießen; dies zeigte sich bis in die jüngste Zeit im Falle Osteuropas. Im Jahr 1987 war etwa die Hälfte der Regierungen aller Länder nicht demokratisch legitimiert (Schaubild 7.1), wobei dies bei drei Fünfteln der nicht-industrialisierten Länder der Fall war.

Ein gesellschaftlicher Konsens macht es für die Regierungen leichter, eine legitimierte Autorität zur Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte zu erlangen. Ohne diese Autorität können sich selbst die grundlegendsten Aufgaben, wie die Besteuerung und die Verteilung der öffentlichen Ausgaben, als problematisch erweisen. Als Japan in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts seine Modernisierung in Angriff nahm, hatte es das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen im Kreis der Länder, die heute als industrialisiert eingestuft werden. Das Land war jedoch politisch bereits weit entwickelt, und hierin lag unbezweifelbar sein großer Vorteil. Zwar war die Regierung nicht demokratisch

**Schaubild 7.1 Nationalstaaten nach Regierungsformen, 1850 bis 1887**



Quellen: Vanhanen 1979, 1990.

gewählt, sie wurde aber vom Volk als legitimiert angesehen. Sie verfügte über eine starke Verwaltung und eine breite steuerliche Basis. All dies trug mit dazu bei, nach der Meiji-Restauration von 1868 die wichtigsten Reformen in Angriff zu nehmen.

Die Industrieländer haben im Laufe der Geschichte herausgefunden, daß die wirtschaftliche Modernisierung neue Vermögensquellen schafft. Hierdurch können die Koalitionen erschüttert werden, auf denen die traditionelle soziale Ordnung aufgebaut war. Ein derartiger Übergangsprozeß berührt

**Tabelle 7.1 Irreguläre Machtwechsel: Durchschnittliche Häufigkeit pro Land, 1948 bis 1982**

Ländergruppe	1948-52	1953-58	1959-64	1965-70	1971-76	1977-82
Länder mit niedrigem Einkommen	1,0 (21)	1,1 (24)	1,2 (39)	1,4 (51)	1,3 (53)	0,9 (55)
Länder mit mittlerem Einkommen	1,6 (30)	1,7 (32)	1,4 (41)	0,8 (47)	0,9 (51)	0,6 (55)
Länder mit hohem Einkommen	0,0 (23)	0,2 (23)	0,1 (24)	0,2 (25)	0,1 (28)	0,1 (28)

Anmerkung: Anzahl der berücksichtigten Länder in Klammern. Es wurden sowohl erfolgreiche als auch nicht erfolgreiche Machtwechsel berücksichtigt. Irreguläre erfolgreiche Machtwechsel sind Veränderungen im Amt der nationalen Exekutive von einer Führungsperson zu einer anderen, und zwar außerhalb des üblichen juristischen oder gewohnheitsrechtlichen Verfahrens für einen Machtwechsel. Nicht erfolgreiche irreguläre Machtwechsel sind fehlgeschlagene Versuche solcher irregulären Machtwechsel. Die Länder wurden entsprechend ihrer Einkommen pro Kopf im Jahr 1988 eingeordnet.

Quellen: Taylor und Jodice 1983. Die Datenbasis wurde bereitgestellt von dem Inter-University Consortium of Political and Social Research. Die Klassifikation der Einkommensgruppen stammt von der Weltbank.

heutzutage viele Entwicklungsländer. Ein brüchiger sozialer Konsens, ausgeprägte Gruppeninteressen und unzureichende Verwaltungsfähigkeiten hatten Einfluß darauf, für welche Wirtschaftspolitik sie sich entschieden und welche Ergebnisse damit verbunden waren.

Die Regierungen richteten ihre Wirtschaftspolitik überall auf der Welt in erheblichem Maß tendenziell auf einen Ausgleich widerstreitender Interessen aus. Politische, und weniger ökonomische, Aspekte erklären, warum die Regierungen vieler OECD-Länder zur Stützung schwacher Industriebereiche oder Regionen eingreifen. Der wiederaufkommende Protektionismus zwischen den OECD-Ländern in den achtziger Jahren, die in den Verhandlungen der laufenden GATT-Runde entstandenen Probleme und die nur langsame Reaktion mancher Industrieländer auf die gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte in den siebziger und achtziger Jahren unterstreichen, wie selbst in Gesellschaften mit stabilen Institutionen dringliche Wirtschaftsreformen blockiert werden können.

#### *Wählerschaft und Staatseingriffe*

In vielen Entwicklungsländern ist der gesellschaftliche Konsens durch politische und wirtschaftliche Instabilitäten Spannungen ausgesetzt. Derartige Schwierigkeiten sind alles andere als neu. Über viele Jahre hinweg wurde die Wirtschaftspolitik tendenziell der Aufgabe untergeordnet, den Einfluß mächtiger Gruppen zugunsten der Regierung sicherzustellen. Die stumpfen wirtschaftspolitischen Instrumente, die den Regierungen infolge dieser verschobenen Prioritäten häufig nur zur Verfügung stehen, haben zusammen mit der oft unzureichenden Verwaltungsfähigkeit das Problem verschärft, und es wurde potentiell größerer Schaden verursacht. Die Regierungen tendierten im Regelfall dazu, die wirtschaftlichen Ressourcen und die Entscheidungskompetenzen zu zentralisieren. Diese Tendenz wurde während der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre durch die bei vielen Politikern, Entwicklungsökonomern und manchmal bei internationalen Hilfs- und Finanzorganisationen dominierende Auffassung gestärkt, daß die Entwicklungsländer bei der Entwicklung ihrer Industrien nicht allein auf die Märkte und den Privatsektor vertrauen könnten.

In den fünfziger und sechziger Jahren wurden Versorgungsunternehmen, Ölgesellschaften, Plantagen und ausgewählte Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in vielen Entwicklungsländern verstaat-

licht, darunter in Ägypten, Algerien, Brasilien, Chile, Sri Lanka und Tunesien. Die Regierungen sahen sich zu dieser Zeit selbst als verwaltungsmäßig zu schwach an, um die Privatunternehmen unter Marktbedingungen besteuern und regulieren zu können. Die Verstaatlichung der größten privaten Minengesellschaften in Bolivien im Jahr 1952 folgte nach jahrzehntelangen Versuchen seitens der Regierung, die Eigentümerfamilien dieser Bergwerke zu besteuern. Die Unfähigkeit, das Bankensystem zu regulieren und zu überwachen, führte in vielen Entwicklungsländern zur Verstaatlichung der Banken oder zu direkten Eingriffen in die Allokation der Kredite. Die Eingriffe in der Landwirtschaft folgten einem ähnlichen Muster. Die Landwirtschaft in Afrika südlich der Sahara zum Beispiel wurde durch eine Überbewertung der Währung, niedrige Aufkaufpreise der staatlichen Vermarktungsstellen sowie durch Exportsteuern hoch belastet.

In vielen Entwicklungsländern sind Zölle, Steueranreize oder besondere Regulierungen üblich, die auf den Schutz von speziellen Gruppeninteressen abgestellt sind. In einigen Fällen hat ein „räuberischer“ Staat zu Maßnahmen und Programmen gegriffen, um Mittel auf sehr eng definierte Interessengruppen zu übertragen, und er hat zu Zwangsmaßnahmen Zuflucht genommen, wenn die Legitimität solcher Schritte in Frage gestellt wurde. Die Stärke städtischer Interessen in Lateinamerika und Afrika hilft mit zu erklären, warum die Industrialisierungsstrategien vieler Länder in diesen Regionen die Landwirtschaft stark benachteiligten.

Viele Regierungen haben die Rolle eines Arbeitgebers „letzter Instanz“ übernommen, teilweise in Sorge über die sozialen und politischen Implikationen der Arbeitslosigkeit. Bis vor kurzem wurde Universitätsabsolventen in verschiedenen afrikanischen Ländern südlich der Sahara eine staatliche Beschäftigungsgarantie gegeben. In Gambia verdoppelte sich der öffentliche Dienst zwischen 1974 und 1984. Nach Ansicht der Zentralregierungen von Argentinien und Sri Lanka sind ein Fünftel ihrer Beschäftigten überflüssig. Die brasilianische Regierung beziffert diesen Anteil auf die Hälfte.

Staatseigene Unternehmen (SEU) wurden dazu herangezogen, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen (wenngleich in seltenen Fällen für die ärmsten Schichten der Bevölkerung), die Einkommen in bestimmten Regionen zu steigern oder den Bedürfnissen machtvoller Gruppen nachzukommen, wie dem Militär. In den siebziger und frühen achtziger Jahren errichtete die Regierung von Sri Lanka verschiedene Textilfabriken und Zuckerraffi-

nerien in rückständigen Gebieten mit hoher ländlicher Arbeitslosigkeit. In Argentinien waren während der gesamten siebziger Jahre vom Militär betriebene Industriezweige geschützt.

Öffentliche Ausgabenprogramme haben die zu niedrigen Preise für Versorgungsleistungen finanziert – für Wasser, Elektrizität, das Fernsprechwesen, die Eisenbahn oder das innerstädtische Transportwesen – und generell Lebensmittelsubventionen unterstützt. In Ägypten und Mexiko waren bis vor kurzem die meisten Grundnahrungsmittel subventioniert; in Brasilien war dies bei Weizenmehl der Fall. Von diesen Subventionen profitierte in der Regel die politisch aktive Stadtbevölkerung, und zwar auf Kosten der landwirtschaftlichen Gebiete, in denen der Großteil der Armen lebt. Unwirtschaftliche staatliche Investitionsprojekte sind häufig politisch motiviert: zum Beispiel zielte ein sehr umfangreiches Kraftwerksprojekt in Zaire darauf ab, die Regierungskontrolle über eine aufsässige Region zu vergrößern. In einigen Fällen ist auch die Korruption bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten ein Problem (siehe unten), worin manchmal auch ausländische Lieferanten verwickelt sind.

### *Die Kosten*

In den achtziger Jahren deckten die andauernden Schwierigkeiten bei der Finanzierung außenwirtschaftlicher und staatlicher Defizite die Kosten dieser Staatseingriffe für jedermann sichtbar auf. Als das Angebot ausländischer Finanzmittel nach 1982 versiegte, überstieg die Nachfrage nach Vorzugsbehandlungen die Fähigkeit der Volkswirtschaft, diesen Wünschen nachzukommen.

Der Kauf von Stimmen auf Kosten der wirtschaftlichen Effizienz richtete sich zu guter Letzt gegen das eigene Interesse. Die Regierungen reagierten auf steil ansteigende Lohnkosten im öffentlichen Dienst damit, daß sie den Anstieg der Nominallöhne unterhalb der Inflationsrate hielten; dies schuf Verdruß bei öffentlichen Bediensteten und führte zu einer niedrigen Arbeitsmoral und schlechten Leistungen. Zusammen mit diskretionären Eingriffen förderte ihre Lage die Korruption. In einigen Ländern schließlich führte die Korruption zur Ablösung der Regierung. Die Hoffnung auf eine Beschäftigung beim Staat verstärkte die Abwanderung aus ländlichen in städtische Regionen und verschärfte das Problem der Arbeitslosigkeit in den Städten. Zu niedrige Preise und zu viele Beschäftigte bei den Versorgungsunternehmen waren gleichbedeutend

mit schlechter Qualität der Dienstleistungen – chronische Stromabschaltungen, tote Telephone, mangelhafte öffentliche Transporteinrichtungen. Dies verursachte weitere Unzufriedenheit. Allgemeiner gesprochen, verlangsamte dieser hochinterventionistische Ansatz das Wachstum, was wiederum in vielen Ländern die politische Stabilität untergrub.

Stückwerkartige Staatseingriffe erschwerten auch die Schaffung wichtiger öffentlicher Institutionen. Zum Beispiel bedeutete die direkte Kontrolle des Finanzsystems, daß keine Anstalten zum Aufbau einer Bankenaufsicht gemacht wurden. Hohe Zölle und die Inflationssteuer ließen die Verbreiterung der Steuerbasis weniger notwendig erscheinen. Die Ausbreitung staatlicher Landwirtschaftsbanken, die darauf abzielen sollte, den Bauern in umfangreichem Maße Kredite zur Verfügung zu stellen, ließ es weniger dringlich erscheinen, Grundbücher anzulegen und Eigentumsrechte zu klären – d.h. die eigentlichen Ursachen für die hohen Kosten des Agrarkredits anzugehen. Mittlerweile sind die Agrarkreditbanken in vielen Entwicklungsländern nicht mehr in der Lage, Mittel bereitzustellen, so daß die Bauern ebenso schlecht dastehen wie zuvor.

### *Marktversagen und Staatsversagen*

Wie die vorangegangenen Kapitel dieses Berichts klarstellten, sind Eingriffe des Staates nicht schlichtweg unerwünscht. Im Gegenteil, viele Arten von Eingriffen sind absolut notwendig, damit die Volkswirtschaften ihr volles Potential ausschöpfen können. Eine verkürzte Liste von unverzichtbaren Interventionen würde die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, die Bereitstellung öffentlicher Güter, Investitionen in das Humankapital, den Aufbau und die Instandsetzung der physischen Infrastruktur und den Schutz der Umwelt umfassen. Auf all diesen Gebieten (und auf womöglich noch weiteren) „versagt“ der Markt, und der Staat muß einschreiten. Die unzähligen Fälle gescheiterter Eingriffe legen aber nahe, daß Vorsicht angebracht ist. Die Märkte versagen, aber auch der Staat. Um Staatseingriffe zu rechtfertigen, reicht es nicht aus zu wissen, daß der Markt versagt; es ist auch die berechtigte Hoffnung nötig, daß es der Staat besser machen kann.

Aus einer Vielzahl von Gründen ist staatliches Handeln in der Tendenz fehlerhaft, zumindest unter wirtschaftlichen Aspekten gesehen. Wie dargelegt wurde, mögen wirtschaftliche Ziele für die Regie-

rung nicht höchste Priorität haben. Eine Mischung von politischen Zielen und Zwängen sowie mangelhafter Verwaltung kann die Regierung zu Eingriffen veranlassen, die wirtschaftlich schädlich sind. Auch sind die Folgen wirtschaftlicher Staatseingriffe schwer vorhersehbar. Zum Beispiel schützten in den fünfziger Jahren viele lateinamerikanische Länder ihre Industrien, um (unter anderem) ihre Einfuhrabhängigkeit zu verringern. Später wurde offenkundig, daß sie ihre Abhängigkeit vergrößert hatten, weil die Produktion und Beschäftigung in den neuen städtischen Verarbeitungsbetrieben, die sich hinter den Schutzmauern gebildet hatten, in hohem Maße von der Einfuhr von Produktionsmitteln und Maschinen abhing.

Privatunternehmen treffen nicht durchweg bessere Entscheidungen oder können deren Konsequenzen besser absehen. Untersuchungen der Erfolgsbilanzen sprechen aber gewöhnlich eher für Privatunternehmen, die schneller in der Lage sind, Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Des weiteren fällt es Privatunternehmen schwerer, die Kosten ihrer Fehler auf die Steuerzahler abzuwälzen.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß Staatseingriffe Besitzstände schaffen, die einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel erschweren. Nicht alle Eingriffe müssen zurückgenommen werden. Investitionen in die Infrastruktur zum Beispiel können genügend Ressourcen freisetzen, um eine Kostendeckung zu erreichen. Ein Schutz des Verarbeitenden Gewerbes in der Frühphase der Industrialisierung kann aber – wenn überhaupt – nur Erfolg haben, wenn er vorübergehender Natur ist. Der Abbau von Schutzmaßnahmen, die einmal gewährt wurden, ist jedoch außergewöhnlich schwierig.

Schutzmaßnahmen schaffen Zusatzeinkommen: Arbeitnehmer, Kapitaleigner oder Landbesitzer erzielen höhere Erträge, als dies ohne den Eingriff des Staates der Fall wäre. Dies zieht neue Ressourcen in die geschützten Wirtschaftszweige bis letztendlich die Zusatzeinkommen verschwinden. Die Beseitigung der Schutzmaßnahmen bestraft nicht nur diejenigen, denen die Zusatzeinkommen als erste unerwartet zufließen, sondern auch andere, die erst später in diesen Sektor drängten und normale Erträge suchten. Die Beseitigung der Zölle kann im konkreten Fall Firmen in den Verlust treiben, die am wenigsten profitierten. Selbst also in Fällen, in denen die Schutzmaßnahmen nicht auf industrielle Interessen zurückgehen, schaffen sie doch ein Interesse der Industrie, sie aufrechtzuerhalten. Dies wird dann zu einer gewaltigen Hürde für die Liberalisierung.

## *Korruption*

Umfangreiche Staatseingriffe lassen die Korruption wuchern. Auch hier beschränkt sich das Problem keineswegs auf den Staat und die Regierungen oder auf die Entwicklungsländer. In einigen Ländern hat es aber alarmierende und zerstörerische Proportionen angenommen.

Die Korruption schwächt die Regierungen bei der wirksamen Erfüllung ihrer Aufgaben. Bestechung, Vetternwirtschaft und Käuflichkeit können die Verwaltung lähmen und bei der Bereitstellung von staatlichen Leistungen zu Ungerechtigkeiten führen – und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergraben. Die Korruption war ein ernsthaftes Problem im alten China und in Indien, im ottomanischen Reich des vierzehnten Jahrhunderts und im England des frühen achtzehnten Jahrhunderts. In jedem neuen Jahr erinnert uns ein Skandal daran, daß sie in Europa, Japan und den Vereinigten Staaten auch weiterhin vorhanden ist. Die Korruption hat auch zum Verhängnis vieler Regierungen beigetragen: Sie war eine Hauptrechtfertigung des Militärs für den Sturz der ghanesischen Zivilregierung im Jahr 1981 und der nigerianischen im Jahr 1983, sie war ein wichtiges Thema im mexikanischen Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1982, ein wichtiger Grund für den Sturz der philippinischen Regierung im Jahr 1986 und sie ist ein Problem, das die Behörden der UdSSR als höchst besorgniserregend erachten.

Die Korruption offenbart sich in vielfältiger Art und Weise. Eine häufige Variante ist die Bestechung von Zollbeamten, die dann illegale Einfuhren zulassen, genehmigte Einfuhren mit niedrigeren Abgaben als gesetzlich vorgesehen belegen oder deren Abwicklung beschleunigen. Dies war in zahlreichen Ländern ein ernsthaftes Problem: In den Vereinigten Staaten um die Jahrhundertwende, in Singapur in den sechziger Jahren, in Indonesien in den siebziger Jahren und in Kamerun in den achtziger Jahren. In Hongkong führte die Verwicklung der Polizei in Erpressungen und andere Straftaten dazu, daß in den siebziger Jahren ein Anti-Korruptions-Amt geschaffen wurde. In den späten siebziger Jahren deckte eine Untersuchung in Massachusetts auf, daß 76 Prozent der untersuchten öffentlichen Gebäude zumindest einen „strukturellen“ Defekt hatten, der nicht ohne die Willfähigkeit der Aufsichtsbehörden möglich gewesen wäre. Zwei Drittel der Namen auf der Liste der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Zaires aus dem Jahre 1978 waren erfunden. Diese und weniger bösartige Formen der Korruption –

## Sonderbeitrag 7.1 Kampf gegen die Korruption

Die Stelle eines Steuerbeamten im philippinischen Bureau of Internal Revenue (BIR) war in den frühen siebziger Jahren so lukrativ, daß die Arbeitsstellen und die Versetzungen zu diesem Amt verkauft wurden. Manilas „umfassendster, teuerster und verschwenderischster Fuhrpark“ befand sich auf dem Parkplatz des BIR. Die im Jahr 1972 angekündigte „Neue Gesellschaft“ des damaligen Präsidenten Marcos zielte auf die Linderung der Armut und die Bekämpfung der Korruption ab, ein Kampf, der sich 1975 intensivierte, als 2.000 Regierungsbeamte unter dem Verdacht von Unregelmäßigkeiten entlassen wurden. Im Zuge dieser Entlassungswelle wurde das Amt des Bevollmächtigten der BIR auf den Richter Efren Plana übertragen.

### Probleme

Nach einigen Monaten nannte Plana eine Reihe gravierender Probleme. Unter den wichtigsten waren folgende Praktiken von Bediensteten: Verlangen einer Zahlung, um eine Steuerangelegenheit zu bearbeiten, eine Beurkundung vorzunehmen oder eine Routinegenehmigung zu erteilen; Annahme von Bestechungsgeldern zur Reduzierung der Steuerschulden oder um die Verfolgung von Steuerzahlern einzustellen, die keine Steuerschulden hatten; Veruntreuung von Geldern; illegaler Druck von fiskalischen Etiketten und Gebührenmarken; Nachgiebigkeit gegenüber Geldangeboten, Vetternwirtschaft und Einflußnahme auf Personalentscheidungen wie Versetzungen und Ernennungen; Unterlaufen des internen Überwachungssystems – die für die Aufsicht anderer zuständigen Bediensteten nahmen routinemäßig Bestechungsgelder von den zu Beaufsichtigenden an.

Das Amt war praktisch von der Korruption befreit, als

Plana 1980 das BIR verließ, um stellvertretender Finanzminister und kurz danach Richter beim Verfassungsgericht zu werden.

### Lösungen

Der Erfolg von Plana beruhte auf sechs Neuerungen: Erstens wurde die Überwachung und Beaufsichtigung durch eine Gruppe hochqualifizierter Kräfte von außen verbessert, die sich aus unbescholtenen und erfahrenen Beamten zusammensetzte. Zweitens wurde ein Verwaltungssystem zur Leistungsüberwachung eingeführt, basierend auf objektiven Kriterien wie der Anzahl von Steuerveranlagungen und vereinnahmten Steuern. Drittens wurden etwa 100 hochrangige, korrupte Bedienstete durch Entlassung oder Versetzung bestraft. Viertens wurden die Steuergesetze vereinfacht, um sie effizienter zu machen und den Entscheidungsspielraum der Steuerbeamten zu verringern. Fünftens wurden die Kontrollsysteme gestrafft – die Steuerzahlungen wurden durch Banken abgewickelt, anstatt durch Bedienstete des Amtes, und es wurden Bestätigungsbriefe versandt, um die Zahlungen des Steuerschuldners zu kontrollieren. Sechstens wurde die Personalpolitik verbessert. Die Einstellungen erfolgten auf Basis von Qualifikationen, die Vorschrift gegen Vetternwirtschaft verbot die Einstellung selbst der entferntesten Verwandten, und Beförderungen erfolgten auf der Grundlage von Leistungen. In einem Land, in dem die Korruption auch weiterhin stark verbreitet ist, konnten diese Erfolge jedoch nicht von Dauer sein. In den frühen achtziger Jahren wurde die Vetternwirtschaft erneut zum Problem, und die Steuerveranlagungen und -einnahmen gingen beträchtlich zurück.

dauernde Abwesenheit von der Arbeitsstelle, Bummelerei oder mangelnder Einsatz – höhlen die öffentliche Verwaltung aus.

Die Korruption läßt sich selten zurückdrängen, ohne daß die zugrundeliegenden weiterreichenden Ursachen angegangen werden. Sie blüht in Situationen, in denen der in- und ausländische Wettbewerb unterdrückt wird, übermäßig Regeln und Regulierungen vorgenommen und nach Gutdünken angewendet werden, die öffentlich Bediensteten unterbezahlt sind oder deren Dienststelle unklare oder widersprüchliche Ziele verfolgt. In Kamerun braucht selbst ein Geschäftsmann mit guten Verbindungen zwei Jahre, um all die Genehmigungen und Bewilligungen für die Eröffnung eines neuen Unternehmens zu erhalten; das Gesetz verlangt vierundzwanzig verschiedene Schritte, wofür zwanzig

unterschiedliche Stellen bemüht werden müssen. Anti-Korruptionskampagnen werden in gewissen Abständen immer wieder gestartet, manchmal mit Erfolg (Sonderbeitrag 7.1). Häufig ändert sich aber nichts an den zugrundeliegenden Ursachen: Schwache Ämter, die die Marktkräfte mit Kontrollmaßnahmen bekämpfen, welche die Gesellschaft als zu umfangreich, willkürlich oder nicht logisch erachtet.

### Gegenmittel: Demokratie und Institutionen?

Eine autoritäre Führung wurde häufig als ein nützlicher, wenn auch bedauerlicher Notbehelf für eine wirksame Politik angesichts politischer Instabilität angesehen. Eine in den fünfziger bis siebziger

Jahren nachdrücklich vertretene Ansicht war, daß eine Entwicklungspolitik Zeit brauche bis sie Früchte trage, und daß dies unvereinbar wäre mit den politischen Implikationen kurzfristiger Wahlzyklen. Demokratien wurde zugeschrieben, daß sie einen systematischen Hang zu populistischen Maßnahmen hätten (Sonderbeitrag 7.2). Wohlwollende autoritäre Regime – geführt von einem Philosophen-Despoten –, so wurde argumentiert, wären erforderlich, um unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen und eine aufsässige oder anderweitig ineffektive Verwaltung einzuschüchtern. Länder, die von einer mehr oder weniger autoritären Regierung geführt wurden, haben zu verschiedenen Zeiten in der Vergangenheit Fortschritte gemacht, so zum Beispiel Brasilien, Chile, Spanien und einige der Länder Ostasiens. Gleichzeitig waren jedoch Demokratien, ob alte wie Indien oder neue wie die Philippinen, bislang nicht in der Lage, schnelle Fortschritte zu machen.

In den achtziger Jahren hat jedoch eine starke Ernüchterung gegenüber autoritären Regimen ein-

gesetzt. Nun wird besser verstanden, daß diese Regime in keiner Weise weniger dazu neigen, den Interessen kleiner Bevölkerungsgruppen nachzugeben. In der Tat waren nur wenige autoritäre Regime wirtschaftlich aufgeklärt. Einige ostasiatische Schwellenländer sind die Ausnahme, nicht die Regel. Diktaturen haben sich in vielen Ländern als äußerst schädlich für die Entwicklung erwiesen – in Osteuropa, Argentinien, der Zentralafrikanischen Republik, Haiti, Myanmar, Nicaragua, Peru, Uganda und Zaire, um nur einige beim Namen zu nennen.

Im Gegensatz dazu könnten Demokratien Reformen in mehrfacher Hinsicht eher durchführbar machen. Politische Kontroll- und Ausgleichsmechanismen, eine freie Presse und eine offene Debatte über die Kosten und Nutzen der Regierungspolitik könnten die Zustimmung einer größeren Öffentlichkeit an den Reformmaßnahmen herbeiführen. Die Notwendigkeit, gute Ergebnisse vorzuweisen, um wiedergewählt zu werden, könnte den wirtschaftlichen Wandel eher fördern als behindern. Das Inter-

## Sonderbeitrag 7.2 Populistische Experimente

Die populistischen Experimente in Lateinamerika – Allende in Chile (1971–1973), Peron in Argentinien (1946–1949) und Garcia in Peru (1985–1988) – sind Extrembeispiele für das Zusammenspiel zwischen politischer und wirtschaftlichen Prozessen. Populistische Politik betonte das Wachstum und kurzfristige Verteilungsziele, vernachlässigte völlig die Risiken der Inflation und exzessiver Staatsdefizite und ignorierte die außenwirtschaftlichen Beschränkungen und die Reaktionen von Unternehmen und Haushalten auf ihre aggressive, gegen den Markt gerichtete Politik. Die Bekämpfung des Problems der Armut und der Einkommensverteilung, die populistische Regime als Ursache sozialer Konflikte und politischer Instabilität ansahen, war jedoch durch eine auf Dauer nicht tragfähige Wirtschaftspolitik unmöglich.

Im Verlauf eines typischen populistischen Zyklus setzt die neue Regierung zunächst eine markante politische Wende in Gang. Anfangs unterstützen Überkapazitäten und die Verfügbarkeit von Devisenreserven ein höheres Produktionswachstum, das in vielen Fällen von einem Anstieg der Reallöhne begleitet wird. Die Inflation wird durch Preiskontrollen in Zaum gehalten. Bald aber werden Engpässe erkennbar, und zwar infolge der starken Ausweitung der Inlandsnachfrage; aufgrund schwindender Devisenreserven lassen sich diese nicht durch eine Steigerung der Einfuhr überwinden. Knappheiten, eine sich beschleunigende Inflation und rückläufige Reserven führen zu einer Kapitalflucht und einer Demonetarisierung der Volkswirtschaft. Das Haushalts-

defizit vergrößert sich, da die Subventionen steigen und die Steuereinnahmen real betrachtet sinken. In dieser nicht durchhaltbaren Lage ist die Regierung zur Abwertung der Währung und zur Beschneidung der Subventionen gezwungen. Die Inflation beschleunigt sich, und die Reallöhne fallen.

Die chilenischen Erfahrungen der Jahre 1970 bis 1973 demonstrieren diese Abfolge deutlich. Zur Steigerung des Wachstums und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Gruppen mit niedrigem Einkommen erhöhte die Regierung die Staatsausgaben. Die Löhne im öffentlichen Sektor wurden erhöht, was das Haushaltsdefizit weiter vergrößerte. Die Agrarreform wurde verstärkt vorangetrieben, und die Bergwerke und Banken wurden ebenso verstaatlicht wie Teile der Industrie. Die Kombination von Preiskontrollen und expansiver Nachfragepolitik verstärkte eine unterdrückte Inflation; die Parallelmärkte blühten. Die Devisenreserven waren derart niedrig, daß es nicht möglich war, den Nachfrageanstieg durch höhere Einfuhren zu befriedigen. 1972 schließlich war die Regierung gezwungen, den Escudo abzuwerten und die staatlichen Preise anzupassen. Sie war jedoch nicht zur Kontrolle der Löhne in der Lage. Zwischen 1970 und 1973 stieg die Inflation von 35 Prozent auf rund 600 Prozent jährlich, und das Haushaltsdefizit schnellte von 2,7 Prozent auf 24,7 Prozent des BIP in die Höhe. Das Wachstum des BIP beschleunigte sich 1971 auf 9 Prozent, wurde aber 1972 und 1973 negativ, als die Produktion um 5,6 Prozent fiel.

**Tabelle 7.2 Der Erfolg von Ländern mit unterschiedlichen politischen Systemen bei der Durchführung von Anpassungsprogrammen des IWF**  
(in Prozent)

Prozentualer Anteil der Anpassungsjahre mit	Durchgehend demokratische Systeme	Durchgehend autoritäre Systeme	Zeitweilig demokratische Systeme
sinkenden			
Haushaltsdefiziten	49	50	25
sinkendem Anteil der Ausgaben am BIP	38	46	29
nachlassender Kreditexpansion	61	62	43

Anmerkung: Auf der Grundlage von Reformprogrammen in siebzehn Ländern während des Zeitraums von den fünfziger bis zu den achtziger Jahren.

Quelle: Haggard und Kaufmann 1990.

**Tabelle 7.3 Der Erfolg von Ländern mit unterschiedlichen politischen Systemen bei der Verhinderung einer beschleunigten Inflation**

Maß	Demokratische Systeme	Autoritäre Systeme
Prozentualer Anteil von inflationären Phasen, die mit einer Stabilisierung zu Ende gingen		
In einem nicht-polarisierten Umfeld	75	62
In einem polarisierten Umfeld	29	67
Prozentualer Anteil von Anpassungsprogrammen, die innerhalb von zwölf oder weniger Monaten nach Beginn des Programms zu einem Zusammenbruch des Systems führten	11	14

Anmerkung: Auf Grundlage von 114 Bereitschaftskreditvereinbarungen, die zwischen 1954 und 1984 von neun lateinamerikanischen Ländern unterzeichnet wurden.

Quelle: Remmer 1986.

esse der Regierung an guten Leistungen wird gesteigert, und räuberisches Verhalten wird in Grenzen gehalten.

Die Erfahrungen gestatten kein klares und schnelles Urteil. Peru durchläuft eine der schwersten Wirtschaftskrisen seiner Geschichte, die größtenteils ein Ergebnis der Politik einer demokratisch gewählten Regierung während der späten achtziger Jahre ist. Bolivien war nicht in der Lage, die Verwaltungskapazitäten seiner Regierung zu verbessern, obwohl das Land seit nunmehr fast zehn Jahren demokratisch regiert wird. Der Anteil der des Lesens und Schreibens Mächtigen war 1950 in China annähernd gleich hoch wie in Indien, vier Jahrzehnte später ist er doppelt so hoch. Indien

freilich ist eine der ältesten und entwickeltsten Demokratien im Kreis der Entwicklungsländer.

Demokratische Regierungen sind auch nicht zwangsläufig geschickter bei der Durchsetzung von Reformen. Demokratische Übergangsregierungen sind offenbar besonders fragil, womöglich weil ihre politische Basis wenig gefestigt ist (Tabellen 7.2 und 7.3). Demokratische Regierungen scheinen bessere Erfolge als autoritäre Regierungen zu erzielen, wenn das Land politisch nicht polarisiert ist; das Gegenteil trifft offenbar zu für Gesellschaften mit starken Gegensätzen. Insgesamt betrachtet sprechen die vorhandenen Indizien dafür, daß die Unterscheidung demokratisch versus autoritär für sich betrachtet nicht hinreichend erklären kann, ob Länder Reformmaßnahmen ergreifen oder nicht, ob sie diese wirksam umsetzen oder ob sie deren politische Resultate überleben.

Wie jedoch in Kapitel 2 gezeigt wurde, gibt es durchaus überzeugende Belege für eine positive Verbindung zwischen den Eigenschaften demokratischer Systeme und den Gesamtaspekten der Entwicklung und der Wohlfahrt. Aus der empirischen Literatur über die Beziehung zwischen wirtschaftlichem Erfolg und politischem System ergibt sich noch ein weiteres Resultat: Durch die Entwicklung des Humankapitals und vor allem durch Bildungsinvestitionen stärken die Länder die Grundlagen für offene politische Systeme. Einigen Untersuchungen zufolge sind – bei gegebenem Einkommensniveau – Verbesserungen der sozialen Indikatoren mit Freiheit und Freizügigkeit in Verbindung zu bringen. Andere Studien deuten darauf hin, daß sich politische Instabilitäten nicht nur mit steigendem Einkommen zurückbilden, sondern auch mit verbesserter Bildung; allerdings sind zur Bestätigung dieser Ergebnisse noch weitere Untersuchungen notwendig.

### *Institutionen und Entwicklung*

Eine weitere Möglichkeit, den Problemen der politischen Instabilität, eines zerbrechlichen gesellschaftlichen Konsenses und einer schwachen Führung zu begegnen, liegt in dem Aufbau leistungsfähiger Institutionen. Dies ist ein extrem weit gefaßtes Konzept. Es bezieht sich auf die öffentlichen Körperschaften, durch die der Staat seine grundlegendsten Aufgaben erfüllt: Die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, Investitionen in die notwendigste Infrastruktur, die Erhebung von Steuern zur Finanzierung solcher Aktivitäten und dergleichen.

### Sonderbeitrag 7.3 Der Beitrag institutioneller Innovationen zum Entwicklungsprozeß

Über die Jahrhunderte hinweg waren vom Markt ausgehende Vorgänge eine wichtige Kraft institutioneller Entwicklung – welche wiederum erheblich zur wirtschaftlichen Entwicklung beitrug. Indem sich die Märkte vergrößerten, haben die Marktteilnehmer aus eigenem Antrieb Rechte definiert, Verträge formuliert und Verhaltensnormen entwickelt, um die Effizienz ihrer Transaktionen zu verbessern.

Das Akkreditiv, eine Vertragsform aus dem mittelalterlichen Italien, vergrößerte die Handelsmöglichkeiten und trug zur Expansion des Außenhandels bei. Durch die bessere Klärung der Gläubigerrechte bezüglich der Aktiva eines Unternehmens im Rahmen von Aktiengesellschaften – eine Innovation Englands im späten achtzehnten Jahrhundert – konnten Firmen Risiken übernehmen und Mittel für Aktivitäten an sich ziehen, die sich ansonsten nicht hätten entwickeln können. Seit den siebziger Jahren gestatten es Leasingverträge den Unternehmen, ihre Risiken im Zusammenhang mit großen Anlageinvestitionen zu verringern. In Bangladesch fand die Grameen Bank neue Wege, um Kredite an Gruppen mit niedrigem Einkommen zu gewähren und gleichzeitig die Ausfallquote niedrig zu halten. Dies wurde durch Verträge möglich, die die Gemeinde, nicht nur den

Kreditnehmer, für die Rückzahlung ins Obligo nahm.

Auch das Verhalten paßt sich den Markterfordernissen an und beeinflusst die Transaktionskosten. Stehlen und Handeln haben in verschiedenen Sprachen die gleichen linguistischen Ursprünge, und zwar aufgrund der Unehrllichkeit früherer Händler. Erst nachdem sich Märkte etabliert haben, sind Transaktionen redlich geworden, und erst wenn der Wettbewerb zunimmt, haben die Händler einen Anreiz, eine eigene Reputation aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Händler in industriellen Marktwirtschaften sind nicht nur ehrlicher, weil die Bestrafung wirksamer erfolgt, sondern auch, weil ein guter Ruf die Transaktionskosten mindert.

Verhaltensnormen, die sich noch nicht an die Erfordernisse einer modernen Volkswirtschaft angepaßt haben, erhöhen die Transaktionskosten beträchtlich. Der Diebstahl ist in den Hafenstädten vieler Entwicklungsländer ein ernsthaftes Problem, und zwar teilweise, weil die Hafenarbeiter eine größere Loyalität gegenüber ihren Familien, Clans oder Stämmen haben als gegenüber ihrem Arbeitgeber. Nicht zu stehlen und ehrlich zu bleiben bringt ihre Familien um eine zusätzliche Einkommensquelle – ein Verhalten, das ihre Familien als unehrlich ansehen würden.

Die zugrundeliegende Idee reicht aber weiter. Sie beinhaltet auch die Konventionen, die den Umgang der Menschen miteinander bestimmen: Eigentumsrechte, Verträge, Verhaltensnormen. Die Erörterung des Einflusses der gesellschaftlichen Institutionen auf die wirtschaftliche Leistung bildete eine der lebhaftesten Diskussionen in der ökonomischen Literatur der letzten zwei Jahrzehnte. Obgleich unser Verständnis hinsichtlich dieser Probleme bei weitem nicht vollständig ist, liegt es aber auf der Hand, daß eine Hauptaufgabe der institutionellen Entwicklung darin besteht, die Effizienz der Verteilung der Produktionsfaktoren zu verbessern und die Transaktionskosten zu senken – die Kosten, die entstehen, wenn sich Menschen mit Menschen befassen (Sonderbeitrag 7.3).

Die Wertvorstellungen und Weltanschauungen der Menschen beeinflussen die Institutionen, und diese wiederum die Volkswirtschaft. Die Untersuchung der Rolle solcher Faktoren wie Kultur, Religion, Recht und Gesetz sowie Politik im Entwicklungsprozeß kann sich auf solide wissenschaftliche Erkenntnisse in den Werken von Hayek, Hegel, Marx und Weber stützen. Zentralisierte politische Institutionen, unterstützt durch eine starke Bürokratie, werden für den Niedergang des Unterneh-

mertums und die Verhinderung des Produktivitätswachstums im alten China verantwortlich gemacht – obgleich das Land technologisch gegenüber dem heutigen Westen weit voraus war. Hinsichtlich der Organisationen legen jüngere Studien nahe, daß die Überlegenheit des japanischen Verarbeitenden Gewerbes unter anderem auf Verhaltensnormen zurückzuführen ist, die den Informationsfluß zwischen Arbeitern und Aufsichtspersonal fördern. Dies senkt die Transaktionskosten innerhalb der Unternehmen und hilft diesen, sich an Märkte anzupassen, die hochqualitative Erzeugnisse mit kurzen Lebenszyklen verlangen. Eine andere Untersuchung hat belegt, daß eine Beteiligung der Arbeiter am Unternehmensgewinn in den Vereinigten Staaten einen günstigen Einfluß auf die Produktivität zu haben scheint.

Häufig können die Regierungsinstitutionen die wirtschaftliche Leistung auf direkterem Wege beeinflussen. Die Haushaltsdefizite haben in Lateinamerika zu sehr hohen Inflationsraten geführt, nicht aber in Südasien, wo die Zentralbanken unabhängiger sind. Kreditprogramme an die Kleinindustrie und den Mittelstand waren in Sri Lanka – wo sie von einem sachkundigen und motivierten öffentlichen Dienst ohne übermäßige politische Einflußnahme

#### **Sonderbeitrag 7.4 Prioritätenbildung für die institutionelle Entwicklung: Leichter gesagt als getan**

Die Prioritäten für die institutionelle Entwicklung sind natürlich von Land zu Land, je nach geschichtlicher Entwicklung, Kultur, Wirtschaftspolitik und Entwicklungsstufe anders gelagert. Für die meisten Länder Osteuropas ist es vordringlich, die Institutionen zu schaffen, die für ein wirksames Funktionieren einer Marktwirtschaft notwendig sind – Eigentumsrechte, Unternehmens- und Konkursgesetze, Handelsgerichtsbarkeit, Bankengesetzgebung und Börsen. Für die Länder mit niedrigem Einkommen in Afrika und Lateinamerika liegt die Priorität in der Verbesserung der Verwaltung ihres öffentlichen Sektors, ein Ziel, das häufig eine gleichzeitige Verringerung des Regierungsapparats und eine Stärkung seiner Leistungsfähigkeit erfordert.

In anderen Teilen der Welt liegen die Prioritäten weniger klar auf der Hand. Einzelne Länder haben ihre ganz besonderen Eigenheiten und Bedürfnisse:

- In Südasien und Teilen Lateinamerikas hatten Ausbildungsmaßnahmen und Besuchsprogramme einen starken Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktivität.
- In Sri Lanka hat eine kürzliche Reform der Zivilgerichtsbarkeit die Funktionsweise des Konkursrechts erheblich verbessert und die Kosten der Finanzintermediation verringert, nachdem jahrelange Beschwerden seitens des Bankgewerbes vorausgegangen waren.
- In Brasilien werden Mechanismen beraten, um den Informationsfluß unter den Universitäten, Forschungsinstituten und industriellen Forschungseinrichtungen zu verbessern und stärker auf die industriellen Erfordernisse zu reagieren.
- In Malaysia erwartet man sich durch die jüngste Einrichtung eines staatlichen Ratingsystems für Anleihen eine erhebliche Verringerung der Finanzierungskosten privater Unternehmen.

• In Ägypten, Nordbrasilien, Indien, Indonesien und Sri Lanka ist die Verbesserung der Grundbücher und Landrechte überfällig und könnte die Leistungsfähigkeit der ländlichen Kreditmärkte erheblich steigern sowie die generell extrem hohen Kosten des landwirtschaftlichen Kredits verringern.

• In vielen Ländern ist eine verbesserte Bankenaufsicht für eine erfolgreiche Liberalisierung des Finanzbereichs von großer Bedeutung.

Zu erkennen, wo ein institutioneller Bedarf vorliegt, ist jedoch nicht einfach. Erstens können sich Institutionen, die in Industriegesellschaften eine wesentliche Rolle spielen, in Entwicklungsländern als überflüssig erweisen. Wertpapierbörsen, Schatzwechsellmärkte, Rating-Agenturen zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit, Grundbuchämter, Meß- und Standardisierungsämter sind nur unter hohen Kosten einzurichten, und die Entscheidung fällt schwer, ob sie im Vorgriff auf die Erfordernisse des Marktes geschaffen werden sollten. Zweitens sind einige Institutionen angesichts vorhandener, systemumfassender Probleme unproduktiv. Zum Beispiel macht ein unterbezahlter öffentlicher Dienst die meisten öffentlichen Institutionen zu einem Hindernis für die Märkte, anstatt sie zu unterstützen. Schlecht geplante öffentliche Ausgaben rauben den Institutionen laufend benötigte Produktionsmittel und reduzieren ihre Leistungskraft. Drittens gibt es keine simplen Indikatoren für die institutionellen Erfordernisse und Prioritäten. Es gibt jedoch Möglichkeiten, quantitative Indikatoren für die Leistungsfähigkeit öffentlicher Institutionen zu entwickeln, zum Beispiel durch die Erfassung der benötigten Zeit für die Eintragung eines Geschäftsbetriebs, die Ausstellung eines Passes, die Zollabwicklung, die Erlangung einer Einfuhrlizenz und die Zahlung von Steuern.

durchgeführt wurden – wesentlich erfolgreicher als in Bangladesch. Aus den gleichen Gründen förderten ländliche Entwicklungsprogramme die Produktivität in einigen Teilen Südasiens, weniger aber in Afrika und Lateinamerika. Staatseigene Unternehmen arbeiteten effizient in Singapur und Taiwan (China), wo sie dem Wettbewerb ausgesetzt waren und nur in beschränktem Maße durch Haushaltsmittel finanziert werden, nicht aber in Argentinien, Bolivien und Nigeria.

In vielen Fällen hat der Staat das Wachstum durch die Umstrukturierung von Institutionen gefördert: Durch die Abschaffung feudalistischer Regelungen und die Vereinheitlichung der Währung, der Steuern, der Maße und Gewichte und der internen Zölle im revolutionären Frankreich gegen Ende des

achtzehnten Jahrhunderts, durch Patentgesetze in Europa und den Vereinigten Staaten im neunzehnten Jahrhundert, durch die Abschaffung von Zoll- und Handelsgrenzen und die Schaffung eines Zivil- und Handelsrechts in Deutschland und Italien im neunzehnten Jahrhundert, durch die Modernisierung des Meiji-Japans in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts und durch die Modernisierung der Türkei zu Anfang dieses Jahrhunderts. Weitere Beispiele sind die brasilianischen Reformen des Unternehmensrechts in den frühen siebziger Jahren, die Errichtung von Wertpapierbörsen in Ostasien und die wirtschaftliche Integration Westeuropas nach 1945. Diese Entwicklungen hingen alle von staatlichen Aktivitäten ab. Die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln wurden

hierdurch dahingehend verändert, daß die Unternehmen in einem sicheren Umfeld agieren konnten und die Bewegungsfreiheit von Ressourcen und Menschen zunahm. In den meisten Entwicklungsländern bleibt die Stärkung oder Schaffung von Institutionen eine schwierige, aber notwendige Aufgabe (Sonderbeitrag 7.4).

Die Unterstützung institutioneller Entwicklungen verlangt einen Staat mit ausgebauten Verwaltungsstrukturen und Behörden, die auf die Marktbedürfnisse reagieren. Die politischen Schwächen der Entwicklungsländer manifestieren sich jedoch oft in der Leistung ihrer Bürokratien. Eine effiziente Bürokratie garantiert zwar für sich genommen keine Entwicklungserfolge und kann auch die Marktkräfte nicht ersetzen. Wie oben angesprochen, ist es sogar möglich, daß sie den Entwicklungsprozeß verzögert. Dessenungeachtet versetzt aber eine funktionierende staatliche Verwaltung die Regierung in die Lage zu regieren. Sie war der entscheidende Faktor für die Aufrechterhaltung alter Zivilisationen, wie in Ägypten (3000 v. Chr.) und China, wo die durchorganisierte, zumindest seit 200 v. Chr. bestehende Bürokratie noch bis vor weniger als 100 Jahren ihre Funktion ausübte. Die Grundprinzipien der Bürokratie wurden bereits von den alten Chinesen gut verstanden. Die Staatsbeamten, die Mandarine, wurden durch eine Aufnahmeprüfung ausgewählt. Es gab Beförderungslaufbahnen, Karrierepläne und Arbeitsplatzsicherheit. Der Dienst am Staate war ein Privileg, das nur denjenigen gewährt wurde, die ihre Fähigkeiten bewiesen hatten. Der Aufbau leistungsfähiger Verwaltungen war auch ein entscheidender Schritt im Prozeß der Bildung von Nationen in Europa – er bleibt aber von hoher Priorität in vielen Entwicklungsländern.

#### *Nicht-staatliche Organisationen*

Nicht-staatliche Organisationen (NSO) sind zu einer wichtiger Kraft im Entwicklungsprozeß geworden, die die Kosten der institutionellen Schwächen der Entwicklungsländer in einem gewissen Maße gedämpft haben, wozu oft Verwaltungsmängel und die Unfähigkeit gehören, wesentliche Entwicklungsaufgaben wirksam durchführen zu können (wie die Bereitstellung sozialer Leistungen oder den Schutz der Umwelt). In Reaktion darauf haben die NSO in den letzten Jahren stark zugenommen, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Anzahl als auch hinsichtlich des Umfangs der von ihnen mobilisierten Mittel. Im Jahr 1987 transferierten NSO etwa 5,5

Mrd Dollar von den Industrie- in die Entwicklungsländer – fast 1 Mrd Dollar mehr als die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA).

Die Mittel der NSO wurden zum größten Teil (etwa 60 Prozent) von ihnen selbst mobilisiert. Der Rest (1987 in Höhe von 2,2 Mrd Dollar) kommt von offiziellen Hilfsorganisationen, die Mittel durch die NSO leiten, weil solche Organisationen eher in der Lage sind, eine Beteiligung der Bevölkerung an der Basisarbeit und in abgelegenen Regionen zu erreichen. NSO spielten auch eine wichtige Rolle bei der Sensitivierung von Regierungen und internationalen Hilfs- und Finanzorganisationen im Hinblick auf soziale und umweltrelevante Aspekte der Entwicklung. Zudem haben sie in vielen Ländern bei kontroversen Entwicklungsthemen, wie der Familienplanung, die führende Rolle übernommen. Zwar sind viele Entwicklungsländer mißtrauisch bezüglich der selbsternannten Funktion einiger NSO als Protagonisten des Wandels, dennoch aber versuchen die Regierungen von Ländern wie Ägypten, Bolivien, Indien, Jordanien, Mexiko, den Philippinen, Togo und Uganda Wege zu finden, um einen größeren Einsatz von NSO zu fördern.

Die Ausbreitung und die Effektivität der NSO ist unterschiedlich. In Bangladesch erreichen auf die Gesundheit und die Familienplanung spezialisierte NSO nur ein Sechstel der 80.000 Dörfer des Landes. Die Verwaltungskapazität vieler kleiner NSO muß ausgebaut werden, bevor sie wirksam arbeiten können. Bei anderen ist wenig über die Kosten der Mittelbeschaffung bekannt. Zudem kann selbst die leistungsfähigste NSO nicht die Lücke füllen, die vom gewerblichen und öffentlichen Sektor hinterlassen wird. Neben der steigenden Zahl und dem zunehmenden Mittelvolumen, das sie mobilisieren, liegt die Bedeutung der NSO in ihrer Fähigkeit, Gemeinden und Basisorganisationen wirksamer in den Entwicklungsprozeß und in die Armutsbekämpfung einzubeziehen.

#### **Gerechtigkeit und Umverteilung**

Die Regierungen befaßten sich immer mit Fragen der Gerechtigkeit. Die Einkommensübertragungen in den OECD-Ländern (ohne Zinszahlungen aber einschließlich der Leistungen aus der Sozialversicherung) belaufen sich auf 40 Prozent der Staatsausgaben und betragen nicht weniger als 20 bis 30 Prozent des BIP in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich und Schweden. Eine bessere Einkommensverteilung kann die wirtschafts-

politische Steuerung erleichtern. Politologen haben argumentiert, daß Mechanismen zur Einkommensumverteilung, wodurch die Wachstumsgewinne gleichmäßiger verteilt werden, einigen Regierungen der OECD-Länder dabei geholfen haben, den Widerstand gegen marktorientierte Reformen zu überwinden; die auf kurze Sicht durch die Reform Benachteiligten wurden unterstützt.

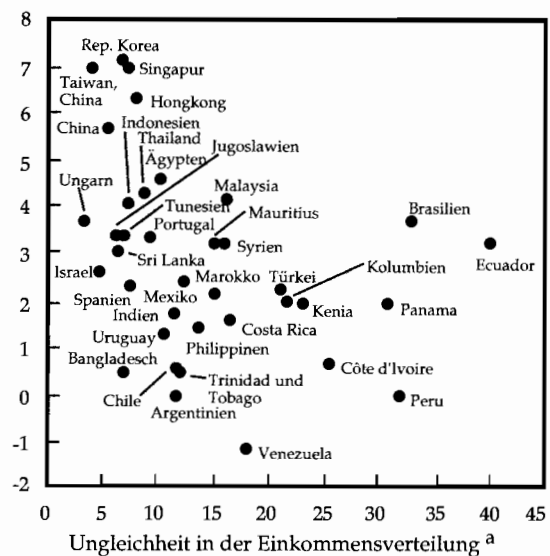
Eine Analyse von zweiunddreißig Ländern (fünfundzwanzig Entwicklungsländer und sieben OECD-Länder) zeigte, daß die Wahrscheinlichkeit für eine Erhöhung der Handelsbarrieren zunimmt, je größer für ein Land das Risiko einer Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse auf den Weltmärkten ist. Es wurde auch dargelegt, daß Länder mit umfassenden sozialen Sicherungssystemen mit geringerer Wahrscheinlichkeit zu protektionistischen Maßnahmen greifen (Bates, Brock und Tiefenthaler 1991). Andere jüngere Studien legen nahe, daß Lohnverhandlungen, die außerhalb der Marktmechanismen erfolgen (Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierungen) und die Gerechtigkeitsüberlegungen mit in Betracht ziehen, die verhältnismäßig geringe Arbeitslosigkeit in den nordischen Ländern erklären können (Jackman, Pissarides und Savouri 1990). Einige Ökonomen haben auch argumentiert, daß die relativ gleichmäßige Einkommensverteilung in Asien es den dortigen Ländern ermöglichte, sich schneller auf die außenwirtschaftlichen Schocks der siebziger Jahre einzustellen, als dies bei den Staaten Lateinamerikas der Fall war.

Trotz solcher Belege wird eine größere Einkommensgleichheit von einigen noch immer als wachstumsfeindlich angesehen. Die Erhöhung des Kapitalstocks, so wird argumentiert, erfordert hohe Sparquoten; dies wiederum impliziert eine Einkommensverteilung zugunsten der Reichen (mit hoher Sparquote). Die Steuerreform der Republik Korea aus dem Jahr 1973 schaffte die Besteuerung von Kapitaleinkünften (Zinsen, Dividenden, Kapitalgewinnen und anderen Erträgen aus Vermögensanlagen) weitgehend ab. Der konventionellen Weisheit der Industrieländer und der Politiker in den Entwicklungsländern zufolge sollte „alles zu seiner Zeit“ getan werden: Erstens wirtschaftliches Wachstum, zweitens soziale Gerechtigkeit und drittens bürgerliche und politische Freiheiten.

Tatsächlich gibt es keine Anzeichen dafür, daß die Ersparnis positiv mit einer ungleichen Einkommensverteilung korreliert ist, oder daß Einkommensungleichheiten zu höherem Wachstum führen. Wenn überhaupt, so scheinen Ungleichheiten mit

## Schaubild 7.2 Ungleichheit in der Einkommensverteilung und Wachstum des BIP in ausgewählten Ländern, 1965 bis 1989

Wachstum des BIP pro Kopf (in Prozent)



a. Das Verhältnis zwischen dem Einkommensanteil des reichsten Bevölkerungsfünftels und des ärmsten Bevölkerungsfünftels. Die Angaben über die Einkommensverteilung stammen aus Übersichten, die hauptsächlich in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren erstellt wurden.  
Quellen: Angaben der Weltbank; Berg und Sachs 1988.

einem langsameren Wachstum in Verbindung zu stehen (Schaubild 7.2). Die Vorstellung einer Konkurrenzbeziehung zwischen Wachstum und gleichmäßiger Verteilung der Einkommen, die in den sozialistischen Volkswirtschaften zu einer wachstumsfeindlichen Politik beitrug und in den konservativen Volkswirtschaften Maßnahmen zugunsten einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung behinderten, wurde durch viele Länder weiter in Mißkredit gebracht, die in beider Hinsicht dauerhaft besser abschneiden als der Rest der Welt: Costa Rica, Indonesien, Japan, Korea, Malaysia (Sonderbeitrag 7.5) sowie die skandinavischen Volkswirtschaften.

Eine gleichmäßigere Einkommensverteilung läßt sich nicht durch Einkommensübertragungen erreichen – ausgenommen im Falle von sozialen Sicherungsnetzen für anfällige, kleine und wohlausgesuchte Bevölkerungsgruppen. Der *Weltentwicklungsbericht 1990* zeigte, daß die Entwicklungsstruktur starke Implikationen auf die Verteilung hat. Der protektionistische Schutz für die Industrie und eine diskriminierende Besteuerung der Landwirtschaft tragen zur Erklärung bei, warum die Einkommensunterschiede in Lateinamerika gravierender sind als

## Sonderbeitrag 7.5 Die Politik der Eingliederung von Minderheiten: Malaysia und Sri Lanka

### Ähnliche Ausgangsbedingungen

Sowohl Malaysia als auch Sri Lanka waren bis 1963 bzw. 1948 britische Kolonien. Beide Länder verfügten in den sechziger Jahren über eine gutentwickelte, exportorientierte Plantagenwirtschaft – Kautschuk und Palmöl in Malaysia und Kautschuk und Tee in Sri Lanka. Beide hatten eine ausgebaute Bürokratie und entwickelte demokratische, politische Institutionen. Beide Länder verfügten mit einer Einschulungsquote an Grundschulen von 90 Prozent auch über eine relativ gut ausgebildete Bevölkerung. In beiden Ländern gab es ebenfalls Probleme durch die Präsenz stark unterschiedlicher ethnischer Gruppen, wobei die Bevölkerungsmehrheit wirtschaftlich unterprivilegiert aber politisch dominierend war. In Malaysia entfielen auf die Bumiputras (Malayen und andere Eingeborene) 55 Prozent der Bevölkerung, auf Chinesen 35 Prozent und auf Inder 10 Prozent. In Sri Lanka stellten die Singhalesen 72 Prozent die Bevölkerung, die Tamilen 18 Prozent und andere Gruppen 10 Prozent. Beide Länder ergriffen spezifische Maßnahmen, um insbesondere das Los der Mehrheitsgruppen in der Bevölkerung zu verbessern (legislative Maßnahmen in Malaysia und faktische in Sri Lanka).

Beide Länder setzten auf die öffentlichen Unternehmen, und zwar nicht nur im Plantagenbereich, sondern auch auf anderen Gebieten wie Fluggesellschaften, Zementfabriken, Banken und Verarbeitendes Gewerbe. Sie unterstützten die Reisbauern durch subventionierte Düngemittel, Kredite und Bewässerungsanlagen. Die ethnischen Mehrheitsgruppen erhielten bevorrechtigten Zugang zur Beschäftigung im öffentlichen Bereich und wurden bei der staatlichen Beschaffung bevorzugt. Und die Länder betonten die Ausbildung und Gesundheitsversorgung für alle – richteten die weiterführenden Schulen jedoch stärker zugunsten der Mehrheit aus.

### Unterschiedliche Ergebnisse

In den frühen sechziger Jahren war das Pro-Kopf-Einkommen Malaysias (mit 320 Dollar) doppelt so hoch wie in Sri Lanka. Drei Jahrzehnte später ist das Einkommen pro Kopf in Malaysia fünfmal so hoch wie in Sri Lanka. Malaysia konnte auch die Konflikte zwischen den ethnischen Gruppen eindämmen, ohne daß es zu größeren Gewalttätigkeiten gekommen wäre. Im Gegensatz

dazu haben die ethnischen und regionalen Konflikte in Sri Lanka seit 1983 Zehntausende von Toten gefordert. Die Kosten zerstörter Infrastruktur und verlorener Einkommen durch eine Unterbrechung der wirtschaftlichen Aktivitäten wurden auf annähernd zwei Drittel des BIP geschätzt. Neben seinem höheren Wachstum hat Malaysia den Anteil der Armen von 50 Prozent im Jahr 1970 auf gegenwärtig 10 Prozent reduziert – und die Ungleichheiten zwischen und innerhalb der Volksgruppen vermindert.

### Gründe für diese Unterschiede

Im Gegensatz zu Sri Lanka (das erst 1977 seine Volkswirtschaft liberalisierte), bauten die malayischen Behörden die wachstumsfeindlichen Elemente ihrer Politik – wie Regelungen für Direktinvestitionen und industrielle Lizenzen – ab, als sich die Wachstumsraten verringerten. Das Außenhandelsregime wurde mit mäßigen Zollsätzen offengehalten (wenngleich bei ausgewählten, wichtigen Fällen ein hoher Effektivschutz aufrechterhalten wurde). Private Unternehmen benötigten keine Genehmigungen zur Produktionsausweitung oder Investition. Auch wurden sie nicht von Devisenkontrollen, umfassenden Mengenbeschränkungen im Außenhandel oder Verstaatlichungsdrohungen ohne Ausgleichszahlungen gestört. Die Minderheit, die bei ihren Geschäften im Inland benachteiligt war, wurde so nicht der Chancen im Ausland beraubt. Sie konnte ihre Einkommen zum Bezug von Waren aus dem Ausland oder zur Inanspruchnahme ausländischer Dienstleistungen (wie Ausbildung) verwenden, die ihr zu Hause verweigert wurde.

Sri Lankas stark regulative Rahmenbedingungen boten bis 1977 vielfältige Möglichkeiten für Einzelfallentscheidungen und diskriminierende Handlungen. Wirtschaftliche Kontrollen wurden schließlich zu Kontrollen der einzelnen – trotz Sri Lankas demokratischer Tradition. Das Reisen wurde durch Devisenkontrollen eingeschränkt, und einfache Geschäftsvorgänge (wie die Erlangung einer Investitions-, Einfuhr- oder Produktionsausweitungsgenehmigung) wurden im Endeffekt oft hoch politisiert. Die Vorstellung war, daß die Regierung die Vermögensverteilung zwischen den Volksgruppen beeinflussen könne und auch beeinflussen würde.

in Asien. Der Großteil der Einnahmen besteht in Entwicklungsländern im allgemeinen aus indirekten Steuern, die gewöhnlich geringere Progressionseffekte haben als Einkommensteuern. Eine Subventionierung des Kapitals (in Form von steuerlichen Anreizen, subventionierten Krediten oder einer Überbewertung der Währung) führt zwangsläufig

zu kapitalintensiveren Produktionsmethoden und verschlechtert damit die Einkommensverteilung.

Eine weitere Lehre besteht darin, daß staatliche Ausgaben nachhaltige Umverteilungseffekte haben können. Verschiedene Studien belegten, daß das Bildungswesen die wichtigste Einzelgröße ist, die Einkommensungleichheiten beeinflusst. Investitio-

nen in die Bildung, die Gesundheit und die Ernährung – falls sie gut vorbereitet und durchgeführt sind – verbessern die Einkommensverteilung und fördern gleichzeitig die Entwicklung auf anderen Wegen. Die Reformprogramme der achtziger und neunziger Jahre haben daher mehr und mehr Wert darauf gelegt, Sozialprogramme während der Zeit finanzpolitischer Anpassungen aufrechtzuerhalten.

Bei gut funktionierenden Märkten stellt sich eine größere Gleichmäßigkeit oft von selbst ein. Zum Beispiel sind die Arbeitsmärkte in vielen Ländern gespalten. Menschen mit ähnlichen Voraussetzungen sind nicht in der Lage, ähnliche Entlohnung oder Beschäftigung zu finden: Geschlecht, ethnische Abstammung, Standort und Art der industriellen Beschäftigung bestimmen durchweg die Löhne, unabhängig von der Produktivität. Die Unterstützung der Frauen bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt war ein wichtiger Grund für die verbesserte Einkommensverteilung in Malaysia und Indonesien. Staatliche Ausgaben zum Ausbau der Infrastruktur und zur Bereitstellung sozialer Leistungen waren schon immer der wichtigste Mechanismus für die Integration der Märkte, und sie bleiben auch weiterhin von größter Bedeutung. Eine Vielzahl anderer öffentlicher Programme, die Ungleichheiten abbauen können und gleichzeitig die Wirksamkeit der Allokation vergrößern und das Wachstum beschleunigen, sind zum Beispiel Programme mit dem Ziel, den Zugang zu Infrastruktureinrichtungen, zu Krediten und zu Landbesitz zu verbessern.

In vielen Fällen hat eine Landreform offenbar dazu beigetragen, die Einkommen der Armen anzuheben. China, Japan und Korea werden allesamt als außergewöhnliche Beispiele für Länder angesehen, die eine erfolgreiche Landreform durchgeführt haben. Die Belege für den Einfluß der Landreform auf die landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind jedoch weniger eindeutig. Es ist schwierig, die Effekte der Umverteilung von landwirtschaftlichen Flächen von den Einflüssen zu trennen, die von Begleitinvestitionen und von auf die Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft ausgerichteten Institutionen ausgehen, die üblicherweise mit Landreformen verbunden waren. Es scheint jedoch einiges dafür zu sprechen, daß die soziale Stabilität infolge der Landreform zu schnellerem Wachstum beigetragen hat.

Aus all diesen Gründen lassen sich Bemühungen zugunsten einer größeren Gleichmäßigkeit problemlos in Reformprogramme zur Förderung des

Wachstums integrieren. Es liegt freilich auf der Hand, daß eine marktverzerrende und übereifrige Umverteilung schnell gewaltige Finanzprobleme schaffen kann. Zum Beispiel explodierten die Kosten für Lebensmittelsubventionen in Brasilien in den späten siebziger Jahren sowie in letzter Zeit in Ägypten, als die Weltmarktpreise für Lebensmittel anstiegen. Subventionen zum Schutz wettbewerbschwacher Industriezweige müssen ständig zunehmen, um den gleichen Effekt zu erzielen, da die Erhaltung des Schutzes erfordert, daß eine dynamischere Entwicklung in anderen Teilen der Volkswirtschaft kompensiert werden muß. In Europa ist beispielsweise die Stützung der landwirtschaftlichen Einkommen auf einem bestimmten Niveau relativ zu den sonstigen Einkommen der Volkswirtschaft zunehmend kostspieliger geworden, weil das Wachstum in anderen Wirtschaftsbereichen stärker war.

Darüber hinaus laufen reine Übertragungen durch marktverzerrende Interventionen fast immer darauf hinaus, daß sich die Einkommensverteilung verschlechtert und nicht verbessert. Düngemittelsubventionen in Ägypten, Bangladesch, Brasilien, Ecuador, Indien und Pakistan fallen entweder den Herstellern von Düngemitteln oder bessergestellten Bauern zu. Die großen Weizensubventionen Brasiliens während der siebziger Jahre verringerten die Nachfrage nach Bohnen, die von Kleinbauern angebaut wurden. Der Bohnenanbau ging zurück. Die Bauern verkauften ihr Land und wanderten in die Städte ab, wo sie die Nachfrage nach subventioniertem Weizen steigerten. Reiche Großbauern kauften das Land der Abwanderer zu niedrigsten Preisen auf.

## Reform des öffentlichen Sektors

Eine etwa aus dem vierzehnten Jahrhundert stammende arabische Abhandlung legt dar: „Eine kommerzielle Tätigkeit des Herrschers schadet seinen Untertanen und ruiniert die Steuereinnahmen ... verdrängt Wettbewerber, diktiert die Preise für Materialien und Erzeugnisse, was zum finanziellen Ruin vieler Geschäftsleute führen kann. Wenn die Angriffe des Herrschers auf das Eigentum allumfassend sind, alle Bereiche beeinflußt, in denen die Menschen ihr Brot verdienen, so wird der wirtschaftliche Abschwung ebenfalls allumfassend“ (Ibn Khaldun 1981). Eines der herausragendsten Vermächtnisse der achtziger Jahre ist die Wiederentdeckung dieser alten Wahrheiten. Viele Regie-

rungen überdenken ihre Involvierung in die Volkswirtschaft, überprüfen ihre Ausgabenprioritäten und verfolgen weniger gewerbliche Aktivitäten. Damit diese Neueinschätzung sich durchsetzt, muß die Verwaltungskapazität des Staates verbessert werden – und die Regierungen werden mit Widerständen aufgrund festgefahrener Besitzstände fertig werden müssen, die durch jahrzehntelange übermäßige Staatseingriffe geschaffen wurden.

#### *Rationalisierung staatlicher Ausgaben*

Die staatlichen Ausgaben betragen in den Ländern mit niedrigem Einkommen etwas mehr als 20 Prozent des BIP, und annähernd 30 Prozent in den Ländern mit mittlerem Einkommen. Diese Anteile liegen erheblich niedriger als gegenwärtig in den Industrieländern, aber viel höher als in den Industrieländern auf einer vergleichbaren Stufe der

**Tabelle 7.4 Prozentualer Anteil der Staatsausgaben am BSP oder BIP, Industrieländer, 1880 bis 1985**

Jahr	Frankreich	Deutschland	Japan	Schweden	Großbritannien	Ver-einigte Staaten
1880 <sup>a</sup>	15	10	11	6	10	8
1929 <sup>a</sup>	19	31	19	8	24	10
1960 <sup>b</sup>	35	32	18	31	32	28
1985 <sup>b</sup>	52	47	33	65	48	37

a. BSP.

b. BIP.

Quelle: Weltbank, verschiedene Jahrgänge.

**Tabelle 7.5 Prozentualer Anteil der Staatsausgaben und des Staatsverbrauchs am BSP oder BIP, Industrie- und Entwicklungsländer, 1972 und 1986**

Ländergruppe	Staatsausgaben <sup>a</sup>		Staatsverbrauch <sup>b</sup>	
	1972	1986	1972	1986
Länder mit niedrigem Einkommen	19	23	12	13
Untere Kategorie der Länder mit mittlerem Einkommen	15	27	11	14
Obere Kategorie der Länder mit mittlerem Einkommen	25	27	12	14
Marktwirtschaftliche Industrieländer	28	40	14	19

a. BSP.

b. BIP.

Quelle: Weltbank, verschiedene Jahrgänge.

Entwicklung (Tabellen 7.4 und 7.5). Die vorliegenden Erkenntnisse sprechen dafür, daß ein Großteil der öffentlichen Ausgabenprogramme der Entwicklungsländer nur sehr geringe Erträge abwirft.

STAATLICHE INVESTITIONEN. Die Qualität staatlicher Investitionen hängt erheblich von der Qualität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab (siehe Kapitel 4). Einige Entwicklungsländer sehen sich jedoch deshalb wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt, weil man mit den Projekten selbst, die häufig mit Unterstützung von ausländischen Stellen finanziert worden sind, nicht gut beraten war. Eine verlustbringende Silberschmelze in Bolivien, eine wertmindernde Schuhfabrik in Tansania, Bewässerungssysteme mit niedrigen Erträgen in Sri Lanka, das sind nur einige von unzähligen möglichen Beispielen. Die Kosten können beträchtlichen Umfang erreichen. Das Wasserkraftwerks- und Übertragungsleitungsprojekt in Zaire, das bereits weiter oben in diesem Kapitel erwähnt wurde, kostete in Preisen von 1990 fast 3 Mrd Dollar – was etwa einem Drittel der Auslandsschulden des Landes entspricht. Das Projekt war nie zu mehr als 30 Prozent ausgelastet, und es befindet sich gegenwärtig mitten in einer umfassenden Sanierungsphase, obwohl es erst 1982 in Dienst gestellt wurde. Dies ist ein Extremfall, aber unproduktive Projekte in weniger spektakulärer Größenordnung sind nur allzu häufig anzutreffen.

LÖHNE UND ÖFFENTLICHER DIENST. Die Lohnkosten machen in den meisten Ländern einen großen Teil der Staatsausgaben aus. Vor den Reformprogrammen absorbierten die Lohnzahlungen über 60 Prozent der laufenden Einnahmen der Zentralafrikanischen Republik – und mehr als 40 Prozent der laufenden Einnahmen Gambias. Die Tendenz zu einer übermäßigen Beschäftigung bei gleichzeitiger Unterbezahlung, die in den letzten Jahrzehnten in vielen Entwicklungsländern vorherrschte, bedeutet, daß ein Großteil dieser Ausgaben verschwendet wird. Das Problem einer schwachen Motivation wurde häufig verschärft durch schlechtkonzipierte Aufstiegsstrukturen und durch politisch motivierte Einstellungen und Besetzungen höherrangiger Stellen. In einigen Ländern sind die institutionellen Strukturen und Systeme, die ursprünglich geschaffen worden waren, um den öffentlichen Dienst mit Personal auszustatten und in Gang zu halten, zusammengebrochen. In Uganda brachte eine Erhebung über den öffentlichen Dienst nicht nur zahl-

reiche nichtexistente Bedienstete an den Tag, sondern auch ganze, gar nicht vorhandene Schulen.

Infolgedessen hat die Reform des öffentlichen Dienstes in Lateinamerika, Südasien und Afrika für viele Regierungen höchste Priorität erlangt. Reformprogramme für den öffentlichen Dienst haben üblicherweise drei Komponenten. Das erste sind Anstrengungen für einen Abbau, um die öffentlichen Dienste auf eine besser handhabbare Zahl von Beschäftigten zu verringern. Das zweite ist eine Umstrukturierung der Entlohnung und Einstufung zur Verbesserung der Anreize, zur Verminderung von Bummelei und Korruption und zur Bereitstellung eines besseren Rahmens für den beruflichen Aufstieg. Das dritte ist ein institutioneller Wiederaufbau zur Schaffung der Kontrollstrukturen und Arbeitsverfahren, die zur Steuerung eines modernen und leistungsfähigen öffentlichen Dienstes notwendig sind.

Die meisten Programme zur Reform des öffentlichen Dienstes setzten an allen Fronten gleichzeitig an. Die erfolgreicherer Programme in Afrika haben die Zahl der öffentlich Beschäftigten beschnitten (Ghana, Gambia und Guinea). Es gab aber nur begrenzte Fortschritte bei der Verbesserung der Lohnstrukturen und bei der Reform der institutionellen Strukturen. Keines der laufenden Programme der afrikanischen Länder hat dazu geführt, daß die Strukturen des öffentlichen Dienstes vollständig neu aufgebaut wurden. Dem ghanesischen Programm, das seit 1985 läuft und wahrscheinlich das weitestgehende ist, steht noch die Schaffung eines wirksamen Kontrollsystems bei der Einstellung bevor.

Keines der jetzt in Gang befindlichen Programme scheint eine ernsthafte Prüfung der Aufgaben der Regierung zu umfassen, um so zu bestimmen, welche davon privatisiert werden können, welche auf lokale Gemeindeebene zu verlagern sind oder gänzlich aufgegeben werden sollten. Angesichts der Notwendigkeit kleinerer, leistungsfähigerer öffentlicher Sektoren und eines dynamischeren Privatsektors würden künftige Reformbemühungen für den öffentlichen Dienst von der Inangriffnahme solch weiterreichender Probleme mit Sicherheit profitieren.

**SUBVENTIONEN UND ÜBERTRAGUNGEN.** Die Ausgaben für Subventionen und Übertragungen belaufen sich auf etwa 3 Prozent des BIP, und zwar im Durchschnitt einer großen Auswahl von Ländern. Verallgemeinerungen fallen hier besonders schwer, weil sie zu den heterogensten Ausgabekategorien gehören. Zudem sind die Berichtssysteme in den

meisten Ländern schwach entwickelt. Die realen Kosten der Subventionen und Übertragungen könnten sich leicht auf das Doppelte der Buchwerte belaufen. Subventionen resultieren oft aus staatlichen Eingriffen in die Preisbildung und können sich auf alle Arten von Gütern und Dienstleistungen beziehen: Weizen in Ägypten und der Sowjetunion, Busverkehr in Sri Lanka, Düngemittel in Bangladesch, Ecuador und Indien und so fort. Übertragungen gehen im allgemeinen an staatseigene Unternehmen (SEU). Sie werden entweder erforderlich, weil die SEU ineffizient arbeiten oder weil Preiskontrollen oder andere Restriktionen sie in die Verlustzone zwingen. Diese Übertragungen reichen jedoch im allgemeinen nicht aus, um den Bedarf der Unternehmen an Anlageinvestitionen zu befriedigen; infolgedessen hat sich das Niveau der Leistungen in einigen Ländern drastisch verschlechtert. Das Telefonwesen und die Eisenbahn in Argentinien und die Busdienste in Ägypten sind einige Beispiele für Bereiche, die unter bei weitem zu geringen Investitionen gelitten haben.

**MILITÄRAUSGABEN.** Die Welt gibt jährlich 1.000 Mrd Dollar für das Militär aus. Ende der achtziger Jahre erreichten die Militärausgaben in den Ländern mit hohem Einkommen 860 Mrd Dollar pro Jahr und in den Entwicklungsländern 170 Mrd Dollar. Von diesen 170 Mrd Dollar wurden 38 Mrd Dollar für die Einfuhr von Waffen ausgegeben, die zum größten Teil aus den Industrieländern stammen.

Wenn die globalen Militärausgaben verringert würden, wäre die Welt ohne Zweifel ein besserer Ort. Aber ist dies realistisch? Der Menschheit sind Kriege und Konflikte nicht fremd – am wenigsten vor allem den Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts (Sonderbeitrag 7.6). Der jüngste Krieg in der Golfregion, die dort nachfolgenden Konflikte, anhaltende Gewalttätigkeiten in Afghanistan, Angola, Indochina und Mittelamerika, Bürgerkriege in Äthiopien, Mosambique, Somalia und Sudan und das Schnecken tempo der Abrüstung der Supermächte machen nur zu klar, wie schwierig Fortschritte in Richtung auf einen dauerhaften Frieden sein werden.

Es kann nicht überraschen, daß die Militärausgaben in Entwicklungsländern, die sich äußeren oder inneren Bedrohungen ausgesetzt sehen, höher sind. In verschiedenen Ländern belaufen sich die Militärausgaben auf mehr als 10 Prozent des BIP. Nach den 1983 ausgebrochenen ethnischen Konflikten sind die Militärausgaben Sri Lankas von weniger als 1 Prozent auf etwa 5 Prozent des BIP gestiegen. Viele

## Sonderbeitrag 7.6 Krieg und Entwicklung

In beide Weltkriege waren so viele Staaten verwickelt wie nie zuvor, und sie führten zu einem niemals dagewesenen Verlust an Menschenleben. Aber auch regional begrenzte Kriege und Aufstände nach 1945 haben Menschenleben gefordert und einzelne Länder verwüstet, viele davon in der Dritten Welt (Tabelle 7.6 A). Die allgemeine Schätzung von 450.000 Toten im Konflikt zwischen dem Iran und Irak entspricht etwa 1 Prozent der Gesamtbevölkerung dieser beiden Staaten beim Ausbruch des Konflikts im Jahr 1979. Zwei Millionen Tote im äthiopischen Bürgerkrieg bedeuten etwas mehr als 7 Prozent der Landesbevölkerung des Jahres 1974.

Die Toten auf dem Schlachtfeld spiegeln die tatsächlichen Schäden des Krieges nur unzureichend wider. Der Krieg kostet einen hohen Anteil der produktivsten Arbeitskräfte. Im Ersten Weltkrieg waren nur 4,5 Prozent der deutschen Gefallenen älter als vierzig Jahre; 63 Prozent waren im Alter zwischen zwanzig und dreißig Jahren. Zudem sterben nicht allein Soldaten. Auch Zivilisten fallen unmittelbar den Kämpfen zum Opfer, oder kriegsbedingte Hungersnöte und Krankheiten können Ursachen sein. Die militärische Mobilisierung führt zu geringeren Geburtenziffern. Alles zusammengekommen könnte der Verlust an Menschenleben im Zeitraum 1914–1921 (der die Zeit des sowjetischen Bürgerkriegs einschließt) auf mehr als 60 Millionen veranschlagt werden. Nur etwa 8 Millionen davon waren militärisch aktive Männer.

Die Kosten der Kampfhandlungen sind höher als die Aufwendungen für Munition, Uniformen und Gerät. Der Fußballkrieg zwischen Honduras und El Salvador im Jahre 1969 dauerte gerade 100 Stunden. Etwa 2.000 Menschen starben. Aber 100.000 Menschen wurden zu

Flüchtlingen. Die Kämpfe zerstörten die Hälfte der Ölraffinerien und Lagereinrichtungen El Salvadors und lähmten den Gemeinsamen Markt Zentralamerikas. Die Militärausgaben und die entgangene Produktion während der ersten fünf Kriegsjahre des Iran-Irak-Konflikts beliefen sich auf über 400 Mrd. Dollar. Bis Ende des Krieges im Jahr 1988 waren die Kosten viel höher. Ähnlich gravierend ist die wirtschaftliche Zerstörung bei Bürgerkriegen. Der Konflikt in Nordäthiopiens Eritrea hat die Erwerbsbevölkerung vermindert, Bomben und Minen haben die Bauern gezwungen, Teile des Bodens zu meiden und so der Produktion zu entziehen; es wird geschätzt, daß 1987 vierzig Prozent des Bodens brach belassen wurden, was teilweise zur Erklärung der Nahrungsmittelknappheit in dieser Region beiträgt.

Kriege zögern den Entwicklungsprozeß unweigerlich hinaus. Die Gesamtkosten für den Ersatz verlorengangener Anlagen, für die gesundheitliche Versorgung der Verwundeten und die anhaltende Produktivitätsverschlechterung werden bezahlt, lange nachdem die Kriegshandlungen abgeschlossen sind. Im nigerianischen Bürgerkrieg der Jahre 1967 bis 1970 wollte die Regierung den Krieg finanzieren, ohne eine hohe Inflation oder Zahlungsbilanzprobleme auszulösen. Sie beschränkte die Bankkredite zur Dämpfung der Inlandsnachfrage; sie erhöhte die Steuern, kürzte die Anlageinvestitionen und beschnitt die nichtmilitärischen Ausgaben in erheblichem Umfang, darunter solche für die allgemeine Verwaltung, die soziale Wohlfahrt und die Gemeinden und die wirtschaftlichen Dienste. Aufgrund der hohen Kosten für die Einfuhr von Waffen und wegen der entgangenen Exporte konnte mit diesen Maßnahmen jedoch nicht vermieden werden, daß sich die Zahlungsbilanzlage Nigerias verschlechterte.

**Tabelle 7.6 A Todesfälle im Verlauf von Kriegen, 1900 bis 1989**

Zeitraum	Anzahl der Kriege		Tote im Verlauf von internationalen Kriegen (in Tsd.)			Tote im Verlauf von Bürgerkriegen (in Tsd.)			Todesfälle insgesamt in Prozent der Weltbevölkerung
	Bürgerkriege	Internationale Kriege	Zivilisten	Soldaten	Gesamt <sup>a</sup>	Zivilisten	Soldaten	Gesamt <sup>a</sup>	
1900–09	10	6	230	12	243	25	139	166	0,02
1910–19	15	9	7.045	13.470	20.556	1.140	139	1.327	1,13
1920–29	11	8	21	42	109	39	111	371	0,02
1930–39	11	8	933	838	1.770	646	1.109	1.796	0,17
1940–49	13	7	20.176	19.110	39.285	1.007	5	2.182	1,70
1950–59	20	5	1.073	1.926	3.031	1.571	253	1.879	0,17
1960–69	12	9	622	605	1.256	1.827	1.222	3.301	0,13
1970–79	18	7	639	606	1.246	3.543	1.236	4.957	0,16
1980–89	29	6	702	931	1.733	1.899	179	2.081	0,08
1900–89	141	63	31.440	37.539	69.229	11.697	4.393	18.059	..

Anmerkung: Mit Ausnahme von 11.000 Menschen entfielen sämtliche Todesfälle im Verlauf von Kriegen nach 1949 auf die Entwicklungsländer. Alle Angaben sind geschätzt und unterliegen einem erheblichen Fehlriskio. Inländische Auseinandersetzungen sind nicht immer eindeutig als Bürgerkriege zu definieren, und von daher weichen die entsprechenden Statistiken in den verschiedenen Untersuchungen voneinander ab. Eine Reihe von inländischen Auseinandersetzungen wurde nicht berücksichtigt. Zum Beispiel sind die Todesfälle infolge der Säuberungen und der Kollektivierung in der Sowjetunion während der dreißiger Jahre, die auf 5 Millionen bis 20 Millionen geschätzt werden, nicht in diesen Angaben enthalten. Aufgrund unzureichender Daten wurden auch keine Zahlen über Todesfälle infolge anderer derartiger Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg aufgenommen. Grobe Schätzungen für derartige Todesfälle kommen auf eine Zahl von bis zu 15 Millionen. Zudem werden einige Kriege als Bürgerkriege gezählt, obwohl eine ausländische Intervention stattfand. Die Todesfälle während des Koreakrieges, während des Vietnamkrieges im Zeitraum 1965 bis 1975 und während des Krieges in Afghanistan in den Jahren 1978 bis 1989 wurden unter den internationalen Kriegen erfaßt.

a. Die Gesamtangaben umfassen die gesamten geschätzten Todesfälle. Sofern eine Aufgliederung nicht zur Verfügung stand, wurde auf eine Unterteilung in Zivilisten und Soldaten verzichtet. Die Gesamtangaben können auch infolge von Rundungen von der Summe der Einzelangaben abweichen. Die Todesfälle wurden zeitlich auf die Perioden aufgeteilt, wenn sich die Berichtszeiträume über mehr als ein Jahrzehnt erstreckten.

Quellen: Sivaro 1988, 1989.

**Tabelle 7.6 Staatliche Militärausgaben im Vergleich zu staatlichen Ausgaben in sozialen Bereichen, 1986**

(in Prozent des BSP)

Militärausgaben	Ausgaben für Gesundheit und Bildung				
	1-1,9 ..	2-4,9 ..	5-9,9 ..	10 und mehr ..	
Weniger als 1		Brasilien Ghana	Mexiko Niger	Barbados Zypern	Gambia Costa Rica Luxemburg
1-1,9	Nigeria Paraguay	Argentinien Bangladesch Dominik. Rep. Ecuador Guatemala Kamerun Kolumbien	Haiti Nepal Philippinen Ruanda Rumänien Sierra Leone	Algerien Côte d'Ivoire Fiji Jamaika Malta Zentralafrik. Rep.	Papua-Neuguinea Swasiland Trinidad und Tobago Venezuela
2-4,9	Uganda Zaire	Burundi Benin Bolivien Burkina Faso El Salvador Guinea	Indien Indonesien Mali Myanmar Türkei Uruguay	Bulgarien Chile Deutsche Dem. Rep. Gabun Italien Kenia Kongo Lesotho Liberia Madagaskar Tschechoslowakei Ungarn	Jugoslawien Malawi Mauretanien Polen Sambia Senegal Somalia Südafrika Spanien Tansania Thailand Togo
5-9,9		China Pakistan Peru Tschad	Sri Lanka Sudan Vereinigte Arab. Emirate	Ägypten Äthiopien Bahrein Griechenland Honduras Kuba Korea, Rep. Kuwait	Jemen, Arab. Rep. Malaysia Marokko Singapur Tunesien Vereinigte Staaten
10 und mehr		Angola Irak		Iran, I.R. Israel Jordanien Oman	Jemen, VR Syrien UdSSR Guyana Libyen Nicaragua Saudi-Arabien

Anmerkung: Die in dieser Tabelle angegebenen Bandbreiten illustrieren die unterschiedlichen Ausgaben in den einzelnen Kategorien; aufgrund einiger Unterschiede in der Definition dieser Kategorien ermöglichen sie nicht notwendigerweise genaue Vergleiche zwischen einzelnen Ländern. Die Schätzungen der Ausgaben im sozialen Bereich umfassen nicht die Ausgaben auf lokaler Ebene.

Quelle: Sivard 1989.

arme Länder geben mehr für militärische als für soziale Zwecke aus (Tabelle 7.6). Während der letzten drei Jahrzehnte haben Militär- und Zivilregierungen offenbar etwa den gleichen Anteil am BIP für ihre bewaffneten Streitkräfte ausgegeben.

In den Ländern mit hohem Einkommen sind die Militärausgaben im gleichen Tempo gewachsen wie das BIP. In den Entwicklungsländern waren die Militärausgaben rückläufig – von 6 bis 7 Prozent des BIP in den späten siebziger Jahren auf etwa 5 Prozent in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Dies ging vor allem auf die drastische Senkung der Militärausgaben im Nahen Osten (vor allem in

Syrien und Ägypten) und in Lateinamerika (nach der Haushaltskrise der achtziger Jahre) zurück. 5 Prozent des BIP sind aber noch immer ein enormer Betrag; in vielen Ländern würde er mehr als ausreichen, um die Staatsausgaben für die Infrastruktur oder das Gesundheits- und Bildungswesen zu verdoppeln.

Die Regierungen müssen jeden erdenklichen Schritt unternehmen, um die Militärausgaben zu reduzieren. Costa Rica ist ein herausragendes Beispiel für eine Regierung, die sich entschieden hat, die Militärausgaben zu senken und ihre Anstrengungen auf die Bereitstellung von Gesundheits- und

Bildungsleistungen zu konzentrieren – eine Vorgehensweise, die zu größerer Gerechtigkeit führte und zu einem Grad an politischer Stabilität, der für die Dritte Welt ungewöhnlich ist. Costa Ricas schlechte Böden und spärliche Naturschätze bedeuteten freilich, daß das Land wenig Feinde hatte; seine Erfahrungen werden sich nicht so einfach übertragen lassen.

Viele Länder müssen mit größeren internen und externen Bedrohungen fertig werden als Costa Rica; dennoch rechtfertigen diese Bedrohungen kaum die Beträge, die heute für bewaffnete Streitkräfte ausgegeben werden. Entwicklungshilfe- und Finanzierungsorganisationen haben das Recht zu fragen, ob es sinnvoll ist, Regierungen zu helfen, deren oberste Priorität nicht die Entwicklung, sondern der Ausbau ihrer militärischen Stärke ist.

#### *Privatisierung und Reformierung staatseigener Unternehmen*

In den achtziger Jahren und im bisherigen Verlauf der neunziger Jahre war die Überführung staatseigener Unternehmen (SEU) in den privaten Sektor ein wichtiges Ziel der Regierungen, und zwar sowohl in OECD-Ländern wie Neuseeland und Großbritannien als auch in Entwicklungsländern wie Argentinien, Brasilien, Chile, Ghana, der Republik Korea, Malaysia, Mexiko, Nigeria, Togo und der Türkei. In der Mehrzahl dieser Länder bedeutete die Privatisierung erheblich mehr als lediglich die Übertragung von Vermögenswerten auf den privaten Sektor. Sie war Bestandteil eines weitergehenden Bemühens, das auf die Stabilisierung und Liberalisierung der Wirtschaft an mehreren Fronten abzielte – bei den Regulierungen, Preisen, beim Außenhandel und im Finanzsektor. Die Regierungen gingen bewußt daran, die wirtschaftliche Rolle des Staates neu zu definieren. Teil dieser Wende war, daß die Regierungen den privilegierten Zugang der SEU zu Mitteln aus dem öffentlichen Haushalt oder zum Kreditsystem beschnitten, den tarifären oder nichttarifären Schutz ihrer Produkte abbauten und die administrativen Schutzmaßnahmen gegenüber privaten Konkurrenten zurückführten. Sie signalisierten eine neue Entschlossenheit, enge Verteilungsziele nicht auf Kosten der Effizienz verfolgen zu wollen.

Viele Regierungen sind zu der Ansicht gelangt, daß eine Privatisierung ohne Einbettung in ein derartiges weitergefaßtes Programm eine leere Geste wäre. Es würde lediglich die Kontrolle über

anfallende Renten auf den Privatsektor übertragen. Dieser allgemeine Ansatz hatte verschiedene Varianten. In China war die Deregulierung von neuen institutionellen Regelungen begleitet, die es der Regierung gestatten, Eigentümer zu bleiben und dennoch die Effizienz der Unternehmen zu verbessern. In Argentinien, und in geringerem Umfang in Mexiko, wurde die Privatisierung mit umfassender Beteiligung des Auslands dazu eingesetzt, um die Auslandsverschuldung abzubauen und die Investitionen in die grundlegende Infrastruktur, wie das Energie- und Fernmeldewesen, zu steigern. In Argentinien und Brasilien wird von den Privatisierungserlösen auch ein wesentlicher Beitrag zum Ausgleich des Haushaltsdefizits erwartet.

**DURCHFÜHRUNGSPROBLEME.** Die Privatisierung hat sich aber auch als mühsames Unterfangen erwiesen. Unergebbige inländische Kapitalmärkte, ungünstige wirtschaftliche Bedingungen und der Widerstand der Gewerkschaften und der öffentlich Bediensteten haben den Prozeß praktisch überall verlangsamt. Ausgenommen in relativ fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wie Argentinien, Brasilien und Mexiko, fehlt es in den meisten Entwicklungsländern ganz überwiegend an der für die Privatisierung erforderlichen Infrastruktur, d. h. an Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern, Investmentbankern und Unternehmern. Die Notwendigkeit, diese Infrastruktur aufzubauen, ist besonders groß in Osteuropa, wo es sogar schwierig ist, qualifizierte Personen zu finden, die als Direktoren diese Unternehmen leiten könnten. Es müssen Ressorts geschaffen werden, die die Privatisierung handhaben, diese müssen dann angemessen mit Personal und Mitteln ausgestattet werden: eine Herausforderung eigener Art in Zeiten finanzieller Knappheit.

Auch rechtliche Fragen komplizieren die Privatisierung. In Mexiko mußte 1983 die Verfassung geändert werden, bevor die Privatisierung voran kommen konnte. In der Türkei mußten Verkäufe unterbleiben, wenn die Gerichte sie für rechtswidrig erklärten. In sozialistischen Ländern müssen Gesetze verabschiedet werden, die Eigentumsrechte definieren, Privatbesitz legalisieren, Richtlinien erlassen für die Gründung von Unternehmen und den Schutz der Interessen von Minderheitsaktionären wahren; all dies ist notwendig, wenn die Rechtmäßigkeit eines privaten Unternehmenskaufs gewährleistet werden soll. Ebenso muß die Rechtmäßigkeit aus der Sicht des Verkäufers hergestellt werden. Im Gegensatz zur volkstümlichen Auffassung hatten

die Regierungen in den sozialistischen Ländern keine klaren Eigentumsrechte an Unternehmen. In einigen Fällen wurden die Vermögenswerte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg verstaatlicht, die zugesagten Entschädigungen, die die Verstaatlichung legalisiert hätten, wurden aber nie gezahlt. Die Tschechoslowakei und die frühere Deutsche Demokratische Republik schufen neue Gesetze, welche den früheren Eigentümern Vorrechte einräumten hinsichtlich von Entschädigungszahlungen oder der Rückgabe ihres ursprünglichen Eigentums. Unsicherheiten darüber, ob es bevorrechtigte Ansprüche auf die Unternehmenswerte gibt, hat viele potentielle Investoren bei der Privatisierung vorsichtig werden lassen.

Im Rahmen früherer Dezentralisierungsversuche in sozialistischen Ländern wurden den Arbeitern in vielen Betrieben Rechte eingeräumt, die in westlichen Ländern traditionell dem Anteilseigner zustehen. In Polen haben Arbeiterräte das Recht, über Unternehmenszusammenschlüsse oder die Auflösung des Unternehmens zu entscheiden, sowie über den Verkauf von Aktiva und die Ernennung der obersten Führungskräfte. In Jugoslawien sind die Rechte der Arbeiter noch umfassender gesetzlich geregelt. Zudem sind staatseigene Vermögenswerte eines der wenigen positiven Erbstücke jahrelanger kommunistischer Herrschaft; die Menschen bestehen auf einer gerechten Verteilung dieses Wohlstandes als teilweiser Wiedergutmachung für die Leiden der Vergangenheit. Infolgedessen gibt es starken Widerstand gegen deren Übertragung in die Hände der alten kommunistischen *nomenklatura* – der Klasse der Unternehmensführer, die, verbunden über Parteizugehörigkeit, die Wirtschaft beherrschten. Diese Gruppe gehört aber zu den reichsten, verfügt über die besten Informationen über den Realwert der Unternehmen und hat die Geschäftsverbindungen, um die Betriebe zum Laufen zu bringen. Es gibt die Befürchtung, daß ein Verkauf der Vermögenswerte am offenen Markt die alte Vorherrschaft der *nomenklatura* wiederherstellen wird.

Die Erfahrungen der früheren Deutschen Demokratischen Republik sprechen dafür, daß selbst unter günstigen finanziellen, rechtlichen und technischen Bedingungen der Verkauf von Unternehmen einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Die 9.000 zu privatisierenden Staatsunternehmen in Ostdeutschland entsprechen etwa 30.000 bis 40.000 Unternehmen in einer Marktwirtschaft. Obwohl der Verkauf von Staatsunternehmen durch die deutsche Privatisierungsanstalt (Treuhandaanstalt) mittlerweile die Zahl von 300 pro Monat erreicht hat

(verglichen mit 25 in zehn Jahren im Rahmen des britischen Privatisierungsprogramms), werden bis zum Abschluß des Prozesses Jahre vergehen. Die Unsicherheiten über den Wertgehalt der Betriebe war zunächst so groß, daß vereinbart wurde, den jeweiligen Kaufpreis erst später auf dem Verhandlungswege festzulegen. Obwohl die Werte der Aktiva und der Unternehmen jetzt besser zu klären sind, werden in die meisten Verträge Eventualklauseln mit Blick auf den Verkaufspreis aufgenommen, um die Verpflichtung auf Seiten der Käufer zu verstärken.

Auch die Gesamtheit des wirtschaftlichen Umfeldes, politische Erwägungen und technische Aspekte komplizieren den Privatisierungsprozeß. In Chile wurden einige der in den Jahren 1974 bis 1978 privatisierten Betriebe innerhalb weniger Jahre renationalisiert, um sie vor dem Konkurs zu retten, der nach der tiefen Wirtschaftskrise der späten siebziger Jahre drohte. Mitte der achtziger Jahre wurde in Nepal eine Privatisierung rückgängig gemacht, weil es Widerstände gegen die Übertragung des Unternehmens an eine ethnische Minderheit gab. In Bangladesch führten ungelöste Fragen über die Anteilspreise und den Schuldenüberhang dazu, daß privatisierte Betriebe Instandhaltungs- und Erweiterungsinvestitionen vernachlässigten. Statt dessen konzentrierten sich die Firmen auf die schnelle Erzielung flüssiger Mittel – und viele der von der Privatisierung erwarteten Effizienzgewinne verfloßen. In der früheren Deutschen Demokratischen Republik und Ungarn traten die ersten Vorsitzenden der Privatisierungsanstalten innerhalb eines Jahres zurück. In Argentinien führten Korruptionsvorwürfe bei einigen Privatisierungen zu einer Umbildung des Kabinetts. Selbst wo die Privatisierung weniger Rückschläge erfahren hat, waren die Erfolge oft bescheiden. In Mexiko zum Beispiel wurden zwei Drittel der SEU privatisiert, die Verkaufserlöse belaufen sich aber auf weniger als 20 Prozent der gesamten Aktiva der SEU.

EINE GLEICHWOHL REVOLUTIONÄRE ENTWICKLUNG. Der jüngere Wandel im Denken der Regierungen hinsichtlich der Privatisierung war aber, ungeachtet solcher Schwierigkeiten, dennoch außergewöhnlich. Viel von dem, was erreicht wurde, wäre vor zehn Jahren undenkbar gewesen. In Argentinien hat die Regierung zwei Fernsehstationen privatisiert und gab den Zuschlag für Verkaufsverträge über die Telefongesellschaft, die nationale Fluglinie, einige Teilbereiche der nationalen Ölgesellschaft und den Hauptanbieter von Elektrizität.

Weitere Privatisierungen werden für die nahe Zukunft erwartet. In Chile haben Privatisierungen die Notverstaatlichung der vergangenen Jahre rückgängig gemacht; Sektoren, die traditionell vom Staat dominiert wurden, wie Stahl, Öl und das Fernmeldewesen, dürften in der nächsten Zeit privatisiert werden.

In Côte d'Ivoire, wo der Privatsektor bereits in der Wasserversorgung tätig ist, engagiert er sich jetzt auch in der Elektrizitätsversorgung. In Togo wurden Textilbetriebe an ausländische Investoren verkauft. Weitere Privatisierungen werden bald in Brasilien, Peru, Sri Lanka und der Türkei erwartet. In verschiedenen afrikanischen Ländern schreitet die Schließung nicht-überlebensfähiger SEU voran.

Die erste Phase der Planung und der Einführung neuer Rechtsverordnungen ist in der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und Jugoslawien weitgehend abgeschlossen. Die Tschechoslowakei und Polen scheinen zu einem schnelleren Privatisierungsvorgehen sowie zur Schaffung einer breiten Basis von Anteilseignern entschlossen. Ungarn will langsamer voranschreiten; es schafft Kapitalgesellschaften, deren Anteile bei einer Staatsholding so lange hinterlegt werden, bis sie bewertet und durch öffentliche Ausschreibung verkauft werden können. Ungarn erwartet, auf diesem Wege im Jahre 1991 etwa zweihundert Gesellschaften privatisieren zu können.

In Polen werden bereits die meisten Geschäfte, Tankstellen und Fuhrunternehmen von Privatbesitzern betrieben, und ein erheblicher Teil des Wohnungsbestandes ist jetzt privatisiert. Üblicherweise wurden diese Aktiva geleast und nicht direkt verkauft. Die Versteigerung kleinerer Betriebe hat in der Tschechoslowakei bereits begonnen, und zwar koordiniert durch die Zentralbehörden. Für die größeren Firmen werden Programme für eine „kostenlose“ Verteilung der Anteile geplant, um die Privatisierung zu beschleunigen. Der polnische Plan erfordert eine Umwandlung einiger hundert Großunternehmen in Kapitalgesellschaften, wobei die meisten Anteile den Arbeitern, Pensionsfonds, Banken und anderen Finanzintermediären (die als Treuhänder für die Gesamtbevölkerung agieren) zugeteilt werden. Die verbleibenden Anteile werden an private Investoren verkauft. Ähnliche Regelungen dürften in der Tschechoslowakei ausgearbeitet werden.

LEHREN. Privatisierungen sind notwendig und höchst erwünscht, wenngleich schwierig und zeit-

aufwendig. Sie sollten nicht als Selbstzweck aufgefaßt werden, sondern als Mittel zum Zweck: die Ressourcen effizienter einzusetzen. Die schnellstmögliche Beseitigung von Preisverzerrungen und -kontrollen ist hierzu unbedingt notwendig. Solange die Preise keine echten Indikatoren der Kosten und der Konsumentennachfrage sind, ist die wahre Rentabilität eines Unternehmens nicht bekannt, und seine Aktiva können entsprechend nicht akkurat bewertet werden. Der Verkauf des Unternehmens zu einem angemessenen Preis ist unter Umständen nicht möglich, und in der Zwischenzeit ist die Unternehmensleitung nicht in der Lage, fundierte Entscheidungen über Investition und Produktion zu treffen. Das Preissystem wie erforderlich arbeiten zu lassen bedeutet, Verzerrungen wie etwa Preiskontrollen zu beseitigen, verzerrte Transferpreise zwischen Unternehmen abzuschaffen und subventionierte Kredite und Vorzugsbehandlung beim Zugang zu Haushaltsmitteln und zum Kreditssystem einzustellen. Es bedeutet auch, die Politik auf gesamtwirtschaftlicher Ebene in Ordnung zu bringen, wozu auch die Vermeidung einer überbewerteten Währung gehört.

Es wäre schwierig, in naher Zukunft alle SEU zu privatisieren, selbst wenn die Regierungen dies wollten. Die Bemühungen um eine Steigerung der Produktivität dürfen aber in der Zwischenzeit nicht auf sich warten lassen. Die Regierungen dürfen nicht zögern, grundlegend unrentable Betriebe zu schließen, und die verbleibenden SEU können leistungsfähiger geführt werden. Lockere Haushaltsbeschränkungen, Einflußnahmen auf die Unternehmensführung und die Personaleinstellungen sowie Wettbewerbsbeschränkungen (auf Produkt- wie Faktormärkten) müssen abgebaut oder abgeschafft werden. In vielen Ländern findet man leistungsfähige Staatsunternehmen: zum Beispiel in Äthiopien, Brasilien, Frankreich, Italien, Korea, Malaysia und Singapur. Diese zeigen, daß SEU als effiziente kommerzielle Betriebe geführt werden können, die auf den Verbraucher reagieren. In vielen Ländern ist die Verbesserung der Leistungen von SEU ebenso dringlich wie die Privatisierung als einem eigenständigen Ziel.

#### *Die Herausforderungen der Reform*

Die Herausforderung für die Regierung liegt darin, die Reformen gegenüber einer manchmal scharfen politischen Opposition durchzusetzen. Strukturelle Reformen können mächtige Interessengruppen

zum Widerstand herausfordern. Eine Straffung des öffentlichen Dienstes bedroht die Arbeiter in den Städten mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor allem in Afrika, wo der öffentliche Sektor oft bis zur Hälfte aller Lohnabhängigen beschäftigt. Gruppen, die sich gegen eine Reform organisieren können, muß man bei der Planung berücksichtigen; die Nutznießer von Reformen leben häufig weit verstreut und sind unorganisiert, so daß die Regierung kaum mit deren Unterstützung rechnen kann.

Wenn die Produktion rasch auf ein Reformprogramm reagiert, wird die Unterstützung für das Programm zunehmen, und die Reform kann sich konsolidieren. Ein starkes Ausfuhrwachstum stützte die Reformen in Indonesien, Korea und der Türkei. Ein kräftiges Exportwachstum kann auch dazu beitragen, daß die Regierung ihre Maßnahmen nicht zurücknehmen muß, etwa infolge von Zahlungsproblemen oder schwindenden Devisenreserven. Reformen, die das Investitionsklima verbesser-

### Sonderbeitrag 7.7 Von einer zentralverwalteten Volkswirtschaft zu einer Marktwirtschaft

Die Transformation einer zentralverwalteten Volkswirtschaft in eine Marktwirtschaft erfordert komplexe Reformen, die ohne Vorbild sind. Es gibt keine Erfahrungen, an denen sich der Übergang in seinem jetzigen Ausmaß orientieren könnte. Und die meisten der im Übergang befindlichen Länder bauen gleichzeitig eine neue politische Ordnung auf. Es besteht relativ wenig Dissens darüber, daß der Übergang erfolgen muß, aber es gibt erhebliche Kontroversen über die Theorie, die Zeitfrage, den Umfang, die Geschwindigkeit und die Abfolge der Reformmaßnahmen.

Drei Fragenkomplexe bestehen. Der eine bezieht sich auf die ökonomischen Implikationen der wirtschaftspolitischen Abläufe: Wird eine spezielle Maßnahme ihr Ziel erreichen können, während noch andere wirtschaftliche Verzerrungen erhalten bleiben? Die zweite Frage ist politischer Art: Wird eine größer werdende Opposition die für das Ende des Prozesses vorgesehenen Reformen unmöglich machen? Und drittens ergibt sich die Frage nach der technischen Durchführbarkeit: Neue Rechts-, Rechnungslegungs- und Finanzsysteme erfordern größeres technisches Spezialwissen und längere Zeiträume bis zur tatsächlichen Umsetzung als Reformen, die lediglich die Deregulierung der Preise zum Ziel haben.

Eine Denkschule der Reform setzt die Veränderung der Eigentumsverhältnisse an den Anfang der Reformschritte – vor oder zusammen mit Schritten hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Stabilität und des Aufbaus von Märkten. Die Gründe hierfür sind zum Teil politischer Natur. Mit einer frühzeitigen Privatisierung verringert sich das Risiko einer längerdauernden Staatskontrolle über die Wirtschaft, und es entsteht ein größerer Druck für ergänzende marktorientierte Reformen. Eine andere Denkschule dagegen beginnt mit gesamtwirtschaftlichen Reformen und dem Aufbau der Märkte: Die Privatisierung – zumindest für große Staatsbetriebe – erfolgt erst in der zweiten Stufe. (Bei beiden Vorschlägen würden bereits frühzeitig einige Vermögensbestände im Bereich der Landwirtschaft, des Einzelhandels und des Wohnungswesens privatisiert). Die hier ausschlaggebenden Gründe sind, daß privates Eigentum Finanzinstitutionen, Erfahrung und Spezialwissen verlangt und dies

in den im Übergang befindlichen Ländern noch nicht vorhanden ist. Ohne diese Infrastruktur könnte eine schnelle Privatisierung zu einer um sich greifenden Korruption sowie wirtschaftlichem und politischem Chaos führen. In beiden Denkschulen gibt es weitere Unterschiede über die richtige Rangordnung für die Bekämpfung spezieller Verzerrungen.

Es gibt keine einheitlichen Reformabläufe, die sich auf alle Übergangsländer anwenden lassen. Die Geschichte der Reformmaßnahmen eines jeden Landes ist unterschiedlich; im Gegensatz zu anderen hatte Ungarn mehr als zwanzig Jahre lang Erfahrungen mit der Dezentralisierung von wirtschaftlichen Entscheidungen. Die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen reichen von großer Instabilität (in der Sowjetunion) bis hin zu relativer Stabilität in der Tschechoslowakei. Die Aktivitäten des Privatsektors waren relativ umfangreicher in vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Ländern wie China und Vietnam, aber zu vernachlässigen in stärker industrialisierten Nationen.

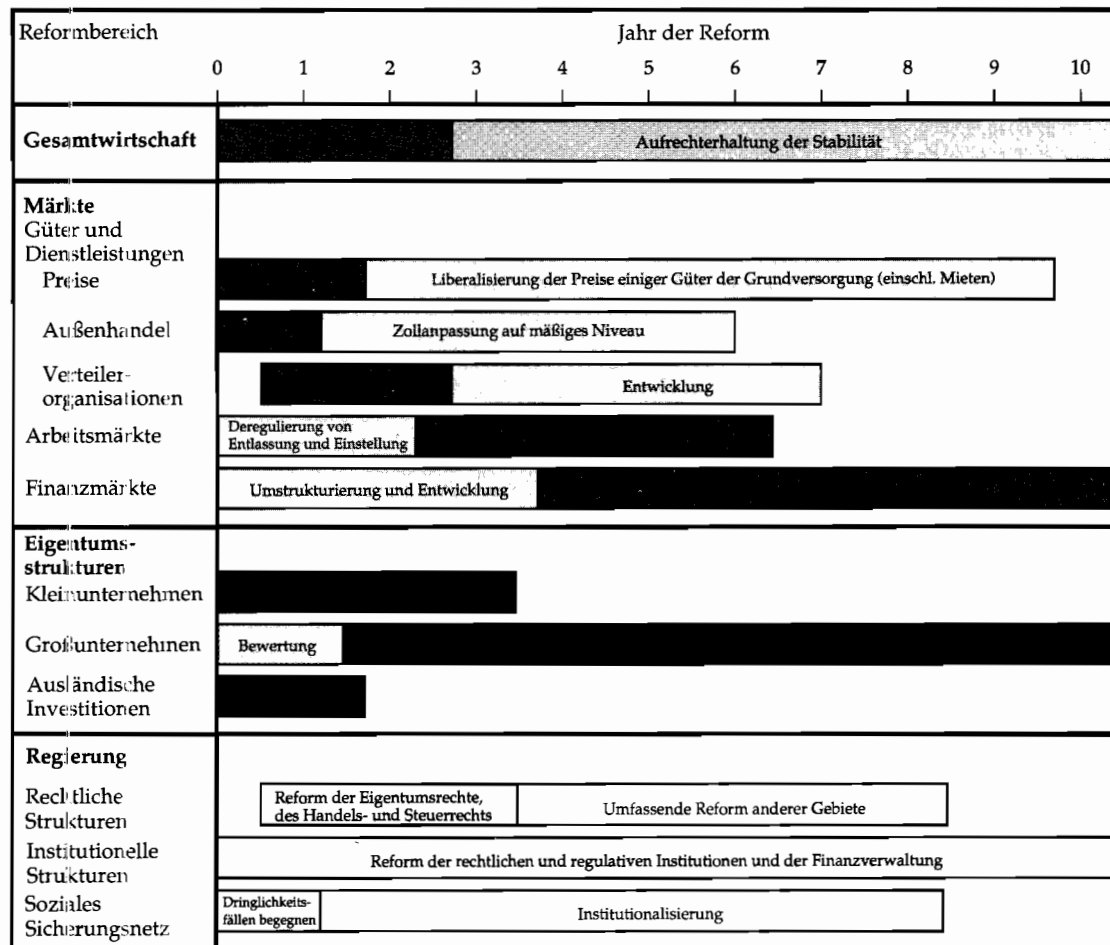
Ein vorzuziehender Ablauf der Reformen (Schaubild 7.7 A) würde frühe Maßnahmen zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung und zur Deregulierung der Preise in der Binnen- und Außenwirtschaft zum Inhalt haben, damit klare und richtige Signale für die wirtschaftliche Aktivität und die Bewertung der Unternehmen vorhanden sind. Diese Schritte würden begleitet und gefolgt von intensiven Anstrengungen zur Rationalisierung der Unternehmen, zur Verbesserung des wirtschaftlichen Entscheidungsprozesses, zur Reform der Außenhandelspolitik und zum Aufbau von Managementkenntnissen und eines starken Finanzsektors. Die Privatisierung von Großunternehmen würde dann als nächstes Vorrang bekommen. Der Außenschutz würde abgebaut und die Volkswirtschaft der ausländischen Konkurrenz auf Grundlage eines festen, im voraus bekanntgegebenen Zeitplans ausgesetzt – zunächst auf den Güter- und später auf den Kapitalmärkten. Der Aufbau von Institutionen wäre ein zentrales Thema, und zwar von Beginn an und auf allen Ebenen: das Vertragsrecht, die Struktur der Eigentumsverhältnisse und die Rolle der zentralen Organisation in der Volkswirtschaft würden allesamt der Reform und der Umstrukturierung bedürfen.

## Sonderbeitrag 7.7 (Fortsetzung)

Eine Privatisierung in großem Umfang stünde nicht an der Spitze der Reformschritte, aber um dem Risiko einer Verzögerung zu begegnen, gäbe es frühzeitige rechtliche Verpflichtungen (durch die Verteilung von Anteilsscheinen), die privates Eigentum innerhalb eines annehmbaren Zeitraums garantieren. Das Programm wäre zeitlich kurz gehalten, indem jeder Reformschritt schnellstmöglich im Einklang mit der Entwicklung institutioneller Kapazitäten vollzogen wird. In der Tat scheint eine drei- bis fünfjährige Zeitspanne im Lichte der bislang erreichten Fortschritte in den Übergangsländern als optimistisch.

Die Reformen werden mit Sicherheit schmerzvolle Anpassungen mit sich bringen. Mit dem Wegfall der Preiskontrollen werden Inflation und Arbeitslosigkeit zunehmen, und die realen wirtschaftlichen Verluste mancher Aktivitäten werden aufgedeckt. Die politische Opposition kann im Zuge dieser Entwicklungen zunehmen, ebenso wie durch den Anstieg der Einkommensungleichheiten, die sich nach einer radikalen Veränderung der Anreizstrukturen einstellen. Aber bald können Fortschritte im Ausfuhrbereich und in der Verfügbarkeit von Konsumgütern folgen. Und angesichts des relativ gut ausgebildeten Arbeitskräftepotentials in Osteuropa könnten die Wachstumsaussichten hervorragend sein.

Schaubild 7.7A Die Phasenabfolge der Reform



Anmerkung: Dunklere Schattierung verweist auf nachdrückliches Handeln. MB = Mengenmäßige Beschränkungen.

sein, können wahrscheinlich eher durchgehalten werden, weil die neuen Investoren die Befürworter der Maßnahmen unterstützen. Eine Ausweitung der Produktion und der Investition würde die steuerliche Basis vergrößern, die Steuereinnahmen steigern und das Haushaltsdefizit verringern. All dies spricht für Reformen, die kühn genug konzipiert sind, um eine unverzügliche Reaktion der Angebotsseite auszulösen. Zögerliche Programme dürften dagegen kaum Anhänger für die Reformziele hinzugewinnen. Viele Reformer in Osteuropa haben sich diese Lehren zu Herzen genommen (Sonderbeitrag 7.7).

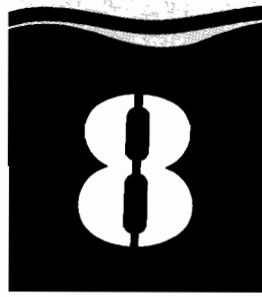
Ungeachtet der politischen Schwierigkeiten haben viele Regierungen bei der Durchführung kontroverser Reformen ein großes Maß an Einfallsreichtum gezeigt. Zum Beispiel haben die Regierungen von Bolivien, Ghana, Korea und Mexiko darum gekämpft, die Öffentlichkeit von den Kosten des Nichtstuns zu überzeugen und die mit den Reformen verfolgte Zielsetzung zu erklären. Die internationale Diplomatie kann diesem Anliegen zusätzliche Glaubwürdigkeit verleihen. Vereinbarungen mit der EG halfen Griechenland, Israel, Portugal und Spanien in den sechziger Jahren, Reformmaßnahmen im Außenhandel zu ergreifen, der Beitritt zum GATT half Mexiko im Jahre 1976. Einige Regierungen haben Sozialpakete ausgehandelt, um die Anpassungslasten gleichmäßig auf Kapital und Arbeit zu verteilen, so in Mexiko in den achtziger Jahren und in Israel im Jahr 1986. In den frühen achtziger Jahren führte in Chile und Mitte der achtziger Jahre in Sri Lanka die erfolgreiche Handelsliberalisierung schrittweise zu einer Umorientierung des Industrieverbandes von einer Importsubstitution zur Unterstützung der Ausfuhr. Im allgemeinen haben nur wenige Regierungen, die sich entschlossen zeigten, die Probleme ihrer Gesellschaften anzugehen, wegen dieser Entschlossenheit die Macht verloren.

Natürlich gibt es Grenzen der Überzeugungsmöglichkeiten. Oft, so scheint es, werden Reformen erst durch eine dramatische wirtschaftliche oder politische Krise möglich. Die Beispiele reichen von Japan zur Meiji-Zeit bis zum heutigen Argentinien, Ghana, Peru und Polen. In manchen Fällen wird die

Reform, selbst angesichts eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs, von den wichtigsten Anhängern der Regierung blockiert. Dann müssen sich die ausländischen Gläubiger und Hilfsorganisationen mit einem extrem unbequemen Tatbestand auseinandersetzen: Trotz des Bedarfs des Landes an externen Mitteln könnte eine solche Unterstützung mehr Schaden als Nutzen dadurch stiften, daß die gegen eine Reform eingestellte Regierung gestützt wird.

In Ländern, die nicht durch politische Kräfte gelähmt sind und in denen die Reform voranschreiten kann, besteht die Aufgabe für internationale Hilfs- und Finanzierungsorganisationen darin, die Erneuerung zu unterstützen. Sie können dazu beitragen, indem sie die Unterstützung von unproduktiven Aktivitäten oder von neuen Projekten vermeiden, die unter gravierend verzerrten Bedingungen durchgeführt werden müßten. In vielen Ländern müssen ausländische Stellen zur Stärkung der staatlichen Institutionen beitragen, ohne die eine Entwicklungshilfe wahrscheinlich ohne Wirkung bleiben würde. Reformen burden manches Mal denen besonders hohe Kosten auf, die am wenigsten in der Lage sind, sie zu tragen: den Armen. Durchdachte Sicherungsnetze (etwa Notanpassungsfonds, wie sie in Bolivien und Ghana in den achtziger Jahren eingerichtet wurden) können den Anfälligsten helfen und damit die Anhängerschaft für den Entwicklungsprozeß vergrößern.

Die Reform wird eine gewaltige Aufgabe bleiben, die politischen Mut und wirtschaftliche Weitsicht verlangt. Die Kombinierung der vielen unterschiedlichen Elemente, die hier und in anderen Kapiteln beschrieben wurden, ist bereits für sich betrachtet äußerst schwierig. Die angemessene Kombinierung der Faktoren wird, entsprechend den Umständen, von Land zu Land unterschiedlich ausfallen. Selbst wenn der Reformprozeß gut konzipiert ist, werden die Regierungen mit Sicherheit unerwartete Rückschläge erleiden, von denen einige völlig außerhalb ihrer Kontrolle liegen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist in der Tat eine Herausforderung – aber, wie uns die Geschichte zeigt, eine, die man bewältigen kann.



## Vordringliche Aufgaben

Die vergangenen vierzig Jahre haben in einer Vielzahl von Fällen einen bemerkenswert schnellen wirtschaftlichen Fortschritt im Kreis der Entwicklungsländer gezeigt – und zwar mit einer derart hohen Geschwindigkeit, daß einige Länder sich dem Punkt nähern, an dem sie sich für die Aufnahme in die Reihe der Industrieländer mit hohem Einkommen „qualifizieren“. Die meisten Entwicklungsländer haben langsamere Fortschritte gemacht. Im Vergleich zu den heutigen Industrieländern auf einer vergleichbaren Entwicklungsstufe haben diese Länder dennoch gut abgeschnitten, und ihr Lebensstandard hat sich erheblich verbessert. Leider gibt es jedoch auch einige Länder, vor allem in Afrika südlich der Sahara, in denen die Entwicklung zu langsam voranschreitet, um das Leben der Bevölkerung spürbar zu verändern. Für sie sind bessere wirtschaftliche Ergebnisse nicht nur sehr wünschenswert, sondern im wahrsten Sinne des Wortes eine Frage von Leben und Tod.

Dieses breite Spektrum von Erfahrungen vermittelt uns viele, gleichwohl keinesfalls vollständige Kenntnisse darüber, wie man die Entwicklung vorantreiben kann und wie nicht. Der Entwicklungsprozeß hat sich als fragil und mehrdimensional erwiesen. Er ist abhängig von komplexen Interaktionen zwischen Institutionen, Maßnahmen und den globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Es gab keine Patentlösungen. Weder eine forcierte Modernisierung der Industrie noch massive Zuflüsse von Ressourcen aus dem Ausland erbrachten die Vorteile, die man sich vor einer Generation davon versprach. Stetige, ja selbst außergewöhnliche Fortschritte stellten sich aber durch Maßnahmen ein, die den Wettbewerb auf den Märkten, die Privatinitiative und die Investitionen in das Sach- und Humankapital vorantrieben.

Es ist zutreffend, daß viele Länder riesige Hürden überwinden müssen – ungünstige natürliche Bedingungen, eine schlechte Infrastruktur, eine mangelnde Verwaltungsfähigkeit, festgefahrene Gruppeninteressen und unzureichende finanzielle Mittel. Mit Hilfe der Erfahrung wird aus der politischen Reform aber dennoch die Kunst des Möglichen. Umfassende marktfreundliche Reformen hatten Erfolg unter verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen.

Die Entwicklungsfortschritte in den neunziger Jahren werden vom gemeinsamen Handeln durch die weltweite Gemeinschaft abhängen, einschließlich der Industrie- und Entwicklungsländer sowie der internationalen Finanzierungsorganisationen. Ihre gemeinsame Aufgabe ist es, globale wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Austausch von Gütern, Wissen und Kapital fördern. Es ist die besondere Verantwortung der Industrieländer und der Finanzierungsorganisationen

- die nach 1945 errichtete freizügige internationale Handelsordnung zu verteidigen und auszuweiten,
- den grenzüberschreitenden Kapitalfluß zu erleichtern,
- im eigenen Land eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die die weltwirtschaftliche Ersparnis und ein stetiges inflationsfreies Wachstum fördert,
- den Technologietransfer zu fördern, und
- die Umwelt zu schützen und Energie zu sparen.

Durch die Erfüllung dieser Pflichten werden die Industrieländer direkt ihren eigenen Interessen dienen. Gleichzeitig werden sie die Grundlage für ein schnelleres Voranschreiten der Entwicklungsländer schaffen.

So wichtig diese Maßnahmen der Industrieländer auch sind, die Zukunft der Entwicklungsländer liegt überwiegend in ihren eigenen Händen. Selbst wenn die Industrieländer nicht ihren Teil dazu beitragen, können die Entwicklungsländer dennoch viel tun, um schneller voranzukommen. Es wäre ein tragischer Fehler ihrerseits, die Mängel in der Wirtschaftspolitik der Industrieländer zum Anlaß zu nehmen, unerläßliche Reformen aufzuschieben. Die richtige Strategie für die Entwicklungsländer, ungeachtet günstiger oder nachteiliger außenwirtschaftlicher Bedingungen ist,

- in die Menschen zu investieren, also unter anderem in das Erziehungswesen, in das Gesundheitswesen und in die Bevölkerungskontrolle,
- zur guten Funktionsweise der Binnenmärkte beizutragen, und zwar durch Begünstigung des Wettbewerbs und durch Investitionen in die Infrastruktur,
- den Außenhandel und Auslandsinvestitionen zu liberalisieren, und
- eine übermäßige Staatsverschuldung und hohe Inflationsraten zu vermeiden.

Diese Elemente der Entwicklungsstrategie stehen in gegenseitigem Verbund (siehe Schaubild 4 des Überblicks). Investitionen in das Humankapital steigern die Produktivität besonders nachdrücklich in einer Volkswirtschaft, die bereits über unverzerrte Binnenmärkte verfügt. Leistungsfähige Binnenmärkte wiederum vergrößern die Erträge einer besseren Bildung und Ausbildung und erleichtern daher die Realisierung von umfangreicheren Bildungsinvestitionen. Eine stabile gesamtwirtschaftliche Lage ermöglicht es eher, den außenwirtschaftlichen Schocks zu widerstehen, die durch die Verflechtung mit der Weltwirtschaft von Zeit zu Zeit verursacht werden, wobei andererseits die weltwirtschaftliche Verflechtung den Zugang zu ausländischem Kapital öffnet, wodurch es leichter fällt, die binnenwirtschaftliche Stabilität im Falle inländischer Schocks aufrechtzuerhalten.

Die vielleicht fruchtbarste Verbindung besteht zwischen leistungsfähigen Binnenmärkten und der Weltwirtschaft. Effiziente Märkte locken Auslandsinvestitionen an, die die Produktivität steigern. Gleichzeitig ermöglichen die Handelsbeziehungen mit dem Ausland, daß die Länder ihre komparativen Vorteile im Außenhandel realisieren; dies trägt in der heimischen Wirtschaft zu einer noch effizienteren Ressourcenverwendung bei.

In vielen Fällen werden die Maßnahmen in Konflikt miteinander stehen, ebenso wie sie sich in anderen Fällen gegenseitig ergänzen können. Bil-

dungsinvestitionen dürfen nicht dazu führen, daß die staatlichen Ausgaben derart expandieren, daß die gesamtwirtschaftliche Stabilität bedroht wird. In einigen Ländern gibt es einen ähnlichen Konflikt zwischen der Liberalisierung des Außenhandels und einer soliden gesamtwirtschaftlichen Politik: Niedrigere Zölle können die Staatseinnahmen verringern und die öffentlichen Defizite erhöhen, wenn nicht gleichzeitig zusätzliche Einnahmen zum Ausgleich der Ausfälle mobilisiert werden.

Die Implementierung einer marktfreundlichen Entwicklungsstrategie, bei Überwindung derartiger Konflikte, erfordert in vielen Ländern, daß die Rolle des Staates neu überdacht wird. Viele Regierungen verfügen nicht über die Verwaltungskapazitäten, um das zu leisten, was sie sich wünschen mögen. Dennoch sind sorgfältige Eingriffe im Entwicklungsprozeß manchmal unabdingbar. Wenn die Regierungen auf solchen Gebieten mehr leisten (vor allem in der Bereitstellung von Bildung und Infrastruktur), so müssen sie sich auf anderen Feldern einschränken (insbesondere bei der Feinsteuerung von Handel und Industrie). Von administrativen Engpässen einmal abgesehen, wären solche Anpassungen in jedem Fall höchst wünschenswert. Die Mittel für größere öffentliche Ausgaben auf essentiellen Gebieten können durch die Ausgabenbescheidung auf Feldern, in denen Gelder verschwendet werden, gewonnen werden.

Die Ausgaben für militärische Zwecke sind für alle Länder, reiche wie arme, von besonderem Belang. Läßt sich die jüngere Tendenz zu rückläufigen Militärausgaben in den Entwicklungsländern aufrechterhalten? Das gegenwärtige Vakuum im Bereich sicherheitspolitischer Vereinbarungen und die Rückwirkungen des Konflikts am Golf lassen die Antwort offen. Es bedürfte nur geringer Veränderungen, um die Dynamik der regionalen Beziehungen entweder in Richtung auf einen neuen Rüstungswettlauf oder einer gegenseitigen Selbstbeschränkung zu verschieben. Ein wichtiger, zur Komplexität beitragender Faktor ist, daß sich die Waffenproduzenten aggressiv um das Geschäft mit den Entwicklungsländern bemühen werden, da ihre Märkte innerhalb der OECD-Länder und des Ostblocks weniger lukrativ werden. Die Entwicklungsländer und die ausländischen Entwicklungshilfe- und Finanzierungsorganisationen würden gut daran tun, diese Anreize dadurch zu ersticken, daß sie die Waffenproduktion nicht unterstützen und die Nichtweitergabe von Waffen fördern.

Die sozialen und politischen Dimensionen des Entwicklungsprozesses – Linderung der Armut,

soziale Gerechtigkeit, politische und bürgerliche Freiheiten, Mitspracherechte der Bevölkerung und Dezentralisierung – haben in der Gemeinschaft der Entwicklungsländer eine zunehmend größere Aufmerksamkeit gefunden. Zwei jüngere Veröffentlichungen befassen sich mit den Implikationen einer sozial verantwortungsvollen Entwicklungsstrategie für Industrie- und Entwicklungsländer (UNDP 1990; World Bank 1990 b). Für die Weltgemeinschaft stehen neue Herausforderungen bevor: Zu handeln nach Maßgabe dieser und ähnlicher Untersuchungen und die erbrachten Leistungen zu bewerten, wie die Unausgewogenheit zwischen ihren Ausgaben für die Bildung und Gesundheit einerseits und für Waffen andererseits. Daneben müssen auch Strategien entworfen und durchgeführt werden, um die Entwicklung der am stärksten benachteiligten sozialen Klassen und Gemeinwesen zu beschleunigen – und zwar wiederum sowohl in vielen Industrie- als auch Entwicklungsländern.

Die Herausforderung des Entwicklungsprozesses ist in der Tat gewaltig. Die Menschheit sieht sich keiner wichtigeren Aufgabe gegenüber. Es sind jedoch genügend Erfahrungen gesammelt worden, um einiges Vertrauen in die Zukunft zu rechtfertigen. Die in diesem Bericht dargelegte Strategie baut auf diese Erfahrungen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind keine perfekten Ratschläge. Wie viele Länder aber bewiesen haben, bilden sie ein durchführbares Programm.

### **Aufgaben für weltweites Handeln**

In diesem Bericht wurde unterstrichen, daß günstige internationale Bedingungen ganz erheblich zu einer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen können. Auf die Industrieländer, mit nur einem Fünftel der Weltbevölkerung, entfallen vier Fünftel der Weltproduktion, mehr als vier Fünftel des Welthandels und fast die gesamten Ausfuhren von Kapital und Technologie. Ihr Einfluß auf den Entwicklungsprozeß wächst, da sich mehr Entwicklungsländer dem Weltmarkt zuwenden. Die Aussichten für das weltwirtschaftliche Wachstum und einen raschen Entwicklungsprozeß werden stark von den Tendenzen in den Industrieländern beeinflußt.

#### *Welthandel*

Das Welt Handelssystem steht vor seiner größten Prüfung seit mehr als vierzig Jahren. Die Welthan-

delsgespräche müssen wiederbelebt und die während der letzten Jahre aufgelaufenen protektionistischen Maßnahmen müssen zurückgeführt werden. Mengenmäßige Beschränkungen und Subventionen für arbeitsintensive Industriezweige sind dem Entwicklungsprozeß besonders abträglich: Untersuchungen haben ergeben, daß höhere Exporteinnahmen infolge des Abbaus dieser Beschränkungen den Betrag der durchschnittlichen jährlichen Entwicklungshilfezahlungen der OECD-Länder überschreiten würden. Durch eine Liberalisierung des Außenhandels der OECD-Länder könnten sich die Bekleidungs- und Textilexporte der Entwicklungsländer in etwa verdoppeln. Ein fünfzigprozentiger Abbau der Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft in der OECD könnte die Ausfuhrerlöse von Entwicklungsländern um 2 bis 40 Prozent steigern. Die Rohstoffexporteure würden davon profitieren, wenn die Benachteiligung verarbeiteter Güter in den geschützten Strukturen der Industrieländer beseitigt würde. Reformen der Außenhandelspolitik der OECD hätten einen beträchtlichen positiven Einfluß auf das Wachstum und die Beschäftigung in den Entwicklungsländern. Hierdurch würden auch ausländische Investitionen in die Entwicklungsländer gelenkt, da die Investoren geschützte Binnenmärkte in den Industrieländern verlieren würden.

Der Stillstand in den Welthandelsgesprächen – zusammen mit wachsenden regionalen Verbindungen zwischen den Volkswirtschaften – könnte zu neuen regionalen Handelsvereinbarungen führen, mit den Zentren Europa, Japan und Vereinigte Staaten. Falls die Blöcke in einen Handelskonflikt gerieten, würde die Weltwirtschaft erhebliche Einbußen erleiden. Gleichzeitig mag es aber einfacher sein, den Handel regional anstatt international zu liberalisieren, und regionale Vereinbarungen könnten der weltweiten Liberalisierung neuen Schwung verleihen. Um eine konstruktive Rolle spielen zu können, müssen regionale Vereinbarungen mit dem GATT vereinbar sein. Sie müssen auch so ausgestaltet sein, daß sie neue Handelsmöglichkeiten eröffnen (durch niedrige interne und externe Barrieren) und nicht den Handel mit Partnern außerhalb der Regionen einschränken (durch erheblich abweichende Binnen- und Außenbarrieren).

#### *Kapitalströme und Finanzen*

Trotz ermutigender Anzeichen beeinträchtigt das Problem der Auslandsverschuldung auch weiterhin die Aussichten der Länder mit gravierenden Schul-

denproblemen. Die Brady-Initiative zur Verringerung kommerzieller Schulden und Schuldendienste stellte einen wichtigen Neuanfang dar, sie hat aber bislang nur in einer Handvoll Länder mit mittlerem Einkommen und relativ guten wirtschaftlichen Aussichten Ergebnisse gezeitigt. Die Schuldenerleichterungen fielen gering aus – im Durchschnitt lagen sie erheblich unterhalb der Marktabschläge auf die Schulden zum Zeitpunkt des Verhandlungsbegins. Der Plan von Toronto zur Reduzierung bilateraler öffentlicher Schulden stellte einen weiteren Durchbruch dar; aber selbst, wenn die Toronto-Bedingungen auf die gesamten öffentlichen Schulden der Länder mit niedrigem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen (ohne Nigeria) ausgedehnt würden, so wäre der verbleibende planmäßige Schuldendienst mehr als doppelt so hoch wie die tatsächlichen Schuldendienstzahlungen im Jahr 1990. Daher müssen diese neuen Initiativen zum Schuldenabbau im kommenden Jahrzehnt gestärkt und ergänzt werden. Zusätzlich wird man sich den nicht-öffentlichen Schulden der Länder mit niedrigem Einkommen widmen müssen.

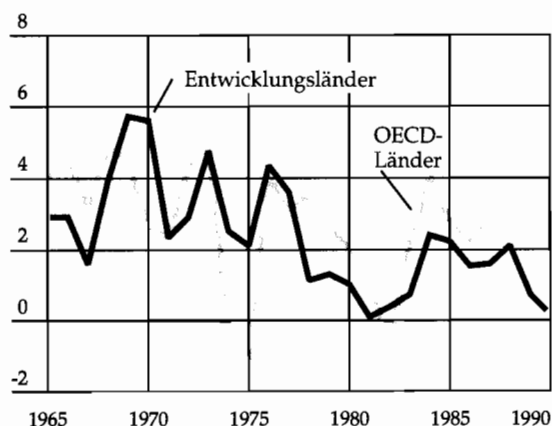
Die bislang geschlossenen Vereinbarungen haben das Schuldenengagement des IWF und der Weltbank im Vergleich zu den Geschäftsbanken erhöht. Aufgrund des Einflusses der Schuldenkrise auf die Kreditvergabe des Privatsektors an die Dritte Welt werden in den neunziger Jahren aller Wahrscheinlichkeit nach auf bilaterale und multilaterale Zuschüsse und Darlehen mehr als die Hälfte der gesamten Mittelzuflüsse an Entwicklungsländer entfallen. Ein angemessener Umfang dieser Zuflüsse ist deshalb entscheidend. Die Qualität dieser Zuflüsse ließe sich durch eine verstärkte Koordinierung zwischen Entwicklungshilfe- und Finanzierungsorganisationen verbessern. Im Zentrum sollten stehen: Eine effektivere Unterstützung für marktorientierte Maßnahmen der Wirtschaftspolitik (indem weniger, aber ehrgeizigere Reformen stärker unterstützt werden), eine stärkere Betonung der Unterstützung von Initiativen des Privatsektors, eine größere Beachtung von umweltpolitischen Maßnahmen sowie Mittel und Maßnahmen, die schuldenwirksame Zuflüsse gegen Preis- und Zinschwankungen „absichern“. Wenn Mittel zur Importfinanzierung bereitgestellt werden (sei es für Produktionsmittel oder zur allgemeinen Zahlungsbilanzunterstützung), so ist eine größere Fungibilität notwendig. Eine Bindung der Hilfsmittel an Einfuhren aus bestimmten Ländern vermindert deren Wert erheblich, eine Bindung an spezielle

Nutznier beeinträchtigt das Funktionieren der heimischen Marktkräfte.

### Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Industrie- wie Entwicklungsländer profitieren gemeinsam von einem reichlichen Angebot an weltweiter Ersparnis, einem stetigem Wachstum in den OECD-Ländern, soliden Finanzmärkten und von Preisen, Wechselkursen und Zinsen, die nicht von wirtschaftspolitisch bedingten Schocks beeinflusst werden. Maßnahmen der Industrieländer zur Steigerung der privaten und öffentlichen Ersparnis können das Kapitalangebot für neue, weltweite Investitionsmöglichkeiten vergrößern – wie in Osteuropa, in der Sowjetunion und zum Wiederaufbau der Volkswirtschaften im Nahen Osten. Eine Wirtschaftspolitik, die ein stetiges Wachstum in den OECD-Ländern fördert, begünstigt die Export- und Wachstumsaussichten der Entwicklungsländer. Wie in Schaubild 8.1 dargelegt, verlaufen die Wachstumsraten der Industrie- und Entwicklungsländer ziemlich parallel. Gleichzeitig können eine disziplinierte monetäre Expansion und eine feste Aufsicht und Regulierung der Kapitalmärkte ihrerseits die Volatilität von Preisen, Wechselkursen und Zinsen verringern – allesamt wichtige Faktoren für die internationalen Handels- und Kapitalströme

**Schaubild 8.1 Jährliche Veränderungen des BIP pro Kopf in den OECD- und Entwicklungsländern, 1965 bis 1990**  
(in Prozent)



Quelle: Angaben der Weltbank.

und damit für die Aussichten der Entwicklungsländer.

#### *Technologie*

Der Preis der Technologieimporte wird für die meisten Entwicklungsländer wahrscheinlich steigen, da die Industrieländer nach höheren Renditen für Innovationen auf solchen Schlüsselgebieten wie Informationstechnik, Biotechnologie und neuen Materialien streben. Mit einer zunehmenden Durchsetzung von Patentrechten wird der Einsatz von Lizenzabkommen zunehmen. Trotzdem läßt sich eine raschere technologische Verbreitung durch internationales Vorgehen erreichen. Zu den entscheidenden Schritten hierzu zählen: Multilaterale Vereinbarungen über Rechte an geistigem Eigentum im Rahmen des GATT und der Weltorganisation für geistiges Eigentum (World Intellectual Property Organization), internationale Vereinbarungen, die den Zugang der Entwicklungsländer zu Lizenzen für ausländische Innovationen sicherstellen, sowie Beschränkungen für restriktive Lizenzklauseln, die die Ausfuhr verbieten oder einschränken. Die Ermutigung von Firmen in den Industrieländern, mit Produzenten in Entwicklungsländern Verbindungen einzugehen, kann den Zugang zu etablierten Technologien verbessern und neue Produkte und Materialien hervorbringen, die weltweit einsetzbar sind.

#### *Die globale Umwelt*

Die weltweite Bewahrung der Umwelt erfordert sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern eine kühne Führung. Die Probleme sind beispiellos groß – sie sind mit erheblichen Unsicherheiten verbunden, mit dem Risiko einer zukünftigen Katastrophe und beträchtlichen Verteilungseffekten sowohl innerhalb eines Landes als auch unter den einzelnen Ländern. Über extrem kontroverse Themen muß international ein Konsens hergestellt und aufrechterhalten werden, u. a. über den Schutz der Ozonschicht und eine potentielle globale Erwärmung. Müssen alle Länder gleichermaßen die Last des Umweltschutzes tragen? Oder könnten die Entwicklungsländer einen geringeren Teil der gegenwärtigen Kosten tragen, weil sie nur in kleinerem Maße zu der erreichten Umweltverschmutzung beigetragen haben? Internationale Spannungen könnten sich auch durch umweltrele-

vante Ausstrahlungseffekte intensivieren, wie etwa bei Flüssen, die durch mehrere Staaten fließen (der Nil zum Beispiel spielt eine lebenswichtige Rolle für Ägypten, Äthiopien und den Sudan).

Weltweit größte Priorität hat die Schaffung von Anreizen, Regulierungen und Vorkehrungen, die zu einer angemessenen Allokation von Ressourcen für die Erhaltung der Umwelt und die Einsparung von Energie führen. Die Verschmutzung von Flüssen in Osteuropa und die Abholzung in Afrika zeigen die Gefahren eines schwachen oder nicht vorhandenen Umweltschutzes. Ein erster Schritt besteht häufig in der Abschaffung von Subventionen für Tätigkeiten, die die Umwelt schädigen, wie die Besiedelung von Waldgebieten auf schlechten Böden und der exzessive Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Düngemitteln in der Landwirtschaft. Die Beseitigung solcher Verzerrungen verbessert die wirtschaftliche Effizienz (selbst nach konventionellen Maßstäben) und dient gleichzeitig der Erhaltung der Umwelt. Wenn die Verschmutzung besteuert und reguliert werden würde, könnte die Sorge um die Erhaltung der Umwelt und die Energieeinsparung Eingang in die öffentlichen und privaten Entscheidungen finden. Wichtig ist auch die Schaffung klarer Eigentumsrechte: Eigentümer haben ein Interesse an der Erhaltung ihrer Ressourcen. In einigen Fällen können dem Staat Eigentumsrechte übertragen werden, und die Benutzung von Umweltressourcen wird mit Abgaben belegt, wie in Abaugebieten des Amazonasbeckens.

Die weltweite Gemeinschaft erkennt, daß sich wirtschaftliche Entwicklung und Erhaltung der Umwelt nicht gegenseitig ausschließen müssen: eine Vielzahl von Umweltschutzmaßnahmen bringt hohe Erträge. Sie rechtfertigen weitaus stärkere Maßnahmen als die jetzt in Kraft befindlichen. Internationale Initiativen mit dem Ziel, die Kreditgewährung zugunsten des Schutzes der globalen Gemeinschaftsgüter auszuweiten – wie durch die neue globale Umweltfazilität der Weltbank, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen – werden einen wichtigen Beitrag zum Aufbau eines weltweiten Konsenses leisten. Der *Weltentwicklungsbericht 1992* wird die Umwelt zum Thema haben.

#### **Spezifische Maßnahmen, die greifen**

Viele der Probleme, die auf die Länder in den neunziger Jahren zukommen, wurden während der

## Sonderbeitrag 8.1 Allen Wirtschaftspolitikern zur Kenntnis: Sieben Lektionen über Reformen

Erfolge zeigen, was zu tun ist, Mißerfolge, was zu vermeiden ist. Die Besonderheiten von Reformprogrammen mögen von Region zu Region oder entsprechend der Entwicklungsstufe unterschiedlich ausfallen. Hier werden jedoch sieben generelle Fehler vorgeführt, die man vermeiden muß – oder, von der anderen Seite betrachtet, sieben Lektionen, wie man wirksamer vorgehen und bessere Resultate erzielen kann.

- *Fehlendes Engagement untergräbt die Programme.* Programme, die hauptsächlich wegen der dafür bereitgestellten Auslandsgelder in Angriff genommen wurden – statt aus Überzeugung von ihren Vorteilen –, unterlagen oft einer allmählichen Auszehrung, weil das staatliche Engagement zu ihrer Durchführung fehlte. Damit ein Programm als ein nationales Anliegen betrachtet wird, müssen Vertreter des jeweiligen Landes an seiner Planung und Entwicklung beteiligt werden. Entscheidend ist, daß zwischen den beteiligten Stellen ein Konsens erzielt wird.

- *Ein Zickzack-Kurs schadet der Glaubwürdigkeit.* In der Politik ist Flexibilität wichtig. Wenn die Politik sprunghafte Kursänderungen vollzieht – wenn beispielsweise auf eine Reform des Zolltarifs eine Importabgabe folgt –, verlegt sich der private Sektor aufs Abwarten. Anstatt auf eine neue Reform schwungvoll zu reagieren, verhalten sich die privaten Wirtschaftsakteure zurückhaltend und es ist offen, ob sie überhaupt agieren. Flexibilität ist wichtig, doch mutige und ersichtlich irreversible Schritte der Regierung schaffen Vertrauen. In Ländern, deren Politik notorisch unstetig ist, sind solche Schritte besonders notwendig.

- *Die institutionellen Anforderungen müssen ernst genommen werden.* In vielen Ländern konnten ehrgeizige Reformmaßnahmen nicht zu Ende geführt werden, weil dem jeweiligen Land ausgebildetes Personal fehlte und die institutionellen Voraussetzungen – eine unabhängige Rechtsprechung, eindeutige und durchsetzbare Eigentumsrechte sowie eine starke Zentralbank – nicht gegeben waren. Die Reform ist ein komplexer Prozeß mit ineinandergreifenden Aufgaben, und es muß Mechanismen der interministeriellen Zusammenarbeit geben, um diese zu gewährleisten. Der Aufbau von Institutionen muß von Anfang an betont werden, da dieser Prozeß seine Zeit braucht und sich nicht sofort Ergebnisse einstellen. Bis sich Erfolge beim Aufbau von Institutionen einstellen, ist es nützlich, Maßnahmen durchzuführen, die knappe administrative Kapazitäten freisetzen – wie die Deregulierung der Inlandsmärkte, die Liberalisierung der Vermarktung von Agrarprodukten und der Abbau von quantitativen Beschränkungen im Außenhandel.

- *Die Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität ist entscheidend.* Anhaltende Haushaltsungleichgewichte können Reformen zum Scheitern verurteilen. An der Instabilität der Gesamtwirtschaft ist mehr als ein Programm zur Liberalisierung des Außenhandels und der Finanzmärkte gescheitert. In einem hoch inflationären

Umfeld ist es absolut vordringlich, daß das Staatsdefizit unmittelbar und drastisch gekürzt wird. Dabei können viele strukturelle Reformen hilfreich sein: Liberalisierung der Vermarktung von Agrarprodukten, Ablösung quantitativer Handelsbeschränkungen durch Zölle, Privatisierung defizitärer Staatsunternehmen und Verbesserung der Steuerverwaltung.

- *Besonders betroffene Gruppen dürfen nicht vergessen werden.* Die sozialen Kosten des Nichtstuns sind im allgemeinen erheblich höher als die der Anpassung; es ist jedoch nötig, die Anpassungseffekte bei den am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen abzufedern. Kürzungen der Staatsausgaben können exponierte Gruppen besonders treffen. Reformen, die einen Anstieg der Agrarpreise ermöglichen, kommen den armen Bauern zugute, doch schaden sie oft den nicht über Grundbesitz verfügenden Landbewohnern und den Armen in den Städten. Somit werden während einer Reform besondere Hilfsprogramme für die Armen gebraucht. Häufig muß auch auf die Anliegen politisch einflußreicher Gruppen Rücksicht genommen werden, damit die Reformen Bestand haben. Wenn der öffentliche Sektor abgebaut wird, sind zudem oft Programme zur Abfindung und Umschulung der entlassenen Beamten notwendig.

- *Partielle Ansätze schlagen oft fehl.* Partielle Bemühungen waren ohne Durchschlagskraft. Wenn die Liberalisierung des Außenhandels nicht mit einer Deregulierung der Binnenwirtschaft einherging, reagierten die Investitionen und die Produktion nur langsam. Wenn umgekehrt die Deregulierung der Binnenwirtschaft nicht von einer Handelsliberalisierung begleitet wurde, flossen die Investitionen in die falschen Sektoren. Wurden Zollsensungen nicht durch eine Verbreiterung der inländischen Steuerbasis und einen Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen ergänzt, so stellten sich Budgetdefizite ein, die die Handelsliberalisierung gefährdeten. Es lohnt sich somit, Maßnahmen, die sich gegenseitig ergänzen, zur gleichen Zeit durchzuführen.

- *Realismus macht sich bezahlt.* Bei der Vorbereitung des Finanzierungsplans zur Unterstützung der Reformen müssen die Wirtschaftspolitiker und die Entwicklungsinstitutionen Realismus walten lassen. Viele Länder werden wohl auch Mittel von Bereichen mit niedriger Priorität in Bereiche mit höherer Priorität umwidmen müssen, zum Beispiel durch die Verlagerung gewisser Ausgaben vom Militärbereich in die Infrastruktur und in Sozialprogramme. Auch die Erwartungen bezüglich der möglichen Erträge der Reform müssen realistisch sein. Es lohnt sich, wenn darauf geachtet wird, daß man nicht zuviel in zu kurzer Zeit verspricht, aber nachdrücklich und eindeutig die Wichtigkeit der Reformen herausgestellt wird – und wenn die Ergebnisse der Reformen der Alternative eines Reformverzichts gegenübergestellt werden. Realistische Erwartungen hinsichtlich der Vorteile und der Kosten der Veränderungen erhöhen die Chancen, daß das Programm durchgehalten wird.

letzten vierzig Jahre irgendwo auf dieser Welt auf irgendeine Weise gelöst. Die Erfahrung kann auf Lösungen hindeuten, die in der Zukunft mit Erfolg angewendet werden könnten. Die auf diesen Seiten empfohlenen Konzepte sind praktischer Natur, die auf einem gesicherten Erfahrungsschatz und ökonomischen Grundsätzen basieren. Die Reformen können bei der Planung und Durchführung auf Schwierigkeiten stoßen (Sonderbeitrag 8.1). Sie haben aber in verschiedenen Ländern funktioniert. Um zu zeigen, daß sich die Erfahrungen zu einem funktionierenden Arbeitsprogramm verdichten lassen, schließt der Bericht mit Beispielen marktfreundlicher Reformen, die gegriffen haben, und mit Beispielen von Möglichkeiten, wie Reformmaßnahmen auch in Zukunft erfolgreich durchgeführt werden können.

#### *Investitionen in die Menschen*

Nur wenige Maßnahmen fördern die Entwicklung gleichermaßen so kraftvoll wie wirksame Investitionen in das Humankapital. Schätzungsweise 80 Prozent der Weltbevölkerung leben in den Entwicklungsländern – und dieser Anteil nimmt zu. Zu den entscheidenden Fragestellungen in vielen dieser Länder gehören die Ausweitung der Grundschul-erziehung, die Linderung der Armut und die Kontrolle des Bevölkerungswachstums durch eine bessere Bildung, Gesundheitsfürsorge und Familienplanung. Chancen bestehen zur Verbesserung der Grundschulen in Bangladesch, zur Verringerung der Armut in Bolivien durch lokale Maßnahmen sowie zur Bekämpfung der Armut mit Maßnahmen der Bevölkerungspolitik in der Sahel-Zone und anderswo.

**Ausweitung und Verbesserung der Grundschulbildung.** Bangladesch verfügt über nur wenig Ressourcen, ausgenommen seine Menschen – sehr ähnlich wie Japan vor 100 Jahren. Allerdings können mehr als zwei Drittel aller Erwachsenen weder lesen noch schreiben, was eine Folge der historisch niedrigen Einschulungsquoten ist. Die Einschulung an Grundschulen beläuft sich gegenwärtig auf nur 59 Prozent (bei Mädchen auf nur 49 Prozent), und die Qualität der Schule ist schlecht. Die Lehrer sind oft nur unzureichend ausgebildet und unterliegen einer unzulänglichen Aufsicht; sie widmen ihren Schülern nur relativ wenig Stunden und verfügen nicht über ausreichendes Lehrmaterial. Nur ein Viertel der Erstkläßler absolviert die gesamte Grundschulausbildung. Kürzlich hat Bangladesch ein umfassendes Reformprogramm entwickelt. Es werden neue Klassen-

zimmer zu niedrigen Kosten bereitgestellt, die Lehrinhalte für Schüler, die nicht auf weiterführende Schulen gehen werden, wurden neu gefaßt, und es wurden neue Ausbildungsinstitute für Lehrer geschaffen. Es wird mehr weibliche Lehrer geben, und allen Lehrern wird eine größere Selbständigkeit eingeräumt. Diese Maßnahmen erhalten beträchtliche Unterstützung aus dem Ausland; sie erfordern aber auch größere Staatsausgaben. Wenn- gleich erhebliche Mittel wegen des jüngsten Wirbel- sturms in die Nothilfe und den Wiederaufbau fließen müssen, so sind doch auch weiterhin die langfristigen Investitionen in die Grundschulbildung von größter Bedeutung. Bisher hat Bangladesch nur 1,7 Prozent seines BSP für das Bildungswesen ausgegeben (vergli- chen mit 3 Prozent des ärmsten Viertels in der Gruppe der Entwicklungsländer); zudem haben weiterführende Schulen und höhere Bildungsanstalten große Teile dieses Budgets für sich in Anspruch genommen.

**Linderung der Armut durch Aktionen vor Ort.** Zum Schutz der Armen während der wirtschaftlichen Erholung zur Mitte der achtziger Jahre hat die boliviani- sche Regierung einen Sozialnotfonds eingerichtet; damit wurden kleine, technisch einfache Projekte finanziert, die von einer Vielzahl öffentlicher, privater und auf Freiwilligenbasis arbeitender Organisationen entwickelt und durchgeführt wurden. Ein neuer sozialer Investment- fonds, der ebenfalls auf lokale Anforderungen abstellt, wird die Gesundheits-, Bildungs- und Sanitärleistungen für die ärmsten bolivianischen Gemeinden vergrößern. Nichtstaatliche Organisationen und örtliche Behörden werden Projekte entwickeln und durchführen und diese unter Wettbewerbsbedingungen ausschreiben. In La Paz zum Beispiel werden Gesundheitszentren, Wasserversor- gungs- und Abwasseranlagen in Stadtteilen geplant, in denen in die Stadt abgewanderte Landbewohner leben. In Gebieten mit größter Armut ohne Zugang zu Gesund- heits- oder Bildungseinrichtungen werden bestehende Organisationen dazu ermutigt, ihre Aktivitäten in den unterversorgten Gemeinschaften auszuweiten. Um die Kosten zu minimieren und die Aufrechterhaltung der Projekte zu gewährleisten, werden strenge Beurteilungs- kriterien angelegt; hierzu zählen in geeigneten Fällen auch eine wirtschaftliche Analyse und die Hereinholung der laufenden Kosten. Solche Programme auf Gemeinde- ebene können den gegenwärtigen Bedürfnissen der Armen gerecht werden und den Aufbau von Investiti- onen fördern, die zu einer dauerhaften Verringerung der Armut führen.

**Bekämpfung der Armut mit bevölkerungspoliti- schen Maßnahmen.** In der Sahelzone sind die Ressour- cen äußerst knapp. Selbst bei umfangreichen Hilfe- leistungen gibt es zu wenig für einen angemessenen Lebensstandard – und viel zu wenig für die Finanzierung

von Investitionen in das Human- und Sachkapital. Die Geburtenziffern gehören jedoch zu den höchsten der Welt, und die Bevölkerung wächst immer schneller (um 2,2 Prozent p. a. in den sechziger Jahren und um 2,9 Prozent im Jahr 1987). Die Investitionen in das Humankapital sind völlig unzureichend: Der Grundschulbesuch ist halb so hoch wie im Durchschnitt der Länder mit niedrigem Einkommen. Parallel zu den Entwicklungsorganisationen müssen die Regierungen der Sahelzone entschieden handeln, um das Bevölkerungswachstum zu verringern. Der Spielraum für Verbesserungen ist groß: Der Anteil der Frauen, die Verhütungsmittel nehmen, ist im Vergleich zu dem in afrikanischen Ländern wie Botsuana und Simbabwe extrem niedrig. Für Programme zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums dürften Hilfsmittel von offiziellen Stellen verfügbar sein.

#### *Die Märkte funktionsfähig machen*

Zur Förderung der Leistungsfähigkeit ihrer Binnenwirtschaft müssen die Regierungen die Rolle der Preissignale stärken, die Märkte deregulieren und die Infrastrukturinvestitionen und Schlüsselinvestitionen einer Sanierungskur unterziehen. Zu den erfolgreichen Beispielen gehören die Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen in Nigeria, die Verbesserung der industriellen Märkte in Indien, die Wiederbelebung der Finanzmärkte in Ghana und die Schaffung eines neuen Rechtsrahmens in Ungarn.

**Bereitstellung der Infrastruktur.** Eine mangelhaft geplante und instandgehaltene Infrastruktur hat das Wachstum in Nigeria beeinträchtigt. Die Unternehmen wurden zur privaten Selbsthilfe, einer unproduktiven Substitution der Produktionsfaktoren und einer Verringerung der Produktion gezwungen. Das Fernsprechwesen ist mit einer Telefonverbindung für 500 Einwohner völlig unzureichend (dies entspricht 50 Prozent der Durchschnittsausstattung in Afrika südlich der Sahara). Die Unternehmen hängen für die einfachsten Übermittlungen von privaten Radiostationen und Boten ab. Viele Infrastrukturmängel sind das Ergebnis eines schnellen Bevölkerungswachstums in den städtischen Zentren und einer falschen Preispolitik. In Lagos, wo die Bevölkerung innerhalb von zwei Jahrzehnten um mehr als 3 Millionen zunahm, wurde Wasser kostenfrei zur Verfügung gestellt; eine unzureichende staatliche Finanzierung verhinderte einen Ausbau dieser Leistung. Zu den nationalen Prioritäten gehört die Verbesserung der materiellen Infrastruktur und des Fernmeldewesens sowie der Investitionsplanung und des Finanzmanagements von Infrastrukturprojekten. Nigeria setzt ein langfristiges

Programm in Gang, um die Infrastrukturleistungen zu dezentralisieren und den Privatsektor zu mobilisieren. Ausgewählte Investitionsbanken arbeiten bereits mit Ländern und Gemeinden zusammen, um die städtische Infrastrukturentwicklung neu zu bewerten, mitzufinanzieren und zu beaufsichtigen. Hierzu zählt die Sanierung und Instandhaltung von Straßen, der Wasserversorgung, der Mülldeponierung und sanitärer Einrichtungen. Das nationale Fernmeldenetz wird privatisiert. Die Investitionen werden ausgerichtet auf eine verbesserte Nutzung der Einrichtungen und deren Ausbau in Gebieten mit hoher Nachfrage. Diese Reformen werden die Produktionssteigerung in der gesamten nigerianischen Volkswirtschaft fördern.

**Verbesserung der industriellen Märkte.** Die indische Industrie hat ihr Potential nie ausgeschöpft. Auf das Verarbeitende Gewerbe entfällt ein kleinerer Anteil am BIP als in vergleichbaren Ländern. Neben einer hochprotektionistischen Handelspolitik ist hierfür eine übermäßige Regulierung verantwortlich zu machen. Bis zur Mitte der achtziger Jahre war in vielen Teilsektoren zur Errichtung einer neuen Fabrik, zur Produktionsausweitung um mehr als 5 Prozent pro Jahr oder 25 Prozent innerhalb von 5 Jahren, zur Herstellung eines neuen Produkts oder zur Verlagerung des Unternehmensstandorts eine industrielle Lizenz erforderlich. Die Fabrikationsstätten bleiben unwirtschaftlich klein, die Produktpalette entspricht nicht der Nachfrage, der technische Fortschritt schreitet nur langsam voran und Kapazitäten bleiben unausgelastet. Die jüngeren Erfahrungen mit einer partiellen Liberalisierung – darunter der Lockerung von Beschränkungen gegen Markteintritt und Produktionsausweitung sowie die Anwendung ausländischer Technologien – waren positiv. Die Regulierung ist aber nach wie vor außergewöhnlich hoch. Sie umfaßt Hemmnisse, die Anpassungen oder Stilllegungen verhindern, und Regulierungen des Arbeitsmarktes, die eine kleine Zahl privilegierter Arbeiter schützen. Eine Liberalisierung des Außenhandels würde eine Deregulierung ergänzen, die Kostenstruktur insgesamt dämpfen und übermäßigen Gewinnen der monopolisierten Sektoren entgegenwirken. Diese Ziele werden sich nicht einfach realisieren lassen, da die Regierung den Widerstand geschützter Unternehmen und der regulierenden Bürokratie wird überwinden müssen. Die bisher erzielten Erfolge deuten aber darauf hin, daß eine weitere Deregulierung beträchtliche öffentliche Unterstützung gewinnen könnte.

**Wiederbelebung der Finanzmärkte.** Ghana muß seinen Finanzsektor stärken. Das bemerkenswerte wirtschaftliche Aufschwungprogramm des Landes von 1983 stabilisierte die Volkswirtschaft und beseitigte viele strukturelle Verzerrungen. Dennoch erreichen die Pri-

vatinvestitionen noch immer nicht mehr als 6 Prozent des BIP. Kredite stellten einen wichtigen Engpaß dar. Bis 1989 arbeitete das staatsbetriebene Bankensystem aus gesamtwirtschaftlichen Stabilitätsabwägungen heraus mit strengen Kreditplafonds. Sechzig Prozent aller Forderungen des Bankensystems sind notleidende Darlehen, die aus der Krise von Mitte der achtziger Jahre stammen; diese „Kredite“ können nicht in rentable Projekte umgeschichtet werden. Die hohen Ausfälle haben bei den Banken zu einer starken Abneigung gegen die Übernahme von Kreditrisiken geführt und erhebliche Verlagerungen von Spargeldern in Bereiche außerhalb des Bankensystems gefördert. Eine Wiederbelebung der Finanzinstitutionen und -märkte würde einen erheblichen Beitrag zur Bereitstellung von Kapital für Privatinvestitionen leisten. Dies wäre durch den Übergang zu indirekten Methoden der monetären Kontrolle und durch eine Bereinigung der Bankbilanzen zu erreichen. Die Zulassung neuer Instrumente oder neuer Arten von Finanzintermediären würde das Wachstum wettbewerbsintensiver Finanzmärkte fördern und Banken und Produzenten dazu anregen, den wirtschaftlichen Aufschwung zu nutzen.

**Schaffung eines neuen rechtlichen Rahmens.** Innerhalb Osteuropas verfügt Ungarn über die größten Erfahrungen mit Märkten und dem privaten Eigentum. Sein Rechtssystem weist aber viele Lücken auf. Die meisten der grundlegenden Gesetzeswerke sind neu: Ein Gesellschaftsrecht (1989) läßt Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu, ein Übergangsgesetz (geändert im Jahr 1990) legt dar, wie Staatsunternehmen in Beteiligungsgesellschaften umgewandelt werden, ein Wertpapiergesetz (1990) enthält Regelungen für die Emission von Wertpapieren. Ungarn verfügt über kein Gesetz zur Bestimmung der Rechte über Grundstücke, und es gibt im gegenwärtigen Recht keine geeigneten Regelungen, die den Konkurs von Unternehmen herbeiführen könnten. Die Rechnungslegungspraktiken unterscheiden sich von denen des Westens (die Produktion und die Produktionsmittel werden nicht zu Marktpreisen bewertet, wodurch es kaum möglich ist, die Aktiva der Unternehmen zu schätzen). Ein neues Gesetz im Jahr 1991 wird die internationalen Rechnungslegungsstandards vorschreiben. Eine unabhängige Zentralbank wird geschaffen. Ungarn benötigt Erfahrungen mit diesen neuen Institutionen. Zum Beispiel mußte kürzlich ein wichtiges öffentliches Zeichnungsangebot gestoppt werden, weil keine klaren Regelungen für die Verteilung der Aktienanteile für den Fall der Überzeichnung vorlagen. Zur Schaffung von Vertrauen benötigt der Aktienmarkt ein Informations-Register und das Rechtssystem eine Sammlung von Präzedenzfällen. All dies erfordert Zeit. Ungarn muß Tausende von Buchhaltern, Bankkauf-

leuten und -aufsichtskräften, Rechtsanwälten, Investmentbankern und andere mit verwandten Kenntnissen ausbilden.

### Öffnung gegenüber dem Handel und der Technologie

Die Erfahrung hat gezeigt, daß markttöfnende Maßnahmen für ein rasches Wachstum entscheidend sind. Ebenso wichtig sind binnenwirtschaftliche Anstrengungen zur Produktivitätsverbesserung der Agrar- und Industrieexporte. Der Zwang, wettbewerbsfähig zu bleiben, ist bei Rohstoffexporten nicht weniger wichtig als bei verarbeiteten Erzeugnissen. Auch institutionelle Reformen können die Verbindungen zur Weltwirtschaft stärken. Zu den Chancen zählen die Außenhandelsliberalisierung in Pakistan und der Aufbau von Institutionen für die technologische Entwicklung in Thailand.

**Außenhandelsliberalisierung.** Eine Reformierung des pakistanischen Außenhandels könnte die Industrie stärken und ein seit langem anstehendes Wachstumshemmnis beseitigen – die Devisenknappheit infolge einer anhaltenden und systematischen Benachteiligung der Ausfuhrfähigkeit. Bis vor kurzem waren die Einfuhren durch Mengenbegrenzungen reglementiert, und die Ausfuhren wurden durch firmen- und produktspezifische Produktlizenzen eingeschränkt. Daher konzentrieren sich die pakistanischen Exporte nach wie vor überwiegend auf Roh- und Grundstoffe (Baumwolle und Reis), wo volatile Preise und ungewisse Wachstumsaussichten vorherrschen. Außenhandelsreformen sind dringend erforderlich, um die Ausfuhr im Vergleich zur Importsubstitution attraktiv zu machen. Pakistan beginnt jetzt mit solchen Reformen. In der ersten Phase seines Programms wird der Außenschutz von nichttarifären Handelshemmnissen auf Zölle verlagert. Da viele nominale Protektionsquoten auch weiterhin über 100 Prozent liegen werden und die Struktur der Zollsätze anhaltend stark streut, werden anschließend schrittweise Zollsatzsenkungen notwendig sein, um den Außenschutz zu senken und das Gesamtniveau des Schutzes neutral zu gestalten. Wegen des großen Anteils von Einfuhrsteuern an den gesamten Steuereinnahmen wird auch eine binnenwirtschaftliche Steuerreform erforderlich sein. Zur Vervollständigung des Übergangs der pakistanischen Wirtschaft zu einer weltmarktorientierten Strategie bedarf es auch einer realistischen Wechselkurspolitik, gekoppelt mit finanzpolitischer und monetärer Disziplin.

**Der Aufbau von Institutionen zur technologischen Entwicklung.** Für Länder wie Thailand, die mit einer breiten Palette von Fertigwaren auf dem Weltmarkt

vertreten sind, besteht die nächste Aufgabe darin, die technologischen Bande mit der Weltwirtschaft auszubauen: Hierzu gilt es, Institutionen zu entwickeln, die die Übernahme, Anpassung und Verbreitung von Technologie fördern. Ein Großteil des thailändischen Technologietransfers erfolgt gegenwärtig durch Niederlassungen ausländischer Unternehmen; die Kapazitäten zur Aufnahme und Schaffung von Technologien haben noch nicht zu der wettbewerbsfähigen Außenhandelsposition des Landes aufgeschlossen. Die Technologieeinfuhr könnte durch einen Abbau der Zölle auf importierte Kapitalgüter gestärkt werden. Die Ausbreitung von Technologie ließe sich durch die Beseitigung von steuerlichen Benachteiligungen bei der Vergabe von Unteraufträgen fördern. Externe Effekte bei der Aufnahme und Verbreitung von Technologie, vor allem in der Landwirtschaft, rechtfertigen auch staatliche Investitionen in Thailands technologisches Vermögen. Staatliche Institutionen und private Anbieter von industrieller Beratung (auf den Gebieten der Technologie-Auswahl, bei der Beurteilung, Verhandlungsführung und Ausgestaltung) sollten gestärkt werden, und die staatliche Forschung (an Universitäten und anderen Institutionen) sollte auf kommerzielle Bedürfnisse ausgerichtet werden. In sich schlüssige Normierungs-, Test- und Bescheinigungssysteme müssen ebenfalls entwickelt werden. Schließlich sprechen gewichtige Gründe für Investitionen in das Humankapital, vor allem in die wissenschaftliche und technische Ausbildung, in weiterführenden Schulen und in den internationalen Austausch im Ingenieurwesen und in der Wissenschaft.

#### *Förderung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität*

Niedrige und stabile Inflationsraten, die nur bei finanzieller Disziplin des Staatssektors möglich sind, sind die erste Grundlage für eine erfolgreiche mikroökonomische Reform. In diesem Umfeld können die Preise ihre Signalfunktion bei der Allokation der Ressourcen erfüllen und die Anreize für Sparen und Investieren werden vergrößert. Beispiele einer Stabilisierung sind Indonesien und Mexiko.

**Stabilisierung als erster Schritt auf dem Weg zum Wachstum: Indonesien.** Im Jahr 1967 übernahm die indonesische Regierung unter Suharto das Erbe einer weitgehend verstaatlichten, hochregulierten und instabilen Volkswirtschaft. Während der folgenden fünfzehn Jahre rationalisierte sie schrittweise die wirtschaftliche Steuerung, das kräftige Wirtschaftswachstum resultierte aber hauptsächlich aus steigenden Öleinnahmen. Nach 1983, beschleunigt durch rückläufige Ölpreise, hat Indonesien ehrgeizige Anpassungsmaßnahmen und wirtschaftliche Reformen durchgeführt.

Die gesamtwirtschaftlichen Reformen des Jahres 1983 konzentrierten sich auf eine Abwertung der Währung, die Beschneidung des staatlichen Investitionsprogramms, eine Steuerreform und die Deregulierung der Zinssätze. Um 1986 wurde eine zweite größere Abwertung vorgenommen, und 1989 ging man zu einem Programm der flexiblen Wechselkurssteuerung über. Die mikroökonomischen Reformen wurden mit der Deregulierung des Bankwesens begonnen sowie mit einer gewissen Liberalisierung ausländischer Investitionen. Mit Beginn des Jahres 1986 strafften die Behörden den Prozeß der Investitionsgenehmigung; später wurde die Prioritätenliste für Investitionen durch eine kürzere Negativliste ersetzt. Die Regierung deregulierte auch Schlüsselsektoren wie die Kunststoff- und Schiffsbauindustrie. Die Außenhandelspolitik mußte ebenfalls reformiert werden: Das System der Importlizenzen belegte mehr als 1500 Warenkategorien mit Beschränkungen. 1985 wurde die Zollverwaltung einer schweizerischen Aufsichtsgesellschaft übertragen, und der Abbau der quantitativen Beschränkungen begann 1986. Innerhalb von zwei Jahren ging der Anteil der Kontrollen unterliegenden Einfuhren von 43 auf 21 Prozent zurück.

Die ersten Anpassungsphasen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung konzentrierten, dämpften die wirtschaftliche Aktivität, ab 1987 war jedoch ein starkes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Die indonesische Wirtschaft wuchs 1989 um fast 7 Prozent, und die Investitionen erholten sich. Die Exporte (ohne Ölausfuhren) deckten 86 Prozent der Einfuhren ab, verglichen mit 29 Prozent im Zeitraum 1981/82. Ein früherer Minister, der die Reformen beaufsichtigte, führt deren Erfolg auf den ausgedehnten Zeitraum niedriger Ölpreise zurück, was die Regierung dazu zwang, eine konstante Politik zu verfolgen, die schließlich öffentliche Unterstützung gewann.

**Stabilisierung als Vorstufe zum Wachstum: Mexiko.** In den sechziger Jahren, während der ersten Stufe einer Strategie der Importsubstitution, wuchs die mexikanische Volkswirtschaft kräftig. 1976 schließlich sah sich das Land großen Staats- und Zahlungsbilanzdefiziten und einer zunehmenden Inflation gegenüber. Diese Probleme traten mit der Entdeckung erheblicher Ölvorkommen und umfangreicher Kreditaufnahmen im Ausland in den Hintergrund. Innerhalb nur weniger Jahre hat sich jedoch Mexikos Auslandsverschuldung mehr als verfünffacht, was den Boden für den Kreditzusammenbruch und den scharfen wirtschaftlichen Abschwung in den Jahren 1982 und 1983 bereitete.

Angesichts dieser Schwierigkeiten hat sich Mexiko neu besonnen. Die gesamtwirtschaftlichen Reformen begannen 1983, als ein vom IWF unterstütztes Stabilisierungs-

programm dazu beitrug, das Haushaltsdefizit zu halbieren. 1987 stieg jedoch die Inflationsrate aufs neue, und zwar infolge rückläufiger Ölpreise, ansteigender Zinszahlungen und eines sich rasch ausbreitenden Haushaltsdefizits. Die Regierung reagierte mit der Ausarbeitung eines „Wirtschaftlichen Solidarpakets“ mit den Gewerkschaften, der Landwirtschaft und der Industrie, um so die zentralen Preise und Löhne im Zaum zu halten, und sie ergriff nachhaltige Reformen auf dem Gebiet der Haushalts- und Wechselkurspolitik. Im Ergebnis ging das Haushaltsdefizit im Zeitraum 1987 bis 1989 von 16 Prozent auf 3 Prozent des BIP zurück, und die Inflationsrate fiel von 159 Prozent auf 20 Prozent pro Jahr.

Die mikroökonomischen Reformen konzentrieren sich auf eine Verringerung des Staatseinflusses auf die Wirtschaft. Die Anzahl staatseigener Unternehmen wurde von 1100 im Jahr 1982 auf 350 im Jahr 1990 reduziert, und zwar durch Unternehmenszusammenschlüsse, Schließungen und Verkäufe; die riesigen staatlichen Telefon- und Stahlmonopole stehen auch zum Verkauf an. In jüngerer Zeit deregulierte die Regierung große, politisch sensitive Wirtschaftszweige wie die Tortillaherstellung und den Güterlastverkehr, sie liberalisierte zentrale Preise und hat damit begonnen, die Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft umzustrukturieren und das Bankwesen zu reprivatisieren. Wichtige Reformen im außenwirtschaftlichen Bereich setzten 1985 ein. Mexiko trat dem GATT bei, beseitigte mehr als drei Viertel seiner Einfuhrlicenzbeschränkungen, senkte die Durchschnittszölle um die Hälfte, schuf günstige Regulierungen für die Exportverarbeitung und verminderte in beträchtlichem Umfang die Exportsteuern und Beschränkungen für Früchte und Gemüse. Im Jahr 1987 überstiegen die Ausfuhren verarbeiteter Produkte die Ölexporte. Die Regelungen hinsichtlich ausländischer Investitionen wurden 1989 beträchtlich liberalisiert. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten sind weiter im Gange.

Die Reformen beginnen Früchte zu tragen. Das Wachstum des BIP kletterte in den Jahren 1989 und 1990 in den Bereich von 2 bis 4 Prozent, und für 1991 wird ein Zuwachs um 5 Prozent prognostiziert. Die Inflation ist unter Kontrolle, und die Reallöhne, die in den achtziger Jahren um über 40 Prozent gefallen waren, steigen. Die Reformstrategie wurde durch Mexikos breitfundiertes Ein-Parteien-System geprägt. Es wurde eine relativ konservative Politik betrieben, die Anpassungslasten wurden aber auf verschiedene wirtschaftliche Gruppen verteilt. Mexikos enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten trugen ebenfalls dazu bei, den Ertrag einer Außenorientierung zu steigern und die Neuverhandlung von Mexikos gewaltigen Schulden zu erleichtern.

## Umweltpolitik

Wasser- und Bodenverschmutzung haben gravierende regionale Konsequenzen, Abholzung von Wäldern und Luftverschmutzung haben weltweite Effekte. Diese und andere Probleme müssen durch wirksamere Maßnahmen angegangen werden. Zu diesem Themenbereich gehören die Verringerung der Wasserverschmutzung in Indonesien und die Erhaltung des Regenwaldes im Amazonasbecken.

**Verringerung der Wasserverschmutzung.** In Indonesien führte eine Vernachlässigung der Umwelt während des wirtschaftlichen Wachstums zu einer Verschlimmerung der Wasserverschmutzung. Nur 40 Prozent der javanischen Bevölkerung haben sicheren Zugang zu Trinkwasser. Die acht Hauptflüsse an der Nordküste sind ernsthaft verschmutzt. Eine Entnahme von Grundwasser führte dazu, daß Salzwasser in die Brunnen eindrang, die Wasser für den häuslichen Gebrauch bereitstellen. Nur um Wasser für den häuslichen Gebrauch abzukochen, fallen in Jakarta jährliche Kosten von 20 bis 30 Millionen Dollar an. Die Kosten im Zusammenhang mit Krankheiten und gesunkenen Vermögenswerten lassen sich zwar nicht quantifizieren, sie sind aber ohne Zweifel hoch. Bei einem erwarteten starken Anstieg des Wasserverbrauchs für häusliche und industrielle Zwecke werden etwa innerhalb eines Jahrzehnts große Knappheiten vorausgesagt. Lösungsansätze beinhalten eine systematische Effizienzsteigerung (40 Prozent des städtischen Wassers gehen verloren), strenge Bestrafung von Wasserverschmutzern und angemessene Abgaben für die Bewässerung (die Bauern kommen gegenwärtig nur für 13 Prozent der Bewässerungskosten auf). Indonesien hat sich nur langsam diesen Problemen zugewandt, da die Strukturen der Wasserverwaltung erst im Werden begriffen sind. Selbständige Behörden für einzelne Flußgebiete würden einen geeigneteren Rahmen für die Planung, Koordinierung und Überwachung bieten. Sauberes Wasser wird nicht umsonst zu haben sein; allein die Kosten zur Sicherung der Wasserversorgung Jakartas werden auf 1 Milliarde Dollar geschätzt.

**Erhaltung der globalen Gemeinschaftsgüter.** Die Regenwälder des Amazonasgebiets in Brasilien, Ecuador, Kolumbien und Peru sind ein Gut der gesamten Welt – ein Symbol für die globale Umweltherausforderung der neunziger Jahre. Dreißigtausend Pflanzengattungen sind in diesem Regenwald beheimatet. Das abgeholzte Gebiet Amazoniens ist jedoch von 1 Prozent im Jahr 1975 auf 8 Prozent im Jahr 1990 gewachsen. Es ist jetzt größer als Frankreich. Die Welt insgesamt ist bedroht durch den Verlust an Artenvielfalt und zunehmende Emission von Kohlenstoff. In Brasilien wurde die Abholzung durch

einen intensiven Straßenbau im Amazonasgebiet, durch Steueranreize und den Bevölkerungsdruck gefördert. Erhebliche neue Anstrengungen sind notwendig, um dem Nährstoffabbau – dem einmaligen Entzug der Nährstoffe des Baumbestandes und des Waldbodens – entgegenzuwirken und auf Dauer tragfähige Aktivitäten zu fördern, die auf der Grundlage der vorhandenen Wälder erfolgen. Der Straßenbau muß auf Basis sowohl globaler als auch örtlicher Nutzen und Kosten bewertet werden. Streng agroökologische Zonen können große geschützte Reservate bilden und verhindern, daß Landbesitztitel für unergiebige Böden vergeben werden. Initiativen in diese Richtung bleiben gegenwärtig in den komplizierten politischen Verhältnissen vor Ort stecken. Es werden Ausgleichszahlungen notwendig sein, um Anreize für lokale Aktionen zu schaffen, die finanziellen Belastungen armer Bauern abzufedern und die Interessen von Viehzüchtern und Holzfällern zu neutralisieren. Da sich der Nutzen auf die gesamte Welt erstreckt, ist eine internationale Unterstützung sowohl notwendig als auch gerechtfertigt.

#### Die Implikation einer guten Politik

Was würde geschehen, wenn die Weltgemeinschaft eine Politik in die Tat umsetzte, die dem Geist der obigen Ausführungen entspricht? Zwar kann es niemand mit Sicherheit wissen, aber auf der Basis der Projektionen verschiedener Ländermodelle der Weltbank, die das langfristige Wachstum unter Zugrundelegung unterschiedlicher Annahmen über die Politik der Länder und die internationalen Rahmenbedingungen abgreifen, sind dennoch einige grobe Schätzungen möglich. Diese Modelle spiegeln eine große Bandbreite länderspezifischer Daten und Annahmen wider. Ihre Ergebnisse müssen zwar vorsichtig interpretiert werden, sie liefern aber dennoch anschauliche Größenordnungen über die möglichen Veränderungen.

Die Ergebnisse weisen auf die Bedeutung hin, die sowohl der globale Zusammenhang als auch das Handeln in den einzelnen Ländern für das langfristige Wachstum haben (Tabelle 8.1). Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind von ausschlaggebendem Gewicht. Verglichen mit dem Basisszenario (gute weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen) könnten vorteilhafte außenwirtschaftliche Bedingungen das Wachstum um 0,5 bis 1 Prozentpunkte pro Jahr steigern. Dies ist von Bedeutung. Die auf abweichende Vorgehensweisen in den Ländern selbst zurückgehenden Unterschiede in den Wachstumsraten könnten noch größer

**Tabelle 8.1 Veränderungen der Wachstumsraten des BIP im Vergleich zum Regelfall, 1990 bis 2000**

(prozentuale Abweichung)

Inländische Wirtschaftspolitik	Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen		
	Schlecht	Gut	Sehr gut
Sehr gut	1,0	1,5	2,0
Gut	-1,0	Regelfall	0,5
Schlecht	-3,0	-2,0	-1,0

Anmerkung: Die angegebenen Veränderungen der Wachstumsraten sind ungewogene Abweichungen vom „Regelfall“. Die Zahlen sind gerundet.

Quelle: Angaben der Weltbank; vergleiche die Technischen Anmerkungen am Ende des Hauptteils.

ausfallen. Der Wachstumsunterschied zwischen einer guten und schlechten Politik innerhalb der Länder beläuft sich, bei unveränderter weltwirtschaftlicher Lage, auf durchschnittlich 1,5 bis 2 Prozentpunkte Wachstum pro Jahr, das ist etwa das Doppelte der Verbesserung aufgrund der vorteilhafteren außenwirtschaftlichen Bedingungen. Angesichts der Unsicherheiten über die Weltwirtschaft werden die Länder große Vorteile genießen, die zu einer flexiblen Anpassung ihrer binnenwirtschaftlichen Maßnahmen auf sich wandelnde Bedingungen in der Lage sind. Selbst wenn die weltwirtschaftlichen Bedingungen unfreundlich sind, wird eine gute Politik innerhalb der Länder hoch belohnt.

Welche langfristigen Implikationen haben diese Projektionen? Hält man die außenwirtschaftlichen Bedingungen entsprechend dem Basisszenario konstant, so beläuft sich den Projektionen zufolge der Unterschied zwischen einer schlechten und einer sehr guten Politik im Durchschnitt auf 3,5 Prozentpunkte zusätzliches Wachstum pro Jahr. Nach zehn Jahren, einschließlich des Zuwachses auf den Zuwachs, stünde ein Land mit einer sehr guten Wirtschaftspolitik um 40 Prozent besser da als ein anderes, das von dem gleichen Einkommensniveau aus startete, aber eine schlechte Politik betrieb. Würde dieser Wachstumsvorsprung aufrechterhalten, hätte das erste Land nach zwanzig Jahren ein doppelt so hohes Einkommen wie das zweite, was hinsichtlich der Armutsverringerung einen entscheidenden Unterschied darstellen würde.

#### Eine globale Herausforderung

Während der Zeit, die erforderlich ist, um diesen Abschnitt zu lesen, werden rund einhundert Kinder geboren – sechs in den Industrieländern und vierundneunzig in den Entwicklungsländern. Hierin

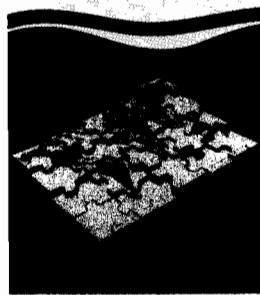
liegt die globale Herausforderung. Wie immer die Aussichten für die Industrieländer auch sein mögen, langfristig hängen der Wohlstand und die Sicherheit der Welt – schlicht und einfach aufgrund der Größenverhältnisse – vom Entwicklungsfortschritt ab.

Der Entwicklungsprozeß wird heute besser verstanden als früher. Die Institutionen der Marktwirtschaften haben sich als komplexer erwiesen, als es die Lehrbücher vermuten lassen, vor allem, wenn das Zusammenspiel mit politischen, sozialen und umweltbezogenen Prozessen mit in Betracht gezogen wird. Dennoch aber haben sich verlässliche,

allgemeine Grundsätze herausgeschält, an denen sich die Politik orientieren kann.

Ungeachtet der unsicheren Aussichten für die neunziger Jahre ist ein gewisses Maß an Optimismus gerechtfertigt, jetzt, da mehr und mehr Länder sich für einen marktfreundlichen Ansatz entscheiden. Mit einer engen internationalen Zusammenarbeit werden die Entwicklungschancen besonders vielversprechend sein. Wie nie zuvor in der jüngeren Geschichte gibt es heute ein Maß an Übereinstimmung darüber, was getan werden muß und wie es zu tun ist. Es verbleibt noch, diese Ideen überall in die Praxis umzusetzen.





## Technische Anmerkungen

### Kapitel 1

*Datenangaben und Definitionen.* Der historische Abschnitt dieses Kapitels verwendet Angaben über das BIP und BSP pro Kopf für den Zeitraum von 1700 bis 1988 (in Tabelle 1.1 und Schaubild 1.1 und 1.3), die auf einer Auswahl von 41 Ländern basieren (mit einer Bevölkerung von zusammengekommen 3,99 Mrd Menschen im Jahr 1988); hinzugezogen werden aggregierte Zahlenangaben für Osteuropa, basierend auf dem Hintergrundpapier von Maddison (hier werden 310 Milliarden Menschen erfaßt). Die Länderauswahl, zusammen mit den Angaben von Maddison über Osteuropa, deckt somit ungefähr 86 Prozent der Weltbevölkerung ab. Die Länder werden in drei Gruppen eingeteilt: OECD-Länder, Osteuropa und Entwicklungsländer. Die Entwicklungsländer werden weiter untergliedert nach ihrer Zugehörigkeit zu geographischen Regionen: Lateinamerika; Südasien; Ostasien; Afrika; sowie Europa, der Nahe Osten und Nordafrika (Nicht-OECD-Länder, Nicht-osteuropäische Länder). Die in den einzelnen Gruppen zusammengefaßten Länder sind: OECD: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz und die Vereinigten Staaten. Osteuropa (Maddison): die Tschechoslowakei, die UdSSR und Ungarn. Lateinamerika: Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru. Südasien: Bangladesch, Indien, Pakistan. Ostasien: China, Indonesien, die Philippinen, Republik Korea, Thailand, Taiwan (China). Afrika: Äthiopien, Französisch-Afrika (Aggregat für Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gabun, Kamerun, Kongo, Madagaskar, Mali, Mauretanien,

Niger, Senegal, Tschad, Togo und Zentralafrikanische Republik), Kenia, Nigeria und Tansania. Europa, Naher Osten, Nordafrika: Algerien, Arabische Republik Ägypten, Islamische Republik Iran, Jugoslawien, Marokko, Syrien und die Türkei. Der Ausdruck „vier ostasiatische Schwellenländer“ bezieht sich auf Hongkong, die Republik Korea, Singapur und Taiwan (China).

*Statistische Methoden.* Die Zahlenangaben basieren, soweit verfügbar, auf der Grundlage von US-Dollar von 1980, wie vom Projekt für internationale Vergleiche (International Comparison Project, ICP) festgelegt wurde, oder in anderen Fällen auf der Grundlage von Schätzungen von Maddison von US-Dollar von 1980 entsprechend dem ICP. Für Länder, die in der ICP-Auswahl von Maddison nicht berücksichtigt sind (Äthiopien, Algerien, Islamische Republik Iran, Marokko, Syrien und andere afrikanische Länder) stammen die Schätzungen von einer elektronischen Datenbasis (copyright 1987 und 1988 von der Prospect Research Corporation), die von Robert Summers und Alan Heston entwickelt wurde. Die Schätzungen des realen BIP für 1830 bis 1965 der Länder der ICP-Maddison-Auswahl stammen von Maddison (1981, 1989) und Maddison u. a. (erscheint demnächst). Die realen Angaben wurden verbunden mit einer Datenbasis der Weltbank über reale BIP-Reihen von 1965. Die Indizes des realen BIP für 1950 bis 1965 der Länderauswahl ohne die ICP-Maddison-Länder kommen von der OECD 1968. Diese Indizes wurden ebenfalls ab 1965 mit den Weltbankangaben verbunden.

*Vorausschätzungen des Weltentwicklungsberichts.* Sonderbeitrag 1.4 verwendet Projektionen für das durchschnittliche reale Wachstum des BIP während der achtziger Jahre, wie dies in den *Weltentwick-*

lunftsberichten der Jahre 1979, 1980, 1981 und 1982 dargelegt wurde. Die Projektionen für die Entwicklungsländerregionen basieren auf den Ländergruppierungen, wie sie in diesen Berichten zur Zeit ihrer Publikation verwendet wurden. Da die regionalen Ländergruppen der Weltbank während der vergangenen zehn Jahre verändert wurden, wurde versucht, die Ergebnisse (tatsächliche Wachstumsergebnisse in den achtziger Jahren) auf der Basis der ursprünglichen Länderzusammensetzung abzubilden. Daher können die im Schaubild des Sonderbeitrags abgebildeten Durchschnitte der Wachstumsraten von den regionalen Durchschnitten abweichen, die an anderen Stellen des Berichts genannt werden. Die abgebildeten Wachstumsraten für Projektionen und tatsächliche Ergebnisse beruhen auf dem BIP zu konstanten Preisen und Dollarwechselkursen, die in den oben zitierten Berichten verwendet wurden. Da sich die Ländergruppierung der Weltbank für die Region Europa, Naher Osten und Nordafrika erheblich verändert hat, ist an deren Stelle eine Gruppe „Ölexporteur“ getreten.

*Schaubilder.* Schaubild 1.1 basiert auf Daten, die aus der oben erwähnten Länderauswahl stammen, mit Ausnahme Großbritanniens. Die Schätzungen für Großbritannien für die Jahre vor 1830 wurden von den Daten der Länderauswahl zurück extrapoliert, wobei Wachstumsraten von Crafts 1981 verwendet wurden. Der Zeitpunkt, für den erste Daten für Großbritannien verfügbar sind, liegt gleichauf mit dem geschätzten Beginn der industriellen Revolution. Einige Wirtschaftshistoriker sehen die Zeit um 1840 als den Beginn einer Periode an, in der sich das Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen in den Vereinigten Staaten beschleunigte. Der Abschluß der deflationären Periode in Japan in den Jahren 1885/86 wird von einigen als der Beginn des modernen Wirtschaftswachstums in diesem Land erachtet. Bei den anderen Ländern, die in dem Schaubild aufgeführt werden, wurden Zeiträume kontinuierlichen Wachstums verwendet, basierend auf einem gleitenden, zentrierten Fünfjahresdurchschnitt des BIP pro Kopf, um die kürzesten Verdopplungszeiträume zu identifizieren (unter Ausschaltung der konjunkturellen gesamtwirtschaftlichen Effekte).

Schaubild 1.2 verwendet Schätzungen über die Lebenserwartung von Gwatkin 1978 für die Zeit vor 1978 und von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für die Jahre ab 1978. Wegen der eingeschränkten Datenverfügbarkeit konnte keine Länderauswahl gebildet werden, die zu Beginn jeder angegebenen Periode die gleiche Lebenserwartung

aufwies. Statt dessen wird die Lebenserwartung zu Beginn des Zeitraums genannt und die einbezogenen Länder werden in der Reihenfolge der anfänglichen Lebenserwartung und der zeitlichen Abfolge (die übereinstimmen) präsentiert. Die Bruchstellen zwischen den einzelnen Zeiträumen wurden danach bestimmt, ob Übersichtsdaten für die Zwischenjahre vorlagen. Schaubild 1.3 bildet Zeitreihen ab, die einen gewogenen, gleitenden und zentrierten Durchschnitt für 41 ausgewählte Länder darstellen. Die Durchschnitte für die Gruppen der OECD- und Entwicklungsländer wurden abgeleitet durch die Division des gesamten BIP der Gruppe (aggregiert mit dem internationalen Dollar des Jahres 1980) durch die Gesamtbevölkerung der Gruppe. Schaubild 1.5 verwendet Statistiken der Datenbank der Weltbank, die auf einer Auswahl von 130 Ländern basiert. Die Gruppendurchschnitte wurden mit BIP-Gewichten errechnet.

## Kapitel 2

*Datenauswahl.* Dieses Kapitel verwendet Zahlenangaben einer Auswahl von 68 Ländern in 5 Regionen: 27 in Afrika südlich der Sahara, 10 in Ostasien, 15 in Lateinamerika, 12 in Europa, dem Nahen Osten und Nordafrika (ohne Pakistan) und 4 in Südasien (einschließlich Pakistan). Dieser Länderkreis wurde allein auf Grundlage der Verfügbarkeit von Zahlenangaben ausgewählt. Die folgenden Entwicklungsländer mit einer Bevölkerung von mehr als 10 Millionen im Jahr 1988 erfüllten die Datenanforderungen nicht: Ecuador, Iran, Irak, Myanmar, Nepal, Saudi-Arabien, Südafrika und Vietnam.

*Statistische Methoden.* Die meisten Variablen stammen aus einer Datenbank der Weltbank und erklären sich aus sich selbst heraus. Reihen über Sach- und Humankapital sind als solche nicht vorhanden. Lau, Jamison und Louat 1991 schlugen eine Methode vor, um diese Schwierigkeiten zu überwinden, indem sie die Bestände aus jährlichen Anlageinvestitionen und Einschulungsangaben errechneten. Dieses Kapitel erweitert ihre Methode und wendet sie auf einen größeren Länderkreis an.

Es wurde ein auf das Wachstum bezogener Ansatz verwendet. Die Variablen sind wie folgt definiert: Auf Produktion und Produktionsmittel bezogene Variable: Veränderung des BIP in Dollar von 1980,  $zy$ ; Veränderung in der Ausnutzung des Kapitalstocks (durch den Einsatz von Instrumentenvariablen-schätzung),  $zk$ ; Veränderung des Agrarlandes,  $zh$ ; Veränderung der Erwerbsbevölkerung,

zl; durchschnittlicher Bildungsstand (gemessen in Jahren an Grund- und weiterführenden Schulen) der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren im Jahre 1960,  $e_{60}$ ; Veränderung des Bildungsstandes bei Einordnung in den Bereich 0 bis 3,  $de_{03}$ ; Veränderung des Bildungsstandes bei Einordnung in den Bereich 3 bis 9,  $de_{39}$ . Auf die Offenheit der Volkswirtschaft bezogene Variable: Preise handelbarer Güter relativ zum Preisniveau in den Vereinigten Staaten,  $zp_{tr}$ ; Preisveränderung handelbarer Güter, wenn das Preisniveau unterhalb des Niveaus in den Vereinigten Staaten liegt,  $zp_{tr1}$ ; Preisveränderung handelbarer Güter, wenn das Preisniveau oberhalb des Niveaus in den Vereinigten Staaten liegt,  $zp_{tr2}$ ; Veränderung des Preisniveaus handelbarer Güter in Richtung auf das Preisniveau in den Vereinigten Staaten (unter der Annahme einer symmetrischen Reaktion, d. h.  $zp_{tr1}$  minus  $zp_{tr2}$ ),  $zp_{tr}$ ; Produkt aus der Preisveränderung handelbarer Güter in Richtung auf das Preisniveau in den Vereinigten Staaten und dem Bildungsstand (d. h.  $zp_{tr}$  mal  $e$ ),  $zp_{tre}$ ; und eine Dummy-Variable für fehlende Angaben über  $zp_{tr}$ ,  $mvpt$ . Das Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität (der Teil von  $zy$ , der nicht durch  $zk$ ,  $zl$  oder  $zh$  erklärt wird), wurde als Restgröße zwischen dem

tatsächlichen  $zy$  und dem geschätzten  $zy$  errechnet, wobei die geschätzten Koeffizienten für  $zk$ ,  $zl$  und  $zh$  verwendet wurden, die aus der Regression 1 in Tabelle 2.1 B der Technischen Anmerkungen für eine Auswahl von 68 Ländern stammen.

Die Verwendung des Devisenagios in Tabelle 2.4 als Indikator für wirtschaftspolitische Verzerrungen ermöglicht die größte Anzahl von Beobachtungen. Die Verwendung zweier Indizes über die Handelsliberalisierung (Papageorgiou, Michaely und Choksi 1990; Thomas, Halevi und Stanton, Hintergrundpapier) sowie die jährlichen Veränderungen im Bildungsstand führten zu Ergebnissen, die mit den in Tabelle 2.4 wiedergegebenen Resultaten übereinstimmen.

*Der Einfluß von „Freiheit“ auf den Rückgang der Säuglingssterblichkeit.* Hinsichtlich der Regressionen über 247 jährliche Länderbeobachtungen, für die Gastils Freiheitsindex (politische und bürgerliche Freiheiten), Bildungsangaben und verlässliche Daten über die Säuglingssterblichkeit verfügbar sind (1973 bis 1984), siehe Tabelle 2.2 B der Technischen Anmerkungen. Da Gastils Index von 2 (beste Einstufung) bis 14 (schlechteste Einstufung) reicht (seine beiden Indizes über politische bzw. bürgerliche Freiheiten, die sich von 1 (schlechteste Einstufung) bis 7 (beste Einstufung) erstrecken, wurden aufaddiert), impliziert ein positiver Koeffizient seines Indexes, daß politische und bürgerliche Freiheiten mit einem Rückgang der Säuglingssterblichkeit stark korreliert sind.

*Einkommensunterschiede.* Die Analyse im Karten- und Textabschnitt über regionale Einkommensunterschiede innerhalb von Ländern basieren auf folgenden Abgrenzungen der Regionen: Brasilien: Die südöstliche Region umfaßt die Staaten Minas Gerais, Espírito Santo, Rio de Janeiro und São Paulo; die nordöstliche Region umfaßt Maranhão, Piauí, Ceará, Rio Grande do Norte, Paraíba, Pernambuco, Alagoas, Sergipe und Bahia. China: Die östliche Region umfaßt die Provinzen Anhui, Fujian, Jiangsu, Jiangxi, Shandong, Shanghai und Zhejiang; die südliche und südwestliche Region umfaßt hier Henan, Hubei, Hunan, Guangdong, Guangxi, Sichuan, Guizhou und Yunnan; Indien: Die östliche Region umfaßt die Staaten Bihar, Orissa und West-Bengalen; die westliche Region umfaßt Daman, Diu, Goa, Gujrat und Maharashtra. Nigeria: die östliche Region umfaßt die Provinzen Anambra, Benue, Cross River, Imo und Rivers; die nördliche Region umfaßt Bauchi, Borno, Gongola, Kaduna, Kano, Plateau, Sokoto und Niger. Vereinigte Staaten: Die mittlere Atlantikregion umfaßt die Staaten von

**Tabelle 2.1 B Regressionen ausgewählter Faktoren des BIP-Wachstums, 1960 bis 1987**

Variable	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
zk	0,38 (17,7)	0,38 (17,6)	0,38 (17,6)	0,38 (17,6)	0,38 (17,6)
zl	0,44 (3,6)	0,46 (3,8)	0,046 (3,8)	0,45 (3,7)	0,45 (3,8)
zh	0,14 (1,3)	0,04 (1,4)	0,04 (1,4)	0,04 (1,4)	0,04 (1,4)
$de_{03}$	0,09 (2,5)	0,09 (2,6)	0,09 (2,6)	0,09 (2,6)	0,09 (2,6)
$de_{39}$	0,14 (1,9)	0,04 (2,0)	0,04 (2,0)	0,04 (2,0)	0,04 (2,0)
$e_{60}$ (*100)	0,73 (1,5)	0,16 (1,8)	0,16 (1,8)	0,17 (1,9)	0,17 (1,9)
$zp_{tr1}$		0,04 (2,0)			
$zp_{tr2}$		-0,03 (-1,2)			
$zp_{tr}$			0,04 (2,3)	-0,02 (-0,6)	
$zp_{tre}$				0,01 (1,6)	0,01 (2,7)
$mvpt$		0,004 (1,3)	0,004 (1,3)	0,004 (1,3)	0,004 (1,3)
$R^2$	0,2256				
n	1.826	1.826	1.826	1.826	1.826

Anmerkung: In Klammern gesetzte Angaben sind t-Statistiken. Alle Regressionen beinhalten Dummy-Variablen für Regionen (Afrika; Ostasien; Europa, Naher Osten und Nordafrika; Lateinamerika und die Karibik; Südasien) und Zeiträume (1960 bis 1973 und 1974 bis 1987). Alle Daten sind Jahresangaben. Alle Veränderungsraten sind logarithmische Differenzen mit Ausnahme der Veränderungen des Bildungsstandes (welche Veränderungen des Niveaus wiedergeben).

**Tabelle 2.2B Abhängige Variable:  
Veränderung der Säuglingssterblichkeit**

Unabhängige Variable	(1)	(2)	(3)
Wachstum des privaten Einkommens	-0,024 (-2,3)	-0,029 (-3,6)	-0,032 (-3,4)
Wachstum der Ausgaben im Gesundheitswesen			
Gesamtstaat	-0,002 (-0,1)	-0,002 (-0,1)	-0,004 (-0,3)
Konsolidierter Zentralstaat	0,001 (0,1)	0,001 (0,1)	0,001 (0,1)
Zentralstaat (gemäß Haushalt)	0,003 (0,4)	0,002 (0,3)	0,001 (0,2)
Gastils Index		0,002 (4,6)	0,001 (2,0)
Bildung weiblicher Personen			-0,004 (-5,7)

Anmerkung: *t*-Statistiken in Klammern. Einschließlich von regionenspezifischen Dummy-Variablen. Alle Veränderungsdaten sind logarithmische erste Differenzen.

New Jersey, New York und Pennsylvania; die südliche Atlantikregion umfaßt Georgia, North Carolina, South Carolina, Virginia und West Virginia.

Im Schaubild 2.6A des Sonderbeitrags werden die Bildungsjahre in Grund- und weiterführenden Schulen getrennt nach männlichem und weiblichem Geschlecht errechnet. Zeitreihen über den Schulbesuch sind im allgemeinen ab 1960 verfügbar; in einigen Ländern ist es jedoch auch möglich, Angaben für die Jahre 1950 bis 1960 zu finden. Für vorangegangene Jahre wurden Schätzungen aufgrund dieser Reihen vorgenommen, um Zeitreihen von 1902 an zu erhalten. Schließlich wurde die Gesamtzahl der Schuljahre pro Person unter der im Arbeitsalter befindlichen Bevölkerung durch die Bestandsfortschreibung errechnet und der mittlere Schulverweilzeitraum für jeden Zeitraum durch die Division dieser Gesamtzahl durch den Umfang der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter abgeleitet.

### Kapitel 3

*Angaben für die zwei Querschnittsanalysen.* Die Analyse der wirtschaftlichen Belastung der Erkrankung Erwachsener (Tabelle 3.1) und der Ausbildung von Unternehmern (Schaubild 3.3) basieren auf verschiedenen Haushaltserhebungen, einschließlich der Erhebungen über den Lebensstandard in sechs Ländern aus den späten achtziger Jahren, der Erhebung über das Familienleben im Malaysia aus dem Zeitraum 1975/76, der Bicol-Erhebung über mehrere Fragestellungen auf den Philippinen und der

indonesischen sozio-ökonomischen Erhebung von 1978. Die Erhebungen sind national repräsentative Stichprobenerhebungen, mit Ausnahme der philippinischen und bolivianischen (nur auf die Städte bezogenen) Erhebungen. Hinsichtlich von Einzelheiten, siehe die beiden Hintergrundpapiere von King, Rosenzweig und Wang.

*Die wirtschaftliche Belastung der Erkrankung Erwachsener.* Die Analyse untersuchte die Krankheitsfälle unter Erwachsenen zwischen 20 und 59 Jahren (im Monat vor der Erhebung), die Dauer der Erkrankung und die Abwesenheit der Kranken von der Arbeitsstelle. Die auf Befragung der Betroffenen berechneten Krankheitsdaten können zwar durch verschiedene andere Faktoren als den Gesundheitsstand beeinflusst sein, wie die Löhne, die Möglichkeit der Arbeitsteilung zwischen Familienmitgliedern und das Bestehen von Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Sensitivitätsanalysen zeigen jedoch keinen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen Krankheitsfällen (auf Basis der Befragung Betroffener) oder Abwesenheiten vom Arbeitsplatz und Tagesverdiensten oder dem Bestehen von Lohnfortzahlung oder Sozialversicherungen. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage wurde dann mit den angegebenen Tageslöhnen der Arbeiter bewertet. Die Ergebnisse zeigen, daß die potentiellen Einkommenseinbußen im Vergleich zum Normal Einkommen der Arbeiter beträchtlich ausfallen können.

*Ausbildung von Unternehmern.* Schaubild 3.3 wird gestützt durch statistisch robuste Ergebnisse von Multivariatanalysen. Eine Hintergrunduntersuchung bestand aus multinomialen Logitregressionen über die Berufsentscheidungen Erwachsener. Besteht die Möglichkeit, sich selbständig zu machen, und führt man geeignete statistische Korrekturen bezüglich möglicher Verzerrungen bei der Auswahl des zugrundegelegten Kreises durch, so zeigt sich, daß die Größe des Unternehmens positiv korreliert ist mit der Ausbildung des Unternehmers. Die Ergebnisse berücksichtigen das Alter, das Geschlecht und die Ansässigkeit des Unternehmers; in Malaysia wurden auch die Volksgruppenzugehörigkeit und das ererbte Vermögen mit in Rechnung gestellt.

*AIDS in Entwicklungsländern.* Schaubild 3.5A basiert auf Untersuchungen ausgewählter städtischer Stichprobengruppen in drei Ländern. In Ruanda bestand die Auswahl aus 1255 Erwachsenen aus Städten auf Basis einer nationalen Stichprobenauswahl; in Sambia aus 1078 Patienten, Blutspendern und Angestellten eines städtischen

Krankenhaus und in Zaire aus 5951 Beschäftigten einer städtischen Textilfabrik. Der niedrige, mittlere und hohe sozioökonomische Status wurde jeweils folgendermaßen definiert: Für Ruanda Grundschulbildung oder weniger, mehr als Grundschulbildung und ohne Definition; für Sambia 0 bis 4 Schuljahre, 5 bis 9 Schuljahre und 10 oder mehr Schuljahre; und für Sambia Arbeiter, Vorarbeiter und leitendes Personal.

*Öffentliche Ausgaben und soziale Indikatoren.* Die Analyse der relativen Effekte von Einkommenszuwächsen und Veränderungen der öffentlichen Ausgaben im Sozialbereich auf Veränderungen in der Säuglingssterblichkeit und dem Schulbesuch, basierten auf zwei Studien, die unterschiedliche ökonomische Modelle und Einkommensmessungen anwandten: (a) Einem Festeffekt-Modell mit Dummy-Variablen für das BIP und den Zeitfaktor, wobei der Schätzung Fünfjahresdaten für 124 Länder zugrundelagen (siehe Tabelle 3.1 B in den Technischen Anmerkungen) (King und Rosenzweig, Hintergrundpapier); (b) Ein Modell unter Verwendung erster Differenzen mit einer Variablen, die das Wachstum der privaten Einkommen widerspiegelte (BIP minus gesamte Staatsausgaben) und Jahres-

**Tabelle 3.1B Der Einfluß des Einkommens und der Sozialausgaben auf die Säuglingssterblichkeit; ein Festeffekt-Modell**

Unabhängige Variable	Koeffizient	t
BIP	-0,0000367	-2,954
Gesundheit 1	-0,0011655	-1,069
Gesundheit 2	0,0035853	0,836
Bildung 1	-0,0007568	-0,702
Bildung 2	-0,0039422	-1,287
<i>Interaktion mit Variablen für Entwicklungsländer</i>		
BIP	0,0000008	0,057
Gesundheit 1	-0,0148330	-5,826
Gesundheit 2	-0,0701540	-1,748
Bildung 1	0,0010280	0,504
Bildung 2	0,0209830	2,401

Anmerkung: Zahl der Beobachtungen = 409; bereinigtes  $R^2 = 0,9990$ . Gesundheit 1 und Bildung 1 sind Daten über die Ausgaben für den konsolidierten Zentralstaat. Gesundheit 2 und Bildung 2 wurden abgeleitet aus den Konten der Zentralregierung (gemäß Haushalt). Diese Angaben wurden als Ausgaben pro Kopf ausgedrückt. Die Säuglingssterblichkeitsziffern (SSZ) wurden zunächst in logarithmische Form umgewandelt ( $SSZ/1 - SSZ$ ). Alle Variablen wurden dann als Differenzen vom Länderdurchschnitt definiert.

a. Dummy-Variablen für Zeitabschnitte und für fehlende Variablen wurden nicht in die Tabelle aufgenommen.

Quellen: Die Angaben über Staatsausgaben stammen vom IWF und von der Unesco. Die Angaben über das BIP resultieren aus Schätzungen von Summers und Heston (1988) über international vergleichbare reale Inlandsprodukte. Die Säuglingssterblichkeitsziffern stammen aus der Datenbank der Weltbank, wobei diese anhand der Datenübersicht von Hill und Pebody 1988 überprüft wurden. Vgl. King und Rosenzweig, Hintergrundpapier.

**Tabelle 3.2B Der Einfluß des Einkommens und der Sozialausgaben auf die Säuglingssterblichkeit; ein Modell auf Grundlage erster Differenzen**

Unabhängige Variable	Koeffizient	t
Konstante	-0,024752	-20,63
Privates Einkommen	-0,049862	-4,04
Staatliche Gesundheitsausgaben Gesamtstaat	-0,026073	-1,33
Konsolidierte Zentralregierung	-0,003557	-0,45
Zentralregierung (gemäß Haushalt)	0,004220	-0,50

Anmerkung: Alle Variablen, einschließlich der abhängigen Variablen, also der Säuglingssterblichkeitsziffer (SSZ) sind als logarithmische Differenzen zwischen  $t$  und  $t-1$  definiert. Das Private Einkommen wird gemessen als BIP minus gesamte Staatsausgaben.

Quellen: Angaben der Weltbank, Angaben des IWF. Siehe Bhalla und Gill, Hintergrundpapier.

daten für 68 Länder verwendete (siehe Tabelle 3.2 B in den Technischen Anmerkungen) (Bhalla und Gill, Hintergrundpapier). Bei Verwendung des Modells (a) liegt die Elastizität der öffentlichen Ausgaben in Bezug auf die Säuglingssterblichkeit bei -0,08 und die Einkommenselastizität bei -0,11. Bei Verwendung des Modells (b) ist die Elastizität des privaten Einkommens bezüglich der Säuglingssterblichkeit bei -0,05.

## Kapitel 4

*Datenangaben und Definitionen.* Die letzten Abschnitte dieses Kapitels analysieren die Produktivität von Projekten bei Verwendung von Angaben über den neubewerteten internen Zinsfuß (IZ) für 1200 Projekte im öffentlichen und privaten Sektor. Die Untersuchung basiert auf einem Hintergrundpapier von Kaufmann. Die Daten über den IZ stammen von der Abteilung für die Bewertung von Tätigkeiten der Weltbank und der Bewertungsstelle der IFC. Die Neueinschätzung der Projekte und des IZ erfolgt entsprechend der standardisierten Squire-van der Tak-Methode. Der IZ eines Investitionsprojekts ist ein häufig benutzter Indikator für die Produktivität, der den wirtschaftlichen Beitrag eines Investitionsprojektes auf die Gesamtwirtschaft mißt. Es wird errechnet durch die Messung der Kosten und Nutzen eines Projekts, die durch Verwendung von Weltmarkt- und Schattenpreisen bereinigt werden, um Opportunitätskosten mit zu erfassen. Der IZ ist der Abzinsungssatz, zu dem der Nettogegenwartswert aller Nutzen- und Kostenströme des Projekts Null ist. Ein IZ eines Projekts von weniger

als 10 Prozent impliziert, daß jeder in eine Fabrik oder Maschine investierte Dollar jährliche wirtschaftliche Erträge von weniger als 10 Cents erbringt – eine Rendite, die niedriger liegt als bei alternativen Investitionsmöglichkeiten und gegenüber Anlagen in weniger riskanten Finanzinstrumenten nicht günstig abschneidet. Wenn die ökonomischen Nettoerträge von Bedeutung sind, wird der IZ den Bereich von 10 bis 15 Prozent übersteigen.

Der durchschnittliche IZ aller evaluierten Projekte lag bei etwa 15 Prozent, die Schwankungsbreite war aber erheblich und reichte von negativen Werten bis zu mehr als 50 Prozent. Auch hatte die Wirtschaftspolitik von Land zu Land und über die Zeit hinweg sehr unterschiedliche Erfolgsbilanzen. Verschiedene land- und zeitspezifische Politikvariablen, welche wirtschaftspolitische Verzerrungen messen, wurden unabhängig voneinander gesammelt und in die statistische Analyse eingebaut, um zu bestimmen, ob politikbezogene Faktoren zur Erklärung von unterschiedlichen Projekterfolgen herangezogen werden können. Die Ergebnisse sind in Tabelle 4.2 zusammengefaßt.

Die überprüften Projekte wurden Mitte der sechziger Jahre in Angriff genommen; die Bewertung fand zwischen 1973 und 1989 statt. Die Projekte wurden in 58 Entwicklungsländern durchgeführt. Bei diesen Volkswirtschaften lagen unabhängige Informationen über zumindest eine makrofinanzielle Variable vor (Realzins, Haushaltsdefizit) oder es gab eine Variable, die die Außenhandelsbeschränkungen erfaßte. Zusätzlich wurden die Devisenagios für jedes Land und Jahr erfaßt. Somit wurde der IZ eines jeden Projekts mit zumindest zwei wirtschaftspolitischen Indizes korreliert.

In Tabelle 4.2 wird der durchschnittliche IZ für verschiedene Werte von vier wirtschaftspolitischen Indizes dargestellt (a) Realzinsen, entnommen einer Datenbank der Weltbank; (b) Daten des IWF über das Haushaltsdefizit der Zentralregierung; (c) der Halevi-Thomas-(Thomas, Halevi und Stanton, Hintergrundpapier)Index über Außenhandelsbeschränkungen/Grad der Offenheit, der vom Wert eins (größter Restriktionsgrad) bis zum Wert fünf (größter Offenheitsgrad) reicht, und zwar für 32 Länder mit vergleichbaren veröffentlichten Informationen über tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse, die anhand von Dokumenten der Weltbank verfügbar waren und (d) Devisenkursaufschläge am Parallelmarkt (Quellen waren die International Currency Analysis, Inc., verschiedene Jahrgänge) im Falle der Notierungen am Parallelmarkt und Daten des IWF im Falle der offiziellen Wechselkurse. Zusätz-

lich wurden als Hintergrundmaterial andere wirtschaftspolitische Indizes zusammengestellt und mit dem IZ korreliert, einschließlich eines Maßes für die Verzerrung relativer Preise bei handelbaren Gütern (von Dollar, erscheint demnächst) und eines zweiten Indexes über die Außenhandelsliberalisierung (von Papageorgiou, Michaely und Choksi, 1990).

*Statistische Methoden.* Bei der Gesamtauswahl weist die einfache Korrelation zwischen jedem wirtschaftspolitischen Index und dem IZ der Projekte das richtige Vorzeichen auf und ist statistisch signifikant. Bei der Aufgliederung nach Sektoren und entsprechend dem Kriterium öffentlich/privat bleibt die Signifikanz der Korrelation zwischen verschiedenen wirtschaftspolitischen Indizes und dem sektoralen IZ in den meisten Fällen erhalten, wenngleich bei einzelnen Untermengen (wie zwischen dem Haushaltsdefizit und dem IZ von nicht-handelbaren Gütern) die einfachen Korrelationen statistisch nicht signifikant sind.

Um die Kausalität zu untersuchen, wurde für die meisten Länder eine Vielzahl von Kontrollvariablen herangezogen, die eine multivariate Analyse ermöglichte. Es wurde eine Tobitregression verwendet (anstelle der normalen Kleinstquadrat), um der Zensierung der Daten mit einem IZ von –5 Prozent Rechnung zu tragen. Der IZ eines jeden Projekts ist die Beobachtungseinheit der abhängigen Variablen in der multivariaten Analyse. Länder- und jahresspezifische wirtschaftspolitische und strukturelle Variablen wurden als unabhängige Variablen verwendet. Zusätzlich zu den wirtschaftspolitischen Indizes wurden Kontrollvariablen in die Analyse einbezogen, und zwar neben anderen das landesweite Verhältnis von Kapital zu Arbeit, Schuljahre, Grad der institutionellen Komplexität des Projekts, Wachstum des BIP und der Veränderungen der Terms of Trade im Außenhandel. Alternativ wurden ebenfalls Spezifikationen geschätzt, die Dummy-Variable zur Berücksichtigung länder- und jahresspezifischer Effekte enthielten.

*Ergebnisse:* Schätzungen verschiedener Spezifikationen deuten auf einen wirtschaftlich und statistisch signifikanten Einfluß von wirtschaftspolitischen Indizes auf den IZ hin (unter Berücksichtigung anderer Faktoren). Die Devisenagios am Parallelmarkt und die Handelsbeschränkungen bleiben unabhängig von der Spezifikation signifikant, selbst wenn sie in der gleichen Spezifikation miteinander kombiniert werden. Zudem erreichen die Koeffizienten beträchtliche Werte, was nahelegt, daß der IZ um 8 bis 10 Prozentpunkte (oder mehr) zunimmt, wenn sich bei den Aufschlägen am Parallelmarkt

und im Handelsregime erhebliche Verbesserungen einstellen. Im Gegensatz dazu verliert der Realzins jegliche wirtschaftliche und statistische Bedeutung, wenn er zusammen mit Aufschlägen am Parallelmarkt und den Handelsbeschränkungen in die Analyse einbezogen wird. Das Haushaltsdefizit ist signifikant, wenn es allein als Variable in der Spezifikation berücksichtigt ist, aber auch im Falle einiger Spezifikationen unter Einschluß anderer wirtschaftspolitischer Variablen. Des weiteren wurden noch mehrere zusätzliche Sensitivitätstests durchgeführt, indem die Stichprobenauswahl nur für bestimmte Zeiträume und Ländergrößen getestet wurde; die Ergebnisse änderten sich hierdurch nicht.

Um den Einfluß der staatlichen Investitionen auf die Produktivität von Projekten in der Landwirtschaft und der Industrie zu testen, wurden zwei Variable auf den IZ bezogen: Staatliche Investitionen als Anteil am BIP und staatliche Investitionen als Anteil an den Gesamtinvestitionen der Volkswirtschaft (entnommen aus einer Datenbank der Weltbank). Schaubild 4.3 zeigt einfache Durchschnitte des IZ, und zwar für jeden Bereich der Variablen Staatsinvestitionen/Gesamtinvestitionen und nach Unterteilung der Stichprobe bezüglich niedriger und hoher Aufschläge am Parallelmarkt. Es wurde auch eine multivariate Tobitregression zur Berücksichtigung struktureller und wirtschaftspolitisch bezogener Variablen durchgeführt. Die staatlichen Investitionen wurden als kink-linear spezifiziert, um so Bruchstellen und getrennte Steigerungsmaße für die niedrigen und höheren Bereiche der Variable mit berücksichtigen zu können. Dadurch war es möglich, die Hypothese zu testen, daß der Effekt komplementärer staatlicher Investitionen unterschiedlich ausfällt, wenn eine Zunahme bei relativ niedrigem Niveau der staatlichen Investitionen erfolgt statt bei einem hohen Niveau der Staatsinvestitionen.

Die Ergebnisse beider Spezifikationstypen (staatliche Investitionen als Anteil am BIP und staatliche Investitionen als Anteil an den Gesamtinvestitionen) stützen die Hypothese, daß ein zunehmender Anteil an der staatlichen Investition den IZ für Projekte mit Schwerpunkt auf handelbaren Gütern bis zu einem bestimmten Punkt erhöht. Bei der Spezifikation „staatliche Investitionen im Verhältnis zu den Gesamtinvestitionen“ ist der Effekt eines Anteilsanstiegs bis zu einem Anteil von 40 bis 45 Prozent positiv und danach negativ, wobei die Koeffizienten hohe Werte erreichen und statistisch signifikant sind.

## Kapitel 5

*Datenangaben und Definitionen.* Schaubild 5.2 basiert auf einem Hintergrundpapier von Harrison, das sich auf einen Datensatz mit länderbezogenen Zeitreihen stützt, der von der Kerngruppe des *Weltentwicklungsberichts 1991* zusammengestellt wurde. Es wurden sieben Näherungsreihen für die Handels- und Wechselkurspolitik verwendet, um die statistische Beziehung zwischen Offenheit und Wachstum einer Volkswirtschaft zu testen. Die erste Reihe, ein Index für die Außenhandelsliberalisierung von 1960 bis 1984, mißt den Grad der Handelsliberalisierung unter Verwendung von Angaben über die Wechselkurs- und Außenwirtschaftspolitik (Quelle: Papa-georgiou, Michaely und Choksi 1990). Wenngleich dieses Maß nicht von Land zu Land vergleichbar ist, sollten doch Dummy-Variablen für einzelne Länder, die in der Regression berücksichtigt wurden, Unterschiede ausgleichen. Die zweite Reihe, ein Index für die Außenhandelsliberalisierung von 1978 bis 1988, mißt die Bewegung in Richtung Handelsliberalisierung in dreißig Ländern während des Zeitraums 1978 bis 1988. Der Index wurde unter Verwendung von Länderquellen über tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse errechnet (Quelle: Thomas, Halevi und Stanton, Hintergrundpapier). Die dritte Reihe, Aufschläge auf den Devisenkurs, mißt die Abweichung der Kurse am Schwarzmarkt von den offiziellen Devisenkursen (Quelle: International Currency Analysis, Inc., verschiedene Jahrgänge). Die vierte Reihe, Veränderung von Außenhandelsanteilen, mißt den Anteil von Exporten und Importen am BIP (Quelle: Angaben der Weltbank). Die fünfte Reihe, Annäherung an Weltmarktpreise, wurde abgeleitet aus den relativen Preisen der handelbaren Güter eines Landes, die ihrerseits errechnet wurden aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu laufenden und konstanten Preisen. Die Variable wurde bezogen auf einen Eckwert für den relativen Preis von Konsumgütern im Jahr 1980 (von Summers und Heston 1988 a). Sie wurde dann transformiert, um die Bewegung hin zum Weltmarktpreis zu messen. Die sechste Reihe, ein Index für Preisverzerrungen, ist eine modifizierte Version des bei Dollar (erscheint demnächst) verwendeten Index. Der relative Preis von Konsumgütern von Summers und Heston wird „bereinigt“ um seinen Anteil an nichthandelbaren Gütern, indem die Residuen einer Regression dieses Indexes mit der Verstädterung, Landgröße und Bevölkerung verwendet werden. Die siebte Reihe, Benachteiligung der Landwirtschaft, mißt die indirekte

**Tabelle 5.1B Einfluß der Offenheit einer Volkswirtschaft auf das Wachstum: Synthese der Ergebnisse**

Offenheitsvariable	Jahresdaten		Sechsjahres-Durchschnitte		Durchschnitte der Gesamtperiode	
	Niveau- stände (1)	Verände- rungen (2)	Niveau- stände (3)	Verände- rungen (4)	Niveau- stände (5)	Verände- rungen (6)
Index der Handelsliberalisierung						
1960–1984	> 0*	> 0	> 0**	> 0	< 0	> 0
1978–1988	> 0**	> 0	..	..	< 0	> 0
Devisenagio <sup>a</sup>	> 0**	> 0**	> 0**	> 0	> 0**	> 0
Außenhandelsanteile	> 0	> 0*	< 0	> 0**	> 0	> 0**
Maß der Preisverzerrungen <sup>a</sup>	> 0**	< 0	> 0**	> 0**	< 0	> 0
Bewegung in Richtung Weltmarktpreise	..	> 0**	..	> 0	..	> 0
Systematische Benachteiligung der Landwirtschaft <sup>a</sup>	> 0*	> 0	> 0*	> 0**	> 0	> 0

\*\* Signifikant bei 95prozentigem Konfidenzniveau.

\* Signifikant bei 90prozentigem Konfidenzniveau.

Anmerkung: Alle Regressionen, mit Ausnahme der Regression über den Durchschnitt der Gesamtperiode, beinhalten Dummy-Variablen für Länder. a. Für Vergleichszwecke: Ein Wert „> 0“ deutet darauf hin, daß ein größerer Grad von Offenheit (weniger Verzerrungen) das Wachstum positiv beeinflusst. Entsprechend weist die Tabelle beim Devisenagio, beim Maß der Preisverzerrung und bei der systematischen Benachteiligung der Landwirtschaft ein „> 0“ aus, wenn ein höheres Verzerrungsniveau das Wachstum negativ beeinflusst.

Benachteiligung der Landwirtschaft durch den Außenschutz des industriellen Sektors und die Überbewertung der heimischen Währung (Quelle: Schiff und Valdés, erscheint demnächst).

*Statistische Methoden:* Der Einfluß dieser sieben Variablen auf das Wachstum des BIP wurde separat getestet, wobei auch andere Effekte, wie die Zunahme der Produktionsinputs (Kapital, Arbeit, Bildung, Boden) sowie Länderunterschiede berücksichtigt wurden. Beobachtungen auf Jahresbasis waren verfügbar für die Zeiträume 1960 bis 1987 im Falle der Außenhandelsanteile und 1978 bis 1988 im Falle des Halevi-Thomas-Index der Außenhandelsliberalisierung (Thomas, Halevi und Stanton, Hintergrundpapier). Die Zahl der für jeden Index zur Verfügung stehenden Länder war unterschiedlich; sie schwankte von 60 Ländern (bei den Außenhandelsanteilen) bis zu 19 Länder.

*Ergebnisse.* Die Tabelle 5.1 B in den Technischen Anmerkungen zeigt die Ergebnisse für unterschiedliche Periodendurchschnitte. Zwar beruhen die in Spalte 1 und 2 wiedergegebenen Schätzungen auf Jahresdaten, theoretisch könnten aber zyklische Fluktuationen zu unechten Korrelationen zwischen wirtschaftspolitischen Variablen und dem Wachstum des BIP führen. Entsprechend wurden daher Sechs- oder Siebenjahresdurchschnitte verwendet. Für folgende Zeiträume wurden Periodendurchschnitte errechnet: 1960 bis 1966, 1967 bis 1973, 1974 bis 1981 und 1982 bis 1988. Die Ergebnisse werden in den Spalten 3 und 4 wiedergegeben. Schließlich wurden auch Durchschnitte für den gesamten Zeitraum errechnet; die Ergebnisse finden sich in den Spalten 5 und 6. Mit Ausnahme des Devisenkurs-

agios und der Veränderungen in den Außenhandelsanteilen – diese Ergebnisse legen eine positive Beziehung zwischen einem größeren Grad der Offenheit und dem Wachstum nahe – sind die anderen Variablen bei Verwendung langfristiger Durchschnitte nicht signifikant. Die Außenhandelspolitik in den Entwicklungsländern unterlag im Zeitraum 1960 bis 1987 zu vielen Veränderungen, als daß ein langfristiger Durchschnitt Aussagekraft haben könnte. Diese Analyse geht stärker auf die Veränderungen der Außenhandelspolitik des gleichen Landes im Zeitablauf ein, nicht dagegen auf die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern.

Die Jahresangaben und die Sechsjahresdurchschnitte indizieren eine robuste Beziehung zwischen Offenheit und Wachstum. Alle statistisch signifikanten Variablen zeigen eine positive Beziehung zwischen Offenheit und Wachstum – auf Basis von Niveaugrößen oder Veränderungsraten, auf Jahres- oder Mehrjahresbasis.

Obwohl die in Schaubild 5.2 abgebildeten partiellen Korrelationen durchweg statistisch signifikant sind, fällt der Erklärungsgrad der Variable „Offenheit“ unterschiedlich aus. Das  $R^2$  der partiellen Korrelationen reicht von 0,03 bis 0,30, was darauf hindeutet, daß die Außenhandelspolitik zwar wichtig, ein großer Teil der Schwankungen in den Wachstumsraten aber noch ungeklärt ist, selbst nachdem solche Faktoren wie Bildung, Arbeit, Boden und der Kapitalstock mit in die Betrachtung einbezogen wurden.

*Ausländische Direktinvestitionen.* Zur Erörterung der ausländischen Direktinvestitionen im Verarbei-

tenden Gewerbe werden in diesem Kapitel Angaben für Côte d'Ivoire, Marokko und Venezuela verwendet, um die relative Erfolgsbilanz inländischer und ausländischer Unternehmen im Verarbeitenden Sektor zu vergleichen. Verglichen wurden das relative Niveau der Arbeitsproduktivität und der Exportorientierung, und zwar bei inländischen Unternehmen, bei Gemeinschaftsunternehmen (mit ausländischer Minderheitsbeteiligung) und bei ausländischen Unternehmen (mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung). Es wurden Mittelwerte errechnet, gewogen mit dem Anteil jedes Unternehmens an der Gesamtproduktion des Sektors. Da die Arbeitsproduktivität oder die Exportorientierung allein schon aufgrund der Kapitalintensität oder der Firmengröße höher sein könnten, wurden Durchschnitte errechnet, um auch das Kapital-Arbeitsverhältnis oder die Unternehmensgröße mit zu berücksichtigen; die Ergebnisse blieben aber unverändert.

Des Weiteren wurde die Möglichkeit analysiert, daß inländische Unternehmen von einer signifikanten Auslandspräsenz profitieren, und zwar durch die Erzeugung sogenannter technologischer „Spillover-“ oder „Ausstrahlungseffekte“. Dies wurde getestet, indem man eine Produktionsfunktion für die Inlandsunternehmen ableitete und den Einfluß von ausländischen Unternehmen auf das Produktivitätswachstum inländischer Firmen erfaßte. Gemessen wurde die Auslandspräsenz anhand des Anteils der ausländischen Direktinvestitionen innerhalb des Wirtschaftssektors. Die Resultate sprechen für eine nur geringe Bedeutung von Ausstrahlungseffekten.

## Kapitel 7

*Regierungsform.* m. Schaubild 7.1 basiert auf Vanhanen 1979, 1990. Die aus diesen Quellen geschaffene Datenbank enthält Zeitreihen für 145 Länder und für einen Zeitraum von 1850 bis 1987 (obwohl viele der hier erfaßten Länder erst nach dem zweiten Weltkrieg eine unabhängige Regierung bilden konnten). Die Klassifikation von Einparteiestaaten unterscheidet sich von der Vanhanens insofern, als daß auch Länder einbezogen sind, in denen eine einzige Partei mehr als 95 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigt und ebenso Länder, die von Gesetzes wegen nur eine Partei haben. Dies korreliert im allgemeinen mit Vanhanens Rangfolge des „Demokratisierungsindex“ (eine Kombination von erhaltenen Wählerstimmen seitens der größten Par-

tei und dem Prozentsatz der Bevölkerung, der sich an der Wahl beteiligt), wobei im Demokratisierungsindex ein Abschlag um 10 Prozent vorgenommen wird.

*Einkommensverteilung.* In Schaubild 7.2 ist Einkommensungleichheit definiert als das Verhältnis der Einkommensanteile des obersten zum untersten Fünftel. Die Statistiken über das Wachstum des BIP pro Kopf stammen von der Weltbank, die auf Basis der normalen Methode der kleinsten Quadrate für den Zeitraum 1965 bis 1989 errechnet wurden. Die anderen Variablen stammen ebenfalls aus der Datenbank der Weltbank. Bei den statistischen Arbeiten wurden sowohl Niveaugrößen als auch Wachstumsraten des Bildungsstandes und des BIP pro Kopf verwendet. Einbezogen wurden auch regionenspezifische Dummy-Variablen.

Ein Block von Regressionen testete die Hypothese, daß Einkommensungleichheiten eine Rolle dafür spielen, welche Wachstumsrate ein Land erreichen kann. Dieser Regressionsansatz deutet darauf hin, daß große Einkommensungleichheiten mit niedrigen Wachstumsraten einhergehen. Nach Einsatz von regionenspezifischen Dummy-Variablen läßt sich dieses Ergebnis aber nicht aufrechterhalten. Der zweite Block von Regressionen testet die Hypothese, daß das Niveau der Einkommensungleichheiten beeinflußt wird durch die Bildung und das BIP pro Kopf. Das Niveau der Bildung sowie das BIP pro Kopf gehen mit geringerer Einkommensungleichheit einher. Ohne regionenspezifische Dummy-Variable scheint das Wachstum des BIP pro Kopf mit geringerer Einkommensungleichheit einherzugehen. Dieses Ergebnis bleibt jedoch nicht bestehen, wenn regionenspezifische Dummy-Variablen einbezogen werden. Insgesamt betrachtet besteht zwischen Wachstum einerseits und Einkommensungleichheit andererseits nur eine schwache Beziehung, und die Kausalitätsrichtung ist unklar.

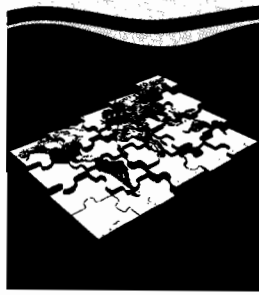
## Kapitel 8

Die Schätzungen in Tabelle 8.1 basieren auf Modellsimulationen der Ländervolkswirte der Weltbank; einbezogen waren 40 Länder, und es wurden die inländische Wirtschaftspolitik und die weltwirtschaftlichen Bedingungen berücksichtigt. Die in der Tabelle aufgeführten Schätzungen basieren auf einem ungewichteten Durchschnitt von Abweichungen (im Prozent pro Jahr) eines spezifischen Szenarios von der projizierten Wachstumsrate im Rahmen des „Regelfalles“. Der „Regelfall“ eines

jeden Landes beruht auf einer guten Binnenwirtschaftspolitik und günstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen, wie sie in den Basisszenarien in Kapitel 1 beschrieben wurden.

Die Ergebnisse sollten als sehr grobe Schätzungen angesehen und nur als illustratives Material interpretiert werden. Die für die Berechnung der Durchschnittswerte einbezogenen Länder sind innerhalb der Spalten und Zeilen verschieden, da nicht alle länderspezifischen Untersuchungen sämtliche Kombinationen von inländischer Wirtschaftspolitik und weltwirtschaftlichen Bedingungen berücksich-

tigten. Zudem haben die in den Fällen „schlecht“ und „sehr gut“ unterstellten weltwirtschaftlichen Bedingungen auf die einzelnen Länder unterschiedliche Rückwirkungen. Zum Beispiel wurde ein höherer Weltmarktpreis für Erdöl als Teil eines „sehr guten“ Fallszenarios für ein erdölexportierendes Land betrachtet, aber als Komponente eines „schlechten“ Fallszenarios für ein erdölimportierendes Land. Im Gegensatz dazu sind die wichtigsten Annahmen des Hauptszenarios für die außenwirtschaftlichen Bedingungen bei allen Ländern identisch.



## *Anmerkungen zu den verwendeten Quellen*

Der vorliegende Bericht stützt sich auf vielfältige Quellen der Weltbank – wie gesamtwirtschaftliche, sektorale und projektbezogene Arbeiten über einzelne Länder sowie Forschungsarbeiten – und auf zahlreiche externe Quellen. Die verwendeten Hauptquellen sind unten aufgeführt und in zwei Gruppen aufgelistet: Hintergrundpapiere, die für diesen Bericht in Auftrag gegeben wurden, sowie ausgewählte Literatur. Einige der Hintergrundpapiere werden in der Reihe „Policy, Research and External Affairs Working Paper“ verfügbar sein. Diese sowie die in der ausgewählten Literatur genannten Papiere, die von den Abteilungen der Weltbank stammen, sind durch das Publikationsbüro der Weltbank zu beziehen. Die in diesen Papieren zum Ausdruck gebrachten Auffassungen stimmen nicht notwendigerweise mit denen der Weltbank oder den in diesem Bericht enthaltenen Arbeiten überein.

Angesichts des weitgefaßten Themas dieses Berichts konsultierte die Kern-Arbeitsgruppe zahlreiche Personen innerhalb und außerhalb der Weltbank – zwangsläufig insgesamt zu viele, um sie hier vollständig zu nennen, doch ist ihnen allen die Arbeitsgruppe zu Dank verpflichtet. Ausführliche schriftliche Kommentare wurden abgegeben von Jean Baneth, Charles Blitzler, Javed Burki, Partha Dasgupta, Albert Fishlow, Mark Gersovitz, A. O. Hirschman, Paul Isenman, Pierre Landell-Mills, Enrique Lerdau, Paul Meo, Costas Michalopoulos, John Nash, Arvind Panagariya, Anandarup Ray, Joanne Silop, Ibrahim Shihata, Andrei Schleifer, Ernest Stern, Paul Streeten und Oktay Yenal. Ausführliche Hinweise gaben viele Mitarbeiter aus dem

Stab des Internationalen Währungsfonds, Mitarbeiter aus der Länderabteilung, der außenwirtschaftlichen Abteilung, der Planungs- und Haushaltsabteilung, der Grundsatzabteilung und der Abteilung Mittelbeschaffung sowie aus dem Institut für Wirtschaftsentwicklung der Weltbank; ferner Mitarbeiter aus dem Stab des *Weltentwicklungsberichts 1990* und des *Weltentwicklungsberichts 1992*. Besonders eng war die Zusammenarbeit mit Francisco Aguirre-Sacasa, Shaida Badiee, Meta de Coquereaumont, Dennis de Tray, Parvez Hasan, Johannes Linn, Stephen O'Brien, Robert Picciotto, D.C. Rao, Bruce Ross-Larson, Miguel Schloss, Lyn Squire, Andrew Steer und Wilfried Thalwitz. Viele gaben wertvolle Hinweise zur Disposition des Berichts und zum Überblick. Der Bericht profitierte von regional ausgerichteten, sich über die gesamte Bank erstreckenden Diskussionen mit dem Führungspersonal, von Gastrednern im Rahmen von Seminaren, von Vorträgen außerhalb der Bank und von Diskussionen mit den Vizepräsidenten des operationellen Bereichs. Nützliche Beiträge wurden von den Exekutivdirektoren geliefert. Unterstützung boten Judy Barker, Jennifer Keller, Francis Ng und Rebecca Sugui.

### *Kapitel 1*

Dieses Kapitel profitierte von den Ratschlägen vieler Experten, wie Irma Adelman, Ramesh Chander, Charles Kindleberger, Angus Maddison, Douglass North, Jeffrey Williamson, John Williamson und Shahid Jusuf. Paul Armington, Norman Hicks,

Robert E. Lucas jr., Desmond McCarthy, Vikram Nehru, Chukwuma Obidegwu, Hans Singer und Mark Sundberg gaben hilfreiche Hinweise über die aktuelle wirtschaftliche Lage, und der Stab der Abteilungen Systemanalyse und Sozioökonomische Daten des Bereichs „Internationale Wirtschaft“ gaben Hinweise über Daten und Berechnungen. Sonderbeitrag 1.2 stützt sich auf Material von Katsenelinboigen (1990), Nove (1989) und IWF und andere (1990). Robert Lynn half bei der statistischen Analyse in Sonderbeitrag 1.6. Die Daten über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage stammen in diesem Kapitel aus verschiedenen Quellen des IWF, der OECD und der Weltbank sowie aus *The Economist*, der *New York Times* und der *Washington Post*. Robert Lynn und Abdel-Ilah Stambouli halfen bei der Arbeit über Projektionen und Szenarios.

## Kapitel 2

Zahlreiche Untersuchungen der Weltbank und wissenschaftliche Studien wurden herangezogen. Die Methode zur Konstruktion eines physischen Kapitalstocks und eines Humankapitalbestandes wurde ursprünglich von Lawrence Lau, Dean Jamison und Frederic Louat (1991) entwickelt. Sonderbeitrag 2.1 basiert auf einem Hintergrundpapier von Clas Wihlborg. Sonderbeitrag 2.2 stützt sich auf Friedman (1988). Sonderbeitrag 2.3 ist einem Hintergrundpapier von Arnold Harberger entnommen. Sonderbeitrag 2.5 basiert auf einem Papier von Jjaz Nabi. Verschiedene Hintergrundpapiere wurden herangezogen, so Bevan, Collier und Gunning (erscheint demnächst), Lal und Myint (in Vorbereitung) sowie Maddison und andere (erscheint demnächst). Hilfreiche Hinweise stammten von Gary Becker, Armeane Choksi, Jaime de Melo, William Easterly, Anne O. Krueger, Lawrence Lau, Robert Z. Lawrence, Paul Romer, Marcelo Selowsky, Shekhar Shah und George S. Tolley.

## Kapitel 3

Dieses Kapitel stützt sich vor allem auf Dokumente der Weltbank und wissenschaftliche Veröffentlichungen. Es zog auch Nutzen aus Hinweisen von Mitarbeitern der Weltbank, die über soziale Bereiche arbeiten und von Experten von außerhalb der Weltbank. Mark Rosenzweig arbeitete mit an der Analyse über Krankheit, die Ausbildung von Unternehmern und die Wirkung öffentlicher Ausgaben

auf Basisindikatoren der sozialen Wohlfahrt. Die Analyse der Wirkung öffentlicher Ausgaben in den sozialen Bereichen benutzte Schätzungen über international vergleichbare reale Sozialproduktzahlen von Summers und Heston (1988), und die Säuglingssterblichkeitsziffern wurden anhand der Datenübersicht von Hill und Pebley (1989) überprüft. Sonderbeitrag 3.1 stützt sich auf Fogel (1986, 1990) und auf McKeown (1976). Sonderbeitrag 3.2 basiert auf der Arbeit über die Ausbildung von Frauen in Entwicklungsländern von King und Hill (erscheint demnächst). Sonderbeitrag 3.3 stützt sich auf Broadbridge (1989), Emi (1968) und Morishima (1982). Sonderbeitrag 3.4 fußt auf Cleaver und Schreiber (1991) und Vereinte Nationen (1990c). Sonderbeitrag 3.5 wurde von Joseph Kutzin mit Hilfe zusätzlicher Daten von Jill Armstrong entworfen; der Beitrag stützt sich auf Over und Kutzin (1990) und die WHO (1991). Sonderbeitrag 3.6 basiert auf Daten der OECD (1980 bis 1989), Lockheed und Verspoor (erscheint demnächst) und den *Weltentwicklungsbericht 1990*. Die Arbeitsgruppe über Bevölkerungsfragen der Abteilung „Bevölkerung und Humankapital“ der Weltbank stellte Daten zur Gesundheit und Bevölkerung bereit. Jere Behrman, Fred Golladay, Ravi Kanbur, Douglas H. Keare, Kye Woo Lee und William McGreevey gaben ausführliche Hinweise.

## Kapitel 4

Dieses Kapitel stützt sich besonders auf wissenschaftliche Literatur und auf Weltbankberichte, Daten der Projektauswertung von der Abteilung „Leistungsbewertung“ der Bank und von der IFC sowie auf interne Dokumente der Weltbank. Die Quellen für die Analyse des internen Zinsfußes für die von der Weltbank und von der IFC finanzierten Projekte sind in den Technischen Anmerkungen angegeben. Die Diskussion über die Landwirtschaft stützt sich auf eine intensive Auswertung der Fachliteratur und vor allem auf Schiff und Valdés (erscheint demnächst), Binswanger (1990), Feder, Just und Zilberman (1982), Hoff und Stiglitz (1990) sowie auf das Hintergrundpapier von Ruttan. Der Abschnitt über Regulierungen in der Industrie und auf den Arbeitsmärkten stützt sich teilweise auf Lindauer (1989) und López (Hintergrundpapier). Die Geschichte über das Unternehmertum von Herrn Chu in der Republik Korea stammt von Magaziner und Patinkin (1989); die anderen Darstellungen beziehen sich auf Berichte der Weltbank und

der IFC und wurden durch Gesprächsnotizen von Mitgliedern des Stabes ergänzt. Sonderbeitrag 4.1 ist, mit Genehmigung, dem Artikel entnommen „The Future Written in a Grain of Rice“, *The Economist* 318, 7697 (9. bis 15. März 1991): 83–84. Sonderbeitrag 4.2 stammt von der Weltbank (1990b). Sonderbeitrag 4.3 stammt von Knudsen und anderen (1991). Sonderbeitrag 4.4 stützt sich auf Berichte der Weltbank über Indien und Indonesien. Sonderbeitrag 4.5 stützt sich auf Thirsk (1991) sowie Shirazi und Shah (erscheint demnächst). Die Erörterung der Infrastruktur profitierte von einem Aufsatz von Attila Karaosmanoglu. Die Daten über Wechselkursagios auf den Parallelmärkten wurden von Felicia Yesari bereitgestellt. Jock Andersson, Paul Ballard, Peter Hazell, David Lindauer, Guy Pfeffermann, Sarath Rajapatirana und Enrique Rueda Sabater gaben ausführliche Hinweise.

### Kapitel 5

Dieses Kapitel stützt sich besonders auf Weltbank-Dokumente, die Geschäftserfahrungen der Bank und auf wissenschaftliche Quellen. Zusätzlich zu Daten der Weltbank und zahlreichen auswärtigen Quellen stützt sich die Diskussion über Technologie auf Beispiele von Rosenberg und Frischak (1985) sowie Evenson und Ranis (1990). Die Diskussion über den Schutz geistigen Eigentums basiert vor allem auf Mansfield (1989), auf Diskussionen mit Claudio Frischak sowie auf Nogués (1990). Die Analyse der Rolle staatlicher Eingriffe stützt sich auf zahlreiche Quellen, profitiert aber hauptsächlich von Westphal (1990) und Grossman (1989). Die Erörterung über Außenhandelsreformen stützt sich vor allem auf Thomas und Nash (erscheint demnächst) sowie auf Papageorgiou, Michaely und Choksi (1990). Sonderbeitrag 5.1 basiert auf Wheeler, Cole und Irianiwati (1990) und auf von David Dollar bereitgestelltes Material. Tabelle 5.1 stützt sich auf drei Datensammlungen des Census, die mit Unterstützung von Mona Haddad und Brian Aitken analysiert wurden. Die in dem Schaubild 5.1 und in der Tabelle 5.2 benutzten Daten über die gesamten Kapitalzuflüsse wurden für dieses Kapitel von David McMurray gesammelt. Die Schaubilder 5.5A und 5.5B basieren auf Daten, die von Ron Duncan bereitgestellt wurden, der auch zur Analyse der Daten beitrug. Michele DeNevers, Ashoka Mody und Lant Pritchett gaben ausführliche Hinweise.

### Kapitel 6

Dieses Kapitel stützt sich auf eine Reihe von Quellen der Weltbank, des IWF und auf wissenschaftliche Quellen. Das Material in dem Abschnitt über Hochs und Tiefs stützt sich in großem Umfang auf Länderstudien des Forschungsprojekts der Weltbank über Gesamtwirtschaftliche Politik, Krise und Wachstum auf längere Sicht sowie auf Corden (1991). Sonderbeitrag 6.1 basiert auf Goldstein und Montiel (1986) und Weltbank (verschiedene Jahre). Sonderbeitrag 6.2 basiert auf Rodrik (1989), Weltbank (1990a) sowie Webb und Shariff (1990). Sonderbeitrag 6.3 stützt sich auf Kawasaki (1990) und Horioka (1990). Sonderbeitrag 6.4 basiert auf Cuddington (1986), Dooley (1986) sowie Edwards und Tabellini (1989). Sonderbeitrag 6.5 basiert auf van Wijnbergen (1990). Edgardo Barandiaran, Max Corden, Wafik Grais, Ejaz Ghani und Kazi Matin gaben ausführliche Hinweise.

### Kapitel 7

Dieses Kapitel stützt sich auf eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur, auf Geschäftserfahrungen und auf interne Dokumente der Weltbank. Der Abschnitt über die politische Ökonomie der Entwicklung basiert auf Taylor und Jodice (1983), Ohkawa und Rosovsky (1973), Eckaus (1986), Finger (1990), Roubini und Sachs (1989), O'Donnell (1988), Bates (1981), Londregan und Poole (1989), Hoff und Stiglitz (1990), Krueger (1990) und Wolf (1987). Auch Lant Pritchett lieferte zu diesem Abschnitt einen wertvollen Beitrag. Klitgaard (1988) ist die Hauptquelle für den Abschnitt über Korruption. Der Abschnitt über Demokratien stützt sich auf Nunberg (1990), Weede (1983), Lipset, Seong und Torres (1991) sowie auf Grier und Tullock (1989). Der Abschnitt über Institutionen basiert, neben anderen Quellen, auf Hicks (1969), Matthews (1986), Nellis (1989), North (1991), Hagen (1962), Perkins (1967), Blinder (1990), Aoki (1990), Friedman (1988) und auf Supple (1971). Der Abschnitt über die Integration der Gesellschaft wurde in Zusammenarbeit mit Homi Kharas geschrieben, der auch den Malaysia betreffenden Teil in Sonderbeitrag 7.5 verfaßte. Dilesh Jayanntha gab wertvolle Hinweise über den Sri Lanka betreffenden Teil dieses Sonderbeitrags. Dieser Abschnitt stützt sich auch auf Cameron (1984), Espig-Andersen und Korpi (1984), Hirschman (1990), Fields (1991), Sachs (1985 und 1989), Berg und Sachs (1988) sowie auf Jackman,

Pissarides und Savouri (1990). Der Abschnitt über die Reform des staatlichen Sektors basiert auf zahlreichen internen Dokumenten der Weltbank sowie auf Lindauer und Valenchik (1990). Die Diskussion über Militärausgaben basiert auf Daten der Arms Control and Disarmament Agency der USA (1986), Sivard (1989) und UNDP (1990). Roger Sullivan verfaßte den Abschnitt über Lohnausgaben und eine Reform des öffentlichen Dienstes, wobei er sich auf Geschäftserfahrungen und verschiedene interne Dokumente der Weltbank sowie auf Merode (erscheint demnächst) stützte. Der Abschnitt über staatseigene Unternehmen, Privatisierung und Reformen stützt sich auf Geschäftserfahrungen der Bank, eine umfangreiche Literatur und veröffentlichte Dokumente, insbesondere auf Kjellström (1990) und Michalet (1989). Homi Kharas verfaßte die Erörterung über die Lage der osteuropäischen Länder. Haggard und Kaufman (1990) und Remmer (1986) waren die wichtigsten Quellen für den Abschnitt über die politische Ökonomie der Reform. Sonderbeitrag 7.1 basiert auf Klitgaard (1988), Sonderbeitrag 7.2 auf Dornbusch und Edwards (1989), Sonderbeitrag 7.6 auf Arbeiten von Jack Hamilton und Sonderbeitrag 7.7 auf Fischer und Gelb (erscheint demnächst), Hinds (1990) und Kornai (1990). Schaubild 7.7A fußt auf Arbeiten von Alan Gelb und Cheryl Gray in der Gruppe „Sozialistische Länder“ der Länderabteilung der Weltbank. Detaillierte Hinweise stammen von Robert Bates, Jessica P. Einhorn, Gerald Pohl, Geoffrey Lamb und Mary Shirley.

## Kapitel 8

Quellen für den Abschnitt über die Prioritäten eines weltweiten Handelns sind Bhagwati (1989); Chipman (1991); die Weltbank (1990d); der *Weltwirtschaftsbericht 1990* und ein Hintergrundpapier von Pearce. Der Abschnitt über spezifische, erfolgversprechende Maßnahmen basiert auf die Weltbank (1989a), Brimble und Dahlman (1990), Kalter und Khor (1990) und auf internen Dokumenten der Weltbank. Detaillierte Hinweise gaben Kemal Der-vis, Harinder Kohli, Danny Leipziger, Rachel McCulloch, Joan Nelson und Dani Rodrik.

## Hintergrundpapiere

- Adelman, Irma. "Long-Term Economic Development."
- Austin, Gareth. "Government Intervention, Political Systems, and Economic Performance in Sub-Saharan Africa: A Historical Perspective."
- Balassa, Bela. "Trends in Developing Country Exports, 1963-88."
- Bhalla, Surjit, and Indermit Gill. "Social Expenditure Policies and Welfare Achievement in Developing Countries."
- Bhalla, Surjit, and Lawrence J. Lau. "Openness, Technological Progress, and Economic Growth in Developing Countries."
- Chhibber, Ajay, and Mansoor Dailami. "Public Policy and Private Investment: Recent Evidence on Key Selected Issues."
- Coutinho, Rui, and Gianpiero Gallo. "Public and Private Investment in Developing Countries: Some Cross-Country Evidence."
- . "The Impact of Adjustment Programs: A Survey."
- Dasgupta, Partha. "The State and the Idea of Well-Being."
- Dollar, David. "Outward Orientation and Growth: An Empirical Study Using a Price-Based Measure of Openness."
- Easterly, William. "How Does Growth Begin? Models of Endogenous Development."
- Elias, Victor J. "The Role of Total Factor Productivity on Economic Growth."
- Fardoust, Shahrokh. "The World Economy in Transition: Recent History and Outlook for the World Economy."
- Fernandez-Arias, Eduardo. "External Finance and Economic Growth: Theory and Evidence."
- Finger, J. Michael. "That Old GATT Magic No More Cast Its Spell: How the Uruguay Round Failed."
- Fischer, Stanley, and Vinod Thomas. "Policies for Economic Development."
- Hamilton, J. M. "War and Development."
- Harberger, Arnold C. "Reflections on the Growth Process."
- Harrison, Ann E. "Openness and Growth: A Cross-Country, Time-Series Analysis for Developing Countries."
- . "Are There Technology Spillovers from Foreign Investment? Micro Evidence from Panel Data."
- Hunter, Janet E. "The Japanese Experience of Economic Development."
- Jen, Stephen Yung-li. "Outward Orientation and Economic Performance in Developing Countries: A Survey."

- Kaufmann, Daniel. "Determinants of the Productivity of Projects in Developing Countries: Evidence from 1,200 Projects."
- . "The Forgotten Rationale for Policy Reform: The Productivity of Investment."
- King, Elizabeth M., and Mark R. Rosenzweig. "Do Public Expenditures Promote Human Development? Results from a Fixed-Effect Model."
- King, Elizabeth M., Mark R. Rosenzweig, and Yan Wang. "Assessing the Economic Burden of Illness: Evidence from Eight Countries".
- . "Human Capital and Entrepreneurship: Evidence from Five Countries".
- Lall, Sanjaya. "Technological Development and Industrialization."
- Leff, Nathaniel H. "Direct Foreign Investment, Multinational Corporations, and Developing Countries: Risk, Returns, and Growth."
- López, Ramón. "On Microeconomic Distortions as Determinants of the Social Efficiency of Investment and Technological Change."
- Maddison, Angus. "World Economic Growth: The Lessons of Long-Run Experience."
- Meyers, Kenneth. "The Importance of Long Term Factors in Development."
- Newport, Ian, and Zoe Kolovou. "Legal Systems."
- North, Douglass C. "Institutions and Economic Development."
- Pearce, David. "Environment and Development: An Overview."
- Pillai, P. P. "The Kerala Model of Development."
- Ruttan, Vernon W. "The Role of Governments in Promoting Technical Change in Agriculture in Developing Countries."
- Shleifer, Andrei. "Externalities and Economic Growth: Lessons from Recent Work."
- Singer, H. W. "Multilateralism and Nationalism in the Shadow of the Debt Crisis."
- Srinivasan, T. N. "Development Thought, Strategy, and Policy: Then and Now."
- Thirsk, Wayne. "Tax Distortions and Tax Reform in Developing Countries."
- Thomas, Vinod, Nadav Halevi, and Julie Stanton. "Does Policy Reform Improve Performance?"
- Wihlborg, Clas. "The Scandinavian Models for Development and Welfare."
- World Bank. "Bilateral Development Aid Strategies in the 1980s." Replenishment Operations Division, Resource Mobilization Department.

## Ausgewählte Literatur

Verwendete Abkürzungen, außer den bereits im Text erläuterten: LSMS (Living Standards Measurement Study), Studie zur Messung des Lebensstandards.

MADIA (Managing Agricultural Development in Africa), Verwirklichung der landwirtschaftlichen Entwicklung in Afrika. NBER, National Bureau of Economic Research. PPR (Policy, Planning, and Research, World Bank), Wirtschaftspolitik, Planung und Forschung, Weltbank. PRE (Policy, Research, and External Affairs, World Bank), Wirtschaftspolitik, Forschung und Auswärtige Angelegenheiten, Weltbank.

- Ahmad, Ehtisham, and Yan Wang. 1991. "Inequality and Poverty in China: Institutional Change and Public Policy, 1978-1988." *World Bank Economic Review* 5, 2: 231-58.
- Alesina, Alberto, and Lawrence H. Summers. 1990. "Central Bank Independence and Macroeconomic Performance: Some Comparative Evidence." Discussion Paper 1496. Harvard University, Cambridge, Mass.
- Aoki, Masahiko. 1990. "Toward an Economic Model of the Japanese Firm." *Journal of Economic Literature* 28, 1: 1-28.
- Ayal, Eliezer B., and Luechai Chulasai. 1988. "Entrepreneurship in the Towns of Northern Thailand." *Journal of Development Planning* 18: 251-63.
- Bacha, Edmar L. 1984. "Growth with Limited Supplies of Foreign Exchange: A Reappraisal of the Two-Gap Model." In Moshe Syrquin, L. Taylor, and Larry Westphal, eds., *Economic Structure and Performance*. New York: Academic Press.
- Bairoch, Paul. 1976. *Commerce extérieur et développement économique de l'Europe au XIX<sup>e</sup> siècle*. Paris: Mouton.
- Bairoch, Paul, and Maurice Levy-Leboyer. 1981. *Disparities in Economic Development since the Industrial Revolution*. London: Macmillan.
- Balassa, Bela. 1985. "Exports, Policy Choices, and Economic Growth in Developing Countries after the 1973 Oil Shock." *Journal of Development Economics* 18: 23-35.
- Balassa, Bela, and Associates. 1971. *The Structure of Protection in Developing Countries*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press.
- Baldwin, Richard E., and Harry Flam. 1989. "Strategic Trade Policies in the Market for 30-40 Seat Commuter Aircraft." Seminar Paper 431. Institute for International Economic Studies, University of Stockholm, Sweden.
- Baldwin, Richard E., and Paul Krugman. 1987. "Industrial Policy and International Competition in Wide-Bodied Aircraft." In Richard E. Baldwin, ed., *Trade Policy Issues and Empirical Analysis*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bapna, S. L. 1980. *Aggregate Supply Response of Crops in a Developing Region*. New Delhi: Sultan Chand.

- Baran, Paul. 1957. *The Political Economy of Growth*. New York: Monthly Review Press.
- Barlow, Robin. 1967. "The Economic Effects of Malaria Eradication." *American Economic Review: Papers and Proceedings* 57 (May): 130-48.
- Barrera, Albino. 1990. "The Role of Maternal Schooling and Its Interaction with Public Health Programs in Child Health Production." *Journal of Development Economics* 32: 69-91.
- Barro, Robert. Forthcoming. "Economic Growth in a Cross Section of Countries." *Quarterly Journal of Economics*.
- Bartel, Ann P., and Frank R. Lichtenberg. 1987. "The Comparative Advantage of Educated Workers in Implementing New Technology." *Review of Economics and Statistics* 54, 1: 1-11.
- Basu, Ellen. Forthcoming. *Blood, Sweat, and Mahjong: Family and Pariah Enterprise in an Overseas Chinese Community*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Bates, Robert H. 1981. *Markets and States in Tropical Africa*. Berkeley: University of California Press.
- Bates, Robert, Philip Brock, and Jill Tiefenthaler. 1991. "Risk and Trade Regimes: Another Explanation." *International Organization* 45, 1: 1-18.
- Bauer, P. T. 1958. *Some Economic Aspects and Problems of Under-Developed Countries*. Bombay: Forum of Free Enterprise.
- Baumol, William J., Sue Anne Batey Blackman, and Edward N. Wolff. 1989. *Productivity and American Leadership*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Becker, Gary. 1964. *Human Capital*. New York: Columbia University Press.
- Behrman, Jere R., and David M. Blau. 1985. "Human Capital and Earnings Distributions in a Developing Country: The Case of Prerevolutionary Nicaragua." *Economic Development and Cultural Change* 34: 1-31.
- Behrman, Jere R., and Anil B. Deolalikar. 1988. "School Repetition Dropouts and the Returns to School: The Case of Indonesia." University of Pennsylvania, Philadelphia.
- Berg, Andrew, and Jeffrey Sachs. 1988. "The Debt Crisis: Structural Explanation of Country Performance." NBER Working Paper 2607. Cambridge, Mass.
- Bernstein, Jeffrey I., and M. Ishaq Nadiri. 1988. "Interindustry R&D Spillovers, Rates of Return, and Production in High-Technology Industries." *American Economic Review: Papers and Proceedings* 78, 2: 429-34.
- Bevan, David, Paul Collier, and Jan Gunning. Forthcoming. *The Political Economy of Poverty, Equity and Growth: Indonesia and Nigeria*. New York: Oxford University Press.
- Bhagwati, Jagdish. 1978. *Foreign Trade Regimes and Economic Development: Anatomy and Consequences of Exchange Control*. Cambridge, Mass.: Ballinger.
- . 1989. "Is Free Trade Passe after All?" *Weltwirtschaftliches Archiv* 125, 1: 17-44.
- Bhalla, Surjit. Forthcoming. "The Role of Welfare Policies and Income Growth in Improving Living Standards in India and Sri Lanka." PRE Working Paper. World Bank, Office of the Vice President, Development Economics, Washington, D.C.
- Binswanger, Hans. 1990. "The Policy Response of Agriculture." *Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics 1989*: 231-58.
- Birkhaeuser, Dean, Robert E. Evenson, and Gershon Feder. 1989. "The Economic Impact of Agricultural Extension: A Review." Yale University, Economic Growth Center Discussion Paper 567, New Haven, Conn.
- Biro Pusat Statistik. 1989. *National Income of Indonesia 1983-88*. Jakarta.
- Blejer, Mario, and Mohsin S. Khan. 1984. "Government Policy and Private Investment in Developing Countries." *IMF Staff Papers* 31, 2: 379-403.
- Blinder, Alan S. 1990. "Pay, Participation, and Productivity." *Brookings Review* 8, 1: 33-38.
- Boskin, Michael J., and Lawrence J. Lau. 1990. *Post-War Economic Growth in the Group-of-Five Countries: A New Analysis*. Center for Economic Policy Research Publication 217. Stanford, Calif.: Stanford University, Department of Economics.
- Brander, James A., and Barbara J. Spencer. 1985. "Export Subsidies and International Market Share Rivalry." *Journal of International Economics* 18, 2: 83-100.
- Brimble, Peter, and Carl J. Dahlman. 1990. "Thailand: Technology Strategy and Policy for Sustained Industrialization." World Bank, Industry and Energy Department, Industry Series Working Paper 24, Washington, D.C.
- Broadbridge, Seymour A., 1989. "Aspects of Economic and Social Policy in Japan, 1868-1945." In Peter Mathias and Sidney Pollard, eds., *The Cambridge Economic History of Europe*, vol. 8. Cambridge, U.K.: Cambridge University Press.
- Bugingo, G., A. Ntilivamunda, D. Nzaramba, P. Van de Perre, A. Ndikuyeze, S. Munyantore, A. Mutwewingabo, and C. Bizimungu. 1987. "Etude sur la Séropositivité Liée à l'Infection au Virus de l'Immunodéficience Humaine au Rwanda." *Revue Médicale Rwandaise* 20: 37-42.
- Bourguignon, François, and Christian Morrison. 1989. *External Trade and Income Distribution*. Paris: Development Centre of OECD.
- Buiter, Willem H. 1988. "Some Thoughts on the Role of Fiscal Policy in Stabilization and Structural Adjustment in Developing Countries." Background paper for World Development Report 1988. World

- Bank, Office of the Vice President, Development Economics, Washington, D.C.
- Bulatao, Rodolfo A., Eduard Bos, Patience W. Stephens, and My T. Vu. 1990. *World Population Projections, 1989-90 Edition: Short- and Long-Term Estimates*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press.
- Caldwell, John. 1979. "Education as a Factor in Mortality Decline: An Examination of Nigerian Data." *Population Studies* 33, 3 (Nov.): 395-414.
- Calmfors, Lars, and Ragnar Nymoen. 1990. "Real Wage Adjustment and Employment Policies in the Nordic Countries." *Economic Policy* 11 (Oct.): 397-448.
- Cameron, David R. 1984. "Social Democracy, Corporatism, Labor Quiescence, and the Representation of Economic Interest in Advanced Capitalist Society." In John H. Goldthorpe, ed., *Order and Conflict in Contemporary Capitalism*. Oxford, U.K.: Clarendon Press.
- Cardoso, Eiliana, and Albert Fishlow. "Latin American Economic Development: 1950-1980." NBER Working Paper 3161. Cambridge, Mass.
- Cassen, Robert, and Associates. 1987. *Does Aid Work?* New York: Oxford University Press.
- Cavallo, Domingo, and Yair Mundlak. 1982. "Agriculture and Economic Growth in an Open Economy: The Case of Argentina." International Food Policy Research Institute Report 36. Washington, D.C.
- Chenery, Hollis, and Michael Bruno. 1962. "Development Alternatives in an Open Economy: the Case of Israel." *Economic Journal* 72, 285: 79-103.
- Chenery, Hollis, Sherman Robinson, and Moshe Syrquin. 1936. *Industrialization and Growth: A Comparative Study*. New York: Oxford University Press.
- Chenery, Hollis, and T. N. Srinivasan. 1988. *The Handbook of Development Economics*. 2 vols. New York: North-Holland.
- Chhibber, Ajay, and Nemat Shafik. 1990. "Does Devaluation Hurt Private Investment? The Indonesian Case." PRE Working Paper 418. World Bank, Office of the Vice President for Development Economics, Washington, D.C.
- China, State Statistical Bureau. 1988. *Statistical Yearbook of China 1987*. Hong Kong: Longman.
- . 1989. *Statistical Yearbook of China 1989*. Beijing: China Statistical Press.
- Chipman, John. 1991. "Third World Politics and Security in the 1990s: 'The World Forgetting, By the World Forgot?'" *Washington Quarterly* 14, 1: 151-68.
- Cho, Yoor-Je Cho, and Deena Khatkhate. 1989. *Lessons of Financial Liberalization in Asia: A Comparative Study*. World Bank Discussion Paper 50. Washington, D.C.
- Chudnovsky, Daniel. 1990. "North-South Technology Transfer Revisited: Research Issues for the 1990s." International Development Research Centre, Ottawa, Canada.
- Cipolla, Carlo. 1978. *The Economic History of World Population*. 7th ed. Harmondsworth, U.K.: Penguin.
- Cleaver, Kevin. 1985. *The Impact of Price and Exchange Rate Policies on Agriculture in Sub-Saharan Africa*. World Bank Staff Working Paper 728. Washington, D.C.
- Cleaver, Kevin, and Gotz Schreiber. 1991. "The Population, Environment, and Agriculture Nexus in Sub-Saharan Africa." World Bank, Western Africa Department, Washington, D.C.
- Collins, Susan M. 1990. "Lessons from Korean Economic Growth." *American Economic Review: Papers and Proceedings* 80, 2: 104-07.
- Commission on Health Research for Development. 1990. *Health Research: Essential Link to Equity in Development*. New York: Oxford University Press.
- Corbo, Vittorio, and Patricio Rojas. 1991. "World Bank-Supported Adjustment Programs. Country Performance and Effectiveness." PRE Working Paper 623. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Corbo, Vittorio, and Klaus Schmidt-Hebbel. 1990. "Public Policies and Saving in Developing Countries." World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Corden, W. Max. 1991. "Macroeconomic Policies and Growth: Some Lessons of Experience." *Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics 1990*: 59-84.
- Crafts, N. C. R. 1981. "The Eighteenth Century: A Survey." In Floud and McCloskey 1981.
- Cuddington, John T. 1987. "Economic Determinants of Capital Flight: An Econometric Investigation." In Donald R. Lessard and John Williamson, eds., *Capital Flight: The Problem and Policy Responses*. Washington, D.C.: Institute for International Economics.
- Culpeper, Roy, and Michel Hardy. 1990. "Private Foreign Investment and Development: A Partnership for the 1990s?" North-South Institute, Ottawa, Canada.
- Cumby, Robert, and R. Levich. 1987. "On the Definition and Magnitude of Recent Capital Flight." In Donald R. Lessard and John Williamson, eds., *Capital Flight: The Problem and Policy Responses*. Washington, D.C.: Institute for International Economics.
- Cummings, Dianne, Dale Cummings, and Zvi Jorgenson. 1980. "Economic Growth, 1947-73: An International Comparison." In John Kendrick and Beatrice Vaccara, eds., *New Developments in Produc-*

- tivity Measurement*. Chicago: University of Chicago Press.
- Dahlman, Carl J., and Ousa Sananikone. 1990. "Technology Strategy in the Economy of Taiwan: Exploiting Foreign Linkages and Investing in Local Capability." World Bank, International Economics Department, Washington, D.C.
- Dasgupta, Partha. 1990. "Well-Being and the Extent of Its Realization in Developing Countries." *Economic Journal* 100, 4: supplement.
- Deaton, Angus. 1989. "Saving and Liquidity Constraints." NBER Working Paper 3196. Cambridge, Mass.
- Dell, Sidney, and Roger Lawrence. 1980. *The Balance of Payments Adjustment Process in Developing Countries*. Elmsford, N.Y.: Pergamon.
- De Long, J. Bradford, and Lawrence H. Summers. Forthcoming. "Equipment Investment and Economic Growth." *Quarterly Journal of Economics*.
- Denison, Edward F. 1962. *The Sources of Economic Growth in the United States and the Alternatives before Us*. New York: Committee for Economic Development.
- Dervis, Kemal, and Peter A. Petri. 1987. *The Macroeconomics of Successful Development: What Are the Lessons?* NBER Macroeconomics Annual. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Deolalikar, Anil B. 1988. "Nutrition and Labor Productivity in Agriculture: Estimates for Rural South India." *Review of Economics and Statistics* 70, 3 (August): 406-13.
- Dollar, David. Forthcoming. "Outward-Oriented Developing Economies Really Do Grow More Rapidly: Evidence from 95 LDCs, 1976-85." *Economic Development and Cultural Change*.
- Dooley, Michael P. 1986. "Country-Specific Risk Premiums, Capital Flight, and Net Investment Income Payments in Selected Developing Countries." International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Dornbusch, Rudiger, and Sebastian Edwards. 1989. "The Macroeconomics of Populism in Latin America." PPR Working Paper 316. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Douglas, Roger. 1990. "The Politics of Successful Structural Reform." *Policy* 6, 1: 2-6.
- DRI/McGraw-Hill. 1990. *World Markets: Executive Summary*. 4th quarter. Lexington, Mass.
- Easterlin, Richard. 1981. "Why Isn't the Whole World Developed?" *Journal of Economic History* 41, 1: 1-17.
- Eckaus, R. S. 1986. *Some Temporal Aspects of Development: A Survey*. World Bank Staff Working Paper 626. Washington, D.C.
- Edwards, Sebastian. 1989. "Real Exchange Rates in the Developing Countries: Concepts and Measurement." NBER Working Paper 2950. Cambridge, Mass.
- Edwards, Sebastian, and Guido Tabellini. 1990. "The Political Economy of Fiscal Policy and Inflation in Developing Countries: An Empirical Analysis." University of California, Los Angeles.
- Eichengreen, Barry, and Richard Portes. 1989. "Dealing with Debt: The 1930s and the 1980s." PPR Working Paper 259. World Bank, International Economics Department, Washington, D.C.
- Emi, Koichi. 1968. "Economic Development and Educational Investment in the Meiji Era." In *Unesco, Readings in the Economics of Education*. Paris.
- Ernst, Dieter, and David O'Connor. 1990. "Technological Capabilities, New Technologies, and Latecomer Industrialisation: An Agenda for the 1990s." Paris: Development Centre of OECD.
- Esman, Milton J., and Norman T. Uphoff. 1984. *Local Organizations: Intermediaries in Rural Development*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Espig-Andersen, Gosta, and Walter Korpi. 1984. *Social Policy as Class Politics in Post War Capitalism: Scandinavia, Austria, and Germany*. London: Oxford University Press.
- Evans, Peter B. 1989. "Predatory, Developmental, and Other Apparatuses: A Comparative Political Economy Perspective of the Third World State." *Sociological Forum* 4: 561-87.
- Evenson, Robert E., and Gustav Ranis, eds. 1990. *Science and Technology: Lessons for Development Policy*. Boulder, Colo.: Westview.
- Faini, Riccardo, and Jaime de Melo. 1990. "Adjustment, Investment, and the Real Exchange Rate in Developing Countries." PRE Working Paper 473. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Fardoust, Shahrokh, and Ashok Dhareshwar. 1990. *A Long-Term Outlook for the World Economy: Issues and Projections for the 1990s*. Policy and Research Series 12. Washington, D.C.: World Bank.
- Feder, Gershon, Richard Just, and David Zilberman. 1982. *Adoption of Agricultural Innovation in Developing Countries: A Survey*. World Bank Staff Working Paper 542. Washington, D.C.
- Fields, Gary S. 1991. "Growth and Income Distribution." In Psacharopoulos 1991.
- Findlay, Ronald. 1990. "The New Political Economy: Its Explanatory Power for LDCs." *Economics and Politics* 2, 2: 193-221.
- Finger, J. Michael. 1990. "The GATT as International Discipline over Trade Restrictions: A Public Choice Approach." PRE Working Paper 402. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.

- Finger, J. Michael, and Patrick A. Messerlin. 1989. *The Effects of Industrial Countries' Policies on Developing Countries*. Washington, D.C.: World Bank.
- Finsterbusch, Kurt, and Warren A. Van Wicklin III. 1989. "Beneficiary Participation in Development Projects: Empirical Tests of Popular Theories." *Economic Development and Cultural Change* 37, 3: 573-93.
- Fischer, Stanley. 1989. "Economic Development and the Debt Crisis." PPR Working Paper 17. World Bank, Office of the Vice President, Development Economics, Washington, D.C.
- Fischer, Stanley, and Alan Gelb. Forthcoming. "Issues in Socialist Economy Reform." *Journal of Economic Perspectives*.
- Floud, Roderick, and Donald McCloskey. 1981. *The Economic History of Britain since 1700*. Cambridge, U.K.: Cambridge University Press.
- Fogel, Robert W. 1986. "Nutrition and the Decline in Mortality since 1700: Some Additional Preliminary Findings." *Studies in Income and Wealth* 51: 439-555.
- . 1990. "Second Thoughts on the European Escape from Hunger: Famines, Chronic Malnutrition, and Mortality." University of Chicago, Chicago, Ill.
- Friedman, David. 1988. *The Misunderstood Miracle*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Frimpong-Ansah, J. H. 1989. "The Challenges to Private Entrepreneurship in Sub-Saharan Africa." *Tanzania Journal of Economics* 1, 1: 19-46.
- Frischtak, Claudio R., Bita Hadjimichael, and Ulrich Zachau. 1989. *Competition Policies for Industrializing Countries: Policy and Research Series 7*. Washington, D.C.: World Bank.
- Gastil, Raymond. 1989. *Freedom in the World*. New York: Freedom House.
- GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). 1990. *International Trade 89-90*. Vol. 2. Geneva.
- Gelb, Alar H. 1989. "Financial Policies, Growth, and Efficiency." PPR Working Paper 202. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Gerschenkron, Alexander. 1968. *Continuity in History and Other Essays*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Glewwe, Paul. 1990. "Schooling, Skills, and the Returns to Education: An Econometric Exploration Using Data from Ghana." World Bank, Population and Human Resources Department, Washington, D.C. Processed.
- Goldstein, Morris, and Peter Montiel. 1986. "Evaluating Fund Stabilization Programs with Multi-country Data: Some Methodological Pitfalls." *IMF Staff Papers* 33, 2: 304-44.
- Greene, Joshua, and Delano Villanueva. 1990. "Private Investment in Developing Countries: An Empirical Analysis." IMF Working Paper 40. Washington, D.C.
- Grier, Kevin B., and Gordon Tullock. 1989. "An Empirical Analysis of Cross-National Economic Growth, 1951-80." *Journal of Monetary Economics* 24: 259-76.
- Griffin, Charles G. 1987. "Methods for Estimating the Value of Time with an Application to the Philippines." University of Oregon, Eugene.
- Grilli, Enzo R., and Maw Cheng Yang. 1988. "Primary Commodity Prices, Manufactured Goods Prices, and the Terms of Trade of Developing Countries: What the Long Run Shows." *World Bank Economic Review* 2, 1: 1-47.
- Grossman, Gene M. 1989. "Promoting New Industrial Activities: A Survey of Recent Arguments and Evidence." Princeton University, Princeton, N.J.
- Grossman, Gene M., and Elhanan Helpman. Forthcoming. *Innovation and Growth: Technological Competition in the Global Economy*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Gwatkin, Davidson R. 1978. "The End of An Era." Overseas Development Council, Washington, D.C.
- Haberler, Gottfried. 1959. *International Trade and Economic Development*. Cairo: National Bank of Egypt.
- Haddad, Lawrence, and Howarth E. Bouis. 1989. "The Impact of Nutritional Status on Agricultural Productivity: Wage Evidence from the Philippines." Development Economics Research Centre, University of Warwick, U.K.
- Hagen, Everett. 1962. *On the Theory of Social Change*. Homewood, Ill.: Dorsey.
- Haggard, Stephen, and Robert Kaufman. 1990. "The Political Economy of Inflation and Stabilization in Middle-Income Countries." PRE Working Paper 444. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Halstead, Scott B., Julia A. Walsh, and Kenneth S. Warren, eds. 1985. *Good Health at Low Cost*. New York: Rockefeller Foundation.
- Harberger, Arnold, ed. 1984. *World Economic Growth*. San Francisco, Calif.: ICS Press.
- Hazell, Peter, Carlos Pomareda, and Alberto Valdés. 1986. *Crop Insurance for Agricultural Development: Issues and Experience*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press.
- Heggie, Ian G. 1989. "Reforming Transport Policy." *Finance and Development* 2, 6: 42-44.
- Heitger, Bernhard. 1986. "Import Protection and Export Performance: Their Impact on Economic Growth." *Weltwirtschaftliches Archiv* 260 (July): 1-19.
- Heller, Peter, and Alan Tait. 1984. *Government Employment and Pay: Some International Comparisons*. IMF Occasional Paper 24. Washington, D.C.
- Helpman, Elhanan, and Paul R. Krugman. 1989. *Trade Policy and Market Structure*. Cambridge, Mass.: MIT Press.

- Hernandez-Iglesias, Feliciano, and Michelle Riboud. 1985. "Trends in Labor Force Participation of Spanish Women: An Interpretive Essay." *Journal of Labor Economics* 3, 1, part 2 (January): S201-17.
- Hicks, John. 1969. *A Theory of Economic History*. New York: Oxford University Press.
- Hill, Kenneth, and Anne R. Pebley. 1989. "Child Mortality in the Developing World." *Population and Development Review* 15, 4: 657-87.
- Hinds, Manuel. 1990. "Issues in the Introduction of Market Forces in Eastern European Economies." World Bank, Europe, Middle East and North Africa Technical Department, Washington, D.C.
- Hirschman, A. O. 1958. *The Strategy of Economic Development*, New Haven, Conn.: Yale University Press.
- . 1990. "The Case Against 'One Thing at a Time'." *World Development* 18, 8: 1119-22.
- Hoff, Karla, and Joseph Stiglitz. 1990. "Introduction: Imperfect Information and Rural Credit Markets—Puzzles and Policy Perspectives." *World Bank Economic Review* 4, 3: 235-50.
- Horioka, Charles Yuji. 1990. "Why Is Japan's Household Saving Rate So High? A Literature Survey." *Journal of the Japanese and International Economies* 4: 49-92.
- Hsiao, M. W. 1987. "Tests of Causality and Exogeneity between Exports and Economic Growth: The Case of the Asian NICs." *Journal of Economic Development* 12, 2: 143-59.
- Hsu, Ti-hsia. 1982. *China's Search for Economic Growth: The Chinese Economy since 1949*, China Studies Series. Beijing: New World Press.
- Huntington, S. P. 1968. *Political Order in Changing Societies*. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- Hwa, Erh-Cheng. 1983. *The Contribution of Agriculture to Economic Growth: Some Empirical Evidence*. World Bank Staff Working Paper 619. Washington, D.C.
- IBGE (Brazilian Institute of Geography and Statistics). 1987. *Estatísticas Históricas do Brasil*. Vol. 3, *Séries Econômicas, Demográficas e Sociais de 1500 a 1985*. *Séries Estatísticas Retrospectivas*. Rio de Janeiro.
- Ibn Khaldun. 1981. *The Muqaddimah: An Introduction to History*. (Originally published in about the 14th century.) Edited and abridged by N. Dawood. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- ILO (International Labour Office). 1970. *Toward Full Employment: A Programme for Colombia*. Geneva.
- . 1971. *Matching Employment Opportunities and Expectations: A Programme of Action for Ceylon*. Geneva.
- IMF (International Monetary Fund). 1990. *World Economic Outlook*. Oct. Washington, D.C.
- . 1991. *World Economic Outlook*. April. Washington, D.C.
- IMF, World Bank, Organisation for Economic Co-operation and Development, and European Bank for Reconstruction and Development. 1990. *The Economy of the USSR: A Study Undertaken in Response to a Request by the Houston Summit: Summary and Recommendations*. Washington, D.C.: World Bank.
- India, Planning Commission. 1964. *Report of the Committee on Distribution of Income and Levels of Living*. Vol. 1. New Delhi.
- International Currency Analysis, Inc. Various years. *World Currency Yearbook*. New York.
- Jackman, Richard, Christopher Pissarides, and Savvas Savouri. 1990. "Labour Market Policies and Unemployment in the OECD." *Economic Policy* 11 (Oct.): 449-90.
- Jacoby, Hanan. 1989. "The Returns to Education in the Agriculture of the Peruvian Sierra." World Bank, Population and Human Resources Department, Washington, D.C.
- Jamison, Dean T., and Lawrence Lau. 1982. *Farmer Education and Farm Efficiency*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press.
- Jamison, Dean T., and W. Henry Mosley, eds. Forthcoming. *Disease Control Priorities in Developing Countries*. New York: Oxford University Press.
- Johnson, Dale, and Ronald Lee, eds. 1987. *Population Growth and Economic Development: Issues and Evidence*. Madison: University of Wisconsin Press.
- Jorgensen, Dale, and Zvi Griliches. 1967. "The Explanation of Productivity Change." *Review of Economic Studies* 34, 99: 249-83.
- Jung, W., and P. Marshall. 1985. "Exports, Growth, and Causality in Developing Countries." *Journal of Development Economics* 14, May-June: 241-50.
- Kalter, Eliot, and Hoe Ee Khor. 1990. "Mexico's Experience with Adjustment." *Finance and Development* 27: 22-25.
- Katsenelinboigen, Aron J. 1990. *The Soviet Union, Empire, Nation and System*. New Brunswick, N.J.: Transaction.
- Kawasaki, Kenichi. 1990. "The Saving Behavior of Japanese Households." OECD Working Paper 73. Paris, France.
- Kazushi, Ohkawa, and Henry Rosovsky. 1973. *Japanese Economic Growth*. Stanford, Calif.: Stanford University Press.
- Keesing, Donald B., and Andrew Singer. 1990. "Development Assistance Gone Wrong: Why Support Services Have Failed to Expand Exports." PRE Working Paper 543. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Kelly, Margaret, Naheed Kirmani, Miranda Xafa, Clemens Boonekamp, and Peter Winglee. 1988. *Issues and Developments in International Trade Policy*. IMF Occasional Paper 63. Washington, D.C.

- Keynes, John Maynard. 1972. "The End of Laissez-Faire" (1926). In *The Collected Writings of John Maynard Keynes*. New York: St. Martin's Press.
- Khan, Mohsin S. 1990. "The Macroeconomic Effects of Fund-Supported Adjustment Programs." *IMF Staff Papers* 37, 2: 195-231.
- Killick, Anthony. 1989. *A Reaction Too Far*. London: Overseas Development Institute.
- Kim, Young-Ju. 1987. *Health Care Financing in Korea*. Seoul, Republic of Korea: Social Development Planning Division, Economic Planning Board.
- King, Elizabeth M. 1989. *Does Education Pay in the Labor Market? The Labor Force Participation, Occupation, and Earnings of Peruvian Women*. LSMS Working Paper 67. Washington, D.C.: World Bank.
- King, Elizabeth, and M. Anne Hill, eds. Forthcoming. *Women's Education in Developing Countries*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press.
- Kjellström, Sven. 1990. "Privatization in Turkey." World Bank, Europe, Middle East, and North Africa Country Department I, Washington, D.C.
- Klitgaard, Robert. 1988. *Controlling Corruption*. Berkeley: University of California Press.
- Knudsen, Odin. John Nash, James Bovard, Bruce L. Gardner, and Alan Winters. 1991. *Redefining the Role of Government in Agriculture in the 1990s*. World Bank Discussion Paper 105. Washington, D.C.
- Kornai, Janos. 1990. *The Road to a Free Economy: Shifting from a Socialist System: the Example of Hungary*. New York: Norton.
- Korten, Frances F., and Robert Y. Sly, Jr. 1988. *Transforming a Bureaucracy: The Experience of the Philippine National Irrigation Administration*. West Hartford, Conn.: Kumarian Press.
- Krueger, Anne. 1978. *Liberalization Attempts and Consequences*. Cambridge, Mass.: Ballinger.
- . 1990. "Government Failures in Development." *Journal of Economic Perspectives* 4, 3: 9-23.
- Krueger, Anne O., Constantine Michalopoulos, and Vernon Ruttan. 1989. *Aid and Development*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press.
- Kuznets, Simon. 1971. *The Economic Growth of Nations*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Lächler, Ulrich. 1989. "Regional Integration and Economic Development." World Bank, Industry and Energy Department, Industry Series Working Paper 14, Washington, D.C.
- Laird, Samuel, and Alexander Yeats. 1987. "Empirical Evidence Concerning the Magnitude and Effects of Developing Country Tariff Escalation." *Developing Economies* 25, 2: 99-123.
- . 1990a. *Quantitative Methods for Trade-Barrier Analysis*. New York: Macmillan.
- . 1990b. "Trends in Nontariff Barriers [in German]." *Weltwirtschaftliches Archiv* 126, 2: 300-25.
- Lal, Deepak, and Hla Myint, eds. In preparation. *The Political Economy of Poverty, Equity, and Growth*. New York: Oxford University Press.
- Lau, Lawrence, Dean T. Jamison, and Frederic F. Louat. 1991. "Education and Productivity in Developing Countries: An Aggregate Function Approach." PRE Working Paper 612. Background paper for *World Development Report 1990*. World Bank, Office of the Vice President, Development Economics, Washington, D.C.
- Lau, Lawrence, and Lawrence Klein. 1990. *Models of Development*. San Francisco: ICS Press.
- League of Nations. 1927. *Tariff Level Indices*. Geneva: International Economic Conference, Economic and Financial Section.
- Lee, Kye-Woo. 1981. "Equity and an Alternative Education Method: A Korean Case Study." *Comparative Education Review* 25, 1: 45-63.
- Lee, Kyu Sik, and Alex Anas. 1990. "The Costs of Infrastructural Deficiencies in Nigeria." World Bank, Infrastructure and Urban Development Department, Washington, D.C.
- Lele, Uma, and Robert E. Christiansen. 1990. *Markets, Marketing Boards, and Cooperatives in Africa: Issues in Adjustment Policy*. MADIA Discussion Paper 11. Washington, D.C.: World Bank.
- Lele, Uma, and Ijaz Nabi. 1991. *Transitions in Development: The Role of Aid and Commercial Flows*. San Francisco, Calif.: ICS Press.
- Levin, Henry M., Ernesto Pollit, Ray Galloway, and Judith McGuire. Forthcoming. "Micronutrient Deficiency Disorders." In Jamison and Mosley, forthcoming.
- Levy, Brian. 1991. "Obstacles to Developing Small and Medium-Sized Enterprises." PRE Working Paper 588. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Lewis, W. Arthur. 1954. "Economic Development with Unlimited Supplies of Labor." *Manchester School of Economic and Social Studies* 22, 2: 139-91.
- . 1955. *The Theory of Economic Growth*. Homewood, Ill.: Irwin.
- Lewis, John P., and contributors. 1986. *Development Strategies Reconsidered*. U.S.-Third World Policy Perspectives 5. Washington, D.C.: Overseas Development Council.
- Lewis, Stephen R., Jr. 1988. "Primary Exporting Countries." In Chenery and Srinivasan 1988.
- Lindauer, David L. 1989. "Labor Market Performance and Worker Welfare in Korea." Paper presented at the Conference on Economic and Social Change in the Republic of Korea, Newport, R.I.

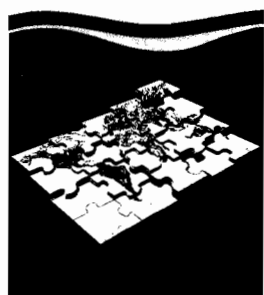
- Park, Yung Chul. 1990. "Development Lessons from Asia: The Role of Government in South Korea and Taiwan." *American Economic Review: Papers and Proceedings* 80, 2: 118-21.
- Perkins, Dwight. 1967. "Government as an Obstacle to Industrialization: The Case of Nineteenth Century China." *Journal of Economic History* 27: 478-92.
- Pfeffermann, Guy P., and Andrea Madarassy. 1989. *Trends in Private Investment in Thirty Developing Countries*. IFC Discussion Paper 6. Washington, D.C.
- Pindyck, Robert. "Irreversibility, Uncertainty, and Investment." PPR Working Paper 294. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Pinstrup-Andersen, Per, Maurice Jaramillo, and Frances Stewart. 1987. "The Impact on Government Expenditure." In Giovanni A. Cornia and Richard Jolly, eds., *Adjustment with a Human Face*. Oxford, U.K.: Clarendon Press for UNICEF.
- Polak, Jacques. 1989. *Financial Policies and Development*. Paris: Development Centre of OECD.
- Pollard, Sidney. 1990. *Wealth and Poverty: An Economic History of the Twentieth Century*. New York: Oxford University Press.
- Porter, Michael E. 1990. *The Competitive Advantage of Nations*. New York: Free Press.
- Pradhan, B. K., D. K. Ratha, and Atul Sarma. 1990. "Complementarity between Public and Private Investment in India." *Journal of Development Economics* 33: 101-16.
- Prebisch, Raul. 1959. "Commercial Policy in Underdeveloped Countries." *American Economic Review: Papers and Proceedings* 49, 2: 251-73.
- Preble, Elizabeth. 1990. "The Impact of HIV/AIDS on African Children." *Social Science and Medicine* 31, 6: 671-80.
- Project LINK. 1991. "World Outlook." March. Philadelphia: University of Pennsylvania.
- Psacharopoulos, George. 1991. *Essays on Poverty, Equity, and Growth*. Elmsford, N.Y.: Pergamon.
- Psacharopoulos, George, and Maureen Woodhall. 1985. *Education for Development: An Analysis of Investment Choices*. New York: Oxford University Press.
- Ranis, Gustav, and T. Paul Schultz. 1988. *The State of Development Economics*. New York: Blackwell.
- Rao, J. Mohan. 1989. "Agricultural Supply Response: A Survey." *Agricultural Economics* 3 (March): 1-22.
- Reisen, Helmut. 1989. *Public Debt, External Competitiveness, and Fiscal Discipline in Developing Countries*. Princeton Studies in International Finance 66. Princeton, N.J.: Princeton University, Department of Economics.
- Remmer, Karen L. 1986. "The Politics of Stabilization: IMF Stand-by Programs in Latin America, 1954-84." *Comparative Politics*, Oct.: 1-24.
- Rhee, Yung Whee, and Thérèse Bélot. 1989. "Export Catalysts in Low-Income Countries." World Bank, Industry and Energy Department, Industry Series Working Paper 5, Washington, D.C.
- Ribe, Helena, Soniya Carvalho, Roberto Liebenthal, Peter Nicholas, and Elaine Zuckerman. 1990. *How Adjustment Programs Can Help the Poor: The World Bank's Experience*. World Bank Discussion Paper 71. Washington, D.C.
- Riboud, Michelle. 1985. "An Analysis of Women's Labor Force Participation in France: Cross-Section Estimates and Time-Series Evidence." *Journal of Labor Economics* 3, 1, part 2 (January): S177-200.
- Robinson, Austin. 1975. "A Personal View." In Milo Keynes, ed., *Essays on John Maynard Keynes*. New York: Cambridge University Press.
- Rodriguez, Carlos Alfredo. 1989. "Macroeconomic Policies for Structural Adjustment." PPR Working Paper 247. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Rodrik, Dani. 1989. "Credibility of Trade Reform: A Policy Maker's Guide." *World Economy* 12, 1: 1-16.
- Romer, Paul M. 1986. "Increasing Returns and Long-Run Growth." *Journal of Political Economy* 94: 1002-37.
- Rosenberg, Nathan, and Claudio Frischtak, eds. 1985. *International Technology Transfer: Concepts, Measures, and Comparisons*. New York: Praeger.
- Rosenstein-Rodan, Paul N. 1943. "Problems of Industrialization in Eastern and South-Eastern Europe." *Economic Journal* 53: 202-11.
- Rosenzweig, Mark R. 1990. "Population Growth and Human Capital Investments: Theory and Evidence." *Journal of Political Economy* 98: 538-70.
- Rosero-Bixby, Luis. 1985. "Infant Mortality Decline in Costa Rica." In Halstead, Walsh, and Warren 1985.
- Rostow, W. W. 1960. *The Stages of Economic Growth*. Cambridge, U.K.: Cambridge University Press.
- Roubini, Nouriel, and Jeffrey Sachs. 1989. "Government Spending and Budget Deficits in the Industrial Economies." *Economic Policy* 8: 99-127.
- Sachs, Jeffrey D. 1985. *External Debt and Macroeconomic Performance in Latin America and East Asia*. Brookings Papers on Economic Activity 2. Washington, D.C.: Brookings Institution.
- . 1989. *Social Conflict and Populist Policies in Latin America*. NBER Working Paper 2897. Cambridge, Mass.
- Schiff, Maurice, and Alberto Valdés. Forthcoming. *The Political Economy of Agricultural Pricing Policy*. Vol. 4, *A Synthesis of the Economics in Developing Countries*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press.

- Schultz, T. Paul. Forthcoming. "The Benefits of Educating Women." In King and Hill, forthcoming.
- Schultz, Theodore W. 1961. "Investment in Human Capital." *American Economic Review* 51, 1: 1-17.
- . 1964. *Transforming Traditional Agriculture*. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- . 1978. *Distortions of Agricultural Incentives*. Bloomington: Indiana University Press.
- Schweitzer, Julian. 1990. "Transition in Eastern Europe: The Social Dimension." *Finance & Development* 27 (Dec.): 6-8.
- Scitovsky, Tibor. 1990. "Economic Development in Taiwan and South Korea, 1965-81." In Lau and Klein 1990.
- Scully, Gerald W. 1988. "The Institutional Framework and Economic Development." *Journal of Political Economy* 96, 3: 652-62.
- Sen, Amartya. 1983. "Development: Which Way Now?" *Economic Journal* 93 (Dec.): 745-62.
- Sen, Amartya Kumar, and Jean Drèze. 1990. *Hunger and Public Action*. New York: Oxford University Press.
- Serven, Luis, and Andrés Solimano. 1990. "Private Investment and Macroeconomic Adjustment. An Overview." PPR Working Paper 339. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Shafik, Nemat. 1990. "Modeling Investment Behavior in Developing Countries. An Application to Egypt." PPR Working Paper 452. World Bank, International Economics Department, Washington, D.C.
- Shihata, Ibrahim. Forthcoming. *The World Bank in a Changing World: Selected Essays*. London: Kluwer.
- Shirazi, Javad Khalilzadeh, and Anwar M. Shah, eds. Forthcoming. *Tax Policy in Developing Countries*. World Bank Symposium. Washington, D.C.
- Simon, Julian. 1982. *The Ultimate Resource*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Singer, Hans. 1949. "Economic Progress in Underdeveloped Countries." *Social Research* 16: 1-11.
- Singh, Inderjit. 1990. *The Great Ascent: The Rural Poor in South Asia*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press.
- Sivard, Ruth Leger. 1988. *World Military and Social Expenditures 1987-88*. 12th ed. Washington, D.C.: World Priorities.
- . 1989. *World Military and Social Expenditures 1989*. 13th ed. Washington, D.C.: World Priorities.
- Smith, James P. 1979. "The Distribution of Family Earnings." *Journal of Political Economy* 87, 5, part 2 (Oct.): S163-92.
- Sokoloff, Kenneth L. 1988. "Inventive Activity in Early Industrial America: Evidence from Patent Records, 1790-1846." *Journal of Economic History* 48, 4: 813-50.
- Solow, Robert M. 1957. "Technical Change and the Aggregate Production Function." *Review of Economics and Statistics* 39: 312-20.
- South Commission. 1990. *The Challenge to the South*. London: Oxford University Press.
- Srinivasan, T. N. 1990. "External Sector in Development: China and India, 1950-89." *American Economic Review: Papers and Proceedings* 80, 2: 113-17.
- Stern, N. H. 1989. "The Economics of Development: A Survey." *Economic Journal* 99: 597-685.
- Strauss, John. 1986. "Does Better Nutrition Raise Farm Productivity?" *Journal of Political Economy* 94 (April): 297-320.
- Summers, Robert, and Alan Heston. 1984. "Improved International Comparisons of Real Product and Its Composition, 1950-1980." *Review of Income and Wealth* 30, 2: 207-62.
- . 1988. "A New Set of International Comparisons of Real Product and Rice Levels: Estimates for 130 Countries, 1950-1985." *Review of Income and Wealth*, March: 1-24.
- . 1991. "The Penn World Table (Mark V): An Expanded Set of International Comparisons, 1950-1988." *Quarterly Journal of Economics* 106, 2.
- Sundararajan V., and Subhash Thakur. 1980. "Public Investment, Crowding Out, and Growth: A Dynamic Model Applied to India and Korea." *IMF Staff Papers* 27: 814-55.
- Supple, Barry. 1971. "The State and the Industrial Revolution, 1700-1914." In Carlo M. Cipolla, ed., *The Fontana Economic History of Europe*. Vol. 3, *The Industrial Revolution*. Glasgow, U.K.: Collins.
- Syrquin, Moshe, and Hollis Chenery. 1989. "Three Decades of Industrialization." *World Bank Economic Review* 3, 2: 145-81.
- Tan, Jee-Peng, and Alain Mingat. 1991. "Educational Development in Asia: A Comparative Study Focusing on Cost and Financial Issues." World Bank, Asia Regional Office, Washington, D.C.
- Tanzi, Vito. 1990. "The IMF and Tax Reform." IMF Working Paper 90/39. Washington, D.C.
- Taylor, Charles, and David Jodice. 1983. *World Handbook of Political and Social Indicators*. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- Terrell, Katherine, and Jan Svejnar. 1990. "How Industry-Labor Relations and Government Policies Affect Senegal's Economic Performance." World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Thirsk, Wayne. 1991. "Lessons from Tax Reform: An Overview." PPR Working Paper 576. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Thomas, Vinod, and John Nash. Forthcoming. *Best Practices in Trade Policy Reform*. New York: Oxford University Press.

- Tybout, James. 1991. "Researching the Trade-Productivity Link: New Directions." PRE Discussion Paper. World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Udry, Christopher. 1990. "Credit Markets in Northern Nigeria: Credit as Insurance in a Rural Economy." *World Bank Economic Review* 4, 3: 251-70.
- UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development). 1987. *Handbook of Trade Control Measures of Developing Countries*. Geneva.
- UNDP (United Nations Development Programme). 1990. *Human Development Report 1990*. New York: Oxford University Press.
- . 1991. *Human Development Report 1991*. New York: Oxford University Press.
- UNICEF (United Nations Children's Fund). 1991. *The State of the World's Children 1991*. Oxford, U.K.: Oxford University Press.
- United Nations. 1982a. "Demographic Indicators of Countries: Estimates and Projections as Assessed in 1980." *Population Study* 82.
- . 1982b. "Infant Mortality: World Estimates and Projections, 1950-2025." *Population Bulletin of the United Nations* 14: 31-53.
- . 1982c. "Levels and Trends in Mortality since 1950." *Population Study* 72.
- . 1984. *1982 Yearbook of International Trade Statistics*. Vol. 2, *Trade by Commodity*. New York.
- . 1989. *1987 Demographic Yearbook*. New York.
- . 1990a. *The Global State of Hunger and Malnutrition: 1990 Report*. New York.
- . 1990b. *National Accounts Statistics*. New York.
- . 1990c. *World Population Trends and Policies: 1989 Monitoring Report*. New York.
- . 1990d. *World Resources, 1990-91*. New York: Oxford University Press.
- . 1991. *World Population Trends and Policies: 1990 Monitoring Report*. New York.
- U.S. Arms Control and Disarmament Agency. 1986. *World Military Expenditures and Arms Transfers*. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.
- U.S. Congress, Office of Technology Assessment. 1990. *Worker Training: Competing in the New International Economy*. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.
- . 1991. *Energy in Developing Countries*. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.
- U.S. Department of Commerce, Bureau of the Census. 1975. *Historical Statistics from Colonial Times to the Present*. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.
- . 1990. *Statistical Abstract of the United States*. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.
- U.S. Department of Health and Human Services. 1989. *Vital and Health Statistics (Current Estimates from the National Health Interview Survey, 1988)*. Washington, D.C.: National Center for Health Statistics.
- van der Gaag, Jacques, and Wim Vijverberg. 1987. "Wage Determinants in Côte d'Ivoire: Experience, Credentials, and Human Capital." *Economic Development and Cultural Change* 37, 2 (January): 371-81.
- Vanhnen, Tatu. 1979. *Power and the Means of Power*. Ann Arbor, Mich.: University Microfilms International.
- . 1990. *The Process of Democratization*. New York: Taylor and Francis.
- van Wijnbergen, Sweder. 1990. "Mexico's External Debt Restructuring in 1989-90." PPR Working Paper 424. World Bank, Latin America and the Caribbean Country Department II. Washington, D.C.
- Villanueva, Delano, and Abbas Mirakhor. 1990. "Interest Rate Policies, Stabilization, and Bank Supervision in Developing Countries: Strategies for Financial Reforms." IMF Working Paper 90/8. Washington, D.C.
- Walter, Ingo. 1972. "Nontariff Protection among Industrial Countries: Some Preliminary Evidence." *Economia Internazionale* 25: 335-54.
- Webb, Steven B., and Karim Shariff. 1990. "Designing and Implementing Adjustment Programs." World Bank, Country Economics Department, Washington, D.C.
- Weede, Erich. 1983. "The Impact of Democracy on Economic Growth: Some Evidence from Cross-National Analysis." *Kyklos* 36, 1: 21-39.
- WEFA Group. 1991. *World Economic Outlook*. Vol. 1. Philadelphia, Pa.
- Westphal, Larry E. 1990. "Industrial Policy in an Export-Propelled Economy: Lessons from South Korea's Experience." *Journal of Economic Perspectives* 4, 3: 41-59.
- Wheeler, David. 1984. *Human Resource Policies, Economic Growth, and Demographic Change in Developing Countries*. Oxford, U.K.: Clarendon Press.
- Wheeler, David, William Cole, and Lisana Irianwati. 1990. "Made in Bali: A Tale of Indonesian Export Success." World Bank, International Economics Department, Washington, D.C.
- WHO (World Health Organization). 1989. *1989 World Health Statistics*. Geneva.
- . 1991. "Current and Future Dimensions of the HIV/AIDS Pandemic: A Capsule Summary." GPA/SFI. Geneva.
- Winkler, Donald R. 1989. "Decentralization in Education: An Economic Perspective." PRE Working Paper 143. World Bank, Population and Human Resources Department, Washington, D.C.

- Wolf, Martin. 1987. "Differential and More Favorable Treatment of Developing Countries and the International Trading System." *World Bank Economic Review* 1, 4: 647-68.
- World Bank. 1987. "Tanzania: An Agenda for Industrial Recovery." Southern Africa Department, Washington, D.C.
- . 1988. *Adjustment Lending: An Evaluation of Ten Years of Experience*. Policy and Research Series 1. Washington, D.C.
- . 1989a. *India: An Industrializing Economy in Transition*. Country Study. Washington, D.C.
- . 1989b. *Project Performance Results for 1987*. Operations Evaluation Study. Washington, D.C.
- . 1989c. "Strengthening Trade Policy Reform." Country Economics Department, Washington, D.C.
- . 1989d. *Sub-Saharan Africa: From Crisis to Sustainable Growth*. Washington, D.C.
- . 1990a. *Adjustment Lending Policies for Sustainable Growth*. Policy and Research Series 14. Washington, D.C.
- . 1990b. *Agricultural Extension: The Next Step*. Agriculture and Rural Development Department, Policy and Research Series 13. Washington, D.C.
- . 1990c. *World Debt Tables, 1990-91 Edition: External Debt of Developing Countries*. Washington, D.C.
- . 1990d. *World Tables, 1989-90 Edition*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press.
- . 1991a. *Global Economic Prospects and the Developing Countries*. 1991 edition. Washington, D.C.
- . 1991b. *Price Prospects for Major Primary Commodities*. Washington, D.C.
- . Various years. *World Development Report*. New York: Oxford University Press.
- World Institute for Development Economics Research. Various years. *Research for Action*. Helsinki.





## Statistischer Anhang

Die Tabellen dieses statistischen Anhangs enthalten zusammenfassende Daten über Bevölkerung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Außenhandel und Auslandsschulden der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, der Länder mit hohem Einkommen und der Welt als Gruppe. Hin-

sichtlich einer Erläuterung der Ländergruppen wird der Leser auf die „Definitionen und statistischen Anmerkungen“ verwiesen, bezüglich der Definitionen der verwendeten Konzepte auf die Technischen Erläuterungen zu den Kennzahlen der Weltentwicklung.

**Tabelle A.1 Bevölkerung (Stand zur Jahresmitte) und durchschnittliches jährliches Wachstum**

Ländergruppe	Bevölkerung (in Mio)				Durchschnittliches jährliches Wachstum (in Prozent)			
	1965	1973	1980	1990	1965-73	1973-80	1980-90	1990-2000 <sup>a</sup>
Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	2.394	2.911	3.370	4.138	2,5	2,1	2,1	1,9
Länder mit niedrigem Einkommen	1.743	2.129	2.456	3.013	2,5	2,0	2,1	1,9
Länder mit mittlerem Einkommen	650	782	914	1.125	2,3	2,3	2,1	1,9
Länder mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen	323	392	459	565	2,4	2,3	2,1	1,8
Afrika südlich der Sahara	244	301	364	496	2,6	2,7	3,2	3,2
Ostasien	972	1.195	1.346	1.580	2,6	1,7	1,6	1,4
Südostasien	645	781	922	1.156	2,4	2,4	2,3	1,9
Europa, Naher Osten und Nordafrika	273	315	361	440	1,8	2,0	2,0	2,0
Lateinamerika und die Karibik	240	295	349	430	2,6	2,4	2,1	1,8
Länder mit hohem Einkommen	680	736	780	835	1,0	0,8	0,7	0,6
OECD-Länder	649	698	733	776	0,9	0,7	0,6	0,5
Übrige Länder	254	277	296	324	1,1	1,0	0,9	0,7
Welt	3.328	3.924	4.446	5.298	2,1	1,8	1,8	1,6
Ölexporture (ohne UdSSR)	127	158	197	274	2,8	3,1	3,4	3,1

a. Projektionen. Hinsichtlich der den Projektionen zugrundeliegenden Annahmen, siehe die Technischen Erläuterungen zur Tabelle 26 der Kennzahlen der Weltentwicklung.

**Tabelle A.2 BSP, Bevölkerung, BSP pro Kopf und Wachstum des BSP pro Kopf**

Ländergruppe	BSP (in Mrd \$) 1989	Bevölke- rung (in Mio) 1989	BSP pro Kopf (in \$) 1989	Durchschnittliches jährliches Wachstum des BSP pro Kopf (in Prozent)					
				1965-73	1973-80	1980-89	1988	1989	1990 <sup>a</sup>
Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	3.232	4.053	800	4,2	2,5	1,5	1,4	1,4	0,0
Länder mit niedrigem Einkommen	981	2.948	330	2,4	2,1	4,1	3,4	3,3	3,2
Länder mit mittlerem Einkommen	2.253	1.105	2.040	5,2	2,3	0,5	0,6	0,6	-1,1
Länder mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen	958	554	1.720	4,8	2,9	-0,3	-0,7	-1,3	-3,4
Afrika südlich der Sahara	162	480	340	1,7	0,6	-1,2	-3,1	0,0	..
Ostasien	841	1.552	540	5,2	4,7	6,3	9,5	2,2	6,4
Südasien	367	1.131	320	1,2	1,9	2,9	6,7	0,0	3,1
Europa, Naher Osten und Nordafrika	944	433	2.180	..	1,8	0,4	0,0	-0,5	..
Lateinamerika und die Karibik	823	421	1.950	4,7	2,3	-0,5	-1,7	-1,2	-2,4
Länder mit hohem Einkommen	15.230	831	18.330	3,7	2,3	2,3	3,7	2,7	2,1
OECD-Länder	14.748	773	19.090	3,8	2,3	2,4	3,7	2,8	2,1
Übrige Länder	..	323	..	..	..	..	..	..	..
Welt	20.736	5.206	3.980	2,8	1,5	1,2	2,4	1,5	1,7
Ölexporture (ohne UdSSR)	478	553	..	6,0	1,0	-2,5	-2,1	-1,1	..

a. Vorläufig.

**Tabelle A.3 Zusammensetzung des BIP**

(in Mrd \$)

Ländergruppe und Kennzahl	1965	1973	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990 <sup>a</sup>
<b>Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen</b>									
BIP	389	867	2.430	2.550	2.655	2.745	3.030	3.303	3.476
Gesamtverbrauch	309	660	1.807	1.938	2.024	2.051	2.237	2.451	..
Bruttoinlandsinvestition	80	201	657	604	653	679	781	859	..
Nettoexporte	0	6	-34	8	-22	16	12	-6	..
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>									
BIP	169	315	790	828	793	821	931	996	974
Gesamtverbrauch	138	241	588	632	602	605	683	736	..
Bruttoinlandsinvestition	32	71	202	223	220	234	272	283	..
Nettoexporte	-1	3	0	-28	-29	-17	-25	-23	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>									
BIP	215	549	1.640	1.722	1.862	1.924	2.099	2.308	..
Gesamtverbrauch	167	415	1.218	1.304	1.424	1.448	1.555	1.716	..
Bruttoinlandsinvestition	46	129	456	380	432	445	509	576	..
Nettoexporte	2	5	-34	37	6	31	36	16	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen</b>									
BIP	114	290	810	788	810	850	962	1.091	1.210
Gesamtverbrauch	89	228	624	606	643	656	733	842	..
Bruttoinlandsinvestition	24	61	205	151	155	178	210	226	..
Nettoexporte	1	0	-19	30	12	16	19	23	..
<b>Afrika südlich der Sahara</b>									
BIP	31	69	225	198	168	151	164	171	180
Gesamtverbrauch	26	55	177	172	148	129	143	146	152
Bruttoinlandsinvestition	4	12	45	24	25	24	26	26	28
Nettoverbrauch	0	1	3	1	-5	-2	-4	-1	-0
<b>Ostasien</b>									
BIP	91	206	547	589	585	644	780	895	892
Gesamtverbrauch	70	148	379	406	395	416	504	588	..
Bruttoinlandsinvestition	20	56	166	191	189	212	262	307	..
Nettoexporte	1	2	1	-9	1	16	14	1	..

**Tabelle A.3** (Fortsetzung)

Ländergruppe und Kennzahl	1965	1973	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990 <sup>a</sup>
<i>Südasien</i>									
BIP	69	97	220	277	295	328	350	351	374
Gesamtverbrauch	60	81	184	225	239	268	285	289	313
Bruttoinlandsinvestition	12	17	49	65	67	71	79	76	79
Nettoexporte	-2	-1	-12	-13	-12	-11	-14	-13	-17
<i>Europa, Naher Osten und Nordafrika</i>									
BIP	81	206	644	749	858	810	808	828	..
Gesamtverbrauch	62	148	463	566	652	614	590	598	..
Bruttoinlandsinvestition	18	52	200	191	240	206	219	242	..
Nettoexporte	1	6	-18	-8	-33	-10	-0	-12	..
<i>Lateinamerika und die Karibik</i>									
BIP	100	254	714	681	689	731	838	964	..
Gesamtverbrauch	78	201	550	528	551	563	641	746	..
Bruttoinlandsinvestition	20	54	173	121	122	149	175	188	..
Nettoexporte	1	-0	-10	33	16	19	22	30	..
<i>Länder mit hohem Einkommen</i>									
BIP	1.434	3.401	8.096	9.156	11.130	12.924	14.504	15.021	..
Gesamtverbrauch	1.185	2.595	6.256	7.321	8.848	10.224	11.302	11.658	..
Bruttoinlandsinvestition	240	774	1.787	1.802	2.211	2.640	3.130	3.286	..
Nettoexporte	9	27	-9	23	71	51	67	63	..
<i>OECD-Länder</i>									
BIP	1.413	3.335	7.775	8.835	10.804	12.541	14.073	14.537	..
Gesamtverbrauch	1.169	2.551	6.076	7.079	8.592	9.934	10.977	11.298	..
Bruttoinlandsinvestition	235	757	1.707	1.733	2.141	2.557	3.029	3.176	..
Nettoexporte	9	27	-9	23	71	51	67	63	..
<i>Übrige Länder</i>									
BIP	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Gesamtverbrauch	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Bruttoinlandsinvestition	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Nettoexporte	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<i>Welt</i>									
BIP	2.044	4.790	11.796	13.067	15.411	17.522	19.570	20.443	..
Gesamtverbrauch	1.678	3.658	9.087	10.334	12.164	13.748	15.126	15.736	..
Bruttoinlandsinvestition	358	1.098	2.738	2.696	3.210	3.720	4.385	4.658	..
Nettoexporte	8	35	-29	37	37	55	59	49	..
<i>Ölexportenre (ohne UdSSR)</i>									
BIP	35	109	550	609	582	460	466	465	..
Gesamtverbrauch	25	66	320	475	469	344	352	330	..
Bruttoinlandsinvestition	7	26	143	118	139	105	112	112	..
Nettoexporte	3	16	87	16	-26	11	2	23	..

Anmerkung: Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Netto-Exporte umfassen Güter und Dienstleistungen ohne Faktoreinkommen.

a. Vorläufig.

**Tabelle A.4 Verbrauch, Investition und Ersparnis***(in Prozent des BIP)*

<i>Ländergruppe und Kennzahl</i>	1965	1973	1980	1985	1987	1988	1989
<i>Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen</i>							
Gesamtverbrauch	79,5	76,1	74,4	76,0	74,7	73,8	74,2
Bruttoinlandsinvestition	20,5	23,2	27,0	23,7	24,7	25,8	26,0
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	18,8	21,7	23,9	21,1	22,6	23,5	22,9
<i>Länder mit niedrigem Einkommen</i>							
Gesamtverbrauch	81,5	76,7	74,4	76,4	73,7	73,4	73,9
Bruttoinlandsinvestition	19,0	22,5	25,5	26,9	28,4	29,2	28,5
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	18,1	21,0	24,6	22,4	24,9	25,1	24,5
<i>Länder mit mittlerem Einkommen</i>							
Gesamtverbrauch	77,7	75,6	74,3	75,8	75,2	74,1	74,4
Bruttoinlandsinvestition	21,5	23,5	27,8	22,1	23,1	24,2	24,9
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	19,5	22,2	23,6	20,5	21,5	22,7	..
<i>Länder mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen</i>							
Gesamtverbrauch	78,2	78,8	77,0	76,9	77,2	76,2	77,2
Bruttoinlandsinvestition	20,8	21,1	25,3	19,2	20,9	21,9	20,7
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	18,9	18,6	20,2	17,6	18,2	19,4	17,6
<i>Afrika südlich der Sahara</i>							
Gesamtverbrauch	84,8	80,1	78,6	87,2	85,7	87,0	85,7
Bruttoinlandsinvestition	13,9	17,8	20,0	12,1	15,9	15,7	15,1
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	13,0	16,1	18,0	9,4	9,8	7,7	8,9
<i>Ostasien</i>							
Gesamtverbrauch	77,0	71,9	69,4	69,0	64,6	64,5	65,6
Bruttoinlandsinvestition	22,3	27,2	30,4	32,5	33,0	33,6	34,2
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	22,8	25,5	29,4	29,2	33,7	34,0	33,1
<i>Südasien</i>							
Gesamtverbrauch	86,0	83,6	83,4	81,2	81,9	81,5	82,2
Bruttoinlandsinvestition	16,8	17,0	22,0	23,6	21,6	22,5	21,6
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	13,5	16,0	16,7	17,9	17,1	17,3	16,5
<i>Europa, Naher Osten und Nordafrika</i>							
Gesamtverbrauch	76,3	71,9	71,8	75,6	75,8	73,0	72,2
Bruttoinlandsinvestition	22,4	25,2	31,0	25,5	25,4	27,1	29,2
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	18,9	25,2	26,9	22,4	22,2	25,0	..
<i>Lateinamerika und die Karibik</i>							
Gesamtverbrauch	78,6	78,9	77,1	77,5	77,0	76,5	77,4
Bruttoinlandsinvestition	20,3	21,2	24,3	17,7	20,4	20,9	19,5
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	19,0	19,0	20,4	17,2	18,4	18,9	17,2
<i>Länder mit hohem Einkommen</i>							
Gesamtverbrauch	82,7	76,3	77,3	80,0	79,1	77,9	77,6
Bruttoinlandsinvestition	16,7	22,7	22,1	19,7	20,4	21,6	21,9
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	17,7	24,1	23,3	20,5	21,1	22,2	22,6
<i>OECD-Länder</i>							
Gesamtverbrauch	82,8	76,5	78,2	80,1	79,2	78,0	77,7
Bruttoinlandsinvestition	16,6	22,7	22,0	19,6	20,4	21,5	21,8
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	17,7	24,1	22,4	20,2	20,9	22,1	22,4
<i>Übrige Länder</i>							
Gesamtverbrauch	..	..	..	..	..	..	..
Bruttoinlandsinvestition	..	..	..	..	..	..	..
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	..	..	..	..	..	..	..
<i>Welt</i>							
Gesamtverbrauch	82,0	76,3	76,6	79,1	78,5	77,3	77,1
Bruttoinlandsinvestition	17,5	22,9	23,2	20,6	21,2	22,3	22,6
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	17,9	23,7	23,4	20,6	21,3	22,3	22,5
<i>Ölexporture (ohne UdSSR)</i>							
Gesamtverbrauch	72,1	61,1	58,2	78,0	74,8	75,5	71,0
Bruttoinlandsinvestition	20,1	24,2	25,9	19,4	22,9	24,1	24,1
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis	19,9	33,7	41,1	22,8	26,5	24,2	..

**Tabelle A.5 Investitionen, Ersparnis und Leistungsbilanzsaldo (ohne öffentliche Übertragungen)**
*(in Prozent des BSP)*

Land	Bruttoinlands- investitionen			Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis			Zahlungsbilanz: Leistungsbilanzsaldo (ohne öffentliche Übertragungen)		
	1965-73	1973-80	1980-89	1965-73 <sup>a</sup>	1973-80	1980-89	1965-73	1973-80	1980-89
<i>Lateinamerika und die Karibik</i>									
*Argentinien	19,7	23,4	15,5	20,1	..	11,2	0,4	..	-4,3
*Bolivien	25,4	24,9	12,2	21,3	18,5	2,0	-4,1	-6,4	-10,2
*Brasilien	21,3	24,0	21,5	19,1	19,3	19,7	-2,1	-4,6	-1,8
*Chile	14,3	17,3	18,1	11,9	12,1	9,7	-2,4	-5,2	-8,4
*Costa Rica	21,8	25,5	27,4	13,0	13,8	17,1	-8,8	-11,7	-10,3
*Ecuador	19,0	26,7	23,2	12,7	21,2	16,6	-6,2	-5,5	-6,6
Guatemala	13,3	18,7	13,5	11,6	16,4	9,2	-1,7	-2,3	-4,2
*Honduras	18,6	24,9	17,0	14,0	14,7	7,4	-4,6	-10,2	-9,6
Jamaika	32,0	20,2	25,2	23,7	13,6	15,0	-8,4	-6,6	-10,2
Kolumbien	18,9	18,8	20,4	15,8	19,0	17,4	-3,2	0,2	-3,0
*Mexiko	20,6	24,2	23,1	14,9	20,2	21,3	-5,7	-4,0	-1,8
*Peru	24,1	23,9	26,2	20,9	19,7	21,9	-3,2	-4,2	-4,2
*Uruguay	12,0	15,7	12,3	12,0	11,3	10,0	-0,0	-4,4	-2,3
*Venezuela	31,1	34,2	22,0	31,9	35,8	23,6	0,8	1,6	1,6
<i>Afrika südlich der Sahara</i>									
Äthiopien	12,8	9,5	12,8	11,0	6,9	5,3	-1,8	-2,5	-7,5
*Côte d'Ivoire	22,8	29,1	18,3	..	16,8	7,2	..	-12,3	-11,0
Ghana	12,3	8,7	..	8,7	6,9	..	-3,6	-1,8	-5,2
Kamerun	16,6	21,8	23,7	..	17,0	19,2	..	-4,8	-4,6
Kenia	22,6	26,0	25,4	17,2	16,3	17,9	-5,5	-9,7	-7,4
*Kongo, Volksrepublik	29,3	34,0	38,2	4,2	10,4	24,4	-25,2	-23,6	-13,8
Liberia	19,1	28,7	..	..	27,5	..	..	-1,2	..
Malawi	20,0	29,6	19,2	..	10,8	6,2	..	-18,8	-13,0
Niger	9,7	23,8	15,8	..	10,0	2,5	..	-13,8	-13,3
Nigeria	16,3	22,8	13,8	11,8	24,4	12,3	-4,5	1,6	-1,4
Sambia	31,9	28,5	17,2	34,3	19,9	5,0	2,4	-8,6	-12,2
*Senegal	14,7	17,5	16,0	..	4,2	1,2	..	-13,3	-14,8
Sierra Leone	13,8	14,1	13,4	9,7	-1,0	..	-4,1	-15,1	..
Sudan	11,9	16,3	13,0	11,0	9,6	2,9	-0,9	-6,8	-10,2
Tansania	19,9	23,9	..	17,1	14,1	..	-2,8	-9,8	-9,7
Zaire	9,8	9,7	9,4	14,2	5,3	2,4	4,5	-4,4	-7,0
<i>Ostasien</i>									
Indonesien	15,8	24,5	30,4	13,7	24,6	27,6	-2,1	0,1	-2,8
Korea, Republik	23,9	31,2	31,2	17,6	25,9	32,8	-6,3	-5,3	1,6
Malaysia	22,3	28,7	32,2	22,6	29,4	29,3	0,2	0,6	-2,9
Papua-Neuguinea	27,8	22,0	26,2	..	11,7	5,5	..	-10,3	-20,7
*Philippinen	20,6	29,1	21,7	19,7	24,3	17,5	-1,0	-4,8	-4,1
Thailand	24,3	26,9	26,7	22,1	21,9	22,6	-2,1	-5,0	-4,1
<i>Südasien</i>									
Indien	17,2	21,3	23,9	15,8	21,0	21,5	-1,4	-0,3	-2,4
Pakistan	16,1	17,5	18,8	..	11,7	14,8	..	-5,8	-4,0
Sri Lanka	15,8	20,6	25,8	11,2	13,4	15,6	-4,6	-7,2	-10,2
<i>Europa, Naher Osten und Nordafrika</i>									
*Ägypten, Arab. Republik	14,0	29,3	27,9	9,3	18,2	16,2	-4,7	-11,1	-11,7
Algerien	32,6	44,6	35,2	30,5	39,0	34,4	-2,2	-5,6	-0,8
Jugoslawien	29,9	35,6	38,2	27,1	32,9	..	-2,7	-2,7	..
*Marokko	15,1	25,9	25,3	13,6	16,8	19,2	-1,5	-9,0	-6,1
*Polen	..	..	28,3	..	..	25,4	..	-5,6	-2,9
Portugal	26,6	29,7	30,4	..	..	..	..	..	..
Tunesien	23,3	29,9	27,5	17,8	23,2	21,9	-5,5	-6,7	-5,6
Türkei	18,5	21,8	22,8	16,0	18,1	20,7	-2,5	-3,7	-2,1
*Ungarn	..	32,0	27,9	..	..	..	..	..	..

*Anmerkung:* Ein Stern kennzeichnet ein Land mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen.

*Kursiv gesetzte Zahlenangaben betreffen andere als die angegebenen Zeiträume. a. Ohne Übertragungen der Jahre 1965 bis 1969.*

**Tabelle A.6 BIP und Wachstumsraten**

Ländergruppe	BIP (in Mrd \$) 1989	Durchschnittliches jährliches Wachstum des BIP (in Prozent)						
		1965-73	1973-80	1980-89	1987	1988	1989	1990 <sup>a</sup>
Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	3.303	6,5	4,7	3,8	3,8	4,3	2,9	2,3
Länder mit niedrigem Einkommen	996	5,3	4,5	6,2	5,9	8,1	4,1	4,5
Länder mit mittlerem Einkommen	2.308	7,0	4,7	2,9	2,9	2,7	2,4	1,1
Länder mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen	1.091	6,4	5,2	1,9	2,8	1,3	1,3	-1,6
Afrika südlich der Sahara	171	4,8	3,2	2,1	0,2	2,9	2,9	1,5
Ostasien	895	8,1	6,6	7,9	8,9	9,7	5,5	6,7
Südasiens	351	3,6	4,2	5,1	4,3	8,2	4,5	4,2
Europa, Naher Osten und Nordafrika	828	7,7	3,9	2,9	1,2	2,1	1,5	-0,8
Lateinamerika und die Karibik	964	6,5	5,0	1,6	3,1	0,5	1,3	-0,7
Länder mit hohem Einkommen	15.021	4,8	3,1	3,0	3,5	4,4	3,4	2,6
OECD-Länder	14.537	4,7	3,0	3,0	3,4	4,4	3,3	2,6
Übrige Länder	..	..	..	..	..	..	..	..
Welt	20.443	5,0	3,3	3,1	3,5	4,4	3,3	2,5
Ölexporture (ohne UdSSR)	..	8,3	3,7	0,8	-0,3	2,5	2,2	..

a. Vorläufig.

**Tabelle A.7 Produktionsstruktur**

(in Prozent des BIP)

Ländergruppe	1965		1973		1980		1985		1987		1988		1989 <sup>a</sup>	
	Land- wirt- schaft	Indu- strie	Land- wirt- schaft	Indu- strie	Land- wirt- schaft	Indu- strie	Land- wirt- schaft	Indu- strie	Land- wirt- schaft	Indu- strie	Land- wirt- schaft	Indu- strie	Land- wirt- schaft	Indu- strie
Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	31	31	24	34	19	38	19	36	18	36	18	36	19	38
Länder mit niedrigem Einkommen	44	28	38	32	33	37	33	33	31	33	31	34	32	37
Länder mit mittlerem Einkommen	19	34	15	35	12	39	12	37	13	37	12	37	12	36
Länder mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen	17	33	14	33	11	37	11	36	11	36	11	36	..	..
Afrika südlich der Sahara	41	20	31	25	28	32	33	26	30	25	31	24	32	27
Ostasien	42	35	35	40	29	44	27	41	25	42	24	43	24	44
Südasiens	44	21	43	19	35	22	31	24	29	24	30	23	32	26
Europa, Naher Osten und Nordafrika	..	..	16	..	13	41	14	37	15	37	15	35	15	..
Lateinamerika und die Karibik	16	33	12	33	10	37	10	37	10	37	10	37	..	..
Länder mit hohem Einkommen	5	42	4	37	3	37	3	34	3	31	..	..	..	..
OECD-Länder	5	43	4	37	3	36	3	34	3	31	..	..	..	..
Übrige Länder	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Welt	10	40	8	37	7	37	6	35	5	32	..	..	..	..
Ölexporture (ohne UdSSR)	..	..	13	48	10	54	14	38	13	35	14	35	14	35

a. Vorläufig.

**Tabelle A.8 BIP nach Wachstumsraten einzelner Wirtschaftssektoren**

(durchschnittliches jährliches Wachstum in Prozent)

Ländergruppe	Landwirtschaft			Industrie			Dienstleistungssektor		
	1965-73	1973-80	1980-89	1965-73	1973-80	1980-89	1965-73	1973-80	1980-89
Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	3,1	2,5	3,3	8,3	4,9	4,5	7,3	6,4	3,5
Länder mit niedrigem Einkommen	2,9	2,1	4,0	8,8	6,6	8,6	5,8	5,5	6,2
Länder mit mittlerem Einkommen	3,3	3,0	2,6	8,1	4,4	3,0	7,7	6,6	2,8
Länder mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen	2,8	3,2	2,1	7,4	5,9	1,5	7,3	5,9	1,9
Afrika südlich der Sahara	2,4	1,1	2,0	10,4	4,3	0,7	3,4	4,2	2,3
Ostasien	3,2	2,5	5,2	12,4	9,4	10,4	9,8	7,2	7,7
Südasiern	3,1	2,2	2,9	3,9	5,5	6,7	4,0	5,3	6,3
Europa, Naher Osten und Nordafrika	..	..	2,9	..	..	3,1	..	..	2,7
Lateinamerika und die Karibik	2,8	3,3	1,9	7,5	5,4	1,6	7,5	5,8	1,6
Länder mit hohem Einkommen	..	-2,3	1,5	10,9	1,9	2,1	12,6	0,7	3,1
OECD-Länder	..	-2,5	1,3	10,9	1,7	2,2	12,6	0,6	3,1
Übrige Länder	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Welt	2,4	0,2	2,6	10,6	2,3	2,4	12,1	1,2	3,2
Ölexportiere (ohne UdSSR)	4,1	2,7	5,4	9,8	1,4	-1,1	7,9	9,8	1,9

Anmerkung: Die kursiv gesetzten Zahlenangaben betreffen andere als die angegebenen Zeiträume.

**Tabelle A.9 Wachstum des Exportvolumens**

Länder- und Warengruppe	1965-73	1973-80	1980-87	1987	1988	1989
Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	5,1	3,5	4,6	10,9	9,8	4,9
Rohstoffe	4,0	1,2	2,8	4,1	4,1	2,7
Nahrungsmittel	2,5	4,9	3,4	11,6	-5,1	..
Brennstoffe	5,3	-0,8	1,8	-4,2	7,2	..
Sonstige Rohstoffe	2,4	3,1	0,3	-3,1	8,6	..
Metalle und Mineralien	5,4	7,3	1,3	8,6	-0,4	..
Industrieprodukte	10,9	13,0	7,0	20,4	14,7	2,4
Länder mit niedrigem Einkommen	10,4	3,5	4,2	7,7	9,1	6,0
Rohstoffe	12,7	1,4	0,8	-3,2	0,1	5,1
Nahrungsmittel	0,6	3,9	3,7	7,1	-3,3	..
Brennstoffe	23,6	-0,1	-0,5	-7,0	6,3	..
Sonstige Rohstoffe	6,4	2,6	-0,3	-10,0	-4,9	..
Metalle und Mineralien	6,6	5,6	-1,6	10,7	-5,7	..
Industrieprodukte	..	10,3	10,2	21,6	18,9	8,6
Länder mit mittlerem Einkommen	3,9	3,5	4,7	11,9	10,0	4,5
Rohstoffe	2,1	1,2	3,6	6,7	5,6	1,9
Nahrungsmittel	3,0	5,3	3,3	13,1	-5,6	..
Brennstoffe	1,8	-1,2	2,9	-2,9	7,7	..
Sonstige Rohstoffe	1,3	3,2	0,6	-0,5	13,7	..
Metalle und Mineralien	5,0	8,1	2,2	8,1	1,1	..
Industrieprodukte	14,7	13,9	6,0	20,0	13,2	..
Länder mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen	0,6	2,8	3,6	8,2	12,1	-0,6
Rohstoffe	-1,4	0,9	2,5	4,1	..	-1,4
Industrieprodukte	15,6	10,9	7,4	20,7	23,9	-4,9
Afrika südlich der Sahara	14,2	-0,2	-1,8	6,0	2,7	0,9
Rohstoffe	14,7	-0,8	-2,0	2,4	4,4	..
Industrieprodukte	5,8	9,7	2,4	28,4	-9,2	..
Ostasien	10,6	9,4	9,6	13,2	11,4	6,3
Rohstoffe	8,4	5,0	4,6	-3,3	-0,8	..
Industrieprodukte	28,3	17,1	13,8	25,0	18,2	0,7
Südasiern	-0,2	4,5	5,4	12,0	6,8	10,6
Rohstoffe	-1,9	2,1	3,7	-5,3	-2,2	..
Industrieprodukte	1,1	6,3	6,2	22,8	11,1	..

**Tabelle A.9 Wachstum des Exportvolumens** (Fortsetzung)  
(durchschnittliches jährliches Wachstum in Prozent)

Länder- und Warengruppe	1965-73	1973-80	1980-87	1987	1988	1989
<i>Europa, Naher Osten und Nordafrika</i>	..	-0,6	4,8	11,2	10,4	3,0
Rohstoffe	..	..	..	..	..	..
Industrieprodukte	..	..	..	..	..	..
<i>Lateinamerika und die Karibik</i>	-0,4	2,2	3,4	9,0	10,5	2,0
Rohstoffe	-1,9	0,2	2,3	5,6	4,9	4,5
Industrieprodukte	16,7	9,5	6,1	17,1	25,0	-4,6
<i>Länder mit hohem Einkommen</i>	10,1	5,2	3,4	5,0	5,7	2,4
Rohstoffe	8,8	3,8	1,4	4,0	-1,3	-0,4
Nahrungsmittel	6,2	8,0	4,3	17,5	-2,5	..
Brennstoffe	13,4	1,0	-2,7	-9,4	10,1	..
Sonstige Rohstoffe	4,2	4,7	3,3	2,9	-11,8	..
Metalle und Mineralien	8,2	9,8	1,6	-2,4	-12,9	..
Industrieprodukte	10,7	5,6	4,0	5,3	7,6	2,8
<i>OECD-Länder</i>	9,5	5,4	3,8	5,5	5,2	2,1
Rohstoffe	5,7	6,4	4,1	10,5	-4,0	-0,9
Nahrungsmittel	6,2	8,0	4,2	17,8	-2,5	..
Brennstoffe	8,4	3,7	4,5	5,5	3,7	..
Sonstige Rohstoffe	2,9	6,2	3,6	4,5	-11,6	..
Metalle und Mineralien	8,2	9,7	1,5	-3,1	-13,9	..
Industrieprodukte	10,6	5,2	3,7	4,4	7,5	2,7
<i>Übrige Länder</i>	..	..	..	..	..	..
<i>Welt</i>	9,2	4,9	3,6	6,0	6,4	2,8
Rohstoffe	6,9	2,8	1,9	4,0	0,4	0,4
Nahrungsmittel	4,9	7,0	4,1	15,8	-3,2	..
Brennstoffe	9,8	0,3	-1,2	-7,6	9,1	..
Sonstige Rohstoffe	3,7	4,1	2,5	1,2	-6,4	..
Metalle und Mineralien	7,3	9,1	1,6	0,6	-9,3	..
Industrieprodukte	10,7	6,2	4,2	6,7	8,3	2,7
<i>Ölexporteur (ohne UdSSR)</i>	8,2	-1,8	-6,2	-9,6	17,7	7,3
Rohstoffe	8,2	-1,1	-6,8	-9,9	17,4	..
Nahrungsmittel	-5,6	-5,7	-1,7	-26,3	17,7	..
Brennstoffe	8,8	-0,8	-7,5	-17,0	15,5	..
Sonstige Rohstoffe	6,6	-2,5	-19,8	32,7	42,2	..
Metalle und Mineralien	..	8,3	1,6	20,6	-10,0	..
Industrieprodukte	..	15,5	6,5	-3,9	22,4	..

**Tabelle A.10 Veränderung der Exportpreise und der Terms of Trade***(durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent)*

Ländergruppe	1965-73	1973-80	1980-87	1987	1988	1989
<i>Exportpreise</i>						
Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	6,1	14,7	-4,6	8,5	3,0	2,1
Rohstoffe	5,8	18,5	-6,9	9,5	0,4	..
Nahrungsmittel	5,9	8,3	-2,7	-7,4	15,1	..
Brennstoffe	9,0	29,5	-9,7	23,4	-14,3	..
Sonstige Rohstoffe	3,1	9,8	-3,9	22,6	20,1	..
Metalle und Mineralien	2,7	4,0	-3,3	11,7	31,6	..
Industrieprodukte	5,8	6,8	-0,9	6,0	6,5	5,6
OECD-Länder mit hohem Einkommen	4,8	10,3	0,4	11,8	8,4	5,3
Rohstoffe	6,1	8,6	-4,1	3,7	16,0	8,2
Nahrungsmittel	6,1	5,1	-3,5	-1,4	17,0	..
Brennstoffe	6,7	19,4	-6,8	-1,8	-11,1	..
Sonstige Rohstoffe	4,3	6,7	-3,1	9,6	26,0	..
Metalle und Mineralien	2,2	4,6	-2,4	19,0	47,5	..
Industrieprodukte	4,6	10,7	1,8	13,9	6,5	4,7
<i>Terms of Trade</i>						
Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	0,1	2,1	-3,7	0,3	-2,0	0,9
Länder mit mittlerem Einkommen	1,0	1,9	-3,8	0,2	-2,0	0,2
Länder mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen	2,8	0,5	-2,8	0,5	-1,2	8,0
Afrika südlich der Sahara	-6,7	5,4	-5,7	0,6	-5,4	1,2
Ostasien	3,3	0,3	-2,3	-0,5	1,2	2,5
Südasien	3,3	-3,1	1,3	0,6	1,8	-1,8
Europa, Naher Osten und Nordafrika	..	5,7	-4,3	3,3	-9,7	-6,0
Lateinamerika und die Karibik	3,1	1,2	-3,9	-3,9	2,2	7,2
Länder mit hohem Einkommen	-1,3	-2,2	0,3	-0,1	0,0	-0,1
OECD-Länder	-1,1	-3,3	1,4	-0,4	0,5	-0,4
Übrige Länder	..	..	..	..	..	..
Welt	-0,9	-1,5	-0,4	0,1	-0,4	0,1
Ölexporteur (ohne UdSSR)	..	13,5	-9,0	21,1	-22,5	6,6

**Tabelle A.11 Wachstum der langfristigen Schulden der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen**

(durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent, nominal)

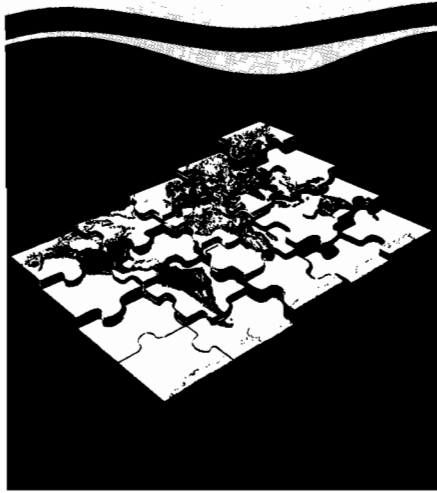
Ländergruppe	1970-73	1973-80	1980-87	1988	1989	1990
<i>Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen</i>						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	17,9	22,6	15,0	-2,1	-0,1	5,0
Öffentlich	15,2	18,0	18,5	0,8	4,0	12,1
Privat	20,7	26,1	12,9	-4,4	-3,5	-1,4
<i>Länder mit niedrigem Einkommen</i>						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	16,7	16,5	18,3	5,5	5,5	8,8
Öffentlich	14,7	14,1	17,5	4,3	6,8	12,0
Privat	26,0	23,8	20,0	7,7	3,3	2,8
<i>Länder mit mittlerem Einkommen</i>						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	18,4	24,7	14,2	-4,6	-2,2	3,5
Öffentlich	15,6	21,2	19,1	-1,2	2,3	12,2
Privat	20,0	26,5	12,0	-6,6	-5,0	-2,4
<i>Länder mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen</i>						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	16,8	25,2	16,2	-4,8	-2,4	3,5
Öffentlich	12,6	22,0	25,4	0,1	3,5	17,9
Privat	18,6	26,5	12,9	-7,6	-6,1	-6,2
<i>Afrika südlich der Sahara</i>						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	20,1	23,9	18,1	1,7	4,2	10,7
Öffentlich	17,1	22,4	22,0	2,1	8,7	14,2
Privat	25,5	26,2	12,6	0,9	-5,1	2,4
<i>Ostasien</i>						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	23,4	22,7	17,9	-0,7	-0,0	6,7
Öffentlich	26,5	17,9	20,3	1,7	1,4	13,4
Privat	20,7	26,6	16,5	-2,5	-1,1	1,4
<i>Südasien</i>						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	11,6	11,2	15,5	5,9	7,9	8,9
Öffentlich	12,3	10,4	12,1	4,1	6,5	8,7
Privat	1,5	24,5	33,9	11,4	11,8	9,6
<i>Europa, Naher Osten und Nordafrika</i>						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	22,3	31,1	13,4	-2,0	1,1	8,7
Öffentlich	16,3	26,7	17,3	-2,4	1,4	11,8
Privat	32,2	35,8	9,7	-1,5	0,8	5,1
<i>Lateinamerika und Karibik</i>						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	16,8	21,6	14,3	-5,6	-4,2	-1,3
Öffentlich	11,6	15,2	21,3	1,2	3,8	12,1
Privat	18,9	23,5	12,7	-7,9	-7,2	-7,0

**Tabelle A.12 Zusammensetzung der ausstehenden Schulden**
*(in Prozent der gesamten langfristigen Schulden)*

Land	Schulden aus öffentlichen Quellen			Schulden aus privaten Quellen			Variabel verzinsliche Schulden		
	1970-72	1980-82	1989	1970-72	1980-82	1989	1973-75	1980-82	1989
<i>Lateinamerika und die Karibik</i>									
*Argentinien	12,6	9,0	18,6	87,4	91,0	81,4	6,6	29,2	80,4
*Bolivien	58,2	49,3	81,7	41,8	50,7	18,3	7,3	28,4	24,2
*Brasilien	30,7	11,9	27,0	69,3	88,1	73,0	26,1	46,0	66,3
*Chile	46,0	11,1	32,9	54,0	88,9	67,1	8,3	23,4	53,9
*Costa Rica	39,8	36,8	52,6	60,2	63,2	47,4	15,5	42,4	43,7
*Ecuador	51,4	29,5	38,6	48,6	70,5	61,4	8,2	37,2	63,3
Guatemala	47,5	71,0	76,0	52,5	29,0	24,0	3,5	5,6	10,3
*Honduras	73,8	62,6	81,4	26,3	37,4	18,6	1,8	18,9	19,0
Jamaika	7,4	68,3	83,9	92,6	31,7	16,1	4,7	17,3	23,8
Kolumbien	68,1	46,1	52,6	31,9	53,9	47,4	5,4	33,7	42,2
*Mexiko	19,5	10,9	20,9	80,5	89,1	79,1	31,8	61,4	75,3
*Nicaragua	65,3	58,0	82,3	34,7	42,0	17,7	44,2	42,1	18,4
*Peru	15,6	39,4	46,7	84,4	60,6	53,3	16,1	22,9	28,7
*Uruguay	44,2	21,1	23,2	55,8	78,9	76,8	10,1	28,5	70,4
*Venezuela	30,8	3,6	3,2	69,2	96,4	96,8	17,2	57,8	73,9
<i>Afrika südlich der Sahara</i>									
Äthiopien	87,3	90,9	87,5	12,7	9,1	12,5	1,5	2,1	5,2
*Côte d'Ivoire	51,6	24,3	41,1	48,4	75,7	58,9	19,1	36,9	35,4
Ghana	58,0	90,3	91,9	41,9	9,7	8,2	0,0	0,0	1,4
Kamerun	82,2	56,6	72,7	17,8	43,4	27,3	1,8	11,3	9,7
Kenia	58,3	54,8	72,5	41,7	45,2	27,5	2,1	10,1	3,7
*Kongo, Volksrepublik	86,5	45,3	58,4	13,5	54,7	41,6	0,0	15,1	31,7
Liberia	81,1	74,0	82,8	19,0	25,9	17,2	0,0	16,9	11,3
Malawi	85,8	72,2	95,1	14,2	27,8	4,9	2,3	21,9	3,7
Niger	97,0	41,0	73,9	2,9	59,0	26,1	0,0	13,4	7,7
Nigeria	68,8	15,1	47,6	31,2	84,9	52,4	0,7	48,0	37,8
Sambia	22,0	69,7	86,1	78,0	30,3	14,0	20,7	10,2	14,3
*Senegal	63,2	69,1	93,9	36,8	30,9	6,1	24,5	9,4	1,5
Sierra Leone	60,6	67,4	82,7	39,4	32,6	17,3	3,8	0,0	1,2
Sudan	86,9	75,1	78,4	13,1	24,9	21,6	2,2	9,6	14,2
Tansania	61,0	75,5	94,5	39,0	24,5	5,5	0,4	0,3	2,4
Zaire	42,5	65,9	89,2	57,5	34,1	10,8	32,8	11,9	5,3
<i>Ostasien</i>									
Indonesien	72,3	51,7	61,0	27,7	48,3	39,0	4,9	15,1	27,8
Korea, Republik	35,2	34,3	37,3	64,8	65,7	62,7	11,8	29,0	20,2
Malaysia	51,0	21,9	23,6	49,0	78,1	76,4	17,4	36,7	43,9
Papua-Neuguinea	6,1	23,4	34,8	93,8	76,6	65,2	0,0	22,9	16,4
*Philippinen	22,6	31,4	53,0	77,4	68,6	47,0	7,2	24,1	41,6
Thailand	40,1	39,1	42,5	59,9	60,9	57,5	0,4	22,4	24,9
<i>Südasien</i>									
Indien	95,1	83,9	59,3	4,9	16,1	40,7	0,0	3,0	16,7
Pakistan	90,5	92,6	93,9	9,5	7,4	6,1	0,0	3,2	10,6
Sri Lanka	81,6	79,5	85,1	18,4	20,5	14,9	0,0	12,9	3,5
<i>Europa, Naher Osten und Nordafrika</i>									
*Ägypten, Arab. Republik	70,9	82,4	82,3	29,1	17,6	17,7	2,1	2,5	8,9
Algerien	48,3	22,4	28,5	51,7	77,6	71,5	33,9	23,4	32,3
Jugoslawien	37,5	23,6	37,5	62,5	76,4	62,5	3,2	10,1	55,8
*Marokko	79,1	55,9	76,6	20,9	44,1	23,4	2,7	27,2	39,7
*Polen	92,3	36,6	68,5	7,7	63,4	31,5	11,3	47,0	64,0
Portugal	29,3	24,7	19,7	70,7	75,3	80,3	0,0	33,9	29,8
Tunesien	71,4	60,1	72,2	28,6	39,9	27,8	0,0	13,6	19,4
Türkei	92,2	63,3	46,8	7,8	36,7	53,2	0,8	23,0	29,8
*Ungarn	0,0	12,1	11,7	0,0	87,9	88,3	0,0	81,3	64,4

*Anmerkung:* Ein Stern kennzeichnet ein Land mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schuldenproblemen.





## *Kennzahlen der Weltentwicklung*

# Inhaltsverzeichnis

**Länderschlüssel** 235

**Einführung und Karten** 239

**Tabellen**

1 Grundlegende Kennzahlen 246

**Produktion**

2 Wachstum der Produktion 248

3 Produktionsstruktur 250

4 Landwirtschaft und Nahrungsmittel 252

5 Kommerzielle Energie 254

6 Struktur des Verarbeitenden Gewerbes 256

7 Einkommen und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe 258

**Inländische Absorption**

8 Wachstum von Verbrauch und Investitionen 260

9 Struktur der Nachfrage 262

10 Struktur des Verbrauchs 264

**Finanzwirtschaftliche und monetäre Statistiken**

11 Ausgaben der Zentralregierung 266

12 Laufende Einnahmen der Zentralregierung 268

13 Geldbestände und Zinssätze 270

**Wichtigste internationale Transaktionen**

14 Wachstum des Warenhandels 272

15 Struktur der Wareneinfuhr 274

16 Struktur der Warenausfuhr 276

17 OECD-Importe von Industrieprodukten: Herkunft und Zusammensetzung 278

18 Zahlungsbilanzen und Reserven 280

**Auslandsfinanzierung**

19 Öffentliche Entwicklungshilfe der Mitglieder von OECD und OPEC 282

20 Einnahmen aus öffentlicher Entwicklungshilfe 284

21 Gesamte Auslandsschulden 286

22 Zufluß von öffentlichem und privatem Auslandskapital 288

23 Gesamte Nettomittelzuflüsse und Nettotransfers 290

24 Kennziffern der gesamten Auslandsschulden 292

25 Konditionen der öffentlichen Auslandskreditaufnahme 294

**Menschliche und natürliche Ressourcen**

26 Bevölkerungswachstum und -projektionen 296

27 Demographie und Fruchtbarkeit 298

28 Gesundheit und Ernährung 300

29 Erziehungswesen 302

30 Einkommensverteilung und IVP-Schätzungen des BIP 304

31 Verstädterung 306

32 Frauen und Entwicklung 308

33 Wälder, geschützte Gebiete und Wasser 310

**Technische Erläuterungen** 313

**Sonderbeitrag A.1** Grundlegende Kennzahlen für Länder mit einer Bevölkerung von unter 1 Million 314

**Sonderbeitrag A.2** Ausgewählte Kennzahlen für Übrige Länder 315

**Datenquellen** 340

# Länderschlüssel

In jeder Tabelle sind die Länder innerhalb ihrer Gruppen in steigender Rangfolge nach der Höhe ihres BSP pro Kopf aufgeführt, ausgenommen jener Länder, für die sich ein BSP pro Kopf nicht berechnen läßt. Letztere sind am Ende ihrer Gruppe kursiv in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Die unten ausgewiesenen Ordnungsnummern entsprechen der Reihenfolge in den Tabellen.

Der Länderschlüssel ist dieses Jahr erweitert worden, um die Daten der allerjüngsten Volkszählungen und amtlichen Bevölkerungsschätzungen (veröffentlicht im *Population and Vital Statistics Report* der VN vom Januar 1991) sowie ähnlicher demographischer Erhebungen zu berücksichtigen. Er enthält auch die Jahre oder Zeiträume, für die anhand der allerjüngsten demographischen Erhebungen (veröffentlicht durch die PRED Bank Datenbasis der Abteilung für Bevölkerungsfragen der VN) Schätzungen vorgenommen wurden. Diese Informationen wurden einbezogen, um zu zeigen, daß demographische Kennzahlen aus Quellen gewonnen werden, die gelegentlich weit zurückliegen, und weil die Aktualität dieser Quellen ein Indiz für die allgemeine Qualität der Kennzahlen eines Landes sein kann. Für andere als die angegebenen Jahre können demographische Schätzungen – ob amtlich oder nicht – aus anderen Quellen abgeleitet sein, wie etwa aus Meldedaten, oder sie können mit

Hilfe von Projektionsmodellen, Interpolationsverfahren oder anderen Methoden gewonnen worden sein. Die in den folgenden Tabellen enthaltenen Schätzungen und Projektionen der Weltbank basieren teilweise auf den Quellen in dieser Tabelle (unter Anwendung einer anderen Methode als der der VN); Sternchen zeigen an, daß spätere Quellen verwandt wurden. Weitere Erklärungen der Schätzungen der Bank sind enthalten in *World Population Projections, Ausgabe 1989–90*.

Die Zahlen in den farbigen Zwischenzeilen der Tabellen sind zusammenfassende Kennzahlen für Ländergruppen.

Der Buchstabe *w* bedeutet gewogener Durchschnitt, *m* Medianwert und *s* Summe.

Alle Zuwachsraten sind reale Größen.

Abschlußdatum ist der 30. April 1991.

Das Zeichen .. bedeutet nicht verfügbar.

Die Zahlen 0 und 0,0 bedeuten Null oder weniger als die Hälfte der angegebenen Einheit.

Ein Leerfeld bedeutet „nicht anwendbar“.

Kursive Zahlen geben an, daß die Daten für andere als die angegebenen Jahre oder Zeiträume gelten.

Das Zeichen † gibt an, daß Länder von den Vereinten Nationen als Entwicklungsländer eingestuft oder von ihren nationalen Behörden als solche betrachtet werden.

	Länder- rangfolge in den Tabellen	Volks- zählung	Amtliche Bevölkerungs- schätzung	Lebens- erwartung	Säuglings- sterblichkeit	Zusammen- gefaßte Geburten- ziffer
<i>Afghanistan</i>	35	1979	1989			1976–80
Ägypten, Arab. Republik	44	1986	1989	1975–77	1984–86*	1984*
Algerien	78	1987	1987	1983	1983	1984
Angola	42	1970	1975			1984
Argentinien	76	1980	1990	1979–81	1983	1976–80
Äthiopien	2	1984	1990			1981
Australien	107	1986	1990	1986*	1986*	1984*
Bangladesch	5	1981	1989		1981*	1986*
Belgien	112	1981	1988	1984*	1987*	1986*
Benin	25	1979	1989		1977–81	1976–80
<i>Bhutan</i>	36	1969*	1980			1984
Bolivien	43	1976	1989	1970–75	1972*	1976–80*
Botsuana	68	1981	1989		1979*	1984*
Brasilien	85	1980	1990	1976–80	1975*	1981–86*
Bulgarien	79	1985	1988	1985*	1987*	1985*

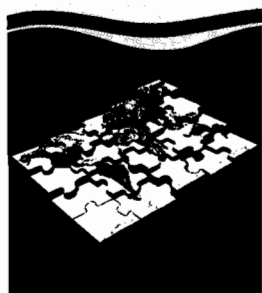
	Länder- rangfolge in den Tabellen	Volks- zählung	Amtliche Bevölkerungs- schätzung	Lebens- erwartung	Säuglings- sterblichkeit	Zusammen- gefaßte Geburten- ziffer
Burkina Faso	18	1985	1990		1971	1960-61
Burundi	10	1979	1989	1970-71	1984*	1981-86*
Chile	71	1982	1989	1981-83	1986	1986
China	21	1990	1990	1981	1981*	1986*
Costa Rica	72	1984	1989	1979-81	1982-84*	1984*
Côte d'Ivoire	49	1975*	1983		1977-81	1975-80
Dänemark	118	1981	1990	1985-86*	1986*	1986*
Deutschland	117	1987	1989	1986*	1986*	1986*
Dominikanische Republik	50	1981	1988	1980	1981-86*	1981-86*
Ecuador	59	1982	1989	1982	1982*	1981-86*
El Salvador	62	1971	1989	1970-72	1970-72*	1985*
Finnland	121	1985	1990	1986*	1986*	1985*
Frankreich	114	1990	1990	1986*	1987*	1986*
Gabun	89	1961*	1985			1960-61
Ghana	27	1984	1987		1984*	1981-86*
Griechenland	97	1981	1989	1980*	1986*	1985*
Großbritannien	108	1981	1989	1983-85*	1987*	1986*
Guatemala	54	1981	1990	1980-82	1980-82*	1985*
Guinea	30	1983	1988			1954-55
Haiti	22	1982	1989	1970-71	1980*	1983*
Honduras	53	1974*	1989	1973-75	1977-79*	1981*
†Hongkong	104	1986	1989	1985-86	1985-86*	1985*
Indien	20	1981*	1989	1981-83	1981-83	1984*
Indonesien	33	1980*	1989	1971-80	1976*	1981-86*
Irak	98	1987	1987		1971-75	1971-75
Iran, Islamische Republik	90	1986	1990	1973-76	1973-76*	1971-75*
Irland	101	1986	1990	1985*	1986*	1986*
†Israel	103	1983	1990	1983*	1986*	1986*
Italien	109	1981	1990	1983*	1986*	1985*
Jamaika	65	1982	1989	1969-71	1976-78	1982
Japan	123	1985	1989	1986*	1986*	1986*
Jemen, Republik	46				*	1981*
Jordanien	69	1979	1976	1979	1978	1981-86
Jugoslawien	88	1981	1990	1984-85*	1987*	1983*
Kamerun	57	1976*	1989	1958-65	1974-78	1976-80
Kamputschea, Demokrat.	37	1962	1969			1982
Kanada	116	1986	1989	1985*	1986*	1986*
Kenia	23	1979*	1989	1975	1975*	1984*
Kolumbien	63	1985	1988	1983	1983*	1981-86*
Kongo, Volksrepublik	55	1984	1984		1970	1984
Korea, Republik	94	1985	1990	1978-79	1971-75*	1985*
†Kuwait	111	1985	1989	1984-85	1984-85	1985
Laos, Demokr. Volksrepublik	6	1985	1985		*	*
Lesotho	32	1976*	1989	1975	1975	1976-80
Libanon	80	1970	1970	1970		1966-70
Liberia	38	1984	1989		1981-86*	1981-86*
Libyen	96	1984	1989		1969	1971-75
Madagaskar	12	1974-75	1985			1976-80
Malawi	7	1987	1989	1966-77	1974	1984
Malaysia	77	1980	1989	1971-81	1971-81	1984
Mali	16	1987	1989		1984*	1981-86*
Marokko	51	1982	1982	1972*	1980*	1981-85*
Mauretanien	34	1977*	1977		1975	1976-80*
Mauritius	74	1983	1989	1983	1984-86	1985
Mexiko	75	1990	1990	1979-81	1979-81*	1986*
Mongolei	81	1989	1989		*	*
Mosambik	1	1980	1989		1975	1976-80
Myanmar	39	1983	1987		*	1982*
Namibia	60	1970	1970		*	*
Nepal	8	1981	1989	1974-76	1972-76*	1985*

	<i>Länder- rangfolge in den Tabellen</i>	<i>Volks- zählung</i>	<i>Amtliche Bevölkerungs- schätzung</i>	<i>Lebens- erwartung</i>	<i>Säuglings- sterblichkeit</i>	<i>Zusammen- gefaßte Geburten- ziffer</i>
Neuseeland	106	1986	1990	1985*	1986*	1985*
Nicaragua	82	1971	1986		*	*
Niederlande	110	1971*	1990	1985*	1987*	1986*
Niger	17	1988	1988			1960
Nigeria	13	1963	1988		*	1976–80*
Norwegen	122	1980	1990	1984–85*	1986*	1985*
Oman	95		1985		1985	
Österreich	113	1981	1989	1986*	1987*	1986*
Pakistan	24	1981	1990	1972–81	1972–81*	1985
Panama	70	1980	1990	1970–80	1985–87	1986
Papua-Neuguinea	52	1980	1989			1976–80
Paraguay	61	1982	1989	1982	1978*	1986*
Peru	58	1981	1990	1972	1981–86*	1981–86*
Philippinen	48	1980*	1989	1979–81	1979–81*	1984*
Polen	73	1978	1989	1986*	1987*	1986*
Portugal	93	1981	1989	1986*	1986*	1985*
Ruanda	19	1978	1985		1980	1981–86
Rumänien	99	1977	1990	1984*	1985*	1985*
Sambia	29	1980	1989		1970	1976–80
†Saudi-Arabien	100	1974	1989			
Schweden	120	1985	1990	1986*	1987*	1986*
Schweiz	124	1980	1989	1985–86*	1987*	1985*
Senegal	45	1988	1988	1970–71	1981–85*	1981–86*
Sierra Leone	11	1985	1985	1964–73	1971	1971–75
Simbabwe	47	1982	1989		1980*	1984*
†Singapur	105	1980	1989	1984–86*	1986–87*	1986*
Somalia	4	1975*	1975			1976–80
Spanien	102	1981	1990	1980–81*	1985*	1984*
Sri Lanka	31	1981	1989	1980–81	1982–83*	1981–86*
Südafrika	84	1985	1985	1970	1980	
<i>Sudan</i>	40	1983	1983		*	1976–80*
Syrien, Arab. Republik	56	1981	1989	1976–78	1976–78	1976–80
Tansania	3	1978*	1989	1975	1975	1976–80
Thailand	64	1980	1989	1979–81	1983*	1981–86*
Togo	28	1981	1988		1969*	1971–75*
Trinidad und Tobago	91	1980	1988	1979–81	1981–83*	1981–86*
Tschad	9	1964	1978			1963–64
Tschechoslowakei	92	1980	1990	1986*	1987*	1985*
Tunesien	66	1984	1986	1968–69	1981*	1984*
Türkei	67	1985	1989	1970–80	1976*	1983*
Uganda	14	1980	1980		*	1969*
Ungarn	86	1980	1990	1986*	1987*	1985*
Uruguay	87	1985	1989	1974–76	1985	1976–80
Venezuela	83	1981	1989	1981	1981	1986
†Vereinigte Arab. Emirate	115	1980*	1983		1975	1981
Vereinigte Staaten	119	1980*	1989	1986*	1987*	1986*
Vietnam	41	1989	1989		*	*
Zaire	15	1984	1989		1972*	1971–75*
Zentralafrikan. Republik	26	1975*	1986		1970	1966–70

\* Sternchen zeigen an, daß spätere Quellen verwandt wurden.

Anmerkung: Länder mit einer Bevölkerung von weniger als 1 Million sind in den Haupttabellen nur als Teil der Ländergruppen enthalten, werden aber ausführlicher im Sonderbeitrag A.1 gezeigt. Übrige Länder, die weder in den Haupttabellen noch im Sonderbeitrag A.1 aufgeführt werden, jedoch ebenfalls in den zusammenfassenden Angaben enthalten sind, werden ausführlicher im Sonderbeitrag A.2 gezeigt. Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung in den Tabellen vgl. Technische Erläuterungen





## Einführung

Die Kennzahlen der Weltentwicklung vermitteln Informationen über die wichtigsten Merkmale der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Die von der Bank gesammelten Daten betreffen überwiegend Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Die Kennzahlen enthalten aber auch vergleichbare Angaben für Länder mit hohem Einkommen, da diese Daten leicht zu beschaffen sind. Zusätzliche Informationen finden sich in anderen Veröffentlichungen der Weltbank, insbesondere im *World Bank Atlas*, den *World Tables*, den *World Debt Tables* und den *Social Indicators of Development*. Diese Daten sind nun auch auf Diskette verfügbar, und zwar im Retrieval-System *☆STARS☆* der Weltbank.

In diesen Anmerkungen bedeutet der Begriff „Land“ nicht immer ein politisch unabhängiges Gebiet, sondern bezieht sich auf jedes Territorium, dessen Behörden gesonderte soziale oder ökonomische Statistiken für dieses vorlegen. Das wichtigste Klassifizierungskriterium der Weltbank für bestimmte operationale und analytische Zwecke ist das Brutto sozialprodukt (BSP) pro Kopf, und die Länder werden in diesen Tabellen in steigender Rangfolge nach der Höhe ihres BSP pro Kopf gezeigt. Andere analytische und geographische Kriterien werden ebenfalls zur Klassifizierung benutzt, und in dieser Ausgabe gibt es zwei Änderungen bei den Ländergruppen. Anstelle der früheren Ländergruppe *Gesamte berichtende Länder* ist die neue Rubrik *Gesamte Welt* und anstelle der früheren Gruppe *Nichtberichtende Nicht-Mitgliedsländer* ist die Gruppe *Übrige Länder* getreten. Die Änderungen sind möglich geworden aufgrund der besseren Datenverfügbarkeit während des vergangenen Jahres. Wie alle anderen Ländergruppen der Tabellen enthalten diese Gruppen zusätzlich zu den 124

aufgeführten Ländern solche mit einer Bevölkerung von weniger als 1 Million. Wegen einer ausführlichen Beschreibung der Ländergruppen vgl. die Definitionen und statistischen Anmerkungen zu Beginn des Hauptberichts.

Zwar wurden keine Mühen gescheut, um die Daten zu standardisieren, doch läßt sich eine volle Vergleichbarkeit nicht gewährleisten, und die Kennzahlen dürfen nur mit der gebotenen Vorsicht interpretiert werden. Das statistische Material beruht auf Quellen, die als höchst kompetent gelten, aber die Daten unterliegen beträchtlichen Fehlermargen. Unterschiede der nationalen statistischen Praktiken beeinträchtigen ebenfalls die Vergleichbarkeit der Daten, die daher nur als Indikatoren für Entwicklungstrends und größere Divergenzen zwischen einzelnen Volkswirtschaften verstanden werden sollten und nicht als genaue Quantifizierung dieser Unterschiede herangezogen werden können.

Die Kennzahlen in Tabelle 1 geben eine zusammenfassende Übersicht über die einzelnen Volkswirtschaften. Die Angaben in den übrigen Tabellen betreffen die folgenden Bereiche: Produktion, inländische Absorption, finanzwirtschaftliche und monetäre Größen, wichtigste internationale Transaktionen, Auslandsfinanzierung sowie menschliche und natürliche Ressourcen.

In dieser Ausgabe wurde eine neue Tabelle über die Umwelt hinzugefügt, und die Tabellen über Auslandsschulden und Verstädterung sind geändert worden. Desgleichen sind bei den Wirtschaftsdaten, denen konstante Preise zugrunde gelegt werden, methodische Revisionen vorgenommen worden; dies berührt die von den grundlegenden Zeitreihen abgeleiteten Wachstumsraten. Diese

Die neue Tabelle 33 „Wälder, geschützte Gebiete und Wasser“ basiert hauptsächlich auf Angaben aus *World Resources 1990-91*, veröffentlicht vom Weltressourcen-Institut. Die Tabelle enthält Kennzahlen über Waldgebiete, Waldvernichtung, geschützte Landflächen sowie das Aufkommen und den Verbrauch von heimischen Wasserressourcen. Alle Volkswirtschaften sind mit der Herausforderung konfrontiert, die natürlichen Ressourcen in einer Weise zu nutzen, daß sie den jeweiligen Bedürfnissen dienen und für eine dauerhafte Entwicklung bewahrt bleiben. Bisher ist den für die Beobachtung und Bewertung solcher Umweltprobleme erforderlichen Kennzahlen international – und in den mei-

Verschiedene Tabellen über Auslandsschulden sind umgestellt worden, um neues Material der Weltbank-Veröffentlichung *World Debt Tables* zu berücksichtigen. Die Tabelle 23 „Gesamte Nettomittelzuflüsse und Nettotransfers“ beleuchtet die Bedeutung öffentlicher Zuschüsse und ausländischer Netto-Direktinvestitionen innerhalb der

Die Länder sind farbig angelegt, um zu zeigen, zu welcher Einkommensgruppe sie gehören; beispielsweise sind alle Länder mit niedrigem Einkommen (mit einem BSP pro Kopf von 580 \$ oder weniger im Jahr 1989) gelb angelegt. Die Gruppen entsprechen denen in den folgenden Tabellen.

- gen, zu welcher  
weise sind alle  
einem BSP pro  
89) gelb ange-  
den folgenden

Angaben über die Auslandsschulden werden von der Bank direkt aufgrund der Meldungen der Entwicklungsländer zum Schuldenberichtssystem zusammengestellt. Andere Daten stammen hauptsächlich von den Vereinten Nationen und ihren

Um die Vergleichbarkeit zu erleichtern, werden üblicherweise nur Verhältniszahlen und Zuwachsraten ausgewiesen; absolute Zahlen sind im allge-



meinen in anderen Veröffentlichungen der Weltbank verfügbar, namentlich in der Ausgabe 1991 der *World Tables*. Die meisten Zuwachsraten wurden für zwei Zeiträume ermittelt, 1965 bis 1980 und 1980 bis 1989, und mit Hilfe der Regressionsmethode der kleinsten Quadrate berechnet, soweit nicht anders angegeben. Da dieses Verfahren alle beobachteten Werte innerhalb eines Zeitraums berücksichtigt, reflektieren die so ermittelten Zuwachsraten Entwicklungstrends, die nicht über Gebühr durch außergewöhnliche Werte, insbesondere an den Endpunkten, beeinflußt werden. Um die Inflationseffekte auszuschalten, werden bei der Berechnung der Zuwachsraten Wirtschaftskennzahlen zu konstanten Preisen verwendet. Wegen Einzelheiten dieses Verfahrens vgl. den Anfang der Technischen Erläuterungen. Kursiv gedruckte Zahlen gelten für andere Jahre oder Zeiträume als die angegebenen, und zwar bis zu zwei Jahren früher bei den Wirtschaftszahlen und bis zu drei Jahren früher oder später bei den Sozialkennzahlen da letztere weniger regelmäßig erhoben werden, sich auf kurze Frist aber weniger stark verändern. Alle Dollar-Angaben beziehen sich auf US-Dollar, soweit nicht anders angegeben. Die verschiedenen Verfahren, die bei der Umrechnung von Angaben in nationaler Währung angewandt wurden, werden in den Technischen Erläuterungen beschrieben.

In dem Bemühen, die internationale Vergleichbarkeit und die analytische Bedeutung der Kennzahlen zu verbessern, überprüft die Bank laufend ihre Verfahren. Die Abweichungen zwischen den hier ausgewiesenen Daten und den letztjährigen Angaben beruhen nicht nur auf der Revision vorläufiger Daten durch die Länder selbst, sondern auch auf der Revision historischer Zeitreihen und auf methodischen Änderungen. Die wichtigste methodische Änderung in dieser Ausgabe besteht darin, daß den Wirtschaftskennzahlen Preise von 1987 zugrunde gelegt wurden; aus Daten zu konstanten Preisen errechnete Indizes und Zuwachsraten können daher von denen früheren Ausgaben abweichen. Dieses Verfahren wird in den Technischen Erläuterungen ausführlicher beschrieben.

Wie im Bericht selbst ist das in den Kennzahlen der Weltentwicklung zur Ländereinteilung angewandte Hauptkriterium das BSP pro Kopf. Diese Einkommensgruppen unterscheiden in großen Zügen zwischen Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand. Ein Großteil der Volkswirtschaften wird ferner nach der geographischen Lage untergliedert. Andere Gruppen sind die Länder mit mittlerem Einkommen und gravierenden Schulden-

problemen und sämtliche Ölexporteure. Wegen der zu jeder Gruppe gehörenden Länder vergleiche die Definitionen und statistischen Anmerkungen. In den Tabellen werden dieses Jahr die folgenden Hauptgruppierungen verwendet: 41 Länder mit niedrigem Einkommen, die ein Pro-Kopf-Einkommen von bis zu 580 Dollar im Jahr 1989 aufwiesen, 58 Länder mit mittlerem Einkommen, deren Pro-Kopf-Einkommen von 581 bis 5.999 Dollar reichte und 25 Länder mit hohem Einkommen. Vier neue Mitgliedsländer der Weltbank wurden in die mittlere Einkommenskategorie einbezogen: Bulgarien, die Mongolei, Namibia und die Tschechoslowakei. Für eine als „Übrige Länder“ bezeichnete Gruppe, zu der Albanien, die Demokratische Volksrepublik Korea, Kuba und die Sowjetunion gehören, werden wegen unzureichender Daten, unterschiedlicher Berechnungsverfahren für das Volkseinkommen sowie wegen Schwierigkeiten bei der Währungsumrechnung in den Haupttabellen nur Summen gezeigt. Einige ausgewählte Kennzahlen für diese Länder und die ehemalige Deutsche Demokratische Republik sind jedoch im Sonderbeitrag A.2 der Technischen Erläuterungen enthalten.

Volkswirtschaften mit einer Bevölkerung von weniger als einer Million werden in den Haupttabellen ebenfalls nicht gesondert gezeigt; für diese Länder und Territorien sowie für Puerto Rico sind jedoch grundlegende Kennzahlen in einer separaten Tabelle im Sonderbeitrag A.1 der Technischen Erläuterungen enthalten.

Die zusammenfassenden Kennzahlen in den farbigen Zwischenzeilen sind für Ländergruppen errechnete Summen (angezeigt durch *s*), gewogene Durchschnitte (*w*) oder Medianwerte (*m*). Länder, für die wegen geringer Größe, fehlender Berichterstattung oder zu kurzer Geschichte Einzelschätzungen nicht gezeigt werden, sind unter der Annahme berücksichtigt worden, daß sie dem Trend der berichtenden Länder während des betreffenden Zeitabschnitts folgen. Dies führt zu einer konsistenten Gesamtkennzahl, da der Kreis der erfaßten Länder für jeden gezeigten Zeitraum einheitlich ist. Gruppenkennzahlen schließen Länder mit einer Bevölkerung unter einer Million ein, selbst wenn länderspezifische Angaben für diese Länder in den Tabellen nicht erscheinen. Wenn jedoch ein Drittel oder mehr des Gruppenschätzwertes nicht belegt ist, wird das Gruppenmaß als nicht verfügbar ausgewiesen. Die zur Berechnung der zusammenfassenden Kennzahlen benutzten Gewichtungen werden in der jeweiligen technischen Erläuterung angegeben.

Deutschland und die Republik Jemen, die beide jüngst ihre nationale Einheit erlangten, verfügen noch nicht über vollständig integrierte statistische Systeme. In den Tabellen beziehen sich alle Angaben über Deutschland nur auf die frühere Bundesrepublik, während Daten für die Republik Jemen, soweit sie gezeigt werden, das gesamte Land betreffen. Wie in vorhergehenden Ausgaben enthalten die Angaben über China nicht Taiwan (China), aber die Fußnoten zu den Tabellen 14, 15, 16 und 18 bieten Schätzungen der außenwirtschaftlichen Transaktionen von Taiwan (China).

Das Tabellenformat dieser Ausgabe entspricht dem der vorangegangenen Jahre. In jeder Gruppe werden die Volkswirtschaften nach der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens in steigender Reihenfolge erfaßt – mit Ausnahme jener, für die solche Angaben nicht berechnet werden können. Diese sind jeweils am Ende der Gruppe, der sie vermutlich zuzurechnen sind, in alphabetischer Reihenfolge und kursiver Schreibweise aufgeführt. Diese Anordnung wird in allen Tabellen angewendet, ausgenommen Tabelle 19, die nur OPEC-Länder und OECD-Länder enthält. Die entsprechenden Ordnungsnummern der einzelnen Volkswirtschaften sind in der alphabetischen Übersicht im Länderschlüssel ausgewiesen; auch hier sind Länder ohne Schätzungen über das BSP pro Kopf kursiv gedruckt. Bei den Volkswirtschaften in der Gruppe mit hohem Einkommen, die durch das Zeichen † gekennzeichnet

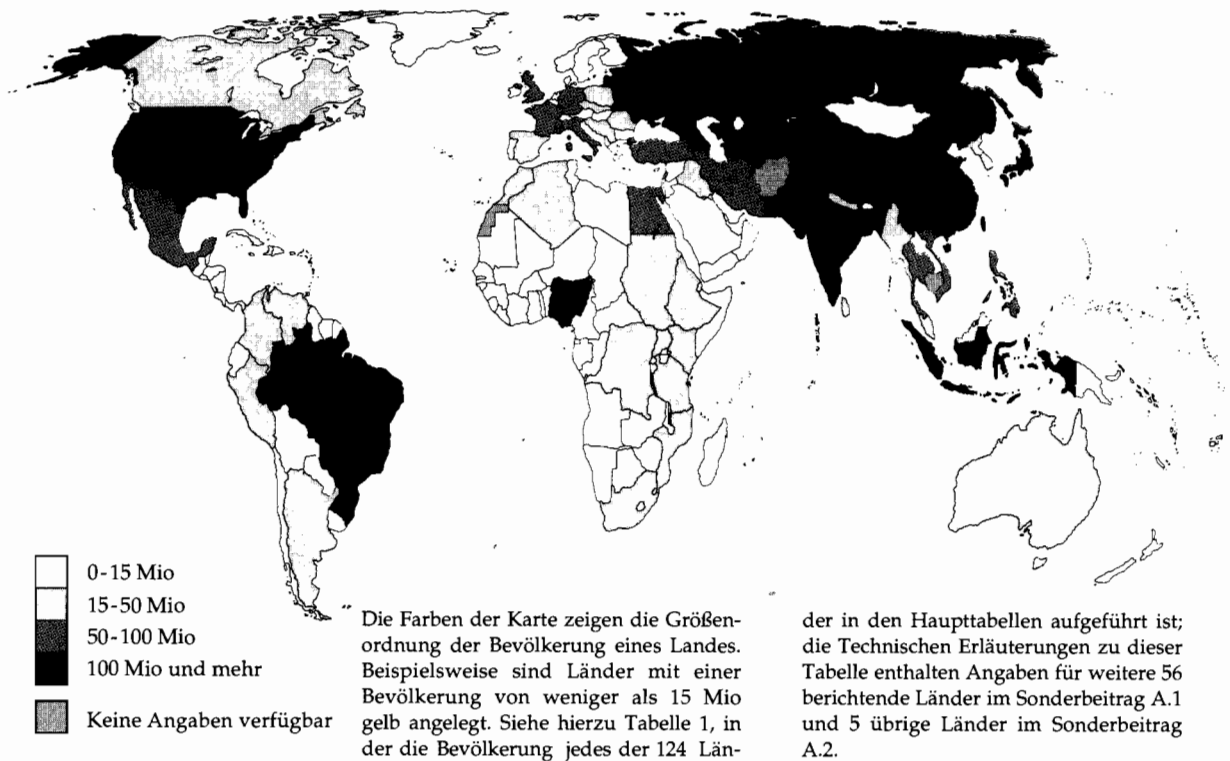
sind, handelt es sich um Länder, die von den Vereinten Nationen als Entwicklungsländer klassifiziert oder von ihren Regierungen als in Entwicklung begriffen betrachtet werden.

Bei der Verwendung der Daten sollten in jedem Fall die Technischen Erläuterungen und die Fußnoten der Tabellen zu Rate gezogen werden. Diese Erläuterungen skizzieren die bei der Aufstellung der Tabellen verwendeten Methoden, Begriffe, Definitionen und Datenquellen. Eine separate Aufstellung am Ende der Erläuterungen bietet bibliographische Einzelheiten der Datenquellen, die umfassende Definitionen und Beschreibungen der angewandten Konzepte enthalten. Es sei außerdem angemerkt, daß die Länder-Anmerkungen in den *World Tables* zusätzliche Erläuterungen der benutzten Quellen, der Brüche in der Vergleichbarkeit und anderer Abweichungen von üblichen statistischen Praktiken bieten, die vom Weltbankstab in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und den Zahlungsbilanzen ausgemacht wurden.

Kommentare und Fragen zu den Kennzahlen der Weltentwicklung sollten an folgende Adresse gerichtet werden:

Socio-Economic Data Division  
International Economics Department  
1818 H Street, N. W.  
Washington, D.C. 20433/USA

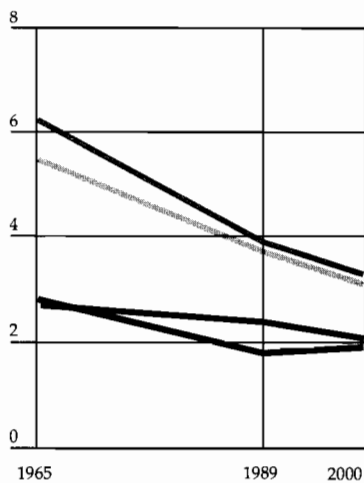
## Bevölkerung



## Fruchtbarkeit und Sterblichkeit

### Zusammengefaßte Geburtenziffer

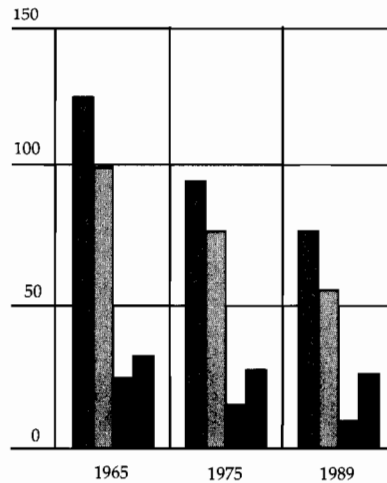
Geburten je Frau



— Länder mit niedrigem Einkommen  
— Länder mit hohem Einkommen  
— Länder mit mittlerem Einkommen

### Säuglingssterblichkeit

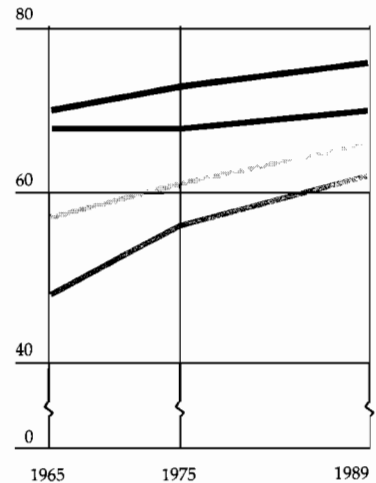
Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten



— Länder mit niedrigem Einkommen  
— Länder mit hohem Einkommen  
— Länder mit mittlerem Einkommen  
— Übrige Länder

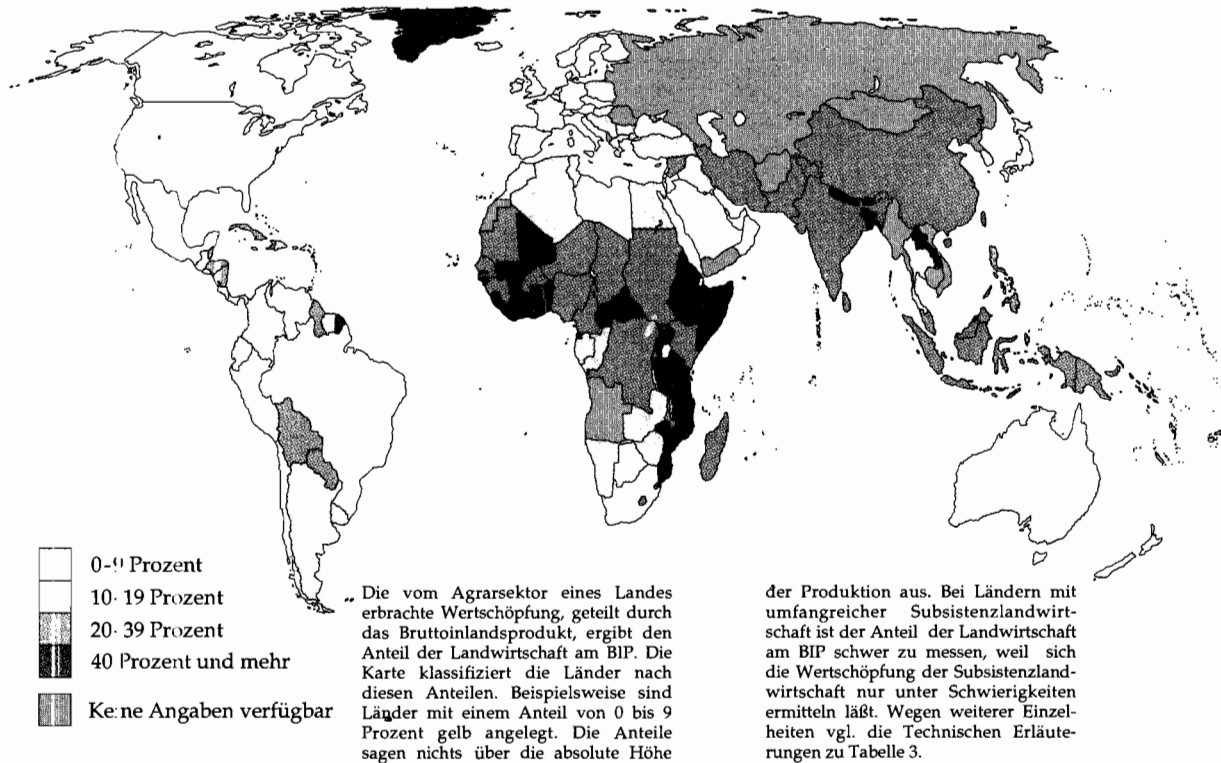
### Lebenserwartung

Jahre

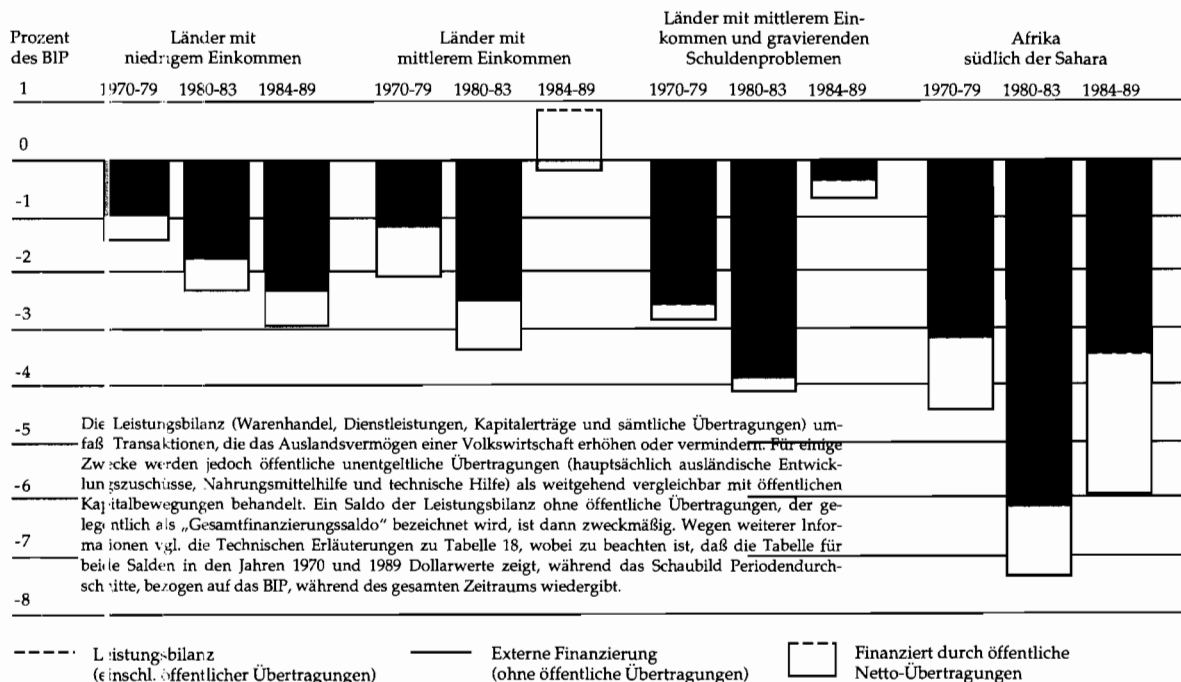


Anmerkung: Zur Erklärung der Begriffe oder der Methoden vgl. die Technischen Erläuterungen zu den Tabellen 27, 28 und 32.

## Anteil der Landwirtschaft am BIP



## Externe Finanzierungssalden von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen



Anmerkung: Zur Erklärung der Begriffe oder der Methoden vgl. die Technischen Erläuterungen zu Tabelle 18.

# Tabelle 1 Grundlegende Kennzahlen

	BSP pro Kopf <sup>a</sup>									
	Bevölkerung (in Mio) Mitte 1989	Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometern)	in \$ 1989	Durch- schnittl. jährlicher Zuwachs (in %) 1965–89	Durchschnittliche jährliche Inflationsrate <sup>a</sup> (in %)		Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 1989	Analphabetenquote der Erwachsenen (in %)		
					1965–80	1980–89		Frauen 1985	Insgesamt 1985	
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>2.948,4s</b>	<b>36.664s</b>	<b>330w</b>	<b>2,9w</b>	<b>8,0w</b>	<b>9,1w</b>	<b>62w</b>	<b>58w</b>	<b>44w</b>	
China und Indien	1.946,4s	12.849s	350w	3,6w	3,2w	6,6w	65w	56w	42w	
Übrige Länder	1.002,0s	23.816s	300w	1,4w	19,2w	14,9w	55w	62w	51w	
1 Mosambik	15,3	802	80	..	..	34,9	49	78	62	
2 Äthiopien	49,5	1.222	120	–0,1	3,4	2,0	48	..	38	
3 Tansania <sup>b</sup>	23,8	945	130	–0,1	9,6	26,1	49	..	..	
4 Somalia	6,1	638	170	0,3	10,2	42,8	48	94	88	
5 Bangladesch	110,7	144	180	0,4	14,8	10,6	51	78	67	
6 Laos, Dem. VR	4,1	237	180	..	..	..	49	24	56	
7 Malawi	8,2	118	180	1,0	7,4	14,6	48	69	59	
8 Nepal	18,4	141	180	0,6	7,8	9,1	52	88	74	
9 Tschad	5,5	1.284	190	–1,2	6,2	1,5	47	89	75	
10 Burundi	5,3	28	220	3,6	5,0	3,7	49	74	66	
11 Sierra Leone	4,0	72	220	0,2	7,9	54,1	42	79	71	
12 Madagaskar	11,3	587	230	–1,9	7,7	17,8	51	38	33	
13 Nigeria	113,8	924	250	0,2	14,7	14,2	51	69	58	
14 Uganda	16,8	236	250	–2,8	21,4	108,1	49	55	43	
15 Zaire	34,5	2.345	260	–2,0	24,7	59,4	53	55	39	
16 Mali	8,2	1.240	270	1,7	9,0	3,6	48	89	83	
17 Niger	7,4	1.267	290	–2,4	7,5	3,4	45	91	86	
18 Burkina Faso	8,8	274	320	1,4	6,4	4,6	48	94	87	
19 Ruanda	6,9	26	320	1,2	12,5	4,0	49	67	53	
20 Indien	832,5	3.288	340	1,8	7,5	7,7	59	71	57	
21 China	1.113,9	9.561	350	5,7	–0,4	5,8	70	45	31	
22 Haiti	6,4	28	360	0,3	7,3	6,8	55	65	62	
23 Kenia	23,5	580	360	2,0	7,2	9,0	59	51	41	
24 Pakistan	109,9	796	370	2,5	10,3	6,7	55	81	70	
25 Benin	4,6	113	380	–0,1	7,4	7,5	51	84	74	
26 Zentralafrikanische Rep.	3,0	623	390	–0,5	8,2	6,5	51	71	60	
27 Ghana	14,4	239	390	–1,5	22,9	43,6	55	57	40	
28 Togo	3,5	57	390	0,0	7,1	5,1	54	72	59	
29 Sambia	7,8	753	390	–2,0	6,3	38,3	54	33	24	
30 Guinea	5,6	246	430	..	..	..	43	83	72	
31 Sri Lanka	16,8	66	430	3,0	9,4	10,9	71	17	13	
32 Lesotho	1,7	30	470	5,0	6,7	12,8	56	16	26	
33 Indonesien	178,2	1.905	500	4,4	35,5	8,3	61	35	26	
34 Mauretanien	1,9	1.026	500	–0,5	7,6	9,4	46	..	..	
35 Afghanistan	..	652	..	..	4,9	..	..	..	..	
36 Bhutan	1,4	47	..	..	..	..	48	..	..	
37 Kamputschea, Dem.	..	181	..	..	..	..	..	..	..	
38 Liberia	2,5	111	..	..	6,3	..	54	77	65	
39 Myanmar	40,8	677	..	..	..	..	61	..	..	
40 Sudan	24,5	2.506	..	..	11,5	..	50	..	..	
41 Vietnam	64,8	330	..	..	..	..	66	..	..	
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>1.104,5s</b>	<b>40.406s</b>	<b>2.040w</b>	<b>2,3w</b>	<b>20,9w</b>	<b>73,0w</b>	<b>66w</b>	<b>31w</b>	<b>25w</b>	
Untere Einkommenskategorie	681,8s	23.921s	1.360w	2,0w	22,2w	65,7w	65w	32w	26w	
42 Angola	9,7	1.247	610	..	..	..	46	..	59	
43 Bolivien	7,1	1.099	620	–0,8	15,9	391,9	54	35	26	
44 Ägypten, Arab. Rep.	51,0	1.001	640	4,2	6,4	11,0	60	70	56	
45 Senegal	7,2	197	650	–0,7	6,5	7,3	48	81	72	
46 Jemen, Rep.	11,2	528	650	..	..	..	48	..	..	
47 Simbabwe	9,5	391	650	1,2	5,8	11,0	64	33	26	
48 Philippinen	60,0	300	710	1,6	11,7	14,8	64	15	14	
49 Côte d'Ivoire	11,7	322	790	0,8	9,4	3,1	53	69	57	
50 Dominikanische Rep.	7,0	49	790	2,5	6,7	19,1	67	23	23	
51 Marokko	24,5	447	880	2,3	5,9	7,4	61	78	67	
52 Papua-Neuguinea	3,8	463	890	0,2	8,1	5,6	54	65	55	
53 Honduras	5,0	112	900	0,6	5,7	4,7	65	42	41	
54 Guatemala	8,9	109	910	0,9	7,1	13,4	63	53	45	
55 Kongo, VR	2,2	342	940	3,3	6,8	0,3	54	45	37	
56 Syrien, Arab. Rep.	12,1	185	980	3,1	7,9	15,0	66	57	40	
57 Kamerun	11,6	475	1.000	3,2	9,0	6,6	57	55	44	
58 Peru	21,2	1.285	1.010	–0,2	20,6	160,3	62	22	15	
59 Ecuador	10,3	284	1.020	3,0	10,9	34,4	66	20	18	
60 Namibia	1,7	824	1.030	..	..	13,4	57	..	..	
61 Paraguay	4,2	407	1.030	3,0	9,3	23,2	67	15	12	
62 El Salvador	5,1	21	1.070	–0,4	7,0	16,8	63	31	28	
63 Kolumbien	32,3	1.139	1.200	2,3	17,5	24,3	69	13	12	
64 Thailand	55,4	513	1.220	4,2	6,2	3,2	66	12	9	
65 Jamaika	2,4	11	1.260	–1,3	12,8	18,5	73	..	..	
66 Tunesien	8,0	164	1.260	3,3	6,7	7,5	66	59	46	

Anmerkung: Länder mit einer Bevölkerung von weniger als 1 Million sind in den Haupttabellen nur als Teil der Ländergruppen enthalten, werden aber ausführlicher im Sonderbeitrag A.1 gezeigt. Übrige Länder, die weder in den Haupttabellen noch im Sonderbeitrag A.1 aufgeführt werden, jedoch in den zusammenfassenden Angaben enthalten sind, werden ausführlicher im Sonderbeitrag A.2 gezeigt. Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung in den Tabellen vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	BSP pro Kopf <sup>a</sup>							Analphabetenquote der Erwachsenen (in %)	
	Bevölkerung (in Mio) Mitte 1989	Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometern)	in \$ 1989	Durch- schnittl. jährlicher Zuwachs (in %) 1965-89	Durchschnittliche jährliche Inflationsrate <sup>a</sup> (in %)		Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 1989	Frauen 1985	Insgesamt 1985
					1965-80	1980-89			
67 Türkei	55,0	779	1.370	2,6	20,8	41,4	66	38	26
68 Botsuana	1,2	582	1.600	8,5	8,4	12,0	67	31	29
69 Jordanien <sup>c</sup>	3,9	89	1.640	..	..	..	67	37	25
70 Panama	2,4	77	1.760	1,6	5,4	2,5	73	12	12
71 Chile	13,0	757	1.770	0,3	129,9	20,5	72	..	6
72 Costa Rica	2,7	51	1.780	1,4	11,2	24,8	75	7	6
73 Polen	37,9	313	1.790	..	..	38,1	71	..	..
74 Mauritius	1,1	2	1.990	3,0	11,8	8,5	70	23	17
75 Mexiko	84,6	1.958	2.010	3,0	13,0	72,7	69	12	10
76 Argentinien	31,9	2.767	2.160	-0,1	78,3	334,8	71	5	5
77 Malaysia	17,4	330	2.160	4,0	4,9	1,5	70	34	27
78 Algerien	24,4	2.382	2.230	2,5	10,5	5,2	65	63	50
79 Bulgarien	9,0	111	2.320	..	..	1,4	72	..	..
80 Libanon	..	10	..	..	9,3	..	..	..	..
81 Mongolei	2,1	1.565	..	..	..	..	62	..	..
82 Nicaragua	3,7	130	..	..	8,9	..	64	..	..
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>422,7s</b>	<b>16.485s</b>	<b>3.150w</b>	<b>2,6w</b>	<b>19,8w</b>	<b>78,7w</b>	<b>67w</b>	<b>28w</b>	<b>24w</b>
83 Venezuela	19,2	912	2.450	-1,0	10,4	16,0	70	15	13
84 Südafrika	35,0	1.221	2.470	0,8	9,8	14,1	62	..	..
85 Brasilien	147,3	8.512	2.540	3,5	31,3	227,8	66	24	22
86 Ungarn	10,6	93	2.590	..	2,6	7,5	71	d	d
87 Uruguay	3,1	177	2.620	1,2	57,8	59,2	73	4	5
88 Jugoslawien	23,7	256	2.920	3,2	15,2	96,9	72	14	9
89 Gabun	1,1	268	2.960	0,9	12,8	-1,0	53	47	38
90 Iran, Islam. Rep.	53,3	1.648	3.200	0,5	15,5	13,5	63	61	49
91 Trinidad u. Tob. go	1,3	5	3.230	0,4	14,1	5,8	71	5	4
92 Tschechoslowakei	15,6	128	3.450	..	..	1,6	72	..	..
93 Portugal	10,3	92	4.250	3,0	11,7	19,1	75	20	16
94 Korea, Rep.	42,4	99	4.400	7,0	18,4	5,0	70	..	..
95 Oman	1,5	212	5.220	6,4	19,9	-6,6	65	..	..
96 Libyen	4,4	1.760	5.310	-3,0	15,4	0,2	62	50	33
97 Griechenland	10,0	132	5.350	2,9	10,3	18,2	77	12	8
98 Irak	18,3	438	..	..	..	..	63	13	11
99 Rumänien	23,2	238	..	..	..	..	71	d	d
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>4.052,8s</b>	<b>77.071s</b>	<b>800w</b>	<b>2,5w</b>	<b>16,7w</b>	<b>53,7w</b>	<b>63w</b>	<b>51w</b>	<b>40w</b>
<b>Afrika südlich d. Sahara</b>	<b>480,4s</b>	<b>23.066s</b>	<b>340w</b>	<b>0,3w</b>	<b>11,4w</b>	<b>19,0w</b>	<b>51w</b>	<b>65w</b>	<b>52w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>1.552,2s</b>	<b>15.582s</b>	<b>540w</b>	<b>5,2w</b>	<b>9,3w</b>	<b>6,0w</b>	<b>68w</b>	<b>41w</b>	<b>29w</b>
<b>Südostasien</b>	<b>1.130,8s</b>	<b>5.158s</b>	<b>320w</b>	<b>1,8w</b>	<b>8,2w</b>	<b>7,9w</b>	<b>58w</b>	<b>72w</b>	<b>59w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>433,2s</b>	<b>11.658s</b>	<b>2.180w</b>	<b>..</b>	<b>13,1w</b>	<b>21,8w</b>	<b>65w</b>	<b>51w</b>	<b>40w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>421,2s</b>	<b>20.385s</b>	<b>1.950w</b>	<b>1,9w</b>	<b>31,5w</b>	<b>160,7w</b>	<b>67w</b>	<b>19w</b>	<b>17w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>554,3s</b>	<b>21.059s</b>	<b>1.730w</b>	<b>2,1w</b>	<b>29,1w</b>	<b>140,5w</b>	<b>66w</b>	<b>28w</b>	<b>24w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>830,4s</b>	<b>33.875s</b>	<b>18.330w</b>	<b>2,4w</b>	<b>7,6w</b>	<b>4,6w</b>	<b>76w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>772,6s</b>	<b>31.165s</b>	<b>19.090w</b>	<b>2,5w</b>	<b>7,5w</b>	<b>4,3w</b>	<b>76w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>+Übrige</b>	<b>57,8s</b>	<b>2.710s</b>	<b>8.250w</b>	<b>3,8w</b>	<b>13,0w</b>	<b>14,0w</b>	<b>72w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
100 + Saudi-Arabien	14,4	2.150	6.020	2,6	17,9	-4,4	64	..	..
101 Irland	3,5	70	8.710	2,1	11,6	7,8	74	..	..
102 Spanien	38,8	505	9.330	2,4	12,3	9,4	77	8	6
103 + Israel	4,5	21	9.790	2,7	25,2	117,1	76	7	5
104 + Hongkong	5,7	1	10.350 <sup>c</sup>	6,3	8,1	7,1	78	19	12
105 + Singapur	2,7	1	10.450	7,0	5,1	1,5	74	21	14
106 Neuseeland	3,3	269	12.070	0,8	10,2	11,4	75	d	d
107 Australien	16,8	7.687	14.360	1,7	9,3	7,8	77	d	d
108 Großbritannien	57,2	245	14.610	2,0	10,7	6,1	76	d	d
109 Italien	57,5	301	15.120	3,0	11,4	10,3	76	d	d
110 Niederlande	14,8	37	15.920	1,8	7,4	1,9	77	d	d
111 + Kuwait	2,0	18	16.150	-4,0	15,9	-2,7	74	37	30
112 Belgien	10,0	31	16.220	..	..	4,5	76	d	d
113 Österreich	7,6	84	17.300	2,9	6,0	3,8	76	d	d
114 Frankreich	56,2	552	17.820	2,3	8,6	6,5	77	d	d
115 + Vereinigte Arab. Emirat.	1,5	84	18.430	..	..	1,1	71	..	..
116 Kanada	26,2	9.976	19.030	4,0	5,5	4,6	77	d	d
117 Deutschland <sup>f</sup>	62,0	249	20.440	2,4	5,2	2,7	75	d	d
118 Dänemark	5,1	43	20.450	1,8	9,3	6,0	75	d	d
119 Vereinigte Staaten	248,8	9.373	20.910	1,6	6,5	4,0	76	d	d
120 Schweden	8,5	450	21.570	1,8	8,0	7,4	77	d	d
121 Finnland	5,0	338	22.120	3,2	10,5	7,0	75	d	d
122 Norwegen	4,2	324	22.290	3,4	7,7	5,6	77	d	d
123 Japan	123,1	378	23.810	4,3	7,6	1,3	79	d	d
124 Schweiz	6,6	41	29.880	4,6	1,6	3,6	78	d	d
<b>Übrige Länder</b>	<b>322,8s</b>	<b>22.663s</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>70w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>Gesamte Welt</b>	<b>5.206,1s</b>	<b>133.609s</b>	<b>3.980w</b>	<b>1,6w</b>	<b>9,1w</b>	<b>13,2w</b>	<b>65w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>	<b>265,2s</b>	<b>12.120s</b>	<b>1.840w</b>	<b>1,2w</b>	<b>14,5w</b>	<b>7,3w</b>	<b>58w</b>	<b>57w</b>	<b>47w</b>

Anmerkung: + Von den Vereinten Nationen als Entwicklungsländer eingestuft oder von den nationalen Behörden als solche betrachtete Länder. <sup>a</sup> Vgl. Technische Erläuterungen.  
<sup>b</sup> In allen Tabellen betreffen die BIP- und BSP-Angaben nur das Festland von Tansania. <sup>c</sup> In allen Tabellen betreffen die BIP- und BSP-Angaben nur Jordanien ohne West-Bank.  
<sup>d</sup> Nach Angaben der UNESCO liegt die Analphabetenquote unter 5 Prozent. <sup>e</sup> In allen Tabellen beziehen sich die BSP-Angaben für Hongkong auf das BIP. <sup>f</sup> In allen Tabellen betreffen die Daten nur die ehemalige Bundesrepublik Deutschland; wegen Angaben über die ehemalige Deutsche Demokratische Republik vgl. Sonderbeitrag A.2.

# Tabelle 2 Wachstum der Produktion

	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (%)									
	BIP		Landwirtschaft		Industrie		Verarbeitendes Gewerbe <sup>a</sup>		Dienstleistungssektor usw. <sup>b</sup>	
	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>4,8w</b>	<b>6,2w</b>	<b>2,6w</b>	<b>4,0w</b>	<b>7,6w</b>	<b>8,6w</b>	<b>7,2w</b>	<b>11,5w</b>	<b>5,5w</b>	<b>6,2w</b>
China und Indien	5,0w	7,6w	2,7w	4,8w	7,2w	10,6w	7,3w	12,4w	5,7w	7,5w
Übrige Länder	4,6w	3,4w	2,5w	2,5w	8,5w	3,1w	6,9w	7,4w	5,2w	4,4w
1 Mosambik	..	-1,4	..	0,7	..	-4,9	..	..	..	-4,4
2 Äthiopien	2,7	1,9	1,2	-0,4	3,5	3,3	5,1	3,6	5,2	4,1
3 Tansania	3,9	2,6	1,6	4,2	4,2	-1,0	5,6	-1,6	6,7	1,5
4 Somalia	3,5	3,0	..	3,8	..	2,5	..	0,2	..	1,2
5 Bangladesch <sup>c</sup>	2,5	3,5	1,5	2,1	3,8	5,0	6,8	2,7	3,4	4,9
6 Laos, Dem. VR <sup>c</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
7 Malawi	5,5	2,7	4,1	2,2	6,4	2,4	..	3,1	6,7	3,3
8 Nepal	1,9	4,6	1,1	4,5	..	..	..	..	..	..
9 Tschad <sup>c</sup>	0,1	6,5	-0,3	2,5	-0,6	10,5	..	..	0,2	9,3
10 Burundi	7,1	4,3	6,7	3,1	17,4	5,8	6,0	6,1	1,4	6,3
11 Sierra Leone	2,7	0,6	3,9	2,4	-0,8	-3,4	0,7	-3,4	4,3	0,3
12 Madagaskar <sup>c</sup>	1,6	0,8	..	2,4	..	0,5	..	..	..	0,0
13 Nigeria	6,1	-0,4	1,7	1,3	13,1	-2,1	14,6	0,8	7,6	-0,4
14 Uganda	0,6	2,5	1,2	2,2	-4,3	4,6	-3,7	4,2	1,1	2,9
15 Zaire <sup>c</sup>	1,8	1,9	..	2,6	..	1,4	..	2,0	..	1,9
16 Mali <sup>c</sup>	4,2	3,8	2,8	1,5	1,8	7,9	..	..	7,6	5,9
17 Niger <sup>c</sup>	0,3	-1,6	-3,4	1,8	11,4	-3,3	..	..	3,4	-6,5
18 Burkina Faso	..	5,0	..	5,8	..	3,9	..	2,4	..	4,8
19 Ruanda <sup>c</sup>	4,9	1,5	..	-1,4	..	1,6	..	1,3	..	4,7
20 Indien	3,6	5,3	2,5	2,9	4,2	6,9	4,5	7,3	4,4	6,5
21 China <sup>c</sup>	6,9	9,7	2,8	6,3	10,0	12,6	9,5 <sup>d</sup>	14,5 <sup>d</sup>	10,3	9,3
22 Haiti <sup>c</sup>	2,9	-0,5	1,0	-0,4	7,1	-1,6	6,2	-2,1	2,7	0,1
23 Kenia	6,8	4,1	5,0	3,2	9,7	3,7	10,5	4,8	6,6	4,9
24 Pakistan	5,2	6,4	3,3	4,4	6,4	7,3	5,7	7,9	5,9	7,1
25 Benin	2,2	1,8	..	4,2	..	5,8	..	7,4	..	-1,0
26 Zentralafrikanische Rep.	2,8	1,4	2,1	2,9	5,3	2,5	..	1,9	2,0	-0,5
27 Ghana <sup>c</sup>	1,3	2,8	1,6	0,9	1,4	3,2	2,5	4,3	1,1	5,3
28 Togo <sup>c</sup>	4,3	1,4	1,9	5,7	6,8	0,1	..	-0,2	4,8	-0,5
29 Sambia <sup>c</sup>	2,0	0,8	2,2	4,1	2,1	0,3	5,3	2,5	1,5	0,1
30 Guinea <sup>c</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
31 Sri Lanka	4,0	4,0	2,7	2,2	4,7	4,4	3,2	6,2	4,6	4,9
32 Lesotho	6,8	3,7	..	-0,8	..	4,8	..	13,4	..	4,8
33 Indonesien <sup>c</sup>	7,0	5,3	4,3	3,2	11,9	5,3	12,0	12,7	7,3	6,6
34 Mauretanien	2,1	1,4	-2,0	1,5	2,2	5,2	..	..	6,5	0,1
35 Afghanistan	2,9	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	..	8,1	..	5,8	..	15,4	..	11,9	..	7,4
37 Kambodscha, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	3,3	..	5,5	..	2,2	..	10,0	..	2,4	..
39 Myanmar	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
40 Sudan	3,8	..	2,9	..	3,1	..	..	..	4,9	..
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>6,2w</b>	<b>2,9w</b>	<b>3,4w</b>	<b>2,6w</b>	<b>6,5w</b>	<b>3,0w</b>	<b>..</b>	<b>3,3w</b>	<b>7,5w</b>	<b>2,8w</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>5,5w</b>	<b>2,5w</b>	<b>3,4w</b>	<b>2,1w</b>	<b>6,2w</b>	<b>2,6w</b>	<b>6,1w</b>	<b>2,5w</b>	<b>6,1w</b>	<b>2,3w</b>
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien <sup>c</sup>	4,4	-0,9	3,8	1,9	3,7	-3,8	5,4	-3,3	5,6	-0,5
44 Ägypten, Arab. Rep.	7,3	5,4	2,7	2,6	6,9	4,8	..	..	10,4	7,1
45 Senegal <sup>c</sup>	2,1	3,1	1,4	2,9	4,6	3,9	3,0	3,3	1,4	2,9
46 Jemen, Rep. <sup>c</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	5,0	2,7	..	2,9	..	2,2	..	2,6	..	2,9
48 Philippinen <sup>c</sup>	5,9	0,7	4,6	2,0	8,0	-0,8	7,5	0,5	5,2	1,2
49 Côte d'Ivoire	6,8	1,2	3,3	2,3	10,4	-1,7	9,1	8,2	8,6	0,4
50 Dominikanische Rep. <sup>c</sup>	8,0	2,4	6,3	1,8	10,8	2,9	8,9	1,1	7,3	2,3
51 Marokko <sup>c</sup>	5,7	4,1	2,4	6,7	6,1	2,8	..	4,1	6,8	4,2
52 Papua-Neuguinea <sup>c</sup>	4,1	2,1	3,1	1,7	..	3,1	..	1,6	..	1,7
53 Honduras	5,0	2,3	2,0	1,8	6,8	2,7	7,5	3,7	6,2	2,3
54 Guatemala <sup>c</sup>	5,9	0,4	5,1	0,8	7,3	-0,6	6,5	-1,2	5,7	0,6
55 Kongo, VR <sup>c</sup>	6,2	3,9	3,1	3,2	9,9	4,7	..	6,8	4,7	3,2
56 Syrien, Arab. Rep. <sup>c</sup>	9,1	1,6	5,9	-0,9	12,0	5,2	..	..	9,4	1,2
57 Kamerun <sup>c</sup>	5,1	3,2	4,2	1,9	7,8	2,3	7,0	8,1	4,8	4,6
58 Peru <sup>c</sup>	3,9	0,4	1,0	3,6	4,4	-0,5	3,8	0,4	4,3	0,4
59 Ecuador <sup>c</sup>	8,8	1,9	3,4	4,3	13,7	1,8	11,5	0,2	7,6	1,3
60 Namibia	..	0,4	..	-1,0	..	-2,0	..	1,4	..	3,0
61 Paraguay <sup>c</sup>	7,0	2,2	4,9	3,4	9,1	-0,1	7,0	1,8	7,5	2,7
62 El Salvador <sup>c</sup>	4,3	0,6	3,6	-1,2	5,3	-0,6	4,6	-0,3	4,3	1,5
63 Kolumbien	5,7	3,5	4,5	2,6	5,7	5,0	6,4	3,1	6,4	2,8
64 Thailand <sup>c</sup>	7,3	7,0	4,6	4,1	9,5	8,1	11,2	8,1	7,6	7,4
65 Jamaika <sup>c</sup>	1,4	1,2	0,5	0,6	-0,1	1,4	0,4	2,1	2,7	1,0
66 Tunesien	6,5	3,4	5,5	1,6	7,4	2,4	9,9	5,9	6,5	4,5

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (%)									
	BIP		Landwirtschaft		Industrie		Verarbeitendes Gewerbe <sup>a</sup>		Dienstleistungssektor usw. <sup>b</sup>	
	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89
67 Türkei	6,2	5,1	3,2	3,0	7,2	6,3	7,5	7,4	7,6	5,0
68 Botswana <sup>c</sup>	13,9	11,3	9,7	-4,0	24,0	13,0	13,5	5,3	11,5	11,9
69 Jordanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
70 Panama <sup>c</sup>	5,5	0,5	2,4	1,9	5,9	-3,5	4,7	-1,4	6,0	1,3
71 Chile <sup>c</sup>	1,9	2,7	1,6	4,1	0,8	3,1	0,7	2,9	2,7	2,3
72 Costa Rica <sup>c</sup>	6,3	2,8	4,2	2,8	8,7	2,7	..	..	6,0	2,8
73 Polen <sup>c</sup>	..	2,5	..	..	..	..	..	..	..	..
74 Mauritius	5,2	5,9	..	3,0	..	9,1	..	10,9	..	4,9
75 Mexiko <sup>c</sup>	6,5	0,7	3,2	0,8	7,6	0,4	7,4	0,7	6,6	0,9
76 Argentinien <sup>c</sup>	3,4	-0,3	1,4	0,3	3,3	-1,1	2,7	-0,6	4,0	0,2
77 Malaysia <sup>c</sup>	7,4	4,9	..	3,9	..	6,5	..	8,0	..	3,9
78 Algerien <sup>c</sup>	..	3,5	..	5,3	..	3,8	..	7,5	..	2,5
79 Bulgarien	..	3,3	..	-2,7	..	5,5	..	..	..	1,9
80 Libanon <sup>c</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua <sup>c</sup>	2,5	-1,6	3,8	-2,7	4,2	-2,4	5,1	-3,3	1,1	-0,5
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>6,8w</b>	<b>3,2w</b>	<b>..</b>	<b>3,0w</b>	<b>..</b>	<b>3,2w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>3,1w</b>
83 Venezuela <sup>c</sup>	3,7	1,0	3,9	3,4	1,5	1,4	5,8	4,9	6,3	0,4
84 Südafrika	4,1	1,5	..	2,7	..	0,4	..	0,5	..	2,5
85 Brasilien	9,0	3,0	3,8	3,0	10,1	2,7	9,8	2,2	9,5	3,2
86 Ungarn <sup>c</sup>	5,6	1,6	2,7	2,0	6,4	0,6	..	..	6,2	2,2
87 Uruguay	2,4	0,1	1,0	0,5	3,1	-1,2	..	-0,2	2,3	0,7
88 Jugoslawien	6,1	1,3	3,1	1,0	7,8	1,4	..	..	5,5	1,2
89 Gabun <sup>c</sup>	9,5	1,2	..	..	..	..	..	..	..	..
90 Iran, Is. am Rep.	6,1	3,4	4,5	5,7	2,2	2,9	10,0	-1,1	13,5	2,1
91 Trinidad u. Tobago	5,0	-5,5	0,0	-6,2	5,0	-6,4	2,6	-8,4	5,8	-3,9
92 Tschechoslowakei <sup>c</sup>	..	1,7	..	0,4	..	2,0	..	..	..	1,4
93 Portugal <sup>c</sup>	5,3	2,5	..	..	..	..	..	..	..	..
94 Korea, Rep. <sup>c</sup>	9,9	9,7	3,0	3,3	16,4	12,4	18,7	13,1	9,6	9,1
95 Oman <sup>c</sup>	13,0	12,8	..	5,1	..	13,7	..	27,0	..	10,5
96 Libyen	4,2	..	10,7	..	1,2	..	13,7	..	15,5	..
97 Griechenland	5,8	1,6	2,3	0,3	7,1	0,9	8,4	0,2	6,2	2,5
98 Irak	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
99 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>5,8w</b>	<b>3,8w</b>	<b>3,0w</b>	<b>3,3w</b>	<b>6,7w</b>	<b>4,5w</b>	<b>7,8w</b>	<b>6,0w</b>	<b>7,1w</b>	<b>3,5w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>4,2w</b>	<b>2,1w</b>	<b>1,9w</b>	<b>2,0w</b>	<b>7,5w</b>	<b>0,7w</b>	<b>..</b>	<b>3,4w</b>	<b>4,5w</b>	<b>2,3w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>7,3w</b>	<b>7,9w</b>	<b>3,2w</b>	<b>5,2w</b>	<b>10,9w</b>	<b>10,4w</b>	<b>10,7w</b>	<b>12,6w</b>	<b>8,3w</b>	<b>7,7w</b>
<b>Südasien</b>	<b>3,7w</b>	<b>5,1w</b>	<b>2,5w</b>	<b>2,9w</b>	<b>4,4w</b>	<b>6,7w</b>	<b>4,6w</b>	<b>7,1w</b>	<b>4,5w</b>	<b>6,3w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>..</b>	<b>2,9w</b>	<b>..</b>	<b>2,9w</b>	<b>..</b>	<b>3,1w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>2,7w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>6,1w</b>	<b>1,6w</b>	<b>3,1w</b>	<b>1,9w</b>	<b>6,7w</b>	<b>1,6w</b>	<b>7,2w</b>	<b>1,5w</b>	<b>6,8w</b>	<b>1,6w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>6,1w</b>	<b>1,9w</b>	<b>3,0w</b>	<b>2,1w</b>	<b>6,9w</b>	<b>1,5w</b>	<b>7,3w</b>	<b>1,5w</b>	<b>6,8w</b>	<b>1,9w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>3,8w</b>	<b>3,0w</b>	<b>..</b>	<b>1,5w</b>	<b>..</b>	<b>2,1w</b>	<b>..</b>	<b>3,4w</b>	<b>4,6w</b>	<b>3,1w</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>3,8w</b>	<b>3,0w</b>	<b>..</b>	<b>1,3w</b>	<b>..</b>	<b>2,2w</b>	<b>..</b>	<b>3,3w</b>	<b>4,5w</b>	<b>3,1w</b>
<b>Übrige</b>	<b>8,2w</b>	<b>2,4w</b>	<b>..</b>	<b>6,4w</b>	<b>..</b>	<b>-0,7w</b>	<b>..</b>	<b>7,7w</b>	<b>..</b>	<b>5,3w</b>
100 +Saudi-Arabien <sup>c</sup>	10,6	-1,8	4,1	14,6	11,6	-4,4	8,1	8,8	10,5	2,4
101 Irland	5,3	1,8	2,2 <sup>e</sup>	-8,4	10,1 <sup>e</sup>	-4,3	..	..	5,2 <sup>e</sup>	3,4
102 Spanien <sup>c</sup>	4,6	3,1	..	..	..	..	..	..	..	..
103 +Israel <sup>c</sup>	6,8	3,2	..	..	..	..	..	..	..	..
104 +Hongkong	8,6	7,1	..	..	..	..	..	..	..	..
105 +Singapur <sup>c</sup>	10,0	6,1	2,8	-5,7	11,9	5,0	13,2	5,9	9,4	7,0
106 Neuseeland <sup>c</sup>	2,4	2,2	..	..	..	..	..	..	..	..
107 Australien <sup>c</sup>	4,0	3,5	..	3,0	..	3,0	..	1,7	..	3,6
108 Großbritannien	2,9	2,6	-2,8 <sup>e</sup>	-7,2	0,8 <sup>e</sup>	-0,6	-0,5 <sup>e</sup>	2,9	3,8 <sup>e</sup>	4,8
109 Italien <sup>c</sup>	4,3	2,4	0,9 <sup>e</sup>	0,9	3,9 <sup>e</sup>	1,6	5,8 <sup>e</sup>	2,3	4,0 <sup>e</sup>	2,8
110 Niederlande <sup>c</sup>	3,9	1,7	4,3 <sup>e</sup>	3,6	2,3 <sup>e</sup>	1,1	..	..	3,8 <sup>e</sup>	1,6
111 +Kuwait <sup>c</sup>	1,6	0,7	..	18,8	..	1,0	..	-0,2	..	0,6
112 Belgien <sup>c</sup>	..	1,8	0,4	2,5	5,1	1,1	5,9	2,0	4,3	1,6
113 Österreich <sup>c</sup>	4,1	1,9	2,1	1,3	4,3	1,3	4,5	1,8	4,2	2,0
114 Frankreich <sup>c</sup>	3,8	2,1	..	2,4	..	0,3	..	-0,1	..	2,7
115 +Vereinigte Arab. Emirate	..	-4,5	..	9,3	..	-8,7	..	2,7	..	3,7
116 Kanada	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
117 Deutschland <sup>c</sup>	3,3	1,9	1,4	1,6	2,8	0,0	3,3	0,8	3,7	3,0
118 Dänemark	2,6	2,2	0,8	2,5	1,8	3,6	3,1	2,1	3,2	1,7
119 Vereinigte Staaten <sup>c</sup>	2,7	3,3	1,0	3,2	1,7	2,9	2,5	3,8	3,4	3,3
120 Schweden	..	1,8	..	0,9	..	3,1	..	3,0	..	1,0
121 Finnland	4,1	3,0	0,0	-1,4	4,3	2,9	4,9	3,3	4,8	3,3
122 Norwegen	4,4	3,6	-0,4	0,4	5,7	4,8	2,6	1,5	4,1	3,0
123 Japan <sup>c</sup>	6,6	4,0	-0,6	0,4	7,4	5,2	8,2	6,7	6,7	3,2
124 Schweiz <sup>c</sup>	5,7	2,1	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Übrige Länder</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>Gesamte Welt</b>	<b>4,1w</b>	<b>3,1w</b>	<b>..</b>	<b>2,6w</b>	<b>..</b>	<b>2,4w</b>	<b>..</b>	<b>3,7w</b>	<b>..</b>	<b>3,2w</b>
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>	<b>6,6w</b>	<b>1,2w</b>	<b>3,9w</b>	<b>5,4w</b>	<b>6,1w</b>	<b>-1,1w</b>	<b>8,4w</b>	<b>3,2w</b>	<b>10,0w</b>	<b>1,9w</b>

<sup>a</sup> Da das Verarbeitende Gewerbe im allgemeinen der dynamischste Bereich des Industriesektors ist, wird seine Wachstumsrate gesondert ausgewiesen. <sup>b</sup> Dienstleistungssektor usw. einschließlich nicht aufgeführter Positionen. <sup>c</sup> BIP und seine Komponenten zu Käuferpreisen. <sup>d</sup> Schätzung der Weltbank. <sup>e</sup> Die Angaben beziehen sich auf den Zeitraum 1970-80.

# Tabelle 3 Produktionsstruktur

	BIP (in Mio \$)		Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)							
			Landwirtschaft		Industrie		Verarbeitendes Gewerbe <sup>a</sup>		Dienstleistungssektor usw. <sup>b</sup>	
	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>163.040 \$</b>	<b>956.340 \$</b>	<b>44w</b>	<b>32w</b>	<b>28w</b>	<b>37w</b>	<b>20w</b>	<b>27w</b>	<b>28w</b>	<b>31w</b>
China und Indien	117.730 \$	653.040 \$	44w	31w	32w	41w	24w	32w	24w	28w
Übrige Länder	44.490 \$	301.160 \$	44w	33w	17w	28w	8w	14w	37w	39w
1 Mosambik	..	1.100	..	64	..	22	..	..	..	14
2 Äthiopien	1.180	5.420	58	42	14	16	7	11	28	42
3 Tansania	790	2.540	46	66	14	7	8	4	40	27
4 Somalia	220	1.090	71	65	6	10	3	5	24	26
5 Bangladesch <sup>c</sup>	4.380	20.240	53	44	11	14	5	7	36	41
6 Laos, Dem. VR <sup>c</sup>	..	630	..	..	..	..	..	..	..	..
7 Malawi	220	1.410	50	35	13	19	..	11	37	45
8 Nepal	730	2.810	65	58	11	14	3	6	23	28
9 Tschad <sup>c</sup>	290	1.020	42	36	15	20	12	16	43	44
10 Burundi	150	960	..	56	..	15	..	10	..	29
11 Sierra Leone	320	890	34	46	28	11	6	6	38	42
12 Madagaskar <sup>c</sup>	750	2.280	25	31	14	14	..	12	67	54
13 Nigeria	5.850	28.920	54	31	13	44	6	10	33	25
14 Uganda	1.100	4.460	52	67	13	7	8	5	35	26
15 Zaire <sup>c</sup>	4.150	9.610	22	30	32	32	..	10	46	38
16 Mali <sup>c</sup>	260	2.080	65	50	9	12	5	6	25	38
17 Niger <sup>c</sup>	670	2.040	68	36	3	13	2	8	29	51
18 Burkina Faso	350	2.460	37	35	24	26	11	15	39	39
19 Ruanda <sup>c</sup>	150	2.170	75	37	7	23	2	15	18	41
20 Indien	50.530	235.220	44	30	22	29	16	18	34	41
21 China <sup>c</sup>	67.200	417.830	44	32	39	48	31 <sup>d</sup>	34 <sup>d</sup>	17	20
22 Haiti <sup>c</sup>	350	2.370	..	37	..	38	..	15	..	37
23 Kenia	920	7.130	35	31	18	20	11	12	47	49
24 Pakistan	5.450	35.820	40	27	20	24	14	16	40	49
25 Benin	220	1.600	59	46	8	12	..	5	33	42
26 Zentralafrikanische Rep.	140	1.050	46	42	16	15	4	8	38	43
27 Ghana <sup>c</sup>	2.050	5.260	44	49	19	17	10	10	38	34
28 Togo <sup>c</sup>	190	1.340	45	33	21	23	10	8	34	44
29 Sambia <sup>c</sup>	1.060	4.700	14	13	54	47	6	24	32	40
30 Guinea <sup>c</sup>	..	2.750	..	30	..	33	..	3	..	38
31 Sri Lanka	1.770	6.340	28	26	21	27	17	16	51	47
32 Lesotho	50	340	65	24	5	30	1	14	30	46
33 Indonesien <sup>c</sup>	3.840	93.970	56	23	13	37	8	17	31	39
34 Mauretanien	160	910	32	37	36	24	4	..	32	38
35 Afghanistan	600	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	..	280	..	45	..	25	..	6	..	30
37 Kambodscha, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	270	..	27	..	40	..	3	..	34	..
39 Myanmar	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
40 Sudan	1.330	..	54	..	9	..	4	..	37	..
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>206.000 \$</b>	<b>2.118.080 \$</b>	<b>19w</b>	<b>12w</b>	<b>34w</b>	<b>36w</b>	<b>20w</b>	<b>..</b>	<b>45w</b>	<b>50w</b>
Untere Einkommenskategorie	117.580 \$	911.200 \$	21w	14w	30w	35w	20w	23w	48w	51w
42 Angola	..	7.720	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien <sup>c</sup>	710	4.520	23	32	31	30	15	13	46	38
44 Ägypten, Arab. Rep.	4.550	31.580	29	19	27	30	..	14	45	52
45 Senegal <sup>c</sup>	810	4.660	25	22	18	31	14	20	56	47
46 Jemen, Rep. <sup>c</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	960	5.250	18	13	35	39	20	25	47	49
48 Philippinen <sup>c</sup>	6.010	44.350	26	24	28	33	20	22	46	43
49 Côte d'Ivoire	760	7.170	47	46	19	24	11	17	33	30
50 Dominikanische Rep. <sup>c</sup>	890	6.650	23	15	22	26	16	11	55	59
51 Marokko <sup>c</sup>	2.950	22.390	23	16	28	34	16	17	49	50
52 Papua-Neuguinea <sup>c</sup>	340	3.520	42	28	18	30	..	10	41	42
53 Honduras	460	4.320	40	21	19	25	12	14	41	54
54 Guatemala <sup>c</sup>	1.330	8.150	..	18	..	26	..	..	..	56
55 Kongo, VR <sup>c</sup>	200	2.270	19	14	19	35	..	9	62	51
56 Syrien, Arab. Rep. <sup>c</sup>	1.470	11.460	29	22	22	23	..	..	49	55
57 Kamerun <sup>c</sup>	810	11.080	33	27	20	27	10	15	47	46
58 Peru <sup>c</sup>	5.020	28.610	18	8	30	30	17	21	53	62
59 Ecuador <sup>c</sup>	1.150	10.380	27	15	22	39	18	21	50	47
60 Namibia	..	1.650	..	11	..	38	..	5	..	50
61 Paraguay <sup>c</sup>	440	4.130	37	29	19	22	16	16	45	48
62 El Salvador <sup>c</sup>	800	5.860	29	12	22	21	18	16	49	67
63 Kolumbien	5.910	39.410	27	17	27	36	19	21	47	47
64 Thailand <sup>c</sup>	4.390	69.680	32	15	23	38	14	21	45	47
65 Jamaika <sup>c</sup>	970	3.880	10	5	37	45	17	18	53	50
66 Tunesien	880	8.920	22	14	24	33	9	16	54	53

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

		Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)									
		BIP (in Mio \$)		Landwirtschaft		Industrie		Verarbeitendes Gewerbe <sup>a</sup>		Dienstleistungs- sektor usw. <sup>b</sup>	
		1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989
67	Türkei	7.660	71.600	34	17	25	35	16	23	41	48
68	Botswana <sup>c</sup>	50	2.500	34	3	19	57	12	4	47	40
69	Jordanien	..	3.910	..	6	..	29	..	16	..	65
70	Panama <sup>c</sup>	660	4.550	18	11	19	15	12	7	63	75
71	Chile <sup>c</sup>	5.940	25.250	9	..	40	..	24	..	52	..
72	Costa Rica <sup>c</sup>	590	5.220	24	17	23	27	..	..	53	56
73	Polen <sup>c</sup>	..	68.290	..	..	..	..	..	..	..	..
74	Mauritius	190	1.740	16	13	23	32	14	24	61	56
75	Mexiko <sup>c</sup>	21.640	200.730	14	9	27	32	20	23	59	59
76	Argentinien <sup>c</sup>	16.500	53.070	17	14	42	33	33	35	42	53
77	Malaysia <sup>c</sup>	3.130	37.480	28	..	25	..	9	..	47	..
78	Algerien <sup>c</sup>	..	39.780	..	16	..	44	..	14	..	40
79	Bulgarien <sup>c</sup>	..	15.570	..	11	..	59	..	..	..	29
80	Libanon <sup>c</sup>	1.150	..	12	..	21	..	..	..	67	..
81	Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82	Nicaragua <sup>c</sup>	570	3.430	25	29	24	23	18	19	51	48
Obere Einkommenskategorie		88.730s	..	18w	..	38w	..	..	..	42w	..
83	Venezuela <sup>c</sup>	9.820	43.830	6	6	40	46	..	28	55	48
84	Südafrika	10.540	80.370	10	6	42	44	23	24	48	50
85	Brasilien	19.450	319.150	19	9	33	43	26	31	48	48
86	Ungarn <sup>c</sup>	..	29.060	..	14	..	36	..	..	..	50
87	Uruguay	930	7.170	15	11	32	28	..	22	53	61
88	Jugoslawien	11.190	71.760	23	10	42	42	..	..	35	48
89	Gabun <sup>c</sup>	230	3.440	26	10	34	47	7	10	40	43
90	Iran, Islam. Rep.	6.170	150.250	26	23	36	15	12	7	38	62
91	Trinidad u. Tobago	690	4.200	8	3	48	41	..	8	44	56
92	Tschechoslowakei <sup>c</sup>	..	50.470	..	6	..	57	..	..	..	36
93	Portugal <sup>c</sup>	3.740	44.880	..	9	..	37	..	..	..	54
94	Korea, Rep. <sup>c</sup>	3.000	211.880	38	10	25	44	18	26	37	46
95	Oman <sup>c</sup>	60	7.700	61	3	23	80	0	4	16	18
96	Libyen	1.500	22.990	5	5	63	50	3	7	33	45
97	Griechenland	5.270	39.910	24	16	26	29	16	18	49	55
98	Irak	2.430	..	18	..	46	..	8	..	36	..
99	Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.		374.030s	3.078.460s	30w	19w	31w	38w	21w	..	37w	44w
Afrika südlich der Sahara		29.120s	161.820s	41w	32w	20w	27w	8w	11w	39w	38w
Ostasien		90.700s	895.230s	42w	24w	35w	44w	27w	33w	23w	34w
Südostasien		64.510s	317.170s	44w	32w	21w	26w	15w	17w	35w	41w
Europa, Naher Osten u. Nordafrika		..	787.990s	..	..	..	..	..	..	..	..
Lateinamerika u. Karibik		95.470s	809.230s	16w	..	33w	..	23w	..	51w	..
Länder mit gravierenden Schuldenproblemen		109.860s	934.670s	17w	..	33w	..	22w	..	50w	..
Länder mit hohem Einkommen		1.413.280s	14.764.510s	5w	..	42w	..	32w	..	54w	..
OECD-Mitgliedsländer		1.389.560s	14.292.220s	5w	..	43w	..	32w	..	54w	..
+Übrige		17.580s	477.340s	8w	4w	45w	41w	14w	..	46w	54w
100	+Saudi-Arabien	2.300	80.890	8	8	60	45	9	8	31	48
101	Irland	2.340	29.570	..	11	..	10	..	3	..	79
102	Spanien <sup>c</sup>	23.750	379.360	..	5	..	9	..	18	..	86
103	+Israel <sup>c</sup>	3.590	46.030	..	..	..	..	..	..	..	..
104	+Hongkong	2.150	52.540	2	0	40	28	24	21	58	72
105	+Singapur <sup>c</sup>	970	28.360	3	0	24	37	15	26	74	63
106	Neuseeland <sup>c</sup>	5.470	41.360	..	8	..	28	..	17	..	64
107	Australien <sup>c</sup>	23.700	281.940	9	4	39	32	26	15	51	64
108	Großbritannien	89.750	717.870	3	2	46	37	34	20	51	62
109	Italien <sup>c</sup>	66.700	865.720	..	4	..	34	..	22	..	63
110	Niederlande <sup>c</sup>	19.910	221.680	..	4	..	31	..	20	..	65
111	+Kuwait <sup>c</sup>	2.100	23.530	0	1	70	56	3	9	29	43
112	Belgien <sup>c</sup>	16.840	156.830	5	2	41	31	30	22	53	67
113	Österreich <sup>c</sup>	9.480	126.480	9	3	46	37	33	27	45	60
114	Frankreich <sup>c</sup>	99.300	955.790	..	3	..	29	..	21	..	67
115	+Vereinigte Arab. Emirate	..	28.270	..	2	..	55	..	8	..	43
116	Kanada	46.570	488.590	6	..	40	..	26	13	54	..
117	Deutschland <sup>c</sup>	114.820	1.189.100	4	2	53	37	40	32	43	62
118	Dänemark	8.880	89.140	9	4	36	29	23	20	55	67
119	Vereinigte Staaten <sup>c</sup>	698.990	5.156.440	3	2	38	29	28	17	59	69
120	Schweden	19.610	166.520	..	3	..	34	..	23	..	63
121	Finnland	7.540	100.860	16	6	37	36	23	22	47	58
122	Norwegen	7.080	95.000	8	3	33	34	21	15	59	63
123	Japan <sup>c</sup>	91.290	2.818.520	10	3	44	41	34	30	46	56
124	Schweiz <sup>c</sup>	13.920	174.960	..	..	..	..	..	..	..	..
Übrige Länder		..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Gesamte Welt		2.003.700s	19.981.540s	10w	..	40w	..	30w	..	51w	..
Olexporteur (ohne UdSSR)		34.470s	453.320s	20w	14w	37w	35w	10w	9w	42w	49w

<sup>a</sup> Da das Verarbeitende Gewerbe im allgemeinen der dynamischste Bereich des Industriesektors ist, wird sein Anteil am BIP gesondert ausgewiesen. <sup>b</sup> Dienstleistungssektor usw. einschließlich nicht aufgeschlüsselter Positionen. <sup>c</sup> BIP und seine Komponenten zu Käuferpreisen. <sup>d</sup> Schätzung der Weltbank.

# Tabelle 4 Landwirtschaft und Nahrungsmittel

	Wertschöpfung in der Landwirtschaft (in Mio laufende \$)		Getreideeinfuhr (in Tsd. metr. t)		Nahrungsmittelhilfe in Form von Getreide (in Tsd. metr. t)		Düngemittel- verbrauch (in 100 g Pflanzen- nährstoffe je ha Anbaufläche)		Durchschnittlicher Indexwert der Nahrungsmittel- produktion pro Kopf (1979-81 = 100) 1987-89
	1970	1989	1974	1989	1974/75	1988/89	1970/71	1987/88	
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>89.314s</b>	<b>305.959s</b>	<b>22.608s</b>	<b>28.763s</b>	<b>6.002s</b>	<b>5.235s</b>	<b>171s</b>	<b>802s</b>	<b>116w</b>
China und Indien	60.621s	205.278s	11.294s	15.014s	1.582s	531s	241s	1.185s	122w
Übrige Länder	28.269s	99.716s	11.314s	13.749s	4.420s	4.704s	72s	310s	103w
1 Mosambik	..	704	62	400	34	424	22	21	83
2 Äthiopien	931	2.254	118	690	54	573	4	39	89
3 Tansania	473	1.795	431	83	148	76	31	92	90
4 Somalia	167	705	42	186	111	73	29	40	97
5 Bangladesch <sup>a</sup>	3.636	8.962	1.866	2.204	2.076	1.161	157	770	93
6 Laos, Dem. VR <sup>a</sup>	..	..	53	64	8	20	2	6	116
7 Malawi	119	498	17	86	0	217	52	203	85
8 Nepal	579	1.633	18	26	0	9	27	232	107
9 Tschad <sup>a</sup>	142	364	37	37	20	15	7	17	101
10 Burundi	159	535	7	6	6	6	5	20	98
11 Sierra Leone	108	409	72	145	10	38	17	3	89
12 Madagaskar <sup>a</sup>	243	717	114	103	7	76	61	21	93
13 Nigeria	5.080	8.874	389	240	7	0	2	94	96
14 Uganda	929	2.986	36	16	..	17	14	2	87
15 Zaire <sup>a</sup>	805	2.846	343	323	1	55	8	9	94
16 Mali <sup>a</sup>	207	1.048	281	89	107	62	31	59	97
17 Niger <sup>a</sup>	420	744	155	105	73	83	1	8	86
18 Burkina Faso	121	871	99	120	28	49	3	57	115
19 Ruanda <sup>a</sup>	135	799	3	10	19	2	3	20	77
20 Indien	23.916	71.345	5.261	1.014	1.582	308	137	517	113
21 China <sup>a</sup>	36.705	133.934	6.033	14.000	0	223	410	2.361	128
22 Haiti <sup>a</sup>	..	692	83	251	25	49	4	25	93
23 Kenia	484	2.208	15	119	2	112	238	421	101
24 Pakistan	3.352	9.681	1.274	2.171	584	416	146	829	103
25 Benin	121	729	7	104	9	16	36	49	114
26 Zentralafrikanische Rep.	60	442	7	28	1	0	12	4	90
27 Ghana <sup>a</sup>	1.030	2.570	177	244	33	46	13	38	109
28 Togo <sup>a</sup>	85	446	6	111	11	11	3	76	89
29 Sambia <sup>a</sup>	191	617	93	123	5	66	73	183	97
30 Guinea <sup>a</sup>	..	812	63	183	49	42	19	6	90
31 Sri Lanka	545	1.648	951	1.177	271	272	555	1.094	87
32 Lesotho	23	83	48	140	14	34	10	125	80
33 Indonesien <sup>a</sup>	4.340	22.032	1.919	2.356	301	69	133	1.068	124
34 Mauretanien	58	339	115	207	48	70	11	55	88
35 Afghanistan	..	..	5	260	10	208	24	97	..
36 Bhutan	..	125	3	20	0	2	..	10	121
37 Kamputschea, Dem.	..	..	223	50	226	11	11	2	..
38 Liberia	91	..	42	158	3	28	63	94	95
39 Myanmar	..	..	26	..	9	0	21	125	120
40 Sudan	757	..	125	556	46	198	28	40	87
41 Vietnam	..	..	1.854	258	64	100	513	651	111
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>50.052s</b>	<b>258.932s</b>	<b>42.817s</b>	<b>80.767s</b>	<b>1.926s</b>	<b>4.548s</b>	<b>370s</b>	<b>703s</b>	<b>101w</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>31.154s</b>	<b>129.238s</b>	<b>24.693s</b>	<b>49.426s</b>	<b>1.654s</b>	<b>4.510s</b>	<b>309s</b>	<b>592s</b>	<b>99w</b>
42 Angola	..	..	149	248	0	79	33	29	84
43 Bolivien <sup>a</sup>	202	1.440	209	172	22	95	7	19	102
44 Ägypten, Arab. Rep.	1.942	5.858	3.877	8.543	610	1.427	1.312	3.505	109
45 Senegal <sup>a</sup>	208	1.028	341	515	27	53	17	40	106
46 Jemen, Rep. <sup>a</sup>	..	..	306	1.378	33	85	..	63	..
47 Simbabwe	214	664	56	52	0	10	446	505	90
48 Philippinen <sup>a</sup>	1.996	10.429	817	1.626	89	135	287	612	86
49 Côte d'Ivoire	462	3.295	172	693	4	19	74	90	96
50 Dominikanische Rep. <sup>a</sup>	345	1.012	252	601	16	228	334	556	94
51 Marokko <sup>a</sup>	789	3.679	891	1.329	75	238	117	376	120
52 Papua-Neuguinea <sup>a</sup>	240	1.000	71	243	..	0	58	381	97
53 Honduras	212	890	52	172	31	67	156	190	88
54 Guatemala <sup>a</sup>	..	1.472	138	214	9	277	298	656	103
55 Kongo, VR <sup>a</sup>	49	311	34	82	2	2	114	25	98
56 Syrien, Arab. Rep. <sup>a</sup>	435	2.475	339	1.578	47	31	68	404	86
57 Kamerun <sup>a</sup>	364	2.978	81	345	4	6	34	71	96
58 Peru <sup>a</sup>	1.351	2.177	637	1.065	37	146	300	622	101
59 Ecuador <sup>a</sup>	401	1.526	152	536	13	89	133	232	106
60 Namibia	..	187	..	0	..	..	..	..	95
61 Paraguay <sup>a</sup>	191	1.217	71	5	10	1	98	69	115
62 El Salvador <sup>a</sup>	292	685	75	186	4	197	1.043	1.262	90
63 Kolumbien	1.806	6.622	502	716	28	12	287	945	102
64 Thailand <sup>a</sup>	1.837	10.561	97	346	0	83	59	328	104
65 Jamaika <sup>a</sup>	93	210	340	296	1	365	873	914	92
66 Tunesien	245	1.235	307	1.655	59	284	76	222	96

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Wertschöpfung in der Landwirtschaft (in Mio laufende \$)		Getreideeinfuhr (in Tsd. metr. t)		Nahrungsmittelhilfe in Form von Getreide (in Tsd. metr. t)		Düngemittel- verbrauch (in 100 g Pflanzen- nährstoffe je ha Anbaufläche)		Durchschnittlicher Indexwert der Nahrungsmittel- produktion pro Kopf (1979-81 = 100) 1987-89
	1970	1989	1974	1989	1974/75	1988/89	1970/71	1987/88	
67 Türkei	3.383	11.857	1.276	3.061	16	3	157	637	97
68 Botsuana <sup>a</sup>	28	75	21	77	5	33	15	7	68
69 Jordanien	..	241	171	671	79	25	74	362	117
70 Panama <sup>a</sup>	149	493	63	109	3	..	387	657	92
71 Chile <sup>a</sup>	558	..	1.737	178	323	14	313	544	107
72 Costa Rica <sup>a</sup>	222	897	110	357	1	84	1.001	1.806	89
73 Polen <sup>a</sup>	..	..	4.185	2.893	..	..	1.678	2.223	106
74 Mauritius	30	222	160	209	22	21	2.095	3.075	100
75 Mexiko <sup>a</sup>	4.462	18.050	2.881	7.050	..	291	232	753	98
76 Argentinien <sup>a</sup>	2.250	7.339	0	4	..	..	26	45	91
77 Malaysia <sup>a</sup>	1.198	..	1.023	2.299	1	10	489	1.596	142
78 Algerien <sup>a</sup>	492	6.187	1.816	7.461	54	39	163	320	97
79 Bulgarien	..	1.758	649	1.384	..	..	1.411	1.804	100
80 Libanon <sup>a</sup>	136	..	354	558	26	32	1.354	671	..
81 Mongolei	..	..	28	59	..	..	22	184	91
82 Nicaragua <sup>a</sup>	199	..	44	140	3	32	215	433	63
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>19.594s</b>	<b>..</b>	<b>18.124s</b>	<b>31.341s</b>	<b>271s</b>	<b>38s</b>	<b>465s</b>	<b>865s</b>	<b>103w</b>
83 Venezuela <sup>a</sup>	826	2.654	1.270	1.804	..	..	170	1.580	88
84 Südafrika	1.362	4.635	127	296	..	..	422	541	90
85 Brasilien	4.392	27.870	2.485	2.015	31	15	186	485	115
86 Ungarn <sup>a</sup>	1.010	4.048	408	249	..	..	1.497	2.595	113
87 Uruguay	268	773	70	81	6	..	485	420	106
88 Jugoslawien	2.212	7.229	992	192	..	..	770	1.328	98
89 Gabun <sup>a</sup>	60	353	24	50	..	..	..	46	81
90 Iran, Islam. Rep.	2.120	34.563	2.076	6.500	..	23	60	658	87
91 Trinidad u. Tobago	40	118	208	284	..	..	880	450	86
92 Tschechoslowakei <sup>a</sup>	..	3.266	1.296	216	..	..	2.404	3.031	121
93 Portugal <sup>a</sup>	..	..	1.861	1.226	..	..	428	1.026	100
94 Korea, Rep. <sup>a</sup>	2.311	21.663	2.679	10.267	234	..	2.450	3.920	96
95 Oman <sup>a</sup>	40	202	52	200	..	..	..	417	..
96 Libyen	93	..	612	1.515	..	..	62	416	109
97 Griechenland	1.569	..	1.341	465	..	..	861	1.542	100
98 Irak	579	..	870	4.891	..	..	34	397	98
99 Rumänien	..	..	1.381	556	..	..	565	1.301	109
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>141.602s</b>	<b>571.792s</b>	<b>65.426s</b>	<b>109.529s</b>	<b>7.928s</b>	<b>9.783s</b>	<b>256s</b>	<b>758s</b>	<b>112w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>15.597s</b>	<b>52.090s</b>	<b>4.208s</b>	<b>7.411s</b>	<b>910s</b>	<b>2.610s</b>	<b>34s</b>	<b>76s</b>	<b>95w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>49.792s</b>	<b>211.600s</b>	<b>14.938s</b>	<b>31.795s</b>	<b>923s</b>	<b>651s</b>	<b>365s</b>	<b>1.712s</b>	<b>123w</b>
<b>Südostasien</b>	<b>32.884s</b>	<b>103.077s</b>	<b>9.404s</b>	<b>6.634s</b>	<b>4.522s</b>	<b>2.169s</b>	<b>135s</b>	<b>541s</b>	<b>112w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>20.496s</b>	<b>116.812s</b>	<b>25.193s</b>	<b>46.909s</b>	<b>1.010s</b>	<b>2.394s</b>	<b>575s</b>	<b>1.058s</b>	<b>99w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>18.661s</b>	<b>..</b>	<b>11.556s</b>	<b>16.484s</b>	<b>563s</b>	<b>1.960s</b>	<b>177s</b>	<b>464s</b>	<b>105w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>23.513s</b>	<b>..</b>	<b>20.373s</b>	<b>29.501s</b>	<b>1.274s</b>	<b>2.705s</b>	<b>351s</b>	<b>647s</b>	<b>105w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>82.405s</b>	<b>..</b>	<b>78.976s</b>	<b>75.503s</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>1.032s</b>	<b>1.238s</b>	<b>99w</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>80.527s</b>	<b>..</b>	<b>72.941s</b>	<b>64.224s</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>1.029s</b>	<b>1.221s</b>	<b>98w</b>
<b>Übrige</b>	<b>1.880s</b>	<b>18.155s</b>	<b>6.035s</b>	<b>11.279s</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>1.423s</b>	<b>3.445s</b>	<b>123w</b>
100 +Saudi-Arabien <sup>a</sup>	219	6.150	482	5.560	..	..	54	3.678	..
101 Irland	559	3.307	640	379	..	..	3.067	6.815	105
102 Spanien <sup>a</sup>	..	18.160	4.675	2.224	..	..	593	989	111
103 +Israel <sup>b</sup>	295	..	1.176	1.890	53	4	1.401	2.237	106
104 +Hongkong	62	184	657	826	..	..	..	..	61
105 +Singapur <sup>a</sup>	44	97	682	925	..	..	2.500	18.333	86
106 Neuseeland <sup>a</sup>	897	..	92	190	..	..	7.745	7.086	107
107 Australien <sup>a</sup>	2.157	10.402	2	26	..	..	232	286	96
108 Großbritannien	2.993	..	7.540	2.908	..	..	2.631	3.555	105
109 Italien <sup>a</sup>	8.365	30.579	8.101	7.649	..	..	896	1.901	100
110 Niederlande <sup>a</sup>	1.827	9.155	7.199	5.932	..	..	7.493	6.877	110
111 +Kuwait <sup>a</sup>	8	238	101	597	..	..	..	750	..
112 Belgien <sup>a</sup>	920	3.165	4.585 <sup>c</sup>	4.004 <sup>c</sup>	..	..	5.618 <sup>c</sup>	5.098 <sup>c</sup>	116 <sup>c</sup>
113 Österreich <sup>a</sup>	992	4.042	164	81	..	..	2.426	2.214	109
114 Frankreich <sup>a</sup>	1.221	31.843	654	917	..	..	2.435	2.990	105
115 +Vereinigte Arab. Emirate	..	481	132	596	..	..	..	1.632	..
116 Kanada	3.265	..	1.513	1.067	..	..	191	484	103
117 Deutschland <sup>a</sup>	5.951	18.307	7.164	4.524	..	..	4.263	4.208	112
118 Dänemark	882	3.942	462	171	..	..	2.234	2.330	120
119 Vereinigte Staaten <sup>a</sup>	27.812	..	460	2.147	..	..	816	937	92
120 Schweden	..	4.879	300	120	..	..	1.646	1.357	94
121 Finnland	1.205	5.808	222	214	..	..	1.930	2.164	102
122 Norwegen	624	2.757	713	545	..	..	2.443	2.704	109
123 Japan <sup>b</sup>	12.467	72.773	19.557	27.370	..	..	3.547	4.327	97
124 Schweiz	..	..	1.458	651	..	..	3.831	4.306	102
<b>Übrige Länder</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>10.533s</b>	<b>41.874s</b>	<b>..</b>	<b>1s</b>	<b>464s</b>	<b>1.209s</b>	<b>110w</b>
<b>Gesamte Welt</b>	<b>249.704s</b>	<b>..</b>	<b>154.934s</b>	<b>226.907s</b>	<b>7.981s</b>	<b>9.787s</b>	<b>497s</b>	<b>954s</b>	<b>110w</b>
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>	<b>9.822s</b>	<b>65.457s</b>	<b>8.166s</b>	<b>29.579s</b>	<b>63s</b>	<b>143s</b>	<b>49s</b>	<b>408s</b>	<b>101w</b>

<sup>a</sup> Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu Käuferpreisen. <sup>b</sup> Die Wertschöpfung in der Landwirtschaft bezieht sich auf die inländische Nettoproduktion zu Faktorkosten. <sup>c</sup> Einschließlich Luxemburg.

# Tabelle 5 Kommerzielle Energie

	Durchschnittliche jährliche Zuwachsrate (%)				Energieverbrauch pro Kopf (in kg Öleinheiten)		Energieeinfuhr in % der Waren- ausfuhr	
	Energieproduktion		Energieverbrauch		1965	1989	1965	1989
	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89				
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>10,0w</b>	<b>4,6w</b>	<b>8,3w</b>	<b>5,2w</b>	<b>125w</b>	<b>330w</b>	<b>7w</b>	<b>4w</b>
China und Indien	9,1w	5,5w	8,8w	5,3w	146w	437w	8w	3w
Übrige Länder	12,4w	0,9w	5,6w	4,0w	72w	124w	6w	6w
1 Mosambik	19,8	-34,7	2,2	1,8	81	84	13	2
2 Äthiopien	7,5	6,0	4,1	2,3	10	20	8	25
3 Tansania	7,3	3,4	3,7	2,3	37	37	..	4
4 Somalia	..	0,0	16,7	1,8	14	78	9	8
5 Bangladesch	..	12,8	..	7,6	..	51	..	4
6 Laos, Dem. VR	..	0,4	4,2	2,6	24	38	..	..
7 Malawi	18,2	4,1	8,0	0,3	25	41	7	17
8 Nepal	18,4	11,3	6,2	8,9	6	24	..	2
9 Tschad	..	0,0	..	0,2	..	17	23	6
10 Burundi	..	10,2	6,0	7,8	5	21	11	1
11 Sierra Leone	..	0,0	0,8	-0,6	109	76	11	4
12 Madagaskar	3,9	8,9	3,5	1,6	34	40	8	2
13 Nigeria	17,3	0,3	12,9	5,5	34	135	7	4
14 Uganda	-0,5	3,2	-0,5	3,7	36	25	1	0
15 Zaire	9,4	2,2	3,6	1,6	74	73	6	4
16 Mali	38,6	8,2	7,0	2,6	14	24	16	2
17 Niger	..	14,0	12,5	3,1	8	40	9	2
18 Burkina Faso	..	0,0	10,5	0,0	7	17	11	2
19 Ruanda	8,8	5,4	15,2	4,0	8	40	10	2
20 Indien	5,6	7,5	5,8	6,1	100	226	8	24
21 China	10,0	5,5	9,8	5,5	178	591	..	3
22 Haiti	..	5,0	8,4	1,9	24	51	..	2
23 Kenia	13,1	7,8	4,5	0,5	110	98	20	4
24 Pakistan	6,5	5,8	3,5	6,2	135	213	7	21
25 Benin	..	7,8	9,9	4,5	21	45	14	6
26 Zentralafrikanische Rep.	6,7	0,7	2,2	6,5	22	36	7	2
27 Ghana	17,7	-5,1	7,8	-2,6	76	129	6	4
28 Togo	2,9	10,1	10,7	-1,3	27	51	6	12
29 Sambia	25,7	1,5	4,0	0,8	464	372	..	..
30 Guinea	16,5	0,2	2,3	1,2	56	71	..	4
31 Sri Lanka	10,4	8,1	2,2	4,2	106	173	6	5
32 Lesotho	..	0,0	..	0,0	..	0	a	a
33 Indonesien	9,9	0,7	8,4	3,9	91	263	3	6
34 Mauretanien	..	0,0	9,5	0,4	48	114	2	18
35 Afghanistan	15,7	2,2	5,6	7,6	30	..	8	1
36 Bhutan	..	0,0	..	0,6	..	13	..	..
37 Kamputschea, Dem.	..	5,6	7,6	2,3	19	..	..	..
38 Liberia	14,6	-0,8	7,9	-7,5	182	165	6	2
39 Myanmar	8,4	3,9	4,9	4,2	39	70	4	4
40 Sudan	17,8	1,7	2,0	1,0	67	57	5	3
41 Vietnam	5,3	1,5	-2,6	2,2	..	97	..	30
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>3,7w</b>	<b>3,5w</b>	<b>6,2w</b>	<b>3,1w</b>	<b>663w</b>	<b>1.242w</b>	<b>9w</b>	<b>14w</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>6,4w</b>	<b>4,1w</b>	<b>6,0w</b>	<b>3,2w</b>	<b>516w</b>	<b>888w</b>	<b>9w</b>	<b>13w</b>
42 Angola	..	5,3	..	2,3	..	203	2	1
43 Bolivien	9,5	-0,1	7,7	-0,3	156	246	1	2
44 Ägypten, Arab. Rep.	10,7	5,7	6,2	6,3	313	636	11	10
45 Senegal	..	0,0	7,4	-1,1	79	153	8	10
46 Jemen, Rep.	..	1,8	..	23,8	..	234	..	13
47 Simbabwe	-0,7	0,7	5,2	1,2	441	525	..	0
48 Philippinen	9,0	8,9	5,8	-1,9	160	217	12	17
49 Côte d'Ivoire	11,1	-0,1	8,6	2,4	101	168	5	2
50 Dominikanische Rep.	10,9	5,9	11,5	2,4	127	336	7	13
51 Marokko	2,5	0,0	7,9	2,6	124	244	5	25
52 Papua-Neuguinea	13,7	6,3	13,0	2,3	56	231	7	..
53 Honduras	14,0	4,5	7,6	2,7	111	193	5	3
54 Guatemala	12,5	4,9	6,8	-0,0	150	170	9	6
55 Kongo, VR	41,1	6,2	7,8	4,0	90	211	8	0
56 Syrien, Arab. Rep.	56,3	3,4	12,4	4,2	212	896	13	3
57 Kamerun	13,0	12,5	6,3	5,5	67	141	6	2
58 Peru	6,6	-2,2	5,0	1,5	395	520	3	9
59 Ecuador	35,0	4,7	11,9	2,0	162	648	11	3
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	a	a
61 Paraguay	..	11,4	9,7	4,6	84	226	14	26
62 El Salvador	9,0	3,7	7,0	2,0	140	226	6	13
63 Kolumbien	1,0	9,4	6,0	2,7	413	754	1	4
64 Thailand	9,0	30,5	10,1	6,1	82	331	11	10
65 Jamaika	-0,9	5,0	6,1	-2,2	703	902	12	24
66 Tunesien	20,4	-0,9	8,5	6,3	170	546	12	14

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Durchschnittliche jährliche Zuwachsrate (%)				Energieverbrauch pro Kopf (in kg Öleinheiten)		Energieeinfuhr in % der Waren- ausfuhr	
	Energieproduktion		Energieverbrauch		1965	1989	1965	1989
	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89				
67 Türkei	4,3	9,2	8,5	7,3	258	837	12	28
68 Botsuana	8,8	2,4	9,5	2,2	191	423	a	a
69 Jordanien	..	16,4	9,3	6,8	226	773	42	49
70 Panama	6,9	9,2	5,8	4,2	576	1.636	61	54
71 Chile	1,8	2,9	3,0	1,7	652	836	5	9
72 Costa Rica	8,2	6,6	8,8	3,1	267	614	8	5
73 Polen	4,0	0,8	4,8	0,6	2.027	3.333	..	..
74 Mauritius	2,1	5,9	7,2	2,5	160	369	6	1
75 Mexiko	9,7	1,9	7,9	0,7	605	1.288	4	4
76 Argentinien	4,5	3,3	4,3	3,2	975	1.718	8	5
77 Malaysia	36,9	15,2	6,7	7,5	313	920	11	4
78 Algerien	5,3	4,1	11,9	12,5	226	1.906	0	2
79 Bulgarien	1,3	3,6	6,1	4,7	1.788	4.719	..	..
80 Libanon	2,0	-2,9	2,0	3,6	713	..	50	7
81 Mongolei	..	3,5	..	3,4	..	1.245	..	..
82 Nicaragua	2,6	1,4	6,5	2,1	172	259	6	6
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>2,5w</b>	<b>2,6w</b>	<b>6,3w</b>	<b>2,8w</b>	<b>881w</b>	<b>1.890w</b>	<b>8w</b>	<b>14w</b>
83 Venezuela	-3,1	-0,4	4,6	3,3	2.319	2.595	0	2
84 Südafrika	5,1	4,6	4,3	3,3	1.744	2.432	10 <sup>a</sup>	10 <sup>a</sup>
85 Brasilien	8,6	8,1	9,9	4,5	286	897	14	14
86 Ungarn	0,8	0,9	3,8	1,0	1.825	3.106	12	11
87 Uruguay	4,7	9,7	1,3	-0,9	765	779	13	12
88 Jugoslawien	3,5	3,0	6,0	3,3	898	2.241	7	21
89 Gabun	13,7	3,4	14,7	3,0	153	1.155	3	0
90 Iran, Islam. Rep.	3,6	8,0	8,9	4,2	537	1.019	0	3
91 Trinidad u. Tobago	3,8	-4,4	6,6	0,9	2.776	5.349	59	5
92 Tschechoslowakei	1,0	0,0	3,2	0,6	3.374	4.945	..	..
93 Portugal	3,6	5,5	6,5	3,5	506	1.470	13	16
94 Korea, Rep.	4,1	9,5	12,1	7,2	238	1.832	18	12
95 Oman	23,0	8,8	30,5	10,7	14	2.556	..	1
96 Libyen	0,6	-3,7	18,2	6,0	222	3.049	2	2
97 Griechenland	10,5	7,3	8,5	2,5	615	2.046	29	14
98 Irak	6,2	5,4	7,4	5,2	399	752	0	0
99 Rumänien	4,3	0,6	6,6	1,0	1.536	3.514	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>5,4w</b>	<b>3,9w</b>	<b>6,9w</b>	<b>4,0w</b>	<b>275w</b>	<b>575w</b>	<b>8w</b>	<b>10w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>15,5w</b>	<b>1,8w</b>	<b>5,7w</b>	<b>2,5w</b>	<b>72w</b>	<b>73w</b>	<b>7w</b>	<b>28w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>10,0w</b>	<b>5,1w</b>	<b>9,4w</b>	<b>5,1w</b>	<b>164w</b>	<b>487w</b>	<b>10w</b>	<b>8w</b>
<b>Südastien</b>	<b>5,8w</b>	<b>6,2w</b>	<b>5,7w</b>	<b>6,1w</b>	<b>99w</b>	<b>197w</b>	<b>7w</b>	<b>..</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>4,1w</b>	<b>3,1w</b>	<b>5,7w</b>	<b>3,1w</b>	<b>909w</b>	<b>1.658w</b>	<b>9w</b>	<b>19w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>1,9w</b>	<b>2,5w</b>	<b>6,9w</b>	<b>2,6w</b>	<b>514w</b>	<b>1.010w</b>	<b>8w</b>	<b>5w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>2,7w</b>	<b>2,0w</b>	<b>6,1w</b>	<b>1,9w</b>	<b>642w</b>	<b>1.017w</b>	<b>7w</b>	<b>7w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>3,1w</b>	<b>0,4w</b>	<b>3,1w</b>	<b>1,2w</b>	<b>3.641w</b>	<b>4.867w</b>	<b>11w</b>	<b>10w</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>2,1w</b>	<b>1,6w</b>	<b>3,0w</b>	<b>1,0w</b>	<b>3.748w</b>	<b>5.182w</b>	<b>11w</b>	<b>10w</b>
<b>Übrige</b>	<b>7,6w</b>	<b>-5,1w</b>	<b>6,5w</b>	<b>6,5w</b>	<b>1.397w</b>	<b>2.131w</b>	<b>6w</b>	<b>10w</b>
100 +Saudi-Arabien	11,5	-8,7	7,2	9,8	1.759	4.307	0	0
101 Irland	0,1	4,7	3,9	1,4	1.504	2.499	14	5
102 Spanien	3,6	6,5	6,5	2,9	901	2.204	31	19
103 +Israel	-15,2	-12,3	4,4	1,6	1.574	2.019	13	10
104 +Hongkong	..	0,0	8,4	4,1	413	1.629	6	6
105 +Singapur	..	0,0	10,8	3,3	670	6.165	17	15
106 Neuseeland	4,7	0,6	3,6	5,4	2.622	5.282	7	6
107 Australien	10,5	6,1	5,0	1,8	3.287	5.291	10	6
108 Großbritannien	3,6	0,2	0,9	0,4	3.481	3.624	13	7
109 Italien	1,3	0,5	3,7	0,5	1.568	2.721	16	13
110 Niederlande	15,4	-3,6	5,0	0,6	3.134	4.948	12	10
111 +Kuwait	-1,6	2,6	2,1	4,3	..	4.944	0	0
112 Belgien	-3,9	7,5	2,9	0,1	3.402	4.804	..	..
113 Österreich	0,8	-0,4	4,0	0,8	2.060	3.479	10	7
114 Frankreich	-0,9	7,2	3,7	0,7	2.468	3.778	16	10
115 +Vereinigte Arab. Emirate	14,7	0,3	36,6	10,1	105	10.554	..	1
116 Kanada	5,7	3,7	4,5	1,8	6.007	9.959	7	5
117 Deutschland	-0,1	0,0	3,0	-0,1	3.197	4.383	8	6
118 Dänemark	2,6	44,0	2,4	-0,2	2.911	3.598	13	7
119 Vereinigte Staaten	1,1	0,5	2,3	1,0	6.535	7.794	8	16
120 Schweden	4,9	5,0	2,5	1,6	4.162	6.228	12	7
121 Finnland	3,8	6,4	5,1	2,5	2.233	5.547	11	10
122 Norwegen	12,4	7,7	4,1	2,1	4.650	8.940	11	3
123 Japan	-0,4	4,1	6,1	2,3	1.474	3.484	19	16
124 Schweiz	3,7	0,5	3,1	1,1	2.501	3.913	8	4
<b>Übrige Länder</b>	<b>5,0w</b>	<b>..</b>	<b>4,6w</b>	<b>..</b>	<b>2.455w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>Gesamte Welt</b>	<b>4,1</b>	<b>1,8w</b>	<b>4,1w</b>	<b>2,1w</b>	<b>1.146w</b>	<b>1.222w</b>	<b>10w</b>	<b>10w</b>
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>	<b>5,9w</b>	<b>-0,3w</b>	<b>8,1w</b>	<b>4,1w</b>	<b>438w</b>	<b>974w</b>	<b>3w</b>	<b>5w</b>

<sup>a</sup> Angaben für die südafrikanische Zollunion, der Südafrika, Namibia, Lesotho, Botsuana und Swasiland angehören, sind in den Zahlen für Südafrika enthalten; der Handel zwischen diesen Teilgebieten ist nicht enthalten.

# Tabelle 6 Struktur des Verarbeitenden Gewerbes

	Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (in Mio \$ zu laufenden Preisen)		Verteilung der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (in % und jeweiligen Preisen)									
			Nahrungsmittel, Getränke und Tabak		Textilien und Bekleidung		Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeuge		Chemische Erzeug- nisse		Übriges Verarbeitendes Gewerbe <sup>a</sup>	
	1970	1988	1970	1988	1970	1988	1970	1988	1970	1988	1970	1988
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>46.114s</b>	<b>227.368s</b>										
China und Indien	38.393s	185.094s										
Übrige Länder	7.078s	39.091s										
1 Mosambik	..	..	51	..	13	..	5	..	3	..	28	..
2 Äthiopien	149	579	46	48	31	19	0	2	2	4	21	27
3 Tansania	116	111	36	..	28	..	5	..	4	..	26	..
4 Somalia	26	53	88	59	6	13	0	2	1	13	6	13
5 Bangladesch <sup>b</sup>	387	1.390	30	22	47	35	3	5	11	22	10	17
6 Laos, Dem. VR <sup>b</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
7 Malawi	..	154	51	..	17	..	3	..	10	..	20	..
8 Nepal	32	165	..	41	..	24	..	3	..	6	..	26
9 Tschad <sup>b</sup>	51	163	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
10 Burundi	16	92	53	..	25	..	0	..	6	..	16	..
11 Sierra Leone	22	53	..	65	..	1	..	..	..	4	..	30
12 Madagaskar <sup>b</sup>	..	275	36	..	28	..	6	..	7	..	23	..
13 Nigeria	543	2.989	36	..	26	..	1	..	6	..	31	..
14 Uganda	158	213	40	..	20	..	2	..	4	..	34	..
15 Zaire <sup>b</sup>	..	982	38	..	16	..	7	..	10	..	29	..
16 Mali <sup>b</sup>	25	135	36	..	40	..	4	..	5	..	14	..
17 Niger <sup>b</sup>	30	167	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
18 Burkina Faso	65	376	69	..	9	..	2	..	1	..	19	..
19 Ruanda <sup>b</sup>	8	328	86	65	0	3	3	0	2	5	8	28
20 Indien	7.928	43.511	13	10	21	13	20	27	14	17	32	33
21 China <sup>b</sup>	30.465 <sup>c</sup>	141.583 <sup>c</sup>	..	12	..	14	..	25	..	11	..	38
22 Haiti <sup>b</sup>	..	362	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
23 Kenia	174	849	33	40	9	10	16	12	9	9	33	28
24 Pakistan	1.462	5.749	24	34	38	15	6	11	9	10	23	29
25 Benin	19	80	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
26 Zentralafrikanische Rep.	12	87	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
27 Ghana <sup>b</sup>	252	528	34	40	16	6	4	1	4	7	41	47
28 Togo <sup>b</sup>	25	106	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
29 Sambia <sup>b</sup>	181	1.149	49	..	9	..	5	..	10	..	27	..
30 Guinea <sup>b</sup>	..	85	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
31 Sri Lanka	321	984	26	54	19	18	10	1	11	4	33	23
32 Lesotho	3	49	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Indonesien <sup>b</sup>	994	15.574	..	26	..	13	..	3	..	9	..	49
34 Mauretanien	10	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
35 Afghanistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	..	16	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
37 Kamputschea, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	15	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
39 Myanmar	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
40 Sudan	140	..	39	..	34	..	3	..	5	..	19	..
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>68.813s</b>	<b>500.413s</b>										
Untere Einkommenskategorie	35.612s	202.745s										
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien <sup>b</sup>	135	568	33	32	34	8	1	1	6	5	26	54
44 Ägypten, Arab. Rep.	..	..	17	29	35	20	9	9	12	17	27	25
45 Senegal <sup>b</sup>	141	939	51	48	19	15	2	6	6	7	22	24
46 Jemen, Rep. <sup>b</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	293	1.327	24	35	16	15	9	9	11	10	40	32
48 Philippinen <sup>b</sup>	1.622	9.834	39	41	8	7	8	9	13	10	32	32
49 Côte d'Ivoire	149	..	27	..	16	..	10	..	5	..	42	..
50 Dominikanische Rep. <sup>b</sup>	275	743	74	..	5	..	1	..	6	..	14	..
51 Marokko <sup>b</sup>	641	3.894	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
52 Papua-Neuguinea <sup>b</sup>	35	340	23	..	1	..	35	..	4	..	37	..
53 Honduras	91	615	58	51	10	7	1	2	4	5	28	35
54 Guatemala <sup>b</sup>	..	..	42	38	14	11	4	4	12	18	27	29
55 Kongo, VR <sup>b</sup>	..	198	65	..	4	..	1	..	8	..	22	..
56 Syrien, Arab. Rep. <sup>b</sup>	..	..	37	33	40	19	3	5	2	5	20	38
57 Kamerun <sup>b</sup>	119	1.708	50	..	15	..	4	..	3	..	27	..
58 Peru <sup>b</sup>	1.430	6.101	25	28	14	14	7	11	7	9	47	38
59 Ecuador <sup>b</sup>	305	2.156	43	31	14	13	3	7	8	8	32	41
60 Namibia	..	79	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay <sup>b</sup>	99	662	56	..	16	..	1	..	5	..	21	..
62 El Salvador <sup>b</sup>	194	962	40	36	30	15	3	6	8	17	18	26
63 Kolumbien	1.487	8.149	31	30	20	15	8	10	11	13	29	31
64 Thailand <sup>b</sup>	1.130	14.760	43	29	13	18	9	13	6	7	29	33
65 Jamaika <sup>b</sup>	221	685	46	..	7	..	..	..	10	..	36	..
66 Tunesien	121	1.411	29	20	18	20	4	4	13	9	36	47

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (in Mio \$ zu laufenden Preisen)		Verteilung der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (in % und jeweiligen Preisen)									
			Nahrungsmittel, Getränke und Tabak		Textilien und Bekleidung		Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeuge		Chemische Erzeug- nisse		Übriges Verarbeitendes Gewerbe <sup>a</sup>	
	1970	1988	1970	1988	1970	1988	1970	1988	1970	1988	1970	1988
67 Türkei	1.930	16.793	26	18	15	16	8	14	7	11	45	41
68 Botsuana <sup>b</sup>	5	99	..	34	..	10	..	0	..	6	..	30
69 Jordanien	..	619	21	25	14	4	7	1	6	8	52	62
70 Panama <sup>b</sup>	127	329	41	53	9	6	1	2	5	8	44	30
71 Chile <sup>b</sup>	2.092	..	17	23	12	7	11	4	5	8	55	57
72 Costa Rica <sup>b</sup>	..	..	48	47	12	8	6	6	7	8	28	31
73 Polen <sup>b</sup>	..	..	20	9	19	16	24	32	8	7	28	36
74 Mauritius	26	419	75	23	6	51	5	3	3	5	12	18
75 Mexiko <sup>b</sup>	8.449	46.932	28	22	15	11	13	13	11	14	34	40
76 Argentinien <sup>b</sup>	5.750	18.646	20	22	18	11	17	14	7	12	38	41
77 Malaysia <sup>b</sup>	500	..	26	18	3	6	8	23	9	13	54	39
78 Algerien <sup>b</sup>	682	5.446	32	20	20	17	9	13	4	3	35	47
79 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
80 Libanon <sup>b</sup>	..	..	27	..	19	..	1	..	3	..	49	..
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua <sup>b</sup>	159	642	53	..	14	..	2	..	8	..	23	..
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>32.492s</b>	<b>..</b>										
83 Venezuela <sup>b</sup>	2.140	12.373	30	22	13	9	9	11	8	12	39	46
84 Südafrika	3.914	19.046	15	14	13	8	17	20	10	11	45	48
85 Brasilien	10.429	98.880	16	14	13	10	22	21	10	13	39	42
86 Ungarn <sup>b</sup>	..	..	12	8	13	10	28	30	8	14	39	38
87 Uruguay	..	1.576	34	31	21	18	7	10	6	10	32	31
88 Jugoslawien	..	..	10	14	15	16	23	25	7	9	45	37
89 Gabun <sup>b</sup>	22	331	37	..	7	..	6	..	6	..	44	..
90 Iran, Islam. Rep.	1.501	10.695	30	..	20	..	18	..	6	..	26	..
91 Trinidad u. Tobago	198	357	18	46	3	5	7	8	2	3	70	38
92 Tschechoslowakei <sup>b</sup>	..	..	9	8	12	10	34	36	6	7	39	39
93 Portugal <sup>b</sup>	..	..	18	16	19	23	13	13	10	10	39	38
94 Korea Rep. <sup>b</sup>	1.880	54.212	26	11	17	15	11	32	11	9	36	33
95 Oman <sup>b</sup>	..	319	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
96 Libyen	81	1.500	64	..	5	..	0	..	12	..	20	..
97 Griechenland	1.642	7.170	20	21	20	25	13	11	7	8	40	36
98 Irak	325	..	26	14	14	9	7	10	3	16	50	50
99 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>116.441s</b>	<b>728.404s</b>										
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>3.595s</b>	<b>18.133s</b>										
<b>Ostasien</b>	<b>37.466s</b>	<b>250.728s</b>										
<b>Südostasien</b>	<b>10.357s</b>	<b>52.644s</b>										
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>..</b>	<b>..</b>										
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>34.769s</b>	<b>211.640s</b>										
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>38.653s</b>	<b>242.284s</b>										
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>644.505s</b>	<b>..</b>										
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>637.343s</b>	<b>..</b>										
<b>+Übrige</b>	<b>5.631s</b>	<b>103.254s</b>										
100 +Saudi-Arabien <sup>c</sup>	372	6.606	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
101 Irland	785	1.019	31	25	19	4	13	33	7	16	30	22
102 Spanien <sup>b</sup>	..	..	13	19	15	8	16	24	11	10	45	39
103 +Israel <sup>b</sup>	..	..	15	15	14	9	23	29	7	8	41	39
104 +Hongkong	1.013	10.781	4	6	41	38	16	22	2	2	36	33
105 +Singapur <sup>b</sup>	379	7.406	12	5	5	4	28	52	4	12	51	27
106 Neuseeland <sup>b</sup>	1.777	7.123	24	25	13	10	15	16	4	5	43	45
107 Australien <sup>b</sup>	9.047	41.697	16	18	9	8	24	19	7	8	43	46
108 Großbritannien	35.739	140.879	13	13	9	6	31	32	10	12	37	38
109 Italien <sup>b</sup>	29.016	192.884	10	8	13	13	24	32	13	10	40	36
110 Niederlande <sup>b</sup>	8.545	45.236	17	19	8	3	27	25	13	14	36	38
111 +Kuwait <sup>b</sup>	120	2.089	5	7	4	5	1	3	4	4	86	81
112 Belgien <sup>b</sup>	8.226	33.809	17	20	12	8	22	23	9	14	40	36
113 Österreich <sup>b</sup>	4.873	33.723	17	16	12	7	19	26	6	7	45	44
114 Frankreich <sup>b</sup>	68.201	202.734	12	13	10	7	26	30	8	9	44	42
115 +Vereinigte Arab. Emirate	..	2.126	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
116 Kanada	16.924	..	16	14	8	6	23	26	7	9	46	46
117 Deutschland <sup>b</sup>	70.888	377.173	13	9	8	4	32	41	9	13	38	32
118 Dänemark	2.929	18.088	20	22	8	5	24	23	8	10	40	40
119 Vereinigte Staaten <sup>b</sup>	253.711	865.605	12	12	8	5	31	35	10	10	39	38
120 Schweden	..	38.742	10	10	6	2	30	34	5	9	49	46
121 Finnland	2.588	22.370	13	13	10	5	20	23	6	7	51	53
122 Norwegen	2.416	13.941	15	19	7	2	23	23	7	8	49	48
123 Japan <sup>b</sup>	73.339	831.779	8	9	8	5	34	38	11	10	30	38
124 Schweiz <sup>b</sup>	..	..	10	..	7	..	31	..	9	..	42	..
<b>Übrige Länder</b>	<b>..</b>	<b>..</b>										
<b>Gesamte Welt</b>	<b>860.368s</b>	<b>..</b>										
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>	<b>6.157s</b>	<b>46.844s</b>										

<sup>a</sup> Einschließlich nicht zurechenbarer Daten; vgl. Technische Erläuterungen. <sup>b</sup> Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zu Käuferpreisen. <sup>c</sup> Schätzung der Weltbank.

# Tabelle 7 Einkommen und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe

	Einkommen je Beschäftigten					Gesamteinkommen in % der Wertschöpfung				Bruttoproduktion je Beschäftigten (1980=100)			
	Zuwachsrate		Index (1980=100)										
	1970-80	1980-88	1986	1987	1988	1970	1986	1987	1988	1970	1986	1987	1988
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>													
<b>China und Indien</b>													
<b>Übrige Länder</b>													
1 Mosambik	..	..	..	..	..	29	..	..	..	..	..	..	..
2 Äthiopien	-4,6	0,2	97	106	100	24	19	20	20	61	114	115	118
3 Tansania	..	-12,7	..	..	..	42	..	..	..	122	..	..	..
4 Somalia	-5,1	..	..	..	..	28	27	..	..	..	..	..	..
5 Bangladesch	-3,0	0,0	99	94	95	26	30	29	28	116	115	122	131
6 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
7 Malawi	..	1,4	..	..	..	37	..	..	..	126	..	..	..
8 Nepal	..	..	..	..	..	..	22	25	..	..	..	..	..
9 Tschad	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
10 Burundi	-7,5	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
11 Sierra Leone	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
12 Madagaskar	-0,9	-10,3	..	..	..	36	..	..	..	106	..	..	..
13 Nigeria	-0,8	..	..	..	..	18	..	..	..	105	..	..	..
14 Uganda	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
15 Zaire	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
16 Mali	..	..	..	..	..	46	..	..	..	..	..	..	..
17 Niger	..	0,4	61	68	..	..	7	7	6	..	..	..	..
18 Burkina Faso	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
19 Ruanda	..	..	..	..	..	22	10	..	..	..	..	..	..
20 Indien	0,4	3,4	123	130	..	47	49	49	..	83	155	167	..
21 China	..	4,2	124	..	..	..	15	..	..	..	131	..	..
22 Haiti	-3,3	4,6	116	153	157	..	..	..	..	..	..	..	..
23 Kenia	-3,4	-0,1	97	102	106	50	44	44	44	42	165	186	182
24 Pakistan	3,4	5,0	127	..	..	21	19	..	..	51	146	..	..
25 Benin	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
26 Zentralafrikanische Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	85	..	..
27 Ghana	..	7,8	170	..	..	23	14	..	..	193	133	..	..
28 Togo	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
29 Sambia	-3,2	..	..	..	..	34	..	..	..	109	..	..	..
30 Guinea	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
31 Sri Lanka	..	1,7	102	105	..	..	..	17	..	70	132	130	..
32 Lesotho	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Indonesien	5,0	6,0	144	..	..	26	19	..	..	42	162	..	..
34 Mauretanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
35 Afghanistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
37 Kamputschea, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	..	1,7	99	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
39 Myanmar	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
40 Sudan	..	..	..	..	..	31	..	..	..	..	..	..	..
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>													
<b>Untere Einkommenskategorie</b>													
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	0,0	-10,3	41	50	46	43	24	28	26	65	32	35	34
44 Ägypten, Arab. Rep.	4,1	0,5	103	..	..	54	56	..	..	89	191	..	..
45 Senegal	-4,9	..	..	..	..	..	44	..	..	..	..	..	..
46 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	1,6	-0,9	100	98	100	43	36	35	34	98	116	115	116
48 Philippinen	-3,7	4,0	120	145	..	21	21	26	25	102	112	121	..
49 Côte d'Ivoire	-0,9	..	..	..	..	27	..	..	..	52	..	..	..
50 Dominikanische Rep.	-1,1	-4,4	..	..	..	35	..	..	..	63	..	..	..
51 Marokko	..	-3,6	76	80	..	..	..	..	..	..	95	95	..
52 Papua-Neuguinea	2,9	-1,9	..	..	..	40	..	..	..	..	..	..	..
53 Honduras	..	..	..	..	..	..	41	41	40	..	..	..	..
54 Guatemala	-3,2	-2,7	85	89	89	..	22	19	19	..	..	..	..
55 Kongo, VR	..	..	..	..	..	34	..	..	..	..	..	..	..
56 Syrien, Arab. Rep.	2,6	-5,5	87	70	64	33	35	32	..	70	158	207	..
57 Kamerun	3,2	..	..	..	..	30	..	..	..	80	..	..	..
58 Peru	..	-3,0	86	95	..	..	18	18	..	82	63	70	..
59 Ecuador	3,3	-1,3	103	98	95	27	38	36	35	83	109	114	101
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
62 El Salvador	2,4	-9,4	..	..	..	28	..	..	..	71	87	..	..
63 Kolumbien	-0,2	3,2	116	114	115	25	16	17	15	86	127	150	148
64 Thailand	1,0	6,3	142	..	..	25	23	24	24	68	135	..	..
65 Jamaika	-0,2	..	..	..	..	43	..	..	..	..	..	..	..
66 Tunesien	4,2	..	..	..	..	44	..	..	..	95	..	..	..

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Einkommen je Beschäftigten					Gesamteinkommen in % der Wertschöpfung				Bruttoproduktion je Beschäftigten (1980=100)			
	Zuwachsrates		Index (1980=100)										
	1970-80	1980-88	1986	1987	1988	1970	1986	1987	1988	1970	1986	1987	1988
67 Türkei	6,1	-3,3	81	86	82	26	16	17	16	108	154	169	172
68 Botsuana	2,6	-5,7	71	..	..	..	36	..	..	..	56	..	..
69 Jordanien	..	-1,1	99	99	..	37	28	25	..	..	..	..	..
70 Panama	0,2	3,2	125	124	123	32	33	32	37	67	84	90	..
71 Chile	8,1	-1,7	98	99	105	19	17	17	17	60	..	..	..
72 Costa Rica	..	..	..	..	..	41	30	33	31	..	..	..	..
73 Polen	..	..	..	..	..	24	23	22	23	..	..	..	..
74 Mauritius	1,8	-1,0	86	93	98	34	44	43	44	139	72	69	68
75 Mexiko	1,2	-5,2	70	71	72	44	20	20	20	77	112	106	111
76 Argentinien	-1,5	1,4	111	103	97	30	21	19	18	71	103	136	125
77 Malaysia	2,0	4,4	133	130	140	29	30	29	30	96	..	..	..
78 Algerien	-1,0	..	..	..	..	45	..	..	..	120	..	..	..
79 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
80 Libanon	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua	..	-10,0	..	..	..	16	..	..	..	210	..	..	..
<b>Obere Einkommenskategorie</b>													
83 Venezuela	3,8	0,1	106	102	98	31	27	25	28	118	121	138	182
84 Südafrika	2,7	0,0	101	100	104	46	49	49	48	..	..	..	..
85 Brasilien	4,0	0,0	113	110	109	22	17	15	15	71	114	124	116
86 Ungarn	3,6	2,2	111	112	125	28	34	33	39	41	111	112	111
87 Uruguay	..	1,0	108	116	118	..	25	26	26	..	113	120	130
88 Jugoslawien	1,3	-1,5	97	93	88	39	33	30	26	59	98	89	97
89 Gabun	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
90 Iran, Islam. Rep.	..	..	..	..	..	25	..	..	..	84	..	..	..
91 Trinidad u. Tobago	..	-0,7	..	..	..	..	72	70	..	..	..	..	..
92 Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	49	41	40	39	..	..	..	..
93 Portugal	2,5	0,2	95	100	107	34	39	36	37	..	..	..	..
94 Korea, Rep.	10,0	5,9	128	144	153	25	26	27	27	40	146	166	191
95 Oman	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
96 Libyen	..	..	..	..	..	37	..	..	..	45	..	..	..
97 Griechenland	4,9	1,1	111	103	..	32	43	43	..	56	114	112	..
98 Irak	..	..	..	..	..	36	25	..	..	..	..	..	..
99 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>													
<b>Afrika südlich der Sahara</b>													
<b>Ostasien</b>													
<b>Südostasien</b>													
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>													
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>													
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>													
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>													
<b>OECD-Mitglieder</b>													
<b>+Übrige</b>													
100 +Saudi-Arabien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
101 Irland	4,1	2,3	105	111	119	49	33	32	31	..	..	..	..
102 Spanien	4,4	0,8	101	104	107	52	38	37	37	..	112	..	..
103 +Israel	8,8	-4,5	65	93	72	36	40	63	43	..	..	..	..
104 +Hongkong	6,4	4,5	124	135	137	..	60	57	56	..	..	..	..
105 +Singapur	3,0	5,2	148	146	148	36	32	29	28	73	111	121	122
106 Neuseeland	1,1	-1,0	97	..	..	62	58	..	..	..	124	..	..
107 Australien	2,9	0,2	104	103	103	53	48	47	47	..	117	119	121
108 Großbritannien	1,7	2,8	115	119	124	52	43	41	41	..	..	..	..
109 Italien	4,3	0,8	102	105	110	41	42	41	41	51	126	129	139
110 Niederlande	2,5	0,3	100	104	..	52	46	47	..	68	107	110	..
111 +Kuwait	..	3,8	123	..	..	12	28	..	..	..	74	..	..
112 Belgien	4,6	-0,1	100	102	..	46	46	46	..	51	118	126	..
113 Österreich	3,4	1,9	110	113	119	47	56	56	57	65	113	113	118
114 Frankreich	..	1,2	..	..	..	..	..	..	..	72	106	108	116
115 +Vereinigte Arab. Emirate	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
116 Kanada	1,8	0,4	101	100	104	53	45	44	44	..	..	..	..
117 Deutschland	3,5	1,7	107	110	113	46	43	43	42	60	106	103	108
118 Dänemark	2,5	0,5	100	103	104	56	53	53	53	..	..	..	..
119 Vereinigte Staaten	0,1	1,8	108	107	107	47	39	37	36	63	116	124	..
120 Schweden	0,4	0,6	100	102	103	52	37	35	34	..	..	..	..
121 Finnland	2,6	2,6	115	118	122	47	49	46	44	..	..	..	..
122 Norwegen	2,6	1,7	107	109	110	50	60	59	56	74	117	117	123
123 Japan	3,1	1,9	112	113	117	32	37	35	34	45	116	122	132
124 Schweiz	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Übrige Länder</b>													
<b>Gesamte Welt</b>													
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>													

# Tabelle 8 Wachstum von Verbrauch und Investitionen

	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (%)					
	Öffentlicher Verbrauch		Privater Verbrauch usw.		Bruttoinlandsinvestitionen	
	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>5,7w</b>	<b>6,8w</b>	<b>4,1w</b>	<b>5,1w</b>	<b>7,5w</b>	<b>7,6w</b>
China und Indien	5,0w	8,6w	4,0w	6,5w	7,2w	9,8w
Übrige Länder	6,7w	3,8w	4,3w	2,2w	8,3w	1,5w
1 Mosambik	..	-2,7	..	0,9	..	0,4
2 Äthiopien	6,4	..	3,0	..	-0,1	..
3 Tansania	a	8,1	3,5	2,4	6,2	2,1
4 Somalia	12,7	7,0	4,5	0,9	12,1	-2,7
5 Bangladesch	a	a	2,8	3,9	0,0	-0,1
6 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..
7 Malawi	5,7	3,9	3,6	2,2	9,1	-4,5
8 Nepal	..	..	..	..	..	..
9 Tschad	..	..	..	..	..	..
10 Burundi	7,3	5,4	7,5	2,4	9,0	9,3
11 Sierra Leone	a	0,5	3,0	-2,3	-1,0	-3,3
12 Madagaskar	2,0	0,6	1,2	-0,6	1,5	0,1
13 Nigeria	13,9	-2,6	6,9	-4,8	14,7	-12,9
14 Uganda	a	..	1,4	..	-5,7	..
15 Zaire	0,7	4,0	1,8	1,9	6,6	3,3
16 Mali	1,9	3,0	5,2	2,7	1,8	10,8
17 Niger	2,9	1,8	-1,4	-0,9	6,3	-7,7
18 Burkina Faso	8,7	7,3	2,5	3,3	8,5	6,9
19 Ruanda	6,2	4,6	4,5	0,3	9,0	8,8
20 Indien	4,7	8,2	2,6	5,6	4,5	4,5
21 China	5,6	9,3	6,2	7,5	10,7	13,7
22 Haiti	1,9	-1,4	2,4	0,3	14,8	-3,8
23 Kenia	10,6	1,7	5,2	5,1	7,2	0,4
24 Pakistan	4,7	10,9	4,5	4,5	2,4	5,7
25 Benin	0,7	-0,1	1,9	2,7	10,4	-9,3
26 Zentralafrikanische Rep.	-1,1	-2,5	4,9	2,1	-5,4	5,7
27 Ghana	3,8	-2,3	1,2	2,2	-1,3	6,9
28 Togo	9,5	1,7	1,2	5,1	9,0	-2,9
29 Sambia	5,1	-5,4	-0,7	4,1	-3,6	-4,5
30 Guinea	..	..	..	..	..	..
31 Sri Lanka	1,1	8,3	4,1	3,9	11,5	-0,7
32 Lesotho	12,4	-0,4	9,9	0,6	17,8	4,4
33 Indonesien	11,4	4,4	5,2	4,3	16,1	6,8
34 Mauretanien	10,0	-3,5	1,3	3,5	19,2	-5,4
35 Afghanistan	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	..	..	..	..	..	..
37 Kamputschea, Dem.	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	3,4	..	3,2	..	6,4	..
39 Myanmar	..	..	..	..	..	..
40 Sudan	0,2	..	4,4	..	6,4	..
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>7,2w</b>	<b>2,3w</b>	<b>5,9w</b>	<b>2,8w</b>	<b>8,5w</b>	<b>-0,3w</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>6,7w</b>	<b>1,9w</b>	<b>4,9w</b>	<b>2,4w</b>	<b>7,5w</b>	<b>-1,4w</b>
42 Angola	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	8,2	-1,9	3,1	1,7	4,4	-11,6
44 Ägypten, Arab. Rep.	a	3,8	6,7	3,6	11,3	0,6
45 Senegal	2,9	1,6	1,7	2,9	3,9	3,9
46 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	10,6	9,4	5,1	-2,2	0,9	2,7
48 Philippinen	7,7	1,4	4,9	3,1	8,5	-7,8
49 Côte d'Ivoire	13,2	-6,3	6,9	7,3	10,7	-12,1
50 Dominikanische Rep.	0,2	1,8	7,8	0,8	13,5	5,4
51 Marokko	10,9	4,7	5,4	2,8	11,4	4,5
52 Papua-Neuguinea	0,1	-0,3	5,3	1,3	1,4	-1,7
53 Honduras	6,9	4,8	4,8	2,2	6,8	-0,5
54 Guatemala	6,2	2,4	5,1	0,5	7,4	-2,4
55 Kongo, VR	5,5	4,0	1,9	3,7	4,5	-10,7
56 Syrien, Arab. Rep.	..	-3,0	..	2,6	..	-5,1
57 Kamerun	5,0	6,4	4,1	3,0	9,9	1,7
58 Peru	6,3	-1,5	4,9	1,6	0,3	-4,5
59 Ecuador	12,2	-2,2	7,2	1,9	9,5	-3,2
60 Namibia	..	4,3	..	1,1	..	-7,0
61 Paraguay	5,1	4,8	6,6	1,9	13,5	-1,9
62 El Salvador	7,0	3,1	4,2	0,3	6,6	2,7
63 Kolumbien	6,7	3,6	5,8	2,9	5,8	0,3
64 Thailand	9,5	5,6	6,4	7,2	8,0	5,7
65 Jamaika	9,7	0,1	2,9	2,1	-3,1	3,7
66 Tunesien	7,2	3,6	8,8	3,5	4,6	-4,4

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

		Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (%)					
		Öffentlicher Verbrauch		Privater Verbrauch usw.		Bruttoinlandsinvestitionen	
		1965-80	1980-89	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89
67 Türkei		6,1	2,7	5,4	5,6	8,8	3,7
68 Botswana		12,0	12,5	10,2	6,8	21,0	0,4
69 Jordanien		..	..	..	..	..	..
70 Panama		7,4	1,0	4,6	1,4	5,9	-15,6
71 Chile		4,0	-0,2	0,9	1,1	0,5	2,7
72 Costa Rica		6,8	0,9	5,1	3,0	9,4	4,9
73 Polen		..	1,9	5,7	2,1	..	2,1
74 Mauritius		7,1	2,8	6,4	4,7	8,3	15,0
75 Mexiko		8,5	2,1	5,9	0,7	8,5	-5,0
76 Argentinien		3,2	-1,3	2,8	0,3	4,6	-7,8
77 Malaysia		8,5	2,5	6,2	3,3	10,4	1,3
78 Algerien		8,6	4,0	5,0	3,1	15,9	-1,1
79 Bulgarien		..	6,5	..	2,6	..	4,2
80 Libanon		..	..	..	..	..	..
81 Mongolei		..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua		6,1	9,5	2,2	-5,6	..	0,7
<b>Obere Einkommenskategorie</b>		<b>7,5w</b>	<b>2,6w</b>	<b>6,8w</b>	<b>3,2w</b>	<b>9,4w</b>	<b>0,6w</b>
83 Venezuela		..	1,8	..	0,7	..	-3,8
84 Südafrika		5,3	3,7	3,8	2,2	4,1	-4,5
85 Brasilien		6,8	7,1	8,7	2,4	11,3	0,7
86 Ungarn		..	2,0	5,7	1,5	7,0	-1,2
87 Uruguay		3,2	1,2	2,3	0,0	8,0	-7,9
88 Jugoslawien		3,6	0,8	10,1	-1,8	6,5	-0,4
89 Gabun		10,7	3,3	7,5	-0,2	14,1	-4,9
90 Iran, Islam. Rep.		14,6	-3,5	4,0	6,8	11,5	0,3
91 Trinidad u. Tobago		8,9	1,4	3,4	-7,3	12,1	-7,7
92 Tschechoslowakei		..	3,7	..	2,0	..	-1,0
93 Portugal		8,1	2,5	6,6	5,0	4,6	-2,7
94 Korea, Rep.		7,7	5,7	8,0	7,8	15,9	11,6
95 Oman		..	..	..	13,6	..	18,4
96 Libyen		19,7	..	19,1	..	7,3	..
97 Griechenland		6,6	2,8	5,1	2,9	5,3	-1,7
98 Irak		..	..	..	..	..	..
99 Rumänien		..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>		<b>6,9w</b>	<b>3,3w</b>	<b>5,3w</b>	<b>3,5w</b>	<b>8,2w</b>	<b>2,0w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>		<b>7,0w</b>	<b>1,1w</b>	<b>4,0w</b>	<b>0,7w</b>	<b>8,6w</b>	<b>-3,9w</b>
<b>Ostasien</b>		<b>7,4w</b>	<b>5,8w</b>	<b>6,3w</b>	<b>6,4w</b>	<b>11,1w</b>	<b>9,9w</b>
<b>Südostasien</b>		<b>4,6w</b>	<b>8,7w</b>	<b>2,9w</b>	<b>5,4w</b>	<b>4,3w</b>	<b>4,1w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>		<b>..</b>	<b>1,2w</b>	<b>..</b>	<b>3,6w</b>	<b>..</b>	<b>-0,1w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>		<b>6,2w</b>	<b>3,1w</b>	<b>6,1w</b>	<b>1,4w</b>	<b>8,1w</b>	<b>-2,3w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>		<b>6,4w</b>	<b>2,9w</b>	<b>6,1w</b>	<b>1,8w</b>	<b>8,3w</b>	<b>-2,0w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>		<b>2,6w</b>	<b>2,6w</b>	<b>4,0w</b>	<b>3,1w</b>	<b>3,7w</b>	<b>4,2w</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>		<b>2,5w</b>	<b>2,6w</b>	<b>4,0w</b>	<b>3,0w</b>	<b>3,6w</b>	<b>4,3w</b>
<b>Übrige</b>		<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
100 Saudi-Arabien		..	..	20,0	..	27,5	..
101 Irland		6,1	-0,4	4,6	1,1	6,3	-2,3
102 Spanien		5,1	4,9	4,7	2,6	3,7	5,3
103 Israel		8,8	0,5	5,9	5,1	5,9	0,9
104 Hongkong		7,7	5,3	9,0	7,1	8,6	3,0
105 Singapur		10,2	7,1	7,8	5,6	13,3	2,8
106 Neuseeland		3,4	0,9	2,2	1,6	1,5	4,8
107 Australien		5,0	3,5	4,1	3,4	2,7	3,7
108 Großbritannien		2,3	1,0	2,8	3,4	1,3	6,9
109 Italien		3,5	2,9	4,6	2,6	3,4	2,1
110 Niederlande		3,0	1,1	4,6	1,5	1,6	2,1
111 Kuwait		..	0,5	5,9	0,7	11,9	-5,1
112 Belgien		..	0,5	..	1,6	..	2,1
113 Österreich		3,6	1,3	4,0	2,1	4,6	2,4
114 Frankreich		3,6	2,3	3,6	2,4	3,8	1,8
115 Vereinigte Arab. Emirate		..	-3,9	..	-5,0	..	-8,7
116 Kanada		6,9	2,1	7,2	3,6	5,3	5,6
117 Deutschland		3,5	1,5	3,8	1,5	1,7	1,9
118 Dänemark		4,8	1,0	2,3	2,0	1,2	4,2
119 Vereinigte Staaten		0,8	3,3	3,3	3,7	2,8	4,7
120 Schweden		4,1	1,6	2,3	1,9	1,2	4,2
121 Finnland		5,3	3,6	3,8	4,6	2,9	2,9
122 Norwegen		5,5	3,2	4,0	3,0	4,4	2,0
123 Japan		5,2	2,6	6,3	3,2	6,9	5,7
124 Schweiz		7,3	2,6	6,2	1,4	3,7	4,7
<b>Übrige Länder</b>		<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>Gesamte Welt</b>		<b>2,9w</b>	<b>2,7w</b>	<b>4,2w</b>	<b>3,1w</b>	<b>4,4w</b>	<b>3,7w</b>
<b>Ölexporteur (ohne UdSSR)</b>		<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>

<sup>a</sup> Gesonderte Angaben für den öffentlichen Verbrauch liegen nicht vor; er wird deshalb unter dem privaten Verbrauch usw. erfasst.

# Tabelle 9 Struktur der Nachfrage

Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)												
	Öffentlicher Verbrauch		Privater Verbrauch usw.		Bruttoinlands-investitionen		Bruttoinlands-ersparnis		Ausfuhr von Gütern und Dienstl. (ohne Faktoreink.)		Ressourcen-saldo	
	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>11w</b>	<b>9w</b>	<b>70w</b>	<b>64w</b>	<b>19w</b>	<b>28w</b>	<b>18w</b>	<b>26w</b>	<b>7w</b>	<b>14w</b>	<b>-1w</b>	<b>-2w</b>
<b>China und Indien</b>	<b>12w</b>	<b>8w</b>	<b>68w</b>	<b>62w</b>	<b>21w</b>	<b>31w</b>	<b>20w</b>	<b>30w</b>	<b>4w</b>	<b>11w</b>	<b>0w</b>	<b>-2w</b>
<b>Übrige Länder</b>	<b>9w</b>	<b>12w</b>	<b>77w</b>	<b>70w</b>	<b>14w</b>	<b>21w</b>	<b>12w</b>	<b>18w</b>	<b>16w</b>	<b>19w</b>	<b>-2w</b>	<b>-4w</b>
1 Mosambik	..	25	..	95	..	33	..	-19	..	16	..	-53
2 Äthiopien	11	26	77	69	13	13	12	5	12	12	-1	-8
3 Tansania	10	12	74	93	15	21	16	-5	26	16	1	-26
4 Somalia	8	23	84	91	11	21	8	-14	17	8	-3	-35
5 Bangladesch	9	8	83	91	11	12	8	1	10	8	-4	-11
6 Laos, Dem. VR	..	15	..	87	..	11	..	-2	..	14	..	-13
7 Malawi	16	15	84	81	14	19	0	4	19	19	-14	-15
8 Nepal	a	11	100	82	6	19	0	7	8	13	-6	-12
9 Tschad	20	21	74	92	12	9	6	-13	19	22	-6	-22
10 Burundi	7	17	89	78	6	18	4	5	10	12	-2	-13
11 Sierra Leone	8	10	83	85	12	11	8	5	30	13	-3	-6
12 Madagaskar	16	8	84	84	7	13	0	8	13	17	-7	-5
13 Nigeria	5	9	83	70	14	13	12	21	13	34	-2	8
14 Uganda	10	7	78	91	11	13	12	2	26	6	1	-11
15 Zaire	10	10	64	75	11	13	26	16	31	27	15	3
16 Mali	10	10	84	79	18	27	5	11	12	16	-13	-15
17 Niger	6	12	90	85	8	10	3	3	9	17	-5	-6
18 Burkina Faso	5	13	90	85	10	19	4	2	6	9	-6	-17
19 Ruanda	14	14	81	80	10	15	5	6	12	9	-5	-9
20 Indien	9	12	76	67	17	24	15	21	4	8	-2	-3
21 China	14	6	61	59	24	36	25	36	4	14	1	-1
22 Haiti	8	10	90	85	7	12	2	5	13	12	-5	-8
23 Kenia	15	19	70	61	14	25	15	20	31	23	1	-6
24 Pakistan	11	17	76	72	21	18	13	11	8	14	-8	-6
25 Benin	11	8	87	87	11	9	3	5	13	20	-8	-4
26 Zentralafrikanische Rep.	22	15	67	87	21	9	11	-1	27	19	-11	-11
27 Ghana	14	9	77	84	18	12	8	6	17	19	-10	-6
28 Togo	11	17	65	69	22	21	23	13	32	45	1	-7
29 Sambia	15	10	45	85	25	9	40	5	49	28	15	-4
30 Guinea	..	10	..	71	..	18	..	19	..	27	..	1
31 Sri Lanka	13	10	74	78	12	21	13	12	38	27	1	-9
32 Lesotho	18	19	109	136	11	66	-26	-55	16	15	-38	-121
33 Indonesien	5	9	87	53	8	35	8	37	5	26	0	2
34 Mauretanien	19	13	54	79	14	15	27	8	42	50	13	-7
35 Afghanistan	a	..	99	..	11	..	1	..	11	..	-10	..
36 Bhutan	..	14	..	67	..	39	..	19	..	30	..	-20
37 Kambodscha, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	12	..	61	..	17	..	27	..	50	..	10	..
39 Myanmar	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
40 Sudan	12	..	79	..	10	..	9	..	15	..	-1	..
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>11w</b>	<b>12w</b>	<b>67w</b>	<b>62w</b>	<b>22w</b>	<b>25w</b>	<b>21w</b>	<b>27w</b>	<b>17w</b>	<b>25w</b>	<b>0w</b>	<b>2w</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>10w</b>	<b>12w</b>	<b>71w</b>	<b>66w</b>	<b>19w</b>	<b>22w</b>	<b>19w</b>	<b>23w</b>	<b>15w</b>	<b>25w</b>	<b>-1w</b>	<b>0w</b>
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	9	11	74	80	22	13	17	9	21	19	-5	-4
44 Ägypten, Arab. Rep.	19	13	67	80	18	24	14	7	18	22	-4	-17
45 Senegal	17	16	75	73	12	15	8	11	24	27	-4	-5
46 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	12	24	65	55	15	21	23	21	..	30	8	1
48 Philippinen	9	9	70	73	21	19	21	18	17	25	0	-1
49 Côte d'Ivoire	11	18	61	69	22	10	29	13	37	35	7	3
50 Dominikanische Rep.	19	6	75	76	10	26	6	18	16	32	-4	-8
51 Marokko	12	16	76	65	10	24	12	19	18	23	1	-6
52 Papua-Neuguinea	34	25	64	64	22	23	2	11	18	41	-20	-12
53 Honduras	10	16	75	73	15	13	15	11	27	22	0	-2
54 Guatemala	7	8	82	84	13	14	10	8	17	17	-3	-5
55 Kongo, VR	14	21	80	60	22	13	5	19	36	51	-17	6
56 Syrien, Arab. Rep.	14	15	76	61	10	13	10	24	17	33	0	11
57 Kamerun	13	12	75	69	13	18	12	19	24	19	-1	1
58 Peru	10	10	59	68	34	20	31	22	16	13	-3	2
59 Ecuador	9	9	80	71	14	22	11	20	16	27	-3	-2
60 Namibia	..	28	..	56	..	17	..	15	..	55	..	-1
61 Paraguay	7	6	79	79	15	21	14	15	15	34	-1	-6
62 El Salvador	9	12	79	82	15	16	12	6	27	13	-2	-10
63 Kolumbien	8	10	75	66	16	20	17	24	11	18	1	4
64 Thailand	10	10	72	61	20	31	19	29	16	36	-1	-2
65 Jamaika	8	14	69	60	27	29	23	26	33	47	-4	-4
66 Tunesien	15	17	71	64	28	23	14	19	19	45	-13	-4

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)												
	Öffentlicher Verbrauch		Privater Verbrauch usw.		Bruttoinlands-investitionen		Bruttoinlands-ersparnis		Ausfuhr von Gütern und Dienstl. (ohne Faktoreink.)		Ressourcen-saldo	
	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989
67 Türkei	12	11	74	68	15	22	13	21	6	22	-1	-1
68 Botsuana	24	20	89	43	6	24	-13	37	32	64	-19	13
69 Jordanien	..	24	..	78	..	18	..	-2	..	53	..	-20
70 Panama	11	22	73	67	18	3	16	11	36	34	-2	9
71 Chile	11	10	73	66	15	20	16	24	14	38	1	3
72 Costa Rica	13	16	78	63	20	24	9	21	23	35	-10	-4
73 Polen	..	a	..	67	..	33	..	33	..	18	..	0
74 Mauritius	13	12	74	66	17	29	13	21	36	67	-4	-8
75 Mexiko	6	11	75	71	20	17	19	18	8	16	-2	1
76 Argentinien	8	10	69	71	19	12	22	19	8	16	3	7
77 Malaysia	15	14	61	52	20	30	24	34	42	74	4	4
78 Algerien	15	16	66	53	22	31	19	31	22	21	-3	0
79 Bulgarien	..	7	..	63	..	32	..	30	..	31	..	-2
80 Libanon	10	..	81	..	22	..	9	..	36	..	-13	..
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua	8	..	74	..	21	..	18	..	29	..	-3	..
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>12w</b>	<b>12w</b>	<b>61w</b>	<b>59w</b>	<b>24w</b>	<b>27w</b>	<b>25w</b>	<b>30w</b>	<b>20w</b>	<b>24w</b>	<b>1w</b>	<b>4w</b>
83 Venezuela	10	9	56	64	25	13	34	27	26	34	9	14
84 Südafrika	11	20	62	54	28	21	27	26	26	28	0	6
85 Brasilien	11	9	67	65	20	22	22	26	8	7	2	3
86 Ungarn	a	11	75	59	26	26	25	30	..	36	-1	3
87 Uruguay	15	13	68	72	11	9	18	15	19	24	7	6
88 Jugoslawien	18	6	52	40	30	48	30	53	22	34	0	5
89 Gabun	11	20	52	47	31	26	37	33	43	48	6	7
90 Iran, Islam. Rep.	13	11	63	61	17	30	24	28	20	3	6	-1
91 Trinidad u. Tobago	12	18	67	56	26	19	21	26	65	43	-5	7
92 Tschechoslowakei	..	22	..	48	..	28	..	30	..	35	..	2
93 Portugal	12	13	68	66	25	30	20	21	27	36	-5	-10
94 Korea, Rep.	9	10	83	52	15	35	8	37	9	34	-7	3
95 Oman	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
96 Libyen	14	..	36	..	29	..	50	..	53	..	21	..
97 Griechenland	12	22	73	69	26	18	15	9	9	24	-11	-9
98 Irak	20	..	50	..	16	..	31	..	38	..	15	..
99 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>11w</b>	<b>11w</b>	<b>68w</b>	<b>62w</b>	<b>20w</b>	<b>26w</b>	<b>20w</b>	<b>27w</b>	<b>13w</b>	<b>21w</b>	<b>-1w</b>	<b>1w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>10w</b>	<b>14w</b>	<b>73w</b>	<b>73w</b>	<b>14w</b>	<b>15w</b>	<b>14w</b>	<b>13w</b>	<b>23w</b>	<b>25w</b>	<b>1w</b>	<b>-3w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>13w</b>	<b>8w</b>	<b>64w</b>	<b>57w</b>	<b>22w</b>	<b>34w</b>	<b>23w</b>	<b>35w</b>	<b>7w</b>	<b>25w</b>	<b>0w</b>	<b>0w</b>
<b>Südasien</b>	<b>8w</b>	<b>12w</b>	<b>77w</b>	<b>69w</b>	<b>17w</b>	<b>22w</b>	<b>14w</b>	<b>18w</b>	<b>6w</b>	<b>9w</b>	<b>-3w</b>	<b>-4w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>13w</b>	<b>14w</b>	<b>65w</b>	<b>59w</b>	<b>22w</b>	<b>29w</b>	<b>21w</b>	<b>28w</b>	<b>19w</b>	<b>..</b>	<b>-2w</b>	<b>-2w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>9w</b>	<b>9w</b>	<b>69w</b>	<b>67w</b>	<b>20w</b>	<b>20w</b>	<b>21w</b>	<b>24w</b>	<b>13w</b>	<b>14w</b>	<b>1w</b>	<b>3w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>10w</b>	<b>9w</b>	<b>68w</b>	<b>67w</b>	<b>21w</b>	<b>21w</b>	<b>22w</b>	<b>23w</b>	<b>14w</b>	<b>15w</b>	<b>1w</b>	<b>2w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>22w</b>	<b>17w</b>	<b>61w</b>	<b>61w</b>	<b>17w</b>	<b>22w</b>	<b>17w</b>	<b>22w</b>	<b>13w</b>	<b>23w</b>	<b>1w</b>	<b>1w</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>22w</b>	<b>17w</b>	<b>61w</b>	<b>61w</b>	<b>17w</b>	<b>22w</b>	<b>17w</b>	<b>22w</b>	<b>13w</b>	<b>21w</b>	<b>1w</b>	<b>0w</b>
<b>+Übrige</b>	<b>14w</b>	<b>19w</b>	<b>57w</b>	<b>54w</b>	<b>25w</b>	<b>23w</b>	<b>27w</b>	<b>28w</b>	<b>48w</b>	<b>69w</b>	<b>2w</b>	<b>4w</b>
100 +Saudi-Arabien	18	32	34	47	14	21	48	21	60	37	34	-1
101 Irland	17	14	72	57	22	21	10	29	35	67	-9	10
102 Spanien	13	15	68	63	23	25	19	22	10	19	-3	-3
103 +Israel	20	29	65	59	29	16	15	12	19	34	-13	-4
104 +Hongkong	7	7	64	58	36	27	29	35	71	135	-7	8
105 +Singapur	10	11	80	46	22	35	10	43	123	191	-12	8
106 Neuseeland	14	14	64	58	23	32	22	28	22	27	-1	-3
107 Australien	16	18	60	59	26	26	23	23	15	16	-3	-3
108 Großbritannien	23	18	65	64	13	21	12	18	18	24	-1	-4
109 Italien	18	15	61	62	20	24	21	23	13	19	1	-1
110 Niederlande	21	17	59	60	20	19	19	23	43	58	-1	4
111 +Kuwait	13	23	26	46	16	19	60	31	68	56	45	12
112 Belgien	16	15	64	63	19	20	20	22	36	73	0	3
113 Österreich	20	17	59	55	22	27	21	28	25	40	-1	1
114 Frankreich	19	18	58	60	21	21	22	22	13	23	1	0
115 +Vereinigte Arab. Emirate	..	19	..	41	..	25	..	40	..	55	..	15
116 Kanada	21	19	60	59	20	23	20	23	19	25	0	0
117 Deutschland	21	19	56	54	23	22	23	27	19	35	0	6
118 Dänemark	19	25	59	53	24	19	22	23	29	35	-2	3
119 Vereinigte Staaten	25	20	63	67	12	15	12	13	6	12	1	-1
120 Schweden	21	26	56	52	24	22	23	22	22	33	-1	1
121 Finnland	18	18	62	54	22	30	21	28	20	24	-2	-2
122 Norwegen	16	20	56	48	29	27	28	32	41	41	-1	5
123 Japan	12	9	59	57	28	33	30	34	11	15	1	2
124 Schweiz	11	13	60	58	30	30	29	29	29	38	-1	0
<b>Übrige Länder</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>Gesamte Welt</b>	<b>19w</b>	<b>16w</b>	<b>63w</b>	<b>62w</b>	<b>18w</b>	<b>23w</b>	<b>18w</b>	<b>23w</b>	<b>12w</b>	<b>21w</b>	<b>0w</b>	<b>1w</b>
<b>Ölexporteur (ohne UdSSR)</b>	<b>11w</b>	<b>18w</b>	<b>60w</b>	<b>54w</b>	<b>20w</b>	<b>24w</b>	<b>28w</b>	<b>23w</b>	<b>29w</b>	<b>26w</b>	<b>9w</b>	<b>4w</b>

<sup>a</sup> Gesonderte Angaben für den öffentlichen Verbrauch liegen nicht vor; er wird deshalb unter dem privaten Verbrauch usw. erfaßt.

# Tabelle 10 Struktur des Verbrauchs

	Prozentualer Anteil am gesamten Verbrauch der privaten Haushalte <sup>a</sup>										
	Ernährung		Bekleidung und Schuhwerk	Bruttomieten; Brennstoffe und Strom		Medizinische Versorgung	Erziehung	Verkehr und Kommunikation		Übriger Verbrauch	
	Insgesamt	Getreide und Knollengewächse		Insgesamt	Brennstoffe und Strom			Insgesamt	Kraftfahrzeuge	Insgesamt	Übrige längerlebige Verbrauchsgüter
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>											
<b>China und Indien</b>											
<b>Übrige Länder</b>											
1 Mosambik	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
2 Äthiopien	50	24	6	14	7	3	2	8	1	17	2
3 Tansania	64	32	10	8	3	3	3	2	0	10	3
4 Somalia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
5 Bangladesch	59	36	8	17	7	2	1	3	0	10	3
6 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
7 Malawi	55	28	5	12	2	3	4	7	2	15	3
8 Nepal	57	38	12	14	6	3	1	1	0	13	2
9 Tschad	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
10 Burundi	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
11 Sierra Leone	56	22	4	15	6	2	3	12	..	9	1
12 Madagaskar	59	26	6	12	6	2	4	4	1	14	1
13 Nigeria	52	18	7	10	2	3	4	4	1	20	6
14 Uganda	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
15 Zaire	55	15	10	11	3	3	1	6	0	14	3
16 Mali	57	22	6	8	6	2	4	10	1	13	1
17 Niger	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
18 Burkina Faso	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
19 Ruanda	30	11	11	16	6	3	4	9	..	28	9
20 Indien	52	18	11	10	3	3	4	7	0	13	3
21 China	61 <sup>b</sup>	..	13	8	3	1	1	1	..	15	..
22 Haiti	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
23 Kenia	39	16	7	12	2	3	9	8	1	22	6
24 Pakistan	54	17	9	15	6	3	3	1	0	15	5
25 Benin	37	12	14	12	2	5	4	14	2	15	5
26 Zentralafrikanische Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
27 Ghana	50	..	13	11	..	3	5 <sup>c</sup>	3	..	15	..
28 Togo	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
29 Sambia	37	8	10	11	5	7	13	5	1	16	1
30 Guinea	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
31 Sri Lanka	43	18	7	6	3	2	3	15	1	25	5
32 Lesotho	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Indonesien	48	21	7	13	7	2	4	4	0	22	5
34 Mauretanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
35 Afghanistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
37 Kambodscha, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
39 Myanmar	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
40 Sudan	60	..	5	15	4	5	3	2	..	11	..
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>											
<b>Untere Einkommenskategorie</b>											
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	33	..	9	12	1	5	7	12	..	22	..
44 Ägypten, Arab. Rep.	50	10	11	9	3	3	6	4	1	18	3
45 Senegal	50	15	11	12	4	2	5	6	0	14	2
46 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	40	9	11	13	5	4	7	6	1	20	3
48 Philippinen	51	20	4	19	5	2	4	4	2	16	2
49 Côte d'Ivoire	40	14	10	5	1	9	4	10	..	23	3
50 Dominikanische Rep.	46	13	3	15	5	8	3	4	0	21	8
51 Marokko	40	12	11	9	2	4	6	8	1	22	5
52 Papua-Neuguinea	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
53 Honduras	39	..	9	21	..	8	5 <sup>c</sup>	3	..	15	..
54 Guatemala	36	10	10	14	5	13	4	3	0	20	5
55 Kongo, VR	42	19	6	11	4	3	1	17	1	20	4
56 Syrien, Arab. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
57 Kamerun	24	8	7	17	3	11	9	12	1	21	3
58 Peru	35	8	7	15	3	4	6	10	0	24	7
59 Ecuador	30	..	10	7 <sup>d</sup>	1 <sup>d</sup>	5	6 <sup>e</sup>	12 <sup>e</sup>	..	30	..
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	30	6	12	21	4	2	3	10	1	22	3
62 El Salvador	33	12	9	7	2	8	5	10	1	28	7
63 Kolumbien	29	..	6	12	2	7	6	13	..	27	..
64 Thailand	30	7	16	7	3	5	5	13	0	24	5
65 Jamaika	39	..	4	15	7	3 <sup>f</sup>	..	17	..	22	..
66 Tunesien	37	7	10	13	4	6	9	7	1	18	5

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

Prozentualer Anteil am gesamten Verbrauch der privaten Haushalte <sup>a</sup>											
	Ernährung			Bruttomieten; Brennstoffe und Strom		Medizi- nische Versorgung	Erziehung	Verkehr und Kommunikation		Übriger Verbrauch	
	Insgesamt	Getreide und Knollen- gewächse	Bekleidung und Schuhwerk	Insgesamt	Brennstoffe und Strom			Insgesamt	Kraftfahr- zeuge	Insgesamt	Übrige länger- lebige Ver- brauchsgüter
67 Türkei	40	8	15	13	7	4	1	5	..	22	..
68 Botsuana	35	13	8	15	5	4	9	8	2	22	7
69 Jordanien	35	..	5	6	..	5	8	6	..	35	..
70 Panama	38	7	3	11	3	8	9	7	0	24	6
71 Chile	29	7	8	13	2	5	6	11	0	29	5
72 Costa Rica	33	8	8	9	1	7	8	8	0	28	9
73 Polen	29	..	9	7	2	6	7	8	2	34	9
74 Mauritius	24	7	5	19	3	5	7	11	1	29	4
75 Mexiko	35 <sup>b</sup>	..	10	8	..	5	5	12	..	25	..
76 Argentinien	35	4	6	9	2	4	6	13	0	26	6
77 Malaysia	23	..	4	9	..	5	7	19	..	33	..
78 Algerien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
79 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
80 Libanon	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Obere Einkommenskategorie</b>											
83 Venezuela	23	..	7	10	..	8	5 <sup>c</sup>	11	..	36	..
84 Südafrika	26	..	7	12	..	4 <sup>f</sup>	..	17	..	34	..
85 Brasilien	35	9	10	11	2	6	5	8	1	27	8
86 Ungarn	25	..	9	10	5	5	7	9	2	35	8
87 Uruguay	31	7	7	12	2	6	4	13	0	27	5
88 Jugoslawien	27	..	10	9	4	6	5	11	2	32	9
89 Gabun	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
90 Iran, Islam. Rep.	37	10	9	23	2	6	5	6	1	14	5
91 Trinidad u. Tobago	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
92 Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
93 Portugal	34	..	10	8	3	6	5	13	3	24	7
94 Korea, Rep.	35	14	6	11	5	5	9	9	..	25	5
95 Oman	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
96 Libyen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
97 Griechenland	30	..	8	12	3	6	5	13	2	26	5
98 Irak	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
99 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>											
<b>Afrika südlich d. Sahara</b>											
<b>Ostasien</b>											
<b>Südostasien</b>											
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>											
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>											
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>											
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>											
<b>OECD-Mitglieder + Übrige</b>											
100 + Saudi-Arabien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
101 Irland	22	4	5	11	5	10	7	11	3	33	5
102 Spanien	24	3	7	16	3	7	5	13	3	28	6
103 + Israel	21	..	5	20	2	9	12	10	..	23	..
104 + Hongkong	12	1	9	15	2	6	5	9	1	44	15
105 + Singapur	19	..	8	11	..	7	12	13	..	30	..
106 Neuseeland	12	2	6	14	2	9	6	19	6	34	9
107 Australien	13	2	5	21	2	10	8	13	4	31	7
108 Großbritannien	12	2	6	17	4	8	6	14	4	36	7
109 Italien	19	2	8	14	4	10	7	11	3	31	7
110 Niederlande	13	2	6	18	6	11	8	10	3	33	8
111 + Kuwait	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
112 Belgien	15	2	6	17	7	10	9	11	3	31	7
113 Österreich	16	2	9	17	5	10	8	15	3	26	7
114 Frankreich	16	2	6	17	5	13	7	13	3	29	7
115 + Vereinigte Arab. Emirate	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
116 Kanada	11	2	6	21	4	5	12	14	5	32	8
117 Deutschland	12	2	7	18	5	13	6	13	4	31	9
118 Dänemark	13	2	5	19	5	8	9	13	5	33	7
119 Vereinigte Staaten	13	2	6	18	4	14	8	14	5	27	7
120 Schweden	13	2	5	19	4	11	8	11	2	32	7
121 Finnland	16	3	4	15	4	9	8	14	4	34	6
122 Norwegen	15	2	6	14	5	10	8	14	6	32	7
123 Japan	16	4	6	17	3	10	8	9	1	34	6
124 Schweiz	17	..	4	17	6	15	..	9	..	38	..
<b>Übrige Länder</b>											
<b>Gesamte Welt</b>											
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>											

<sup>a</sup> Angaben beziehen sich entweder auf 1980 oder auf 1985. <sup>b</sup> Einschließlich Getränke und Tabakwaren. <sup>c</sup> Bezieht sich nur auf die Staatsausgaben. <sup>d</sup> Ohne Brennstoffe. <sup>e</sup> Einschließlich Brennstoffe. <sup>f</sup> Ohne Staatsausgaben.

# Tabelle 11 Ausgaben der Zentralregierung

Prozentualer Anteil an den Gesamtausgaben																
	Verteidigung		Erziehung		Gesundheit		Wohnung; Gemeinschafts- einrichtungen; Sozial- versicherung u. Wohlfahrt <sup>a</sup>		Wirtschafts- förderung		Sonstiges <sup>a</sup>		Gesamt- ausgaben in % des BSP		Gesamt- überschuß/ defizit in % des BSP	
	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>																
<b>China und Indien</b>																
<b>Übrige Länder</b>																
1 Mosambik	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
2 Äthiopien	..	..	14,4	10,6	5,7	3,6	4,4	9,3	22,9	30,1	52,6	46,5	13,7	35,2	-1,4	-6,8
3 Tansania	11,9	..	17,3	..	7,2	..	2,1	..	39,0	..	22,6	..	19,7	..	-5,0	..
4 Somalia <sup>b</sup>	23,3	..	5,5	..	7,2	..	1,9	..	21,6	..	40,5	..	13,5	..	0,6	..
5 Bangladesch <sup>b</sup>	5,1	..	14,8	..	5,0	..	9,8	..	39,3	..	25,9	..	9,4	..	-1,9	..
6 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
7 Malawi <sup>b</sup>	3,1	5,3	15,8	12,3	5,5	7,3	5,8	0,4	33,1	36,9	36,7	37,9	22,1	29,5	-6,2	-6,0
8 Nepal	7,2	5,2	7,2	10,0	4,7	5,0	0,7	5,0	57,2	49,0	23,0	25,8	8,5	22,0	-1,2	-10,1
9 Tschad	24,6	..	14,8	..	4,4	..	1,7	..	21,8	..	32,7	..	14,9	..	-2,7	..
10 Burundi	10,3	..	23,4	..	6,0	..	2,7	..	33,9	..	23,8	..	19,9	..	0,0	..
11 Sierra Leone <sup>b</sup>	3,6	..	15,5	..	5,3	..	2,7	..	24,6	..	48,3	..	23,9	..	-4,4	..
12 Madagaskar	3,6	..	9,1	..	4,2	..	9,9	..	40,5	..	32,7	..	16,7	..	-2,0	..
13 Nigeria <sup>b</sup>	40,2	2,8	4,5	2,8	3,6	0,8	0,8	1,5	19,6	35,9	31,4	56,2	8,3	28,1	-0,7	-10,5
14 Uganda	23,1	..	15,3	..	5,3	..	7,3	..	12,4	..	36,6	..	21,8	..	-8,1	..
15 Zaire	11,1	14,0	15,1	6,1	2,4	4,3	2,1	4,6	13,2	25,9	56,2	45,1	13,7	18,4	-2,6	-6,8
16 Mali	..	8,0	..	9,0	..	2,1	..	3,1	..	5,3	..	72,4	..	28,9	..	-4,6
17 Niger	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
18 Burkina Faso	11,5	17,9	20,6	14,0	8,2	5,2	6,6	0,2	15,5	7,0	37,6	55,7	8,4	11,2	0,3	0,3
19 Ruanda	25,6	..	22,2	..	5,7	..	2,6	..	22,0	..	21,9	..	12,5	..	-2,7	..
20 Indien	26,2	17,2	2,3	2,7	1,5	1,7	3,2	5,0	19,9	22,1	46,9	51,3	10,5	17,7	-3,2	-6,7
21 China	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
22 Haiti	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	14,5	..	..	..
23 Kenia <sup>b</sup>	6,0	12,2	21,9	22,1	7,9	5,9	3,9	2,6	30,1	17,9	30,2	39,2	21,0	28,0	-3,9	-4,4
24 Pakistan	39,9	..	1,2	..	1,1	..	3,2	..	21,4	..	33,2	..	16,9	21,5	-6,9	-7,0
25 Benin	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
26 Zentralafrikanische Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	25,7	..	..
27 Ghana <sup>b</sup>	7,9	3,2	20,1	25,7	6,3	9,0	4,1	11,9	15,1	19,2	46,6	31,1	19,5	14,0	-5,8	0,4
28 Togo	..	11,1	..	19,9	..	5,2	..	8,5	..	31,2	..	24,1	..	32,5	..	-2,6
29 Sambia <sup>b</sup>	0,0	0,0	19,0	8,6	7,4	7,4	1,3	2,0	26,7	24,8	45,7	57,2	34,0	20,0	-13,8	-4,6
30 Guinea	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
31 Sri Lanka	3,1	5,4	13,0	10,7	6,4	6,2	19,5	15,1	20,2	20,6	37,7	42,0	25,2	29,8	-5,1	-7,5
32 Lesotho	0,0	..	22,4	..	7,4	..	6,0	..	21,6	..	42,7	..	14,5	..	3,5	..
33 Indonesien	18,6	8,3	7,4	10,0	1,4	1,8	0,9	1,7	30,5	..	41,3	78,2	15,1	20,6	-2,5	-2,1
34 Mauretanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	33,5	..	-4,2
35 Afghanistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	..	0,0	..	13,0	..	5,7	..	4,4	..	51,4	..	25,5	..	45,1	..	0,9
37 Kamputschea, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	5,3	..	15,2	..	9,8	..	3,5	..	25,8	..	40,5	..	16,7	..	1,1	..
39 Myanmar	31,6	18,7	15,0	13,7	6,1	5,0	7,5	14,8	20,1	31,7	19,7	16,2	..	..	..	..
40 Sudan <sup>b</sup>	24,1	..	9,3	..	5,4	..	1,4	..	15,8	..	44,1	..	19,2	..	-0,8	..
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>																
<b>Untere Einkommenskategorie</b>																
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	..	11,6	..	20,3	..	6,6	..	14,6	..	24,7	..	22,2	..	16,8	0,0	-1,6
44 Ägypten, Arab. Rep.	..	14,4	..	11,9	..	2,5	..	17,6	..	9,8	..	43,8	..	40,2	..	-6,9
45 Senegal	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	18,8	..	-2,8	..
46 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	..	16,5	..	23,4	..	7,6	..	3,9	..	22,4	..	26,2	..	40,8	..	-9,1
48 Philippinen <sup>b</sup>	10,9	13,0	16,3	17,1	3,2	4,3	4,3	2,0	17,6	25,9	47,7	37,7	13,4	15,7	-2,0	-2,8
49 Côte d'Ivoire	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
50 Dominikanische Rep.	8,5	..	14,2	..	11,7	..	11,8	..	35,4	..	18,3	..	17,7	20,4	-0,2	..
51 Marokko	12,3	15,1	19,2	17,0	4,8	3,0	8,4	7,3	25,6	21,4	29,7	36,0	22,8	29,1	-3,9	-4,6
52 Papua-Neuguinea <sup>b</sup>	..	4,7	..	15,3	..	9,4	..	3,1	..	20,8	..	46,6	..	29,0	..	-0,9
53 Honduras	12,4	..	22,3	..	10,2	..	8,7	..	28,3	..	18,1	..	16,1	..	-2,9	..
54 Guatemala	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	9,9	12,0	-2,2	-1,8
55 Kongo, VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
56 Syrien, Arab. Rep.	37,2	40,4	11,3	10,4	1,4	1,5	3,6	4,5	39,9	25,0	6,7	18,2	29,0	26,7	-3,5	-2,5
57 Kamerun	..	6,7	..	12,0	..	3,4	..	8,7	..	48,1	..	21,2	..	20,9	..	-3,3
58 Peru <sup>b</sup>	14,5	20,2	23,6	15,6	5,5	5,5	1,8	..	30,9	18,3	23,6	40,4	16,1	11,6	-0,9	-4,8
59 Ecuador <sup>b</sup>	15,7	14,9	27,5	23,4	4,5	9,8	0,8	2,0	28,9	17,6	22,6	32,3	13,4	14,2	0,2	0,0
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	13,8	10,4	12,1	11,4	3,5	3,0	18,3	26,7	19,6	9,5	32,7	39,1	13,1	8,9	-1,7	0,8
62 El Salvador <sup>b</sup>	6,6	27,9	21,4	17,6	10,9	7,4	7,6	5,2	14,4	15,0	39,0	26,9	12,8	10,5	-1,0	-1,9
63 Kolumbien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	13,1	14,6	-2,5	-0,7
64 Thailand	20,2	17,8	19,9	19,3	3,7	6,3	7,0	5,3	25,6	20,4	23,5	30,9	16,7	15,1	-4,2	3,1
65 Jamaika	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
66 Tunesien	4,9	5,7	30,5	14,6	7,4	5,9	8,8	22,0	23,3	24,4	25,1	27,3	23,1	37,5	-0,9	-4,5

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

Prozentualer Anteil an den Gesamtausgaben																	
		Verteidigung		Erziehung		Gesundheit		Wohnung; Gemeinschaftseinrichtungen; Sozialversicherung u. Wohlfahrt <sup>a</sup>		Wirtschaftsförderung		Sonstiges <sup>a</sup>		Gesamtausgaben in % des BSP		Gesamtüberschuß/-defizit in % des BSP	
		1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989
67	Türkei	15,5	11,6	18,1	15,7	3,2	2,9	3,1	3,1	42,0	19,8	18,1	46,9	22,7	23,7	-2,2	-4,6
68	Botsuana <sup>b</sup>	0,0	12,4	10,0	20,1	6,0	5,5	21,7	11,5	28,0	20,2	34,5	30,4	33,7	50,1	-23,8	27,1
69	Jordanien	33,5	25,9	9,4	15,3	3,8	4,1	10,5	12,4	26,6	14,6	16,2	27,7	...	38,4	...	-9,9
70	Panama	0,0	7,9	20,7	19,1	15,1	19,8	10,8	23,5	24,2	6,1	29,1	23,6	27,6	31,7	-6,5	-5,8
71	Chile	6,1	8,4	14,5	10,1	10,3	5,9	39,8	33,9	15,3	8,8	16,3	33,0	43,2	32,5	-13,0	-0,2
72	Costa Rica	2,6	1,7	28,5	17,0	4,0	27,2	26,5	16,7	21,2	11,4	17,2	25,9	19,0	27,8	-4,5	-2,3
73	Polen	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	40,4	...	-2,4
74	Mauritius	0,8	1,0	13,5	15,3	10,3	9,2	18,0	18,5	13,9	17,2	43,4	38,8	16,3	24,2	-1,2	-1,5
75	Mexiko	4,5	2,2	16,4	12,3	4,5	1,7	25,4	10,3	35,8	12,4	13,4	61,1	11,4	21,2	-2,9	-4,8
76	Argentinien	10,0	8,6	20,0	9,3	...	2,0	20,0	40,9	30,0	20,5	20,0	18,7	19,6	15,5	0,0	-4,9
77	Malaysia	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	26,5	30,1	-9,4	-2,6
78	Algerien	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
79	Bulgarien	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
80	Libanon	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
81	Mongolei	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
82	Nicaragua	12,3	...	16,6	...	4,0	...	16,4	...	27,2	...	23,4	...	15,8	...	-4,0	...
Obere Einkommenskategorie																	
83	Venezuela	10,3	...	18,6	...	11,7	...	9,2	...	25,4	...	24,8	...	18,1	...	-0,2	...
84	Südafrika	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	21,8	33,0	-4,2	-7,5
85	Brasilien	8,3	4,3	8,3	4,2	6,7	6,1	35,0	21,0	23,3	7,6	18,3	56,7	29,1	30,6	-0,3	-14,9
86	Ungarn	...	3,7	...	2,6	...	2,1	...	29,9	...	25,1	...	36,7	...	58,6	...	-2,0
87	Uruguay	5,6	8,2	9,5	7,9	1,6	4,5	52,3	50,9	9,8	9,5	21,2	19,1	25,0	25,8	-2,5	-1,7
88	Jugoslawien	16,7	53,4	...	...	16,7	...	33,3	6,0	16,7	19,6	16,7	21,0	21,1	5,3	-0,4	0,3
89	Gabun <sup>b</sup>	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	37,0	-11,9	...
90	Iran, Islam. Rep.	24,1	11,7	10,4	19,3	3,6	7,1	6,1	17,2	30,6	13,8	25,2	30,9	30,8	17,5	-4,6	-8,0
91	Trinidad u. Tobago	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	36,9	...	-4,5
92	Tschechoslowakei	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
93	Portugal	...	5,7	...	10,0	...	8,2	...	27,0	...	9,8	...	39,3	...	43,3	...	-5,0
94	Korea, Rep.	25,8	24,9	15,8	18,5	1,2	2,0	5,9	9,9	25,6	19,7	25,7	24,9	18,0	16,9	-3,9	0,2
95	Oman	39,3	41,9	3,7	10,3	5,9	5,1	3,0	9,9	24,4	11,8	23,6	21,0	62,1	48,6	-15,3	-9,9
96	Libyen	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
97	Griechenland	14,9	...	9,1	...	7,4	...	30,6	...	26,4	...	11,7	...	27,5	...	-1,7	...
98	Irak	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
99	Rumänien	5,4	9,1	2,9	5,0	0,5	5,1	16,2	31,4	61,8	47,8	13,1	1,6	...	...	...	...
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.																	
Afrika südlich der Sahara																	
Ostasien																	
Südostasien																	
Europa, Naher Osten u. Nordafrika																	
Lateinamerika u. Karibik																	
Länder mit gravierenden Schuldenproblemen																	
Länder mit hohem Einkommen																	
OECD-Mitglieder																	
Übrige																	
100	Saudi-Arabien	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
101	Irland	...	2,8	...	11,8	...	12,4	...	30,3	...	15,4	...	27,3	32,7	57,9	-5,5	-10,7
102	Spanien	6,5	6,5	8,3	5,1	0,9	12,5	49,8	37,0	17,5	10,4	17,0	28,5	19,6	34,3	-0,5	-4,0
103	Israel	42,9	26,1	7,1	10,1	0,0	3,9	7,1	22,3	7,1	10,4	35,7	27,2	43,9	49,1	-15,7	-3,9
104	Hongkong	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
105	Singapur	35,3	21,2	15,7	19,0	7,8	5,2	3,9	13,8	9,9	16,0	27,3	24,8	16,7	23,3	1,3	6,9
106	Neuseeland <sup>b</sup>	5,8	4,8	16,9	12,5	14,8	12,7	25,6	33,8	16,5	9,0	20,4	27,1	31,1	45,9	-4,2	2,2
107	Australien	14,2	8,9	4,2	7,3	7,0	9,9	20,3	29,3	14,4	6,9	39,9	37,8	20,2	27,0	0,3	0,5
108	Großbritannien	16,7	12,5	2,6	2,9	12,2	14,3	26,5	34,8	11,1	6,7	30,8	28,8	31,8	34,6	-2,7	1,3
109	Italien	6,3	3,6	16,1	8,3	13,5	11,3	44,8	38,6	18,4	11,5	0,9	26,6	29,5	47,9	-8,7	-10,6
110	Niederlande	6,8	5,0	15,2	11,0	12,1	11,6	38,1	40,6	9,1	8,2	18,7	23,7	41,0	54,5	0,0	-4,5
111	Kuwait	8,4	19,9	15,0	14,0	5,5	7,4	14,2	20,5	16,6	14,5	40,1	23,7	34,4	31,0	17,4	...
112	Belgien	6,7	4,7	15,5	12,1	1,5	1,7	41,0	43,9	18,9	9,8	16,4	27,9	39,3	50,7	-4,3	-7,5
113	Österreich	3,3	2,7	10,2	9,2	10,1	12,8	53,8	48,3	11,2	10,1	11,4	16,8	29,6	39,3	-0,2	-4,1
114	Frankreich	...	6,1	...	6,9	...	21,0	...	40,7	...	6,5	...	18,8	32,3	42,6	0,7	-1,9
115	Vereinigte Arab. Emirate <sup>b</sup>	24,4	43,9	16,5	15,0	4,3	6,9	6,1	3,6	18,3	4,3	30,5	26,3	3,8	13,0	0,3	-0,6
116	Kanada	7,6	7,3	3,5	2,9	7,6	5,5	35,3	37,0	19,5	10,8	26,5	36,5	20,1	23,1	-1,3	-2,9
117	Deutschland	12,4	8,7	1,5	0,7	17,5	18,3	46,9	49,4	11,3	7,5	10,4	15,5	24,2	29,0	0,7	-0,1
118	Dänemark	7,3	5,4	16,0	9,2	10,0	1,2	41,6	37,8	11,3	6,9	13,7	39,6	32,6	41,8	2,7	4,2
119	Vereinigte Staaten	32,2	24,6	3,2	1,8	8,6	12,9	35,3	29,3	10,6	8,0	10,1	23,3	19,1	23,0	-1,5	-2,8
120	Schweden	12,5	6,5	14,8	8,7	3,6	1,0	44,3	55,9	10,6	8,0	14,3	19,8	27,9	40,6	-1,2	4,1
121	Finnland	6,1	5,1	15,3	14,1	10,6	10,6	28,4	36,5	27,9	20,6	11,6	13,1	24,3	29,3	1,2	2,1
122	Norwegen	9,7	7,8	9,9	9,1	12,3	10,6	39,9	39,6	20,2	17,5	8,0	15,4	35,0	42,7	-1,5	-1,0
123	Japan <sup>b</sup>	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	16,5	-1,9	-2,6
124	Schweiz	15,1	...	4,2	...	10,0	...	39,5	...	18,4	...	12,8	...	13,3	...	0,9	...
Übrige Länder																	
Gesamte Welt																	
Ölexporteur (ohne UdSSR)																	

<sup>a</sup> Vgl. Technische Erläuterungen. <sup>b</sup> Die Daten beziehen sich nur auf Haushaltsansätze.

# Tabelle 12 Laufende Einnahmen der Zentralregierung

Prozentualer Anteil an den laufenden Gesamteinnahmen														
Steuereinnahmen														
Steuern auf Einkommen, Gewinne u. Kapitalgewinne		Sozialversicherungsbeiträge		Inlandssteuern auf Güter und Dienstleistungen		Steuern auf Außenhandel u. internationale Transaktionen		Sonstige Steuern <sup>a</sup>		Nicht-steuerliche Einnahmen		Laufende Gesamteinnahmen in % des BSP		
1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>														
<b>China und Indien</b>														
<b>Übrige Länder</b>														
1 Mosambik	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	
2 Äthiopien	23,0	26,6	0,0	0,0	29,8	21,0	30,4	19,6	5,6	2,2	11,1	30,7	10,5	25,2
3 Tansania	29,9	..	0,0	..	29,1	..	21,7	..	0,5	..	18,8	..	15,8	..
4 Somalia <sup>b</sup>	10,7	..	0,0	..	24,7	..	45,3	..	5,2	..	14,0	..	13,7	..
5 Bangladesch <sup>b</sup>	3,7	11,7	0,0	0,0	22,4	33,2	18,0	31,5	3,8	7,1	52,2	16,5	8,6	8,8
<b>6 Laos, Dem. VR</b>														
7 Malawi <sup>b</sup>	31,4	38,9	0,0	0,0	24,2	35,4	20,0	15,8	0,5	0,5	23,8	9,5	16,0	21,2
8 Nepal	4,1	11,7	0,0	0,0	26,5	36,1	36,7	30,5	19,0	5,6	13,7	16,2	5,2	9,5
9 Tschad	16,7	20,8	0,0	0,0	12,3	8,6	45,2	46,2	20,5	12,7	5,3	11,6	10,8	6,2
10 Burundi	18,1	..	1,2	..	18,3	..	40,3	..	15,6	..	6,5	..	11,5	..
<b>11 Sierra Leone<sup>b</sup></b>														
12 Madagaskar	13,1	..	7,2	..	29,9	..	33,6	..	5,5	..	10,8	..	14,7	..
13 Nigeria <sup>b</sup>	43,0	44,2	0,0	0,0	26,3	6,4	17,5	16,4	0,2	-14,4	13,0	47,4	9,4	15,7
14 Uganda	22,1	5,5	0,0	0,0	32,8	19,1	36,3	75,3	0,3	0,0	8,5	0,0	13,7	5,3
15 Zaire	22,5	35,9	2,3	0,8	12,1	11,9	57,8	45,5	1,6	2,3	3,6	3,6	9,9	9,4
<b>16 Mali</b>														
<b>17 Niger</b>														
18 Burkina Faso	16,8	15,0	0,0	8,2	18,0	13,4	51,8	38,9	3,2	6,5	10,2	18,1	8,6	11,4
19 Ruanda	17,9	..	4,4	..	14,1	..	41,7	..	13,8	..	8,1	..	9,8	..
20 Indien	21,3	13,5	0,0	0,0	44,5	35,5	20,1	26,7	0,9	0,4	13,2	23,9	10,2	15,4
<b>21 China</b>														
<b>22 Haiti</b>														
23 Kenia <sup>b</sup>	35,6	28,4	0,0	0,0	19,9	43,6	24,3	18,2	1,4	1,1	18,8	8,7	18,0	22,3
24 Pakistan	13,6	10,8	0,0	0,0	35,9	33,4	34,2	32,9	0,5	0,2	15,8	22,7	12,5	17,8
25 Benin	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>26 Zentralafrikanische Rep.</b>														
27 Ghana <sup>b</sup>	18,4	28,7	0,0	0,0	29,4	28,3	40,6	35,2	0,2	0,1	11,5	7,8	15,1	13,8
28 Togo	..	30,5	..	6,3	..	7,7	..	32,3	..	1,1	..	22,2	..	30,2
29 Sambia <sup>b</sup>	49,7	38,1	0,0	0,0	20,2	37,0	14,3	15,8	0,1	4,9	15,6	4,2	23,2	11,0
30 Guinea	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
31 Sri Lanka	19,1	11,0	0,0	0,0	34,7	48,1	35,4	28,5	2,1	4,1	8,7	8,3	20,0	21,6
32 Lesotho	14,3	10,7	0,0	0,0	2,0	22,3	62,9	55,7	9,5	0,1	11,3	11,2	11,7	21,6
33 Indonesien	45,5	55,9	0,0	0,0	22,8	24,5	17,6	5,6	3,5	5,7	10,6	8,3	13,4	18,4
34 Mauretanien	..	32,3	..	0,0	..	19,4	..	36,8	..	1,4	..	10,1	..	21,8
<b>35 Afghanistan</b>														
<b>36 Bhutan</b>														
37 Kamputschea, Dem.	..	9,2	..	0,0	..	18,0	..	0,9	..	0,7	..	71,2	..	..
38 Liberia	40,4	33,9	0,0	0,0	20,3	25,1	31,6	34,6	3,1	2,3	4,6	4,2	17,0	17,8
39 Myanmar	28,7	9,5	0,0	0,0	34,2	27,7	13,4	15,9	0,0	0,0	23,8	46,8	..	..
40 Sudan <sup>b</sup>	11,8	..	0,0	..	30,4	..	40,5	..	1,5	..	15,7	..	18,0	..
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>														
<b>Untere Einkommenskategorie</b>														
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	..	4,9	..	8,3	..	34,5	..	8,7	..	6,7	..	37,0	..	14,1
44 Ägypten, Arab. Rep.	..	14,9	..	14,2	..	11,3	..	13,2	..	10,6	..	35,8	..	35,9
45 Senegal	17,5	..	0,0	..	24,5	..	30,9	..	23,9	..	3,2	..	16,9	..
46 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	..	45,3	..	0,0	..	25,7	..	17,1	..	1,2	..	10,7	..	35,0
48 Philippinen <sup>b</sup>	13,8	26,1	0,0	0,0	24,3	33,2	23,0	22,7	29,7	4,0	9,3	14,0	12,4	12,8
49 Côte d'Ivoire	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
50 Dominikanische Rep.	17,9	17,8	3,9	3,8	19,0	21,3	40,4	41,7	1,7	2,1	17,0	13,4	17,2	17,6
51 Marokko	16,4	18,9	5,9	5,2	45,7	46,2	13,2	14,3	6,1	7,2	12,6	8,2	18,5	22,1
<b>52 Papua-Neuguinea<sup>b</sup></b>														
53 Honduras	19,2	..	3,0	..	33,8	..	28,2	..	2,3	..	13,5	..	13,2	..
54 Guatemala	12,7	18,1	0,0	0,0	36,1	23,2	26,2	33,8	15,6	7,2	9,4	17,7	8,9	9,7
55 Kongo, VR	19,4	..	0,0	..	40,3	..	26,5	..	6,3	..	7,5	..	18,4	..
56 Syrien, Arab. Rep.	6,8	24,7	0,0	0,0	10,4	8,9	17,3	7,2	12,1	12,2	53,4	47,0	25,3	24,4
<b>57 Kamerun</b>														
58 Peru <sup>b</sup>	16,0	16,8	0,0	0,0	34,0	54,5	14,0	18,3	26,0	6,0	10,0	4,5	14,6	6,9
59 Ecuador <sup>b</sup>	19,6	48,9	0,0	0,0	19,1	24,8	52,4	18,4	5,1	4,7	3,8	3,1	13,6	14,1
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	8,8	12,9	10,4	13,2	26,1	25,4	24,8	11,7	17,0	24,3	12,9	12,4	11,5	10,0
<b>62 El Salvador<sup>b</sup></b>														
63 Kolumbien	15,2	22,4	0,0	0,0	25,6	45,5	36,1	16,8	17,2	11,3	6,0	3,9	11,6	8,5
64 Thailand	37,1	25,8	13,7	9,6	15,2	27,7	19,8	17,9	7,1	8,2	7,1	10,7	10,6	12,6
65 Jamaika	12,1	20,6	0,0	0,0	46,3	45,4	28,7	22,2	1,8	3,2	11,2	8,6	12,5	17,9
66 Tunesien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
66 Tunesien	15,9	12,9	7,1	11,1	31,6	20,1	21,8	27,9	7,8	5,1	15,7	22,8	23,6	32,1

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

Prozentualer Anteil an den laufenden Gesamteinnahmen														
Steuereinnahmen														
	Steuern auf Einkommen, Gewinne u. Kapitalgewinne		Sozialversicherungsbeiträge		Inlandssteuern auf Güter und Dienstleistungen		Steuern auf Außenhandel u. internationale Transaktionen		Sonstige Steuern <sup>a</sup>		Nicht-steuerliche Einnahmen		Laufende Gesamteinnahmen in % des BSP	
	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989
67 Türkei	30,8	43,3	0,0	0,0	31,0	29,5	14,6	6,3	6,1	3,1	17,5	17,7	20,6	19,0
68 Botswana <sup>b</sup>	19,9	41,0	0,0	0,0	2,4	0,9	47,2	12,1	0,4	0,1	30,0	46,0	30,7	82,9
69 Jordanien	9,4	9,1	0,0	0,0	15,6	16,2	36,2	35,1	3,1	7,5	35,6	32,1	..	22,5
70 Panama	23,3	17,2	22,4	30,1	13,2	14,9	16,0	6,2	7,7	3,0	17,3	28,6	21,8	27,8
71 Chile	14,3	23,3	28,6	6,0	28,6	37,1	14,3	9,8	0,0	-0,2	14,3	24,1	30,2	30,8
72 Costa Rica	18,0	9,2	13,9	29,6	37,7	17,0	18,9	32,4	1,6	-2,6	9,8	14,3	15,3	26,1
73 Polen	..	30,4	..	21,4	..	30,4	..	6,2	..	6,5	..	5,1	..	38,7
74 Mauritius	22,7	12,9	0,0	4,4	23,3	20,9	40,2	48,5	5,5	5,2	8,2	8,2	15,6	24,6
75 Mexiko	37,3	35,8	18,6	10,5	32,2	56,7	13,6	8,0	-8,5	-19,3	6,8	8,2	10,1	15,8
76 Argentinien	..	4,3	..	43,4	..	22,4	..	11,4	..	10,3	..	8,2	..	13,2
77 Malaysia	25,2	28,6	0,1	0,8	24,2	20,3	27,9	18,0	1,4	2,5	21,2	29,8	20,3	26,3
78 Algerien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
79 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
80 Libanon	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua	9,5	14,4	14,0	10,5	37,3	48,5	24,4	7,1	9,0	10,6	5,8	8,9	12,8	40,7
Obere Einkommenskategorie														
83 Venezuela	54,2	43,0	6,0	4,2	6,7	8,8	6,1	23,4	1,1	2,3	25,9	18,2	18,5	22,8
84 Südafrika	54,8	52,0	1,2	1,5	21,5	30,7	4,6	3,8	5,0	2,9	12,8	9,2	21,2	27,4
85 Brasilien	20,0	9,8	27,7	11,3	35,4	9,5	7,7	1,6	3,1	2,0	6,2	65,8	18,9	42,0
86 Ungarn	..	18,2	..	29,4	..	32,4	..	5,3	..	0,2	..	14,5	..	56,5
87 Uruguay	4,7	8,5	30,0	26,7	24,5	43,2	6,1	10,4	22,0	4,9	12,6	6,2	22,7	24,3
88 Jugoslawien	..	..	60,0	..	20,0	66,4	20,0	31,3	..	..	..	2,3	20,7	5,6
89 Gabun <sup>b</sup>	18,2	..	6,0	..	9,5	..	44,9	..	4,2	..	17,2	..	26,1	..
90 Iran, Islam. Rep.	7,9	19,3	2,7	14,7	6,4	7,8	14,6	6,7	4,9	7,6	63,6	43,9	26,2	9,5
91 Trinidad u. Tobago	..	53,7	..	0,0	..	20,2	..	7,8	..	1,4	..	16,9	..	30,9
92 Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
93 Portugal	..	20,0	..	27,1	..	39,0	..	3,7	..	2,6	..	7,6	..	37,1
94 Korea, Rep.	29,0	34,8	0,7	4,4	41,7	32,4	10,7	10,9	5,3	5,5	12,6	12,2	13,1	18,1
95 Oman	71,1	23,7	0,0	0,0	0,0	0,7	3,0	2,6	2,3	0,8	23,6	72,1	47,4	38,2
96 Libyen	12,2	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
97 Griechenland	..	..	24,5	..	35,5	..	6,7	..	12,0	..	9,2	..	25,4	..
98 Irak	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
99 Rumänien	6,0	0,0	8,2	14,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	10,6	85,8	75,4	..	..
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.														
Afrika südlich der Sahara														
Ostasien														
Südostasien														
Europa, Naher Osten u. Nordafrika														
Lateinamerika u. Karibik														
Länder mit gravierenden Schuldenproblemen														
Länder mit hohem Einkommen														
OECD-Mitglieder														
+Übrige														
100 +Saudi-Arabien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
101 Irland	28,3	34,0	9,0	13,3	32,1	31,6	16,7	7,6	3,2	3,0	10,6	10,5	30,1	46,8
102 Spanien	15,9	22,7	38,9	38,4	23,4	27,8	10,0	2,8	0,7	1,3	11,1	7,1	19,7	29,4
103 Israel	40,0	38,0	0,0	8,1	20,0	31,2	20,0	2,3	10,0	5,4	10,0	15,0	31,3	40,2
104 +Hongkong	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
105 +Singapur	24,4	20,9	0,0	0,0	17,6	19,5	11,1	2,7	15,5	11,1	31,4	45,7	21,5	27,5
106 Neuseeland <sup>b</sup>	61,4	53,6	0,0	0,0	19,9	26,2	4,1	2,0	4,5	3,2	10,0	15,0	29,8	43,5
107 Australien	58,3	62,7	0,0	0,0	21,9	22,0	5,2	4,6	2,1	0,6	12,5	10,0	22,2	27,1
108 Großbritannien	39,4	38,8	15,6	18,2	27,1	31,1	1,7	0,1	5,4	2,3	10,8	9,6	32,6	35,6
109 Italien	16,6	36,3	39,2	29,3	31,7	29,3	0,4	0,0	4,3	2,3	7,7	2,9	24,9	38,2
110 Niederlande	32,5	27,4	36,7	39,1	22,3	21,9	0,5	0,0	3,4	2,8	4,7	8,7	43,4	49,0
111 +Kuwait	68,8	0,6	0,0	0,0	19,7	0,4	1,5	1,3	0,2	0,0	9,9	97,7	55,2	66,1
112 Belgien	31,3	36,4	32,4	34,7	28,9	23,3	1,0	0,0	3,3	2,8	3,1	2,8	35,1	43,7
113 Österreich	20,7	17,9	30,0	37,0	28,3	26,2	5,4	1,6	10,2	8,5	5,5	8,7	29,7	34,9
114 Frankreich	16,8	17,4	37,0	43,5	37,9	28,8	0,3	0,0	3,0	3,4	4,9	6,9	33,4	40,9
115 +Vereinigte Arab. Emirat <sup>b</sup>	0,0	0,0	0,0	3,1	0,0	39,7	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0	57,2	0,2	1,3
116 Kanada	54,0	53,7	8,8	14,2	15,9	19,6	11,0	3,5	-0,6	0,0	10,9	9,0	21,1	20,2
117 Deutschland	19,7	18,1	46,6	53,0	28,1	23,0	0,8	0,0	0,8	0,2	4,0	5,8	25,3	29,0
118 Dänemark	40,0	39,4	5,1	2,8	42,1	40,3	3,1	0,1	2,8	3,3	6,8	14,2	35,5	42,3
119 Vereinigte Staaten	59,4	52,5	23,6	33,9	7,1	3,2	1,6	1,6	2,5	0,8	5,7	8,0	17,6	20,1
120 Schweden	27,0	19,6	21,6	30,1	34,0	27,6	1,5	0,5	4,7	8,9	11,3	13,4	32,4	44,4
121 Finnland	30,0	33,0	7,8	9,4	47,7	45,5	3,1	1,1	5,8	4,4	5,5	6,6	26,5	31,1
122 Norwegen	22,6	14,6	20,6	26,0	48,0	36,6	1,6	0,5	1,0	1,5	6,2	20,9	36,8	43,3
123 Japan <sup>b</sup>	64,8	67,2	0,0	0,0	22,6	15,0	3,5	1,4	6,8	11,2	2,4	5,3	11,2	14,1
124 Schweiz	13,9	..	37,3	..	21,5	..	16,7	..	2,6	..	8,0	..	14,5	..
Übrige Länder														
Gesamte Welt														
Ölexporteur (ohne UdSSR)														

<sup>a</sup> Vgl. Technische Erörterungen. <sup>b</sup> Die Daten beziehen sich nur auf Haushaltsansätze.

# Tabelle 13 Geldbestände und Zinssätze

	Geldbestände in weiter Abgrenzung					Durchschnittliche jährliche Inflationsrate (BIP-Deflator)	Nominale Zinssätze der Banken (Jahresdurchschnitte in %)			
	Durchschnittliche jährliche nominale Zuwachsraten (in %)		Durchschnittliche Bestände in % des BIP				Einlagenzins		Kreditzins	
	1965-80	1980-89	1965	1980	1989		1980	1989	1980	1989
Länder mit niedrigem Einkommen										
China und Indien										
Übrige Länder										
1 Mosambik	..	..	..	..	..	35,0	..	..	..	..
2 Äthiopien	12,7	11,9	12,5	25,3	45,4	2,0	..	6,70	..	6,00
3 Tansania	19,7	21,5	..	37,2	..	25,9	4,00	17,00	11,50	31,00
4 Somalia	20,4	50,0	12,7	17,8	17,6	42,8	4,50	25,00	7,50	33,67
5 Bangladesch	..	22,0	..	16,9	27,3	10,6	8,25	12,00	11,33	16,00
6 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	8,7	..	7,20	14,00	4,80	15,00
7 Malawi	15,4	17,7	17,6	20,5	..	14,6	7,92	12,75	16,67	23,00
8 Nepal	17,9	19,6	8,4	21,9	33,4	9,1	4,00	8,50	14,00	15,00
9 Tschad	12,5	12,2	9,3	20,0	21,6	1,5	5,50	4,25	11,00	11,50
10 Burundi	15,7	9,8	10,1	13,3	17,5	3,6	2,50	4,00	12,00	12,00
11 Sierra Leone	15,9	53,2	11,7	20,6	18,6	54,2	9,17	20,00	11,00	29,67
12 Madagaskar	12,2	17,5	15,8	22,3	21,4	17,8	5,63	11,50	9,50	..
13 Nigeria	28,5	12,7	9,9	21,5	18,6	14,6	5,27	13,09	8,43	35,00
14 Uganda	23,2	77,8	..	12,7	7,8	108,1	6,80	36,17	10,80	40,00
15 Zaire	28,2	62,7	8,4	6,2	6,4	59,4	..	..	..	..
16 Mali	14,4	10,9	..	17,9	21,3	3,6	13,71	9,53	9,38	8,75
17 Niger	18,3	6,1	3,8	13,3	18,1	3,8	6,19	5,25	9,38	8,00
18 Burkina Faso	17,1	12,5	6,9	13,8	18,5	4,7	13,55	9,49	9,38	8,75
19 Ruanda	19,0	9,7	15,8	13,6	17,8	4,0	6,25	6,31	13,50	12,00
20 Indien	15,3	17,0	23,7	36,2	45,6	7,7	..	..	16,50	16,50
21 China	..	25,5	..	33,5	66,7	5,7	5,40	..	..	..
22 Haiti	20,3	7,8	9,9	26,1	33,2	6,8	10,00	..	..	..
23 Kenia	18,6	14,6	..	36,8	37,8	9,1	5,75	12,00	10,58	17,25
24 Pakistan	14,7	13,7	40,7	38,7	37,5	6,7	..	..	..	..
25 Benin	17,3	4,2	10,6	21,1	18,8	7,5	13,71	9,53	9,38	7,13
26 Zentralafrikanische Rep.	12,7	5,9	3,5	18,9	17,8	6,7	5,50	7,50	10,50	12,50
27 Ghana	25,9	45,9	20,3	16,2	13,9	43,9	11,50	16,50	19,00	25,58
28 Togo	20,3	7,3	10,9	29,0	34,0	5,2	12,71	9,53	9,38	8,75
29 Sambia	12,7	28,9	..	32,6	..	38,3	7,00	11,44	9,50	18,39
30 Guinea	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
31 Sri Lanka	15,4	15,5	32,3	35,3	36,6	10,8	14,50	16,43	19,00	13,17
32 Lesotho	..	18,5	..	..	43,9	13,2	9,60	12,82	11,00	18,75
33 Indonesien	54,4	24,6	..	13,2	30,2	8,3	6,00	18,60	..	21,70
34 Mauretanien	20,7	11,3	5,7	20,5	21,9	9,2	..	6,00	..	12,00
35 Afghanistan	14,0	22,0	14,4	26,8	..	..	9,00	9,00	13,00	13,00
36 Bhutan	..	20,0	..	..	..	..	..	6,50	..	15,00
37 Kamputschea, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	..	..	..	..	..	..	10,30	6,77	18,40	13,82
39 Myanmar	11,5	11,1	..	..	..	..	1,50	1,50	8,00	8,00
40 Sudan	21,6	37,0	14,1	32,5	17,0	..	6,00	..	..	..
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
Länder mit mittlerem Einkommen										
Untere Einkommenskategorie										
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	24,3	306,0	10,9	16,2	21,7	392,2	18,00	..	28,00	..
44 Ägypten, Arab. Rep.	17,7	21,8	35,3	52,2	91,7	11,1	8,33	11,67	13,33	18,33
45 Senegal	15,6	7,2	15,3	26,6	23,6	7,3	6,19	5,25	9,38	6,96
46 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	..	18,1	..	54,6	50,7	10,9	3,52	8,85	17,54	13,00
48 Philippinen	17,7	16,1	19,9	19,0	21,1	14,8	12,25	14,13	14,00	19,27
49 Côte d'Ivoire	20,4	5,7	21,8	25,8	30,5	3,7	13,55	9,53	9,38	8,75
50 Dominikanische Rep.	18,5	25,8	18,0	21,8	23,9	19,1	..	..	..	..
51 Marokko	15,7	14,5	29,4	..	50,5	7,4	4,88	8,50	7,00	9,00
52 Papua-Neuguinea	..	8,4	..	32,9	33,6	5,6	6,90	8,23	11,15	14,62
53 Honduras	14,8	12,0	15,4	22,8	33,8	4,8	7,00	8,63	18,50	15,38
54 Guatemala	16,3	15,0	15,2	20,5	22,8	13,4	9,00	13,00	11,00	16,00
55 Kongo, VR	14,2	10,0	16,5	14,7	19,3	0,6	6,50	8,00	11,00	12,50
56 Syrien, Arab. Rep.	21,9	19,8	24,6	40,9	..	15,1	5,00	..	..	..
57 Kamerun	19,0	9,2	11,7	18,3	20,8	6,6	7,50	7,50	13,00	14,00
58 Peru	25,9	193,0	18,8	16,5	9,2	160,2	..	..	..	..
59 Ecuador	22,6	31,8	15,6	20,2	16,1	34,5	..	40,24	9,00	30,08
60 Namibia	..	..	..	..	..	13,2	..	..	..	..
61 Paraguay	21,3	20,0	12,1	19,8	..	23,2	..	..	..	..
62 El Salvador	14,3	16,5	21,6	28,1	26,9	16,7	..	..	..	..
63 Kolumbien	26,5	..	19,8	23,7	..	24,3	..	27,70	19,00	28,21
64 Thailand	17,9	18,0	23,6	37,6	65,0	3,2	12,00	9,50	18,00	15,00
65 Jamaika	17,2	25,1	24,3	35,4	56,8	18,5	10,29	19,04	13,00	25,56
66 Tunesien	17,4	15,5	30,2	42,1	..	7,5	2,50	7,37	7,25	9,87

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Geldbestände in weiter Abgrenzung					Durchschnittliche jährliche Inflationsrate (BIP-Deflator)	Nominale Zinssätze der Banken (Jahresdurchschnitte in %)				
	Durchschnittliche jährliche nominale Zuwachsraten (in %)		Durchschnittliche Bestände in % des BIP				Einlagenzins		Kreditzins		
	1965-80	1980-89	1965	1980	1989		1980	1989	1980	1989	
	1965-80	1980-89	1965	1980	1989		1980	1989	1980	1989	
67	Türkei	27,5	55,0	23,0	17,2	22,6	41,4	10,95	53,45	25,67	50,00
68	Botsuana	..	27,1	..	30,7	30,3	12,1	5,00	5,58	8,48	7,67
69	Jordanien	19,1	13,0	..	88,8	119,1	2,2	..	..	..	..
70	Panama	..	..	..	..	..	2,6	..	..	..	..
71	Chile	116,0	..	16,3	22,6	..	20,5	37,46	26,60	47,14	38,28
72	Costa Rica	24,6	25,9	19,3	38,8	38,2	24,8	..	15,62	..	29,17
73	Polen	..	53,0	..	58,4	42,0	38,1	3,00	21,00	8,00	16,67
74	Mauritius	21,8	21,7	27,3	41,1	60,6	8,5	9,25	11,06	12,90	16,13
75	Mexiko	21,9	62,0	25,1	27,5	15,3	72,8	20,63	36,25	28,10	54,00
76	Argentinien	86,0	342,0	..	22,2	12,4	334,5	79,40	432,75	..	430,38
77	Malaysia	21,5	12,6	26,3	69,8	117,4	1,5	6,23	3,00	7,75	7,00
78	Algerien	22,3	14,9	32,1	58,5	96,9	5,2	..	..	..	..
79	Bulgarien	..	..	..	..	..	1,5	..	..	..	..
80	Libanon	16,2	64,0	83,4	176,1	..	..	..	17,54	..	39,86
81	Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82	Nicaragua	15,0	..	15,4	22,1	..	..	7,50	..	..	..
Obere Einkommenskategorie											
83	Venezuela	22,9	15,1	17,4	43,0	32,0	16,0	..	29,23	..	22,57
84	Südafrika	14,0	16,5	56,6	49,5	54,0	14,0	5,54	18,13	9,50	19,83
85	Brasilien	43,4	..	20,6	18,4	..	227,9	115,00	5.922,36	..	..
86	Ungarn	..	7,6	..	46,5	43,0	7,5	3,00	9,00	9,00	13,00
87	Uruguay	65,8	61,4	28,0	31,2	40,7	59,2	50,30	84,70	66,62	127,58
88	Jugoslawien	25,7	133,0	43,6	59,1	50,5	96,8	5,88	5.644,83	11,50	4.353,75
89	Gabun	25,2	5,8	16,2	15,2	24,0	-1,0	7,50	8,75	12,50	12,50
90	Iran, Islam. Rep.	28,4	..	21,6	54,5	..	14,0	..	..	..	..
91	Trinidad u. Tobago	23,1	9,0	21,3	32,0	..	5,4	6,57	6,28	10,00	13,31
92	Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	1,5	2,67	2,48	..	..
93	Portugal	19,5	21,4	77,7	96,3	98,7	19,2	19,00	13,00	18,75	19,59
94	Korea, Rep.	35,5	20,4	11,1	31,7	50,3	5,1	19,50	10,00	18,00	11,25
95	Oman	..	12,4	..	13,8	28,6	-6,6	..	8,66	..	10,01
96	Libyen	29,2	2,3	14,2	34,7	75,8	0,2	5,13	5,50	7,00	7,00
97	Griechenland	21,4	25,1	35,0	61,6	..	18,2	14,50	17,14	21,25	23,26
98	Irak	..	..	19,7	..	..	..	..	..	..	..
99	Rumänien	..	7,5	..	..	..	..	..	..	..	..
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.											
Afrika südlich der Sahara											
Ostasien											
Südostasien											
Europa, Naher Osten u. Nordafrika											
Lateinamerika u. Karibik											
Länder mit gravierenden Schuldenproblemen											
Länder mit hohem Einkommen											
OECD-Mitglieder											
†Übrige											
100	†Saudi-Arabien	32,1	9,4	16,4	18,6	63,7	-5,2	..	..	..	..
101	Irland	16,1	6,1	..	58,1	42,7	8,1	12,00	4,54	15,96	9,42
102	Spanien	19,7	10,0	59,2	75,2	64,7	9,4	13,05	9,55	16,85	15,84
103	†Israel	60,0	106,0	15,3	56,4	64,4	117,1	..	14,10	176,93	31,63
104	†Hongkong	..	..	..	69,3	..	7,1	..	..	..	..
105	†Singapur	17,6	12,8	58,4	74,4	117,5	1,5	9,37	3,21	11,72	6,21
106	Neuseeland	12,8	16,4	56,5	53,4	11,5	11,4	11,00	16,32	12,63	20,84
107	Australien	15,9	12,9	50,0	61,8	70,2	7,8	8,58	15,29	10,58	21,69
108	Großbritannien	13,8	23,0	47,8	45,9	..	6,1	14,13	6,07	16,17	13,92
109	Italien	17,9	12,2	69,0	81,8	75,7	10,3	12,70	6,92	19,03	14,21
110	Niederlande	14,7	5,8	54,4	79,0	87,7	1,9	5,96	3,49	13,50	10,75
111	†Kuwait	17,8	5,1	28,1	33,1	74,8	-2,9	4,50	4,50	6,80	6,80
112	Belgien	10,4	6,8	59,2	57,0	58,0	4,8	7,69	5,13	..	11,08
113	Österreich	13,3	7,3	48,9	72,5	84,9	3,8	5,00	2,98	..	..
114	Frankreich	15,0	9,9	53,7	69,7	76,2	6,5	6,25	5,92	18,73	16,01
115	†Vereinigte Arab. Emirate	..	11,1	..	19,0	59,9	1,1	9,47	..	12,13	..
116	Kanada	15,3	8,3	40,2	64,3	66,7	4,6	12,87	12,09	14,25	13,33
117	Deutschland	10,1	5,6	46,1	60,4	64,3	2,7	7,95	5,50	12,04	9,94
118	Dänemark	11,5	15,6	46,0	42,6	..	6,0	10,80	8,27	17,20	13,44
119	Vereinigte Staaten	9,2	8,9	64,1	58,9	66,2	3,9	13,07	9,09	15,27	10,92
120	Schweden	10,7	10,4	46,8	46,5	49,6	7,4	11,25	9,21	15,12	14,05
121	Finnland	14,7	14,2	39,1	39,5	52,1	7,0	..	5,75	9,77	10,31
122	Norwegen	12,8	11,4	51,9	52,9	59,9	5,6	5,00	9,63	12,63	14,39
123	Japan	15,0	8,8	106,7	134,0	..	1,3	5,50	2,32	8,35	5,29
124	Schweiz	7,1	7,8	101,1	107,4	123,8	3,6	7,75	8,08	5,56	5,85
Übrige Länder											
Gesamte Welt											
Ölexporteur (ohne UdSSR)											

# Tabelle 14 Wachstum des Warenhandels

	Warenhandel (in Mio \$)		Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten <sup>a</sup> (in %)				Terms of Trade (1987 = 100)	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr		Einfuhr		1985	1989
	1989	1989	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89		
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>120.136s</b>	<b>131.918s</b>	<b>5,6w</b>	<b>5,2w</b>	<b>4,3w</b>	<b>3,0w</b>	<b>107m</b>	<b>102m</b>
China und Indien	68.061s	78.355s	..	10,0w	..	9,1w	103m	103m
Übrige Länder	52.075s	53.563s	6,2w	0,8w	5,3w	-3,2w	107m	102m
1 Mosambik	92	680	..	-12,6	..	0,4	94	91
2 Äthiopien	420	1.100	-0,5	0,4	-0,9	6,4	117	107
3 Tansania	260	840	-4,2	-8,2	1,7	-2,9	101	108
4 Somalia	82	133	4,4	-4,6	4,4	-9,0	107	111
5 Bangladesch	1.305	3.524	..	7,6	..	7,8	109	94
6 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..
7 Malawi	267	505	5,1	2,9	3,3	-0,8	104	101
8 Nepal	156	580	..	11,2	..	11,6	98	100
9 Tschad	137	435	..	..	..	..	..	..
10 Burundi	78	187	..	2,6	..	6,9	133	86
11 Sierra Leone	137	189	-2,4	-2,5	..	-4,2	106	78
12 Madagaskar	312	340	0,6	-2,2	-0,4	-2,9	98	108
13 Nigeria	9.000	3.600	11,1	-2,3	14,6	-19,5	167	86
14 Uganda	273	652	-2,9	4,3	..	1,7	143	88
15 Zaire	2.302	1.993	..	0,6	..	1,6	111	98
16 Mali	271	500	9,5	5,6	..	4,6	95	102
17 Niger	250	370	12,8	-3,8	6,6	-8,2	126	79
18 Burkina Faso	75	410	3,6	0,8	5,7	-1,5	108	98
19 Ruanda	88	333	7,9	-0,8	..	10,9	116	121
20 Indien	15.523	19.215	3,0	5,8	1,2	3,5	96	101
21 China*	52.538	59.140	..	11,5	..	11,7	109	104
22 Haiti	240	330	5,5	-6,9	7,0	-5,1	89	97
23 Kenia	1.110	2.100	3,9	1,6	2,2	1,0	114	107
24 Pakistan	4.642	7.119	-1,8	8,5	0,4	4,2	90	99
25 Benin	111	431	..	..	..	..	..	..
26 Zentralafrikanische Rep.	92	88	-1,3	-3,7	-4,8	3,2	107	113
27 Ghana	1.020	940	-2,6	5,6	-1,4	-1,5	106	82
28 Togo	245	472	..	3,1	8,5	-1,0	118	107
29 Sambia	1.347	873	-0,7	-3,2	-7,6	-4,5	71	90
30 Guinea	430	465	..	..	..	..	..	..
31 Sri Lanka	1.554	2.229	0,2	6,7	-1,2	2,3	103	100
32 Lesotho <sup>b</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Indonesien	21.773	16.360	9,6	2,4	..	-0,4	134	97
34 Mauretanien	360	370	4,0	3,4	..	1,6	113	114
35 Afghanistan	466	765	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..
37 Kambodscha, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	370	217	4,4	0,3	1,5	2,2	97	115
39 Myanmar	215	191	-2,0	-11,7	..	-15,9	106	124
40 Sudan	520	1.390	-0,3	0,0	2,3	-3,7	106	106
41 Vietnam	1.320	1.670	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>396.324s</b>	<b>400.367s</b>	<b>2,6w</b>	<b>5,5w</b>	<b>5,1w</b>	<b>0,9w</b>	<b>110m</b>	<b>103m</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>172.262s</b>	<b>183.853s</b>	<b>4,3w</b>	<b>5,2w</b>	<b>4,4w</b>	<b>0,2w</b>	<b>111m</b>	<b>103m</b>
42 Angola	2.187	1.073	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	817	615	2,7	-0,8	5,0	-2,4	167	117
44 Ägypten, Arab. Rep.	2.565	7.434	-0,1	9,2	3,6	6,5	131	82
45 Senegal	600	1.150	2,6	2,5	..	0,7	106	103
46 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	1.300	1.090	..	3,1	..	-7,4	100	95
48 Philippinen	7.747	10.732	4,6	1,3	2,9	0,4	93	107
49 Côte d'Ivoire	2.970	2.380	5,5	3,1	7,6	-1,1	110	91
50 Dominikanische Rep.	911	2.241	0,3	1,2	5,0	4,4	109	117
51 Marokko	3.337	5.492	3,7	5,7	6,5	2,2	88	80
52 Papua-Neuguinea	1.281	1.535	14,1	6,4	..	2,7	111	81
53 Honduras	1.100	1.000	3,1	2,1	2,5	0,1	111	120
54 Guatemala	323	404	4,8	-11,7	4,6	-15,6	108	107
55 Kongo, VR	830	590	10,3	6,2	0,6	-1,5	145	90
56 Syrien, Arab. Rep.	3.006	2.097	11,4	5,7	8,5	-8,4	125	84
57 Kamerun	900	1.320	4,9	-3,3	5,6	-1,8	139	101
58 Peru	3.714	1.839	1,6	0,4	-1,4	-6,7	111	88
59 Ecuador	2.354	1.860	15,1	5,0	6,3	-3,2	153	102
60 Namibia <sup>b</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	670	600	6,5	7,0	3,7	-1,4	108	120
62 El Salvador	610	1.140	1,0	-1,6	2,7	0,0	126	114
63 Kolumbien	5.739	5.010	1,4	9,8	5,3	-3,3	140	84
64 Thailand	20.059	25.768	8,6	12,8	4,1	8,4	91	99
65 Jamaika	982	1.806	-0,4	-2,1	-1,9	1,1	95	106
66 Tunesien	2.932	4.366	10,8	4,1	10,4	-0,1	105	99
* Angaben für Taiwan (China)	66.475	50.523	15,6	13,4	12,2	9,6	105	112

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Warenhandel (in Mio \$)		Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten <sup>a</sup> (in %)				Terms of Trade (1987 = 100)	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr		Einfuhr		1985	1989
	1989	1989	1965-80	1980-89	1965-80	1980-89		
67 Türkei	11.626	15.788	5,5	11,4	7,7	7,4	82	96
68 Botsuana <sup>b</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..
69 Jordanien	926	2.119	11,2	9,1	9,7	-1,0	95	112
70 Panama	297	964	-5,7	0,1	-1,9	-4,8	130	152
71 Chile	8.190	6.496	8,0	4,9	1,4	-1,5	102	126
72 Costa Rica	1.362	1.743	7,0	3,1	6,0	4,7	111	109
73 Polen	13.155	10.085	..	2,4	..	1,4	94	120
74 Mauritius	987	1.326	3,1	10,5	5,2	10,7	83	108
75 Mexiko	22.975	22.084	7,7	3,7	5,7	-4,7	133	98
76 Argentinien	9.567	4.200	4,7	0,6	1,8	-8,2	110	110
77 Malaysia	25.053	22.496	4,6	9,8	2,2	3,7	117	97
78 Algerien	8.600	8.380	1,8	2,9	13,0	-5,8	174	88
79 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..
80 Libanon	700	2.281	..	..	..	..	..	..
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua	250	1.000	2,8	-7,8	1,3	-4,2	111	110
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>224.062 \$</b>	<b>216.515 \$</b>	<b>8,5 w</b>	<b>5,7 w</b>	<b>5,8 w</b>	<b>1,6 w</b>	<b>104 m</b>	<b>103 m</b>
83 Venezuela	12.953	7.837	-9,5	11,3	8,1	-4,3	174	118
84 Südafrika <sup>b</sup>	13.500	16.952	7,8	-8,0	-0,1	-6,6	105	94
85 Brasilien	34.392	18.281	9,3	5,6	8,2	-1,6	92	124
86 Ungarn	9.605	8.818	..	5,7	..	1,6	104	87
87 Uruguay	1.599	1.203	4,6	2,8	1,2	-2,6	89	110
88 Jugoslawien	13.343	14.799	5,6	0,4	6,6	-0,7	95	121
89 Gabun	1.160	950	8,6	-0,2	..	-1,7	140	96
90 Iran, Islam. Rep.	13.000	9.550	..	21,6	..	6,5	160	68
91 Trinidad u. Tobago	1.578	1.222	-5,5	-5,1	-5,8	-14,2	156	92
92 Tschechoslowakei	14.455	14.277	..	..	..	..	..	..
93 Portugal	12.798	19.043	3,4	11,7	3,7	8,2	85	105
94 Korea, Rep.	62.283	61.347	27,2	13,8	15,2	10,4	103	108
95 Oman	3.933	2.255	..	..	..	..	..	..
96 Libyen	6.760	5.100	3,3	-1,3	11,7	-9,0	196	91
97 Griechenland	7.353	16.103	11,9	4,1	5,2	3,5	94	97
98 Irak	11.400	11.000	..	..	..	..	..	..
99 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>516.460 \$</b>	<b>532.285 \$</b>	<b>3,3 w</b>	<b>5,4 w</b>	<b>5,0 w</b>	<b>1,4 w</b>	<b>108 m</b>	<b>103 m</b>
<b>Afrika südlich d. Sahara</b>	<b>30.884 \$</b>	<b>31.805 \$</b>	<b>6,1 w</b>	<b>-0,6 w</b>	<b>5,7 w</b>	<b>-5,9 w</b>	<b>109 m</b>	<b>104 m</b>
<b>Ostasien</b>	<b>195.268 \$</b>	<b>202.642 \$</b>	<b>10,0 w</b>	<b>10,0 w</b>	<b>7,2 w</b>	<b>7,6 w</b>	<b>106 m</b>	<b>102 m</b>
<b>Südostasien</b>	<b>23.395 \$</b>	<b>32.858 \$</b>	<b>2,2 w</b>	<b>6,2 w</b>	<b>1,3 w</b>	<b>3,8 w</b>	<b>101 m</b>	<b>100 m</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>141.379 \$</b>	<b>163.596 \$</b>	<b>3,7 w</b>	<b>5,8 w</b>	<b>6,7 w</b>	<b>1,7 w</b>	<b>104 m</b>	<b>96 m</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>112.034 \$</b>	<b>84.433 \$</b>	<b>-1,0 w</b>	<b>3,6 w</b>	<b>4,1 w</b>	<b>-3,7 w</b>	<b>111 m</b>	<b>110 m</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>140.081 \$</b>	<b>114.839 \$</b>	<b>-0,2 w</b>	<b>3,9 w</b>	<b>5,1 w</b>	<b>-1,2 w</b>	<b>110 m</b>	<b>108 m</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>2.385.816 \$</b>	<b>2.513.829 \$</b>	<b>7,4 w</b>	<b>3,9 w</b>	<b>4,6 w</b>	<b>4,9 w</b>	<b>98 m</b>	<b>100 m</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>2.173.621 \$</b>	<b>2.280.495 \$</b>	<b>7,3 w</b>	<b>4,1 w</b>	<b>4,2 w</b>	<b>5,1 w</b>	<b>94 m</b>	<b>100 m</b>
<b>Übrige</b>	<b>212.195 \$</b>	<b>233.334 \$</b>	<b>8,8 w</b>	<b>2,4 w</b>	<b>11,7 w</b>	<b>3,3 w</b>	<b>117 m</b>	<b>100 m</b>
100 Saudi-Arabien	26.200	21.500	8,8	-11,3	25,9	-9,9	176	92
101 Irland	20.693	17.419	10,0	7,4	4,8	3,3	97	100
102 Spanien	44.450	71.298	12,4	7,4	4,4	8,4	91	107
103 Israel	10.735	13.101	8,9	7,7	6,2	4,8	105	102
104 Hongkong	28.731	72.154	9,1	6,2	8,3	11,0	97	100
105 Singapur	44.600	49.605	4,7	8,1	7,0	5,8	99	98
106 Neuseeland	8.586	8.757	3,8	3,5	1,1	3,4	88	100
107 Australien	33.205	39.869	5,4	4,1	1,0	5,0	111	122
108 Großbritannien	152.403	197.714	5,1	2,7	1,4	5,0	103	103
109 Italien	140.691	149.503	7,7	3,7	3,5	4,3	84	95
110 Niederlande	107.799	104.220	8,0	4,5	4,4	3,3	101	100
111 Kuwait	11.476	6.295	18,5	1,2	11,8	-6,3	175	77
112 Belgien <sup>c</sup>	100.737	99.336	7,8	4,7	5,2	3,0	94	97
113 Österreich	32.444	38.854	8,2	5,1	6,1	4,5	87	90
114 Frankreich	172.561	190.186	8,5	3,3	4,3	2,9	96	102
115 Vereinigte Arab. Emirat.	15.000	9.600	..	0,8	..	-3,6	171	96
116 Kanada	114.066	113.230	5,4	6,0	2,5	8,8	110	110
117 Deutschland	340.628	268.601	7,2	4,4	5,3	3,4	82	96
118 Dänemark	27.997	26.592	5,4	5,3	1,7	4,5	93	102
119 Vereinigte Staaten	346.948	491.512	6,4	2,3	5,5	8,2	100	102
120 Schweden	51.497	48.920	4,9	4,9	1,8	3,5	94	101
121 Finnland	23.265	24.611	5,9	3,2	3,1	4,9	85	104
122 Norwegen	27.030	23.632	8,2	6,8	3,0	2,9	130	89
123 Japan	275.040	207.356	11,4	4,6	4,9	5,4	71	96
124 Schweiz	51.444	58.150	6,2	3,8	4,5	4,1	86	99
<b>Übrige Länder</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>Gesamte Welt</b>	<b>2.902.276 \$</b>	<b>3.046.114 \$</b>	<b>6,7 w</b>	<b>4,1 w</b>	<b>4,7 w</b>	<b>4,3 w</b>	<b>106 m</b>	<b>101 m</b>
<b>Ölexporteur (ohne UdSSR)</b>	<b>119.130 \$</b>	<b>86.874 \$</b>	<b>2,0 w</b>	<b>-2,4 w</b>	<b>11,4 w</b>	<b>-7,4 w</b>	<b>171 m</b>	<b>91 m</b>

<sup>a</sup> Vgl. Technische Erläuterungen. <sup>b</sup> Die Angaben beziehen sich auf die Südafrikanische Zollunion, der Südafrika, Namibia, Lesotho, Botsuana und Swasiland angehören; der Handel zwischen diesen Teilgebieten ist nicht in den Angaben enthalten. <sup>c</sup> Einschließlich Luxemburg.

# Tabelle 15 Struktur der Wareneinfuhr

	Prozentualer Anteil an der Wareneinfuhr									
	Nahrungs- mittel		Brennstoffe		Sonstige Rohstoffe		Maschinen, Elektrotechnik, Fahrzeuge		Übrige Industrie- produkte	
	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>19w</b>	<b>10w</b>	<b>5w</b>	<b>6w</b>	<b>6w</b>	<b>9w</b>	<b>34w</b>	<b>33w</b>	<b>34w</b>	<b>42w</b>
China und Indien	..	8w	..	5w	..	10w	..	32w	..	45w
Übrige Länder	17w	14w	5w	7w	3w	6w	33w	36w	42w	37w
1 Mosambik	17	35	8	1	7	3	24	34	45	26
2 Äthiopien	7	17	6	10	5	3	37	44	44	26
3 Tansania	12	8	9	1	1	4	34	45	44	43
4 Somalia	33	29	5	3	5	2	24	38	33	29
5 Bangladesch	..	31	..	2	..	4	..	27	..	36
6 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
7 Malawi	16	10	5	12	2	1	21	43	57	35
8 Nepal	..	9	..	1	..	5	..	44	..	41
9 Tschad	13	16	20	2	3	3	21	46	42	33
10 Burundi	18	7	6	5	7	3	15	42	55	44
11 Sierra Leone	19	25	9	3	1	3	29	39	41	31
12 Madagaskar	20	16	5	2	2	4	25	40	48	38
13 Nigeria	9	10	6	7	3	3	34	38	48	43
14 Uganda	8	9	1	0	3	1	37	50	51	40
15 Zaire	19	15	7	6	4	3	33	46	37	30
16 Mali	21	20	6	1	3	2	23	36	47	42
17 Niger	13	16	6	2	4	3	21	39	55	41
18 Burkina Faso	25	16	4	0	12	2	19	46	40	36
19 Ruanda	12	8	7	0	4	2	28	53	50	36
20 Indien	22	8	5	17	14	12	37	18	22	45
21 China*	..	9	..	3	..	10	..	31	..	47
22 Haiti	31	23	6	1	5	2	14	26	44	47
23 Kenia	13	9	11	2	2	4	32	44	42	40
24 Pakistan	20	16	3	14	5	8	38	32	34	30
25 Benin	23	29	6	2	2	6	17	17	53	47
26 Zentralafrikanische Rep.	13	15	7	1	2	4	29	39	49	40
27 Ghana	13	11	4	5	2	7	33	40	48	37
28 Togo	18	26	4	6	2	2	32	25	45	41
29 Sambia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
30 Guinea	..	22	..	5	..	2	..	36	..	35
31 Sri Lanka	41	19	8	4	4	4	12	27	34	46
32 Lesotho*	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Indonesien	6	8	3	8	2	10	39	38	50	37
34 Mauretanien	9	23	4	18	1	1	56	29	30	29
35 Afghanistan	17	9	4	1	1	1	8	26	69	63
36 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
37 Kambodscha, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	18	3	8	1	1	1	33	81	39	15
39 Myanmar	15	4	4	2	5	1	18	52	58	41
40 Sudan	24	20	5	2	3	3	21	33	47	43
41 Vietnam	..	8	..	23	..	2	..	37	..	30
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>16w</b>	<b>11w</b>	<b>9w</b>	<b>10w</b>	<b>11w</b>	<b>9w</b>	<b>30w</b>	<b>35w</b>	<b>34w</b>	<b>35w</b>
Untere Einkommenskategorie	17w	13w	8w	8w	9w	8w	30w	31w	37w	40w
42 Angola	18	29	2	3	2	1	24	39	54	28
43 Bolivien	20	18	1	2	2	3	34	38	42	40
44 Ägypten, Arab. Rep.	28	27	7	3	10	8	23	26	31	36
45 Senegal	37	21	6	5	4	3	15	34	38	37
46 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	..	3	..	1	..	5	..	55	..	36
48 Philippinen	20	11	10	13	7	7	33	20	30	50
49 Côte d'Ivoire	18	20	6	4	2	2	28	30	46	44
50 Dominikanische Rep.	25	14	10	6	2	3	23	30	40	47
51 Marokko	36	13	5	15	9	11	18	28	31	33
52 Papua-Neuguinea	25	16	4	11	1	1	25	37	45	36
53 Honduras	12	12	6	4	1	2	26	29	56	53
54 Guatemala	11	8	7	9	2	3	29	34	50	45
55 Kongo, VR	15	17	6	0	1	2	34	40	44	41
56 Syrien, Arab. Rep.	22	21	10	2	8	3	16	32	43	42
57 Kamerun	12	16	5	1	3	2	28	36	51	44
58 Peru	17	22	3	10	5	5	41	26	34	36
59 Ecuador	10	9	9	4	4	7	33	34	44	46
60 Namibia*	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	14	12	14	23	2	2	37	30	33	33
62 El Salvador	16	16	5	7	3	5	28	32	48	40
63 Kolumbien	8	9	1	4	10	7	45	37	35	43
64 Thailand	7	6	9	8	5	9	31	39	49	38
65 Jamaika	22	19	9	14	4	4	23	21	42	42
66 Tunesien	16	15	6	9	6	10	31	24	41	41
* Angaben für Taiwan (China)	14	7	5	9	17	13	36	37	28	34

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

Prozentualer Anteil an der Wareneinfuhr										
	Nahrungs- mittel		Brennstoffe		Sonstige Rohstoffe		Maschinen, Elektrotechnik, Fahrzeuge		Übrige Industrie- produkte	
	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989
67 Türkei	6	8	10	21	10	13	37	26	37	33
68 Botsuana <sup>a</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
69 Jordanien	30	19	6	16	5	4	18	23	42	38
70 Panama	12	15	21	17	1	2	21	18	45	48
71 Chile	20	5	6	12	9	5	35	41	30	37
72 Costa Rica	9	8	5	4	2	4	29	28	54	57
73 Polen	..	11	..	17	..	10	..	32	..	29
74 Mauritius	35	9	5	1	2	3	15	40	42	48
75 Mexiko	5	16	2	4	10	8	50	34	33	37
76 Argentinien	7	4	10	9	21	9	25	35	38	43
77 Malaysia	27	11	12	5	7	6	22	45	32	33
78 Algerien	27	28	0	2	5	8	15	28	52	35
79 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
80 Libanon	29	26	9	2	9	3	17	19	36	50
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua	13	14	5	3	1	1	30	39	51	42
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>14w</b>	<b>10w</b>	<b>10w</b>	<b>12w</b>	<b>14w</b>	<b>10w</b>	<b>31w</b>	<b>34w</b>	<b>32w</b>	<b>35w</b>
83 Venezuela	12	12	1	1	5	9	44	47	39	31
84 Südafrika <sup>a</sup>	5	6	5	1	10	4	42	52	37	38
85 Brasilien	20	5	21	30	9	8	22	29	28	28
86 Ungarn	12	7	11	12	21	9	27	33	28	38
87 Uruguay	10	7	17	14	14	7	24	33	36	39
88 Jugoslawien	16	8	6	19	19	11	28	26	32	36
89 Gabun	16	17	5	1	1	2	37	43	40	38
90 Iran, Islam. Rep.	16	22	0	4	6	4	36	34	42	37
91 Trinidad u. Tobago	12	21	49	6	2	6	16	27	21	40
92 Tschechoslowakei	..	6	..	28	..	10	..	36	..	20
93 Portugal	16	12	8	11	18	7	27	37	30	34
94 Korea, Rep.	15	6	7	13	26	17	13	34	38	30
95 Oman	..	20	..	2	..	2	..	34	..	43
96 Libyen	14	14	4	4	3	1	36	34	43	47
97 Griechenland	16	16	8	6	11	7	35	31	30	40
98 Irak	24	27	0	0	7	5	25	29	44	39
99 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>17w</b>	<b>11w</b>	<b>8w</b>	<b>10w</b>	<b>10w</b>	<b>8w</b>	<b>31w</b>	<b>34w</b>	<b>35w</b>	<b>37w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>17w</b>	<b>16w</b>	<b>6w</b>	<b>4w</b>	<b>2w</b>	<b>3w</b>	<b>29w</b>	<b>40w</b>	<b>45w</b>	<b>37w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>16w</b>	<b>7w</b>	<b>9w</b>	<b>9w</b>	<b>7w</b>	<b>10w</b>	<b>28w</b>	<b>36w</b>	<b>38w</b>	<b>38w</b>
<b>Südostasien</b>	<b>25w</b>	<b>10w</b>	<b>4w</b>	<b>17w</b>	<b>11w</b>	<b>11w</b>	<b>35w</b>	<b>18w</b>	<b>26w</b>	<b>44w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>19w</b>	<b>15w</b>	<b>9w</b>	<b>11w</b>	<b>15w</b>	<b>9w</b>	<b>26w</b>	<b>33w</b>	<b>31w</b>	<b>33w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>13w</b>	<b>9w</b>	<b>9w</b>	<b>11w</b>	<b>8w</b>	<b>7w</b>	<b>34w</b>	<b>35w</b>	<b>36w</b>	<b>38w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>16w</b>	<b>12w</b>	<b>8w</b>	<b>10w</b>	<b>12w</b>	<b>8w</b>	<b>32w</b>	<b>33w</b>	<b>33w</b>	<b>37w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>20w</b>	<b>10w</b>	<b>11w</b>	<b>9w</b>	<b>19w</b>	<b>8w</b>	<b>20w</b>	<b>34w</b>	<b>31w</b>	<b>39w</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>20w</b>	<b>10w</b>	<b>11w</b>	<b>9w</b>	<b>19w</b>	<b>8w</b>	<b>20w</b>	<b>34w</b>	<b>31w</b>	<b>39w</b>
<b>+Übrige</b>	<b>23w</b>	<b>9w</b>	<b>6w</b>	<b>6w</b>	<b>12w</b>	<b>7w</b>	<b>20w</b>	<b>35w</b>	<b>38w</b>	<b>45w</b>
100 +Saudi-Arabien	31	15	1	0	4	2	27	37	37	45
101 Irland	19	11	8	6	9	4	25	38	39	42
102 Spanien	20	11	10	12	14	8	27	38	28	31
103 +Israel	16	9	6	8	11	5	28	24	38	54
104 +Hongkong	26	8	3	2	11	5	13	26	46	59
105 +Singapur	24	7	13	14	18	5	14	42	30	33
106 Neuseeland	8	7	7	6	9	4	33	40	43	42
107 Australien	6	5	8	5	9	4	37	45	41	42
108 Großbritannien	32	10	11	5	24	9	11	37	23	37
109 Italien	24	13	16	12	24	12	15	29	21	34
110 Niederlande	16	13	10	10	12	6	25	29	37	41
111 +Kuwait	26	16	1	0	2	2	32	43	39	40
112 Belgien <sup>b</sup>	14	10	9	8	21	10	24	24	32	48
113 Österreich	15	5	7	6	12	8	31	37	35	44
114 Frankreich	20	10	15	9	18	8	20	33	27	40
115 +Vereinigte Arab. Emirate	..	13	..	1	..	2	..	38	..	46
116 Kanada	10	6	7	5	9	5	40	53	34	32
117 Deutschland	24	11	8	8	20	9	13	31	35	42
118 Dänemark	15	12	11	7	10	6	25	30	39	44
119 Vereinigte Staaten	20	6	10	11	20	5	14	41	36	36
120 Schweden	12	6	11	8	11	7	30	40	36	40
121 Finnland	10	5	10	10	11	8	35	40	34	37
122 Norwegen	11	6	7	4	12	8	38	43	32	39
123 Japan	23	16	20	21	38	18	9	14	11	31
124 Schweiz	17	6	6	4	9	6	24	31	43	53
<b>Übrige Länder</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>Gesamte Welt</b>	<b>19w</b>	<b>10w</b>	<b>10w</b>	<b>9w</b>	<b>17w</b>	<b>8w</b>	<b>22w</b>	<b>34w</b>	<b>32w</b>	<b>39w</b>
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>	<b>17w</b>	<b>15w</b>	<b>6w</b>	<b>3w</b>	<b>4w</b>	<b>4w</b>	<b>31w</b>	<b>35w</b>	<b>42w</b>	<b>43w</b>

<sup>a</sup> Die Angaben beziehen sich auf die Südafrikanische Zollunion, der Südafrika, Namibia, Lesotho, Botsuana und Swasiland angehören; der Handel zwischen diesen Teilgebieten ist in den Angaben nicht enthalten. <sup>b</sup> Einschließlich Luxemburg.

# Tabelle 16 Struktur der Warenausfuhr

	Prozentualer Anteil an der Warenausfuhr									
	Brennstoffe, Mineralien und Metalle		Sonstige Rohstoffe		Maschinen, Elektrotechnik, Fahrzeuge		Übrige Industrie- produkte		Textilien und Bekleidung <sup>a</sup>	
	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>16w</b>	<b>25w</b>	<b>60w</b>	<b>23w</b>	<b>1w</b>	<b>6w</b>	<b>23w</b>	<b>46w</b>	<b>12w</b>	<b>22w</b>
China und Indien	..	11w	..	18w	..	10w	..	62w	..	28w
Übrige Länder	22w	43w	65w	30w	1w	1w	11w	26w	4w	12w
1 Mosambik	14	9	84	43	0	1	2	47	1	0
2 Äthiopien	0	3	100	94	0	0	0	3	0	1
3 Tansania	1	4	86	84	0	1	13	11	0	6
4 Somalia	0	0	86	96	4	1	10	3	..	0
5 Bangladesch	..	1	..	28	..	0	..	71	..	58
6 Laos, Dem. VR	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
7 Malawi	0	0	99	94	0	0	1	5	0	5
8 Nepal	..	0	..	13	..	3	..	84	..	73
9 Tschad	5	4	92	90	0	1	3	4	0	3
10 Burundi	0	0	94	93	0	0	6	6	1	1
11 Sierra Leone	25	41	14	21	0	0	60	38	0	0
12 Madagaskar	4	6	90	85	1	0	4	9	1	6
13 Nigeria	32	94	65	5	..	0	2	1	0	0
14 Uganda	13	0	86	99	0	0	1	0	0	0
15 Zaire	72	85	20	6	0	0	8	9	0	0
16 Mali	1	0	96	90	1	2	2	8	1	1
17 Niger	0	..	95	..	1	..	4	..	1	..
18 Burkina Faso	1	0	94	88	1	1	4	10	2	1
19 Ruanda	40	1	60	98	0	0	1	1	..	0
20 Indien	10	8	41	19	1	7	47	66	36	23
21 China*	..	11	..	19	..	7	..	63	..	25
22 Haiti	14	0	62	14	3	16	20	70	3	43
23 Kenia	13	2	77	85	0	1	10	12	0	1
24 Pakistan	2	1	62	33	1	0	35	66	29	54
25 Benin	1	26	94	71	2	0	3	3	0	0
26 Zentralafrikanische Rep.	1	0	45	47	0	0	54	52	0	0
27 Ghana	13	29	86	63	0	0	1	8	0	0
28 Togo	33	53	62	38	1	1	4	7	0	0
29 Sambia	..	92	..	3	..	1	..	5	..	0
30 Guinea	..	83	..	6	..	0	..	11	..	0
31 Sri Lanka	0	3	99	43	0	4	1	50	0	38
32 Lesotho <sup>b</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
33 Indonesien	43	47	53	21	3	1	1	31	0	9
34 Mauretanien	94	45	5	54	1	0	0	0	0	0
35 Afghanistan	0	43	87	40	..	1	13	17	12	13
36 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
37 Kamputschea, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	72	35	25	24	1	21	3	19	0	0
39 Myanmar	5	11	94	73	0	1	0	15	0	4
40 Sudan	1	1	99	95	..	2	0	2	0	1
41 Vietnam	..	12	..	75	..	2	..	10	..	5
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>27w</b>	<b>26w</b>	<b>46w</b>	<b>21w</b>	<b>14w</b>	<b>20w</b>	<b>13w</b>	<b>33w</b>	<b>3w</b>	<b>11w</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>22w</b>	<b>29w</b>	<b>62w</b>	<b>32w</b>	<b>8w</b>	<b>12w</b>	<b>8w</b>	<b>28w</b>	<b>2w</b>	<b>9w</b>
42 Angola	6	95	76	2	1	0	17	3	0	0
43 Bolivien	93	80	3	15	0	1	4	4	0	1
44 Ägypten, Arab. Rep.	8	46	71	18	0	0	20	35	15	27
45 Senegal	9	19	88	72	1	1	2	8	1	1
46 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	..	17	..	40	..	1	..	43	..	3
48 Philippinen	11	12	84	26	0	10	6	52	1	7
49 Côte d'Ivoire	2	1	93	91	1	0	4	7	1	2
50 Dominikanische Rep.	10	2	88	28	0	5	2	65	0	35
51 Marokko	40	23	55	30	0	4	5	42	1	20
52 Papua-Neuguinea	0	54	90	37	..	1	10	8	..	0
53 Honduras	6	1	90	87	0	1	4	11	1	7
54 Guatemala	0	2	86	81	1	0	13	16	4	11
55 Kongo, VR	4	76	45	15	2	1	49	7	0	0
56 Syrien, Arab. Rep.	1	77	89	16	1	1	9	6	7	3
57 Kamerun	17	48	77	49	3	0	2	3	0	1
58 Peru	45	55	54	26	0	1	1	17	0	9
59 Ecuador	2	49	96	48	0	0	2	2	1	0
60 Namibia <sup>b</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	0	0	92	92	0	0	8	8	0	1
62 El Salvador	2	1	82	79	1	5	16	15	6	11
63 Kolumbien	18	26	75	49	0	1	6	24	2	6
64 Thailand	11	3	86	43	0	15	3	39	0	17
65 Jamaika	28	16	41	26	0	1	31	58	4	13
66 Tunesien	31	23	51	11	0	6	19	60	2	29
* Angaben für Taiwan (China)	2	2	28	6	15	36	54	57	25	15

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

Prozentualer Anteil an der Warenausfuhr										
	Brennstoffe, Mineralien und Metalle		Sonstige Rohstoffe		Maschinen, Elektrotechnik, Fahrzeuge		Übrige Industrie- produkte		Textilien und Bekleidung <sup>a</sup>	
	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989
67 Türkei	9	8	89	26	0	5	2	61	1	35
68 Botsuana <sup>b</sup>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
69 Jordanien	33	45	60	10	2	1	5	44	1	5
70 Panama	35	2	63	78	0	0	2	19	1	7
71 Chile	89	57	7	33	1	1	4	9	0	1
72 Costa Rica	0	1	84	69	1	4	15	27	2	18
73 Polen	..	19	..	14	..	32	..	34	..	6
74 Mauritius	0	0	100	38	0	1	0	61	0	51
75 Mexiko	22	41	62	14	1	24	15	21	3	2
76 Argentinien	1	4	93	64	1	6	5	26	0	3
77 Malaysia	34	19	60	37	2	27	4	17	0	5
78 Algerien	57	96	39	0	2	2	2	2	0	0
79 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
80 Libanon	14	6	52	24	14	8	19	63	2	8
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua	4	1	90	96	0	1	6	2	0	0
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>32w</b>	<b>25w</b>	<b>28w</b>	<b>13w</b>	<b>22w</b>	<b>25w</b>	<b>18w</b>	<b>37w</b>	<b>5w</b>	<b>12w</b>
83 Venezuela	97	91	1	1	0	1	2	7	0	0
84 Südafrika <sup>b</sup>	24	46	44	20	3	3	29	31	1	2
85 Brasilien	9	15	83	33	2	20	7	32	1	3
86 Ungarn	5	8	25	24	32	30	37	38	9	6
87 Uruguay	0	0	95	61	0	3	5	35	2	14
88 Jugoslawien	10	8	33	12	24	28	33	52	8	8
89 Gabun	52	69	37	21	1	1	10	9	0	0
90 Iran, Islam. Rep.	88	89	8	5	0	1	4	6	4	5
91 Trinidad u. Tobago	84	62	9	7	0	1	7	30	0	0
92 Tschechoslowakei	..	4	..	5	..	55	..	36	..	6
93 Portugal	4	6	34	15	3	19	58	59	24	29
94 Korea Rep.	15	2	25	5	3	38	56	55	27	23
95 Oman	..	87	..	3	..	7	..	3	..	0
96 Libyen	99	97	1	0	..	0	..	3	0	0
97 Griechenland	8	13	78	35	2	3	11	48	3	27
98 Irak	95	98	4	0	0	1	1	1	0	0
99 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>25w</b>	<b>26w</b>	<b>49w</b>	<b>21w</b>	<b>11w</b>	<b>17w</b>	<b>15w</b>	<b>36w</b>	<b>6w</b>	<b>13w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>24w</b>	<b>53w</b>	<b>68w</b>	<b>36w</b>	<b>0w</b>	<b>1w</b>	<b>7w</b>	<b>10w</b>	<b>0w</b>	<b>2w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>22w</b>	<b>12w</b>	<b>67w</b>	<b>19w</b>	<b>1w</b>	<b>22w</b>	<b>10w</b>	<b>47w</b>	<b>2w</b>	<b>20w</b>
<b>Südasien</b>	<b>6w</b>	<b>6w</b>	<b>57w</b>	<b>24w</b>	<b>1w</b>	<b>5w</b>	<b>35w</b>	<b>65w</b>	<b>28w</b>	<b>33w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>21w</b>	<b>34w</b>	<b>35w</b>	<b>12w</b>	<b>21w</b>	<b>20w</b>	<b>23w</b>	<b>33w</b>	<b>8w</b>	<b>12w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>43w</b>	<b>33w</b>	<b>50w</b>	<b>33w</b>	<b>1w</b>	<b>12w</b>	<b>6w</b>	<b>24w</b>	<b>1w</b>	<b>3w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>33w</b>	<b>29w</b>	<b>45w</b>	<b>29w</b>	<b>11w</b>	<b>15w</b>	<b>11w</b>	<b>28w</b>	<b>3w</b>	<b>5w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>12w</b>	<b>9w</b>	<b>20w</b>	<b>12w</b>	<b>30w</b>	<b>40w</b>	<b>38w</b>	<b>40w</b>	<b>7w</b>	<b>5w</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>9w</b>	<b>7w</b>	<b>21w</b>	<b>12w</b>	<b>31w</b>	<b>41w</b>	<b>39w</b>	<b>40w</b>	<b>7w</b>	<b>4w</b>
<b>Übrige</b>	<b>59w</b>	<b>27w</b>	<b>17w</b>	<b>6w</b>	<b>3w</b>	<b>26w</b>	<b>23w</b>	<b>40w</b>	<b>10w</b>	<b>12w</b>
100 Saudi-Arabien	98	91	1	1	1	2	1	7	0	0
101 Irland	3	2	63	26	5	32	29	40	7	4
102 Spanien	9	8	51	18	10	36	29	37	6	4
103 Israel	6	2	28	10	2	27	63	60	9	6
104 Hongkong	1	1	5	2	7	23	87	73	52	39
105 Singapur	21	18	44	9	10	47	24	26	6	5
106 Neuseeland	1	9	94	67	0	5	5	19	0	2
107 Australien	13	32	73	35	5	5	10	27	1	1
108 Großbritannien	7	10	9	8	42	40	42	40	7	3
109 Italien	8	3	14	7	30	37	47	52	15	12
110 Niederlande	12	12	32	25	21	21	35	42	9	4
111 Kuwait	98	96	1	0	1	1	0	3	0	0
112 Belgien <sup>c</sup>	13	9	11	11	20	25	55	55	12	7
113 Österreich	8	5	17	8	20	34	55	52	12	8
114 Frankreich	8	5	21	18	26	35	45	41	10	5
115 Vereinigte Arab. Emirat	..	91	..	2	..	2	..	5	..	1
116 Kanada	28	19	35	19	15	39	22	24	1	1
117 Deutschland	7	4	5	6	46	49	42	41	5	5
118 Dänemark	2	4	55	32	22	25	21	39	4	4
119 Vereinigte Staaten	8	6	27	16	37	43	28	34	3	2
120 Schweden	9	6	23	10	35	43	33	41	2	2
121 Finnland	3	5	40	14	12	29	45	52	2	3
122 Norwegen	21	56	28	10	17	13	34	21	2	1
123 Japan	2	1	7	1	31	65	60	32	17	2
124 Schweiz	3	3	7	4	30	32	60	61	10	5
<b>Übrige Länder</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>Gesamte Welt</b>	<b>15w</b>	<b>12w</b>	<b>26w</b>	<b>14w</b>	<b>25w</b>	<b>35w</b>	<b>34w</b>	<b>39w</b>	<b>7w</b>	<b>6w</b>
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>	<b>80w</b>	<b>92w</b>	<b>16w</b>	<b>2w</b>	<b>0w</b>	<b>1w</b>	<b>3w</b>	<b>5w</b>	<b>..</b>	<b>1w</b>

<sup>a</sup> Textilien und Bekleidung sind eine Untergruppe der übrigen Industrieprodukte. <sup>b</sup> Die Angaben beziehen sich auf die Südafrikanische Zollunion, der Südafrika, Namibia, Lesotho, Botsuana und Swasiland angeschlossen; der Handel zwischen diesen Teilgebieten ist nicht in den Angaben enthalten. <sup>c</sup> Einschließlich Luxemburg.

# Tabelle 17 OECD-Importe von Industrieprodukten: Herkunft und Zusammensetzung

	Importwert von Industrieprodukten nach Herkunftsändern (in Mio \$) <sup>a</sup>		Zusammensetzung der Importe von Industrieprodukten im Jahr 1989 (in %) <sup>a</sup>				
	1969	1989 <sup>a</sup>	Textilien und Bekleidung	Chemische Erzeugnisse	Elektrotechnische und elektronische Erzeugnisse	Fahrzeuge	Übrige Erzeugnisse
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>1.484s</b>	<b>47.562s</b>	<b>40w</b>	<b>6w</b>	<b>6w</b>	<b>3w</b>	<b>45w</b>
China und Indien	865s	34.903s	40w	6w	8w	1w	45w
Übrige Länder	619s	12.659s	42w	4w	1w	9w	43w
1 Mosambik	7	7	23	2	20	3	52
2 Äthiopien	4	62	13	8	3	3	74
3 Tansania	30	52	40	3	2	8	48
4 Somalia	0	2	2	2	7	10	78
5 Bangladesch	0	882	84	0	0	0	16
6 Laos, Dem. VR	0	3	79	4	0	1	16
7 Malawi	0	13	70	0	2	1	28
8 Nepal	2	177	93	0	1	0	5
9 Tschad	0	1	27	3	6	1	62
10 Burundi	2	2	9	1	3	2	86
11 Sierra Leone	89	82	0	0	0	0	99
12 Madagaskar	8	40	64	12	1	0	23
13 Nigeria	17	160	3	28	2	4	64
14 Uganda	1	5	1	0	3	63	33
15 Zaire	51	312	0	1	0	0	98
16 Mali	0	17	2	1	3	1	94
17 Niger	0	283	0	98	0	1	1
18 Burkina Faso	0	6	10	1	3	1	85
19 Ruanda	0	1	0	4	5	4	88
20 Indien	608	8.125	40	5	1	1	54
21 China	257	26.778	39	7	10	1	43
22 Haiti	13	389	54	2	15	0	29
23 Kenia	17	124	5	3	5	16	71
24 Pakistan	193	2.357	81	1	0	1	18
25 Benin	0	4	1	0	1	1	97
26 Zentralafrikanische Rep.	11	67	0	0	0	0	99
27 Ghana	17	68	0	2	1	0	96
28 Togo	1	17	1	0	0	2	96
29 Sambia	6	36	17	1	1	11	70
30 Guinea	31	124	0	35	0	0	64
31 Sri Lanka	8	913	70	1	0	0	28
32 Lesotho <sup>b</sup>	..	..	..	..	..	..	..
33 Indonesien	22	4.612	33	3	1	0	62
34 Mauretanien	3	3	6	1	2	55	36
35 Afghanistan	9	46	91	0	0	1	8
36 Bhutan	0	2	0	0	3	2	95
37 Kamputschea, Dem.	0	1	24	0	4	3	70
38 Liberia	46	1.670	0	0	0	63	37
39 Myanmar	4	27	32	1	1	1	65
40 Sudan	0	8	7	2	4	6	82
41 Vietnam	1	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>4.307s</b>	<b>155.938s</b>	<b>25w</b>	<b>7w</b>	<b>17w</b>	<b>7w</b>	<b>44w</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>1.291s</b>	<b>64.526s</b>	<b>24w</b>	<b>6w</b>	<b>23w</b>	<b>7w</b>	<b>40w</b>
42 Angola	2	250	0	0	0	1	99
43 Bolivien	1	32	19	6	0	0	75
44 Ägypten, Arab. Rep.	31	570	61	5	2	7	25
45 Senegal	10	68	9	7	2	1	81
46 Jemen, Rep.	0	5	4	3	18	12	63
47 Simbabwe	0	331	13	0	1	0	86
48 Philippinen	111	4.291	34	3	28	1	34
49 Côte d'Ivoire	7	231	18	3	1	0	78
50 Dominikanische Rep.	5	1.474	48	1	6	0	46
51 Marokko	22	1.672	64	17	7	1	11
52 Papua-Neuguinea	13	31	5	3	2	5	85
53 Honduras	3	136	68	2	0	0	29
54 Guatemala	5	206	77	7	0	1	16
55 Kongo, VR	4	126	0	2	0	0	97
56 Syrien, Arab. Rep.	3	28	52	4	2	4	38
57 Kamerun	3	60	28	1	1	7	63
58 Peru	13	452	49	9	3	1	38
59 Ecuador	3	73	13	3	1	8	75
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	4	77	27	14	0	0	59
62 El Salvador	1	116	57	1	25	0	17
63 Kolumbien	41	903	23	7	0	0	70
64 Thailand	30	8.197	24	2	14	1	59
65 Jamaika	62	765	33	63	0	0	4
66 Tunesien	15	1.494	62	16	7	1	14

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Importwert von Industrieprodukten nach Herkunftsändern (in Mio \$) <sup>a</sup>		Zusammensetzung der Importe von Industrieprodukten im Jahr 1989 (in %) <sup>a</sup>				
	1969	1989 <sup>a</sup>	Textilien und Bekleidung	Chemische Erzeugnisse	Elektrotechnische und elektronische Erzeugnisse	Fahrzeuge	Übrige Erzeugnisse
67 Türkei	35	5.313	70	5	3	2	21
68 Botsuana <sup>b</sup>	..	..	..	..	..	..	..
69 Jordanien	1	83	5	37	5	23	30
70 Panama <sup>c</sup>	19	1.276	4	1	0	73	21
71 Chile	14	497	11	36	1	1	51
72 Costa Rica	4	561	64	1	11	1	23
73 Polen	230	2.880	20	16	7	9	48
74 Mauritius	1	663	81	0	0	0	18
75 Mexiko	393	21.306	4	4	35	13	43
76 Argentinien	89	1.658	12	18	1	3	66
77 Malaysia	34	7.761	15	4	55	1	25
78 Algerien	19	226	0	27	1	3	69
79 Bulgarien	44	374	21	24	6	1	49
80 Libanon	15	147	15	4	3	3	76
81 Mongolei	0	5	73	4	2	0	21
82 Nicaragua	3	4	8	11	14	5	63
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>3.016 \$</b>	<b>91.412 \$</b>	<b>26w</b>	<b>7w</b>	<b>12w</b>	<b>7w</b>	<b>48w</b>
83 Venezuela	19	653	3	15	4	6	71
84 Südafrika <sup>b</sup>	565	3.505	3	14	1	3	78
85 Brasilien	136	11.674	7	9	5	14	65
86 Ungarn	163	2.504	23	20	10	4	44
87 Uruguay	18	324	53	3	0	1	43
88 Jugoslawien	380	7.195	28	10	9	10	44
89 Gabun	8	89	0	67	1	1	31
90 Iran, Islam. Rep.	127	511	90	0	1	0	9
91 Trinidad u. Tobago	37	313	1	73	0	0	26
92 Tschechoslowakei	390	2.642	16	18	4	5	57
93 Portugal	390	9.803	39	6	8	9	38
94 Korea, Rep.	365	42.601	26	2	19	6	46
95 Oman	1	152	5	0	21	15	59
96 Libyen	5	307	0	93	1	1	6
97 Griechenland	138	3.893	55	5	3	7	31
98 Irak	5	142	1	19	2	9	69
99 Rumänien	124	2.102	28	7	3	3	59
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>5.792 \$</b>	<b>203.500 \$</b>	<b>28w</b>	<b>6w</b>	<b>14w</b>	<b>6w</b>	<b>45w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>385 \$</b>	<b>5.043 \$</b>	<b>15w</b>	<b>9w</b>	<b>1w</b>	<b>22w</b>	<b>53w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>911 \$</b>	<b>96.190 \$</b>	<b>30w</b>	<b>4w</b>	<b>18w</b>	<b>3w</b>	<b>45w</b>
<b>Südostasien</b>	<b>815 \$</b>	<b>12.497 \$</b>	<b>54w</b>	<b>3w</b>	<b>1w</b>	<b>1w</b>	<b>42w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>2.167 \$</b>	<b>42.841 \$</b>	<b>40w</b>	<b>10w</b>	<b>7w</b>	<b>6w</b>	<b>37w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>949 \$</b>	<b>43.424 \$</b>	<b>11w</b>	<b>9w</b>	<b>19w</b>	<b>13w</b>	<b>49w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>1.273 \$</b>	<b>49.712 \$</b>	<b>14w</b>	<b>8w</b>	<b>20w</b>	<b>10w</b>	<b>48w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>103.679 \$</b>	<b>1.364.833 \$</b>	<b>6w</b>	<b>13w</b>	<b>11w</b>	<b>19w</b>	<b>51w</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>100.844 \$</b>	<b>1.262.684 \$</b>	<b>5w</b>	<b>13w</b>	<b>11w</b>	<b>20w</b>	<b>51w</b>
<b>Übrige</b>	<b>2.835 \$</b>	<b>102.149 \$</b>	<b>17w</b>	<b>5w</b>	<b>18w</b>	<b>4w</b>	<b>56w</b>
100 Saudi-Arabien	5	1.697	0	59	1	19	21
101 Irland	426	12.883	7	25	11	2	56
102 Spanien	601	23.799	5	10	7	30	48
103 Israel	295	7.247	8	14	10	3	65
104 Hongkong	1.605	23.814	41	1	14	1	44
105 Singapur	63	16.815	6	6	31	4	54
106 Neuseeland	94	1.727	9	22	7	4	58
107 Australien	437	5.901	3	37	4	8	48
108 Großbritannien	9.381	88.190	5	18	10	12	55
109 Italien	6.749	95.052	16	8	8	10	58
110 Niederlande	4.857	59.605	7	30	9	9	46
111 Kuwait	6	225	1	40	6	27	26
112 Belgien <sup>d</sup>	6.557	65.999	9	20	6	19	47
113 Österreich	1.379	22.605	10	9	12	5	63
114 Frankreich	7.448	108.863	6	17	8	23	46
115 Vereinigte Arab. Emirate	..	607	27	25	3	6	39
116 Kanada	7.499	70.015	1	8	6	40	45
117 Deutschland	19.517	236.407	5	14	10	21	49
118 Dänemark	1.219	14.952	7	15	11	4	62
119 Vereinigte Staaten	19.238	184.431	2	12	13	20	53
120 Schweden	3.314	36.500	2	9	10	19	61
121 Finnland	972	14.432	4	8	8	5	75
122 Norwegen	886	7.845	2	21	7	12	58
123 Japan	7.064	174.094	1	3	19	30	46
124 Schweiz	3.201	39.230	6	22	10	2	61
<b>Übrige Länder</b>	<b>722 \$</b>	<b>12.725 \$</b>	<b>4w</b>	<b>15w</b>	<b>12w</b>	<b>11w</b>	<b>58w</b>
<b>Gesamte Welt</b>	<b>110.193 \$</b>	<b>1.581.058 \$</b>	<b>9w</b>	<b>12w</b>	<b>12w</b>	<b>17w</b>	<b>51w</b>
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>	<b>243 \$</b>	<b>5.576 \$</b>	<b>12w</b>	<b>36w</b>	<b>2w</b>	<b>9w</b>	<b>40w</b>

Anmerkung: Nur OECD-Länder mit hohem Einkommen. <sup>a</sup> Die Handelsangaben basieren auf der Datenbasis Comtrade der VN, und zwar für 1969 auf Revision 1 des SITC und für das Jahr 1989 auf Revision 2 des SITC. <sup>b</sup> Angaben für Lesotho und Botsuana sind bei Südafrika enthalten. <sup>c</sup> Ohne Kanalzone. <sup>d</sup> Einschließlich Luxemburg.

# Tabelle 18 Zahlungsbilanzen und Reserven

	Leistungsbilanzsaldo (in Mio \$)				Netto- Gastarbeiter- überweisungen (in Mio \$)		Bruttowährungsreserven		
	Einschl. öffentlicher Übertragungen		Ohne öffentliche Übertragungen				In Mio \$		Einfuhr- deckung in Monaten
	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1989
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>							<b>3.613s</b>	<b>50.839s</b>	<b>3,5w</b>
China und Indien							<b>1.023s</b>	<b>34.663s</b>	<b>4,4w</b>
Übrige Länder							<b>2.590s</b>	<b>16.176s</b>	<b>2,5w</b>
1 Mosambik	..	-405 <sup>a</sup>	..	-793 <sup>a</sup>	..	..	..	..	..
2 Äthiopien	-32	-169 <sup>a</sup>	-43	-378 <sup>a</sup>	..	..	72	123	1,1
3 Tansania	-36	-158	-37	-628	..	0	65	54	0,5
4 Somalia	-6	-151 <sup>a</sup>	-18	-482 <sup>a</sup>	..	..	21	23	0,5
5 Bangladesch	-114 <sup>a</sup>	-729	-234 <sup>a</sup>	-1.402	0 <sup>a</sup>	771	..	929	2,8
6 Laos, Dem. VR	..	-67 <sup>a</sup>	..	-107 <sup>a</sup>	..	0 <sup>a</sup>	6	16	1,3
7 Malawi	-35	-118 <sup>a</sup>	-46	-173 <sup>a</sup>	-4	..	29	105	2,1
8 Nepal	-1 <sup>a</sup>	-254	-25 <sup>a</sup>	-308	..	0	94	276	4,3
9 Tschad	2	-5 <sup>a</sup>	-33	-242 <sup>a</sup>	-6	-21 <sup>a</sup>	2	133	3,4
10 Burundi	2 <sup>a</sup>	-29	-2 <sup>a</sup>	-161	..	..	15	107	4,5
11 Sierra Leone	-16	-3	-20	-11	..	0	39	4	0,5
12 Madagaskar	10	-128	-42	-283	-26	-11	37	245	3,7
13 Nigeria	-368	-143	-412	-254	..	-19	223	2.041	2,8
14 Uganda	20	-240 <sup>a</sup>	19	-418 <sup>a</sup>	-5	..	57	14	0,2
15 Zaire	-64	-460 <sup>a</sup>	-141	-736 <sup>a</sup>	-98	..	189	282	1,1
16 Mali	-2	-81	-22	-317	-1	39	1	123	2,1
17 Niger	0	-111	-32	-243	-3	-40	19	217	4,6
18 Burkina Faso	9	-91 <sup>a</sup>	-21	-327 <sup>a</sup>	16	147 <sup>a</sup>	36	270	4,4
19 Ruanda	7	-105 <sup>a</sup>	-12	-233 <sup>a</sup>	-4	-17	8	70	2,1
20 Indien	-380 <sup>a</sup>	-7.538 <sup>a</sup>	-590 <sup>a</sup>	-8.038 <sup>a</sup>	80	2.650	1.023	8.048	3,0
21 China*	-81 <sup>a</sup>	-4.530	-81 <sup>a</sup>	-4.701	0 <sup>a</sup>	138	..	23.053	4,4
22 Haiti	11	-63	4	-169	13	59	4	20	1,1
23 Kenia	-49	-587	-86	-868	..	-3	220	317	1,3
24 Pakistan	-667	-1.351	-705	-1.943	86	1.902	195	1.302	1,6
25 Benin	-3	-3 <sup>a</sup>	-23	-58 <sup>a</sup>	0	57 <sup>a</sup>	16	8	0,2
26 Zentralafrikanische Rep.	-12	-8 <sup>a</sup>	-24	-159 <sup>a</sup>	-4	-29	1	118	4,1
27 Ghana	-68	-98	-76	-311	-9	3	43	436	3,7
28 Togo	3	-46	-14	-118	-3	4	35	290	5,7
29 Sambia	108	5	107	-67	-48	-21	515	139	1,1
30 Guinea	..	-126	..	-223	..	0	..	..	..
31 Sri Lanka	-59	-372 <sup>a</sup>	-71	-546 <sup>a</sup>	3	338 <sup>a</sup>	43	269	1,2
32 Lesotho	18 <sup>a</sup>	-37	-1 <sup>a</sup>	-174	29 <sup>a</sup>	..	..	49	0,9
33 Indonesien	-310	-1.368	-376	-1.540	..	125	160	6.444	2,9
34 Mauretanien	-5	111 <sup>a</sup>	-13	-158 <sup>a</sup>	-6	4 <sup>a</sup>	3	87	1,6
35 Afghanistan	..	-217	..	-305	..	..	49	631	10,4
36 Bhutan	..	-3 <sup>a</sup>	..	-66 <sup>a</sup>	..	0 <sup>a</sup>	..	66	..
37 Kamputschea, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	-16 <sup>a</sup>	-118	-27 <sup>a</sup>	-163	-18 <sup>a</sup>	51	..	8	..
39 Myanmar	-63	-204 <sup>a</sup>	-81	-204	..	0	98	364	4,7
40 Sudan	-41	-945 <sup>a</sup>	-43	-1.216 <sup>a</sup>	..	297 <sup>a</sup>	22	176	0,9
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	243	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>							<b>15.855s</b>	<b>153.347s</b>	<b>3,1w</b>
Untere Einkommenskategorie							<b>7.076s</b>	<b>71.910s</b>	<b>2,8w</b>
42 Angola	..	-20 <sup>a</sup>	..	-20 <sup>a</sup>	..	..	..	..	..
43 Bolivien	4	-264	2	-399	..	-1	46	563	5,2
44 Ägypten, Arab. Rep.	-148	-1.691 <sup>a</sup>	-452	-2.828 <sup>a</sup>	29	4.254 <sup>a</sup>	165	2.495	1,7
45 Senegal	-16	-180 <sup>a</sup>	-66	-397 <sup>a</sup>	-16	30	22	31	0,2
46 Jemen, Rep.	-34 <sup>a</sup>	-423	-52 <sup>a</sup>	-531	39 <sup>a</sup>	190	..	280	1,7
47 Simbabwe	-14 <sup>a</sup>	-107 <sup>a</sup>	-26 <sup>a</sup>	-185 <sup>a</sup>	..	..	59	274	1,7
48 Philippinen	-48	-1.465	-138	-1.822	..	360	255	2.398	2,0
49 Côte d'Ivoire	-38	-983 <sup>a</sup>	-73	-1.044	-56	0 <sup>a</sup>	119	33	0,1
50 Dominikanische Rep.	-102	-205 <sup>a</sup>	-103	-289 <sup>a</sup>	25	306 <sup>a</sup>	32	171	0,8
51 Marokko	-124	-790	-161	-1.055	27	1.325	142	771	1,2
52 Papua-Neuguinea	-89 <sup>a</sup>	-445	-239 <sup>a</sup>	-662	..	46	..	410	2,4
53 Honduras	-64	-275	-68	-331	..	..	20	28	0,2
54 Guatemala	-8	-313	-8	-418	..	40	79	524	3,0
55 Kongo, VR	-45 <sup>a</sup>	-65	-53 <sup>a</sup>	-127	-3 <sup>a</sup>	-55	9	21	0,2
56 Syrien, Arab. Rep.	-69	784 <sup>a</sup>	-72	-578 <sup>a</sup>	7	225	57	533	2,2
57 Kamerun	-30	-295 <sup>a</sup>	-47	-295 <sup>a</sup>	-11	3 <sup>a</sup>	81	92	0,5
58 Peru	202	508	146	353	..	..	339	1.597	4,5
59 Ecuador	-113	-532 <sup>a</sup>	-122	-629 <sup>a</sup>	..	..	76	707	2,4
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	-16	-86 <sup>a</sup>	-19	-86 <sup>a</sup>	..	..	18	447	3,7
62 El Salvador	9	-186	7	-463	..	242	64	454	3,6
63 Kolumbien	-293	42	-333	42	6	459	207	3.862	5,4
64 Thailand	-250	-2.455	-296	-2.652	..	..	911	10.508	4,3
65 Jamaika	-153	-213	-149	-369	29	71	139	108	0,5
66 Tunesien	-53	-159	-88	-374	20	482	60	1.037	2,3
* Angaben für Taiwan (China)	1	11.384	2	11.392	..	..	627	78.652	14,2

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Leistungsbilanzsaldo (in Mio \$)						Bruttowährungsreserven		
	Einschl. öffentlicher Übertragungen		Ohne öffentliche Übertragungen		Netto- Gastarbeiter- überweisungen (in Mio \$)		In Mio \$		Einfuhr- deckung in Monaten
	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1989
67 Türkei	-44	966	-57	543	273	3.040	440	6.298	3,5
68 Botsuana	-30 <sup>a</sup>	366 <sup>a</sup>	-35 <sup>a</sup>	173 <sup>a</sup>	-9 <sup>a</sup>	..	..	2.841	19,5
69 Jordanien	-20	-82 <sup>a</sup>	-130	-704 <sup>a</sup>	..	561 <sup>a</sup>	258	771	2,5
70 Panama	-64	39 <sup>a</sup>	-79	-69 <sup>a</sup>	..	..	16	119	0,6
71 Chile	-91	-905	-95	1.087	..	..	392	3.500	3,9
72 Costa Rica	-74	-382	-77	-503	..	..	16	746	3,7
73 Polen	..	-985	..	-1.872	..	..	..	2.504	1,5
74 Mauritius	8	-71	5	-80	..	..	46	542	4,1
75 Mexiko	-1.068	-5.447	-1.098	-5.603	..	321	756	6.740	1,9
76 Argentinien	-163	-1.292	-160	-1.292	..	0	682	3.217	2,9
77 Malaysia	8	-145	2	-239	..	..	667	8.733	3,6
78 Algerien	-125	-1.254	-163	-1.254	178	355	352	3.086	3,1
79 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
80 Libanon	..	..	..	..	..	..	405	4.636	..
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua	-40	-448	-43	-617	..	..	49	..	..
<b>Obere Einkommenskategorie</b>							<b>8.779s</b>	<b>81.437s</b>	<b>3,5w</b>
83 Venezuela	-104	2.496	-98	2.512	-87	-368	1.047	8.702	8,0
84 Südafrika	-1.215	1.579	-1.253	1.507	..	..	1.057	2.195	1,1
85 Brasilien	-837	1.040 <sup>a</sup>	-861	1.040 <sup>a</sup>	..	..	1.190	10.505	3,5
86 Ungarn	-25	-572 <sup>a</sup>	-25	-572 <sup>a</sup>	..	0	..	1.846	1,6
87 Uruguay	-45	153 <sup>a</sup>	-55	145 <sup>a</sup>	..	..	186	1.548	9,1
88 Jugoslawien	-372	2.427	-378	2.430	441	6.290	143	4.899	2,5
89 Gabun	-3	-175 <sup>a</sup>	-15	-194 <sup>a</sup>	-8	-151	15	40	0,2
90 Iran, Islam. Rep.	-507	-2.476	-511	-2.476	..	..	217	..	..
91 Trinidad u. Tobago	-109	-141 <sup>a</sup>	-104	-141 <sup>a</sup>	3	0 <sup>a</sup>	43	268	1,6
92 Tschechoslowakei	146	1.038	156	1.060	..	..	113	3.609	2,5
93 Portugal	-158 <sup>a</sup>	-575	-158 <sup>a</sup>	-1.404	504 <sup>a</sup>	3.379	1.565	16.389	9,4
94 Korea, Rep.	-623	5.056	-706	5.008	..	0	610	15.342	2,7
95 Oman	..	852	..	844	..	..	13	1.470	..
96 Libyen	645	-1.823	758	-1.786	-134	-496	1.596	5.776	8,9
97 Griechenland	-422	-2.573	-424	-5.175	333	1.350	318	4.585	3,1
98 Irak	105	..	104	..	..	..	472	..	..
99 Rumänien	-23	..	-23	..	..	..	..	2.731	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>							<b>19.468s</b>	<b>204.186s</b>	<b>3,2w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>							<b>2.028s</b>	<b>9.707s</b>	<b>2,4w</b>
<b>Ostasien</b>							<b>2.885s</b>	<b>67.513s</b>	<b>3,4w</b>
<b>Südostasien</b>							<b>1.453s</b>	<b>14.874s</b>	<b>3,5w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>							<b>6.581s</b>	<b>65.836s</b>	<b>3,3w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>							<b>5.464s</b>	<b>44.062s</b>	<b>3,3w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>							<b>5.510s</b>	<b>47.950s</b>	<b>2,7w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>							<b>75.667s</b>	<b>858.580s</b>	<b>3,1w</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>							<b>72.921s</b>	<b>801.066s</b>	<b>3,1w</b>
<b>Übrige</b>							<b>2.746s</b>	<b>57.515s</b>	<b>4,0w</b>
100 +Saudi. Arabien	71	-6.774	152	-4.275	-183	-6.158	670	18.590	7,6
101 Irland	-198	517	-228	-1.153	..	..	698	4.201	2,0
102 Spanien	79	-10.934	79	-12.378	469	1.425	1.851	47.770	6,5
103 Israel	-562	1.148	-766	-2.162	..	..	452	5.684	3,3
104 +Hongkong	225	..	225	..	..	..	..	..	..
105 +Singapur	-572	2.338	-585	2.407	..	..	1.012	20.345	4,3
106 Neuseeland	-232	-2.039	-222	-1.999	16	300	258	3.027	2,5
107 Australien	-777	-16.181	-682	-16.005	..	..	1.709	16.961	3,0
108 Großbritannien	1.985	-31.159	2.393	-24.227	..	..	2.918	42.381	1,5
109 Italien	800	-10.632	1.096	-7.094	446	1.227	5.547	73.455	5,1
110 Niederlande	-588	6.962	-617	8.105	-49	-72	3.362	34.129	3,0
111 +Kuwait	853 <sup>a</sup>	9.323	853 <sup>a</sup>	9.534	..	-1.287	209	4.120	4,6
112 Belgien <sup>b</sup>	717	3.197	904	4.962	38	-213	2.963	23.059	1,8
113 Österreich	-75	-94	-73	-22	-7	293	1.806	16.882	3,6
114 Frankreich	-204	-4.299	18	1.420	-641	-1.782	5.199	57.434	2,6
115 +Vereinigte Arab. Emirat.	90 <sup>a</sup>	2.700	100 <sup>a</sup>	2.800	..	..	..	4.776	..
116 Kanada	1.008	-14.091	960	-13.722	..	..	4.733	22.512	1,7
117 Deutschland	852	55.477	1.899	67.721	-1.366	-3.992	13.879	98.877	3,4
118 Dänemark	-544	-1.414	-510	-1.192	..	..	488	7.054	1,9
119 Vereinigte Staaten	2.330	-110.060	4.680	-96.630	-650	-1.050	15.237	168.584	2,9
120 Schweden	-265	-5.179	-160	-3.922	..	28	775	11.993	2,1
121 Finnland	-240	-5.128	-233	-4.663	..	..	455	5.914	2,1
122 Norwegen	-242	226	-200	1.007	..	-23	813	14.260	4,3
123 Japan	1.990	56.990	2.170	60.280	..	..	4.876	93.673	5,8
124 Schweiz	161	8.495	203	8.511	-313	-1.549	5.317	58.510	8,9
<b>Übrige Länder</b>									
<b>Gesamte Welt</b>							<b>95.135s</b>	<b>1.062.766s</b>	<b>3,1w</b>
<b>Ölexporteur (ohne UdSSR)</b>							<b>4.750s</b>	<b>46.736s</b>	<b>4,5w</b>

<sup>a</sup> Schätzung der Weltbank. <sup>b</sup> Einschließlich Luxemburg.

# Tabelle 19 Öffentliche Entwicklungshilfe der Mitglieder von OECD und OPEC

OECD: Gesamte Nettoabflüsse <sup>a</sup>		1965	1970	1975	1980	1985	1986	1987	1988	1989
<i>In Mio US-Dollar</i>										
101	Irland	0	0	8	30	39	62	51	57	49
106	Neuseeland	..	14	66	72	54	75	87	104	87
107	Australien	119	212	552	667	749	752	627	1.101	1.020
108	Großbritannien	472	500	904	1.854	1.530	1.737	1.871	2.645	2.587
109	Italien	60	147	182	683	1.098	2.404	2.615	3.193	3.613
110	Niederlande	70	196	608	1.630	1.136	1.740	2.094	2.231	2.094
112	Belgien	102	120	378	595	440	547	687	601	703
113	Österreich	10	11	79	178	248	198	201	301	283
114	Frankreich	752	971	2.093	4.162	3.995	5.105	6.525	6.865	7.450
116	Kanada	96	337	880	1.075	1.631	1.695	1.885	2.347	2.320
117	Deutschland	456	599	1.689	3.567	2.942	3.832	4.391	4.731	4.949
118	Dänemark	13	59	205	481	440	695	859	922	937
119	Vereinigte Staaten	4.023	3.153	4.161	7.138	9.403	9.564	9.115	10.141	7.676
120	Schweden	38	117	566	962	840	1.090	1.375	1.534	1.799
121	Finnland	2	7	48	110	211	313	433	608	706
122	Norwegen	11	37	184	486	574	798	890	985	917
123	Japan	244	458	1.148	3.353	3.797	5.634	7.342	9.134	8.949
124	Schweiz	12	30	104	253	302	422	547	617	558
Insgesamt		6.480	6.968	13.855	27.296	29.429	36.663	41.595	48.114	46.697
<i>In % des BSP der Geberländer</i>										
101	Irland	0,00	0,00	0,09	0,16	0,24	0,28	0,19	0,20	0,17
106	Neuseeland	..	0,23	0,52	0,33	0,25	0,30	0,26	0,27	0,22
107	Australien	0,53	0,59	0,65	0,48	0,48	0,47	0,34	0,46	0,38
108	Großbritannien	0,47	0,41	0,39	0,35	0,33	0,31	0,28	0,32	0,31
109	Italien	0,10	0,16	0,11	0,15	0,26	0,40	0,35	0,39	0,42
110	Niederlande	0,36	0,61	0,75	0,97	0,91	1,01	0,98	0,98	0,94
112	Belgien	0,60	0,46	0,59	0,50	0,55	0,48	0,48	0,39	0,46
113	Österreich	0,11	0,07	0,21	0,23	0,38	0,21	0,17	0,24	0,23
114	Frankreich	0,76	0,66	0,62	0,63	0,78	0,70	0,74	0,72	0,78
116	Kanada	0,19	0,41	0,54	0,43	0,49	0,48	0,47	0,50	0,44
117	Deutschland	0,40	0,32	0,40	0,44	0,47	0,43	0,39	0,39	0,41
118	Dänemark	0,13	0,38	0,58	0,74	0,80	0,89	0,88	0,89	0,94
119	Vereinigte Staaten	0,58	0,32	0,27	0,27	0,24	0,23	0,20	0,21	0,15
120	Schweden	0,19	0,38	0,82	0,78	0,86	0,85	0,88	0,86	0,97
121	Finnland	0,02	0,06	0,18	0,22	0,40	0,45	0,49	0,59	0,63
122	Norwegen	0,16	0,32	0,66	0,87	1,01	1,17	1,09	1,13	1,04
123	Japan	0,27	0,23	0,23	0,32	0,29	0,29	0,31	0,32	0,32
124	Schweiz	0,09	0,15	0,19	0,24	0,31	0,30	0,31	0,32	0,30
<i>In nationalen Währungen</i>										
101	Irland (Mio Pfund)	0	0	4	15	37	46	34	37	35
106	Neuseeland (Mio Dollar)	..	13	55	74	109	143	146	158	145
107	Australien (Mio Dollar)	106	189	402	591	966	1.121	895	1.404	1.287
108	Großbritannien (Mio Pfund)	169	208	409	798	1.180	1.194	1.142	1.485	1.578
109	Italien (Mrd Lire)	38	92	119	585	2.097	3.578	3.389	4.156	4.954
110	Niederlande (Mio Gulden)	253	710	1.538	3.241	3.773	4.263	4.242	4.400	4.436
112	Belgien (Mio Francs)	5.100	6.000	13.902	17.399	26.145	24.525	25.648	21.949	27.677
113	Österreich (Mio Schilling)	260	286	1.376	2.303	5.132	3.023	2.541	3.717	3.743
114	Frankreich (Mio Francs)	3.713	5.393	8.971	17.589	35.894	35.357	39.218	40.814	47.482
116	Kanada (Mio Dollar)	104	353	895	1.257	2.227	2.354	2.500	2.888	2.747
117	Deutschland (Mio DM)	1.824	2.192	4.155	6.484	8.661	8.323	8.004	8.292	9.292
118	Dänemark (Mio Kronen)	90	443	1.178	2.711	4.657	5.623	5.848	6.196	6.844
119	Vereinigte Staaten (Mio Dollar)	4.023	3.153	4.161	7.138	9.403	9.564	9.115	10.141	7.659
120	Schweden (Mio Kronen)	197	605	2.350	4.069	7.226	7.765	8.718	9.742	11.599
121	Finnland (Mio Finnmark)	6	29	177	414	1.308	1.587	1.902	2.550	3.026
122	Norwegen (Mio Kronen)	79	264	962	2.400	4.946	5.901	5.998	6.412	6.329
123	Japan (Mrd Yen)	88	165	341	760	749	950	1.062	1.169	1.232
124	Schweiz (Mio Franken)	52	131	268	424	743	759	815	900	912
<i>In Mrd US-Dollar</i>										
Zusammenfassung										
Öffentliche Entwicklungshilfe (jeweilige Preise)		6,5	7,0	13,9	27,3	29,4	36,7	41,6	48,1	46,7
Öffentliche Entwicklungshilfe (Preise von 1987)		27,4	24,7	29,1	36,6	39,3	41,2	41,6	44,8	43,6
BSP (jeweilige Preise)		1.350,3	2.040,0	3.959,3	7.393,5	8.490,0	10.387,0	12.050,0	13.480,0	13.950,0
<i>Prozent</i>										
Öffentliche Entwicklungshilfe als Anteil des BSP		0,48	0,34	0,35	0,37	0,35	0,35	0,35	0,36	0,33
<i>Index (1987 = 100)</i>										
BIP-Deflator <sup>c</sup>		23,66	28,24	47,65	74,62	74,92	89,06	100,00	107,36	106,99

OECD: Bilaterale Nettoabflüsse in Länder mit niedrigem Einkommen <sup>a</sup>										
	1965	1970	1975	1980	1984	1985	1986	1987	1988	1989
<i>In % des BSP der Geberländer</i>										
101 Irland	..	..	..	..	0,03	0,05	0,06	0,07	-0,07	0,06
106 Neuseeland	..	..	0,14	0,01	0,00	0,00	0,00	0,06	0,03	..
107 Australien	0,08	0,10	0,04	0,06	0,05	0,04	0,05	0,11	0,08	..
108 Großbritannien	0,23	0,09	0,11	0,11	0,09	0,09	0,09	0,09	0,10	0,10
109 Italien	0,04	0,06	0,01	0,01	0,09	0,12	0,16	0,16	0,16	0,15
110 Niederlande	0,08	0,24	0,24	0,30	0,29	0,27	0,32	0,31	0,31	0,28
112 Belgien	0,56	0,30	0,31	0,24	0,20	0,23	0,20	0,14	0,10	0,14
113 Österreich	0,06	0,05	0,02	0,03	0,01	0,02	0,01	0,04	-0,04	0,05
114 Frankreich	0,12	0,09	0,10	0,08	0,14	0,14	0,13	0,14	0,14	0,15
116 Kanada	0,10	0,22	0,24	0,11	0,15	0,15	0,12	0,14	0,14	0,08
117 Deutschland	0,14	0,10	0,12	0,08	0,11	0,14	0,12	0,11	0,11	0,11
118 Dänemark	0,02	0,10	0,20	0,28	0,28	0,32	0,32	0,32	0,36	0,40
119 Vereinigte Staaten	0,26	0,14	0,08	0,03	0,03	0,04	0,03	0,03	0,04	0,02
120 Schweden	0,07	0,12	0,41	0,36	0,30	0,31	0,38	0,29	0,31	0,29
121 Finnland	..	..	0,06	0,08	0,13	0,17	0,18	0,18	0,23	0,22
122 Norwegen	0,04	0,12	0,25	0,31	0,34	0,40	0,47	0,38	0,42	0,40
123 Japan	0,13	0,11	0,08	0,08	0,07	0,09	0,10	0,07	0,07	0,06
124 Schweiz	0,02	0,05	0,10	0,08	0,12	0,12	0,12	0,10	0,10	0,11
Insgesamt	0,20	0,13	0,11	0,07	0,07	0,09	0,09	0,09	0,09	0,08

OPEC: Gesamte Nettoabflüsse <sup>d</sup>										
	1976	1980	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
<i>In Mio US-Dollar</i>										
13 Nigeria	80	35	58	35	51	45	52	30	14	..
Katar	180	277	139	20	10	8	18	0	4	1
78 Algerien	11	81	129	37	52	54	114	39	13	41
83 Venezuela	109	135	125	142	90	32	85	24	49	..
90 Iran, Islam. Rep.	751	-72	-193	10	52	-72	69	-10	39	..
96 Libyen	98	376	44	144	24	57	68	63	129	82
98 Irak	123	864	52	-10	-22	-32	-21	-37	-28	37
100 Saudi-Arabien	2.791	5.682	3.854	3.259	3.194	2.630	3.517	2.888	2.098	1.171
111 Kuwait	706	1.140	1.161	997	1.020	771	715	316	108	169
115 Vereinigte Arab. Emirate	1.028	1.118	406	351	88	122	87	15	-17	25
OPEC insgesamt	5.877	9.636	5.775	4.985	4.559	3.615	4.704	3.328	2.409	..
OAPEC insgesamt <sup>e</sup>	4.937	9.538	5.785	4.798	4.366	3.610	4.498	3.284	2.307	..
<i>In % des BSP der Geberländer</i>										
13 Nigeria	0,19	0,04	0,08	0,04	0,06	0,06	0,11	0,13	0,03	..
Katar	7,35	4,16	2,13	0,40	0,18	0,15	0,47	0,00	0,08	..
78 Algerien	0,07	0,20	0,31	0,08	0,10	0,10	0,19	0,06	0,02	..
83 Venezuela	0,35	0,23	0,19	0,22	0,16	0,00	0,08	0,02	0,04	..
90 Iran, Islam. Rep.	1,16	-0,08	-0,15	0,01	0,03	-0,04	0,04	-0,01	0,02	..
96 Libyen	0,66	1,16	0,15	0,5	0,10	0,24	0,34	0,25	0,52	..
98 Irak	0,76	2,36	0,13	-0,02	-0,05	-0,07	-0,05	-0,08	-0,05	..
100 Saudi-Arabien	5,95	4,87	2,50	2,69	3,20	2,98	4,67	3,88	2,70	1,46
111 Kuwait	4,82	3,52	4,34	3,83	3,95	3,17	2,91	1,23	0,41	0,54
115 Vereinigte Arab. Emirate	8,95	4,06	2,22	1,26	0,32	0,45	0,41	0,07	-0,07	0,10
OPEC insgesamt	2,32	1,85	0,96	0,82	0,76	0,61	0,95	0,63	0,45	..
OAPEC insgesamt <sup>e</sup>	4,23	3,22	1,81	1,70	1,60	1,39	1,80	1,10	0,86	..

<sup>a</sup> Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. <sup>b</sup> Vorläufige Schätzungen. <sup>c</sup> Vgl. Technische Erläuterungen. <sup>d</sup> Organisation erdölexportierender Länder. <sup>e</sup> Organisation arabischer erdölexportierender Länder.

# Tabelle 20 Einnahmen aus öffentlicher Entwicklungshilfe

Netto-Auszahlungen öffentlicher Entwicklungshilfe aus allen Quellen									
	In Mio \$							Pro Kopf (in \$) 1989	In % des BSP 1989
	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989		
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>12.338s</b>	<b>12.397s</b>	<b>13.833s</b>	<b>16.781s</b>	<b>18.517s</b>	<b>21.865s</b>	<b>21.467s</b>	<b>7,3w</b>	<b>2,2w</b>
<b>China und Indien</b>	<b>2.509s</b>	<b>2.471s</b>	<b>2.532s</b>	<b>3.254s</b>	<b>3.300s</b>	<b>4.086s</b>	<b>4.101s</b>	<b>2,1w</b>	<b>0,6w</b>
<b>Übrige Länder</b>	<b>9.829s</b>	<b>9.926s</b>	<b>11.301s</b>	<b>13.528s</b>	<b>15.216s</b>	<b>17.779s</b>	<b>17.366s</b>	<b>17,4w</b>	<b>5,6w</b>
1 Mosambik	211	259	300	422	651	893	759	49,4	59,2
2 Äthiopien	339	364	715	636	634	970	702	14,2	11,6
3 Tansania	594	558	487	681	882	982	918	38,5	32,0
4 Somalia	343	350	353	511	580	433	440	72,2	38,9
5 Bangladesch	1.049	1.200	1.152	1.455	1.635	1.592	1.791	16,2	8,9
6 Laos, Dem. VR	30	34	37	48	58	77	141	34,8	22,5
7 Malawi	117	158	113	198	280	366	394	47,9	24,9
8 Nepal	201	198	236	301	347	399	488	26,5	16,0
9 Tschad	95	115	182	165	198	264	239	43,2	23,5
10 Burundi	140	141	142	187	202	188	198	37,3	18,6
11 Sierra Leone	66	61	66	87	68	102	99	24,5	10,5
12 Madagaskar	183	153	188	316	321	304	320	28,4	12,6
13 Nigeria	48	33	32	59	69	120	339	3,0	1,1
14 Uganda	137	163	182	198	279	363	397	23,7	8,4
15 Zaire	315	312	325	448	627	576	637	18,5	6,6
16 Mali	215	321	380	372	366	427	470	57,2	22,6
17 Niger	175	161	304	307	353	371	296	39,8	14,5
18 Burkina Faso	184	189	198	284	281	298	284	32,4	11,1
19 Ruanda	50	165	181	211	245	252	238	34,5	11,0
20 Indien	1.840	1.673	1.592	2.120	1.839	2.097	1.874	2,3	0,7
21 China	669	798	940	1.134	1.462	1.989	2.227	2,0	0,5
22 Haiti	134	135	153	175	218	147	198	31,1	8,4
23 Kenia	400	411	438	455	572	809	967	41,1	11,7
24 Pakistan	735	749	801	970	879	1.408	1.119	10,2	2,8
25 Benin	86	77	95	138	138	162	247	53,8	14,7
26 Zentralafrikanische Rep.	93	114	104	139	176	196	189	64,0	17,1
27 Ghana	110	216	203	371	373	474	543	37,6	10,3
28 Togo	112	110	114	174	126	199	182	51,9	13,6
29 Sambia	217	239	328	464	430	478	388	49,6	8,3
30 Guinea	68	123	119	175	213	262	346	62,2	12,6
31 Sri Lanka	473	466	484	570	502	598	558	33,2	7,9
32 Lesotho	108	101	94	88	107	108	118	68,5	26,0
33 Indonesien	744	673	603	711	1.246	1.632	1.830	10,3	1,9
34 Mauretanien	176	175	209	225	182	184	195	101,8	19,4
35 Afghanistan	14	7	17	2	45	72	95	..	..
36 Bhutan	13	18	24	40	42	41	40	28,5	..
37 Kamputschea, Dem.	37	17	13	13	14	19	25	..	..
38 Liberia	118	133	90	97	78	65	58	23,3	..
39 Myanmar	302	275	356	416	367	451	220	5,4	..
40 Sudan	962	622	1.128	945	898	937	760	31,0	..
41 Vietnam	106	109	114	147	111	148	138	2,1	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>11.180s</b>	<b>11.432s</b>	<b>11.760s</b>	<b>13.317s</b>	<b>14.547s</b>	<b>13.722s</b>	<b>11.628s</b>	<b>12,0w</b>	<b>0,6w</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>9.620s</b>	<b>9.982s</b>	<b>10.156s</b>	<b>11.142s</b>	<b>12.115s</b>	<b>11.337s</b>	<b>10.973s</b>	<b>17,4w</b>	<b>1,3w</b>
42 Angola	75	95	92	131	135	159	140	14,4	1,8
43 Bolivien	174	172	202	322	318	394	432	60,8	9,6
44 Ägypten, Arab. Rep.	1.463	1.794	1.791	1.716	1.773	1.537	1.578	30,9	4,7
45 Senegal	323	368	295	567	641	568	652	90,5	14,0
46 Jemen, Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	208	298	237	225	294	273	266	27,9	4,5
48 Philippinen	429	397	486	956	770	854	831	13,8	1,9
49 Côte d'Ivoire	156	128	125	186	254	439	409	34,9	4,4
50 Dominikanische Rep.	100	188	207	93	130	118	141	20,2	2,1
51 Marokko	398	352	785	403	447	481	443	18,1	2,0
52 Papua-Neuguinea	333	322	259	263	322	380	334	87,5	9,5
53 Honduras	190	286	272	283	258	321	256	51,5	5,2
54 Guatemala	76	65	83	135	241	235	256	28,7	3,1
55 Kongo, VR	108	98	71	110	152	89	91	41,3	4,0
56 Syrien, Arab. Rep.	813	641	610	728	684	191	139	11,5	1,2
57 Kamerun	129	186	159	224	213	284	470	40,7	4,2
58 Peru	297	310	316	272	292	272	300	14,2	1,0
59 Ecuador	64	136	136	147	203	136	162	15,7	1,6
60 Namibia	0	0	6	15	17	23	44	25,5	2,3
61 Paraguay	51	50	50	66	81	75	91	21,7	2,2
62 El Salvador	290	261	345	341	426	420	446	86,8	7,6
63 Kolumbien	86	88	62	63	78	62	62	1,9	0,2
64 Thailand	431	475	481	496	504	563	697	12,6	1,0
65 Jamaika	181	170	169	178	168	193	258	108,3	6,6
66 Tunesien	205	178	163	222	274	316	247	30,9	2,5

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

Netto-Auszahlungen öffentlicher Entwicklungshilfe aus allen Quellen									
	In Mio \$							Pro Kopf (in \$) 1989	In % des BSP 1989
	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989		
67 Türkei	356	242	179	339	376	269	122	2,2	0,2
68 Botsuana	104	102	96	102	156	151	162	133,1	6,5
69 Jordanien	787	687	538	564	579	415	280	71,8	6,3
70 Panama	47	72	69	52	40	22	17	7,2	0,4
71 Chile	0	2	40	-5	21	44	61	4,7	0,2
72 Costa Rica	252	218	280	196	228	187	224	81,9	4,3
73 Polen	..	..	..	..	..	..	..	..	..
74 Mauritius	41	36	28	56	65	59	57	53,8	2,7
75 Mexiko	132	83	144	252	155	173	97	1,1	0,0
76 Argentinien	48	49	39	88	99	152	215	6,7	0,4
77 Malaysia	177	327	229	192	363	104	139	8,0	0,4
78 Algerien	95	122	173	165	214	171	153	6,3	0,3
79 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
80 Libanon	127	77	83	62	101	141	132	..	..
81 Mongolei	..	..	..	..	..	3	4	1,9	..
82 Nicaragua	120	114	102	150	141	213	227	60,8	..
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>1.560s</b>	<b>1.451s</b>	<b>1.604s</b>	<b>2.175s</b>	<b>2.432s</b>	<b>2.386s</b>	<b>655s</b>	<b>2,0w</b>	<b>0,1w</b>
83 Venezuela	10	14	11	16	19	18	21	1,1	0,0
84 Südafrika	..	..	..	..	..	..	..	..	..
85 Brasilien	101	161	123	178	289	210	189	1,3	0,0
86 Ungarn	..	..	..	..	..	..	..	..	..
87 Uruguay	3	4	5	27	18	41	38	12,3	0,5
88 Jugoslawien	3	3	11	19	35	44	43	1,8	0,1
89 Gabun	64	76	61	79	82	106	134	121,3	3,9
90 Iran, Islam. Rep.	48	13	16	27	71	82	89	1,7	0,1
91 Trinidad u. Tobago	5	5	7	19	34	9	6	4,8	0,1
92 Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	..	..	..	..
93 Portugal	43	97	101	139	64	106	79	7,6	0,2
94 Korea, Rep.	8	-37	-9	-18	11	10	-9	-0,2	0,0
95 Oman	71	67	78	84	16	1	16	10,8	..
96 Libyen	6	5	5	11	6	6	11	2,5	0,1
97 Griechenland	13	13	11	19	35	37	33	3,3	0,1
98 Irak	13	4	26	33	91	10	5	0,3	..
99 Rumänien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>23.518s</b>	<b>23.829s</b>	<b>25.593s</b>	<b>30.098s</b>	<b>33.063s</b>	<b>35.587s</b>	<b>33.095s</b>	<b>8,5w</b>	<b>1,1w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>7.716s</b>	<b>7.941s</b>	<b>9.006s</b>	<b>11.093s</b>	<b>12.492s</b>	<b>14.079s</b>	<b>13.148s</b>	<b>27,7w</b>	<b>7,9w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>3.428s</b>	<b>3.553s</b>	<b>3.577s</b>	<b>4.529s</b>	<b>5.548s</b>	<b>6.411s</b>	<b>6.357s</b>	<b>4,1w</b>	<b>0,7w</b>
<b>Südostasien</b>	<b>4.623s</b>	<b>4.585s</b>	<b>4.655s</b>	<b>5.888s</b>	<b>5.630s</b>	<b>6.613s</b>	<b>6.090s</b>	<b>5,4w</b>	<b>1,7w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>4.934s</b>	<b>4.749s</b>	<b>5.028s</b>	<b>4.888s</b>	<b>5.247s</b>	<b>4.268s</b>	<b>3.803s</b>	<b>11,4w</b>	<b>0,6w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>2.818s</b>	<b>3.001s</b>	<b>3.328s</b>	<b>3.700s</b>	<b>4.146s</b>	<b>4.216s</b>	<b>3.697s</b>	<b>8,8w</b>	<b>0,4w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>4.266s</b>	<b>4.684s</b>	<b>5.222s</b>	<b>5.861s</b>	<b>6.079s</b>	<b>6.129s</b>	<b>6.226s</b>	<b>12,3w</b>	<b>0,6w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>Übrige</b>	<b>1.929s</b>	<b>1.831s</b>	<b>2.405s</b>	<b>2.498s</b>	<b>1.840s</b>	<b>1.675s</b>	<b>1.324s</b>	<b>42,8w</b>	<b>0,5w</b>
100 + Saudi-Arabien	44	36	29	31	22	19	16	1,1	0,0
101 Irland	..	..	..	..	..	..	..	..	..
102 Spanien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
103 + Israel	1.345	1.256	1.978	1.937	1.251	1.241	1.192	264,4	2,6
104 + Hongkong	9	14	20	18	19	22	23	4,0	0,0
105 + Singapur	15	41	24	29	23	22	95	35,4	0,3
106 Neuseeland	..	..	..	..	..	..	..	..	..
107 Australien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
108 Großbritannien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
109 Italien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
110 Niederlande	..	..	..	..	..	..	..	..	..
111 + Kuwait	5	4	4	5	3	6	4	2,0	0,0
112 Belgien	..	..	..	..	..	..	..	..	..
113 Österreich	..	..	..	..	..	..	..	..	..
114 Frankreich	..	..	..	..	..	..	..	..	..
115 + Vereinigte Arab. Emirate	4	3	4	34	115	-12	-6	-3,9	0,0
116 Kanada	..	..	..	..	..	..	..	..	..
117 Deutschland	..	..	..	..	..	..	..	..	..
118 Dänemark	..	..	..	..	..	..	..	..	..
119 Vereinigte Staaten	..	..	..	..	..	..	..	..	..
120 Schweden	..	..	..	..	..	..	..	..	..
121 Finnland	..	..	..	..	..	..	..	..	..
122 Norwegen	..	..	..	..	..	..	..	..	..
123 Japan	..	..	..	..	..	..	..	..	..
124 Schweiz	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Übrige Länder</b>	<b>13s</b>	<b>12s</b>	<b>18s</b>	<b>18s</b>	<b>30s</b>	<b>20s</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>
<b>Gesamte Welt</b>	<b>25.459s</b>	<b>25.673s</b>	<b>28.016s</b>	<b>32.614s</b>	<b>34.932s</b>	<b>37.282s</b>	<b>34.419s</b>	<b>8,7w</b>	<b>1,1w</b>
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>	<b>750s</b>	<b>706s</b>	<b>648s</b>	<b>847s</b>	<b>966s</b>	<b>692s</b>	<b>881s</b>	<b>3,3w</b>	<b>0,2w</b>

# Tabelle 21 Gesamte Auslandsschulden

	Langfristige Auslandsschulden (in Mio \$)				Ausstehende IWF-Kredite (in Mio \$)		Kurzfristige Auslandsschulden (in Mio \$)		Gesamte Auslandsschulden (in Mio \$)	
	Öffentlich und öffentlich garantiert		Privat nicht garantiert							
	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>										
<b>China und Indien</b>										
<b>Übrige Länder</b>										
1 Mosambik	..	3.885	..	245	0	56	..	551	..	4.737
2 Äthiopien	169	2.876	0	0	0	30	..	107	..	3.013
3 Tansania	250	4.505	15	13	0	129	..	272	..	4.918
4 Somalia	77	1.814	0	0	0	150	..	173	..	2.137
5 Bangladesch	15	9.926	0	0	0	719	..	68	..	10.712
6 Laos, Dem. VR	8	939	0	0	0	8	..	2	..	949
7 Malawi	122	1.242	0	4	0	101	..	48	..	1.394
8 Nepal	3	1.290	0	0	0	52	..	18	..	1.359
9 Tschad	33	317	0	0	3	24	..	28	..	368
10 Burundi	7	810	0	0	8	40	..	17	..	867
11 Sierra Leone	59	512	0	0	0	105	..	440	..	1.057
12 Madagaskar	89	3.345	0	0	0	165	..	97	..	3.607
13 Nigeria	452	31.668	115	406	0	0	..	759	..	32.832
14 Uganda	138	1.489	0	0	0	225	..	95	..	1.809
15 Zaire	311	7.571	0	0	0	628	..	643	..	8.843
16 Mali	238	2.055	0	0	9	55	..	46	..	2.157
17 Niger	32	1.127	0	259	0	85	..	108	..	1.578
18 Burkina Faso	21	685	0	0	0	1	..	71	..	756
19 Ruanda	2	606	0	0	3	1	..	45	..	652
20 Indien	7.838	54.776	100	1.478	0	1.566	..	4.689	..	62.509
21 China	..	37.043	0	0	0	908	..	6.907	..	44.857
22 Haiti	40	684	0	0	3	41	..	77	..	802
23 Kenia	319	4.001	88	632	0	415	..	641	..	5.690
24 Pakistan	3.064	14.669	5	138	45	933	..	2.770	..	18.509
25 Benin	41	1.046	0	0	0	10	..	121	..	1.177
26 Zentralafrikanische Rep.	24	642	0	0	0	35	..	38	..	716
27 Ghana	488	2.279	10	33	46	737	..	29	..	3.078
28 Togo	40	946	0	0	0	75	..	164	..	1.186
29 Sambia	624	4.095	30	0	0	900	..	1.879	..	6.874
30 Guinea	312	1.967	0	0	3	61	..	148	..	2.176
31 Sri Lanka	317	4.238	0	103	79	366	..	394	..	5.101
32 Lesotho	8	312	0	0	0	10	..	2	..	324
33 Indonesien	2.497	40.851	461	4.626	139	608	..	7.026	..	53.111
34 Mauretanien	27	1.777	0	0	0	69	..	165	..	2.010
35 Afghanistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	..	77	0	0	0	0	..	2	..	79
37 Kamputschea, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	158	1.091	0	0	4	299	..	371	..	1.761
39 Myanmar	106	4.045	0	0	17	2	..	124	..	4.171
40 Sudan	298	8.261	0	496	31	884	..	3.324	..	12.965
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>										
<b>Untere Einkommenskategorie</b>										
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	480	3.605	11	200	6	252	..	302	..	4.359
44 Ägypten, Arab. Rep.	1.781	39.751	0	1.081	49	161	..	7.806	..	48.799
45 Senegal	102	3.508	31	33	0	316	..	282	..	4.139
46 Jemen, Rep.	..	4.775	0	0	0	1	..	909	..	5.685
47 Simbabwe	229	2.568	0	68	0	29	..	423	..	3.088
48 Philippinen	625	22.992	919	783	69	1.177	..	3.951	..	28.902
49 Côte d'Ivoire	256	8.156	11	4.071	0	370	..	2.816	..	15.412
50 Dominikanische Rep.	212	3.281	141	105	7	123	..	558	..	4.066
51 Marokko	712	19.507	15	200	28	850	..	294	..	20.851
52 Papua-Neuguinea	36	1.370	173	958	0	3	..	165	..	2.496
53 Honduras	90	2.823	19	84	0	35	..	407	..	3.350
54 Guatemala	106	2.089	14	110	0	73	..	330	..	2.601
55 Kongo, VR	119	3.535	0	0	0	12	..	770	..	4.316
56 Syrien, Arab. Rep.	233	3.934	0	0	10	0	..	1.268	..	5.202
57 Kamerun	131	3.708	9	378	0	113	..	545	..	4.743
58 Peru	856	12.669	1.799	1.589	10	758	..	4.859	..	19.875
59 Ecuador	193	9.421	49	158	14	325	..	1.407	..	11.311
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	112	2.098	0	27	0	0	..	365	..	2.490
62 El Salvador	88	1.657	88	39	7	5	..	149	..	1.851
63 Kolumbien	1.297	14.001	283	1.272	55	0	..	1.614	..	16.887
64 Thailand	324	12.424	402	4.658	0	273	..	6.112	..	23.466
65 Jamaika	160	3.594	822	42	0	383	..	303	..	4.322
66 Tunesien	541	6.085	0	225	13	270	..	319	..	6.899

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

Langfristige Auslandsschulden (in Mio \$)					Ausstehende IWF-Kredite (in Mio \$)		Kurzfristige Auslandsschulden (in Mio \$)		Gesamte Auslandsschulden (in Mio \$)		
Öffentlich und öffentlich garantiert		Privat nicht garantiert									
	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	
67	Türkei	1.846	34.781	42	795	74	48	..	5.977	..	41.600
68	Botsuana	17	509	0	0	0	0	..	4	..	513
69	Jordanien	120	6.404	0	0	0	97	..	918	..	7.418
70	Panama	194	3.575	0	0	0	320	..	1.906	..	5.800
71	Chile	2.067	10.850	501	3.148	2	1.270	..	2.973	..	18.241
72	Costa Rica	134	3.480	112	304	0	35	..	650	..	4.468
73	Polen	24	34.747	0	0	0	0	..	8.577	..	43.324
74	Mauritius	32	631	0	106	0	63	..	32	..	832
75	Mexiko	3.196	76.257	2.770	3.999	0	5.091	..	10.295	..	95.642
76	Argentinien	1.880	51.429	3.291	1.800	0	3.100	..	8.416	..	64.745
77	Malaysia	390	14.461	50	1.377	0	0	..	2.738	..	18.576
78	Algerien	945	23.609	0	0	0	619	..	1.840	..	26.067
79	Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
80	Libanon	64	234	0	0	0	0	..	286	..	520
81	Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82	Nicaragua	147	7.546	0	0	8	0	..	1.659	..	9.205
Obere Einkommenskategorie											
83	Venezuela	718	25.339	236	4.523	0	998	..	2.284	..	33.144
84	Südafrika	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
85	Brasilien	3.421	84.284	1.706	6.008	0	2.423	..	18.576	..	111.290
86	Ungarn	0	16.843	0	0	0	456	..	3.307	..	20.605
87	Uruguay	269	2.967	29	105	18	202	..	477	..	3.751
88	Jugoslawien	1.199	14.303	854	3.481	0	686	..	1.181	..	19.651
89	Gabun	91	2.478	0	0	0	135	..	562	..	3.175
90	Iran, Islam. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
91	Trinidad u. Tobago	101	1.680	0	0	0	205	..	127	..	2.012
92	Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
93	Portugal	485	14.644	268	696	0	0	..	2.950	..	18.289
94	Korea, Rep.	1.816	17.351	175	5.961	0	0	..	9.800	..	33.111
95	Oman	..	2.626	0	0	0	0	..	348	..	2.974
96	Libyen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
97	Griechenland	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
98	Irak	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
99	Rumänien	..	0	0	0	0	0	..	500	..	500
Länder mit niedr. u. mittl. Eink. Afrika südlich der Sahara Ostasien Südostasien Europa, Naher Osten u. Nordafrika Lateinamerika u. Karibik											
Länder mit gravierenden Schuldenproblemen											
Länder mit hohem Einkommen OECD-Mitglieder +Übrige											
100	+Saudi-Arabien										
101	Irland										
102	Spanien										
103	+Israel										
104	+Hongkong										
105	+Singapur										
106	Neuseeland										
107	Australien										
108	Großbritannien										
109	Italien										
110	Niederlande										
111	+Kuwait										
112	Belgien										
113	Österreich										
114	Frankreich										
115	+Vereinigte Arab. Emirate										
116	Kanada										
117	Deutschland										
118	Dänemark										
119	Vereinigte Staaten										
120	Schweden										
121	Finnland										
122	Norwegen										
123	Japan										
124	Schweiz										
Übrige Länder											
Gesamte Welt Ölexporture (ohne UdSSR)											

# Tabelle 22 Zufluß von öffentlichem und privatem Auslandskapital

	Auszahlungen (in Mio \$)				Tilgung (in Mio \$)				Zinszahlungen (in Mio \$)			
	Langfristige öffentliche und öffentlich garantierte Mittel		Privat nicht garantiert		Langfristige öffentliche und öffentlich garantierte Mittel		Privat nicht garantiert		Langfristige öffentliche und öffentlich garantierte Mittel		Privat nicht garantiert	
	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>												
<b>China und Indien</b>												
<b>Übrige Länder</b>												
1 Mosambik	..	177	..	14	..	13	..	4	..	31	..	3
2 Äthiopien	28	297	0	0	15	174	0	0	6	72	0	0
3 Tansania	51	158	8	0	10	37	3	0	7	28	1	0
4 Somalia	4	75	0	0	1	7	0	0	0	10	0	0
5 Bangladesch	0	1.015	0	0	0	174	0	0	0	139	0	0
6 Laos, Dem. VR	6	134	0	0	1	9	0	0	0	2	0	0
7 Malawi	40	114	0	1	3	27	0	1	4	29	0	0
8 Nepal	1	241	0	0	2	29	0	0	0	25	0	0
9 Tschad	6	80	0	0	3	3	0	0	0	2	0	0
10 Burundi	1	88	0	0	0	19	0	0	0	14	0	0
11 Sierra Leone	8	7	0	0	11	1	0	0	3	1	0	0
12 Madagaskar	11	160	0	0	5	59	0	0	2	113	0	0
13 Nigeria	56	1.426	25	99	38	471	30	14	20	1.270	8	10
14 Uganda	27	138	0	0	4	88	0	0	5	28	0	0
15 Zaire	32	283	0	0	28	69	0	0	9	27	0	0
16 Mali	23	183	0	0	0	22	0	0	0	14	0	0
17 Niger	12	127	0	40	2	18	0	37	1	14	0	21
18 Burkina Faso	2	100	0	0	2	16	0	0	0	16	0	0
19 Ruanda	0	68	0	0	0	14	0	0	0	8	0	0
20 Indien	883	5.919	25	223	289	1.613	25	309	187	2.820	6	135
21 China	..	6.902	0	0	..	2.401	0	0	..	2.508	0	0
22 Haiti	4	29	0	0	3	15	0	0	0	9	0	0
23 Kenia	35	471	41	20	17	207	12	34	13	158	4	33
24 Pakistan	489	1.754	3	77	114	779	1	33	77	446	0	10
25 Benin	2	151	0	0	1	7	0	0	0	12	0	0
26 Zentralafrikanische Rep.	2	66	0	0	2	6	0	0	1	7	0	0
27 Ghana	42	434	0	9	14	136	0	8	12	61	0	2
28 Togo	5	65	0	0	2	24	0	0	1	33	0	0
29 Sambia	351	138	11	0	35	91	6	0	29	63	2	0
30 Guinea	90	257	0	0	11	67	0	0	4	32	0	0
31 Sri Lanka	66	404	0	0	30	183	0	2	12	107	0	1
32 Lesotho	0	52	0	0	0	14	0	0	0	7	0	0
33 Indonesien	441	5.963	195	1.329	59	4.234	61	868	25	2.527	21	454
34 Mauretanien	5	96	0	0	3	55	0	0	0	25	0	0
35 <i>Afghanistan</i>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 <i>Bhutan</i>	..	12	0	0	..	2	0	0	..	2	0	0
37 <i>Kamputschea, Dem.</i>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 <i>Liberia</i>	7	1	0	0	11	1	0	0	6	1	0	0
39 <i>Myanmar</i>	22	215	0	0	20	121	0	0	3	69	0	0
40 <i>Sudan</i>	53	237	0	0	22	46	0	0	12	12	0	0
41 <i>Vietnam</i>	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>												
<b>Untere Einkommenskategorie</b>												
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	55	327	3	0	17	140	2	0	7	95	1	0
44 Ägypten, Arab. Rep.	397	2.004	0	142	310	1.270	0	192	56	1.085	0	107
45 Senegal	19	301	1	8	5	122	3	8	2	146	0	1
46 Jemen, Rep.	..	532	..	0	..	146	..	0	..	56	..	0
47 Simbabwe	0	619	0	31	5	241	0	13	5	136	0	7
48 Philippinen	141	1.584	276	119	74	950	186	35	26	1.620	19	77
49 Côte d'Ivoire	78	231	4	900	29	150	2	529	12	192	0	234
50 Dominikanische Rep.	38	199	22	0	7	102	20	15	4	76	8	9
51 Marokko	168	1.053	8	8	37	609	3	8	24	1.061	1	5
52 Papua-Neuguinea	43	292	111	285	0	171	20	183	1	74	8	86
53 Honduras	29	133	10	20	3	68	3	8	3	43	1	3
54 Guatemala	37	182	6	0	20	157	2	3	6	90	1	6
55 Kongo, VR	18	134	0	0	6	175	0	0	3	94	0	0
56 Syrien, Arab. Rep.	60	249	0	0	31	272	0	0	6	113	0	0
57 Kamerun	29	633	11	82	5	62	2	131	4	73	1	39
58 Peru	148	367	240	181	100	107	233	15	43	91	119	5
59 Ecuador	41	859	7	63	16	437	11	25	7	399	3	12
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	14	202	0	0	7	76	0	1	4	65	0	0
62 El Salvador	8	186	24	0	6	86	16	16	4	53	6	4
63 Kolumbien	253	2.079	0	177	78	1.708	59	443	44	1.197	15	187
64 Thailand	51	1.275	169	2.525	23	1.397	107	883	16	872	17	233
65 Jamaika	15	301	165	0	6	159	164	9	9	211	54	3
66 Tunesien	89	910	0	30	47	667	0	40	18	376	0	11

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Auszahlungen (in Mio \$)				Tilgung (in Mio \$)				Zinszahlungen (in Mio \$)			
	Langfristige öffentliche und garantierte Mittel		Privat nicht garantiert		Langfristige öffentliche und garantierte Mittel		Privat nicht garantiert		Langfristige öffentliche und garantierte Mittel		Privat nicht garantiert	
	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989
67 Türkei	331	4.276	1	432	128	3.441	3	268	42	2.607	2	60
68 Botsuana	6	64	0	0	0	36	0	0	0	33	0	0
69 Jordanien	15	1.030	0	0	3	200	0	0	2	254	0	0
70 Panama	67	1	0	0	24	2	0	0	7	1	0	0
71 Chile	408	669	247	846	166	568	41	270	78	1.080	26	207
72 Costa Rica	30	128	30	0	21	131	20	0	7	162	7	0
73 Polen	30	273	0	0	6	674	0	0	0	767	0	0
74 Mauritius	2	52	0	48	1	47	0	5	2	39	0	3
75 Mexiko	772	2.880	603	1.086	475	2.440	542	1.800	216	7.104	67	793
76 Argentinien	482	1.009	424	70	344	1.443	428	69	121	1.319	217	200
77 Malaysia	45	1.456	12	675	47	2.221	9	592	22	1.133	3	88
78 Algerien	313	5.024	0	0	35	5.221	0	0	10	1.851	0	0
79 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
80 Libanon	12	25	0	0	2	20	0	0	1	14	0	0
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua	44	282	0	0	16	18	0	0	7	10	0	0
Obere Einkommenskategorie												
83 Venezuela	216	1.239	67	0	42	578	25	160	40	1.987	13	564
84 Südafrika	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
85 Brasilien	892	2.185	900	850	256	3.260	200	1.757	135	3.619	89	747
86 Ungarn	0	2.245	0	0	0	1.651	0	0	0	1.185	0	0
87 Uruguay	37	295	13	0	47	157	4	55	16	273	2	1
88 Jugoslawien	179	171	465	837	170	797	204	858	73	1.135	32	239
89 Gabun	26	128	0	0	9	63	0	0	3	107	0	0
90 Iran, Islam. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
91 Trinidad u. Tobago	8	56	0	0	10	65	0	0	6	138	0	0
92 Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
93 Portugal	18	3.335	20	180	63	2.157	22	99	29	1.012	5	45
94 Korea, Rep.	444	2.100	32	1.798	198	3.856	7	1.749	71	1.381	5	562
95 Oman	..	559	0	0	..	375	0	0	..	226	0	0
96 Libyen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
97 Griechenland	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
98 Irak	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
99 Rumänien	..	26	0	0	..	1.646	0	0	..	105	0	0
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.												
Afrika südlich der Sahara												
Ostasien												
Südostasien												
Europa, Naher Osten u. Nordafrika												
Lateinamerika u. Karibik												
Länder mit gravierenden Schuldenproblemen												
Länder mit hohem Einkommen												
OECD-Mitglieder:												
+Übrige												
100 +Saudi-Arabien												
101 Irland												
102 Spanien												
103 +Israel												
104 +Hongkong												
105 +Singapur												
106 Neuseeland												
107 Australien												
108 Großbritannien												
109 Italien												
110 Niederlande												
111 +Kuwait												
112 Belgien												
113 Österreich												
114 Frankreich												
115 +Vereinigte Arab. Emirat:												
116 Kanada												
117 Deutschland												
118 Dänemark												
119 Vereinigte Staaten												
120 Schweden												
121 Finnland												
122 Norwegen												
123 Japan												
124 Schweiz												
Übrige Länder												
Gesamte Welt												
Ölexporture (ohne UdSSR)												

# Tabelle 23 Gesamte Nettomittelzuflüsse und Nettotransfers

	Nettozugänge an langfristigen Auslandsschulden											
	Öffentlich und öffentlich garantiert		Privat nicht garantiert		Öffentliche Zuschüsse		Ausländische Netto-Direkt- investitionen		Gesamte Netto- mittelzuflüsse		Gesamte Nettotransfers	
	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>												
<b>China und Indien</b>												
<b>Übrige Länder</b>												
1 Mosambik	..	164	0	10	0	553	..	0	..	727	..	693
2 Äthiopien	13	123	0	0	6	422	4	..	23	545	10	473
3 Tansania	40	120	5	0	6	544	..	0	52	664	44	636
4 Somalia	4	68	0	0	9	278	5	..	17	347	16	336
5 Bangladesch	0	841	0	0	..	767	..	0	0	1.607	0	1.469
6 Laos, Dem. VR	4	125	0	0	28	48	..	..	33	173	32	171
7 Malawi	37	87	0	1	7	187	9	..	52	275	41	246
8 Nepal	-2	213	0	0	16	163	..	0	14	375	14	351
9 Tschad	3	77	0	0	11	132	1	-12	15	197	13	195
10 Burundi	1	68	0	0	7	60	0	1	8	129	8	112
11 Sierra Leone	-3	5	0	0	1	51	8	..	7	57	-1	56
12 Madagaskar	5	101	0	0	20	136	10	6	36	243	29	130
13 Nigeria	18	955	-5	85	40	79	205	2.082	259	3.201	-207	900
14 Uganda	23	50	0	0	2	165	4	0	29	215	11	188
15 Zaire	3	214	0	0	37	134	42	12	83	360	44	272
16 Mali	23	161	0	0	12	203	..	-3	34	361	32	344
17 Niger	11	109	0	3	15	155	0	18	26	285	23	249
18 Burkina Faso	0	84	0	0	13	130	0	2	13	215	11	195
19 Ruanda	0	54	0	0	10	95	0	16	10	164	10	146
20 Indien	594	4.307	0	-86	157	756	0	425	751	5.402	559	2.447
21 China	..	4.500	0	0	..	311	..	1.400	..	6.211	..	3.696
22 Haiti	1	14	0	0	2	78	3	9	6	102	2	85
23 Kenia	17	264	30	-14	4	384	14	69	64	703	-2	405
24 Pakistan	375	975	2	44	79	408	23	170	479	1.597	395	1.099
25 Benin	1	144	0	0	9	95	7	1	17	241	13	228
26 Zentralafrikanische Rep.	-1	60	0	0	6	76	1	..	7	137	5	129
27 Ghana	28	297	0	1	9	193	68	15	104	507	79	437
28 Togo	3	41	0	0	7	65	0	..	11	106	4	58
29 Sambia	316	48	5	0	2	215	-297	..	26	263	-65	200
30 Guinea	80	191	0	0	1	109	..	10	80	310	76	278
31 Sri Lanka	36	222	0	-2	14	200	0	27	50	447	30	317
32 Lesotho	0	38	0	0	8	42	..	13	8	93	7	86
33 Indonesien	383	1.730	134	461	84	212	83	735	683	3.137	510	-1.647
34 Mauretanien	1	41	0	0	3	126	1	3	5	171	-8	146
35 Afghanistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	..	10	0	0	0	17	..	..	..	26	..	24
37 Kambodscha, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	-4	0	0	0	1	24	28	..	25	24	19	23
39 Myanmar	2	94	0	0	16	76	..	154	17	323	14	254
40 Sudan	30	190	0	0	2	458	..	0	32	648	16	636
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>												
<b>Untere Einkommenskategorie</b>												
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	200	..	200	..	200
43 Bolivien	38	187	1	0	..	171	-76	-25	-37	333	-61	223
44 Ägypten, Arab. Rep.	87	734	0	-50	150	504	..	1.586	238	2.773	182	1.548
45 Senegal	14	178	-2	0	16	244	5	-20	33	402	16	254
46 Jemen, Rep.	..	386	0	0	10	106	0	0	..	492	..	386
47 Simbabwe	-5	378	0	18	..	135	..	-9	-5	522	-9	379
48 Philippinen	67	634	90	84	16	304	-29	482	144	1.505	76	-487
49 Côte d'Ivoire	49	80	2	371	12	220	31	..	94	672	33	218
50 Dominikanische Rep.	31	97	2	-15	10	42	72	110	115	234	102	149
51 Marokko	131	444	5	0	23	99	20	167	179	710	134	-412
52 Papua-Neuguinea	43	121	91	102	144	275	..	186	278	684	268	314
53 Honduras	26	65	7	12	0	115	8	37	41	230	17	109
54 Guatemala	17	25	4	-3	4	130	29	80	55	232	18	136
55 Kongo, VR	13	-41	0	0	5	22	30	0	48	-20	45	-213
56 Syrien, Arab. Rep.	29	-23	0	0	11	24	..	..	41	1	35	-112
57 Kamerun	24	571	9	-49	21	117	16	31	70	670	61	559
58 Peru	48	259	7	166	20	114	-70	59	4	598	-231	480
59 Ecuador	26	421	-4	39	2	34	89	80	112	574	83	44
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	7	126	0	-1	2	13	4	21	13	159	5	79
62 El Salvador	2	99	8	-16	2	235	4	0	15	318	-1	261
63 Kolumbien	174	371	-59	-266	21	34	39	546	175	685	22	-1.503
64 Thailand	28	-122	62	1.642	6	123	43	1.650	139	3.293	87	1.946
65 Jamaika	9	143	1	-9	3	113	161	28	174	274	5	-48
66 Tunesien	42	243	0	-10	42	110	16	74	99	416	61	-75

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

Nettozugänge an langfristigen Auslandsschulden													
		Öffentlich und öffentlich garantiert		Privat nicht garantiert		Öffentliche Zuschüsse		Ausländische Netto-Direkt- investitionen		Gesamte Netto- mittelzuflüsse		Gesamte Nettotransfers	
		1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989
67	Türkei	203	835	-2	163	21	68	58	663	280	1.729	202	-1.041
68	Botsuana	6	29	0	0	9	68	6	129	21	226	20	-122
69	Jordanien	12	830	0	0	41	102	..	0	53	932	51	679
70	Panama	44	-1	0	0	..	5	33	12	77	16	51	-20
71	Chile	242	101	206	576	11	30	-79	259	380	966	172	-706
72	Costa Rica	9	-3	10	0	4	134	26	115	49	245	31	38
73	Polen	24	-402	0	0	..	..	..	-7	24	-409	24	-1.176
74	Mauritius	1	5	0	42	3	19	2	26	5	92	3	33
75	Mexiko	297	440	61	-714	11	59	323	2.241	692	2.026	50	-7.123
76	Argentinien	139	-435	-4	1	1	27	11	1.028	147	621	-264	-1.572
77	Malaysia	-2	-765	3	83	4	18	94	1.846	99	1.182	-92	-1.481
78	Algerien	279	-197	0	0	56	55	45	-59	379	-201	219	-2.052
79	Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
80	Libanon	10	5	0	0	2	73	..	..	12	78	11	64
81	Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82	Nicaragua	28	264	0	0	2	163	15	..	45	428	15	418
Obere Einkommenskategorie													
83	Venezuela	174	662	41	-160	..	4	-23	77	192	583	-429	-2.193
84	Südafrika	..	..	..	..	..	..	318	7	..	..	..	..
85	Brasilien	636	-1.076	700	-908	26	41	407	782	1.770	-1.160	1.159	-7.725
86	Ungarn	0	594	0	0	..	..	..	125	0	719	0	-466
87	Uruguay	-10	138	9	-55	2	13	..	1	1	98	-18	-177
88	Jugoslawien	9	-626	261	-21	-8	4	..	..	262	-643	158	-2.017
89	Gabun	17	66	0	0	10	27	-1	80	26	172	15	116
90	Iran, Islam. Rep.	..	..	..	..	..	..	25	..	..	..	..	..
91	Trinidad u. Tobago	-3	-10	0	0	1	6	83	36	81	32	16	-106
92	Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
93	Portugal	-45	1.178	-1	81	..	65	15	1.546	-31	2.870	-65	1.744
94	Korea Rep.	246	-1.756	25	49	119	1	66	453	456	-1.253	374	-3.417
95	Oman	..	184	0	0	0	0	..	..	..	184	..	-42
96	Libyen	..	..	..	..	..	..	139	..	..	..	..	..
97	Griechenland	..	..	..	..	..	..	50	752	..	..	..	..
98	Irak	..	..	..	..	..	..	24	..	..	..	..	..
99	Rumänien	..	-1.620	0	0	..	..	..	..	..	-1.620	..	-1.725
Länder mit niedr. u. mittl. Eink. Afrika südlich der Sahara Ostasien Südastien Europa, Naher Osten u. Nordafrika Lateinamerika u. Karibik													
Länder mit gravierenden Schuldenproblemen													
Länder mit hohem Einkommen OECD-Mitglieder +Übrige													
100	+Saudi-Arabien												
101	Irland												
102	Spanien												
103	Israel												
104	+Hongkong												
105	+Singapur												
106	Neuseeland												
107	Australien												
108	Großbritannien												
109	Italien												
110	Niederlande												
111	+Kuwait												
112	Belgien												
113	Österreich												
114	Frankreich												
115	+Vereinigte Arab. Emirate												
116	Kanada												
117	Deutschland												
118	Dänemark												
119	Vereinigte Staaten												
120	Schweden												
121	Finnland												
122	Norwegen												
123	Japan												
124	Schweiz												
Übrige Länder													
Gesamte Welt Ölexporture (ohne UdSSR)													

# Tabelle 24 Kennziffern der gesamten Auslandsschulden

	Gesamte Auslandsschulden in % von				Gesamter Schuldendienst in % der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen		Zinszahlungen in % der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	
	Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen		BSP					
	1980	1989	1980	1989	1980	1989	1980	1989
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>95,3w</b>	<b>214,1w</b>	<b>13,7w</b>	<b>32,3w</b>	<b>9,8w</b>	<b>20,2w</b>	<b>4,7w</b>	<b>9,8w</b>
China und Indien	70,5w	130,8w	5,3w	15,9w	6,5w	14,7w	2,6w	8,1w
Übrige Länder	106,9w	322,2w	27,0w	71,0w	11,4w	27,4w	5,7w	12,0w
1 Mosambik	..	1.744,7	..	426,8	..	23,1	..	17,1
2 Äthiopien	136,2	416,8	19,6	50,6	7,6	38,7	4,7	11,6
3 Tansania	334,1	931,4	50,2	186,1	21,1	16,5	9,7	7,7
4 Somalia	252,0	2.253,4	109,5	202,8	4,9	34,1	0,9	14,7
5 Bangladesch	345,6	437,6	31,7	53,3	23,2	19,9	6,4	7,8
6 Laos, Dem. VR	..	1.116,4	..	152,6	..	15,6	..	3,2
7 Malawi	260,8	411,3	72,1	91,4	27,7	28,0	16,7	11,8
8 Nepal	85,5	330,5	10,3	43,5	3,2	16,0	2,1	6,9
9 Tschad	305,9	163,3	30,2	36,7	8,3	5,2	0,7	1,7
10 Burundi	180,1	754,3	18,1	81,9	9,5	32,9	4,8	13,8
11 Sierra Leone	155,6	..	40,2	119,5	22,9	..	5,7	..
12 Madagaskar	242,3	779,8	31,5	154,1	17,2	52,0	10,9	27,8
13 Nigeria	32,2	389,6	9,0	119,3	4,2	21,3	3,3	15,6
14 Uganda	221,7	664,9	42,7	39,0	13,2	77,0	3,3	17,0
15 Zaire	202,2	371,0	33,5	96,6	22,5	21,5	11,0	4,2
16 Mali	227,5	488,7	45,5	105,2	5,1	15,0	2,3	4,8
17 Niger	132,8	416,7	34,5	79,4	21,7	32,1	12,9	12,6
18 Burkina Faso	88,8	182,2	19,6	29,6	5,9	9,4	3,1	5,1
19 Ruanda	103,4	415,2	16,3	30,2	4,2	18,5	2,8	7,9
20 Indien	135,7	259,5	11,9	24,0	9,1	26,4	4,1	14,3
21 China	22,1	77,3	1,5	10,8	4,6	9,8	1,6	5,5
22 Haiti	72,9	203,0	20,9	34,2	6,2	13,1	1,8	4,3
23 Kenia	171,3	294,1	50,2	71,7	22,3	33,3	11,7	14,1
24 Pakistan	208,9	242,4	42,5	46,9	18,0	23,2	7,6	9,7
25 Benin	100,8	303,5	36,5	71,9	4,9	6,7	3,5	4,4
26 Zentralafrikanische Rep.	94,8	336,0	24,4	65,8	4,9	14,2	1,6	5,2
27 Ghana	108,3	343,8	29,7	59,9	12,5	48,9	4,3	12,3
28 Togo	180,1	239,2	93,4	91,2	9,0	18,2	5,8	8,6
29 Sambia	201,0	453,6	90,9	158,8	25,3	11,3	8,8	4,2
30 Guinea	201,9	292,8	..	85,3	19,8	15,2	6,0	5,0
31 Sri Lanka	123,4	223,0	46,1	73,5	12,0	17,8	5,7	6,7
32 Lesotho	19,5	65,0	11,2	39,0	1,5	4,5	0,6	1,5
33 Indonesien	94,2	210,7	28,0	59,4	13,9	35,2	6,5	14,9
34 Mauretanien	306,7	394,8	125,7	213,2	17,3	20,1	7,9	7,2
35 Afghanistan	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	..	..	..	..	..	..	..	..
37 Kamputschea, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	111,8	..	62,8	..	8,8	..	5,8	..
39 Myanmar	269,9	643,7	..	..	25,4	30,4	9,4	10,9
40 Sudan	499,4	1.234,4	65,7	..	25,5	9,2	12,8	4,8
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>148,6w</b>	<b>184,4w</b>	<b>36,1w</b>	<b>46,1w</b>	<b>26,1w</b>	<b>23,1w</b>	<b>13,3w</b>	<b>11,1w</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>155,4w</b>	<b>227,4w</b>	<b>37,7w</b>	<b>67,7w</b>	<b>25,4w</b>	<b>26,6w</b>	<b>12,8w</b>	<b>12,9w</b>
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	258,2	488,9	93,3	102,2	35,0	31,3	21,1	14,3
44 Ägypten, Arab. Rep.	208,4	333,6	95,0	159,0	20,8	20,5	9,0	10,3
45 Senegal	162,2	320,7	50,3	93,2	28,6	29,4	10,4	14,6
46 Jemen, Rep.	78,5	253,6	38,6	70,6	3,4	11,6	2,0	4,7
47 Simbabwe	45,4	169,7	14,9	53,9	3,8	26,0	1,5	9,9
48 Philippinen	212,5	226,4	49,5	65,3	26,5	26,3	18,2	17,1
49 Côte d'Ivoire	160,7	463,9	58,8	182,2	28,3	40,9	13,0	15,6
50 Dominikanische Rep.	133,8	165,5	31,5	63,3	25,3	13,0	12,0	4,6
51 Marokko	223,8	328,4	53,1	98,4	32,7	32,2	17,0	18,4
52 Papua-Neuguinea	66,1	161,5	29,2	73,7	13,8	34,3	6,6	11,2
53 Honduras	152,0	303,0	61,5	72,5	21,4	13,1	12,4	6,2
54 Guatemala	63,6	171,1	14,9	32,6	7,9	19,0	3,7	7,7
55 Kongo, VR	145,2	363,9	97,0	215,0	10,5	27,0	6,6	11,9
56 Syrien, Arab. Rep.	82,3	..	21,0	47,1	11,4	..	4,7	..
57 Kamerun	136,7	224,3	36,8	44,2	15,2	17,3	8,1	7,9
58 Peru	207,7	432,2	51,0	73,5	46,5	6,8	19,9	3,6
59 Ecuador	201,6	392,3	53,8	117,0	33,9	36,2	15,9	17,1
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	121,8	183,1	20,7	61,1	18,6	11,9	8,5	6,2
62 El Salvador	71,1	177,3	25,9	32,1	7,5	16,6	4,7	6,3
63 Kolumbien	117,1	208,3	20,9	45,8	16,0	45,9	11,6	19,3
64 Thailand	96,3	87,1	25,9	34,1	18,7	15,9	9,4	6,1
65 Jamaika	129,3	188,0	76,5	133,8	19,0	26,4	10,8	11,8
66 Tunesien	96,0	136,7	41,6	71,9	14,8	22,6	6,9	8,5

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Gesamte Auslandsschulden in % von				Gesamter Schuldendienst in % der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen		Zinszahlungen in % der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	
	Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen		BSP					
	1980	1989	1980	1989	1980	1989	1980	1989
67 Türkei	332,9	190,0	34,3	53,8	28,0	32,1	14,9	14,1
68 Botsuana	17,8	26,5	16,2	23,2	1,9	3,5	1,1	1,7
69 Jordanien	79,2	246,0	..	181,2	8,4	19,6	4,3	11,7
70 Panama	70,3	257,8	92,3	142,5	11,5	0,1	6,0	0,0
71 Chile	192,5	187,7	45,2	78,3	43,1	27,5	19,0	16,8
72 Costa Rica	224,5	236,2	59,5	91,2	29,0	19,2	14,6	10,5
73 Polen	54,9	262,9	16,4	66,3	17,9	9,4	5,2	5,3
74 Mauritius	80,6	57,2	41,5	41,0	9,1	9,8	5,9	3,7
75 Mexiko	259,2	264,0	30,3	51,2	49,5	39,6	27,4	25,7
76 Argentinien	242,4	537,0	48,4	119,7	37,3	36,1	20,8	17,7
77 Malaysia	44,6	64,5	28,0	51,6	6,3	14,6	4,0	4,8
78 Algerien	130,0	248,8	47,1	56,8	27,1	68,9	10,4	19,1
79 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..
80 Libanon	..	..	..	..	..	..	..	..
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua	422,3	2.652,9	104,9	..	21,5	8,6	12,7	3,4
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>139,4w</b>	<b>127,7w</b>	<b>34,0w</b>	<b>26,5w</b>	<b>27,1w</b>	<b>18,5w</b>	<b>14,0w</b>	<b>8,7w</b>
83 Venezuela	131,9	211,5	42,1	79,9	27,2	25,0	13,8	20,3
84 Südafrika	..	..	..	..	..	..	..	..
85 Brasilien	304,8	301,6	31,2	24,1	63,1	31,3	33,8	15,5
86 Ungarn	95,9	161,0	44,8	74,5	18,5	26,3	10,5	11,7
87 Uruguay	104,4	170,5	16,5	46,5	18,8	29,4	10,6	15,3
88 Jugoslawien	103,1	76,5	25,6	26,2	20,8	14,5	7,2	5,8
89 Gabun	62,2	169,1	39,2	101,8	17,7	11,9	6,3	8,6
90 Iran, Islam. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..
91 Trinidad u. Tobago	24,6	107,0	14,0	53,9	6,8	12,3	1,6	8,9
92 Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	..	..	..
93 Portugal	99,2	94,3	40,4	41,4	18,3	18,2	10,5	6,6
94 Korea Rep.	130,6	44,7	48,7	15,8	19,7	11,4	12,7	3,8
95 Oman	15,4	..	11,2	39,0	6,4	..	1,8	..
96 Libyen	..	..	..	..	..	..	..	..
97 Griechenland	..	..	..	..	..	..	..	..
98 Irak	..	..	..	..	..	..	..	..
99 Rumänien	80,3	..	..	..	12,6	..	4,9	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>134,4w</b>	<b>191,7w</b>	<b>27,6w</b>	<b>41,2w</b>	<b>21,8w</b>	<b>22,4w</b>	<b>11,0w</b>	<b>10,7w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>96,8w</b>	<b>362,0w</b>	<b>26,8w</b>	<b>96,9w</b>	<b>10,9w</b>	<b>22,1w</b>	<b>5,7w</b>	<b>10,2w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>89,5w</b>	<b>90,2w</b>	<b>16,7w</b>	<b>23,7w</b>	<b>13,6w</b>	<b>15,5w</b>	<b>7,7w</b>	<b>6,7w</b>
<b>Südasien</b>	<b>162,7w</b>	<b>272,8w</b>	<b>17,3w</b>	<b>29,6w</b>	<b>12,1w</b>	<b>24,8w</b>	<b>5,1w</b>	<b>12,3w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>115,3w</b>	<b>185,9w</b>	<b>35,7w</b>	<b>55,5w</b>	<b>19,0w</b>	<b>24,1w</b>	<b>8,1w</b>	<b>9,9w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>202,8w</b>	<b>288,5w</b>	<b>35,1w</b>	<b>45,8w</b>	<b>38,5w</b>	<b>31,0w</b>	<b>20,3w</b>	<b>17,6w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>195,8w</b>	<b>292,7w</b>	<b>37,9w</b>	<b>54,0w</b>	<b>36,0w</b>	<b>28,5w</b>	<b>18,6w</b>	<b>16,3w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>								
<b>OECD-Mitglieder</b>								
<b>+Übrige</b>								
100 +Saudi-Arabien								
101 Irland								
102 Spanien								
103 +Israel								
104 +Hongkong								
105 +Singapur								
106 Neuseeland								
107 Australien								
108 Großbritannien								
109 Italien								
110 Niederlande								
111 +Kuwait								
112 Belgien								
113 Österreich								
114 Frankreich								
115 +Vereinigte Arab. Emirate								
116 Kanada								
117 Deutschland								
118 Dänemark								
119 Vereinigte Staaten								
120 Schweden								
121 Finnland								
122 Norwegen								
123 Japan								
124 Schweiz								
<b>Übrige Länder</b>								
<b>Gesamte Welt</b>								
<b>Ölexporteurs (ohne UdSSR)</b>								

# Tabelle 25 Konditionen der öffentlichen Auslandskreditaufnahme

	Zusagen (in Mio \$)		Durchschnittlicher Zinssatz (in %)		Durchschnittliche Laufzeit (in Jahren)		Durchschnittlicher tilgungsfreier Zeitraum (in Jahren)		Öffentliche Darlehen mit variablen Zinsen in % der öffentlichen Schulden	
	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	..	32.958s	..	5,6w	..	22w	..	7w	..	20,5w
China und Indien	..	14.587s	..	7,0w	..	17w	..	5w	..	25,5w
Übrige Länder	3.331s	18.371s	3,2w	4,4w	29w	26w	9w	8w	0,2w	17,9w
1 Mosambik	..	294	..	1,0	..	40	..	10	..	4,9
2 Äthiopien	21	601	4,4	2,8	32	29	7	8	0,1	5,2
3 Tansania	284	106	1,2	0,8	39	43	11	10	1,6	2,4
4 Somalia	22	128	0,0	0,8	20	40	16	10	0,0	1,1
5 Bangladesch	0	1.023	0,0	1,2	0	37	0	10	0,0	0,0
6 Laos, Dem. VR	12	163	3,0	0,6	28	41	4	21	0,0	0,0
7 Malawi	14	113	3,8	0,7	29	39	6	10	0,0	3,7
8 Nepal	17	341	2,8	1,3	27	38	6	10	0,0	0,6
9 Tschad	10	182	5,7	1,2	8	40	1	10	0,0	0,0
10 Burundi	1	81	2,9	1,2	5	37	2	10	0,0	0,2
11 Sierra Leone	25	111	2,9	1,5	27	22	6	12	10,6	1,2
12 Madagaskar	23	86	2,3	0,7	39	29	9	10	0,0	7,3
13 Nigeria	65	1.613	6,0	7,1	14	19	4	5	2,7	38,3
14 Uganda	12	261	3,8	2,4	28	24	6	7	0,0	0,4
15 Zaire	258	292	6,5	1,1	12	41	4	10	0,0	5,3
16 Mali	34	272	1,1	1,0	25	33	9	9	0,0	0,4
17 Niger	19	143	1,2	3,8	40	27	8	9	0,0	9,5
18 Burkina Faso	9	246	2,3	2,1	36	31	8	8	0,0	0,3
19 Ruanda	9	136	0,8	1,5	50	35	10	9	0,0	0,0
20 Indien	954	7.771	2,5	6,4	34	20	8	6	0,0	17,1
21 China	..	6.817	..	7,8	..	15	..	4	..	37,8
22 Haiti	5	60	4,8	1,4	10	35	1	9	0,0	0,8
23 Kenia	50	716	2,6	2,7	37	31	8	8	0,1	4,3
24 Pakistan	951	2.125	2,8	5,6	31	21	12	6	0,0	10,7
25 Benin	7	189	1,8	1,6	32	32	7	9	0,0	0,8
26 Zentralafrikanische Rep.	7	104	2,0	1,2	36	38	8	10	0,0	0,0
27 Ghana	51	567	2,0	2,8	37	33	10	9	0,0	1,5
28 Togo	3	86	4,5	1,4	17	36	4	9	0,0	3,9
29 Sambia	557	56	4,2	9,1	27	7	9	2	0,0	14,3
30 Guinea	68	249	2,9	1,8	13	32	5	9	0,0	8,2
31 Sri Lanka	81	258	3,0	3,7	27	29	5	7	0,0	3,5
32 Lesotho	0	21	5,5	3,2	20	28	2	8	0,0	0,0
33 Indonesien	530	7.068	2,6	6,1	34	21	9	7	0,0	31,0
34 Mauretanien	7	183	6,0	2,5	11	27	3	7	0,0	5,7
35 Afghanistan	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	..	2	..	1,0	..	39	..	10	..	0,0
37 Kamputschea, Dem.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	12	0	6,7	0,0	19	0	5	0	0,0	11,3
39 Myanmar	48	13	4,1	0,0	16	20	5	8	0,0	0,0
40 Sudan	98	216	1,8	1,1	17	38	9	10	0,0	15,0
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	8.092s	47.810s	6,2w	7,6w	16w	15w	5w	5w	2,7w	52,6w
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	5.402s	34.279s	5,9w	7,4w	17w	15w	5w	5w	1,4w	48,2w
42 Angola	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	24	323	1,9	4,0	48	28	4	8	0,0	25,5
44 Ägypten, Arab. Rep.	771	1.464	5,3	6,5	21	15	9	5	0,0	9,1
45 Senegal	7	297	3,9	1,7	23	32	7	9	0,0	1,6
46 Jemen, Rep.	..	202	..	2,4	..	27	..	7	..	2,0
47 Simbabwe	0	435	0,0	7,6	0	13	0	3	0,0	26,0
48 Philippinen	171	2.572	7,3	5,0	11	20	2	6	0,8	43,0
49 Côte d'Ivoire	71	512	5,8	7,3	19	19	5	6	9,0	53,1
50 Dominikanische Rep.	20	137	2,4	5,2	28	14	5	6	0,0	29,2
51 Marokko	187	1.410	4,6	7,1	20	17	3	4	0,0	40,1
52 Papua-Neuguinea	91	312	6,4	5,8	22	19	8	5	0,0	28,0
53 Honduras	23	75	4,1	6,3	30	19	7	3	0,0	19,5
54 Guatemala	50	153	3,7	7,5	26	14	6	3	10,3	10,9
55 Kongo, VR	31	93	2,8	5,9	18	16	6	6	0,0	31,7
56 Syrien, Arab. Rep.	14	260	4,4	6,8	9	20	2	5	0,0	1,7
57 Kamerun	42	685	4,7	7,4	29	17	8	5	0,0	10,7
58 Peru	125	608	7,4	5,7	14	15	4	5	0,0	32,3
59 Ecuador	78	590	6,2	7,5	20	13	4	3	0,0	64,3
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	14	60	5,7	5,2	25	17	6	2	0,0	34,0
62 El Salvador	12	33	4,7	5,4	23	21	6	6	0,0	3,8
63 Kolumbien	363	2.893	6,0	9,0	21	14	5	5	0,0	46,0
64 Thailand	106	1.344	6,8	7,5	19	14	4	5	0,0	34,3
65 Jamaika	24	222	6,0	7,9	16	15	3	4	0,0	24,1
66 Tunesien	144	1.388	3,5	7,2	28	16	6	4	0,0	20,2

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Zusagen (in Mio \$)		Durchschnittlicher Zinssatz (in %)		Durchschnittliche Laufzeit (in Jahren)		Durchschnittlicher tilgungsfreier Zeitraum (in Jahren)		Öffentliche Darlehen mit variablen Zinsen in % der öffentlichen Schulden	
	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989	1970	1989
67 Türkei	489	4.674	3,6	7,9	19	13	5	6	0,9	30,5
68 Botsuana	38	77	0,6	5,0	39	24	10	6	0,0	13,8
69 Jordanien	36	436	3,7	5,2	16	18	5	5	0,0	27,3
70 Panama	111	0	6,9	0,0	15	0	4	0	0,0	60,2
71 Chile	361	736	6,8	8,2	12	16	3	5	0,0	69,5
72 Costa Rica	58	244	5,6	8,1	28	19	6	1	7,5	47,5
73 Polen	0	247	0,0	9,3	0	6	0	3	0,0	64,0
74 Mauritius	14	76	0,0	5,4	24	18	2	8	6,0	19,8
75 Mexiko	858	2.994	7,9	8,3	12	15	3	5	5,7	79,3
76 Argentinien	494	234	7,3	8,5	12	8	3	2	0,0	83,2
77 Malaysia	84	1.451	6,1	7,9	19	12	5	7	0,0	48,1
78 Algerien	378	6.500	5,7	8,2	12	13	3	3	2,8	32,3
79 Bulgarien	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
80 Libanon	7	15	2,9	7,3	21	29	1	5	0,0	15,3
81 Mongolei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua	23	265	7,1	4,9	18	17	4	3	0,0	18,4
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>2.691s</b>	<b>13.531s</b>	<b>6,7w</b>	<b>8,0w</b>	<b>15w</b>	<b>14w</b>	<b>4w</b>	<b>4w</b>	<b>6,0w</b>	<b>63,8w</b>
83 Venezuela	188	1.582	7,6	8,9	8	12	2	4	2,6	87,1
84 Südafrika	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
85 Brasilien	1.439	3.063	7,0	8,5	14	13	3	3	11,8	71,0
86 Ungarn <sup>a</sup>	0	2.323	0,0	8,5	0	9	0	5	0,0	64,4
87 Uruguay	71	453	7,9	8,8	12	12	3	4	0,7	72,9
88 Jugoslawien	199	34	7,1	8,7	17	10	6	4	3,3	69,4
89 Gabun	33	135	5,1	7,1	11	16	1	5	0,0	10,5
90 Iran, Islam. Rep.	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
91 Trinidad u. Tobago	3	40	7,4	6,1	10	24	1	6	0,0	47,2
92 Tschechoslowakei	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
93 Portugal	59	3.705	4,3	6,7	17	18	4	5	0,0	31,2
94 Korea, Rep.	691	1.409	5,8	8,3	19	20	6	2	1,2	27,1
95 Oman	..	731	..	7,7	..	12	..	5	..	54,1
96 Libyen	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
97 Griechenland	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
98 Irak	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
99 Rumänien	..	0	..	0,0	..	0	..	0	..	0,0
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>12.377s</b>	<b>80.768s</b>	<b>5,1w</b>	<b>6,7w</b>	<b>21w</b>	<b>18w</b>	<b>6w</b>	<b>5w</b>	<b>1,7w</b>	<b>43,3w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>1.903s</b>	<b>9.663s</b>	<b>3,6w</b>	<b>3,9w</b>	<b>26w</b>	<b>27w</b>	<b>8w</b>	<b>7w</b>	<b>0,9w</b>	<b>19,5w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>1.689s</b>	<b>21.213s</b>	<b>5,0w</b>	<b>6,8w</b>	<b>23w</b>	<b>18w</b>	<b>6w</b>	<b>6w</b>	<b>0,5w</b>	<b>35,7w</b>
<b>Südostasien</b>	<b>2.052s</b>	<b>11.556s</b>	<b>2,7w</b>	<b>5,6w</b>	<b>32w</b>	<b>22w</b>	<b>10w</b>	<b>7w</b>	<b>0,0w</b>	<b>12,5w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>2.363s</b>	<b>23.501s</b>	<b>4,8w</b>	<b>7,5w</b>	<b>19w</b>	<b>14w</b>	<b>6w</b>	<b>4w</b>	<b>1,0w</b>	<b>36,8w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>4.370s</b>	<b>14.835s</b>	<b>7,0w</b>	<b>8,2w</b>	<b>14w</b>	<b>14w</b>	<b>4w</b>	<b>4w</b>	<b>4,0w</b>	<b>68,3w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>4.979s</b>	<b>20.083s</b>	<b>6,8w</b>	<b>7,4w</b>	<b>15w</b>	<b>15w</b>	<b>4w</b>	<b>5w</b>	<b>3,8w</b>	<b>61,3w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen OECD-Mitglieder + Übrige</b>										
100 + Saudi-Arabien										
101 Irland										
102 Spanien										
103 + Israel										
104 + Hongkong										
105 + Singapur										
106 Neuseeland										
107 Australien										
108 Großbritannien										
109 Italien										
110 Niederlande										
111 + Kuwait										
112 Belgien										
113 Österreich										
114 Frankreich										
115 + Vereinigte Arab. Emirate										
116 Kanada										
117 Deutschland										
118 Dänemark										
119 Vereinigte Staaten										
120 Schweden										
121 Finnland										
122 Norwegen										
123 Japan										
124 Schweiz										
<b>Übrige Länder</b>										
<b>Gesamte Welt Ölexporteur (ohne UdSSR)</b>										

<sup>a</sup> Berücksichtigt sind nur Schulden in konvertibler Währung.

# Tabelle 26 Bevölkerungswachstum und -projektionen

	Durchschnittliches jährliches Bevölkerungswachstum (in %)			Bevölkerung (in Mio)			Hypothetischer Umfang der stationären Bevölkerung (in Mio)	Altersstruktur der Bevölkerung (in %)			
								0-14 Jahre		15-64 Jahre	
	1965-80	1980-89	1989-2000 <sup>a</sup>	1989	2000 <sup>a</sup>	2025 <sup>a</sup>		1989	2025 <sup>a</sup>	1989	2025 <sup>a</sup>
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>2,3w</b>	<b>2,0w</b>	<b>1,9w</b>	<b>2.948s</b>	<b>3.633s</b>	<b>5.201s</b>		<b>35,5w</b>	<b>26,9w</b>	<b>60,0w</b>	<b>65,3w</b>
<b>China und Indien</b>	<b>2,2w</b>	<b>1,7w</b>	<b>1,5w</b>	<b>1.946s</b>	<b>2.300s</b>	<b>2.950s</b>		<b>31,4w</b>	<b>22,3w</b>	<b>63,3w</b>	<b>57,3w</b>
<b>Übrige Länder</b>	<b>2,5w</b>	<b>2,7w</b>	<b>2,6w</b>	<b>1.002s</b>	<b>1.333s</b>	<b>2.251s</b>		<b>43,3w</b>	<b>32,8w</b>	<b>53,6w</b>	<b>62,6w</b>
1 Mosambik	2,5	2,7	3,1	15	21	41	87	44,0	37,7	52,9	59,0
2 Äthiopien	2,7	3,0	3,4	49	72	159	435	46,6	43,2	50,6	54,3
3 Tansania	2,9	3,1	3,3	24	34	66	140	46,7	37,7	50,3	59,2
4 Somalia	2,6	3,0	3,1	6	9	17	39	45,9	39,7	51,2	57,2
5 Bangladesch	2,7	2,6	2,1	111	139	196	295	44,6	26,3	52,7	69,1
6 Laos, Dem. VR	1,9	2,7	3,1	4	6	10	21	44,0	37,0	53,1	59,5
7 Malawi	2,9	3,4	3,6	8	12	27	72	46,5	43,0	50,8	54,4
8 Nepal	2,4	2,6	2,5	18	24	37	60	43,0	29,0	54,9	65,9
9 Tschad	2,0	2,4	2,7	6	7	14	29	41,8	37,2	54,7	58,9
10 Burundi	1,9	2,9	3,5	5	8	16	39	46,3	41,4	50,8	56,2
11 Sierra Leone	2,0	2,4	2,6	4	5	10	24	43,2	40,5	53,7	56,3
12 Madagaskar	2,5	2,9	3,1	11	16	29	54	46,2	35,1	50,3	61,7
13 Nigeria	2,5	3,4	3,2	114	160	298	580	47,6	35,2	50,2	61,3
14 Uganda	2,9	3,2	3,5	17	25	51	119	48,6	40,6	49,1	57,0
15 Zaire	2,8	3,1	3,0	34	48	86	164	46,1	34,4	51,3	62,0
16 Mali	2,1	2,5	3,0	8	11	24	60	46,6	41,3	50,4	56,1
17 Niger	2,6	3,4	3,3	7	11	24	76	47,1	44,7	50,4	52,9
18 Burkina Faso	2,1	2,6	2,9	9	12	23	51	45,3	38,5	51,7	58,7
19 Ruanda	3,3	3,2	4,1	7	11	24	74	48,3	44,3	49,4	53,4
20 Indien	2,3	2,1	1,7	833	1.007	1.350	1.876	37,1	24,1	58,6	68,4
21 China	2,2	1,4	1,4	1.114	1.294	1.597	1.890	27,2	20,7	66,9	66,4
22 Haiti	1,7	1,9	2,1	6	8	12	21	40,1	31,0	55,8	64,0
23 Kenia	3,6	3,9	3,4	24	34	62	114	50,3	31,9	46,7	64,6
24 Pakistan	3,1	3,2	3,2	110	155	279	518	45,3	33,9	52,2	62,4
25 Benin	2,7	3,2	3,0	5	6	11	21	47,4	33,4	49,8	63,2
26 Zentralafrikanische Rep.	1,9	2,7	2,7	3	4	7	13	42,3	33,7	54,8	62,6
27 Ghana	2,2	3,4	3,1	14	20	35	63	46,7	32,8	50,2	63,5
28 Togo	3,0	3,5	3,3	4	5	9	18	47,9	35,4	49,1	61,4
29 Sambia	3,0	3,7	3,6	8	12	24	52	49,2	38,5	48,6	58,8
30 Guinea	1,5	2,5	2,8	6	8	15	34	46,2	40,4	51,3	56,8
31 Sri Lanka	1,8	1,5	1,1	17	19	24	28	32,5	21,0	62,3	66,0
32 Lesotho	2,3	2,7	2,7	2	2	4	6	43,2	29,2	53,2	66,0
33 Indonesien	2,4	2,1	1,6	178	213	282	371	36,8	23,3	59,3	68,2
34 Mauretanien	2,4	2,4	2,8	2	3	5	14	44,4	42,4	52,4	55,0
35 Afghanistan	2,4	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
36 Bhutan	1,6	2,1	2,4	1	2	3	5	40,1	32,8	56,7	62,9
37 Kambodscha, Dem.	0,3	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	3,0	3,2	3,0	2	3	6	11	44,8	32,6	51,9	63,2
39 Myanmar	2,3	2,1	2,1	41	51	70	96	37,5	24,0	58,4	68,5
40 Sudan	3,0	2,8	2,8	24	33	57	106	44,8	33,7	52,1	62,5
41 Vietnam	..	2,1	2,2	65	83	119	167	40,1	24,2	55,7	68,8
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>2,3w</b>	<b>2,1w</b>	<b>1,9w</b>	<b>1.104s</b>	<b>1.354s</b>	<b>1.954s</b>		<b>36,2w</b>	<b>26,4w</b>	<b>58,7w</b>	<b>65,0w</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>2,5w</b>	<b>2,3w</b>	<b>2,0w</b>	<b>682s</b>	<b>842s</b>	<b>1.224s</b>		<b>37,9w</b>	<b>26,3w</b>	<b>57,5w</b>	<b>65,8w</b>
42 Angola	2,8	2,6	3,0	10	14	27	65	44,8	40,1	52,3	56,8
43 Bolivien	2,5	2,7	2,8	7	10	16	27	43,9	31,1	52,9	64,6
44 Ägypten, Arab. Rep.	2,1	2,5	1,8	51	62	86	120	39,2	24,4	56,5	67,6
45 Senegal	2,9	3,0	3,2	7	10	20	46	46,9	39,6	50,6	57,9
46 Jemen, Rep.	2,3	3,4	3,7	11	17	38	113	48,2	44,1	48,8	54,1
47 Simbabwe	3,1	3,5	2,7	10	13	20	29	45,8	25,4	51,5	68,7
48 Philippinen	2,8	2,5	1,8	60	73	101	137	40,1	23,9	56,4	68,4
49 Côte d'Ivoire	4,1	4,1	3,8	12	18	37	85	48,9	39,5	48,8	57,6
50 Dominikanische Rep.	2,7	2,3	1,8	7	9	11	15	38,1	23,2	58,4	68,0
51 Marokko	2,5	2,6	2,3	25	32	48	72	41,0	25,9	55,2	67,9
52 Papua-Neuguinea	2,4	2,5	2,4	4	5	7	11	41,2	27,6	56,3	67,8
53 Honduras	3,2	3,5	2,9	5	7	11	18	45,0	28,1	51,7	66,9
54 Guatemala	2,8	2,9	2,8	9	12	20	33	45,7	28,9	51,5	66,4
55 Kongo, VR	2,8	3,4	3,4	2	3	7	16	45,0	39,2	51,0	57,8
56 Syrien, Arab. Rep.	3,4	3,6	3,7	12	18	36	69	48,3	34,9	49,0	61,3
57 Kamerun	2,7	3,2	3,2	12	16	33	69	46,9	37,0	49,3	59,5
58 Peru	2,8	2,3	2,1	21	27	37	50	38,4	23,8	58,1	68,4
59 Ecuador	3,1	2,7	2,2	10	13	19	26	40,1	24,0	56,3	68,4
60 Namibia	2,4	3,1	3,0	2	2	4	7	45,6	31,2	51,2	64,4
61 Paraguay	2,8	3,2	2,8	4	6	10	16	41,1	30,2	55,4	63,7
62 El Salvador	2,8	1,4	2,1	5	6	10	16	44,7	27,7	52,1	67,4
63 Kolumbien	2,5	2,0	1,6	32	38	51	64	35,9	22,2	60,0	67,9
64 Thailand	2,9	1,9	1,3	55	64	83	103	33,4	21,6	61,9	68,2
65 Jamaika	1,3	1,3	0,5	2	3	3	4	33,8	20,9	59,2	67,9
66 Tunesien	2,1	2,5	2,1	8	10	14	19	38,4	23,7	57,5	68,3

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Durchschnittliches jährliches Bevölkerungswachstum (in %)			Bevölkerung (in Mio)			Hypothetischer Umfang der stationären Bevölkerung (in Mio)	Altersstruktur der Bevölkerung (in %)			
								0-14 Jahre		15-64 Jahre	
	1965-80	1980-89	1989-2000 <sup>a</sup>	1989	2000 <sup>a</sup>	2025 <sup>a</sup>		1989	2025 <sup>a</sup>	1989	2025 <sup>a</sup>
67 Türkei	2,4	2,4	2,0	55	68	92	121	35,1	23,1	60,7	67,6
68 Botsuana	3,5	3,4	2,6	1	2	2	4	47,3	25,3	48,9	68,9
69 Jordanien	2,6	3,3	2,8	4	5	9	16	35,6	32,7	40,4	63,1
70 Panama	2,6	2,2	1,6	2	3	4	5	35,4	21,9	59,9	67,2
71 Chile	1,7	1,7	1,3	13	15	19	23	30,7	21,3	63,4	65,7
72 Costa Rica	2,7	2,4	1,9	3	3	5	6	36,2	22,1	59,6	66,3
73 Polen	0,8	0,7	0,4	38	39	44	49	25,1	19,7	65,1	62,3
74 Mauritius	1,6	1,0	0,9	1	1	1	2	29,8	18,9	65,1	66,8
75 Mexiko	3,1	2,1	1,8	85	103	142	185	38,1	22,9	58,3	68,3
76 Argentinien	1,6	1,4	1,1	32	36	44	54	29,9	21,5	61,1	65,0
77 Malaysia	2,5	2,6	2,2	17	22	31	43	37,8	23,6	58,2	67,4
78 Algerien	3,1	3,0	2,8	24	33	52	78	44,0	25,7	52,1	68,5
79 Bulgarien	0,5	0,2	-0,4	9	8	8	9	19,4	17,9	64,5	61,1
80 Libanon	1,7	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
81 Mongolei	2,6	2,7	2,6	2	3	4	6	40,9	25,9	55,6	67,9
82 Nicaragua	3,1	3,4	3,1	4	5	9	14	46,1	28,4	51,3	66,4
Obere Einkommenskategorie	2,0w	1,9w	1,8w	423s	512s	730s		33,4w	26,6w	60,7w	63,6w
83 Venezuela	3,5	2,8	2,2	19	24	34	45	38,5	23,3	57,9	67,5
84 Südafrika	2,4	2,4	2,3	35	45	65	96	38,2	25,3	57,9	67,1
85 Brasilien	2,4	2,2	1,7	147	178	236	304	35,5	22,8	60,1	66,9
86 Ungarn	0,4	-0,2	-0,1	11	10	10	11	19,7	17,7	66,9	61,6
87 Uruguay	0,4	0,6	0,6	3	3	4	4	25,9	20,0	62,7	63,9
88 Jugoslawien	0,9	0,7	0,6	24	25	28	30	23,1	18,6	67,7	62,1
89 Gabun	3,6	3,7	2,8	1	1	3	6	38,7	38,2	56,5	57,5
90 Iran, Islam. Rep.	3,1	3,5	3,3	53	77	158	420	44,0	38,8	53,0	56,9
91 Trinidad u. Tobago	1,2	1,7	1,3	1	1	2	2	33,6	22,2	60,7	65,8
92 Tschechoslowakei	0,5	0,3	0,3	16	16	18	19	23,4	19,1	64,9	62,9
93 Portugal	0,4	0,6	0,4	10	11	11	11	21,3	16,5	65,9	63,4
94 Korea, Rep.	2,0	1,2	0,9	42	47	53	56	26,4	18,0	68,7	66,0
95 Oman	3,6	4,7	3,9	1	2	5	10	45,9	36,8	51,7	58,5
96 Libyen	4,3	4,2	3,6	4	6	14	36	46,0	39,5	51,4	56,7
97 Griechenland	0,7	0,4	0,2	10	10	10	9	19,5	15,4	66,6	60,6
98 Irak	3,4	3,6	3,4	18	26	48	85	46,6	32,0	50,7	63,6
99 Rumänien	1,1	0,4	0,5	23	24	27	31	23,5	20,0	66,2	63,6
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.	2,3w	2,1w	1,9w	4.053s	4.987s	7.155s		35,7w	26,7w	59,7w	65,2w
Afrika südlich der Sahara	2,7w	3,2w	3,2w	480s	679s	1.311s		46,8w	37,4w	50,6w	59,4w
Ostasien	2,2w	1,6w	1,5w	1.552s	1.822s	2.307s		29,8w	21,5w	64,8w	66,9w
Südostasien	2,4w	2,3w	1,9w	1.131s	1.396s	1.959s		38,7w	25,8w	57,4w	67,5w
Europa, Naher Osten u. Nordafrika	1,9w	2,0w	2,0w	433s	533s	813s		35,4w	29,5w	58,3w	62,5w
Lateinamerika u. Karibik	2,5w	2,1w	1,8w	421s	513s	700s		36,6w	23,6w	58,9w	67,1w
Länder mit gravierenden Schuldenproblemen	2,4w	2,1w	1,8w	554s	673s	926s		36,6w	24,4w	58,6w	66,4w
Länder mit hohem Einkommen	0,9w	0,7w	0,6w	830s	884s	965s		20,5w	17,8w	66,8w	60,7w
OECD-Mitglieder	0,8w	0,6w	0,5w	773s	813s	862s		19,7w	16,8w	67,1w	60,6w
Übrige	2,8w	2,4w	1,8w	58s	71s	103s		32,1w	26,4w	61,9w	61,9w
100 Saudi-Arabien	4,6	5,0	3,7	14	21	43	89	45,1	36,3	51,8	59,1
101 Irland	1,2	0,4	0,3	4	4	4	5	27,2	19,7	61,6	64,9
102 Spanien	1,0	0,4	0,4	39	41	43	41	20,9	16,2	66,8	63,0
103 Israel	2,8	1,7	1,8	5	6	7	9	31,8	21,2	60,2	65,1
104 Hongkong	2,0	1,5	0,9	6	6	7	6	21,6	15,9	69,6	61,3
105 Singapur	1,6	1,2	1,0	3	3	3	4	23,7	18,0	70,8	61,5
106 Neuseeland	1,3	0,7	0,8	3	4	4	4	23,4	18,7	67,4	62,7
107 Australien	1,8	1,4	1,4	17	19	23	24	22,4	18,1	66,9	63,0
108 Großbritannien	0,2	0,2	0,3	57	59	61	62	19,0	17,5	65,5	61,2
109 Italien	0,5	0,2	0,0	58	58	55	46	17,0	14,3	68,7	61,0
110 Niederlande	0,9	0,5	0,4	15	16	16	14	17,8	15,4	69,2	59,7
111 Kuwait	7,1	4,4	3,1	2	3	4	5	36,1	21,3	62,5	64,9
112 Belgien	0,3	0,1	0,2	10	10	10	9	18,2	15,9	67,1	59,8
113 Österreich	0,3	0,1	0,1	8	8	8	7	17,8	15,3	67,3	60,5
114 Frankreich	0,7	0,4	0,4	56	59	63	63	20,3	17,3	66,1	60,6
115 Vereinigte Arab. Emirate	16,5	4,6	2,3	2	2	3	3	30,9	22,2	67,4	60,7
116 Kanada	1,3	0,9	0,8	26	29	32	31	21,1	16,9	67,9	60,7
117 Deutschland	0,3	0,0	-0,1	62	62	57	61	15,1	14,3	69,5	58,8
118 Dänemark	0,5	0,0	0,0	5	5	5	4	17,2	15,3	67,5	60,2
119 Vereinigte Staaten	1,0	1,0	0,8	249	272	309	319	21,6	18,0	66,1	61,1
120 Schweden	0,5	0,2	0,4	8	9	9	9	17,5	17,6	64,6	59,3
121 Finnland	0,3	0,4	0,2	5	5	5	5	19,4	16,3	67,6	58,8
122 Norwegen	0,6	0,4	0,4	4	4	5	5	19,2	17,1	64,4	61,0
123 Japan	1,2	0,6	0,4	123	129	131	121	19,0	15,7	69,3	58,8
124 Schweiz	0,5	0,5	0,4	7	7	7	6	16,9	15,8	68,2	58,3
Übrige Länder	1,0w	1,0w	0,7w	323s	349s	404s		25,8w	20,2w	64,8w	63,5w
Gesamte Welt	2,0w	1,8w	1,6w	5.206s	6.220s	8.524s		32,6w	25,4w	61,1w	64,6w
Ölexporture (ohne UdSSR)	3,0w	3,4w	3,1w	265s	373s	692s		44,9w	34,8w	51,9w	60,9w

<sup>a</sup> Zu den Annahmen, die den Projektionen zugrunde liegen, vgl. Technische Erläuterungen.

# Tabelle 27 Demographie und Fruchtbarkeit

	Unbereinigte Geburtensziffer je 1.000 Einwohner		Unbereinigte Sterbeziffer je 1.000 Einwohner		Frauen im geburtsfähigen Alter in % aller Frauen		Zusammengefasste Geburtensziffer			Voraussichtliches Jahr einer Netto- reproduktions- rate von 1	Verheiratete Frauen im geburtsfähigen Alter, die Empfangnis- verhütung praktizieren <sup>b</sup> (in %) 1987
	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	2000 <sup>a</sup>		
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>42w</b>	<b>31w</b>	<b>16w</b>	<b>10w</b>	<b>46w</b>	<b>51w</b>	<b>6,3w</b>	<b>3,9w</b>	<b>3,3w</b>		
China und Indien	41w	26w	14w	8w	46w	53w	6,3w	3,2w	2,5w		
Übrige Länder	46w	40w	21w	13w	46w	46w	6,3w	5,5w	4,7w		
1 Mosambik	49	46	27	17	47	45	6,8	6,4	6,2	2040	..
2 Äthiopien	43	52	20	18	46	43	5,8	7,5	7,3	2050	..
3 Tansania	49	47	23	17	45	45	6,6	6,5	6,1	2040	..
4 Somalia	50	48	26	18	45	44	6,7	6,8	6,6	2045	..
5 Bangladesch	47	37	21	14	44	46	6,8	4,9	3,6	2015	32
6 Laos, Dem. VR	45	47	23	17	47	45	6,1	6,7	6,0	2040	..
7 Malawi	56	54	26	19	46	45	7,8	7,6	7,4	2050	..
8 Nepal	46	41	24	15	50	47	6,0	5,7	4,6	2025	15
9 Tschad	45	44	28	19	47	46	6,0	5,9	6,6	2040	..
10 Burundi	47	48	24	15	44	45	6,4	6,8	6,6	2045	9
11 Sierra Leone	48	47	31	23	47	46	6,4	6,5	6,5	2045	..
12 Madagaskar	47	46	22	16	47	44	6,6	6,5	5,8	2030	..
13 Nigeria	51	47	23	15	45	44	6,9	6,6	5,6	2035	..
14 Uganda	49	51	19	16	44	43	7,0	7,3	6,6	2045	5
15 Zaire	47	45	21	14	47	45	6,0	6,1	5,4	2035	..
16 Mali	50	50	27	19	46	45	6,5	7,0	7,0	2050	5
17 Niger	48	51	29	20	45	44	7,1	7,1	7,3	2055	..
18 Burkina Faso	48	47	26	18	47	45	6,4	6,5	6,3	2045	..
19 Ruanda	52	52	17	17	45	43	7,5	8,3	7,6	2055	..
20 Indien	45	31	20	11	48	49	6,2	4,1	3,0	2015	40
21 China	38	22	10	7	45	56	6,4	2,5	2,1	2000	74
22 Haiti	41	36	21	13	45	48	6,1	4,9	4,2	2035	11
23 Kenia	52	46	20	10	41	41	8,0	6,7	5,2	2035	27
24 Pakistan	48	46	21	12	43	45	7,0	6,6	5,4	2035	..
25 Benin	49	46	24	15	44	44	6,8	6,4	5,2	2035	..
26 Zentralafrikanische Rep.	34	42	24	15	47	46	4,5	5,8	5,3	2035	..
27 Ghana	47	45	18	13	45	44	6,8	6,3	5,1	2030	13
28 Togo	50	49	22	14	46	44	6,5	6,7	5,5	2035	..
29 Sambia	49	49	20	13	46	44	6,6	6,7	6,1	2040	..
30 Guinea	46	48	29	21	45	45	5,9	6,5	6,5	2045	..
31 Sri Lanka	33	21	8	6	47	53	4,9	2,5	2,1	1995	62
32 Lesotho	42	41	18	12	47	45	5,8	5,7	4,5	2025	..
33 Indonesien	43	27	20	9	47	51	5,5	3,3	2,4	2005	45
34 Mauretanien	47	48	26	19	47	45	6,5	6,8	6,8	2050	..
35 Afghanistan	53	..	29	..	49	..	7,1	..	..	..	..
36 Bhutan	42	39	23	17	48	48	5,9	5,5	5,4	2035	..
37 Kambodscha, Dem.	44	..	20	..	47	..	6,2	..	..	..	..
38 Liberia	46	44	20	14	47	44	6,4	6,4	5,2	2035	6
39 Myanmar	40	30	18	9	46	50	5,8	3,9	2,9	2010	..
40 Sudan	47	44	24	15	46	45	6,7	6,4	5,4	2035	..
41 Vietnam	..	32	..	7	..	48	..	4,0	2,9	2015	58
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>37w</b>	<b>29w</b>	<b>13w</b>	<b>8w</b>	<b>45w</b>	<b>49w</b>	<b>5,5w</b>	<b>3,7w</b>	<b>3,1w</b>		
Untere Einkommenskategorie	40w	30w	14w	8w	45w	49w	5,9w	3,9w	3,2w		
42 Angola	49	47	29	19	47	45	6,4	6,5	6,6	2045	..
43 Bolivien	46	42	21	13	46	46	6,6	5,9	4,8	2030	30
44 Ägypten, Arab. Rep.	43	32	19	10	43	48	6,8	4,2	3,1	2015	38
45 Senegal	47	45	23	16	45	44	6,4	6,5	6,3	2045	12
46 Jemen, Rep.	49	53	27	18	47	43	7,0	7,7	7,5	2055	..
47 Simbabwe	55	37	17	7	42	46	8,0	5,1	3,4	2015	43
48 Philippinen	42	30	12	7	44	50	6,8	3,9	2,7	2010	44
49 Côte d'Ivoire	52	50	22	14	44	42	7,4	7,3	6,4	2045	..
50 Dominikanische Rep.	47	30	13	6	43	51	6,9	3,6	2,7	2010	50
51 Marokko	49	36	18	9	45	48	7,1	4,7	3,6	2020	36
52 Papua-Neuguinea	43	36	20	11	47	48	6,2	5,1	4,0	2020	..
53 Honduras	51	39	17	8	44	46	7,4	5,3	4,1	2025	41
54 Guatemala	46	39	17	8	44	45	6,7	5,5	4,3	2025	24
55 Kongo, VR	42	48	18	15	45	43	5,7	6,5	6,3	2045	..
56 Syrien, Arab. Rep.	48	45	16	7	..	43	7,7	6,6	5,5	2035	..
57 Kamerun	40	44	20	12	47	42	5,2	6,5	5,9	2040	..
58 Peru	45	31	16	9	44	50	6,7	3,9	2,8	2010	46
59 Ecuador	45	32	13	7	43	49	6,8	4,1	3,0	2015	44
60 Namibia	46	43	22	12	46	44	6,1	6,0	4,8	2030	..
61 Paraguay	41	36	8	6	41	48	6,6	4,7	4,0	2030	45
62 El Salvador	46	35	13	8	44	46	6,7	4,7	3,8	2025	47
63 Kolumbien	43	25	11	6	43	53	6,5	2,9	2,2	2000	63
64 Thailand	41	22	10	7	44	54	6,3	2,5	2,1	1995	66
65 Jamaika	38	22	9	7	42	51	5,7	2,5	2,1	1995	55
66 Tunesien	44	30	16	7	43	49	7,0	4,0	2,8	2010	50

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Unbereinigte Geburtenziffer je 1.000 Einwohner		Unbereinigte Sterbeziffer je 1.000 Einwohner		Frauen im gebärfähigen Alter in % aller Frauen		Zusammengefasste Geburtenziffer			Voraussichtliches Jahr einer Netto- reproduktions- rate von 1	Verheiratete Frauen im gebärfähigen Alter, die Empfängnis- verhütung praktizieren <sup>a</sup> (in %) 1987
	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	2000 <sup>b</sup>		
67 Türkei	41	29	15	8	45	50	5,7	3,6	2,7	2010	77
68 Botsuana	53	36	19	6	45	44	6,9	4,9	3,1	2015	33
69 Jordanien	53	43	21	6	45	45	8,0	6,3	5,2	2035	..
70 Panama	40	25	9	5	44	52	5,7	2,9	2,2	2000	..
71 Chile	34	23	11	6	45	53	4,8	2,6	2,1	2000	..
72 Costa Rica	45	26	8	4	42	52	6,3	3,1	2,3	2005	68
73 Polen	17	15	7	10	47	48	2,5	2,1	2,1	2030	..
74 Mauritius	36	18	8	6	45	55	4,8	1,9	1,8	2030	78
75 Mexiko	45	28	11	6	43	51	6,7	3,4	2,4	2005	53
76 Argentinien	23	20	9	9	50	47	3,1	2,8	2,3	2005	..
77 Malaysia	40	30	12	5	44	51	6,3	3,7	3,0	2015	..
78 Algerien	50	36	18	8	44	45	7,4	5,2	3,7	2020	..
79 Bulgarien	15	12	8	12	51	46	2,1	1,9	1,9	2030	..
80 Libanon	40	..	12	..	42	..	6,2	..	..	..	..
81 Mongolei	43	35	16	9	46	48	5,9	4,8	3,7	2020	..
82 Nicaragua	49	40	16	7	43	46	7,2	5,4	4,2	2025	..
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>33w</b>	<b>27w</b>	<b>12w</b>	<b>8w</b>	<b>46w</b>	<b>50w</b>	<b>4,8w</b>	<b>3,4w</b>	<b>3,0w</b>		
83 Venezuela	42	29	8	5	44	50	6,1	3,6	2,7	2010	..
84 Südafrika	40	34	16	10	46	49	6,1	4,3	3,4	2020	..
85 Brasilien	39	27	11	8	45	51	5,6	3,3	2,4	2005	65
86 Ungarn	13	12	11	13	48	47	1,8	1,8	1,8	2030	73
87 Uruguay	21	17	10	10	49	47	2,8	2,3	2,1	1995	..
88 Jugoslawien	21	15	9	9	50	49	2,7	2,0	2,0	2030	..
89 Gabun	31	42	22	15	48	47	4,1	5,7	6,1	2045	..
90 Iran, Islam. Rep.	46	44	18	9	42	47	7,1	6,1	5,4	2055	..
91 Trinidad u. Tob. 30	33	25	8	6	46	52	4,3	2,8	2,3	2005	53
92 Tschechoslowakei	16	14	10	11	46	48	2,4	2,0	2,0	2030	..
93 Portugal	23	12	10	9	48	49	3,1	1,6	1,7	2030	..
94 Korea, Rep.	35	16	11	6	46	57	4,9	1,8	1,8	2030	70
95 Oman	50	44	24	6	47	43	7,2	7,1	5,9	2040	..
96 Libyen	49	44	17	9	45	44	7,4	6,7	5,8	2050	..
97 Griechenland	18	11	8	9	51	47	2,3	1,5	1,6	2030	..
98 Irak	49	42	18	8	45	44	7,2	6,2	5,1	2030	..
99 Rumänien	15	16	9	10	50	48	1,9	2,1	2,1	1985	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>41w</b>	<b>30w</b>	<b>15w</b>	<b>10w</b>	<b>46w</b>	<b>50w</b>	<b>6,1w</b>	<b>3,9w</b>	<b>3,3w</b>		
<b>Afrika südlich d. Sahara</b>	<b>48w</b>	<b>47w</b>	<b>23w</b>	<b>15w</b>	<b>45w</b>	<b>44w</b>	<b>6,6w</b>	<b>6,6w</b>	<b>6,0w</b>		
<b>Ostasien</b>	<b>39w</b>	<b>23w</b>	<b>11w</b>	<b>7w</b>	<b>45w</b>	<b>54w</b>	<b>6,2w</b>	<b>2,7w</b>	<b>2,3w</b>		
<b>Südasien</b>	<b>45w</b>	<b>33w</b>	<b>20w</b>	<b>11w</b>	<b>47w</b>	<b>48w</b>	<b>6,3w</b>	<b>4,4w</b>	<b>3,4w</b>		
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>33w</b>	<b>30w</b>	<b>14w</b>	<b>10w</b>	<b>46w</b>	<b>47w</b>	<b>4,8w</b>	<b>4,1w</b>	<b>3,7w</b>		
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>40w</b>	<b>28w</b>	<b>12w</b>	<b>7w</b>	<b>45w</b>	<b>50w</b>	<b>5,8w</b>	<b>3,5w</b>	<b>2,6w</b>		
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>37w</b>	<b>28w</b>	<b>12w</b>	<b>8w</b>	<b>45w</b>	<b>49w</b>	<b>5,6w</b>	<b>3,6w</b>	<b>2,8w</b>		
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>20w</b>	<b>14w</b>	<b>10w</b>	<b>9w</b>	<b>47w</b>	<b>50w</b>	<b>2,8w</b>	<b>1,8w</b>	<b>1,9w</b>		
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>19w</b>	<b>13w</b>	<b>10w</b>	<b>9w</b>	<b>47w</b>	<b>50w</b>	<b>2,7w</b>	<b>1,7w</b>	<b>1,8w</b>		
<b>+Übrige</b>	<b>34w</b>	<b>24w</b>	<b>8w</b>	<b>6w</b>	<b>45w</b>	<b>51w</b>	<b>5,0w</b>	<b>3,5w</b>	<b>3,2w</b>		
100 +Saudi-Arabien	48	42	20	8	45	42	7,3	7,1	5,9	2040	..
101 Irland	22	16	12	9	42	49	4,0	2,2	2,1	1990	..
102 Spanien	21	12	8	8	49	49	2,9	1,4	1,6	2030	59
103 +Israel	26	22	6	7	46	49	3,8	2,9	2,3	2005	..
104 +Hongkong	27	14	6	5	45	56	4,5	1,6	1,6	2030	72
105 +Singapur	31	18	6	5	45	59	4,7	1,9	1,9	2030	..
106 Neuseeland	23	16	9	8	45	52	3,6	2,0	2,0	2030	..
107 Australien	20	15	9	7	47	53	3,0	1,9	1,9	2030	..
108 Großbritannien	18	14	12	11	45	48	2,9	1,8	1,9	2030	..
109 Italien	19	10	10	10	48	49	2,7	1,3	1,4	2030	..
110 Niederlande	20	12	8	9	47	53	3,0	1,5	1,6	2030	76
111 +Kuwait	48	27	7	3	45	52	7,4	3,7	2,7	2010	..
112 Belgien	17	12	12	11	44	48	2,6	1,6	1,6	2030	..
113 Österreich	18	11	13	11	43	48	2,7	1,5	1,5	2030	..
114 Frankreich	18	14	11	10	43	48	2,8	1,8	1,8	2030	..
115 +Vereinigte Arab. Emirate	41	23	14	4	47	47	6,8	4,6	3,7	2020	..
116 Kanada	21	14	8	7	47	53	3,1	1,7	1,7	2030	..
117 Deutschland	18	10	12	11	45	48	2,5	1,4	1,4	2030	78
118 Dänemark	18	11	10	12	47	50	2,6	1,5	1,6	2030	..
119 Vereinigte Staaten	19	15	9	9	46	52	2,9	1,9	1,9	2030	..
120 Schweden	16	13	10	12	47	47	2,4	2,0	2,0	2030	..
121 Finnland	17	12	10	10	48	49	2,4	1,7	1,7	2030	..
122 Norwegen	18	13	10	10	45	48	2,9	1,8	1,8	2030	..
123 Japan	19	11	7	7	56	50	2,0	1,7	1,7	2030	..
124 Schweiz	19	12	10	10	48	50	2,6	1,6	1,7	2030	..
<b>Übrige Länder</b>	<b>20w</b>	<b>18w</b>	<b>8w</b>	<b>10w</b>	<b>47w</b>	<b>47w</b>	<b>2,7w</b>	<b>2,4w</b>	<b>2,1w</b>		
<b>Gesamte Welt</b>	<b>35w</b>	<b>27w</b>	<b>14w</b>	<b>9w</b>	<b>46w</b>	<b>50w</b>	<b>5,2w</b>	<b>3,5w</b>	<b>3,0w</b>		
<b>Olexporteur (ohne UdSSR)</b>	<b>49w</b>	<b>43w</b>	<b>20w</b>	<b>11w</b>	<b>44w</b>	<b>45w</b>	<b>6,9w</b>	<b>6,1w</b>	<b>5,2w</b>		

<sup>a</sup> Zu den Annahmen, die die Projektionen zugrundeliegen, vgl. die Technischen Erläuterungen zu Tabelle 26. <sup>b</sup> Angaben einschließlich Frauen, deren Ehemänner Empfängnisverhütung praktizieren; vgl. Technische Erläuterungen.

# Tabelle 28 Gesundheit und Ernährung

	Einwohner je				Von medizi- nischem Per- sonal betreute Geburten (in %) 1985	Säuglinge mit Untergewicht bei der Geburt (in %) 1985	Säuglingssterbeziffer (je 1.000 Lebendgeburten)		Tägliches Kalorienangebot (pro Kopf)	
	Arzt		Beschäftigten in der Krankenpflege				1965	1989	1965	1988
	1965	1984	1965	1984						
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>9.750w</b>	<b>5.890w</b>	<b>6.050w</b>	<b>2.180w</b>			<b>124w</b>	<b>70w</b>	<b>1.988w</b>	<b>2.331w</b>
China und Indien	2.930w	1.650w	4.420w	1.650w			114w	58w	2.001w	2.407w
Übrige Länder	28.130w	14.890w	10.300w	3.670w			146w	94w	1.960w	2.182w
1 Mosambik	18.000	..	5.370	..	28	15	179	137	1.704	1.632
2 Äthiopien	70.190	78.770	5.970	5.390	58	..	165	133	1.802	1.658
3 Tansania	21.700	24.980	2.100	5.490	74	14	138	112	1.800	2.151
4 Somalia	36.840	16.080	3.950	1.530	2	..	165	128	1.410	1.736
5 Bangladesch	8.100	6.730	..	8.980	..	31	144	106	1.984	1.925
6 Laos, Dem. VR	24.320	1.360	4.880	530	..	39	148	105	2.133	2.637
7 Malawi	47.320	11.340	40.980	..	59	10	200	147	2.196	2.009
8 Nepal	46.180	30.220	87.650	4.680	10	..	171	124	1.887	2.078
9 Tschad	72.480	38.360	13.610	3.390	..	11	183	127	2.374	1.852
10 Burundi	55.910	21.030	7.320	4.380	12	14	142	70	2.383	2.253
11 Sierra Leone	16.840	13.620	4.470	1.090	25	14	208	149	1.976	1.806
12 Madagaskar	10.620	9.780	3.650	..	62	10	201	117	2.375	2.101
13 Nigeria	29.530	6.440	6.160	900	..	25	166	100	2.166	2.039
14 Uganda	11.110	..	3.130	..	..	10	121	99	2.343	2.013
15 Zaire	34.740	12.940	..	1.800	..	..	141	94	2.135	2.034
16 Mali	51.510	25.390	3.360	1.350	27	17	207	167	1.843	2.181
17 Niger	65.540	39.670	6.210	460	47	20	180	130	1.930	2.340
18 Burkina Faso	73.960	265.250	4.150	1.680	..	18	190	135	1.841	2.061
19 Ruanda	72.480	35.090	7.450	3.690	..	17	141	118	1.660	1.786
20 Indien	4.880	2.520	6.500	1.700	39	30	150	95	2.103	2.104
21 China	1.600	1.010	3.000	1.610	..	6	90	30	1.931	2.632
22 Haiti	14.350	7.130	13.210	2.280	20	17	158	94	2.045	1.911
23 Kenia	13.280	10.050	1.930	..	..	13	112	68	2.169	1.973
24 Pakistan	..	2.910	9.910	4.900	24	25	149	106	1.797	2.200
25 Benin	32.390	15.940	2.540	1.750	34	10	166	112	1.976	2.145
26 Zentralafrikanische Rep.	34.020	..	3.000	..	..	15	157	100	2.016	1.980
27 Ghana	13.740	20.460	3.730	1.670	73	17	120	86	1.912	2.209
28 Togo	23.240	8.700	4.990	1.240	..	20	156	90	2.345	2.133
29 Sambia	11.380	7.150	5.820	740	..	14	121	76	2.042	2.026
30 Guinea	47.050	..	4.110	..	..	18	191	140	2.006	2.042
31 Sri Lanka	5.820	5.520	3.220	1.290	87	28	63	20	2.164	2.319
32 Lesotho	20.060	18.610	4.700	..	28	10	142	96	2.024	2.307
33 Indonesien	31.700	9.460	9.490	1.260	43	14	128	64	1.796	2.670
34 Mauretanien	36.530	11.900	..	1.180	23	10	178	123	1.796	2.528
35 Afghanistan	15.770	..	24.430	..	..	..	206	..	2.304	..
36 Bhutan	..	9.730	..	..	3	..	171	125	..	..
37 Kamputschea, Dem.	22.410	..	3.670	..	..	..	134	..	2.271	..
38 Liberia	12.560	9.350	2.330	1.380	89	..	176	137	2.110	2.270
39 Myanmar	11.860	3.740	11.370	900	97	16	122	66	1.917	2.572
40 Sudan	23.500	10.190	3.360	1.260	20	15	160	104	1.853	1.996
41 Vietnam	..	950	..	590	..	18	..	43	..	2.233
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>3.800w</b>	<b>2.180w</b>	<b>2.110w</b>	<b>980w</b>			<b>97w</b>	<b>51w</b>	<b>2.482w</b>	<b>2.834w</b>
Untere Einkommenskategorie	5.010w	2.910w	2.150w	1.020w			104w	51w	2.407w	2.738w
42 Angola	13.150	17.790	3.820	1.020	15	17	192	132	1.843	1.725
43 Bolivien	3.300	1.540	3.990	2.480	36	15	160	106	1.854	2.086
44 Ägypten, Arab. Rep.	2.300	770	2.030	..	24	7	145	68	2.336	3.213
45 Senegal	19.490	..	2.440	2.030	..	10	160	82	2.452	1.989
46 Jemen, Rep.	31.580	..	..	1.970	..	..	197	125	1.994	2.322
47 Simbabwe	8.010	6.700	990	1.000	69	15	103	46	2.044	2.232
48 Philippinen	..	6.570	1.140	2.680	..	18	72	42	1.896	2.255
49 Côte d'Ivoire	20.640	..	2.000	..	20	14	149	92	2.334	2.365
50 Dominikanische Rep.	1.700	1.760	1.640	1.210	57	16	110	61	1.834	2.357
51 Marokko	12.120	4.760	2.290	1.050	..	9	145	69	2.066	2.820
52 Papua-Neuguinea	12.640	6.070	620	880	34	25	143	59	1.903	2.236
53 Honduras	5.370	1.510	1.530	670	50	20	128	66	1.972	2.164
54 Guatemala	3.690	2.180	8.250	850	19	10	112	55	2.046	2.352
55 Kongo, VR	14.210	..	950	..	..	12	129	115	2.236	2.512
56 Syrien, Arab. Rep.	5.400	1.260	..	890	37	9	114	44	2.195	3.168
57 Kamerun	26.720	..	5.830	..	..	13	143	90	1.990	2.161
58 Peru	1.650	1.040	900	..	55	9	130	79	2.325	2.269
59 Ecuador	3.000	820	2.320	610	27	10	112	61	2.123	2.338
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	145	101	1.882	1.889
61 Paraguay	1.850	1.460	1.550	1.000	22	6	73	32	2.586	2.816
62 El Salvador	..	2.830	1.300	930	35	15	120	55	1.859	2.415
63 Kolumbien	2.500	1.240	890	660	51	15	86	38	2.175	2.561
64 Thailand	7.160	6.290	4.970	710	33	12	88	28	2.134	2.287
65 Jamaika	1.990	2.050	340	490	89	8	49	16	2.232	2.572
66 Tunesien	8.000	2.150	..	370	60	7	145	46	2.150	2.964

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

		Einwohner je				Von medizi- nischem Per- sonal betreute Geburten (in %) 1985	Säuglinge mit Untergewicht bei der Geburt (in %) 1985	Säuglingssterbeziffer (je 1.000 Lebendgeburten)		Tägliches Kalorienangebot (pro Kopf)	
		Arzt		Beschäftigten in der Krankenpflege				1965	1989	1965	1988
		1965	1984	1965	1984						
67	Türkei	2.900	1.390	..	1.030	78	7	172	61	2.670	3.080
68	Botsuana	27.450	6.900	17.710	700	52	8	112	39	1.982	2.269
69	Jordanien	4.690	1.120	1.800	1.270	75	7	114	53	2.277	2.907
70	Panama	2.130	1.000	1.600	390	83	8	56	22	2.254	2.468
71	Chile	2.120	1.230	600	370	97	7	101	19	2.588	2.584
72	Costa Rica	2.010	960	630	450	93	9	72	17	2.367	2.782
73	Polen	800	490	410	190	..	8	42	16	3.292	3.451
74	Mauritius	3.930	1.900	2.030	..	90	9	65	21	2.212	2.679
75	Mexiko	2.080	1.242	980	880	..	15	82	40	2.570	3.135
76	Argentinien	600	370	610	980	..	6	58	30	3.207	3.118
77	Malaysia	6.200	1.930	1.320	1.010	82	9	55	22	2.307	2.686
78	Algerien	8.590	2.340	11.770	300	..	9	154	69	1.683	2.726
79	Bulgarien	600	280	410	160	100	..	31	13	3.440	3.614
80	Libanon	1.010	..	2.030	..	..	..	56	..	2.494	..
81	Mongolei	730	..	320	..	99	10	113	64	2.333	2.458
82	Nicaragua	2.560	1.500	1.390	530	..	15	121	57	2.398	2.361
Obere Einkommenskategorie		2.190w	1.160w	2.070w	930w			87w	50w	2.593w	2.990w
83	Venezuela	1.210	700	560	..	82	9	65	35	2.319	2.547
84	Südafrika	2.050	..	490	..	..	12	124	68	2.615	3.035
85	Brasilien	2.500	1.080	3.100	1.210	73	8	104	59	2.415	2.709
86	Ungarn	630	310	240	170	99	10	39	17	3.170	3.601
87	Uruguay	880	510	590	..	..	8	47	22	2.812	2.770
88	Jugoslawien	1.200	550	850	260	..	7	72	24	3.244	3.505
89	Gabun	..	2.790	760	270	92	16	153	98	1.805	2.396
90	Iran, Islam. Rep.	3.890	2.840	4.270	1.110	..	9	152	90	2.219	3.100
91	Trinidad u. Tobago	3.810	950	560	260	90	..	42	15	2.497	2.960
92	Tschechoslowakei	540	280	200	140	100	6	26	12	3.396	3.564
93	Portugal	1.240	410	1.160	..	..	8	65	13	2.567	3.382
94	Korea, Rep.	2.680	1.160	2.970	580	65	9	62	23	2.254	2.878
95	Oman	23.790	1.700	6.420	390	60	14	191	36	..	..
96	Libyen	3.860	690	850	..	76	5	138	77	1.803	3.384
97	Griechenland	710	350	600	450	..	6	34	11	3.045	3.699
98	Irak	5.000	1.740	2.910	1.660	50	9	119	67	2.150	2.962
99	Rumänien	760	570	400	..	99	6	44	27	2.988	3.357
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.		8.150w	4.990w	5.010w	1.880w			117w	65w	2.122w	2.468w
Afrika südlich d. Sahara		33.200w	26.640w	5.410w	2.170w			157w	107w	2.034w	2.011w
Ostasien		5.600w	2.400w	4.130w	1.530w			95w	35w	1.943w	2.596w
Südostasien		6.220w	3.510w	8.380w	2.720w			147w	95w	2.058w	2.116w
Europa, Naher Osten u. Nordafrika		4.100w	1.640w	3.130w	1.200w			106w	58w	2.668w	3.131w
Lateinamerika u. Karibik		2.380w	1.230w	2.100w	1.020w			94w	50w	2.451w	2.724w
Länder mit gravierenden Schuldenproblemen		2.940w	1.830w	1.660w	1.180w			93w	51w	2.513w	2.805w
Länder mit hohem Einkommen		940w	470w	470w	140w			25w	9w	3.082w	3.398w
OECD-Mitglieder		870w	450w	420w	130w			24w	8w	3.100w	3.417w
+Übrige		4.430w	810w	2.440w	280w			65w	27w	2.323w	2.945w
100	+Saudi-Arabien	9.400	740	6.060	340	78	6	148	67	1.842	2.832
101	Irland	950	680	170	140	..	4	25	8	3.569	3.699
102	Spanien	800	320	1.220	260	96	..	38	8	2.768	3.543
103	Israel	400	350	300	110	99	7	27	10	2.791	3.138
104	+Hongkong	2.520	1.070	1.250	240	..	4	27	7	2.537	2.899
105	+Singapur	1.900	1.310	600	..	100	7	26	8	2.286	2.892
106	Neuseeland	820	580	570	80	99	5	20	10	3.266	3.459
107	Australien	720	440	150	110	99	6	19	8	3.015	3.322
108	Großbritannien	870	..	200	..	98	7	20	9	3.350	3.252
109	Italien	1.850	230	790	..	..	7	36	9	3.104	3.566
110	Niederlande	860	450	270	..	..	4	14	7	3.090	3.354
111	+Kuwait	790	640	270	200	99	7	64	15	2.796	3.132
112	Belgien	700	330	590	..	100	5	24	9	..	..
113	Österreich	720	390	350	180	..	6	28	8	3.239	3.478
114	Frankreich	830	320	380	..	..	5	22	7	3.218	3.310
115	+Vereinigte Arab. Emirat:	..	1.020	..	390	96	..	103	24	2.709	3.552
116	Kanada	770	510	190	..	99	6	24	7	3.128	3.447
117	Deutschland	640	380	500	230	..	5	24	8	3.103	3.514
118	Dänemark	740	400	190	60	..	6	19	8	3.393	3.577
119	Vereinigte Staaten	670	470	310	70	100	7	25	10	3.236	3.666
120	Schweden	910	390	310	..	100	4	13	6	2.880	3.007
121	Finnland	1.300	440	180	60	..	4	17	6	3.125	3.170
122	Norwegen	790	450	340	60	100	4	17	8	3.036	3.253
123	Japan	970	660	410	180	100	5	18	4	2.679	2.848
124	Schweiz	710	700	270	..	..	5	18	7	3.504	3.547
Übrige Länder		510w	530w	300w	290w			30w	24w	3.129w	3.358w
Gesamte Welt		6.060w	4.200w	3.720w	1.630w			92w	54w	2.390w	2.669w
Ölexporture (ohne UdSSR)		16.870w	4.490w	5.450w	900w			149w	86w	2.114w	2.491w

# Tabelle 29 Erziehungswesen

	Prozentsatz der jeweiligen Altersgruppe										An höheren Schulen und Universitäten (insgesamt)		Netto- Einschulung an Grundschulen (in %)		Schüler/Lehrer- Relation an Grundschulen	
	An Grundschulen				An weiterführenden Schulen											
	Insgesamt		Weiblich		Insgesamt		Weiblich									
	1965	1988	1965	1988	1965	1988	1965	1988	1965	1988	1975	1988	1965	1988		
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>73w</b>	<b>105w</b>	<b>..</b>	<b>95w</b>	<b>20w</b>	<b>37w</b>	<b>..</b>	<b>29w</b>	<b>2w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	
China und Indien	83w	119w	..	108w	25w	43w	..	34w	2w	..	..	..	..	..	..	
Übrige Länder	49w	75w	37w	68w	9w	25w	5w	20w	1w	3w	..	67w	42w	40w		
1 Mosambik	37	68	26	59	3	5	2	4	0	0	..	45	..	61		
2 Äthiopien	11	36	6	28	2	15	1	12	0	1	..	26	41	43		
3 Tansania	32	66	25	66	2	4	1	3	0	0	..	50	52	33		
4 Somalia	10	..	4	13	2	..	1	..	0	3	16	..	26	..		
5 Bangladesch	49	59	31	49	13	18	3	11	1	5	..	62	45	58		
6 Laos, Dem. VR	40	110	30	98	2	27	1	22	0	2	..	70	37	27		
7 Malawi	44	72	32	65	2	4	1	3	0	1	..	55	..	63		
8 Nepal	20	86	4	57	5	30	2	17	1	5	..	64	..	..		
9 Tschad	34	51	13	29	1	6	0	2	..	1	..	38	83	..		
10 Burundi	26	70	15	50	1	4	1	3	0	1	..	46	40	62		
11 Sierra Leone	29	53	21	40	5	18	3	..	0	1	..	..	32	..		
12 Madagaskar	65	97	59	95	8	19	5	19	1	4	..	66	71	40		
13 Nigeria	32	62	24	48	5	16	3	7	0	..	..	..	33	39		
14 Uganda	67	77	50	50	4	8	2	8	0	1	..	53	..	30		
15 Zaire	70	76	45	65	5	22	2	14	0	..	..	..	37	37		
16 Mali	24	23	16	17	4	6	2	4	0	1	..	18	46	38		
17 Niger	11	30	7	21	1	7	0	4	..	1	..	..	42	41		
18 Burkina Faso	12	32	8	24	1	6	1	4	0	1	..	27	47	65		
19 Ruanda	53	64	43	66	2	6	1	5	0	0	..	64	67	57		
20 Indien	74	99	57	83	27	41	13	29	5	..	..	..	42	..		
21 China	89	134	..	126	24	44	..	37	0	2	..	100	..	23		
22 Haiti	50	83	44	80	5	19	3	17	0	..	..	44	..	..		
23 Kenia	54	93	40	91	4	23	2	19	0	2	88	..	34	33		
24 Pakistan	40	40	20	28	12	19	5	11	2	5	..	..	42	41		
25 Benin	34	63	21	43	3	16	2	9	0	3	..	50	41	35		
26 Zentralafrikanische Rep.	56	67	28	51	2	11	1	6	..	1	..	49	54	70		
27 Ghana	69	73	57	66	13	39	7	30	1	2	..	..	32	24		
28 Togo	55	101	32	78	5	24	2	12	0	3	..	73	50	52		
29 Sambia	53	97	46	92	7	..	3	..	..	2	..	..	51	47		
30 Guinea	31	30	19	19	5	9	2	4	0	1	..	23	..	40		
31 Sri Lanka	93	107	86	105	35	71	35	74	2	4	..	100	..	14		
32 Lesotho	94	112	114	123	4	25	4	30	0	4	..	..	57	56		
33 Indonesien	72	119	65	117	12	48	7	43	1	..	72	100	..	28		
34 Mauretanien	13	52	6	43	1	16	0	10	..	3	..	..	20	20		
35 Afghanistan	16	..	5	..	2	..	1	..	0	..	..	..	53	..		
36 Bhutan	7	26	1	20	0	5	..	2	..	..	..	..	..	37		
37 Kamputschea, Dem.	77	..	56	..	9	..	4	..	1	..	..	..	48	..		
38 Liberia	41	35	23	..	5	..	3	..	1	3	..	..	..	..		
39 Myanmar	71	103	65	100	15	..	11	23	1	..	..	..	..	..		
40 Sudan	29	49	21	..	4	20	2	..	1	2	..	..	48	..		
41 Vietnam	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..		
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>92w</b>	<b>104w</b>	<b>86w</b>	<b>102w</b>	<b>26w</b>	<b>55w</b>	<b>23w</b>	<b>56w</b>	<b>7w</b>	<b>17w</b>	<b>..</b>	<b>89w</b>	<b>36w</b>	<b>28w</b>		
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>89w</b>	<b>103w</b>	<b>81w</b>	<b>101w</b>	<b>25w</b>	<b>54w</b>	<b>22w</b>	<b>54w</b>	<b>7w</b>	<b>17w</b>	<b>..</b>	<b>89w</b>	<b>38w</b>	<b>29w</b>		
42 Angola	39	..	26	..	5	..	4	..	0	..	..	..	..	..		
43 Bolivien	73	91	60	85	18	37	15	35	5	18	73	83	28	27		
44 Ägypten, Arab. Rep.	75	90	60	79	26	69	15	58	7	20	..	..	39	30		
45 Senegal	40	59	29	49	7	16	3	10	1	3	..	50	43	54		
46 Jemen, Rep.	13	..	3	..	3	..	1	..	..	..	..	..	42	..		
47 Simbabwe	110	128	92	126	6	51	5	42	0	4	..	100	..	39		
48 Philippinen	113	110	111	111	41	71	40	71	19	28	95	98	31	33		
49 Côte d'Ivoire	60	..	41	..	6	19	2	12	0	..	..	..	47	..		
50 Dominikanische Rep.	87	101	87	103	12	74	12	..	2	..	..	73	53	33		
51 Marokko	57	67	35	53	11	36	5	30	1	10	47	55	39	26		
52 Papua-Neuguinea	44	71	35	65	4	13	2	9	..	2	..	..	19	32		
53 Honduras	80	106	79	108	10	32	9	..	1	9	..	91	..	39		
54 Guatemala	50	77	45	70	8	21	7	..	2	9	53	..	33	35		
55 Kongo, VR	114	..	94	..	10	..	5	..	1	8	..	..	60	66		
56 Syrien, Arab. Rep.	78	110	52	104	28	57	13	47	8	18	87	99	36	26		
57 Kamerun	94	111	75	102	5	27	2	21	0	3	69	80	47	51		
58 Peru	99	..	90	..	25	..	21	..	8	26	..	..	36	..		
59 Ecuador	91	117	88	116	17	56	16	57	3	26	78	..	37	31		
60 Namibia	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..		
61 Paraguay	102	104	96	102	13	29	13	29	4	9	83	90	30	25		
62 El Salvador	82	80	79	81	17	29	17	31	2	17	..	72	34	45		
63 Kolumbien	84	114	86	115	17	56	16	56	3	14	..	73	36	29		
64 Thailand	78	87	74	..	14	28	11	..	2	16	..	..	35	19		
65 Jamaika	109	103	106	105	51	63	50	68	3	4	90	97	..	34		
66 Tunesien	91	116	65	105	16	44	9	38	2	7	..	85	56	30		

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Prozentsatz der jeweiligen Altersgruppe													
	An Grundschulen				An weiterführenden Schulen				An höheren Schulen und Universitäten (insgesamt)		Netto-Einschulung an Grundschulen (in %)		Schüler/Lehrer-Relation an Grundschulen	
	Insgesamt		Weiblich		Insgesamt		Weiblich							
	1965	1988	1965	1988	1965	1988	1965	1988	1965	1988	1975	1988	1965	1988
67 Türkei	101	117	83	113	16	46	9	34	4	11	..	84	46	31
68 Botsuana	65	116	71	119	3	33	3	33	..	3	58	97	40	32
69 Jordanien	95	..	83	..	38	..	23	..	2	..	..	..	38	18
70 Panama	102	106	99	104	34	59	36	63	7	28	87	90	30	22
71 Chile	124	102	122	101	34	74	36	76	6	18	94	90	52	..
72 Costa Rica	106	100	105	99	24	41	25	42	6	24	92	85	27	32
73 Polen	104	100	102	99	69	81	69	83	18	20	96	99	28	16
74 Mauritius	101	105	97	105	26	53	18	53	3	2	82	95	34	23
75 Mexiko	92	117	90	115	17	53	13	53	4	15	..	99	47	31
76 Argentinien	101	111	102	114	28	74	31	78	14	41	96	..	20	..
77 Malaysia	90	102	84	102	28	57	22	57	2	7	..	..	..	21
78 Algerien	68	96	53	87	7	62	5	53	1	9	77	89	43	28
79 Bulgarien	103	104	102	103	54	75	55	76	17	25	96	91	23	17
80 Libanon	106	..	93	..	26	..	20	..	14	..	..	..	..	..
81 Mongolei	98	102	97	103	66	92	66	96	8	22	..	95	32	31
82 Nicaragua	69	99	69	104	14	43	13	58	2	8	65	76	34	32
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>98w</b>	<b>104w</b>	<b>94w</b>	<b>103w</b>	<b>27w</b>	<b>58w</b>	<b>24w</b>	<b>58w</b>	<b>6w</b>	<b>16w</b>	<b>80w</b>	<b>90w</b>	<b>32w</b>	<b>26w</b>
83 Venezuela	94	106	94	107	27	54	28	59	7	27	81	89	34	26
84 Südafrika	90	..	88	..	15	..	14	..	4	..	..	..	..	..
85 Brasilien	108	104	108	..	16	38	16	45	2	11	71	84	28	24
86 Ungarn	101	96	100	97	..	71	..	72	13	15	..	93	23	14
87 Uruguay	106	109	106	108	44	77	46	..	8	48	..	77	..	23
88 Jugoslawien	106	94	103	94	65	80	59	79	13	18	..	..	31	..
89 Gabun	134	..	122	..	11	..	5	..	..	5	..	..	39	46
90 Iran, Islam. Rep.	63	116	40	109	18	53	11	44	2	7	..	96	32	29
91 Trinidad u. Tobago	93	100	90	100	36	82	34	85	2	5	87	88	34	24
92 Tschechoslowakei	99	94	97	94	29	85	35	88	14	18	..	..	23	21
93 Portugal	84	126	83	127	42	59	34	63	5	18	91	100	32	..
94 Korea, Rep.	101	104	99	104	35	87	25	84	6	37	99	100	62	36
95 Oman	..	100	..	95	..	42	..	34	..	4	32	82	..	27
96 Libyen	78	..	44	..	14	..	4	..	1	..	..	..	31	..
97 Griechenland	110	102	109	102	49	95	41	93	10	28	97	97	36	23
98 Irak	74	96	45	87	28	47	14	37	4	14	79	84	22	23
99 Rumänien	101	97	100	..	39	79	32	80	10	10	..	..	23	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>78w</b>	<b>105w</b>	<b>63w</b>	<b>97w</b>	<b>22w</b>	<b>42w</b>	<b>14w</b>	<b>36w</b>	<b>3w</b>	<b>8w</b>	<b>..</b>	<b>89w</b>	<b>39w</b>	<b>29w</b>
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	<b>41w</b>	<b>67w</b>	<b>31w</b>	<b>60w</b>	<b>4w</b>	<b>18w</b>	<b>2w</b>	<b>14w</b>	<b>0w</b>	<b>2w</b>	<b>..</b>	<b>47w</b>	<b>42w</b>	<b>42w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>88w</b>	<b>128w</b>	<b>..</b>	<b>123w</b>	<b>23w</b>	<b>46w</b>	<b>..</b>	<b>41w</b>	<b>1w</b>	<b>5w</b>	<b>..</b>	<b>100w</b>	<b>..</b>	<b>24w</b>
<b>Südastien</b>	<b>68w</b>	<b>90w</b>	<b>52w</b>	<b>76w</b>	<b>24w</b>	<b>37w</b>	<b>12w</b>	<b>26w</b>	<b>4w</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>..</b>	<b>42w</b>	<b>..</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>85w</b>	<b>98w</b>	<b>73w</b>	<b>92w</b>	<b>32w</b>	<b>60w</b>	<b>27w</b>	<b>55w</b>	<b>8w</b>	<b>14w</b>	<b>..</b>	<b>84w</b>	<b>35w</b>	<b>27w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>98w</b>	<b>107w</b>	<b>96w</b>	<b>108w</b>	<b>19w</b>	<b>48w</b>	<b>19w</b>	<b>52w</b>	<b>4w</b>	<b>17w</b>	<b>..</b>	<b>86w</b>	<b>34w</b>	<b>28w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>97w</b>	<b>103w</b>	<b>93w</b>	<b>100w</b>	<b>27w</b>	<b>54w</b>	<b>25w</b>	<b>55w</b>	<b>8w</b>	<b>19w</b>	<b>81w</b>	<b>89w</b>	<b>34w</b>	<b>27w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>104w</b>	<b>103w</b>	<b>105w</b>	<b>102w</b>	<b>61w</b>	<b>93w</b>	<b>59w</b>	<b>94w</b>	<b>21w</b>	<b>40w</b>	<b>88w</b>	<b>96w</b>	<b>25w</b>	<b>19w</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>104w</b>	<b>103w</b>	<b>106w</b>	<b>103w</b>	<b>63w</b>	<b>95w</b>	<b>61w</b>	<b>96w</b>	<b>21w</b>	<b>41w</b>	<b>88w</b>	<b>96w</b>	<b>25w</b>	<b>19w</b>
<b>Übrige</b>	<b>88w</b>	<b>89w</b>	<b>75w</b>	<b>86w</b>	<b>37w</b>	<b>62w</b>	<b>32w</b>	<b>59w</b>	<b>7w</b>	<b>17w</b>	<b>72w</b>	<b>65w</b>	<b>28w</b>	<b>20w</b>
100 +Saudi-Arabien	24	71	11	65	4	44	1	35	1	13	42	56	22	16
101 Irland	108	101	108	101	51	98	50	102	12	25	91	89	..	27
102 Spanien	115	111	114	110	38	105	29	111	6	32	100	100	34	25
103 Israel	95	95	95	97	48	83	51	87	20	34	..	..	..	19
104 +Hongkong	103	106	99	105	29	74	25	76	5	..	92	..	29	27
105 +Singapur	105	111	100	110	45	69	41	70	10	..	100	..	29	26
106 Neuseeland	106	106	104	105	75	87	74	88	15	36	100	100	22	19
107 Australien	99	106	99	106	62	99	61	101	16	29	98	98	28	17
108 Großbritannien	92	107	92	107	66	83	66	84	12	23	97	100	..	20
109 Italien	112	95	110	95	47	76	41	76	11	26	97	..	22	13
110 Niederlande	104	117	104	117	61	104	57	102	17	32	92	100	31	17
111 +Kuwait	116	93	103	92	52	81	43	79	..	17	68	79	23	18
112 Belgien	109	100	108	100	75	99	72	100	15	33	..	83	21	15
113 Österreich	106	102	105	101	52	80	52	82	9	31	89	91	20	11
114 Frankreich	134	114	133	113	56	94	59	98	18	35	98	100	30	21
115 +Vereinigte Arab. Emirate	..	104	..	104	..	62	..	68	0	9	..	93	..	18
116 Kanada	105	105	104	104	56	105	55	106	26	62	..	97	26	17
117 Deutschland	..	105	..	105	..	94	..	92	11	32	..	90	24	17
118 Dänemark	98	97	99	99	83	107	67	108	14	31	..	..	11	11
119 Vereinigte Staaten	100	100	..	100	..	98	..	99	40	60	72	95	25	21
120 Schweden	95	101	96	101	62	90	60	92	13	31	100	100	20	16
121 Finnland	92	100	89	100	76	108	80	116	11	40	..	..	23	..
122 Norwegen	97	97	98	97	64	94	62	96	11	35	100	96	21	16
123 Japan	100	102	100	101	82	95	81	96	13	30	99	100	29	22
124 Schweiz	87	..	87	..	37	..	35	..	8	25	..	..	..	..
<b>Übrige Länder</b>	<b>103w</b>	<b>105w</b>	<b>103w</b>	<b>100w</b>	<b>70w</b>	<b>98w</b>	<b>77w</b>	<b>90w</b>	<b>29w</b>	<b>23w</b>	<b>..</b>	<b>96w</b>	<b>12w</b>	<b>10w</b>
<b>Gesamte Welt</b>	<b>85w</b>	<b>104w</b>	<b>74w</b>	<b>98w</b>	<b>31w</b>	<b>54w</b>	<b>29w</b>	<b>46w</b>	<b>9w</b>	<b>16w</b>	<b>84w</b>	<b>91w</b>	<b>33w</b>	<b>26w</b>
<b>Ölexporteur (ohne UdSSR)</b>	<b>50w</b>	<b>87w</b>	<b>37w</b>	<b>81w</b>	<b>11w</b>	<b>40w</b>	<b>7w</b>	<b>34w</b>	<b>1w</b>	<b>12w</b>	<b>73w</b>	<b>88w</b>	<b>33w</b>	<b>27w</b>

# Tabelle 30 Einkommensverteilung und IVP-Schätzungen des BIP

	IVP-Schätzungen des BIP pro Kopf <sup>a</sup>				Prozentuale Anteile am Haushaltseinkommen nach prozentualen Haushaltsgruppen <sup>b</sup>						
	Vereinigte Staaten = 100		Jeweilige internationale Dollar 1989		Jahr	Unterste 20%-Gruppe	Zweite 20%-Gruppe	Dritte 20%-Gruppe	Vierte 20%-Gruppe	Höchste 20%-Gruppe	Höchste 10%-Gruppe
	1985	1989									
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>											
<b>China und Indien</b>											
<b>Übrige Länder</b>											
1 Mosambik	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
2 Äthiopien	1,6	1,6	330		..	..	..	..	..	..	..
3 Tansania	2,6	2,3	490		..	..	..	..	..	..	..
4 Somalia	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
5 Bangladesch	5,0	4,7	960	1985-86 <sup>c</sup>	10,0	13,7	17,2	21,9	37,2	23,2	..
6 Laos, Dem. VR	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
7 Malawi	3,6	3,2	660		..	..	..	..	..	..	..
8 Nepal	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
9 Tschad	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
10 Burundi	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
11 Sierra Leone	3,0	2,6	540		..	..	..	..	..	..	..
12 Madagaskar	3,9	3,4	700		..	..	..	..	..	..	..
13 Nigeria	7,2	6,2	1.290		..	..	..	..	..	..	..
14 Uganda	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
15 Zaire	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
16 Mali	2,4	2,5	520		..	..	..	..	..	..	..
17 Niger	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
18 Burkina Faso	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
19 Ruanda	3,8	3,0	620		..	..	..	..	..	..	..
20 Indien	4,5	4,7	980	1983 <sup>c</sup>	8,1	12,3	16,3	22,0	41,4	26,7	..
21 China	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
22 Haiti	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
23 Kenia	5,3	5,2	1.070		..	..	..	..	..	..	..
24 Pakistan	8,1	8,2	1.700	1984-85 <sup>d</sup>	7,8	11,2	15,0	20,6	45,6	31,3	..
25 Benin	6,5	5,0	1.040		..	..	..	..	..	..	..
26 Zentralafrikanische Rep.	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
27 Ghana	..	..	..	1987-88 <sup>c</sup>	6,5	10,9	15,7	22,3	44,6	29,1	..
28 Togo	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
29 Sambia	4,7	4,3	900		..	..	..	..	..	..	..
30 Guinea	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
31 Sri Lanka	11,2	10,5	2.160	1985-86 <sup>e</sup>	4,8	8,5	12,1	18,4	56,1	43,0	..
32 Lesotho	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
33 Indonesien	..	..	..	1987 <sup>c</sup>	8,8	12,4	16,0	21,5	41,3	26,5	..
34 Mauretanien	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
35 <i>Afghanistan</i>	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
36 <i>Bhutan</i>	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
37 <i>Kamputschea, Dem.</i>	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
38 <i>Liberia</i>	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
39 <i>Myanmar</i>	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
40 <i>Sudan</i>	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
41 <i>Vietnam</i>	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>											
<b>Untere Einkommenskategorie</b>											
42 Angola	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
43 Bolivien	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
44 Ägypten, Arab. Rep.	15,8	15,3	3.160		..	..	..	..	..	..	..
45 Senegal	7,0	6,5	1.340		..	..	..	..	..	..	..
46 Jemen, Rep.	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	9,9	8,8	1.830		..	..	..	..	..	..	..
48 Philippinen	10,8	11,0	2.280	1985 <sup>d</sup>	5,5	9,7	14,8	22,0	48,0	32,1	..
49 Côte d'Ivoire	10,2	8,2	1.700	1986-87 <sup>c</sup>	5,0	8,0	13,1	21,3	52,7	36,3	..
50 Dominikanische Rep.	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
51 Marokko	13,1	12,5	2.590	1984-85 <sup>d</sup>	9,8	13,0	16,4	21,4	39,4	25,4	..
52 Papua-Neuguinea	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
53 Honduras	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
54 Guatemala	..	..	..	1979-81	5,5	8,6	12,2	18,7	55,0	40,8	..
55 Kongo, VR	16,4	12,8	2.650		..	..	..	..	..	..	..
56 Syrien, Arab. Rep.	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
57 Kamerun	14,0	10,0	2.070		..	..	..	..	..	..	..
58 Peru	..	..	..	1985-86 <sup>c</sup>	4,4	8,5	13,7	21,5	51,9	35,8	..
59 Ecuador	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
60 Namibia	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
61 Paraguay	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
62 El Salvador	..	..	..		..	..	..	..	..	..	..
63 Kolumbien	..	..	..	1988 <sup>e</sup>	4,0	8,7	13,5	20,8	53,0	37,1	..
64 Thailand	16,0	20,2	4.190		..	..	..	..	..	..	..
65 Jamaika	..	..	..	1988 <sup>c</sup>	5,4	9,9	14,4	21,2	49,2	33,4	..
66 Tunesien	19,8	18,0	3.720		..	..	..	..	..	..	..

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	IVP-Schätzungen des BIP pro Kopf <sup>a</sup>			Prozentuale Anteile am Haushaltseinkommen nach prozentualen Haushaltsgruppen <sup>b</sup>						
	Vereinigte Staaten = 100		jeweilige internationale Dollar 1989							
	1985	1989		Jahr	Unterste 20%-Gruppe	Zweite 20%-Gruppe	Dritte 20%-Gruppe	Vierte 20%-Gruppe	Höchste 20%-Gruppe	Höchste 10%-Gruppe
67 Türkei	21,8	22,3	4.610		..	..	..	..	..	..
68 Botsuana	16,1	19,3	3.990	1985-86	2,5	6,5	11,8	20,2	59,0	42,8
69 Jordanien	..	..	..		..	..	..	..	..	..
70 Panama	..	..	..		..	..	..	..	..	..
71 Chile	..	..	..		..	..	..	..	..	..
72 Costa Rica	..	..	..	1986 <sup>c</sup>	3,3	8,3	13,2	20,7	54,5	38,8
73 Polen	24,5	24,0	4.980	1987 <sup>e</sup>	9,7	14,2	18,0	22,9	35,2	21,0
74 Mauritius	24,8	29,1	6.030		..	..	..	..	..	..
75 Mexiko	..	..	..		..	..	..	..	..	..
76 Argentinien	..	..	..		..	..	..	..	..	..
77 Malaysia	..	..	..	1987 <sup>e</sup>	4,6	9,3	13,9	21,2	51,2	34,8
78 Algerien	..	..	..		..	..	..	..	..	..
79 Bulgarien	..	..	..		..	..	..	..	..	..
80 Libanon	..	..	..		..	..	..	..	..	..
81 Mongolei	..	..	..		..	..	..	..	..	..
82 Nicaragua	..	..	..		..	..	..	..	..	..
<b>Obere Einkommenskategorie</b>										
83 Venezuela	..	..	..	1987 <sup>e</sup>	4,7	9,2	14,0	21,5	50,6	34,2
84 Südafrika	..	..	..		..	..	..	..	..	..
85 Brasilien	..	..	..	1983	2,4	5,7	10,7	18,6	62,6	46,2
86 Ungarn	31,2	30,0	6.200	1983 <sup>c</sup>	10,9	15,3	18,7	22,8	32,4	18,7
87 Uruguay	..	..	..		..	..	..	..	..	..
88 Jugoslawien	29,2	25,7	5.320	1987 <sup>e</sup>	6,1	11,0	16,5	23,7	42,8	26,6
89 Gabun	..	..	..		..	..	..	..	..	..
90 Iran, Islam. Rep.	27,9	21,4	4.430		..	..	..	..	..	..
91 Trinidad u. Tobago	..	..	..		..	..	..	..	..	..
92 Tschechoslowakei	..	..	..		..	..	..	..	..	..
93 Portugal	33,8	37,2	7.700		..	..	..	..	..	..
94 Korea Rep.	24,1	32,5	6.720		..	..	..	..	..	..
95 Oman	..	..	..		..	..	..	..	..	..
96 Libyen	..	..	..		..	..	..	..	..	..
97 Griechenland	35,5	34,2	7.090		..	..	..	..	..	..
98 Irak	..	..	..		..	..	..	..	..	..
99 Rumänien	..	..	..		..	..	..	..	..	..
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>										
<b>Afrika südlich der Sahara</b>										
<b>Ostasien</b>										
<b>Südostasien</b>										
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>										
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>										
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>										
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>										
<b>OECD-Mitglieder</b>										
<b>+Übrige</b>										
100 +Saudi-Arabien	..	..	..		..	..	..	..	..	..
101 Irland	40,9	41,3	8.540		..	..	..	..	..	..
102 Spanien	46,0	51,2	10.600	1980-81	6,9	12,5	17,3	23,2	40,0	24,5
103 +Israel	..	..	..	1979	6,0	12,1	17,8	24,5	39,6	23,5
104 +Hongkong	61,7	75,7	15.660	1980	5,4	10,8	15,2	21,6	47,0	31,3
105 +Singapur	..	..	..	1982-83	5,1	9,9	14,6	21,4	48,9	33,5
106 Neuseeland	60,9	56,9	11.780	1981-82	5,1	10,8	16,2	23,2	44,7	28,7
107 Australien	71,1	69,0	14.290	1985	4,4	11,1	17,5	24,8	42,2	25,8
108 Großbritannien	66,1	68,0	14.070	1979	5,8	11,5	18,2	25,0	39,5	23,3
109 Italien	65,6	67,3	13.920	1986	6,8	12,0	16,7	23,5	41,0	25,3
110 Niederlande	68,2	65,9	13.630	1983	6,9	13,2	17,9	23,7	38,3	23,0
111 +Kuwait	..	..	..		..	..	..	..	..	..
112 Belgien	64,7	66,1	13.680	1978-79	7,9	13,7	18,6	23,8	36,0	21,5
113 Österreich	66,1	66,3	13.710		..	..	..	..	..	..
114 Frankreich	69,3	70,0	14.480	1979	6,3	12,1	17,2	23,5	40,8	25,5
115 +Vereinigte Arab. Emirate	..	..	..		..	..	..	..	..	..
116 Kanada	92,5	92,9	19.230	1987	5,7	11,8	17,7	24,6	40,2	24,1
117 Deutschland	73,8	73,5	15.220	1984	6,8	12,7	17,8	24,1	38,7	23,4
118 Dänemark	74,2	69,3	14.340	1981	5,4	12,0	18,4	25,6	38,6	22,3
119 Vereinigte Staaten	100,0	100,0	20.690	1985	4,7	11,0	17,4	25,0	41,9	25,0
120 Schweden	76,9	75,7	15.670	1981	8,0	13,2	17,4	24,5	36,9	20,8
121 Finnland	69,5	73,6	15.230	1981	6,3	12,1	18,4	25,5	37,6	21,7
122 Norwegen	84,4	83,5	17.280	1979	6,2	12,8	18,9	25,3	36,7	21,2
123 Japan	71,5	75,9	15.710	1979	8,7	13,2	17,5	23,1	37,5	22,4
124 Schweiz	..	..	..	1982	5,2	11,7	16,4	22,1	44,6	29,8
<b>Übrige Länder</b>										
<b>Gesamte Welt</b>										
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>										

<sup>a</sup> IVP bezieht sich auf das Internationale Vergleichsprojekt der VN. Die Angaben für 1985 sind vorläufige Ergebnisse der Phase V; die für 1989 sind anhand von Werten für 1985 geschätzt. <sup>b</sup> Diese Schätzungen sollten mit Vorsicht behandelt werden; wegen Einzelheiten der unterschiedlichen Verteilungskennzahlen vgl. die Technischen Erläuterungen. <sup>c</sup> Die Angaben beziehen sich auf I pro Kopf-Ausgaben. <sup>d</sup> Die Angaben beziehen sich auf Haushaltsausgaben. <sup>e</sup> Die Angaben beziehen sich auf Pro-Kopf-Einkommen.

# Tabelle 31 Verstädterung

	Stadtbevölkerung				Bevölkerung der Hauptstadt in % der		Bevölkerung in Städten mit 1 Million oder mehr im Jahr 1990 in % der			
	In % der Gesamtbevölkerung		Durchschnittliche jährliche Zuwachsrate (in %)		Stadt- bevölkerung 1990	Gesamt- bevölkerung 1990	Stadtbevölkerung		Gesamtbevölkerung	
	1965	1989	1965-80	1980-89			1965	1990	1965	1990
	17w	36w	3,5w	..	10w	3w	41w	31w	7w	9w
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	<b>18w</b>	<b>42w</b>	<b>2,9w</b>	<b>..</b>	<b>3w</b>	<b>1w</b>	<b>42w</b>	<b>29w</b>	<b>8w</b>	<b>9w</b>
China und Indien	14w	25w	4,9w	..	25w	6w	37w	34w	5w	9w
Übrige Länder										
1 Mosambik	5	26	10,2	10,7	38	10	68	38	3	10
2 Äthiopien	8	13	4,9	5,3	29	4	27	30	2	4
3 Tansania	5	31	11,3	10,8	21	7	38	18	2	6
4 Somalia	20	36	5,2	5,5	31	11	..	..	..	..
5 Bangladesch	6	16	6,9	6,6	36	6	50	47	3	8
6 Laos, Dem. VR	8	18	5,3	6,1	52	10	..	..	..	..
7 Malawi	5	12	7,4	6,3	31	4	..	..	..	..
8 Nepal	4	9	6,4	7,4	20	2	..	..	..	..
9 Tschad	9	29	8,0	6,5	43	13	..	..	..	..
10 Burundi	2	5	6,9	5,6	82	4	..	..	..	..
11 Sierra Leone	15	32	5,2	5,4	52	17	..	..	..	..
12 Madagaskar	12	24	5,2	6,3	23	6	..	..	..	..
13 Nigeria	17	35	5,7	6,2	19	7	23	24	4	8
14 Uganda	7	10	4,7	5,1	38	4	..	..	..	..
15 Zaire	26	39	4,6	4,6	25	10	17	25	5	10
16 Mali	13	19	4,4	3,6	41	8	..	..	..	..
17 Niger	7	19	7,2	7,7	39	8	..	..	..	..
18 Burkina Faso	5	9	4,1	5,4	51	5	..	..	..	..
19 Ruanda	3	7	7,5	8,1	54	4	..	..	..	..
20 Indien	19	27	3,7	3,8	4	1	32	32	6	9
21 China	18	53	2,3	..	2	1	49	27	9	9
22 Haiti	18	28	3,7	3,7	56	16	47	56	8	16
23 Kenia	9	23	8,1	8,2	26	6	41	27	4	6
24 Pakistan	24	32	4,3	4,6	1	0	44	42	10	13
25 Benin	13	37	8,9	5,2	12	4	..	..	..	..
26 Zentralafrikanische Rep.	27	46	4,3	4,9	51	24	..	..	..	..
27 Ghana	26	33	3,2	4,2	22	7	27	22	7	7
28 Togo	11	25	6,6	6,9	55	14	..	..	..	..
29 Sambia	23	49	6,6	6,2	24	12	..	..	..	..
30 Guinea	12	25	4,9	5,7	89	23	47	88	5	23
31 Sri Lanka	20	21	2,3	1,3	17	4	..	..	..	..
32 Lesotho	6	20	7,5	7,1	17	4	..	..	..	..
33 Indonesien	16	30	4,8	5,4	17	5	42	33	7	10
34 Mauretanien	9	45	10,6	7,7	83	39	..	..	..	..
35 Afghanistan	9	..	6,0	..	..	..	41	..	4	..
36 Bhutan	3	5	3,9	5,2	22	1	..	..	..	..
37 Kamputschea, Dem.	11	..	-0,5	..	..	..	..	..	..	..
38 Liberia	22	45	6,2	6,1	57	26	..	..	..	..
39 Myanmar	21	25	3,2	2,4	32	8	23	32	5	8
40 Sudan	13	22	5,9	3,9	35	8	30	35	4	8
41 Vietnam	..	22	..	3,4	22	5	..	30	..	7
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>42w</b>	<b>58w</b>	<b>3,8w</b>	<b>3,4w</b>	<b>26w</b>	<b>14w</b>	<b>42w</b>	<b>41w</b>	<b>18w</b>	<b>25w</b>
<b>Untere Einkommenskategorie</b>	<b>40w</b>	<b>53w</b>	<b>3,7w</b>	<b>3,5w</b>	<b>31w</b>	<b>16w</b>	<b>41w</b>	<b>41w</b>	<b>17w</b>	<b>23w</b>
42 Angola	13	28	6,4	5,8	61	17	49	61	6	17
43 Bolivien	40	51	3,1	4,3	33	17	28	33	11	17
44 Ägypten, Arab. Rep.	41	46	2,7	3,1	37	17	53	52	22	24
45 Senegal	33	38	3,3	4,0	52	20	40	53	13	20
46 Jemen, Rep.	11	28	6,6	7,3	11	3	..	..	..	..
47 Simbabwe	14	27	6,0	6,0	31	9	..	..	..	..
48 Philippinen	32	42	4,0	3,8	32	14	28	32	9	14
49 Côte d'Ivoire	23	40	7,6	4,7	44	18	30	45	7	18
50 Dominikanische Rep.	35	59	5,2	4,2	51	31	46	51	16	31
51 Marokko	32	47	4,3	4,3	9	4	39	36	12	17
52 Papua-Neuguinea	5	16	8,2	4,5	32	5	..	..	..	..
53 Honduras	26	43	5,5	5,5	35	15	..	..	..	..
54 Guatemala	34	39	3,5	3,4	23	9	..	..	..	..
55 Kongo, VR	32	40	3,5	4,8	68	28	..	..	..	..
56 Syrien, Arab. Rep.	40	50	4,5	4,4	32	16	58	60	23	30
57 Kamerun	16	40	7,6	6,1	16	6	..	..	..	..
58 Peru	52	70	4,3	3,1	41	29	37	41	19	29
59 Ecuador	37	55	4,7	4,5	21	12	50	49	19	28
60 Namibia	17	27	4,6	5,3	30	8	..	..	..	..
61 Paraguay	36	47	3,8	4,6	47	22	..	..	..	..
62 El Salvador	39	44	3,2	2,0	25	11	..	..	..	..
63 Kolumbien	54	69	3,7	3,0	21	15	38	39	20	27
64 Thailand	13	22	5,1	4,7	57	13	66	57	8	13
65 Jamaika	38	52	2,8	2,4	51	27	..	..	..	..
66 Tunesien	40	54	4,0	2,9	37	20	35	37	14	20

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Stadtbevölkerung				Bevölkerung der Hauptstadt in % der		Bevölkerung in Städten mit 1 Million oder mehr im Jahr 1990 in % der			
	In % der Gesamtbevölkerung		Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten (in %)		Stadt- bevölkerung 1990	Gesamt- bevölkerung 1990	Stadtbevölkerung		Gesamtbevölkerung	
	1965	1989	1965-80	1980-89			1965	1990	1965	1990
67 Türkei	34	60	4,1	6,0	8	5	41	35	14	22
68 Botswana	4	26	12,5	10,1	38	10	..	..	..	..
69 Jordanien	46	67	4,4	4,6	53	32	33	38	15	26
70 Panama	44	53	3,4	2,9	37	20	..	..	..	..
71 Chile	72	85	2,6	2,3	42	36	39	42	28	36
72 Costa Rica	38	47	3,5	3,3	77	36	62	72	24	34
73 Polen	50	61	1,9	1,4	10	6	32	28	16	18
74 Mauritius	37	41	2,5	0,4	36	15	..	..	..	..
75 Mexiko	55	72	4,4	3,0	32	23	41	45	22	32
76 Argentinien	76	86	2,2	1,8	41	36	53	49	40	42
77 Malaysia	26	42	4,6	4,9	22	10	16	22	4	10
78 Algerien	38	51	3,9	4,9	23	12	24	23	9	12
79 Bulgarien	46	67	2,5	1,2	20	14	21	19	10	13
80 Libanon	50	..	4,5	..	..	..	..	..	..	..
81 Mongolei	42	52	4,0	2,9	42	22	..	..	..	..
82 Nicaragua	43	59	4,6	4,6	44	26	36	44	15	26
<b>Obere Einkommenskategorie</b>	<b>44w</b>	<b>66w</b>	<b>4,1w</b>	<b>3,3w</b>	<b>17w</b>	<b>11w</b>	<b>43w</b>	<b>40w</b>	<b>19w</b>	<b>28w</b>
83 Venezuela	70	84	4,8	2,7	25	21	34	29	24	27
84 Südafrika	47	59	3,2	3,7	11	6	40	30	19	18
85 Brasilien	50	74	4,3	3,5	2	2	48	47	24	35
86 Ungarn	43	61	1,9	1,2	33	20	43	33	19	20
87 Uruguay	81	85	0,7	0,8	45	39	53	45	43	39
88 Jugoslawien	31	55	3,5	2,9	12	7	11	12	3	7
89 Gabun	31	45	7,3	6,4	57	26	..	..	..	..
90 Iran, Islam. Rep.	37	56	5,2	4,9	22	12	43	41	16	23
91 Trinidad u. Tobago	30	68	5,6	3,8	12	8	..	..	..	..
92 Tschechoslowakei	51	77	2,4	1,7	11	8	15	11	8	8
93 Portugal	24	33	1,8	2,0	46	15	44	46	11	16
94 Korea, Rep.	32	71	5,8	3,6	36	26	74	69	24	50
95 Oman	4	10	7,5	8,7	41	4	..	..	..	..
96 Libyen	26	69	9,8	6,5	..	..	55	65	14	45
97 Griechenland	48	62	2,0	1,2	55	34	59	55	28	34
98 Irak	51	71	5,3	4,4	30	21	40	29	20	21
99 Rumänien	38	52	2,9	1,2	18	9	21	18	8	9
<b>Länder mit niedr. u. mittl. Eink.</b>	<b>24w</b>	<b>42w</b>	<b>3,7w</b>	<b>6,8w</b>	<b>15w</b>	<b>6w</b>	<b>41w</b>	<b>33w</b>	<b>10w</b>	<b>13w</b>
<b>Afrika südlich d. Sahara</b>	<b>14w</b>	<b>28w</b>	<b>5,8w</b>	<b>6,0w</b>	<b>31w</b>	<b>9w</b>	<b>30w</b>	<b>29w</b>	<b>4w</b>	<b>9w</b>
<b>Ostasien</b>	<b>19w</b>	<b>47w</b>	<b>3,0w</b>	<b>..</b>	<b>9w</b>	<b>3w</b>	<b>48w</b>	<b>30w</b>	<b>9w</b>	<b>11w</b>
<b>Südostasien</b>	<b>18w</b>	<b>26w</b>	<b>3,9w</b>	<b>3,9w</b>	<b>8w</b>	<b>2w</b>	<b>35w</b>	<b>34w</b>	<b>6w</b>	<b>9w</b>
<b>Europa, Naher Osten u. Nordafrika</b>	<b>38w</b>	<b>54w</b>	<b>3,4w</b>	<b>3,4w</b>	<b>22w</b>	<b>11w</b>	<b>36w</b>	<b>36w</b>	<b>14w</b>	<b>19w</b>
<b>Lateinamerika u. Karibik</b>	<b>53w</b>	<b>71w</b>	<b>3,9w</b>	<b>3,1w</b>	<b>23w</b>	<b>16w</b>	<b>44w</b>	<b>45w</b>	<b>24w</b>	<b>33w</b>
<b>Länder mit gravierenden Schuldenproblemen</b>	<b>49w</b>	<b>64w</b>	<b>3,7w</b>	<b>3,0w</b>	<b>24w</b>	<b>15w</b>	<b>42w</b>	<b>43w</b>	<b>21w</b>	<b>28w</b>
<b>Länder mit hohem Einkommen</b>	<b>71w</b>	<b>77w</b>	<b>1,4w</b>	<b>0,9w</b>	<b>11w</b>	<b>9w</b>	<b>37w</b>	<b>37w</b>	<b>27w</b>	<b>28w</b>
<b>OECD-Mitglieder</b>	<b>72w</b>	<b>77w</b>	<b>1,2w</b>	<b>0,8w</b>	<b>10w</b>	<b>8w</b>	<b>37w</b>	<b>36w</b>	<b>26w</b>	<b>28w</b>
<b>Übrige</b>	<b>63w</b>	<b>77w</b>	<b>3,8w</b>	<b>3,0w</b>	<b>45w</b>	<b>39w</b>	<b>54w</b>	<b>53w</b>	<b>42w</b>	<b>47w</b>
100 +Saudi-Arabien	39	76	8,5	6,6	17	13	23	29	9	23
101 Irland	49	57	2,1	0,7	46	26	..	..	..	..
102 Spanien	61	78	2,2	1,2	17	13	26	28	16	22
103 Israel	81	91	3,5	2,0	12	11	43	45	34	41
104 +Hongkong	89	94	2,1	1,7	100	94	90	100	81	94
105 +Singapur	100	100	1,6	1,2	100	100	100	100	100	100
106 Neuseeland	79	84	1,6	0,8	12	10	..	..	..	..
107 Australien	83	86	2,0	1,4	2	1	60	59	50	51
108 Großbritannien	87	89	0,3	0,2	14	13	33	26	28	23
109 Italien	62	69	1,0	0,6	8	5	42	37	26	25
110 Niederlande	86	89	1,2	0,5	8	7	18	16	16	14
111 +Kuwait	78	95	8,2	5,0	53	50	100	55	78	53
112 Belgien	93	97	0,4	0,2	10	10	..	..	..	..
113 Österreich	51	58	0,8	0,7	47	27	51	47	26	28
114 Frankreich	67	74	1,3	0,6	20	15	30	26	20	19
115 +Vereinigte Arab. Emirate	41	78	23,7	4,1	..	..	..	..	..	..
116 Kanada	73	77	1,5	1,1	4	3	37	39	27	30
117 Deutschland	79	86	0,7	0,2	1	1	19	15	15	13
118 Dänemark	77	87	1,1	0,4	31	27	38	31	29	27
119 Vereinigte Staaten	72	75	1,2	1,2	2	1	49	48	35	36
120 Schweden	77	84	0,9	0,3	23	19	17	23	13	20
121 Finnland	44	60	2,6	0,4	34	20	27	34	12	20
122 Norwegen	58	75	1,9	1,0	21	16	..	..	..	..
123 Japan	67	77	2,1	0,7	19	15	37	36	25	27
124 Schweiz	53	60	1,0	1,0	7	4	..	..	..	..
<b>Übrige Länder</b>	<b>52w</b>	<b>65w</b>	<b>2,3w</b>	<b>1,5w</b>	<b>6w</b>	<b>4w</b>	<b>25w</b>	<b>23w</b>	<b>13w</b>	<b>15w</b>
<b>Gesamte Welt</b>	<b>36w</b>	<b>49w</b>	<b>2,6w</b>	<b>4,5w</b>	<b>14w</b>	<b>6w</b>	<b>39w</b>	<b>33w</b>	<b>14w</b>	<b>16w</b>
<b>Ölexporture (ohne UdSSR)</b>	<b>30w</b>	<b>50w</b>	<b>5,5w</b>	<b>5,1w</b>	<b>23w</b>	<b>11w</b>	<b>30w</b>	<b>30w</b>	<b>10w</b>	<b>16w</b>

# Tabelle 32 Frauen und Entwicklung

	Gesundheit und Wohlfahrt										Erziehung								
	Sterblichkeit bis zum Ende des 5. Lebensjahres (je 1.000 Lebend-geburten)		Lebenserwartung bei der Geburt (Jahre)				Mütter-sterblichkeit (je 100.000 Lebend-geburten) 1980	Persistenz des Schulbesuchs bis Klasse 4 in % der Kohorte				Schülerinnen je 100 Schüler							
								Weiblich		Männlich		Weiblich		Männlich		Grundschulen		Weiterführende Schulen <sup>a</sup>	
	1989	1989	1965	1989	1965	1989		1970	1984	1970	1984	1965	1988	1965	1988				
Länder mit niedrigem Einkommen	92w	98w	50w	63w	48w	61w													
China und Indien	71w	74w	52w	66w	50w	64w													
Übrige Länder	134w	145w	45w	56w	43w	54w	63w	75w	72w	73w	49w	76w	34w	60w					
1 Mosambik	193	214	39	50	36	47	479 <sup>b</sup>	..	..	..	..	..	78	85					
2 Äthiopien	188	208	43	49	42	46	2.000 <sup>b</sup>	57	45	56	50	38	64	28					
3 Tansania	176	197	45	51	41	47	370 <sup>b</sup>	82	88	88	89	60	99	33					
4 Somalia	204	227	40	49	37	46	1.100	46	59	51	65	27	..	11					
5 Bangladesch	162	146	44	51	45	52	600	..	..	..	30	44	77	14					
6 Laos, Dem. VR	163	183	42	51	39	48	..	..	..	..	..	59	78	59					
7 Malawi	237	251	40	48	38	47	250	55	64	60	65	..	80	40					
8 Nepal	187	178	40	51	41	52	..	..	..	..	..	..	..	17					
9 Tschad	203	225	38	48	35	45	700	..	..	..	..	23	40	6					
10 Burundi	102	118	45	51	42	48	..	47	84	45	84	42	75	10					
11 Sierra Leone	239	264	34	44	31	40	450	..	..	..	..	55	..	37					
12 Madagaskar	162	180	45	52	42	50	300	65	..	63	..	83	95	64					
13 Nigeria	155	174	43	54	40	49	1.500	64	..	66	..	63	..	43					
14 Uganda	151	171	47	50	44	47	300	..	..	..	..	..	82	30					
15 Zaire	143	161	45	54	42	51	800 <sup>b</sup>	56	..	65	..	48	78	15					
16 Mali	210	239	39	49	37	46	..	52	68	89	75	49	59	30					
17 Niger	208	231	38	47	35	43	420 <sup>b</sup>	75	76	74	88	46	56	19					
18 Burkina Faso	190	210	40	49	37	46	600	71	84	68	82	48	59	27					
19 Ruanda	188	209	45	51	42	47	210	63	82	65	81	69	97	37					
20 Indien	134	118	44	59	46	58	500	42	..	45	..	57	..	35					
21 China	31	41	59	71	56	69	44	..	76	..	77	..	84	47					
22 Haiti	125	142	47	57	44	54	340	..	..	..	..	..	..	44					
23 Kenia	98	114	50	61	46	57	510 <sup>b</sup>	84	75	84	73	57	94	38					
24 Pakistan	139	133	45	55	47	55	600	56	..	60	..	31	49	27					
25 Benin	154	173	43	53	41	49	1.680 <sup>b</sup>	59	64	67	63	44	51	44					
26 Zentralafrikanische Rep.	154	173	41	52	40	49	600	67	67	67	74	34	62	19					
27 Ghana	130	148	49	56	46	53	1.070 <sup>b</sup>	77	..	82	..	71	80	34					
28 Togo	136	154	44	55	40	52	476 <sup>b</sup>	85	77	88	70	42	63	26					
29 Sambia	112	128	46	56	43	52	110	93	97	99	..	78	90	39					
30 Guinea	224	249	36	44	34	43	..	..	62	..	67	..	45	19					
31 Sri Lanka	22	28	64	73	63	69	90	94	97	73	99	86	93	102					
32 Lesotho	128	146	50	58	47	54	..	87	86	70	75	137	125	100					
33 Indonesien	80	95	45	63	43	60	800	67	78	89	99	..	93	..					
34 Mauretanien	196	218	39	48	36	45	119	..	91	..	96	31	70	11					
35 Afghanistan	..	..	35	..	35	..	..	64	..	71	..	17	..	23					
36 Bhutan	187	180	40	48	41	49	..	..	26	..	29	..	59	..					
37 Kambodscha, Dem.	..	..	46	..	43	..	..	..	..	..	..	56	..	26					
38 Liberia	170	195	46	55	43	53	173	..	..	..	..	..	..	33					
39 Myanmar	82	98	49	63	46	59	140	39	..	58	..	..	..	57					
40 Sudan	161	181	41	52	39	49	607 <sup>b</sup>	..	81	..	80	55	..	30					
41 Vietnam	48	61	..	69	..	64	110	..	..	..	..	..	..	..					
Länder mit mittlerem Einkommen	60w	72w	59w	68w	56w	63w		78w	85w	78w	90w	83w	89w	81w	104w				
Untere Einkommenskategorie	63w	74w	58w	68w	54w	63w		79w	82w	79w	87w	80w	89w	71w	100w				
42 Angola	211	234	37	47	34	44	..	..	..	..	..	..	..	89	..				
43 Bolivien	144	162	47	56	42	52	480	..	..	..	..	68	87	57	..				
44 Ägypten, Arab. Rep.	99	114	50	61	48	59	500	85	..	93	..	64	75	41	68				
45 Senegal	123	140	42	50	40	47	530 <sup>b</sup>	..	88	..	92	57	69	35	51				
46 Jemen, Rep.	175	194	41	49	39	48	..	..	..	..	..	14	29	..	..				
47 Simbabwe	60	72	50	66	46	62	150 <sup>b</sup>	74	87	80	87	..	95	..	88				
48 Philippinen	47	60	57	66	54	62	80	..	82	..	76	94	97	96	..				
49 Côte d'Ivoire	141	159	44	55	40	51	..	77	82	83	83	51	..	19	44				
50 Dominikanische Rep.	75	83	57	69	54	65	56	..	52	..	70	..	162	104	..				
51 Marokko	87	103	51	63	48	60	327 <sup>b</sup>	78	77	83	79	42	63	31	66				
52 Papua-Neuguinea	72	87	44	55	44	54	1.000	76	..	84	..	61	79	27	60				
53 Honduras	73	87	51	67	48	63	82	38	63	35	59	..	100	69	..				
54 Guatemala	66	80	50	65	48	60	110	33	62	73	73	80	82	67	..				
55 Kongo, VR	170	183	47	57	41	51	..	86	82	89	89	71	95	29	76				
56 Syrien, Arab. Rep.	58	70	54	68	51	64	280	92	96	95	97	47	87	28	70				
57 Kamerun	119	136	47	59	44	55	303	59	85	58	86	66	85	28	64				
58 Peru	91	107	52	64	49	60	310	..	..	..	..	82	..	69	..				
59 Ecuador	75	82	57	68	55	64	220	69	..	70	..	91	96	46	91				
60 Namibia	121	141	47	59	44	56	..	..	..	..	..	..	..	..	..				
61 Paraguay	34	45	67	69	63	65	469	70	75	71	76	88	93	89	99				
62 El Salvador	66	80	56	67	53	59	74	56	..	56	..	86	102	75	92				
63 Kolumbien	40	50	61	72	57	66	130	57	75	51	67	102	100	57	99				
64 Thailand	29	39	58	68	54	64	270	71	..	69	..	89	..	68	..				
65 Jamaika	16	23	67	75	64	71	100	..	..	..	..	..	97	121	..				
66 Tunesien	53	66	52	67	51	66	1.000 <sup>c</sup>	..	90	..	94	52	82	37	74				

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

	Gesundheit und Wohlfahrt							Erziehung							
	Sterblichkeit bis zum Ende des 5. Lebensjahres (je 1.000 Lebendgeburten)		Lebenserwartung bei der Geburt (Jahre)				Muttersterblichkeit (je 100.000 Lebendgeburten) 1980	Persistenz des Schulbesuchs bis Klasse 4 in % der Kohorte				Schülerinnen je 100 Schüler			
			Weiblich 1989	Männlich 1989	Weiblich 1965	1989		Männlich 1965	1989	Weiblich 1970	1984	Männlich 1970	1984	Grundschulen 1965	1988
67 Türkei	76	83	55	69	52	64	207	76	97	81	98	66	89	37	60
68 Botsuana	42	55	49	69	46	65	300	97	95	90	95	129	107	77	103
69 Jordanien	64	71	52	69	49	65	..	90	99	92	..	72	94	40	96
70 Panama	22	30	65	75	62	70	90	97	90	97	89	93	92	100	105
71 Chile	20	26	63	75	57	68	55	86	96	83	97	96	96	106	106
72 Costa Rica	19	23	66	77	63	73	26	93	92	91	90	94	94	110	103
73 Polen	17	22	72	75	66	67	12	99	..	97	..	93	95	217	262
74 Mauritius	21	30	63	72	59	67	99	97	99	97	99	90	88	53	97
75 Mexiko	43	53	61	73	58	66	92	..	72	..	95	91	94	53	89
76 Argentinien	31	42	69	74	63	68	85	92	..	69	..	96	..	60	172
77 Malaysia	22	31	60	72	56	68	59	..	100	..	99	..	95	..	101
78 Algerien	87	95	51	66	49	64	129	90	..	95	..	62	80	45	76
79 Bulgarien	14	19	73	75	66	70	22	91	95	100	98	93	94	..	180
80 Libanon	..	..	64	..	60	..	..	..	..	..	..	..	..	..	..
81 Mongolei	79	94	51	63	49	61	140	..	..	..	..	..	100	..	107
82 Nicaragua	69	84	52	66	49	63	65	48	64	45	58	99	107	69	168
Obere Einkommenskategorie	57w	68w	61w	72w	58w	65w		77w	90w	76w	97w	88w	89w	95w	111w
83 Venezuela	36	46	65	73	61	67	65	84	82	61	89	98	96	109	119
84 Südafrika	85	100	54	65	49	58	550 <sup>c</sup>	..	..	..	..	..	..	87	..
85 Brasilien	64	78	59	69	55	63	150	56	..	54	..	98	..	93	..
86 Ungarn	17	23	72	74	67	67	28	90	97	99	97	94	96	197	194
87 Uruguay	23	29	72	76	65	69	56	..	99	..	99	..	95	110	..
88 Jugoslawien	27	32	68	75	64	69	27	91	..	99	..	91	..	86	94
89 Gabun	151	171	44	55	41	51	124 <sup>b</sup>	73	80	78	78	84	98	39	81
90 Iran, Islam. Rep.	105	124	52	63	52	63	..	75	79	74	99	46	80	44	68
91 Trinidad u. Tobago	16	21	67	74	63	69	81	78	99	74	96	97	98	107	100
92 Tschechoslowakei	12	17	73	75	67	68	8	96	97	98	97	93	97	195	159
93 Portugal	15	19	68	78	62	72	15	92	..	92	..	95	..	92	114
94 Korea Rep.	23	32	58	73	55	67	34	96	100	96	99	91	94	59	87
95 Oman	38	50	45	67	43	63	..	82	96	82	99	..	87	..	71
96 Libyen	88	104	51	64	48	60	..	92	..	95	..	39	..	13	..
97 Griechenland	13	16	72	80	69	74	12	97	98	96	99	90	94	86	101
98 Irak	83	91	53	65	51	61	..	84	90	90	92	42	79	29	63
99 Rumänien	25	34	70	73	66	68	180	90	..	89	..	94	..	147	233
Länder mit niedr. u. mittl. Eink.	84w	91w	52w	65w	50w	62w		61w	78w	65w	79w	66w	83w	52w	70w
Afrika südlich der Sahara	159w	178w	43w	53w	41w	49w		66w	73w	69w	74w	56w	78w	36w	59w
Ostasien	39w	50w	55w	70w	52w	67w		..	78w	..	81w	..	86w	50w	72w
Südostasien	127w	121w	45w	58w	46w	58w		45w	..	48w	..	54w	..	34w	50w
Europa, Naher Osten u. Nordafrika	74w	85w	60w	68w	56w	64w		86w	90w	89w	95w	70w	80w	88w	104w
Lateinamerika u. Karibik	56w	67w	60w	70w	56w	64w		64w	75w	59w	86w	95w	98w	77w	110w
Länder mit gravierenden Schuldenproblemen	60w	72w	60w	68w	56w	63w		75w	79w	72w	87w	88w	90w	90w	119w
Länder mit hohem Einkommen	10w	13w	74w	79w	67w	73w		95w	97w	94w	96w	95w	94w	93w	99w
OECD-Mitglieder	9w	11w	74w	80w	68w	73w		96w	97w	94w	96w	96w	95w	94w	100w
Übrige	30w	37w	67w	74w	62w	70w		94w	94w	94w	94w	59w	89w	66w	87w
100 Saudi-Arabien	75	89	50	66	47	62	52	93	93	91	93	29	80	8	66
101 Irland	9	12	73	77	69	71	7	..	..	..	..	..	95	113	101
102 Spanien	9	11	74	80	69	74	10	76	97	76	96	93	93	70	101
103 Israel	11	15	74	78	71	74	5	96	98	96	98	..	98	127	121
104 Hongkong	8	10	71	80	64	75	4	94	..	92	..	85	92	72	104
105 Singapur	8	10	68	77	64	71	11	99	..	99	..	85	..	91	..
106 Neuseeland	11	15	74	78	68	72	..	..	98	..	98	94	95	..	98
107 Australien	8	11	74	80	68	73	11	..	97	..	94	95	95	92	99
108 Großbritannien	9	12	74	79	68	73	7	..	..	..	..	..	..	94	96
109 Italien	10	13	73	80	68	73	13	..	..	..	..	93	..	80	..
110 Niederlande	8	10	76	81	71	74	5	99	..	96	..	95	..	93	111
111 Kuwait	15	21	65	76	61	71	18	96	92	98	93	66	..	63	67
112 Belgien	10	12	74	80	68	73	10	..	87	..	85	94	96	85	103
113 Österreich	9	13	73	79	66	72	11	95	99	92	100	95	94	95	94
114 Frankreich	8	11	75	81	68	73	13	97	96	90	99	95	94	108	108
115 Vereinigte Arab. Emirate	24	33	59	73	56	69	..	97	95	93	92	..	94	..	101
116 Kanada	8	10	75	81	69	74	2	95	97	92	93	94	93	94	95
117 Deutschland	8	11	73	79	67	72	11	97	97	96	96	..	96	82	97
118 Dänemark	9	11	75	78	70	72	4	98	100	96	100	96	96	104	105
119 Vereinigte Staaten	11	13	74	79	67	72	9	92	96	..	94	..	94	..	..
120 Schweden	7	8	76	80	72	75	4	98	..	96	..	96	95	104	107
121 Finnland	7	9	73	79	66	72	5	..	99	..	98	90	95	115	112
122 Norwegen	9	11	76	81	71	74	..	99	99	98	99	96	95	95	103
123 Japan	6	7	73	82	68	76	15	100	100	100	100	96	95	101	99
124 Schweiz	7	9	75	81	69	74	5	94	99	93	99	..	96	..	99
Übrige Länder	24w	33w	72w	74w	65w	66w		..	100w	..	99w	95w	93w	109w	102w
Gesamte Welt	68w	75w	58w	67w	55w	64w		67w	83w	70w	83w	85w	86w	58w	74w
Ölexporture (ohne UdSSR)	119w	135w	48w	59w	46w	56w		74w	84w	74w	95w	59w	83w	47w	77w

<sup>a</sup> Vgl. Technische Erläuterungen. <sup>b</sup> Die Daten beziehen sich nur auf die Müttersterblichkeit in Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen. <sup>c</sup> Enthält für ländliche Gebiete nur Angabe der Kommunen.

# Tabelle 33 Wälder, geschützte Gebiete und Wasser

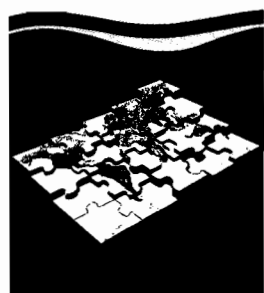
	Waldgebiete (in 1.000 km <sup>2</sup> )				Geschützte Landflächen			Heimisches Wasseraufkommen: jährliche Entnahme (1970-1987)				
	Gesamtfläche 1980		jährliche Waldvernichtung 1981-85					In % des gesamten Wasseraufkommens	Pro Kopf (m <sup>3</sup> )			
	Ins-gesamt	Geschlossene Wälder	Ins-gesamt	Geschlossene Wälder	Fläche (in 1.000 km <sup>2</sup> )	Anzahl	In % der gesamten Landfläche		Insgesamt (1.000 m <sup>3</sup> )	Ins-gesamt	Haus-halte	Industrie und Landwirtschaft
Länder mit niedrigem Einkommen												
China und Indien												
Übrige Länder												
1 Mosambik	154	9	1,20	0,10	0,00	0	0,0	0,76	1	53	13	40
2 Äthiopien	272	44	0,88	0,08	68,73	25	6,2	2,21	2	48	5	43
3 Tansania	420	14	1,30	0,10	119,13	20	13,4	0,48	1	36	7	28
4 Somalia	91	15	0,14	0,04	0,00	0	0,0	0,81	7	167	5	162
5 Bangladesch	9	9	0,08	0,08	0,97	8	0,7	22,50	1	211	6	205
6 Laos, Dem. VR	136	84	1,30	1,00	0,00	0	0,0	0,99	0	228	18	210
7 Malawi	43	2	1,50	..	10,67	9	11,3	0,16	2	22	7	15
8 Nepal	21	19	0,84	0,84	9,59	11	7,0	2,68	2	155	6	149
9 Tschad	135	5	0,80	..	1,14	1	0,1	0,18	0	35	6	29
10 Burundi	0	0	0,01	0,01	0,00	0	0,0	0,10	3	20	7	13
11 Sierra Leone	21	7	0,06	0,06	1,01	3	1,4	0,37	0	99	7	92
12 Madagaskar	132	103	1,56	1,50	10,31	31	1,8	16,30	41	1.675	17	1.658
13 Nigeria	148	60	4,00	3,00	9,60	4	1,1	3,63	1	44	14	30
14 Uganda	60	8	0,50	0,10	13,32	18	6,7	0,20	0	20	7	14
15 Zaire	1.776	1.058	3,70	1,82	88,27	9	3,9	0,70	0	22	13	9
16 Mali	73	5	0,36	..	8,76	6	0,7	1,36	2	159	3	156
17 Niger	26	1	0,67	0,03	16,54	4	1,3	0,29	1	44	9	35
18 Burkina Faso	47	3	0,80	0,03	7,39	7	2,7	0,15	1	20	6	14
19 Ruanda	2	1	0,05	0,03	2,62	2	10,5	0,15	2	23	6	17
20 Indien	640	378	0,48 <sup>a</sup>	..	131,70	288	4,4	380,00	18	612	18	594
21 China	1.150	978	0,00	..	79,04	179	0,8	460,00	16	462	28	434
22 Haiti	0	0	0,02	0,02	0,08	2	0,3	0,04	0	46	11	35
23 Kenia	24	11	0,39	0,19	30,95	30	5,4	1,09	7	48	13	35
24 Pakistan	25	22	0,09	0,07	75,83	57	9,8	153,40	33	2.053	21	2.032
25 Benin	39	0	0,67	0,01	8,44	2	7,6	0,11	0	26	7	19
26 Zentralafrikanische Rep.	359	36	0,55	0,05	39,04	7	6,3	0,07	0	27	6	21
27 Ghana	87	17	0,72	0,22	11,75	8	5,1	0,30	1	35	12	23
28 Togo	17	3	0,12	0,02	4,63	6	8,5	0,09	1	40	25	15
29 Sambia	295	30	0,70	0,40	63,59	19	8,6	0,36	0	86	54	32
30 Guinea	107	21	0,86	0,36	0,13	1	0,1	0,74	0	115	12	104
31 Sri Lanka	17	17	0,58	0,58	7,40	38	11,4	6,30	15	503	10	493
32 Lesotho	0	0	..	..	0,07	1	0,2	0,05	1	34	7	27
33 Indonesien	1.169	1.139	9,20 <sup>a</sup>	9,00 <sup>a</sup>	140,67	141	7,8	16,59	1	96	12	84
34 Mauretanien	6	0	0,13	0,01	14,83	2	1,4	0,73	10	473	57	417
35 Afghanistan	12	8	..	..	1,42	4	0,2	26,11	52	1.436	14	1.422
36 Bhutan	21	21	0,01	0,01	8,76	5	18,6	0,02	0	15	5	10
37 Kamputschea, Dem.	126	75	0,30	0,25	0,00	0	0,0	0,52	0	69	3	66
38 Liberia	20	20	0,46	0,46	1,31	1	1,4	0,13	0	54	15	39
39 Myanmar	319	319	6,77 <sup>a</sup>	6,77 <sup>a</sup>	1,73	2	0,3	3,96	0	103	7	96
40 Sudan	477	7	5,04	0,04	81,16	13	3,4	18,60	14	1.089	11	1.079
41 Vietnam	101	88	1,73 <sup>a</sup>	1,73 <sup>a</sup>	8,58	56	2,6	5,07	1	81	11	70
Länder mit mittlerem Einkommen												
Untere Einkommenskategorie												
42 Angola	536	29	0,94	0,44	8,90	3	0,7	0,48	0	43	6	37
43 Bolivien	668	440	1,17	0,87	48,37	12	4,5	1,24	0	184	18	166
44 Ägypten, Arab. Rep.	0	0	..	..	6,85	9	0,7	56,40	97	1.202	84	1.118
45 Senegal	110	2	0,50	..	21,77	9	11,3	1,36	4	201	10	191
46 Jemen, Rep.	0	0	0,00	..	0,00	0	0,0	..	..	..	..	..
47 Simbabwe	198	2	0,80	0,00	27,60	19	7,1	1,22	5	129	18	111
48 Philippinen	95	95	1,43 <sup>a</sup>	1,43 <sup>a</sup>	5,21	32	1,7	29,50	9	693	125	568
49 Côte d'Ivoire	98	45	5,10	2,90	19,58	10	6,2	0,71	1	68	15	53
50 Dominikanische Rep.	6	6	0,04	0,04	5,50	13	11,4	2,97	15	453	23	430
51 Marokko	32	15	0,13	..	2,98	10	0,7	11,00	37	501	30	471
52 Papua-Neuguinea	382	342	0,23	0,22	0,07	3	0,0	0,10	0	25	7	18
53 Honduras	40	38	0,90	0,90	5,80	15	5,2	1,34	1	508	20	487
54 Guatemala	45	44	0,90	0,90	0,99	13	0,9	0,73	1	139	13	127
55 Kongo, VR	213	213	0,22	0,22	13,53	10	4,0	0,04	0	20	12	8
56 Syrien, Arab. Rep.	2	1	0,00	..	0,00	0	0,0	3,34	9	449	31	418
57 Kamerun	233	165	1,90 <sup>a</sup>	1,00 <sup>a</sup>	17,02	12	3,6	0,40	0	30	14	16
58 Peru	706	697	2,70	2,70	54,83	22	4,3	6,10	15	294	56	238
59 Ecuador	147	143	3,40	3,40	106,19	13	38,4	5,56	2	561	39	522
60 Namibia	184	..	0,30	..	..	..	..	0,14	2	77	5	72
61 Paraguay	197	41	2,12	1,90	11,21	9	2,8	0,43	0	111	17	94
62 El Salvador	1	1	0,05	0,05	0,22	7	1,1	1,00	5	241	17	224
63 Kolumbien	517	464	8,90	8,20	56,14	35	5,4	5,34	0	179	73	105
64 Thailand	157	92	2,40 <sup>a</sup>	1,58 <sup>a</sup>	46,77	75	9,1	31,90	18	599	24	575
65 Jamaika	1	1	0,02	0,02	0,00	0	0,0	0,32	4	157	11	146
66 Tunesien	3	2	0,05	..	0,45	6	0,3	2,30	53	325	42	283

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

		Waldgebiete (in 1.000 km <sup>2</sup> )				Heimisches Wasseraufkommen: jährliche Entnahme (1970–1987)							
		Gesamtfläche 1980		jährliche Waldvernichtung 1981–85		Geschützte Landflächen			Ins- gesamt (1.000 m <sup>3</sup> )	In % des gesamten Wasserauf- kommens	Pro Kopf (m <sup>3</sup> )		
						Fläche (in 1.000 km <sup>2</sup> )	Anzahl	In % der gesamten Landfläche			Ins- gesamt	Haus- halte	Industrie und Land- wirtschaft
		Ins- gesamt	Geschlossene Wälder	Ins- gesamt	Geschlossene Wälder								
67	Türkei	202	89	..	..	2,46	15	0,3	15,60	8	317	76	241
68	Botsuana	326	0	0,20	..	100,25	9	17,7	0,09	1	98	5	93
69	Jordanien	1	0	..	..	0,93	7	1,0	0,45	41	173	50	123
70	Panama	42	42	0,36	0,36	13,11	14	17,3	1,30	1	744	89	654
71	Chile	76	76	0,50	..	119,83	69	16,0	16,80	4	1.625	98	1.528
72	Costa Rica	18	16	0,42 <sup>a</sup>	0,42 <sup>a</sup>	6,10	25	12,0	1,35	1	779	31	748
73	Polen	87	86	..	..	21,93	75	7,2	16,80	30	472	76	397
74	Mauritius	0	0	0,00	0,00	0,04	1	2,0	0,36	16	415	66	348
75	Mexiko	484	463	6,15	5,95	55,83	47	2,9	54,20	15	901	54	847
76	Argentinien	445	445	..	..	109,75	69	4,0	27,60	3	1.059	95	964
77	Malaysia	210	210	2,55	2,55	11,01	39	3,4	9,42	2	765	176	589
78	Algerien	18	15	0,40	..	4,97	17	0,2	3,00	16	161	35	125
79	Bulgarien	37	33	..	..	1,29	39	1,2	14,18	7	1.600	112	1.488
80	Libanon	0	0	0,00	..	0,04	1	0,3	0,75	16	271	30	241
81	Mongolei	95	95	..	..	3,18	13	0,2	0,55	2	272	30	242
82	Nicaragua	45	45	1,21	1,21	0,43	6	0,4	0,89	1	370	92	277
Obere Einkommenskategorie													
83	Venezuela	339	319	2,45	1,25	86,19	43	9,8	4,10	0	387	166	221
84	Südafrika	3	3	..	..	58,02	152	4,8	9,20	18	404	65	340
85	Brasilien	5.145	3.575	b	b	200,96	160	2,4	35,04	1	212	91	121
86	Ungarn	16	16	..	..	5,11	46	5,5	5,38	5	502	45	457
87	Uruguay	5	5	..	..	0,30	7	0,2	0,65	1	241	14	227
88	Jugoslawien	105	91	..	..	10,36	76	4,1	8,77	3	393	63	330
89	Gabun	206	205	0,15	0,15	17,53	6	6,8	0,06	0	51	37	14
90	Iran, Islam. Rep.	38	28	0,20	..	36,26	30	2,2	45,40	39	1.362	54	1.307
91	Trinidad u. Tobago	2	2	0,01	0,01	0,16	6	3,1	0,15	3	149	40	109
92	Tschechoslowakei	46	44	..	..	19,86	66	15,8	5,80	6	379	87	292
93	Portugal	30	26	..	..	6,20	27	6,8	10,50	16	1.062	159	903
94	Korea, Rep.	49	49	..	..	5,58	17	5,7	10,70	17	298	33	265
95	Oman	0	0	..	..	0,54	2	0,3	0,43	22	561	17	545
96	Libyen	2	1	..	..	1,55	3	0,1	2,62	374	262	39	222
97	Griechenland	58	25	..	..	5,34	61	4,1	6,95	12	721	58	663
98	Irak	12	1	..	..	0,00	0	0,0	42,80	43	4.575	137	4.437
99	Rumänien	67	63	..	..	1,52	18	0,7	25,40	12	1.144	92	1.053
Länder mit niedr. u. mittl. Eink. Afrika südlich der Sahara Ostasien Südostasien Europa, Naher Osten u. Nordafrika Lateinamerika u. Karibik													
Länder mit gravierenden Schuldenproblemen													
Länder mit hohem Einkommen OECD-Mitglieder +Übrige													
100	Saudi-Arabien	2	0	..	..	8,08	5	0,4	2,33	106	321	145	177
101	Irland	4	3	..	..	0,24	5	0,4	0,79	2	267	43	224
102	Spanien	108	69	..	..	25,61	110	5,1	45,25	41	1.174	141	1.033
103	Israel	1	1	..	..	2,36	19	11,6	1,90	88	447	71	375
104	Hongkong	..	..	..	..	0,00	..	..	..	..	..	..	..
105	Singapur	0	0	..	..	0,03	1	4,8	0,19	32	84	38	46
106	Neuseeland	95	72	..	..	28,28	122	10,5	1,20	0	379	174	204
107	Australien	1.067	417	..	..	364,81	625	4,8	17,80	5	1.306	849	457
108	Großbritannien	22	20	..	..	25,69	84	10,6	28,35	24	507	101	405
109	Italien	81	64	..	..	12,66	100	4,3	56,20	30	983	138	845
110	Niederlande	4	3	..	..	1,51	47	4,4	14,47	16	1.023	51	972
111	Kuwait	0	0	..	..	0,00	0	0,0	0,01	..	10	6	4
112	Belgien	8	7	..	..	0,84	5	2,6	9,03	72	917	101	816
113	Österreich	38	38	..	..	15,94	129	19,3	3,13	3	417	79	338
114	Frankreich	151	139	..	..	45,01	73	8,2	40,00	22	728	116	612
115	Vereinigte Arab. Emirate	0	0	..	..	0,00	0	0,0	0,42	140	429	47	381
116	Kanada	4.364	2.641	..	..	338,85	311	3,7	42,20	1	1.752	196	1.556
117	Deutschland	72	70	..	..	27,57	86	11,3	41,22	26	668	67	601
118	Dänemark	5	5	..	..	2,82	58	6,7	1,46	11	289	87	202
119	Vereinigte Staaten	2.960	2.096	1,59	..	790,40	396	8,6	467,00	19	2.162	259	1.903
120	Schweden	278	244	..	..	17,07	68	4,1	3,98	2	479	172	307
121	Finnland	232	199	..	..	8,06	34	2,6	3,70	3	774	93	681
122	Norwegen	87	76	..	..	47,62	65	15,5	2,00	0	489	98	392
123	Japan	253	239	..	..	24,01	61	6,4	107,80	20	923	157	766
124	Schweiz	11	9	..	..	1,21	19	3,0	3,20	6	502	115	387
Übrige Länder													
Gesamte Welt													
Ölexporteur (ohne UdSSR)													

<sup>a</sup> Die Angaben betreffen folgende Zeiträume: Indien 1983–87, Indonesien 1979–84, Myanmar 1975–81, Vietnam 1976–81, Philippinen 1981–88, Kamerun 1976–86, Thailand 1985–88, Costa Rica 1973–89. <sup>b</sup> Wegen alternativer Schätzungen vgl. die Technischen Erläuterungen.





## Technische Erläuterungen

In der vorliegenden vierzehnten Ausgabe der Kennzahlen der Weltentwicklung werden wirtschaftliche und soziale Kennzahlen sowie Indikatoren über natürliche Ressourcen für ausgewählte Zeiträume oder Jahre für 184 Volkswirtschaften und verschiedene analytische und geographische Ländergruppen präsentiert.

Das Hauptkriterium für die Klassifizierung der Länder ist das Bruttonationalprodukt (BNP) pro Kopf. Unter Einfluß von vier neuen Weltbank-Mitgliedsländern, nämlich Bulgarien, der Mongolei, Namibia und der Tschechoslowakei, enthalten die Haupttabellen nunmehr Angaben von 124 Ländern. Da für vier zusätzliche Länder nur unzureichende Angaben vorliegen, sind diese Länder in den Haupttabellen nicht enthalten, ausgenommen in zusammengefaßter Form unter der Bezeichnung „Übrige Länder“, soweit Daten verfügbar sind; für sie und die ehemalige Deutsche Demokratische Republik werden im Sonderbeitrag A.2 ausgewählte Angaben gezeigt. Der Sonderbeitrag A.1 zeigt grundlegende Kennzahlen für weitere sechsundfünfzig Länder mit einer Bevölkerung von unter 1 Million. Weitere Änderungen sind der Einführung zu entnehmen.

Trotz beträchtlicher Bemühungen um Standardisierung der Daten bestehen zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede der statistischen Verfahren, des Geltungsbereichs, der Praktiken und Definitionen. Hinzu kommt, daß die Statistik in vielen Entwicklungsländern immer noch unzulänglich ist, was die Verfügbarkeit und Verlässlichkeit der Daten beeinträchtigt. Darüber hinaus bringen Länder- und Zeitvergleiche immer komplexe technische Probleme mit sich, die nicht vollständig und eindeutig gelöst werden können. Die Daten stammen aus

Quellen, die als höchst kompetent gelten, aber viele Daten unterliegen beträchtlichen Fehlermargen.

Die meisten sozialen und demographischen Angaben aus nationalen Quellen werden aus regelmäßigen Datensammlungen der Behörden gewonnen, obwohl einige aus Sondererhebungen oder periodischen Volkszählungen stammen. Im Falle von Erhebungs- und Befragungsdaten müssen die Zahlen für dazwischenliegende Jahre auf Basis der Referenzstatistiken interpoliert oder anderweitig geschätzt werden. Ähnlich können einige Zahlen – insbesondere solche, die sich auf aktuelle Zeiträume beziehen – extrapoliert sein, weil nicht alle Angaben auf dem neuesten Stand sind. Verschiedene Schätzungen (beispielsweise für die Lebenserwartung) sind von Modellen abgeleitet, die auf Annahmen über das demographische Verhalten und die vorherrschenden Bedingungen basieren. Fragen im Zusammenhang mit der Verlässlichkeit demographischer Kennzahlen werden in der VN-Veröffentlichung *World Population Trends and Policies* erörtert. Den Lesern wird deshalb dringend empfohlen, diese Einschränkungen bei der Auswertung der Kennzahlen zu berücksichtigen, vor allem wenn Vergleiche zwischen den Volkswirtschaften vorgenommen werden.

Eine in dieser Ausgabe eingeführte wichtige methodische Änderung ist die Verwendung von Zeitreihen auf Preisbasis 1987 bei der Errechnung von Wachstumsraten statt der zuvor verwendeten Reihen auf Basis der Preise von 1980.

Um langfristige Trendanalysen zu ermöglichen, internationale Vergleiche zu erleichtern und die Veränderungen intersektoraler relativer Preise zu berücksichtigen, werden für die meisten Länder die Daten zu konstanten Preisen komponentenweise

**Sonderbeitrag A.1 Grundlegende Kennzahlen für Länder mit einer Bevölkerung von unter 1 Million**

	Bevölke- rung (in Tsd.) Mitte 1989	Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometer)	BSP pro Kopf <sup>a</sup>		Durch- schnitt- liches jährliches Wachs- tum in % 1965-89	Durchschnittliche jährliche Inflationsrate in % <sup>a</sup>		Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 1989	Erwachsenen- Analphabeten- quote in %	
			In \$ von 1989	1965-80		1980-89	Frauen 1985		Insgesamt 1985	
1 Guinea-Bissau	960	36	180	..	..	53,2	40	83	69	
2 Gambia	849	11	240	0,7	8,1	14,1	44	85	75	
3 Äquatorialguinea	407	28	330	..	..	..	46	..	63	
4 Guayana	796	215	340	-1,6	7,9	20,0	64	5	4	
5 São Tomé und Príncipe	120	1	340	..	..	18,3	66	..	..	
6 Malediven	210	b	420	2,5	..	6,4	61	..	..	
7 Komoren	458	2	460	0,5	..	5,3	55	..	..	
8 Salomonen	313	29	580	..	7,7	10,5	64	..	..	
9 Kiribati	69	1	700	..	..	5,5	55	..	..	
10 Westsamoa	163	3	700	..	..	9,7	66	..	..	
11 Kap Verde	361	4	780	..	..	9,7	66	61	..	
12 Vanuatu	152	12	860	..	..	4,3	64	..	..	
13 Swasiland	761	17	900	2,1	9,0	11,9	56	34	32	
14 Tonga	98	1	910	..	..	7,5	67	..	..	
15 Fidschi	740	18	1.650	1,8	10,3	5,6	67	19	15	
16 Belize	184	23	1.720	2,5	7,1	2,4	68	..	..	
17 St. Lucia	148	1	1.810	..	..	3,6	71	..	..	
18 Grenada	94	b	1.900	..	..	..	69	..	..	
19 Surinam	437	163	3.010	1,2	..	6,2	67	10	10	
20 Seschellen	67	b	4.230	3,2	12,2	3,4	70	..	..	
21 Malta	350	b	5.830	7,2	3,5	2,0	73	18	16	
22 Barbados	256	b	6.350	2,4	11,0	5,5	75	..	..	
23 Zypern	695	9	7.040	..	..	6,0	76	..	..	
24 Bahamas	249	14	11.320	1,1	6,4	6,1	68	..	..	
25 Katar	422	11	15.500	..	..	..	70	..	..	
26 Island	254	103	21.070	3,4	26,8	34,8	78	..	..	
27 Luxemburg	377	3	24.980	6,1	4,3	4,4	75	..	..	
28 Amerikanisch-Samoa	38	b	c	..	..	..	72	..	..	
29 Andorra	50	..	c	..	..	..	..	..	..	
30 Antigua und Barbuda	78	b	d	..	..	6,7	74	..	..	
31 Aruba	60	b	c	..	..	..	..	..	..	
32 Bahrain	489	1	c	..	..	-1,3	69	36	27	
33 Bermudas	60	b	c	..	8,1	9,1	..	..	..	
34 Brunei	249	6	c	..	..	-5,1	75	..	..	
35 Brit. Kanalseln	142	..	c	..	..	..	77	..	..	
36 Dschibuti	411	23	e	..	..	..	48	..	..	
37 Dominica	82	1	e	0,5	12,6	6,1	75	..	..	
38 Faröer	47	1	c	..	..	..	..	..	..	
39 Französisch-Guayana	90	90	d	..	..	..	..	..	..	
40 Französisch-Polynesien	193	4	c	..	..	..	72	..	..	
41 Gibraltar	31	b	d	..	..	..	..	..	..	
42 Grönland	56	342	c	..	..	..	..	..	..	
43 Guadeloupe	341	2	c	..	..	..	74	..	..	
44 Guam	134	1	c	..	..	..	73	..	..	
45 Insel Man	67	..	c	..	..	..	..	..	..	
46 Macau	448	b	d	..	..	..	72	..	..	
47 Martinique	338	1	d	..	..	..	76	..	..	
48 Mayotte	69	..	c	..	..	..	..	..	..	
49 Niederländische Antillen	189	1	c	..	..	..	77	..	..	
50 Neukaledonien	162	19	d	..	..	..	69	..	..	
51 Mikronesischer Staatenbund	169	2	d	..	..	..	..	..	..	
52 Puerto Rico <sup>f</sup>	3.301	9	c	..	..	..	75	..	..	
53 Réunion	584	3	d	..	..	..	72	..	..	
54 St. Christoph und Nevis	41	b	d	..	..	6,4	69	..	..	
55 St. Vincent und die Grenadinen	113	b	e	1,9	10,9	5,8	70	..	..	
56 Amerikanische Jungferninseln	109	b	c	..	..	..	74	..	..	

Anmerkung: Für kursiv gedruckte Länder kann für 1989 kein BSP pro Kopf errechnet werden; kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre.

a. Vgl. die Technischen Erläuterungen zu Tabelle 1. b. Weniger als 500 Quadratkilometer. c. Das BSP pro Kopf liegt schätzungsweise im Bereich des hohen Einkommens. d. Das BSP pro Kopf liegt schätzungsweise im oberen Bereich des mittleren Einkommens. e. Das BSP pro Kopf liegt schätzungsweise im unteren Bereich des mittleren Einkommens. f. Die Bevölkerung beträgt mehr als 1 Million.

## Sonderbeitrag A.2 Ausgewählte Kennzahlen für Übrige Länder

	Albanien		Ehemalige Deutsche Dem. Rep.		Demokr. Volksrep. Korea		Kuba		Sowjetunion	
	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989	1965	1989
Bevölkerung (in Mio)	2	3	17	17	12	21	8	11	232	288
Städtische Bevölkerung (in %)	32	35	73	77	45	60	58	74	52	66
Lebenserwartung bei der Geburt (Jahre)	66	72	70	74	57	70	67	76	69	70
Unbereinigte Geburtenziffer (je 1.000 Einwohner)	35	24	17	12	44	22	34	18	18	18
Unbereinigte Sterbeziffer (je 1.000 Einwohner)	9	6	14	13	12	5	8	7	7	10
Einwohner je Arzt	2.100	..	870	440	..	420	1.150	530	480	270
Zusammengefaßte Geburtenziffer	5,4	3,0	2,5	1,8	6,5	2,4	4,4	1,9	2,5	2,4
Säuglingssterblichkeit (je 1.000 Lebendgeburten)	87	26	25	8	63	27	38	12	28	24
Untergewicht bei der Geburt (in %)	..	..	..	6	..	..	..	8	..	..
Sterblichkeit bis Ende des 5. Lebensjahres (je 1.000 Lebendgeburten, weiblich)	..	28	..	9	..	27	..	14	..	25
Sterblichkeit bis Ende des 5. Lebensjahres (je 1.000 Lebendgeburten, männlich)	..	34	..	12	..	36	..	17	..	33
Tägliches Kalorienangebot (pro Kopf)	2.376	2.741	3.203	3.890	2.298	3.193	2.373	3.103	3.205	3.386
Index der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf (1979/81 = 100)	84	96	72	113	73	108	82	108	86	113
Erziehung in Grundschulen (weiblich)	87	98	111	105	..	100	119	101	103	..
Erziehung in Grundschulen (insgesamt)	92	99	109	105	..	100	121	104	103	105
Fläche (in T-d. Quadratkilometer)	..	29	..	108	..	121	..	111	..	22.402
Projektierte Bevölkerung im Jahr 2000 (in Mio)	..	4	..	15	..	25	..	12	..	307

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. die Technischen Erläuterungen zur entsprechenden Haupttabelle. Kursive Zahlen gelten für andere als die angegebenen Jahre. a. Nicht enthalten in der Ländergruppe „Übrige Länder“ der Haupttabelle.

auf drei Basisjahre umbasiert und miteinander verknüpft. Das Jahr 1970 ist das Basisjahr für Daten von 1960 bis 1975, 1980 für solche von 1976 bis 1982 und 1987 für Daten von 1983 und später. Diese drei Zeiträume werden „verkettet“, um für alle drei Perioden konstante Preise von 1987 zu erhalten.

Die Verkettung wird für jeden der drei Teilzeiträume durch eine Maßstabsänderung erreicht; sie verschiebt das Jahr, in dem die zu jeweiligen und die zu konstanten Preisen berechneten Versionen derselben Zeitreihen den gleichen Wert aufweisen, ohne den Trend der Zeitreihen zu ändern. Die Komponenten des BIP werden individuell umbasiert und aufaddiert, um das BIP und seine Aggregate zu zeigen. Dabei kann zwischen dem BIP zu konstanten Preisen auf Grundlage der Entstehungsrechnung und dem BIP auf Grundlage der Ausgaben eine Umbasierungs-Abweichung auftreten.

Solche Umbasierungs-Abweichungen werden vom *Privaten Verbrauch usw.* unter der Annahme absorbiert, daß das nach der Entstehungsseite ermittelte BIP eine verlässlichere Schätzung darstellt als das BIP auf Grundlage der Ausgaben.

Da der private Verbrauch als Rest errechnet wird, bleiben die Identitäten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erhalten. Durch die Umbasierung werden dem privaten Verbrauch sämtliche statistischen Diskrepanzen zugerechnet, die bei den Ausgaben im Umbasierungsprozeß auftreten. Auch die Wertschöpfung im Dienstleistungssektor enthält eine statistische Diskrepanz, wenn eine solche in den Ursprungsquellen ausgewiesen ist.

Von einigen Ausnahmen abgesehen, ändert die Verwendung der Werte von 1987 statt von 1980 als Ländergewichte die hier angegebenen Gruppenindizes und Wachstumsraten nicht nennenswert. Die

wichtigsten Ausnahmen betreffen die Ölexporture; darin spiegelt sich deren rückläufiger Gruppenanteil am BSP, am Außenhandel und anderen Größen in den Jahren von 1980 bis 1987 wider. Das schlägt angesichts des dramatischen Rückgangs des Gewichts von Nigeria vor allem für Afrika südlich der Sahara zu Buche. Im Gegensatz dazu dürfte die Verschiebung des Basisjahres bei den Länderreihen selbst, wie oben beschrieben, deren Trends erheblich verändern. Verbreitet könnte es zu Unterschieden von einem halben Prozentpunkt pro Jahr bei den Wachstumsraten kommen; größere Änderungen könnten bei Volkswirtschaften auftreten, die beträchtliche strukturelle Veränderungen durchgemacht haben, wie etwa die ölexportierenden Länder.

Die zusammenfassenden Kennzahlen werden durch einfache Addition errechnet, sofern eine Variable in sinnvoll vergleichbaren Recheneinheiten ausgedrückt ist. Kennzahlen, die von vornherein nicht additiv zu ermitteln sind, werden üblicherweise durch eine Preisgewichtung zusammengefügt. Die zusammenfassenden Kennzahlen der sozialen Indikatoren sind mit der Bevölkerung gewichtet.

Die Kennzahlen der Weltentwicklung enthalten, anders als die *World Tables*, Angaben für (üblicherweise) zwei Referenzjahre statt Jahreszeitreihen. Bei den zusammenfassenden Kennzahlen, die eine Reihe von Jahren betreffen, basieren die Berechnungen in zeitlicher und sachlicher Hinsicht auf der gleichen Länderzusammensetzung. Für die Kennzahlen der Weltentwicklung können Gruppenkennzahlen nur dann zusammengestellt werden, wenn die für ein bestimmtes Jahr verfügbaren Länderangaben mindestens zwei Drittel der gesamten Gruppe ausmachen, und zwar bezogen auf die Referenzwerte des Jahres 1987. Solange dieses Kriterium erfüllt ist, wird angenommen, daß unregelmäßig berichtende Länder (und solche, die nicht den gesamten Zeitraum abdecken) sich in Jahren mit fehlenden Daten wie der Teil der Gruppe verhalten, für den Schätzwerte vorliegen. Die Leser sollten beachten, daß angestrebt wird, trotz zahlloser Probleme mit Länderangaben die zusammenfassenden Kennzahlen im Hinblick auf die betreffende Ländergruppe vergleichbar zu halten und daß aus den Gruppenkennzahlen keine sinnvollen Schlüsse über die Entwicklung auf Länderebene abgeleitet werden können. Zudem kann der Gewichtungsprozeß zu Diskrepanzen zwischen aufsummierten Daten der Untergruppen und den Gesamtangaben führen. Wegen weiterer Einzelheiten vergleiche die Einführung zu den *World Tables*.

Alle Zuwachsraten sind aus realen Größen abgeleitet und, soweit nichts Gegenteiliges angemerkt wird, mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate berechnet. Bei diesem Verfahren erhält man die Zuwachsrate  $r$  durch Anpassung eines linearen Trends an die Logarithmen der Jahreswerte der Variablen innerhalb des Untersuchungszeitraums. Genauer gesagt, hat die Regressionsgleichung die Form  $\log X_t = a + bt + e_t$ , dies ist das Äquivalent der logarithmischen Umformung der exponentiellen Wachstumsgleichung  $X_t = X_0 (1 + r)^t$ . In diesen Gleichungen bezeichnet  $X$  die Variable,  $t$  die Zeit, und  $a = \log X_0$  sowie  $b = \log (1+r)$  sind die zu schätzenden Parameter;  $e$  ist die Fehlergröße. Wenn  $b^*$  der nach der Methode der kleinsten Quadrate geschätzte Wert von  $b$  ist, dann ergibt sich die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate  $r$  als  $[\text{antilog}(b^*)] - 1$ ; um sie in Prozent auszudrücken, wird mit 100 multipliziert.

### Tabelle 1: Grundlegende Kennzahlen

Die Tabelle in Sonderbeitrag A.1 enthält grundlegende Kennzahlen für Länder mit einer Bevölkerung von weniger als einer Million. Wegen ausgewählter Kennzahlen für übrige Länder und die ehemalige Deutsche Demokratische Republik vgl. Sonderbeitrag A.2.

Die *Bevölkerungszahlen* Mitte 1989 sind Schätzungen der Weltbank. Diese sind normalerweise Projektionen, die auf der letzten Volkszählung oder auf Erhebungen basieren; die meisten stammen aus den achtziger Jahren und bei wenigen Ländern aus den sechziger oder siebziger Jahren. Angemerkt sei, daß Flüchtlinge, die sich in dem asylgewährenden Land nicht auf Dauer niedergelassen haben, im allgemeinen als Teil der Bevölkerung des Herkunftslandes betrachtet werden.

Die Angaben zur *Fläche* stammen von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO). Die Fläche besteht aus der gesamten Oberfläche eines Landes, gemessen in Quadratkilometern, und umfaßt die Landfläche sowie inländische Wasserflächen.

Die Angaben zum *BSP pro Kopf* in US-Dollar wurden nach dem oben beschriebenen *Weltbank Atlas*-Verfahren berechnet.

Das *BSP pro Kopf* als solches ist weder konstitutiv noch indikativ für den Wohlstand oder den Erfolg des Entwicklungsprozesses. Es unterscheidet weder zwischen der Zweckbestimmung und der Endverwendung eines bestimmten Produkts, noch besagt

es etwas darüber, ob es lediglich einige natürliche oder sonstige Nachteile ausgleicht oder die Wohlfahrt beeinträchtigt oder steigert. So ist das BSP höher in Ländern mit kälterem Klima, wo man Geld für Heizung und warme Kleidung ausgeben muß, als in mildem Klima, wo man im Freien leichte Kleidung tragen kann.

Allgemeiner betrachtet, abstrahiert das BSP von der Umwelt, insbesondere von der Verwendung natürlicher Ressourcen. Die Bank versucht zusammen mit anderen Stellen herauszufinden, wie volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen über diese Fragen Aufschluß geben können. Dabei wird die Möglichkeit erwogen, „Satelliten“-Rechnungen zu entwickeln; solche Rechnungen müßten sich mit praktischen und konzeptionellen Problemen auseinandersetzen wie der Bestimmung eines sinnvollen ökonomischen Wertes von Ressourcen, die die Märkte nicht als „knapp“ empfinden, und der Zurechnung von Kosten, die im wesentlichen globaler Natur sind, innerhalb eines inhärent nationalen Rechenwertes.

Das BSP mißt die gesamte in- und ausländische Wertschöpfung, auf die die Bewohner eines Landes Anspruch haben. Es schließt das BIP (definiert in den Erläuterungen zu Tabelle 2) zuzüglich des Netto-Faktoreinkommens aus dem Ausland ein; letzteres besteht aus dem Einkommen, das Inländern aus dem Ausland für Faktorleistungen (Arbeit und Kapital) zufließt abzüglich ähnlicher Zahlungen an Ausländer, die zum Inlandsprodukt beigetragen haben.

Bei der Schätzung des BSP pro Kopf ist sich die Bank bewußt, daß eine volle internationale Vergleichbarkeit der Schätzungen für das BSP pro Kopf nicht erreichbar ist. Neben dem klassischen, streng genommen unlösbaren Indexzahlenproblem stehen einer angemessenen Vergleichbarkeit zwei Probleme im Weg. Eines betrifft die BSP- und Bevölkerungsschätzwerte selbst. Zwischen den einzelnen Ländern gibt es Unterschiede bei den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und den Bevölkerungsstatistiken sowie im Umfang und der Verlässlichkeit der zugrundeliegenden statistischen Informationen. Das andere ergibt sich aus der Verwendung amtlicher Wechselkurse bei der Umrechnung der in verschiedenen nationalen Währungen ausgedrückten BSP-Daten mittels eines gemeinsamen Denominators – üblicherweise des US-Dollars –, um sie international zu vergleichen.

Aus der Einsicht, daß diese Unzulänglichkeiten die Vergleichbarkeit der Schätzwerte des BSP pro Kopf beeinträchtigen, hat die Weltbank verschiede-

ne Verbesserungen des Schätzverfahrens vorgenommen. Im Zuge der regelmäßigen Überprüfung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ihrer Mitgliedsländer berechnet die Bank systematisch BSP-Schätzwerte, wobei sie sich besonders auf die zugrundeliegende Abgrenzung und Konzeption konzentriert und erforderlichenfalls Anpassungen vornimmt, um die Vergleichbarkeit zu verbessern. Als Teil der Überprüfung konnten vom Stab der Bank für die allerjüngsten Zeiträume Schätzungen des BSP (und gelegentlich der Bevölkerung) entwickelt werden.

Die Bank überprüft auch systematisch die Angemessenheit amtlicher Wechselkurse als Umrechnungsfaktoren. Ein alternativer Umrechnungsfaktor wird dann angewendet (und in den *World Tables* publiziert), wenn der amtliche Wechselkurs zu stark von dem Kurs abweicht, der den Auslandstransaktionen tatsächlich zugrunde liegt. Das gilt nur für eine kleine Zahl von Ländern. Für alle übrigen Länder berechnet die Bank das BSP pro Kopf unter Verwendung des *Atlas*-Verfahrens.

Der *Atlas*-Umrechnungsfaktor für jedes Jahr besteht aus dem Durchschnitt der Wechselkurse für das jeweilige und die beiden vorhergehenden Jahre, die um das Verhältnis der Inflationsraten des betreffenden Landes und der Vereinigten Staaten bereinigt worden sind. Dieser Dreijahresdurchschnitt glättet die Preis- und Wechselkursfluktuationen für jedes Land. Das so ermittelte BSP in US-Dollar wird durch die Bevölkerungszahl von Mitte der letzten drei Jahre dividiert, um das BSP pro Kopf zu erhalten.

In den achtziger Jahren verzeichneten etwa sechzig Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen einen Rückgang des realen BSP pro Kopf. Außerdem haben starke Fluktuationen der Wechselkurse und der Terms of Trade das relative Einkommensniveau beeinflusst. Daher haben sich Niveau und Reihenfolge des BSP pro Kopf, das nach dem *Atlas*-Verfahren berechnet wurde, manchmal auf eine Weise geändert, die nicht notwendigerweise mit dem relativen Inlandswachstum der Volkswirtschaften zusammenhängt.

Die folgenden Formeln beschreiben das Verfahren zur Berechnung des Umrechnungsfaktors für das Jahr  $t$ :

$$(e_{t-2,t}) = \frac{1}{3} \left[ e_{t-2} \left( \frac{P_t}{P_{t-2}} \left| \frac{P_t^s}{P_{t-2}^s} \right| \right) + e_{t-1} \left( \frac{P_t}{P_{t-1}} \left| \frac{P_t^s}{P_{t-1}^s} \right| \right) + e_t \right]$$

sowie für die Berechnung des BSP pro Kopf in US-Dollar für das Jahr  $t$ :

$$(Y_t^S) = (Y_t / N_t \div e_{t-2,t}^S)$$

dabei ist:

$Y_t$  = laufendes BSP (in heimischer Währung) im Jahr  $t$

$P_t$  = BSP-Deflator für das Jahr  $t$

$e_t$  = jahresdurchschnittlicher Wechselkurs (heimische Währung/US-Dollar) im Jahr  $t$

$N_t$  = Bevölkerung zur Mitte des Jahres  $t$

$P_t^S$  = BSP-Deflator der Vereinigten Staaten im Jahr  $t$ .

Wegen der mit der Verfügbarkeit vergleichbarer Daten und mit der Bestimmung von Umrechnungsfaktoren verbundenen Probleme werden für einige Länder keine Angaben über das BSP pro Kopf gemacht.

Die Verwendung amtlicher Wechselkurse zur Umrechnung von Angaben in nationaler Währung in US-Dollar spiegelt nicht die relative inländische Kaufkraft der Währungen wider. Das Internationale Vergleichsprojekt (IVP) der Vereinten Nationen hat Meßziffern des realen BIP auf international vergleichbarer Basis entwickelt, denen als Umrechnungsfaktoren Kaufkraftparitäten (KKP) anstelle von Wechselkursen zugrunde liegen; für die jüngsten IVP-Schätzungen vgl. Tabelle 30. Informationen über das IVP sind in vier Untersuchungen sowie in einer Reihe anderer Veröffentlichungen publiziert worden. Die jüngste Untersuchung ist Phase V, die teilweise bereits durch die Europäischen Gemeinschaften (EG) – für Europa und Afrika – und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht worden ist.

Die in Tabelle 30 wiedergegebenen IVP-Zahlen sind vorläufig und können revidiert werden. Die Vereinten Nationen und ihre regionalen Wirtschaftskommissionen sowie andere internationale Organisationen wie die EG, die OECD und die Weltbank arbeiten daran, die Methoden zu verbessern und jährliche Kaufkraftvergleiche auf alle Länder auszudehnen. Die Wechselkurse bleiben jedoch das einzige allgemein verfügbare Mittel, um das BSP von nationalen Währungen in US-Dollar umzurechnen.

Die *durchschnittliche jährliche Inflationsrate* wird gemessen an der Zuwachsrate des impliziten Deflators des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die jeweils ausgewiesenen Zeitabschnitte. Bei der Berechnung des BIP-Deflators wird zunächst der Wert des BIP zu laufenden Preisen für jedes Jahr der einzelnen

Zeitabschnitte durch den Wert des BIP zu konstanten Preisen dividiert, wobei die Bewertung jeweils in nationaler Währung erfolgt. Anschließend wird die Zuwachsrate des BIP-Deflators für die einzelnen Zeiträume unter Verwendung der Methode der kleinsten Quadrate errechnet. Die Aussagefähigkeit dieser Kennzahl, wie jeder anderen Maßgröße der Inflation, ist begrenzt. Sie wird hier jedoch in einigen Fällen als Indikator der Inflation verwendet, da sie die am breitesten fundierte Kennzahl ist, die die jährlichen Preisänderungen für alle Güter und Dienstleistungen erfaßt, die in einer Volkswirtschaft produziert werden.

Die *Lebenserwartung bei der Geburt* gibt die Anzahl der Jahre an, die ein neugeborenes Kind leben würde, wenn die zum Zeitpunkt seiner Geburt vorherrschenden Sterblichkeitsrisiken während seines Lebens gleichbleiben würden. Die Angaben stammen aus der Abteilung für Bevölkerungsfragen der VN, ergänzt um Daten der Weltbank; sie spiegeln noch nicht die möglicherweise signifikanten Auswirkungen der epidemischen Ausbreitung des menschlichen Immunschwäche-Virus (HIV) wider.

Die *Analphabetenquote bei Erwachsenen* ist hier definiert als der Teil der über 15 Jahre alten Bevölkerung, der nicht in der Lage ist, eine kurze, einfache Aussage über sein tägliches Leben mit Verstand zu lesen und zu schreiben. Dies ist nur eine von drei weitgehend akzeptierten Definitionen, und sie wird in einer Reihe von Ländern in einer modifizierten Form angewendet.

Die zusammenfassenden Kennzahlen für das BSP pro Kopf, die Lebenserwartung und die Analphabetenquote bei Erwachsenen werden in dieser Tabelle mit der Bevölkerung gewichtet. Die Kennzahlen für die durchschnittlichen jährlichen Inflationsraten werden mit dem BIP-Anteil der Länder von 1987 gewichtet, bewertet zu jeweiligen Dollar.

## Tabellen 2 und 3: Wachstum und Struktur der Produktion

Die verwendeten Definitionen sind überwiegend identisch mit den Definitionen in der *Systematik für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen* (SVG), Reihe F, Nr. 2, Revision 3 der VN. Schätzungen stammen aus nationalen Quellen und erreichen die Weltbank gelegentlich über internationale Organisationen, werden jedoch häufiger durch den Stab der Weltbank bei Länderbesuchen zusammengetragen.

Der Stab der Weltbank überprüft die Qualität der

Angaben zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und trägt in einigen Fällen durch Länderbesuche und technische Unterstützung zur Anpassung der nationalen Reihen bei. Wegen der gelegentlich begrenzten Fähigkeiten statistischer Stellen und Problemen mit Basisdaten kann eine strikte internationale Vergleichbarkeit nicht erreicht werden, insbesondere bei schwierig zu messenden wirtschaftlichen Aktivitäten, wie bei Transaktionen auf Parallelmärkten, beim informellen Sektor und der Subsistenzlandwirtschaft.

Das BIP mißt die gesamte zur Endverwendung bestimmte Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen, die sowohl von Gebietsansässigen als auch von Ausländern produziert werden, ohne Rücksicht darauf, ob das Verfügungsrecht über diese Leistungen Inländern oder Ausländern zusteht. Bei der Berechnung des BIP werden keine Abzüge für den Verbrauch von „produzierten“ Aktiva oder für Substanzverluste oder Verschlechterung natürlicher Ressourcen vorgenommen. Zwar sieht die SVG vor, daß die Beiträge der Sektoren zum BIP auf Basis von Erzeugerpreisen geschätzt werden, doch melden viele Länder solche Details zu Faktorkosten. Die internationale Vergleichbarkeit der Schätzungen wird durch die Anwendung unterschiedlicher Bewertungssysteme durch die Länder bei der Berichterstattung über die Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen beeinträchtigt. Als Teillösung werden die BIP-Schätzungen zu Käuferpreisen angegeben, wenn die Komponenten hierauf basieren; in diesen Fällen zeigt dies eine Fußnote an. In den Tabellen 2 und 3 ist jedoch bei einigen wenigen Ländern das BIP zu Käuferpreisen durch das BIP zu Faktorkosten ersetzt worden.

Die BIP-Angaben sind Dollar-Werte, die mittels amtlicher Wechselkurse des jeweiligen Jahres aus heimischer Währung umgerechnet wurden. Für einige Länder, bei denen der amtliche Wechselkurs die bei den Fremdwährungstransaktionen tatsächlich angewandten Kurse nicht widerspiegelt, wird ein alternativer Umrechnungsfaktor benutzt (und in den *World Tables* publiziert). Es sei angemerkt, daß in dieser Tabelle nicht die Dreijahres-Durchschnittsberechnung angewandt wird, die bei der Ermittlung des BSP pro Kopf in Tabelle 1 benutzt wurde.

Die Landwirtschaft umfaßt Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei und Landwirtschaft im engeren Sinn. In Entwicklungsländern mit ausgeprägter Subsistenzlandwirtschaft wird ein Großteil der landwirtschaftlichen Erzeugung weder getauscht noch gegen Geld gehandelt. Dies vergrößert die Schwierigkeiten, den Beitrag der Landwirtschaft zum BIP zu messen, und

mindert die Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit solcher Daten. Zur *Industrie* gehören die Wertschöpfung des Bergbaus, des Verarbeitenden Gewerbes (auch als separate Untergruppe gezeigt), der Bauwirtschaft, Strom-, Wasser- und Gasversorgung. Die Wertschöpfung aller übrigen Wirtschaftszweige, einschließlich der unterstellten Bankdienstleistungen, der Einfuhrabgaben und aller von nationalen Stellen angegebenen statistischen Diskrepanzen, wird unter *Dienstleistungen usw.* ausgewiesen.

Die komponentenweise umbasierten verketteten Zeitreihen auf Preisbasis 1987 in heimischen Währungen werden, wie zu Beginn der Technischen Erläuterungen erklärt, zur Errechnung der Wachstumsraten in Tabelle 2 benutzt. Die sektoralen Anteile des BIP in Tabelle 3 beruhen auf Zeitreihen in jeweiligen Preisen.

Bei der Berechnung der zusammenfassenden Kennzahlen in Tabelle 2 werden für jedes Land komponentenweise umbasierte Beträge in US-Dollar von 1987 für jedes Jahr der angegebenen Zeiträume berechnet, die Jahreswerte werden häufig nach Regionen aggregiert, und dann wird die Methode der kleinsten Quadrate zur Berechnung der Zuwachsraten angewendet. Die durchschnittlichen sektoralen Anteile der Tabelle 3 wurden aus den gruppenweise zusammengefaßten Werten des sektoralen BIP in jeweiligen US-Dollar berechnet.

#### **Tabelle 4: Landwirtschaft und Nahrungsmittel**

Die Ausgangsdaten zur *Wertschöpfung in der Landwirtschaft* stammen aus Zeitreihen der Weltbank über nationale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen zu jeweiligen Preisen in nationalen Währungen. Die Wertschöpfung in jeweiligen Preisen und nationaler Währung wird unter Anwendung des in den technischen Erläuterungen für Tabelle 2 und 3 beschriebenen Umrechnungsverfahrens in US-Dollar umgerechnet.

Die übrigen Angaben dieser Tabelle stammen von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO). Die *Getreideeinfuhr* ist in Getreideeinheiten ausgedrückt und so definiert, daß sie alle Getreidesorten in den Gruppen 041–046 des *Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel* (SITC – Standard International Trade Classification, Revision 2) umfaßt. Die *Nahrungsmittelhilfe in Form von Getreide* umfaßt Weizen und Mehl, Bulgur, Reis, Grobgetreide und den Getreideanteil von Lebensmittelzubereitungen. Die Angaben sind wegen Unterschieden im Berichtswesen und bei der zeitli-

chen Abgrenzung nicht ohne weiteres vergleichbar. Die Getreideimporte basieren auf Angaben der Empfängerländer nach Kalenderjahren, während die Angaben zur Nahrungsmittelhilfe in Getreide auf Daten von Geberländern und internationalen Organisationen (einschl. des Weltweizenrates und des Welternährungsprogramms) über Erntejahre beruhen. Außerdem können die Angaben über Nahrungsmittelhilfe seitens der Geberländer von den tatsächlichen Eingängen bei den Empfängerländern in einem bestimmten Zeitraum wegen Verzögerungen beim Transport und der Erfassung abweichen oder weil die Hilfe gelegentlich der FAO oder anderen einschlägigen internationalen Organisationen nicht gemeldet wird. Importe von Nahrungsmittelhilfen können zudem nicht in den Zollstatistiken enthalten sein. Die frühest verfügbaren Angaben über Nahrungsmittelhilfe betrafen das Jahr 1974. Der Zeitraum für die Nahrungsmittelhilfe ist das Erntejahr Juli bis Juni.

Der *Düngemittelverbrauch* mißt die angewandten Pflanzennährstoffe im Verhältnis zu den vorhandenen Anbauflächen. Zu den Düngemitteln gehören Stickstoff-, Kali- und Phosphatdünger (einschließlich mineralischer Phosphate). Zu den anbaufähigen Flächen zählen Flächen mit wechselnden Kulturen (Böden mit Mehrfachernten werden nur einmal gezählt) sowie zeitweilig angelegte Wiesen zum Mähen oder Weiden, Gärten für den Markt oder Eigenbedarf und vorübergehend brachliegendes oder ungenutztes Land sowie Dauerkulturen. Der Zeitraum für den Düngemittelverbrauch ist das Erntejahr Juli bis Juni.

Der *Durchschnittsindex der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf* mißt die durchschnittliche jährliche Nahrungsmittelmenge pro Kopf, die in den Jahren 1987 bis 1989 erzeugt wurde, bezogen auf die durchschnittliche Jahresproduktion im Zeitraum 1979 bis 1981. Die Schätzwerte wurden durch Division der mengenmäßigen Nahrungsmittelerzeugung durch die gesamte Bevölkerung ermittelt. Der Begriff Nahrungsmittel umfaßt Nüsse, Hülsenfrüchte, Früchte, Getreide, Gemüse, Zuckerrohr und -rüben, stärkehaltige Wurzeln und Knollen, Pflanzen zur Erzeugung von Speiseöl, Viehbestand und Tierprodukte. Unberücksichtigt bleiben Viehfutter, Saatgut für die Verwendung in der Landwirtschaft sowie Verluste bei Verarbeitung und Vertrieb.

Die zusammenfassenden Kennzahlen für den Düngemittelverbrauch sind gewogen mit den gesamten anbaufähigen Flächen; diejenigen der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf sind mit der Bevölkerung gewogen.

## Tabelle 5: Kommerzielle Energie

Die Angaben zur Energie stammen hauptsächlich aus Quellen der Vereinten Nationen. Sie umfassen die handelsüblichen primären Energieformen Erdöl, Erdgas und verflüssigtes Erdgas, feste Brennstoffe (Stein- und Braunkohle u. a.) sowie Primärstrom (mit Wasser- und Kernkraft sowie geothermisch erzeugte Elektrizität), jeweils umgerechnet in Erdöleinheiten. Die Angaben zum Verbrauch flüssiger Brennstoffe schließen Mineralölerzeugnisse ein, die nicht als Energieträger verbraucht wurden. Bei der Umrechnung von Primärstrom in Erdöleinheiten wurde ein fiktiver thermischer Wirkungsgrad von 34 Prozent unterstellt. Die Verwendung von Brennholz, getrockneten Tierexkrementen und anderen herkömmlichen Brennstoffen wurde, obwohl sie in einigen Entwicklungsländern von erheblicher Bedeutung ist, nicht berücksichtigt, da hierüber keine verlässlichen und umfassenden Angaben vorliegen.

Die *Energieeinfuhr* bezieht sich auf den Dollarwert der Energieimporte – Abschnitt 3 des *Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel* (SITC-Standard International Trade Classification), Revision 1 – und ist ausgedrückt als Prozentsatz der Warenausfuhrerlöse. Da die verfügbaren Daten zur Energieeinfuhr keine Unterscheidung zwischen Rohöleinfuhren für den Brennstoffverbrauch und für den Einsatz in der Petrochemie erlauben, könnten diese Prozentzahlen die Abhängigkeit von der Energieeinfuhr überbewerten.

Die zusammenfassenden Kennzahlen von Energieproduktion und -verbrauch sind durch Aggregation der jeweiligen Mengen für jedes Jahr im betreffenden Zeitraum und durch Anwendung einer Trendschätzung nach der Methode der kleinsten Quadrate ermittelt worden. Für den Energieverbrauch pro Kopf wurden Bevölkerungsgewichte benutzt, um zusammenfassende Kennzahlen für die angegebenen Jahre zu errechnen.

Die zusammenfassenden Kennzahlen der Energieeinfuhren als Prozentsatz der Warenausfuhren wurden aus den gruppenweise zusammengefaßten Werten der Energieeinfuhren und Warenausfuhren in jeweiligen Dollar errechnet.

## Tabelle 6: Struktur des Verarbeitenden Gewerbes

Die Ausgangsdaten für die *Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe* stammen aus den Zeitreihen der

Weltbank über Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen zu jeweiligen Preisen und in nationalen Währungen. Die Wertschöpfung in jeweiligen Preisen und nationalen Währungen wurde in US-Dollar umgerechnet, wobei das Umrechnungsverfahren nach einzelnen Jahren angewandt wurde, das in den Technischen Erläuterungen zu den Tabellen 2 und 3 beschrieben wird.

Die Daten über die prozentuale Verteilung der Wertschöpfung auf die Wirtschaftszweige stammen von der Organisation für Industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen, und die Berechnungen der Verteilung gehen von heimischen Währungen zu jeweiliger Preisen aus.

Die Untergliederung des Verarbeitenden Gewerbes stimmt mit dem *Internationalen Verzeichnis der Wirtschaftszweige der Vereinten Nationen für alle wirtschaftlichen Aktivitäten* (ISIC – International Standard Industrial Classification of All Economic Activities), Revision 2, überein. *Nahrungsmittel, Getränke und Tabak* umfassen die ISIC-Abteilung 31; *Textilien und Bekleidung* die Abteilung 32; *Maschinen, Elektrotechnik und Fahrzeuge* die Hauptgruppen 382 bis 384 und *Chemische Erzeugnisse* die Hauptgruppen 351 und 352. *Übriges* umfaßt Holz und verwandte Erzeugnisse (Abteilung 33), Papier und verwandte Erzeugnisse (Abteilung 34), Erdöl und verwandte Erzeugnisse (Hauptgruppen 353 bis 356), Grundmetalle und mineralische Erzeugnisse (Abteilung 36 bis 37), verarbeitete Metallprodukte und Arbeitsgeräte (Hauptgruppen 381 und 385) sowie übrige Industriezweige (Hauptgruppe 390). Sofern Angaben für Textilien, Maschinen oder chemische Erzeugnisse als nicht verfügbar gekennzeichnet sind, sind sie in *Übriges* enthalten.

Die für die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe angegebenen zusammenfassenden Kennzahlen sind Gesamtangaben, die mittels des zu Beginn der Technischen Erläuterungen erwähnten Aggregationsverfahrens berechnet wurden.

**Tabelle 7:**  
**Einkommen und Produktion im**  
**Verarbeitenden Gewerbe**

In dieser Tabelle werden vier Kennzahlen gezeigt – zwei betreffen das Realeinkommen je Beschäftigten, eine den Anteil des Arbeitseinkommens an der gesamten Wertschöpfung und eine die Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe. Die Kennzahlen basieren auf Daten der Organisation für Industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen

(UNIDO), wobei die Deflatoren – wie unten dargelegt – aus anderen Quellen stammen.

Die *Einkommen je Beschäftigten* sind in konstanten Preisen ausgedrückt und abgeleitet durch Deflationierung nominaler Einkommen je Beschäftigten mit dem Verbraucherpreisindex (VPI) des Landes. Der VPI ist den *International Financial Statistics* (IFS) des Internationalen Währungsfonds entnommen. Die *Gesamteinkommen in Prozent der Wertschöpfung* wurden durch Division der gesamten Nominaleinkommen der Beschäftigten durch die Wertschöpfung in jeweiligen Preisen gewonnen und zeigen den Anteil des Faktors Arbeit an dem im Verarbeitenden Gewerbe geschaffenen Einkommen. Die *Bruttoproduktion je Beschäftigten* wird in konstanten Preisen und als Index der gesamten Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe mit dem Basisjahr 1980 angegeben. Um diese Kennzahlen abzuleiten, wurden die UNIDO-Daten über die Bruttoproduktion je Beschäftigten zu jeweiligen Preisen bereinigt, indem die impliziten Deflatoren der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe oder in der Industrie, die aus den Datensammlungen der Weltbank stammen, angewandt wurden.

Um die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern zu verbessern, hat die UNIDO, soweit möglich, den Kreis der erfaßten Unternehmen auf solche mit fünf oder mehr Beschäftigten standardisiert.

Die Begriffe und Definitionen stimmen überein mit den von den Vereinten Nationen veröffentlichten *Internationalen Empfehlungen für Industriestatistiken. Einkommen* (Löhne und Gehälter) sind alle vom Arbeitgeber an den Arbeitnehmer im Verlauf des Jahres geleisteten Vergütungen. Die Zahlungen schließen ein (a) alle regelmäßigen und Überstundenvergütungen sowie Zulagen und Kaufkraftausgleichszahlungen; (b) während Urlaub und Krankheit gezahlte Löhne und Gehälter; (c) Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und dergleichen, die von den Beschäftigten zu entrichten sind und vom Arbeitgeber abgezogen werden, sowie (d) Zahlungen in Naturalien.

Der Wert der Bruttoproduktion wird entweder auf der Basis der Erzeugung oder der Lieferungen geschätzt. Auf der Basis der Erzeugung besteht er aus (a) dem Wert aller Erzeugnisse des Betriebes, (b) dem Wert der für andere erbrachten industriellen Dienstleistungen, (c) dem Wert der Güter, die im gleichen Zustand verkauft wie bezogen wurden, (d) dem Wert der abgegebenen Elektrizität und (e) der Nettoveränderung des Bestandes an halbfertigen Produkten im Verlauf der Referenzperiode. Bei Schätzungen auf Lieferungsbasis wird die Nettover-

änderung der Lagerbestände an Fertigerzeugnissen im Verlauf der Referenzperiode ebenfalls einbezogen. Die „Wertschöpfung“ ist definiert als der laufende Wert der Bruttoproduktion abzüglich der laufenden Kosten (a) von Materialien, Brennstoffen und sonstigen verbrauchten Gütern, (b) von Auftrags- und Kommissionsleistungen durch Dritte, (c) von Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten durch Dritte und (d) von Gütern, die im gleichen Zustand verkauft wie bezogen wurden.

Die Bezeichnung „Beschäftigte“ in dieser Tabelle faßt zwei von den VN definierte Kategorien zusammen: regelmäßig Beschäftigte und mitwirkende Personen. Diese Gruppen zusammen umfassen die regelmäßig Beschäftigten, die mitarbeitenden Besitzer, die aktiv tätigen Geschäftspartner und ohne Bezahlung tätige Familienmitglieder; Heimarbeiter sind davon ausgenommen. Die Angaben beziehen sich auf den Durchschnitt der Beschäftigtenzahl während eines Jahres.

#### **Tabellen 8 und 9: Zunahme von Verbrauch und Investitionen; Struktur der Nachfrage**

Das BIP wird in den Erläuterungen zu Tabelle 2 und 3 definiert; in diesen beiden Tabellen ist es aber in Käuferpreisen angegeben.

Der *Allgemeine Staatsverbrauch* erfaßt alle laufenden Ausgaben auf allen öffentlichen Verwaltungsebenen für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen. Die Investitionsausgaben für nationale Verteidigung und Sicherheit werden als Verbrauchsausgaben behandelt.

Der *Private Verbrauch usw.* setzt sich zusammen aus dem Materialwert aller Güter und Dienstleistungen (einschließlich langlebiger Verbrauchsgüter wie Autos, Waschmaschinen und Heimcomputer), die von privaten Haushalten und gemeinnützigen Institutionen gekauft oder als Sacheinkommen bezogen werden. Er schließt Wohnungskäufe aus, aber die kalkulatorische Eigenmiete für Wohnraum ein, der vom Eigentümer genutzt wird (wegen Einzelheiten vgl. Tabelle 10). In der Praxis schließt er sämtliche statistischen Diskrepanzen bei der Ressourcennutzung ein. Zu konstanten Preisen umfaßt er auch die Abweichung infolge der komponentenweisen Umbasierung, die zu Beginn der Technischen Erläuterungen erklärt wird.

Die *Bruttoinlandsinvestitionen* umfassen alle Ausgaben für die Aufstockung des Anlagevermögens in der Volkswirtschaft, zuzüglich des Nettowertes von Lagerbestandsveränderungen.

Die *Bruttoinlandsersparnis* wird errechnet durch Subtraktion des gesamten Verbrauchs vom BIP.

Die *Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen)* erfaßt den Wert aller Waren- und Dienstleistungsexporte in die übrige Welt; hierzu gehören Waren, Fracht, Versicherung, Reisen und sonstige Dienstleistungen. Der Wert von Faktoreinkommen wie Investitionserträge, Zinsen und Arbeitseinkommen ist in dieser Summe nicht enthalten. Laufende Übertragungen sind ebenfalls ausgeschlossen.

Der *Ressourcensaldo* ist die Differenz zwischen der Ausfuhr und der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen ohne Faktoreinkommen.

Zur Berechnung der Kennzahlen in Tabelle 8 wurden komponentenweise umbasierte Zeitreihen auf Basis 1987 zu konstanten Preisen in Inlandswährung verwendet. Die Verteilung des BIP in Tabelle 9 ist aus den nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu laufenden Preisen in Inlandswährung errechnet.

Die zusammenfassenden Kennzahlen sind nach der Methode errechnet, die in den Anmerkungen zu Tabelle 2 und 3 erklärt wird.

#### **Tabelle 10: Struktur des Verbrauchs**

Die prozentualen Anteile ausgewählter Positionen der gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte werden aus Detailangaben zum BIP errechnet (Ausgaben zu nationalen Marktpreisen), definiert im *System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* der VN (SVG), die überwiegend für die Phasen IV (1980) und V (1985) des Internationalen Vergleichsprojekts (IVP) zusammengestellt wurden. Für nicht vom IVP erfaßte Länder sind – soweit verfügbar – weniger detaillierte Schätzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen enthalten, um ein allgemeines Bild der Gesamtstruktur des Verbrauchs zu zeigen. Die Daten betreffen vierundachtzig Länder (einschl. Schätzungen des Weltbankstabs für China) und beziehen sich auf die jüngsten Schätzungen, im allgemeinen für 1980 und 1985. Sofern sie sich auf frühere Jahre beziehen, werden sie kursiv gezeigt. Der *Verbrauch* ist hier der private (nichtöffentliche) Verbrauch, wie er im SVG und den Erläuterungen zu den Tabellen 2, 3, 4 und 9 definiert ist, mit der Ausnahme, daß die Ausgaben für Erziehung und medizinische Versorgung sowohl öffentliche als auch private Ausgaben umfassen. Das IVP-Konzept des „erweiterten Verbrauchs“ spiegelt wider, wer die Verbrauchsgüter

verbraucht und nicht wer sie bezahlt, und erhöht die internationale Vergleichbarkeit, weil es von unterschiedlichen nationalen Praktiken bei der Finanzierung von Gesundheits- und Erziehungsdiensten weniger tangiert wird.

Eine wichtige Untergruppe bei der Ernährung bilden *Getreide und Knollengewächse*. Dazu gehören die wichtigsten Stapelwaren Reis, Mehl, Brot, alle übrigen Getreidesorten und Getreideprodukte, Kartoffeln, Yam und andere Knollengewächse. Bei den OECD-Ländern mit hohem Einkommen enthält diese Untergruppe jedoch keine Knollengewächse. Die Position *Bruttomieten, Brennstoffe und Strom* umfaßt tatsächliche und kalkulatorische Mieten sowie Aufwendungen für Reparatur und Instandhaltung; gleiches gilt für die Unterposition *Brennstoffe und Strom* (für Heizung, Beleuchtung, Kochen, Klimaanlage usw.). Es sei angemerkt, daß in dieser Position die Energie für Verkehrszwecke nicht enthalten ist (die in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen selten mehr als 1 Prozent der Gesamtposition ausmacht). Wie bereits erwähnt, schließen *Medizinische Versorgung* und *Erziehung* sowohl staatliche als auch private Ausgaben ein. Zu *Verkehr und Kommunikation* gehört auch der Erwerb von PKW, der als Unterposition gezeigt wird. Die restliche Gruppe *Übriger Verbrauch* enthält Getränke und Tabakwaren, kurzlebige Haushaltswaren und Haushaltsdienstleistungen, Freizeitdienstleistungen sowie Dienstleistungen von Hotels und Gaststätten (einschl. Mahlzeiten); Mitnahme-Verpflegung ist hierin eingeschlossen. Sie umfaßt auch die getrennt gezeigte Unterposition *Übrige längerlebige Verbrauchsgüter*, bestehend aus Haushaltsgeräten, Möbeln, Ederbelägen, Freizeitgeräten, Uhren und Schmuck.

Die Schätzung der Verbrauchsstruktur ist eine der schwächsten Stellen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Die Struktur wird durch Befragungen über die Haushaltsausgaben und ähnliche Erhebungsmethoden geschätzt. Sie spiegelt daher alle Verzerrungen wider, die durch die Anlage der Stichprobe entstehen. Da die Ausgaben konzeptionell nicht mit dem Verbrauch identisch sind, entstehen andere offensichtliche Diskrepanzen, so daß für einige Länder die Daten mit Vorsicht zu behandeln sind. Beispielsweise beschränken einige Länder die Erhebung auf städtische Gebiete oder noch enger auf die Hauptstädte. Dies führt tendenziell zu außerordentlich niedrigen Anteilen der Ernährung und zu hohen Anteilen von Verkehr und Kommunikation, Bruttomieten, Brennstoffen und Strom

und Übrigem Verbrauch. Kontrollierte Nahrungsmittelpreise und die vollständige Erfassung der Subsistenzwirtschaft durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen tragen ebenfalls zu dem niedrigen Ernährungsanteil bei.

#### **Tabelle 11: Ausgaben der Zentralregierung**

Die Angaben zur Finanzierung der Zentralregierung in den Tabellen 11 und 12 stammen aus dem *Government Finance Statistics Yearbook* (1990) des IWF sowie aus dessen Datensammlung. Die Haushaltspositionen werden für jedes Land unter Verwendung des Systems von einheitlichen Definitionen und Klassifikationen ausgewiesen, die das *Manual on Government Finance Statistics* (1986) des IWF enthält.

Wegen vollständiger und maßgeblicher Erklärungen der Konzepte, Definitionen und Datenquellen vergleiche diese IWF-Quellen. Mit den folgenden Kommentaren wird hauptsächlich beabsichtigt, diese Angaben in den Gesamtzusammenhang der in dieser Ausgabe gebotenen Kennzahlen zu stellen.

Die Anteile der verschiedenen Positionen an den *Gesamtausgaben* und *laufenden Einnahmen* wurden auf der Grundlage nationaler Währungen berechnet. Bedingt durch die unterschiedliche Abgrenzung der verfügbaren Daten sind die einzelnen Bestandteile der Ausgaben und laufenden Einnahmen der Zentralregierungen, die in diesen Tabellen ausgewiesen werden, nicht ohne weiteres vergleichbar.

Darüber hinaus kann durch die unzulängliche statistische Erfassung der Behörden auf Landes-, Provinz- und Gemeindeebene, wie sie durch die Verwendung von Angaben der Zentralregierung zwangsläufig eintritt, das statistische Bild über die Verteilung der finanziellen Mittel auf die verschiedenen Ausgabenbereiche stark verzerrt werden, vor allem in Ländern, in denen die nachgeordneten Regierungsebenen erhebliche Autonomie besitzen und für eine Vielzahl wirtschaftlicher und sozialer Leistungen zuständig sind. Außerdem können die Ausgaben der „Zentralregierung“ entweder in konsolidierter Rechnung oder nach Haushaltsrechnung erfaßt sein. In den meisten Ländern sind die Finanzdaten der Zentralregierung in einem Gesamtkonto konsolidiert worden, in anderen Ländern ist nur die Haushaltsrechnung der Zentralregierung verfügbar. Da die Haushaltsrechnung nicht immer sämtliche Regierungsstellen enthält, ergibt sie üblicherweise ein unvollständiges Bild der gesamten Akti-

vitäten der Zentralregierung. Länder, die Haushaltsdaten melden, werden in Fußnoten erwähnt.

Hervorzuheben ist, daß die angegebenen Daten vor allem für Gesundheit und Erziehung aus obigen und anderen Gründen zwischen den einzelnen Ländern nicht vergleichbar sind: Viele Länder verfügen im Gesundheits- und Erziehungswesen über ein beträchtliches Angebot an privaten Leistungen. In anderen Ländern hingegen sind die öffentlichen Leistungen zwar die wichtigste Ausgabenkomponente; sie werden jedoch u. U. von nachgeordneten Verwaltungsebenen finanziert. Aus diesen Gründen sollten die Angaben nur mit großer Vorsicht für Länderquervergleiche verwendet werden. Die Ausgaben der Zentralregierung umfassen die Ausgaben aller Ministerien, Ämter, staatlichen Einrichtungen und sonstigen Stellen, die ausführende Organe oder Instrumente der zentralen Verwaltungsbehörden eines Landes sind. Sie schließen sowohl laufende als auch Investitions-(Entwicklungs-)Ausgaben ein.

*Verteidigungsausgaben* sind, unabhängig davon, ob sie durch die Verteidigungsministerien oder andere Ämter erfolgen, alle Ausgaben für die Streitkräfte, einschließlich der Ausgaben für militärische Versorgung und Ausrüstung, Bauten, Rekrutierung und Ausbildung. Hierzu zählen außerdem verwandte Positionen wie militärische Hilfsprogramme. Zu den Verteidigungsausgaben zählen nicht Ausgaben für die öffentliche Ordnung und Sicherheit, die gesondert klassifiziert werden.

Die Ausgaben für *Erziehung* umfassen Ausgaben für die Bereitstellung, Leitung, Überwachung und Unterhaltung von Vor-, Grund- und weiterführenden Schulen, Universitäten und Hochschulen sowie von berufsbezogenen, technischen und sonstigen Ausbildungseinrichtungen. Erfasst werden außerdem Ausgaben für die allgemeine Administration und Lenkung des Erziehungswesens; für Forschung über dessen Ziele, Organisation, Verwaltung und Konzeption; sowie Ausgaben für ergänzende Leistungen wie Transport, Schulspeisung und allgemein- und zahnmedizinische Behandlung an den Schulen. Es sei angemerkt, daß in Tabelle 10 alternative Angaben über die privaten und öffentlichen Ausgaben für Erziehung im Verhältnis zum Verbrauch der privaten Haushalte gezeigt werden.

Die Ausgaben für *Gesundheit* erfassen die öffentlichen Ausgaben für Krankenhäuser, allgemein- und zahnmedizinische Behandlungszentren, für Kliniken, soweit die Versorgung mit medizinischen Leistungen wesentlicher Bestandteil ihrer Tätigkeit ist, sowie Ausgaben für nationale gesundheitspoli-

tische Maßnahmen und öffentliche Krankenversicherungen und schließlich auch für Familienplanung und medizinische Vorsorgeleistungen. Es sei angemerkt, daß in Tabelle 10 ein umfassenderes Bild der privaten und öffentlichen Ausgaben für medizinische Versorgung im Verhältnis zum Verbrauch der privaten Haushalte gezeigt wird.

*Wohnungswesen und Gemeindevorrichtungen, Sozialversicherungen und Wohlfahrt* umfassen Ausgaben für den Wohnungsbau (ohne Zinssubventionen, die üblicherweise unter „Übriges“ erfaßt werden), wie etwa einkommensabhängige Fördermaßnahmen; Ausgaben für Wohnraumbeschaffung, Mietzuschüsse und Sanierung von Elendsvierteln; für Gemeindeentwicklung und für die Entsorgung. Dazu gehören auch Ausgleichszahlungen für Einkommenseinbußen an Kranke und vorübergehend Arbeitsunfähige; Zahlungen an alte, dauernd Arbeitsunfähige und Arbeitslose; Familien-, Mutterschafts- und Kindergeld sowie die Kosten von Wohlfahrtsleistungen, wie die Pflege von Alten, Invaliden und Kindern. Viele Ausgaben im Zusammenhang mit dem Umweltschutz, wie Eindämmung der Luftverschmutzung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung, sind in dieser Kategorie untrennbar enthalten.

Die *Wirtschaftsförderung* umfaßt die Ausgaben, die mit der Lenkung, Unterstützung und Leistungsverbesserung der Wirtschaft in Verbindung stehen, außerdem Ausgaben für die wirtschaftliche Entwicklung, den Ausgleich regionaler Ungleichgewichte sowie für Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen. Zu den berücksichtigten Aktivitäten gehören Forschung, Handelsförderung, geologische Erhebungen sowie die Überwachung und Steuerung bestimmter Wirtschaftszweige.

Die Position *Sonstiges* umfaßt Zinszahlungen und anderweitig nicht berücksichtigte Ausgaben; im Falle einiger Volkswirtschaften gehören hierzu auch Beträge, die anderen Positionen nicht zugerechnet werden konnten (oder Anpassungen von der Periode- an die Kassenrechnung).

Die *Gesamtausgaben* sind enger abgegrenzt als der allgemeine Staatsverbrauch in Tabelle 9, weil sie die Verbrauchsausgaben der Länder und Gemeinden nicht enthalten. Gleichzeitig sind die Ausgaben der Zentralregierung weiter abgegrenzt, weil sie deren Bruttoinlandsinvestitionen und Transferzahlungen einschließen.

Die Position *Gesamtüberschuß/-defizit* ist definiert als laufende Einnahmen, Vermögenserträge und empfangene unentgeltliche Leistungen abzüglich Gesamtausgaben und Nettokreditgewährung.

**Tabelle 12:**  
**Laufende Einnahmen der Zentralregierung**

Herkunft und Vergleichbarkeit der verwendeten Daten werden in den Anmerkungen zu Tabelle 11 beschrieben. Die laufenden Einnahmen aus den einzelnen Quellen sind als Prozentsatz der *gesamten laufenden Einnahmen* ausgedrückt, die sich aus dem Steueraufkommen und den nichtsteuerlichen Einnahmen zusammensetzen; die Berechnung erfolgt auf der Grundlage nationaler Währungen.

Die *Steuereinnahmen* umfassen die Einnahmen aus obligatorischen, unentgeltlichen und nicht rückzahlbaren Zahlungen für öffentliche Aufgaben. Sie schließen Zinseinnahmen auf rückständige Steuern sowie eingekommene Strafgebühren auf nicht oder zu spät ertrichtete Steuern ein und werden abzüglich Rückerstattungen und bereinigt um andere korrigierende Transaktionen ausgewiesen. *Steuern auf Einkommen, Gewinne und Kapitalgewinne* sind Steuern, die auf das tatsächliche oder mutmaßliche Nettoeinkommen von Einzelpersonen, auf Unternehmensgewinne sowie auf Kapitalgewinne erhoben werden, im letzten Fall unabhängig davon, ob sie aus Verkäufen von Grundstücken, Wertpapieren oder anderen Vermögenswerten realisiert wurden. Zahlungen zwischen Regierungsstellen sind durch Konsolidierung ausgeschaltet. *Beiträge zur Sozialversicherung* umfassen die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wie auch der Selbständigen und Arbeitslosen. *Inländische Steuern auf Güter und Dienstleistungen* umfassen allgemeine Verkaufs-, Umsatz- oder Mehrwertsteuern, spezielle Verbrauchsteuern auf Güter, spezielle Verbrauchsteuern auf Dienstleistungen, Steuern auf die Nutzung von Gütern oder Eigentum sowie die Gewinne staatlicher Monopole. Zu den *Steuern auf Außenhandel und internationale Transaktionen* gehören Einfuhr- und Ausfuhrzölle, die Gewinne von Ausfuhr- oder Einfuhrmonopolen, Wechselkursgewinne und Devisensteuern. Die *sonstigen Steuern* umfassen die Lohnsummen- oder Beschäftigtensteuern der Arbeitgeber, Vermögenssteuern sowie andere Steuern, die sich den übrigen Positionen nicht zurechnen lassen. Diese Position kann negative Werte enthalten, die Berichtigungen darstellen, beispielsweise für im Auftrag von Länder- und Regionalregierungen eingezogene Steuern, die sich den einzelnen Steuerarten nicht zurechnen lassen.

Zu den *nichtsteuerlichen Einnahmen* gehören die Einnahmen, die keine obligatorischen nicht rückzahlbaren Zahlungen für öffentliche Zwecke sind, wie Bußgelder, Verwaltungsgebühren oder Unter-

nehmereinkommen aus Staatseigentum. Nicht eingeschlossen sind Zahlungseingänge aus Übertragungen und Kreditaufnahmen, finanzielle Mittel, die aus der Rückzahlung früher gewährter Regierungskredite zurückfließen, das Eingehen von Verbindlichkeiten sowie Einnahmen aus dem Verkauf von Investitionsgütern.

**Tabelle 13:**  
**Geldbestände und Zinssätze**

Die Daten über die Geldbestände basieren auf Angaben der *International Financial Statistics (IFS)* des IWF. Die *Geldbestände in weiter Abgrenzung* umfassen die monetären und quasimonetären Verbindlichkeiten des Finanzsektors eines Landes gegenüber Inländern, mit Ausnahme der Zentralregierung. Bei den meisten Ländern entsprechen die Geldbestände der Summe aus Geld (IFS Zeile 34) und Quasigeld (IFS Zeile 35). Zum Geld gehören die Zahlungsmittel einer Volkswirtschaft: der Bargeldumlauf außerhalb der Banken und die Sichteinlagen. Das Quasigeld umfaßt Termin- und Spareinlagen sowie ähnliche Bankguthaben, die der Inhaber ohne weiteres in Geld umwandeln kann. Wenn Quasigeld in größerem Umfang bei nichtmonetären Finanzinstituten gehalten wird, sind diese Beträge ebenfalls in den Geldbeständen enthalten.

Die Zuwachsraten der Geldbestände sind aus Jahresendständen abgeleitet, während die Verhältniszahlen der Geldbestände zum BIP auf dem Mittelwert zwischen den Jahresendständen des angegebenen Jahres und des vorhergehenden Jahres basieren.

Die *nominalen Zinssätze der Banken*, die ebenfalls dem IFS entnommen sind, repräsentieren die Zinssätze, die von Geschäfts- oder ähnlichen Banken an die Inhaber ihrer quasimonetären Verbindlichkeiten gezahlt werden (Einlagenzins) bzw. von Banken erstklassigen Kunden berechnet werden (Kreditzins). Sie sind jedoch nur bedingt international vergleichbar, teilweise weil Geltungsbereich und Definitionen variieren, aber auch weil der Spielraum der Banken bei der Anpassung der Zinssätze an die Marktbedingungen von Land zu Land unterschiedlich ist.

Da die Zinssätze (und die Zuwachsraten der Geldbestände) in nominalen Größen ausgedrückt sind, ist ein Großteil der Abweichung zwischen den Ländern durch Inflationsdifferenzen bedingt. Zum bequemerem Gebrauch werden die aktuellen Inflationsraten aus Tab. 1 in dieser Tabelle wiederholt.

#### Tabelle 14: Wachstum des Warenhandels

Die Hauptdatenquelle für die laufenden Außenhandelswerte ist die Handelsdatensammlung Commodity Trade (Comtrade) der VN, ergänzt um Daten der Konferenz über Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) sowie Schätzungen der Weltbank.

Die *Warenausfuhr und -einfuhr* umfaßt mit wenigen Ausnahmen alle Warenbewegungen, die die Zollgrenzen überschreiten; der Handel in Dienstleistungen ist nicht enthalten. Die Exporte werden, soweit die vorgenannten Quellen nichts anderes besagen, auf fob (free on board)-Basis und die Importe auf cif (cost, insurance and freight)-Basis bewertet und in jeweiligen Dollar ausgedrückt.

Die Zuwachsraten der Warenausfuhr und -einfuhr werden zu konstanten Preisen angegeben, die aus Export- und Importwerten durch Deflationierung mit den entsprechenden Preisindizes errechnet werden. Zur Berechnung dieser Mengenindizes benutzt die Weltbank ihre eigenen Preisindizes, die auf internationalen Preisen für Rohstoffe und Durchschnittswertindizes für Industrieerzeugnisse basieren. Diese Preisindizes sind länderspezifisch und nach großen Warengruppen aufgeschlüsselt. Dies gewährleistet die Konsistenz der Angaben für eine Ländergruppe und für einzelne Länder. Die Datenkonsistenz wird sich erhöhen, da die Weltbank ihre Außenhandels-Preisindizes für eine wachsende Zahl von Ländern laufend verbessert. Diese Zuwachsraten können von den durch einzelne Länder ermittelten Raten abweichen, weil nationalen Preisindizes andere Basisjahre und Gewichtungsverfahren zugrundeliegen können, als die Weltbank anwendet.

Die *Terms of Trade* oder Nettoaustauschverhältnisse im Außenhandel messen die relative Veränderung der Ausfuhrpreise gegenüber derjenigen der Einfuhrpreise. Diese Kennzahl wird als Verhältnis des Durchschnittspreisindex der Ausfuhr eines Landes zu einem Durchschnittspreisindex seiner Einfuhr berechnet und bringt damit Veränderungen des Exportpreisniveaus als Prozentsatz der Importpreise gegenüber einem Basisjahr zum Ausdruck. Die Terms of Trade-Indexwerte werden auf der Basis 1987 = 100 für die Jahre 1985 und 1989 ausgewiesen. Die Preisindizes stammen aus den obengenannten Quellen für die Zuwachsraten der Ausfuhr oder Einfuhr.

Die zusammenfassenden Kennzahlen der Zuwachsraten sind ermittelt durch Aggregation der Einzelwerte auf Grundlage konstanter Dollarpreise

von 1987 für jedes Jahr und durch die Anwendung einer Trendschätzung nach der Methode der kleinsten Quadrate für die angegebenen Zeiträume.

#### Tabellen 15 und 16: Struktur des Warenhandels

Die Anteile in diesen Tabellen wurden aus den in laufenden Dollar ausgedrückten Handelswerten abgeleitet, die im VN-Handelsdatensystem gespeichert und im *Jahrbuch für Außenhandelsstatistik* der VN enthalten sind, ergänzt durch andere Sekundärquellen und Schätzungen der Weltbank, wie dies in den Technischen Erläuterungen zu Tabelle 14 dargestellt wurde.

Der Begriff der *Warenausfuhr und -einfuhr* wird dort ebenfalls definiert.

Die Untergliederung der Ausfuhren und Einfuhren entspricht dem *Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel* (SITC), Serie M, Nr. 34, Revision 1. Schätzungen aufgrund von Sekundärquellen entsprechen gewöhnlich ebenfalls dieser Definition. Für einige Länder sind Angaben für bestimmte Warengruppen nicht verfügbar, und eine vollständige Aufgliederung ist nicht möglich.

In Tabelle 15 umfaßt die Gruppe *Nahrungsmittel* die SITC-Abschnitte 0, 1 und 4 sowie Teil 22 (Nahrungsmittel und lebende Tiere, Getränke, Öle und Fette, Ölsaaten und Nüsse). Anders als im Vorjahr ist Teil 12 (Tabak) in *Nahrungsmittel* enthalten statt in *Sonstigen Rohstoffen*; daher sind die Daten mit denen der Vorjahre nicht voll vergleichbar, insbesondere wenn Tabak ein wichtiger Einfuhrposten ist. Die Gruppe *Brennstoffe* bezieht sich auf die Güter in Abschnitt 3 des SITC (mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Produkte). *Sonstige Rohstoffe* umfassen SITC-Abschnitt 2 (Rohmaterialien ohne Brennstoffe), abzüglich Teil 22 (Ölsaaten und Nüsse), zuzüglich Teil 68 des SITC (NE-Metalle). *Maschinen, Elektrotechnik und Fahrzeuge* entsprechen den in Abschnitt 7 des SITC aufgeführten Gütern. *Übrige Industrieprodukte*, als Restposten aus dem Gesamtwert der Importe von Industrieprodukten ermittelt, umfassen die SITC-Abschnitte 5 bis 9 ohne Abschnitt 7 und Teil 68.

In Tabelle 16 bezieht sich die Gruppe *Brennstoffe, Mineralien und Metalle* auf die Güter in Abschnitt 3 des SITC (mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und ähnliche Produkte), Teil 27 und 28 (Mineralien, Rohdünger und eisenhaltige Erze), sowie auf Teil 68 (NE-Metalle). Die Gruppe *Sonstige Rohstoffe* umfaßt die Abschnitte 0, 1, 2 und 4 des SITC (Nahrungsmittel und lebende Tiere, Getränke und Tabak, unver-

zehrbare Rohmaterialien, Öle, Fette und Wachse), abzüglich der SITC-Teile 27 und 28. *Maschinen, Elektrotechnik und Fahrzeuge* sind die in Abschnitt 7 des SITC aufgeführten Güter. *Übrige Industrieprodukte* umfassen die Abschnitte 5 bis 9, ohne Abschnitt 7 sowie Teil 68 des SITC. *Textilien und Bekleidung*, die die Teile 65 und 84 des SITC umfassen (Textilien, Garne, Gewebe und Bekleidung), werden als Untergruppe der *Übrigen Industrieprodukte* gezeigt.

Die zusammenfassenden Kennzahlen in Tabelle 15 sind mit der gesamten Wareneinfuhr und die in Tabelle 16 mit der gesamten Warenausfuhr der einzelnen Länder, jeweils in laufenden Dollar, gewogen. (Vgl. die Technischen Erläuterungen zu Tabelle 14.)

**Tabelle 17:**  
**OECD-Importe von Industrieprodukten:**  
**Herkunft und Zusammensetzung**

Die Angaben stammen von den VN, denen die OECD-Länder mit hohem Einkommen berichten, wozu die OECD-Mitglieder ohne Griechenland, Portugal und die Türkei gehören.

Die Tabelle enthält die Werte der *Einfuhren von Industrieprodukten* der OECD-Länder mit hohem Einkommen nach Ursprungsländern und die Zusammensetzung dieser Einfuhren nach wichtigen Gruppen von Industrieprodukten.

Die Tabelle ersetzt eine in früheren Ausgaben enthaltene Tabelle über die regionale Exportstruktur für Industrieprodukte, die auf den Exportangaben einzelner Länder basierte. Da viele Entwicklungsländer mit jahrelanger Verzögerung berichten, sind diese Lücken durch Schätzungen anhand verschiedener Quellen gefüllt worden. Bis diese Schätzungen verbessert werden können, wird statt dessen diese Tabelle eingefügt, die auf zeitnahen und konsistenten, aber weniger umfassenden Angaben beruht. Die Importe von Industrieprodukten der wichtigsten Märkte aus einzelnen Ländern bilden die beste Annäherung an Umfang und Zusammensetzung der Exporte von Industrieprodukten dieser Länder nach sämtlichen Empfängerländern.

*Industrieprodukte* umfassen die Güter in den Abschnitten 5 bis 9 des *Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel* (SITC), Revision 1 (Chemikalien und verwandte Erzeugnisse, industrielle Grundstoffe und bearbeitete Waren, Maschinenbauzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse

und Fahrzeuge sowie sonstige bearbeitete Waren und anderweitig nicht erfaßte Waren), ausgenommen Teil 68 (NE-Metalle). Diese Definition ist etwas weiter als die zur Abgrenzung der Exporteure von Industrieprodukten verwendete.

Die ausgewiesenen Hauptgruppen von Industrieprodukten sind wie folgt definiert: *Textilien und Bekleidung* (SITC, Abschnitte 65 und 84), *Chemikalien* (SITC, Abschnitt 5), *Elektrotechnische und Elektronische Erzeugnisse* (SITC, Abschnitt 72), *Fahrzeuge* (SITC, Abschnitt 73) und *Übriges*, definiert als Restgröße. Angaben des SITC, Revision 1 werden für das Jahr 1969, entsprechende Daten der Revision 2 für 1989 verwendet.

**Tabelle 18: Zahlungsbilanzen und Reserven**

Die Statistiken für diese Tabelle entsprechen normalerweise denen des IWF, enthalten jedoch neuere Schätzungen der Weltbank und, in seltenen Fällen, eigene Anpassungen der Weltbank hinsichtlich Geltungsbereich und Klassifikation, um die internationale Vergleichbarkeit zu verbessern. Die Wertangaben in dieser Tabelle lauten auf jeweilige US-Dollar, umgerechnet zu jeweiligen Wechselkursen.

Der *Leistungsbilanzsaldo einschl. öffentlicher Übertragungen* ist die Differenz zwischen den (a) Exporten von Gütern und Dienstleistungen (Faktor- und Nichtfaktorleistungen) sowie den erhaltenen unentgeltlichen Übertragungen (öffentlichen und privaten) und den (b) Importen von Gütern und Dienstleistungen sowie den geleisteten unentgeltlichen Übertragungen.

Die *Leistungsbilanz ohne öffentliche Übertragungen* entspricht dem Leistungsbilanzsaldo, bei dem die öffentlichen unentgeltlichen Netto-Übertragungen wie öffentliche Kapitalbewegungen behandelt werden. Der Unterschied zwischen beiden Zahlungsbilanzgrößen besteht im wesentlichen aus ausländischer Entwicklungshilfe in Form von Zuschüssen, technischer Hilfe und Nahrungsmittelhilfe, die bei den meisten Entwicklungsländern das Leistungsbilanzdefizit tendenziell gegenüber dem Finanzierungsbedarf verringert.

Die *Netto-Gastarbeiterüberweisungen* beinhalten eingehende und ausgehende Einkommenstransfers von Wanderarbeitern, die tatsächlich oder voraussichtlich länger als ein Jahr in ihrer neuen wirtschaftlichen Umgebung beschäftigt sind, in der sie als Gebietsansässige gelten. Diese Überweisungen werden als private unentgeltliche Übertragungen klassifiziert und sind in der Leistungsbilanz enthalten,

während diejenigen von kürzerfristigen Aufenthalten als Arbeitseinkommen in den Dienstleistungen enthalten sind. Diese Unterscheidung stimmt mit international vereinbarten Richtlinien überein; viele Entwicklungsländer klassifizieren Gastarbeiterüberweisungen aber als Faktoreinkommen (und daher als BSP-Komponente). Die Weltbank hält sich an die internationalen Richtlinien der BSP-Definition und kann daher von nationalen Praktiken abweichen.

Die *Bruttowährungsreserven* setzen sich zusammen aus Goldbeständen, Sonderziehungsrechten (SZR), Reservepositionen von IWF-Mitgliedsländern und Beständen an Devisenreserven, über die Währungsbehörden verfügen. Die Angaben zu den Beständen an Währungsreserven stammen aus der Datensammlung des IWF. Die Goldkomponente dieser Reserven ist durchweg zum Londoner Goldpreis am Jahresende (31. Dezember) bewertet. Dieser entspricht 37,37 Dollar je Unze für 1970 und 401 Dollar je Unze für 1989. Die für die Jahre 1970 und 1989 angegebenen Reservebestände beziehen sich jeweils auf das Jahresende und sind in laufenden Dollar zu jeweiligen Wechselkursen ausgedrückt. Aufgrund von Abweichungen bei der Bewertung der Währungsreserven und der Goldkomponente sowie unterschiedlicher Praktiken bei der Reservenverwaltung sind die in nationalen Quellen veröffentlichten Reservebestände nur bedingt vergleichbar. Für die Reservebestände von Ende 1989 wird auch angegeben, wie viele Monatsimporte von Gütern und Dienstleistungen mit ihnen bezahlt werden könnten.

Die zusammenfassenden Kennzahlen sind aus gruppenweise zusammengefaßten Werten der Bruttowährungsreserven und der gesamten Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Dollar errechnet.

**Tabelle 19:**  
**Öffentliche Entwicklungshilfe**  
**der Mitglieder von OECD und OPEC**

Die *öffentliche Entwicklungshilfe* (ÖEH) setzt sich zusammen aus Nettoauszahlungen in Form von Zuschüssen und Krediten zu konzessionären finanziellen Bedingungen, die seitens öffentlicher Stellen der Mitglieder des Entwicklungshilfesausschusses (DAC), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie der Mitgliedsländer der Organisation ölexportierender Staaten (OPEC) gewährt werden, um die wirtschaft-

liche Entwicklung und den Wohlstand zu fördern. Wenngleich diese Definition dazu dient, rein militärische Hilfe auszuschalten, ist die Abgrenzung manchmal unscharf; in der Regel ist die vom Geberland gewählte Abgrenzung maßgebend. ÖEH schließt auch den Wert der technischen Zusammenarbeit und technischen Hilfe ein. Alle wiedergegebenen Daten stammen von der OECD, und sämtliche US-Dollar-Werte sind mit amtlichen Wechselkursen umgerechnet worden.

Die *gesamten Nettoabflüsse* sind Nettoauszahlungen an Entwicklungsländer und multilaterale Institutionen. Die Auszahlungen an multilaterale Institutionen werden inzwischen einheitlich für alle DAC-Mitglieder zum Stichtag der Begebung von Schuldscheinen erfaßt; bislang berichteten einige DAC-Mitglieder zum Stichtag des Zahlungstransfers. Die *gesamten bilateralen Nettoabflüsse in Länder mit niedrigem Einkommen* vernachlässigen unaufgeschlüsselte bilaterale Transfers und alle Auszahlungen an multilaterale Institutionen.

Die Nominalwerte der öffentlichen Entwicklungshilfe, die in der Zusammenfassung für die OECD-Länder mit hohem Einkommen ausgewiesen werden, wurden mit Hilfe des Dollar-BIP-Deflators auf der Preisbasis von 1987 umgerechnet. Dieser Deflator basiert auf dem Preisanstieg in den OECD-Ländern (ohne Griechenland, Portugal und Türkei), jeweils gemessen in Dollar. Er berücksichtigt Paritätsänderungen zwischen dem Dollar und anderen nationalen Währungen. Wertet zum Beispiel der Dollar ab, so sind die in nationalen Währungen gemessenen Preissteigerungsraten um den Betrag der Dollarabwertung nach oben zu korrigieren, um die in Dollar ausgedrückte Preisveränderung zu erhalten.

Außer den Summenangaben für die OPEC enthält die Tabelle zusammenfassende Angaben für die Organisation arabischer ölexportierender Länder (OAPEC). Zu den Geberländern der OAPEC gehören Algerien, Irak, Katar, Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Angaben zur Entwicklungshilfe der OPEC und OAPEC stammen ebenfalls von der OECD.

**Tabelle 20:**  
**Einnahmen aus öffentlicher Entwicklungshilfe**

Die *Netto-Auszahlungen von ÖEH aus sämtlichen Quellen* bestehen aus Krediten und Zuschüssen, die zu konzessionären Bedingungen von allen bilateralen öffentlichen Stellen und aus multilateralen Quel-

len gewährt werden, um Wirtschaftsentwicklung und Wohlfahrt zu fördern. Sie umfassen auch den Wert der technischen Zusammenarbeit und Unterstützung. Die in dieser Tabelle enthaltenen Auszahlungen sind nicht genau vergleichbar mit denen in Tabelle 19, da die Einnahmen aus sämtlichen Quellen stammen; die Auszahlungen in Tabelle 19 beziehen sich nur auf diejenigen der OECD-Länder mit hohem Einkommen und der OPEC-Mitgliedsländer. Netto-Auszahlungen entsprechen den um Rückzahlungen von früher gewährter Entwicklungshilfe an Geberländer verminderten Brutto-Auszahlungen. Die Netto-Auszahlungen der ÖEH werden pro Kopf und in Prozent des BSP gezeigt.

Die zusammenfassenden Kennzahlen der ÖEH pro Kopf werden aus gruppenweise zusammengefaßten Angaben für die Bevölkerung und die ÖEH errechnet. Die zusammenfassenden Kennzahlen für die ÖEH als Prozentsatz des BSP werden aus den Gruppensummen für die ÖEH und für das BSP in jeweiligen US-Dollar berechnet.

**Tabelle 2.:**  
**Gesamte Auslandsschulden**

Die Angaben zur Verschuldung in dieser und den nachfolgenden Tabellen stammen aus dem Schuldenberichts-system der Weltbank, ergänzt durch Schätzungen der Weltbank. Dieses Berichtssystem befaßt sich ausschließlich mit Entwicklungsländern und sammelt für andere Ländergruppen keine Angaben über die Auslandsverschuldung, auch nicht von Ländern, die keine Mitglieder der Weltbank sind. Die Dollarzahlen über die Schulden in den Tabellen 2 bis 25 beziehen sich auf US-Dollar, umgerechnet zu amtlichen Wechselkursen.

Die Angaben über die Schulden enthalten die privaten nichtgarantierten Schulden, die von siebenundzwanzig Entwicklungsländern gemeldet werden, sowie vollständige oder teilweise Schätzungen für weitere zwanzig Länder, die nicht berichten, für die aber diese Schuldenart signifikant ist.

*Öffentliche Kredite* sind Auslandsverbindlichkeiten öffentlicher Schuldner, die die Regierung, ihre Behörden und autonome öffentliche Stellen einschließen. *Öffentlich garantierte Darlehen* sind Auslandsverbindlichkeiten privater Schuldner, deren Rückzahlung durch eine öffentliche Stelle garantiert ist. Diese beiden Daten sind in den Tabellen zusammengefaßt. *Private nichtgarantierte Kredite* sind Auslandsverbindlichkeiten privater Schuldner, deren

Rückzahlung nicht durch eine öffentliche Stelle garantiert ist.

Als *Inanspruchnahme von IWF-Krediten* werden die Rückzahlungsverpflichtungen an den IWF aus sämtlichen Inanspruchnahmen von IWF-Mitteln bezeichnet, ohne Ziehungen in der Reservetranche. Sie bezieht sich auf das Ende des angegebenen Jahres und enthält ausstehende Käufe im Rahmen der Kredittranchen, einschließlich des Erweiterten Zugangs und aller Sonderfazilitäten (Ausgleichslager, kompensierende Finanzierung, erweiterte Fondsfazilität sowie Ölfazilitäten), Treuhandfonds-Kredite sowie Kredite im Rahmen der Erweiterten Strukturanpassungsfazilitäten. Die am Jahresende ausstehende Inanspruchnahme von IWF-Krediten (eine Bestandszahl) wird mit dem am Jahresende geltenden Dollar/SZR-Wechselkurs in US-Dollar umgerechnet.

*Kurzfristige Auslandsschulden* sind solche mit einer ursprünglichen Laufzeit von einem Jahr oder weniger. Die verfügbaren Daten erlauben keine Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten nichtgarantierten kurzfristigen Schulden.

Die *gesamten Auslandsschulden* sind für die Zwecke dieses Berichtes definiert als Summe der öffentlich garantierten und der privaten nichtgarantierten langfristigen Schulden, der Inanspruchnahme von IWF-Krediten und der kurzfristigen Schulden.

**Tabelle 22: Zufluß von öffentlichem und privatem Auslandskapital**

Die Angaben über die Auszahlungen, Tilgungen (Amortisation) und Zinszahlungen beziehen sich auf die öffentlichen, öffentlich garantierten und privaten nichtgarantierten langfristigen Kredite.

*Auszahlungen* sind Inanspruchnahmen langfristiger Kreditzusagen im angegebenen Jahr.

*Tilgungen* sind Kapitalbeträge (Amortisation), die in dem angegebenen Jahr in Devisen, Gütern oder Dienstleistungen effektiv zurückgezahlt wurden.

*Zinszahlungen* sind die Zinsbeträge, die in dem angegebenen Jahr in Devisen, Gütern oder Dienstleistungen effektiv gezahlt wurden.

**Tabelle 23:**  
**Gesamte Nettomittelzuflüsse und Nettotransfers**

Die *Nettozugänge an langfristigen Auslandsschulden* sind Auszahlungen abzüglich Tilgungen von öffentlichen, öffentlich garantierten und privaten nichtga-

rantierten langfristigen Mitteln. Öffentliche Zuschüsse sind Übertragungen durch eine öffentliche Stelle, die in Geld oder auf eine Weise erfolgen, bei der für den Empfänger eine rechtliche Verbindlichkeit nicht entsteht. Angaben über öffentliche Zuschüsse enthalten keine Zuschüsse für technische Hilfe.

*Ausländische Netto-Direktinvestitionen* sind definiert als Investitionen, die zum Erwerb einer dauerhaften Beteiligung (üblicherweise mindestens 10 Prozent der Stimmrechte) in einem Unternehmen vorgenommen werden, das in einem anderen Land als dem des Investors tätig ist (definiert nach der Gebietsansässigkeit), wobei der Investor eine tatsächliche Mitwirkung am Management des Unternehmens beabsichtigt. *Gesamte Nettomittelzuflüsse* sind die Summe aus Nettozugängen an langfristigen Schulden (ohne IWF-Mittel) plus öffentliche Zuschüsse (ohne technische Hilfe) und ausländische Netto-Direktinvestitionen. Die *gesamten Nettotransfers* entsprechen den gesamten Nettomittelzuflüssen abzüglich Zinszahlungen auf langfristige Kredite und Gewinne auf ausländische Direktinvestitionen.

**Tabelle 24:**  
**Kennziffern der gesamten Auslandsschulden**

Die *gesamten Auslandsschulden in Prozent der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen* erfassen die am Jahresende in Anspruch genommenen öffentlichen, öffentlich garantierten und privaten nichtgarantierten langfristigen Schulden, die Inanspruchnahme von IWF-Krediten sowie die ausstehenden kurzfristigen Schulden abzüglich Tilgungen und erlassene Schulden; in dieser Tabelle sind in den Gütern und Dienstleistungen die Gastarbeiterüberweisungen enthalten. Bei der Ermittlung der *gesamten öffentlichen Auslandsschulden in Prozent des BSP* wurden die Angaben über die nicht auf Dollar lautenden Schulden mit amtlichen Wechselkursen vom Jahresende in Dollar umgerechnet. Das BSP wurde von nationalen Währungen in US-Dollar durch Anwendung des Verfahrens umgerechnet, das in den Technischen Erläuterungen zu den Tabellen 2 und 3 beschrieben wird.

*Gesamter Schuldendienst in Prozent der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen* ist die Summe aus Tilgungen und Zinszahlungen auf die gesamten Auslandsschulden (definiert in den Erläuterungen zu Tabelle 21). Diese Relation ist eine von mehreren gebräuchlichen Kennziffern zur Einschätzung der Schuldendienstfähigkeit eines Landes.

*Zinszahlungen in Prozent der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen* sind die tatsächlichen Zahlungen auf die gesamten Auslandsschulden.

Die zusammenfassenden Kennzahlen sind mit Exporten von Gütern und Dienstleistungen in jeweiligen Dollar bzw. dem BSP in jeweiligen Dollar gewichtet.

**Tabelle 25:**  
**Konditionen der öffentlichen Kreditaufnahme**

Die *Zusagen* beziehen sich auf öffentliche und öffentlich garantierte Kredite, für die im jeweils angegebenen Jahr Darlehensverträge unterzeichnet wurden. Sie werden in Tilgungswährungen gemeldet und zu jahresdurchschnittlichen amtlichen Wechselkursen in US-Dollar umgerechnet.

Die Angaben über *Zinssätze, Laufzeiten und tilgungsfreie Zeiträume* sind Durchschnittswerte, die mit den Kreditbeträgen gewogen sind. Der Zins ist die größte Kreditkostenkomponente und wird gewöhnlich auf der Grundlage der bereits beanspruchten und noch ausstehenden Kreditbeträge berechnet. Die Kreditlaufzeit entspricht dem Intervall zwischen dem Zeitpunkt, zu dem ein Darlehensvertrag unterzeichnet oder eine Anleihe gegeben wird, und dem Zeitpunkt der letzten Tilgungszahlung. Der tilgungsfreie Zeitraum ist identisch mit dem Intervall zwischen Kreditabschluß und erster Tilgungsrate.

*Öffentliche Kredite mit variablen Zinsen in Prozent der öffentlichen Schulden* beziehen sich auf Kredite, deren Zinssätze an einen wichtigen Marktsatz gebunden sind, wie den Londoner Interbanken-Angebotsatz (London interbank offered rate, LIBOR) oder den Kreditzins für erste Adressen in den USA. Diese Spalte zeigt, in welchem Maße der Schuldner Veränderungen des internationalen Zinsniveaus ausgesetzt ist.

Die zusammenfassenden Kennzahlen in dieser Tabelle sind mit den Kreditbeträgen gewichtet.

**Tabelle 26:**  
**Bevölkerungswachstum und -projektionen**

Die Wachstumsraten für die Bevölkerung sind Periodendurchschnitte, die auf der Grundlage der Bevölkerungsstände zur jeweiligen Jahresmitte berechnet wurden.

Die Schätzungen der *Bevölkerungszahlen* für Mitte 1989 sowie der Fruchtbarkeits- und Sterbeziffern

wurden von der Weltbank anhand von Daten vorgenommen, die von der Abteilung für Bevölkerungsfragen der VN, dem Statistischen Amt der VN sowie den statistischen Ämtern einzelner Länder stammen. Die Schätzungen berücksichtigen die Ergebnisse der letzten Volkszählungen, die in einigen Fällen aber weder zeitnah noch genau sind. Man beachte abermals, daß Flüchtlinge, die sich in dem asylgewährenden Land nicht auf Dauer niedergelassen haben, im allgemeinen als ein Teil der Bevölkerung des Herkunftslandes betrachtet werden.

Die Bevölkerungsprojektionen für die Jahre 2000 und 2025 sowie das Jahr, in dem die Bevölkerung schließlich stationär wird (vgl. die untenstehende Definition), wurden für jedes Land gesondert durchgeführt. Informationen über die Gesamtbevölkerung hinsichtlich Alter und Geschlecht, Fruchtbarkeits- und Sterbeziffern sowie des Anteils internationaler Wanderungsbewegungen werden auf der Basis verallgemeinernder Annahmen in die Zukunft projiziert, bis die stationäre Bevölkerung erreicht ist.

Eine stationäre Bevölkerung ist eine Bevölkerung, deren alters- und geschlechtsspezifische Sterbeziffern über einen langen Zeitraum hinweg unverändert geblieben sind, während gleichzeitig die altersspezifischen Geburtenziffern auf dem Reproduktionsniveau verharrten; dies ist der Fall, wenn die Nettoerproduktionsziffer (definiert in den Erläuterungen zu Tabelle 27) gleich 1 ist. In einer solchen Bevölkerung ist die Geburtenziffer konstant und identisch mit der Sterbeziffer, der Altersaufbau verändert sich nicht, und die Zuwachsrate ist Null.

Bevölkerungsprojektionen werden altersgruppenweise erstellt. Sterblichkeit, Fruchtbarkeit und Wanderungsbewegungen werden getrennt projiziert und die Ergebnisse iterativ auf die Altersstruktur des Basisjahres 1985 angewendet. Für den Projektionszeitraum 1985 bis 2005 sind die Veränderungen der Sterblichkeit länderspezifisch: Die Steigerungsraten der Lebenserwartung und die Rückgangsraten der Säuglingssterblichkeit basieren auf der bisherigen Entwicklung in jedem einzelnen Land. Bei hohen Immatrikulationsquoten von Mädchen an weiterführenden Schulen wird ein rascherer Rückgang der Sterblichkeit angenommen. Die Säuglingssterblichkeit wird getrennt von der Erwachsenensterblichkeit projiziert. Es sei angemerkt, daß die Angaben noch nicht die möglicherweise signifikanten Auswirkungen der epidemischen Verbreitung des menschlichen Immunschwäche-Virus (HIV) widerspiegeln.

Die projizierten Fruchtbarkeitsziffern basieren ebenfalls auf der bisherigen Entwicklung. Bei Ländern, in denen die Fruchtbarkeit abzunehmen begonnen hat („Fruchtbarkeitsübergang“ genannt), wird ein Anhalten dieses Trends unterstellt. Es wurde beobachtet, daß es in keinem Land mit einer Lebenserwartung von weniger als 50 Jahren zu einer Abnahme der Fruchtbarkeit kam; für diese Länder wird ein verzögerter Fruchtbarkeitsübergang angenommen, und es wird dann der durchschnittliche Rückgang in der Gruppe der Länder im Stadium des Fruchtbarkeitsübergangs zugrunde gelegt. Für Länder, wo die Fruchtbarkeit das Reproduktionsniveau unterschreitet, wird angenommen, daß die zusammengefaßten Geburtenziffern bis 1995/2000 konstant bleiben und dann bis zum Jahr 2030 das Reproduktionsniveau wieder erreichen.

Die internationalen Wanderungsquoten beruhen auf der vergangenen und aktuellen Entwicklung der Wanderungsbewegungen und der Wanderungspolitik. Zu den herangezogenen Quellen gehören Schätzungen und Projektionen von nationalen Statistikämtern, internationalen Stellen und Forschungsinstituten. Wegen der Unsicherheit zukünftiger Wandertrends wird in den Projektionen unterstellt, daß die Netto-Wanderungsquoten bis 2025 auf Null zurückgehen.

Die Schätzwerte für den Umfang der stationären Bevölkerung sind spekulativ. *Sie sollten nicht als Voraussagen aufgefaßt werden.* Sie wurden mit dem Ziel aufgenommen, unter verallgemeinernden Annahmen die langfristigen Implikationen neuerer Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitstrends aufzuzeigen. Eine ausführlichere Beschreibung des Verfahrens und der Annahmen, die den Schätzungen zugrunde liegen, enthält die Weltbank-Veröffentlichung *World Population Projections*, Ausgabe 1989/90.

#### **Tabelle 27: Demographie und Fruchtbarkeit**

Die *unbereinigten Geburten- und Sterbeziffern* geben die Zahl der Lebendgeburten bzw. Sterbefälle je tausend Einwohner und Jahr an. Sie stammen aus den gleichen Quellen, die in den Erläuterungen zu Tabelle 26 erwähnt wurden.

*Frauen im gebärfähigen Alter* sind Frauen von 15 bis 49 Jahren.

Die *zusammengefaßte Geburtenziffer* mißt die Zahl der Kinder, die eine Frau bekommen würde, falls sie bis zum Ende ihres gebärfähigen Alters leben und in

jeder Altersstufe in Übereinstimmung mit den vorherrschenden altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern Kinder zur Welt bringen würde. Die angegebenen Ziffern stammen aus den gleichen Quellen, die in Tabelle 26 genannt werden.

Die *Nettoreproduktionsziffer* (NRZ), die die Zahl der Töchter angibt, die ein neugeborenes Mädchen im Verlauf seines Lebens gebären wird, wenn feste altersspezifische Fruchtbarkeits- und Sterbeziffern unterstellt werden, spiegelt das Ausmaß wider, in dem sich eine neugeborene Gruppe von Mädchen selbst reproduziert. Eine Nettoreproduktionsziffer von 1 gibt an, daß sich die Fruchtbarkeit auf dem Reproduktionsniveau befindet. Bei dieser Ziffer bringen Frauen im Durchschnitt nur so viele Töchter zur Welt, wie zu ihrer eigenen Bestandserhaltung innerhalb der Gesamtbevölkerung notwendig sind. Wie der Umfang der stationären Bevölkerung ist das angenommene Jahr, in dem die bestandsneutrale Fruchtbarkeit erreicht wird, spekulativ und sollte nicht als Voraussage aufgefaßt werden.

Der Prozentsatz *der verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter, die Empfängnisverhütung praktizieren*, bezieht sich auf die Frauen, die – oder deren Ehemänner – irgendeine Form der Empfängnisverhütung praktizieren. Die Verhütungspraxis wird allgemein für Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren erfaßt. In einigen Ländern wird die Verhütungspraxis für andere Altersgruppen erfaßt, insbesondere von 15 bis 44.

Die Daten stammen vorwiegend aus demographischen und Gesundheitserhebungen, Erhebungen über die Verbreitung von Empfängnisverhütung, aus Länderangaben der Weltbank sowie aus dem Artikel von Mauldin und Segal „Prevalence of Contraceptive Use: Trends and Issues“ in Band 19 der *Studies in Family Planning* (1988). Für einige wenige Länder, für die keine Erhebungsdaten verfügbar sind, und für einige afrikanische Länder wurden Programmstatistiken verwendet. Die Programmstatistiken könnten allerdings die Verbreitung der Empfängnisverhütung zu niedrig ausweisen, da Verfahren wie Ausnutzung der unfruchtbaren Tage, Coitus interruptus oder Enthaltbarkeit ebensowenig erfaßt werden wie Empfängnisverhütungsmittel, die nicht über das offizielle Familienplanungsprogramm bezogen werden. Die Daten gelten für verschiedene Jahre, die jedoch in der Regel um nicht mehr als zwei Jahre von dem in den Tabellen angegebenen Jahr abweichen.

Alle zusammenfassenden Kennzahlen sind Länderangaben, die mit dem Anteil jeden Landes an der gesamten Bevölkerung gewichtet sind.

## Tabelle 28: Gesundheit und Ernährung

Die Schätzungen über die *Einwohner je Arzt und je Beschäftigten in der Krankenpflege* stammen aus Unterlagen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), ergänzt durch Angaben, die die Weltbank direkt von nationalen Quellen erhielt. Die Daten gelten für verschiedene Jahre, die jedoch in der Regel um nicht mehr als zwei Jahre von dem angegebenen abweichen. Die Angaben über Ärzte umfassen zusätzlich zur Gesamtzahl der registrierten praktizierenden Ärzte eines Landes Medizinalassistenten, deren medizinische Ausbildung weniger qualifiziert als die der Ärzte ist, die aber dennoch ähnliche medizinische Dienste verrichten, einschließlich einfacher Operationen. Die in der Krankenpflege Beschäftigten umfassen graduierte Mitarbeiter sowie das praktische, Assistenz- und Hilfspersonal sowie halbprofessionelles Personal, wie Mitarbeiter im Gesundheitsdienst, Sanitäter, Geburtshelfer herkömmlicher Art usw. Die Einbeziehung des Hilfs- und des halbprofessionellen Personals ermöglicht eine realistischere Einschätzung des Angebots an Krankenpflege. Die Angaben für die beiden Kennzahlen sind strenggenommen nicht zwischen den Ländern vergleichbar, da die Definition der in der Krankenpflege Beschäftigten von Land zu Land abweicht und sich die Daten auf die verschiedensten Jahre beziehen.

Die von *medizinischem Personal betreuten Geburten* zeigen den Prozentsatz der registrierten Geburten, bei denen ein staatlich anerkannter Mitarbeiter des Gesundheitsdienstes Hilfe leistete. Die Angaben stammen von der WHO und wurden durch Daten von UNICEF ergänzt. Sie basieren auf nationalen Quellen und sind zumeist aus amtlichen Berichten von Gemeinden und Unterlagen von Krankenhäusern abgeleitet worden; einige berücksichtigen nur die Geburten in Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen. Manchmal sind kleinere private und ländliche Krankenhäuser nicht berücksichtigt, und manchmal sind sogar verhältnismäßig einfache örtliche Einrichtungen einbezogen. Der Geltungsbereich ist deshalb nicht immer umfassend, und die Angaben sollen mit äußerster Vorsicht verwendet werden.

Die Angaben zum Prozentsatz *der Säuglinge mit Untergewicht bei der Geburt* beziehen sich auf Neugeborene mit einem Gewicht unter 2500 Gramm. Untergewicht bei der Geburt hängt häufig mit mangelnder Ernährung der Mutter zusammen; es steigert tendenziell das Risiko der Säuglingssterblichkeit und führt zu mangelndem Wachstum im

Säuglings- und Kindesalter, wodurch wiederum das Auftreten anderer Formen von Entwicklungsstörungen zunimmt. Die Zahlen wurden von WHO- und UNICEF-Quellen entnommen und beruhen auf nationalen Angaben. Die Daten sind zwischen den Ländern nicht streng vergleichbar, weil sie aus einer Kombination von Befragungen und Unterlagen der Verwaltung zusammengestellt wurden, die für das gesamte Land nicht repräsentativ sein mag.

Die *Säuglingssterbeziffer* ist die Zahl der Säuglinge, die in einem bestimmten Jahr vor der Vollendung des ersten Lebensjahres sterben, bezogen auf tausend Lebendgeburten. Die Daten stammen aus der VN-Veröffentlichung *Mortality of Children under Age 5, Projections, 1950–2025* sowie von der Weltbank.

Das *tägliche Kalorienangebot (pro Kopf)* wurde durch Division des Kaloriengegenwertes des Nahrungsmittelangebots in einem Land durch seine Bevölkerungszahl ermittelt. Zum Nahrungsmittelangebot gehören Inlandsproduktion, Einfuhr abzüglich Ausfuhr sowie Bestandsveränderungen. Nicht berücksichtigt werden Tierfutter, landwirtschaftliches Saatgut und die Nahrungsmittelmengen, die bei Verarbeitung und Vertrieb verlorengehen. Diese Schätzwerte stammen von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft.

Die zusammenfassenden Kennzahlen dieser Tabelle sind Länderangaben, die mit dem Anteil jeden Landes an der gesamten Bevölkerung gewichtet sind.

## Tabelle 29: Erziehungswesen

Die in dieser Tabelle ausgewiesenen Daten beziehen sich auf mehrere Jahre, die jedoch im allgemeinen um nicht mehr als drei Jahre von den angegebenen abweichen; Zahlen für das weibliche Geschlecht beziehen sich jedoch gelegentlich auf ein früheres Jahr als die Gesamtangaben. Die Daten stammen überwiegend von der UNESCO.

Die Angaben über den Besuch von *Grundschulen* sind Schätzungen über die Anzahl der Kinder aller Altersstufen in Grundschulen. Die Zahlen geben das Verhältnis der Schülerzahl zur Bevölkerung im schulpfächtigen Alter wider. Zwar sehen viele Länder das Alter von 6 bis 11 Jahren als Grundschulalter an, doch ist dies keine allgemeine Praxis. Die zwischen den Ländern bestehenden Unterschiede hinsichtlich des Einschulungsalters und der Dauer des Grundschulbesuchs schlagen sich in den angegebenen Relationen nieder. In einigen Ländern mit allgemeiner Grundschulerziehung können die Bruttorelationen für den Schulbesuch den Wert 100 über-

steigen, weil einige Schüler jünger oder älter sind als das amtliche Grundschulalter eines Landes.

Die Angaben zum Besuch von *weiterführenden Schulen* sind entsprechend aufgebaut, aber auch hier ist die Abgrenzung der Altersjahrgänge an weiterführenden Schulen von Land zu Land verschieden. Ganz überwiegend wird ein Alter von 12 bis 17 Jahren angenommen. Der späte Eintritt von älteren Schülern sowie die Wiederholung und die sogenannte „Bündelung“ in den letzten Klassen können diese Quoten beeinflussen.

Die Angaben zum Besuch von *höheren Schulen und Universitäten* wurden errechnet, indem die Zahl der Schüler und Studenten an jeder Art höherer Schulen und Universitäten durch die Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 Jahre geteilt wurde. Hierin sind enthalten Berufsschüler, Teilnehmer an Programmen der Erwachsenenfortbildung, zweijährige Gemeindeskolen und Fernunterrichtszentren (hauptsächlich Korrespondenzkurse). Die Verteilung der Schüler auf die verschiedenen Arten von Institutionen variiert von Land zu Land. Die Jugend, das ist die Altersgruppe der 20- bis 24jährigen, ist von der UNESCO als Bezugsgröße verwendet worden, weil sie eine durchschnittliche Jahrgangskohorte in höheren Schulen und Universitäten repräsentiert, selbst wenn Personen oberhalb und unterhalb dieser Altersgruppe in solchen Einrichtungen eingeschrieben sein können.

Die *Netto-Einschulungsquote an Grundschulen* ist der Prozentsatz der schulpflichtigen Kinder, die die Grundschule besuchen. Anders als die Brutto-Einschulungsquote sind die Nettoquoten auf die Zahl der Kinder im Grundschulalter des jeweiligen Landes bezogen. Dieser Indikator macht viel deutlicher, wieviel Kinder in der Altersgruppe tatsächlich die Schule besuchen, ohne daß diese Zahl durch die Kinder aufgebläht wird, die älter (oder jünger) als die Altersgruppe sind.

Die *Schüler-Lehrer-Relation* ist die Zahl der Schüler an den Schulen eines Landes, dividiert durch die Zahl der Lehrer im Erziehungswesen.

Die zusammenfassenden Kennzahlen dieser Tabellen sind Länderangaben, die mit dem Anteil jeden Landes an der gesamten Bevölkerung gewichtet sind.

## Tabelle 30: Einkommensverteilung und IVP-Schätzungen des BIP

Die Angaben in dieser Tabelle beziehen sich auf die IVP-Schätzungen des BIP und auf die Verteilung

von Einkommen oder Ausgaben auf prozentuale Haushaltgruppen, die nach ihrem gesamten Haushaltseinkommen, dem Pro-Kopf-Einkommen oder den Ausgaben geordnet sind.

Die erste Spalte zeigt die vorläufigen Ergebnisse der Phase V des Internationalen Vergleichsprojekts (IVP) der VN für 1985. Das IVP formt die herkömmliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung um mit Hilfe einer Auswahl spezieller Preise und der Disaggregation des BIP nach Ausgaben-Komponenten. Umfassendere IVP-Ergebnisse werden bis Ende 1991 erwartet. Die hier gezeigten Zahlen können sich ändern und sollten nur als Anhaltspunkte betrachtet werden. Die Details der IVP-Phase V werden von den nationalen statistischen Ämtern vorbereitet. Die Ergebnisse werden vom Statistischen Amt der VN (UNSO) koordiniert, mit Unterstützung durch andere internationale Stellen, insbesondere das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Weltbank, die Wirtschaftskommission der VN für Europa und die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik tragen ebenfalls zu diesem Programm bei.

An Phase V des IVP haben insgesamt vierundsechzig Länder teilgenommen, und für siebenundfünfzig Länder sind vorläufige Ergebnisse verfügbar. Für ein Land (Nepal) waren Gesamtangaben zum BIP nicht verfügbar, so daß Vergleiche nur für den Verbrauch vorgenommen wurden; zwei Länder mit einer Bevölkerung unter einer Million (Luxemburg mit einem geschätzten Indexwert des BIP pro Kopf von 81,3 und Swasiland mit 13,6) sind in dieser Tabelle nicht enthalten. Angaben für die übrigen sieben Länder – durchweg aus der Karibik – werden in Kürze erwartet.

Zwar werden die Angaben über das BIP pro Kopf als Index, bezogen auf den US-Wert, präsentiert, doch sind die zugrundeliegenden Daten in US-Dollar ausgedrückt. Diese Dollarwerte, die sich von denen in Tabelle 1 und 3 unterscheiden (vgl. die Technischen Erläuterungen zu diesen Tabellen), werden durch spezielle Umrechnungsfaktoren erhalten, die so bestimmt werden, daß sie die Kaufkraft der Währungen in den jeweiligen Ländern ausgleichen. Dieser Umrechnungsfaktor, allgemein als Kaufkraftparität (KKP) bekannt, ist definiert als Zahl der Währungseinheiten eines Landes, die erforderlich sind, um die gleiche Menge an Gütern und Dienstleistungen am Inlandsmarkt zu kaufen, die mit einem Dollar in den Vereinigten Staaten zu kaufen ist. Zur Ermittlung der KKP

werden implizite Mengen aus den Ausgabenbeträgen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gesondert erhoben und Preisangaben berechnet; diese impliziten Mengen werden für die einzelnen Länder mit einem einheitlichen Satz von Durchschnittspreisen neu bewertet. Die KKP gleicht somit die Dollarpreise aller Länder aneinander an, und der darauf basierende BIP-Vergleich zwischen den Ländern spiegelt die unterschiedlichen Mengen von Gütern und Dienstleistungen frei von Preisniveauunterschieden wider. Dieses Verfahren dient dazu, Länderquervergleiche in Übereinstimmung mit intertemporalen Realeinkommens-Vergleichen zu bringen, die auf Angaben zu konstanten Preisen basieren.

Die hier gezeigten Zahlen sind die Ergebnisse eines zweistufigen Verfahrens. Länder einer Region oder Gruppe, wie etwa der OECD, werden zuerst verglichen, indem die Durchschnittspreise ihrer eigenen Gruppe angewendet werden. Sodann werden die Gruppenpreise, die voneinander abweichen können, wodurch die zu unterschiedlichen Gruppen gehörenden Länder nicht vergleichbar sind, angepaßt, um sie weltweit vergleichbar zu machen. Die vom UNSO vorgenommenen Anpassungen beruhen auf Preisdifferentialen, die in einem Geflecht von „Verknüpfungs“-Ländern beobachtet wurden, die jede Gruppe repräsentieren. Die Verknüpfung erfolgt jedoch derart, daß beim Weltvergleich die in den Gruppenvergleichen beobachteten relativen BIP-Niveaus erhalten bleiben.

Das zweistufige Verfahren wurde gewählt, weil sich die relativen BIP-Niveaus und die Rangfolge von zwei Ländern ändern können, wenn zusätzliche Länder in den Vergleich einbezogen werden. Man ging davon aus, daß dies nicht innerhalb einer geographischen Region geschehen sollte, also daß das Verhältnis etwa zwischen Ghana und Senegal nicht durch die Preise in den Vereinigten Staaten beeinflußt werden sollte. Daher werden die Gesamtniveaus des BIP pro Kopf mit „regionalen“ Preisen errechnet und dann verknüpft. Die Verknüpfung erfolgt durch Umbewertung des BIP aller Länder mit durchschnittlichen „Welt“-Preisen und länderweiser Zurechnung der neuen regionalen Gesamtbeträge auf Basis der Länderanteile im ursprünglichen Vergleich.

Ein solches Verfahren erlaubt keinen Vergleich von ins einzelne gehenden Mengenangaben (beispielsweise des Nahrungsmittelverbrauchs). Deshalb werden solche Teilaggregate und detailliertere Kategorien mit Hilfe der Welt-Preise errechnet. Diese Mengengrößen sind somit in der Tat inter-

national vergleichbar, doch lassen sie sich nicht zu den angegebenen BIP-Werten aufaddieren, weil sie mit unterschiedlichen Preisrelationen berechnet werden.

Einige Länder gehören verschiedenen Regionalgruppen an. Einige Gruppen haben Vorrang, andere sind gleichwertig. So bleiben zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften die Relationen durchweg erhalten, selbst innerhalb des OECD- und des Weltvergleichs. Für Finnland und Österreich wird jedoch die bilaterale Relation, die innerhalb des OECD-Vergleichs besteht, auch beim globalen Vergleich angewendet. Ein deutlich anderes Verhältnis (basierend auf zentraleuropäischen Preisen) gilt jedoch beim Vergleich innerhalb dieser Gruppe, und zwar dasjenige, welches in einer gesonderten Veröffentlichung über den europäischen Vergleich gezeigt wird.

Die Schätzungen in der zweiten Spalte wurden aus den in der ersten Spalte gezeigten tatsächlichen IVP-Ergebnissen errechnet, und zwar unter Zugrundelegung durchschnittlicher jährlicher BSP-Wachstumsraten aus der Datensammlung der Weltbank. Die Zahlen spiegeln keine Terms of Trade-Änderungen wider. Die Schätzungen in der dritten Spalte sind aus denen in der zweiten Spalte errechnet worden, indem letztere in „internationalen Dollar“-Werten von 1985 ausgedrückt und mit der US-Inflationsrate, gemessen durch den impliziten BSP-Deflator, multipliziert wurden. Die IVP-Schätzungen sind in „internationalen Dollars“ ausgedrückt, die im angegebenen Jahr die gleiche Kaufkraft hinsichtlich des gesamten US-BSP aufweisen wie der US-Dollar, deren Kaufkraft gegenüber Teilaggregaten aber nicht durch die relativen Preise in den USA, sondern durch durchschnittliche internationale Preise bestimmt ist.

Weitere Einzelheiten des IVP-Verfahrens können Leser dem Bericht über das IVP, Phase IV, entnehmen: *World Comparisons of Purchasing Power and Real Product for 1980* (Vereinte Nationen, New York 1986).

Die Angaben über die Einkommensverteilung umfassen ländliche und städtische Gebiete für alle Länder. Die Daten beziehen sich auf verschiedene Jahre zwischen 1979 und 1989 und stammen aus verschiedenen Quellen. Dazu gehören die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC), die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik, die Einkommensuntersuchung von Luxemburg, die OECD, die VN-Veröffentlichung *National Account Statistics: Compendium of Income Distribution Statistics, 1985*, die

Weltbank und nationale Quellen. Für viele Länder sind die Angaben auf den neuesten Stand gebracht worden, und einige früher veröffentlichte Angaben über die Einkommensverteilung wurden fallengelassen, weil sie sich auf weit zurückliegende Jahre beziehen.

Die Erhebung der Daten über die Einkommensverteilung ist in vielen Ländern nicht systematisch organisiert und auch nicht in das amtliche statistische Erfassungswesen integriert. Die Daten werden aus Untersuchungen mit einer anderen Aufgabenstellung abgeleitet – in den meisten Fällen aus Erhebungen über Verbraucherausgaben –, die jedoch auch Informationen über die Einkommen erfassen. Diese Untersuchungen verwenden die unterschiedlichsten Einkommensbegriffe und Stichprobenabgrenzungen, und in vielen Fällen ist ihr geographischer Repräsentationsgrad zu begrenzt, um verlässliche landesweite Schätzungen der Einkommensverteilung zu ermöglichen. Wenn auch die ausgewiesenen Daten die besten verfügbaren Schätzwerte sind, so schließen sie diese Probleme nicht völlig aus; sie sollten deshalb mit außerordentlicher Vorsicht interpretiert werden.

Ähnlich ist die Aussagekraft der Kennzahlen bei bestimmten Ländern begrenzt, und die Angaben für andere Länder sind nicht voll vergleichbar. Da sich die Haushalte in ihrer Größe unterscheiden, ist eine Verteilung, die die Haushalte nach dem Haushaltseinkommen pro Kopf untergliedert, für viele Zwecke besser geeignet als eine Verteilung nach deren Gesamteinkommen. Diese Unterscheidung ist von Bedeutung, da Haushalte mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen häufig große Haushalte sind, deren Gesamteinkommen relativ hoch sein kann, und umgekehrt dürften viele Haushalte mit einem niedrigen Gesamteinkommen kleine Haushalte mit hohem Pro-Kopf-Einkommen sein. Angaben über die Verteilung der Haushaltseinkommen pro Kopf stehen allerdings nur für wenige Länder zur Verfügung und werden nur gelegentlich auf den neuesten Stand gebracht. Soweit möglich, werden die Verteilungsdaten nach Maßgabe des Pro-Kopf-Einkommens klassifiziert; häufiger werden sie anhand des Haushaltseinkommens, in anderen Fällen nach Pro-Kopf-Ausgaben oder Haushaltsausgaben klassifiziert. Da Haushalte mit niedrigem Einkommen wahrscheinlich aus wenigen Personen bestehen (beispielsweise Ein-Personen-Haushalte und Ehepaare ohne Kinder), kann die Verteilung des Haushaltseinkommens die Einkommensungleichheit überzeichnen. Auch führt die Klassifizierung auf Basis der Ausgaben tendenziell zur Unterzeichnung

der Einkommensungleichheit, da die Haushaltserparnisse im allgemeinen rascher steigen als das Einkommensniveau. Im Rahmen eines Forschungsvorhabens zur Messung des Lebensstandards (Living Standards Measurement Study) und des Social Dimensions of Adjustment-Projekt, (das die afrikanischen Länder südlich der Sahara erfaßt) unterstützt die Weltbank eine Reihe von Ländern, um deren Erhebung und Auswertung von Daten über die Einkommensverteilung zu verbessern.

### Tabelle 31: Verstädterung

Die Angaben über die Stadtbevölkerung und über die Bevölkerungsagglomeration in großen Städten stammen aus der VN-Publikation *Prospects of World Urbanization*, ergänzt durch Angaben der Weltbank. Die Zuwachsraten für die Stadtbevölkerung werden aus den Bevölkerungsschätzungen der Weltbank berechnet; die Schätzwerte für die Anteile der Stadtbevölkerung werden aus den obengenannten Quellen abgeleitet.

Da die Schätzwerte in dieser Tabelle auf unterschiedlichen nationalen Definitionen des Begriffs „städtisch“ beruhen, sollten Länderquervergleiche mit Vorsicht interpretiert werden.

Die zusammenfassenden Kennzahlen für den prozentualen Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung werden aus den Anteilen für die einzelnen Länder berechnet, die mit dem Anteil jeden Landes an der gesamten Bevölkerung gewichtet werden; die anderen zusammenfassenden Kennzahlen in dieser Tabelle werden unter Verwendung der Zahlen über die Stadtbevölkerung auf die gleiche Weise gewichtet.

### Tabelle 32: Frauen und Entwicklung

Diese Tabelle enthält einige disaggregierte grundlegende Kennzahlen, um die Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu zeigen und so die Situation der Frauen in der Gesellschaft zu illustrieren. Die Kennzahlen zeigen ihre demographische Lage und ihren Zugang zu Leistungen des Gesundheits- und Erziehungswesens. Statistische Anomalien werden deutlich sichtbar, wenn soziale Indikatoren nach Geschlechtern analysiert werden, weil die Erhebungssysteme häufig auf Gebieten unzureichend sind, die für Frauen eine besondere Rolle spielen. Aus Volkszählungen und Befragungen abgeleitete Kennzahlen, wie diejenigen über die Bevölkerung,

sind tendenziell für Frauen und Männer gleichermaßen verlässlich; Kennzahlen, die hauptsächlich auf administrativen Unterlagen beruhen, wie diejenigen über die Mütter- und Säuglingssterblichkeit, sind dagegen weniger zuverlässig. Gegenwärtig werden vermehrt Mittel zur Entwicklung besserer Statistiken auf diesem Gebiet aufgewandt, aber die Verlässlichkeit selbst der in dieser Tabelle gezeigten Daten ist sehr unterschiedlich.

Die *Sterblichkeit bis zum Ende des 5. Lebensjahres* gibt die Wahrscheinlichkeit an, daß ein Neugeborenes vor Vollendung des fünften Lebensjahres stirbt. Die Kennziffern wurden aus Sterbetafeln abgeleitet, die auf Schätzungen über die jeweilige Lebenserwartung bei der Geburt und auf Säuglingssterbeziffern beruhen. Allgemein werden auf der Welt mehr Jungen als Mädchen geboren. Unter günstigen Ernährungs- und Gesundheitsbedingungen und in Friedenszeiten weisen Jungen unter 5 Jahren eine höhere Sterberate auf als Mädchen. Die Zahlen in diesen Spalten zeigen, daß die Unterschiede beim Sterberisiko von Mädchen und Jungen unter 5 Jahren beträchtlich variieren. In marktwirtschaftlichen Industrieländern ist das Risiko, bis zum Ende des fünften Lebensjahres zu sterben, bei weiblichen Säuglingen 23 Prozent niedriger als bei männlichen; in einigen Ländern mit niedrigem Einkommen ist dieses Risiko für Mädchen sogar höher als für Jungen. Dies deutet auf eine unterschiedliche Behandlung von Mädchen und Jungen hinsichtlich Ernährung und medizinischer Betreuung hin.

Von solcher Diskriminierung sind besonders ganz junge Mädchen betroffen, die von knapper Nahrung einen geringeren Anteil oder kostspielige medizinische Betreuung weniger rasch erhalten dürften. Zwischen dieser Art der Diskriminierung und dem Entwicklungsniveau besteht kein einheitlicher Zusammenhang. Es gibt Länder mit niedrigerem und mittlerem Einkommen (und Regionen innerhalb der Länder), wo das relative Sterberisiko bis Ende des fünften Lebensjahres für Mädchen im Vergleich zu Jungen den Relationen von Industrieländern nahekommt. In vielen anderen Ländern zeigen die Zahlen jedoch überdeutlich die Notwendigkeit, Frauen stärker in den Entwicklungsprozeß einzubinden. Die Kennzahlen zur Gesundheit und Wohlfahrt in Tabelle 28 und in der Spalte Müttersterblichkeit in dieser Tabelle lenken die Aufmerksamkeit insbesondere auf die mit der Niederkunft verbundenen Bedingungen. In den Entwicklungsländern ist die Niederkunft für Frauen im gebärfähigen Alter immer noch mit dem höchsten Sterberisiko verbunden. Die Kennzahlen spiegeln sowohl

die den Frauen zur Verfügung stehenden Gesundheitsdienste als auch die allgemeine Wohlfahrts- und Ernährungslage von Müttern wider, ohne diese jedoch zu messen.

Die *Lebenserwartung bei der Geburt* ist in den Erläuterungen zu Tabelle 1 definiert.

Unter der *Müttersterblichkeit* versteht man die während der Entbindung auftretende Zahl der Todesfälle von Frauen, bezogen auf 100.000 Lebendgeburten. Da in einigen Ländern eine weitere Abgrenzung der Sterbefälle bei der Entbindung verwendet wird als in anderen – um Komplikationen während der Schwangerschaft oder nach der Entbindung oder bei einer Abtreibung einzubeziehen – und da viele schwangere Frauen mangels angemessener Gesundheitsvorsorge sterben, ist es schwierig, die Müttersterblichkeit konsistent und verlässlich im Ländervergleich zu messen. Die Angaben für diese beiden Zeitreihen stammen aus verschiedenen nationalen Quellen und wurden von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zusammengestellt, auch wenn viele nationale Verwaltungssysteme unzulänglich sind und demographische Tatbestände nicht systematisch erfassen. Die Daten sind zumeist aus amtlichen Berichten von Gemeinden und Unterlagen von Krankenhäusern abgeleitet worden, und einige enthalten nur die Todesfälle in Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen. Manchmal sind kleinere private und ländliche Krankenhäuser nicht berücksichtigt, und manchmal sind sogar verhältnismäßig einfache örtliche Einrichtungen einbezogen. Der Geltungsbereich ist deshalb nicht immer umfassend, und die Angaben sollen mit äußerster Vorsicht verwendet werden.

Offensichtlich wird die Müttersterblichkeit in vielen Fällen untererfaßt, insbesondere in Ländern mit weit verstreut lebender ländlicher Bevölkerung; dies erklärt einige der in der Tabelle enthaltenen sehr niedrigen Zahlen, vor allem bei verschiedenen afrikanischen Ländern. Darüber hinaus ist nicht klar, ob eine Zunahme der in Krankenhäusern betreuten Mütter eine umfassendere medizinische Versorgung von Frauen oder zahlreichere Komplikationen bei Schwangerschaft und Niederkunft, etwa infolge unzureichender Ernährung, widerspiegelt. (Tabelle 28 enthält Angaben zum Untergewicht bei der Geburt.)

Mit diesen Zeitreihen wird versucht, leicht verfügbare Informationen zusammenzutragen, die in internationalen Veröffentlichungen nicht immer gezeigt werden. Die WHO warnt vor unvermeidlichen Lücken in den Zeitreihen und hat die Länder

gebeten, umfassendere Zahlen zur Verfügung zu stellen. Sie sind hier aus der WHO-Veröffentlichung *Maternal Mortality Rates* von 1986 wiedergegeben, ergänzt um die UNICEF-Veröffentlichung *The State of the World's Children* 1989, und zwar als Teil der internationalen Bemühungen, Daten aus diesem Gebiet stärkere Beachtung zu verschaffen. Die Angaben beziehen sich auf unterschiedliche Jahre zwischen 1977 und 1984.

Die Kennzahlen zur *Erziehung*, basierend auf Angaben der Unesco, zeigen, inwieweit Mädchen gleichen Zugang zur Schulbildung haben wie Jungen.

Die *Persistenz des Schulbesuchs bis zur vierten Klasse in Prozent der Kohorte* ist der Prozentsatz der Kinder, die die Grundschule im Jahr 1970 bzw. 1984 begannen und bis zur vierten Klasse im Jahr 1973 bzw. 1987 durchhielten. Kursive Zahlen repräsentieren frühere oder spätere Altersgruppen. Die Angaben beruhen auf Einschulungsunterlagen. Die etwas höhere Persistenz des Schulbesuchs bei Mädchen in einigen afrikanischen Ländern dürfte auf die Beschäftigung von Jungen, etwa als Viehhirten, hindeuten.

Unter sonst gleichen Verhältnissen und bei gleichen Chancen sollte die Relation für *Mädchen je 100 Jungen* nahe bei 100 liegen. Ungleichheiten könnten jedoch zu Abweichungen der Verhältniszahlen in unterschiedlicher Richtung führen. Beispielsweise wird die Zahl der Mädchen je 100 Jungen an weiterführenden Schulen steigen, wenn die Zahl der Jungen in den letzten Klassen wegen besserer Berufschancen für Jungen, der Einberufung zum Wehrdienst oder der Auswanderung zur Arbeitssuche rascher abnimmt. Da sich außerdem die Zahlen in diesen Spalten hauptsächlich auf die Erziehung in allgemeinbildenden weiterführenden Schulen beziehen, erfassen sie jene Jugendlichen (meistens Jungen) nicht, die technische Schulen und Berufsschulen besuchen oder eine ganztägige Lehre absolvieren, wie in Osteuropa.

Die zusammenfassenden Kennzahlen sind Länderangaben, die mit dem Anteil jeden Landes an der Gesamtbevölkerung gewichtet sind.

### **Tabelle 33: Wälder, geschützte Gebiete und Wasser**

Diese neue Tabelle über natürliche Ressourcen stellt den ersten Schritt dar, Umweltdaten in die Bewertung der Entwicklung und die Planung von Wirtschaftsstrategien zu integrieren. Sie vermittelt eine

Teilansicht des Zustands der Wälder, des Umfangs der Landflächen, die aus Gründen der Erhaltung oder anderen Umwelterwägungen geschützt sind, sowie der Verfügbarkeit und Nutzung von Süßwasser. Die hier wiedergegebenen Daten stammen aus den maßgeblichsten verfügbaren Quellen, die in der Veröffentlichung *World Resources 1990-91* des World Resources Institute enthalten sind. Diese Daten sollten jedoch noch mehr als andere Angaben in diesem Bericht mit Vorsicht benutzt werden. Obwohl sie größere Diskrepanzen in der Verfügbarkeit und Nutzung von Ressourcen zwischen den Ländern zutreffend kennzeichnen, ist eine wirkliche Vergleichbarkeit wegen der Unterschiede der Datenerfassung, der statistischen Methoden, der Definitionen und des staatlichen Mitteleinsatzes begrenzt.

Bisher hat man sich noch nicht auf einen konzeptionellen Rahmen geeinigt, der Daten über natürliche Ressourcen und herkömmliche ökonomische Daten integriert. Auch sind die in dieser Tabelle gezeigten Maßgrößen nicht als definitive Kennzahlen der Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, der Gesundheit der Umwelt oder des Raubbaus an Ressourcen gedacht. Sie sind ausgewählt worden, weil sie für die meisten Länder verfügbar und überprüfbar sind und einige allgemeine Umweltbedingungen widerspiegeln.

Die *gesamte Waldfläche* bezieht sich auf die gesamten naturwüchsigen Bestände von Waldvegetation, in der Bäume überwiegen. Diese Schätzungen sind von Länderstatistiken abgeleitet, die von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) 1980 zusammengestellt wurden. Einige von ihnen basieren auf jüngeren Bestandsaufnahmen oder auf in den achtziger Jahren vorgenommenen satellitengestützten Auswertungen. Im Jahr 1992 wird die FAO eine Erhebung über die Weltwaldbestände und ihre Gesundheit abschließen und veröffentlichen, die einige dieser Schätzungen beträchtlich modifizieren dürften. Die *Gesamtfläche geschlossener Wälder* bezieht sich auf die Waldflächen, wo Bäume einen großen Teil des Bodens bedecken und es keine zusammenhängende Bodendecke gibt. Die Mitgliedsländer der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) definieren geschlossene Wälder jedoch als solche Waldflächen, wo die Baumkronen mehr als 20 Prozent der Fläche bedecken. Diese naturwüchsigen Bestände umfassen nicht Baumpflanzungen.

Die *gesamte jährliche Waldvernichtung* bezieht sich auf geschlossene und offene Waldgebiete. (Offener Wald wird definiert als eine Baumdecke von mindestens 10 Prozent bei zusammenhängender Boden-

decke.) In den ECE-Ländern weist der offene Wald eine Baumkronendecke von 5–20 Prozent auf oder eine Mischung aus Buschbäumen und verkümmerten Bäumen. Waldvernichtung ist definiert als dauerhafte Umwandlung von Waldflächen in anders genutzte Flächen, wie Weideland sowie vom Wanderfeldbau oder der mechanisierten Landwirtschaft oder zur Entwicklung von Infrastruktur genutzte Flächen. Schätzungen der jährlichen Waldvernichtung sind in offenen und geschlossenen Waldgebieten schwierig und erfolgen üblicherweise im Rahmen von Sonderuntersuchungen. Die hier für die Jahre 1981–85 gezeigten Schätzungen wurden 1980 für eine Projektion der Waldvernichtungsquoten in der ersten Hälfte der achtziger Jahre vorgenommen. Kursive Zahlen sind Schätzungen für andere Zeiträume und basieren auf neueren oder besseren Erhebungen als den in den Projektionen von 1980 verwendeten.

Besondere Beachtung sollte Brasilien geschenkt werden – das Land mit dem größtem geschlossenen tropischen Waldgebiet der Welt – das nunmehr jährliche Erhebungen über die Waldvernichtung vornimmt. Entwaldete Gebiete umfassen weder abgeholzte Gebiete, deren Aufforstung vorgesehen ist, noch Flächen, die durch Sammeln von Brennholz, sauren Regen oder Waldbrände degradiert wurden. In den Industrieländern der gemäßigten Zonen ist die dauerhafte Umwandlung des verbliebenen Waldes zu anderen Nutzungszwecken verhältnismäßig selten. Brasilien ist das einzige Land, das über verschiedene Erhebungen des Waldbestandes und der Waldvernichtung verfügt, die auf Basis von Aufnahmen der Landsat-Satelliten nach einer einheitlichen Methode erstellt werden. Die Vernichtung geschlossener Wälder im Amazonasgebiet Brasiliens wird für 1990 auf 13.800 Quadratkilometer geschätzt, nach noch 17.900 Quadratkilometern im Jahr 1989. Zwischen 1978 und 1988 hat die Waldvernichtung in diesem Gebiet jahresdurchschnittlich rund 21.000 Quadratkilometer betragen; nach dem Höhepunkt im Jahr 1987 nahm sie später stark ab. Bis 1990 belief sich die kumulative Waldvernichtung im Amazonasgebiet (die in neuerer Zeit und in früheren Jahren) auf insgesamt 415.000 Quadratkilometer. Außerhalb des Amazonasgebiets findet ebenfalls Waldvernichtung statt, über deren Ausmaß es aber weit weniger Informationen gibt. Eine Schätzung von 1980, wonach die Vernichtung geschlossener Waldgebiete in Brasilien insgesamt rund 1,05 Millionen Hektar betrug, ist die neueste verfügbare Information.

*Geschützte Landflächen* sind auf nationaler Ebene

geschützte Gebiete von mindestens 1.000 Hektar, die in eine der fünf folgenden Kategorien fallen: wissenschaftliche Reservate und Naturreservate, Nationalparks von nationaler oder internationaler Bedeutung (die nicht wesentlich durch menschliche Aktivitäten beeinflusst sind), Naturmonumente und Naturlandschaften mit einigen einzigartigen Erscheinungsformen, bewirtschaftete Naturparks und Wildschutzgebiete sowie geschützte Landschaften und Küstengebiete (die Kulturlandschaften einschließen können). In dieser Tabelle ist Gelände nicht enthalten, das nur durch Vorschriften von örtlichen oder Provinzbehörden geschützt ist oder Gebiete, in denen eine konsumtive Nutzung der Flora und Fauna erlaubt ist. Diese Angaben sind beeinflusst von Unterschieden der Definitionen und der Berichterstattung an Organisationen, wie das World Conservation Monitoring Centre, die solche Daten sammeln und verbreiten.

Die Angaben über das *heimische Wasseraufkommen* beruhen auf unterschiedlichen Erhebungs- und Schätzmethoden, weisen aber die Größenordnung des gesamten und des Pro-Kopf-Verbrauchs an Wasser zutreffend aus. Diese Daten verbergen jedoch mögliche signifikante Veränderungen des gesamten Wasseraufkommens von einem Jahr zum anderen. Auch werden saisonale Schwankungen und regionale Unterschiede der Wasserverfügbarkeit innerhalb eines Landes nicht erkennbar. Da die Angaben über Süßwasserressourcen auf langfristigen Durchschnitten basieren, schließt ihre Schätzung jahrzehntelange Zyklen des Wasseraufkommens explizit aus. Diese Daten sind anhand nationaler, internationaler und professioneller Veröffentlichung aus unterschiedlichen Jahren zusammen-

gestellt. Wenn andere Angaben fehlen, werden Schätzungen der sektoralen Wasserentnahme bei Bedarf aus Modellen abgeleitet (basierend auf Informationen über die Industrie, die Bewässerungsverfahren, den Viehbestand, die Anbaustruktur und den Niederschlag). Angaben über kleinere Länder und über Dürrezonen sind vermutlich weniger verlässlich als solche über große Länder und feuchte Zonen. In den Daten ist das von Entsalzungsanlagen hergestellte Süßwasser nicht enthalten.

Die *jährliche Entnahme* bezieht sich auf die durchschnittlichen jährlichen Ströme von Flüssen und Untergrundgewässern, die von den Niederschlägen innerhalb des jeweiligen Landes gespeist werden. Die Tabelle zeigt sowohl die *Gesamtzunahme* als auch die Entnahme in *Prozent* des gesamten Wasseraufkommens. Der gesamte Wasserverbrauch kann das gesamte Wasseraufkommen eines Landes aus zwei Gründen übersteigen. Das Wasser kann einem See oder Fluß entnommen werden, den das Land mit anderen Ländern teilt, oder es könnte einem Wasserreservoir entnommen werden, das nicht Teil des Erneuerungszyklus ist. Der Verbrauch der *Haushalte* umfaßt Trinkwasser, städtische Nutzung oder Bereitstellung und Verwendung für öffentliche Dienstleistungen, Betriebsstätten und private Haushalte. Die direkten Entnahmen für die *industrielle* Verwendung, einschließlich der Entnahmen für die Kühlung von Wärmekraftwerken, sind in der letzten Spalte dieser Tabelle mit den Entnahmen für die *Landwirtschaft* (Bodenbewässerung und Viehproduktion) zusammengefaßt. Schätzungen des Pro-Kopf-Verbrauchs basieren auf Bevölkerungsschätzungen des Jahres 1987, dem Basisjahr der meisten Aufkommens- und Entnahmeschätzungen.

# Verzeichnis der Datenquellen

<b>Produktion und inländische Absorption</b>	<p>UN Department of International Economic and Social Affairs, <i>Statistical Yearbook</i>, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>_____, <i>Energy Statistics Yearbook</i>, Statistical Papers, Reihe J, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>Internationales Vergleichsprogramm der VN, Berichte der Phasen IV (1980) und V (1985) sowie Daten von ECE, ESCAP, Eurostat, OECD und VN.</p> <p>Daten von FAO, IWF, UNIDO und Weltbank sowie nationale Quellen.</p>
<b>Finanzwirtschaftliche und monetäre Statistiken</b>	<p>Internationaler Währungsfonds, <i>Government Finance Statistics Yearbook</i>, Bd. 11, Washington, D.C.</p> <p>_____, <i>International Financial Statistics</i>, verschiedene Jahre, Washington, D.C.</p> <p>UN Department of International Economic and Social Affairs, <i>World Energy Supplies</i>, Statistical Papers, Reihe J, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>Daten des IWF.</p>
<b>Wichtigste internationale Transaktionen</b>	<p>Internationaler Währungsfonds, <i>International Financial Statistics</i>, verschiedene Jahre, Washington, D.C.</p> <p>Konferenz der VN für Handel und Entwicklung, <i>Handbook of International Trade and Development Statistics</i>, verschiedene Jahre, Genf.</p> <p>UN Department of International Economic and Social Affairs, <i>Monthly Bulletin of Statistics</i>, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>_____, <i>Yearbook of International Trade Statistics</i>, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>Daten von FAO, IWF, VN und Weltbank.</p>
<b>Auslandsfinanzierung</b>	<p>Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, <i>Development Co-operation</i>, verschiedene Jahre, Paris.</p> <p>_____, <i>Geographical Distribution of Financial Flows to Developing Countries</i>, 1988, Paris.</p> <p>Daten von IWF, OECD und Weltbank; Schuldenberichtssystem der Weltbank.</p>
<b>Menschliche und natürliche Ressourcen</b>	<p>Bulatao, Rodolfo A., Eduard Bos, Patience W. Stephens und My T. Vu, <i>World Population Projections, 1989-90 Edition</i>, 1990, Baltimore Md., Johns Hopkins University Press.</p> <p>Institute for Resource Development/Westinghouse, <i>Child Survival: Risks and the Road to Health</i>, 1987, Columbia, Md.</p> <p>Mauldin, W. Parker und Holden, J. Segal „Prevalence of Contraceptive Use: Trends and Issues“, <i>Studies in Family Planning</i>, 19 (1988), Nr. 6, S. 335-53.</p> <p>Sivard, Ruth, <i>Women - A World Survey</i>, 1985, Washington, D.C., World Priorities.</p> <p>UN Department of International Economic and Social Affairs, <i>Demographic Yearbook</i>, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>_____, <i>Population and Vital Statistics Report</i>, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>_____, <i>Statistical Yearbook</i>, verschiedene Jahre, New York.</p> <p>_____, <i>Levels and Trends of Contraceptive Use as Assessed in 1988</i>, 1989, New York.</p> <p>_____, <i>Mortality of Children under Age 5: Projections 1950-2025</i>, 1988, New York.</p> <p>_____, <i>Prospects of World Urbanization</i>, 1989, New York.</p> <p>_____, <i>World Population Prospects: 1988</i>, 1989, New York.</p> <p>U.N. Educational, Scientific, and Cultural Organization, <i>Statistical Yearbook</i>, verschiedene Jahre, Paris.</p> <p>_____, <i>Compendium of Statistics on Illiteracy</i>, 1988, Paris.</p> <p>UNICEF, <i>The State of the World's Children 1989</i>, 1989, Oxford, Oxford University Press.</p> <p>Weltgesundheitsorganisation, <i>World Health Statistics Annual</i>, verschiedene Jahre, Genf.</p> <p>_____, <i>Maternal Mortality Rates: A Tabulation of Available Information</i>, zweite Auflage, 1986, Genf.</p> <p>_____, <i>World Health Statistics Report</i>, verschiedene Jahre, Genf.</p> <p>World Resource Institute, <i>World Resources 1990-91</i>, 1990, New York.</p> <p>Daten von FAO und Weltbank.</p>